

Auf der Suche nach Stabilität in der Transformation

Gustav von Kahr

Eine teilbiographische Studie (1862-1921)

Inaugural-Dissertation zur Erlangung des Doktorgrades der Philosophie
an der Ludwig-Maximilians-Universität München

vorgelegt von

Matthias Bischel

aus München

2021

Erstgutachter: Prof. Dr. Ferdinand Kramer

Zweitgutachter: Prof. Dr. Michael Brenner

Drittgutachter: Prof. Dr. Dieter J. Weiß

Datum der mündlichen Prüfung: 8. Juli 2021

Inhaltsverzeichnis

I.	Einleitung	15
1.	Veränderung als gemeinsamer Nenner: Vom Königreich zum Freistaat, vom Beamten zum Politiker	15
1.1.	Im Fokus: Transformationen des frühen 20. Jahrhunderts in Bayern	15
1.2.	Biographien als Porträts der Transformation	18
1.3.	Gustav von Kahr – Ein Lebensbild am Wendepunkt	20
2.	Methodische Herangehensweise	26
2.1.	Biographisches Arbeiten	26
2.2.	Eine weitere Perspektive: Beziehungen und Netzwerke	31
2.3.	Politische Kultur	36
2.4.	Aufbau der Studie	40
3.	Quellen und Forschungslage	41
II.	Der Weg eines jungen Bildungsbürgers (1862-1890)	55
1.	Aus gutem Hause: Kindheit in Weißenburg und Gunzenhausen	58
2.	Vorbereitung auf die Zukunft: Von der Lateinschule zum Staatskonkurs	64
2.1.	Höhere Bildung im 19. Jahrhundert	65
2.2.	Zuerst eine Last, dann eine Freude: Auf dem humanistischen Gymnasium	67
2.3.	Im Militär: Vom Einjährig-Freiwilligen zum Reserveoffizier	71
2.4.	„Ich werde mich dem Staatsdienste widmen“: Jurastudium an der LMU München	76
2.5.	Unter Bundesbrüdern: Mitglied im Akademischen Gesangverein München	79
2.6.	Die entscheidende Weichenstellung: Vorbereitungsdienst und Staatskonkurs	83
3.	Auf der Suche nach Profil: Positionierungen und Selbstverständnis des jungen Gustav Kahr	85
3.1.	Ein überraschendes Bekenntnis: Kahr als Konventions-Protestant	86
3.2.	Schwer zu greifen: Politische Einstellungen im Hause Kahr	89
3.3.	Eine politische Generation zwischen Fortschrittsoptimismus und Krisenbewusstsein	93

3.4.	Spuren des neuen Zeitgeistes: Judengegnerschaft und Sehnsucht nach sozialer Harmonie bei Kahr	98
4.	Erste Anstellung und Heirat: Der Übergang in eine selbständige Existenz	104
III.	Der aufstrebende Staatsdiener (1890-1902)	106
1.	Alles beginnt in Erding: Berufseinstieg am Bezirksamt	108
1.1.	Der Bezirk Erding im Umbruch	108
1.2.	Ein lückenhaftes Bild: Tätigkeitsprofile des Assessors Kahr	109
1.2.1.	Trockenlegung des Erdinger Moores	110
1.2.2.	Bekämpfung von „Landstreichern“ und „Zigeunern“	111
1.3.	Hinweise auf das Selbstverständnis eines jungen Staatsbeamten	115
1.3.1.	Das Bezirksfest 1892	115
1.3.2.	Kahr als Krisenmanager: Der Wiederaufbau Forsterns	117
1.3.3.	Der persönliche Rückblick	122
2.	Lehrjahre und Familienzuwachs: Hilfsreferent im Staatsministerium des Innern	123
3.	Bewährung im Außendienst: Vertreter des Staates in Kaufbeuren	125
3.1.	„So ein Bezirksamtmann muß ja alles sein“ : Wirkungskreise eines Amtsvorstandes	126
3.2.	Nebenbeschäftigung Ausstellungskurator: Die Schau „Volkskunst im Allgäu“	130
3.2.1.	Erste Begegnungen mit dem Heimatschutz	131
3.2.2.	Vorbereitungen: Eine Idee nimmt Gestalt an	132
3.2.3.	Ein aufsehenerregender Erfolg: Die Ausstellung im September 1901	134
3.3.	Nachwirkungen einer Privatinitiative: Die Gründung des Vereins für Volkskunst und Volkskunde	136
3.4.	Anerkannt: Das zweite Jahr in Kaufbeuren	139
IV.	Ein Lebensplan geht auf: Ministerialbeamter und Kulturgestalter (1902-1914)	143
1.	Mitten im Leben: Kontakte eines München-Rückkehrers	144
1.1.	Gewohnte Umfeldler	144

1.2.	Kunst- und Kulturmilieu in München	145
1.3.	In der Kohorte: Lebenswege im Vergleich	155
2.	In der Schaltzentrale: Referent im Innenministerium	160
2.1.	Das größte Ressort: Struktur und Einflussbereich des Innenministeriums	160
2.2.	Das Gesicht des Landes im Blick: Wirkungsfeld Bauaufsicht und Brandschutz	162
3.	Vom persönlichen Anliegen zur Staatsaufgabe: Die Koordination des bayerischen Heimatschutzes	168
3.1.	Offensive des Gestaltens: Prämissen und Programmatik der „Heimatspflege“	170
3.1.1.	Konjunktur der Kulturkritik	171
3.1.2.	Die Sehnsucht nach der großen Synthese	174
3.1.3.	Der Heimatschutz als Lebensreformbewegung	177
3.1.4.	Die Tradition als Neuerung	184
3.2.	Umsetzung im kleinen und größeren Maßstab: Die Suche nach Profil	185
3.2.1.	Amtliche Expertise: Kahr als Türöffner aus dem Innenministerium	190
3.2.2.	Der Verein als Forum der Interaktion	195
3.3.	Emblematische Großprojekte des Heimatschutzes	199
3.3.1.	Lösung eines Dauerkonflikts: Der Erhalt der Münchner Augustinerkirche	201
3.3.2.	Von der Ruine zum Künstlerheim: Die Restaurierung der Burg Neuburg am Inn	205
3.3.3.	Kein Kaufhaus: Denkmalschutz am Preysing-Palais	208
4.	Etablierung in der bürgerlichen Elite Münchens	211
4.1.	Ministerieller Beauftragter für das Deutsche Museum	211
4.2.	Kinderheim, Mitgliedervertreter bei der Gothaer Lebensversicherung, Krippenspiele: Gesellschaftliches Engagement nach dem Tod des Vaters	215
5.	Höhepunkt einer Beamtenkarriere: Staatsrat und Minister-Stellvertreter	219
V.	An der Heimatfront: Kahr im Ersten Weltkrieg	225
1.	Aus den Fugen: Wirkungskräfte des Krieges	226
1.1.	Politisierung im „Burgfrieden“	227
1.2.	Verteilungskonflikte: Mechanismen einer Mangelgesellschaft	229
1.3.	Schwindendes Vertrauen: Die Autoritätskrise des Staates	231
1.4.	Sprachregelungen: Wachsende Kluft zwischen Norm und Realität	233

2.	Das Augusterlebnis Kahrs	235
2.1.	Zwischen Sorgen und Begeisterung: Persönliches Miterleben	236
2.2.	Der Kriegsbeginn im Ministerium	243
3.	Auf neuem Terrain: Die innere Verwaltung an der Heimatfront	250
4.	Klagen von allen Seiten: Konfliktlinien in der Kriegswirtschaft	255
4.1.	Die Frage der Zuständigkeit: Das Nebeneinander der Behörden	256
4.2.	Verwerfungen in der Gesellschaft	258
4.2.1.	Konsumenten gegen Produzenten – Stadt gegen Land	259
4.2.2.	Böses Blut: Festbesoldete, Fremdenverkehr, Mittelstand	262
4.3.	Wucherer und Schieber: Die Etablierung pauschaler Feindbilder	265
4.4.	Staatliche Reaktionsversuche	267
5.	Wendejahr 1916	270
5.1.	Kulmination des Unmuts: Die Preiserhöhungen vom 17. Januar 1916	270
5.2.	Eskalation: Der Lebensmittelkrawall am Marienplatz	273
5.3.	Unmittelbare Reaktion: Bildung eines Ernährungsbeirates und Maßnahmen gegen die Kanzlersturzbewegung	274
5.4.	„Mobilmachung der Herzen“: Neuausrichtung der Heimatfront-Propaganda	277
6.	Persönliche Enttäuschungen und Gefühl der Machtlosigkeit: Der Krisenwinter 1916/17	283
6.1.	Das Ende eines Tandems: Die Entlassung von Innenminister Soden	284
6.2.	Die Hände gebunden: Krisen ohne Handlungsspielraum	289
6.3.	Bitte nicht ins Oberkonsistorium: Versetzungswunsch mit Tücken	292
7.	Neue Aufgaben, neue Impulse? Kahr als Regierungspräsident von Oberbayern 1917/18	293
7.1.	Vorstand einer Mittelbehörde: Wirkungsfelder einer Kreisregierung	294
7.2.	Bewährtes und neue Impulse: Kriegsarbeit in neuer Rolle	296
7.3.	Die schwindende Hoffnung auf ein gutes Ende	298
VI.	Alles anders: Die Revolution und ihre Folgen	303
1.	Die Revolution als Verlufterfahrung: Dimensionen des „Zusammenbruchs“	303
2.	Ein Spannungsbogen provoziert Fragen: Vom überzeugten Gegner der Republik zum Ministerpräsident des Freistaates Bayern	307

A.	Vergebliches Ringen um Kontrolle: Die revolutionäre Phase	311
1.	Erst die Gironde, dann der Berg: Oktoberreformen und Novemberrevolution	311
1.1.	Angesichts der Niederlage	311
1.2.	Die vergebliche Suche nach einem Ausweg: Diplomatische Initiativen, Kampf um die Einheitsfront und Flucht in die Arbeit	314
1.3.	Das Ende der Illusionen: Ultimaten der Entente, innere Desintegration und Kaiserfrage	320
1.4.	Alles vorhersehbar? Die drohende Revolution, die bayerische Politik und Gustav von Kahr	324
1.5.	Machtloser Regierungspräsident: Der Umsturz am 7./8. November 1918	329
1.6.	Am Morgen danach: Das Ringen um Gewissheit	334
2.	Unter der Regierung Eisner	338
2.1.	Zwischen Empörung und Resignation: Die Beurteilung der Revolution durch einen konservativen Beamten	338
2.2.	Scheinbare Machtvollkommenheit und leichtfertige Provokationen: Die ersten Wochen des Revolutionskabinetts	341
2.3.	Neue Organisationen und Instrumente: Die Formierung erster oppositioneller Plattformen	348
2.3.1.	Bürgerrat München	351
2.3.2.	Hilfsbund der Münchener Einwohnerschaft	352
2.3.3.	Politische Satire: Die „Rote Hand“	353
2.3.4.	Nicht alles neu: Süddeutsche Monatshefte, Landwirtschaftlicher Verein	354
2.3.5.	Die Fronttruppen der „Alten Armee“	356
2.3.6.	Ein erster Vorstoß: Versuch zur Gründung einer Bürgerwehr	358
2.4.	Kurs parlamentarische Demokratie: Demontage Eisners und Einberufung des Landtags	359
3.	Die politische Eskalation	363
3.1.	Die Zäsur: Ermordung Eisners und „Zweite Revolution“	363
3.2.	Handlungsunfähigkeit der Zentrale – Machtgewinn der Verwaltung	366
3.3.	Ende im Chaos: Räterepubliken und Bürgerkrieg	369
B.	Initiative in neuen Händen: Die Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung als politischer Wettbewerb	375
1.	Nach der Räteherrschaft: Freie Bahn in die Ordnungszelle?	378
1.1.	Machtübernahme der „Befreier Münchens“: Die Theorie der freien Bahn	380

1.2.	Keine Automatismen: Argumente für eine offene Zukunftsperspektive	383
1.3.	Die Ausgangskonstellation: Konkurrenzkampf um die politische Initiative	385
2.	Priorität Sicherheit – Der Wiederaufbau von Militär und Polizei	388
2.1.	Ein klarer Schnitt: Die Gründung der bayerischen Reichswehr	388
2.2.	Zurück in zivile Verantwortung: Polizeidirektion München und Einwohnerwehren	393
2.3.	Rückkehr zur institutionellen Normalität: Entwicklungsperspektiven im Juni 1919	396
3.	Die Entscheidung für den Selbstschutz: Der rasche Aufstieg der Einwohnerwehren	398
3.1.	Bürgerlicher Selbstschutz: Ein Projekt und seine Risiken	398
3.2.	Warum Selbstschutz – konkret: Situative Handlungsmotive Kahrs	400
3.3.	Warum Selbstschutz – ideologisch: Die Reaktion der unpolitischen Mehrheit	404
3.4.	Unter dem Protektorat Kahrs: Von den Einwohnerwehren zur Einwohnerwehr Bayerns in drei Monaten	410
4.	Neue Sicherheitsarchitektur, neue Netzwerke: Paramilitärische Institutionen als Machtfaktor	416
4.1.	Die Einwohnerwehr ist nicht allein: Zeitfreiwillige, Polizeiwehr, Technische Nothilfe	416
4.2.	Kein Zufall: Die Etablierung der Paramilitärs und ihre Hintergründe	422
4.3.	Verflechtungen an der Spitze: Das Netzwerk des Selbstschutzes	425
5.	Eine Nebenregierung? Der organisierte Selbstschutz als Konkurrenz zum Kabinett Hoffmann	432
5.1.	Spürbarer Autoritätsverlust: Die gescheiterte Wiederherstellung des Primats der Politik	432
5.2.	Die Staatsregierung in der politischen Krise	434
5.3.	Das Versprechen von Ruhe und Ordnung: Expansion und bürgerliches Engagement in der Einwohnerwehr	440
6.	Die Revolution ist vorbei: Die politische Situation Anfang 1920	445

VII.	Der Übergangsmministerpräsident	448
A.	Wendepunkt: Regierungsübernahme im Kapp-Putsch	448
1.	Der historische Kontext: Der Kapp-Putsch als politische Weichenstellung	448
2.	Forschungsparadigma und zeitgenössisches Schlagwort: Fragen an die „Ordnungszelle Bayern“	451
3.	Plötzlich Ministerpräsident: Der Kapp-Putsch als biographische und politische Zäsur	456
3.1.	Spuren nach Bayern: Ein geplanter Staatsstreich?	458
3.2.	Kalter Putsch aus dem Stand: Der Sturz der Regierung Hoffmann	462
3.3.	Regierungsbildung unter Staatsstreichatmosphäre	472
3.4.	Das Kabinett Kahr I: Besetzung und Ausgangslage	482
B.	Vom Treuhänder zur politischen Führungsfigur: Das erste halbe Jahr an der Spitze des Freistaats Bayern	490
1.	Zu ungestüm: Anlaufschwierigkeiten des neuen Ministerpräsidenten	495
1.1.	Ausweisungen und bürokratische Schikanen: Die restriktive Fremdenpolitik und ihr Scheitern	495
1.2.	Auf dem rechten Auge blind? Die Handhabung der politischen Zensur im Fall Pöhner	503
1.3.	Hinwendung zum Separatismus? Die Riss-Rede Kahrs	507
2.	Vielbeschäftigtes Übergangskabinett: Die politische Agenda bis zur Neuwahl	509
3.	Viel Streit und ein kleiner Erfolg: Die ersten hundert Tage des Kabinetts Kahr II	511
3.1.	Eine nicht abgestimmte föderalistische Offensive: Das Bamberger Programm der BVP	512
3.2.	Aktionismus und Symbolpolitik: Die Wucherbekämpfung	516
3.3.	Eine delikate Angelegenheit: Die Wiederrichtung der französischen Gesandtschaft	518
4.	Prestigegewinn trotz durchwachsener Bilanz: Hintergründe eines politischen Aufstiegs	521
4.1.	Neuinterpretation im Freistaat: Das Auftreten des Ministerpräsidenten	522

4.2.	Die Einwohnerwehr muss bleiben! Profilierung in der Konfrontation mit den Siegermächten	524
4.2.1.	Die erste Reaktion: Ein Protest der süddeutschen Länder	525
4.2.2.	Bessere Vorbereitung: Die Gewinnung von Vertrauensleuten und diplomatischen Verbündeten	528
4.2.3.	Neue Kooperation mit Berlin und Umgehung des ersten Entwaffnungsgesetzes: Die Folgen der Konferenz von Spa	532
4.2.4.	Bessere Aussichten: Anzeichen für ein Entgegenkommen der Alliierten	538
VIII.	Kahr-Bayern	541
A.	Gerüste der Ordnungszelle: Die Konstituierung der Netzwerke im „System Kahr“	541
1.	Deutungsebenen der „Ordnungszelle“	541
2.	Ganz neue Möglichkeiten: Der Aktionsradius des „nationalen“ Bayern	546
2.1.	Im Überblick: Sicherheitsorgane als Kooperationspartner	546
2.1.1.	Reichswehr	551
2.1.2.	Einwohnerwehr	554
2.1.3.	Polizeidirektion München	558
2.2.	Über die Grenzen des Freistaats hinaus: Die Expansion der Selbstschutzbewegung	563
2.2.1.	Heimwehren im Ausland: Die Organisation Kanzler und ihr Engagement in Österreich	564
2.2.2.	München als Zentrum des deutschen Selbstschutzes: Die Organisation Escherich	570
2.3.	Fokus auf Bayern: Der Freistaat als neuer Kristallisationspunkt „nationaler“ Netzwerke	582
2.3.1.	Potente Unterstützer: Landbünde und Industrie	583
2.3.2.	Widerwillige Kooperation etablierter Nationalisten: Der Bayerische Ordnungsblock als Vehikel des Alldeutschen Verbandes	589
2.3.3.	Der Selbstschutz als Auffangbecken: Studentische Zeitfreiwillige	596
2.3.4.	Bayern als Rückzugsraum und Aktionsbasis: Ludendorff-Kreis, Brigade Ehrhardt	606
2.3.5.	Der Ludendorff-Kreis und die „weiße Allianz“: Kontakte nach Ungarn und zur russischen Emigration	610

2.4.	„Starker Mann“ oder „Testamentsvollstrecker“? Die Rolle Kahrs in der Ordnungszelle Bayern	618
3.	Gerüstet für die Konfrontation? Die Abwägung der Kräfteverhältnisse nach dem Einwohnerwehrschießen	625
3.1.	Die Position Kahrs als Regierungschef: Institutionelle und politische Spielräume im Herbst 1920	629
3.1.1.	Zwei Ressorts, wechselndes Amtsverständnis: Der Minister des Inneren und des Äußeren	630
3.1.2.	Vom „ehrlichen Makler“ zur politischen Führungsfigur: Der Ministerpräsident im Kabinett	635
3.1.3.	Zwischen Kooperationsbereitschaft und innerer Distanz: Beamtenminister Kahr und der Landtag	639
3.1.4.	Regierung der Einheitsfront: Gustav von Kahr und die Parteien der bürgerlichen Koalition	646
3.1.5.	Die Kahr-Regierung und die Presse	649
3.2.	Durchsetzungswille und neue Stärke: Reichspolitik unter veränderten Voraussetzungen	654
3.3.	Spekulation auf Konzessionen: Die Beziehungen zur Entente	662
B.	Ein Konflikt überlagert alles: Der Kampf um den Erhalt der Einwohnerwehr	667
1.	Die verpasste Chance auf einen Kompromiss: Blockade statt Lösungsvorschläge	668
2.	Wendepunkt des Konflikts: Die Isolation Bayerns nach dem Pariser Ultimatum	674
2.1.	Am Scheideweg: Die Forderungen der Alliierten	674
2.2.	Der Ruf nach Ablehnung: Die Regierung Kahr und die öffentliche Stimmung	677
2.3.	Gegenwind für Kahr: Die Konferenz der Ministerpräsidenten	680
2.4.	Volle Konfrontation: Die bayerische Antwortnote vom 11. Februar	683
3.	Abnutzungskampf statt Politik: Die Stilisierung zur symbolischen Machtprobe	685
3.1.	In der Wagenburg: Die Reaktion auf Kritik und Enthüllungen	685
3.2.	Empörung und Kurzschlussreaktionen: Die Vorlage des zweiten Entwaffnungsgesetzes	691
3.3.	Offener Bruch: Brüskierung des Vizekanzlers	694

3.4.	Wachsende Skepsis: Erste Absetzbewegungen in den eigenen Reihen	696
4.	Kein Weg aus der Sackgasse: Das schnelle Ende der Einwohnerwehr	699
4.1.	Ergebnis der Blockade: Die Annahme des Londoner Ultimatums	699
4.2.	Nachteil Kahr: Strategischer Vorteil und überlegene Taktik des neuen Reichskanzlers	701
4.3.	Zu spät und aussichtslos: Die „Geste“ als letzte Hoffnung	705
4.4.	(Selbst-)Auflösung der Einwohnerwehr: Kahr zwischen Rücktrittsgedanken und Prestigeeinbuße	710
C.	Neustart? Die letzten hundert Tage als Ministerpräsident	718
1.	Nach der Niederlage: Die Situation Anfang Juni 1921	719
1.1.	Die Sorge Kahrs um das eigene Image	720
1.2.	Das Ende einer Kooperationsplattform: Die ungewisse Zukunft der vaterländischen Allianzen	723
1.3.	Rückkehr der alten Probleme: Der Blick auf die Regierung	728
2.	Vor einem neuem Aufbau: Kahr und seine Verbündeten	730
2.1.	Charmeoffensive: Ein Sommer als Festredner	731
2.2.	Im Hintergrund: Die beginnende Neuaufstellung der Wehrbewegung	732
3.	Die unmögliche Rückkehr zur Normalität	736
3.1.	Ein Landesverräter? Das Attentat auf Karl Gareis	736
3.2.	Schulaufsicht, Lebensmittelunruhen: Schwelende Krisen	737
4.	Ein Kompromiss als Rücktrittsgrund: Das Ende des Kabinetts Kahr II	739
IX.	Resümee	747
X.	Anhang	765
	Abkürzungsverzeichnis	765
	Ungedruckte Quellen	768
	Periodika	771
	Gedruckte Quellen und Editionen	772
	Literaturverzeichnis	782

Vorwort

Die vorliegende Studie wurde im Sommersemester 2021 von der Fakultät für Geschichts- und Kunstwissenschaften der LMU München als Dissertation angenommen und für die Online-Publikation an einigen Stellen geringfügig überarbeitet und ergänzt.

Gustav von Kahr ist eine der bekanntesten Persönlichkeiten der bayerischen Geschichte des frühen 20. Jahrhunderts, über die seit langer Zeit viele unterschiedliche Klischeebilder im Umlauf sind – vom biederen Beamtenministerpräsidenten über das Oberhaupt der sog. Ordnungszelle Bayern bis zur Figur Franz Flaucher in Lion Feuchtwangers Roman „Erfolg“. Ich habe mir zum Ziel gesetzt, hinter diese Zuschreibungen zu blicken und in kritischer Analyse ein akkurates Bild des historischen Protagonisten, seines Umfelds und seiner Zeit zu zeichnen.

Bei diesem Vorhaben haben mich viele Personen und Institutionen unterstützt, bei denen ich mich herzlich bedanken möchte:

An erster Stelle steht dabei ganz ohne Zweifel mein Doktorvater, Prof. Dr. Ferdinand Kramer, der mir nicht nur ein Thema mit Bezug zu zentralen Forschungsprojekten am Lehrstuhl zur Bearbeitung anvertraute, sondern auch mit großem Wohlwollen die Fertigstellung des Vorhabens in jeder erdenklichen Weise förderte. Eine ganz und gar unvollständige Aufzählung soll in diesem Zusammenhang vor allem die Ermöglichung einer in Eigenverantwortung durchgeführten wissenschaftlichen Tagung, die Beratung bei der Stipendienbewerbung, die Befürwortung einer Forschungsreise in die Vereinigten Staaten und besonders die Beschäftigung als wissenschaftlicher Mitarbeiter dankend hervorheben. Auch die große Offenheit im fachlichen Gespräch sowie die Geduld Prof. Kramers in schwierigen Phasen halfen ganz entscheidend, die Dissertation zu einem guten Ende zu führen.

Mein herzlicher Dank gilt außerdem Prof. Dr. Michael Brenner und Prof. Dr. Dieter J. Weiß, die sich sehr kurzfristig bereit erklärten, als zweiter bzw. dritter Gutachter zu fungieren und sich dabei auch nicht vom Umfang meiner Darlegungen abschrecken ließen.

Meine Forschungen führten mich in zahlreiche Archive und Bibliotheken, deren Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen oft große Hilfsbereitschaft zeigten und auch bei hartnäckigen Nachfragen die Suche nach dem gewünschten Aktenstück freundlich unterstützten. Stellvertretend für viele – mir namentlich manchmal gar nicht bekannte Personen – seien hier Dr. Sylvia Krauss-Meyl, Dr. Markus Schmalzl, Dr. Michael Stephan, Dr. Thomas Paringer, Christine Kobler M.A. und Alexander Markus Klotz M.A. genannt.

Was die historische Überlieferung anbetrifft, möchte ich zugleich Herrn Gräbel (Bayreuth) ganz besonders danken, der dem Institut für Bayerische Geschichte einen bisher wissenschaftlich nicht erschlossenen Privatnachlass Kahrs zur Verfügung stellte und damit einen wichtigen Grundstein für die Arbeit legte; auch das Gespräch mit Herrn Kerschensteiner über Gustav von Kahr brachte für mich viele interessante Erkenntnisse.

Im Hinblick auf den Forschungsalltag erwies sich das Institut für Bayerische Geschichte als ideales Arbeitsumfeld: Hierfür stehen in erster Linie Dr. Claudia Friemberger †, Dr. Larissa Wagner, Martin Keßler M.A., Beatrice Wichmann M.A., Dr. Claudia Schemmer, Dr. Markus Christopher Müller, Christine Rogler M.A., Dr. Daniel Rittenauer, Miriam Schwägerl M.A., Elisabeth Heistingner und Claudia Wöllert, die stets bereitwillig

Anregungen gaben und im Stress der laufenden Arbeiten unterstützend zur Seite standen, aber auch die gelegentlichen Launen ihres Kollegen nachsichtig ertrugen. Dies gilt in gleicher Weise für die studentischen Hilfskräfte am Institut, die sich den plötzlichen Arbeitsaufträgen aus dem Assistentenzimmer durchgehend mit Sorgfalt und Verlässlichkeit annahmen; besonders oft trugen so Sonia Ben Amara, Maria Schneider, Laura Fuchs und Emanuel Rüff zum Entstehen der Studie bei.

Eine besondere Erwähnung verdient an dieser Stelle Prof. Dr. Martin Ott, der mir im Studium nicht nur zahlreiche Facetten des Historiker-Handwerks nahebrachte, sondern auch in wichtigen Momenten immer mit Rat und Tat entscheidende Hilfe leistete.

Eine jahrelange wissenschaftliche Zusammenarbeit verbindet mich zudem mit Dr. Wolfgang Ehberger, der mir bei der Edition der Ministerratsprotokolle der Weimarer Zeit schon als „Hiwi“ die Augen für viele, vor allem rechtliche Zusammenhänge in Verfassungsleben und Staatsverwaltung dieser Epoche öffnete.

Im Oberseminar durfte ich wiederum regelmäßig meine Zwischenergebnisse vorstellen und konnte dabei häufig von weiterführenden Hinweisen und neuen Perspektiven auf das präsentierte Thema profitieren; besonders gedankt sei hier der „Weimar-Gruppe“ um Thomas Schütte M.A., Kristin Bohms M.A., Michael Nusser M.A., Anna Lehner M.A. und Dr. Regina Ginster.

Außerhalb dieses Rahmens ermöglichten es mir Prof. Dr. Bernhard Löffler, die Forschungsstelle Weimarer Republik an der Universität Jena und die Konferenz Bayerischer Landeshistoriker das Dissertationsprojekt in unterschiedlichen Formaten vor- und zur Diskussion zu stellen.

Ein außergewöhnliches Privileg wurde mir zuteil, als ich auf Einladung von Dr. Roy G. Koeppe Ergebnisse meiner Studien an der University of Nebraska in einem öffentlichen Vortrag präsentieren durfte; die Bayerische Akademie der Wissenschaften förderte diesen Forschungsaufenthalt mit einem großzügigen Stipendium.

Unverzichtbare ideelle und materielle Unterstützung erfuhr ich außerdem im und durch das Cusanuswerk, dessen Promotionsstipendium mir nicht „nur“ die konzentrierte Arbeit an meinem Vorhaben ermöglichte, sondern auch ein Forum für zahlreiche Begegnungen und fruchtbaren Austausch bot. Eine besondere Erwähnung verdienen in diesem Zusammenhang die Graduiertentagungen, die Fachschaft Geschichte und die Münchner Cusanusgruppe, die sich sogar nicht abhalten ließ, mich für ein Jahr zum Vorstand zu wählen. Herr Prof. Dr. Martin H. Geyer unterstützte mich wiederum ganz zu Anfang bei den Bewerbungen um ein Promotionsstipendium.

Dem Prüfungsamt für Geistes- und Sozialwissenschaften (PAGS) und der Universitätsbibliothek der LMU München verdanke ich sodann die rasche und unkomplizierte Erledigung zahlreicher Formalia, was die rasche Online-Publikation der Studie erst möglich gemacht hat.

Im privaten Umfeld möchte ich schließlich besonders meinen Eltern danken, die ihren Sohn trotz einer vielleicht ungewöhnlichen Studienwahl immer mit großer Offenheit auf vielerlei Weise unterstützten und sich deshalb die meisten Verdienste zur Entstehung dieser Arbeit zurechnen dürfen – doch um dies angemessen zu würdigen, können knappe Bemerkungen in einem Vorwort ohnehin nicht einmal annähernd das Richtige treffen.

I. Einleitung

1. Veränderung als gemeinsamer Nenner: Vom Königreich zum Freistaat, vom Beamten zum Politiker

1.1 Im Fokus: Transformationen des frühen 20. Jahrhunderts in Bayern

Wer sich heute, ungefähr 100 Jahre nach den historischen Ereignissen selbst, mit der Geschichte des frühen 20. Jahrhunderts in Bayern befasst, dürfte schnell auf den 1969 von Karl Bosl vorgelegten Sammelband „Bayern im Umbruch“¹ stoßen. Die darin enthaltenen Aufsätze beschäftigen sich aus jeweils unterschiedlichen Perspektiven mit den Ereignissen in Bayern vor bzw. nach 1918 und verhelfen dem Titel als Klassiker zu einem sicheren Platz auf jeder themenbezogenen Literaturliste. Der Herausgeber hatte ab Mitte der sechziger Jahre die bayerische Revolution und ihre Vorgeschichte zu einem Arbeitsschwerpunkt seines Lehrstuhls erkoren und damit den Anstoß für zahlreiche Dissertationen, Quelleneditionen und weitere Projekte gegeben.² Das Kompendium war also als Zwischenbilanz angelegt und wollte seinerzeit zur kritischen Diskussion anregen. Hierfür erschien das Buch genau zum passenden Zeitpunkt. Die Novemberrevolution war mit ihrem 50. Jubiläum soeben wieder in das Blickfeld der Öffentlichkeit gerückt, während die zeitgenössische Studentenbewegung und die damit einhergehende Renaissance neomarxistischer Theorien gleichermaßen das Interesse an revolutionären Ereignissen weckte. Die Veröffentlichung, die Einblicke in einige ausgewählte Qualifizierungsarbeiten gewährte, erregte deshalb in weiten Kreisen Aufsehen: Sie setzte den „Umbruch“ von 1918 endgültig³ auf die Agenda der Landes- und Regionalgeschichte

¹ Karl Bosl (Hg.), Bayern im Umbruch. Die Revolution von 1918, ihre Voraussetzungen, ihr Verlauf und ihre Folgen, München u. a. 1969.

² Schon hier (d. h. vor dem eigentlichen Forschungsüberblick) seien genannt: Willy Albrecht, Landtag und Regierung in Bayern am Vorabend der Revolution von 1918. Studien zur gesellschaftlichen und staatlichen Entwicklung Deutschlands von 1912-1918 (Beiträge zu einer historischen Strukturanalyse Bayerns im Industriezeitalter 2), Berlin 1968; Wolfgang Benz, Süddeutschland in der Weimarer Republik. Ein Beitrag zur deutschen Innenpolitik 1918-1923 (Beiträge zu einer historischen Strukturanalyse Bayerns im Industriezeitalter 4), Berlin 1970; Franz Menges, Reichsreform und Finanzpolitik. Die Aushöhlung der Eigenstaatlichkeit auf finanzpolitischem Wege in der Zeit der Weimarer Republik (Beiträge zu einer historischen Strukturanalyse Bayerns im Industriezeitalter 7), Berlin 1971; Friedhelm Mennekes, Die Republik als Herausforderung. Konservatives Denken in Bayern zwischen Weimarer Republik und antidemokratischer Reaktion (1918-1925) (Beiträge zu einer historischen Strukturanalyse Bayerns im Industriezeitalter 8), Berlin 1972.

³ Wichtige Vorarbeiten leisteten bis dahin vor allem: Ernst Deuerlein (Hg.), Der Hitler-Putsch. Bayerische Dokumente zum 8./9. November 1923, Stuttgart 1962 (mit einer ausführlichen Einleitung zur politischen Geschichte Bayerns 1914-1924); Karl Schwend, Bayern zwischen Monarchie und Diktatur. Beiträge zur bayerischen Frage in der Zeit von 1918 bis 1933, München 1954; Heinz Gollwitzer, Bayern 1918-1933, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 3 (1955), 191-236.

und fungierte somit – trotz möglicher inhaltlicher Kritik und unabhängig von den inzwischen auf den Initiator gefallenem Schatten⁴ – als verdienstvoller Impulsgeber für zahlreiche Studien zur Entstehung der ersten bayerischen und deutschen Demokratie.

Nun soll es in diesen ersten Absätzen natürlich nicht darum gehen, den Ertrag jener lange nachwirkenden Forschungsoffensive in irgendeiner Form näher zu kommentieren. Das hier gewählte Eingangsbild will die Aufmerksamkeit des Lesers vielmehr auf das Leitmotiv lenken, das damals der landesgeschichtlichen Beschäftigung mit dem frühen 20. Jahrhundert vorangestellt wurde. Die Formel „Bayern im Umbruch“ brachte das Anliegen auf den Punkt und deutete im Sinne einer Strukturgeschichtsschreibung bereits an, dass vor allem tiefgehende Ursachen und Prozesse den Hauptgegenstand des Gesamtprojekts bilden würden.⁵ Vor dem Hintergrund der Debatten um eine steckengebliebene Revolution hob der Begriff außerdem zu Recht die vielfältigen Veränderungen jener Monate und Jahre hervor: Die im Buch versammelten Aufsätze beschäftigen sich unter anderem mit der russischen Studentenkolonie in München, den Konflikten um die Volksernährung, dem Verhalten der Beamtenschaft oder mit Versuchen, die Ereignisse historisch-intellektuell zu deuten.⁶

Spätestens mit diesen Anregungen hatte die Forschungsdebatte um eine angemessene Analyse politischer Zäsuren auch die bayerische Revolution 1918/19 erreicht und wird seitdem mit Blick darauf immer wieder neu angeregt.⁷ Dabei ist es als Interpretationsmodell bis heute sehr verbreitet, die sog. Novemberrevolution als historischen Bruch und Neubeginn zu betrachten, d. h. viele Studien wählen das Kriegsende bzw. den Sturz der Monarchie als Ausgangs- oder Endpunkt ihrer Darstellung und schreiben diesen Ereignissen damit konstitutive Bedeutung für ihren Untersuchungsgegenstand zu. Das hat in aller Regel auch seine Berechtigung, da die

⁴ Benjamin Z. Kedar - Peter Herde, Karl Bosl im Dritten Reich, Berlin / Boston 2016.

⁵ Vgl. das Vorwort Bosls zum Sammelband: Karl Bosl, Die Revolution 1918 in Bayern. Umbruch - Neuanfang - Frustration - Modell, in: ders. (Hg.), Bayern im Umbruch, 1-4 sowie Karl Bosl, Gesellschaft und Politik in Bayern vor dem Ende der Monarchie. Beiträge zu einer sozialen und politischen Strukturanalyse, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 28 (1965), 1-31.

⁶ Ludwig Schneider, Die russische Studentenkolonie und das Echo des revolutionären Rußland in München vor 1914, in: Bosl (Hg.), Bayern im Umbruch, 75-96; Friedrich Münch, Die agitatorische Tätigkeit des Bauernführers Heim. Zur Volksernährungsfrage aus der Sicht des Pressereferates des bayerischen Kriegsministeriums während des Ersten Weltkrieges, in: ebd., 301-344; Georg Kalmer, Beamtenschaft und Revolution. Eine sozialgeschichtliche Studie über Voraussetzungen und Wirklichkeit des Problems, in: ebd., 201-262; Christoph Weisz, Die Revolution von 1918 im historischen und politischen Denken Münchener Historiker der Weimarer Zeit, in: ebd., 535-578.

⁷ In diesem Zusammenhang sind inzwischen auch eigene Publikationen zur Geschichte politischer Umbrüche in Bayern erschienen: Ferdinand Kramer (Hg.), Orte der Demokratie in Bayern (Themenhefte der Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 81/1 und 81/2 (2018)); Oliver Braun (Hg.), Revolution in München 1800-1848-1918-1933-1945-1968, Regensburg 2014; Bernhard Löffler, Stationen parlamentarischen Wandels in Bayern, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 58 (1995), 959-989.

bayerische und deutsche Revolution ganz offensichtlich einen tiefgreifenden Einschnitt markierte, mit dem zahlreiche Entwicklungslinien abrissen oder ihren Anfang nahmen. Hier sei beispielhaft an die Auseinandersetzung um die Einführung eines Rätessystems⁸, den um sich greifenden Paramilitarismus⁹, die zunehmende Politisierung der Justiz¹⁰ oder an die Vergiftung des politischen Klimas durch Antisemitismus¹¹ und „Revisionssyndrom“¹² erinnert.

Aus genauso guten Gründen ist dieser Sichtweise in den letzten Jahrzehnten allerdings auch zunehmend Konkurrenz erwachsen, da das Ende des Kaiserreichs und die Gründung der Weimarer Republik schon auf politischer Ebene keine singulär herausgehobenen Ereignisse darstellten, sondern nur im Lichte eines Erfahrungshorizonts zu begreifen sind, der unter anderem schon lange anhaltende Verwerfungen in der deutschen Gesellschaft und die traumatischen Jahre des Weltkriegs in sich barg. Vor diesem Hintergrund entstand deshalb auch eine wachsende Anzahl von Studien, die die Novemberrevolution in erster Linie als Dreh- und Angelpunkt eines Übergangsprozesses verstehen und sie deshalb in andere zeitliche Rahmensetzungen wie etwa das Krisenjahrzehnt 1914-1924 einbetten. Dieser Zuschnitt bietet sich bei einigen Themen – z. B. der schon 1914 einsetzenden Inflation¹³ – geradezu an, die so erweiterte Perspektive hat inzwischen freilich auch den Blick auf historische Sachverhalte verändert, bei deren Betrachtung lange Zeit in erster Linie die 1918/19 erfolgten Umbrüche und weniger die darüber hinausreichen Kontinuitäten maßgeblich waren – entsprechende Forschungen haben sich

⁸ Georg Köglmeier, Die zentralen Rätegremien in Bayern 1918/19. Legitimation - Organisation - Funktion (Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte 135), München 2001; Martin Müller-Aenis, Sozialdemokratie und Rätebewegung in der Provinz. Schwaben und Mittelfranken in der bayerischen Revolution 1918-1919, München 1986.

⁹ Siehe hierzu Anm. 95.

¹⁰ Douglas G. Morris, Justice Imperiled: The Anti-Nazi Lawyer Max Hirschberg in Weimar Germany (Social history, popular culture, and politics in Germany), Ann Arbor 2005; Arthur D. Brenner, Emil J. Gumbel: Weimar German pacifist and professor (Studies in Central European histories), Boston u. a. 2001; Martin Löhnig - Ulrike Preißner, Zwei Geschichten über die Bayerischen Volksgerichte (1918-1924), in: Zeitschrift für neuere Rechtsgeschichte 34 (2012), 43-68; Franz J. Bauer - Eduard Schmidt, Die bayerischen Volksgerichte 1918-1924. Das Problem ihrer Vereinbarkeit mit der Weimarer Reichsverfassung, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 48 (1985), 449-478.

¹¹ Michael Brenner, Der lange Schatten der Revolution. Juden und Antisemiten in Hitlers München 1918-1923, Berlin 2019; Dirk Walter, Antisemitische Kriminalität und Gewalt: Judenfeindschaft in der Weimarer Republik, Bonn 1999.

¹² Michael Salewski, Das Weimarer Revisionssyndrom, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 1980/2, 14-25; Markus Pöhlmann, Aktenkrieg und Dolchstoßprozess: Gab es eine partikuläre Erinnerungspolitik in Bayern? in: Günther Kronenbitter - ders. (Hg.), Bayern und der Erste Weltkrieg, München 2014, 230-241; Irma Permooser, Der Dolchstoßprozeß in München 1925, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 59 (1996), 903-926.

¹³ Hier ist wohl noch länger das maßgebliche Werk: Gerald D. Feldman, The Great Disorder. Politics, Economics and Society in the German Inflation 1914-1924, New York 1993.

etwa mit Sozialpolitik und Wohnungswesen¹⁴, ländlichen Kriegserfahrungen¹⁵ oder gesellschaftlichen Deutungen von Zäsuren¹⁶ beschäftigt. Und auch Nachbardisziplinen wie die Politikwissenschaft haben die Potenziale einer solchen Herangehensweise längst erkannt: So gliederte die sog. Systemwechselforschung demokratische Transformationen schon in den 1980er Jahren¹⁷ in aufeinander folgende Phasen, die eine Destabilisierung der alten Herrschaftsstrukturen, den unmittelbaren Regimewechsel sowie die Institutionalisierung und Konsolidierung der neuen Demokratie voneinander abgrenzen und den Prozess auf diese Weise operationalisierbar machen; die Analyse hat sich seitdem noch weiter differenziert, wenn etwa zusätzlich Pfadabhängigkeiten oder Koordinationsanforderungen in den Blick genommen werden.¹⁸

1.2 Biographien als Porträts der Transformation

Zumindest aus Sicht des Historikers ist diese umfassendere Perspektive jedoch immer noch nicht der Weisheit letzter Schluss und erscheint an einigen Stellen ergänzungsbedürftig: Hier beginnt die Vorgeschichte der Novemberrevolution – etwas provokativ ausgedrückt – im Grunde bereits in den 1860er und 1870er Jahren und verdichtet sich langsam zu einer Konstellation, die dann den Verlauf der Transformation beeinflusste. Das gilt bereits mit Blick auf einige Konfliktlagen oder politische Milieus, die sich schon damals verfestigten und noch Jahrzehnte später eine wichtige Rolle spielten¹⁹, der Verweis auf die Betrachtung einer schon weiter zurückliegenden Vergangenheit bezieht sich jedoch vor allem auf die politisch maßgeblichen Personen selbst, die in ihrer Mehrzahl eben in der (Nach-)Gründerzeit aufgewachsen waren und

¹⁴ Wilfried Rudloff, Die Wohlfahrtsstadt. Kommunale Ernährungs-, Fürsorge- und Wohnungspolitik am Beispiel Münchens 1910-1933. 2 Bde. (Schriftenreihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften 63), München 1998.

¹⁵ Benjamin Ziemann, Front und Heimat. Ländliche Kriegserfahrungen im südlichen Bayern 1914-1923 (Veröffentlichungen des Instituts zur Erforschung der Europäischen Arbeiterbewegung - Schriftenreihe A, Darstellungen 8), Essen 1997.

¹⁶ Martin H. Geyer, Verkehrte Welt. Revolution, Inflation und Moderne: München 1914-1924 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 128), Göttingen 1998; Martina Steber, Ethnische Gewissheiten. Die Ordnung des Regionalen im bayerischen Schwaben vom Kaiserreich bis zum NS-Regime (Bürgertum - Neue Folge 9), Göttingen 2010.

¹⁷ Klassisch ist hier vor allem ein umfangreiches, zu Beginn der 1980er Jahre durchgeführtes Forschungsprojekt zu sog. demokratischen Transitionen: Guillermo O'Donnell - Philippe C. Schmitter (Hg.), Transitions from Authoritarian Rule, 4 Bde., Baltimore u. a. 1986.

¹⁸ Einen Überblick zum aktuellen Forschungsstand bietet: Wolfgang Merkel - Raj Kollmorgen - Hans-Jürgen Wagener, The Handbook of Political, Social, and Economic Transformation, Oxford 2019; Wolfgang Merkel, Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, Wiesbaden 2010.

¹⁹ In diesem Sinne besonders hervorzuheben ist etwa der nach der Reichsgründung begonnene sog. Kulturkampf, der zwar von Seiten des Staates bis in die 1890er Jahre weitgehend abgebaut wurde, in seiner gesellschaftlich-kulturellen Dimension jedoch bis Mitte des 20. Jahrhunderts nachwirkte.

dort ihre Sozialisierung erfahren hatten: Protagonisten wie Max von Baden, Philipp Scheidemann, Kurt Eisner, Friedrich Ebert, Hugo Haase oder Georg Heim²⁰ prägten in Bayern und im Reich ganz wesentlich die Zäsur von 1918/19, hatten ihre Denk- und Verhaltensmuster freilich weitgehend schon im 19. Jahrhundert ausgebildet, wobei die besonders einflussreiche Jugendzeit bei den genannten Personen schon fast 50 Jahre zurücklag. Die damals in Schule und Studium, in Beruf und Familie vermittelten Wertvorstellungen waren damit auch bei der Entstehung der ersten deutschen Republik handlungsrelevant, zumal viele Menschen gerade in unkalkulierbaren Situationen dazu neigen, sich auf die eigenen Stabilitätsvorstellungen zurückzuziehen und dort Halt suchen. Diese spezifische Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen, d. h. die ungebrochene Präsenz scheinbar überholter Grundorientierungen, stellt deshalb eine zentrale, jedoch häufig nicht benannte Legitimation für die inzwischen zahlreich vorliegenden Biographien zu Entscheidungsträgern der frühen Weimarer Republik, aber auch für die vielfältigen Arbeiten zu langlebigen Institutionen wie Parteien, Verbänden oder Kirchen dar.

Ausgehend von diesen Überlegungen zeichnen sich damit schon vor der Vorstellung des eigentlichen Protagonisten dieser Studie erste grundlegende Fragen ab, die die Untersuchung beschäftigen werden: Welche politischen und gesellschaftlichen Leitbilder waren für wesentliche Teile der wilhelminischen und Weimarer Funktionselite maßgeblich und worin äußerte sich dies? In welchem Ausmaß und mit welchen Folgen trugen die mit dem Ersten Weltkrieg eingeleiteten Veränderungen dazu bei, Zeitgenossen und Bevölkerungsgruppen zu politisieren, die sich in idealistischer Tradition eigentlich als überparteilich und unpolitisch verstanden? Inwieweit wurden Institutionen und Kooperationsstrukturen von den politischen Zäsuren erfasst und was bedeutete dies für die Gestaltung des politischen und sozialen Lebens? Auf welche Ursachen wurde sodann die herrschende, aber ungewohnte politische Instabilität zurückgeführt und welche Lösungsansätze gewannen deshalb in der öffentlichen Debatte an Gewicht?

Blickt man auf die Zielrichtung solcher Fragen, versucht eine moderne Biographie also, vom Spezifischen Rückschlüsse auf das Allgemeine zu ziehen, d. h. in diesem Fall den

²⁰ Neben den genannten Personen wurden auch Johannes Hoffmann (1867), Ernst Müller-Meinigen (1866), Johannes Timm (1866), Karl Liebknecht (1871), Hans von Seeckt (1866), Gustav Noske (1868), Hugo Preuß (1860), Carl Legien (1861) oder Otto von Dandl (1868) im Zeitraum zwischen 1860 und 1871 geboren, der SPD-Minister Martin Segitz als „Senior“ bereits 1853. Erhard Auer (1874), Matthias Erzberger (1875) oder Albert Roßhaupter (1878) gehören damit schon zu den jüngeren politischen Protagonisten der Revolution, lediglich die Vertreter der Räte (z. B. in Bayern Ernst Niekisch, Ernst Toller oder Eugen Leviné) waren in der Regel deutlich jünger. Zur generationellen Einordnung Kahrs siehe Kapitel II 3.3.

Verlauf und die Hintergründe der politischen Transformation Bayerns aus einer neuen Warte zu beleuchten und in einen längerfristigen biographischen Kontext einzuordnen. Glaubt man ersten Hinweisen, sollte sich der Protagonist der Studie als besonders qualifiziert für ein derartiges Projekt erweisen: So hielt es etwa Ernst Deuerlein für angebracht, in einem unveröffentlichten Manuskript zur Geschichte Münchens ein Kapitel mit dem Titel „Exzellenz Kahr hält Bayerns Schicksal in seinen Händen“²¹ zu versehen, während die zeitgenössischen Bezeichnungen „Kahr-Bayern“²² oder „System Kahr“²³ in der Literatur weiterhin als sprachliche Varianten zur ‚Ordnungszelle‘ Verwendung finden.

Mögen solche Bewertungen auch vorerst unkommentiert bleiben, sollte jedoch bereits deutlich geworden sein, dass Zitate dieser Art natürlich nicht als Legitimation für einen Rückfall in voluntaristische Sichtweisen herangezogen werden können: Der individuelle Lebensweg und die Überzeugungen Kahrs stehen zwar im Mittelpunkt dieser Arbeit, nur die Berücksichtigung der von ihm eingenommenen sozialen, funktionalen und situationsbezogenen Rollen gewährleistet indes die angestrebte Einbettung in den umfassenderen thematischen Horizont. Für die Anlage der Studie bedeutet dies, Kahr nicht als unbewegten Beweger seiner Welt, sondern als Angehörigen einer Handlungs- und Entscheidungselite zu begreifen, die wesentlichen Einfluss auf die Gestaltung des politischen Wandels nahm; besonders die Beziehungsstrukturen im Umfeld des Protagonisten sowie die in der etablierten politischen Kultur greifbaren Verhaltensdispositionen rücken dabei in den Vordergrund der Darstellung.

1.3 Gustav von Kahr – Ein Lebensbild am Wendepunkt

Bevor nun Anlage und Aufbau der Studie aus dieser Perspektive heraus näher erläutert werden, wird es jedoch Zeit, zunächst den Protagonisten selbst im Kontext der Transformation²⁴ vorzustellen. Der Zeitpunkt seines Eintritts in das aktive politische

²¹ Das offenbar – so ein Hinweis im Text – 1954 verfasste Manuskript im Nachlass Ernst Deuerlein (Bayerische Staatsbibliothek, Ana 463) trägt den Titel „Das war München! (Arbeitstitel)“ und enthält das Kapitel „1920-1934: Exzellenz Kahr hält Bayerns Schicksal in seinen Händen“.

²² Wolfgang Zorn, *Bayerns Geschichte im 20. Jahrhundert. Von der Monarchie zum Bundesland*, München 1986, 270; Klaus Schönhoven, *Die Bayerische Volkspartei 1924-1932 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 46)*, Düsseldorf 1972, 89.

²³ Markus Schmalzl, Erhard Auer, *Wegbereiter der Parlamentarischen Demokratie in Bayern (Münchener Historische Studien, Abt. Bayerische Geschichte XX)*, Kallmünz/Opf. 2013, 423.

²⁴ In der Geschichtswissenschaft hat der Typus des Transformationspolitikers als eigenständiges Thema bisher nur vereinzelt Aufmerksamkeit erfahren, so liegen etwa Studien zur Revolution 1848/49 vor, vgl. Birgit Bublies-Godau, *Biographien im Aufschwung? Zum Verhältnis von Revolutionsbiographik und Revolutionshistoriographie im Lichte der 160. Wiederkehr der Revolution von 1848/49 in Deutschland*, in: *Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 20* (2008), 285-299; Gunther Hildebrandt, *Biographien konservativer Österreicher aus dem Regierungslager Felix v. Schwarzenberg und ihre Bedeutung für das*

Leben, der zugleich den ersten Regierungswechsel nach Inkrafttreten der Bamberger Verfassung markierte, erscheint hierzu – auch im Hinblick auf die Existenz einer aufschlussreichen Quelle – als passender Einstieg:

Gustav von Kahr wurde in den Tagen des Kapp-Putsches zum neuen Regierungschef Bayerns gewählt und löste damit Mitte März 1920 den ersten demokratisch legitimierten bayerischen Ministerpräsidenten, Johannes Hoffmann, im Amt ab. Das neue Kabinett trat, auch wenn man die unmittelbaren politischen Umstände²⁵ nicht in Betracht zieht, ein kompliziertes Erbe an. Neben der weiterhin angespannten wirtschaftlichen Lage bestand vor allem das zentrale Legitimationsdefizit des alten Regimes, der Vertrauensverlust in die Leistungsfähigkeit des Staates, unvermindert fort. Nach dem offenkundigen Scheitern der Behörden in Kriegsführung und Lebensmittelversorgung hatte man auf diesem Gebiet auch in der Revolution die Chance zu einem symbolischen Neuanfang verpasst: Vor allem die Flucht der legitimen Regierung bei der Proklamation der Räterepublik sowie die wirkungslose Zuschauerrolle Bayerns im Zuge der Ausarbeitung der zentralistischen Weimarer Verfassung verfestigte noch den Eindruck der Hilf- und Einflusslosigkeit der staatlichen Institutionen. Anfang 1920 erschien der Freistaat deshalb als Verlierer der Revolution und als Hort der – inzwischen auch wieder vom rechten politischen Spektrum beförderten – Instabilität.

Es muss auffallen, dass in dieser Situation kein erfahrener Berufspolitiker mit der Führung der Regierungsgeschäfte betraut wurde, die Wahl fiel stattdessen auf den bisher im aktiven politischen Leben nicht hervorgetretenen Spitzenbeamten und Regierungspräsidenten von Oberbayern. Der aus einer fränkischen Pastoren- und Beamtenfamilie stammende Kahr konnte zwar auf eine sehr erfolgreiche Laufbahn im Staatsdienst zurückblicken, war der breiteren Öffentlichkeit jedoch höchstens als langjähriger Förderer der Heimatschutzbewegung ein Begriff: Schon 1901 hatte der damalige Bezirksamtmann von Kaufbeuren eine in Fachkreisen vielbeachtete Ausstellung alter Bauern- und Bürgerstuben auf die Beine gestellt. Ein Jahr später wurde Kahr ins Innenministerium versetzt und übernahm dort das Referat für Bau- und

Revolutionsverständnis, in: Birgit Bublies-Godau (Hg.), Die Revolution 1848/49 als Gegenstand der historischen Biographik. Kolloquium anlässlich des 160. Jahrestages der Revolution von 1848/49, Berlin 2008, 16-25.

Politische Akteure können freilich gerade in Krisen und Umbrüchen besonders große Bedeutung erlangen, wenn sie etwa ein neu etabliertes Amt prägen oder mit ihrer Persönlichkeit gleichsam symbolisch für eine politische Richtung bzw. Tendenz stehen. Dies betont mit Blick auf die Weimarer Republik besonders Wolfram Pyta in seiner Hindenburg-Biographie, die deshalb auch schon in ihrem Titel auf den Transformationsprozess verweist: Wolfram Pyta, Hindenburg. Herrschaft zwischen Hohenzollern und Hitler, München 2007, 9 f. (Vorwort).

²⁵ Siehe hierzu Kapitel VII A.

Feuerpolizei; nach mehreren Beförderungen stieg er 1912 zum Staatsrat, d. h. zum ranghöchsten Beamten und Stellvertreter des Ministers, auf. Kahr versah dieses Amt auch im Krieg, bis er schließlich Mitte 1917 zum Regierungspräsident von Oberbayern ernannt wurde und in dieser Position die Revolution erlebte.

Sein Mangel an politischem Profil stellte die Presse vor die wenig attraktive Wahl, die Leser entweder lapidar mit dem beruflichen Werdegang des neuen Ministerpräsidenten vertraut zu machen oder allgemeiner über Hintergründe und Folgen dieser Berufung zu rasonieren. Standen solche Spekulationen natürlich z. T. auf recht unsicherem Grund, war es der Basler National-Zeitung hingegen gelungen, Informationen aus erster Hand zu erhalten. Der unter dem Titel „Der neue Ministerpräsident“ gebotene Bericht²⁶ aus leider unbekannter Quelle ist in mehrerer Hinsicht bemerkenswert und verdient deshalb einen Abdruck in voller Länge. Er lautet:

„Der neue bayerische Ministerpräsident, der sich selbst als ein politisch unbeschriebenes Blatt, als politischer Neuling bezeichnet, ist in Wahrheit nicht nur einer der geschicktesten, sondern auch einflußreichsten Männer, die Bayern im Laufe des letzten Dezenniums hatte. Er ist der Typ des gewiegten alten Diplomaten, dessen Stärke in der Behandlung der Menschen, ihrer Schwächen und Torheiten besteht. Unter dem Ministerium Soden [!] war von Kahr als Staatsrat der faktische Leiter und Herrscher im Ministerium des Innern. Er ist von einer unerschütterlich streng konservativen und monarchistischen Gesinnung mit stark bayrisch partikularistischen Einschlag, hält jedoch an der Aufrechterhaltung der Reichseinheit fest. Unter dem liberalem Ministerium des Innern Brettreich nahm von Kahr seinen Abschied, wahrte sich aber seinen Einfluß durch seinen ehemaligen Freund, Helfer und Untergebenen Hamm, der als Handelsminister noch in das sozialistische Ministerium hinüberging. An der Öffentlichkeit ist von Kahr nur bei gänzlich unpolitischen Anlässen, wie bei der Gründung des Volkskundemuseums in Kaufbeuren, sowie bei feierlichen Empfängen, Besichtigungen und Reisen hervorgetreten. Umso stärker war sein interner Einfluß, bei dessen Durchsetzung ihm eine gewisse Bonhommie und seine jovial behäbige Natürlichkeit gut zu statten kam. Dieser geschickt gewahrten Maske war es wohl auch zuzuschreiben, daß Noske nach Niederwerfung des Münchener Kommunistaufstandes im vorigen Jahre Seite an Seite mit Regierungspräsident von Kahr die Einwohnerwehren besichtigte, ein Umstand, der umso mehr ins Auge fiel, als Noske auf Kahrs Veranlassung kurz zuvor in der Münchener Universität eine Vorlesung Alexander von

²⁶ ‚Bayern - Der neue Ministerpräsident‘, in: Basler National-Zeitung Nr. 142 vom 24.3.1920.

Müllers (des Begründers des Bundes zur Niederkämpfung von England und Vorstand der Vaterlandspartei in Bayern) besucht und dort eine Ansprache gehalten hatte.

Kahr begann seine rasche und glänzende Karriere als Bezirksamtmann in Kaufbeuren. Sein Vater war Präsident des Verwaltungsgerichtshofs. Ins Ministerium des Inneren berufen, machte er dank seiner Geschicklichkeit im Lavieren rasch Karriere und erhielt als Staatsrat im ordentlichen Dienst den persönlichen Adel, sowie den Ehrendoktor der technischen Hochschule in München.

Dem Geiste der neuen Zeit steht Dr. von Kahr abweisend und kenntnislos gegenüber. Er lebt in den romantisch-historischen Anschauungen der Lenbachzeit. Die bekannten Architekten Gabriel v. Seidel [!] und Seitz, von denen die makarthaften Innendekorationen des Münchener Nationalmuseums stammen, zählen zu seinem engsten Freundeskreis, aus dem sich übrigens auch verwandtschaftliche Fäden²⁷ zum Landschaftsdirektor Kapp aus Königsberg spinnen.

Bei aller Klugheit fehlt es diesem „politischen Kopf“ vor allem an wirklich positiven Wissen und Einsicht in den Geist der Zeit, sodaß die Gefahr, die Kapp erlag, aus einem Schiebenden ein Geschobener zu werden, auch bei ihm nicht völlig ausgeschlossen ist.“

Der Text erregt natürlich allein aufgrund der schließlich zutreffenden `Prophezeiung´ am Ende des Artikels die Aufmerksamkeit des rückblickenden Lesers: Wie allgemein bekannt, sollte sich Gustav von Kahr dreieinhalb Jahre später tatsächlich in der fatalen Rolle eines „Geschobenen“ wiederfinden, nachdem er auf der Bühne des Münchner Bürgerbräukellers vom Ausbruch des Hitler-Putsches überrascht worden war. In der Zwischenzeit hatte Kahr freilich längst die Rolle des politisch unbeschriebenen Blattes abgestreift und sich u. a. als energischer Protektor der bayerischen Einwohnerwehren als feste Größe der bayerischen und deutschen Rechten etabliert. Auch nach seinem Rücktritt vom Amt des Ministerpräsidenten im September 1921 blieb Kahr deshalb einer der einflussreichsten politischen Akteure im Wartestand und konnte für einige Zeit als Schirmherr der `vaterländischen Bewegung´ in Bayern gelten. Im Krisenjahr 1923 schließlich zum Generalstaatskommissar mit besonderen Vollmachten berufen, verspielte er jedoch sein Ansehen bei der Niederschlagung des Hitler-Putsches und zog sich 1924 aus der Politik zurück. Die tödliche Rache der Nationalsozialisten im Jahre 1934 traf damit nicht einen politischen Konkurrenten, sondern einen Beamten im Ruhestand.

Auf den zweiten Blick mindestens ebenso auffällig und gleichzeitig eine interessante Bestätigung für die Expertise des ungenannten Gewährsmanns sind darüber hinaus die

²⁷ Eine solche Verbindung konnte nicht ermittelt werden.

weiterführenden Hinweise auf Beziehungsumfelder und Verhaltensmuster des Porträtierten: Der Anonymus nennt nicht nur einige zutreffende Namen aus dem Bekanntenkreis Kahrs, er schreibt seinem „internen Einfluss“ sowie der geschickten Bedienung bestehender Erwartungen ebenfalls zu, dass es Kahr bisher in jeder Situation verstanden habe, seinen Einfluss über ein Netzwerk von Vertrauten zu wahren. Zwar sieht der Autor damit seine Zweifel an einer geglückten Personenwahl in keiner Weise ausgeräumt, muss allerdings zugestehen, dass Kahr mit diesen Fähigkeiten über wichtige Machtinstrumente an der Regierungsspitze verfüge – die er offenbar auch durchaus wirkungsvoll nutzte, wenn man sich abermals die schon erwähnten Charakterisierungen als Schöpfer der sog. Ordnungszelle vor Augen führt.

Ausgehend von diesen Beobachtungen und Einschätzungen liegen damit genügend Ansatzpunkte für eine zweite Serie von Fragen vor: Was zeichnete eine steile Beamtenkarriere im späten Kaiserreich aus und welche politischen bzw. gesellschaftlichen Einflussmöglichkeiten standen Staatsdienern in herausgehobenen Positionen offen? Wie verlief der lange so nicht absehbare Weg Kahrs an die Regierungsspitze Bayerns und welche Rückschlüsse sind daraus in Hinblick auf den Verlauf der politischen Transformation zu ziehen? Hatten Krieg und Revolution eine Art strukturelle „Entsicherung“²⁸ zur Folge, d. h. stärkte die instabile Lage das Gewicht informeller Allianzen und erleichterte es so, eine eigene politische Agenda zu verfolgen? Inwiefern eröffnet der Werdegang und das Agieren Kahrs Möglichkeiten, den in der Weimarer Republik durchaus verbreiteten Typus des vermeintlich wider Willen im Rampenlicht stehenden Anti-Revolutionen-Politikers zu charakterisieren? Wie konnte es Kahr schließlich gelingen, trotz seines Newcomer-Status innerhalb kurzer Zeit erhebliche Popularität zu gewinnen und sich den Ruf als Schöpfer der sog. Ordnungszelle Bayern aufzubauen?

Direkt anknüpfend an diese letzte Fragestellung mag es nun besonders auffallen, dass bisher kaum thematisiert wurde, wie sich das Bild des politischen Protagonisten Gustav von Kahr im Laufe der Zeit veränderte und wie seine historische Rolle heute in der Forschung eingeschätzt wird. Dabei schwanken die Bewertungen in der Literatur vor allem zwischen den Polen des biedereren Beamtenministerpräsidenten und des Wegbereiters des Nationalsozialismus, während andere Epochen in Kahr eher den

²⁸ Wolfram Pyta, *Geschichtswissenschaft*, in: Christian Klein (Hg.), *Handbuch Biographie. Methoden, Traditionen, Theorien*, Stuttgart / Weimar 2009, 331-338 (Pyta spricht von „entsicherten Bedingungen“).

tragisch Gescheiterten, den Verräter an der „nationalen“ Sache oder ein Opfer des „Dritten Reichs“ sehen wollten.²⁹

Diese weitgehend bekannten, nachträglichen Einschätzungen sollten hier jedoch ganz bewusst nicht als Aufhänger dienen, da die vorliegende Studie nicht den gesamten Lebensweg Kahrs nachvollziehen wird, sondern im Stile einer Teilbiographie bis zum Ende seiner Ministerpräsidentschaft im Herbst 1921 vordringt und die Rekonstruktion der weiteren politischen Karriere einer Folgearbeit anheimstellt. Diese Entscheidung ist einerseits arbeitsökonomisch zu begründen, da der zu erwartende Umfang und der Zeitaufwand für eine das Krisenjahr 1923 einschließende Gesamtdarstellung den hier vorgegebenen Rahmen gesprengt hätte, das Innehalten zum gewählten Zeitpunkt bietet sich allerdings auch aus sachlichen Gesichtspunkten an. So konnte Ministerpräsident Kahr im Jahre 1921 bereits auf einen von zahlreichen Zäsuren und persönlichen Neuorientierungen beeinflussten Weg auf die politische Bühne und ins Rampenlicht der Reichspolitik zurückblicken; die gegen seinen zähen Widerstand durchgesetzte Auflösung der Einwohnerwehr und der kurz darauf erfolgte Rücktritt als Regierungschef markierte jedoch noch einmal einen erheblichen Einschnitt, der die politische Konstellation neuerlich deutlich verschob und einen weiteren Rollentausch für den erneut amtierenden Regierungspräsidenten von Oberbayern mit sich brachte. Denn nicht zuletzt von der Enttäuschung über die erlittenen Misserfolge und die ungebrochene Zustimmung im (deutsch-)nationalen Lager angetrieben, agierte Kahr fortan trotz seines öffentlichen

²⁹ Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten galt Kahr aufgrund seiner Rolle beim Hitler-Ludendorff-Putsch als eine Art Staatsfeind, der für seinen „Verrat“ den Ausschluss aus der „Volksgemeinschaft“ verdiene. Der ehem. Generalstaatskommissar und seine Familie mussten daher heftige Anfeindungen und Repressalien (z. B. Beurlaubung des Schwiegersohns Anton Kerschensteiner als Präsident des Landesarbeitsgerichts) über sich ergehen lassen. Diese nachträgliche Rache erreichte dabei sogar die Flure der Staatskanzlei, vgl. die Erinnerungen des Richters am Bayerischen Obersten Landesgericht, Alfred Neumeyer (Leo Baeck Institute Archives, ME 471), pag. 201: „Nachfolger des Ministerpräsidenten Held war der schon früher erwähnte General v. Epp. Ich besuchte ihn mit Rabbiner Dr. Baerwald. [...] Wir mussten im Vorzimmer längere Zeit warten und besichtigten zum Zeitvertreib die Bilder der bayerischen Ministerpräsidenten seit dem Anfang des 19. Jahrhunderts, die in gleichmäßiger Aufmachung im Mahagonirahmen an der Wand angebracht waren. So kamen wir auch zu dem Bild des Staatsrats v. Kahr, des Staatsleiters von 1923. Sein Bild unterschied sich auf den ersten Anblick in nichts von den anderen Bildern, bei längerem Verweilen aber sahen wir im Halbkreis um den Kopf herum die Worte geschrieben: ‚Tod dem Verräter vom 1923‘.“

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde in München wiederum eine Straße nach Kahr benannt, da er als Opfer des sog. Röhm-Putsches als Verfolgter des Nationalsozialismus anerkannt wurde. Diese Entscheidung geriet ab den 1960er Jahren wiederum erheblich in die Kritik, als die politische Rolle Kahrs und auch die von ihm als Generalstaatskommissar veranlassten Ausweisungen jüdischer Bürger breiter diskutiert wurden. Die Straße hat bis heute ihren Namen behalten, erinnert aber nur noch an seinen gleichnamigen Vater, Gustav von Kahr sen., der als Präsident des Verwaltungsgerichtshofes wirkte. Vgl. Martin Bernstein, Ehre, wem Schande gebührt, in: Süddeutsche Zeitung Online vom 8.11.2019 [URL: <<https://www.sueddeutsche.de/muenchen/muenchen-gustav-von-kahr-strasse-strassennamen-1.4673935>>; zuletzt eingesehen am 5.3.2021]; Hans Dollinger, Die Münchner Straßennamen, München ⁵2004, 312.

Amts aus der sog. vaterländischen Opposition heraus und konzentrierte sich darauf, die außerparlamentarische Rechte zu einer neuen Sammlungsbewegung zusammenzuschließen – bis dieses lose Bündnis schon Anfang 1923 wieder endgültig zerbrach und den wenige Monate später berufenen Generalstaatskommissar schließlich zwischen alle Stühle setzte. Dieser Zeitabschnitt konstituiert also nochmal eine ganz eigene Phase der politischen Entwicklung, seine Abkopplung kann mithin dazu beitragen, die rekonstruierte Karriere nicht vom Ende her zu denken, sondern das ebenfalls schon kontrovers diskutierte Agieren Kahrs als Verwaltungsbeamter und als Ministerpräsident³⁰ eigenständig zu betrachten und so neue Erkenntnisse über die bayerische Transformation und die sog. Ordnungszelle zu gewinnen.

Zusammengefasst gesagt, versteht sich die vorliegende Studie damit unter anderem als Beitrag zur Geschichte des bildungsbürgerlichen Engagements im Wilhelminismus, zur politischen Rolle von Staatsverwaltung und öffentlichen Dienst im frühen 20. Jahrhundert, zur Entwicklung der sog. Heimatfront im Ersten Weltkrieg sowie als Versuch, das schnelle Kippen der Machtverhältnisse nach der bayerischen Revolution aus der Warte eines daran beteiligten Protagonisten nachzuvollziehen.

2. Methodische Herangehensweise

Als nächste Aufgabe gilt es nun zu erläutern, welche konzeptionellen Ansätze die Grundlage bilden sollen, um den Werdegang Kahrs nachzuvollziehen und das damit verbundene Forschungsprogramm in die Tat umzusetzen.

2.1 Biographisches Arbeiten

Dabei deutet schon der Vielklang der aufgeworfenen Fragen eine Kombination sich ergänzender Herangehensweisen an, angesichts der Fokussierung auf eine historische Einzelpersonlichkeit liegt es freilich auf der Hand, die biographische Perspektive³¹ besonders zu betonen. Primäres Ziel der Studie ist somit das Nachzeichnen eines

³⁰ In diesem Zusammenhang sind vor allem das Agieren Kahrs beim Aufbau der Einwohnerwehr, bei der Protektion von Verbündeten in der antidemokratischen Rechten sowie bei der bereits 1920 einsetzenden Ausweisung vom Ausländern zu sehen, siehe Kapitel VII B 1.1.

³¹ Im Umfeld der reichhaltigen Literatur zu Theorie und Methode des biographischen Arbeitens bieten u. a. folgende Einführungen Überblick und Orientierung: Helma Lutz - Martina Schiebel - Elisabeth Tuider (Hg.), *Handbuch Biographieforschung*, Wiesbaden 2018; Christian Klein (Hg.), *Handbuch Biographie. Methoden, Traditionen, Theorien*, Stuttgart / Weimar 2009; Bettina Vötter u. a. (Hg.), *Biographieforschung im Diskurs*, Wiesbaden 2005.

Mit besonderem Fokus auf die Landesgeschichte: Martin Dröge, *Die biographische Methode in der Regionalgeschichte* (Forum Regionalgeschichte 17), Münster 2011; Philipp Gassert, *Raum und Leben. Überlegungen zum Verhältnis von Biographik und Landesgeschichte aus Anlass des Abschlusses der „Badischen Biographien“*, in: *Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins* 160 (2012), 601-614.

Lebenswegs – z. T. auch in seinen Verästelungen und Details –, um so ein neues Fenster zum Verständnis der Zeit zu öffnen, in der der Protagonist wirkte und mit anderen versuchte, historische Entwicklungstendenzen in seinem Sinne zu beeinflussen. Eine solche Sichtweise beruht mithin auf der entweder im- oder explizit ausgesprochenen Überzeugung, dass es mit der Betrachtung des Werdegangs bekannter oder auch vergessener Persönlichkeiten möglich ist, Erkenntnisse über die rein biographische Ebene hinaus zu gewinnen, dass Akteuren eine eigene, von den herrschenden Verhältnissen nicht determinierte Handlungsmächtigkeit zuzuschreiben sei und dass individuellen Entscheidungen sowie (Inter-)Aktionen eine wichtige Rolle bei der Geschichtsbetrachtung zukommen sollte.³²

Bekanntlich galten nun eben diese Grundprämissen in weiten Teilen der historischen Zunft längere Zeit als schlagende Argumente, das biographische Arbeiten aus dem Kanon ernst zu nehmender bzw. zukunftssträchtiger Zweige des Fachs weitgehend auszuschließen und Lebensbeschreibungen den notwendigen wissenschaftlichen Analysegehalt abzusprechen. Eine primär an gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und ökonomischen Verhältnissen orientierte Geschichtsschreibung, die den seit dem 19. Jahrhundert dominierenden Historismus demonstrativ verabschiedete, musste im Nachvollzug einzelner Lebensläufe geradezu die Königsdisziplin jener alten Schule erblicken, die Männer noch ungestört Geschichte machen ließ und sich deshalb durch eine geradezu entlarvende, ja peinliche Theorie- und Strukturblindheit auszeichnete.³³

³² Biographische Forschung stellt nach diesem Verständnis also keinen Zweck „an sich“ dar, sondern ist als Methode der Erkenntnisgewinnung zu betrachten, die auch über ihren unmittelbaren Untersuchungsgegenstand hinausweist, vgl. hierzu die grundlegenden Ausführungen von Margit Szöllösi-Janze, *Lebens-Geschichte - Wissenschafts-Geschichte. Vom Nutzen der Biographie für Geschichtswissenschaft und Wissenschaftsgeschichte*, in: *Berichte zur Wissenschaftsgeschichte* 23 (2000), 17-35; dies., Fritz Haber. *Eine Biographie 1868-1934*, München 1998, 9-15.

³³ Es lag daher nahe, biographisches Arbeiten weniger als wissenschaftliche Methode, sondern als Kunstform des bürgerlichen Zeitalters einzustufen: Theodore S. Hamerow, *Die Kunst der historischen Biographik in Deutschland von 1871 bis zur Gegenwart*, in: Reinhold Grimm - Jost Hermand (Hg.), *Vom Anderen und vom Selbst. Beiträge zu Fragen der Biographie und Autobiographie*, Königstein/Taunus 1982, 30-44; Jürgen Oelkers, *Biographik. Überlegungen zu einer unschuldigen Gattung*, in: *Neue politische Literatur* 19 (1974), 296-309; so bereits: Siegfried Kracauer, *Die Biographie als neubürgerliche Kunstform*, in: *Frankfurter Zeitung* vom 29.6.1930.

Bei aller Kritik kam die biographische Arbeit freilich auch im akademischen Umfeld nie zum Erliegen, sondern fand bereits im Umfeld der historischen Sozialwissenschaften neue Ansatzpunkte: So rückten die bisher als „geschichtswürdig“ eingestuft Akteure – also gerade politische Entscheidungsträger wie Gustav von Kahr – zunehmend aus dem Fokus, um einer Perspektivenverschiebung auf Lebensläufe von Personen aus Unterschichten, marginalisierten Gruppen oder den lange wenig beachteten Frauenbiographien Platz zu machen, etwa: Manfred Lechner - Peter Wilding (Hg.), *„Andere“ Biographien und ihre Quellen. Biographische Zugänge zur Geschichte der Arbeiterbewegung. Ein Tagungsbericht*, Wien u. a. 1992; Casimir Bumiller, *Zur Biographik der „kleinen Leute“*, in: Gisela Wilbertz (Hg.), *Biographieforschung und Stadtgeschichte. Lemgo in der Spätphase der Hexenverfolgung (Studien zur Regionalgeschichte 13)*, Bielefeld 2000, 29-43; Ruth Ellen B. Joeres, *Selbstbewußte Geschichte*.

Der Versuch, die historischen Abläufe so auf einen Punkt zu fokussieren, wirkte schlicht naiv und untauglich, zumal die Eigenlogik individueller Lebenswege jede stringente Analyse zu verhindern schien und nur durch Hermeneutik und Narration zu erfassen war. Anstatt weitgehend vom Zufall bestimmte Einzelschicksale zu schildern, galt es deshalb vielmehr, gesellschaftliche Machtbeziehungen offen zu legen, die Funktionsmechanismen von Wirtschaftsordnungen zu entschlüsseln oder die Gestalt und Wirkungsweise kollektiver Mentalitäten aufzuzeigen. Als Stimmungsbild dieser Zeit wird in rückblickenden methodischen Einführungen dann auch gerne an die charakteristischen, z. T. bis in die 1990er Jahre hinein gestellten Diagnosen von der „biographischen Illusion“³⁴ oder von der Biographie als „akademischer Selbstmord“³⁵ erinnert.

Solche Zitate waren natürlich bewusst provokativ formuliert, zeugen aus heutiger Sicht freilich auch von einer allzu großen Selbstgewissheit, den Weg zu einer modernen und wirklich innovativen Geschichtswissenschaft zu kennen. Unabhängig von ihrem Stil und ihrer konkreten Motivation hat solche Kritik jedoch auf jeden Fall wichtige Reflexionsprozesse ausgelöst und so indirekt der auch wissenschaftlichen Renaissance des Genres Biographie den Weg bereitet: Denn war es tatsächlich überfällig, eher literarisch-romantisch anmutende Kategorien wie „Größe“, „Charakter“, „Schicksal“ oder „Tragik“ aus der biographischen Arbeit zu verabschieden³⁶, löste die drohende wissenschaftliche Marginalisierung auch wichtige Impulse aus, um sich ganz neu auf die potenziellen Stärken einer Lebensbeschreibung zu besinnen und so die biographische Forschung wieder auf solide Basis zu stellen. Wie bereits angedeutet, fußt die seit den neunziger Jahren anhaltende Renaissance der Gattung dann auch auf der inzwischen meist als selbstverständlich erachteten Prämisse, dass ein rekonstruierter Lebenslauf nicht allein oder auch nur in erster Linie für sich steht, sondern mindestens ebenso viel über seine Zeit und die jeweils erfassten Milieus erzählt – sei es über das Verhalten der thematisierten Person oder die Rückwirkungen herrschender Umstände auf ihre Lebensgestaltung. Erkenntnistheoretisch betrachtet, können Biographien außerdem als

Biographien deutscher Frauen im 19. Jahrhundert, in: Ilse Brehmer (Hg.), „Wissen heißt leben“. Beiträge zur Bildungsgeschichte von Frauen im 18. und 19. Jahrhundert (Frauen in der Geschichte 4), 320-346.

Ein weiterer Ansatz bildete sich unter diesen Vorzeichen mit der kollektiven Biographie: Wilhelm Heinz Schröder (Hg.), *Lebenslauf und Gesellschaft. Zum Einsatz von kollektiven Biographien in der historischen Sozialforschung* (Historisch-Sozialwissenschaftliche Forschung 18), Stuttgart 1985.

³⁴ Pierre Bourdieu, *L'illusion biographique*, in: *Actes de la recherche en sciences sociales* 62/63 (1986), 69-72.

³⁵ So der Erfahrungsbericht von Deidre Bair, *Die Biografie ist akademischer Selbstmord*, in: *Literaturen* 7/8 (2001), 38 f.

³⁶ Pyta, *Geschichtswissenschaft*, 334.

eine wichtige wissenschaftliche Kontrollinstanz fungieren, da sie das gesellschaftliche, politische oder kulturelle Geschehen aus einer konkreten Nahperspektive nachvollziehen und somit darauf bezogene, oft weithin anerkannte Wissensbestände von den Neuem auf den Prüfstand stellen.³⁷

Auch diese Studie wird Kahr deshalb nicht als souveränen Spiritus Rector seiner Welt porträtieren, sondern versuchen, das „ständige Wechselspiel von Persönlichkeit und Wirkungsraum“³⁸ auszuloten, das sich in seinen vermeintlichen Gegenpolen tatsächlich unablässig beeinflusst und jedes individuelle Handeln konstituiert. Denn so zweifellos sich kein Zeitgenosse völlig von den Beschränkungen und Voraussetzungen historischer Strukturen freimachen kann, d. h. auf die Impulse seiner Umwelt reagiert und von ihnen geformt wird, geht er andererseits nicht einfach darin auf, sondern bleibt mit seiner Individualität erkennbar. Die Anerkennung dieser Tatsache ermöglicht es deshalb auch, das Ende der Vorstellung eines irgendwie bruchlosen und in sich logischen Werdegangs nicht mehr als Destabilisierung des biographischen Erzählens zu verstehen, sondern solche Konstruktionen im Gegenteil als Sinngebungsversuche der Protagonisten selbst, ihrer Zeitgenossen oder der Nachwelt zu erkennen und zu problematisieren.³⁹

Der gerne suggerierte Eindruck einer in sich stimmigen und konsequenten Lebensführung steht einer kritischen biographischen Aufarbeitung deshalb längst nicht mehr im Wege, sondern eröffnet vielmehr eine zusätzliche Erkenntnisebene, die nach den Hintergründen und versteckten Botschaften solcher (Selbst-)Inszenierungen fragt. Dies ist im vorliegenden Fall auch besonders wichtig, da Kahr als Verfasser mehrerer Autobiographien offenbar sehr viel Wert darauf legte, den eigenen Werdegang gegenüber seiner Mit- und Nachwelt ins rechte Licht zu rücken und damit den Anspruch eines

³⁷ Biographien kommt damit nicht zuletzt auch eine wichtige heuristische Funktion zu, kürzlich diente dieses Argument sogar dazu, um den Anspruch eines „Biographical Turn“ in den Geschichtswissenschaften zu fundieren: Nigel Hamilton, *Biography as Corrective*, in: Hans Renders - Binne de Haan - Janne Harsma (Hg.), *The Biographical Turn. Lives in History*, London / New York 2017, 15-30. Dieser Aspekt findet auch in der Landesgeschichte Beachtung, vgl. Johann Kirchinger, Michael Horlacher, *Ein Agrarfunktionär in der Weimarer Republik (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 159)*, Düsseldorf 2011, 12 f.

³⁸ So die Formulierung bei Horst Möller, Franz Josef Strauß. *Herrscher und Rebell*, München / Berlin 2015, 13.

³⁹ Der Unterschied zwischen einem historischen Lebenslauf in seiner bloßen zeitlichen Abfolge und einer biographischen Rekonstruktion, d. h. eines Narrativs, ist daher stets zu betonen, vgl. etwa Michael Buttgerit (Hg.), *Lebenslauf und Biographie (Werkstattberichte 18)*, Kassel 1987; Thomas Winkelbauer (Hg.), *Vom Lebenslauf zur Biographie. Geschichte, Quellen und Probleme der historischen Biographik und Autobiographik. Referate der Tagung „Vom Lebenslauf zur Biographie“ am 26. Oktober 1997 in Horn (Schriftenreihe des Waldviertler Heimatbundes 40)*, Horn 2000.

Hinzu kommt, dass gerade die Gattung Biographie – im Unterschied zu manchen Spezialstudien – meist eine große Bandbreite unterschiedlicher historischer Phänomene beleuchtet, indem sie dem Protagonisten auf seinem Lebensweg folgt und damit gerade die Brechungen und den Facettenreichtum historischer Konstellationen und Entwicklungsprozesse betont.

Zeitkritikers in eigener Sache erhob; parallel dazu ist außerdem das Image Kahrs als Wegbereiter und Symbolfigur der sog. Ordnungszelle Bayern in Rechnung zu stellen. Es gilt also stets die kritische Distanz zum inhärenten Konstruktionscharakter jeder Lebenserzählung zu wahren und gleichzeitig die – häufig gegen den Strich zu lesenden – Einblicke zu nutzen, die solche Selbst- und Fremdstilisierungen eröffnen.

Ergänzend dazu sei allerdings auch noch betont, dass die biographische Perspektive nicht allein in der analytischen Abstrahierung vom suggestiven Potenzial ihres Gegenstands fruchtbar wird, sondern in ihrer Eigenlogik auch Einblicke eröffnet, die andere Zugänge zur Vergangenheit nicht so leicht herstellen können. So nimmt der Historiker als Biograph insbesondere nicht nur von vorneherein als bedeutend eingestufte Ereignisse oder Entwicklungen in den Blick, sondern wird – bei aller berechtigten Konzentration auf inhaltliche Schwerpunkte – durch die Brille jedes Lebenslaufes auch auf Zusammenhänge verwiesen, die zunächst weniger relevant erscheinen, bei näherer Betrachtung jedoch das Verständnis der Zeit erweitern.⁴⁰ Eine solche Neuausrichtung des Blickfeldes stellt sich etwa in Bezug auf die Tätigkeitsbereiche und Interessengebiete der meist sehr umtriebigen Akteure ein: So widmet sich die vorliegende Studie natürlich primär Gustav von Kahr, um seine politische Rolle in Weltkrieg, Revolution und sog. Ordnungszelle besser zu erfassen, die Darstellung kann dabei jedoch nicht sein Wirken als Staatsbeamter, Heimatschützer oder Propagandist an der Heimatfront außer Acht lassen, die für sich wohl keinen Anlass für eine wissenschaftliche Biographie gegeben hätten. Der dadurch erzielte Querschnittseffekt bietet insoweit auch eine gewisse Absicherung gegen eine rein interessensgeleitete Geschichtsbetrachtung und erleichtert es, Sachverhalten Aufmerksamkeit zu schenken, deren Bedeutung zwar den Zeitgenossen, aber weniger dem zunächst an ganz bestimmten Fragen orientierten Historiker bewusst sind.

Erweitern Biographien also schon gewissermaßen aus eigener Logik den Blick auf die Vergangenheit, kommt in der vorliegenden Studie hinzu, dass der gleiche Kompass auch sehr gute Dienste bei der Suche nach Möglichkeiten zur Ergänzung und Bereicherung des methodischen Repertoires leistete: Denn Kahr legte aus noch zu klärenden Gründen in seinem Memoiren sehr viel Wert darauf, die Prominenz und Vielfalt der eigenen Kontakte sowie die Ausrichtung des eigenen Handelns an übergeordneten Normen und Werten zu

⁴⁰ Besonders deutlich wird das etwa in der Biographie Kurt Eisners, die lange Zeit fast ausschließlich mit Blick auf die dreieinhalb Monate Eisners als provisorischer Ministerpräsident Beachtung fand, bei „gleichwertig[er]“ Gewichtung der einzelnen Lebensabschnitte jedoch auch zahlreiche Erkenntnisse zum Journalismus und zur deutschen Sozialdemokratie des (späten) Kaiserreichs bereithält. Vgl. die Einleitung bei Bernhard Grau, Kurt Eisner 1867-1919. Eine Biographie, München 2001, 12.

betonen.⁴¹ Schon angesichts dieser Selbsteinschätzung lag es daher nahe, den hier gewählten biographischen Zugang mit einem parallelen Fokus auf Beziehungsstrukturen um Kahr sowie einer besonderen Aufmerksamkeit für die Wirkkraft weithin rezipierter Elemente politischer Kultur zu ergänzen und so der Arbeit eine breitere analytische Basis zu verleihen.

2.2 Eine weitere Perspektive: Beziehungen und Netzwerke

Dabei besteht die Stärke des Netzwerk-Ansatzes⁴² nun gerade darin, die Einbindung von Einzelpersonen in Kollektive aufzuzeigen und zu deuten, vor allem wenn es sich um weiter verzweigte, aber zugleich nicht völlig unübersehbare Gruppen handelt. Er trägt mit seinem Fokus auf Interaktionen außerdem dazu bei, den oft allzu scharfen Kontrast zwischen dynamischem Akteur und statischer Struktur abzumildern, da sich Netzwerke laufend verändern, also nicht bloß als unbeweglicher Hintergrund der vor sich geltenden Ereignisse gelten können.

Wer diese Perspektive für die eigene Studie fruchtbar machen will, ist allerdings auch gehalten, von vorneherein transparent zu machen, welche analytische Reichweite und Erklärungskraft dem eigenen Blick auf historische Beziehungsstrukturen zukommen soll. Dies ist schon allein deshalb besonders wichtig, da der Netzwerkansatz nach lange recht zögerlicher Rezeption in den Geschichtswissenschaften die letzten 25 Jahre auf eine bemerkenswerte Konjunktur zurückblicken kann, was vielen aufschlussreichen Forschungen den Weg geebnet, aber auch zu einer eher beliebigen und unverbindlichen Nutzung der Netzwerk-Metapher geführt hat⁴³; in einem Aufsatz war etwa schon 2005

⁴¹ Siehe die Erläuterungen zu den Memoiren auf S. 47-49.

⁴² Netzwerktheorien gehören heute zu den meist diskutierten Ansätzen und führenden Modellen für die Analyse moderner Gesellschaften und ihrer sozialen Prozesse. Ausgangspunkt ist hierbei die Grundtatsache der Herausbildung von Interaktionsstrukturen im Zuge jedes menschlichen Handelns, vgl. etwa: Bruno Latour, *Eine neue Soziologie für eine neue Gesellschaft. Einführung in die Akteur-Netzwerk-Theorie*, übers. von Gustav Roßler, Frankfurt am Main 2007; Manuel Castells, *Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft (Das Informationszeitalter 1)*, Opladen 2001.

In der Geschichtswissenschaft herrschte u. a. mit Blick auf die verfügbare Quellenbasis hingegen längere Zeit Zurückhaltung gegenüber – v.a. quantitativ orientierten – Netzwerkperspektiven. Vgl. etwa: Wolfgang E. Weber, *Pikante Verhältnisse. Verflechtung und Netzwerke in der jüngeren historisch-kulturwissenschaftlichen Forschung*, in: Regina Dauser u. a. (Hg.), *Wissen im Netz. Botanik und Pflanzentransfers in europäischen Korrespondenzen des 18. Jahrhunderts*, Berlin 2008, 289-300.

⁴³ Halling und Fangerau versuchen die unterschiedlichen Verwendungsformen in der Forschung deshalb mit einem „dreigliedrigen Netzwerkbegriff“ – Methode (stringente soziale Netzwerkanalyse), Konzept (weitergehender Erklärungsanspruch ohne streng mathematische Datenerhebung), reine Metapher – zu erfassen. (Thorsten Halling - Heiner Fangerau, *Netzwerke - Eine allgemeine Theorie oder die Anwendung einer Universalmetapher in den Wissenschaften?* In: dies. (Hg.), *Netzwerke - Eine allgemeine Theorie oder die Anwendung einer Universalmetapher in den Wissenschaften? Ein transdisziplinärer Überblick*. Bielefeld 2009, 267-285, hier: 270).

davon die Rede, dass sich die Kategorie „Netzwerk“ inzwischen zu einer der am meisten verbreiteten „Leerformel[n]“⁴⁴ in der Geschichtswissenschaft entwickelt habe.

Welchen Erklärungsanspruch erhebt also die vorliegende Studie, wenn sie versucht, den Fokus auf Beziehungen und Kontakte zu legen? Immerhin ist der Netzwerkansatz in seiner umfassenden, soziologischen Form⁴⁵ eine komplexe Handlungstheorie, mit der individuelles und kollektives Verhalten erklärt und besser verstanden werden soll: So werden etwa Interaktionen innerhalb einer Gruppe nach bestimmten Leitvariablen erfasst und klassifiziert, in formalisierten Datenreihen aufbereitet sowie in graphischen Darstellungen visualisiert, um Korrelationen zwischen variabel aufgebauten Beziehungsstrukturen und z. B. der Produktivität von Arbeitsabläufen in einem Unternehmen oder der Verbreitung von Informationen zu erkennen sowie miteinander zu vergleichen. Bekannte Indikatoren sind hierbei etwa die Dichte eines Netzwerkes, die strukturelle Zentralität eines Akteurs, die Häufigkeit des Austausches oder das Vorhandensein sog. Weak Ties, die als besonders innovationsfördernd gelten. Als Mittel zur Datenerhebung dienen bei solchen Projekten unter anderem Interviews mit kriterienorientiert ausgewählten Persönlichkeiten, der vor allem für größere Personengruppen geeignete Einsatz von Fragebögen oder auch die direkte Beobachtung von Sozialbeziehungen in einem Kollektiv, etwa in Langzeitstudien.

Die historische Forschung muss hingegen aus verständlichen Gründen auf andere Instrumente zurückgreifen, eine quantitativ gestützte Rekonstruktion präziser Interaktionsstrukturen ist ihr dann möglich, wenn serielle bzw. nach einheitlichen Prinzipien gegliederte Quellen zur Verfügung stehen oder wenn eine breiter gestreute Überlieferung nach vordefinierten Kriterien ausgewertet werden kann.⁴⁶ Das ist hier allerdings nicht der Fall, da weder ein ausreichend umfangreicher und in sich geschlossener Bestand an Korrespondenz überliefert ist⁴⁷, noch die Memoiren oder Tagebücher Anspruch darauf erheben können, alle Begegnungen und Interaktionen Kahrs

⁴⁴ Wolfgang Reinhard, Kommentar. Mikrogeschichte und Makrogeschichte, in: Hillard von Thiesen - Christian Windler (Hg.), Nähe in der Ferne. Personale Verflechtungen in den Außenbeziehungen der Frühen Neuzeit (Zeitschrift für Historische Forschung, Beihefte 36), Berlin 2005, 135-144, hier: 135.

⁴⁵ Vgl. den Überblick zur soziologischen Netzwerkforschung bei: Jan Fuhse, Soziale Netzwerke. Konzepte und Forschungsmethoden, Konstanz 2016.

⁴⁶ Düring und Eumann nennen als besonders geeignete Quellengattungen für historische Netzwerkstudien dementsprechend Pfarrmatrikel, Entnazifizierungsakten, Rechnungen oder polizeiliche Ermittlungsakten. Vgl. Marten Düring - Ulrich Eumann, Historische Netzwerkforschung. Ein neuer Ansatz in den Geschichtswissenschaften, in: Geschichte und Gesellschaft 39 (2013), 369-390, hier: 375; ausführlich: Marten Düring u. a. (Hg.), Handbuch Historische Netzwerkforschung. Grundlagen und Anwendungen (Schriften des Kulturwissenschaftlichen Instituts Essen zur Methodenforschung 1), Berlin 2016.

⁴⁷ Die umfangreiche Korrespondenz mit Hermann Stegemann (siehe Anm. 138) setzt etwa erst 1923 ein und geht nur vereinzelt auf Beziehungsnetzwerke ein.

systematisch zu registrieren⁴⁸; andererseits ist die Quellenkonzentration zu keinem Zeitpunkt dicht genug, um eine statistisch valide Datengrundlage generieren zu können. Bis auf eine Ausnahme⁴⁹ wird es daher nicht möglich sein, Akteurskonstellationen um Kahr formalisiert auszuwerten, die Netzwerkperspektive hat jedoch auch ohne diese Grundlage interessante Einblicke zu bieten, Voraussetzung ist allerdings, den Erklärungsanspruch entsprechend anzupassen. Es kann also nicht darum gehen, die Beziehungssysteme mathematisch präzise und repräsentativ nachzuzeichnen oder Interaktionsmustern auf die Spur zu kommen, mit den vorhandenen Möglichkeiten soll vielmehr ein Beitrag geleistet werden, um überhaupt erst einmal mehr über Kahr und sein Umfeld zu erfahren, d. h. ein in sich plausibles Bild der Ego-Netzwerke um den Protagonisten zu erhalten.⁵⁰ Dabei liegt der Fokus vor allem auf der Entstehung und schrittweisen Weiterentwicklung der Beziehungssysteme, ihrem Selbstverständnis und gesellschaftlichen Prestige, klar erkennbaren Hierarchien sowie auf der Bedeutung der Netzwerke für die Erschließung von Handlungsspielräumen. Auf qualitativer Basis sollte es dabei mit folgenden Beobachtungen möglich sein, hierüber Erkenntnisse zu gewinnen: So liegt es zunächst nahe, Netzwerke nach ihrem Formalisierungsgrad, d. h. nach der Transparenz und Nachvollziehbarkeit ihrer Interaktionsstrukturen zu unterscheiden, um dadurch erkennen zu können, ob eine soziale Konfiguration allein auf dem Beteiligungswillen der Akteure, ihrem Vertrauensverhältnis sowie impliziten Regeln beruht oder ob auch davon unabhängige Grundlagen – etwa Vereinssatzungen, Festordnungen etc. – feststellbar sind: Die Bandbreite reicht hier von ungebundenen

⁴⁸ Vgl. etwa den expliziten Eintrag in Bezug auf die Entwaffnungsaktion der Einwohnerwehren: Tagebuch Kahr 1921-A, pag. 340: „Ich schreibe darüber nichts.“

⁴⁹ Siehe Kapitel IV 1.3.

⁵⁰ Eine solche egozentrische Netzwerkrekonstruktion hat somit zunächst explorativen Charakter, versucht mit der breiteren Einbettung des Protagonisten in institutionelle und informelle Beziehungskreise jedoch gleichzeitig die Verständnisbasis für sein Agieren auszuweiten, d. h. in der Rückkopplung auch den biographischen Erkenntnisbildungsprozess zu fördern. In diesem Sinn begreift Schnegg das bessere Verständnis von Handeln als zentrales Ziel jeder Netzwerkstudie: „Die wichtigste theoretische Grundannahme der Netzwerkanalyse lautet dabei, dass das Handeln von Akteuren besser verstanden werden kann, wenn die sozialen Beziehungen berücksichtigt werden, in denen die Akteure eingebunden sind.“ (Michael Schnegg, Strategien und Strukturen. Herausforderungen einer qualitativen und quantitativen Netzwerkforschung, in: Markus Gamper - Linda Reschke (Hg.), Knoten und Kanten. Soziale Netzwerkanalyse in Wirtschafts- und Migrationsforschung, Bielefeld 2010, 55-76, hier: 55 f.

Aus der praktischen Erfahrung ist außerdem zu betonen, dass die Fokussierung auf Beziehungsnetzwerke auch in der Recherchearbeit vielfach erkenntnisfördernd wirkt, da so historische Überlieferungsbestände in den Blick geraten, die im Rahmen einer klassischen politischen Biographie möglicherweise weniger Beachtung fänden.

Vgl. ausführlicher zur handlungsrelevanten Einbindung von Akteuren in (politische) Netzwerke: Britta Baumgarten - Christian Lahusen, Politiknetzwerke - Vorteile und Grundzüge einer qualitativen Analysestrategie, in: Betina Holstein - Florian Straus (Hg.), Qualitative Netzwerkanalyse. Konzepte, Methoden, Anwendungen, Wiesbaden 2006, 177-197; Friedrich Lenger, Netzwerkanalyse und Biographieforschung - einige Überlegungen, in: BIOS 18 (2005), 180-185.

Jugendcliquen bis zu hochbürokratisierten Apparaten. In diesem Zusammenhang werden häufig informelle, weitgehend verdeckt agierende Netzwerke näher untersucht, die im politischen Umfeld auch öfter weniger charmant als Seilschaften bezeichnet werden; aber auch Netzwerke Verfolgter, etwa im Nationalsozialismus, rücken so in den Blick.⁵¹ Diese Präferenz ist der Genese der Netzwerkforschung geschuldet, die ja gerade angetreten war, nicht auf den ersten Blick erkennbare Kontakte transparent und für die Wissenschaft auswertbar zu machen.⁵² Rein sachlogisch betrachtet, ist freilich keine wirklich plausible Begründung vorhanden, institutionalisierte Beziehungsstrukturen weniger zu beachten, zumal selbst klar nach Kompetenzen gegliederte Dienstpläne von Behörden stets eine offene wie auch eine verdeckte Hierarchie widerspiegeln. Bietet es sich deshalb gerade bei einem Staatsbeamten an, formelle und informelle Netzwerke in ihrer Bedeutung gegenüberzustellen, ist dies hier noch zu unterstreichen, da die Studie außerdem die These vertritt, dass die schrittweise Destabilisierung der politischen Verhältnisse nach 1914 ganz wesentlich mit der schrittweisen Zersplitterung etablierter Institutionengefüge und dem Aufkommen halb-formeller Alternativen – nicht zuletzt unter der Beteiligung Kahrs – zu erklären ist. Dies lässt natürlich nur zu untersuchen, wenn man sowohl die Einbindung des Protagonisten in sein berufliches und dienstliches Umfeld als auch seinen Anteil am Aufbau paralleler Strukturen näher beleuchtet.

Der abermalige Hinweis auf die Umbruchszeit nach 1914 liefert außerdem schon das Stichwort für den zweiten Leitgedanken bei der Thematisierung der Ego-Netzwerke um Kahr: Er bezieht sich auf die Entwicklungsdynamik von Sozialgefügen, die bei strukturellen Rekonstruktionen häufig nur wenig Beachtung findet⁵³, gerade in einer historischen Arbeit freilich erhöhte Aufmerksamkeit verdient; erst recht, wenn man bedenkt, dass Sozialkollektive ein Niveau struktureller Beharrung ausbilden, das in aller Regel über die Wechselfälle der Tagespolitik hinausreicht, gleichzeitig aber auch nicht die z. T. enormen Beharrungskräfte von sozialen oder ökonomischen Verhältnissen entwickelt.⁵⁴ Gerade mit Blick auf die in immer kürzeren Abständen zu verzeichnenden

⁵¹ Marten Düring, *Verdeckte soziale Netzwerke im Nationalsozialismus. Die Entstehung und Arbeitsweise von Berliner Hilfsnetzwerken für verfolgte Juden*, Berlin u. a. 2015.

⁵² In diesem Zusammenhang spielt außerdem eine Rolle, dass Granovetter in seinem einflussreichen Aufsatz zu den „Weak Ties“ zurecht betonte, dass in sozialen Beziehungen vor allem lockere Bekanntschaften eine ausschlaggebende Rolle – etwa in Bezug auf den Informationsaustausch oder die Eröffnung neuer Handlungsoptionen – spielen können. Vgl. Mark S. Granovetter, *The Strength of Weak Ties*, in: *American Journal of Sociology* 78 (1973), 1360-1380.

⁵³ Hierauf macht aufmerksam: Richard Heidler, *Zur Evolution sozialer Netzwerke. Theoretische Implikationen einer akteursbasierten Methode*, in: Christian Stegbauer (Hg.), *Netzwerkanalyse und Netzwerktheorie. Ein neues Paradigma in den Sozialwissenschaften*, Wiesbaden 2010, 359-372.

⁵⁴ So betont Betina Hollstein schon am Beginn der Einleitung zu ihrem Handbuch, dass die „besondere Attraktivität des Netzwerkkonzeptes“ in seiner Positionierung zwischen Mikro- und Makroebene liege, vgl.

Zäsuren – Kriegsbeginn, Revolution, Übernahme der Ministerpräsidentschaft usw. – versprechen die Netzwerke um Kahr deshalb eine aufschlussreiche Kontrastfolie zu den oft allzu hektischen Veränderungen abzugeben. So ist es interessant zu beobachten, in welcher Weise und mit welchem zeitlichen Abstand sich weithin beachtete Umbrüche nicht nur auf politischer Ebene, sondern auch in etablierten Kooperationsstrukturen niederschlugen und dort möglicherweise zur Lähmung oder zum Neuaufbau führten. Solche Effekte eröffnen Einblicke in Gestalt, Bedeutung und Ausrichtung der Netzwerke selbst, Art und Ausmaß der Verschiebungen lassen freilich auch Rückschlüsse auf die Rückwirkungen unterschiedlicher Zäsuren zu – was heißt es etwa, wenn manche Kontaktlinien völlig und scheinbar abrupt abreißen, andere hingegen trotz erheblicher Belastung offenbar weitgehend unberührt bleiben?

Die Frage nach der Bedeutung von inneren und äußeren Dynamiken verweist sodann direkt auch auf eine Grundprämisse der gewählten Perspektive, die Handlungsrelevanz von Netzwerken im Hinblick auf politische oder gesellschaftliche Initiativen: Zwar lässt sich auf qualitativer Grundlage wie gesagt keine exakte Kooperationsanalyse erstellen, aus der Warte des zentralen Egos ist es jedoch häufig gleichwohl möglich, Handlungsspielräume oder -restriktionen zu erkennen, wenn etwa die Mitgliedschaft in einem Kollektiv bestimmte Erwartungen weckt oder eine Bekanntschaft den Zugang zu Ressourcen eröffnet, die sonst nicht zur Verfügung stehen würden. Nach Nan Lin⁵⁵ gibt der Fokus auf Netzwerke außerdem den Blick auf zusätzliche Interpretationsebenen frei, um die Motive handelnder Personen schneller nachzuvollziehen: So lässt sich jederzeit fragen, ob eine Person eher in Aktion tritt, um ihrem eigenen Geltungsbedürfnis zu genügen, sie also das eigene Ansehen vor Freunden und Kollegen steigern bzw. das Gesicht nicht verlieren möchte, oder ob es primär darum geht, instrumentell zu handeln, d. h. ein persönliches oder politisches Ziel zu verfolgen und dafür vielleicht auch einmal andere Rücksichten beiseite zu lassen. Natürlich sind derartige Motive nicht immer trennscharf zu unterscheiden, eine für die weitere Deutung aufschlussreiche Tendenz ist jedoch häufig zu erkennen.

Das einzige zum Einsatz gebrachte quantitative Instrument⁵⁶ könnte man schließlich als Kohorten-Perspektive bezeichnen, dessen Ziel es hier ist, in einem Querschnitt den

Betina Hollstein, Qualitative Methoden und Netzwerkanalyse - ein Widerspruch? in: dies. - Florian Straus (Hg.), Qualitative Netzwerkanalyse. Konzepte, Methoden, Anwendungen, Wiesbaden 2006, 11-35, hier: 11.

⁵⁵ Nan Lin, Social Capital. A Theory of Social Structure and Action (Structural Analysis in the Social Sciences 19), Cambridge u. a. 2001.

⁵⁶ Siehe Kapitel IV 1.3.

Interaktionsradius des 40jährigen Beamten Gustav Kahr besser auszuleuchten und seine bis dahin erzielten Karrierefortschritte im Vergleich zu bewerten. Von (Alters- oder Jahrgangs-)Kohorten⁵⁷ ist deshalb die Rede, da ein Abgleich aller in den Immatrikulationslisten der Universität München 1881-1885 genannten Namen mit personenbezogener Überlieferung im für Kahr wichtigen Stichjahr 1902 erfolgt und somit ersichtlich wird, welchen Beruf und welche Tätigkeit insgesamt 1233 ehem. Kommilitonen ca. zwanzig Jahre nach ihrem Studium ausübten. In heutiger Sprache ausgedrückt, handelt es sich also um eine historische Verbleibserhebung, die Kahr als Angehörigen und Vertreter seines bildungsbürgerlichen Milieus greifbarer macht.

2.3 Politische Kultur

Eine weitere Möglichkeit, das für Biographien typische Aufeinandertreffen von individuellem Agieren und historischem Entwicklungsgang etwas abzufedern, besteht darin, eintretende Veränderungen und persönliche Handlungen vor dem Hintergrund der in einer Gesellschaft, aber auch in kleineren Kreisen etablierten bzw. im Umbruch befindlichen politischen Kultur zu betrachten. Ihre Grundlagen werden wie bei den Netzwerken nach der Sozialisation in der Familie schon in der Schule und im Studium gelegt, hier geht es freilich nicht um personale, sondern um assoziative Strukturen, konkret die mit dem politischen Prozess verknüpften Wahrnehmungsmuster und Sinnprojektionen. In Abgrenzung zur älteren Civic-Culture-Forschung⁵⁸, die vor allem nach (bewussten) Einstellungen zu bestehenden politischen Ordnungen fragte, hat die Konzeption also eine Erweiterung erfahren und lässt sich heute etwa so bestimmen: Politische Kulturforschung untersucht die politische Formensprache einer Zeit, beschäftigt sich also mit dem potenziell grenzenlosen Spektrum relevanter Bedeutungsträger, die den politischen Prozess als soziale Realität konstituieren und für die Akteure beherrschbar machen – es handelt sich also um eine „spezifische Perspektive

⁵⁷ Heinz Renn, Lebenslauf-Lebenszeit-Kohortenanalyse, in: Wolfgang Voges (Hg.), Methoden der Biographie- und Lebenslaufforschung, Opladen 1987, 261-298.

⁵⁸ Gabriel Almond - Sidney Verba, The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations, Princeton 1963; dies., The Civic Culture Revisited, Boston / Toronto 1980.

Besonders ausgereift und auf die Geschichtswissenschaften bezogen ist dieser Ansatz bei: Karl Rohe, Politische Kultur und ihre Analyse. Probleme und Perspektiven der politischen Kulturforschung, in: Historische Zeitschrift 250 (1990), 321-346; ders., Politische Kultur - politische Milieus. Zur Anwendung neuerer theoretischer Konzepte in einer modernen Landesgeschichte, in: Simone Lässig - Karl Heinrich Pohl (Hg.), Sachsen im Kaiserreich. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft im Umbruch Weimar u. a. 1997, 177-190.

auf jede Art von Politik“⁵⁹, die bemüht ist, in jeder Epoche die kulturellen Voraussetzungen für politisches Handeln aufzuspüren und zu analysieren.⁶⁰

Was ist nun damit gemeint und inwiefern kann ein solches Verständnis von politischer Kultur die Perspektive auf den Protagonisten dieser Studie bereichern? In möglicher Kürze ausgeführt, ist es wohl zumindest auf abstrakter Ebene unstrittig, dass jede moderne, d. h. funktional-differenzierte Gesellschaft über Bereiche oder Systeme verfügt, in denen sie Leistungen erbringt, die für ihr eigenes Funktionieren nötig sind – mag man der Terminologie und den weitergehenden Annahmen Luhmanns nun zustimmen oder nicht.⁶¹ Ist etwa die Produktion und Verteilung knapper Güter Gegenstand der Wirtschaft, die Konfliktregelung nach einer anerkannten normativen Ordnung Aufgabenbereich der Justiz oder die Verhandlung moralischer Standards die Domäne von Religion und Kultur, geht es in der Politik im Grundsatz darum, sich auf kollektiv bindende Entscheidungen zu verständigen und diese auch umzusetzen; dabei wird in aller Regel der Anspruch einer Orientierung am Gemeinwohl erhoben.⁶² Diese Prozesse finden wie gesagt in der einen oder anderen Form in jeder Gesellschaft statt, da sie ihre Grundbedürfnisse befriedigen sowie für ihren Fortbestand notwendig sind. Gleichzeitig ist es Individuen jedoch nicht möglich, sie ungefiltert oder „an sich“ wahrzunehmen – sie sind zu abstrakt und laufen als emergente Phänomene auf kollektiver Ebene ab, hinzu kommt die von der alltäglichen Gewöhnung erzeugte Illusion ihrer voraussetzungslosen Selbstverständlichkeit. Jede Gesellschaft bzw. jedes Milieu bildet daher Formen der Aneignung aus, mit denen sie sich die fraglichen Prozesse vor Augen führt und als gesellschaftliche Wirklichkeit

⁵⁹ Thomas Mergel, Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der Politik, in: *Geschichte und Gesellschaft* 28 (2002), 574-606, hier: 605.

⁶⁰ So die Grundaussage in den Überlegungen Mergels (siehe vorherige Anm.), der betont, dass es in einer politischen Kulturgeschichte nicht nur darum gehen könne, die Schauseite der Macht – mithin die (gelenkte) Außendarstellung von Politik – in den Blick zu nehmen und so die traditionelle Gegenüberstellung von strategisch handelnden Entscheidungsträgern und den Adressaten ihrer Beschlüsse zu reproduzieren. Die kulturelle Dimension einer Kulturgeschichte der Politik besteht für ihn vielmehr in der Art und Weise, wie alle beteiligten Akteure den politischen Prozess im kommunikativen Austausch für sich und andere objektivieren und entsprechend der so gewonnenen Deutungsmuster ihr Handeln ausrichten. Vgl. auch Barbara Stollberg-Rilinger, Vorwort, in: dies. (Hg.), *Was heißt Kulturgeschichte des Politischen?* Berlin 2005, 9-24.

Weisbrod macht dies über die Erweiterung des Repräsentationsbegriffs in der Kulturforschung deutlich, der Repräsentation nicht mehr (nur) als interessegeleiteten bzw. instrumentellen Akt versteht, sondern als weitergehendes Konzept „alle jene Strategien und Praktiken“ in den Blick nimmt, „mit denen soziale Bedeutungen gestiftet werden“. Vgl. Bernd Weisbrod, *Die Politik der Repräsentation. Das Erbe des Ersten Weltkrieges und der Formenwandel der Politik in Europa*, in: Hans Mommsen (Hg.), *Der Erste Weltkrieg und die europäische Nachkriegsordnung. Sozialer Wandel und Formveränderung der Politik (Industrielle Welt 60)*, Köln 2000, 13-41, hier: 14 f.

⁶¹ Frank Becker - Elke Reinhardt-Becker, *Systemtheorie. Eine Einführung für die Geschichts- und Kulturwissenschaften*, Frankfurt am Main 2001.

⁶² Vgl. die unterschiedlichen Möglichkeiten, „Politik“ zu definieren: Peter Nitschke, Einführung in die Politikwissenschaft, Darmstadt ²2020, 11-20; Dirk Berg-Schlosser, *Politikwissenschaft. Eine grundlegende Einführung*, Baden-Baden ⁸2013, 58-70.

konstituiert; es gibt also den abstrakten sozialen Vorgang und seine konkreten Erscheinungsformen im gesellschaftlichen Leben. Da indes jede Form von Aneignung⁶³ eine kulturelle Leistung darstellt, empfiehlt es sich nun, das soziale Repertoire dieser Formen jeweils als ökonomische, religiöse, juristische oder eben politische Kultur zu bezeichnen.

So weit, so gut. Worin besteht jetzt aber das Destillat politischer Kultur, in welcher Weise äußert sie sich konkret und wie ist dies zu erfassen? Der folgende Abriss kann natürlich nur einige Hinweise geben: Beispielsweise ist es in einer Umbruchszeit allein schon von großer Bedeutung, wie der soziale Raum des Politischen bestimmt wird, d. h. was überhaupt als „politisch“ bzw. politisches Handeln gilt und ob diesbezüglich voneinander abweichende Einschätzungen bestehen.⁶⁴ Geht es in der Politik etwa primär um die in einer eigenen, eher arkanen Sphäre ablaufenden „Haupt- und Staatsaktionen“ oder handelt es sich um einen offenen Prozess, an dem im Prinzip jeder teilhaben kann und der sich mit allen gesellschaftlich relevanten Fragen befasst? Gelten im Hinblick auf diese partizipative Dimension Interessensgegensätze und daraus entspringende Konflikte als legitim oder bedeutet politisches Agieren nicht viel eher, sich über derartiges „Gezänk“ zu erheben und unbeeinflusst davon dem Gemeinwohl zu dienen?⁶⁵ Mit dem etablierten Politikverständnis unmittelbar verbunden sind auch die herrschenden Mechanismen der In- und Exklusion, d. h. es wird ausgehandelt, wer überhaupt zur politischen

⁶³ Der Begriff der kulturellen Aneignung wird unter verschiedenen Vorzeichen diskutiert, etwa mit kritischer Perspektive auf eine hegemoniale oder neo-koloniale An-Eignung einzelner Versatzstücke marginalisierter Kulturen durch eine Mehrheitsgesellschaft und die damit oft verbundene Entwertung dieser Kulturelemente zur Folklore. Vgl. James O. Young, *Cultural Appropriation and the Arts*, Malden/MA 2008; Elizabeth Burns Coleman, *Aboriginal Art, Identity, and Appropriation*, Aldershot / Burlington 2008.

Ein anderes, in der Geschichtswissenschaft starker präsentenes Konzept von Aneignung thematisiert wiederum den „widerständigen“ oder „eigensinnigen“ Umgang mit gesellschaftlich etablierten Konventionen und Mustern, also das kreative Verhalten gegenüber Formen sozialer Disziplinierung „von unten“. Vgl. Marian Füssel, *Die Kunst der Schwachen. Zum Begriff der ‚Aneignung‘ in der Geschichtswissenschaft*, in: *Sozial.Geschichte N.F.* 21/3 (2006), 7-28; Kathleen Ashley - Véronique Plesch, *The Cultural Processes of ‚Appropriation‘*, in: *Journal of Medieval and Early Modern Studies* 32 (2002), 1-15.

Im vorliegenden Zusammenhang wird „kulturelle Aneignung“ jedoch grundsätzlicher als kulturelle Praxis verstanden, es geht also um den Prozess der meist kollektiven Sinnkonstitution oder Erzeugung von Bedeutung in Bezug auf sozial relevante Phänomene – wie etwa bei Aneignung der eigenen räumlichen Lebenswelt als Heimat, der sozialen Codierung von Geschlechterverhältnissen oder eben in Bezug auf Verständnisformen des politischen Prozesses.

⁶⁴ Vgl. zum Wandel von Politikbegriffen: Friedbert W. Rüb, *Das Jahrhundert der Politik. Eine Geschichte des 20. Jahrhunderts im Licht ihrer Politikbegriffe*, Baden-Baden 2020; Volker Sellin, *Politik*, in: Otto Brunner - Werner Conze - Reinhart Koselleck (Hg.), *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Bd. 4, Stuttgart 1978, 789-874; Andreas Dörner - Karl Rohe, *Politikbegriffe*, in: Everhard Holtmann (Hg.), *Politik-Lexikon*, München/Wien 2000, 484-488.

⁶⁵ Zuletzt etwa in diesem Zusammenhang: Jörn Retterath, *„Parteihader“ versus „Volksgemeinschaft“*. Kritik an Parteien und Parlamentarismus seitens der politischen Mitte in den Anfangsjahren der Weimarer Republik, in: Sebastian Elsbach - Ronny Noak - Andreas Braune (Hg.), *Konsens und Konflikt: demokratische Transformation in der Weimarer und Bonner Republik*, Stuttgart 2019, 153-170.

Gemeinschaft gehört, welche Regelverletzungen zu Stigmatisierung und Ausschluss führen und worauf die Legitimation von Machtpositionen beruht. Von konkreten Erscheinungsformen der politischen Kultur hängt außerdem ab, welche Vorstellungen von Gemeinschaft und Loyalität anerkannt sind⁶⁶, welche Konflikte als so bedeutend gelten, dass sie sog. Lager voneinander abgrenzen⁶⁷ oder wie politische Konventionen begründet oder stabilisiert werden: Wo liegen etwa die Akzeptanzräume bzw. Grenzen des Sag- und Machbaren und welche Mittel finden ggf. Anwendung, um sie neu auszutarieren oder zu verschieben?

Nun lassen sich die aufgeworfenen Fragen nicht ohne weiteres und von vorneherein zweifelsfrei beantworten, politische Kultur bleibt vielmehr ein vor allem an seinen indirekten Manifestationen ablesbares Phänomen. In der konkreten Analyse wird es deshalb auch hier vor allem darum gehen, Aneignungs- und Erscheinungsformen politischer Kultur im Gesichtskreis Kahrs nachzuspüren, um daraus entsprechende Rückschlüsse zu ziehen. Dazu zählen insbesondere sozial anerkannte Ideale und Erwartungsstrukturen, verbreitete Argumentationsmuster, symbolisch aufgeladene Schlüsselbegriffe, Ritualisierungsformen politischer Praxis oder auch gängige Organisationssysteme.⁶⁸ Die unterschiedlichen Bedeutungsträger lassen sich also unter anderen in normative, denklogische, diskursive, praktische oder institutionelle Dimensionen gliedern.

Es liegt somit im Grunde auf der Hand, in welchem Ausmaß das Phänomen politische Kultur individuelle und kollektive Handlungen in bestimmte Bahnen zu lenken vermag und weshalb es gerade mit Blick auf politische Transformationen aufschlussreich sein kann, Modifikationen in diesem Bereich aufmerksam verfolgen – zumal Kahr und sein

⁶⁶ In der Forschung zum frühen 20. Jahrhundert wird in dieser Hinsicht vor allem die Entwicklung des „Volksgemeinschaft“-Konzepts thematisiert: Jeffrey Verhey, *Der „Geist von 1914“ und die Erfindung der Volksgemeinschaft*, Hamburg 2000; Wolfgang Hardtwig, *Volksgemeinschaft im Übergang. Von der Demokratie zum rassistischen Führerstaat*, in: Detlef Lehnert (Hg.), *Gemeinschaftsdenken in Europa. Das Gesellschaftskonzept „Volksheim“ im Vergleich 1900-1938* (Historische Demokratieforschung 5), Köln u. a. 2013, 227-255; David Reinicke (Hg.), *Gemeinschaft als Erfahrung. Kulturelle Inszenierungen und soziale Praxis 1930-1960* (Nationalsozialistische Volksgemeinschaft 5), Paderborn 2014.

⁶⁷ Die Politikwissenschaft hat mit der Cleavage-Theorie ein eigenes Begriffsinstrumentarium für das Phänomen politischer Lager- und Milieubildungen entwickelt; als Cleavage wird hierbei eine grundsätzliche gesellschaftliche Konfliklinie verstanden. Vgl. Seymour Martin Lipset - Stein Rokkan, *Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments*, in: Peter Mair (Hg.), *The West European Party System*, Oxford 1990, 91-111.

Mit Blick auf die Weimarer Republik: Detlef Lehnert (Hg.), *Politische Teilkulturen zwischen Integration und Polarisierung. Zur politischen Kultur in der Weimarer Republik*, Opladen 1990.

⁶⁸ Vgl. die Beiträge in den Sammelbänden von Wolfgang Hardtwig (Hg.), *Politische Kulturgeschichte der Zwischenkriegszeit 1918-1939* (Geschichte und Gesellschaft 21), Göttingen 2005; ders. (Hg.), *Ordnungen in der Krise. Zur politischen Kulturgeschichte Deutschlands 1900-1933* (Ordnungssysteme 22), München 2007.

Umfeld zu Beginn der Weimarer Republik bekanntlich in Opposition zur neuen Staatsordnung standen und alternative politischen Leitbilder vertraten.

2.4 Aufbau der Studie

Jede der drei vorgestellten Analyseebenen leistet mithin ihren spezifischen Beitrag zur Erkenntnisbildung, nun stehen allerdings verschiedene Wege offen, sie aufeinander abgestimmt in einen stringenten argumentativen Aufbau einzupassen. Beispielsweise wäre es denkbar, die drei dominierenden Perspektiven selbst zu Grundpfeilern der Gliederung zu erklären und etwa zunächst die Erschließung der biographischen und politisch-kulturellen Entwicklungslinien zu anzugehen, um danach ein möglichst umfassendes Porträt der Netzwerke Kahrs zu zeichnen. Wie jedoch bereits angedeutet⁶⁹, lassen es konzeptuelle Erwägungen, aber ebenso der Blick auf das verfügbare Quellenmaterial stattdessen geraten erscheinen, die lebensgeschichtliche Ausrichtung als Basis und Schwerpunkt der Arbeit auszuwählen, ihr kommt damit auch in Hinblick auf den Aufbau der Studie das entscheidende Gewicht zu.

Die Gliederung folgt daher dem chronologischen Ordnungsprinzip und teilt den Lebensweg Kahrs in Abschnitte ein, die seinen bis 1921 verfolgten Werdegang in insgesamt sieben Etappen rekonstruieren und deren zeitlicher Umfang in Übereinstimmung mit der zunehmenden Verdichtung der historischen Entwicklung und den sich beschleunigenden Veränderungen im Leben des Protagonisten immer weiter abnimmt. Transformationen der politischen Kultur oder personaler Netzwerke haben damit keinen direkten Einfluss auf den Zuschnitt der Hauptkapitel, der an biographischen und historischen Wendepunkten orientierte Aufbau eröffnet gleichwohl die Möglichkeit, auf diese Perspektiven einzugehen und ihre Analyse situationsangemessen miteinander zu verschränken. Denn im Vergleich zu einer statischen Gegenüberstellung der Betrachtungsebenen erlaubt die Fokussierung auf eine darstellerische Leitlinie, in jedem Kapitel jeweils die Facetten als erstes zu beleuchten, die in der betreffenden Phase als Triebkräfte der biographischen Entwicklung besonders in Erscheinung treten – sei es die Abfolge einschneidender Ereignisse, die Neustrukturierung des eigenen Kontaktumfeldes oder die Rückwirkungen einer sich verändernden politischen Kultur. Gegen den Strich gelesen, spiegelt damit schon die Binnengliederung der insgesamt sieben Kapitel interpretative Einordnungen wieder und lässt auch Rückschlüsse auf die jeweils zur Verfügung stehenden Informationsquellen zu.

⁶⁹ Siehe S. 26 f. und 30.

Vor diesem Hintergrund betrachtet – vom jungen Gustav Kahr sind nur Andeutungen zu festen Freundschaftskreisen und keine schriftlichen Aufzeichnungen überliefert – ist es daher sicherlich nachvollziehbar, wenn bis 1902 die zeitliche Abfolge des persönlichen Werdegangs im Mittelpunkt steht, wobei natürlich auch der bürgerliche Familienhintergrund Kahrs und die damit verbundene Sozialisation thematisiert werden. Das dritte Kapitel, d. h. die Darstellung der Jahre als Ministerialreferent, beginnt dann mit einer Bestandsaufnahme des Kontaktumfeldes des Protagonisten und behält diesen Fokus auch im Folgenden mit im Auge, da es Kahr ab 1902 rasch gelang, in der Münchner Gesellschaft Fuß zu fassen und dort eigene Netzwerke aufzubauen – parallel dazu sind weitere Fortschritte in der beruflichen Laufbahn und das Engagement für die Heimatschutz-Bewegung zu beobachten. Die Zeit des Ersten Weltkriegs steht, als Ganzes gesehen, hingegen besonders im Zeichen weitreichender Veränderungen der politischen Kultur, der vierte Abschnitt versucht daher zunächst diese Einflüsse zu erfassen, um darauf aufbauend das Verwaltungshandeln und die Reaktionen Kahrs auf die schrittweise Zuspitzung der Lage nachzuvollziehen. Mit Ausbruch der Revolution rückt dann wieder der sich geradezu überschlagende Verlauf der Geschehnisse in den Vordergrund, dem der Regierungspräsident zudem erst relativ hilflos gegenüberstand, ehe sich die Dynamik nach dem gewaltsamen Ende der Räterepublik abermals verschob und Kahr schnell Einfluss unter den politischen Verfechtern von Ruhe und Ordnung gewann, deren Kontaktkreise deshalb ab Sommer 1919 verstärkt Beachtung finden. Daran anknüpfend gilt mit der Übernahme der Ministerpräsident während der Tage des Kapp-Putsches erst wieder das Prä der in schneller Abfolge eintretenden Ereignisse, ehe die politische Etablierung der im Juli 1920 wiedergewählten Regierung Kahr die Möglichkeit eröffnet, die Allianzen in der sog. Ordnungszelle Bayern näher unter die Lupe zu nehmen. Die Studie endet mit der Rekonstruktion des von Kahr erbittert geführten, aber vergeblichen Konflikt um den Erhalt der Einwohnerwehr sowie der nicht zuletzt daraus resultierenden Krise seiner Regierung, die schließlich auf Initiative des Ministerpräsidenten selbst im September 1921 zurücktrat.

3. Quellen und Forschungslage

Wie ist es nun um die Voraussetzungen für das skizzierte Vorhaben bestellt? Was die Forschung betrifft, wurde schon in den ersten Abschnitten auf die unter Karl Bosl geleistete Grundlagenarbeit hingewiesen, seit diesem verdienstvollen Anfang sind freilich in zahlreichen Bereichen wichtige Fortschritte zu verzeichnen: So liegen neben

den bereits eingangs angesprochenen Wegmarken inzwischen Studien zu den meisten politischen Parteien⁷⁰ in Weltkrieg, Revolution und Republik, zur Geschichte von Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften⁷¹ oder zur Rolle des Militärs⁷² in instabilen Verhältnissen vor; in den letzten beiden Jahrzehnten wurden außerdem die erheblichen sozio-ökonomischen Umbrüche⁷³, die Außenbeziehungen Bayerns⁷⁴ sowie die Infrastrukturgeschichte des Landes⁷⁵ intensiver bearbeitet. Besonders starke Aufmerksamkeit fand in diesem Zeitraum jedoch die biographische Arbeit: Hatte Hörster-Philipps noch 1998 mit einiger Berechtigung beklagt, dass „zwischen der Erforschung der Geschichte der Weimarer Republik und der Erforschung ihrer führenden Politiker ein merkwürdiges Mißverhältnis“⁷⁶ bestehe, kann davon heute auch im bayerischen Kontext keine Rede mehr sein, da mittlerweile Arbeiten zu Vertretern aller politischer Lager zur Verfügung stehen. Das Spektrum⁷⁷ reicht hierbei vom Revolutionär

⁷⁰ Elina Kiiskinen, Die Deutschnationale Volkspartei in Bayern (Bayerische Mittelpartei) in der Regierungspolitik des Freistaats während der Weimarer Zeit (Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte 145), München 2005; Hannsjörg Bergmann, Der Bayerische Bauernbund und der Bayerische Christliche Bauernverein 1919-1928 (Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte 81), München 1986; Larry E. Jones, Nationalism, Particularism, and the Collapse of the Bavarian Liberal Parties in the Early Weimar Republic, 1918-1924, in Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 14 (2000), 105-142. Bemerkenswerterweise sind allerdings die Überblicksarbeiten zu den beiden größeren Parteien inzwischen älteren Datums: Schönhoven, Bayerische Volkspartei; Peter Kritzer, Die bayerische Sozialdemokratie und die bayerische Politik in den Jahren 1918-1923 (Miscellanea Bavarica Monacensia 20), München 1969.

⁷¹ Dorit-Maria Krenn, Die christliche Arbeiterbewegung in Bayern vom Ersten Weltkrieg bis 1933 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B, 57), Mainz 1991; Sandra Flatscher, Der bayerische Industrie- und Handelskammertag 1909-1936. Entstehung - Entwicklung - Tätigkeit (Europäische Hochschulschriften - Reihe III: Geschichte und ihre Hilfswissenschaften 1037), Frankfurt am Main 2007; Günther Eckardt, Industrie und Politik in Bayern 1900-1919. Der Bayerische Industriellenverband als Modell des Einflusses von Wirtschaftsverbänden (Beiträge zu einer historischen Strukturanalyse Bayerns im Industriezeitalter 15), Berlin 1976.

⁷² Kai Uwe Tapken, Die Reichswehr in Bayern von 1919 bis 1924 (Schriftenreihe Studien zur Zeitgeschichte 26), Hamburg 2002; Ziemann, Front und Heimat; Bernd Steger, Berufssoldaten oder Prätorianer. Die Einflussnahme des bayerischen Offizierskorps auf die Innenpolitik in Bayern und Reich 1918-1924, Frankfurt a.M. 1980.

⁷³ Geyer, Verkehrte Welt; Rudloff, Wohlfahrtsstadt; Klaus Tenfelde, Stadt und Land in Krisenzeiten. München und das Münchener Umland zwischen Revolution und Inflation 1918-1923, in: Wolfgang Hardtwig - ders. (Hg.), Soziale Räume in der Urbanisierung, München 1990, 37-57.

⁷⁴ Michael Weigl, Das Bayernbild der Repräsentanten Österreichs in München 1918-1938. Die diplomatische und konsularische Berichterstattung vor dem Hintergrund der bayerisch-österreichischen Beziehungen (Europäische Hochschulschriften - Reihe III, Geschichte und ihre Hilfswissenschaften 1013), Frankfurt a.M. 2005; Andrea M. Müller, Die französische Gesandtschaft in München in den Jahren der Weimarer Republik. Französische Politik im Spiegel diplomatischer Berichterstattung (Miscellanea Bavarica Monacensia 184), München 2010.

⁷⁵ Stefan Lülff, London-Regensburg-Indien. Die Einbindung bayerischer Städte in den Luftverkehr 1919-1933 (Münchener Historische Studien, Abt. Bayerische Geschichte XXVI), Kallmünz/Opf. 2017; Dirk Götschmann (Hg.), „Jahrtausendwerk“ oder „dümmstes Bauwerk seit dem Turmbau von Babel“? Die Großschiffahrtsstraße Rhein-Main-Donau, Regensburg 2020; Manfred Pohl, Das Bayernwerk 1921 bis 1996, München u. a. 1996.

⁷⁶ Ulrike Hörster-Philipps, Joseph Wirth 1879-1956. Eine politische Biographie (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, B 82), Paderborn u. a. 1998, 21.

⁷⁷ Grau, Eisner; Schmalzl, Auer; Diethard Hennig, Johannes Hoffmann. Sozialdemokrat und Bayerischer Ministerpräsident (Schriftenreihe der Georg-von-Vollmar-Akademie 3), München u. a. 1990; Wolfgang Hardtwig, Freiheitliches Bürgertum in Deutschland. Der Weimarer Demokrat Eduard Hamm zwischen

Kurt Eisner über die sozialdemokratischen Protagonisten Erhard Auer und Johannes Hoffmann, dem liberalen Minister Eduard Hamm, die BVP-Parteiführer Heinrich Held und Fritz Schäffer oder Kronprinz Rupprecht bis zu Wegbereitern des Nationalsozialismus wie Karl Alexander von Müller oder Ernst Röhm; doch auch weniger bekannte Zeitgenossen wie Michael Horlacher, Rudolf Buttmann oder Otto von Ritter haben eine eigene Biographie⁷⁸ erhalten.

Vor diesem Hintergrund erscheint es daher umso bemerkenswerter, dass mit Gustav von Kahr einer der einflussreichsten politischen Akteure der frühen zwanziger Jahre in dieser Aufzählung noch fehlt: Zwar wurden schon zwei Mal Vorbereitungen für eine biographische Studie getroffen⁷⁹, nachdem allerdings beide Projekte letztlich nicht zustande gekommen sind, liegen bisher nur kleinere Aufsätze vor, die Schlaglichter auf die Tätigkeit Kahrs als Regierungspräsident⁸⁰ und im Heimatschutz⁸¹ werfen, seine Beziehungen zu Weißenburg⁸² und Landshut⁸³ thematisieren oder generell einen kurzen Überblick⁸⁴ zu seinem Werdegang bieten; der betreffende Beitrag wurde schon sehr früh

Kaiserreich und Widerstand, Stuttgart 2018; Winfried Becker, Heinrich Held (1868-1938). Aufstieg und Sturz des bayerischen Parlamentariers und Ministerpräsidenten, in: Zeitschrift für Bayerische Landesgeschichte 72 (2009), 807-891; Otto Altendorfer, Fritz Schäffer als Politiker der Bayerischen Volkspartei 1888-1845 (Untersuchungen und Quellen zur Zeitgeschichte 2), 2 Bde., München 1993; Dieter J. Weiß, Kronprinz Rupprecht von Bayern (1869-1955). Eine politische Biographie, Regensburg 2007; Matthias Berg, Karl Alexander von Müller: Historiker für den Nationalsozialismus (Schriftenreihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften 88), Göttingen 2014; Eleanor Hancock, Ernst Röhm. Hitler's SA Chief of Staff, New York 2008.

⁷⁸ Kirchinger, Michael Horlacher; Susanne Wanninger, „Herr Hitler, ich erkläre meine Bereitwilligkeit zur Mitarbeit“. Rudolf Buttmann (1885-1947): Politiker und Bibliothekar zwischen bürgerlicher Tradition und Nationalsozialismus (Beiträge zum Buch und Bibliothekswesen 59), Wiesbaden 2014; Jörg Zedler, Bayern und der Vatikan. Eine politische Biographie des letzten bayerischen Gesandten am Heiligen Stuhl Otto von Ritter (1909-1934) (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B 125), Paderborn u. a. 2013.

⁷⁹ Vgl. die entsprechende Ankündigung bei: Alexander Klotz, Gustav von Kahr (1862-1934). Nicht nur der Verantwortung seines Amtes nicht gewachsen. In: Bayernspiegel 1998, Nr. 6, 2-9 sowie das Schreiben Bernard Zittels an Kahrs Schwiegersohn Anton Kerschensteiner vom 20.10.1970 (Privatnachlass Kahr, Dokumente Nachfahren): „Ich bedauere, daß mir mein inzwischen beträchtlich gewachsenenes dienstliches Aufgabengebiet im Augenblick nicht erlaubt, die geplante größere Biographie zu schreiben.“

⁸⁰ Stephan Deutinger, Gustav von Kahr. Regierungspräsident von Oberbayern 1917-1924, in: ders. - Karl-Ulrich Gelberg - Michael Stephan (Hg.), Die Regierungspräsidenten von Oberbayern im 19. und 20. Jahrhundert, München 2010, 218-231.

⁸¹ Hans Roth, Franz Zell und Gustav von Kahr. Zwei Wegbereiter der Heimatpflege in Bayern, in: Schöner Heimat 71 (1982), 520-527.

⁸² Reinhard Schwirzer, Gustav Ritter von Kahr (1862-1934), seine Familie und Weißenburg, in: Villa Nostra. Weißenburger Blätter für Geschichte, Heimatkunde und Kultur von Stadt und Weißenburger Land, Heft 2/2004, 30-43.

⁸³ Anton Mößmer, Gustav von Kahr. Ein Lebensbild, in: Freunde des Hans-Carossa-Gymnasiums 28 (1988), 34-68.

⁸⁴ Bernhard Zittel, Gustav von Kahr, in: Gerhard Pfeiffer (Hg.), Fränkische Lebensbilder. Bd. 3, Würzburg 1969, 327-346.

in die prestigeträchtige Reihe „Fränkische Lebensbilder“ aufgenommen, fand seitdem aber keinen weiter reichenden Nachfolger⁸⁵.

Ansonsten wird das Wirken Kahrs natürlich in zahlreichen Studien zum Freistaat Bayern nach 1920, zum Hitler-Ludendorff-Putsch sowie zur Frühgeschichte des Nationalsozialismus⁸⁶ allgemein thematisiert, in aller Regel dominiert hier jedoch eine rein selektive Perspektive, die nur nach der Bedeutung dieses Amtsträgers für den Untersuchungsgegenstand fragt, sein Agieren und die dafür maßgeblichen Motive jedoch nur im Einzelfall registriert und nicht im Zusammenhang bewertet. Als Ausnahmen bestätigen hier die vor kurzer Zeit erschienene Dissertation Hinterbergers⁸⁷ zu den Beamtenministerpräsidenten, der konzeptionell allerdings überholte Beitrag Speckners⁸⁸ sowie – mit Abstrichen – die Arbeiten über das Regierungshandeln der Kabinette Kahr⁸⁹ die Regel; eine vertiefte biographische Analyse können jedoch auch diese Publikationen nicht ersetzen.

Woran könnte es nun aber liegen, dass eine solche an sich naheliegende Arbeit bisher fehlt? Diese Frage ist im Grunde natürlich spekulativ – so finden manche Forschungsfelder eben früher, andere später einen Bearbeiter –, unabhängig davon lassen sich jedoch auch einige plausible sachliche Erklärungen für das bestehende Desiderat finden.

So erschien es bisher wohl nicht allzu vielversprechend, den Lebensweg eines Staatsbeamten und Politikers zu rekonstruieren, von dem zwar sehr ausführliche und auch detaillierte Memoiren überliefert sind, deren inhaltliche Darstellung jedoch häufig für sich stehen blieb, da zahlreiche Komplementärquellen entweder im „Dritten Reich“ vernichtet wurden oder sich nur peripher auf die dienstliche und politische Tätigkeit Kahrs beziehen.⁹⁰ Auf dieser Grundlage musste eine Rekonstruktion vieler Ereignisse

⁸⁵ Einen Überblick der bisherigen Kenntnislage zur politischen Rolle Kahrs bietet: Roy G. Koepf, Gustav von Kahr and the Emergence of the Radical Right in Bavaria, in: *The Historian* 77 (2015), 740-763.

⁸⁶ Siehe Anm. 96; ebenso: Harold J. Gordon, *Hitlerputsch 1923. Machtkampf in Bayern 1923-1924*, München 1978.

⁸⁷ Hans Hinterberger, *Unpolitische Politiker? Die bayerischen „Beamtenministerpräsidenten“ 1920-1924 und ihre Mitverantwortung am Hitlerputsch*, Diss. Regensburg 2016.

⁸⁸ Herbert Speckner, *Die Ordnungszelle Bayern. Studien zur Politik des bayerischen Bürgertums, insbesondere der Bayerischen Volkspartei, von der Revolution bis zum Ende des Kabinetts Dr. von Kahr*, Diss. Erlangen 1955.

⁸⁹ Thomas Lange, *Bayern im Ausnahmezustand 1919-1923. Zur politischen Funktion des bayerischen Ausnahmerechts in den ersten Jahren der Weimarer Republik*, München 1989; Michael Unger, *Das bayerische Staatsministerium für Handel, Industrie und Gewerbe. Organisation, Personal und Mittelstandspolitik des Wirtschaftsressorts 1919-1933* (Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte 137), München 2009; Lydia Schmidt, *Kultusminister Franz Matt (1920-1926). Schul-, Kirchen und Kunstpolitik in Bayern nach dem Umbruch von 1918* (Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte 126), München 2000.

⁹⁰ Siehe Anm. 106 und 131.

deshalb häufig auf eine bloße Abwägung hinauslaufen, welche Angaben man nun für glaubhaft einstufen wollte oder nicht, bis zum Fund weiterer Quellen lud dieses interpretative Übergewicht daher eher dazu ein, das autobiographische Schreiben Kahrs selbst zu problematisieren und es wie Becker⁹¹ im Rahmen einer komparativen Studie zu analysieren.

Als sog. Technokrat oder Beamtenminister gehörte Kahr außerdem einer für die Weimarer Republik charakteristischen Gruppe von Politikern an, die in der politischen Biographik lange Zeit nur wenig Beachtung fanden, wohl primär weil sie eben keine Karrierespuren in Parteien oder Parlamenten hinterließen und überdies den größten Teil ihres Lebens in der Öffentlichkeit überhaupt nicht politisch in Erscheinung traten – bei Gustav von Kahr beschränkte sich dieser Zeitraum auf vier Jahre, das Amt des Ministerpräsidenten übte er gar nur 18 Monate aus. „Politiker ohne Partei“⁹² wie Hans Luther, Wilhelm Cuno, Eugen von Knilling oder Walter Simons galten daher meist als programmatisch blass sowie als bloße Verlegenheitsbesetzungen ohne wirklichen Rückhalt. Arbeiten wie die Biographie über den österreichischen Bundeskanzler Johann Schober⁹³, die eben diese scheinbare Farblosigkeit überzeugend als politische Inszenierung eigener Art verdeutlichen, blieben entsprechend lange weitgehend Mangelware. Erst in letzter Zeit findet das Phänomen der sog. Fachmänner zunehmend Aufmerksamkeit, wobei im bayerischen Kontext inzwischen mehrere Studien den Fokus auf klassische Beamtenminister wie Franz Matt, Franz Xaver Schweyer, Karl Stützel oder Franz Xaver Goldenberger lenkten und auch bei ihnen eine z. T. dezidiert politische Agenda feststellen konnten.⁹⁴

Abweichend vom üblichen Klischee stand der politische Gestaltungswille bei Kahr freilich schon immer außer Zweifel, gerade in seinem Fall ist deshalb auch ein dritter

⁹¹ Nikola Becker, *Bürgerliche Lebenswelt und Politik in München. Autobiographien über das Fin de Siècle, den Ersten Weltkrieg und die Weimarer Republik* (Münchener historische Studien 22), Kallmünz 2014; Ferdinand Kramer, *Kirchen und Religion in den „Lebenserinnerungen“ von Gustav von Kahr*, in: *Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte* 80 (2017), 213-244.

⁹² Hans Luther gab seiner Autobiographie diesen Titel: *Hans Luther, Politiker ohne Partei. Erinnerungen*, Stuttgart 1960.

⁹³ Rainer Hubert, *Schober. „Arbeitermörder“ und „Hort der Republik“*. Biographie eines Gestrigen, Wien / Köln 1990.

⁹⁴ Maria Magdalena Bäuml, *Kulturpolitik gegen die Krise der Demokratie. Das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus zwischen 1926 und 1933* (Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte 168), München 2018; Schmidt, Matt; Thomas Fürst, Karl Stützel. *Ein Lebensweg in Umbrüchen. Vom Königlichen Beamten zum Bayerischen Innenminister der Weimarer Zeit (1924-1933)* (Mainzer Studien zur neueren Geschichte 19), Frankfurt am Main 2007; Franz Xaver Düren, *Minister und Märtyrer. Der bayerische Innenminister Franz Xaver Schweyer (1868-1935)*, Augsburg 2015; Peter Claus Hartmann, *Die bayerischen Innenminister Franz Schweyer und Karl Stützel und ihre Auseinandersetzungen mit dem Nationalsozialismus*, in: Matthias Stickler (Hg.), *Portraits zur Geschichte des deutschen Widerstands* (Historische Studien der Universität Würzburg, 6), Rahden/Westfalen 2005, 41-55.

Faktor zu beachten, der das biographische Arbeiten zu spätberufenen Politikern oft erschwert – der vielfach äußerst selektive Forschungsstand in Bezug auf andere, häufig langjährig ausgeübte Tätigkeitsfelder in ihrem Leben. Was das betrifft, repräsentieren die unterschiedlichen Wirkungskreise Kahrs tatsächlich alle Grade der wissenschaftlichen Erschließung: So kollidiert die seit Jahrzehnten sehr engagierte und auch international beachtete Forschung zu Phänomenen wie Paramilitarismus in der Nachkriegszeit⁹⁵ oder der Frühgeschichte des Nationalsozialismus⁹⁶, die auch einflussreiche politische Netzwerke in den Blick genommen hat⁹⁷, hier mit einer recht spärlichen Aufmerksamkeit für Themenfelder wie der Geschichte des öffentlichen Dienstes⁹⁸ oder der Bauaufsicht⁹⁹, die für Kahrs Werdegang jedoch eine ebenso wichtige Rolle gespielt haben. In anderen

⁹⁵ Allgemein zu diesem Phänomen: Robert Gerwarth, *The Central-European Counter Revolution: Paramilitary Violence in Germany, Austria and Hungary after the Great War*, in: *Past and Present* 200 (2008), 175-209; Rüdiger Bergien, *Die bellizistische Republik. Wehrkonsens und „Wehrhaftmachung“ in Deutschland 1918-1933*, München 2012; Dirk Schumann, *Politische Gewalt in der Weimarer Republik 1918-1933. Kampf um die Straße und Furcht vor dem Bürgerkrieg* (Veröffentlichungen des Instituts für soziale Bewegungen, Schriftenreihe A 17), Essen 2001; James M. Diehl, *Paramilitary Politics in Weimar Germany*, London 1977; Hannsjoachim Koch, *Der deutsche Bürgerkrieg. Eine Geschichte der deutschen und österreichischen Freikorps 1918-1923*, Berlin 1978; Hans Joachim Mauch, *Nationalistische Wehrorganisationen in der Weimarer Republik. Zur Entwicklung und Ideologie des „Paramilitarismus“*, Frankfurt am Main 1982; Bernd Weisbrod, *Gewalt in der Politik. Zur politischen Kultur in Deutschland zwischen den beiden Weltkriegen*, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 43 (1992), 391-404 sowie materialreich, aber einseitig: Erwin Könnemann, *Einwohnerwehren und Zeitfreiwilligenverbände. Ihre Funktion beim Aufbau eines neuen imperialistischen Militärsystems (November 1918 bis 1920)*, Berlin (Ost) 1971.

Spezifisch zur Situation in Bayern: Otis C. Mitchell, *The Bavarian paramilitary scene (1919-1923)*, in: ders. (Hg.), *Hitler's Stormtroopers and the Attack on the German Republic*, Jefferson/NC 2008, 57-71; David Clay Large, *Politics of Law and Order. A History of the Bavarian Einwohnerwehr 1918-1921*, Philadelphia 1980; Roy G. Koepf, *Conservative Radicals: The Einwohnerwehr, Bund Bayern und Reich, and the Limits of Paramilitary Politics in Bavaria, 1918-1928*, Diss. Lincoln/Nebraska 2010; Horst G. W. Nußer, *Konservative Wehrverbände in Bayern, Preußen und Österreich 1918-1933 mit einer Biographie von Forstrat Georg Escherich 1870-1941*, München 1973; Ingo Korzetz, *Die Freikorps in der Weimarer Republik: Freiheitskämpfer oder Landsknechthaufen? Aufstellung, Einsatz und Wesen bayerischer Freikorps 1918-1920*, Marburg 2009.

⁹⁶ Hier können nur einige zentrale Titel aufgeführt werden: David Clay Large, *Where Ghosts Walked: Munich's Road to the Third Reich*, New York 1997 (dt.: *Hitlers München: Aufstieg und Fall der Hauptstadt der Bewegung*, aktual. Auflage München 2018); Derek Hastings, *Catholicism and the Roots of Nazism. Religious Identity and National Socialism*, New York 2010; Ian Kershaw, *Hitler 1889-1936*, Stuttgart 21998.

⁹⁷ Bruno Thoß, *Der Ludendorff-Kreis 1919-1923. München als Zentrum der mitteleuropäischen Gegenrevolution zwischen Revolution und Hitler-Putsch* (*Miscellanea Bavarica Monacensia* 78), München 1978; Hellmuth Auerbach, *Hitlers politische Lehrjahre und die Münchener Gesellschaft 1919-1923. Versuch einer Bilanz anhand der neueren Forschung*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 25 (1977), 1-45.

⁹⁸ Werner K. Blessing, *Bayerns Verwaltung im 20. Jahrhundert. Bemerkungen zu Leitenden, Forschungsstand und Perspektiven*, in: *Zeitschrift für Bayerische Landesgeschichte* 61 (1998), 59-95; Rainer Scharf, *Staatsdiener auf Außenposten. Die höheren Beamten der inneren Verwaltung in der bayerischen Pfalz 1870-1918* (Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte 129), München 2001; klassisch: Walter Schärfl, *Die Zusammensetzung der bayerischen Beamtenschaft von 1806 bis 1918* (*Münchener Historische Studien* 1), Kallmünz 1955.

⁹⁹ Hierzu liegen im Grunde nur zeitgenössische Publikationen vor, siehe Anm. 611 und 614.

Bereichen wie der Kriegsernährungswirtschaft¹⁰⁰ oder der Heimatpflege in Bayern¹⁰¹ sieht es wiederum etwas besser aus, aber auch diesbezüglich beruhen die bisher ermittelten Erkenntnisse weitgehend auf wenigen zentralen Studien, die meist nicht ausführlicher auf das Agieren von Einzelpersonlichkeiten wie Kahr eingehen konnten.

Allein angesichts dessen wird sich die Darstellung deshalb in den meisten Abschnitten primär auf die vorhandene und z. T. neu verfügbare Quellenüberlieferung stützen, wobei persönliche Zeugnisse und Ego-Dokumente Kahrs natürlich besondere Beachtung verdienen. Hier ist es gelungen, wichtige bisher unbekannt Bestände zu erschließen, den bereits mehrfach genannten Memoiren kommt als in sich geschlossene Darstellung des eigenen Lebens und Wirkens freilich weiterhin ein zentraler Stellenwert zu, ihr Aussagewert erfordert daher zuallererst eine kritische Betrachtung.

Dabei ist bei der Bezeichnung „Memoiren“ bereits das Oszillieren zwischen Singular und Plural treffend, da eigentlich insgesamt drei zu unterschiedlichen Zeitpunkten entstandene Autobiographien vorliegen: Neben einem reich bebilderten Album aus dem Jahr 1933¹⁰², das auch eine überblicksartige Lebensbeschreibung enthält, hatte Kahr bereits in den Wochen der Räterepublik im April 1919 erste Erinnerungen¹⁰³ verfasst, die im Wesentlichen bis ins Jahr 1914 reichen und schon deshalb von Interesse sind, da sie noch nicht im Schatten seiner danach begonnenen politischen Karriere stehen; sie sind insoweit eher als Rückblick in die gute alte Zeit vor dem aktuell herrschenden Chaos konzipiert¹⁰⁴ und decken die Themenschwerpunkte Familie, Tätigkeit im Staatsdienst

¹⁰⁰ So etwa bei Geyer, *Verkehrte Welt*; Ziemann, *Front und Heimat*; Gabriela Sperl, *Wirtschaft und Staat in Bayern 1914-1924* (Schriften der Historischen Kommission zu Berlin 6), Berlin 1996.

¹⁰¹ Bayerischer Verein für Landespflege (Hg.), *Heimat erleben - bewahren - neu schaffen. Kultur als Erbe und Auftrag. 100 Jahre Bayerischer Landesverein für Heimatpflege e.V.*, München 2002; Andreas Knaut, „Diese unselige Nachahmung städtischen Wesens“. Aspekte des Heimatschutzes in Bayern bis 1918, in: Katharina Weigand (Hg.), *Heimat. Konstanten und Wandel im 19./20. Jahrhundert. Vorstellungen und Wirklichkeiten* (Schriftenreihe des Alpinen Museums des Deutschen Alpenvereins 2), München 1997, 245-261.

¹⁰² Kahr erstellte im Sommer 1933 ein recht aufwendig gestaltetes Erinnerungsbuch mit dem Titel „Mein Lebenslauf in Bild und Wort“ (Privatnachlass Kahr): Es enthält eine recht knappe, 13 handschriftliche Seiten umfassende Darstellung der eigenen Biographie („Aus meinem Leben“) sowie eine weitgehend chronologisch geordnete Bildersammlung; die meisten Photographien und abgebildeten Dokumente sind kurz kommentiert. Die Quelle wird in dieser Arbeit gekürzt als „Kahr, Mein Lebenslauf (1933)“ zitiert. Vgl. zum Entstehungszeitpunkt das Ende des biographischen Überblicks (Kahr, *Mein Lebenslauf* (1933), pag. 19) mit der Erwähnung der Machtübernahme der Nationalsozialisten sowie die Schilderung durch Kahrs Gattin Ella in einem Brief an ihren Schwiegersohn (Ella Kahr an Anton Kerschensteiner vom 21.8.1933; Privatnachlass Kahr, Familienkorrespondenz): „Vater und Ilse [Tochter Kahrs; M.B.] sitzen fast den ganzen Tag über den Lebenserinnerungen in Wort u. Bild, die sehr gedeihen und wunderhübsch werden. Und dabei kommt eine so herrliche Ordnung in Vaters Schränke.“

¹⁰³ Vgl. „Mein Lebenslauf (1919)“ in NL Kahr 50.

¹⁰⁴ So die Unterüberschrift auf der ersten Seite: „Geschrieben in München Mitte April 1919 während der Narheiten der Räteregierung.“

sowie Heimatpflege ab. Das größte Gewicht haben freilich die eigentlich als „Kahr-Erinnerungen“ bekannten, zwischen 1925 und 1928 entstandenen Memoiren¹⁰⁵, die sehr ausführlich den persönlichen Werdegang und die politische Entwicklung bis 1924 nachzeichnen, wobei der Weltkrieg und die frühen zwanziger Jahre im Mittelpunkt stehen; die Darstellung zu den Jahren 1919 und 1920 ist allerdings nicht überliefert und wurde wohl nach 1933 bewusst entfernt, um erwähnten Personen nicht zu schaden.¹⁰⁶

Was nun ihre grundsätzliche Bedeutung anbetrifft, lässt sich auf den ersten Blick ein sehr eindeutiges Bild der Quelle zeichnen. Als Ganzes betrachtet, handelt es sich bei den Kahr-Memoiren um die Autobiographie eines mit seinen Vorhaben gescheiterten und von vielen früheren Weggefährten nicht mehr beachteten Politikers, der längere Zeit erhebliches Ansehen in breiten Kreisen genossen hatte, dann aber die schmerzhaft Erfahrung eines abrupten und fast vollständigen Gesichtsverlustes machen musste: Nach dem vermeintlichen Wortbruch im Bürgerbräukeller und dem unsicheren Auftreten im Hitler-Prozess diente Kahr im Grunde nur noch als Zielscheibe des öffentlichen Spotts.¹⁰⁷ Das leicht erkennbare Grundanliegen der Schrift¹⁰⁸ bestand also darin, den entstandenen

Dabei sind die handschriftlichen und z. T. stenographischen Ergänzungen im Dokument ohne Zweifel einer späteren Zeit zuzuordnen: Sie setzen oft das Wissen um nach 1919 eingetretene Ereignisse voraus und gleichen außerdem z. T. fast wörtlich Passagen in den ab 1925 verfassten Lebenserinnerungen; die Annahme einer aus diesem Anlass erfolgten Überarbeitung liegt daher nahe. Siehe auch Anm. 114.

¹⁰⁵ Der insgesamt 1480 Typoskriptseiten umfassende Text (Titelblatt: „Dr. von Kahr: Lebenserinnerungen“) ist im NL Kahr überliefert. Die Quelle wird in dieser Arbeit gekürzt als „Kahr-Erinnerungen“ zitiert.

Zum Abfassungszeitraum vgl. die Angabe am Ende der Darstellung: „München am Sonntag „Reminiscere“, den 4. März des Jahres 1928. Die Niederschrift wurde begonnen in der Pfingstzeit 1925 u. ausgeführt in meinen dienstfreien Stunden.“

¹⁰⁶ So die Angaben der Familie bei Übergabe des ersten Nachlassteils an das Bayerische Hauptstaatsarchiv, vgl. die auf den 27. April 1962 datierte „Vorbemerkung“ Bernhard Zittels zum Repertorium (NL Kahr): „Dieser Teil des Manuskripts wurde nach glaubwürdiger Versicherung der Erben entweder von Kahr selbst vernichtet oder ist in einer im Kriege bombardierten Apotheke in Augsburg, wohin Stücke der Erinnerungen (z. B. die Zweitschrift) verbracht worden waren, verbrannt.“

¹⁰⁷ Vgl. etwa die Pressekampagne nach dem Hitler-Ludendorff-Prozess, die im Personalakt Kahr (MInn 84 009) eine ganze Mappe füllt.

¹⁰⁸ In der Forschung zur Quellengattung der Autobiographie herrscht inzwischen wohl weitgehend Konsens, dass ältere Debatten um „wahre“ oder „verzerrte“ Darstellungen historischer Ereignisse in Erinnerungsschriften analytisch nicht weit genug führen. So steht außer Frage, dass derartige Rückblicke kein „objektives“ Bild der Vergangenheit geben können: Neben den – in diesem Fall vor allem apologetischen – Deutungsmustern der Autoren tragen schon Erinnerungslücken, aber auch der gezielte Einsatz literarischer Stilmittel zur Verzerrung des gebotenen Bildes bei. Diese Tatsachen rechtfertigen es jedoch nicht, den Quellenwert von Autobiographien per se als gering einzustufen: Ihre Aussagekraft hängt oft weniger davon ab, ob historische Ereignisse in allen Einzelheiten korrekt nacherzählt, sondern bemisst sich in erster Linie nach den Forschungsfragen, die an diese Darstellungen gerichtet werden.

Eine entscheidende Rolle spielt hierbei stets der Abfassungszeitpunkt der Autobiographie, der die Perspektive des Autors auf die geschilderten Ereignisse, d. h. sein Wissen um die Zukunft der Vergangenheit und die Folgen des eigenen Handelns, weitgehend festlegt. So betrachtet, halten Erinnerungen deshalb häufig mindestens ebenso viele Erkenntnisse über die Zeit ihrer Abfassung als über die im Text dargestellte Vergangenheit bereit. Die Kahr-Memoiren sind also auch immer vor dem Hintergrund der Lebenssituation des Autors in den Jahren 1925 bis 1928 zu betrachten.

Eindruck wieder gerade zu rücken, die eigenen Verdienste und breit gefächerten Beziehungen¹⁰⁹ hervorzuheben sowie die erlebten Ungerechtigkeiten anzuprangern¹¹⁰; in der Darstellung herrscht daher oft ein etwas kategorischer und selbstgerechter Grundton vor, auch sucht man das Eingeständnis eigener Fehler und Versäumnisse weitgehend vergebens.¹¹¹

Liegen die Argumente für einen vorsichtigen Umgang mit diesem Selbstzeugnis also direkt auf der Hand, sollte man allerdings auch nicht vorschnell urteilen und den Quellenwert zu niedrig ansetzen, gerade weil sich bei näherem Hinsehen auch gute Gründe finden lassen, den Kahr-Erinnerungen mehr inhaltliche Aussagekraft zuzuerkennen als manch anderen autobiographischen Texten. So handelt es sich einerseits nicht um ein abgeschlossenes Werk, sondern um eine Rohfassung für eine später geplante, dann aber nie zustande gekommene Publikation¹¹², die dementsprechend auch noch nicht an allen Stellen die üblichen Glättungen aufweist bzw. explizit kenntlich macht, wenn auf den maschinenschriftlich getippten Seiten ursprüngliche Formulierungen durchgestrichen und meist per Hand korrigiert sind.¹¹³ Die

Vgl. hierzu allgemein: Volker Depkat, Zum Stand und zu den Perspektiven der Autobiographieforschung in der Geschichtswissenschaft, in: BIOS 23 (2010), 170-189; Carsten Heinze, Autobiographie und zeitgeschichtliche Erfahrung. Über autobiographisches Schreiben und Erinnern in sozialkommunikativen Kontexten, in: Geschichte und Gesellschaft 36 (2010), 93-128; Magnus Brechtken, Einleitung. Politische Memoiren: Prolegomena zum Potential eines vernachlässigten Forschungsgebietes, in: Franz Bosbach - ders. (Hg.), Politische Memoiren in deutscher und britischer Perspektive. München 2005, 9-42; Dagmar Günther, „And now for something completely different“. Prolegomena zur Autobiographie als Quelle der Geschichtswissenschaft, in: Historische Zeitschrift 272 (2001), 25-61; Helmut Peitsch, Autobiographical Writing als Vergangenheitsbewältigung (Mastering the Past), in: German History 7 (1989), 47-70.

¹⁰⁹ Die Auswertung der Erinnerungen ergab die namentliche Nennung von über 1000 Personen, darunter auch Aufzählungen von persönlichen Kontakten zu Wissenschaftlern, Künstlern oder Industriellen.

¹¹⁰ In diesem Zusammenhang sticht natürlich die Bewertung der öffentlichen Reaktion auf das Handeln Kahrs beim Hitler-Ludendorff-Putsch hervor; hierfür galt aus Sicht des Autors: Heute das Hosianna, morgen das Kreuzige! (Kahr-Erinnerungen, pag. 981).

¹¹¹ So etwa im „Epilog“ der Kahr-Erinnerungen, pag. 1479: „Nun aber betrachte ich das Menschengewimmel und sein Tun von hoher Warte mit dem Gleichmut, den eine reiche Lebenserfahrung gibt und durchschreite den Rest meiner dem Sonnenuntergang zugleitenden Jahre voll des Dankes für das was mir Liebes und Schönes geworden ist. Ich hadere auch nicht mit dem Schicksal, daß es mir ein großes Stück hoffnungsvoller Arbeit für das Vaterland zerschlagen ließ; die Zeit war wohl für das was ich wollte, noch nicht reif.“

¹¹² Vgl. entsprechende Bemerkungen in den Memoiren selbst, z. B. „Bleibt im Druck weg“ (Kahr-Erinnerungen, pag. 175) oder „Diese Seite darf nicht veröffentlicht werden. Sie giebt [!] die Verärgerung wieder, die damals nicht bloß mich sondern Viele in der Verwaltung wegen der unablässigen tatenlosen Querelen der Stadtverwaltung u. ihres ersten Bürgermeisters bewegte.“ (Kahr-Erinnerungen, pag. 434; Vermerk am Seitenrand). Das gemeinsame Testament Gustav und Ella von Kahrs vom 12.7.1931 (Privatnachlass Kahr, Dokumente) bestimmte hierzu Folgendes: „Die Tagebücher u. Lebenserinnerungen können sie [die Töchter Ilse und Gertraud Kahr; M.B.] schriftstellerisch verwerten, doch sollen herbe und aus der Zeit zu verstehende Kritiken über lebende Personen nicht veröffentlicht werden.“ Siehe auch die Bemerkung Kahrs gegenüber Heinrich Jolas in Anm. 1304.

¹¹³ Nachzuvollziehen ist hierbei ein Korrekturdurchgang im Frühjahr 1931, d. h. direkt nach der Pensionierung Kahrs als Präsident des Verwaltungsgerichtshofes, vgl. die Aufschrift der Mappe zum Jahrgang 1917 („durchgesehen im April 1931“; NL Kahr 51) sowie die Bemerkung im Schreiben Kahrs an Hermann Stegemann vom 30.3.1931 (Bundesarchiv Koblenz, NL Stegemann N 1353/13): „Ich bin seit

Einschätzungen des Autos kommen damit häufiger unverblümt zum Ausdruck als dies wohl bei einer etwaigen Veröffentlichung der Fall gewesen wäre.

Besondere Beachtung verdient andererseits die Tatsache, dass die Erinnerungen kein in sich geschlossenes Ganzes darstellen, sie zerfallen vielmehr in drei große Abschnitte, die offensichtlich voneinander abweichende Entstehungsprozesse durchlaufen haben und deshalb auch jeweils anders einzuordnen sind. Denn geht die knapp 250 Seiten umfassende Schilderung der Zeit bis 1914 in zahlreichen Passagen von der im April 1919 erarbeitete Vorlage aus¹¹⁴ und reichert sie inhaltlich mit weiteren Details an, ist der Teil zum Ersten Weltkrieg über weite Strecken eher im Stile einer nüchternen Bilanz der geleisteten Verwaltungsarbeit geschrieben, was auch nicht verwundert, wenn man berücksichtigt, dass das Innenministerium schon ab 1915 entsprechende Übersichten¹¹⁵ erstellt hatte und Kahrs Ausführungen auch von profunder Aktenkenntnis zeugen; bei einigen Textstellen konnte dann auch ein direkter Bezug zu archivierten Dokumenten hergestellt werden.¹¹⁶ Der nach der zeitlichen Lücke 1919/20 neuerlich einsetzende Text weist hingegen am ehesten die klassischen Charakteristika politischer Memoiren auf, d. h. betrachtet Politik vor allem als eine von Einzelpersonlichkeiten vorangetriebene oder torpedierte Abfolge von Maßnahmen und bemüht sich darum, Ursachen für Erfolge und Misserfolge herauszuarbeiten. Er wurde nachweislich ab 1926¹¹⁷ neu verfasst, wobei die Angaben und Einschätzungen in den Tagebüchern häufig als Ausgangspunkt der Darstellung erkennbar sind. Die drei identifizierten Hauptabschnitte beruhen mithin auf unterschiedlichen Grundlagen und Vorarbeiten und finden vor allem in den bereits

zwei Monaten an der Überarbeitung meiner an Hand zahlreicher Notizen hergestellten Niederschrift über das, was ich alles erlebt habe und erkenne daraus die große Ähnlichkeit der innenpolitischen Lage des Jahres 1923 mit der jetzigen.“

¹¹⁴ Siehe Anm. 104. Dabei weist die Paginierung des Abschnitts zum Ersten Weltkrieg darauf hin, dass ursprünglich eine deutliche kürzere Darstellung der Jahre bis 1914 existierte, die insgesamt 131 statt der jetzt vorhandenen 256 Typoskriptseiten umfasste. Die maschinenschriftliche Paginierung der Jahrgänge 1914-1918 entspricht noch der alten Zählung und wurde dann nachträglich handschriftlich ausgebessert. Es erscheint daher durchaus plausibel, dass Kahr zunächst plante, die 1919 verfassten Erinnerungen – inklusive der dort vermerkten, handschriftlichen Ergänzungen – im Wesentlichen zu übernehmen, dann aber doch stärkere Erweiterungen vornahm. Ein solch schrittweiser Entstehungsprozess lässt sich für die Darstellung der eigenen Familiengeschichte (Kahr-Erinnerungen, pag. 3-22) sogar nachvollziehen: So findet sich in NL Kahr 43 eine stenographische Vorversion dieser Passage, die mit folgender Überschrift versehen ist: „Was mir mein Großvater Samuel K., k. Dekan und Kirchenrat in Weißenburg am Sand über seine Jugendzeit erzählte und was ich darüber von meinem Vater hörte. Niedergeschrieben in Amerang im August 1924“.

¹¹⁵ Siehe hierzu Anm. 978.

¹¹⁶ So übernimmt etwa die Darstellung die Soldatenrevolte in Ingolstadt (Mai 1918) in einigen Passagen beinahe wortgleich den direkt nach den Ereignissen erstatteten Bericht des Regierungspräsidenten Kahr, vgl. Kahr-Erinnerungen, pag. 534-536 sowie Anm. 1209.

¹¹⁷ Vgl. Kahr an Stegemann vom 11.6.1926 (Bundesarchiv Koblenz, NL Stegemann N 1353/11): „Von mir selbst kann ich Ihnen nur sagen, daß ich fest an der Arbeit bin und die Abendstunden für meine Lebenserinnerungen, geschrieben für Kinder und Freunde, verwende. Ich habe diese nun bis Mitte 1920 gefördert.“

genannten Grundnarrativen der eigenen Lauterkeit und des widrigen Schicksals eine gemeinsame Basis. Dies kann die fehlende Harmonie der Darstellung jedoch nicht immer überspielen, zumal der Fortgang der Argumentation auch häufig durch eine allzu ausgeprägte Detailverliebtheit des Autors gestört wird. All diese Faktoren erschweren die Lesbarkeit des Textes, sprechen in Kombination mit seiner Genese jedoch eher dafür, konkreten Angaben in der Regel – wenn etwa kein erkennbares Interesse an einer geglätteten Darstellung vorliegt¹¹⁸ – als glaubhaft einzustufen, was der Abgleich mit zusätzlich herangezogener Überlieferung auch häufiger bestätigte.¹¹⁹ Die Studie wird deshalb die Autobiographie mit der gebotenen Vorsicht heranziehen, dabei jedoch so weit wie möglich auf singuläre Bezugnahmen verzichten und stets anstreben, auf Grundlage weiterer Zeugnisse ein vollständigeres Bild zu zeichnen.

In diesem Sinne stellt die Entdeckung eines bisher in Privathand befindlichen zweiten Teils des persönlichen Nachlasses Kahrs¹²⁰, der demnächst mit dem seit 1962 zugänglichen Bestand¹²¹ im Bayerischen Hauptstaatsarchiv vereinigt wird, natürlich eine bedeutende Erweiterung der Quellenbasis dar: Umfasst der bisher bekannte Fundus vor allem Dokumente zu den Kontakten Kahrs in Kunst- und Kulturmilieu, zur Geschichte seiner Familie sowie ausgewählte Unterlagen zu seiner politischen Tätigkeit¹²², kommt nun eine weitere umfangreiche Sammlung von privatem und politischem Schriftverkehr sowie eine zu Jahresbeginn 1921 einsetzende Überlieferung von Tagebuchaufzeichnungen¹²³ hinzu. Dabei beziehen sich die Einzeldokumente zum einen auf die

¹¹⁸ Diesen Eindruck erwecken z. B. die Tagebucheintragen zum Rücktritt als Ministerpräsident im September 1921. Die Darstellung dieser Tage scheint erst im Nachhinein zu Papier gebracht worden zu sein (etwa während der anschließenden Urlaubstage in Berchtesgaden), da hier auch persönliche Gespräche nicht wie meist üblich im Präsens, sondern im Präteritum geschildert werden.

¹¹⁹ Dies trifft etwa auf den Rücktritt von Innenminister Soden im Dezember 1916 (siehe Kapitel V. 6.1) zu, die Kahr in den Memoiren mit sehr deutlichen Stellungnahmen schildert (z. B. Kahr-Erinnerungen, pag. 446: „Der Innenminister ein Opfer der Gasse“), die Darstellung der Ereignisse deckt sich jedoch mit den Angaben im Sachakt MA 963.

¹²⁰ Der Nachlass wurde dem Institut für Bayerische Geschichte freundlicherweise von Herrn Gräbel, Bayreuth, zur Verfügung gestellt; er wird im Folgenden als „Privatnachlass Kahr“ zitiert.

¹²¹ Vgl. hierzu Sylvia Krauss (Bearb.), Verzeichnis der Nachlässe im Bayerischen Hauptstaatsarchiv (Bayerische Archivinventare 58), München 2019, 267 f.

Der NL Kahr wurde während der Ausarbeitung dieser Studie neu verzeichnet, allerdings bereits nach Abschluss der inhaltlichen Auswertung. Die Dokumente aus dem Bestand werden deshalb hier - von einigen Ausnahmen („NL Kahr-neu“) abgesehen - nach den alten Signaturen zitiert.

¹²² Hierzu zählen vor allem Redemanuskripte und eine Sammlung von Korrespondenz, der bereits archivierte Nachlass bietet jedoch keine umfassende Dokumentation der politischen Tätigkeit Kahrs.

¹²³ Im Privatnachlass Kahr befinden sich insgesamt neun, meist mit handschriftlichen Eintragungen versehene Tagebuchbände, die etwa je ca. 200 bis 250 Manuskriptseiten umfassen; meist am Ende der Bände sind außerdem Zeitungsartikel, Redemanuskripte oder Korrespondenz eingeklebt. Die Jahrgänge 1921-1923 umfassen jeweils zwei Bände, zwei weitere ungebundene Konvolute decken die Zeit nach dem Hitlerputsch sowie die Jahre 1925-1927 ab. Zwischen Februar 1924 und März 1925 sind – abgesehen von einem auf den 21.6.1924 datierten Eintrag – keine Aufzeichnungen überliefert.

bisherigen Themenschwerpunkte, enthalten jedoch auch neue Informationen zu Ausbildung, frühen Karrierestationen oder dem Wirken im Heimatschutz. Dem 1931 aufgesetzten Testament¹²⁴ ist wiederum zu entnehmen, dass Kahr seit 1915 Tagebuch führte, die vorhandene Serie beginnt jedoch erst im Januar 1921 und berührt deshalb nur den letzten hier behandelten Zeitraum der Ministerpräsidentschaft; die Darstellung fokussiert sich dabei im Wesentlichen auf politische Vorgänge. Im Hinblick auf die formale Quellenkritik ist außerdem noch anzumerken, dass die Tagebücher aus bisher nicht ersichtlichen Gründen weitgehend in einer nicht persönlich zuzuordnenden, fast kalligraphisch anmutenden Handschrift überliefert sind, an ihrer Authentizität besteht dennoch kein Zweifel, da sie vereinzelt Randbemerkungen und Korrekturen aufweisen, die eindeutig dem Schriftbild Kahrs entsprechen.

Bei aller Freude über die neuen Funde ist allerdings auch festzustellen, dass der nun verfügbare Teilnachlass die bisher schlecht dokumentierten Phasen in der Biographie Kahrs auch nur partiell ausleuchten kann, wobei die Auswahl an ungedruckten Quellen wiederum vor allem für die Jahre des Ministerialreferenten sowie in Bezug auf die Tätigkeit als Regierungspräsident sehr spärlich bleiben; angesichts dieser doch auffälligen Parallele liegt es deshalb nahe, hierfür auch systematische Gründe in Betracht zu ziehen. Und tatsächlich spielen neben kriegsbedingten Verlusten wohl nicht zuletzt die räumlichen Lebensmittelpunkte der engeren Freunde und Verwandten eine Rolle: War es im Münchener Umfeld nämlich in aller Regel nicht üblich, schriftlich miteinander zu kommunizieren¹²⁵, nimmt der Umfang der überlieferten Korrespondenz regelmäßig zu, wenn sich eine nahe Bezugsperson Kahrs – etwa die älteste Tochter mit ihrem Gatten in Berlin¹²⁶ – längerfristig nicht vor Ort befand, was jedoch gerade zwischen 1902 und 1914 kaum der Fall war. Gleichzeitig bleiben auch die Urlaubsaufenthalte als möglicher Anlass zum Briefwechsel weitgehend unergiebig, da die Familie die sog. Sommerfrische regelmäßig gemeinsam im Berchtesgadener Land verbrachte und dort auch gerne Gäste empfing.

Die Tagebücher werden in dieser Studie in Kurzform mit „Tagebücher Kahr 1921-B“ (= zweiter Band des Jahres 1921) oder „Tagebücher Kahr 1923-A“ (= erster Band des Jahres 1923) zitiert.

¹²⁴ So die Angaben im gemeinsamen Testament von Gustav und Ella von Kahr vom 12.7.1931 (Privatnachlass Kahr, Dokumente).

¹²⁵ Eine Ausnahme stellen hier persönliche oder formelle Glückwunschsreiben zu Geburtstagen, Jubiläen, Beförderungen usw. dar (vgl. etwa NL Kahr 14-16), die jedoch meist nur wenig darüber hinaus verwertbare Informationen enthalten.

¹²⁶ Anton Kerschensteiner war ab 1916 im Reichsausschuss für die Kriegsbeschädigtenfürsorge tätig, er und seine Frau Ella zogen dementsprechend nach Berlin.

Die Frage nach aussagekräftigen Komplementärquellen für diese, aber auch für alle anderen Zeitabschnitte liegt damit schon auf der Hand: Erste Anlaufstelle bei einem Staatsbeamten und Politiker ist dabei die Überlieferung aller Behörden, in denen Kahr Ämter und Funktionen bekleidete. So findet sich in den Beständen des Innen- und des Außenministeriums z. T. umfangreiches Material zum Regierungshandeln des Ministerpräsidenten – von Protokollen des Ministerrats¹²⁷ über Sachakten bis zu der aus dem Dienstbüro geführten „Privatkorrespondenz“¹²⁸ – sowie der schriftliche Niederschlag des Verwaltungshandels im Krieg, wobei insbesondere das Wirken Kahrs als Personalreferent¹²⁹ und in der sog. Heimatfrontpropaganda¹³⁰ gut dokumentiert ist. Im Zuge einer unglücklichen Überschneidung der Verluste fehlt jedoch auch in diesem Bereich weitgehend die Überlieferung aus dem Regierungspräsidium von Oberbayern sowie dem Referat für Bau- und Feuerpolizei nach 1900, da dieses Schriftgut den Luftangriffen im Weltkrieg zum Opfer gefallen ist.¹³¹ Es ist daher nur mit Einschränkungen möglich, ein präzises Bild von Kahrs Arbeit in diesen Funktionen zu zeichnen, wichtige Einblicke und Annäherungen erlauben hier vor allem die Verhandlungen und Beilagenbände des Landtags¹³² sowie auf die entsprechenden Themen bezogene zeitgenössische Publikationen. Sowohl vor als auch nach seinem Eintritt ins politische Leben beschränkte sich der Aktionsradius Kahrs freilich nicht auf seine dienstlichen Obliegenheiten, die Überlieferung der von ihm engagiert geförderten Einwohnerwehr¹³³ und die Veröffentlichungen des Landesvereins für Heimatschutz¹³⁴ finden daher ebenfalls Berücksichtigung; selektive Einblicke aus der Außenperspektive gewähren wiederum die konsularische und diplomatische Berichterstattung¹³⁵ sowie die

¹²⁷ Die Ministerratsprotokolle der Kabinette Kahr I und II sind unter MA 99 515 und MA 99 516 überliefert.

¹²⁸ Das Büro des Ministerpräsidenten im Ministerium des Äußeren verbuchte unter diesem Titel alle Korrespondenz, die den Ministerpräsidenten nicht auf dienstlichem Wege, sondern meist unaufgefordert von Privatpersonen erreichte. Die Briefe (und häufig die Entwürfe der Antwortschreiben) sind in MA 102 380 - MA 102 384a überliefert.

¹²⁹ So in den Akten zu den Ämterbesetzungen im Krieg (MInn 65 273, MInn 65 412-65 415) und in den Personalakten der höheren Beamten selbst, die freilich nur selektiv ausgewertet werden konnten.

¹³⁰ MInn 66 327-66 329; MInn 66 236-MInn 66 242.

¹³¹ So die Hinweise der Archivare in Bayerischen Hauptstaatsarchiv und im Staatsarchiv München, denen auch an dieser Stelle für ihre freundliche Unterstützung gedankt sei.

¹³² Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten des bayerischen Landtags, Stenographische Berichte / Beilagenbände, München 1897-1918; Verhandlungen des Bayerischen Landtags, Stenographische Berichte / Beilagenbände, München 1919-1921. Die Quelle wird in Kurzform mit Angabe der Sitzungsperiode und der Bandzahl zitiert, z. B.: Verh. Landtag 1913/14, Bd. XII; Verh. Landtag 1919/20, Beil. Bd. III.

¹³³ BayHStA, Abt. IV, Bestand Einwohnerwehr (zitiert als „Bestand Einwohnerwehr“).

¹³⁴ Vgl. die Monatszeitschrift „Volkskunst und Volkskunde“ (1903-1912), ab „Bayerischer Heimatschutz“ mit ausführlichen Berichten über die Vereinstätigkeit.

¹³⁵ Stefan Martens (Hg.), Documents Diplomatiques Français sur l'Allemagne 1920 - Französische Diplomatenberichte aus Deutschland 1920, 2 Bde. (Pariser Historische Studien 33), Bonn / Berlin 1992/1993 (zitiert als Martens, Diplomatenberichte).

Bestände der mit der bayerischen Staatsregierung interagierenden Reichsbehörden¹³⁶, aber auch die Auswertung der zeitgenössischen Presse¹³⁷.

Für alle genannten Wirkungsfelder aussagekräftig sind schließlich gerade in einer beziehungssensiblen Studie die Erinnerungen und Nachlässe von Personen, die mit Kahr in irgendeiner Form im Austausch standen und somit nachträglich das Blickfeld auf die Aktionen des Protagonisten erweitern; besonders reichhaltige Informationen enthielten hierbei die Nachlässe des Historikers Hermann Stegemann¹³⁸, des Landeshauptmanns der Einwohnerwehr Georg Escherich¹³⁹ sowie – in Bezug auf die Regierungszeit Kahrs – des DDP-Fraktionsvorsitzenden Pius Dirr¹⁴⁰.

Akten zur deutschen auswärtigen Politik aus dem Archiv des Auswärtigen Amtes, Reihe A, Band III / IV. Göttingen 1985 / 1986 (zitiert als ADAP III / IV).

Rohan Butler - J.P.T. Bury (Hg.), Documents on British Foreign Policy 1919-1939. First Series. Volume IX: German Affairs 1920, London 1960. (zitiert als DBFP IX); Rohan Butler - J.P.T. Bury (Hg.), Documents on British Foreign Policy 1919-1939. First Series. Volume X: German Affairs and Plebiscite Problems 1920, London 1960 (zitiert als DBFP X); W.N. Medlicott - Douglas Dakin (Hg.), Documents on British Foreign Policy 1919-1939. First Series. Volume XVI: Upper Silesia, March 22, 1921 - November 2, 1922. Germany 1921, London 1968 (zitiert als DBFP XVI).

Wolfgang Benz (Hg.), Politik in Bayern 1919-1933. Berichte des württembergischen Gesandten Carl Moser von Filseck (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 22/23), München 1971.

Berichte des preußischen Gesandten bzw. Vertreters des Reiches in München: PAAA, Bestand R; Bundesarchiv Berlin, R 707.

Berichte des sächsischen Gesandten: NL Dziembowski.

¹³⁶ In dieser Studie vor allem: Vertretung der Reichsregierung in München (Bundesarchiv Berlin, R 707), Reichsministerium des Innern (Bundesarchiv Berlin, R 1501).

¹³⁷ In diesem Zusammenhang wurden primär die in München erscheinenden Zeitungen „Münchner Neueste Nachrichten“ (MNN), „Bayerische Staatszeitung“ (BSZ), „Münchener Post“ (MP) und „Münchener Zeitung“ (MZ) in Bezug auf zentrale Ereignisse, in den Jahren ab 1914 jedoch auch überblicksartig ausgewertet. Diese Hauptstadt-Perspektive wurde mit Blick auf den Ersten Weltkrieg außerdem durch den digital verfügbaren „Rosenheimer Anzeiger“, vgl. das Portal „Rosenheimer Zeitungen 1833-1925“ in der Bayerischen Landesbibliothek Online [URL: <<https://www.bayerische-landesbibliothek-online.de/zeitungen-rosenheim>>; zuletzt eingesehen am 8.3.2021] ergänzt, der in verstärkter Weise der Sichtweise der Landbevölkerung ein Forum bot.

¹³⁸ Kahr lernte Stegemann kennen, als er 1922/23 mit der Universität München um eine Berufung verhandelte. Beide waren sich daraufhin freundschaftlich verbunden, mussten ihre Kommunikation jedoch weitgehend schriftlich führen, da Stegemann aufgrund seines Gesundheitszustandes kaum reisen konnte. Die umfangreiche Korrespondenz (Bundesarchiv Koblenz, NL Stegemann N 1353/11-13) hat oft politischen Charakter und enthält zahlreiche Rückblicke auf frühere Ereignisse. Zur Biographie von *Hermann Stegemann* (1870-1945) vgl. Albrecht Bamler, *Der Publizist und Schriftsteller Hermann Stegemann (1870-1945). Seine Wandlung vom linksliberalen Journalisten zum deutschnationalen Publizisten* (Europäische Hochschulschriften 388), Frankfurt am Main 1989.

¹³⁹ Besonders hervorzuheben sind hierbei die Terminkalender Escherichs (NL Escherich 6/7), die das Handeln und die Interaktionen des Einwohnerwehr-Führers 1920/21 nachvollziehbar machen.

¹⁴⁰ Wichtig sind hier vor allem die – meist in stenographischer Form überlieferten – Niederschriften der Koalitionssitzungen der Regierung Kahr II (NL Dirr 317) sowie teilweise die Fraktionssitzungen der DDP (NL Dirr 316), die Berichte über das Regierungshandeln enthalten.

II. Der Weg eines jungen Bildungsbürgers

Am Anfang jeder biographischen Studie steht die Beschäftigung mit der Kindheit, Jugend und Ausbildung ihres Protagonisten, die ersten Kapitel von Lebensbeschreibungen bilden damit in aller Regel einen erheblichen Kontrast zu den turbulenten Ereignissen, die auch hier zentraler Gegenstand dieser Studie sind: Denn Gustav von Kahr war, um nur noch einmal die bekanntesten Etappen zusammenzufassen, Impulsgeber und Förderer des bayerischen Heimatschutzes, wirkte ab 1912 als Staatsrat im Innenministerium und stand in der Umbruchszeit 1917-1924 an der Spitze der Regierung von Oberbayern. Als Protektor der Einwohnerwehr wurde er 1920/21 erster „bürgerlicher“ Ministerpräsident des Freistaats Bayern und gilt als Schöpfer und Symbolfigur der sog. Ordnungszelle. Im Krisenherbst 1923 folgte die Ernennung zum Generalstaatskommissar mit vollziehender Gewalt, ehe Kahr beim bekannten Hitler-Ludendorff-Putsch sowohl als Beteiligter wie auch als Verantwortlicher für die Niederschlagung des versuchten Staatsstreichs in Erscheinung trat. Seitdem von den Nationalsozialisten als Feindbild verhasst, fand sein Leben in der „Nacht der langen Messer“ beim sog. Röhm-Putsch ein gewaltsames Ende.

Demgegenüber stehen zu Beginn andere Fragen im Vordergrund: Es geht im Prinzip darum, die sozialen, kulturellen und familiären Hintergründe zu erschließen, um darauf aufbauend den späteren Lebensweg auf breiterer Grundlage beurteilen zu können. Führt man sich die soeben skizzierte Biographie vor Augen, ist es allerdings eine durchaus heikle Aufgabe, nun zuerst über die erste Lebensphase einer solch prominenten Persönlichkeit zu schreiben. Immerhin steht diese Zeit noch in keinem direkten Bezug zum späteren beruflichen und politischen Werdegang der Hauptperson. Die erste Herausforderung des Kapitels besteht also gerade darin, die soeben skizzierte steile Karriere sogleich wieder auszublenden und vorerst jeden Gedanken an diese Zukunft der Vergangenheit zurückzustellen.

Die hierfür maßgeblichen Gründe lassen sich schnell erklären: Denn einerseits fließen die Informationsquellen zu Kindheit und Jugend meist relativ spärlich und erhellen das historische Geschehen im Vergleich zur späteren Überlieferungsvielfalt nur in einigen Grundzügen. Sie enthalten zudem oft retrospektive Verklärungen, die den Blick auf die historische Realität nicht nur erhellen, sondern auch trüben: Gerade berühmte Zeitgenossen neigen bekanntlich dazu, die Erinnerung an die eigene Biographie in ihrem

Sinne zu steuern und etwa mit Blick auf soziale Konventionen zu glätten. Im vorliegenden Fall ist der angesprochene Kontrast sogar besonders ausgeprägt, da die geringe Zahl alternativer Zeugnisse zum jungen Gustav Kahr¹⁴¹ den eigenen Memoiren beinahe eine Monopolstellung in der Deutung dieser Zeit einräumt. Bedenkt man allein den späten Entstehungszeitraum dieser Berichte, liegt die Vermutung nahe, dass manche Aussage in den Erinnerungen das nachträgliche Bewusstsein um den eigenen Werdegang im schwer zu bestimmenden Maße widerspiegelt. Andererseits sollte sich freilich auch der Historiker nicht ganz von der Neigung freisprechen, den Protagonisten der eigenen Studie schon als Heranwachsenden in ein besonderes Licht zu tauchen, obwohl natürlich auch der später mächtigste Politiker jedes Recht darauf hat, eine ganz normale Jugend zu erleben und in dieser Zeit nicht besonders aus der Gemeinschaft seiner Altersgenossen hervorzustechen – auch wenn ein solcher Mangel an Auffälligkeiten vielleicht implizit gehegten Erwartungen zuwiderläuft. Es ist daher auch Aufgabe der Darstellung, dem jungen Gustav Kahr tatsächlich die Chance einzuräumen, in der historischen Rekonstruktion ein eigenes Profil zu entwickeln und somit auch Räume für möglicherweise überraschende Erkenntnisse zu schaffen.

Trotz der quellenbedingten Einschränkung des Blickfeldes genügt es deshalb nicht, dieses erste Kapitel nur als möglichst knappes Vorspiel zu konzipieren, um gewissermaßen auch im Zeitraum zwischen 1862 und 1890 der Chronistenpflicht zu genügen. Als eigenständiges Erkenntnisfeld betrachtet, kann die Auseinandersetzung mit den frühen Lebensjahren Gustav von Kahrs vielmehr dazu beitragen, die Hauptperson dieser Studie als Individuum besser einschätzen zu lernen. Dabei wird es freilich nicht darum gehen, den Gymnasiasten, Studenten oder Staatsdienstanwärter in jeweils umfassenden Porträts vorzustellen, d. h. detaillierte Persönlichkeitsprofile in allen denkbaren Facetten zu zeichnen: Ein solches Unterfangen würde unweigerlich den schwankenden Boden spekulativer Mutmaßungen betreten und – mangels belastbarer Informationen – zugleich rasch ins Anekdotenhafte abgleiten.

Hier soll stattdessen eine erste Annäherung an den historischen Akteur auf Grundlage wichtiger Etappen seines frühen Werdegangs versucht werden, um so Blickwinkel auf die Person zu eröffnen, die eine Einschätzung erleichtern, unter welchen Voraussetzungen und mit welchen Zielen Kahr seinen Lebensweg antrat; vereinzelt greifbare individuelle Züge bereichern dieses Bild an ausgewählten Stellen. Dies ist ein

¹⁴¹ Hier sind vor allem die Kindheitserinnerungen seiner älteren Schwester, Luise Fischer, geb. Kahr zu nennen, die sie zum 70. Geburtstag Gustav Kahr sen. (1903) verfasst hatte, zitiert als Elise Fischer, Erinnerungen aus meinen Kindertagen (Privatnachlass Kahr, Persönliche Schriften).

bescheideneres Vorhaben, ein solcher Blick auf die ersten Lebensjahrzehnte eröffnet gleichwohl die Gelegenheit, neue Perspektiven auf Kahr zu gewinnen, d. h. die Deutungsmacht der etablierten Sichtweisen auf diesen Akteur etwas zu reduzieren – Kahr wurde schließlich nicht als tüchtiger Beamter, politischer Verantwortungsträger oder begeisterter Heimatschützer geboren. Die erhebliche zeitliche Distanz zum öffentlichen Wirken des Protagonisten kann, so betrachtet, dem Erkenntnisprozess deshalb auch zu Gute kommen: Denn liegt der Fokus zunächst auf einer weitgehend unerschlossenen Etappe der Biographie des späteren Ministerpräsidenten, ist es leichter, unvoreingenommen daran zu gehen, den jungen Gustav Kahr als Person näher einzuordnen.

Das zentrale Erkenntnisinteresse dieses ersten Kapitels lässt sich deshalb in folgende Leitfrage übersetzen: Wer war Gustav Kahr, als er Anfang 1889 im Alter von 26 Jahren am Beginn seines Berufslebens stand und das Zeugnis des bestandenen Staatskonkurses in Händen hielt – ein Aufsteiger, ein Vertreter der alten Elite, ein politischer (Non-)Konformist, ein juristischer Musterschüler oder ein eigensinniger Kopf, ein talentierter Netzwerker oder ein verschlossener Einzelkämpfer, ein typischer „Wilhelminer“ oder ein Außenseiter in der eigenen Generation? Aus diesen unterschiedlichen Blickwinkeln betrachtet, verdichten sich die angedeuteten Alternativen zu folgenden Themenkomplexen: In welchen sozialen Milieu wuchs der Protagonist der Studie auf? Welche Ausbildung durchlief Kahr, welche Anregungen und Impulse waren hiermit verbunden und welche Möglichkeiten standen ihm deshalb offen? Welche Freundschaften und Kontakte pflegte er außerhalb des familiären Beziehungskreises? Sind konkrete Aussagen zur politischen und kulturellen Sozialisation in jungen Jahren möglich und inwieweit stimmen diese mit dem zuvor entworfenen Bild überein?

Bildet die Kindheit Kahrs in Weißenburg und Gunzenhausen deshalb den Ausgangspunkt aller Überlegungen, rücken danach die Jahre und Institutionen, die er während seiner Ausbildung durchlief, in den Fokus, ehe schließlich eine erste Annäherung an Kahrs individuellen Blick auf die Verhältnisse seiner Zeit und seiner Lebenswelt versucht wird. Dabei stellt die Darstellung noch keine der drei grundlegenden Analyseebenen – Biographie, Netzwerke oder politische Kultur – besonders in den Vordergrund, die einzelnen Fragestellungen bzw. Abschnitte orientieren sich freilich bereits an diesem Schema und decken so die perspektivische Bandbreite der Studie ab.

1. Aus gutem Hause: Kindheit in Weißenburg und Gunzenhausen

Der Blick richtet sich also zunächst nach Mittelfranken, um mehr über die Herkunft und Kindheit Kahrs zu erfahren. Die Quellengrundlage besteht hier, wie gesagt, fast ausschließlich aus persönlichen Zeugnissen Kahrs, die erst im Rückblick mit einem beträchtlichen Zeitabstand verfasst wurden. Skepsis und kritische Distanz sind mithin besonders angebracht, zumal Gunilla Budde detailliert aufzeigen konnte, wie stark Kindheitserinnerungen des deutschen Bürgertums von Stereotypen und immer wiederkehrenden Motiven geprägt sind.¹⁴² Auch der Kontrast zwischen den drei aufeinander folgenden Memoiren Kahrs¹⁴³ hilft in diesem Fall kaum weiter, da der Blick auf die eigene Kindheit darin im Grunde unverändert bleibt, d. h. sich offenbar innerhalb der Familie bereits auf einen gewissen Kanon stabilisiert hatte. Dafür spricht auch eine schon 1903 im gleichen Tenor verfasste Darstellung der älteren Schwester Elise¹⁴⁴, die den eigenen, in der Industriestadt Elberfeld aufwachsenden Enkeln einen Eindruck von einer Kindheit im ländlichen Franken vermitteln wollte; immerhin ist damit jedoch eine zweite Quelle vorhanden, die manche Ausführungen Kahrs bestätigt und weiter präzisiert. Wer nun erstmals die schon häufig erwähnten Memoiren in die Hand nimmt und in den ersten Kapiteln liest, wird wohl zunächst von den darin erzählten Geschichten und Abenteuern in den Bann gezogen – der flegelhafte Gustav, wie er beim Nachbarn auf einer Sau reitet, in einem fremden Bauernwagen einfach mal aufs Land fährt und sich allgemein in Gunzenhausen als „Gassenbub“¹⁴⁵ herumtreibt. Man darf sich von solchen, mit sichtbarem Stolz auf die eigenen Streiche erzählten Anekdoten jedoch nicht täuschen lassen. Kahr konnte sich in der kleinen Altmühl-Stadt nicht etwa als der weitgehend unbeaufsichtigte Sprössling eines vielbeschäftigten Kleinstädters herumtreiben, tatsächlich war er der Stammhalter einer Familie des etablierten Bildungsbürgertums, die gleichzeitig zur dünnen Honoratiorenschicht vor Ort gehörte. Dieser Umstand wird am

¹⁴² Die grundlegende Studie (Gunilla Budde, *Auf dem Weg ins Bürgerleben. Kindheit und Erziehung in deutschen und englischen Bürgerfamilien 1840-1914* (Bürgertum 6), Göttingen 1994) rekonstruiert auf Basis zahlreicher Autobiographien bürgerliche Kindheitserfahrungen im 19. Jahrhundert sowie ihre Deutung.

¹⁴³ Siehe die Skizzierung der Quellenlage auf S. 47-51.

¹⁴⁴ Elise Fischer, *Erinnerungen aus meinen Kindertagen* (Privatnachlass Kahr, Persönliche Schriften).

¹⁴⁵ Kahr-Erinnerungen, pag. 34; die genannten Anekdoten bei: Kahr-Erinnerungen, pag. 36 f. sowie auch Elise Fischer, *Erinnerungen aus meinen Kindertagen*, pag. 35 (Privatnachlass Kahr, Persönliche Schriften). Das Motiv des „Gassenjungen“ kommt in rückblickenden bürgerlichen Kindheitsnarrativen häufiger vor: Gunilla Budde, *Blütezeit des Bürgertums. Bürgerlichkeit im 19. Jahrhundert*, Darmstadt 2009, 97.

schnellsten deutlich, wenn man im Stile einer klassischen Biographie zunächst die nackten Tatsachen¹⁴⁶ sprechen lässt:

Gustav Kahr wurde am 29. November 1862 in Weißenburg in eine protestantische Pfarrers- und Beamtenfamilie geboren und wuchs im nahen Gunzenhausen auf, wo sein Vater von 1864 bis 1873 beim örtlichen Bezirksamt als Assessor tätig war. Die Familie zählte zu dieser Zeit vier Köpfe – Kahr hatte noch eine zwei Jahre ältere Schwester Elise – und wohnte im ersten Stock eines Bürgerhauses nahe des Stadtzentrums; ein paar Straßen weiter befand sich das Gebäude der städtischen Volksschule, die Kahr ab 1868 besuchte. 1872 gab es mit der kleinen Schwester Marie noch einmal Familienzuwachs. Der Vater, Gustav Kahr senior¹⁴⁷, stand am Beginn einer Karriere als höherer Beamter der inneren Verwaltung, nachdem er von 1851 bis 1855 in Erlangen sowie Göttingen studiert und im Anschluss an eine sehr gute Staatsprüfung erste Jahre als Akzessist bei der Regierung von Mittelfranken in Ansbach verbracht hatte. Bei der Geburt seines Sohnes war der 29jährige Kahr gerade als Geschäftsaushilfe (Funktionär) beim Bezirksamt Weißenburg tätig, ehe 1864 die erste dauerhafte Anstellung als Bezirksamtsassessor im nahen Gunzenhausen folgte. Die junge Familie konnte damit vorerst in der Nähe ihrer Heimat bleiben, da beide Eltern eng mit Weißenburg verbunden waren. Kahrs Mutter Emilie, die Tochter eines angesehenen Gerichtsarztes, war in der früheren Reichsstadt geboren, während der von den Kindern schwärmerisch verehrte Großvater, Georg Samuel Kahr, dort seit 1836 als Stadtpfarrer und Dekan wirkte: Der Vater Gustav Kahr sen. war also der höchste protestantische Geistliche im ganzen Bezirk. Schon diese spärlichen Angaben kennzeichnen die Kahrs damit ganz eindeutig als Akademikerfamilie mit angesehenen Berufen im Staats- und Kirchendienst, die noch mit zusätzlichen Funktionen – etwa Schulinspektor oder Amtsanwalt¹⁴⁸ – verbunden waren. Bei Gustav Kahr sen. kam außerdem die Sozialisation in einem evangelischen Pfarrhaus hinzu, das vor allem in Kleinstädten und auf dem Land als unbestrittenes Zentrum von Kultur und Bildung galt.¹⁴⁹ Weitet man den Blick nun auf die weitere Verwandtschaft

¹⁴⁶ Die genannten biographischen Grundinformationen finden sich bei: Schwirzer, Kahr.

¹⁴⁷ Vgl. die Kurzbiographie: Adolf von Zink, Gustav Ritter von Kahr, Dr. med. h.c., in: Festschrift zur Feier des fünfzigjährigen Bestehens des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs, hg. vom Bayerischen Verwaltungsgerichtshof, München / Berlin / Leipzig 1929, 55-65.

¹⁴⁸ Georg Samuel Kahr war als Dekan für die geistliche Schulaufsicht im Bezirk (Max Liedtke, Gesamtdarstellung, in: ders. (Hg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Bd. II: Geschichte der Schule in Bayern von 1800 bis 1918, Bad Heilbrunn 1993, 11-133, hier: 81 f.) zuständig, die Assessoren an Bezirksamtern hatten zusätzlich die sog. Amtsanwaltschaft (Anm. 372) zu versehen.

¹⁴⁹ Christel Köhle-Hezinger, Pfarrhaus, Pfarrfamilie und Dorf. Das Pfarrhaus im 18. und 19. Jahrhundert, in: Thomas A. Seidel - Christopher Spehr (Hg.), Das evangelische Pfarrhaus. Mythos und Wirklichkeit, Leipzig 2013, 81-104; Oliver Janz, Das evangelische Pfarrhaus als deutscher Erinnerungsort, in: Jahrbuch für Berlin-Brandenburgische Kirchengeschichte 64 (2003), 86-103.

und Bekanntschaft¹⁵⁰, bestätigt sich der gewonnene Eindruck: Der entscheidende soziale Aufstieg gelang der Familie bereits mit Kahrs Urgroßvater Georg Markus Kahr (1757-1822), der es als Sohn eines verarmten Bäckermeisters zum Revierförster und Rentbeamten brachte¹⁵¹ und seinen drei Söhnen ein Studium ermöglichte. Neben dem bereits erwähnten Georg Samuel handelte es sich hierbei um Heinrich Samuel (1796-1853)¹⁵², der ebenfalls Geistlicher wurde und als Dekan und Distriktschulinspektor in Ebermergen (bei Donauwörth) wirkte sowie um Georg Wilhelm (1805-1892)¹⁵³, der in den Staatsdienst ging und dort zum Regierungsdirektor an der Regierung von Oberfranken aufstieg. Dieser kinderlose Großonkel erreichte als erstes Familienmitglied außerdem die persönliche Nobilitierung und wurde Vorstand des protestantischen Konsistoriums in Bayreuth. Auch die Ehegattinnen der drei Brüder stammten aus standesgemäßen Kreisen: Georg Samuel heiratete 1824 die Enkeltochter des berühmten Markt Erlbacher Historiographen Samuel Wilhelm Oetter¹⁵⁴ – der junge Gustav lernte seine bereits 1847 verstorbene Großmutter allerdings nicht mehr kennen –, während Georg Wilhelm die Pfarrerstochter Charlotte Ebersberger zur Frau nahm und Heinrich Samuel – schon fast eine Ausnahme – die Ehe mit Christiana Rohmeder, einer Geburtshelferstochter, einging.¹⁵⁵ Gustav sen. heiratete schließlich, wie schon gesagt, die Tochter eines Weißenburger Gerichtsarztes, deren Großvater wiederum das Amt des Bürgermeisters von Gunzenhausen bekleidet hatte. Auch die entferntere Verwandtschaft befand sich z. T. in hohen Stellungen. Hier seien nur der Cousin Adolf Kahr (1824-1891)¹⁵⁶, ein Rechtsanwalt und Justizrat in Kronach, Christian Lippert (1830-1899)¹⁵⁷, der Gatte einer Tante und seines Zeichens Leiter des forsttechnischen Departements im

¹⁵⁰ Vgl. hierzu den Überblick bei: Gustav Wulz, Die Familie Kahr, in: Archiv für Rassen- und Gesellschaftsbiologie 18 (1926), 249-269.

¹⁵¹ Die Geschichte dieses durch Arbeit und Fließ erzielten Aufstiegs wurde den Kindern in der Familie Kahr öfters erzählt, die Memoiren Kahrs beginnen die Familiengeschichte auch damit, vgl. Kahr-Erinnerungen, pag. 3-5.

¹⁵² Wulz, Familie Kahr, 257.

¹⁵³ Ebd., 258.

¹⁵⁴ Samuel Wilhelm Oetter (1720-1792), Theologe und Historiker, ab 1762 Pfarrer in Markt Erlbach; zahlreiche Publikationen, u. a. Mitglied der Bayerischen Akademie der Wissenschaften Vgl. Gerhard Pfeiffer, Samuel Wilhelm Oetter, in: Jahrbuch für fränkische Landesforschung 21 (1961), 79-108.

¹⁵⁵ Wulz, Familie Kahr, 257 f.

¹⁵⁶ Ebd., 258.

¹⁵⁷ Christian Lippert (1830-1899), Forstmann, Ehemann von Lisette Lippert, geborene Rüttel, der Schwester von Kahrs Mutter, zuletzt Ministerialrat in Wien, vgl. weitere Angaben im Österreichischen Biographischen Lexikon [URL: <https://www.biographien.ac.at/oebf/oebl_L/Lippert_Christian_1830_1899.xml>]; zuletzt eingesehen am 14.3.2021].

Wiener Ackerbauministerium oder der Vetter Dr. Oscar Eyselein¹⁵⁸, ab 1876 Direktor einer Heilanstalt für Nervenleidende in Blankenburg am Harz, erwähnt.

Es ist deshalb keine Überraschung mehr, dass Kahr jun. seine Kindheit keineswegs nur mit Gunzenhausener „Gassenjungen“ verbrachte, sondern zumindest an den Sonntagen z. T. wenig geliebte Besuche bei den Freunden der Eltern absolvieren musste, die zumindest aus Sicht der Kinder in recht steifer Atmosphäre vor sich gingen. Zählte die Familie des Gunzenhausener Dekans Koch hierbei zum engsten Freundeskreis, kam man sonntagnachmittags auch regelmäßig bei Bezirksarzt Wilhelm Redenbacher, bei Pastor Georg Ludwig Bezzel – dem Vater des späteren Oberkonsistorialpräsidenten – oder bei der Witwe eines früheren Landrichters zusammen.¹⁵⁹ In Weißenburg pflegten die Eltern außerdem eine Freundschaft zum dortigen Bezirksamtsassessor Albrecht Richstein, die die Kollegen später wieder am Verwaltungsgerichtshof zusammenführen und auch für den jungen Kahr noch eine wichtige Rolle spielen sollte.¹⁶⁰

Passend zum gesellschaftlichen Umgang herrschte in der Familie allgemein ein betont bürgerlicher Lebensstil vor: Hierzu zählte etwa das ritualisierte Begehen wichtiger religiöser und privater Feste im Jahreskreis – der Karfreitag mit Karpfenessen, der Heilige Abend mit Weihnachtsbaum bei Großvater oder die Feier der Geburtstage¹⁶¹ –, aber auch ein reflektierter Lebensvollzug mit Tagebuchnotizen oder schriftlich niedergelegten Rückblicken auf den eigenen Werdegang.¹⁶² Eigens hervorzuheben ist außerdem ein besonderes Selbstverständnis als Nachkommen von oberösterreichischen Glaubensflüchtlingen aus dem Dreißigjährigen Krieg: Die Entscheidung, die angestammte Heimat für die Treue zum eigenen Glauben aufzugeben, war im protestantischen Umfeld besonders prestigeträchtig – man denke etwa an die Hugenotten oder an die Salzburger Exulanten – und verpflichtete die Familie somit auch, sich diesem Erbe stets würdig zu erweisen.¹⁶³ Die Geschichte der noch erinnerten und unbekannt

¹⁵⁸ Dr. Oscar *Eyselein* (1847-1892), Arzt, ab 1876 Direktor der Heilanstalt für Nervenleidende in Blankenburg am Harz, vgl. Julius Leopold Pagel, *Biographisches Lexikon hervorragender Ärzte des neunzehnten Jahrhunderts*. Mit einer historischen Einleitung, Berlin / Wien 1901, Sp. 482.

¹⁵⁹ Elise Fischer, *Erinnerungen aus meinen Kindertagen*, pag. 31, 42 (Privatnachlass Kahr, Persönliche Schriften); Kahr-Erinnerungen, pag. 37.

¹⁶⁰ Kahr-Erinnerungen, pag. 90; zur Person vgl. den Personalakt MInn 40 673. Siehe Anm. 351.

¹⁶¹ Kahr-Erinnerungen, pag. 37; Kahr, *Mein Lebenslauf* (1919), pag. 5v.

¹⁶² Neben der Kindheitserinnerungen Elise Fischers ist im Privatnachlass Kahrs auch ein Tagebuch von Luise Rüttel – Kahrs Großmutter mütterlicherseits – sowie ein kurzer Lebenslauf des Großvaters Georg Samuel Kahr überliefert, der auf dessen Wunsch bei seiner Beerdigung verlesen wurde.

¹⁶³ Dabei scheint es, als ob die Familie selbst lange Zeit annahm, von den Salzburger Exulanten abzustammen und erst die von Kahr und Gustav Wulz betriebenen Ahnenforschungen (siehe Anm. 150) hier neue Erkenntnisse zu Tage förderten, vgl. Kahr, *Mein Lebenslauf* (1919), pag. 3 mit entsprechenden Ausstreichungen und Überarbeitungen.

Vorfahren war deshalb in der Familie durchaus präsent und schon die Kinder erfuhren durch häufige Erzählungen des Großvaters, wie sich etwa Markus Kahr vom kleinen Dienstboten zum geachteten Revierförster emporgearbeitet hatte: Überzeugungsfestigkeit, Ausdauer und Leistungsbereitschaft gehörten demnach zu den wichtigsten Tugenden in der Familie Kahr. Hierfür stand auch der als Erbstück streng in Ehren gehaltene Schreibtisch des berühmten Ahnen Samuel Wilhelm Oetter, auf dem dieser etwa seine Briefe an Friedrich den Großen oder an Kaiserin Maria Theresia verfasst hatte. Gustav und seine Schwester Elise wurden daher auch schnell dafür sensibilisiert, dass es feierliche Momente waren, wenn sie der Großvater ausnahmsweise in den Abendstunden zum Sekretär führte und ihnen erlaubte, eine Schublade näher in Augenschein zu nehmen¹⁶⁴: Die Achtung von Tradition und Herkunft wurde so symbolisch an die nächste Generation weitergegeben.

Zu einem bürgerlichen Leben gehörte schließlich auch eine materielle Grundlage, d. h. im Fall der Familie Kahr, deren Vertreter als Geistliche und häufig versetzte Staatsdiener keinen Immobilienbesitz erwarben, ein über Jahrzehnte aufgebautes Vermögen. Zwar sind hierzu keine absoluten Zahlen zu ermitteln, immerhin erhielt jedoch bereits der Akzessist Gustav Kahr in seinen Qualifikationsbögen die Einstufung „(sehr) wohlhabend“, da er neben einer väterlichen Unterstützung von 1000 Gulden im Jahr auch noch über das Erbe seiner Ehefrau verfügte, das insgesamt 10 000 Gulden betrug – das eigene Gehalt erscheint angesichts dessen eher als Beitrag zu den laufenden Kosten.¹⁶⁵

Möchte man nun einen näheren Eindruck von der Zeit in Weißenburg und Gunzenhausen gewinnen, haben sich gerade junge Bürgersöhne den Ruf als „freiester Menschen unter dem Himmel des 19. Jahrhunderts“¹⁶⁶ erworben, zumindest, wenn man ihnen im Alter verfassten Autobiographien Glauben schenkt. In Wahrheit dürften sich freilich auch im Fall Kahr die Gewährung von Freiräumen und der Rückgriff auf strikte Erziehungsmaßnahmen die Waage gehalten haben: Dem damaligen Ideal entsprechend sollten die Kinder einerseits nicht verweichlichen und zu Stubenhockern ausgebildet werden, andererseits legten bürgerliche Familien auch erheblichen Wert auf ein standesgemäßes Benehmen im Alltag und bei formellen Anlässen. Sowohl Gustav als

Vgl. allgemein den Überblick mit Kapiteln zum Selbstverständnis der Exulanten: Hans Krawarik, *Exul Austriacus: Konfessionelle Migrationen aus Österreich in der Frühen Neuzeit* (Austria: Forschung und Wissenschaft 4), Wien / Berlin / Münster 2010.

¹⁶⁴ Kahr-Erinnerungen, pag. 16.

¹⁶⁵ Vgl. die Angaben im Heiratsgesuch von Gustav Kahr an die Regierung vom Mittelfranken vom 12.7.1859 sowie in der Ernennungsurkunde zum Bezirksamtsassessor in Gunzenhausen vom 26.3.1864 (MInn 36 667). Kahr sen. erhielt demnach als Bezirksamtsassessor ein Jahresgehalt von 800 Gulden.

¹⁶⁶ Budde, *Auf dem Weg ins Bürgerleben*, 196.

auch Elise wussten dann im Rückblick auch von Standpauken, Ecke stehen und deftigen Ohrfeigen zu berichten, gleichzeitig waren in den „goldenen Kinderzeit“¹⁶⁷ freilich auch Ausflüge in die Natur oder unbeaufsichtigte Entdeckungsreisen in die örtliche Nachbarschaft möglich: Der Sohn des Bezirksamtsassessors war offenbar bei vielen Handwerkern des Ortes wohl bekannt und hatte sich dort schnell das Gewohnheitsrecht zum Zusehen und spielerischen Mitarbeiten erworben.¹⁶⁸

Wussten die Kahr-Kinder also mit Standesdünkel oder Berührungsängsten wenig anzufangen, macht die stolze Betonung dieser fürs Leben gelernten Aufgeschlossenheit¹⁶⁹ indes ebenso deutlich, dass auch der kleine Gustav die nichtsdestotrotz bestehenden Unterschiede schon sehr genau einschätzen konnte. So gab es in der Familie Kahr natürlich auch ein angestelltes Dienstmädchen, das die Herrin des Hauses beim Kochen, Waschen und Putzen unterstützte, aber auch die Phantasie der Kinder mit volkstümlichen Sagen und Gespenstergeschichten fesselte – ein weiteres typisches Motiv in bürgerlichen Kindheitserinnerungen.¹⁷⁰ Die Eltern sollten von dieser Unterweisung im Aberglauben jedoch am besten nichts erfahren: Sie sahen es lieber, wenn sich die Kinder im Haus mit ihren Spielsachen – u. a. einer Puppenküche, einem Wiegenpferd sowie einer Miniatur-Festung „altnürnberger Handwerkskunst“¹⁷¹ – beschäftigten oder aber die Märchen der Gebrüder Grimm oder Christoph von Schmid lasen; bei Großvater kam zu dieser Lektüre auch noch Wilhelm Tell, Robinson Crusoe oder die Geschichte vom Schinderhannes hinzu.¹⁷² Eine besondere Abwechslung vom Gunzenhausener Alltag stellte es schließlich dar, wenn Vater oder Mutter mit den Kindern zu einem Einkaufsbesuch nach Nürnberg aufbrachen oder im Sommer gemeinsame Ausflüge an der Altmühl, etwa nach

¹⁶⁷ Kahr-Erinnerungen, pag. 60; vgl. auch die Erinnerung an die „goldene Jugend“ in: Kahr an Stegemann vom 31.7.1929 (Bundesarchiv Koblenz, NL Stegemann N 1353/12).

¹⁶⁸ Kahr-Erinnerungen, pag. 34; Kahr, Mein Lebenslauf (1919), pag. 7; Elise Fischer, Erinnerungen aus meinen Kindertagen, pag. 35 (Privatnachlass Kahr, Persönliche Schriften).

¹⁶⁹ Vgl. Kahr-Erinnerungen, pag. 34: „Standesunterschiede kannte ich nicht, wenn ich auch fühlte, daß mein Vater der angesehenste Mann in Gunzenhausen war. Ich spielte besonders gern mit armer Leute Kinder, denn diese waren urwüchsiger als die Honoratioren-Söhnchen. Im übrigen schleppte ich die ganze Schule hinter mir her, denn gehorchen mußten sie mir alle, obwohl ich weitaus der jüngste war.“

Sowie Elise Fischer, Erinnerungen aus meinen Kindertagen, pag. 31 (Privatnachlass Kahr, Persönliche Schriften): „Bei unseren Spielen auf der Straße wurden wir nie als die Assessorkinder respektiert. Wir mußten uns so sauer und redlich, wie die andern, durchschlagen. Manch derben Knuff habe ich von ungewaschenen Gassenjungs einstecken müssen, hab aber auch ungescheut wieder gehauen. Mit ‚Standesgenossen‘ dagegen, konnte ich nie viel anfangen. Sie waren mir rasch langweilig, und arg froh war ich, wenn ich nach glücklich überstandener Sonntagseinladung zum Volk zurückkehren konnte.“

¹⁷⁰ Elise Fischer, Erinnerungen aus meinen Kindertagen, pag. 34 (Privatnachlass Kahr, Persönliche Schriften); zur Rolle der Dienstmädchen in Bürgerhaushalten: Budde, Auf dem Weg ins Bürgerleben, 275-304.

¹⁷¹ Kahr-Erinnerungen, pag. 12.

¹⁷² Ebd., pag. 9 f., 59.

Pappenheim, unternahmen.¹⁷³ Die erste große Urlaubsreise führte die Familie dann nach dem Tod des Großvaters im Sommer 1871 nach Salzburg und Bad Gastein, wo zugleich die Kaiser Franz Joseph, Alexander und Wilhelm zu einer Konferenz zusammenkamen.¹⁷⁴

Was die Gestaltung der Kindheit angeht, entsprechen die gewonnenen Eindrücke also weitgehend dem Bild von „Bürgerlichkeit“, das die Forschung in den letzten Jahrzehnten entworfen hat. Von dieser Perspektive aus betrachtet, wäre dann auch noch das enge, aber dennoch irgendwie förmliche Verhältnis zum vielbeschäftigten Vater¹⁷⁵ oder die Erfahrung des deutsch-französischen Krieges nachzutragen, der aus Sicht des achtjährigen Gustav vor allem aus Siegesmeldungen, Scharpie pflücken und der Versorgung verwundeter Helden bestand. Die große Friedensfeier erlebte Kahr dann standesgemäß als Träger eines weiß-blauen Fähnchens auf dem städtischen Marktplatz.¹⁷⁶

2. Vorbereitung auf die Zukunft: Von der Lateinschule zum Staatskonkurs

Passend zur bürgerlichen Lebensplanung war zu diesem Zeitpunkt freilich auch bereits absehbar, dass die Jahre in Gunzenhausen nun bald zu Ende gehen würden: Bei Bezirksamtsassessor Kahr stand nämlich nicht nur der nächste Karriereschritt an, er reichte ab 1868 auch mehrere Versetzungsgesuche in eine größere Stadt ein, um dem Sohn „vollständigere Schulen“ bieten zu können.¹⁷⁷ Trotz eher mittelmäßiger Leistungen auf der Volksschule stand somit offenbar von Anfang an außer Frage, dass Gustav einmal das Gymnasium besuchen und einen ähnlichen Weg wie Vater und Großvater einschlagen sollte. Die Eltern finanzierten deshalb auch wöchentliche Privatstunden beim örtlichen Lehrer Matthäus, während „Konrektor Haubenstricker“ dem Jungen erste Grundkenntnisse im Lateinischen vermittelte.¹⁷⁸

¹⁷³ Fahrten nach Nürnberg oder Pappenheim: Kahr, Mein Lebenslauf (1933), pag. 24.

¹⁷⁴ Kahr-Erinnerungen, pag. 65; vgl. die Photos in: Kahr, Mein Lebenslauf (1933), pag. 33.

¹⁷⁵ Vgl. Kahr-Erinnerungen, pag. 22-26 sowie die Schilderung einer persönlichen Unterredung im Jahr 1905, als Kahr seinem Vater riet, angesichts seiner angegriffenen Gesundheit um die Pensionierung als Präsident des Verwaltungsgerichtshofes nachzusuchen: „Als er einmal mir gegenüber dieses bedrückende Schweigen brach, redete ich ihm, soweit dies meine Ehrerbietung zuließ, recht von Herzen zu, sich endlich einige Ruhe zu gönnen [...]; er solle seine Gesundheit schonen u. sich uns erhalten.“ (Niederschrift zum Tod Gustav von Kahr sen.; Privatnachlass Kahr, Persönliche Schriften).

¹⁷⁶ Kahr-Erinnerungen, pag. 63.

¹⁷⁷ Kahr sen. reichte zwischen 1868 und 1873 insgesamt fünf Gesuche um Versetzung bzw. Beförderung zum Regierungsassessor im Innenministerium ein (Gesuche vom 31.8.1868, 21.11.1869, 20.12.1871, 17.5.1872, 13.3.1873; MInn 36 667); dabei weisen die letzten drei Schreiben sämtlich auf die Schulsituation der beiden älteren Kinder hin.

¹⁷⁸ Kahr, Mein Lebenslauf (1919), pag. 9v; Elise Fischer, Erinnerungen aus meinen Kindertagen, pag. 37 (Privatnachlass Kahr, Persönliche Schriften).

Der Weg war also bereitet, als die mit zunehmender Ungeduld erwartete Nachricht endlich eintraf, die den Familienvater im April 1873 zum Regierungsassessor beförderte und an die Regierung von Niederbayern versetzte; er übernahm dort u. a. das Referat für die Gesundheitspolizei.¹⁷⁹ Der elfeinhalbjährige Gustav besuchte ab sofort die erste Lateinklasse am Gymnasium Landshut, d. h. trat erstmals aus dem engeren Kreis der Familie und der Nachbarskinder heraus, um an einer höheren Lehranstalt die ersten Grundsteine für den von den Eltern gewünschten Werdegang zu legen. Im Rückblick betrachtet, begann für Kahr damit der Weg durch die Institutionen, die als klassische Instanzen der bildungsbürgerlichen Sozialisation gelten können – das Gymnasium ging hierbei dem Einjährig-Freiwilligendienst, der Universität und der Ausbildung in einem angesehenen Beruf voraus.

2.1 Höhere Bildung im 19. Jahrhundert

Der weitere Werdegang Kahrs lässt sich jetzt also erstmals auch aus einer institutionellen Perspektive, d. h. unabhängiger vom bisher exklusiven Fokus auf das Privat- und Familienleben, betrachten. Es ist daher sinnvoll, sich zunächst in einem Überblick zu vergewissern, wodurch sich die höheren Bildungseinrichtungen im 19. Jahrhundert eigentlich auszeichneten. Wirft man diese Frage auf, führt eine Suche nach gemeinsamen Kennzeichen wohl rasch zum Merkmal soziale Exklusivität, der häufig betonten Kehrseite des bürgerlichen Ideals der Chancengleichheit. Ein Blick auf Klassenlisten und Immatrikulationsverzeichnisse zeigt dann auch schnell, dass diese intuitive Diagnose in der Tendenz durchgehend zutrifft, d. h. an bayerischen Gymnasien und Universitäten waren die Söhne der gesellschaftlichen Elite stark überproportional vertreten; deutlich über 90 % der Kinder gingen hingegen nur sechs oder sieben Jahre auf die Volksschule.¹⁸⁰ Die getroffene Feststellung ist allerdings nicht mit völliger Abgeschlossenheit zu verwechseln, vielmehr konnte man einige Jungen aus bescheidenerem Elternhaus in praktisch jeder Gymnasialklasse finden: Bei entsprechendem Talent und Fleiß war es also durchaus möglich, das bekannte Motto „Freie Bahn dem Tüchtigen“ in die Tat umzusetzen.¹⁸¹

Bestätigten somit in dieser Hinsicht die gar nicht so seltenen Ausnahmen die Regel, wird hingegen gern ein Charakteristikum übersehen, das die Erziehung der künftigen Bildungselite tatsächlich ohne Ausnahme kennzeichnete – die Ausbildung in homogenen

¹⁷⁹ Zink, Kahr, 58.

¹⁸⁰ Irmgard Bock, Gesamtdarstellung, in: Liedtke (Hg.), Handbuch, 395-463, hier: 412 f.

¹⁸¹ Siehe die Klassenkameraden Kahrs in München in Anm. 199.

Alterskohorten.¹⁸² Denn arbeitete der Lehrling in der Landwirtschaft oder im Handwerk ganz selbstverständlich mit allen anderen Betriebsangehörigen zusammen, lernten Gymnasiasten und Studenten bis zum Universitätsabschluss durchgängig mit Gleichaltrigen. Modern gesprochen dauerte die Etappe der Jugend und des Erwachsenwerdens bei angehenden Akademikern somit deutlich länger als bei Dachdeckern, Schustern oder Viehzüchtern. Das ist auch nicht besonders verwunderlich: Wenn nämlich Bildung und selbständiges Urteilsvermögen als die Grundlage jeder bürgerlichen Existenz galten, kam der Jugend als Phase des Lernens auch besondere Bedeutung zu – und das auch schon vor der eigentlichen „Entdeckung“ dieses Lebensabschnitts in der Jugendbewegung.¹⁸³ Das institutionalisierte Lernen in homogenen Altersgruppen bedeutete deshalb eine kalkulierte Investition in die eigene Zukunft und verweist auf zentrale Elemente des bürgerlichen Lebensentwurfs: Gymnasium, privilegierter Militärdienst und Universität verkörperten in diesem Sinne geradezu das Leistungsprinzip und den damit verbundenen Glauben an die eigene Aufstiegsmöglichkeit, räumten gemäß dem Ideal der selbstbestimmten Wahl¹⁸⁴ jedoch auch mehr Zeit ein, um die zentralen Weichenstellungen im Leben bewusst vorzunehmen. So hatte man bis in die Oberprima Zeit, einen den eigenen Neigungen und Fähigkeiten entsprechenden Studiengang auszuwählen, konnte dort wiederum über mehrere Semester Anschluss an einen akademischen Lehrer suchen, ehe dann die Wahl eines Berufs anstand, der meist wiederum mehrere Möglichkeiten zur Spezialisierung offenhielt: Das galt für Anwälte, Ärzte, Beamte, Wissenschaftler oder Architekten, lediglich bei Geistlichen war der Weg ins Pfarrhaus weitgehend vorgezeichnet.

Höhere Lehranstalten bereiteten also vor allem auf Berufsfelder vor, die für die Produktion immaterieller Güter – Gemeinwohl, Wissen, Gesundheit, Sicherheit, Sinn, Gerechtigkeit, Schönheit – standen und somit ebenfalls zur Stabilisierung des sog. bürgerlichen Wertehimmels beitrugen, deren zentrale Fixsterne Sinnstiftung durch Arbeit, Persönlichkeitsentwicklung durch Bildung sowie Selbstbestimmung in Eigenverantwortung lauteten.¹⁸⁵ Im Laufe des 19. Jahrhunderts gesellten sich zu diesem

¹⁸² Martin Doerry, *Übergangsmenschen. Die Mentalität der Wilhelminer und die Krise des Kaiserreichs*, Weinheim / München 1986, 104 f.

¹⁸³ Vgl. Silke Möller, *Studienzeit als prägende Lebensphase. Organisierte und nicht organisierte Studenten im Kaiserreich*, in: Harm-Hinrich Brandt (Hg.), *„Der Burschen Herrlichkeit“*. Geschichte und Gegenwart des studentischen Korporationswesens (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Würzburgs 8), Würzburg 1998, 405-420, hier: 409.

¹⁸⁴ Budde betont eine geplante und selbstständig durchdachte Lebensführung als zentrale Facette der bürgerlichen Kultur (Budde, *Blütezeit des Bürgertums*, 13 f.)

¹⁸⁵ Manfred Hettling - Stefan Ludwig Hoffmann, *Der bürgerliche Wertehimmel. Zum Problem individueller Lebensführung im 19. Jahrhundert*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 23 (1997), 333-359; vgl. auch die

charakteristischen Dreiklang noch ein zunehmend staatsbezogener Nationalismus, für den die vorgestellten Institutionen ebenfalls eine hervorragende Projektionsfläche abgaben: Lag dies beim Militär ohnehin auf der Hand, konnte sich auch das neuhumanistische Gymnasium¹⁸⁶ sowie die nach Humboldt'schen Modell reformierte Universität¹⁸⁷ auf eine spezifisch deutsche Bildungstradition berufen, die durchaus als Wegbereiter der gerade erst erfolgten Reichseinigung verstanden wurde; hierzu passte auch die verbreitete Praxis des Studiums an mehreren Universitäten oder die großdeutschen Kartelle der Studentenverbindungen.¹⁸⁸

2.2 Zuerst eine Last, dann eine Freude: Auf dem humanistischen Gymnasium

Konnten die höheren Bildungseinrichtungen also stets auf einen reichen Fundus kultureller, sozialer und politischer Legitimation bauen, der das eigene Prestige scheinbar außer Zweifel stellte, ahnten die Kinder, die mit zehn oder elf Jahren ins Gymnasium eintraten, zunächst wenig bis nichts von diesen Zusammenhängen. Aus ihrer Sicht kündete sich der Beginn eines neuen Lebensabschnitts vielmehr mit einer ganz praktischen und ziemlich anstrengenden Veränderung des Schulalltags an: Denn der Stundenplan machte der Bezeichnung Lateinschule, dem offiziellen Namen der ersten fünf Klassen des Gymnasiums, nun sogleich alle Ehre und verordnete den Buben ab sofort bis zu drei Unterrichtseinheiten Latein am Tag; in der zweiten und dritten Klasse waren sogar zehn von 25 Wochenstunden für dieses Fach reserviert. Dabei ging es nicht nur darum, die europäische Muttersprache lesen zu lernen, auch Übersetzungen vom Deutschen ins Lateinische und das Auswendiglernen römischer Lyrik standen auf dem Programm.¹⁸⁹ Die Prioritäten waren insoweit klar gesetzt und wurden ab der vierten Klasse mit sechs Wochenstunden Altgriechisch auch noch einmal deutlich unterstrichen: Laut der 1874, d. h. ein Jahr nach Kahrs Übertritt ins Gymnasium in Kraft getretenen Schulordnung sollte eben gerade das „Studium der Sprachen und der Literatur des

überblicksartige Charakterisierung des Bildungsbürgertums bei Michael Schäfer, *Geschichte des Bürgertums*, Köln / Weimar / Wien 2009, 92-105.

¹⁸⁶ Manfred Fuhrmann, *Latein und Europa: Geschichte des gelehrten Unterrichts in Deutschland. Von Karl dem Großen bis Wilhelm II.*, Köln 2001, 113-215 (Kapitel „Das humanistische Gymnasium des 19. Jahrhunderts“).

¹⁸⁷ Johan Östling, *Humboldt and the Modern German University. An Intellectual History*, Lund 2018; Notker Hammerstein, *Aufbruch in Reformen. Tradition und Innovation zu Beginn des 19. Jahrhunderts: Die Universität in Staat und Gesellschaft*, in: Rüdiger vom Bruch (Hg.), *Die Berliner Universität im Kontext der deutschen Universitätslandschaft nach 1800, um 1860 und um 1910* (Schriften des Historischen Kollegs), Berlin / Boston 2016, 3-20.

¹⁸⁸ Siehe S. 76 f. und 80.

¹⁸⁹ Verordnung vom 20.8.1874, die Schulordnung für die Studienanstalten im Königreiche Bayern betr., in: *GVBl. 1874*, 467-504, hier: 472 (Tabelle) und 473-484 (Inhalte).

classischen Alterthums“ die „religiös-sittliche Tüchtigkeit“ der Schüler fördern und sie gleichzeitig Schritt für Schritt auf ein späteres Studium vorbereiten.¹⁹⁰ Demgegenüber spielten die sog. deutschkundlichen Fächer, also neben Deutsch vor allem Geschichte und Geographie, noch eine vergleichsweise untergeordnete Rolle, während für „Arithmetik, Mathematik und Physik“ gar nur drei Stunden in der Woche vorgesehen waren – also in den ersten Klassen genauso viel Zeit wie für die eigenständige Disziplin Kalligraphie. Zwar wurde die Kritik an der Vernachlässigung sog. realistischer Fächer zunehmend lauter, gerade in Bayern lag die Hoheit über die Gestaltung der Lehrpläne jedoch noch fest in den Händen der Anhänger des klassischen Bildungsideals, die einen primär philologischen und geisteswissenschaftlich definierten Bildungsbegriff hochhielten.¹⁹¹

Kahr und seine Mitschüler lasen deshalb bereits in der dritten Klasse erste Stücke aus Cornelius Nepos und „De bello Gallico“, gerade der junge Gustav tat sich jedoch mit diesem Stoff zunächst recht schwer. Die Zensuren, die bereits in Gunzenhausen meist durchschnittlich ausgefallen waren, bewegten sich jetzt auch in Landshut auf insgesamt mäßigen Niveau, lediglich die Leistungen in Religionslehre und der wenig angesehenen Mathematik ließen nichts zu wünschen übrig.¹⁹² Über die Gründe lässt sich letztlich nur spekulieren, im Rückblick räumt Kahr freilich selbstkritisch ein, ihm habe es zu dieser Zeit einfach noch an Ehrgeiz und Fleiß gemangelt. Wozu sollte man auch in der stickigen Kammer büffeln, wenn draußen das Stadtleben und die weiten Isarauen warteten?¹⁹³

Der häufig beschworene „Wandel vom Lausejungen zum Musterschüler“¹⁹⁴ kam deshalb erst in Gang, als Kahr sen. 1877 ins Innenministerium nach München versetzt wurde¹⁹⁵ und sein Sohn an das örtliche Maximiliansgymnasium wechselte, wo die Lehrer den neuen Schüler ganz nüchtern bewerteten und für akut versetzungsgefährdet befanden. Die Reaktion des beunruhigten Elternhauses dürfte recht harsch ausgefallen sein, Kahr hatte in dieser Situation jedoch offenbar auch das Glück, auf einen Klassenlehrer zu treffen, der einen Weg fand, die Begeisterung seines verunsicherten Schülers für die bisher wenig

¹⁹⁰ Ebd., 470 (§ 2).

¹⁹¹ Hans-Christof Kraus, Kultur, Bildung und Wissenschaft im 19. Jahrhundert (Enzyklopädie deutscher Geschichte 82), München 2008, 43.

¹⁹² Jahres-Bericht über die Königliche Studien-Anstalt Landshut für das Schuljahr 1873/74, Landshut 1874, 18 - Kahr nahm demnach in der ersten Lateinklasse nur den 46. Platz von 55 Schülern ein. Vgl. auch die Bemerkung im Schreiben Kahrs an Stegemann vom 31.7.1929 (Bundesarchiv Koblenz, NL Stegemann N 1353/12): „Zwei Wochen später verbrachte ich frohe Zeit in der prächtigen, von der schönsten deutschen Burg überragten Herzogstadt Landshut bei der Dreihundertjahr-Feier des dortigen Gymnasiums, dessen 4 Lateinklassen ich in den 70er Jahren mit mäßigem Erfolg besuchte“.

¹⁹³ Kahr-Erinnerungen, pag. 69. Vgl. die Edition der Erinnerungen Kahrs an seine Landshuter Zeit: Walter Pöschl (Hg.), Kindheit und Jugend in Landshut. Autobiographische Zeugnisse, Straubing 2006, 44-48.

¹⁹⁴ Budde, Auf dem Weg ins Bürgerleben, 206.

¹⁹⁵ Zink, Kahr, 59.

geliebten Fächer nachhaltig zu wecken. Darf man den Memoiren an dieser Stelle glauben, sah man den Sekundaner Gustav Kahr jetzt plötzlich in seiner Freizeit in lateinische und griechische Klassiker vertieft, wobei auch eifrig Sammlungen charakteristischer Zitate angelegt wurden.¹⁹⁶ Die Zensuren gingen fortan jedenfalls spürbar nach oben, die Überwindung dieser zwischenzeitlichen Krise, d. h. die Übernahme von Verantwortung in eigener Sache, ist dabei auch als wichtiger Schritt in der Persönlichkeitsentwicklung zu werten.

Fokussiert man sich auf diesen Aspekt, spielte das Heranwachsen in einem neuen schulischen und sozialen Umfeld jedoch eine mindestens ebenso große Rolle: So war das Max-Gymnasium in der Ludwigstraße zwar nur wenige hundert Meter von der elterlichen Wohnung entfernt¹⁹⁷, die Lehrer und vor allem die Mitschüler erschlossen dem Beamtensohn trotzdem schnell die vielfältigen Lebenswelten einer wachsenden Großstadt: Hatte in diesem Sinne bereits die Lateinschulklasse in Landshut, in der der protestantische Pfarrerssenkel auf 43 Katholiken und nur drei Glaubensgenossen traf¹⁹⁸, entsprechende Anregungen geboten, konnten die neuen Mitschüler jetzt von der Arbeit ihrer Väter als Regisseur am Gärtnerplatztheater, als königlicher Kammerherr oder als Universitätsprofessor berichten; doch auch der Sohn eines Tagelöhners hatte es in die Untersekunda des Jahres 1877 geschafft.¹⁹⁹ Die Einrichtung bot sogar einen eigenen Religionsunterricht für die „israelitischen Schüler“ an, der für die oberen Jahrgangsstufen vom örtlichen Rabbiner Dr. Joseph Perles gestaltet wurde und den auch drei Klassenkameraden besuchten.²⁰⁰ Das allgemein als „Max“ bezeichnete Gymnasium erwies sich somit als das ideale Umfeld, um sich rasch an das Leben in der Haupt- und Residenzstadt zu gewöhnen und auch einen gewissen Abstand zum eingespielten Familienalltag im Elternhaus zu gewinnen. Kahr fand dann auch bald Freunde, mit denen er nach Aufführungen im Nationaltheater den Schauspielerinnen auf der Straße ein

¹⁹⁶ Kahr-Erinnerungen, pag. 70 f. Tatsächlich liegt im Privatnachlass Kahr ein Notizbuch mit zahlreichen, häufig stenographierten Klassikerzitaten vor, das jedoch – der gereiften Handschrift nach zu urteilen – erst deutlich später entstanden sein dürfte.

¹⁹⁷ Das Maximiliansgymnasium befand sich zu dieser Zeit im sog. Damenstiftsgebäude in der Ludwigstraße (Winfried Bauer (Hg.), Chronik. 150 Jahre Maximiliansgymnasium 1849-1999, München 1999, 16), Familie Kahr wohnte ab 1877 ganz in der Nähe des Odeonsplatzes direkt beim Innenministerium (Jägerstraße 8; Adreßbuch von München für das Jahr 1878, hg. von der kgl. Polizei-Direktion, München 1878, 152).

¹⁹⁸ Angaben mit Konfession: Jahres-Bericht über die Königliche Studien-Anstalt Landshut für das Schuljahr 1874/75, Landshut 1875, 18 f.

¹⁹⁹ Jahres-Bericht über das Kgl. Maximilians-Gymnasium in München im Jahre 1877/78, hg. vom Maximiliansgymnasium München, München 1878, 23 f.

²⁰⁰ Ebd., 6 f. Bauer, Maximiliansgymnasium zählt im Schuljahr 1875/76 insgesamt 276 katholische, 156 protestantische, 21 altkatholische und 44 jüdische Schüler am Gymnasium.

Ständchen darbrachte oder den selten in München anwesenden König bei seinen Ein- und Ausfahrten am Tor der Residenz erwartete.²⁰¹

Soweit es aus heutiger Sicht zu beurteilen ist, verlebte Kahr also eine ereignisreiche und durchaus glückliche Jugend, zumal auch sein Vater im Ministerium rasch befördert wurde und Bekanntschaft mit einflussreichen Kollegen schloss; so war etwa der in ganz München bekannte Max von Pettenkofer häufiger Gast der Familie.²⁰² Im letzten Schuljahr, der sog. Oberprima, kam schließlich der Zeitpunkt für die wegweisenden Entscheidungen: Dabei spielte der nun 18jährige Kahr zunächst ernsthaft mit dem Gedanken, Medizin und Naturwissenschaften zu studieren, eine Karriere als Forscher erschien den Eltern jedoch zu unsicher, weshalb er „schweren Herzens“ davon Abstand nahm.²⁰³ Die Wahl fiel stattdessen auf das Metier des Vaters, die Jurisprudenz²⁰⁴, zuvor stand freilich noch die „Absolutorialprüfung“ im Juli 1881 an: Ein Abiturzeugnis ist nicht überliefert, allerdings finden sich im Abgangs-Zeugnis der Universität die ohne eigene Benennung aufgereihten Zensuren I-II-I-II-II-II²⁰⁵, Kahr erzielte also durchweg gute und sehr gute Ergebnisse, eine präzise berechnete Gesamt-Schlussnote wurde damals noch nicht vergeben. Die Schüler mussten sich in sechs Disziplinen schriftlichen und mündlichen Prüfungen unterziehen, konkret Übersetzungen ins Lateinische, Griechische und Französische anfertigen, einen deutschen Aufsatz verfassen, „Fragen aus der Geschichte“ beantworten und mathematisch-physikalische Aufgaben lösen; dabei bildete der schriftliche Teil den Auftakt, während beim mündlichen Examen auch ein „Kommissar“ des Kultusministeriums anwesend war.²⁰⁶ Als verdiente Belohnung für die geleisteten Mühen machte sich der frisch gebackene Absolvent Kahr danach mit seinem engsten Schulfreund Carl Horn zu einer privaten Abiturfahrt in die Schweiz auf, wobei

²⁰¹ Kahr-Erinnerungen, pag. 76, 129.

²⁰² Kahr-Erinnerungen, pag. 26. Gustav von Kahr sen. war Ministerialreferent für Gesundheitspolizei, die Bekanntschaft mit Pettenkofer ist also nicht ungewöhnlich; der berühmte Hygieniker schlug offenbar auch die Auszeichnung Kahr sen. mit dem medizinischen Ehrendoktor vor (Kahr-Erinnerungen, pag. 1204).

²⁰³ So Kahr-Erinnerungen, pag. 81: „Mein Wunsch war Medizin und Naturwissenschaft zu studieren, um später Forschungsreisen in überseeische Länder zu unternehmen. Da meinen lieben Eltern diese Absicht ihres einzigen Sohnes stille Sorgen machte, gab ich sie schweren Herzens auf und betrat die Laufbahn meines Vaters. Es geschah' dies', ich gestehe es offen, nicht mit reiner Freude.“

²⁰⁴ Die Studienwahl der Abiturienten wurde im Jahresbericht des Gymnasiums eigens vermerkt: Jahresbericht über das Kgl. Maximilians-Gymnasium in München im Jahre 1880/81, hg. vom Maximiliansgymnasium München, München 1881, 46.

²⁰⁵ Vgl. „Schluss-Zeugnis für den Kandidaten der Rechte Herrn Gustav Kahr aus München vom 4. Juni 1885“ (Privatnachlass Kahr, Dokumente).

²⁰⁶ Verordnung vom 20.8.1874, die Schulordnung für die Studienanstalten im Königreiche Bayern betr., in: GVBl. 1874, 467-504, hier: 489-494.

ein Großteil der Reise aus langen Wanderungen bestand, die viele Einblicke in Natur und Kultur des Nachbarlandes gewährten.²⁰⁷

2.3 Im Militär: Vom Einjährig-Freiwilligen zum Reserveoffizier

Auf diesen unbeschwerten und in bester Erinnerung gebliebenen Abitur-Sommer folgte dann die Immatrikulation an der Münchener Universität²⁰⁸, dies kam jedoch zunächst eher einem formalen Akt gleich, da Kahr sich wie die meisten seiner Altersgenossen entschied, direkt im ersten Studienjahr den Militärdienst zu absolvieren. Dabei ließ er nie Zweifel aufkommen, dass er gerne gedient hatte und mit Stolz auf seine Zeit in der Armee zurückblickte²⁰⁹: Zwar wird das Einrücken in die Kaserne auch bei ihm zunächst gemischte Gefühle ausgelöst haben, gleichzeitig gab es jedoch auch gute Gründe, den Dienst an der Waffe nicht nur als lästige Pflicht zu betrachten. Immerhin war das Prestige des lange ob seiner (innen-)politischen Rolle wenig geliebten Militärs seit den sog. Einigungskriegen stark gestiegen, weshalb jetzt auch ein Großteil der früher skeptischen Bürger bereit war, eine neue Haltung zur bewaffneten Macht einzunehmen. Orientiert am – siegreichen – preußischen Beispiel gewann jetzt also eine Sichtweise an Boden, die die Armee als „Schule der Nation“ begriff und es zur gesellschaftlichen Norm erhob, dem Militär und seinen Angehörigen besondere Achtung entgegenzubringen.²¹⁰

Dabei wurde der sozialen Elite die Übernahme dieses Diskurses noch zusätzlich erleichtert, da ab 1868 auch in Bayern eine besondere Form des Militärdienstes für junge Männer mit höherer Schulbildung eingeführt wurde, das sog. Einjährig-Freiwilligen-Jahr.²¹¹ Es stand allen offen, die gewisse formale Voraussetzungen, wie etwa den erfolgreichen Besuch der ersten Gymnasialklasse, erfüllen konnten und gewährte den so

²⁰⁷ Kahr erwähnte diese Reise sogar eigens im 1933 erstellten Album, vgl. Kahr, Mein Lebenslauf (1933), pag. 8 (Privatnachlass Kahr).

²⁰⁸ Hierzu existiert kein Dokument, aber folgende präzise Angabe: „An der Kgl. Ludwig-Maximilians Universität wurde ich am 29. Okt. 1881 unter rector magnificus Schegg als akadem. Bürger aufgenommen und verpflichtet.“ (Mein Lebenslauf (1933), pag. 8)

²⁰⁹ Vgl. etwa Kahr-Erinnerungen, pag. 74: „Unserem vortrefflichen Instruktionsoffizier, Premierleutnant Schieder, Tapferkeitsleutnant von 1870/71 danke ich, daß er mich durch harte militärische Schule zu Willensstärke, Ausdauer, zum Befehlen und Gehorchen, zu soldatischem Ehrgefühl und Mannesstolz erzogen hat. Ich konnte noch Ende der 20er Jahre dem ins Greisenalter gekommenen hochverehrten Lehrer wiederholt meine Dankbarkeit erweisen.“ Vgl. die Einordnung bei Becker, Bürgerliche Lebenswelt, 97-103.

²¹⁰ Ralf Pröve, Militär, Staat, Gesellschaft im 19. Jahrhundert (Enzyklopädie deutscher Geschichte 77), München 2006, 26 f.

²¹¹ Achim Fuchs, Einführung in die Geschichte der Bayerischen Armee, München 2014, 90. Hierzu allgemein: Lothar Mertens, Das Einjährig-Freiwilligen-Privileg. Der Militärdienst im Zeitgeist des deutschen Kaiserreiches, in: Zeitschrift für Religions- und Geistesgeschichte 42 (1990), 316-329; Carola Groppe, Im deutschen Kaiserreich. Eine Bildungsgeschichte des Bürgertums 1871-1918, Wien / Köln / Weimar 2018, 371-438.

Ausgewählten bedeutende Privilegien: Sie mussten, wie der Name schon deutlich macht, nur ein statt drei Jahre aktiven Dienst leisten, konnten die Waffengattung und sogar den Truppenteil frei wählen und genossen nach einer sechswöchigen Grundausbildung auch Erleichterungen im täglichen Garnisonsdienst: So bestand für „Einjährige“ keine Wohnpflicht in der Kaserne, sie waren außerdem von reinen Routinetätigkeiten wie etwa Wachdienst weitgehend befreit. Man ging also davon aus, dass ein junger Mann von Bildung aufgrund seiner höheren Reife und Einsicht viel schneller in der Lage sei, alle Facetten des Soldatenberufes zu erlernen und eröffnete deshalb auch raschere Beförderungsmöglichkeiten: Einjährig-Freiwillige, die sich gut führten, konnten schon nach sechs Monaten vom gemeinen Soldaten zum Gefreiten aufsteigen und erhielten vor ihrer Entlassung das Avancement zum Unteroffizier; sie hatten damit bereits Befehlsgewalt über reguläre Wehrdienstleistende.²¹² Am verlockendsten war allerdings ohne Zweifel die Aussicht auf eine Beförderung zum Reserveoffizier²¹³, wozu nach dem Übertritt in die Landwehr noch zwei achtwöchige Übungen absolviert werden mussten, ehe man bei entsprechender Befähigung das begehrte Leutnantspatent erhielt. Voraussetzung für all dies war allerdings das Überspringen einer wirtschaftlichen Schranke: Bei allen Vorzügen mussten die Freiwilligen nämlich sämtliche Kosten für die eigene Ausrüstung und Verpflegung selbst tragen, was einer monatlichen Summe von mindestens 400 Mark²¹⁴ entsprach, je nach Truppengattung (z. B. Kavallerie) auch deutlich mehr. In der Praxis hatten die eintretenden Einjährigen also eine entsprechende Unterstützungserklärung des Vaters bzw. des Vormunds vorzulegen, gerade deshalb kann man diese Hürde freilich auch als weiteres Distinktionsmerkmal begreifen, das den besonderen Status der bereits Privilegierten nochmals unterstrich.

Gustav Kahr hatte jedenfalls keine Schwierigkeiten, die notwendige Bestätigung²¹⁵ beizubringen und entschied sich im Oktober 1881 für die Ableistung des Einjährigen im 2. Infanterie-Regiment „Kronprinz“. Die Motive für diese Wahl müssen angesichts fehlender Äußerungen letztlich Spekulation bleiben, eine naheliegende Erklärung ist jedoch die Stationierung in München, d. h. die Möglichkeit, nach Dienstschluss bei den Eltern zu übernachten. Als denkbarer Grund kommt außerdem der Wunsch in Frage, den

²¹² Carl Theodor Müller - Theodor von Zwehl, Handbuch für den Einjährig-Freiwilligen, den Unteroffizier, Officers-Adspiranten und Officier des Beurlaubtenstandes der kgl. bayerischen Infanterie, München 1879, 6-9.

²¹³ Ute Frevert, Die kasernierte Nation. Militärdienst und Zivilgesellschaft in Deutschland, München 2001, 209.

²¹⁴ Ebd., 210.

²¹⁵ Vgl. den am 28.10.1882 ausgefüllten Fragebogen für Studierende im Offizierspersonalakt Kahr (OP 10 899), Antwort auf Frage 9: „Meine Eltern sind in der Lage, mir ein standesgemäßes Leben zu ermöglichen.“

Wehrdienst in einem besonders traditionsreichen Verband der bayerischen Armee abzuleisten, der mit dem 2. Inf. Rgt. auf jeden Fall erfüllt werden konnte: Die Einheit bzw. ihre historischen Vorläufer wurde nämlich bereits zwei Jahre nach Begründung der bayerischen Armee als stehendes Heer erstmals gebildet, weshalb im Frühjahr 1882 auch die 300-Jahrfeier des Regiments anstand.²¹⁶

Sieht man von diesem festlichen Jubiläum ab, wie verlief nun das Dienstjahr des jungen Soldaten Gustav Kahr? Am Anfang stand der Fahneneid auf König und Vaterland, der abgelegt wurde, nachdem die Einjährig-Freiwilligen eine Belehrung über ihre „Rechte und Verbindlichkeiten“ erhalten hatten. Den Inhalt dieser Ansprache kann man sich heute noch in wesentlichen Zügen vergegenwärtigen, da gerade zwei Leutnante des 2. Inf. Rgt. das dafür maßgebliche Lehrbuch²¹⁷ verfasst und 1879 veröffentlicht hatten: Demnach sollten sich die Einjährig-Freiwilligen den ihnen gewährten Privilegien würdig erweisen und von Anfang an alle Eigenschaften an den Tag legen, die von einem zukünftigen Offizier erwartet werden konnten – neben den allgemeinen Pflichten jedes Soldaten gehörten hierzu etwa Charakterfestigkeit, „nie wankendes Pflichtgefühl“, ein ausgebildetes „Bewußtsein des Ehrenhaften“ und der innere Drang, sich in kritischen Situationen zu bewähren.

Der erste Teil der Ausbildung galt daher vor allem der Abhärtung und Disziplinierung der Rekruten, was mit schroffem Befehlstone, intensiver körperlicher Anstrengung, aber auch vorläufiger Kasernierung mit den Mannschaften erreicht werden sollte. Kahr behielt diese schwierige Zeit durchaus in unguter Erinnerung²¹⁸, fand sich danach jedoch immer besser zurecht. Erst einmal in die gesonderte Ausbildung für Einjährige aufgenommen, wusste er seine Vorgesetzten bald von sich zu überzeugen und verdiente sich neben positiven Qualifikationsberichten auch die Auszeichnung als bester Schütze des

²¹⁶ Karl Staudinger, Das Königlich-Bayerische 2. Infanterieregiment „Kronprinz“ 1682 bis 1882, 2 Bde., München 1885 / 1887.

²¹⁷ Die Ausführungen in Müller - von Zwehl, Handbuch, 17 bieten einen entsprechenden Eindruck: „Lust und Liebe zum Militärstande, der größte Eifer, andauernder Fleiß, Unverdrossenheit, fester Charakter, williger Gehorsam, nie wankendes Pflichtgefühl, das Bewußtsein des Ehrenhaften des militärischen Berufes, das Streben, die Achtung und Zufriedenheit seiner Vorgesetzten zu erwerben, Stolz, Ehrgefühl, ja Ehrgeiz – nur solche Eigenschaften und Tugenden befähigen allein, die den Einjährig-Freiwilligen gestellten Aufgaben zu erfüllen. Fern sei von ihm alle Trägheit und Schlaffheit; er schäme sich der Bequemlichkeit und Verweichlichung, wie der übergroßen Empfindlichkeit. Man erwartet von der Bildung des Einjährig-Freiwilligen, daß sie ihm die Einsicht und Überzeugung gibt von der hohen Bedeutung der Armee.“

²¹⁸ Kahr-Erinnerungen, pag. 74: „Bei der acht Wochen dauernden Kasernierung hatte ich meine Schlafstätte mitten unter der Mannschaft. Da trat ich zum erstenmal der rauhen Wirklichkeit des Lebens und der gemeinen Deutlichkeit der Dinge bitter nahe. Meine jugendlichen Ideale wurden durch die Erzählungen der Mannschaft über ihre abendlichen Ausgangserlebnisse aus den sonnigen Höhen gestürzt. [...] Ich selbst ging durch eine sehr strenge, aber sehr lehrreiche militärische Zucht. Das mir zuhause anerzogene Pflichtgefühl half mir über das Schwere dieser Zeiten hinweg.“

Regiments.²¹⁹ Die Beförderungen zum Gefreiten sowie zum Unteroffizier waren damit reine Formsache, im zweiten Halbjahr erhielt Kahr außerdem erste Führungsaufgaben im Feld- und Garnisonsdienst übertragen.²²⁰ Die erworbene Position brachte außerdem mehr zeitliche und persönliche Freiheiten mit sich, was den Besuch der ersten zwei Universitätsvorlesungen im Sommersemester 1882²²¹ ermöglichte. Zum Ende der aktiven Dienstzeit stand schließlich die entscheidende Aufnahmeprüfung in den Kreis der Offiziers-Aspiranten an, die neben einem schriftlichen und mündlichen Teil auch ein praktisches Examen beinhaltete: Der frisch gebackene Unteroffizier stellte hierbei die gelernten Fähigkeiten unter Beweis, indem er einen Zug beim Exerzieren und bei einer Gefechtsübung kommandierte.²²²

Mit dem ausgestellten Befähigungsnachweis in der Tasche, kehrte Kahr ins zivile Leben zurück, die Entscheidung, sich zum Reserveoffizier ausbilden zu lassen, stand freilich bereits fest: Die persönliche Bindung zum Militär und zur eigenen Einheit blieb also erhalten, zumal beide Qualifikationsübungen besondere Erlebnisse bereithielten, die Kahr noch Mitte der zwanziger Jahre stolz erzählte. So konnte er im Sommer 1883 jedem die eigene Zähigkeit und Abhärtung beweisen, als er sich trotz erheblicher Übelkeit nicht abhalten ließ, in ein mehrwöchiges Manöver abzurücken und damit – zumindest in der eigenen Darstellung – die Achtung der gesamten Einheit erwarb.²²³ Die zweite Einberufung folgte im Juni 1886, Kahr tat mithin genau dann in München Dienst, als die Öffentlichkeit durch die Absetzung und den Tod Ludwig II. in Aufregung versetzt wurde: Für die Truppen galt daher erhöhte Einsatzbereitschaft, das Regiment kommandierte den jungen Leutnant hierbei zur Sicherung der Michaelskirche beim Eintreffen des Sarges ab.²²⁴ Kahr konnte sich also erneut auszeichnen, nachdem er erst wenige Monate zuvor

²¹⁹ So etwa in der am Ende des aktiven Dienstes ausgestellten, sog. Überweisungs-Nationale, o.Dat. (OP 10 899): „Hat sich gut geführt. Intelligent und gewandt, fleißig, verwendbar“.

Kahr entwickelte in seiner Militärzeit außerdem einen Entfernungsmesser für das Gewehr, vgl. NL Kahr 13 und Kahr-Erinnerungen, pag. 80 f.

²²⁰ Kahr-Erinnerungen, pag. 74.

²²¹ Vgl. die im Anhang des „Schluss-Zeugnisses für den Kandidaten der Rechte Gustav Kahr“ (Privatnachlass Kahr, Dokumente) beigegebene „Verzeichnis der besuchten juristischen Vorlesungen“: Demnach hörte Kahr im Sommersemester 1882 Vorlesungen zu den Themen „Deutsche Reichs- und Rechtsgeschichte“ sowie „Finanzwissenschaft“.

²²² Müller - von Zwehl, Handbuch, 8 f.

²²³ Kahr-Erinnerungen, pag. 74-76.

²²⁴ Kahr-Erinnerungen, pag. 76 f. vgl. den Qualifikationsbericht von Major Abel vom 1.1.1887 (OP 10 899): „Derselbe hat sich bei dem k. 1. Infanterie-Regimente folgende Qualifikationen erworben: War vom 17. Mai mit 19. Juni 1886 diesseits zum Dienst eingezogen; er zeigte bei dieser Gelegenheit gute militärische Anlagen, vielen Fleiß und Pflichttreue. Er ist im Stande, einen Zug in geschlossener und zerstreuter Gefechts-Form genügend zu führen und läßt klare Auffassung bei Lösung taktischer Aufgaben erkennen. In Bezug auf militärische Disciplin hat er eine ganz verlässige Grundlage. Zeigt sich als Mann von guter Erziehung und verkehrt in guter Gesellschaft. Eignet sich vollkommen für seine gegenwärtige Charge.“

in die Gemeinschaft der Reserveoffiziere aufgenommen worden war²²⁵, d. h. ab sofort einem nach eigenen Verständnis illustren „Stand“ angehörte, der besondere Anforderungen an Befähigung und „Charakter“ stellte.²²⁶ Die „Genossenschaft“ definierte sich dabei vor allem über die Kategorien Ehre, Treue und Manneszucht, die stets betonte Gemeinschaftsrhetorik erscheint hier jedoch besonders interessant, da sie neben ihrem idealen Gehalt auch praktische Bedeutung hatte: Denn tatsächlich versammelte sich das Reserveoffiziers-Korps eines Regiments, das jeweils etwa zwei bis drei Dutzend Personen umfasste, relativ häufig, um über die Neuaufnahme eines Aspiranten zu befinden, an Feierlichkeiten teilzunehmen oder über innere Angelegenheiten zu beraten.²²⁷ Was die eigene Einheit anging, traf Kahr hier etwa regelmäßig auf die Verleger Paul und Hans Oldenbourg, den späteren Polizeipräsidenten Julius Freiherr von der Heydte, den Maler und Kolonialoffizier Maximilian Freiherr von Pechmann oder Eugen Quaglio, Bühnenbildner beim Berliner Bühnen-, Opern- und Schauspielhaus.²²⁸ So betrachtet, sprach sich der Name Kahr jun. also bereits in den achtziger Jahren herum und erhielt einen guten Klang. Dies galt natürlich erst recht, nachdem die Kameraden Kahr 1891 in den Ehrenrat der Offiziere wählten²²⁹, der bei ehrengerichtlichen Verfahren die Ermittlungen führte und im Extremfall auch über die Gewährung von Satisfaktion, d. h. Duelle, zu befinden hatte: Der „ständische“ Charakter des Offizierskorps ging also bis zur Aufrechterhaltung einer Art parallelen Justiz, die sich nicht zwangsläufig an das bürgerliche Recht gebunden fühlte und außerdem viel gravierendere Urteile als ein ziviles Gericht fällen konnte – hier ging es nämlich um die Ehre des Einzelnen und der Gemeinschaft.²³⁰ Kahr blieb schließlich weitere fünfzehn Jahre inaktiver Soldat und schied 1906 als Hauptmann, dem höchstmöglichen Rang in der Reserve, aus der Armee aus.²³¹

²²⁵ Offizierspatent vom 28.1.1886, abgebildet in: Kahr, Mein Lebenslauf (1933), pag. 50.

²²⁶ Hermann Rumschöttel, Das bayerische Offizierskorps 1866-1914 (Beiträge zu einer historischen Strukturanalyse Bayerns im Industriezeitalter 9), Berlin 1973, 145-150, ausführlicher zum „Inhalt der Ehre“ 185-206; vgl. auch Pröve, Militär, Staat und Gesellschaft, 33 f. zur ständischen Organisation des Soziallebens, z. B. in Hinblick auf Verheiratung oder angemessenen Lebensstandard.

²²⁷ Vgl. etwa die Versammlungen zur „Offizierswahl“: Rumschöttel, Offizierskorps, 102.

²²⁸ Militär-Handbuch des Königreiches Bayern, verfaßt nach dem Stande vom 1. Februar 1887, München 1887, 66 (Reserveoffiziere des 2. Infanterie-Regiments Kronprinz).

²²⁹ Vgl. den Hinweis auf die fünfzehnjährige Mitgliedschaft im „Ehrenrat der Offiziere des Beurlaubtenstandes“ im Abschiedsgesuch Kahrs, siehe Anm. 232. In den überlieferten Akten der Ehrengerichtsverfahren (MKr 11 223-11227; MKr 17 602-17 669) ist es allerdings nicht gelungen, die Beteiligung Kahrs an einem Prozess zu ermitteln.

²³⁰ Rumschöttel, Offizierskorps, 157-160.

²³¹ Vgl. das Schreiben Kahrs an das Bezirkskommando I vom 5.11.1906 mit der Bitte um Verabschiedung (OP 10 889).

2.4 „Ich werde mich dem Staatsdienste widmen“²³²: Jurastudium an der LMU München
Doch von diesem Vorgriff in der Zeit sogleich zurück in den Herbst 1882, als der frisch entlassene Einjährig-Freiwillige das erste Fachsemester an der Universität antrat: Die ein Jahr zuvor gefasste Entscheidung für das Jura-Studium wurde jetzt also umgesetzt, freilich war dieser Schritt auch mit einem gewissen Bruch der Familientradition verbunden: Denn hatten Großvater, Vater und alle Verwandten bisher an der protestantisch orientierten Universität Erlangen studiert²³³, entschied sich Gustav Kahr jun. nun für die Alma Mater seiner neuen Heimatstadt München, die ihren Sitz nur zwei Gebäude neben dem vier Jahre besuchten Max-Gymnasium hatte. Ganz offenbar legte der junge Student damals einigen Wert darauf, weiterhin in seinem vertrauten Umfeld zu bleiben, wofür auch spricht, dass er alle Semester in München absolvierte und nicht, wie damals durchaus üblich, eine gewisse Zeit an einer anderen deutschen Hochschule verbrachte.

Ungeklärt bleibt, ob es jemals entsprechende Überlegungen gab, Kahr bevorzugte es jedenfalls, jederzeit das breitere Lehrangebot an einer der größten Universitäten des Reiches²³⁴ wahrnehmen zu können und dabei nicht das mit einem Ortswechsel verbundene Risiko eines längeren Studiums einzugehen. Vielleicht glaubte er auch, sich nirgends besser als in München auf das von Anfang an ausgegebene Berufsziel im bayerischen Staatsdienst vorbereiten zu können, zumal manche Dozenten über gute Beziehungen in die Ministerien verfügten. Das beste Beispiel war etwa der bis heute bekannte Verfasser des „Bayerischen Staatsrechts“, Max von Seydel, der als Kollege von Kahr sen. im Innenministerium gearbeitet hatte und jetzt einen Lehrstuhl für Verfassungs- und Verwaltungsrecht an der LMU innehatte; der Herr Professor war also auch bei der eigenen Familie ein bekannter und gern gesehener Gast.²³⁵ Was immer jedoch für die Entscheidung Kahrs maßgeblich gewesen sein mochte, einen persönlichen Nachteil brachte das Studium in München damit auf jeden Fall mit sich: Die viel beschworene

²³² Zitat aus dem 28.10.1882 ausgefüllten Fragebogen für Studierende im Offizierspersonalakt Kahr (OP 10 899), Antwort auf Frage 12.

²³³ Gustav von Kahr sen. studierte zwischen 1851 und 1855 in Erlangen und Göttingen (Zink, Kahr, 57), Großvater Georg Samuel Kahr und dessen beide Brüder studierten alle in Erlangen (Wulz, Familie Kahr, 255, 257 f.).

²³⁴ Vgl. Laetitia Boehm, München 1826-1918. Die Universität in der Königlichen Residenzstadt, in: Luise Dirscherl (Red.), Die Ludwig-Maximilians-Universität München in Geschichte und Gegenwart, Haar bei München ³2010, 66-118.

²³⁵ Kahr-Erinnerungen, pag. 28, vgl. auch die Grußkarte Seydels zur Verlobung Kahrs, Abbildung in: Kahr, Mein Lebenslauf (1933), pag. 73. Zu Max von Seydel: Peter Landau, Max v. Seydel - Bayerns Staatsrechtslehrer im Bismarckreich, in: Joachim Bohnert - Alexander Hollerbach (Hg.), Verfassung - Philosophie - Kirche: Festschrift für Alexander Hollerbach zum 70. Geburtstag, Berlin 2001, 59-79.

Burschenherrlichkeit²³⁶ war im Elternhaus natürlich etwas beschränkt, Kahr verzichtete somit darauf, in einer anderen Stadt sein eigener Herr zu sein und auch einmal ganz gezielt über die Stränge zu schlagen oder ein Semester mehr oder weniger zu „verbummeln“. Dieses Verständnis von akademischer Freiheit war ihm offenbar nicht so wichtig, stattdessen hatte der Vater wohl jederzeit Einblick in die Studienfortschritte seines Filius und durfte sich auch als Ratgeber stets willkommen fühlen.²³⁷

Was bedeutete es nun konkret, im späten 19. Jahrhundert Rechtswissenschaften zu studieren? Ganz grundsätzlich betrachtet, gehörte Jura schon immer zum klassischen Fächerkanon der Universität und behauptete einen besonderen Status, da ein Studium schon seit dem Spätmittelalter dazu diente, die zukünftige Elite in Verwaltung und Staatsdienst auf ihre Aufgaben vorzubereiten; das sog. Juristenmonopol blieb auch im 20. Jahrhundert in den meisten nicht-technischen Verwaltungszweigen lange Zeit unangefochten.²³⁸ Davon abgesehen, geht es aber wohl nicht zu weit, Jura als die Leitwissenschaft des Bürgertums und des bürgerlichen Zeitalters zu bezeichnen²³⁹: Denn neben den Karrierechancen im öffentlichen Dienst stand das Fach auch für das Leitbild des Rechts- und Verfassungsstaates, der Verfahrenssicherheit gewährleistete und die Emanzipation vom Untertan zum Staatsbürger überhaupt erst möglich gemacht hatte. Die Orientierung am kodifizierten Recht, d. h. an einer „nicht personalen Herrschaftsinstanz über den einzelnen“²⁴⁰, passte auch am besten zum bürgerlichen Ideal des selbstbestimmten, nur aus sachlichen Erwägungen handelnden Individuum und galt daher als einzig legitimes Instrument zur Beschränkung der Freiheit des Einzelnen. Zugespitzt formuliert, ermöglichte also erst die vertiefte Kenntnis der normativen Grundlagen des öffentlichen und sozialen Lebens den Weg zu einer selbstbestimmten bürgerlichen Existenz, ein Jura-Absolvent konnte daher auch viele angesehene Berufe ergreifen.

²³⁶ Silke Möller, Zwischen Wissenschaft und „Burschenherrlichkeit“. Studentische Sozialisation im deutschen Kaiserreich 1871-1914 (Pallas Athene 4), Stuttgart 2001.

²³⁷ Die Ratgeberrolle Kahr sen. legt folgende Stelle nahe: „An der Ludwig-Maximilians-Universität sprang so plötzlich das große, weite fruchtbare Gebiet der Wissenschaft vor mir auf und wie verlockend war mir die goldene Freiheit, da anzupacken wo es mir gefiel. Mein Vater hatte Freude daran, sein guter Rat behütete mich vor einer uferlosen Zersplitterung.“ (Kahr-Erinnerungen, pag. 82).

²³⁸ Vgl. die Auswertung der höheren Beamenschaft bei Schärfl, Beamenschaft sowie allgemein zum Juristenmonopol: Florian Lang, Die Verwaltungselite in Deutschland und Frankreich 1871-2000. Regimewechsel und Pfadabhängigkeiten, Baden-Baden 2005, 115-121.

²³⁹ Neben der Nationalidee war der Rechtsstaat die zentrale Bezugsgröße des bürgerlichen Liberalismus im 19. Jahrhundert, vgl. Monika Wienfort, Recht und Bürgertum, in: Peter Lundgreen (Hg.), Sozial- und Kulturgeschichte des Bürgertums. Eine Bilanz des Bielefelder Sonderforschungsbereichs (1986-1997) (Bürgertum 18), Göttingen 2000, 272-291.

²⁴⁰ Manfred Hettling, Die persönliche Selbständigkeit. Der archimedische Punkt bürgerlicher Lebensführung, in: ders. - Stefan-Ludwig Hoffmann (Hg.), Der bürgerliche Werthimmel. Innenansichten des 19. Jahrhunderts, Göttingen 2000, 57-78, hier: 67.

Gerade deshalb bildete das Studium freilich oft kein Neigungs-, sondern ein Brotstudium, das mit Blick auf die eigene Karriere und die späteren Verdienstmöglichkeiten gewählt wurde – vielleicht entschied sich Kahr auch deshalb, keine Zeit zu verlieren und sein Studium an einer Universität innerhalb der regulär vorgesehenen acht Semester durchzuziehen.

Mit Einführung des Einjährig-Freiwilligenjahres reduzierte sich diese Anzahl sogar de facto auf sechs Semester, da die Immatrikulation in aller Regel schon vor dem Einrücken erfolgte und als aktiver Soldat natürlich nicht an ein ordentliches Studium zu denken war.²⁴¹ Die meisten Kandidaten mussten also tatsächlich innerhalb von drei Jahren die Disziplinen Rechtsphilosophie, Zivilrecht, Strafrecht, Staatsrecht, Kirchenrecht, Polizeiwissenschaft, Nationalökonomie und Finanzwissenschaft durchlaufen, um sich auf die Inhalte der ersten Staatsprüfung vorzubereiten. Hinzu kam die verpflichtende Belegung von fachfremden Kollegien, die der Allgemeinbildung des angehenden Juristen dienen sollten, allerdings nicht abgeprüft wurden²⁴²: Kahr hebt hervor, dass er auch gerade diesen Teil des Studiums genossen und intensiv betrieben habe, das tatsächliche Engagement ist hier freilich schwierig zu beurteilen, da auch sein Zeugnis nur den Besuch von acht Vorlesungen, also der vorgeschriebenen Mindestanzahl, belegt.²⁴³ Freilich mag es durchaus sein, dass er diesen Teil des Studiums, bei dem keine Anwesenheit testiert wurde, ernster nahm als manch andere Kommilitonen, zumal ihm die Bandbreite der gebotenen Veranstaltungen etwas für den Verzicht auf die eigentlich angestrebten Naturwissenschaften entschädigten. Hierfür sprechen sowohl Vorlesungen in organischer Chemie²⁴⁴ wie auch die Konzentration auf Veranstaltungen fachfremder Lieblingsdozenten: Neben dem klassischen Archäologen Heinrich Ritter von Brunn und dessen beliebten Führungen durch die Münchener Antikensammlungen zählte hierzu vor allem Wilhelm Heinrich Riehl, der eine Art politischer Soziologie lehrte, von der noch zu

²⁴¹ Vgl. Georg Schanz, Die Ausbildung zum höheren Verwaltungsdienst in Bayern, in: Verein für Socialpolitik (Hg.), Die Vorbildung zum höheren Verwaltungsdienste in den deutschen Staaten, Österreich und Frankreich. Berichte und Gutachten (Schriften des Vereins für Socialpolitik 34), Leipzig 1887, 91-113, hier: 94. Dabei galt offenbar das bei Schanz zitierte Motto: „Für den, der dient, genügen auch drei Jahre Studium“. Vgl. auch die durchgestrichene Bemerkung in Kahr, Mein Lebenslauf (1919), pag. 23v: „Gleichzeitig nützte ich aber auch an der Universität meine Zeit gründlich aus, hatte ich doch infolge meines Militärdienstes ein volles Jahr nachzuholen.“

²⁴² Überblick zum Curriculum sowie zu den Materien der ersten Staatsprüfung in: Schanz, Ausbildung, 92, 96 f.

²⁴³ Siehe Anm. 241. Vor der Staatsprüfung erhielt Kahr ein Zeugnis zur Bestätigung, „dass derselbe den Anordnungen des Paragraphen 23 und 26 Ziffer 2 der Satzungen entsprochen und sich auf nachstehende Vorlesungen eingeschrieben habe“, vgl. Allgemeines Zeugnis über das Studium der Philosophie vom 1.6.1885 (Privatnachlass Kahr, Dokumente).

²⁴⁴ Kahr, Mein Lebenslauf (1933), pag. 51; das in der vorherigen Anm. genannte Zeugnis führt diese Vorlesung allerdings nicht auf, d. h. Kahr schrieb sich offenbar nicht formell ein.

sprechen sein wird. Kahr hörte den Professor für Kulturgeschichte in drei Semestern und zeigte sich, so viel sei jetzt schon gesagt, später als eifriger Schüler Riehls.²⁴⁵

Der Stundenplan sah in den ersten Semestern entsprechend voll aus, wobei Vorlesungen in der damaligen Zeit noch mehrmals wöchentlich stattfanden und entsprechend viel Zeit beanspruchten. Im Wintersemester 1882/1883 begann etwa jeder Tag, d. h. Montag bis Samstag, um acht Uhr mit den juristischen Grundlagenkollegien „Pandekten“ sowie „Deutsche Rechtsgeschichte“, direkt gefolgt von der Riehl'schen „Kulturgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts“, ehe nach einer Mittagspause einstündige Vorlesungen zu Anthropologie und neuerer deutscher Literatur anstanden; am Montag, Mittwoch und Freitag folgte dann noch ein Kolleg zum Familienrecht.²⁴⁶

2.5 Unter Bundesbrüdern: Mitglied im Akademischen Gesangverein München

Inklusive Vor- und Nachbereitung ist also davon auszugehen, dass Kahr die meisten Tage von morgens bis abends in Hörsaal und Bibliothek verbrachte; das Leben an der Universität bestand freilich trotzdem nicht nur aus Lehrveranstaltungen und Büffeln. Jeder Student, der etwas auf sich hielt und die Zeit an der Hochschule zu einem besonderen biographischen Abschnitt machen wollte, trat ebenfalls einer studentischen Korporation bei: Gerade die Jahrzehnte vor und nach 1900, d. h. nach Ende der polizeistaatlichen Überwachung und vor dem Aufkommen des Nationalsozialismus, gelten als Höhepunkt des Verbindungswesens; an manchen Universitäten schloss sich nicht weniger als die Hälfte der Studenten einer Korporation an.²⁴⁷ Die mit vielen Verpflichtungen verbundene Mitgliedschaft gehörte damit beinahe zum guten Ton, neben der Konvention erfolgte der Beitritt jedoch auch aus praktischen Motiven: Denn beschränkte sich die deutsche Universität – im Gegensatz zu britischen oder amerikanischen Colleges – weitgehend auf ihren akademischen Lehrauftrag, bot die Studentenverbindung Anschluss an gleichgesinnte Kommilitonen, vielfältige Aktivitäten in der Gruppe, fächerübergreifenden Austausch und eine männerbündisch anmutende

²⁴⁵ Kahr-Erinnerungen, pag. 82. Zu Riehl siehe S. 100-103.

²⁴⁶ Wertet man das Vorlesungsverzeichnis des Wintersemesters 1882/83 aus, ergibt sich für Kahr folgender Stundenplan: „Pandekten“ bei Prof. Brinz (Montag bis Samstag, 8 bis 10 Uhr), „Deutsche Rechtsgeschichte“ bei Prof. Sicherer (Montag bis Freitag, 10 bis 11 Uhr), „Kulturgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts“ bei Prof. Riehl (viermal wöchentlich, 11 bis 12 Uhr), „Anthropologie in Verbindung mit Ethnologie“ bei Prof. Ranke (Montag bis Donnerstag, 15 bis 16 Uhr), „Neuere deutsche Literatur“ bei Prof. Bernays (viermal wöchentlich, 16 bis 17 Uhr), „Familienrecht“ bei Prof. Seuffert (Montag, Mittwoch und Freitag, 17 bis 18 Uhr). Vgl. Verzeichnis der Vorlesungen an der Königlichen Ludwig-Maximilians-Universität zu München im Winter-Semester 1882/83, München 1882 sowie die in Anm. 221 und 243 zitierten Zeugnisse Kahrs.

²⁴⁷ Nach Möller erreichte der Organisationsgrad an einigen Universitäten zu dieser Zeit bis zu und sogar über 50 % (Möller, Studienzeit, 412).

Lebensgemeinschaft mit eigenen Sitten und Gebräuchen, z. T. inklusive Mutproben und Initiationsriten.²⁴⁸ Dabei differenzierte sich das Verbindungswesen im 19. Jahrhundert immer weiter aus und brachte eine wachsende Anzahl von Strömungen hervor, die sich in ihrer Haltung zu Streitfragen wie dem Duell, nach ihrem Kommet und auch in ihrer weltanschaulichen Orientierung unterschieden. Aus der Perspektive des Erstsemesters betrachtet, hatte Kahr deshalb 1881 große Auswahl und entschied sich für eine relativ junge Bewegung im Kreise der studentischen Korporationen, die akademische Sängerschaft, die in München vom mitgliederstarken Akademischen Gesangverein (AGVM) vertreten wurde. Dies mag etwas überraschen, wenigstens wenn man vom bekannten Bild des konservativen Beamten und Politikers ausgeht, das vielleicht eher einen Corpsstudenten oder einen Burschenschaftler hätte erwarten lassen: Die nach den sog. Befreiungskriegen aufgekommenen Burschenschaften und ganz besonders die noch älteren Corps²⁴⁹ standen für hohes Traditionsbewusstsein, die Mensur als erzieherisches Mittel und einen besonderen Ehrenkodex, bei dessen Verletzung unter Umständen eine Satisfaktion mit der Waffe geboten war; gerade die Burschenschaften sahen sich außerdem als historische Avantgarde der deutschen Nationalbewegung.

Im Gegensatz dazu hatte sich der AGVM 1861 als offene studentische Vereinigung gegründet und sich seitdem erst schrittweise in eine Korporation umgewandelt, ohne den von den anderen Verbindungen belächelten Namen „Gesangverein“ zu wechseln. Dieser Prozess war inzwischen weitgehend abgeschlossen, nach dem Zusammenschluss der alten Herren in einen formalen Philisterverband, der Mitbegründung des Sondershäuser Kartells und dem Verbot der Mitgliedschaft in anderen Korporationen („Unvereinbarkeitsbeschluss“) stand der Ankauf oder der Bau eines festen Verbindungshauses jedoch noch in den Sternen und die Kommilitonen veranstalteten ihre Zusammenkünfte in fest angemieteten Gastwirtschaften.²⁵⁰ Was könnte Kahr also dazu bewogen haben, die anderen Alternativen auszuschlagen und sich der akademischen Sängerschaft anzuschließen? Er verlor darüber im Nachhinein kein Wort, sollten für ihn allerdings programmatische Aspekte den Ausschlag gegeben haben, hatte er sich für eine Verbindung entschieden, die ein „unpolitisches“ Bekenntnis abgab und mit dem Verzicht

²⁴⁸ Allgemein dazu: Silke Möller, *Zwischen Wissenschaft und „Burschenherrlichkeit“*. Studentische Sozialisation im deutschen Kaiserreich 1871-1914 (Pallas Athene 4), Stuttgart 2001.

²⁴⁹ Hierzu ausführlich: Manfred Studier, *Der Corpsstudent als Idealbild der Wilhelminischen Ära*. Untersuchungen zum Zeitgeist 1888 bis 1914 (Abhandlungen zum Studenten- und Hochschulwesen 3), Schernfeld 1990.

²⁵⁰ Georg Leidinger, *Geschichte des Akademischen Gesangvereins München 1861-1911*, München 1911, 87 (Unvereinbarkeitsbeschluss), 112 f. (Gründung Philisterverband), 123 (erste Gedanken an Verbindungshaus), 125 f. (Kartell).

auf Couleur und Mensur besonderen Wert auf ein integratives Erscheinungsbild legte, d. h. möglichst weiten Kreisen der Studentenschaft offenstehen wollte.²⁵¹ Demgegenüber galten gerade die Corps als steif und elitär, zudem schlossen sie mit der Betonung des schlagenden Prinzips wie die Burschenschaften jeden Katholiken de facto aus. Bei aller Distanzierung von den dort üblichen Formen der Selbstinszenierung stand der AGVM jedoch keineswegs für ideologische Beliebigkeit, der eigene Charakter als studentische Sammlungsbewegung und das korporative „Sonderziel“²⁵² Musik kennzeichnen die Vereinigung als Vertreterin eines verjüngten und gesellschaftlich mehrheitsfähigen Patriotismus: Bekanntlich galt gerade der „singende deutsche Mann“²⁵³ als kultureller Wegbereiter der nationalen Idee, weshalb sich auch der AVGM besonders die Pflege und die Förderung des deutschen Liedes zu Gute hielt.

Der Gesangverein bezog somit auch in Grundsatzfragen durchaus Position und vertrat den vaterländischen Common Sense, freilich sollte man auch eine gewisse Vorsicht walten lassen und die Entscheidung eines 19jährigen Abiturienten nicht immer gleich zu einer weltanschaulichen Standortbestimmung²⁵⁴ erklären: Denn schrieb sich der AGVM ohnehin nicht primär ideologische Bekenntnisse auf die Fahne²⁵⁵, könnte es natürlich auch sein, dass Kahr besonders die musikalische Ausrichtung der Verbindung zusagte oder er einfach dem Beispiel anderer folgte, die dem Verein beitraten; hierzu gehörte etwa der schon aus Gunzenhausener Kindertagen bekannte Oskar Redenbacher oder die Absolvika-Kameraden Karl Horn, Franz Carl, Eugen Müller und Fritz Höhl.²⁵⁶ In diesem Sinne betrachtet, hatte sich der AGVM mit seinen regelmäßigen Auftritten zudem längst zu einer festen Größe im kulturellen Leben der Stadt entwickelt und genoss dementsprechend großes Ansehen im Münchener Bürgertum – natürlich auch bei Familien, die gerade einen Sohn zum Studieren schickten.²⁵⁷ Auch deshalb trat Kahr 1881

²⁵¹ Martin Pabst, Zwischen Verein und Korporation: Die nicht farbentragenden Gesangs- und Turnverbindungen im SV bzw. ATB, in: Harm-Hinrich Brandt - Matthias Stickler (Hg.), „Der Burschen Herrlichkeit“. Geschichte und Gegenwart des studentischen Korporationswesens, Würzburg 1998 (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Würzburg 8), 321-336.

²⁵² Ebd., 325.

²⁵³ Dietmar Klenke, Der singende „deutsche Mann“. Gesangvereine und deutsches Nationalbewußtsein von Napoleon bis Hitler, Münster u. a. 1998.

²⁵⁴ Der Hinweis Möllers auf einen „Zwang zur persönlichen Standortbestimmung“ deutet auch an, dass diese Entscheidung wohl auch häufig aus Verlegenheit getroffen wurde (Möller, Studienzeit, 412).

²⁵⁵ So auch der Wahlspruch des AGVM: „Ehr unser Zier, Lied das Panier, That unser Wort, Gott unser Hort.“ (vgl. die Aufnahmekarte Kahrs in den Allgemeinen Philister-Verein des AGV vom 1.10.1885, Abbildung in: Kahr, Mein Lebenslauf (1933), pag. 57)

²⁵⁶ Akademischer Gesangverein München (Hg.), Gedächtnistafel 1861-1961, Liste der verstorbenen Mitglieder des AGV, München 1961.

²⁵⁷ Vgl. Leidinger, Geschichte, 285-287 (große Konzerte in der Studienzeit Kahrs) sowie den Nachlass des Akademischen Gesangvereins in der Bayerischen Staatsbibliothek (BSB Ana 313).

gemeinsam mit insgesamt 26 Neumitgliedern dem AGVM bei und verbrachte seine Jahre in der *Activitas* u. a. mit Josef von Graßmann, Otto von Strößenreuther oder Karl Meyer.²⁵⁸ Dabei standen diese Namen nicht nur für gute Elternhäuser und hoffnungsvolle Zukunftsaussichten, bekanntlich sahen sich die Studentenverbindungen gleichermaßen dem sog. Lebensbundprinzip verpflichtet, das jedes Mitglied dazu anhielt, auch den weniger vertrauten Bundesbruder als Freund zu betrachten – die Grundlage für das häufig kolportierte Networking.

Bestanden zur Bedeutung dieses Phänomens²⁵⁹ freilich schon immer unterschiedliche Einschätzungen, ergaben sich für die Aktiven auf jeden Fall mehr als genug Gelegenheiten, ein intensives Zusammengehörigkeits- und Gemeinschaftsgefühl auszubilden. Das Jahresprogramm²⁶⁰ enthielt vor allem im Wintersemester eine ganze Reihe von Terminen: Neben den wöchentlichen (Ex-)Kneipen und Gesangsproben, bei denen strenge Anwesenheitspflicht herrschte, war im ersten Teil des akademischen Jahres das sog. Rektorständchen, ein Ballabend, die Philister-, Weihnachts- und (maskierte) Fastnachtskneipe sowie ein öffentliches Konzert vorgesehen, während im Sommersemester vor allem das Gartenfest auf Burg Schwaneck im Isartal und das allseits freudig erwartete Stiftungsfest anstand. Zu diesem Höhepunkt des Verbindungsjahres machte sich der gesamte AGVM inklusive vieler Alter Herren und Ehegattinnen in eine benachbarte Stadt – etwa Landsberg am Lech, Rosenheim oder Pfaffenhofen – auf, um dort zwei bis drei Tage die generationenübergreifende Gemeinschaft zu feiern und gewissermaßen die anstehenden großen Ferien einzuläuten. Und natürlich stellte diese große Zusammenkunft auch einen würdigen Rahmen dar, um alle, deren Studium zu Ende ging, standesgemäß aus der *Activitas* ins Philisterium zu verabschieden und ihnen viel Glück bei den anstehenden Prüfungen zu wünschen.

Für Kahr, der den skizzierten Jahresreigen drei Mal durchlaufen hatte, kam dieser Moment im Juni und Juli 1885, als nach dem letzten vorbereitenden Privatissimum²⁶¹ das erste juristische Staatsexamen, die Zulassungsprüfung für den sog. Vorbereitungsdienst, anstand. Ein Zeugnis dieses vorwiegend mündlich abgehaltenen Examens ist nicht

²⁵⁸ Siehe die Auswertung des Titels in Anm. 256.

²⁵⁹ Hierzu mit Blick auf die höhere Beamtenschaft: Scharf, Staatsdiener auf Außenposten, 27-34.

²⁶⁰ Leidinger, Geschichte, 130-134 und 142-149 sowie BSB Ana 313, 1 (Programme der Stiftungsfeste), 2 (Kneipen), 3 (Theater und Konzertaufführungen), 4 (weitere Veranstaltungen).

²⁶¹ Siehe das in Anm. 221 zitierte „Verzeichnis der besuchten juristischen Vorlesungen“: Kahr nahm im Sommersemester 1885 noch am Privatissimum zu Staats- und Kirchenrecht bei Prof. Berchtold teil.

erhalten, der Kandidat meisterte die Fragen in den acht bereits genannten Fächern jedoch zumeist souverän und fand damit Aufnahme in den Kreis der Staatsdienstanwärter.²⁶²

2.6 Die entscheidende Weichenstellung: Vorbereitungsdienst und Staatskonkurs

Der Weg zur zweiten juristischen Staatsprüfung, dem entscheidenden Examen für die Zulassung zum höheren Staatsdienst, führte nun über eine dreijährige Vorbereitungspraxis, die der Aspirant als unbesoldete Hilfskraft bei mehreren Behörden absolvierte und ihm dort die Gelegenheit eröffnete, Einblicke in möglichst alle Geschäftszweige zu erhalten. Eine bayerische Besonderheit war hierbei die auch nach der endgültigen Trennung von Justiz und Verwaltung beibehaltene Prüfung in beiden Fächern, die bald zu einem wichtigen Element im Selbstbild der königlich bayerischen Beamtenschaft wurde.²⁶³ Unabhängig von seinem Berufsziel musste deshalb jeder Staatsdienstanwärter ein Jahr bei einem Bezirksamt oder Magistrat und jeweils neun Monate bei einem Amts- sowie einem Landgericht praktizieren; die verbleibenden sechs Monate waren für die Mitarbeit in der Kanzlei eines aktiven Rechtsanwalts reserviert.²⁶⁴ Der frisch gebackene Universitätsabsolvent Gustav Kahr trat deshalb im Herbst 1885 seinen Vorbereitungsdienst an und lernte nun als sog. Rechtspraktikant den Geschäftsalltag bei einem Bezirksamt, den beiden Gerichten sowie in der Kanzlei des Advokaten Gmeinhardt kennen – und das bemerkenswerterweise alles wieder in München.²⁶⁵ Nach Gymnasium, Militärzeit und Studium absolvierte Kahr also auch diesen letzten Teil seiner Ausbildung am eigenen Wohnort; bemerkenswert ist daran freilich auch, dass dies offenbar ohne weiteres möglich war: Denn im Gegensatz zu den vorherigen Stationen durfte jede Behörde immer nur eine begrenzte Zahl von Rechtspraktikanten²⁶⁶ beschäftigen, d. h. die Anwärter konnten lediglich Wünsche äußern, wo sie ihren Vorbereitungsdienst absolvieren wollten. Dies hatte einerseits praktische Gründe, da der normale Dienstbetrieb nicht an einer zu großen Anzahl von

²⁶² Zu den Prüfungsgegenständen siehe Anm. 242, zum Verlauf der mündlichen Prüfungen: Kahr-Erinnerungen, pag. 84.

²⁶³ So etwa auch bei Gustav von Kahr sen., der sich 1904 in der Kammer der Reichsräte nachdrücklich für die Beibehaltung dieser Praxis aussprach (Verh. Reichsrat 1903/04, 158 f.).

²⁶⁴ Schanz, Ausbildung, 101 f. In der Forschung bietet die Studie von Rainer Scharf einen guten Überblick über die Beamtenausbildung im Bayern des späten 19. Jahrhunderts, vgl. Scharf, Staatsdiener auf Außenposten, 135-145.

²⁶⁵ Kahr absolvierte seine Vorbereitungspraxis beim Amtsgericht, Landgericht und Bezirksamt München sowie beim Rechtsanwalt Dr. Paul Ernst Gemeinhardt vgl. Kahr, Mein Lebenslauf (1933), pag. 9.

²⁶⁶ Schanz, Ausbildung, 101 f. Demnach durften bei jedem Bezirksamt höchstens doppelt so viele Rechtspraktikanten wie reguläre Beamte tätig sein; das Bezirksamt München I war neben dem Bezirksamtmann mit zwei Assessoren besetzt. Vgl. Hof- und Staatshandbuch des Königreichs Bayern 1886, hg. vom Kgl. Bayerischen Statistischen Landesamt, München 1886, 362.

Hilfskräften leiden sollte, entsprach andererseits aber auch dem im Staatsdienst ganz generell verankerten Prinzip der Rotation: Demnach sollten vor allem jüngere Beamte in regelmäßigen Abständen versetzt werden, u. a. um ihnen Gelegenheit zu geben, sich je nach Situation an anderen Aufgaben zu bewähren sowie generell Erfahrungen an unterschiedlichen Orten zu sammeln.

Dabei gehörte die Landeshauptstadt ohne Zweifel zu den begehrtesten Optionen und stand auf der Wunschliste vieler Anwärter ganz oben, für Kahr war es aber offenbar dennoch selbstverständlich, alle vier Stationen des Vorbereitungsdienstes in München zu durchlaufen. Nun liegen keine Hinweise vor, weshalb dies so reibungslos funktionierte, völlig aus der Luft gegriffen scheint die Vermutung allerdings nicht, dass auch der gute Name der Beamtenfamilie Kahr für die Wahl des jungen Anwärters sprach. Dabei ist hier bewusst nicht von guten Beziehungen oder gar von Einflussnahme die Rede: Die Vorstellung, einen Rechtspraktikanten einfach über solche Kanäle direkt zu begünstigen, verkennt vollkommen die geschriebenen und die ungeschriebenen Regeln eines Staatsapparats, an die sich jeder auf seine Unparteilichkeit stolze Beamte gebunden fühlte; solche Prozesse liefen, wenn überhaupt, viel subtiler und weitgehend auf unausgesprochene Weise ab. Gerade in diesem Sinne ist es dann jedoch auffällig, dass Kahr jun. nicht nur in München blieb, sondern dort auch zu privaten Fortbildungsabenden bei Lorenz von Braunwart, dem Direktor des Verwaltungsgerichtshofes und einen guten Freund der Familie, eingeladen wurde.²⁶⁷ Dieses Privileg genossen nicht alle Kollegen, sondern nur ein nicht näher bestimmter Kreis von Praktikanten, die von einem der höchsten Richter des Landes eine Einführung in die Verwaltungsrechtspflege erhielten. Kahr war es also offenbar gelungen, sich neben dem guten Klang seines Namens auch einen Ruf als talentierter Kandidat zu erarbeiten, die entscheidende Bewährungsprobe kam jedoch im Dezember 1888, als der lange vorbereitete sog. Staatskonkurs anstand – ein insgesamt 180stündiger Prüfungsmarathon aus vierzig Probearbeiten zu 20 Disziplinen, zwei größeren „Praktischen Fällen“ und einer Art Disputatio, der sich auf insgesamt mehr als zwei Wochen erstreckte.²⁶⁸ Diese Dimensionen machen ohne weiteres deutlich, dass sich nun die Zukunft aller Prüflinge entschied: Eine gute Note, vor allem

²⁶⁷ Kahr-Erinnerungen, pag. 86: „Nebenbei genoß ich aber noch eine besondere Ausbildung. Der geistvolle Präsident des Verwaltungsgerichtshofs Exzellenz von Braunwart führte mich und einige Kollegen in wöchentlichen praktischen Kursen in die vielverzweigte Verwaltungsrechtsprechung ein. Das waren immer Feierstunden der Arbeit.“

²⁶⁸ Vgl. Schanz, Ausbildung, 103-105. Der Bearbeitungszeit für die beiden „praktischen Fälle“ betrug dabei jeweils neun Stunden, Hilfsmittel waren erlaubt („Eine halbe Bibliothek wandert in den Examenssaal“). Die Prüfungskommission setzte sich aus zwei Räten der Kreisregierung sowie einem Senatspräsidenten und zwei Räten des Oberlandesgerichts zusammen.

ein sog. Bruchinsler, führte nicht nur zur Aufnahme in den Staatsdienst, sondern schuf auch die Voraussetzungen für einen rascheren Beförderungsgang gegenüber Kollegen mit einem Durchschnittsergebnis, d. h. einer Bruchzensur unter II; wer hingegen die Note III erhielt, hatte die Prüfung zwar an sich bestanden, verlor – bis auf wenige Ausnahmen – jedoch jede Aussicht auf eine Anstellung als Beamter und musste sich um eine entsprechende Stellung in der freien Wirtschaft bemühen.²⁶⁹ Kahr überwand jedoch auch diese letzten Hürde weitgehend problemlos und hielt Anfang 1889 das Zeugnis in Händen, das ihm mit einer Gesamtnote von II 4/28 die Aussicht auf eine vielversprechende Karriere eröffnete.²⁷⁰

3. Auf der Suche nach Profil: Positionierungen und Selbstverständnis des jungen Gustav Kahr

In diesem Sinne betrachtet, war Kahr also jetzt ein gemachter Mann, womit sich der Bogen dieses ersten Kapitels zeitlich schließt. Die anfangs formulierte Frage stellt sich damit erneut: Wer war Kahr, als er 1889 den sog. Staatskonkurs bestanden hatte und im Alter von 26 Jahren am Beginn seines Berufslebens stand? Fasst man die gewonnenen Eindrücke zusammen, könnte man, bewusst etwas zugespitzt, von einem Sohn aus privilegiertem Elternhaus sprechen, der nach eher klischeehaft anmutenden Flegeljahren den ihm vorgezeichneten Weg beschritten hatte und dabei stets den Erwartungen seines Umfeldes zu entsprechen wusste – sei es bei der Wahl des Studienganges, mit der Beförderung zum Reserveoffizier, als Mitglied einer angesehenen Studentenverbindung oder jetzt als erfolgreich geprüfter Rechtspraktikant. Hierzu passte übrigens auch der betont bürgerliche Lebensstil des jungen Mannes, der häufig im Hoftheater zu sehen war, gemeinsam mit dem Vater in der Umgebung Münchens ausritt oder in den Sommerferien ausgedehnte Reisen unternahm, um Deutschland kennen zu lernen.²⁷¹ Soweit man Ausschau hält, es sind aus diesem Blickwinkel schlicht keine Grenzverletzungen, Eigenmächtigkeiten oder enttäuschte Hoffnungen zu erkennen: War Kahr also der

²⁶⁹ Schanz, *Ausbildung*, 105 f. 1910 erließ das Justizministerium angesichts der wachsenden Bewerberzahlen sogar einen sog. Dreier-Erlass, der Absolventen mit der Note III vom Staatsdienst ausschloss (Ministerialerlass vom 18.10.1910, MJu 9800).

²⁷⁰ Vgl. den Auszug aus der Konkursliste (o. D.) mit Aufschlüsselung der Prüfungsleistungen in MInn 84 009. Die Note mag auf den ersten Blick nicht besonders hervorragend erscheinen, dabei ist allerdings zu bedenken, dass nach 1880 nur noch ca. 1 % der Prüflinge die Zensur „I“ im Staatskonkurs erhielten (Schanz, *Ausbildung*, 110 f.), diese Notenstufe wurde also nur als ganz besondere Auszeichnung vergeben und galt gemeinhin als beinahe unerreichbar.

²⁷¹ Entsprechende Hinweise zum Lebensstil finden sich im Privatnachlass Kahr (Korrespondenz von den Urlaubsreisen: Ansichtskarte aus Helgoland, genaues Datum unleserlich); Kahr-Erinnerungen, pag. 84; Zink, Kahr, 63 (Ausritte in den Englischen Garten).

perfekte, stets angepasste Schwiegersohn, als er nach bestandener Staatsprüfung auch das private Glück suchte und sich ganz konventionell mit einer Verwandten des Verwaltungsgerichtsrates Richstein – eben des väterlichen Freundes aus Weißenburg – verlobte?²⁷²

Das Klischeebild scheint sich perfekt ineinander zu fügen, bei aller kritischen Einordnung ist allerdings zugleich Vorsicht geboten, die in unserer Zeit anerkannten Maßstäbe einer freien Persönlichkeitsentwicklung ohne weiteres an die Vergangenheit anzulegen: Denn erscheint es heute zumindest bieder, sich als junger Mensch einfach den vorher bestimmten Rollenbildern anzupassen, galt im bürgerlichen Zeitalter eher das Ideal der Charakterbildung, das es geradezu als Zeichen der persönlichen Reife einstufte, sich aus gewachsener Einsicht freiwillig nach den vermeintlich selbstverständlichen Normen der Gesellschaft zu richten.²⁷³ Der auch von Kahr gebrauchte Spruch „Jeder Mann ist seines Glückes Schmied“²⁷⁴ zielte deshalb nicht so sehr auf individuelle Selbstverwirklichung ab, stattdessen herrschten ziemlich klare Vorstellungen vor, was unter Glück konkret zu verstehen sei – etwa die Übernahme von Verantwortung für die Gemeinschaft, die Emanzipation vom Primat der eigenen Bedürfnisse und vor allem der Aufbau einer selbständigen bürgerlichen Existenz als Familienvater und in angesehener beruflichen Stellung. Affirmativ formuliert, wusste Kahr also sehr genau, wohin ihn der eigene Weg führen sollte, ein abermaliges Hinsehen unter solchen Vorzeichen macht freilich deutlich, dass Abweichungen von der Norm und der Familientradition auch in diesem Fall nicht von vorneherein ausgeschlossen waren – ein vollständiges Bild der Persönlichkeit muss deshalb auch diese Facette beleuchten.

3.1 Ein überraschendes Bekenntnis: Kahr als Konventions-Protestant

Am auffälligsten ist hierbei das in den Kahr'schen Erinnerungen abgelegte Bekenntnis, er habe bereits in seiner Jugend erhebliche Zweifel am christlichen Glauben bekommen, weshalb es ihm zunehmend Gewissenskonflikte bereitet habe, in dieser Hinsicht eine „ehrliche Einstellung zu meinem frommen Vater“ zu bewahren.²⁷⁵ Diese freimütige

²⁷² Zur Verlobung Kahrs siehe S. 104 f.

²⁷³ Demnach ging es vor allem darum, selbständig den angemessenen inneren Wertekompass auszubilden, vgl. Manfred Hettling - Stefan Ludwig Hoffmann, Zur Historisierung bürgerlicher Werte. Einleitung, in: dies. (Hg.), Der bürgerliche Werthimmel, 7-21.

²⁷⁴ So der Ratschlag an Hermann Stegemann, der Kahr über Schwierigkeiten seines Sohnes berichtet hatte: „Der Segen der Eltern baut den Kindern Häuser. Freilich muß schließlich jeder Mann seines Glückes eigener Schmied sein.“ (Kahr an Stegemann vom 18.3.1929; Bundesarchiv Koblenz, NL Stegemann N 1353/12).

²⁷⁵ Kahr-Erinnerungen, pag. 60. Vgl. im Überblick: Kramer, Kirchen und Religion.

Selbstoffenbarung ist umso überraschender, da etwa auch die eigene Enkelin davon überzeugt war, „aus einer streng evangelischen Familie“²⁷⁶ zu stammen und alle Hinweise tatsächlich in diese Richtung deuten: Spricht das geistliche Amt des allseits verehrten Großvaters hier für sich selbst, wurde Gustav Kahr sen. schon als Bezirksamtsassessor in die protestantische Landessynode gewählt²⁷⁷ und wirkte nun in München als Gemeindevorstand der Markuskirche sowie als ehrenamtlicher Kassier der „Rettungsanstalt Feldkirchen“, einer zentralen Einrichtung der Inneren Mission für die Erziehung verwahrloster Kinder.²⁷⁸ Die Familie war deshalb auch sehr gut mit führenden Geistlichen der Münchener Protestanten – Adolf von Kahl und später Hermann von Bezzel²⁷⁹ – bekannt und hielt sich auch privat strikt an die Rituale einer christlichen Lebensführung: Kahr sen. nahm z. B. als Pater Familias auch die Rolle als religiöses Oberhaupt der Familie sehr ernst, weshalb jedes gemeinsame Mahl mit einem von ihm gesprochenen Tischgebet begann und die Pflicht zum sonntäglichen Kirchbesuch für alle außer Frage stand.²⁸⁰

Angesichts einer solchen Sozialisation fällt es daher zumindest schwer, sich Kahr als überzeugten „Freigeist“²⁸¹ vorzustellen, zumal der Memoirenschreiber nach 1923 tatsächlich einigen Grund hatte, auf Distanz zur eigenen Kirche zu gehen, nachdem ihm

²⁷⁶ Vgl. deren nicht publizierten Memoiren: Ella Kerschensteiner, *Erinnerungen* (1996), pag. 13 (Privatnachlass Kahr, Persönliche Schriften). Vgl. die entsprechenden Einschätzungen von Friedrich von Brettreich (*Erinnerungen*, pag. 58-60; NL Brettreich 26) oder Heinrich Jolas (*Berufliche Erlebnisse II*, pag. 3; NL Jolas 2) in Hinblick auf Kahr persönlich.

²⁷⁷ Vgl. Staatsministerium des Innern an Kreisregierung von Mittelfranken vom 18.9.1869 mit Benachrichtigung von der Wahl Kahrs in die Generalsynode und damit verbundenerer Urlaubserteilung (MInn 36 667); Zink, Kahr, 61.

²⁷⁸ Zur Rettungsanstalt Feldkirchen siehe Anm. 862. Kahr sen. publizierte außerdem wiederholt Artikel im „Evangelischen Gemeindeblatt für den Dekanatsbezirk München“.

²⁷⁹ Die Familie Kahr kannte Hermann von Bezzel, den späteren Oberkonsistorialpräsidenten, bereits aus Gunzenhausen, da dessen Vater Georg Ludwig Bezzel im dortigen Bezirk von 1857 bis 1897 Pfarrer war und auch die Schulprüfungen durchführte. Vgl. Johannes Rupprecht (Hg.), *Hermann von Bezzel. Ein Seelsorger von Gottes Gnaden*, Halle an der Saale ²1925, 12 sowie Kahr-Erinnerungen, pag. 40. Adolf von Kahl, Gründer des „Vereins für Arbeiterkolonien in Bayern e.V.“ (Armin Rudi Kitzmann, *Das offene Tor. Aus der Geschichte der Protestanten in München*, München 1990, 183), traute Kahr und Gabriele Schübeck (Kahr-Erinnerungen, pag. 89).

²⁸⁰ Vgl. Kahr-Erinnerungen, pag. 31 f.: „Im Grunde ihres Wesens war meine Mutter, die schon mit 19 Jahren heiratete, lebensfroh und ergänzte so recht glücklich den immer ernst gestimmten Gatten, der in alttestamentlicher Art mit Tischgebet, Morgen- und Abendsegen seines hohenpriesterlichen Amtes waltete.“

²⁸¹ Vgl. die eindringliche Schilderung bei Kahr, *Mein Lebenslauf* (1919), pag. 24a: „Kämpfe den guten Kampf des Glaubens´ war mein Konfirmationsspruch. Ich habe diesen Kampf in der Einsamkeit meiner Seele mit aller Bitterkeit durchgekämpft, bin aber, im Sinne der Kirche gesprochen, unterlegen. Ich wurde Freigeist schon als junger Student. Dabei war mir, wie wenn ich ein steinernes Herz bekommen hätte. Ich empfand die Wandlung als ein Unglück, denn das Forschen in der Wissenschaft konnte mir für das Kleinod meiner Kindheit, das ich verloren hatte, keinen Ersatz bieten. Der sonntägliche Besuch des Gottesdienstes u. die gemeindliche Abendmahlfeier waren mir fortan eine Quelle innerer Erregung u. Kämpfe. Denn im tiefsten Winkel meines Herzens hielt ich das brennende Geheimnis verschlossen, um die Wandlung meinem Vater zu verbergen.“

von einigen Kanzeln der Verrat an der „nationalen“ Sache Hitlers vorgeworfen worden war.²⁸² Allerdings ist auch vor diesem Hintergrund kein schlüssiges Motiv zu erkennen, das Kahr veranlasst haben könnte, sich rückwirkend eine frühe Glaubenskrise zuzuschreiben und so ganz unnötig einen Gegensatz zum sonst stets verehrten Vater zu konstruieren. Und selbst der Hinweis auf die persönlichen Enttäuschungen nach dem Hitler-Putsch lässt sich in diesem Kontext anders lesen, wenn man bedenkt, dass ein Selbstporträt als frommer Protestant die spätere Zäsur, also die Verletzung durch Vertreter der eigenen Kirche, noch deutlich stärker hervorgehoben hätte. Solange keine weiterführenden Quellen beigebracht werden können, bleibt deshalb nur, die Darstellung Kahrs als vertrauenswürdig einzustufen und ihn zumindest als zweifelnden Gläubigen einzustufen; auch die 1917 an den König gerichtete Bitte, jemand anderen zum neuen Oberkonsistorialpräsidenten zu ernennen²⁸³, ist deshalb wohl in diesem Licht zu betrachten. Dabei ist nichts Näheres zu den Auslösern der persönlichen Glaubenskrise zu erfahren, mögliche Ursachen seien deshalb auch nur kurz angedeutet: So liegt etwa die Vermutung nahe, dass möglicherweise der Kontrast zwischen dem eigenen Elternhaus und einer katholisch-liberalen Großstadt bald erste Zweifel säte oder dass die Konfrontation mit religionskritischen Anschauungen in Schule und Studium Eindruck hinterließ; auch die konfessionalistisch-kulturkämpferische Ausrichtung von Teilen der protestantischen Kirche²⁸⁴ mögen zur inneren Entfremdung beigetragen haben.

Ganz unabhängig davon ist jedoch auch zu betonen, dass man im 19. Jahrhundert nicht unbedingt fromm sein musste, um dennoch als „religiös“²⁸⁵ zu gelten: In diesem Sinne

²⁸² Ausgerechnet der Pfarrer der eigenen Kirchengemeinde St. Markus, Herrmann Lembert, hatte am Sonntag nach dem Hitler-Putsch in Anwesenheit der Gattin Kahrs das Handeln des Generalstaatskommissars scharf kritisiert. Vgl. Ella Kahr an Anton und Ella Kerscheinsteiner vom 26.12.1923 (Privatnachlass Kahr, Familienkorrespondenz); Kahr-Erinnerungen, pag. 1087 sowie Björn Mensing, Pfarrer und Nationalsozialismus. Geschichte einer Verstrickung am Beispiel der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern (Arbeiten zur Kirchlichen Zeitgeschichte, Reihe B 26), Göttingen 1998, 77 („Der Dekan von München, Hermann Lembert, trat am folgenden Sonntag in seiner Predigt für Hitler ein, worauf ihm aus der Gemeinde ein ‚bravo‘ zugerufen wurde.“).

Kahr zeigte sich hiervon schwer getroffen und trug 1926 folgendes in sein Tagebuch ein: „Dagegen ist mein Verhältnis zu der protestantischen Geistlichkeit noch ein recht frostiges. [...] Ich war am Karfreitag, dem höchsten Feiertag der Protestanten, seit etwa 3 Jahren zum erstenmal wieder in der Kirche. Ich musste viel Geduld aufbringen, um die Predigt zu Ende zu hören. Was da geboten wurde, war schon reine Wassersuppe auf der nur ein paar Fettaguen testamentlicher Zitate schwammen.“ (Tagebuch Kahr 1925-27, Bogen 72).

²⁸³ Siehe hierzu Kapitel V 6.3.

²⁸⁴ In diesem Zusammenhang lehnte auch Kahr sen. die Gründung des „Evangelischen Bundes zur Wahrung deutsch-protestantischer Interessen“ ab, der sich u. a. gegen politischen Katholizismus richtete, vgl. Kahr-Erinnerungen, pag. 29. Zu dieser Vereinigung: Armin Müller-Dreier, Konfession in Politik, Gesellschaft und Kultur des Kaiserreichs: Der Evangelische Bund 1886-1914 (Religiöse Kulturen der Moderne 7), Gütersloh 1998.

²⁸⁵ Hierzu allgemein: Hans J. Hillerbrand, Bürgertum und Religion, in: Zeitschrift für Religions- und Geistesgeschichte 59 (2007), 212-225 (das Wort „religiös“ auch dort in Anführungsstrichen, 212); Frank-

blieb Kahr nicht nur – beinahe selbstverständlich – Kirchenmitglied und erfüllte seine religiösen Pflichten, er zeigte sich auch immer wieder als Befürworter einer protestantisch geprägten Sozialmoral, die vor allem Hilfe zur Selbsthilfe leisten wollte und in z. T. gewollter Strukturblindheit oft dazu neigte, gesellschaftliche Missstände als Ausdruck eines voranschreitenden Werteverfalls zu betrachten²⁸⁶ – hierauf deutet etwa die Zusammenarbeit mit dem Begründer der Arbeiterkolonien in Bayern, Adolf von Kahl, oder seine Reaktion auf die vermeintliche Landstreicherproblematik im Bezirk Erding hin.²⁸⁷ Kahr zögerte also keineswegs, das Wirken der Kirche in gesellschaftlicher und ethischer Beziehung voll anzuerkennen und zu begrüßen, fühlte sich der Institution zu dieser Zeit jedoch persönlich eher als an der Konvention orientiertes Mitglied und weniger als praktizierender Gläubiger zugehörig.

3.2 Schwer zu greifen: Politische Einstellungen im Hause Kahr

Mit dieser Gewissensentscheidung unterstrich Kahr die eigene geistige Unabhängigkeit und machte deutlich, dass ihm die persönliche Hochachtung gegenüber seinem Vater nicht daran hinderte, in Einzelfragen abweichende Positionen zu vertreten. Interessant und zugleich schwierig zu beurteilen ist nun freilich, inwieweit dies auch in politischer Hinsicht zutraf. Denn finden sich in den Lebenserinnerungen hier nur einige vage Andeutungen ohne auf eine Politisierung im eigentlichen Sinne näher einzugehen, bleiben auch die Hinweise auf die politische Einstellung des Vaters äußerst spärlich und scheinen sich zum Teil sogar zu widersprechen.

Vertraut man mit Kahr jun. dem einzig verfügbaren Gewährsmann²⁸⁸, ist lediglich anzunehmen, dass der junge Gunzenhausener Bezirksamtmann seinerzeit der liberalen

Michael Kuhlemann, Bürgertum und Religion, in: Lundgreen (Hg.), Sozial- und Kulturgeschichte, 293-318.

²⁸⁶ So etwa in Bezug auf die Sichtweise der Inneren Mission: Werner K. Blessing, Politik und Kirche (bis 1914), in: Gerhard Müller - Horst Weigelt - Wolfgang Zorn (Hg.), Handbuch der Geschichte der evangelischen Kirche in Bayern, Bd. II: 1800-2000, St. Ottilien 2000, 69-96, 87; Hannelore Braun, Evangelisches Vereinswesen und Anfänge der Inneren Mission, in: Müller - Weigelt - Zorn (Hg.), Handbuch, 163-176, 165: „Die Not des einzelnen galt als Folge individuellen sittlichen Versagens; Ziel der Bemühungen war die Bekehrung und Unterstützung der Menschen, nicht die Änderung der politischen und wirtschaftlichen Strukturen.“

²⁸⁷ Siehe hierzu Kapitel III 1.2.2 und Anm. 279.

²⁸⁸ Andere mögliche Quellen geben hier keine weitergehenden Einblicke, etwa die Verhandlungen des Reichsrates (erste Kammer des Landtags), der Kahr sen. zwischen 1902 und 1905 angehörte. Kahr ergriff in den Sitzungen zwar mehrfach das Wort, dabei sind allerdings kaum spezifisch politischen Positionierungen erkennbar: vgl. Verh. Reichsrat 1901/02, 241 (Erteilung des Religionsunterrichts in Volksschulen, Zuständigkeiten), 375 (Grundsätze für ein Straßen- und Wegegesetz), 397 f. (Petition); Verh. Reichsrat 1903/04, 42 f. (Verwaltungsstreitverfahren beim Krankenversicherungsgesetz), 137 (gegen die Einführung einer ärztlichen Standesordnung), 158 f. (gegen Trennung des Universitätsstudiums für Justiz und Veraltung).

Fortschrittspartei kritisch bis ablehnend gegenüberstand und darin mit dem Freund des Hauses, Dekan Koch, übereinstimmte.²⁸⁹ Dies sollte bei einem frommen Protestanten nicht allzu sehr verwundern, darüber hinaus war Kahr sen. jedoch offenbar ebenfalls ein Bismarck-Anhänger der ersten Stunde, d. h. stimmte der konfrontativen Politik des preußischen Ministerpräsidenten bereits vor 1866 zu, als diese in Süddeutschland weitgehend auf Ablehnung und Antipathie stieß: Bei dieser einzig klaren Feststellung in den Memoiren²⁹⁰ ist freilich nicht ganz auszuschließen, dass Kahr hier bewusst etwas übertrieb und den eigenen Vater gewissermaßen als helllichtigen Pionier der Bismarck-Verehrung²⁹¹ seiner eigenen Zeit darstellen wollte. Immerhin auffällig sind in diesem Zusammenhang allerdings die Taufnamen des 1862 geborenen Stammhalters der Familie, Friedrich Wilhelm Karl Gustav²⁹², die die behauptete Sympathie für Preußen und für Bismarck zu bestätigen scheinen; auch in diesem Fall ist jedoch nicht abschließend zu klären, ob die Namensgebung einer politischen Überzeugung Ausdruck verlieh oder nicht doch eher dem Zufall geschuldet war, da die beiden Taufpaten eben Friedrich und Wilhelm hießen.²⁹³

Die Gemengelage lässt sich also nur sehr zurückhaltend bewerten, zumal die Bismarck-Kritik im deutsch-deutschen Krieg 1866 auch in Franken sehr verbreitet war und versteckte Sympathien höchstens bei einigen kleindeutsch orientierten Nationalliberalen sowie bei Protestanten bestand, die eine katholische Vorherrschaft im Deutschen Bund

Eine kleine Ausnahme bildet hier höchstens die Stellungnahme Kahr sen. zu Kürzungen des Erwerbungssetats für das Bayerische Nationalmuseum, die die Kammer der Abgeordneten in einer Art Misstrauensvotum gegenüber Kultusminister Robert von Landmann vorgenommen hatte: Kahr bewertete ein derartiges Vorgehen für prinzipiell mit dem Haushaltsrecht vereinbar, aber in der Sache als nicht gerechtfertigt (Verh. Reichsrat 1901/02, 359). Vgl. zu diesem Vorgang: Löffler, Stationen parlamentarischen Wandels, hier 965 f.

²⁸⁹ Kahr-Erinnerungen, pag. 37.

²⁹⁰ Kahr-Erinnerungen, pag. 61: „Besonders lebendig wurde es aber in meinem 4jährigen Herzen, als 1866 plötzlich Kriegsgefahr drohte und bayerische Infanterie, Artillerie und Kavallerie auf dem Marsch gegen den Feind in Gunzenhausen, auch in unserem Hause, einquartiert wurden. Man hatte große Angst vor den „Preisen“. Bismarck war natürlich mein Feind. Daß mein Vater ihn einen großen deutschen Mann nannte und den deutschen Bruderkrieg bedauerte, war mir unverständlich.“

In diesem Sinne auch die Schilderung in der Aufzeichnung „Aus meinen Leben“ (1934, Privatnachlass Kahr, Persönliche Schriften): „Ich freute mich damals [gemeint ist der Krieg von 1866, M.B.] über die Soldaten in der blauen Uniform mit ihren Gewehren, Kanonen und Pferden, stellte aber an den Vater die ihn überraschende, aber sichtlich erfreuende Frage, warum unsere Soldaten nicht lieber gegen die Franzosen geschickt würden, von denen mir mein heißgeliebter Großvater soviel Schlimmes aus der Zeit der Kriege Napoleons erzählt hatte.“ (Blatt II)

²⁹¹ Die Darstellung des eigenen Vaters als Bismarck-Verehrer mit Porträtbild auf dem eigenen Schreibtisch war außerdem ein gängiges Motiv in bürgerlichen Autobiographien (Budde, Auf dem Weg ins Bürgerleben, 373).

²⁹² Vgl. Schwirzer, Kahr, 36.

²⁹³ Die Taufpaten waren Wilhelm Kahr und Friedrich Eyselein (Ebd., Anm. 23).

fürchteten²⁹⁴ – nach allen verfügbaren Erkenntnissen gehörte Kahr sen. jedoch keiner dieser beiden Gruppen an. Schwer zu deuten ist außerdem ein kurzer Satz im 1864 verfassten Visitationsbericht der Regierung von Mittelfranken: Demnach sei der neu ernannte Bezirksamtsassessor nicht der lokal dominierenden Parteirichtung zuzurechnen²⁹⁵, eine solch klare Zuordnung kommt jedoch auch recht überraschend, da zumindest im Rückblick kein fest gefügtes und klar beherrschendes politisches Lager vor Ort zu erkennen ist. Der Gunzenhausener Bürgermeister und Landtagsabgeordnete Dr. Hensolt galt jedenfalls als gemäßigter Liberaler, der weder den Großdeutschen noch den Nationalliberalen eindeutig zuzuordnen war.²⁹⁶ Ebenso wenig kann das Engagement Kahrs bei den patriotischen (Sieges-)Feiern 1870/71 zur Aufklärung beitragen, da es für einen Beamten eine reine Selbstverständlichkeit bedeutete, die vaterländischen Veranstaltungen zu organisieren und selbst – etwa in Form einer schwarz-weiß-roten Flagge²⁹⁷ am eigenen Haus – mit gutem Beispiel voran zu gehen. Lediglich die anschließende Urlaubsreise der Familie nach Salzburg und Gastein schärft hier nochmal etwas das Profil des Preußenfreundes Kahr sen., da sich zur gleichen Zeit auch die drei europäischen Kaiser vor Ort aufhielten und der knapp neunjährige Gustav sogar die Gelegenheit erhielt, Bismarck und Wilhelm I. persönlich auf der Straße zu beobachten; der Zeitpunkt des Besuches beim Salzburger Vetter Christian Lippert war somit wahrscheinlich kein Zufall.²⁹⁸

Vom Ausschlussprinzip her gedacht, erscheint es deshalb naheliegend, Kahr sen. in den 1860er und 1870er Jahren als moderaten Konservativen einzustufen, der die von Bismarck verfochtene starke Stellung der Monarchie gegenüber dem Parlament und die Reichseinigung befürwortete: Denn standen die (Alt-)Konservativen der Nationalidee zu

²⁹⁴ Ralf Ecke, *Franken 1866: Versuch eines politischen Psychogramms* (Nürnberger Werkstücke zur Stadt- und Landesgeschichte 9), Nürnberg 1972; Werner K. Blessing, *Konfession und Nation. Zur politischen Identität in Bayern vor der Reichsgründung*, in: Josef Schröder - Günter Christ (Hg.), *Beiträge zu Kirche, Staat und Geistesleben: Festschrift für Günter Christ zum 65. Geburtstag am 20. März 1994*, Stuttgart 1994, 208-226.

²⁹⁵ Visitationsbericht vom 12.10.1864 (Auszug aus dem Geschäftstagebuch des Regierungspräsidenten) in *MInn* 36 667.

²⁹⁶ Vgl. die Nachricht von Wahl Leonhard Hensolts in den Landtag (*Allgemeine Zeitung* Nr. 121 vom 1.5.1863): „Man wird die Wahl einfach ‚großdeutsch-liberal‘ bezeichnen können, wenigstens ist mir nicht bekannt geworden, daß der frühere Abg. Hensold eine Schwenkung nach der Fortschrittsseite gemacht hätte.“ (S. 2004)

²⁹⁷ Kahr-Erinnerungen, pag. 62.

²⁹⁸ Die Beschreibung in der Aufzeichnung „Aus meinem Leben“ (1934) lautet: „Dann ging es in den Wagen nach Bad Gastein, wo ich unserm Kaiser Wilhelm, seinem Kanzler Bismarck und Marschall Moltke, die das deutsche Reich geschaffen hatten, wiederholt auf ihren Wegen begegnete und ganz stolz war, wie gütig sie den um sie herum laufenden Burschen immer wieder begrüßten. Dann erlebte ich die drei Kaiserzusammenkunft [!] in Salzburg mit den vielen berühmten Männern.“ (Blatt II)

diesem Zeitpunkt noch reserviert gegenüber²⁹⁹, kamen wohl die Liberalen und erst recht der politische Katholizismus für Kahr wegen grundsätzlicher weltanschaulicher Differenzen nicht in Frage. Angesichts dieser bewusst vorsichtig formulierten Schlussfolgerung sind keine präziseren Aussagen über politische Überzeugungen im Hause Kahr möglich, außer Zweifel steht lediglich die von einem Beamten ohnehin erwartete monarchische Gesinnung in Verbindung mit einem ebenso selbstverständlichen staatstragenden bayerischen Patriotismus.³⁰⁰

Lässt sich die Ausbildung eines politischen Bewusstseins bei Kahr jun. deshalb nur sehr allgemein über den familiären Kontext rekonstruieren, bieten – wie schon gesagt – auch die eigenhändigen Berichte hierzu kaum nähere Einblicke: Würden entsprechende Hinweise auch nicht zum Narrativ des stets über den Parteien stehenden Staatsdieners passen³⁰¹, erwähnt Kahr jedoch immerhin den dezidiert patriotischen Geschichtsunterricht in der Oberprima, der nach Lehrplan die Zeit vom Westfälischen Frieden bis zur Reicheinigung behandelte und am Max-Gymnasium von einem stolzen Veteranen des deutsch-französischen Krieges erteilt wurde³⁰²; und auch die direkt anschließende Ausbildung beim Militär orientierte sich ohne Zweifel an den ideologischen Vorgaben des vaterländischen Common Sense. Durfte sich der junge Mann deshalb wohl in den Grundüberzeugungen der eigenen Familie bestätigt fühlen, sprechen auch andere Hinweise für eine weitgehend vorbehaltlose Übernahme der dominierenden „nationalen“ Denkmuster: Neben der immer wieder betonten Vorliebe für die meist von germanischen Mythen inspirierten Opern Richard Wagners³⁰³ deuten auch der Beitritt zur

²⁹⁹ Thomas Nipperdey, *Deutsche Geschichte 1866-1918*, Bd. 2: *Machtstaat vor der Demokratie*, München 1992, 332.

³⁰⁰ In den Qualifikationsbögen der Beamten deshalb auch routinemäßig Angaben zu den Kriterien „Treue und Anhänglichkeit gegenüber dem König“, „Treue und Anhänglichkeit gegenüber der Verfassung“) einzutragen, vgl. Dirk Götschmann, *Das bayerische Innenministerium 1825-1864. Organisation und Funktion, Beamtenschaft und politischer Einfluss einer Zentralbehörde in der konstitutionellen Monarchie* (Schriftenreihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften 48), Göttingen 1993, 156. Die Angaben im Personalakt Kahr sen. (MInn 36 667) lauteten dabei stets „tadellos“, „unzweifelhaft“ etc.

³⁰¹ War es im frühen 19. Jahrhundert noch durchaus üblich, dass sich Beamte auch öffentlich in Streitfragen positionierten, war vor allem nach 1848 eine betont „unpolitische“ Haltung gefragt, die auch dem Anspruch des Staatsdieners, „über den Parteien“ zu stehen, entsprechen sollte. Vgl. Götschmann, *Innenministerium* 480 f.

³⁰² Vgl. die Aufzeichnung „Aus meinem Leben“ (1934): „Unser Geschichtsprofessor aber hatte den Feldzug 1870-71, insbesondere die Schlacht bei Sedan als Soldat miterlebt und entzündete unsere Herzen für vaterländische Begeisterung“. Hierbei handelte es sich offenbar um Benedikt Hasenstab, der im Schuljahr 1880/81 mit der Oberprima die Materie „Geschichte 1648-1871“ behandelte (Jahresbericht über das K. Maximilians-Gymnasium in München im Jahre 1880/81, hg. vom Maximiliansgymnasium München, München 1881, 12).

³⁰³ Kahr, *Mein Lebenslauf* (1933), pag. 53. In den späten 1920er Jahren besuchte Kahr dann auch jährlich als Ehrengast Wagner-Aufführungen in den Münchner Staatstheatern, vgl. Briefe Kahr an Stegemann vom 23.7.1928, 31.7.1929 (Bundesarchiv Koblenz, NL Stegemann N 1353/12).

studentischen Sängerschaft oder die Planung der eigenen Bildungsreisen in „deutschen“ Grenzen – inklusive Prag und Helgoland³⁰⁴ – in diese Richtung.

3.3 Eine politische Generation zwischen Fortschrittsoptimismus und Krisenbewusstsein
Sah sich Kahr jun. deshalb mit hoher Wahrscheinlichkeit schon in jungen Jahren als stolzer Patriot, kann dieser sehr allgemeine Befund freilich kaum überraschen und wirkt in seiner Pauschalität recht trivial und substanzlos; das Schweigen über jede konkrete Auseinandersetzung mit politischen Fragen und Ereignissen erschwert nun jedoch – wohl nicht ganz unbeabsichtigt – jede weitere Annäherung an das Zoon Politikon Kahr. Stößt der biographische Blick hier also an seine Grenzen, lässt sich immerhin ein etwas präziseres Bild erstellen, wenn man die wenigen verfügbaren Informationen nicht individuell-isoliert für sich stehen lässt, sondern auch die Perspektive der politischen Generationenkohorten mit heranzieht und Kahr in diesem Licht betrachtet. Dabei wäre es natürlich völlig verfehlt, hier direkte Rückschlüsse vorzunehmen und in dem Beamtensohn einfach einen Muster-Wilhelminer, d. h. einen irgendwie typischen Vertreter seiner Altersgruppe, erkennen zu wollen. Vielmehr soll es darum gehen, die Bedingungen der politischen Sozialisation in den 1860er und 1870er Jahren zu thematisieren – jede Generation stellt schließlich kein homogenes Denkkollektiv, sondern eine von den Zeitereignissen geformte Erfahrungsgemeinschaft dar.

Der politische Blick auf eine Alterskohorte kann deshalb nur analytische Kraft gewinnen, wenn man den Erkenntnishorizont dieser Perspektive richtig absteckt: So gehen alle ernst zu nehmenden Generationentheorien³⁰⁵ von der konstitutiven Annahme aus, dass tiefer liegende mentale Dispositionen, persönliche Werteorientierungen oder Muster der Weltdeutung besonders in jungen Jahren grundgelegt werden und sich unter anderem in der Konfrontation mit bestimmten Schlüsselerlebnissen ausbilden. Im öffentlichen Bereich tragen also nicht zuletzt vielbeachtete Umbrüche und brisante Debatten dazu bei, in einer Altersgruppe Koordinatensysteme des politischen Denkens sowie anerkannte Maßstäbe der Zeitkritik zu verankern. Ziel einer generationellen Einordnung Kahrs kann

³⁰⁴ Kahr reiste trotz des Abratens seines Onkels Christian Lippert, der vor antideutscher Stimmung in Böhmen warnte, nach Prag und verwickelte sich dort offenbar auch in einen Streit mit einem tschechisch sprechenden Droschkenführer: Kahr, *Mein Lebenslauf* (1933), pag. 62. Zur Postkarte aus Helgoland siehe Anm. 271.

³⁰⁵ Vgl. hierzu den Überblicksartikel Ulrike Jureit, *Generation, Generationalität, Generationenforschung*, in: *Docupedia-Zeitgeschichte*, 3.8.2017 [URL: <https://docupedia.de/zg/Jureit_generation_v2_de_2017>, zuletzt eingesehen am 7.3.2021] sowie: Lutz Niethammer, *Die letzte Gemeinschaft. Über die Konstruierbarkeit von Generationen und ihre Grenzen*, in: Bernd Weisbrod - Till Manning (Hg.), *Historische Beiträge zur Generationenforschung* (Göttinger Studien zur Generationsforschung 2), Göttingen 2009, 13-38.

es daher nicht sein, nun über Umwege doch noch ein scheinbar präzises politisches Profil des Protagonisten zu erstellen, realistisch ist vielmehr, zumindest einige Kernelemente seines politischen Bewusstseins zu identifizieren.

Welche Meilensteine der politischen Sozialisation waren nun aber für die Altersgenossen Kahrs maßgeblich und inwieweit vollzog die Hauptperson dieser Studie die davon ausgehenden Reaktionsmuster mit? Folgt man der überzeugenden Einstufung Doerrys, fallen unter die Kategorie Wilhelminer – zumindest im engeren Sinne – alle Geburtsjahrgänge zwischen 1853 und 1865, also vordergründig alle Deutsche, die sechs Jahre vor oder nach Wilhelm II. auf die Welt kamen.³⁰⁶ Der in den 1870er Jahren noch unbedeutende Erbprinz Wilhelm fungiert hier freilich nur als symbolträchtiger Namensgeber seiner Generation, maßgeblich für die zunächst seltsam präzise anmutende Einteilung des Alterskorridors sind hingegen analytische Grundannahmen: Demnach hatte die Mehrheit der Funktionseelite des späten Kaiserreiches bzw. der frühen Weimarer Republik die Reichsgründung bereits bewusst miterlebt – allerdings noch in der Schule, nicht als Soldaten an der Front – und konnte sich zu Beginn der Wilhelminischen Epoche 1888/1890 gleichzeitig als Männer betrachten, die mitten im Leben standen und ihre hoffnungsvolle Karriere schon begonnen hatten oder gerade antraten.³⁰⁷ Anders ausgedrückt, erfuhren junge Männer wie Gustav Kahr den deutsch-französischen Krieg nicht als Feldzug der Massenheere oder Belagerung der Pariser Kommune, sondern als heldenhaftes Ringen und Abfolge patriotischer Siegesfeiern, während sie in den folgenden zwei Jahrzehnten im Bismarckreich zu erwachsenen Menschen mit eigenem politischen Bewusstsein heranreiften.

Liegt die große Bedeutung der Ereignisse Reichsgründung für das Selbstverständnis dieser Generation damit auf der Hand, erzeugte der unverkennbare Stolz auf dieses „große Erleben“ jedoch keineswegs nur Gegenwartsbejahung oder Zukunftsoptimismus. Markenzeichen der Weltsicht vieler sog. Wilhelminer war vielmehr ein spannungsreicher Kontrast zwischen einem häufig betonten Machbarkeitsdenken, das voller Selbstbewusstsein auf die Stärke der geeinten Nation setzte und einem ebenso unverkennbaren Krisenbewusstsein, das sich in kulturkritischen und von kollektiven Selbstzweifeln geprägten Zeitdiagnosen gefiel.³⁰⁸ Es würde zu weit führen, hier Hintergründe und Auslöser dieser widersprüchlichen Stimmungslage im Detail zu

³⁰⁶ Doerry, *Übergangsmenschen*, 40-43.

³⁰⁷ Ebd.

³⁰⁸ Rüdiger vom Bruch, *Gesellschaftliche Funktionen und politische Rollen des Bildungsbürgertums im Wilhelminischen Reich*, in: ders., *Bürgerlichkeit, Staat und Kultur im Kaiserreich*, hg. von Hans-Christoph Liess, Stuttgart 2005, 52-83, hier: 52 f.

thematisieren, ein gewichtiger Anteil ist jedoch bereits dem verklärten Blick auf die gefeierte Reichseinigung selbst zuzuschreiben: Tatsächlich war es geradezu absehbar, dass sich die Generation der kurz vor den Einigungskriegen geborenen Deutschen früher oder später im Dilemma einer vermeintlich vollendeten Gegenwart wiederfinden würden, da ja, so das herrschende Narrativ, die wichtigste historische Mission des Deutschtums nun endlich und für alle Zeit erfüllt war. Was gab es für die „Söhne der Sieger“³⁰⁹ als Erben eines von den Vätern erfüllten Traumes also noch zu tun? Allein der so z. T. explizit formulierte Horror Vacui machte die Zeitgenossen der Weber, Hugenberg oder eben Kahr leicht empfänglich für ein Denken, das dazu neigte, die vorgefundenen Zustände an den Idealen des ja angeblich erfüllten Deutschtums zu messen und dabei stets Gründe fand, das Defizit auf Seiten der Wirklichkeit festzustellen.³¹⁰

Diese Rebellion gegen ein als drückend empfundenenes Klima der Saturiertheit war in den 1870er Jahren natürlich erst in ersten Ansätzen erkennbar, fand jedoch bald fruchtbaren Nährboden in der häufig unterschätzten politischen Zäsur von 1877/78, für die vor allem die Stichworte Kaiserattentate, Sozialistengesetz und Schutzzölle stehen.³¹¹ Diese auch an den neuen Reichstagsmehrheiten erkennbare konservative Wende galt vielen sowohl als lauter Weckruf aus der politischen Selbstzufriedenheit der Gründerjahre, aber auch als Symptom für tiefer liegende Krisen, wie etwa der lange noch nicht vollzogenen „inneren Reichsgründung“³¹² oder der zunehmend brisanten sozialen Frage als Schattenseite der einsetzenden Hochindustrialisierung.

In diesem Zusammenhang sind freilich weniger die in anderen Studien längst erörterten Grundlagen und Hintergründe dieses Umbruchs von Interesse, sondern vielmehr die Tatsache, dass die inzwischen bald erwachsenen Wilheminer nun die erste politische Krise erlebten, zu der sie sich tatsächlich eine eigene Meinung bilden konnten. Dabei fanden sich natürlich auch unter ihnen Vertreter aller denkbaren Standpunkte, gerade der gut ausgebildete und meinungsstarke Teil der neuen Generation neigte indes, wie so häufig, dazu, den Zeitdeutungen den Vorzug zu geben, die das Juste Milieu und die Gewissheiten der Elternwelt ganz grundsätzlich in Frage stellten. Mochte sich die breite

³⁰⁹ Die Bezeichnung wurde offenbar von Alfred Hugenberg geprägt, vgl. Alfred Hugenberg, Rückblick und Ausblick. Denkschrift aus dem Jahre 1917, in: ders., Streiflichter aus Vergangenheit und Gegenwart, Berlin 1927, 126.

³¹⁰ Zur Fixierung auf Ideale bzw. der damit verbundenen Verteidigung der Idee „gegen [ihre] Wirklichkeit“: Doerry, Übergangsmenschen, 108.

³¹¹ Überblicksartige Analyse dieser z. T. auch als „zweite Reichsgründung“ bezeichneten Zäsur bei: Nipperdey, Deutsche Geschichte, 382-408 (Kapitel „Die große Wende 1878/79“).

³¹² Vgl. die Analyse bei Volker Ullrich, Die nervöse Großmacht 1871-1918. Aufstieg und Untergang des deutschen Kaiserreichs, Frankfurt am Main 2013, 29-73; Hans-Peter Ullmann, Politik im Deutschen Kaiserreich 1871-1918 (Enzyklopädie deutscher Geschichte 52), München 2005, 10-18.

Öffentlichkeit deshalb vor allem über obskure Reichsfeinde oder den unfairen internationalen Wettbewerb echauffieren, fanden unter jungen Menschen verstärkt lautstarke Minderheiten Aufmerksamkeit, die die Krise als Ausdruck elementarer Fehlentwicklungen einstufen und dabei gerne den Gestus des Aussprechens unbequemer Wahrheiten bemühten. In diese Kategorie fielen zum einen die revolutionären Sozialisten, die eine ausbeuterische Klassenherrschaft anprangerten, und zum anderen die ebenfalls wachsende Zahl bürgerlicher Fundamentalkritiker, die in der politisch aufgeheizten Stimmung sowie im Gründerkrach untrügliche Anzeichen für die Destabilisierung der deutschen Nation und ihrer inneren Werte erkennen wollten.³¹³ Als untrügliches Zeichen der herrschenden Misere galt ihnen hierbei die vermeintlich unnatürliche Spaltung des Volkes in Bürger und Arbeiter, Stadt und Land oder Katholiken und Protestanten, d. h. in Lagern und Parteien, die sich misstrauisch gegenüberstanden und so das deutsche Kernübel der Zersplitterung³¹⁴ auch nach der Reichseinigung unverändert fortschrieben. Folgt man diesem Diskurs, bildete die in sich widersinnige Konfrontation von Deutschen mit Deutschen freilich kein unentrinnbares Schicksal, vielmehr schienen konkrete Ursachen für die stetige Verschärfung der Gegensätze verantwortlich, die – so die Forderung – nun endlich einmal offen benannt werden mussten.

So war es doch wohl offensichtlich, dass die klassische Emanzipationsideologie des Bürgertums, der politische und ökonomische Liberalismus, verbraucht war und nur noch dazu diente, das eigensinnige Gewinnstreben der wohlhabenden Verfechter eines freien Marktes mehr schlecht als recht zu verhüllen, während die Projektion des freien Staatsbürgers das soziale Wesen Mensch zu einem bloßen Individuum degradierte, dem nicht zuletzt der nationale Gemeinschaftssinn abhanden kommen musste. Eine so verstandene Freiheit, die auch noch den historischen Fortschritt auf ihrer Seite wähnte, schien völlig substanzlos und zeigte immer wieder, dass sie als politisches Rezept nur alles schlimmer machen konnte: Waren es doch gerade die Liberalen gewesen, die nach ihrer gescheiterten Revolution 1848/49 auch noch fast das Einigungswerk Bismarcks vereitelt hätten und jetzt im sog. Gründerkrach abermals Schiffbruch erlitten.³¹⁵ Unter

³¹³ Winfried Speitkamp, *Jugend in der Neuzeit. Deutschland vom 16. bis zum 20. Jahrhundert*, Göttingen 1998, 129-138. Vgl. auch die aufkommende Kritik an der Saturiertheit im künstlerischen und kulturellen Umfeld: Wolfgang J. Mommsen, *Bürgerliche Kultur und künstlerische Avantgarde. Kultur und Politik im deutschen Kaiserreich 1870 bis 1918*, Frankfurt am Main / Berlin 1994, 28-34.

³¹⁴ Karl Erich Pollmann, *Das Unbehagen an den Parteien in der Gründungsphase des Deutschen Kaiserreichs*, in: Adolf M. Birke - Magnus Brechtken (Hg.), *Politikverdrossenheit. Der Parteienstaat in der historischen und gegenwärtigen Diskussion. Ein deutsch-britischer Vergleich (Prinz-Albert-Studien 12)*, München u.a. 1995, 41-52.

³¹⁵ Heinrich August Winkler, *1866 und 1878: Der Liberalismus in der Krise*, in: Carola Stern - ders. (Hg.), *Wendepunkte deutscher Geschichte*, Frankfurt am Main 1994, 43-70; Dieter Langewiesche, *Liberalismus*

diesen Prämissen betrachtet, schien es deshalb höchste Zeit, einen entschlossenen Paradigmenwechsel einzuleiten und die trügerisch-unverbindlichen Ideale des Liberalismus durch handfeste Maximen wie die innere Einheit des Volkes, einen starken Staat oder die Verfolgung nationaler Interessen zu ersetzen; nur so sei es möglich, im deutschen Volk eine echte Gemeinschaft zu stiften, den unnützen Hader zu überwinden, aber auch den tatsächlichen Triebkräften der Spaltung wirksam entgegenzutreten.

Scharte sich die um Aufmerksamkeit ringende Zeitkritik also nicht zuletzt um das wärmende Feuer der „synthetisch-harmonisierenden Denkfigur“³¹⁶, barg die scheinbar so einleuchtende Beschwörung der Gemeinschaft aller Deutschen freilich auch Fallstricke, die man entweder nicht wahrhaben wollte oder auch sehenden Auges in Kauf nahm. Denn musste das Ideal einer in innerer Eintracht lebenden Gesellschaft ohnehin Utopie bleiben, hatte natürlich auch die Kritik am beklagten Zustand der nationalen Zersplitterung ihre Adressaten, d. h. tendierte dazu, alte Gegensätze durch neue Ressentiments zu ersetzen – nun eben gegen die Vertreter des „Manchestertums“, des doktrinären Parteiwesens oder des bürgerlichen Spießertums.³¹⁷ Führt man sich diesen Effekt vor Augen, ist es deshalb wohl auch kein Zufall, dass gerade im Umfeld der skizzierten Debatte eine ganze Reihe bemerkenswert langlebiger Vorurteile und Anti-Haltungen (wieder) aufkamen und ihren Resonanzboden fanden – man denke nur an Heinrich von Treitschke und den Inhalt seines mit düster raunenden Titel versehenen Aufsatzes „Unsere Aussichten“.³¹⁸

Noch einmal sei es wiederholt: Trotz solcher prominenter Stimmen ergingen sich keineswegs alle jungen Menschen in Klagen über den herrschenden Materialismus oder verspürten Phantomschmerzen über die unvollendete Einheit, das skizzierte Panorama vermittelt jedoch eine Vorstellung von dem spannungsgeladenen politischen Umfeld, in dem Kahr und seine Altersgenossen aufwuchsen – dabei schien die Zukunft eher auf Seite derjenigen zu stehen, die eine Neubesinnung auf Gemeinschaft, Nation und Deutschtum forderten.

in Deutschland, Frankfurt am Main 1988, 164-180; Hans-Peter Ullmann, Das Deutsche Kaiserreich 1871-1918, Frankfurt am Main 1995, 60-66; Schäfer, Geschichte des Bürgertums, 158-161.

³¹⁶ Panajotis Kondylis, Der Niedergang der bürgerlichen Denk- und Lebensform. Die liberale Moderne und die massendemokratische Postmoderne, Berlin 2010 (Erstausgabe 1991), 49.

³¹⁷ Vgl. etwa den Hinweis auf entsprechende Vorbehalte bei: Jörn Leonhard, Semantische Deplazierung und Entwertung. Deutsche Deutungen von liberal und Liberalismus nach 1850 im europäischen Vergleich, in: Geschichte und Gesellschaft 29 (2003), 5-39, v.a. 24-31.

³¹⁸ Heinrich von Treitschke, Unsere Aussichten, in: Preußische Jahrbücher 44 (1879), 559-576.

3.4 Spuren des neuen Zeitgeistes: Judengegnerschaft und Sehnsucht nach sozialer Harmonie bei Kahr

Konfrontiert man dieses Situations- und Generationenporträt nun mit den recht spärlichen Informationen zum politischen Selbstverständnis der Hauptperson, fügen sich manche bisher verstreute Hinweise tatsächlich zu einem vollständigeren Bild zusammen, dessen neue Facetten darauf hindeuten, dass die kulturkritische Deutung der politischen Lage auch beim jungen Gustav Kahr Eindruck hinterlassen hatte. Die bisher erstellte, individuell-biographische Skizze lässt sich also an manchen Stellen noch ergänzen, z. T. ermöglicht es die vorgenommene Kontextualisierung sogar, bisher nur schwer einzuordnende (Selbst-)Zeugnisse mit klarerem Blick zu bewerten.

Konzentriert man sich hierbei – auch um die Interpretation nicht zu überdehnen – auf besonders ins Auge stechende Komponenten des politischen Weltbildes, erfordert wohl zuallererst die zumindest latent judenfeindliche Haltung, die Kahr in der Retrospektive bereits für seine jungen Jahre betont³¹⁹, eine nähere Betrachtung. Denn angesichts der späteren Brisanz des Themas wirft dieser Umstand natürlich die Frage auf, ob es sich hier um einen zutreffenden Bericht oder eine klassische Rückprojektion späterer Überzeugungen auf die Vergangenheit handelt. Konnte man in dieser Hinsicht bisher nur spekulieren, eröffnet der Blick auf die konkreten Umstände der politischen Sozialisation nun die Möglichkeit, die Konsolidierung entsprechender Einstellungen differenzierter zu betrachten. Letzte Sicherheit ist zwar auch vor diesem Hintergrund nicht zu gewährleisten, allerdings spricht nun viel für die ohnehin plausible Vermutung, dass Kahr erstmals als (Ober-)Primaner, d. h. als reifer Gymnasiast, einen kritischen Blick auf die angeblich problematische Rolle des Judentums gewann. Denn weckt die eigene Behauptung, er habe bereits als Kind aufgrund der Warnungen der Köchin und angesichts irritierender Stellen im Buch Genesis mit Misstrauen auf die Gunzenhausener Synagoge geblickt³²⁰, doch erhebliche Zweifel, rezipierte der angehende Abiturient hingegen ohne Zweifel die aufgeregte Debatte um die Einfluss des Judentums in Deutschland³²¹ und

³¹⁹ Kahr-Erinnerungen, pag. 59 f.

³²⁰ Kahr-Erinnerungen, pag. 59 f.

³²¹ Zum sog. Berliner Antisemitismusstreit und dem neu aufkommenden Antisemitismus im frühen deutschen Kaiserreich im Überblick: Trond Berg Eriksen - Hakon Harket - Einhart Lorenz, *Judenhass. Die Geschichte des Antisemitismus von der Antike bis zur Gegenwart*, Göttingen 2019, 301-324; Rolf Kießling, *Jüdische Geschichte in Bayern. Von den Anfängen bis zur Gegenwart (Studien zur jüdischen Geschichte und Kultur in Bayern 11)*, Berlin 2019, 477-481.

bekam nun erstmals Argumente zu hören, die eventuell schon bestehende Vorurteile scheinbar bestätigten.

Demnach sei das unsolide Goldgräber- und Spekulationsfieber der sog. Gründerjahre, aber auch der Ruf nach Demokratisierung und gleichberechtigter politischer Teilhabe dem „deutschen“ Charakter eigentlich fremd, würde aber umso mehr die „jüdische“ Mentalität widerspiegeln, die mit sozialem Aufstieg und bürgerlicher Gleichstellung dieser Minderheit im Vormarsch schien und angesichts ihrer „Betriebsamkeit“ zunehmend den sozialen Frieden störte.³²² Als äußere Symbole für diese Entwicklung galten besonders die nun in vielen Städten errichteten Synagogen – im München war der Baubeginn 1884, die feierliche Eröffnung 1887³²³ –, aber auch die steigende Zahl einwandernder (ost-)europäischer Juden, die das Deutsche Reich als Musterland der Emanzipation betrachteten.³²⁴ Die Ressentiments der meisten Judengegner entsprangen also zu dieser Zeit vor allem einem eher diffusen Gefühl der Abneigung gegenüber sozialen Aufsteigern, die doch traditionell eigentlich außerhalb der Mehrheitsgesellschaft standen und jetzt „plötzlich“ mit ihrer vermeintlichen Anpassungsfähigkeit und Strebsamkeit nach vorne drängten. Diese Stimmungslage sollte sich als besonders fruchtbarer Nährboden für die erneute Konjunktur des Antisemitismus ab ca. 1880 erweisen, erstmals waren in diesem Umfeld freilich auch krude Rassentheorien im Umlauf, die „die“ Juden zu biologischen Fremdkörpern im deutschen Volk erklärten und alle aufkommenden Konflikte nur als weitere Bestätigung für ihre Sichtweise werteten.³²⁵ Dabei waren Kahr wohl beide Deutungsmuster geläufig, wenn er etwa beobachtete, wie der Akademische Gesangverein immer restriktiver gegen die Aufnahme jüdischer Studenten vorging³²⁶ oder aber er selbst die Vorlesungen des Germanisten Michael Bernays nicht mehr besuchte, weil ihm dessen „süßliches, semitisches Wesen“³²⁷ unsympathisch schien. Mit dieser eher beiläufigen Äußerung lässt sich natürlich noch nicht entscheiden, ob Kahr tatsächlich ein überzeugter Antisemit war, ein

³²² Götz Aly, *Warum die Deutschen? Warum die Juden? Gleichheit, Neid und Rassenhass 1800-1933*, Frankfurt am Main 2011, 93-103.

³²³ Kießling, *Jüdische Geschichte*, 464.

³²⁴ Herbert Obenaus, *Zur Migrationsproblematik der Ostjuden in Deutschland*, in: Przemysław Matusik (Hg.), *Migrationsprozesse und gesellschaftlicher Wandel in der Geschichte. Vorträge einer gemeinsamen Konferenz des Instituts für Geschichte der Adam Mickiewicz-Universität Poznań und des Historischen Seminars der Leibniz Universität Hannover*, Poznań 7.- 8. Februar 2006, Poznań 2011, 165-188.

³²⁵ Shulamit Volkov, *Die Juden in Deutschland 1780-1918* (Enzyklopädie Deutscher Geschichte 16), München 2000, 47-53.

³²⁶ Pabst, *Gesangs- und Turnverbindungen*, 329.

³²⁷ Kahr-Erinnerungen, pag. 82.

Grundmisstrauen hatte sich indes auf jeden Fall festgesetzt und äußerte sich von nun an immer wieder in der Rezeption und Adaption judenfeindlicher Klischees.³²⁸

In diesem Sinne bestätigt das Stereotyp vom ehrgeizigen jüdischen Störenfried auch noch einmal das konfliktfrei-harmonische Gesellschaftsideal der Wilhelminer in spe, d. h. die Neigung, innere Eintracht als eine Art politischen Sehnsuchtsort zu definieren und beinahe a priori als positiven Wert für sich zu betrachten.³²⁹ Führt man sich diesen Umstand vor Augen, wird vielleicht auch verständlicher, wie sich ein zwanzigjähriger Student so für das neu-ständische Gesellschaftsbild Wilhelm Heinrich Riehls, eines bereits sechzigjährigen Professors, begeistern konnte. Riehl plädierte im Grundsatz für eine kulturell integrierte, in sich stabile Gesellschaft, die Attraktivität seiner Lehre lag jedoch weniger in solchen eher altbacken wirkenden Forderungen, sondern im damit verbundenen Entwurf eines betont bodenständigen, aber zugleich auch dynamischen Gesellschaftsbildes. Denn im Kontrast zu den meisten traditionsbezogenen Ideologen seiner Zeit legte Riehl auch Denkmodelle und Begriffsinstrumente für eine konservative Konzeption von Wandel bzw. Veränderung vor³³⁰ und zeigte damit all jenen eine Perspektive auf, die sich weder einem satten, fortschrittsgläubigen Liberalismus noch einem im Gestern verhafteten Konservatismus anschließen wollten. Die mit der aktuellen Situation Unzufriedenen wurden stattdessen aufgerufen, die etablierte Fokussierung auf sterile Doktrinen zu überwinden und ihren Fokus endlich wieder auf das angeblich lange kaum beachtete tatsächliche Leben des Volkes zu richten, das als Spiegel der realen Verhältnisse die erhofften Aufschlüsse versprach. Der heute als Gründervater der Volkskunde³³¹ anerkannte Gelehrte versuchte also die selbst diagnostizierten blinden Flecken des tagespolitischen Streits neu auszuloten, indem er einerseits die politische und

³²⁸ Ebd., pag. 99 (Aufkäufer von Bauernhäusern), 374 (Kurgäste in Garmisch), 572, 631 (in Bezug auf Eisner), 1237 (Einfluss auf die Presse).

³²⁹ Doerry, Übergangsmenschen, 48 f.

³³⁰ So die zutreffende Einschätzung Friedhelm Lövenichs, der ansonsten z. T. übermäßig polemisch urteilt: „Riehls Werk bezeichnet jenen historischen Moment, in dem der Konservatismus aus der Defensive des Beharrens in die Offensive des Gestaltens übergeht, sich aber dennoch als Verteidiger des Bestehenden aufspielt“ (Friedhelm Lövenich, Verstaatlichte Sittlichkeit. Die konservative Konstruktion in Wilhelm Heinrich Riehls ‚Naturgeschichte des Volkes‘, Opladen 1992, 59).

Vgl. auch die Einteilung der Analyse in das Gegensatzpaar „Beharren“ und „Bewegung“ (siehe Anm. 335) sowie die Zusammenfassung der Programmatik durch Wilhelm Heinrich Riehl, Die bürgerliche Gesellschaft, Stuttgart / Augsburg 41856, 46: „Je mehr sich der Verfasser dem Einzelstudium des Volkslebens widmete, desto fester wurde er auch in der Überzeugung, daß nur eine auf die so mannigfaltig gearteten Besonderheiten des Volkstums gegründete, das geschichtlich Gegebene reformatorisch weiterbildende Politik die richtige sey. Und für eine solche Politik möchte er auch den Ehrennamen der ‚conservativen‘ beanspruchen.“

³³¹ Ingeborg Weber-Kellermann - Andreas C. Bimmer - Siegfried Becker, Einführung in die Volkskunde / Europäische Ethnologie (Sammlung Metzler 79), Stuttgart u. a. 32003, 49-62; Wolfgang Kaschuba, Einführung in die Europäische Ethnologie, München 22003, 42-45.

wirtschaftliche Modernisierung als in sich berechtigte Tatsache anerkannte, zugleich jedoch auch die große Bedeutung eines stabilen, selbständig gewachsenen sozialen Gefüges betonte, um die destruktiven Potenziale eines oft naiv befürworteten Fortschritts abzumildern. Riehls Überlegungen fußten mithin auf der Überzeugung, dass gerade ein modernes Gemeinwesen nicht allein nach abstrakten Grundsätzen aufgebaut werden könne, stattdessen gelte es mindestens ebenso sehr, die herrschende Ordnung den gesellschaftlichen Verhältnissen anzunähern und so auch die Kräfte des sozialen Zusammenhalts zu stärken. Er plädierte daher dafür, die Gesellschaft als in sich autonome Sphäre anzuerkennen, die nicht einfach nach Belieben umgestaltet werden könne, sondern vielmehr ein in sich gegliedertes Gefüge von Sozialformationen darstelle, die er jedoch nicht als Schichten oder Milieus, sondern mit dem symbolisch aufgeladenen Begriff der Stände bezeichnete – ohne sich dabei in eine direkte Kontinuität zu den historischen, korporativ verfassten Standesverbänden der Frühen Neuzeit zu stellen.³³² Die Wortwahl war natürlich kein Zufall: Denn hier ging es nicht nur um eine Zustandsbeschreibung der aktuellen Gesellschaft, die „natürlichen“ Stände Riehl'scher Prägung blickten vielmehr auf eine lange Vergangenheit zurück und hatten über Jahrhunderte eigene ökonomisch-kulturelle Lebensorientierungen – d. h. ständische „Sitte“³³³ – ausgebildet, die ihre soziale Natur wie eine zweite Haut umhüllten, jedoch nicht unabänderlich determinierten. Denn nach der Vorstellung des organischen Wandels³³⁴ wirkten sich Veränderungen der historischen Umstände sehr wohl auf das Zusammenleben der Menschen aus und führten ganz von selbst zu einer Anpassung der ständischen Gepflogenheiten, freilich nur schrittweise und nicht im gleichem Takt: Gingen das Bürgertum und der relativ junge vierte Stand in ihrem charakteristischen Vorwärtstreben in dieser Perspektive meist voran, ließen sich die „Stände des

³³² Vgl. die wohl kompakteste Definition der Stände bei Riehl, *Bürgerliche Gesellschaft*, 343 f.: „Unter den natürlichen Ständen denke ich mir die wenigen großen Gruppen der Gesellschaft, welche nicht nur durch den Beruf, sondern durch die aus der Arbeit erwachsene Sitte und Lebensart, durch ihre ganze naturgeschichtliche Erscheinung, durch das Princip, welches sie in der geschichtlichen Fortbildung der Gesellschaft vertreten, unterschieden sind.“

³³³ Der Terminus „Sitte“ ist ein weiteres Beispiel für den Mechanismus der an symbolisch aufgeladenen Worten anknüpfenden Begriffsbildung bei Riehl, vgl. Jasper von Altenbockum, *Wilhelm Heinrich Riehl 1823-1897. Sozialwissenschaft zwischen Kulturgeschichte und Ethnographie* (Münstersche historische Forschungen 6), Köln u. a. 1994, 94-101.

³³⁴ Vgl. die entsprechenden Formulierungen „organische Gesamtpersönlichkeit des Volkes“, „organische Gesellschaftszustände“, „organische Gemeindeverfassung“, „organisches politisches Leben“ (Wilhelm Heinrich Riehl, *Land und Leute*, Stuttgart 1867, 38, 63, 107, 278).

Allgemein zur Bedeutung und Langlebigkeit dieses Diskurses: Ursula Häußler, *Politik als Naturlehre. Zur Organologiemetapher in den politischen Philosophien des Vormärz. Eine historische Diskursanalyse*, Diss. Berlin 2005; Karin Böke - Frank Liedtke - Martin Wengeler (Hg.), *Politische Leitvokabeln in der Adenauer-Ära* (Sprache - Politik - Öffentlichkeit 8), Berlin / New York 1996, 488 (Registereinträge zum Begriff „organisch“).

Beharrens“, d. h. die Bauernschaft und der Adel, in der Regel deutlich mehr Zeit und modifizierten die eigene Lebensart eher im Rhythmus von Generationen.³³⁵

Nun konnten auch viele liberale Reformer vom sprichwörtlichen Starrsinn der Bauernschaft ein Lied singen, während sie dieser vermeintlich reaktionären Verstocktheit jedoch mit Aufklärung und evtl. auch mit sanftem Zwang entgegenwirken wollten, warnte Riehl nachdrücklich vor solchen Eingriffen mit der „barbarische[n] Hand“³³⁶, die vielleicht gut gemeint waren, aber tatsächlich nur zu leicht das empfindliche soziale Gleichgewicht ins Wanken brächten und deshalb immer wieder Kollateralschäden nach sich ziehen würden.³³⁷ Im schlimmsten Fall, vor allem bei fortgesetzten Deformationen der lange gewachsenen Sitte, könnte es sogar zum moralischen Verfall von Teilen der Gesellschaft kommen, wofür etwa die Figuren des „entarteten Bauers“ oder des „socialen Philisters“ standen.³³⁸ Als Vorbedingung für eine zielführende Politik war der verantwortungsbewusste „conservative Staatsmann“³³⁹ deshalb aufgerufen, die Naturgesetze des Volkslebens gründlich zu studieren und auf Basis dieser Erkenntnisse behutsame Schritte einzuleiten, um die Bauern und Bürger „von guter Art“³⁴⁰ mit der Moderne zu versöhnen.³⁴¹ Riehl verstand seine Lehre also nicht nur als wissenschaftliches Analyseinstrument, sondern auch als Grundlage für eine neue Staatswissenschaft³⁴², die den Weg zu einer sozial eingebetteten, von breiter Akzeptanz getragenen und wieder mit wahrer Autorität versehenen Politik ebnen sollte.

Diese bemerkenswerte „Bedienungsanleitung für [eine] konservative Integration der modernen Gesellschaft“³⁴³ passte ganz zum bereits skizzierten Lebensgefühl der

³³⁵ Die entsprechende Einteilung der Stände („Mächte des Beharrens“; „Mächte der Bewegung“) bildet die Grundlage der Analyse in Riehl, *Bürgerliche Gesellschaft*, IX f. (Inhaltsverzeichnis); vgl. Altenbockum, Riehl, 153-188.

³³⁶ Riehl, *Bürgerliche Gesellschaft*, 213.

³³⁷ Lövenich, *Verstaatlichte Sittlichkeit*, 123-128.

³³⁸ Zur Definition dieser „sozialen Krankheitsformen“: Florian Simhart, *Bürgerliche Gesellschaft und Revolution. Eine ideologiekritische Untersuchung des politischen und sozialen Bewußtseins in der Mitte des 19. Jahrhunderts*, dargestellt an einer Gruppe des Münchner Bildungsbürgertums (*Studien zur Bayerischen Verfassungs- und Sozialgeschichte IX*), München 1978, 173-177 (Zitat 176).

³³⁹ Riehl, *Bürgerliche Gesellschaft*, 110.

³⁴⁰ Ebd., IX f. (Inhaltsverzeichnis)

³⁴¹ Altenbockum, Riehl, 203-208. Vgl. in diesem Sinne etwa: „Der Bauer läßt sich eine Neuerung durchaus nicht jählings aufladen, er will sich bedächtig in dieselbe einleben, und wenn man ihn für das constitutionelle Staatswesen reif machen will, dann muß man Sorge tragen, daß dessen Formen nach und nach in seine Sitte übergehen und so ihm schließlich selber zur Sitte werden.“ (Riehl, *Bürgerliche Gesellschaft*, 103)

³⁴² „Das Studium des Volkes sollte aller Staatsweisheit Anfang seyn und nicht das Studium staatsrechtlicher Systeme.“ (Riehl, *Bürgerliche Gesellschaft*, 30). Vgl. in diesem Zusammenhang die Debatte um die Eingliederung Riehls in die staatswissenschaftliche Fakultät der Universität München: Simhart, *Bürgerliche Gesellschaft*, 162.

³⁴³ So die Formulierung bei Lövenich, *Verstaatlichte Sittlichkeit*, 18.

Kulturkritiker und das umso mehr, als der noch von Maximilian II. berufene Riehl³⁴⁴ die anziehende Aura des lange verkannten, nun aber endlich von der Jugend gehörten Propheten ausstrahlte: Denn schienen die 1860er und 1870er Jahre schon über das Programm der „Naturgeschichte des (deutschen) Volkes“³⁴⁵ hinweggegangen zu sein, führte die Krise des etablierten Gründer-Liberalismus jetzt zu einer ersten Riehl-Renaissance in den Hörsälen.³⁴⁶ Noch Jahrzehnte später berichtete deshalb auch Gustav von Kahr ganz begeistert von den Vorlesungen des „alten Meisters“ Riehl, der seine Zuhörer „in die tiefen Brunnenstuben des Volkstums“ hinab geführt und dabei immer wieder den Wert der „unverfälschten Verbindung des Menschen mit der Natur“ hervorgehoben habe – als Kontrastprogramm zur trügerischen „Anhäufung von Gütern und Reichtum“ sowie den Verlockungen des Stadtlebens.³⁴⁷

Im Rückblick betrachtet, geht es deshalb sicherlich nicht zu weit, wichtige Prämissen der späteren Heimatschutzbewegung auf diese Programmatik zurückzuführen, zumal einige spätere Mitstreiter Kahrs auch von Riehl-Vorlesungen berichten konnten oder sich auf das Erbe dieses Vordenkers beriefen.³⁴⁸ Der Stolz und die Wertschätzung der „engeren“ Heimat, die den nationalen Patriotismus entsprechend ergänzte, gehörte somit ohne Zweifel zu den politischen Grundüberzeugungen des Studenten Kahr und machte ihn um 1900 zum idealen Ansprechpartner der Pioniere des sog. Heimatschutzes.

³⁴⁴ Hierzu: Wolfram Siemann, „Stets bemüht, meine neue Heimat hochzuhalten“. Der Kulturhistoriker Wilhelm Heinrich Riehl (1823-1897), in: Ulrike Leutheusser - Heinrich Nöth (Hg.), „Dem Geist alle Tore öffnen“. König Maximilian II. von Bayern und die Wissenschaft, München 2009, 117-129.

³⁴⁵ Riehl setzte sich das Ziel, eine „Naturgeschichte des Volkes als Grundlage einer deutschen Social-Politik“ zu erarbeiten und veröffentlichte unter diesem Reihen-Titel vier seiner bekanntesten Schriften: Die bürgerliche Gesellschaft (1851), Land und Leute (1854), Die Familie (1855), Wanderbuch (1869). Später wurden die Bücher wiederholt unter dem leicht abgewandelten Titel „Naturgeschichte des deutschen Volkes“ neu aufgelegt.

Vgl. zu den ideologischen Implikationen: Daniel Mollenhauer, „Den Volksgeist beschwören“. Wilhelm Heinrich Riehls „Wissenschaft vom Volke“ und die Konstruktion eines deutschen 'Nationalcharakters', in: Michael Einfalt u. a. (Hg.), Konstrukte nationaler Identität. Deutschland, Frankreich und Großbritannien, 19. und 20. Jahrhundert (Identitäten und Alteritäten 11), Würzburg 2002, 155-169.

³⁴⁶ Dies wird in der Rezeptionsgeschichte kaum erwähnt (Lövenich, Verstaatlichte Sittlichkeit, 28-39; Simhart, Bürgerliche Gesellschaft, 190-199), allerdings liegen hierzu mehrere Zeugnisse vor – neben Kahr oder Christian Frank auch in den Erinnerungen Alfred Neumeyers, pag. 20 (Leo Baeck Institute Archives, ME 471) oder Borries' von Münchhausen (zitiert bei: Heinz-Siegfried Strelow, Wilhelm Heinrich Riehl (1823-1897), in: Bernd Heidenreich (Hg.), Politische Theorien des 19. Jahrhunderts, Berlin 2014, 193-206, hier: 193).

³⁴⁷ Kahr-Erinnerungen, pag. 82.

³⁴⁸ Zur Riehl-Begeisterung des Kaufbeurer Heimatschutz-Pioniers Christian Frank siehe Anm. 475, auch der Vorsitzende des Vereins für Volkskunst und Volkskunde, Julius Maria Groeschel, berief sich in einem programmatischen Artikel zum Heimatschutz („Was wir wollen!“ in: Volkskunst und Volkskunde 6 (1908), 13-16) auf die Grundsätze Riehls.

4. Erste Anstellung und Heirat: Der Übergang in eine selbständige Existenz

Das klingt im Prinzip eindeutig, macht es zum Ende dieses Überblicks allerdings auch nicht leichter zu entscheiden, was dies für den eifrigen Schüler Riehls selbst konkret bedeutete. Fühlte sich Kahr nun in erster Linie als stolzer Franke bzw. Sohn der ehem. Reichsstadt Weißenburg oder hatte er schon das Selbstverständnis eines Münchners und Altbayers angenommen? Spricht das 1932/33 erstellte Photoalbum, das von späteren Bildern der Alpen und der Landeshauptstadt voll ist³⁴⁹, für seine Zeit eine sehr klare Sprache, muss hingegen offen bleiben, wann und wie schnell diese emotionale Konversion zum Altbayern vonstattenging: Die Familie Kahr war ja, wie gesagt, erst 1877 nach München gezogen und fühlte sich ohne Zweifel vor allem der staatlichen Beamtenelite und weniger dem alteingesessenen Stadtbürgertum zugehörig. Es spricht deshalb viel dafür, dass auch Kahr jun. nicht sofort zum überzeugten Münchner mutierte, sondern sich erst mit der Zeit zum in der Stadt verwurzelten „Einheimischen“ wandelte. Die Verlobung zu Weihnachten 1888 leistete hierzu übrigens keinen Beitrag: Der frisch gebackene Staatskonkurs-Absolvent hatte sich nämlich kein „Münchner Kindl“ zur Gattin ausgewählt, sondern wollte mit Gabriele Schübeck die im brandenburgischen Prenzlau geborene Tochter eines zuletzt in Köln diensttuenden bayerischen Zollinspektors³⁵⁰, der 1886 verstorben war, zum Altar führen. Als Verwandte des Weißenburger Kollegen Richstein³⁵¹ waren die Schübecks auch protestantisch, die konfessionelle Familientradition blieb also auch in der altbayerischen Diaspora gewahrt. Wie es das Herkommen in vielen Beamtenfamilien verlangte, hing der Termin der Hochzeit nun von der ersten festen Anstellung des zukünftigen Ehemanns ab, Kahr musste also noch den sog. Akzeß, d. h. den obligatorischen Vorbereitungsdienst an einer Kreisregierung³⁵² durchlaufen. Es wird nicht mehr überraschen, dass er auch diese Etappe in München, also bei der Regierung von Oberbayern, verbrachte, zumal der frühere Vorgesetzte des Vaters, der ehem. Innenminister Sigmund von Pfeufer, der Behörde

³⁴⁹ Kahr, Mein Lebenslauf (1933), passim (darin u.a. der Enkelsohn in Lederhosen).

³⁵⁰ Zu Gustav Schübeck: BayHStA, Zollakten 9360.

³⁵¹ Albrecht Richstein, früher Bezirksamtsassessor in Weißenburg (1862-1870), seit 1884 Rat am Verwaltungsgerichtshof (Festschrift zur Feier des fünfzigjährigen Bestehens des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs, VIII, Nr. 13) und damit Kollege von Gustav von Kahr sen., war der Schwiegersonn von Gabriele Schübecks Großvater Sigmund Schübeck; zwischen den beiden Familien bestand also schon seit Kahrs Jugend Kontakt. Vgl. Kahr-Erinnerungen, pag. 90.

³⁵² Scharf, Staatsdiener auf Außenposten, 139-141.

inzwischen als Präsident vorstand.³⁵³ Der geprüfte Rechtspraktikant bzw. Regierungsakzessist verfasste nun also Konzepte für die Referenten, nahm mit beratender Stimme an den Kollegialsitzungen teil und stand bei allen zeitlichen und personellen Engpässen als Aushilfe bereit – bis im Mai 1890 die freudig erwartete Nachricht eintraf: Der Versetzungsbescheid an das Bezirksamt Erding³⁵⁴ machte Kahr zum Bezirksamtsassessor und etatmäßigen Staatsbeamten, d. h. zum gemachten Mann, der jetzt auch ganz offiziell um die Hand seiner Verlobten anhalten konnte. Das Jahr 1890 markierte somit eine wichtige biographische Zäsur, indem es die lange Zeit der Ausbildung und Vorbereitung endgültig abschloss und den Übergang in ein sozial und beruflich selbständiges Leben mit eigener Familie besiegelte. Am 29. Juli 1890 war es schließlich soweit und Gustav Kahr heiratete seine Verlobte Gabriele Schübeck; oder wie er es auf dem anschließenden Festbankett selbst in Worte fasste: „Nun lichten wir die Anker, und fahren auf die hohe See. Gebe Gott eine glückliche Fahrt.“³⁵⁵

³⁵³ Zur Person: Andrea Schwarz, Sigmund Freiherr von Pfeufer, Regierungspräsident von Oberbayern 1881-1894, in: Stephan Deutinger - Karl-Ulrich Gelberg - Michael Stephan (Hg.), Die Regierungspräsidenten von Oberbayern im 19. und 20. Jahrhundert, München ²2010, 177-183.

³⁵⁴ Versetzungsbescheid: Prinzregent Luitpold an Staatsministerium des Innern vom 4.5.1890 in MInn 84 009.

³⁵⁵ Abbildung des Typoskripts der Tischrede Kahrs in: Kahr, Mein Lebenslauf (1933), pag. 78.

III. Der aufstrebende Staatsdiener

Der frisch vermählte Kahr stach, wie er es selbst formulierte, also mit viel Zuversicht und Gottvertrauen in die hohe See der Ehe³⁵⁶; ließ sich das private Glück jedoch nur erhoffen, gab es jetzt schon durchaus gute Gründe, um mit Optimismus in die berufliche Zukunft zu blicken.

Denn legte der gute Staatskonkurs das hierfür unentbehrliche Fundament, durften von nun an vor allem die Schnelligkeit und der Rhythmus der darauffolgenden Beförderungen als Maßstab für die persönlichen Karriereaussichten gelten – und auch in dieser Hinsicht war die erste aussagekräftige Wegmarke bereits passiert: Musste ein geprüfter Rechtspraktikant um 1890 nämlich etwa zwei bis drei Jahre bis zur ersten regulären Anstellung warten³⁵⁷, hatte Kahr die Ernennung zum Bezirksamtsassessor schon nach knapp eineinhalb Jahren erhalten und damit die meisten Kollegen des Prüfungsjahrgangs 1888 erstmals überflügelt. Stand der Berufseinstieg also unter positiven Vorzeichen, wiederholte sich das Prinzip der im Optimalfall relativ kurzen Avancement-Intervalle nun immer wieder, freilich zählte, je weiter man fortschritt, nicht mehr allein der formelle Akt und das Tempo der Beförderungen, sondern zunehmend auch, auf welchen Dienstposten man vorrücken durfte. Die erste entsprechende Weichenstellung ließ dabei nicht lange auf sich warten, sondern folgte in Bayern unmittelbar auf die für fast alle Beamte der inneren Verwaltung obligatorische Station des Bezirksamtsassessors: Denn zogen viele Kandidaten danach erst einmal an ein größeres Bezirksamt weiter, erhielten gut bewertete Nachwuchskräfte jetzt das Angebot, in den sog. Kollegialdienst bei einer Kreisregierung überzutreten; als besondere Auszeichnung galt indes die direkte Berufung in ein Ministerium, wo die Auserwählten – zu denen Kahr 1895 zählte – eine Tätigkeit als Referatsmitarbeiter erwartete.³⁵⁸

Die erste zukunftsweisende Klassifikation des Beamtennachwuchses erfolgte damit relativ früh, in aller Regel liefen die Karrierewege später allerdings noch einmal bei der Station eines Bezirksamtsvorstandes zusammen, die mit ihrer vielgestaltigen, auf einen kleinen Raum konzentrierten Aufgabenfeldern als besonders geeignet galt, höheren Beamten erstmals eine weitgehend eigenständige Position zu übertragen.³⁵⁹ An dieser

³⁵⁶ Ebd. (Zitat aus der Hochzeitsrede).

³⁵⁷ Scharf, Staatsdiener auf Außenposten, 142 f.

³⁵⁸ Ebd., 152-155.

³⁵⁹ Ebd., 155 f.

Stelle angelangt, trennten sich die Wege der Kollegen dann jedoch sehr bald und endgültig: Denn blieb ein Teil der Beamten nun auf eigenen Wunsch oder angesichts einer ausbleibenden Berufung dauerhaft im sog. Außendienst, kehrten andere nach relativ kurzer Zeit wieder in die Kreisregierung oder ans Ministerium zurück, um dort als Regierungsrat eines oder mehrere Referate zu übernehmen.³⁶⁰ Die daran anschließenden Beförderungen zum Oberregierungs- und Ministerialrat zogen meist keinen Wechsel der Dienststellen mehr nach sich, da ein guter Sachreferent über möglichst detaillierte Kenntnisse seines Arbeitsgebietes verfügen sollte, die man sich nicht zuletzt durch langjährige Praxis erwarb. Erst etwaige Beförderungen in höchste Funktionen, d. h., etwa zum Regierungsdirektor oder zum Staatsrat, bedeuteten dann wieder einen tieferen Karriereeschnitt, um solche Sphären soll es hier freilich noch nicht gehen.

Das zweite Kapitel hält sich stattdessen weiterhin an die chronologische Abfolge der Ereignisse und beschäftigt sich deshalb mit den nun folgenden Jahren Kahrs als Assessor, Hilfsreferent und Bezirksamtmann, die er – wie schon gesagt – zunächst in Erding und ab 1895 im Staatsministerium des Inneren verbrachte, ehe er zwischen 1900 und 1902 als Vorstand des Bezirksamtes Kaufbeuren wirkte. Kahr benötigte also insgesamt zwölfteinhalb Jahre, um bis zur Stufe des Ministerialreferenten vorzudringen und konnte sich damit abermals vor den meisten Kollegen auszeichnen; die statistische Gegenüberstellung zu Beginn des anschließenden Kapitels wird diesen Vorsprung präzise dokumentieren.³⁶¹ Liegt die Bedeutung dieser frühen Karriereetappen, in denen sich Kahr offenbar für höhere Aufgaben empfahl, somit auf der Hand, bleibt im Rückblick allerdings trotzdem nichts anderes übrig, als sich mit einem recht groben Bild dieser Zeit zu begnügen: Denn da Kahr als junger Assessor weder über größere Entscheidungsgewalt noch über eine eigenständige Zeichnungsbefugnis verfügte, lässt sich sein Wirken in der Überlieferung auch nur selten präzise greifen und meist nur allgemein beschreiben; die Szenerie ändert sich erst in Kaufbeuren, als Kahr die neue Aufgabe mit viel Elan anging und in kurzer Zeit einiges in Bewegung setzte. Abgesehen von dieser letzten Phase ist es jedoch nur möglich, Rahmenbedingungen und Tätigkeitsprofile des Wirken Kahrs in einigen Grundzügen zu rekonstruieren und den Protagonisten bei zwei stärker hervorstechenden Ereignissen etwas näher zu beobachten.

³⁶⁰ Ebd.

³⁶¹ Siehe das Kapitel IV 1.3. („In der Kohorte: Lebenswege im Vergleich“)

1. Alles beginnt in Erding: Berufseinstieg am Bezirksamt

1.1 Der Bezirk Erding im Umbruch

In diesem Sinne liegt es dann auch nahe, nicht direkt mit dem Dienstantritt Kahrs in Erding fortzufahren, sondern zunächst einen Blick darauf zu werfen, welche Aufgaben und Bedingungen ihn dort erwarteten. Sollen daher erst kurz die Verhältnisse vor Ort zur Sprache kommen, genügt ein Griff zur Landkarte, um die vorwiegend agrarische Struktur als Hauptcharakteristikum des im Vergleich recht großen³⁶² Bezirksamtes Erding zu identifizieren: Zwar residierte die Behörde und ihre Beamten in einer vor 1230 angelegten Wittelsbachischen Gründungsstadt, abgesehen davon war der Bezirk jedoch stärker ländlich geprägt und verfügte nur über kleinere Zentralorte wie Dorfen, Taufkirchen oder Isen, die sich kaum von ihrer Umgebung abhoben und selbst keine Städte waren. Im Westen bildete ein ausgedehntes Moor- und Sumpfgebiet außerdem eine natürliche Verkehrsbarriere zur Haupt- und Residenzstadt München, was ebenfalls zur relativen Abgeschiedenheit Erdings beitrug; passend hierzu tendierte die Region traditionell auch stärker ins sog. Unterland, d. h. nach Niederbayern, dem das frühere Landgericht noch bis 1808 angehört hatte.³⁶³ Im 19. Jahrhundert hielt die Moderne allerdings auch in Erding und Umgebung zunehmend Einzug: Verfügte die Stadt seit 1872 über den energisch eingeforderten Bahnanschluss nach München, schritt jetzt auch die Erschließung des großen Erdinger Moores spürbar voran, während sich mit Torfverwertung und Lodenproduktion auch erste Industrien in der Gegend etablierten.³⁶⁴ Die Gemeinden reagierten entsprechend auf den einsetzenden Strukturwandel und versuchten bessere Bedingungen für den Verkehr und die Ansiedlung von Unternehmen zu schaffen.

Hält man sich nun die umfassenden Zuständigkeiten eines Bezirksamtes vor Augen, wird schnell deutlich, dass mit den unübersehbaren Veränderungen in Stadt und Land auch viel Arbeit auf die Behörde zukam: Denn erfüllten die Ämter mit der Ordnungs- und Gesundheitspolizei oder der Schulpflege zuallererst staatliche Grundfunktionen, waren sie gleichermaßen mit Infrastrukturentwicklung, Bau- und Gewerbeaufsicht oder dem Versicherungswesen befasst und deshalb immer wieder gefragt, wenn es darum ging, den Bezirk für die Zukunft vorzubereiten.³⁶⁵ Es ist deshalb nicht besonders überraschend, dass

³⁶² Hof- und Staatshandbuch 1886, 361 (mit Flächenangabe).

³⁶³ Vgl. hierzu eingehend: Susanne Herleth-Krentz - Gottfried Mayr, Das Landgericht Erding (Historischer Atlas von Bayern, Reihe Altbayern 58), München 1997.

³⁶⁴ Andreas Kraus, Erding. Stadt mit vielen Gesichtern (Bayerische Städtebilder), Erding 1997, hier v.a. 82-92.

³⁶⁵ Zum Wirkungsbereich der Bezirksämter siehe Anm. 461.

der Geschäftsbetrieb in der Behörde inzwischen so stark anwuchs, dass auch die Regierung von Oberbayern einen erhöhten Personalbedarf anerkannte und 1890 erstmals einen zweiten Assessor für das Bezirksamt bestellte³⁶⁶ – der Moment für Kahrs Versetzung und Beförderung war damit gekommen.

1.2 Ein lückenhaftes Bild: Tätigkeitsprofile des Assessors Kahr

Der bisherige Regierungsakzessist konnte also zügig in den Außendienst wechseln, die Betrauung des Amtes mit der neu geschaffenen Assessorenstelle bedeutete freilich auch, dass die endlich bewilligte Arbeitskraft schon sehnsüchtig erwartet wurde und sogleich einen erheblichen Teil der anfallenden Aufgaben übernehmen sollte; eine Eingewöhnungszeit war unter diesen Umständen kaum vorgesehen. So von Anfang an in Anspruch genommen, blieb es dann auch nicht aus, dass Kahr, dem „fast jede Sache völlig neu“³⁶⁷ schien, in den ersten Wochen doch etwas zu kämpfen hatte und eine gewisse Zeit benötigte, um den Überblick zu gewinnen; zwei überlieferte Briefe³⁶⁸ nach dem erstmaligen Auszug aus dem Münchener Elternhaus sind hier durchaus ein beredtes Zeugnis. Weiteren, wenn auch angenehmen Stress erzeugten gleichzeitig die privaten Weichenstellungen des Jahres 1890: Denn nach dem Umzug, den Hochzeitsvorbereitungen und der Trauung am 29. Juli standen direkt Flitterwochen in Italien an, ehe die frisch vermählte Gattin bereits im Herbst erstmals schwanger wurde und im Juni 1891 die Tochter Ella zur Welt brachte.³⁶⁹ Der viel beschäftigte Ehemann und angehende Familienvater war deshalb sicherlich erleichtert, als Assessorenkollegen ausgerechnet auf Ferdinand Englert, einen gut befreundeten AGVM-Bundesbruder, zu treffen, der schon zwei Jahre vor Ort war und stets hilfsbereit zur Seite stand. Englert machte Kahr entsprechend zügig mit Verwaltungspraxis und Geschäftsgang vertraut, führte den

³⁶⁶ Der Versetzungsbescheid (Prinzregent Luitpold an Staatsministerium des Innern vom 4.5.1890; Minn 84 009) erwähnt ausdrücklich, dass dem Bezirksamt Erding nun ein zweiter Assessor „beigegeben“ wird.

³⁶⁷ Zitat aus dem ersten Schreiben Kahrs an seine Eltern nach dem Umzug nach Erding vom 17.5.1890 (Privatnachlass Kahr, Familienkorrespondenz).

³⁶⁸ Ein zweiter Brief Kahrs an seine Mutter vom 19.5.1890 (Privatnachlass Kahr, Familienkorrespondenz) schildert den Tagesablauf des neu ernannten Assessors: „Mein Lebenslauf ist jetzt ein sehr regelmäßiger. Früh 5 1/2 Uhr stehe ich auf und studiere Gesetze, um 1/2 8 Uhr gehe ich auf's Bureau, bleibe dort bis 1/2 1 Uhr, dann wird gegessen, etwas Zeitung gelesen und 2-6 1/2 Uhr wieder geschant. Hierauf folgt ein kleiner Spaziergang in die Felder, dann ein Maß Bier auf dem Keller, alles in Gesellschaft der beiden Praktikanten, und um 10 Uhr wird zu Bett gegangen.“

³⁶⁹ Kahr, Mein Lebenslauf (1933), pag. 82-84. Die am 19. Juni 1891 ausgestellte Geburtsurkunde für die drei Tage zuvor geborene Tochter Ella Kahr befindet sich im Privatnachlass Kahr, Dokumente.

Freund aber auch in den Kreis der Erdinger Beamtenschaft ein, der sich regelmäßig zu einer Turnstunde, aber auch zum Stammtisch im Wirtshaus traf.³⁷⁰

Nach kleinen Anfangsschwierigkeiten fand sich der neue Bezirksamtsassessor deshalb schnell in seiner neuen Umgebung zurecht und konnte sich mit aller Kraft seinen Referaten widmen, die mit Sicherheitspolizei, Gesundheits- und Veterinärwesen, Bau- und Gewerbeaufsicht sowie Wasserrecht und Kulturunternehmungen³⁷¹ eine breite Palette von Aufgaben bereit hielten; außerdem versah Kahr noch den Dienst eines Staatsanwaltes am Amtsgericht Dorfen, musste also etwa jede zweite Woche zum regulären Gerichtstag in den Süden des Bezirkes reisen.³⁷² Der Arbeitsalltag an den anderen Werktagen spielte sich demgegenüber mit den regelmäßigen Tiermusterungen, Impfkontrollen, Betriebsprüfungen oder Versammlungsaufsichten schrittweise ein; so viel lässt sich diesbezüglich wohl auch ohne weitergehende Überlieferung feststellen. Ebenso interessant erscheint freilich, dass auch bald spezielle Tätigkeitsschwerpunkte und Eigeninitiativen des Bezirksamtsassessor Kahr greifbar werden, die auch vom Behördenvorstand, Regierungsrat Bachmaier, positiv vermerkt wurden³⁷³ und dem Protagonisten in dieser Zeit etwas mehr Profil verleihen.

1.2.1 Trockenlegung des Erdinger Moores

So trieb Kahr als Inhaber des Referats für Kulturarbeiten die Trockenlegung und Urbarmachung des Erdinger Moores voran, wobei es Ende des 19. Jahrhunderts vor allem darum ging, nach mehreren partiellen Anläufen eine systematische Erschließung des Ödlandes durchzuführen und auch bisher abgelegene Gebiete neu zu erschließen.³⁷⁴ Die Zielperspektive einer völligen Beseitigung des früher sehr ausgedehnten, inzwischen aber

³⁷⁰ Kahr schildert in seinen Schreiben vom 17. und 19.5.1890 (siehe Anm. 367 und 368) die Unterstützung Englerts. Zur Biographie von *Ferdinand Englert* (1862-1935) vgl. den Personalakt MInn 64 203 sowie die im Nachlass Ludwig Englert (Monacensia, LE D 16) gesammelten Veröffentlichungen zu dessen Vater.

³⁷¹ Kahr, *Mein Lebenslauf* (1933), pag. 9.

³⁷² Kahr erinnerte sich hierbei gerne an die Gerichtssitzungen mit dem als besonders volksnah bekannten Oberamtsrichter Johann Baptist Cantler, vgl. *Kahr-Erinnerungen*, pag. 103 f. Zu Cantler erschien noch 1969 ein kleines Buch: Karl Riss, *Der Schalk in der Richterrobe. Eine Lebensbeschreibung des Erdinger Oberamtsrichters Johann Baptist Cantler (1822-1919)*, Erding 1969.

Mit Verweis auf die regelmäßige Abordnung eines Assessors zu den Schöffengerichtsverhandlungen (24 Tage im Jahr) und die relativ große Entfernung zur Stadt Erding beantragte der Markt Dorfen 1904 sogar die Errichtung eines eigenen Bezirksamtes vor Ort, vgl. *Verh. Landtag 1903/04*, Bd. XII, 573.

³⁷³ Vgl. die jährlichen Qualifikationslisten und den Inspektionsbericht Graf Fuggers vom 1.6.1894 (MInn 84 009): „Regierungsrat Bachmaier hält dafür, daß Kahr auch in der Verwaltung in allen Rubriken die Note I verdient, die er auch als Amtsanwalt von dem K. Oberstaatsanwalt erhalten hat. Daß der ungemein fleißige und dabei so bescheidene Beamte jetzt schon die Befähigung für den Collegialdienst besitzt, steht außer Zweifel. Kahr, der sehr viel Initiative besitzt, ist sehr stark und auf das vielseitigste beschäftigt.“

³⁷⁴ Hans Oskar Diener, *Geschichte der Besiedelung und Kultivierung des Erdinger Moores* (Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte 7), München 1932.

schon spürbar geschrumpften Moores wurde also zunehmend konkret, eine solch einschneidende Umgestaltung der Landschaft löste jedoch auch Widerstände und Skepsis aus. Beispielsweise lehnten die bereits ansässigen, meist in kärglichen Verhältnissen lebenden Torfstecher und Viehhirten eine weitere Erschließung oft ab, da sie durchaus zu Recht die Verdrängung durch wohlhabendere Landwirte und Grundbesitzer befürchteten. Manche Gemeinde zeigte ebenfalls nur wenig Interesse daran, neue Moorsiedlungen oder Straßen anlegen zu lassen – am Ende holte man sich vielleicht die Konkurrenz mit fleißigen Kolonisten selbst ins Haus oder verlor die zentrale Funktion im örtlichen Wegenetz.

Angesichts dieser Umstände präsentierte sich die Trockenlegung des Erdinger Moores deshalb sicherlich als fordernde und zugleich reizvolle Aufgabe für einen jungen Verwaltungsbeamten, der seine Initiative und Tatkraft unter Beweis stellen wollte. Entsprechend energisch ging Kahr ans Werk und veranlasste nach eigener Darstellung in nur fünf Jahren die Gründung von 25 Kulturgenossenschaften³⁷⁵, d. h. entschied sich dafür, die Urbarmachung zum Gemeinschaftsunternehmen zu machen; jeder Anrainer konnte sich mit dem Kauf von Anteilen beteiligen. Der Bezirksamtsassessor versuchte also, die örtliche Bevölkerung so weit wie möglich in das Projekt mit einzubeziehen, musste dann freilich auch sein Verhandlungsgeschick unter Beweis stellen, wenn es darum ging, mit den Interessenten die Parzellierungen oder Entwässerungspläne festzulegen; dies gelang wohl auch meistens, eine besonders turbulente Sitzung konnte am Ende allerdings nur unter Polizeischutz fortgesetzt werden.³⁷⁶ Darf man Kahr hier glauben – und der gute Fortschritt der Kultivierung spricht dafür – zahlte sich der betriebene Aufwand jedoch bald aus und manches lange umstrittene Vorhaben wurde nun angepackt und vollendet; die Dienstreisen boten deshalb immer öfter die angenehme Gelegenheit, die Ergebnisse der eigenen Bemühungen vor Ort in Augenschein zu nehmen.

1.2.2 Bekämpfung von „Landstreichern“ und „Zigeunern“

Ein zweiter, mindestens ebenso wichtiger Punkt auf der Agenda des jungen Assessors war dem Bereich Sicherheitspolizei zuzurechnen: Denn Kahr gab von Anfang an das Ziel

³⁷⁵ Kahr, Mein Lebenslauf (1933), pag. 9. Ein auf den 1.6.1894 datierter Inspektionsbericht der Regierung von Oberbayern (MInn 84 009) listet in diesem Zusammenhang als aktuelle Tätigkeit des Assessors Kahr auf: „Entwässerung des Langenpreisinger Moores; Entwässerung des Ober- und Niedererdinger Torfmoores [...] Anordnungen für die Torfsticharbeiten im Erdinger Moos; Fluss- und Bachbereinigungen“.

³⁷⁶ Kahr-Erinnerungen, pag. 107.

aus, im Bezirk Erding hart gegen sog. Zigeuner und Landstreicher vorzugehen, um Bevölkerung und Gemeinden vor Bettel und sonstigen Belästigungen zu schützen wie auch die Rückzugsorte der „Vagierenden“³⁷⁷ im Moos möglichst zu beseitigen. Eine in diesem Sinne intensivierete polizeiliche Überwachung sollte außerdem dazu beitragen, unschuldig in Not geratene Menschen von der eigentlichen Zielgruppe zu scheiden, d. h. die Arbeitswilligen von der Straße zu holen und so den nicht kooperativen, vermeintlich obstinaten Vaganten fortan jedes Alibi zu nehmen.³⁷⁸ Im Distrikt Erding kam es daher innerhalb kurzer Zeit zu einer Neuorientierung beim behördlichen Umgang mit sog. Zigeunern: Zogen sich viele Bezirksämter nämlich gerne auf das St.-Florians-Prinzip zurück und taten alles dafür, unliebsame Personen aus dem eigenen Zuständigkeitsbereich abzudrängen, setzte Kahr nun auf verstärkte Überwachung und Verhaftung auffälliger Landstreicher, wollte das Problem also aktiv angehen. Das kostete natürlich Geld: Die dazu notwendigen Mittel seien – so der neue Assessor – jedoch gut investiert, da die Bevölkerung sicher gerne etwas mehr Steuern zahle, wenn die erhebliche wirtschaftliche Schädigung durch das „Zigeunerunwesen“ ein Ende nehme.³⁷⁹ Dementsprechend etablierte Kahr einerseits sog. Verpflegungs- und Vermittlungsstationen für ernsthaft an einem Auskommen interessierte Landarme und machte andererseits die Gemeinden zur Bekämpfung des „Zigeunerunwesens“ mobil: So konnte sich jeder mit der Ortspolizei betraute Gemeindediener ab sofort eine Prämie von 1 Mark pro Person verdienen, wenn er einen Nicht-Sesshaften aufspürte, festnahm und den Sicherheitsbehörden übergab; ungeeignete oder untätige Amtsträger mussten hingegen ein Einschreiten des Bezirksamtsassessors befürchten, der alleine bis 1892 mehrere Kommunen dazu veranlasste, den Posten neu zu besetzen.³⁸⁰ Kahr initiierte außerdem eine intensivere Überwachung bekannter oder vermuteter Rückzugsorte, d. h. ließ obskure Gasthäuser oder einsame Gehöfte im Moor immer wieder kontrollieren und ggf. „ausheben“. War ein vermeintlicher Delinquent dann erst einmal verhaftet, wurden alle vorgelegten Ausweispapiere auf Echtheit geprüft, das bisherige Strafregister möglichst vollständig ermittelt und insbesondere bei Wiederholungstätern die

³⁷⁷ Ebd., pag. 108.

³⁷⁸ So ein von Gustav Kahr selbst verfasster Überblicksartikel: Gustav Kahr, Das Vagabundenwesen im Amtsbezirke Erding, in: Fest-Zeitung zur landwirtschaftlichen und gewerblichen Ausstellung in Erding Nr. 2 vom 8.8.1892.

³⁷⁹ Ebd.

³⁸⁰ Vgl. den (in der Handschrift Kahrs überlieferten) Tätigkeitsbericht des Bezirksamtes Erding an die Regierung von Oberbayern vom 14.1.1892 (Staatsarchiv München, Landratsamt Erding 116 755) mit statistischer Übersicht zu den bisherigen Maßnahmen und dem Hinweis zur Prämienzahlung an Gemeindediener.

Einweisung in ein sog. Arbeitshaus verfügt³⁸¹: Die drohende Überstellung in diese geschlossenen und einem Gefängnis ähnelnden Anstalten sollte sowohl abschreckende als auch erzieherische Wirkung zeitigen. Kahr bezeichnete die ergriffenen Maßnahmen dann auch selbst als „drakonisch“³⁸², sah sich jedoch durch die im Bezirksamt stets akribisch geführten Statistiken mehr als bestätigt: Demnach nahm die Anzahl der „festgenommenen Vaganten“ schon in den ersten zwei Amtsjahren Kahrs ab, während die verfügten Haftstrafen wegen „Bettels, Landstreicherei und Legitimationsfälschung“ trotzdem sprunghaft anstiegen und auch die Anzahl der ins Arbeitshaus verbrachten Personen stetig wuchs³⁸³; der Aufenthalt im Bezirk Erding wurde für die betroffenen Gruppen also zunehmend gefährlich.³⁸⁴

Angesichts dieser detailliert erstellten und stolz präsentierten Bilanz drängt sich gleichzeitig eine Frage auf, die deutlich über die in Erding geleistete Verwaltungstätigkeit hinausreicht: Gab sich hier erstmals der unnachgiebige Verfechter von Ordnung und Staatsautorität zu erkennen, der – auch im Namen des Schutzes der „bodenständigen“ Bevölkerung – seinen Ressentiments gegenüber unangepassten Minderheiten freien Lauf ließ und dabei mit der Zustimmung seines Umfeldes rechnete? Bekanntlich verfolgte Kahr später auch als Ministerpräsident eine Politik, die sich explizit gegen fremde oder sozial unerwünschte Einflüsse in Bayern richtete und dabei auch nicht vor drastischen Maßnahmen wie etwa der Ausweisung zurückschreckte.³⁸⁵

Die Parallelen sind ohne Zweifel auffällig, bei einer solchen Kontinuitätskonstruktion ist freilich auch zu bedenken, dass Kahr in Erding nicht einfach nach freiem Ermessen

³⁸¹ Kahr, Vagabundenwesen.

³⁸² So im Rückblick bei einem Gespräch mit dem Reichsvertreter in München, Graf Zech: „Ich hätte s.Zt. als Bezirksamtsassessor in Erding diesen Bezirk von einer großen Vaganten- u. Zigeunerplage, die ich beim Amtsantritt dort vorfand, mit drakonischen Mitteln befreit. Die Folge war, daß alle Grenzpfähle des Erdinger Bezirks mit nach außen gerichteten Pfeilen versehen waren.“ (Tagebuch Kahr 1921-B, pag. 57). Vgl. die Verwendung der gleichen Bezeichnung durch Innenminister Feilitzsch am 21.3.1903 im Landtag: „Diese drakonischen Mittel werden auch öfters angewendet - nämlich die Einschaffung in die Arbeitshäuser; diese können die Leute am wenigsten vertragen.“ (Verh. Landtag 1903/04, Bd. XII, 306).

³⁸³ Kahr, Vagabundenwesen. Gemäß der dort aufgeführten Statistik sank die Anzahl der „festgenommenen Vaganten“ von 1028 (im Jahr 1888) bis 1891 kontinuierlich auf 620 Personen, die Gesamtzahl der verhängten Tage in Haft stieg hingegen von 6581 (1888) auf 9223; wurden 1888 noch sieben Personen ins Arbeitshaus überstellt, waren es 1891 bereits 25.

³⁸⁴ Vgl. Kahr-Erinnerungen, pag. 108: „Die Grenzpfähle des Bezirksamtes waren von Vagantenhand alle mit einem nach auswärts führenden Pfeil versehen, als Warnungszeichen, daß es im Erdinger Bezirk „links“ ist. Ich eignete mir bei dieser Arbeit die Zigeuner- und Vagantensprache das s.g. Jänisch an, hatte viel Interesse und manchmal Bedauern für dieses fahrende Volk, aber die Sicherheit des Landes gebot unnachsichtliche Strenge.“

³⁸⁵ Kahr erließ wenige Tage nach seinem Amtsantritt als Innenminister eine Verordnung zur Ausweisung bestimmter Ausländer, siehe Anm. 1951. Zu den deutlich bekannteren Ausweisungen des Generalstaatskommissars 1923 vgl. Rainer Pommerin, Die Ausweisung der „Ostjuden“ aus Bayern 1923. Ein Beitrag zum Krisenjahr der Weimarer Republik, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 34 (1986), 311-340.

handeln konnte: Der Bezirksamtsassessor war vielmehr an Weisungen und Direktiven gebunden und musste dementsprechend auch die 1885 ergangene Anordnung zur „Handhabung der Sicherheitspolizei in Bezug auf Zigeuner“ beachten, die bereits verschärfte Kontrollen, die Ahndung „typischer“ Straftaten sowie Einweisungen in Arbeitshäuser und Erziehungsanstalten vorsah.³⁸⁶ All das kam nicht von ungefähr: Wie Angelika Albrecht in ihrer ausführlichen Studie darstellt, reagierte das Innenministerium so gerade auf die Dynamik eines immer populäreren Ausgrenzungsdiskurses, der die Gefährdung der öffentlichen Sicherheit auf dem Lande beklagte und dies vor allem auf das vermeintliche Überhandnehmen sog. Zigeuner zurückführte. Demnach hatte man es mit „Horden“ oder „Banden“ zu tun, die plötzlich in Dörfern auftauchten, jedes Haus abbettelten und dann am Rande der Siedlungen über Wochen die Gegend in Aufruhr versetzten.³⁸⁷ Wenn sich Kahr also noch im Nachhinein als Vorkämpfer gegen die Landstreicherei präsentierte, ist trotz oder gerade wegen des abstoßenden Eindrucks seiner z. T. brutalen Maßregeln eine gewisse Vorsicht geboten, diese offensive Selbstdarstellung unkritisch zu übernehmen: Denn unabhängig von persönlichen Einschätzungen waren solche Selbststilisierungen – gepaart mit den wiederholt erstatteten, zahlenmäßig erhärteten Erfolgsmeldungen – wohl auch strategisch kalkuliert, d. h. Kahr durfte hoffen, sich mit seinem rigorosen Vorgehen auch an höherer Stelle zu empfehlen³⁸⁸ – zumal sich der bekannte Passauer Landtagsabgeordnete Franz Seraph Pichler sogar dafür aussprach, die Eignung eines Bezirksamtmannes nicht zuletzt an den erzielten Fortschritten in Sachen Zigeunerbekämpfung zu messen.³⁸⁹

Ist in diesem Fall also kaum zu entscheiden, ob Kahr das vermeintliche Zigeunerproblem primär aus eigenem Antrieb oder nicht doch eher aus demonstrativem Dienstifer einzudämmen suchte, lässt freilich auch die Tatsache, dass sein Wirken hier nur in Form allgemeiner Tätigkeitsprofile zu rekonstruieren ist, eine gewisse Zurückhaltung bei der Bewertung ratsam erscheinen.

³⁸⁶ Hierzu im Detail: Angelika Albrecht, *Zigeuner in Altbayern 1871-1914. Eine sozial-, wirtschafts- und verwaltungsgeschichtliche Untersuchung der bayerischen Zigeunerpolitik* (Materialien zur bayerischen Landesgeschichte 15), München 2002, 90-98.

³⁸⁷ Ebd.

³⁸⁸ So berichtet Kahr etwa vom Lob des Regierungspräsidenten Pfeuffer: „Präsident Pfeuffer sagte mir gelegentlich einer Amtsvisitation: Herr Assessor ich muß Ihnen mein Kompliment machen, drei Tage habe ich den Bezirk Erding bereist und keinen Zigeuner oder Landstreicher gesehen. Berichten Sie wie Sie das machten.“ (Kahr-Erinnerungen, pag. 108).

³⁸⁹ Verh. Landtag 1897/98, Bd. XI, 417: „Es ist so ziemlich die Anschauung verbreitet, daß ein Bezirksamtmann, wenn er energisch seines Amtes waltet, sehr wohl über die Zigeuner Herr werden kann, daß diese überhaupt solchen Bezirksamtern aus dem Wege gehen. Ich meine, das k. Staatsministerium könnte auf die Bezirksamtmänner selbst seinen Einfluß ausüben und könnte auch aus dem Treiben dieser Zigeunerbanden einigermaßen abnehmen, ob ein Bezirksamtmann seiner Aufgabe gewachsen ist.“

1.3 Hinweise auf das Selbstverständnis eines jungen Staatsbeamten

Möchte man daher wirklich belastbare Einblicke in das Amtsverständnis Kahrs und seine frühen Auffassungen von Staatspolitik vor Ort gewinnen, empfiehlt es sich, die beiden Ereignisse näher zu betrachten, die ihn nicht allein als Normensetzer und Verkünder positiver Bilanzen, sondern auch als tatsächlich Handelnden greifbar machen.

1.3.1 Das Bezirksfest 1892

Hiermit ist einerseits das Kreislandwirtschaftsfest Oberbayern gemeint, das für das Jahr 1892 nach Erding vergeben wurde und dem Bezirksamt so die Rolle des Ausrichters einer regionalen Großveranstaltung bescherte. Das dreitägige Fest stand unter der Schirmherrschaft des Landwirtschaftlichen Vereins in Oberbayern und war dementsprechend als Leistungsschau des Feldbaues, der Vieh- und Geflügelzucht sowie der Imkerei im Regierungsbezirk konzipiert, hatte neben den Ausstellungen aber auch ein Unterhaltungsprogramm für die Besucher zu bieten.³⁹⁰ Wie unschwer zu erkennen, handelte es sich also im Grunde um eine kleinere Ausgabe bzw. Zweigveranstaltung des traditionsreichen Zentrallandwirtschaftsfestes auf der Münchener Theresienwiese, das bis 1913 noch jedes Jahr parallel zum Oktoberfest stattfand.³⁹¹ In Erding prämierte Ökonomen durften sich deshalb nicht nur über die gewonnene Auszeichnung freuen, sondern auch wenige Tage später mindestens so ehrenvoll Oberbayern in der Haupt- und Residenzstadt vertreten.

Waren Charakter und Zweck der Veranstaltung deshalb eigentlich klar vorgegeben, gab sich Kahr hier jedoch erstmals als gelehriger Schüler Wilhelm Heinrich Riehls zu erkennen und entschloss sich, das populäre Fest – im Rahmen seiner Möglichkeiten als Bezirksamtsassessor – ebenfalls dazu zu nutzen, mit patriotischer Volksbildung Bauern-, Heimat- und Nationalstolz zu fördern. Der verehrte Professor plädierte ja dafür, die Loyalität der breiten Bevölkerung durch aktive Identitätsstiftung, symbolische

³⁹⁰ ‚Programm der Volksbelustigungen bei dem landwirtschaftlichen Feste in Erding‘, in: Fest-Zeitung zur landwirtschaftlichen und gewerblichen Ausstellung in Erding Nr. 5 vom 29.8.1892. Zu den Landwirtschaftsfesten in den Regierungsbezirken vgl. die Angaben bei Stefanie Harrecker, Der Landwirtschaftliche Verein in Bayern 1810-1870/71 (Schriftenreihe zur Bayerischen Landesgeschichte 148), München 2006, 92-95; darin wird allerdings betont, dass die Kreisfeste bereits in den 1830er Jahren zum Erliegen gekommen seien.

³⁹¹ Brigitte Huber, Feiertage für den „wichtigsten Gegenstand einer Nation“. Anmerkungen zur Geschichte des Bayerischen Zentral-Landwirtschaftsfestes, in: Bier & Oktoberfestmuseum München (Hg.), „Öffentliche Einladung zu einem neuen und ständigen Nationalfeste“. Die Zentral-Landwirtschaftsfeste 1811-2012, München 2012, 15-48.

Integration und subtile Belehrung zu wecken und zu stärken.³⁹² Zwar lag die Verantwortung für Gestaltung und Ablauf der Feierlichkeiten beim landwirtschaftlichen Bezirksausschuss Erding, Kahr konnte die Vorstandsmitglieder jedoch schnell für seine Idee, eine besondere Festzeitung³⁹³ zu veröffentlichen, gewinnen. Die Kollegen und Mitveranstalter lieferten sogar eigene Beiträge, die meisten Artikel und die Redaktion übernahm freilich der Bezirksamtsassessor persönlich.

Kahr hatte sich also seinen Anteil am Rahmenprogramm gesichert und ging nun in insgesamt neun Ausgaben daran, den Festteilnehmern interessanten Diskussionsstoff für ihren Aufenthalt in Erding zu bieten, d. h. das vornehmlich bäuerliche Publikum direkt anzusprechen. Der inhaltliche Schwerpunkt des Blattes lag deshalb zum einem auf Abhandlungen über den schwierigen Umgang mit dem Gesinde, die bessere Düngung des Bodens oder die Vorteile einer Hagelversicherung, der leitende Redakteur wollte seine Leser jedoch auch über ihren Alltag hinausführen und brachte deshalb Artikel zur lokalen Bauweise, zur Torfindustrie oder zum „Bezirk Erding in der Geschichte“ – hier sogar angereichert mit eigenen Archivstudien.³⁹⁴ Nun muss natürlich offen bleiben, inwieweit es zwischen Mottowagen-Festumzug, Ringelstechen und der Premiere der elektrischen Straßenbeleuchtung³⁹⁵ tatsächlich gelang, die Aufmerksamkeit des Landmannes zu gewinnen, die Botschaft der Zeitung lässt sich freilich klar erkennen: Die „Streiflichter über den Kulturzustand unseres Bezirkes“³⁹⁶ sollten die Bedeutung der Landwirtschaft für das Gemeinwesen unterstreichen, das Verständnis für die Bedürfnisse der Zeit wecken und die Identifikation mit dem als Heimat präsentierten „Erding-Gau“ steigern. Es geht daher wohl nicht zu weit, dieses Programm als Sozialpolitik im Riehl'schen Sinne einzuordnen, zumal Kahr es zum Hauptzweck der Veranstaltung erklärte, den „Bauernstand als einen der festesten Stützen unseres Volkslebens“³⁹⁷ zu feiern.

³⁹² Siehe Kapitel II 3.4.

³⁹³ Vgl. die in insgesamt 9 Ausgaben erschienene „Fest-Zeitung zur landwirtschaftlichen und gewerblichen Ausstellung in Erding“.

³⁹⁴ Gustav Kahr, Der landwirtschaftliche Bezirk in der Geschichte, in: Fest-Zeitung zur landwirtschaftlichen und gewerblichen Ausstellung in Erding Nr. 8 vom 17.9.1892. Das Material fand dann 24 Jahre später im Rahmen der Heimatfrontpropaganda noch einmal Verwendung, Kahr übersandte Archivassessor Böhmländer seine Aufzeichnungen (erwähnt in: Böhmländer an Kahr vom 26.11.1916, MInn 66 237); zur damit zusammenhängenden „Aufklärungsarbeit“ siehe Kapitel V 5.4.

³⁹⁵ Vgl. die Zusammenfassung der Feierlichkeiten und Ausstellungen: ‚Landwirtschaftliches Bezirksfest in Erding‘, in: MNN Nr. 428 vom 20.9.1892.

³⁹⁶ So das Geleitwort der ersten Nummer der Festzeitung (siehe Anm. 393) vom 1.8.1892.

³⁹⁷ ‚Geschichte der landwirtschaftl. Bezirksfeste‘, in: Fest-Zeitung zur landwirtschaftlichen und gewerblichen Ausstellung in Erding Nr. 2 vom 8.8.1892.

1.3.2 Kahr als Krisenmanager: Der Wiederaufbau Forsterns

Durfte Kahr den Erfolg des Festes daher als schöne Bestätigung der eigenen Arbeit werten, stand die wichtigste Bewährungsprobe seiner Erdinger Zeit indes noch bevor: Im Juli 1894 verwüstete ein extrem starker Wirbelsturm mehrere Dörfer im Süden des Bezirkes und machte zahlreiche Bewohner der wirtschaftlich ohnehin schwachen Region innerhalb weniger Minuten obdachlos. Vor allem die Gemeinde Forstern nördlich des Ebersberger Forstes hatte es schwer getroffen: Neben den meisten Häusern war dort auch der Kirchturm eingestürzt, während umgerissene Bäume und aus dem Friedhof geschleuderte Grabsteine von der Heftigkeit des Zyklons zeugten.³⁹⁸ Soforthilfe war also dringlich geboten, wie jede Katastrophe kann jedoch auch dieses „Elementarereignis“³⁹⁹ mindestens zwei Geschichten erzählen – von den entstandenen Schäden und ihrer technischen Behebung, aber ebenso vom Umgang der Verantwortlichen mit der entstandenen Notlage, d. h. von ihrem Verhalten in einer Ausnahmesituation.⁴⁰⁰ Dabei stand Kahr hier besonders auf dem Prüfstand, da er gerade in diesen Monaten das Bezirksamt in Vertretung des erkrankten Vorstandes leitete, aber auch im Rückblick immer wieder betonte, dass ihm die Verheerungen des Zyklons erstmals die Gelegenheit geboten hätten, eine große Hilfsaktion in eigener Verantwortung zum Erfolg zu führen.⁴⁰¹ „Forstern“ ermöglicht es mithin erstmals, den jungen Bezirksamtsassessor beim selbständigen Agieren zu beobachten und so – auch im Kontrast zur Darstellung in dem Memoiren – Schlussfolgerungen über seine Amtsführung zu ziehen.

Die Eckdaten der Hilfsaktion bieten hierbei zunächst eine grundlegende Orientierung: Telegraphisch über den Wirbelsturm am Vortag informiert, traf Kahr am frühen Morgen des 15. Juli im Unglücksgebiet ein und fand vor allem in Forstern ein fast völlig zerstörtes Dorf und verzweifelt auf der Straße herumstehende Einwohner vor; sie hatten innerhalb weniger Minuten einen Großteil ihres Besitzes verloren und empfangen nun den Amtsvertreter mit Bitten und Klagen.⁴⁰² Bevor an etwas Anderes zu denken war, musste

³⁹⁸ Vgl. der Reisebericht von zwei Redakteuren mit einer Beschreibung der Ereignisse: ‚200 Häuser von einer Windhose zerstört‘, in: MNN Nr. 324 vom 17.7.1894. Photos von den Zerstörungen in: Kahr, Mein Lebenslauf (1933), pag. 88.

³⁹⁹ So der Titel des ersten Berichts Kahrs an das Innenministerium vom 15.7.1894: ‚Verheerungen in der Gemeinde Forstern durch Elementarereignis‘ (MInn 66 501).

⁴⁰⁰ Vgl. etwa Gerrit Jasper Schenk, Historical Disaster Research. State of Research, Concepts, Methods and Case Studies, in.: ders. - Jens Ivo Engels (Hg.), Disaster. HSR-Sonderheft 32 (2007), 9-34; Andrea Janku - Gerrit Jasper Schenk - Franz Mauelshagen, Introduction, in: dies. (Hg.), Historical Disasters in Context. Science, Religion and Politics, New York / London 2012, 1-14.

⁴⁰¹ Kahr-Erinnerungen, pag. 91-102; ‚Aus meinen Leben‘ (1934, Privatnachlass Kahr, Persönliche Schriften), pag. III.

⁴⁰² Kahr-Erinnerungen, pag. 93.

er also versuchen, die Menschen einigermaßen zu beruhigen, wobei die allgemeine Bestürzung noch wuchs, als ein elfjähriger Junge nur noch tot aus den Trümmern geborgen werden konnte. Verschaffte man sich daraufhin einen ersten Überblick, wurde schnell deutlich, dass die notwendigen Aufräumarbeiten mit den vorhandenen Kräften nicht zu leisten waren, der Bezirksamtsassessor entsandte deshalb einen Kurier an das Militärkommando, um die Unterstützung von Pionieren anzufordern⁴⁰³ und begann selbst mit dem ebenfalls anwesenden Amtstechniker, die Schadenserhebung durchzuführen. Die ersten Sofortmaßnahmen kamen also in Gang, die Bezeichnung hatte freilich doppelte Berechtigung, da es nicht nur darum ging, den Menschen schnell zu helfen, sondern auch der Winter in wenigen Monaten vor der Tür stand und bis dahin stabile Unterkünfte benötigt wurden. Kahr leitete darum auch direkt erste Vorbereitungen für den Wiederaufbau ein und begann nach einer ersten Koordinierungssitzung beim Regierungspräsidenten⁴⁰⁴, der ihm offenbar auch Rückendeckung für aus der Notlage zu begründende Abweichungen von der Bauordnung zusagte, unmittelbar mit den Planungen für die im Schnellverfahren zu errichtenden Häuser. Dazu gehörte der Vertragsabschluss mit lokalen Bauunternehmern, aber auch die Klärung der Vermögensverhältnisse der Betroffenen, um die eingehenden Unterstützungszahlungen gerecht verteilen zu können; der Amtstechniker lieferte wiederum die notwendige praktische Expertise.⁴⁰⁵ Parallel dazu gründeten Kahr und der Vorstand des Nachbarbezirks Ebersberg auf einer gemeinsamen Sitzung in Markt Schwaben ein zentrales Hilfskomitee, das die eingehenden Geld- und Sachspenden zu verwalten hatte⁴⁰⁶ und empfingen wenige Tage später außerdem Prinzregent Luitpold, der die Unglücksregion als Landesvater besuchte und den Menschen in persönlichen Begegnungen Mut zusprach.⁴⁰⁷ Im August und September gingen die Arbeiten dann unter Hochdruck voran, wobei Kahr mindestens wöchentlich die Fortschritte begutachtete und den Bauunternehmern die in diesem Rhythmus vereinbarten Abschlagszahlungen übergab.⁴⁰⁸ An Kirchweih, also Mitte Oktober, waren dann in Forstern tatsächlich 40

⁴⁰³ Ebd.; Wenige Tage später forderte Kahr dann noch einmal 100 Pioniere aus der Landesfestung Ingolstadt an („Hilfe für die durch den Cyklon Geschädigten“, in: MNN Nr. 327 vom 18.7.1894).

⁴⁰⁴ Vgl. das Protokoll der am 17.7.1892 abgehaltenen Sitzung in der Regierung von Oberbayern in MInn 66 501.

⁴⁰⁵ Kahr-Erinnerungen, pag. 96.

⁴⁰⁶ Die erste Sitzung des Hilfskomitees der Bezirksamter Erding und Ebersberg fand am 21. Juli 1894 in Markt Schwaben statt und regelte die Verwaltung und Verteilung der eingehenden Spenden: „Zur Hilfsaktion, in: MNN Nr. 334 vom 22.7.1894.

⁴⁰⁷ Prinzregent Luitpold besuchte das Unglücksgebiet am 26. Juli: „Der Regent im Cyklon-Gebiet“, in: MNN Nr. 343 vom 27.7.1894; vgl. Kahr-Erinnerungen, pag. 100.

⁴⁰⁸ Vgl. die Schilderung im Glückwunschsreiben Kahrs an seine Eltern zum Hochzeitstag vom 11.9.1894 (Privatnachlass Kahr, Korrespondenz Erding): „Hier geht alles den Umständen entsprechend. Gestern habe

Neubauten und 64 generalsanierte Häuser fertiggestellt und konnten von den Bewohnern bezogen werden, Kahr legte dem Regierungspräsidium wiederum die Verwendungsnachweise und Abschlussberichte⁴⁰⁹ vor, die mit ihren Angaben ans Innenministerium weitergeleitet wurden.

Angesichts dieser Bilanz konnte sich Kahr also ohne Zweifel zugutehalten, die Hilfsaktion in der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit zum Erfolg geführt zu haben und dies auch als Bewährung in den Augen seiner Vorgesetzten werten; wie mehrere geradezu übereifrige Maßnahmen vermuten lassen, legte der Bezirksamtsassessor jedoch auch darauf wert, eben diesen Eindruck zu erwecken. Hatte er etwa zunächst ohne Abstimmung mit Ebersberg die Bildung eines eigenständigen Forsterner Hilfskomitees in die Wege geleitet⁴¹⁰, folgte wenige Tage später auf der ersten Koordinierungssitzung in München bereits eine vollständige Schadensaufstellung mit geschätzter Schadenssumme, der auch schon der Schuldenstand der Betroffenen gegenübergestellt werden konnte.⁴¹¹ Kahr hatte hierfür inzwischen alle Eintragungen beim zuständigen Hypothekenamt geprüft und feststellen müssen, dass ein Teil der Forsterner ohnehin schon erhebliche Kredite bedienen musste und nicht ohne Unterstützung in der Lage sein würden, den Wiederaufbau zu schultern und das eigene Grundstück zu halten⁴¹² – alle Anwesenden konnte also sehen, dass der Bezirksamtsassessor eine anspruchsvolle Aufgabe zu bewältigen hatte.

Größere Skepsis ist hingegen angebracht, wenn Kahr für sich in Anspruch nimmt, dass auch die Werbeinitiativen für die bald reichlich fließende materielle und finanzielle Unterstützung bei ihm zusammengelaufen sei und er dabei wertvolle Einblicke „in die Geheimnisse und Finessen einer großzügigen Propaganda“⁴¹³ erhalten hätte. Zwar besteht kein Grund, daran zu zweifeln, dass Kahr in diesen Wochen einen „Berg von

ich in Forstern 20.000 Mark bezahlt und viele Glückliche, auch einige Unzufriedene hinterlassen. Ein armer Sattler mit 9 Kinder, ein mustergiltiger, sparsamer Mann wurde bleich vor Aufregung, als ich ihm für fertiggestellte Bauarbeiten 400 M in Gold hinlegte u. erst auf wiederholtes Zureden strich er die Summe mit rührender Dankbarkeit ein. Wir haben jetzt über 50 Totalneubauten (Wohnhaus, Stall u. Stadel) hergestellt u. bis Ende dieses Monats ist alles unter Dach.“

⁴⁰⁹ Darin die – im Vergleich zum in der vorherigen Anm. zitierten Brief – etwas abweichenden Angaben zu den vollendeten Bauarbeiten und der Verwendung der Gelder, vgl. den Bericht Pfeufers an das Innenministerium vom 27.10.1894 (MInn 66 501).

⁴¹⁰ Der Aufruf des Hilfskomitees Forstern wurde schließlich nicht in der Presse veröffentlicht, um die Sammlungen nicht zu zersplittern (MNN Nr. 326 vom 18.7.1894).

⁴¹¹ Kahr schätzte den Schaden im Bezirksamt Erding demnach vorläufig auf 306 000 Mark, vgl. den Bericht Feilitzsch an Prinzregent Luitpold vom 17.7.1894 in MInn 66 501; vgl. auch ‚Die Verwüstungen durch die Windhose bei Schwaben‘, in: MP Nr. 160 vom 18.7.1894: „Der in der Gemeinde Forstern angerichtete Schaden beläuft sich nach den von Herrn Bezirksamtsassessor Kahr von Erding angestellten Erhebungen auf 300 000 M.“

⁴¹² Kahr-Erinnerungen, pag. 96 f.

⁴¹³ Ebd., pag. 99.

Korrespondenz⁴¹⁴ in alle Teile Deutschlands anhäufte, um etwa Baumaterial aus dem Elsass⁴¹⁵ oder Geldspenden von eigens angesetzten Wohltätigkeitskonzerten zu erhalten, allerdings spricht viel dafür, dass er zumindest in den allermeisten Fällen nicht erst an die Unterstützungsbereitschaft appellieren musste, sondern vielmehr offene Türen einrannte, ja z. T. vielleicht sogar als dankbarer Abnehmer auf der Bildfläche erschien. Denn schneller als jeder mit dringender Nothilfe beschäftigte Bezirksamtsassessor hatten die großen Tageszeitungen in Bayern und Reich über die „ungeheure Verwüstung“⁴¹⁶ vor Ort berichtet und ihre Leserschaft mit warmen Worten auf die Notlage der Betroffenen hingewiesen: Die Spendenaktion der Münchener Neuesten Nachrichten (MNN) begann z. B. schon am Morgen nach dem Unglück und brachte innerhalb der ersten fünf Tage ca. 35 000 Mark ein⁴¹⁷, während auch Prinzregent Luitpold sofort mit gutem Beispiel vorausging und noch am 15. Juli 3000 Mark aus seiner Privatschatulle beisteuerte⁴¹⁸; zu dieser Zeit war Kahr noch in Forstern damit beschäftigt, die ersten Sicherungsmaßnahmen zu treffen. Ebenso fanden die rasch anberaumten Wohltätigkeitskonzerte, etwa in den Kurorten Bad Kissingen oder Bad Wörishofen, aber auch in der Berliner Krolloper schon ein bis zwei Wochen nach dem Unglück statt⁴¹⁹, es ist also kaum anzunehmen, dass die dazu nötige Anregung erst von Kahr ausgehen musste.

Der Bezirksamtsassessor war in erster Linie vielmehr dafür verantwortlich, die eintreffenden Geld- und Sachspenden für das Hilfskomitee in Empfang zu nehmen und nach Bedarf zu verwenden, was gleichzeitig den Blick auf einen Umstand lenkt, den Kahr im Nachhinein zwar ebenfalls erwähnte⁴²⁰, aber offenbar für viel selbstverständlicher hielt als den eigenen Beitrag zu einer reichsweiten Werbeaktion. Zumindest rückblickend erscheint es hingegen umso bemerkenswerter, mit welcher Selbstsicherheit und Nachdruck der gerade einmal 32jährige Beamte für sich in Anspruch nahm, das Denken und die Mentalität der Landbevölkerung einschätzen zu können und deshalb auch genau zu wissen, in welche Bahnen die Hilfsaktion gelenkt werden müsse, um zum Erfolg zu

⁴¹⁴ Ebd.

⁴¹⁵ Die Lieferung von Ziegeln aus dem Elsass (ebd., pag. 96) wird in den Akten bestätigt: Pfeufer an Innenministerium vom 23.7.1894 (MInn 66 501).

⁴¹⁶ Vossische Zeitung Nr. 329 vom 17.7.1894; vgl. auch ‚Der Cyklon in Baiern‘, in: Berliner Tageblatt Nr. 358 vom 17.7.1894.

⁴¹⁷ ‚Menschliches von der Hilfsaktion‘, in: MNN Nr. 330 vom 20.7.1894.

⁴¹⁸ Dies per Telegramm vom 15. Juli 1894 (MInn 66 501).

⁴¹⁹ Bereits am 21. Juli 1894 dirigierte Ernst von Possart ein Benefizkonzert in Bad Kissingen (‚Wohltätigkeitskonzert‘, in: MNN Nr. 336 vom 24.7.1894), Ende des Monats folgte Bad Wörishofen (MNN Nr. 345 vom 28.7.1894), am 3. August die Krolloper in Berlin (Programm in MInn 66 501).

⁴²⁰ Kahr-Erinnerungen, pag. 96-99.

führen. In diesem Sinne fasste der Co-Vorsitzende des Hilfskomitees etwa sogleich den Entschluss, die eingehenden Gelder nicht direkt anteilig an die Geschädigten auszuzahlen, sondern sie selbst als Treuhänder zu verwalten und nur zweckgebunden einzusetzen, um eine leichtfertige oder voreilige Ausgabe zu verhindern. Als hierauf die Presse forderte, die milden Gaben nicht erst bürokratisch anzusammeln, sondern dem Willen der Wohltäter entsprechend an die Bedürftigen weiterzuleiten⁴²¹, reiste Kahr sogar persönlich nach München, um die Redaktion der MNN über die Motive seines Handelns aufzuklären und eine Richtigstellung im Blatt zu veranlassen⁴²²: Der am nächsten Tag erschienene Artikel wirkt dann auch fast wie vom Beschwerdeführer selbst entworfen, wenn etwa darauf hingewiesen wurde, dass es nicht darum gehe, den Bauer – der übrigens „in schwere Arbeit das Land mit Nahrung“ versorge – zu bevormunden; die „Leute“ seien eben einfach gewohnt, bei allen Fragen „den Maßstab ihrer kleinlichen Verhältnisse“ anzulegen und müssten daher bei der Verwendung der Gelder unterstützt werden.⁴²³ Von dieser Überzeugung ausgehend, zog der Bezirksamtsassessor deshalb ebenfalls die planerische Gestaltung der neuen Häuser sowie die Vertragsabschlüsse mit den beauftragten Unternehmen direkt an sich, um den ganzen Wiederaufbau aus einer Hand durchzuführen, aber auch die mit solchen Geschäften nicht vertrauten Dorfbewohner von dieser Aufgabe zu entlasten; sie mussten stattdessen tatkräftig bei den Bauarbeiten zupacken, „weil der Mann auf dem Lande nur das schätzt, wofür er sich geplagt hat“.⁴²⁴ Nimmt man diese Eindrücke zusammen, scheint es daher nicht allzu weit hergeholt, Kahr ein patriarchalisches Verständnis seiner behördlichen Aufgabe zu attestieren, das dem

⁴²¹ Vgl. ‚Dank der Geschädigten‘, in: MNN Nr. 328 vom 19.7.1894, S. 3: „Wir können aber nicht genug betonen, daß es – und hier begehen wir wohl keinem Widerspruch – der dringende Wunsch aller Geber ist, daß die gesammelten Gelder so rasch und umsichtig als nur möglich an die Nothleidenden vertheilt, bzw. zur Linderung der wirklichen Noth verwandt werden. [...] Mit der uns gewordenen Auskunft, wir ‚könnten‘ das Geld entweder an das Bezirksamt Erding oder an das Bezirksamt Ebersberg senden, ist uns nicht gedient, da wir doch eine gewisse Verantwortung dafür tragen, daß die Gelder nicht bloß sicher ‚aufbewahrt‘, sondern auch rasch ihrer Bestimmung gemäß verwendet werden. [...] Wäre es nicht Aufgabe der k. Kreisregierung als Oberaufsichtsbehörde, in der angedeuteten Richtung vorzugehen?“

⁴²² Kahr-Erinnerungen, pag. 98 f.: „Minister Baron Feilitzsch verlangte daraufhin telegraphisch sofortige mündliche Berichterstattung. Ich kam nach München u. klärte ihn und dann auch die Schriftleitung der M.N.N. dahin auf, daß die verlangte Verteilung der Gelder unter die Geschädigten große Torheit wäre, da diese Gelder dann, wie die Vergeudung der von den Besuchern unmittelbar gegebenen Unterstützungen zeigte, vertrunken würden und dann niemals mehr für die Obdachlosen Häuser gebaut werden könnten. Der bemängelte s.g. Bürokratismus sei von mir eine wohlherwogene Ordnung der verwickelten Verhältnisse, ich müßte dabei, da ich allein auch die Verantwortung trüge, verbleiben und ließe mich von meinem richtigen Weg unter keinen Umständen und von gar niemanden abdrängen.“

⁴²³ ‚Menschliches von der Hilfsaktion‘, in: MNN Nr. 20.7.1894: „Man muß bedenken, daß die Leute eben den Maßstab ihrer kleinlichen Verhältnisse, in denen sie leben, und sich stets im harten Kampf ums Dasein, um die Erwerbung ihrer Existenzmittel, die sie im Schweiß ihres Angesichts dem harten Boden abringen, befinden. Wir Städter müssen immer daran denken, daß der Bauer in schwerer Arbeit das Land mit Nahrung versorgt und daß seine gesicherte Existenz für das Land von großer Bedeutung ist.“

⁴²⁴ Kahr-Erinnerungen, pag. 97.

Modell eines autoritär auftretenden und zugleich fürsorglichen Obrigkeitsstaates entsprach. Ganz im Einklang damit ließ er bei Fertigstellung der Arbeiten dann sogar eine notarielle Klausel festschreiben, die es den Eigentümern erst nach vorheriger Genehmigung ermöglichte, eine Hypothek auf die neuen Häuser aufzunehmen oder sie an Aufkäufer zu veräußern – eine abermalige Verschuldung sollte damit ausgeschlossen werden.⁴²⁵ Der Bezirksamtsassessor konnte das Unternehmen also mit dem guten Gewissen abschließen, den Menschen eine neue und dauerhafte Heimat geschaffen zu haben und erhielt hierfür auch eine formelle Belobigung⁴²⁶; nur knapp ein Jahr später erfolgte dann die auszeichnende Versetzung ins Innenministerium⁴²⁷, die – wie schon erläutert – nur den am besten qualifizierten Nachwuchskräften zuteilwurde und sicherlich nicht zuletzt mit den gezeigten Leistungen in Forstern und beim Erdinger Kreisfest zusammenhing.

1.3.3 Der persönliche Rückblick

Kahr hatte jedoch nicht nur seine Vorgesetzten überzeugt⁴²⁸, auch die persönliche Bilanz fiel positiv aus: Der junge Beamte hatte in den fünf Jahren als Bezirksamtsassessor nicht nur viel Erfahrung mit praktischer Verwaltungstätigkeit gesammelt und dabei sogar erste eigenverantwortliche Führungsaufgaben übernommen, nach eigenem Bekunden war ihm in dieser Zeit auch bewusst geworden, dass er über ein besonderes Talent verfügte, mit der richtigen Ansprache einen leichten Zugang zu den Menschen zu finden und sich so auch in offizieller Funktion ein Grundvertrauen bei den im Umgang mit Amtspersonen häufig sehr reservierten Bürgern zu erobern.⁴²⁹ Die Verwaltungstätigkeit in lebensnahen Bereichen mit intensiven Parteienverkehr machte Kahr also besondere Freude, er emanzipierte sich damit auch langsam von der Schwerpunktsetzung seines Vaters, der die Aufmerksamkeit des Juniors vorzugsweise auf Verwaltungs- oder Staatsrecht gelenkt und ihm deshalb auch ein Kapitel in seinem großen Kommentar zur bayerischen

⁴²⁵ Ebd., pag. 99.

⁴²⁶ Innenminister Feilitzsch berichtete Prinzregent Luitpold am 2.2.1895 (MInn 66 501), dass sich Kahr als Vorsitzender des Hilfskomitees Erding voll bewährt und dabei gleichzeitig den erkrankten Bezirksamtsmann Bachmaier gut vertreten habe, ein Orden komme aber wohl wegen der geringen Dienstzeit des Bezirksamtsassessors noch nicht in Frage. Kahr wurde deshalb am 15. Februar 1895 die „Allerhöchste Anerkennung“ des Prinzregenten übermittelt.

⁴²⁷ Prinzregent Luitpold an Staatsministerium des Innern vom 10.9.1895 in MInn 84 009.

⁴²⁸ Vgl. auch den in Anm. 373 zitierten Inspektionsbericht der Kreisregierung, der Kahr Tatkraft und Fleiß sowie „praktischen Sinn“ – auch im Umgang mit der Bevölkerung – attestierte.

⁴²⁹ Kahr-Erinnerungen, pag. 102: „Als Akzessist und angehender Assessor hatte ich mich nach dem Vorbild und unter Anleitung meines Vaters besonders auf das Studium des Verwaltungsrechtes geworfen und brachte es dabei zu gutem und sicherem Urteil, was mir noch bei meiner späteren richterlichen Tätigkeit am Verwaltungsgerichtshof zu statten kam. Aber bald wurde mir bewußt, daß der Schwerpunkt meines Könnens in der praktischen Verwaltungsarbeit und im ausgleichenden Verkehr mit den Menschen liege.“

Gemeindeordnung anvertraut hatte. Kahr konnte in seiner freien Zeit somit auch einen Beitrag zu einem wichtigen juristischen Grundlagenwerk leisten.⁴³⁰

Die Erdinger Zeit zeigt sich mithin insgesamt in einem sehr positiven Licht und scheint nur von Erfolgen bestimmt gewesen zu sein, mögliche Fehlschläge oder Trübungen sind angesichts der Quellenlage hingegen kaum auszumachen; die Memoiren schweigen sich dazu erwartungsgemäß aus. Der einzige Hinweis auf etwaige Unstimmigkeiten stammt deshalb von Georg Eisenberger, der in seinen Erinnerungen berichtet, wie der übereifrige Bezirksamtsassessor Kahr eine Versammlung des noch jungen Bauernbundes unter Protesten wegen angeblicher „Aufreizung“ unterbrochen habe und dafür nachträglich von der Regierung gerügt worden sei.⁴³¹ So isoliert ist dieser Vorgang freilich nicht näher zu bewerten und nicht mit Sicherheit – wie wohl wahrscheinlich – als Einzelfall einzustufen, auch Eisenberger schien der Episode allerdings eher eine plakative Bedeutung zugemessen zu haben, wenn er sie in einer Überschrift zwar eigens ankündigt, dann aber nur zu Beginn des fraglichen Kapitels kurz darauf eingeht.

2. Lehrjahre und Familienzuwachs: Hilfsreferent im Staatsministerium des Innern

Doch wie dem auch sei, Kahr kehrte im Oktober 1895 auf jeden Fall als erprobter Beamter nach München zurück und wurde im Innenministerium zum sog. Hilfsarbeiter in den Referaten für Handel und Gewerbe, Wasser- und Bergrecht, Bau- und Feuerpolizei sowie für staatsrechtliche Angelegenheiten bestellt.⁴³² Die Funktionsbezeichnung „Hilfsarbeiter“ klingt nun sehr subaltern, tatsächlich wirkte Kahr jedoch immerhin als eine Art Assistent der für die bezeichneten Bereiche zuständigen Referenten und arbeitete in ihrem Auftrag etwa Entwürfe für Dienstkorrespondenz oder Bekanntmachungen aus, die dann meist in leicht veränderter Form Verwendung fanden. Genau wegen dieses Tätigkeitsprofils, das eigenständiges Handeln im Grunde nicht vorsah, ist es freilich auch kaum möglich, das Wirken Kahrs in seiner Zeit als ministerieller Hilfsreferent näher zu beschreiben, da eben keine ihm persönlich zuzuordnenden Zeugnisse vorliegen und die Memoiren diese fünf Jahre in nur wenigen Worten abhandeln.⁴³³ Die einzige vage

⁴³⁰ Kahr verfasste die Kapitel „Gemeindeumlagen“ und „Gemeindedienste“: Bayerische Gemeindeordnung für die Landesteile diesseits des Rheins, erläutert und mit den Vollzugsvorschriften herausgegeben von Gustav von Kahr (sen.), 2 Bde., München 1896, 466-614; zur Autorenschaft Kahr jun. vgl. den Hinweis im Vorwort (V).

⁴³¹ Georg Eisenberger, *Mein Leben für die Bauern. Erinnerungen eines Bauernführers*, eingeleitet und kommentiert von Johann Kirchinger (Quellentexte zur bayerischen Geschichte 5), München 2011, 77 f.

⁴³² Kahr, *Mein Lebenslauf* (1933), pag. 9.

⁴³³ Im Grunde fällt zur dienstlichen Tätigkeit dieser fünf Jahre nur ein Satz (Kahr-Erinnerungen, pag. 110): „Im Ministerium war ich unter ausgezeichneten, freundlichen Referenten als Hilfsarbeiter sehr ausgiebig und interessant beschäftigt, war aber doch nur Hilfsarbeiter.“

Aussicht, an dieser Situation etwas zu ändern, bestünde wohl darin, systematisch alle Ministerialakten zu den aufgeführten Sachgebieten nach von Kahr verfassten Konzepten auszuwerten, hier scheint allerdings der notwendige Aufwand in keinem Verhältnis zum möglichen Ertrag zu stehen. Gesichert bleibt daher lediglich, dass Kahr in dieser Zeit auch die Schriftleitung des Ministerialamtsblattes innehatte⁴³⁴ und so in ständigem Kontakt zu allen Referenten des Hauses stand und dass er 1897 turnusgemäß zum Regierungsassessor befördert⁴³⁵ und damit auch in die Liste der Anwärter für eine Verwendung als Bezirksamtmann aufgenommen wurde; sein Vater rückte hingegen 1896 an die Spitze des Verwaltungsgerichtshofes und wurde somit neben dem Präsidenten des Obersten Landesgerichts der ranghöchste Jurist im Königreich.⁴³⁶

Angesichts dieser spärlichen Informationen bietet es sich vor dem Übergang zum nächsten Abschnitt deshalb geradezu an, einen kurzen Blick auf das private Umfeld zu werfen: Hier konnte sich Kahr nach der Geburt seiner ersten Tochter Ella 1891 in München über neuen Kindersegen freuen, da 1897 und 1899 mit Ilse und Gertraud zwei weitere Mädchen zur Welt kamen und die Familie komplettierten.⁴³⁷ Kahr und seine Gattin hatten freilich auch gemeinsame Trauer zu verarbeiten, da ihre zweite Tochter Irmengard im Januar 1894 wenige Wochen nach der Geburt verstorben war⁴³⁸ und dieser Tod den vorletzten Winter in Erding überschattete; beide bedauerten außerdem lange Zeit, dass ihnen ein männlicher „Stammhalter“⁴³⁹ verwehrt blieb und deshalb keine Aussicht bestand, den in der Familie bis auf die Zeit der Glaubensemigration zurückgeführten Namen Kahr auch in Zukunft weiter zu vererben. Gleichzeitig hatten die beiden Schwestern Kahrs inzwischen auch geheiratet, Elise lebte nun als Gattin des aus Schweinfurt stammenden Chemikers Fritz Fischer in Elberfeld⁴⁴⁰, während Marie sich für den in München praktizierenden Mediziner Friedrich Wilhelm Hofmann entschieden hatte, der später auch zum Amtsarzt am Bezirksamt München ernannt wurde.⁴⁴¹

⁴³⁴ Übertragung der Schriftleitung: Feilitzsch an Kahr vom 21.9.1895 in MInn 84 009.

⁴³⁵ Prinzregent Luitpold an Staatsministerium des Innern vom 24.10.1897 (ebd.).

⁴³⁶ Zink, Kahr, 60.

⁴³⁷ Vgl. hierzu den Überblick bei: Genealogisches Handbuch des in Bayern immatrikulierten Adels, Bd. VIII, hg. von der Vereinigung des Adels in Bayern, Neustadt an der Aisch 1964, 311 f.

⁴³⁸ Vgl. das Geburts- und Taufzeugnis sowie die Todesanzeige vom 8.1.1894 im Privatnachlass Kahr, Dokumente. Eine Todesursache ist nicht angegeben.

⁴³⁹ Kahr-Erinnerungen, pag. 90.

⁴⁴⁰ *Friedrich Fischer* (1855-1934), Chemiker und Fabrikdirektor, vgl. Genealogisches Handbuch des in Bayern immatrikulierten Adels, Bd. VIII (1964), 311.

⁴⁴¹ Zu *Friedrich Wilhelm Hofmann* vgl. den Personalakt im Staatsarchiv München, PA 15 956. Sohn von Friedrich Wilhelm und Marie Hoffmann, geb. Kahr, war Gustav Hofmann (1900-1982), der von 1948 bis 1964 als Generaldirektor der Bayerischen Staatlichen Bibliotheken wirkte. Vgl. S. Wieder, Gustav Hofmann zum Gedenken 1900-1982, in: Bibliotheksforum Bayern 10 (1982), 243-252.

Der persönliche und gesellschaftliche Gesichtskreis Kahrs dürfte sich in diesen Jahren wiederum wenig verändert haben, so verkehrte er weiterhin in den bereits vorgestellten Kreisen des AGV und den Reserveoffizierskorps, es erscheint lediglich unklar, ob Kahr schon jetzt erste Einblicke in das Kunst- und Kulturmilieu erhielt, in dem er sich einige Jahre später schon sehr selbstverständlich bewegte.⁴⁴² Spricht hier der Hinweis aus den Memoiren, die wachsende Familie habe unbedingt mit dem noch recht kärglichen Gehalt des Vaters haushalten wollen und deshalb wenig gesellschaftliche Ereignisse besucht⁴⁴³, eher dagegen, bot die Verwandtschaft zum Hause Fischer jedoch auch Möglichkeiten, diese Beziehungen auch auf anderem Wege herzustellen: Der Bruder von Schwager Fritz war nämlich niemand anderes als der bekannte Architekt Theodor Fischer, der als Münchner Stadtbaurat schon damals die berühmte Staffelbauordnung entworfen hatte und sich mit einer langsamen Abkehr vom bisher dominierenden Historismus einen Namen machte.⁴⁴⁴ Der ein oder andere Zugang zum kulturellen Leben der Stadt mag sich also trotz der eigenen Sparsamkeit ergeben haben, sollte dies der Fall sein, stand der junge Mann bei Veranstaltungen jedoch sicherlich nicht im Mittelpunkt, sondern verblieb in der Rolle eines einfachen Teilnehmers – und bewegte sich damit abermals unter dem der historischen Rekonstruktion zugänglichen Radar.

3. Bewährung im Außendienst: Vertreter des Staates in Kaufbeuren

Wird die Zeit als Hilfsreferent somit wohl dauerhaft eine biographische Leerstelle bleiben, nahm diese auch von Kahr selbst als Übergangsperiode eingestufte Etappe dann jedoch das vorgesehene Ende, als der nächste Karriereschritt anstand und der Regierungsassessor im Juli 1900 zum Bezirksamtmann in Kaufbeuren befördert wurde. Zwar mag die Versetzung in eine schwäbische Stadt auf den ersten Blick nicht wie ein Aufstieg wirken, wie zu Beginn des Kapitels bereits erläutert, galt die Leitung eines Bezirksamts im bayerischen Staatsdienst jedoch als Fundament und Basis für das weitere Fortkommen: So erhielten die Beamten in dieser Position erstmals die Gelegenheit, sich als eigenverantwortlich handelnde Vorstände einer Unterbehörde der inneren Verwaltung zu bewähren.

Allein der Kontrast zur bisherigen Situation macht den damit verbundenen Einschnitt deutlich: Denn hatte Kahr seinen Vorgesetzten im Ministerium bisher nach Auftrag

⁴⁴² Siehe hierzu Kapitel IV 1.2 und 3.2.

⁴⁴³ Kahr-Erinnerungen, pag. 110.

⁴⁴⁴ Kahr bezeichnet Fischer explizit als „Bruder meines Schwagers“ (Kahr-Erinnerungen, pag. 180); zu Theodor Fischer u. a.: Winfried Nerdinger, Theodor Fischer. Architekt und Städtebauer 1862-1938, Berlin 1988.

zugearbeitet oder seine Aufgaben in fest abgesteckten Zuständigkeitsbereichen erfüllt, koordinierte er nun als Bezirksamtmann die Tätigkeit der ihm unterstellten Verwaltung, entschied je nach Situation über ggf. notwendige Eingriffe ins öffentliche Leben und fungierte deshalb auch als erster Ansprechpartner für alle Honoratioren vor Ort. Der damit vollzogene Schritt ins lokale Rampenlicht hallt noch heute in einem Anwachsen der verfügbaren Quellenüberlieferung zu Kahr⁴⁴⁵ nach, zumal dieser es nicht dabei beließ, den zahlreichen Aufgaben eines Bezirksamtmannes nachzukommen, sondern noch mit zusätzlichen Unternehmungen von sich reden machte, wobei insbesondere eine eigens organisierte Ausstellung zu Heimatkunde und Volkskunst große Aufmerksamkeit erregte; im Rückblick stufte Kahr dieses Ereignis sogar als „ersten Anstoß zur Heimatschutzbewegung“ ein und bezeichnete die knapp zweieinhalb Jahre in Kaufbeuren nicht zuletzt deshalb als die „schönste [Zeit] meines amtlichen Wirkens“.⁴⁴⁶ Wie leicht zu erkennen, maß er der Zeit in Schwaben also sowohl persönlich, aber auch in Bezug auf die erzielten Erfolge große Bedeutung zu: Gerade in Hinblick darauf ist es freilich angezeigt, die nun in Blick genommene biographische und dienstliche Etappe strukturiert zu rekonstruieren, d. h. sachlich mit einem Tätigkeitsprofil und zeitlich mit der Ernennung zum Bezirksamtmann zu beginnen.

3.1 „So ein Bezirksamtmann muß ja alles sein“⁴⁴⁷: Wirkungskreise eines Amtsvorstandes
Diese Beförderung entsprach, wie einleitend gesagt, dem üblichen Karriereverlauf in der inneren Verwaltung, die Entscheidung für Kaufbeuren – eines von insgesamt 160 Bezirksämtern in Bayern⁴⁴⁸ – beruhte hingegen auf reinem Zufall: Die Stelle in der früheren Reichsstadt war schlicht gerade vakant geworden, da der Amtsvorgänger Kahrs, Bezirksamtmann Ludwig Bogendörffer, in den Ruhestand trat.⁴⁴⁹ Gustav Kahr erfuhr dann auch offiziell erst am 28. Juni von seiner Versetzung⁴⁵⁰, hatte also nur wenige Tage Zeit, das neu zugewiesene Amt anzutreten, den Umzug mit seiner inzwischen fünfköpfigen Familie zu bewältigen und sich – wohl nicht zuletzt – erste grundlegende

⁴⁴⁵ Neben der Überlieferung des Bezirksamts Kaufbeuren im Staatsarchiv Augsburg trifft das vor allem auf das täglich vor Ort erscheinende „Kaufbeurer Tagblatt“ zu, das regelmäßig über das dienstliche Wirken des Bezirksamtmannes Kahr berichtete. Aufgrund der räumlichen Trennung zwischen dem Ehepaar Kahr und ihren Eltern wurde außerdem regelmäßig zwischen Kaufbeuren und München korrespondiert, einige dieser Briefe sind im Privatnachlass Kahr, Korrespondenz Kaufbeuren überliefert.

⁴⁴⁶ Kahr-Erinnerungen, pag. 114 und 124.

⁴⁴⁷ Ebd., pag. 125.

⁴⁴⁸ Staatshandbuch 1902, 349-423 (mit Unterbrechungen).

⁴⁴⁹ Vgl. hierzu MIInn 64 076.

⁴⁵⁰ Prinzregent Luitpold an Kreisregierung von Schwaben vom 28.6.1900 in MIInn 84 009 (Dienstantritt 16. Juli 1900).

Informationen über seinen neuen Wirkungskreis zu beschaffen. Solch eine Übersicht konnte an ganz verschiedenen Punkten ansetzen, für den Verwaltungsbeamten lag es freilich nahe, zuerst zu offiziellen Statistiken und Handbüchern zu greifen, um die institutionellen und strukturellen Verhältnisse vor Ort besser einschätzen zu können.

Demnach gehörte Kaufbeuren flächenmäßig zu den größeren Bezirken Schwabens, war jedoch eher dünn besiedelt⁴⁵¹, was sich konkret in einem markanten Kontrast zwischen dem hier fast noch völlig agrarisch geprägten ländlichen Raum und zwei zügig wachsenden städtischen Zentren ausdrückte – dem als Bahnknotenpunkt zur Bedeutung gelangten Buchloe⁴⁵² und dem traditionellen Textilzentrum Kaufbeuren⁴⁵³ selbst, das als kreisunmittelbare Stadt zwar gar nicht zum Bezirk gehörte, aufgrund seiner wirtschaftlichen Ausstrahlung und als Amtssitz gleichwohl eine wichtige Rolle spielte. Abgesehen von einigen in diesen Zentren angesiedelten Unternehmen gab es in den insgesamt 57 Gemeinden des Bezirks dann auch nur kleinere Betriebe⁴⁵⁴, während die Bodennutzungs- und Berufsstatistik das Bild einer vorwiegend klein- und mittelbäuerlichen Gesellschaft unterstrich. Die fast durchgängig katholische Bevölkerung⁴⁵⁵ wuchs zwar auch im regionalen Vergleich relativ stark, von den insgesamt 22 800 Einwohnern lebten jedoch noch 16 650 (73 %) in einem Haushalt, dessen Voll- oder Haupterwerb im primären Sektor lag⁴⁵⁶ und damit die entsprechend nutzbaren Bodenflächen bearbeitete, die sich im Amt Kaufbeuren in etwa gleichen Anteilen für Ackerbau, Viehzucht und Forstwirtschaft eigneten.⁴⁵⁷

Soziostrukturell betrachtet, erweckte das Verwaltungsbiet mithin einen weithin homogenen Eindruck, seine Bewohner hätten einer solchen Einschätzung allerdings wohl nur bedingt zugestimmt, da sie auch die historischen und institutionellen Verhältnisse mitdachten und mit Blick darauf genügend Gründe für Binnendifferenzierungen finden konnten. So war das Bezirksamt Kaufbeuren erst 1862 aus zwei Landgerichten „alter

⁴⁵¹ Der Bezirk Kaufbeuren hatte ca. 23 000 Einwohner und umfasste 508 km², zum Vergleich mit den anderen Bezirken Schwabens siehe Staatshandbuch 1902, 422 f.

⁴⁵² Ulrich Müller, Buchloe - Eine Stadt mit Geschichte, in: Stadt Buchloe (Hg.), 50 Jahre Stadt Buchloe 1954-2004, Buchloe 2004, 6-21.

⁴⁵³ Vgl. die umfangreiche Darstellung der Stadtgeschichte bei: Jürgen Kraus - Stefan Fischer (Hg.), Die Stadt Kaufbeuren, Bd. I-III, Thalhofen 1999-2006.

⁴⁵⁴ Kaiserliches Statistisches Amt (Hg.), Gewerbe-Statistik der Verwaltungsbezirke: Berufs- und Gewerbebezahlung vom 14. Juni 1895, Bd. 2 (Statistik des Deutschen Reiches 118), Berlin 1898.

⁴⁵⁵ Vgl. Wilhelm Henninger, Die Religionsgliederung der Bevölkerung in Bayern, nach der Volkszählung vom 17. Mai 1939 und dem Gebietsstand vom 1. Oktober 1940, München 1941, 98 f.

⁴⁵⁶ Kaiserliches Statistisches Amt (Hg.), Berufsstatistik der kleineren Verwaltungsbezirke: Berufs- und Gewerbebezahlung vom 14. Juni 1895 (Statistik des Deutschen Reiches 109), Berlin 1897.

⁴⁵⁷ Kaiserliches Statistisches Amt (Hg.), Die Landwirtschaft im Deutschen Reich: Nach der landwirtschaftlichen Betriebszählung vom 14. Juni 1895, Berufs- und Gewerbebezahlung vom 14. Juni 1895 (Statistik des Deutschen Reichs 112), Berlin 1898.

Ordnung“ zusammengewachsen und wies mit dem nunmehrigen Distrikt Buchloe auch weiterhin eine Art Unterbezirk auf, für den ein eigenes Amtsgericht sowie ein eigenes Rentamt zuständig war.⁴⁵⁸ Krankenhaus, Sparkasse, Realschule und Waldbauschule⁴⁵⁹ befanden sich hingegen in Kaufbeuren und machten in dieser Konzentration deutlich, wo der institutionelle Schwerpunkt des Bezirks lag – mutmaßlich nicht zur Freude aller Einwohner: So richtete ein Lechanrainer im Osten des Bezirks seinen Blick wohl ohnehin eher nach Oberbayern und fühlte sich dementsprechend weniger mit einem schon stärker ins Allgäu orientierten Bewohner einer Wertach-Gemeinde verbunden.⁴⁶⁰ Wahrscheinlich konnte Kahr also gar nicht so sehr an ein etwaiges Kaufbeurer oder (ost-)schwäbisches Zusammengehörigkeitsgefühl anknüpfen, die Verbundenheit unter der ihm anvertrauten Bevölkerung hing deshalb noch mehr als üblich davon ab, ob er ersichtlich Wert darauf legte, zur Zufriedenheit aller Seiten zu wirken und es ihm gelang, sein Amt effizient und gerecht zu führen.

Zum Anforderungsprofil eines Bezirksamtmannes gehörte insofern zuallererst der effiziente Bürokrat, der in Ausübung der ihm übertragenen Befugnisse einen wichtigen Beitrag leistete, um das öffentliche Leben in den gewohnten und geregelten Bahnen zu halten. So fielen viele Bereiche, die zumindest aus Sicht der Zeitgenossen nicht der kommunalen Selbstverwaltung oder der individuellen Eigenverantwortung überlassen werden konnten, in die Zuständigkeit der Distriktverwaltungsbehörde⁴⁶¹: Sie verkörperte die Staatsmacht in ihrer lokalen Ausprägung und zeichnete in diesem Rahmen u. a. für den Straßenbau, die Gesundheitspflege, die Presse- und Versammlungspolizei oder die jährliche Musterung der Wehrpflichtigen verantwortlich, führte die Körung der Arbeits- und Zuchttiere durch und hatte die Gewebeaufsicht inne – etwa bei den üblichen Wochenmärkten oder in Gaststätten und Herbergen, die unter dem Gesichtspunkt der öffentlichen Moral oft zudem unter besonderer Beobachtung standen.

Das Pendant zu diesen hoheitlichen, manchmal auch unliebsamen Eingriffen stellten Gelegenheiten dar, bei denen sich Kahr als Vater des Bezirks präsentieren konnte und so die Staatsmacht symbolisch in seiner Person vertrat: Neben den jährlichen Feierlichkeiten

⁴⁵⁸ Staatshandbuch 1902, 262 und 426.

⁴⁵⁹ L. Weißfloch, Geschichte des Kreiskrankenhauses Kaufbeuren, in: Kaufbeurer Geschichtsblätter 5 (1966), 9-14; Ludwig Dinger, Königliche Waldbauschule Kaufbeuren 1888-1916, in: Kaufbeurer Geschichtsblätter 13 (1993), 18-25; Staatshandbuch 1902, 498; zur Sparkasse siehe Anm. 515.

⁴⁶⁰ Der Altlandkreis (Bezirk) Kaufbeuren reichte vom Lech (z. B. Gemeinde Denklingen) bis zum Allgäu und grenzte dort an die Bezirke Kempten oder Markt Oberdorf.

⁴⁶¹ Vgl. den umfassenden Überblick zum Zuständigkeitskreis der Bezirksämter: Johann Nepomuk von Pechmann, Wirkungskreis der bayerischen Distrikts-Verwaltungsbehörden, zunächst der Bezirksämter (rechts des Rheines), auf Grund der mittlerweile im Verwaltungsgebiete eingetretenen Änderungen und der neuesten Gesetzgebung bearb. von Friedrich Brettreich, 2 Bde., Bamberg ⁵1890/1892.

zum Geburts- und zum Namenstag des Prinzregenten⁴⁶² zählten hierzu vor allem die regelmäßigen Schulvisitationen und Feuerwehrenspektionen auf dem Land⁴⁶³ sowie die dem Anlass entsprechend besonders prachtvoll ausgestalteten Pfarrinstallationen, bei denen der Bezirksamtman zwar keine geistlichen Aufgaben übernahm, den neuen Pfarrer aber in die sog. Temporalia (Pfründe) einführte und die öffentliche Festrede hielt.⁴⁶⁴ Fest im Kalender vorgemerkt waren außerdem die jährlichen Distriktsratstagungen mit feierlicher Eröffnung und Schließung⁴⁶⁵ sowie die Jahreshauptversammlungen angesehener Vereine, bei denen der Amtsvorstand als herzlich begrüßter Ehrengast oder auch als formeller Vereinsvorsitzender auftrat.⁴⁶⁶ Kommt man auf das begonnene Anforderungsprofil zurück, zeichnete sich ein begabter Bezirksamtman also auch durch persönliche Ausstrahlung und eine gewisse Leutseligkeit aus, die ihm die Sympathie der königlichen Untertanen sichern konnte. Eine Kombination aus allen genannten Eigenschaften – verbunden mit Einsatzbereitschaft und Tatkraft – war schließlich nötig, wenn es darum ging, besondere Initiativen zur Stimulierung der lokalen Wirtschaft, zur Verbesserung des Bildungswesens oder allgemein zur Festigung des gesellschaftlichen Zusammenhalts in die Wege zu leiten und zu fördern. In diesem Kontext begründete Kahr z. B. den Gewerbeverein Buchloe und einen Pferdeversicherungsverein für den Bezirk, koordinierte Flurbereinigungen und die Entwässerung von neu ausgewiesenem

⁴⁶² Besonders feierlich wurde hierbei der 80. Geburtstag des Prinzregenten am 12. März 1901 begangen: ‚80. Geburtsfest des Prinzregenten‘, in: Kaufbeurer Tagblatt Nr. 59 vom 13.3.1901 (mit Auszügen der Rede Kahrs). Vgl. auch den Bericht des Bezirksamtmanns an die Kreisregierung vom 14.3.1901 (Staatsarchiv Augsburg, Bezirksamt Kaufbeuren 9747).

⁴⁶³ Zwar lag die Schulaufsicht primär in der Verantwortung des geistlichen Distriktschulinspektors (siehe Anm. 1188), der Bezirksamtman hatte allerdings mindestens zehn Schulvisitationen jährlich „beizuwohnen“. Vgl. Pechmann, Wirkungskreis, 378 und Staatsarchiv Augsburg, Bezirksamt Kaufbeuren 2902. So auch die Erwähnung der „Schulprüfungen“ in Schreiben Kahrs an seinen Vater vom 23.3.1901 (Privatnachlass Kahr, Korrespondenz Kaufbeuren).

Zu den Feuerwehrenspektionen 1900 und 1901: Staatsarchiv Augsburg, Bezirksamt Kaufbeuren 2193. Vgl. außerdem die Berichte über die Feuerwehrenspektionen Kahrs in Beckstetten, Aufkirch, Oberbeuren und Baiswail (Kaufbeurer Tagblatt Nr. 219 vom 27.9.1900; Nr. 146 vom 3.7.1901; Nr. 149 vom 8.7.1901; Nr. 168 vom 28.7.1902).

⁴⁶⁴ Kahr bewahrte sich eine dieser Reden (Pfarrinstallation in Keterschwang am 31.8.1902) sogar mit folgender Begründung auf: „Diese leider abgeschafften feierlichen Installationen der neuaufziehenden Pfarrer waren nach meinen Erfahrungen für den Staat von großer Bedeutung. Der in Uniform erscheinende kgl. Kommissar – auf dem Lande der Bezirksamtman – hatte dabei Gelegenheit, in breiter Öffentlichkeit den Geistlichen auf seine Pflichten gegenüber dem Staat hinzuweisen und als Verwaltungsbeamter an die Gesamtgemeinde heranzutreten.“ (NL Kahr 28) Vgl. der Nachweis der Veranstaltung in Kaufbeurer Tagblatt Nr. 1907 vom 1.9.1902.

Allgemein zu den Pfarrinstallationen im Bezirksamt: Staatsarchiv Augsburg, Bezirksamt Kaufbeuren 2643.

⁴⁶⁵ Vgl. hierzu ausführlich Pechmann, Wirkungskreis, 160-181.

⁴⁶⁶ Direkt nach seiner Ernennung zum Bezirksamtman wurde Kahr etwa Vorstand des Landwirtschaftlichen Bezirksvereins (Kaufbeurer Tagblatt Nr. 220 vom 28.9.1900), bei anderen Vereinen – wie etwa dem Obstbau- und Bienenzuchtverein (Kaufbeurer Tagblatt Nr. 82 vom 13.4.1901) – nahm er regelmäßig an Vereinssitzungen teil.

Weideland, veranlasste Ausbauten an Schulgebäuden sowie die Gründung von Schulbibliotheken und nahm sich auch dem Gesundheitswesen an, indem er den Aufbau einer freiwilligen Sanitätskolonne in die Wege leitete.⁴⁶⁷ Der Bezirksamtmann setzte also seinen Ehrgeiz darin, bei allen wichtigen Vorhaben zur Förderung von Landwirtschaft und Gewerbe als treibende und zugleich einigende Kraft zu wirken, die engagierte Begleitung der skizzierten Maßnahmen war dabei jedoch an sich nicht ungewöhnlich, sondern wurde den Bezirksamtsvorständen schon im maßgeblichen Handbuch von Braunwart/Brettreich ans Herz gelegt: Demnach konnten gerade die unteren Verwaltungsbehörden in allen Bereichen der „öffentlichen Wohlfahrt“ viel Positives bewegen, gerade sie waren somit aufgerufen, hier mit „Anregung und Initiative“⁴⁶⁸ voranzugehen.

3.2 Nebenbeschäftigung Ausstellungskurator: Die Schau „Volkskunst im Allgäu“

Befand sich Kahr in dieser Hinsicht deshalb auf dem besten Weg, sich auf bewährte Art den Ruf eines tatkräftigen Bezirksamtmanne zu erarbeiten, betrat er hingegen – zumindest auf Ebene der Bezirke – weitgehend Neuland, als er sich entschloss, die Popularisierung von Volkskunst und Heimatkunde zu einem Hauptanliegen seines amtlichen Wirkens zu machen. Damit soll nicht übersehen werden, dass die Kollegen im übrigen Bayern ihrem Auftrag gemäß immer wieder Verbundenheit zu Heimat und Tradition zeigten, indem sie etwa an Volksfesten teilnahmen, den Schutz historischer Denkmäler gewährleisteten oder die neue Trachtenbewegung guthießen. Ein Bezirksamtmann, der Bekanntmachungen zum sachgemäßen Umgang mit historischen Funden oder gegen die Verdrängung des Volksliedes durch großstädtische „Gassenhauer“ erließ und sogar persönlich öffentliche Vorträge zur germanischen Mythologie hielt, war hingegen wohl noch nicht vorgekommen.⁴⁶⁹ Kahr zögerte also von

⁴⁶⁷ Vgl. die Festreden bei der Verabschiedung Kahrs mit einer Zusammenfassung der durchgeführten Projekte („Abschied des Herrn kgl. Bezirksamtmanne Kahr“, in: Kaufbeurer Tagblatt Nr. 249 vom 3.11.1902) sowie Staatsarchiv Augsburg, Bezirksamt Kaufbeuren 3124 (Schulbüchereien). Ella Kahr berichtet in einem Schreiben an ihre Schwiegermutter (Ella Kahr an Emilie Kahr vom 14.4.1902, in: Privataarchiv Kahr, Korrespondenz Kaufbeuren), ihr Gatte habe in einer Woche „3 große Flurbereinigungen einstimmig durchgebracht“. Zur Gründung der Pferdeversicherung siehe Anm. 510.

⁴⁶⁸ So die Formulierung bei Pechmann, Wirkungskreis, 330: „Die neueren Kulturgesetze haben den Distriktsverwaltungsbehörden ein weites Feld ersprießlicher Wirksamkeit eröffnet. Neben der polizeilichen und verwaltungsrichterlichen Tätigkeit tritt hier namentlich, mehr als bei anderen Zweigen der Verwaltung die Verpflichtung der Verwaltungsbehörde zur Anregung und Initiative hervor. In zahlreichen Fällen wird das richtige Verständnis und der Eifer, mit welcher der Distriktsverwaltungsbeamte sich der Instruktion eines die Hebung der Landeskultur beziehenden Unternehmens widmet, für das Gelingen desselben entscheidend sein.“

⁴⁶⁹ Vgl. den Erlass des Bezirksamts zum Umgang mit historischen Funden (Kaufbeurer Tagblatt Nr. 132 vom 14.6.1901), die Bemerkungen Kahrs zur „Pfleger des Volksliedes“ (Kaufbeurer Tagblatt Nr. 101 vom

Anfang an nicht, seiner Amtsführung eine unverwechselbare Note zu verleihen, alle Einzelinitiativen dieser Art standen indes bald im Zeichen der bereits erwähnten Ausstellung für Volkskunst und Heimatkunde, die im September 1901 im Kontext der nach Kaufbeuren vergebenen Kreislandwirtschaftsschau, d. h. im größtmöglichen Schaufenster, stattfand. Dabei hatte der Bezirksamtmann seinen Gedanken konsequent verfolgt und sich angesichts der Skepsis im allgemeinen Organisationskomitee sogar entschlossen, das Vorhaben auf eigenes finanzielles Risiko durchzuführen.

3.2.1 Erste Begegnungen mit dem Heimatschutz

Kahr war somit ganz offensichtlich mit Begeisterung und Herzblut bei der Sache, die implizit bereits angeschnittene Frage, wo eigentlich die Wurzeln dieser Begeisterung zu suchen sind, ist allerdings nicht eindeutig zu beantworten: So lässt sich natürlich vermuten, dass Kahr bei aller finanziell bedingten Zurückhaltung im gesellschaftlichen Leben vor 1900 nicht darauf verzichtet hatte, die kulturellen Debatten in München zu verfolgen und etwa von seinem Verwandten Theodor Fischer über die Hintergründe der in der Künstlerschaft neu einsetzende Besinnung auf schlichte und sachliche Schöpfungen informiert worden war⁴⁷⁰; Belege sind hierfür allerdings nicht vorhanden, die über bloße Kulturpflege hinausreichende Reformbewegung wird auch deshalb erst im nächsten Kapitel näher thematisiert.⁴⁷¹ Ein möglicher Impulsgeber könnte indes ebenso in Kaufbeuren selbst liegen, wo sich unter der Ägide des in Irsee tätigen Pfarrers Christian Frank gerade eine Heimatkunde-Bewegung institutionalisierte, die den Pionieren des späteren bayerischen Heimatschutzes zuzurechnen ist. Der von kulturhistorischen Wanderungen, Ausgrabungen und Volkstraditionen faszinierte Geistliche veröffentlichte seit 1899 eine Zeitschrift mit Beiträgen zum geschichtlichen Erbe der Region und gründete 1900 mit einigen Mitstreitern den „Verein zur Förderung der Heimatkunde“, der zunächst Sektionen in Füssen und Markt Oberdorf umfasste.⁴⁷² Die Mitglieder wollten sich fortan regelmäßig zu Vortragsabenden sowie gemeinsamen Ausflügen treffen und damit das Tätigkeitsgebiet des Vereins schrittweise vergrößern – es lag für Frank also

5.5.1902) sowie sein am 1. April 1902 gehaltener öffentlicher Vortrag zum Thema „Aus der Jugendzeit unseres deutschen Volkes“ (Kaufbeurer Tagblatt Nr. 73 vom 2.4.1902; darin Ausschnitte).

⁴⁷⁰ Siehe Anm. 444.

⁴⁷¹ Siehe Kapitel IV 3.1.

⁴⁷² Vgl. zu Biographie und Wirken von *Christian Frank* (1867-1942) den neuesten Forschungsstand bei: Martina Steber, Gustav von Kahr, Christian Frank und die Abgründe des Heimatschutzes, in: Stefan Dieter - Peter Keller (Hg.), Kaufbeuren unterm Hakenkreuz, Bd. 2, Thalhofen 2019, 144-169; Steber, Ethnische Gewissheiten, 133-140. Die Zeitschrift „Deutsche Gaue“ erschien mit Unterbrechungen bis 1978 und entwickelte sich zu einem führenden Organ der deutschen Heimat-Bewegung.

nahe, Kontakte zu lokalen Würdenträgern zu suchen. Kahr kam mit dem rührigen Pfarrer dann auch schnell ins Gespräch, der bei dieser Gelegenheit wohl sogleich zu einem ausführlichen Bericht über die Pläne, Beweggründe und Erwartungen der entstehenden Heimatschutzbewegung ansetzte. Frank betrachtete es deshalb schon bald als sein Verdienst, den neuen Bezirksamtmann die Heimatidee nahe gebracht zu haben⁴⁷³, allerdings sind auch an dieser Sicht der Dinge durchaus Zweifel angebracht: Neben der häufiger zu beobachtenden Neigung des Kuraten, sich selbst mit Erfolgen zu schmücken⁴⁷⁴, macht vor allem die Tatsache skeptisch, dass Frank in seinen Ausführungen wohl nicht allzu weit gekommen sein dürfte, ehe ihm Kahr mit zustimmenden Bemerkungen ins Wort fiel. Die für beide Seite freudige Entdeckung, einem überzeugten Riehl-Schüler⁴⁷⁵ gegenüber zu sitzen, sorgte ohne Zweifel rasch für ausreichenden Gesprächsstoff, macht es allerdings gleichzeitig deutlich unwahrscheinlicher, dass Frank noch viel Zeit in Überzeugungsarbeit investieren musste; das sogleich an den Tag gelegte Engagement Kahrs verstärkte diesen Eindruck noch zusätzlich.

3.2.2 Vorbereitungen: Eine Idee nimmt Gestalt an

Die Suche nach einer möglichen Initialzündung führt somit höchstens zu mehr oder weniger plausiblen Vermutungen – doch wie dem auch sei, die arbeitsintensiven Vorbereitungen für die von Kahr geplante Ausstellung liefen jedenfalls im Herbst 1900 an. Dabei stand anfangs wahrscheinlich nur die Grundidee, eine Präsentation von Volkskunst zu veranstalten, zur Diskussion⁴⁷⁶, in welchem Rahmen dies stattfinden und wie die Exponate zusammengestellt werden sollten, war indes noch ungeklärt. Der Weg vom Vorhaben zur konkreten Umsetzung war also noch weit, zumal Kahr und Frank zunächst auf sich allein gestellt waren und sich schon über die Erweiterung zum Trio freuen durften, als der in der Bauernhausforschung aktive Münchner Architekt Franz Zell das Team komplettierte⁴⁷⁷; ob Frank oder Kahr für diesen wichtigen Zuwachs gesorgt

⁴⁷³ So bei Meinrad Weikmann, Christian Frank. Zu seinem 100. Geburtstag und 25. Todestag, in: Deutsche Gaue 57/58 (1970/71), 6 f.

⁴⁷⁴ Vgl. Steber, Abgründe des Heimatschutzes.

⁴⁷⁵ Das von Christian Frank begründete Archiv, das in Kaufbeuren u. a. die Überlieferung der Zeitschrift „Deutsche Gaue“ sowie des Vereins „Heimat“ verwahrt, erhielt deshalb auch den Namen „Wilhelm Heinrich Riehl-Dr. Christian Frank-Gedächtnis-Stiftung“.

⁴⁷⁶ Vgl. der Bericht zu den Planungen: ‚Landwirtschaftliche Ausstellung‘, in: Kaufbeurer Tagblatt Nr. 76 vom 4.4.1902.

⁴⁷⁷ Zur Biographie von *Franz Zell* (1866-1961) vgl. Bärbel Kleindorfer-Marx, Volkskunst als Stil: Entwürfe von Franz Zell für die Chamer Möbelfabrik Schoyerer (Regensburger Schriften zur Volkskunde 12), Regensburg 1996. Zell hatte sich zu diesem Zeitpunkt bereits mit einschlägigen Veröffentlichungen einen

hatten, ist nicht ersichtlich. Dem Bezirksamtman war daher von Anfang an bewusst, dass er viel bewegen musste, um die Unkenrufe der Skeptiker⁴⁷⁸ zu widerlegen: Er leitete deshalb zuerst die Gründung der Sektion Kaufbeuren-Land des Vereines „Heimat“ in die Wege, die als formeller Ausrichter der Ausstellung fungieren sollte. Ein würdiger Rahmen für ihre konstituierende Versammlung war auch bald gefunden, als Kahr den in Waal ansässigen Standesherrn Erwein Fürst von der Leyen überzeugen konnte, bei dieser Gelegenheit einige Zimelien aus der Kunstsammlung seines Schlosses zu präsentieren und sich der Ortspfarrer bereit erklärte, die Zusammenkunft mit einem Vortrag zur Geschichte Waals zu eröffnen; der anwesende Fürst trug sich dann auch symbolisch als erster in die ausliegende Mitgliederliste ein.⁴⁷⁹ Die Frage nach den zur Verfügung stehenden Ausstellungsräumen war ebenfalls bald zu klären, wobei es sich hier als günstiger Umstand erwies, dass die Mädchenschule wenige Jahre zuvor einen Neubau bezogen hatte und ihr alter Standort in der Stadtmitte seitdem nur noch von der deutlich kleineren Landwirtschaftlichen Winterschule benutzt wurde⁴⁸⁰; es machte dementsprechend keine besonderen Schwierigkeiten, ein Stockwerk vorübergehend für die Schau zu reservieren. Wie schon in Erding kümmerte sich Kahr außerdem darum, eine ansprechende Festzeitung zu gestalten und dokumentierte mit Beiträgen von Julius Ritter von Staudinger oder Theodor Fischer sowohl den hohen Anspruch der Ausstellung als auch seine guten Beziehungen, wobei es auch die Unterstützung durch Gustav von Kahr sen. erleichterte, die Zusage prominenter Autoren zu gewinnen.⁴⁸¹ Am

Namen gemacht: Franz Zell, Bauern-Häuser und volkstümliche Hausmalereien im bayerischen Hochland, Frankfurt am Main 1900; ders., Bauern-Möbel aus dem Bayerischen Hochland, Frankfurt am Main 1899.

⁴⁷⁸ Vgl. die Darstellung in den Kahr-Erinnerungen, pag. 115 f.: „Von alteingesessenen Kaufbeuern wurde mir, als ich mit meinem Plane auftrat, versichert, das Material für ein solches Unternehmen fehle in Stadt und Land. Als ich entgegnete, ich würde das Material schon finden und diesen meinen Plan auf eigene Kosten durchsetzen, meinten sie lächelnd: der Herr Bezirksamtman will eben seinen Kopf durchsetzen. [...] Wie nun aber so ein mit Möbeln aufgetürmter Bauernwagen um den andern vor meinem Bezirksamt anhielt und „das alte Zeug“ in Massen abgeladen wurde, gingen merkwürdige Gerüchte durch die Stadt. Zu Hause und in den Wirtschaften wurde mehr oder weniger entsetzt von dem ganz eigentümlichen Unternehmen des Herrn Bezirksamtmanes gesprochen, der im Begriffe sei mit seinem eigensinnigen und komischen Vorhaben die ‚Feststadt Kaufbeuren‘ zu diskreditieren. Darum erkundigte sich gar bald Bürgermeister Stumpf, besorgt um den guten Ruf seiner Stadt, bei mir, ob es doch für diese keine unangenehmen Überraschungen geben werde.“

So auch die Andeutung im Pressebericht vor der Ausstellungseröffnung: „Fast der ganze Bezirk hat dazu begeistert und verwundert haben manche Stadtbewohner auf die Möbel geschaut, die da hochgetürmt gleich Kammerwagen auf Fuhrwerken hereinkamen.“ (‚Ausstellung für Volkskunst und Heimatkunde‘, in: Kaufbeurer Tagblatt Nr. 196 vom 2.9.1901)

⁴⁷⁹ Versammlungsbericht in: ‚Waal‘, in: Kaufbeurer Tagblatt Nr. 29 vom 5.2.1901.

⁴⁸⁰ Anton Brenner, Neubau der Landwirtschaftsschule, Architekt Thomas Wechs - Augsburg, in: Kaufbeurer Geschichtsblätter 14 (1996), 82-86, hier 82.

⁴⁸¹ Die Festzeitung (‚Fest-Schrift zur landwirtschaftlichen Ausstellung in Kaufbeuren im Jahre 1901‘) erschien in fünfzehn Nummern, in einem Schreiben an seinen Vater ist der Dank Kahrs für die Zusage Staudingers überliefert (Kahr an Kahr sen. vom 23.3.1901, in: Privatnachlass Kahr, Korrespondenz

vordringlichsten und mühsamsten erwies sich allerdings die Suche nach passenden Ausstellungsstücken und zwar gerade, weil sich die Initiatoren auf die Präsentation historischer Alltagsgegenstände vom Lande konzentrieren wollten – damit fielen die bisher fast ausschließlich auf „hohe Kunst“ ausgerichteten Museen weitgehend als potenzielle Leihgeber aus. Es blieb darum keine andere Möglichkeit, als sich selbst im Bezirk umzusehen und in jedem besuchten Ort nach zeigenswerten Erbstücken in den Bauernhäusern zu fragen. Kahr, Frank und Zell begaben sich nun also immer wieder an Wochenenden oder nach Feierabend auf Erkundungsfahrt und lösten bei manchem Landwirt ohne Zweifel erhebliches Erstaunen aus, als sie nach der obligatorischen Wohnungsbesichtigung den Vorschlag machten, die oft in die Dienstbotenkammer oder auf den Speicher abgeschobenen Einrichtungsgegenstände in einer Ausstellung in Kaufbeuren zu zeigen. Stimmte der Eigentümer zu, wurden die Objekte nummeriert, registriert und meist vom Leihgeber selbst beim Bezirksamt abgeliefert.⁴⁸²

3.2.3 Ein aufsehenerregender Erfolg: Die Ausstellung im September 1901

Kahr zögerte somit nicht, einen Großteil seiner Freizeit für eine Tätigkeit als ehrenamtlicher Ausstellungskurator einzutauschen, wie große Bedeutung er dem begonnenen Projekt beimaß, wird freilich erst deutlich, wenn man bedenkt, dass mit der Vorbereitung der parallel stattfindenden Landwirtschaftsschau ohnehin erhebliche Zusatzarbeit verbunden war: Dabei galt es entsprechend der vertretenen Sparten insgesamt sieben eigenständige Ausstellungen vorzubereiten, die jeweils Fachausschüsse betreuten und gestalteten⁴⁸³, Kahr trug als Koordinator und Bezirksvorsitzender mehrerer beteiligter Vereine jedoch die Gesamtverantwortung und legte zusätzlich darauf Wert, möglichst viele Landgemeinden und kleinere Betriebe in irgendeiner Form zu beteiligen. Das Organisationskomitee musste also viel Abstimmungsarbeit leisten, um das Konzept und den Ablaufplan zu entwickeln und aufeinander abzustimmen, ehe das Festprogramm am 28. Juni in einer öffentlichen Sitzung gemeinsam vorgestellt werden konnte.⁴⁸⁴

Kaufbeuren). Mit Dr. Bruno Hofer (Prof. an der tierärztlichen Hochschule in München) oder Dr. Alfred Schröder (Prof. am Lyzeum Dillingen) steuerten weitere prominente Autoren Artikel bei.

⁴⁸² Kahr-Erinnerungen, pag. 116.

⁴⁸³ Hierbei handelte es sich um die Kreisfischerei-Ausstellung, die Blumenausstellung, die Ausstellung von Käse- und Molkereiprodukten, die „Produktenabteilung“ (Beiträge einzelner Gemeinden, des Landwirtschaftlichen Bezirksausschusses, der Landwirtschaftlichen Winterschule und von Ziegeleien), die Bezirks-Geflügel-Ausstellung, die Forstaussstellung, die Maschinenausstellung und die Tierschau, vgl. Fest-Schrift zur landwirtschaftlichen Ausstellung in Kaufbeuren im Jahre 1901 Nr. 12 vom 22.9.1901.

⁴⁸⁴ Das Programm des Bezirksfestes und der Ausstellungen stand endgültig Mitte Juli fest: ‚Kaufbeuren‘, in: Kaufbeurer Tagblatt Nr. 161 vom 22.7.1901.

Ende September 1901 war es schließlich soweit und Kaufbeuren startete am 22. September seine lange vorbereitete Festwoche. In einer Art Vorspann öffnete die Volkskunst-Ausstellung für Einheimische und Fachpublikum jedoch bereits am 15. September ihre Pforten und konnte dabei mit einem Einführungsvortrag des Direktors des Gewerbemuseums Nürnberg, Carl Johannes Réé, aufwarten, der zum emblematischen Thema „Was wir von unserer Väter Werke lernen können“ sprach.⁴⁸⁵ Mit der gleichen pädagogischen Absicht hatte Franz Zell die eingegangenen Stücke in den vorherigen Wochen zu mit Titeln bezeichneten Stuben arrangiert, die jeweils einen bestimmten Aspekt des bäuerlichen Lebens darstellen sollten; der Kaufbeurer Altertumsverein beteiligte sich außerdem mit einer Bürgerstube im Stil des Biedermeier.⁴⁸⁶ Nun ist hier nicht der Ort, die Stuben näher zu analysieren oder im Einzelnen vorzustellen – es genügt, sich noch einmal den Charakter der Schau als Zusammenstellung von Objekten unterschiedlicher Herkunft in Erinnerung zu rufen, um zu ahnen, wie viel Inszenierungskünste Zell eingesetzt hatte, um jeden Raum als in sich geschlossenes Gesamtkunstwerk zu gestalten. Zumindest im Rückblick erweist sich die nach außen hin suggerierte Authentizität somit als ein geschickt komponiertes Narrativ der Dinge, wobei die Stuben ein formvollendetes Musterbild der Vergangenheit vermittelten, das zur Identifikation einlud, im „echten“ Leben aber natürlich nie so bruchlos existiert hatte.⁴⁸⁷ In der Landwirtschaftsschule war also eine Art Sehnsuchtsort entstanden, der ähnlich wie Erinnerungen an glückliche Kindertage alle möglicherweise vorhandenen Unstimmigkeiten und historische Übergänge glättete, d. h. eine allzu perfekte Idealvorstellung zum Leben erweckte. Die zahlreichen Besucher⁴⁸⁸ ließen sich von solchen Bedenken freilich nicht stören, die Ausstellung löste vielmehr Begeisterung aus, zumal eine Reihe Münchner Künstler und Architekten – u. a. Hans Grässel, die Seidl-Brüder, Karl Hocheder oder Akademie-Direktor Kaulbach⁴⁸⁹ – in die Stadt kamen und sich den lobenden Stimmen anschlossen. Sogar die auf der Durchreise befindliche

⁴⁸⁵ Abdruck der Eröffnungsansprachen Kahrs und Réés: „Die Kaufbeurer Ausstellung für Volkskunst und Heimatkunde, in: Deutsche Gaue 3 (1901), 42-46.

⁴⁸⁶ Vgl. die Vorstellung der Stuben in: „Ausstellung für Volkskunst und Heimatkunde in Kaufbeuren (15. bis 30. September 1901)“, in: Kaufbeurer Tagblatt Nr. 202 vom 9.9.1901.

⁴⁸⁷ Bendl spricht in diesem Zusammenhang etwa von der Ausstellung als „ganzheitliche Illusion“, die in ihrer aufeinander abgestimmten Präsentation eine lineare Kontinuität von der Vergangenheit in die Gegenwart und damit ein Bild von Zeitlosigkeit suggerierte (Eva Bendl, *Inszenierte Geschichtsbilder. Museale Sinnbildung in Bayerisch-Schwaben vom 19. Jahrhundert bis in die Nachkriegszeit* (Bayerische Studien zur Museumsgeschichte 2), Berlin 2016, 110 f.).

⁴⁸⁸ Kahr spricht in seinen Memoiren nachträglich von „zehntausenden“ Besuchern (Kahr-Erinnerungen, pag. 118), der Bericht an die Kreisregierung nennt jedoch insgesamt 12 000 Besucher bei den Landwirtschaftsausstellungen und 7000 Besucher in der Volkskunst-Ausstellung (Wochenbericht vom 28.9.1901, in: Staatsarchiv Augsburg, Bezirksamt Kaufbeuren 9748).

⁴⁸⁹ Vgl. das Besucherbuch im Stadtmuseum Kaufbeuren.

Königinwitwe Margarethe von Italien besichtigte die Räume⁴⁹⁰, während die überregionale Presse die Gestaltung der Schau lobend erwähnte.⁴⁹¹ Vor dem Abbau hielt Zell schließlich alles mit aufwendig gestalteten Photographien im Bild fest⁴⁹², ehe manch stolzer Besitzer seine Habseligkeiten wieder nach Hause holte, viele aber auch auf die Rückgabe verzichteten und damit den Grundstock für eine schon ins Auge gefasste dauerhafte Präsentation im Stadtmuseum legten.

3.3. Nachwirkungen einer Privatinitiative: Die Gründung des Vereins für Volkskunst und Volkskunde

Die Ausstellung war somit ein voller Erfolg: Neben der unmittelbaren Wirkung in Kaufbeuren, wo Kahr zusätzlich auf einen finanziellen Überschuss⁴⁹³ verweisen konnte, galt dies vor allem in Hinblick auf die prominenten Gäste, die die Berichte von der überraschenden Entdeckung in der schwäbischen Provinz sogleich in ihren Kreisen weiter verbreiteten – sei es im Kunstgewerbeverein, bei der Münchner Künstlergenossenschaft oder in den Historischen Vereinen. Besonderen Eindruck hatte die Ausstellung jedoch offenbar bei den Mitgliedern des einflussreichen Bayerischen Architekten- und Ingenieurvereins (BAIV) hinterlassen: Zwar lässt sich kaum entscheiden, ob Kahr, Frank und Zell hier nur offene Türen eingerannt oder tatsächlich den maßgeblichen Impuls gesetzt hatten, auf jeden Fall debattierten die Kaufbeuren-Besucher Seidl und Hocheder nur zwei Monate später bei einer Vereinssitzung über Möglichkeiten, das Bauen auf dem Land und die Ausbildung der Bautechniker zu verbessern, um das inzwischen übliche, durch „toten Formelkram“ bestimmte „Schema“ wieder durch „eigentliche Kunst“ abzulösen⁴⁹⁴ – eine solche Zustandsbeschreibung hätte auch im Kaufbeurer Ausstellungsführer stehen können. Der Vereinsvorstand ließ es dann auch nicht bei der Klage über bestehende Defizite bewenden, sondern entschloss sich, sogleich im eigenen Haus mit gutem Beispiel voranzugehen und das Vereinsleben den neuen Bedürfnissen

⁴⁹⁰ Beschrieben in: ‚Kaufbeuren‘, in: MNN Nr. 461 vom 27.9.1901.

⁴⁹¹ So etwa die Münchner Neuesten Nachrichten: „Bei dieser allgemein lobenswerthen Erscheinung [gemeint sind landwirtschaftliche Ausstellungen; M.B.] ist es nicht allzu leicht, aus dem gewöhnlichen Rahmen noch hervorzuragen. Dieses Lob ist unbedingt den Veranstaltungen zu zollen, die mit dem landwirtschaftlichen Bezirksfeste Kaufbeuren verbunden sind und nur unter Aufwand außerordentlicher Mühewaltung und eifrigsten Zusammenarbeitens möglich waren. Abgesehen von den werthvollen Ausstellungen auf allen Gebieten der Landwirthschaft ist damit auch eine Ausstellung für Allgäuer Volkskunst und Heimathkunde verbunden, die hohes Interesse erregt.“ (‚Landwirtschaftliches Bezirksfest‘, in: MNN Nr. 449 vom 27.9.1901).

⁴⁹² Franz Zell, Volkskunst im Allgäu. Original-Aufnahmen aus der Ausstellung für „Volkskunst und Volkskunde“ in Kaufbeuren, Kaufbeuren 1902.

⁴⁹³ So der Rechenschaftsbericht Kahrs zu den Ausstellungen: ‚Landwirtschaftliche Versammlungen‘, in: Kaufbeurer Tagblatt Nr. 248 vom 2.11.1901.

⁴⁹⁴ Vgl. den Bericht in der Süddeutschen Bauzeitung 11 (1901), 191 f.

anzupassen. Schon 1902 traf sich die Münchner Architekten-Elite deshalb nicht mehr nur zu gelehrten Abendvorträgen, sondern unternahm ab sofort gemeinsam Studienfahrten aufs Land, um etwa Bauernhäuser im Leizachtal oder Stadtbilder in Wasserburg, Burghausen und Rothenburg in Augenschein zu nehmen.⁴⁹⁵ Im Verein bildete sich außerdem eine Kommission zur Reorganisation der Baugewerksschulen, während die „Süddeutsche Bauzeitung“ im März 1902 auch formell zum „Verkündigungsblatt“⁴⁹⁶ des Vereins erklärt wurde und eine neue Schriftleitung erhielt, wobei die Ernennung Franz Zells zum Chefredakteur klar dokumentierte, welche Richtung nun im BAIV den Ton angab. Der Volkskunst-Pionier begann sein Wirken entsprechend standesgemäß mit einem programmatischen Geleitwort⁴⁹⁷, in dem er ankündigte, dass sich die Bauzeitung ab sofort einer „wirklich örtlichen und volkstümlichen Bauweise“ verpflichtet fühle, deren Studium der sicherste Weg sei, um wieder Verständnis und Achtung für „das bescheidene Durchschnittsschaffen unserer Vorfahren am Bürger- und Bauernhause“ zu entwickeln. Deutlicher konnte eine Abkehr von Historismus und Gründerzeit-Renaissance nicht ausfallen, so explizit im Architekten-Leitorgan propagiert, machte das in Kaufbeuren erprobte Programm dann auch schnell in der Praxis Schule: Erhielt Zell deshalb sogleich Folgeaufträge, um die Museen in Rosenheim und Oberammergau nach den neuen Prinzipien zu gestalten⁴⁹⁸, griff der im mittelfränkischen Feuchtwangen amtierende Bezirksamtman August Fischer die Idee seines Kollegen direkt auf und organisierte 1902 eine weitere Volkskunde-Ausstellung nach dem Stubenprinzip, die ebenfalls den Grundstock für ein bis heute bestehendes Museum legte.⁴⁹⁹

Blättert man nun die Berichte über die skizzierte Neuausrichtung des BAIV oder die Museumsneugründungen durch, ist der Name Kahr zwar nirgends zu finden, gleichwohl besteht kein Zweifel, dass der Bezirksamtman von Kaufbeuren fortan ein gewichtiges Wort beim Aufbau der Heimatschutzbewegung in Bayern mitzureden hatte: Galt dies schon für das Museum in Feuchtwangen, wo August Fischer sicherlich von den Erfahrungen seines ehemaligen Kommilitonen⁵⁰⁰ profitierte, erhielt Kahr jetzt vor allem

⁴⁹⁵ Vgl. den Bericht über das Vereinsjahr: Ludwig von Stempel, Die Ziele des Münchener Architekten- und Ingenieurvereins, in: Süddeutsche Bauzeitung 12 (1902), 385-387.

⁴⁹⁶ Vgl. die neue Titelzeile der Zeitschrift: Süddeutsche Bauzeitung 12 (1902), 101.

⁴⁹⁷ Franz Zell, Unseren geehrten Mitarbeitern und Abonnenten, in: Süddeutsche Bauzeitung 12 (1902), 101.

⁴⁹⁸ Gertraud Zull, Ein Museum entsteht. Das Verleger Lang'sche kunst- und kulturgeschichtliche Oberammergauer Museum und die Entdeckung der Volkskunst um 1900 (Bayerische Schriften zur Volkskunde 6), München 1998, 49.

⁴⁹⁹ Susanne Klemm, Der Verein für Volkskunst und Volkskunde in Feuchtwangen und seine Sammlungen, in: Schönere Heimat 91 (2002), 5-10; vgl. auch den von Kahr verfassten Nachruf für August Fischer (Gustav Kahr, Regierungsrat August Fischer-Tölz †, in: Bayerischer Heimatschutz 13 (1915), 128 f.

⁵⁰⁰ August Fischer hatte gemeinsam mit Kahr von 1882 bis 1885 an der Universität München studiert und dabei auch mehrere Vorlesungen gemeinsam mit ihm besucht, u. a. die „Kulturgeschichte des 18. und 19.

regelmäßig Einladungen nach München, um dort im Kreise des BAIV und des Kunstgewerbevereins den Beratungen über die notwendige Neuorientierung des künstlerischen Schaffens in Stadt und Land beizuwohnen.⁵⁰¹ Kahr hatte sich mit der Kaufbeurer Pionierleistung ganz offensichtlich den Ruf eines kunstsinnigen Verwaltungsbeamten erworben, er beschränkte sich bei diesen Sitzungen deshalb auch nicht nur auf die Rolle des juristischen Beraters, sondern hatte von Anfang an gleichfalls ein Votum bei der Besprechung inhaltlicher Fragen; die erfolgreiche Durchführung einer Heimatkunst-Ausstellung war hierfür auch ein überzeugendes Argument. Nach einigen Zusammenkünften kristallisierte sich schließlich die gemeinsame Überzeugung heraus, dass es auf die Dauer nicht ausreichte, die Neubelebung der Volkskunst gewissermaßen nebenbei innerhalb der bestehenden Strukturen weiter zu verfolgen, sondern dass es nötig sei, hierzu ein eigenständiges Forum zu schaffen, d. h. einen neuen Verein zu gründen.⁵⁰² Der in der Luft liegende Gedanke war damit ausgesprochen, die Runde hatte freilich auch das Schicksal vieler vergleichbarer Gründungen vor Augen, die nach einem hoffnungsvollen Start oft und gerade in einer Großstadt wie München nicht genügend Aufmerksamkeit fanden und schnell wieder in der Versenkung verschwanden. Vielen Anwesenden schien es daher sicherer, sich als eigene Sektion dem seit 1894 in Würzburg bestehenden Verein für Volkskunde und Mundartforschung anzuschließen⁵⁰³, gerade Kahr war indes mit dieser einfachen Lösung nicht einverstanden, da sich der Würzburger Verein auf die klassischen Arbeitsfelder Forschung und Dokumentation beschränke – es gehe jedoch vielmehr darum, mit vielfältigen Anregungen und praktischer Beratung in der breiten Öffentlichkeit zu wirken.⁵⁰⁴ Kahr plädierte also dafür, das Risiko eines

Jahrhunderts“ bei Wilhelm Heinrich Riehl. Vgl. das Abschlusszeugnis Fischers in Stadtarchiv München, NL August Fischer 2.

⁵⁰¹ Vgl. Kahr-Erinnerungen, pag. 119.

⁵⁰² Vgl. die Darstellung in: Gustav von Kahr, Unser Verein und seine Geschichte, in: Bayerischer Heimatschutz 10 (1912), 67-79.

⁵⁰³ Hans Roth, Erbe und Auftrag. Heimatschutz und Heimatpflege in Bayern im Wandel der Zeit, in: 100 Jahre Landesverein, 9-108, hier: 14 f.

⁵⁰⁴ Vgl. die Darstellung in Kahr-Erinnerungen, pag. 120 f.: „Ich erklärte den Herren, zu diesem Zwecke brauche man die große Anzahl der schon vorhandenen historischen und Altertumsvereine nicht zu vermehren, dafür genüge ein Ausbau des bestehenden Vereinslebens. Was aber dringend not tue, sei die Ausbreitung der in guten alten Vorbildern zu findenden Werte für neuzeitliches Schaffen im Bauwesen und im Handwerk. [...] Dazu aber sei es notwendig, daß man einen Verein in München gründe, der nicht bloß Volkskunde treibe, sondern durch eine über das ganze Land reichende, alle Bau- und Verwaltungsbehörden umfassende Organisation, die Münchener und Außermünchener Architekten- und Künstlerschaft mit ihrem Rat und ihrer Tat ehrenamtlich in den Dienst der gesamten Bautätigkeit des Landes, soweit sie künstlerisch ungeschult ist, und des Handwerkes zu stellen. [...] Die Herren hörten mir andächtig zu, meinten aber übereinstimmend, das lasse sich praktisch nicht durchführen. Ich erwiderte, die Durchführbarkeit hänge nur davon ab, ob die heute in der anwesenden Architektenschaft für die Heimatkunst bekundete Begeisterung nicht bloß ein Strohfeuer, sondern echt und werktätig und opferbereit sei, alles andere vermöchte ich zu schaffen und durchzusetzen. So kam es dann mit vielen, vielen Zweifeln und Bedenken zur Gründung des genannten Vereins mit den von mir gekennzeichneten Zielen und Aufgaben.“

selbständigen Vorgehens einzugehen und konnte mit dem Argument, es habe keinen Zweck, auf halbem Wege stehen zu bleiben, tatsächlich durchdringen: Man einigte sich deshalb darauf, die unabhängige Gründung anzugehen und lud für den 15. Juni 1902 ins Münchner Künstlerhaus, um den neuen „Verein für Volkskunst und Volkskunde“ (VVV) zu konstituieren⁵⁰⁵; als treibende Kraft wurde Kahr dabei als Beisitzer in den Vorstand gewählt, den 1. Vorsitz übernahm nach einigem Zögern der Architekt und Professor für Baugeschichte und Bauformenlehre an der TH München August Thiersch.⁵⁰⁶ Die ersten für alle Interessierten offenen Vereinsabende folgten dann im Oktober 1902 und boten allgemeinverständliche Vorträge, die Veranstalter kündigten außerdem bereits die Publikation einer Vereinszeitschrift und die Abhaltung von „Streifzügen auf dem Lande“ an.⁵⁰⁷

3.4 Anerkannt: Das zweite Jahr in Kaufbeuren

Volkskunst und Volkskunde entwickelten sich für Kahr also innerhalb kurzer Zeit vom persönlichen Anliegen zum mit zeitraubenden Aufgaben verbundenen Ehrenamt, so weit ersichtlich, hatte dieses Engagement jedoch – wie schon bei der Ausstellung – keine spürbaren Auswirkungen auf seine Präsenz im Kaufbeuren. Der offenbar mit einer bemerkenswerten Arbeitskraft ausgestattete Bezirksamtmann sah es vielmehr als selbstverständlich an, neben seinen regulären Dienstgeschäften auch weiterhin immer wieder neue Initiativen ins Leben zu rufen: Darunter fallen etwa die in den Wintermonaten 1901/02 persönlich bestrittenen Aufklärungsvorträge zum neuen Bürgerlichen Gesetzbuch, die die Bevölkerung der Landgemeinden mit den für sie wichtigsten Bestimmungen vertraut machen sollte⁵⁰⁸ oder die Veranstaltung eines stärker an ein gebildetes Publikum gerichteten Wohltätigkeitskonzerts für die Buren, mit dem Stadt und Bezirk Kaufbeuren ihre Sympathie für die vermeintlich deutschstämmige Kriegspartei in Südafrika demonstrierten⁵⁰⁹; die bereits erwähnten Gründungen der

Im Nachhinein war übrigens auch in diesem Fall umstritten, wer die „treibende Kraft“ bei der Vereinsgründung gewesen sei: So schrieb sich Franz Zell 1948 diese Rolle im Rückblick selbst zu (Zell, Ein Museum entsteht, 45), dies erscheint jedoch nicht sehr plausibel, da Kahr in der offiziellen Vereinschronik 1912 immerhin unwidersprochen behaupten konnte, der Anstoß zur Bildung eines eigenständigen Vereins sei aus „Kreisen der Verwaltungsbeamten“ ausgegangen. Vgl. Kahr, Unser Verein, 68.

⁵⁰⁵ Roth, Erbe und Auftrag, 14.

⁵⁰⁶ Zur Zusammensetzung des ersten Vereinsvorstands siehe S. 186.

⁵⁰⁷ Vor der Publikation der eigenen Vereinszeitschrift (ab Januar 1903) wurden die Berichte zu den ersten Vereinsabenden in der Süddeutschen Bauzeitung veröffentlicht: Süddeutsche Bauzeitung 12 (1902), 332, 356, 380.

⁵⁰⁸ Vgl. den Bericht zu einer dieser Versammlungen: ‚Aufkirch‘, in: Kaufbeurer Tagblatt Nr. 66 vom 21.3.1902.

⁵⁰⁹ Die Festrede hielt hier Bürgermeister Stumpf: ‚Kaufbeuren‘, in: Kaufbeurer Tagblatt Nr. 39 vom 17.2.1902.

Pferdeversicherungs- und Gewerbevereine⁵¹⁰ gehören ebenfalls in diese Zeit. Der Eindruck liegt deshalb auf der Hand: Kahr hatte sich Schritt für Schritt ein beträchtliches Ansehen erworben und war vor Ort inzwischen als Faktotum geschätzt, worauf ebenfalls die Berichterstattung in der Lokalpresse hindeutet, die schon in der Wortwahl kaum mehr journalistische Distanz zum Bezirksamtman erkennen ließ und längst dazu übergegangen war, dessen Wirken ins beste Licht zu rücken.⁵¹¹

Auf einem so gefestigten Fundament von natürlicher Autorität stehend, war dann auch wohl kein langes Abwägen nötig, als sich abermals die Gelegenheit bot, vor Ort im Sinne des Heimatschutzes zu wirken: Orientiert an dessen Grundanliegen – die Förderung des qualitativ vollen Bauens auf dem Lande – stand für Kahr sicherlich außer Frage, dass die erste größere Bauaufgabe seiner Amtszeit, der neue Sitz für die Distriktssparkasse, hier wieder Maßstäbe setzen sollte. Im Gegensatz zur ansonsten üblichen Praxis beschränkte er sich deshalb nicht darauf, die Ausführung einfach dem Bauunternehmer mit dem vorteilhaftesten Angebot zu übertragen, sondern regte beim BAIV in München an, einen besonderen Wettbewerb für die benötigten Planskizzen auszuschreiben und die eingehenden Entwürfe nach ihrer Ensembletreue zu den „guten alten Kaufbeurer Vorbildern“⁵¹² zu prämiieren. Angesichts der weiterhin ungebrochenen Nachfrage nach repräsentativen Schauffassaden und extravaganen Raumgestaltungen musste eine solche Konkurrenz doch ungewöhnlich wirken, die neue Schriftleitung der „Süddeutschen Bauzeitung“ wollte freilich gerade derartige Kontrapunkte setzen und publizierte die Annonce deshalb im Wortlaut.⁵¹³ Kahr genügte also schon ein einzelner Bauauftrag, um abermals auf sich und seine Anliegen aufmerksam zu machen: Denn reichten nun Architekturbüros, die ansonsten Pläne für Hotelkomplexe, Fabrikhallen oder Landhausvillen anfertigten, Entwürfe für ein schlichtes Sparkassengebäude in Kaufbeuren ein, zeigte auch die prominente Zusammensetzung des Preisgerichts, welches Ansehen der Initiator unter Koryphäen des Fachs wie Gabriel von Seidl oder Max

⁵¹⁰ Kahr kündigte Anfang November 1901 die Gründung eines Pferdeversicherungsvereins für den Bezirk an und übernahm nach dessen Konstituierung im Dezember auch den Vereinsvorsitz (Kaufbeurer Tagblatt Nr. 248 vom 2.11.1901; Nr. 290 vom 21.12.1901).

⁵¹¹ Vgl. etwa die Veranstaltungsberichte über die Aufklärungsversammlungen zum Bürgerlichen Gesetzbuch (siehe Anm. 508) oder den Vortrag Kahrs zur germanischen Vorgeschichte (siehe Anm. 469): „Der Herr Redner verstand es, wie ja immer, mit seinem Vortrage die Zuhörer zu fesseln und behandelte in der ihm eigenen, verständigen Weise die für den Landmann speziell interessierenden Fragen“ bzw. „Das war ein einzig schöner Abend, den uns gestern Herr Bezirksamtman Kahr mit seinem herrlichen Vortrage ‚Aus der Jugendzeit unseres deutschen Volkes‘ schuf.“

⁵¹² So die Formulierung im Preisausschreiben vom 22.5.1902, in: Süddeutsche Bauzeitung 12 (1902), 179.

⁵¹³ Ebd.

Littmann inzwischen genoss.⁵¹⁴ Nach außen weniger hervorstechend, aber dennoch ebenso bemerkenswert bleibt in diesem Zusammenhang außerdem, dass die stets um ihre knappen Finanzen besorgten Distriktsräte dem doch recht ambitionierten Projekt keine Steine in den Weg legten: Wohl nicht zuletzt von der Überzeugungskraft des Antragsstellers bewogen, beschlossen die Gemeindevertreter im Juli 1902 sogar einstimmig, den Siegerentwurf von Hessemer & Schmidt ohne Änderungen zu übernehmen und die Mittel für die Ausführung des Vorhabens zu genehmigen.⁵¹⁵

Von diesem neuerlichen Erfolg bestätigt, konnte Kahr deshalb mit Zufriedenheit über das Erreichte in die Sommerpause gehen, gleichzeitig ahnte er in diesem Moment freilich schon, dass er die Fertigstellung des Sparkassengebäudes nicht mehr vor Ort erleben würde – die turnusgemäße Rückversetzung in den Innendienst stand in absehbarer Zeit an. Sogar der Regierungspräsident hatte bereits im Frühjahr 1902 sein Bedauern über eine möglicherweise schon bald erfolgende Abberufung geäußert⁵¹⁶, Kahr wusste also auch von maßgeblicher Seite, dass es jetzt galt, noch eine gute Lösung für den Erhalt der verbleibenden Teile der Volkskunde-Ausstellung zu finden, d. h. die Modalitäten für die Übergabe dieses Vermächnisses an die Stadt Kaufbeuren zu klären. Diese Aufgabe war nicht ganz leicht, da er sich auch hier nicht mit einem rein bestandsorientierten Erhalt der Stuben zufriedengeben wollte, beide Seiten einigten sich aber dann doch auf eine geteilte Verwaltung der inzwischen wieder ergänzten Sammlung, wobei die Stadt das alleinige Eigentumsrecht an allen Exponaten erhielt.⁵¹⁷

⁵¹⁴ Das Preisgericht setzte sich aus Otto Lasne, Max Littmann, Georg von Maxon, Robert Rehlen, Gabriel von Seidl, Ludwig von Stempel und Gustav Kahr selbst zusammen (Süddeutsche Bauzeitung 12 (1902), 179), die Ergebnisse des Wettbewerbs wurden im Juli 1902 veröffentlicht: ‚Sparkassa-Gebäude in Kaufbeuren‘, in: Süddeutsche Bauzeitung 12 (1902), 229-232; 238-240. Alle Entwürfe wurden außerdem im Kunstgewerbehaus München ausgestellt: ‚Konkurrenz für ein Sparkassengebäude in Kaufbeuren‘, in: Kaufbeurer Tagblatt Nr. 149 vom 5.7.1902.

⁵¹⁵ Der Distriktsrat Kaufbeuren stimmte dem Projekt in einer eigens anberaumten außerordentlichen Sitzung am 21. Juli 1902 zu: ‚Kaufbeuren‘, in: Kaufbeurer Tagblatt Nr. 163 vom 22.7.1902. Vgl. Luise Riedel - Willi Engelschalk, Der Neubau einer Distriktsparkassa in Kaufbeuren 1902/03, in: Kaufbeurer Geschichtsblätter 15 (2000), 208-224.

⁵¹⁶ Kahr sen. hatte offenbar schon zu Beginn des Jahres entsprechende Andeutungen gemacht (vgl. Ella Kahr an Emilie Kahr vom 28.2.1902, Privatnachlass Kahr, Korrespondenz Kaufbeuren: „wo Ihr immer meint, daß es vielleicht heuer unser letztes Jahr ist hier draußen“), Regierungspräsident Wilhelm von Lermann äußerte sich Anfang April bei einem Besuch der Kreisirrenanstalt Irsee im gleichen Sinne: „Er sagt, wie sehr leid es ihm sein würde, wenn Gustel seine Stellung hier verlassen müßte.“ (Ella Kahr an Emilie Kahr vom 14.4.1902, Privatnachlass Kahr, Korrespondenz Kaufbeuren)

⁵¹⁷ So die kritischen Zeilen Kahrs nach Schließung der Volkskunst-Ausstellung 1901: „Die Organisation wird noch manche Schwierigkeiten bieten. [...] Den Bürgern wäre es lieber, wenn Alles Eigentum der Stadt würde – natürlich unentgeltlich. Damit würde aber das Unternehmen, so wie ich Stumpf [Bürgermeister; M.B.] kenne, einfach stagnieren u. der damit verfolgte praktische Zweck: Fortbildung des Handw. Standes im Stadt- u. Landbezirk bliebe ein Traum, da sich Stumpf der Mühewaltung hiefür niemals unterziehen wird. Ich muß natürlich auch noch meine Distriktsausschüsse zur Sache einvernehmen.“ (Schreiben Kahr an Kahr sen. vom 15.10.1901; Privatnachlass Kahr, Korrespondenz Kaufbeuren).

Im Oktober 1902 war es schließlich so weit, die Eröffnung des neu gestalteten Volkskundemuseums⁵¹⁸ erhielt indes erst recht den Charakter eines Abschiedsgeschenks, als nur wenige Tage später die sofortige Versetzung Kahrs in Innenministerium bekannt wurde: Mit der Beförderung zum Regierungsrat wurde der offizielle Dienstantritt direkt auf den 1. November angesetzt, auch ein Nachfolger für Kaufbeuren stand bereits fest.⁵¹⁹ Der Bezirksamtmann konnte daher nicht einmal mehr an den Feiern zum 100. Jubiläum der Zugehörigkeit Kaufbeurens zu Bayern⁵²⁰ teilnehmen, Magistrat und Bezirk wollten den verdienten Amtsvorstand indes nicht einfach anonym ziehen lassen und organisierten deshalb eine eigene, von Lob- und Dankesreden umrahmte Abschiedsfeier.⁵²¹ Von dieser Ehrung offensichtlich gerührt, bedankte sich Kahr für alle Unterstützung und Zusammenarbeit und betonte, sich auch weiterhin stets für Kaufbeuren einsetzen zu wollen.

Beide Seiten verständigten sich schließlich auf eine geteilte Verwaltung des Museums durch Bezirk und Stadt, die Museumseinrichtung selbst ging in das Eigentum der Stadt Kaufbeuren über, vgl. ‚Kaufbeuren‘, in: Kaufbeurer Tagblatt Nr. 232 vom 13.10.1902.

⁵¹⁸ Das mit insgesamt sieben Stuben neu eingerichtete Museum öffnete am 16. Oktober 1902 seine Pforten, der Konflikt um die Verwaltung des Hauses hatte dabei aber offenbar seine Spuren hinterlassen: So nahm der gerade im Urlaub befindliche Bürgermeister nicht an der Veranstaltung teil, Kahr wünschte außerdem explizit eine Eröffnung ohne besondere Feierlichkeiten. Vgl. ‚Kaufbeuren‘, in: Kaufbeurer Tagblatt Nr. 236 und 240 vom 17. und 22.10.1902.

⁵¹⁹ Kahr erhielt am 25. Oktober 1902 seine Einberufung ins Innenministerium, vgl. Prinzregent Luitpold an Staatsministerium des Innern in MInn 84 009.

⁵²⁰ ‚Jahrhundertfeier der Stadt Kaufbeuren‘, in: Kaufbeurer Tagblatt Nr. 255 vom 10.11.1902. Kahr schickte hierzu ein Glückwunschtelegramm aus München.

⁵²¹ Ausführliche Beschreibung: ‚Abschied des Herrn kgl. Bezirksamtmannes Kahr‘, in: Kaufbeurer Tagblatt Nr. 249 vom 3.11.1902.

IV. Ein Lebensplan geht auf: Ministerialbeamter und Kulturgestalter

Ähnlich wie im Juni 1900 musste Kahr also wieder kurzfristig eine neue Stelle antreten und den dafür nötigen Umzug – dieses Mal inklusive Wohnungssuche⁵²² – bewältigen, abgesehen von dieser Gemeinsamkeit befand sich der München-Rückkehrer jedoch in einer ganz anderen Lage als zwei Jahre zuvor. Denn war er damals mit der Erfahrung eines Hilfsreferenten nach Kaufbeuren aufgebrochen, um sich als selbständig handelnder Behördenleiter vor Ort zu beweisen, zeigte die schnelle Beförderung jetzt, dass Kahr diese Bewährungsprobe in den Augen seiner Vorgesetzten gut bestanden hatte; darüber hinaus war die Ernennung zum Sachreferenten im Innenministerium eine besondere Auszeichnung, die nur den am besten qualifizierten Kräften zuteilwurde.⁵²³ Der entscheidende Karrieresprung in eine herausgehobene und dauerhafte Dienststellung war damit gelungen, es mutet deshalb fast symbolisch an, dass Kahr im November 1902 gleichzeitig seinen 40. Geburtstag feiern konnte, d. h. auch rein vom Alter her betrachtet für ihn ein neuer Lebensabschnitt begann.

Die Prioritäten des frisch ernannten Regierungsrats verschoben sich angesichts dessen wohl in mehrfacher Hinsicht: Verloren im dienstlichem Bereich nun jedenfalls die Maximen Aufstieg und Karriereplanung an Dringlichkeit, um der neuen Prämisse Etablierung im Gefüge des Ministeriums Platz zu machen, ist davon auszugehen, dass er nach den Veränderungen der letzten Jahre jetzt auch im Privatleben die Verankerung in einem stabilen Beziehungsumfeld anstrebte – dabei musste sich der inzwischen mit einem ansehnlichen Gehalt⁵²⁴ ausgestattete Staatsbeamte auch sicherlich keine finanziell bedingten Beschränkungen im gesellschaftlich-kulturellen Leben mehr auferlegen.

⁵²² Kahr wohnte nach seiner Rückkehr nach München zunächst in der Theresienstraße 12 und zog dann 1906 in die nahe gelegene Schellingstraße 58 um, beides Adressen in der Maxvorstadt (Nähe Odeonsplatz / Ministerium / Universität). Vgl. den Personalmeldebogen (PMB) Kahr im Stadtarchiv München.

⁵²³ Siehe die Statistik in Kapitel IV 1.3.

⁵²⁴ Kahr erhielt als neu bestellter Regierungsrat ein Jahresgehalt von 4920 Mark, vgl. Versetzungsbescheid vom 25.10.1902 (MInn 84 009). Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen betrug 1913 in Bayern 629 Mark, vgl. Gerd Hohorst - Jürgen Kocka - Gerhard A. Ritter, Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, Bd. II: Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1870-1914 (Statistische Arbeitsbücher zur neueren deutschen Geschichte), München²1978, 104.

1. Mitten im Leben: Kontakt eines München-Rückkehrers

1.1 Gewohnte Umfeld

Vor der Darstellung der weiteren Entwicklung bis 1914 sollte deshalb jetzt der günstige Moment dieses biographischen Einschnitts genutzt werden, um in einem Rundblick die beruflichen und sozialen Kontaktfelder Kahrs im Jahre 1902 zu erfassen: Lässt sich die Netzwerk-Dimension der Studie jetzt also ganz allgemein stärker profilieren, kann ein solches Panorama hier ganz konkret dazu beitragen, eine Vorstellung davon zu gewinnen, wie weit eigentlich der potenzielle Interaktionsradius eines Ministerialreferenten 1902 reichte und welche Beziehungskanäle Kahr damals mittlerweile offenstanden, um in den folgenden Jahren beruflich und gesellschaftlich etwas bewegen zu können.

Dabei kann sich die Bestandsaufnahme nach klassischer Perspektive, d. h. die Aufführung aller Milieus, in denen sich der Protagonist 1902 regelmäßig bewegte, hier zunächst auf kurze Skizzen beschränken, da die entsprechenden Charakterisierungen in den meisten Fällen bereits vorliegen. Dies gilt vor allem für die Mitgliedschaften im Akademischen Gesangverein und im Reserve-Offizierskorps des 2. Infanterie-Regiments⁵²⁵: Kahr war dort jeweils seit den 1880er Jahren präsent, seitdem hatte sich indes weder am personellen Profil noch an der grundsätzlichen Ausrichtung der beiden Vereinigungen etwas geändert. Was den AGVM anbetraf, bot das Philisterium mit seinen regelmäßigen Zusammenkünften im 1890 erworbenen Bundeshaus „Scholastika“⁵²⁶ – wie in allen etablierten Studentenverbindungen – ein beliebtes Forum des Austausches unter Freunden aus der ehem. *Activitas*, anderen „Alten Herren“ und der aktuell studierenden Jugend, aber nicht nur das: Wegen seiner öffentlich beachteten kulturellen Aktivitäten und der verhältnismäßig großen Mitgliederzahl konnte der Gesangverein außerdem als wichtige soziale Begegnungsstätte des Münchener Bildungsbürgertums gelten, das dort über Berufsgrenzen hinweg miteinander verkehrte und sich über alle Vorkommnisse in der Stadt austauschte. Kahr traf in diesem Rahmen, um nur einige bekanntere Namen zu nennen, u. a. auf Lujo Brentano, Eugen von Stieler oder Karl Theodor von Heigel, der in den Erinnerungen explizit als Freund Erwähnung findet.⁵²⁷ Im Offizierskorps war Kahr wiederum inzwischen vom frisch gebackenen Leutnant d. R. des Jahres 1886 zum Hauptmann aufgestiegen und bekleidete damit den höchsten Rang, der in der bayerischen

⁵²⁵ Siehe hierzu Kapitel II 2.3. und 2.5.

⁵²⁶ Zum Bundeshaus: Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege (Hg.), *Denkmäler in Bayern: Landeshauptstadt München Mitte*, bearb. von Heinrich Habel, Johannes Hallinger und Timm Weski, Bd. 2, München 2009, 449 f.

⁵²⁷ Kahr-Erinnerungen, pag. 201, 273. Zu den Mitgliedern siehe Anm. 228.

Armee für Reservisten vorgesehen war; das Wirken im Ehrenrat der Offiziere wurde in diesem Zusammenhang ebenfalls bereits erwähnt.⁵²⁸ Etwas schwerer zu greifen sind demgegenüber die Kontakte, die sich für Kahr als Mitglied der Kirchengemeinde St. Markus ergaben, da keine Hinweise vorliegen, wie aktiv er – neben dem in der Familie üblichen Gottesdienstbesuch – am alltäglichen Gemeindeleben teilnahm. So bleibt unklar, ob der in jungen Jahren zweifelnde Protestant⁵²⁹ mittlerweile wieder einen stärkeren persönlichen Bezug zum Glauben entwickelt hatte, die Taufen der beiden in München geborenen Töchter⁵³⁰, die religiöse Bindung der eigenen Gattin⁵³¹ und nicht zuletzt die prominente Rolle des eigenen Vaters im Kirchenvorstand⁵³² machen aber auch unabhängig davon eine zumindest gesellschaftliche Bekanntschaft mit den leitenden Figuren in St. Markus plausibel. Sporadischer, aber immerhin erwähnenswert erscheinen in diesem Zusammenhang auch die ohne Zweifel bestehenden Kontakte zu den Kollegen des Vaters beim Verwaltungsgerichtshof⁵³³ oder jetzt in der Kammer der Reichsräte, der Kahr sen. seit Mai 1902 angehörte und dies nicht nur als ehrenhafte Position, sondern vor allem als Auftrag zur aktiven Mitarbeit an der Gesetzgebung verstand.⁵³⁴

1.2 Kunst- und Kulturmilieu in München

Das einzige Umfeld, in das der Protagonist gerade neu hineinwuchs und das deshalb auch etwas ausführlicher vorgestellt werden soll, stellte somit die Münchner Künstlergemeinde dar, die Kahr wegen seiner Kaufbeurer Pionierleistung soeben ihre Tore geöffnet hatte. Die Kunstszene nimmt freilich auch deshalb eine Sonderstellung in diesem Überblick ein, weil es sich um das erste Milieu handelte, dem Kahr nicht schon gewissermaßen aus innerer biographischer Logik angehörte, sondern dem er sich aus freier Wahl und persönlicher Neigung anschloss; dabei schob er offenbar auch die anfängliche Skepsis

⁵²⁸ Siehe Anm. 229.

⁵²⁹ Siehe Kapitel II 3.1.

⁵³⁰ Siehe Anm. 437.

⁵³¹ Kahr-Erinnerungen, pag. 1087.

⁵³² Siehe S. 87.

⁵³³ So erhielt Kahr von seinem Vater etwa schon im Voraus die Staatkonkursnote für den Sohn des protestantischen Stadtpfarrers in Kaufbeuren mitgeteilt (Kahr an Kahr sen., o. D. [März 1902], in: Privatnachlass Kahr, Korrespondenz Kaufbeuren).

⁵³⁴ Die Berufung Kahr sen. war dabei nicht zuletzt von der Geheimkanzlei des Prinzregenten befürwortet worden, vgl. Bernhard Löffler, Die bayerische Kammer der Reichsräte 1848 bis 1918. Grundlagen, Zusammensetzung, Politik (Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte 108), München 1996, 64. Zu seinen Redebeiträgen siehe Anm. 288. Ein deutliches Zeichen für das schnell erworbene Ansehen im Reichsrat war die Wahl in den dritten Ausschuss der Kammer (Verh. Reichsrat 1905/06, 6) und die Bestellung zum ersten Referenten für das umfangreiche Wassergesetz (Verh. Reichsrat 1905/06, 11), die allerdings nach dem Tod Kahr sen. nicht mehr wahrgenommen werden konnte.

seiner Eltern⁵³⁵ beiseite und setzte so einen neuen Akzent im bürgerlichen Erscheinungsbild der eigenen Familie. Im Gegensatz zu den bisher beleuchteten Beziehungskreisen, bei denen die meisten hier aufgeführten Kameraden, Kommilitonen oder Kollegen nur aus Komplementärquellen zu erschließen waren, zeigte sich Kahr dann auch immer sehr stolz darauf, viele Freunde im Umfeld der „Kunststadt München“ gewonnen zu haben, wobei die Aufzählungen in den Memoiren dementsprechend viele Namen ins Schaufenster stellen – demnach stand Kahr u. a. in „lebendigen Verkehr“ mit Adolf von Hildebrand, Franz von Stuck, August von Kaulbach oder Ludwig Herterich und unterhielt darüber hinaus „freundschaftliche Beziehungen“ mit Gabriel von Seidl, Adolf Hengeler, Hermann Stockmann, Carl Johann Becker-Gundahl oder Toni Stadler.⁵³⁶ Viele dieser Kontakte sind tatsächlich nachzuvollziehen⁵³⁷, andere nur durch Kahr selbst überliefert, abgesehen von dieser Frage ist die Botschaft solcher Panoramen jedoch leicht erkennbar und steht mit einem Grundnarrativ der Lebenserinnerungen in Verbindung: Der Autor legte eben sehr viel Wert darauf, sich selbst im Mittelpunkt gesellschaftlicher Anerkennung zu verorten, auch um so einen Kontrast zu seiner weitgehenden sozialen

⁵³⁵ Kahr-Erinnerungen, pag. 178 („Mein lieber guter Vater betrachtete diese meine Entwicklung, wie ich wohl bemerkte, einige Zeit mit einer gewissen Besorgnis.“)

⁵³⁶ Vgl. die ausführliche Schilderung im Memoiren-Kapitel „Einiges über Münchner Künstler“ (Kahr-Erinnerungen, pag. 179-199); weitere dort genannte Namen sind: Ferdinand von Miller, Hans Thoma, Franz von Lenbach, Adam Oberländer, Balthasar Schmitt, Emanuel von Seidl, August und Friedrich von Thiersch, Julius Diez, Eduard von Grützner.

⁵³⁷ Nach der Überlieferung in den beiden Nachlässen Kahrs zu urteilen, waren dabei die freundschaftlichen Beziehungen zu Gabriel von Seidl, Hermann Stockmann, Adolf Hengeler und Carl Johann Becker-Gundahl besonders eng:

Gabriel von Seidl (1848-1913) war einer der prominentesten Architekten in München und der bekannteste Vertreter des neuen Heimatstils (siehe Anm. 697), den Nerdinger als „offizielle Kunst der Prinzregentenzeit“ einstuft (Winfried Nerdinger, *Neue Strömungen und Reformen zwischen Jugendstil und Neuem Bauen*, in: Landesamt für Denkmalpflege (Hg.), *Bauen in München 1890-1950* (Arbeitshefte 7), München 1980, 41-61, hier: 52); Seidl begründete außerdem den Isartalverein und konzipierte die Neugestaltung der Altstadt in Bad Tölz. Vgl. Stephan Bammer (Red.), *Zurück in die Zukunft - Gabriel von Seidl in Tölz*. Begleitband zur Ausstellung im Stadtmuseum Bad Tölz, Lenggries 2013; Veronika Hofer, *Gabriel von Seidl. Architekt und Naturschützer*, Kreuzlingen / München 2002.

Hermann Stockmann (1867-1939) war ein führender Vertreter der sog. Dachauer Künstlerkolonie, Professor an der Akademie der bildenden Künste (ab 1908) und gestaltete u. a. den Festumzug zum 100. Jubiläum des Oktoberfestes. Er betreute außerdem die volkskundliche Sammlung des Landesvereins für Heimatschutz, die zu einem Museum im Schloss Dachau ausgebaut werden sollte (Hermann Stockmann, *Unsere Vereinsammlung*, in: Bayerischer Heimatschutz 17 (1918), 34-41); dieses Vorhaben konnte allerdings nicht verwirklicht werden. Vgl. Ursula Katharina Nauderer, *Hermann Stockmann. Das heimatpflegerische Wirken des Künstlers*, Dachau 1987.

Adolf Hengeler (1863-1927), war Maler und einer der bekanntesten Karikaturisten seiner Zeit, ab 1912 hatte er einen Lehrstuhl an der Akademie für Bildende Künste inne. Vgl. Stadt Kempten (Hg.), *Adolf Hengeler. Münchener Kunst zwischen Lenbach und Stuck*. Lindenberg im Allgäu 2013.

Carl Johann Becker-Gundahl (1856-1925) war Maler und ab 1906 Professor an der Akademie für Bildende Künste; nach den Memoiren richtete er mit Adolf Hengeler die Dienstwohnung Kahrs in der Regierung von Oberbayern ein (Kahr-Erinnerungen, pag. 490).

Ausgrenzung nach 1924 herzustellen⁵³⁸; der Rückblick auf das eigene Wirken im Umfeld der Kunststadt München konnte diesen Eindruck dabei nur befördern.

Vor diesem Hintergrund ist es dann auch auffällig, dass Kahr – abgesehen von dem Besuch in Kaufbeuren – fast keine Angaben dazu machte, wie es ihm gelang, Zugang zu diesen Kreisen zu finden. Die Darstellung beleuchtet die persönliche Einbindung in die Münchner Kulturszene eher als *Fait Accompli* und selbstverständliches Privileg, das eben auf persönlichen Freundschaften beruhte und damit auch die eigene Gewandtheit beim Knüpfen bereichernder Kontakte unterstrich. Wollte man diese Sicht der Dinge als die ganze Wahrheit ansehen, wäre die hier angestrebte Momentaufnahme zum Jahr 1902 freilich der falsche Ort, um die sich verdichtenden Beziehungen ins Kulturmilieu bereits im Überblick zu präsentieren. In diesem Fall hätte Kahr ja gerade erst begonnen, sich auf neues Terrain vorzuwagen, um dann in den folgenden Jahren Schritt für Schritt eine wachsende Anzahl der aufgezählten Persönlichkeiten kennenzulernen. Ein solches Szenario erscheint allerdings nicht sehr realistisch, die Stilisierung der vorgestellten Beziehungen zu reinen Freundschaften, also das Bestreben, sich als Münchner Künstler-Intimus darzustellen, verdeckt vielmehr, worauf es in diesem Umfeld ankam, um zu den einflussreichsten Kreisen Zugang zu erhalten. Denn führt man sich allein noch einmal die Gründungsgeschichte des VVV⁵³⁹ vor Augen, lässt sich leicht erkennen, dass sich auch hier nicht etwa eine eher zufällige Auswahl Interessierter zusammengefunden hatte, der Volkskundeverein wurde stattdessen von Anfang an durch Vertreter unterschiedlicher Organisationen getragen und in seinen Bestrebungen gefördert. Eine effektive Vernetzung in der Kunststadt München ließ sich also schwerlich auf der Basis von Einzelbekanntschaften erzielen, es ging vielmehr darum, wie gut man die entscheidenden Kontaktbörsen und Foren nutzen konnte, um die eigenen Beziehungen zu erweitern. Die potenzierende Wirkung überindividueller Verflechtungen lag also auch hier auf der Hand, wie schnell z. B. Kahr dieses Sprungbrett wohl tatsächlich nutzen konnte, wird jedoch erst verständlich, wenn man sich vor Augen führt, dass das Münchner Kunst- und Kulturmilieu gerade um 1900 einen bisher nie gekannten Institutionalierungsgrad erreichte: Traditionelles Fundament in diesem Gefüge waren drei etablierte Künstlervereinigungen, die lange Zeit quasi die Rolle von Berufsverbänden gespielt hatten, nun aber auch vom Umbruch erfasst wurden, auf den u. a. der VVV seine Entstehung zurückführen konnte. MKG, BKGV und BAIV blickten z. T. auf ältere

⁵³⁸ Siehe hierzu die Vorstellung der Memoiren in der Einleitung S. 47-51.

⁵³⁹ Siehe Kapitel III 3.3.

Anfänge zurück, hatten sich aber in den 1860er Jahren definitiv konstituiert und strukturierten bzw. koordinierten seitdem den organisierten Kulturbetrieb in der bayerischen Hauptstadt; ein kurzer Blick auf diese angestammte Position und ihre teilweise Erschütterung um die Jahrhundertwende macht die Konstellation deutlich, die Kahr in diesem Umfeld vorfand.

Weit über Bayern hinaus bekannt war hierbei zuallererst die 1868 „königlich privilegierte“ Münchner Künstlergenossenschaft (MKG)⁵⁴⁰, die – ihrem Selbstverständnis entsprechend – alle bildenden Künstler in München und Umgebung vereinte und jährlich die großen Ausstellungen im Glaspalast organisierte. Die MKG trug so wesentlich zum kulturellen Flair der Isarmetropole bei, zumal die Ausstellungen in unregelmäßigen Abständen auch explizit internationale Kunst in den Vordergrund rückten, was Besucher aus ganz Europa anlockte.⁵⁴¹ Ganz in der Nähe des Glaspalastes eröffnete im März 1900 außerdem das von der MKG und ihrem ersten Vorsitzenden, Franz von Lenbach, über sieben Jahre lang errichtete Münchner Künstlerhaus⁵⁴², ein von Gabriel von Seidl ausgeführtes Gebäude im Neo-Renaissance-Stil: Die Genossenschaft hatte damit eine repräsentative Heimstätte erhalten, in der sie fortan regelmäßig gesellschaftliche und künstlerische Festveranstaltungen ausrichtete oder beherbergte; die reichgeschmückten Säle boten dafür den optimalen und für das Prestige der MKG natürlich sehr zuträglichen Rahmen.

Der 1851 als „Verein zur Ausbildung der Gewerke“ gegründete Bayerische Kunstgewerbeverein (BKGV)⁵⁴³ trat seinerseits weniger prominent auf, hatte als Zusammenschluss praktisch tätiger Kunsthandwerker und Designer jedoch deutlich mehr Mitglieder: Teil ihres Selbstverständnisses war es, künstlerisches Schaffen in den Alltag der Menschen zu überführen, d. h. Gebrauchsgegenstände anspruchsvoll zu gestalten. Der BKGV betonte also die notwendige Verbindung zwischen ästhetischer Verfeinerung und gewerblich-industrieller Nutzenanwendung und stand damit für zwei zentrale Trends des 19. Jahrhunderts: Anknüpfend an die hoch gelobte, 1876 ausgerichtete „Deutsche

⁵⁴⁰ Charlotte Mosebach, Geschichte der Münchener Künstlergenossenschaft Königlich Privilegiert 1868, München 2014.

⁵⁴¹ Vgl. die digitalisierten Kataloge der Kunstausstellungen im Glaspalast 1869-1931, verfügbar auf dem Portal Bavarikon [URL: <<https://www.bavarikon.de/object/bav:BSB-CMS-000000000004471>>; zuletzt eingesehen am 2.3.2021] sowie Klaus Bäumler, Glaspalast, München, in: Historisches Lexikon Bayerns [URL: <https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Glaspalast,_München>; zuletzt eingesehen am 2.3.2021].

⁵⁴² Hierzu: Brigitta Rambeck - Peter Grassinger, 100 Jahre Münchner Künstlerhaus, München 2000; Anton Sailer, Das Münchener Künstlerhaus und der Künstlerhausverein. Festschrift, München 1961.

⁵⁴³ Christoph Hölz (Red.), Form - vollendet. Der Bayerische Kunstgewerbeverein 1851 bis 2001, München 2000. In den Jahrgängen der Vereinszeitschrift „Kunst und Handwerk“ lässt sich die Geschichte des Vereins im Detail nachvollziehen.

Ausstellung für Kunst und Kunstgewerbe“⁵⁴⁴ beteiligte sich der Verein deshalb auch erfolgreich an mehreren Weltausstellungen und fungierte gleichzeitig als Instanz der Gewerbeförderung, indem man etwa eine jährliche Prämierung herausragender Lehrlingsarbeiten durchführte⁵⁴⁵ oder Musterstücke in eigenen Verkaufsräumen anbot; das 1878 bezogene Vereinshaus am Promenadeplatz, d. h. auch räumlich mitten in der Münchner Stadtgesellschaft, bot hierfür einen würdigen Rahmen.⁵⁴⁶

Die Baukünstler der Stadt gehörten wiederum dem 1865 konstituierten Bayerischen Architekten- und Ingenieurverein (BAIV) an, der sich in acht „Kreisgesellschaften“ und den bereits 1833 gegründeten Münchner Architektenverein gliederte.⁵⁴⁷ Zur Präsentation seiner Tätigkeit war der BAIV verständlicherweise weniger auf Ausstellungen angewiesen und konzentrierte sich deshalb in seiner Öffentlichkeitsarbeit stärker auf die Herausgabe einer aufwendig gestalteten Vereinszeitschrift sowie auf die Abhaltung von Vortragsabenden, die im Winterhalbjahr alle zwei Monate stattfanden.⁵⁴⁸ Der interne Kreis der Berufskollegen agierte schließlich auch als Beratungsorgan der technischen Bauverwaltung und richtete regelmäßig Wettbewerbe für Bauprojekte aus, deren Ergebnisse dann häufig in den Straßen zu bewundern waren.

Oberflächlich betrachtet hatte also jeder Münchner Kunstschaffende und jeder Kunstfreund – die Mitgliedschaft stand prinzipiell allen Interessierten offen – seinen natürlichen Platz bei einem der drei Fachvereine, die sich deshalb auch gerne als einigendes Band in schöpferischer Vielfalt sahen und durchaus den Anspruch erhoben, ihre Sparte als Ganzes zu vertreten. In der Praxis hatten es die Vereine natürlich nie vermocht, diesem hehren Selbstbild wirklich gerecht zu werden – die Richtungsstreitigkeiten in Künstlergesellschaften waren vielmehr legendär –, erst die künstlerisch-kulturellen Zäsuren der 1890er Jahre erreichten jedoch eine neue Qualität und ließen die Frage aufkommen, ob es noch möglich sein würde, eine gemeinsame Basis für die auseinanderstrebenden Orientierungen zu finden. Besonders die noch ausführlicher zu besprechende Tendenz vieler Reformer, sich einen absoluten Neubeginn bzw. eine resolute Abkehr von jahrzehntelangen Fehlentwicklungen auf die Fahne zu

⁵⁴⁴ Michael Koch, „Unserer Väter Werke“. Der Bayerische Kunstgewerbeverein im Zeitalter des Historismus, in: Hölz (Red.), Form - vollendet, 18-38, hier: 28-35.

⁵⁴⁵ Leopold Gmelin, Zum fünfzigjährigen Bestehen des Bayerischen Kunstgewerbevereins, in: Kunst und Handwerk. Zeitschrift für Kunstgewerbe und Kunsthandwerk 51 (1900/1901), 14-22, 49-58, 82-92, hier: 86.

⁵⁴⁶ Ebd., 88.

⁵⁴⁷ Ludwig Wambsganz, Münchener Architekten- und Ingenieur-Verein 1833-1973, München [1973].

⁵⁴⁸ Siehe hierzu S. 136 f.

schreiben⁵⁴⁹, verhärtete hierbei oft die Fronten und nährte das Bewusstsein eines tiefgreifenden Wandels. Wie schon gesehen, reagierte der BAIV auf diese Entwicklung, indem er 1901/02 das Vereinsprogramm reformierte und eine Umgestaltung der Zeitschrift in die Wege leitete⁵⁵⁰, die Architekten waren in Sachen Neuausrichtung freilich schon Nachzügler und konnten es außerdem als Erfolg verbuchen, dass die Einheit ihrer Organisation erhalten blieb.

Die MKG hatte hingegen schon zehn Jahre zuvor eine Abspaltung hinnehmen müssen, als 96 z. T. sehr bekannte Mitglieder aus der Genossenschaft austraten, um dem dort vorherrschenden Beharren „auf dem Niveau der 60er Jahre“⁵⁵¹ zu entfliehen und die Münchner Kunst wieder auf eine internationale Stufe zu heben. Nach eigenen Bekunden wollten sich Franz von Stuck, Lovis Corinth, Carl Johann von Becker-Gundahl, Ludwig Herterich oder Adolf Hengeler auf jeden Fall nicht mehr vorwerfen lassen, ihre symbolistischen, impressionistischen oder naturalistischen Ansätze kämen doch letztlich nur einer „Nachahmung der Franzosen“ gleich und würden damit die Unverwechselbarkeit und Originalität der sog. Münchener Schule aufs Spiel setzen. Die „Secession“, offiziell der neu gebildete „Verein bildender Künstler Münchens“⁵⁵², richtete deshalb ab sofort eigenständige Ausstellungen aus und erklärte sich ebenfalls dafür zuständig, „die künstlerischen Wechselbeziehungen“ zum In- und Ausland zu fördern; der MKG war damit eine bedeutende Konkurrenz erwachsen.

Und auch der „allmächtige“⁵⁵³ BKGV musste fünf Jahre später ähnliche Erfahrungen machen: Stein des Anstoßes war hier ein in der Vereinszeitschrift publizierter Artikel, der unter dem sprechenden Titel „Alte Geleise – Neue Pfade“⁵⁵⁴ eine Lanze für die Vereinigung von Kunst und Handwerk unter modernen Vorzeichen brach und mit dieser Begründung die Kleinkunstabteilung in der gerade zu Ende gegangenen Glaspalastausstellung 1897⁵⁵⁵ in den höchsten Tönen lobte. Die dort u. a. von Richard

⁵⁴⁹ Siehe Kapitel IV 3.1.

⁵⁵⁰ Siehe Anm. 497.

⁵⁵¹ So in der Mitte Juni 1892 veröffentlichten Gründungserklärung der Münchener Secession: Memorandum des Vereines bildender Künstler Münchens, o.O. 1892, 2.

⁵⁵² Helmut Eberhard Paulus, Die Münchner Secession. Zu den Hintergründen ihrer Entstehung, in: Oberbayerisches Archiv 144 (2020), 229-256; Ludwig Arnold - Thomas Bindl - Christoph Drexler (Hg.), 125 Jahre Münchener Secession 1892-2017: Verein bildender Künstler Münchens Secession e.V. Ausstellungskatalog, München 2017.

⁵⁵³ Maria Wüllenkemper, Richard Riemerschmid 1868-1957: „Nicht die Kunst schafft den Stil, das Leben schafft ihn“ (Regensburger Studien zur Kunstgeschichte 6), Regensburg 2009, 149.

⁵⁵⁴ Wilhelm Rolfs, Alte Geleise - Neue Pfade, in: Kunst und Handwerk. Zeitschrift für Kunstgewerbe und Kunsthandwerk 47 (1897/98), 5-16.

⁵⁵⁵ Michaela Rammert, Richard Riemerschmid. Möbel und Innenräume 1895-1900 (Schriften aus dem Institut für Kunstgeschichte der Universität München 22), München 1987, 22-27; Wüllenkemper,

Riemerschmid und Hermann Obrist gezeigten Inneneinrichtungen standen im Zeichen der kontrovers diskutierten Art Nouveau, der prominent auf Seite Eins platzierte Artikel wirkte in den Augen vieler Mitglieder deshalb fast wie eine programmatische Stellungnahme des Vereins und löste dementsprechend verstimmte Reaktionen aus. Der von diesem Echo wohl überraschte BKGV-Vorsitzende Rudolf von Seitz legte daraufhin sein Amt nieder⁵⁵⁶, während Gabriel von Seidl, der die Tendenz des Beitrags offen kritisierte, seinen Rückzug aus der verantwortlichen Redaktionskommission erklärte⁵⁵⁷ – der Streit, ob „hohe“ Kunst auch funktionalistisch und ästhetisch gebrochen sein könne, war damit voll im Gange. Zwar trug die Wahl des Konsenskandidaten Friedrich von Thiersch zum neuen Vorsitzenden⁵⁵⁸ in den kommenden Monaten dazu bei, die Wogen etwas zu glätten, die unterschiedlichen Lager waren jedoch deutlich hervorgetreten, was – nach dem Aufbau der „Vereinigten Werkstätten für Kunst im Handwerk“ – schließlich in die parallele Gründung des „Münchner Bundes“ 1903 mündete.⁵⁵⁹

Die sich gegenüberstehenden Positionen hatten sich also nicht nur innerhalb weniger Jahre vervielfacht, sie verfestigten sich jetzt auch zunehmend auf organisatorischer Ebene und erhielten damit in ihrer Frontstellung gewissermaßen offiziellen Charakter. Es erscheint deshalb auf den ersten Blick umso bemerkenswerter, dass Kahr es trotzdem vermochte, mit Angehörigen aller Lager zu kooperieren und Freundschaften über die Konfliktlinien hinaus zu schließen – die Übersichten zeigen keine Präferenz für eine bestimmte Seite auf.⁵⁶⁰ Der Ministerialreferent ließ sich also offenbar nicht von künstlerischen Meinungsverschiedenheiten abhalten und verstand sich als externer, d. h. neutraler Brückenbauer; neben dem Wirken als „Vertrauensperson“⁵⁶¹ gibt es freilich noch weitere Erklärungen, wie es möglich war, einen auf den ersten Blick so zerstrittenen Bekanntenkreis um sich zu versammeln.

Dabei ist zuallererst darauf hinzuweisen, dass Kahr kein Monopol auf diese Rolle hatte, vielmehr gab es in der Künstlergemeinde mehrere anerkannte Mitstreiter merito respektive honoris causa, die als Fachfremde weniger auf interne Unstimmigkeiten Rücksicht nehmen mussten und deshalb dazu beitragen konnten, die wechselseitige

Riemerschmid, 62-74; Norbert Götz, „...der Münchner ist nicht zu packen“, in: Hölz (Red.), Form - vollendet, 38-63, hier: 40 f.

⁵⁵⁶ Götz, Münchner, 46 f.

⁵⁵⁷ Gabriel von Seidl, Zum Streit der kunstgewerblichen Anschauungen, in: Kunst und Handwerk. Zeitschrift für Kunstgewerbe und Kunsthandwerk 47 (1897/98), 77-79.

⁵⁵⁸ Götz, Münchner, 48.

⁵⁵⁹ Wüllenkemper, Riemerschmid, 144-151.

⁵⁶⁰ Vgl. die Namenslisten in Kahr-Erinnerungen, pag. 119, 145.

⁵⁶¹ Ebd., pag. 145.

Kommunikation zu fördern. In diesem Sinne nahmen die Künstlergesellschaften dann auch ganz formell sog. außerordentliche oder Ehrenmitglieder, d. h. Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Politik, Militär oder Verwaltung, auf, um sie für ihr Engagement zu würdigen und gleichzeitig die Verbindungen zu anderen Funktionseleiten pflegten; im BKGV sind hierbei etwa der Verleger Rudolf Oldenbourg oder Oberhofmeister Gustav Graf zu Castell zu nennen.⁵⁶²

Abgesehen davon ist jedoch wichtig zu verstehen, dass die Fronten zwischen „Alten“ und „Jungen“⁵⁶³ unterschiedlicher Couleur nicht so verhärtet waren, wie es die beschriebenen Abspaltungen und Neugründungen vielleicht suggerieren möchten. Sicherlich, man hatte sich z. T. demonstrativ in voneinander getrennte Lager begeben, die Verflechtungen innerhalb der Münchner Künstlergemeinde blieben indes zu vielfältig, um allein dadurch alle vorhandenen Kommunikationskanäle zu kappen. So galten, bildlich gesprochen, MKG, BKGV und BAIV zwar völlig zurecht als institutionelle Stützpfiler des künstlerischen Lebens in der Stadt, diese Säulen standen jedoch nicht isoliert da, sondern waren ihrerseits wieder von zahlreichen Verbindungslinien umrankt, die sich im Streit als fester Halt erwiesen.

Eine besondere Rolle spielte in diesem Zusammenhang die Künstlergesellschaft „Allotria“⁵⁶⁴, eine Art Seccession der 1870er Jahre, die sich nach Abflauen der damaligen Auseinandersetzungen jedoch längst zu einer vertraulich-geselligen Runde von Künstlern und Kunstfreunden entwickelt hatte, die im Stile eines Herrenclubs nicht öffentlich zusammenkam und neue Mitglieder nur nach persönlicher Beitrittseinladung aufnahm. Besonderes Markenzeichen der Allotria waren dann auch die intimen Rahmen abgehaltenen Karnevals-, Stiftungs- und Geburtstagsfeste, die in eingeweihten Kreisen immer wieder Kultstatus erreichten, wovon heute noch die mit satirisch-bissigen Anspielungen versehenen Kneipzeitungen Zeugnis geben.⁵⁶⁵ Die Allotria erhob also den eigenen Namen – Allotria, d. h. Unfug treiben – mit heiterem Ernste zum Programm und

⁵⁶² Vgl. die Aufnahme neuer Ehrenmitglieder bei der Jubiläumsfeier 1901: Kunst und Handwerk. Zeitschrift für Kunstgewerbe und Kunsthandwerk 51 (1900-1901), 304 sowie die Todesanzeige für Graf Castell (Kunst und Handwerk. Zeitschrift für Kunstgewerbe und Kunsthandwerk 60 (1909-1910), 328.

⁵⁶³ Josef von Schmaedel, Architekt und beliebter „Gelegenheitsdichter“ des BKGV (Götz, München, 56) veröffentlichte im Laufe des Vereinskongflikts 1897 die Verse „Den Alten und den Jungen“ (Kunst und Handwerk. Zeitschrift für Kunstgewerbe und Kunsthandwerk 47 (1897/98), 144 f.), in denen er beide Seiten humoristisch zu gegenseitigem Verständnis und Versöhnung aufrief.

⁵⁶⁴ Vgl. Ein halbes Jahrhundert Münchner Kulturgeschichte, erlebt mit der Künstlergesellschaft Allotria, München 1959 sowie die zeitgenössische Darstellung: J.S., Allotria: Marginalia, in: Die Kunst für alle. Malerei, Plastik, Graphik, Architektur 27 (1911/12), 26-36.

⁵⁶⁵ Vgl. die durch das Münchener Digitalisierungszentrum zur Verfügung gestellte Sammlung von Kneipzeitungen [URL: <https://www.digitale-sammlungen.de/index.html?c=sammlung&projekt=1406193770&l=de>]; zuletzt eingesehen am 2.3.2021].

galt gerade deshalb als unverfänglich-, „neutraler Boden“⁵⁶⁶, auf dem sich alle Seiten mit Gelassenheit begegnen und austauschen konnten – mit Freude beobachtet vom bald ebenfalls aufgenommenen Mitglied Gustav Kahr.⁵⁶⁷

Wollten also weder die Traditionalisten noch die Neuerer beim gemeinsamen Vergnügen fehlen, galt dies in ähnlicher Weise auch bei der solidarischen Hilfeleistung für die Kollegen, die der 1844 gegründete Münchner Künstlerunterstützungsverein⁵⁶⁸ koordinierte und aus Spenden, vermachten Erbschaften sowie laufenden Beiträgen aufbrachte. Wohl kaum eine Berufsgruppe konnte die Wechselfälle des finanziellen Erfolgs so gut nachfühlen wie die oft freischaffenden Künstler, eine Mitgliedschaft bei dieser frühen Form von Sozialkasse war dementsprechend für viele Ehrensache und bildete somit abermals eine Schnittstelle der Begegnung.⁵⁶⁹ Der für die Vergabe der Mittel verantwortliche Vorstand setzte sich deshalb auch hier aus Vertretern aller Richtungen zusammen.

Weitere, über die oft beschriebenen Lagerbildungen hinausgehende Gemeinschaftserlebnisse boten außerdem all die Vereinigungen, die unabhängig von prinzipiellen Debatten vor allem dazu einluden, zusammen mit Gleichgesinnten einem Hobby nachzugehen oder ein besonderes Interessensgebiet zu beackern. Speziell künstlerisch orientiert waren in diesem Sinne z. B. die überregional bekannten Künstlerkolonien im Dachauer Land oder am Chiemsee⁵⁷⁰, die nicht etwa einen bestimmten Stil, sondern das Tätigsein in der idyllischen Natur zum Programm erhoben. Jeder neue Kolonist, aber auch jeder vorübergehende Gast durfte sich mithin willkommen fühlen und über die Münchner Fraktionsgrenzen hinaus seinen Beitrag zum gemeinsamen Schaffen leisten. Diese Offenheit zeichnete erst recht alle in der Stadt präsenten Kulturorganisationen aus, die sich nicht schwerpunktmäßig mit bildender oder angewandter Kunst befassten, aber selbstredend auch Vertreter dieser Sparten in ihren

⁵⁶⁶ So die Charakterisierung im Aufsatz Allotria: Marginalia, 32.

⁵⁶⁷ Kahr-Erinnerungen, pag. 198, 239.

⁵⁶⁸ Grundlegende Informationen bei: Mosebach, Künstlergenossenschaft, 115; vgl. auch: Der Künstler-Unterstützungsverein in München, in: Die Werkstatt der Kunst. Organ für die Interessen der bildenden Künstler 5 (1906), 512.

⁵⁶⁹ Besonders hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang die sog. Habenschadenfeier auf Burg Schwaneck (Pullach bei München), die auf eine Stiftung des Malers Sebastian Habenschaden zurückging und jährlich die Künstlergemeinde versammelte, vgl. etwa das gedruckte Fest-Programm zur 50jährigen Jubelfeier des Künstler-Unterstützungsvereines (zugleich 25. Habenschadenfeier Pullach-Schwaneck), München 1894.

⁵⁷⁰ Elisabeth Boser (Hg.), Künstlerkolonie Dachau. Blütezeit von 1880-1920, Fischerhude 2013; Samuel Raz, Die Künstlerkolonie Dachau. Eine historische Perspektive, Saarbrücken 2016; Ruth Negendanck, Künstlerlandschaft Chiemsee, Fischerhude 2008; Nina Lübbren, Künstlerkolonien in Europa. Kreative Geselligkeit im Grünen, in: Thomas Andratschke (Hg.), Mythos Heimat: Worpswede und die europäischen Künstlerkolonien, Dresden 2016, 57-65.

Reihen begrüßten und damit ebenfalls als Vermittlungsinstanz gelten können: Aus der Fülle solcher Organisationen sei hier nur der Historische Verein von Oberbayern genannt, da er zu den ersten Unterstützern des VVV gehörte und gleichzeitig 1902 den nun schon bekannten Gabriel von Seidl, die im Heimatschutz von Anfang engagierten August Hartmann und Franz Xaver Zettler – aber auch den Jugendstilarchitekten Martin Dülfer – in seinem Vorstandsausschuss versammelte.⁵⁷¹ Die Münchner Kunst-Corona fand sich also auch auf fremden Terrain in immer neuen Konstellationen zusammen und sorgte so dafür, dass die gemeinsamen Aufgaben nicht ausgingen.

Boten diese und manch andere Begegnungsforen bei allen bestehenden Meinungsunterschieden damit fast schon eine Garantie für lebendigen Austausch bzw. rasche Vernetzung, vereinten die großen Alumni-Verbände der Hoch- und Fachschulen schließlich die allermeisten Künstler noch einmal zu einer großen Gemeinschaft. Die gemeinsamen Studien- und Lehrjahre an der auch international renommierten Akademie der Bildenden Künste⁵⁷², der Architekturabteilung der Technischen Universität⁵⁷³ oder an der ursprünglich vom KGV mit begründeten Kunstgewerbeschule⁵⁷⁴ blieben den erfolgreichen Absolventen wohl ein Leben lang in Erinnerung, wobei der akademische Festkalender mit seinen Stiftungs- und Absolviafeiern auch langfristig immer wieder Verbundenheit herstellte. Eine besondere Rolle kam hierbei übrigens einigen Mitbegründern des VVV zu, die inzwischen selbst einen Lehrstuhl an ihrer Alma Mater bekleideten⁵⁷⁵ und für die es deshalb selbstverständlich war, Kontakte in alle Lager des eigenen Metiers zu pflegen. Gerade einige Künstlerfreunde Kahrs – und hier schließt sich der Kreis – repräsentierten mit ihrer institutionellen Stellung also geradezu die vielfältigen Querverbindungen in der Kunststadt München und konnten den VVV deshalb stets über neue Entwicklungen und hoffnungsvolle Nachwuchskräfte auf dem Laufenden halten; der junge Heimatschutz durfte insofern mit Optimismus in die Zukunft blicken.

⁵⁷¹ Vgl. das „Verzeichnis der derzeitigen Ausschußmitglieder“, in: *Altbayerische Monatsschrift* 3 (1901/02), 116.

⁵⁷² Die Immatrikulationsbücher der Akademie der Bildenden Künste sind online einsehbar [URL: <<https://www.adbk.de/de/akademie/archiv-historisches/matrikelbuecher.html>>; zuletzt eingesehen am 2.3.2021].

⁵⁷³ Winfried Nerdinger - Katharina Blohm, *Architekturschule München 1868-1993. 125 Jahre Technische Universität München*, München 1993, hier v.a. 59-78 („Die Ära Thiersch“).

⁵⁷⁴ Die vom BKGV begründete „Zeichnungs- und Modellerschule“ war 1868 in die staatliche Kunstgewerbeschule umgewandelt worden; Vgl. Claudia Schmalhofer, *Die Kgl. Kunstgewerbeschule München (1868-1918). Ihr Einfluss auf die Ausbildung der Zeichenlehrerinnen (Kunstwissenschaften 13)*, München 2005, 26-35; Koch, *Unserer Väter*, 23.

⁵⁷⁵ Siehe Anm. 705.

1.3 In der Kohorte: Lebenswege im Vergleich

Mit der anfangs als klassische Perspektive bezeichneten Panorama-Skizze lässt sich somit der Bogen vom Offizierskorps bis zur Künstlergesellschaft spannen, zusätzlich zu dieser Momentaufnahme ermöglicht es das nunmehrige Lebensalter Kahrs jedoch auch, bisher nicht näher bestimmbar Kontaktfelder im Lichte ihrer Entwicklung zu betrachten, d. h. ihre dynamische Entfaltung über die zeitliche Kontrastierung der Lebenssituation aller jeweils feststellbaren Personen zu veranschaulichen. Welche potenziellen Interaktionspartner lernte Kahr in Schule, Studium und Staatsdienst also kennen und in welchen Positionen befanden sie sich im Stichjahr 1902? Ein solch genealogischer Blick ermöglicht zunächst eine breitere Kontextualisierung der biographischen Bilanz des Protagonisten, darüber hinaus ebnet er aber vor allem den bisher verschlossenen Weg zur standardisierten Auswertung größerer Personenkohorten, in die Kahr etwa als Verwaltungsbeamter eingebunden war.

Als logische Basis einer solchen Analyse bietet sich nun der große Kreis der ehemaligen LMU-Jurakommilitonen aus den Jahren 1882-1885⁵⁷⁶ an und zwar nicht nur, weil der überwiegende Teil der mit Kahr bekannten Angehörigen des öffentlichen Dienstes ohne Zweifel aus eben diesem Kollektiv stammte: Mit knapp 20 Jahren Abstand zu den Studientagen lag inzwischen auch eine ausreichende zeitliche Distanz für eine aussagekräftige Gegenüberstellung⁵⁷⁷ vor, während die beträchtliche Gesamtzahl von ca. 1800 dokumentierten Personen das Kriterium der Repräsentativität am besten erfüllt – die hier vorgenommene Betrachtung ist deshalb auch als Beitrag zur allgemeinen Bürgertumsforschung einzustufen, da sie den Prozess der Elitenbildung an einem konkreten Beispiel ausleuchtet und transparent macht. Nun soll damit natürlich nicht angedeutet werden, dass Kahr alle seine ehemaligen Studienkollegen kannte oder gar

⁵⁷⁶ Grundlage der Auswertung waren hierbei die publizierten Studentenverzeichnisse der LMU vom Sommersemester 1882 (in dem Kahr seine ersten beiden Vorlesungen als Einjährig-Freiwilliger besuchte) bis zum Wintersemester 1884/85 (Kahr besuchte in seinem letzten Semester, dem Sommersemester 1885, nur noch ein Privatissimum und bereitete sich ansonsten auf die Staatsprüfung vor): Amtliches Verzeichnis des Personals der Lehrer, Beamten und Studierenden an der königlich bayerischen Ludwig-Maximilians-Universität zu München, München 1882-1884 [abrufbar unter URL: <<https://epub.ub.uni-muenchen.de/view/lmu/pverz.html>>; zuletzt eingesehen am 23.2.2021].

⁵⁷⁷ Die in den Semester-Personalverzeichnissen ermittelten Namen wurden zu diesem Zweck mit den im bayerischen Hof- und Staatshandbuch 1902 sowie dem Münchner Adressbuch des gleichen Jahres aufgeführten Personen abgeglichen, vgl. Hof- und Staatshandbuch des Königreichs Bayern 1902, hg. vom Kgl. Bayerischen Statistischen Landesamt, München 1902; Adreßbuch von München für das Jahr 1902, hg. von der kgl. Polizei-Direktion, München 1902. Vereinzelt wurden darüber hinaus auch Einzel-Recherchen im Internet angestellt, um andere leicht ermittelbare Personen ebenfalls zu identifizieren. Der Autor möchte sich bei Sonia Ben Amara, studentische Hilfskraft am Institut für Bayerische Geschichte, bedanken, die diese Auswertung mit ihrem geduldigen Einsatz unterstützt hat.

deren Werdegang verfolgte, der zuerst vorgenommene Gesamtquerschnitt dient vielmehr dazu, statistisch abgesicherte Aussagen über ergriffene Berufe, mittlerweile erreichte Positionen, räumliche Mobilität und institutionelle Verankerung zu treffen. Fokussierungen der Perspektive auf ehemalige Kommilitonen, die bestimmte Kriterien erfüllen und der nähere Blick auf überschaubare Gruppen ermöglichen daran anschließend, zu überprüfen, ob die ermittelten Ergebnisse auch ihre Entsprechung im realistisch anzunehmenden Beziehungshorizont des Protagonisten fanden.

Ausgangspunkt, um diesen Horizont in größeren Maßstab abzustecken, sind also die in den Semesterverzeichnissen der LMU aufgeführten Jurastudenten, freilich abzüglich aller Personen, deren Tätigkeit im Jahr 1902 nicht zu eruieren war⁵⁷⁸ sowie der nicht-bayerischen Kommilitonen, die sich nur vorübergehend an der Universität München immatrikuliert hatten⁵⁷⁹, d. h. das Königreich nach ihrem Aufenthalt an der Isar wieder dauerhaft verließen; entsprechend bereinigt, umfasst das Feld sodann noch 839 Personen. Im Sample verbleiben hingegen alle ehemaligen Studenten, deren Name aufgrund gehäuftes Auftretens (Müller, Schmidt, Meyer etc.) keine eindeutige Identifikation mit 1902 genannten Funktionsträgern zulässt, bei denen jedoch meist eine hohe Wahrscheinlichkeit dafür spricht, dass sie unerkannt in den verwerteten Registern aufgelistet sind; die ermittelten Zahlen dürften deshalb in aller Regel leicht aufzurunden sein. Welche Wege hatten also die Studienkollegen Kahrs in den vergangenen 20 Jahren eingeschlagen und welchen Stellungen befanden sie sich, als sich der neu ernannte Regierungsrat 1902 über seine Berufung ins Innenministerium freuen konnte?

Nun dürfte es zunächst wohl nicht besonders überraschen, unter 1233 ehemaligen Jurastudenten aus Bayern (inklusive der Nicht-Identifizierten) insgesamt 87 zugelassene Rechtsanwälte oder 74 Notare zu finden, bemerkenswerter erscheint hingegen schon, wie viele Absolventen dieser Zeit ähnliche Zukunftspläne wie Kahr vor Augen hatten und eine Karriere im öffentlichen Dienst einschlugen: Zählt man alle Zweige des öffentlichen Dienstes zusammen, gingen aus der gesamten Kohorte immerhin 520 Staatsbeamte hervor, ein Anteil von beachtlichen 42 %.⁵⁸⁰ Die selbstbewusste Ankündigung des Erstsemesters, er werde sich „dem Staatsdienste widmen“⁵⁸¹, wirkte 1882 also vielleicht gar nicht so außergewöhnlich, auf jeden Fall hatten sich nach bestandener Staatsprüfung

⁵⁷⁸ 345 Personen mit Herkunftsort in Bayern konnten 1902 nicht identifiziert werden.

⁵⁷⁹ 585 Personen mit nicht-bayerischer Herkunft verließen die Universität München nach ein oder zwei Semestern wieder und waren 1902 nicht zu identifizieren.

⁵⁸⁰ Gemeint sind also Beamte im Staatsdienst, nicht Gemeindebeamte oder verbeamtetes Personal bei den Kirchen oder im Militär.

⁵⁸¹ Siehe Anm. 232.

immerhin 284 der betrachteten Kandidaten für das sog. Justizfach entschieden und amtierten nun als (Ober-)Amtsrichter oder als Räte an einem Landgericht; zu nennen sind außerdem insgesamt 11 Staatsanwälte und fünf Gefängnis- bzw. Zuchthausdirektoren. Die anderen 55 % der verbeamteten Alumni war dementsprechend in der Staatsverwaltung tätig und zwar zum fraglichen Zeitpunkt vor allem als Bezirksamtmänner, Assessoren, Räte bei einer Kreisregierung oder Direktionspersonal bei der Staatseisenbahn; zahlenmäßig weniger ins Gewicht fielen hingegen Rentamtmänner oder Kriegsgerichtsräte, insgesamt zehn Absolventen hatten es – wie Kahr – mittlerweile zu Regierungsräten in einem Staatsministerium gebracht.⁵⁸²

Auf dieser Ebene noch nicht besonders aufschlussreich ist die Feststellung, dass sich die LMU-Absolventen nach ihrem Abschluss relativ zügig über das ganze Königreich verteilten – die Dienste der genannten Berufe wurden im ganzen Land benötigt, ihre Ausbildung war jedoch nur in München, Würzburg und Erlangen möglich. Wieder auf den Staatsdienst bezogen bedeutete diese zunächst triviale Erkenntnis freilich, dass Kahr in fast jeder Stadt Bayerns auf Kollegen treffen konnte, die mit ihm einmal eine Vorlesung gehört hatten, bei manchen Institutionen sogar in bemerkenswerter Anzahl. Sind einige der zuvor genannten Zahlen in ihrer diesbezüglichen Bedeutung wohl zunächst schwer einzuschätzen, macht ein Abgleich mit den überhaupt vorhandenen Planstellen⁵⁸³ hingegen schnell deutlich, wie gut schon ein relativ junger Beamter allein aufgrund seines Werdeganges vernetzt war: Im vorliegenden Fall hieß dies konkret, dass z. B. 32 % der aktuell amtierenden Bezirksamtmänner, 22 % der aktiven Notare oder 10 % der in Bayern zugelassenen Rechtsanwälte Kahr mit einiger Wahrscheinlichkeit bereits auf der Universität begegnet waren – gegenüber den wenigen Namen, die etwa in den Memoiren explizit als befreundete Kollegen genannt werden⁵⁸⁴, sind dies ohne Zweifel bemerkenswerte Quoten.

Ein noch lebensnäheres Bild ergibt sich, wenn man den Radius der in die Betrachtung Einbezogenen auf alle reduziert, die mindestens drei Semester mit Kahr gemeinsam studiert, d. h. eine signifikant höhere Chance hatten, die Hauptperson der Studie wirklich

⁵⁸² Hierbei handelte es sich um Franz Coluzzi (Finanzen), Eugen Knilling, Hermann Schmidt, Ferdinand Pracher (Kultus), Otto Strößenreuther (Innen), Karl Unzner (Justiz) sowie die AGVM-Bundesbrüder Julius Freiherr von der Heydte (Kultus), Gustav Brenner und Ferdinand Englert (Innen).

⁵⁸³ Hierzu wurden im Hof- und Staatshandbuch alle besetzten Stellen bei Land- und Amtsgerichten, Bezirksamtern, Kreisregierungen und Ministerien sowie die die Gesamtzahl der genannten Rechtsanwälte und Notare ausgezählt.

⁵⁸⁴ Hierzu zählen Otto Strößenreuther („Mein Freund“), Gustav Brenner („hochgeschätzter treuer Freund“), Julius Freiherr von der Heydte („liebe[r] Freund“) und erwartungsgemäß Ferdinand Englert („der beste und treueste Freund“), vgl. Kahr-Erinnerungen, pag. 548, 81, 134, 91.

kennen zu lernen und ihr Studium auch selbst ernsthaft betrieben. Legt man diesen Maßstab an, bleiben insgesamt 693 Alumni, aus deren Kreis immer noch 23 % aller amtierenden Bezirksamtmänner, 22 % aller Landgerichtsräte oder 23 % aller Oberamtsrichter in Bayern hervorgegangen waren – um hier nur die häufigsten Posten im öffentlichen Dienst zu nennen. Die Kohorte verteilte sich auch weiterhin auf alle Regierungsbezirke und unmittelbaren Städte, besonders interessant erscheint jedoch in dieser Fokussierung die weiterhin beträchtliche Anzahl an früheren Studienkollegen, die nun in der direkten Nachbarschaft Kahrs, d. h. in München, wichtige Ämter bekleideten.⁵⁸⁵ Die anschließende Tabelle⁵⁸⁶ stellt die ermittelten Zahlen abermals in Relation zu den überhaupt vorhandenen Stellen:

Funktion	Planstellen gesamt	Kommilitonen gesamt	Kommilitonen drei Semester
Bezirksamtmann	160	52	34
Landgerichtsrat	349	133	78
Oberamtsrichter	323	112	75
Amtsrichter	601	39	17
Zug. Rechtsanwälte	(856)	87	62
Notare	344	74	39
Rentamtänner	219	14	9

Lässt man also die quantitative Evidenz für sich sprechen, deutet alles darauf hin, dass Gustav Kahr bei einem Großteil der in der Hauptstadt ansässigen Behörden – wie auch darüber hinaus – vertraute Ansprechpartner hatte, die es ermöglichten, Dinge auf dem kurzen Dienstweg zu klären oder relevante Informationen schnell zu erhalten, aber sicherlich auch dazu beitrugen, Kollegialität tatsächlich als Gemeinschaft zu erfahren. Der Staatsapparat und die bürgerliche Elite waren eben noch klein genug, um ein solches Ausmaß von Vernetzung und wechselseitiger Vertrautheit zuzulassen, angesichts der geringen Anzahl herausgehobener Positionen traten unter diesen Bedingungen freilich auch hierarchische Abstufungen markanter hervor. Die Statistik bestätigt hier den

⁵⁸⁵ Demnach waren insgesamt 24 der ehemaligen Kommilitonen Kahrs nun Räte am Landgericht München I oder II, 24 Rechtsanwälte am Landgericht München I, sechs am Oberlandesgericht, fünf Regierungsräte bei der Generaldirektion der Staatseisenbahnen oder drei Polizeiräte an der Polizeidirektion München; hinzu kamen ein Professor für Staatsrecht an der LMU (Anton Dyroff) und zwei rechtskundige Magistratsräte der Stadt (Heinrich Schlicht, Josef Schöner).

⁵⁸⁶ Zu den Grundlagen der Tabelle siehe Anm. 576 und 577.

bisherigen Eindruck sehr klar und zeigt auf, wie wenig Kollegen ihre Karriere ähnlich erfolgreich wie Kahr gestalten konnten: Unter den 1233 bayerischen Jura-Studenten der Jahre 1882-1885 bedeutete der Regierungsrat im Staatsministerium sogar die höchste bisher erreichte Dienststellung, die bisher nur neun andere Angehörige dieser Jahrgänge einnahmen.

Der angekündigte Blick auf zwei Gruppierungen, deren Mitglieder Kahr nicht nur mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit, sondern ohne Zweifel gut bekannt waren, macht schließlich deutlich, dass er seinen räumlich und institutionell weit gespannten Kontakthorizont auch tatsächlich stets vor Augen hatte und damit wohl ganz selbstverständlich umging. Denn verfolgte er etwa die unterschiedlichen Lebenswege seines AGVM-Aufnahmeganges⁵⁸⁷, deren 26 Mitglieder gemeinsam die sog. Fuchsenzeit absolviert hatten, fanden sich darunter 1902 abermals Beamte in unterschiedlichen Dienstbereichen – Justiz, Zoll, Finanzen, innere und Forstverwaltung⁵⁸⁸ – Ärzte mit eigenen Praxen oder in großen Krankenhäusern sowie Apotheker, aber auch Verlagsbuchhändler, Komponisten und in der Industrie tätige Chemiker⁵⁸⁹; sogar die räumliche Verteilung über alle Regierungsbezirke (außer Rheinpfalz) und die direkte Erreichbarkeit mehrerer Amtsträger in München⁵⁹⁰ spiegelt sich in diesem kleinen Kreis wider.

Ein ähnlich bunter und zugleich mit charakteristischen Schwerpunkten versehener Katalog von Beziehungen wird zuletzt auch mit Blick auf die Abiturklasse Kahrs⁵⁹¹ deutlich, die sich inzwischen ebenfalls in alle Regionen Bayerns – und weit darüber hinaus⁵⁹² – zerstreut hatte; hier hob Kahr in der Retrospektive außerdem selbst einige ihm „nahe stehende“ Mitschüler hervor, die inzwischen als Bezirksamtmänner, Arzt,

⁵⁸⁷ Entnommen aus: Akademischer Gesangverein München (Hg.), Gedächtnistafel 1861-1961, Liste der verstorbenen Mitglieder des AGV, München 1961.

⁵⁸⁸ Neben den in Anm. 582 genannten Personen sind dies Georg Brandl (Oberamtsrichter in Würzburg), Friedrich Hermann (Notar in Nördlingen), Johann Kuttler (Forstamtsassessor in Zöschingen bei Dillingen), Eugen Müller (Rentammann in Neu-Ulm), Franz Pamler (Oberamtsrichter in Nordhalben) und Friedrich Strößenreuther (Rat am Landgericht Passau).

⁵⁸⁹ Bei letztgenannten handelt es sich um Ehrenfried Corleis (Leiter der chemischen Laboratorien bei Friedrich Krupp Essen), Franz Windscheid (Chefarzt der Unfallnervenklinik Leipzig), Karl Zoelch (Inhaber der Elephanten-Apotheke in Regensburg), Friedrich Rösch (Komponist, Mitbegründer der Genossenschaft deutscher Komponisten), Dr. Eduard Späth (praktischer Arzt in Tittmoning), Dr. Jakob Sölch (Arzt am Distriktskrankenhaus Lauingen) oder Dr. Konrad Weidling (Verlagsbuchhändler).

⁵⁹⁰ Dies traf auf Otto Maul (Landgerichtsrat), Oskar Hebandanz (Oberamtsrichter), Otto Recknagel (Hauptzollföfizial), Dr. Franz Carl (Arzt) und wahrscheinlich Max Hobein (Apotheker?) zu.

⁵⁹¹ Vgl. die namentliche Auflistung der Klasse im Jahresbericht über das K. Maximilians-Gymnasium in München im Jahre 1880/81, hg. vom Maximiliansgymnasium München, München 1881, 17 f.

⁵⁹² Kahrs ehem. Klassenkamerad Alois Bartschmid wirkte inzwischen als Komponist in Hartford / Conn., Hans von Faber du Faur absolvierte eine Akademie-Ausbildung als Maler in Paris.

Kriegsgerichtsrat, Pfarrer, Maler oder auch Universitätsprofessoren tätig waren.⁵⁹³ Andere Mit-Abiturienten schlugen wiederum häufiger die Offizierslaufbahn ein – darunter der Bruder des späteren Kriegsministers Philipp von Hellingrath –, ansonsten finden sich auch in ihren Reihen wie gewohnt Bezirksamtänner, Ärzte oder Rechtsanwälte.

2. In der Schaltzentrale: Referent im Innenministerium

Die ehem. Schulkameraden hatten sich bei einem vielleicht ja tatsächlich durchgeführten Klassentreffen sonach immer viel zu erzählen, freilich richteten sich die neugierigen Blicke bei einer solchen Gelegenheit oft gerade auf die erfolgreichsten Mitglieder der Absolvia, es bietet sich deshalb an, nun die Perspektive umzukehren und den Blick der anderen auf die Hauptperson zu thematisieren. Das bisher gezeichnete strukturelle Standbild findet so seine logische Vervollständigung, da nach der gesellschaftlichen Vernetzung nun auch die institutionelle Verankerung Kahrs in den Fokus rückt. Was hieß es also aus Sicht der Freunde und Bekannten, wenn sie erfuhren, dass Kahr zum Regierungsrat im Innenministerium ernannt worden war? In welcher Behörde war er tätig und welche Aufgaben übernahm er dort?

2.1 Das größte Ressort: Struktur und Einflussbereich des Innenministeriums

Allgemein gesagt, war Kahr im November 1902 in das größte Staatsministerium einberufen worden, das – wie der Name schon vermuten lässt – sich mit allen inneren Angelegenheiten befasste, für die kein anderes Ressort zuständig war.⁵⁹⁴ Das Innenministerium bildete somit das Rückgrat der allgemeinen Staatsverwaltung, was auch unmittelbar mit Blick auf die Höhe der verfügbaren Etats oder die Anzahl der nachgeordneten Behörden deutlich wird.⁵⁹⁵ Die Zuständigkeiten waren entsprechend weit

⁵⁹³ Diese ehem. Mitschüler sind im Erinnerungsbuch „Aus meinem Leben“ (1933), pag. 42 (Privatnachlass Kahr) mit Porträtfoto abgebildet, als Tätigkeiten konnten 1902 ermittelt werden: Johannes Ackermann (Offizier), Ferdinand Braun (Bezirksamtann in Höchstädt), Franz Carl (Arzt in München), Franz Eheberg (Kriegsgerichtsrat in Regensburg), Friedrich Höhl (Gymnasiallehrer, bereits verstorben), Karl Horn (Zuchthausdirektor in St. Georgen - Bayreuth), Martin Kottmüller (Pfarrer), Adolf Kummer (Offizier), Eugen Müller (Rentamtann in Neu-Ulm), Robert Piloty (Prof. für Staatsrecht in Würzburg), Erich Riefstahl (Maler in München), Karl Freiherr von Tubeuf (Prof. für Botanik in München).

⁵⁹⁴ Eine Studie zur Geschichte des Staatsministeriums des Innern zur Jahrhundertwende liegt noch nicht vor, die 2006 veröffentlichte Festschrift bietet nur einen knappen Überblick: Peter Koch, 200 Jahre Bayerisches Staatsministerium des Innern. Eine Behörde für Bayern. Festschrift zum 200-jährigen Bestehen des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, München 2006, 51-77.

⁵⁹⁵ Das Ressort hatte nach dem Kultusministerium, das v.a. hohe Personalkosten an den Schulen zu tragen hatte, mit ca. 30 Millionen Mark den zweithöchsten Jahresetat (Kultus: 34,5 Millionen; Justiz: 20,5 Millionen; Finanzen: 6,3 Millionen; Äußeres: 0,6 Millionen), vgl. Verh. Landtag 1903/04, Beil. Bd. XV, 22 f.). Zu den nachgeordneten Behörden vgl. Staatshandbuch 1902, VI f.

gefasst: Das Haus an der Theatinerstraße stand einerseits an der Spitze der klassischen Hoheitsverwaltung des Staates, deren Hierarchiekette bis zum Bezirksamt auf dem flachen Land reichte, andererseits hatte es die innere Sicherheit zu gewährleisten, was sich im Verständnis der Zeit allerdings nicht nur auf den polizeilichen Erhalt von „Ruhe und Ordnung“, sondern gleichfalls auf das Gesundheitswesen, die Presseaufsicht oder die Armenfürsorge bezog.⁵⁹⁶ Die in Kraft befindliche Ressortverteilung ordnete dem „Inneren“ außerdem die Sachgebiete Landwirtschaft, Bauwesen sowie Handel und Gewerbe zu und machte die Behörde damit endgültig zum „Superministerium“, das bei der Vielfalt seiner Aufgaben allerdings auch nur noch schwer zu koordinieren war und zunehmend an die Grenze der Belastbarkeit stieß. Diese Situation ließ sich etwa an der inneren Organisation des Hauses, konkret am zunehmend instabilen Referatszuschnitt ablesen: So war es zwar übliche Praxis, den mit einer Hauptaufgabe (z. B. Medizinalwesen, Sicherheitspolizei, Landwirtschaft etc.) betrauten Sachreferenten weitere kleinere Aufgabenbereiche („Ziffern“) zu übertragen und diese je nach Lage auch immer wieder neu zu verteilen⁵⁹⁷; nach 1900 kam es jedoch wiederholt zu einer Umgruppierung ganzer Kernreferate, da der zuständige Minister keine andere Möglichkeit mehr sah, die anfallende Arbeitslast zu bewältigen.⁵⁹⁸

Die Klagen über eine Überforderung des Innenministeriums häuften sich daher zusehends und führten auch im Landtag zur Diskussion, welche Materie zweckmäßigerweise einem anderen Ressort zugeordnet werden könnte.⁵⁹⁹ Die Gelegenheit der Bildung eines eigenständigen Verkehrsministeriums, das ab 1904 bisher anderweitig zugeordnete Fachbereiche bündelte, blieb daher auch nicht ungenutzt, um die schon länger erhoffte Entlastung zu ermöglichen und den Fachbereich Handel und Gewerbe dem Außenministerium zu übertragen.⁶⁰⁰ Doch selbst danach besserte sich die Lage kaum,

⁵⁹⁶ Zum alten Verständnis des Polizeibegriffs siehe Anm. 609.

⁵⁹⁷ Vgl. etwa den Ministerialerlass vom 27.3.1911 (MInn 64 935; Personalakt Völk) zur Umverteilung der Kompetenzbereiche zwischen den Referaten 5 und 11.

⁵⁹⁸ Vgl. die Ausführungen von Innenminister Brettreich bei der erstmaligen Beratung seines Etats im Finanzausschuss am 17.2.1908 (Protokoll in Landtag 6218, pag. 15, 55).

⁵⁹⁹ Vgl. hierzu den von Leopold von Casselmann erstatteten Bericht zum Etat des Innenministeriums: „Es wurde im Finanzausschusse zunächst die Reorganisation unserer Zivilstaatsministerien berührt. [...] Die Frage wurde deshalb behandelt, weil für alle Teile des Finanzausschusses klar war, daß mit einer solchen Reorganisation der Ministerien in erster Linie eine Entlastung des Ministeriums des Innern verbunden sein müsse, weil kein Ministerium derzeit so überlastet sei wie dieses Ministerium, welches sich mit den heterogensten Dingen ressortmäßig zu beschäftigen habe“ (Verh. Landtag 1903/04, Bd. XII, 155. Sitzung vom 14.12.1903). Zu den Zuständigkeiten des Innenministeriums vor 1904 und der Debatte über Möglichkeiten zur Entlastung des Hauses vgl. die Denkschrift Lössl vom 4.5.1904 in MA 93 754.

⁶⁰⁰ Vgl. Verordnung vom 10.11.1904, betr. die Formation der Staatsministerien (GVBl. 1904, 567-569); Wilhelm Volkert (Hg.), Handbuch der bayerischen Ämter, Gemeinden und Gerichte 1799-1980, München 1983, 25 und 240 f.

weshalb der neu ernannte Minister Friedrich von Brettreich 1907 einen weiteren Befreiungsschlag versuchte und im Kabinett eine Änderung der Formationsverordnung der Ministerien⁶⁰¹ veranlasste: Demnach war es fortan möglich, mehrere Referate in den Ministerien auf einer mittleren Ebene zu Abteilungen zusammenzufassen und so die Geschäftsvorgänge im Haus nach ihrer Bedeutung abzustufen, d. h. nicht mehr jede Routinemaßnahme über den Schreibtisch des Ministers bzw. des Staatsrats laufen zu lassen. Der Initiator machte dann auch sofort von diesem neuen Instrument Gebrauch und ordnete die insgesamt 15 Sachreferate drei Abteilungen zu⁶⁰²; der geschäftlich bedingte Ausdifferenzierungsdruck hielt freilich auch danach weiter an und führte schon 1912 zur Bildung einer weiteren Abteilung, die nun speziell das Bauwesen bearbeitete.⁶⁰³

Man könnte nun meinen, dass Kahr einige Zeit brauchte, um sich in diesem von dynamischen Veränderungen geprägten Umfeld zurecht zu finden, im Einklang mit den Ergebnissen des vorherigen Überblicks traf er freilich auch im Innenministerium auf Freunde und Bekannte, die ihm bei Bedarf die Orientierung erleichterten; vor allem Gustav Brenner⁶⁰⁴ und – wie schon in Erding – Ferdinand Englert dürften diese Rolle übernommen haben.⁶⁰⁵ Davon abgesehen kannte der neu ernannte Regierungsrat das Haus bereits aus seiner Zeit als Assessor, auch bestanden die Kontakte des früheren Gesundheitsreferenten Kahrs sen. weiter fort und übertrugen sich zumindest teilweise auf den aufstrebenden Sohn. Es spricht somit einiges dafür, dass sich Kahr jun. von Anfang an sehr gut in der neuen Dienststelle zurecht fand.

2.2 Das Gesicht des Landes im Blick: Wirkungsfeld Bauaufsicht und Brandschutz

Eines konnte Kahr freilich kein Kollege und keine noch so weitgehende Vertrautheit mit den Verhältnissen abnehmen, die Einarbeitung in den eigenen Aufgabenbereich: Minister Feilitzsch übertrug dem neuen Regierungsrat ab Januar 1903⁶⁰⁶ das Referat 9 mit der Zuständigkeit für „Bau- und Feuerpolizei“, das nach heute gebräuchlicher Terminologie wahrscheinlich den Titel „Bauaufsicht und Brandschutz“ tragen würde. Kahr stand fortan

⁶⁰¹ Verordnung vom 26.7.1907, die Formation der K. Staatsministerien, hier die Schaffung von Abteilungen in den K. Staatsministerien betr. (GVBl. 1907, 679 f.).

⁶⁰² Vgl. Erinnerungen Brettreich 1907-1912 (NL Brettreich 23), pag. 58.

⁶⁰³ Ministerialentschließung vom 26.2.1912 in MInn 84 009.

⁶⁰⁴ Gustav Brenner (Referent für Wasser- und Bergrecht; MInn 64 098) war Vorsitzender der Activitas des AGVM, als Kahr 1881 seiner Studentenverbindung beitrug. Vgl. Kahr-Erinnerungen, pag. 444.

⁶⁰⁵ Zu Ferdinand Englert siehe Anm. 370.

⁶⁰⁶ Übergangsweise hatte Kahr im November und Dezember 1902 das Stiftungs- und Pressereferat betreut (Kahr, Mein Lebenslauf (1933), pag. 10).

also nicht der staatlichen Bauverwaltung⁶⁰⁷ vor, die öffentliche Gebäude errichtete und instand hielt, er war vielmehr beauftragt, den ordnungspolitischen Rahmen für die öffentliche und private Bautätigkeit, d. h. die Vorgaben, nach denen überhaupt gebaut werden durfte, (fortzu-)entwickeln und die Einhaltung der demnach gültigen Bestimmungen zu gewährleisten.⁶⁰⁸ Dies ergibt sich auch aus dem zeitgenössischen Verständnis des Begriffes „Polizei“, der sich nicht nur auf die öffentlichen Sicherheitskräfte bezog, sondern immer noch im weiteren Sinne alle Bereiche staatlicher Tätigkeit bezeichnete, bei denen es um die Abwendung von – primär vom Menschen verursachten – Gefahren für das Gemeinwesen und die Bürger ging.⁶⁰⁹ Neben der Bau- und Feuerpolizei sprach man deshalb auch von Gesundheits-, Presse-, Armen-, Fremden- oder Sittenpolizei, wobei der polizeiliche Charakter all dieser Wirkungsbereiche eben in der Kompetenz bestand, bei der Erfüllung der gestellten Aufgabe ggf. auch individuelle Freiheitsrechte einzuschränken. Schon allein aufgrund dieser Tatsache agierten Bauaufsicht und Brandschutz deshalb auf eigenständiger gesetzlicher Grundlage, die sich in erster Linie aus den entsprechenden Bestimmungen des Polizeistrafgesetzbuches⁶¹⁰, der Bauordnung⁶¹¹ und – in Hinblick auf die vorgesehenen Kompetenzübertragungen – aus der Gemeindeordnung⁶¹² ergaben: Mit (Ausführungs-)Verordnungen, Ministerialerlassen und oberpolizeilichen Vorschriften⁶¹³ stand dem Innenministerium deshalb auch das gesamte gesetzlich fundierte Instrumentarium staatlicher Regelsetzung zur Verfügung.

Dabei blieben etwaige Beschränkungen natürlich kein Selbstzweck, primäre Ziele der baupolizeilichen Tätigkeit waren – wie die vorherige Definition des Begriffes Polizei schon nahelegt – die Gewährleistung der Sicherheit in Gebäuden und auf Baustellen, das Vorhalten von Schutzvorrichtungen für dennoch eintretende Unglücksfälle sowie die Beachtung der Grundsätze des Gesundheitsschutzes, um z. B. die Errichtung

⁶⁰⁷ Hierfür war in Bayern die dem Innenministerium zugeordnete Oberste Baubehörde zuständig, vgl. Volkert, Handbuch, 59-61.

⁶⁰⁸ Max von Seydel - Josef von Graßmann, Bayerisches Staatsrecht, Bd. 2: Die Staatsverwaltung, Tübingen ²1913, 323-329.

⁶⁰⁹ Vgl. den Überblick bei Kahr, Gemeindeordnung, Bd. I, 805-808. In diesem Sinne wurde auch häufig zwischen Sicherheits- und Verwaltungspolizei unterschieden: Seydel - Graßmann, Bayerisches Staatsrecht, 218-223.

⁶¹⁰ Vgl. Julius von Staudinger, Das Polizeistrafgesetzbuch für das Königreich Bayern nach dem Stande der Gesetzgebung ab 1. Januar 1900, München ⁴1900, 90-96 (§§ 101-105).

⁶¹¹ Ferdinand von Englert, Die Bauordnung vom 17. Februar 1901 für das Königreich Bayern mit Ausnahme der Haupt- und Residenzstadt München. Mit Erläuterungen und einem Anhang, München 1901.

⁶¹² Kahr, Gemeindeordnung, Bd. 1, 326-403 (§ 38); Bd. 2, 72, 82 f. (§ 159).

⁶¹³ Vgl. hierzu die Erläuterungen bei Max von Seydel - Robert Piloty, Bayerisches Staatsrecht, Bd. 1: Die Staatsverfassung, Tübingen ²1913, 852-862, v.a. 856 f.

unhygienischer Massenquartiere zu verhindern.⁶¹⁴ Um 1900 gewann außerdem die Erschließung der Städte und Dörfer für den Verkehr, der sich etwa die Anlage bestimmter Grundstücke anpassen musste, oder auch der Erhalt besonders schöner Straßenzüge in Fremdenverkehrsarten zunehmende Bedeutung für den Erlass baupolizeilicher Vorgaben. So spezifisch das Aufgabenfeld Bau- und Feuerpolizei also vielleicht auf den ersten Blick auch anmutet, bei genauerem Hinsehen erweist sich dieser Verwaltungszweig schnell als Querschnittsmaterie, der eine enge Kooperation mit den im Gesundheitswesen, der Versicherungsaufsicht oder in der Wohnungsfürsorge tätigen Kollegen erforderlich machte. Nur der ständige Informations- und Erfahrungsaustausch ermöglichte es hier, die bestehenden Vorschriften jeweils den aktuellen bestehenden Bedürfnissen anzupassen sowie Regelungslücken zu erkennen, die den Erlass neuer Bestimmungen notwendig machten. Neben dem innerdienstlichen Verkehr stand der Baupolizeireferent aber natürlich auch mit zahlreichen Berufsvereinigungen und gemeinnützigen Organisationen in ständiger Verbindung, die die Aufsichtsbehörden in ihrer Tätigkeit unterstützten und in den letzten Jahrzehnten erheblich zur Verbesserung der Sicherheit im Baubereich beigetragen hatten: Hierzu zählten vor allem die in einer flächendeckenden Bezirksstruktur tätigen Kaminkehrer⁶¹⁵, der (Dampfkessel-)Revisionsverein⁶¹⁶ – ein Vorläufer des TÜV zur Wartung technischer Großgeräte –, der Kahr bereits bekannte BAIV und ganz besonders der Landesfeuerwehrverband, der alle seit den 1860er Jahren in ganz Bayern verbreiteten Freiwilligen Feuerwehren zusammenfasste und ihnen beratend zur Seite stand.⁶¹⁷ Doch selbst die Generalintendanz der Staatstheater bekam ab und zu unangekündigten Besuch aus dem Innenministerium,

⁶¹⁴ Einen Überblick zu dieser Verwaltungsmaterie bieten: Wilhelm Nürnberger, Die allgemeine Bauordnung und sonstige Vorschriften bezüglich der Baupolizei. Eine vollständige Sammlung der im Königreich Bayern geltenden baupolizeilichen Vorschriften nebst dem Reichsgesetz über die Sicherung der Bauforderungen und den Vorschriften über die Bauschulen (Prögel's Verwaltungspraxis 48), Ansbach 1913 sowie ders., Feuerpolizei: Eine vollständige Sammlung der im Königreich Bayern geltenden feuerpolizeilichen Vorschriften nebst verschiedenen Bestimmungen für die Feuerwehren. Mit zahlreichen Musterbeispielen (Prögel's Verwaltungspraxis 49), Ansbach 1913.

⁶¹⁵ Verordnung vom 26.3.1903, die Kaminkehrer betr. (GVBl. 1903, 115-122).

⁶¹⁶ Eine Geschichte des Vereins liegt bisher nicht vor, vgl. deshalb die Zeitschrift des Bayerischen Dampfkessel-Revisionsvereins (1897-1902) bzw. die Zeitschrift des Bayerischen Revisions-Vereins (ab 1902) sowie den Kommentar des ab 1907 amtierenden Ministers und Vorgesetzten Kahrs: Die Bestimmungen über die Anlegung und den Betrieb von Dampfkesseln und Dampfgefäßen in Bayern, hg. von Friedrich von Brettreich, München 1894.

⁶¹⁷ Handbuch für den bayerischen Landes-Feuerwehr-Verband, hg. vom Landesfeuerwehrverband Bayern (Ludwig Jung), München 1898; Herbert Steiner, Die Feuerwehren Bayerns 1868-1996, München 1996. Vgl. Kahr-Erinnerungen, pag. 61: „Das Schicksal fügte es, daß ich später als Ministerialreferent mit dem tatkräftigen angesehenen Begründer der für Deutschland vorbildlich gewordenen bayer. freiwilligen Feuerwehr, Rat Jung, der auch einmal unter Assistenz meines Vaters in Gunzenhausen inspizierte, in nahe Beziehungen trat. Manche Landesfeuerwehrversammlung habe ich als Vertreter der Staatsregierung mit ihm feierlich begangen.“

wenn sich der neue Referent persönlich vergewissern wollte, ob in den besonders feuergefährlichen Schauspielhäusern auch alle Vorschriften penibel eingehalten wurden.⁶¹⁸

Bei einem so vielfältigen und – auch in Bezug auf die übernommene Verantwortung – so weitgespannten Tätigkeitsprofil wäre es natürlich interessant, das dienstliche Wirken Kahrs aus der Nähe zu betrachten und so ein Porträt der von ihm zwischen 1903 und 1912 ausgeloteten baupolizeilichen Spielräume zu zeichnen. Der kriegsbedingte Verlust der betreffenden Sachakten⁶¹⁹ macht es jedoch weitgehend unmöglich, Initiativen, Debatten und Entscheidungsprozesse innerhalb des Ministeriums, mithin die alltägliche Arbeit des Baupolizeireferenten, nachzuvollziehen und das daraus erwachsende Handeln zu rekonstruieren. Es bleibt deshalb nichts Anderes übrig, als sich an den greifbaren Ergebnissen der baupolizeilichen Regelsetzung, d. h. den ergangenen Verordnungen und Entschlüssen, zu orientieren und auf diesem Weg zumindest schlaglichtartig die zeitgenössischen Arbeitsschwerpunkte der Bauaufsicht zu erfassen. Dabei brachte es die Natur einer die Freiheit beschränkenden Aufsicht in einem Rechtsstaat vom Prinzip her mit sich, dass sie nicht primär auf die Formulierung einer aktiven Politik zielte, sondern zuallererst bestehende Verhältnisse und Missstände im Blick hatte und entsprechend auf sie reagierte. Die baupolizeiliche Normensetzung ist also vor allem ein Spiegel der von den Entscheidungsträgern identifizierten Problemlagen und Defizite.

Ein dominierendes Thema der Jahre vor und nach 1900 waren hier die oft kritisierten Zustände auf den zahlreichen Baustellen in den schnell wachsenden Städten, die immer wieder und in steigendem Maße mit z. T. schweren Unfällen von sich reden machten.⁶²⁰ Im herrschenden Boom legte manch Unternehmer wohl vor allem auf eine möglichst schnelle und profitable Konstruktion und weniger auf einen lückenlosen Arbeitsschutz Wert. Die Gewerkschaften und Berufsgenossenschaften, aber auch der Landtag ließen daher nicht nach, ein konsequenteres Einschreiten gegen die bestehenden Missstände anzumahnen⁶²¹ und brachten die Staatsregierung entsprechend dazu, in relativ kurzer Zeit

⁶¹⁸ Ministerialentschließung vom 10.5.1897, die Bau- und Feuersicherheit der Theater und sonstigen größeren Versammlungslokalen betr. (Amtsblatt des Königlichen Staatsministeriums des Innern 1897, 145-150). Vgl. die Anekdote einer unangekündigten Kontrolle im Staatstheater: Kahr-Erinnerungen, pag. 128.

⁶¹⁹ Die Akten des Innenministeriums zum Sachgebiet Bau- und Feuerpolizei sind für diese Zeit nicht vorhanden und setzen erst in den 1920er Jahren wieder ein.

⁶²⁰ Dipl. Ing. *Otto Löhner* (geb. 1877), später Landeswohnungsrat im Sozialministerium (Personalakt MK 17 449) und engagierter Mitarbeiter im VVV – vgl. etwa seine zahlreichen Artikel in der Vereinszeitschrift – legte hierzu in seiner Promotion das maßgebliche Werk der Zeit vor: *Otto Löhner, Bauarbeiterschutz und Baupolizei in Bayern* (Münchener volkswirtschaftliche Studien 84), Stuttgart 1907.

⁶²¹ In der Legislaturperiode 1907-1912 richtete der Landtag deshalb sogar einen Sonderausschuss zum Thema Arbeiterschutz ein, der sich auch den Verhältnissen auf den Baustellen widmete, vgl. das Sitzungsprotokoll vom 19.2.1908 in: Landtag 9238.

eine Reihe neuer bzw. verschärfter Bestimmungen zu erlassen: In Zusammenarbeit mit der Gewerbeaufsicht setzte das Innenministerium etwa 1904 und 1909 Vorschriften zum Schutz von Bauarbeitern⁶²² in Kraft, die unter anderem die sachgemäße Installation von Leitern und Gerüsten, die Mindestanforderungen für Beleuchtungen und Unterkunftsräume oder die notwendigen Vorkehrungen bei Dach- und Abbruchsarbeiten regelten. Ähnliche Maßgaben ergingen 1905 auch für den Tiefbau⁶²³, wobei hier besonders die Anlage verlässlicher Rettungswege und Schutzbestimmungen für Pressluftarbeiten im Vordergrund standen. Mit der bloßen Verschärfung der Vorschriften war es freilich noch nicht getan, eine im Dezember 1908 erlassene Ministerialentschließung⁶²⁴ verpflichtete die Aufsichtsbehörden zudem erneut, die Baukontrolle auch tatsächlich streng durchzuführen, die Distriktstechniker zu besonderer Aufmerksamkeit anzuhalten sowie der Meldepflicht für Unfälle in allen Fällen nachzukommen. Ein Jahr später griff das Innenministerium außerdem eine im Landtag geäußerte Anregung auf und regelte die Bestellung eigenständiger Bauaufseher „aus dem Arbeiterstande“⁶²⁵, die von der Belegschaft als Vertrauenspersonen gewählt wurden und dann dafür verantwortlich waren, etwaige Defizite dem Unternehmer bzw. im Bedarfsfall den Behörden zu melden.

Schlug sich der Urbanisierungsprozess somit deutlich spürbar in der baupolizeilichen Arbeit nieder, musste die Normensetzung gleichzeitig auf technische und wirtschaftliche Neuerungen reagieren, die ebenfalls zunächst in den großen Städten Einzug hielten. So stellten die in wachsender Zahl eröffnenden Kauf- und Warenhäuser ganz andere Anforderungen an den Gebäudeschutz als die bisher bekannten Einkaufsläden, weshalb im Oktober 1903 erstmals ein umfassender Erlass⁶²⁶ zu den bei diesen Geschäften zu beachtenden Betriebsvorschriften erging: Sie reichten, um nur ein paar Beispiele zu nennen, von der Anzahl der notwendigen (Flucht-)Treppen über anzubringende Markierungen bis zur sachgerechten Ausführung der Auslageschaufenster. Eine andere,

⁶²² Oberpolizeiliche Vorschriften zum Schutze der bei Bauten beschäftigten Personen vom 24.7.1904 (GVBl. 1904, 247-264) sowie Oberpolizeiliche Vorschriften zum Schutze der bei Bauten beschäftigten Personen vom 21.8.1909 (GVBl. 1909, 655-662).

⁶²³ Oberpolizeiliche Vorschriften zum Schutze der bei Tiefbauten beschäftigten Personen vom 4.9.1905 (GVBl. 1905, 567-578).

⁶²⁴ Der Ministerialerlass vom 12.12.1908, Vollzug der Baukontrolle betr. (Amtsblatt der Königlichen Staatsministerien des Königlichen Hauses und des Äußern und des Innern 1908, 642 f.) begründet dies explizit mit eingegangenen Klagen über die mangelnde Sorgfalt der zuständigen Distriktstechniker.

⁶²⁵ Ministerialentschließung vom 11.12.1909, Baukontrolle aus dem Arbeiterstande betr. (Amtsblatt der Königlichen Staatsministerien des Königlichen Hauses und des Äußern und des Innern 1909, 1073-1075)

⁶²⁶ Ministerialentschließung vom 7.10.1903, die Feuer- und Betriebssicherheit in Waren- und Geschäftshäusern betr. (Amtsblatt des Königlichen Staatsministeriums des Innern 1903, 425-436). Vgl. die Besprechung einer entsprechenden Interpellation im Landtag: Verh. Landtag 1903/04, Bd. XI, 95-120.

sich nun flächendeckend durchsetzende Innovation waren die in Europa seit den 1870er Jahren bekannten Personenaufzüge, deren Einsatz wiederum ganz eigene Baubestimmungen notwendig machten, die – in einer bereits überarbeiteten Form – im August 1909⁶²⁷ publiziert wurden; sie enthielten u. a. Geschwindigkeitsbegrenzungen, Vorgaben für die Verkleidung der Schachtwände oder Anforderungen für die Funktionalität der Alarmanlagen. Die Entwicklung all dieser grundlegenden bau- und feuerpolizeilichen Bestimmungen erforderte gleichzeitig die Expertise technisch qualifizierter Fachleute, was erst recht für die in dichter Reihenfolge ergangenen Zulassungen bestimmter Baumaterialien oder die Maßgabe für den Umgang mit Gefahrgütern wie z. B. Sprengstoff, Petroleum oder Karbid galt⁶²⁸; sie sollen hier jedoch nicht näher thematisiert werden.

Die Referatsarbeiten Kahrs erschöpften sich allerdings nicht in der Vorbereitung der soeben skizzierten Normensetzung, einen mindestens ebenso großen Anteil nahm ohne Zweifel die Ausführung des geltenden Regelwerks bzw. die Sicherstellung seines Vollzugs ein. Angesichts der angesprochenen Quellenverluste bleibt in dieser Hinsicht jedoch meist nur übrig, eine solch allgemeine Feststellung zu treffen, lediglich einige präzise gefasste Vorgaben gewähren einen kurzen Einblick in die alltäglichen Verpflichtungen des zuständigen Ministerialreferenten: So war Kahr etwa dafür verantwortlich, den 1879 eingerichteten Fonds zur Förderung des Feuerlöschwesens⁶²⁹, dessen Mittel zur Unterstützung der freiwilligen Feuerwehren sowie verunglückter Feuerwehrmänner bestimmt waren, zu verwalten und die Verwendung seiner durch Versicherungsprämien aufgestockten Mittel zu beaufsichtigen. Als ständiges Mitglied des Landesversicherungsamtes wurde er außerdem mit der Aufgabe betraut, die Berufsgenossenschaften in der Unfallversicherung zu beaufsichtigen, d. h. etwa die Statuten und Unfallverhütungsvorschriften der Genossenschaften zu genehmigen oder

⁶²⁷ Ministerialentschließung vom 11.8.1909, Sicherheitsvorschriften für Aufzüge betr. (Amtsblatt der Königlichen Staatsministerien des Königlichen Hauses und des Äußern und des Innern 1909, 692-709).

⁶²⁸ Vgl. etwa die Ministerialbekanntmachung vom 27.7.1905, Verkehr mit Sprengstoffen betr., die Verordnung vom 15.10.1905, Herstellung, Aufbewahrung und Verwendung von Azetylen und Karbid betr. oder die Ministerialentschließung vom 9.10.1908, Petroleumvertrieb in Straßentankwagen betr. Vgl. den Abdruck dieser und weiterer Bestimmungen bei Nürnberger, Feuerpolizei.

⁶²⁹ Ministerialentschließung vom 28.1.1879, die Verwaltung des Fonds für Förderung des Feuerlöschwesens betr. (Amtsblatt des Königlichen Staatsministeriums des Innern 1879, 41-44). Freiwillige Feuerwehren konnten hier auf Antrag Unterstützungen zur Anschaffung von Gerätschaften oder zur Verbesserung der Wasserversorgung (Brunnen, Wasserleitungen) sowie zur Unterstützung von im Einsatz verletzter Feuerwehrleute erhalten, der Fonds wurde durch das Innenministerium über ein Konto bei der Bayerischen Staatsbank verwaltet.

Konflikte bei der Betriebsbesichtigung – z. B. in Hinblick auf eine mögliche Preisgabe von Betriebsgeheimnissen – zu entscheiden.⁶³⁰

Ein etwas aus der Reihe fallendes Thema war schließlich die zunehmend um sich greifende Debatte um die Einführung der Feuerbestattung, die neben Freidenkervereinen vor allen von Ärzten und Hygienikern befürwortet wurden, aber besonders in der katholischen Kirche auf vehemente Ablehnung stieß.⁶³¹ Nach ihrem Dafürhalten stand der modische „Leichenverbrennungssport“⁶³² im Widerspruch zur christlichen Moral, da er den Glauben an die Wiederauferstehung des Menschen in Frage stelle. Bei Beratungen auf Reichsebene beschränkte sich Bayern nicht zuletzt deshalb lange Zeit auf die Darlegung seines ablehnenden Standpunkts⁶³³, die Praxis in anderen Bundesstaaten und ständig wiederholte Eingaben erhöhten jedoch auch hier den Druck, sich konkret mit der Thematik zu befassen. Ab 1910 bröckelte der staatliche Widerstand sodann auch im Königreich und die Feuerpolizei musste sich mit der Frage befassen, in welcher Form der Betrieb von Krematorien genehmigt werden könnte. Ausgerechnet die zentrumsnahe Regierung Hertling lenkte dann relativ schnell ein und ließ die entworfenen Bestimmungen⁶³⁴ mit der Erlaubnis der Feuerbestattung in Kraft setzen; der soeben zum Staatsrat beförderte Gustav von Kahr konnte damit auch diesen Konflikt aus seiner Referenzzeit zu den Akten legen.

3. Vom persönlichen Anliegen zur Staatsaufgabe: Die Koordination des bayerischen Heimatschutzes

Vor dem Ersten Weltkrieg brachten Kahr allerdings nur wenige mit Bauarbeiterschutz, Landesfeuerwehrtagen oder Betriebsvorschriften für Warenhäuser in Verbindung, die

⁶³⁰ Bek. vom 10.4.1905, die Zusammensetzung des Landesversicherungsamts betr. (GVBl. 1905, 314). Zur Zuständigkeit vgl. Volkert, Handbuch, 303.

⁶³¹ Vgl. hierzu allgemein: Norbert Fischer, Vom Gottesacker zum Krematorium. Eine Sozialgeschichte der Friedhöfe in Deutschland seit dem 18. Jahrhundert (Kulturstudien 17), Köln u. a. 1996, 94-113; Anna-Livia Pfeiffer, Das Ewige im Flüchtigen. Eine Bau- und Zivilisationsgeschichte der Feuerbestattung in der Moderne, Würzburg 2015, v.a. 51-60.

⁶³² So der Bayerische Kurier nach Zulassung des ersten Krematoriums in München: „Leichenverbrennungssport“, in: Bayerischer Kurier Nr. 18 vom 18.11.1913.

⁶³³ Zwar war die reichsweite Einführung der Feuerbestattung noch am 13.1.1904 im Bundesrat abgelehnt worden, erste Bundesstaaten ließen die Feuerbestattung dennoch gesetzlich zu (Sachsen 1906, Preußen 1911). Als Antwort auf eine entsprechende Anfrage des Reichskanzlers beschränkte sich Innenminister Brettreich 1908 im Wesentlichen auf die Feststellung, dass in Bayern keine Vorschriften für Feuerbestattungen bestünden und verwies ansonsten auf eine mögliche Änderung des Polizeistrafgesetzbuches in der Zukunft, vgl. Brettreich an StMA vom 16.9.1908. Alle Dokumente in MA 92 819.

⁶³⁴ Nach der Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes, die Errichtung eines Krematoriums in Nürnberg zuzulassen, richtete Kahr am 27.11.1912 eine Note ans StMJu (MA 92 819) mit Vorschlägen zum weiteren Vorgehen (darin auch bisherige Ministerialentschliefungen). Die Bestimmungen wurden Ende des Jahres erlassen: Bek. über die Feuerbestattung vom 28.12.1912 (GVBl. 1912, 1299-1305).

Münchener Gesellschaft kannte den Protagonisten dieser Studie vielmehr als Vorkämpfer des Heimat- und Denkmalschutzes, der etwa den Abriss der ehem. Augustinerkirche oder den Umbau des Preysing-Palais zu einem Kaufhaus mit verhindert hatte und ab 1908 damit beschäftigt war, eine verfallene Burg bei Passau in ein Künstlererholungsheim zu verwandeln. Auch der vom damaligen Kaufbeurer Bezirksamtman mit begründete Verein für Volkskunst und Volkskunde erfreute sich mit seinen zahlreichen Veranstaltungen im Künstler- und Hofbräuhaus längst breiter Beliebtheit, ja der Referent hatte sich inzwischen sogar innerhalb des Ministeriums zum Fahnenträger des Heimatschutzes aufgeschwungen und ausgehend von seiner baupolizeilichen Zuständigkeit zahlreiche Verfügungen zum Erhalt historischer Ortsbilder, zur Anlage „schöner“ Baulinien oder zur Beseitigung von störender Reklame auf den Weg gebracht. Im Nachhinein verwies Kahr dann auch stolz auf seine Verdienste⁶³⁵, wobei manch allzu nachdrückliche Inanspruchnahme erreichter Erfolge zunächst durchaus Skepsis wecken kann, ob hier jemand die eigene Rolle nicht zu augenscheinlich ins rechte Licht rücken wollte. Immerhin konnte die demonstrativ betonte Zusammenarbeit mit vielen prominenten Künstlern und Kulturschaffenden⁶³⁶ das eigenen Prestige nach 1923 nur aufwerten, auch scheint die deutlich reichhaltigere Quellenüberlieferung⁶³⁷ die Tendenz zu befördern, die Heimatschutzarbeit Kahrs vor 1914 in ihrem Ausmaß zu überschätzen: War der vielbeschäftigte Beamte außerdem überhaupt in der Lage, so viel Zeit in sein persönliches Steckenpferd zu investieren? Ein kritisches Innehalten erscheint daher durchaus legitim, bei genauerem Hinsehen bestätigen jedoch auch unverdächtige, d. h. in direkter zeitlicher Nähe entstandene Quellen das selbst entworfene Bild: So betonten bereits die 1912 veröffentlichten Artikel über den neu ernannten Staatsrat⁶³⁸ die besonderen Verdienste Kahrs um den Heimatschutz, während Innenminister Brettreich seinen Referenten im Finanzausschuss als „Spezialist auf diesem Gebiete“⁶³⁹ bezeichnete und der 1. Vorsitzende des VVV, Julius M. Groeschel, sogar den Gedanken aufbrachte,

⁶³⁵ Etwa Kahr an Stegemann vom 21.12.1929 (Bundesarchiv Koblenz, NL Stegemann N 1353/12); Kahr-Erinnerungen, pag. 132-137.

⁶³⁶ Siehe Kapitel IV 1.2.

⁶³⁷ Hierzu zählen vor allem die Zeitschrift des Vereins für Volkskunst und Volkskunde (ab 1912 Bayerischer Heimatschutz), die Materialien im Nachlass Kahr und die Nachlässe anderer Engagierter, z. B. Hans Grässel.

⁶³⁸ ‚Staatsrat von Kahr‘, in: MAAZ Nr. 250 vom 8.9.1912; ‚Staatsrat Dr. von Kahr‘, in: Bayerischer Kurier Nr. 251 vom 7.9.1912.

⁶³⁹ So Brettreich in der Sitzung des Finanzausschusses der Kammer der Abgeordneten am 17. Januar 1910 (Protokoll in Landtag 6409, pag. 116); dabei war Kahr persönlich anwesend.

Kahr zum Ehrenvorsitzenden zu machen⁶⁴⁰ – wozu es dann 1927 tatsächlich kam⁶⁴¹. Es bleibt daher nur die Bestätigung des Eindrucks, dass Kahr den in Kaufbeuren beschrittenen Weg auch in München weiter konsequent verfolgte und wesentlich dazu beitrug, den Heimatschutz in Bayern als eine anerkannte und weithin beachtete Kulturbewegung zu etablieren.

Nun war es freilich keineswegs üblich, dass ein Ministerialreferent gewissermaßen nebenbei einen viel beachteten Verein mit aufbaute und den Heimatschutz dabei gleichzeitig zu einer Art persönlichen Markenzeichen machte. Ein hoher Staatsbeamter sollte eher darauf achten, sich außerhalb des Dienstes nicht zu stark zu exponieren⁶⁴², zumal der Heimatschutz auch zahlreiche Kritiker auf den Plan rief, die davor warnten, dem Fortschritt aus naiv-romantischen Beweggründen Bremsklötze in den Weg zu legen. Die bereits auf der Hand liegende Frage gewinnt deshalb nur noch an Bedeutung: Wie konnte es Kahr und seinen Gesinnungsgenossen gelingen, mit ihren ambitionierten Bestrebungen unter der Flagge „Volkskunst und Volkskunde“ durchzudringen, weite Kreise von der Bedeutung ihres Anliegens überzeugen und insgesamt solch bemerkenswerte Erfolge erzielen?

3.1 „Offensive des Gestaltens“⁶⁴³: Prämissen und Programmatik der „Heimatspflege“

Ein Teil der Antwort liegt sicherlich in der Stabilität der früh geschaffenen Vereinsorganisation und in den zahlreichen Kontakten zu führenden Persönlichkeiten des etablierten Kulturlebens, alle so gestützten Bemühungen hätten indes nie die angedeutete Wirkung entfaltet, wenn es nicht gelungen wäre, einen Nerv der öffentlichen Debatte zu treffen bzw. Anknüpfungspunkte in herrschenden Diskursen zu finden. Vor einem näheren Blick auf die rasche Entwicklung des VVV gilt es also, sich ein Bild davon zu machen, in welchem gesellschaftlichen Klima die entstehende Heimatschutzbewegung

⁶⁴⁰ Vgl. Groeschel an Kahr vom 19.7.1912 (NL Kahr 23); Anlass dieses Vorschlags war die Fertigstellung des Sonderhefts zum zehnten Vereinsjubiläum sowie der Sammlung „Recht und Verwaltung des Heimatschutzes in Bayern“, siehe Anm. 772.

Der Bauingenieur Dr. *Julius Maria Groeschel* (1859-1924), ab 1913 Oberregierungsrat bzw. Ministerialrat im StMV (Referent für Hochbau), gehörte zu den engsten Mitarbeitern Kahrs beim bayerischen Heimatschutz und wirkte zwischen 1909 und 1924 als Vorsitzender des VVV. Nach Groeschels Tod veröffentlichte Kahr einen umfangreichen Nachruf: Gustav von Kahr, Den Manen unseres lieben Dr. Julius Maria Groeschel, in: Bayerischer Heimatschutz 20 (1924), I-VIII.

⁶⁴¹ Kahr erhielt im Oktober 1927 gemeinsam mit Hans Grässel, Heinrich von Handl, Friedrich von der Leyen, Christian Frank, Hermann Stockmann und Karl Trautmann die Ehrenmitgliedschaft des Vereins und wurde noch zusätzlich durch eine Jubiläumsmedaille in Gold ausgezeichnet. Vgl. ‚25 Jahre Heimatschutz‘, in: MNN Nr. 274 vom 8.10.1927.

⁶⁴² Vgl. die Kriterien „außerdienstliches Verhalten“ bzw. „Benehmen überhaupt“ bei der Qualifikation der Beamten (Scharf, Staatsdiener auf Außenposten, 169-179).

⁶⁴³ Zitat aus Lövenich, Verstaatlichte Sittlichkeit, 14.

aufblühte und mit welcher Agenda sie in diesem Kontext um die Zustimmung des gebildeten Publikums warb: Die nun folgende Standortbestimmung ist deshalb auch die bisher beste Gelegenheit, dem gesellschaftlich-politischen Denken Kahrs näher zu kommen.

3.1.1 Konjunktur der Kulturkritik

Dabei sticht zu Beginn dieses Unterfangens sofort ein Umstand ins Auge: Könnte man die emotionalen Grundimpulse des Heimatschutzes – vorläufig und ganz allgemein gesprochen – vielleicht als Mischung aus besorgtem Verlustempfinden, Unbehagen an einer verabsolutierten Moderne und Protest gegen die Rationalisierung aller Lebensbereiche beschreiben⁶⁴⁴, erschien ein solch verunsicherter Blick auf die Gegenwart um 1900 keineswegs befremdlich; diese und ähnliche Überschriften hätten vielmehr auch gut gepasst, um die vorherrschende kulturelle und gesellschaftliche Atmosphäre zu charakterisieren: Der lange Zeit zelebrierte Fortschrittsoptimismus geriet unübersehbar ins Wanken. Wie für ein „nervöses Zeitalter“⁶⁴⁵ kennzeichnend, war in den letzten Jahren vor der Jahrhundertwende stattdessen eine Ära der zunehmend um sich greifenden Kulturkritik⁶⁴⁶ angebrochen, deren Breitenwirkung allerdings über die Grenzen des wilhelminischen Deutschland hinausreichte und sich im internationalen Kontext in Epochenamen wie *Fin de Siècle*, *Gilded Age* oder *Regeneracionismo* niederschlug. All diese Begriffe stehen für eine Grundstimmung, die einerseits Konsternation, aber auch eine gewisse Erleichterung über den Verlust lange gepflegter Gewissheiten ausstrahlte, deren zahlreiche Facetten aber natürlich nur schwer in einigen nüchternen Worten zu vermitteln sind. Es ist deshalb wohl kein Zufall, dass die Kunst, das Theater oder die

⁶⁴⁴ Vgl. hierzu einige grundlegende Einführungen zur Heimatschutzbewegung: Edeltraud Klueting (Hg.), *Antimodernismus und Reform. Zur Geschichte der deutschen Heimatbewegung*, Darmstadt 1991; Andreas Knaut, *Zurück zur Natur! Die Wurzeln der Ökologiebewegung* (Jahrbuch für Naturschutz und Landschaftspflege, Supplement 1), Greven 1993 [der Titel erscheint etwas irreführend, da das Buch sich im Wesentlichen auf den Heimatschutz fokussiert und dazu auch bemerkenswerte Einsichten bietet]; Matthew Jefferies, *Back to the Future? The 'Heimatschutz' Movement in Wilhelmine Germany*, in: *History* 77 (1992), 411-420; William H. Rollins, *Heimat, Modernity, and Nation in the Early 'Heimatschutz' Movement*, in: Jost Hermand (Hg.), *Heimat, Nation, Fatherland. The German Sense of Belonging* (German life and civilization 22), New York u. a. 1996, 87-112.

⁶⁴⁵ Vgl. den bekannten Titel: Joachim Radkau, *Das Zeitalter der Nervosität. Deutschland zwischen Bismarck und Hitler*, Darmstadt 1998.

⁶⁴⁶ Jürgen Reulecke, *Fortschrittseuphorie und Fortschrittskritik um 1900: Die Ambivalenz der Moderne*, in: Hans-Walter Herrmann (Hg.), *Forschungsaufgabe Industriekultur. Die Saarregion im Vergleich* (Veröffentlichungen der Kommission für Saarländische Landesgeschichte und Volksforschung 37), Saarbrücken 2004, 57-70.

Ulrich Herbert stuft das Phänomen der verbreiteten Kultur- und Fortschrittskritik um 1900 als so bedeutend ein, dass er ihm in seinem Überblickswerk (Ulrich Herbert, *Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert*, München 2017, 42-67) eigene Kapitel widmet („Fortschrittsbegeisterung und Orientierungskrise“; „Radikale Antworten auf die Krise der bürgerlichen Gesellschaft“).

Literatur in diesen Jahren vielfach zu neuen Ufern aufbrachen und bisher unbekannte Ausdrucksformen entwickelten. Stehen solche Stilmittel indes nicht zur Verfügung, führt es vielleicht am weitesten, auf der Suche nach den tiefergehenden Ursachen des bald markanten Krisenbewusstseins bei den Alltagserfahrungen der Zeitgenossen anzusetzen und dabei zu erkennen, dass sie wohl alle die Empfindung teilten, in einer schnelllebigen und hektischen Epoche⁶⁴⁷ zu leben. Ein gerade einmal vierzigjähriger Mann wie Kahr hatte das Land in seiner Kindheit⁶⁴⁸ noch mit der Postkutsche befahren und im Licht einer Talgkerze zu Abend gegessen, während jetzt bereits erste Autos die Straßen befuhren und die Kinos ferne Welten in bewegten Bildern zeigten. All diese Triumphe der Technik nährten den Machbarkeitsglauben und den Stolz auf die eigene, vermeintlich überlegene Zivilisation, gleichzeitig ließ die scheinbar endlose Serie an Erfolgen jedoch auch die Frage aufkommen, welchen Preis die Gesellschaft eigentlich für diese Art von Fortschritt zahlen musste. Hatte die in vollem Gange befindliche Hochindustrialisierung und der ständige Wettlauf um die neueste Innovation nicht ebenso zu einer allgemeinen Entsolidarisierung geführt und stets dem rücksichtslosesten Parvenu in die Karten gespielt⁶⁴⁹ – von der Anheizung des allgegenwärtigen Klassenkampfes des sog. Proletariats ganz zu schweigen? Wies die Bilanz des 19. Jahrhundert also wirklich noch einen positiven Saldo auf oder mussten zumindest aufmerksame Beobachter nicht langsam stutzig werden, d. h. das konventionelle Narrativ einer immer weiter entwickelten Welt kritisch hinterfragen? Und galt diese Aufforderung – auch daran sei in diesem Zusammenhang erinnert – nicht erst recht für die Generation der Wilhelminer⁶⁵⁰, die dem fortschrittsbegeisterten Liberalismus, der Ideologie ihrer Väter, ohnehin skeptisch gegenüber standen und im Kontrast dazu eher das Ideal einer mit sich versöhnten nationalen Gemeinschaft verfolgten?

Die Saat des Zweifels war also auf verschiedenen Ebenen ausgebracht, ihr Keimen löste dann auch rasch eine ganz eigene Dynamik aus und erzeugte eine Art Dominoeffekt: Denn hatte es nach herrschender Meinung bisher in aller Regel gute Gründe zur

⁶⁴⁷ Diese Beschleunigung betraf außerdem nicht nur bestimmte Felder, sondern griff zunehmend auf alle Lebensbereiche – etwa Verkehr, Kommunikation, Konsum, „Erfindungen“ etc. – über. Vgl. etwa Willi Oberkrome, „Deutsche Heimat“. Nationale Konzeption und regionale Praxis von Naturschutz, Landschaftsgestaltung und Kulturpolitik in Westfalen-Lippe und Thüringen (1900-1960) (Forschungen zur Regionalgeschichte 47), Paderborn u. a. 2004, 50.

⁶⁴⁸ Kahr-Erinnerungen, pag. 10 sowie Kahr, Mein Lebenslauf (1933), pag. 30.

⁶⁴⁹ Fortschrittskritische Diskurse sprachen in diesem Zusammenhang oft von „Manchestertum“ oder „Gründerschwindel“, vgl. Rolf Peter Sieferle, Fortschrittsfeinde? Opposition gegen Technik und Industrie von der Romantik bis zur Gegenwart (Die Sozialverträglichkeit von Energiesystemen 5), München 1984, 148.

⁶⁵⁰ Siehe hierzu Kapitel II 3.3.

Zuversicht gegeben, trübte sich die Perspektive jetzt zunehmend ein und eine wachsende Zahl von Stimmen, die den gewohnt optimistischen Grundtenor störten und in ihrer Gesamtheit eher das Bild eines bevorstehenden Verfalls heraufbeschworen, verschafften sich Gehör. Die Warnung vor dem gesellschaftlichen Niedergang oder – noch schillernder formuliert – der „*décadence*“⁶⁵¹ wurde somit bald zum viel kolportierten Gemeinplatz, eine derartige Pauschal-diagnose gab freilich den unterschiedlichsten Interpretationen Raum und bezog ihre (Anziehungs-)Kraft nicht zuletzt aus einer geradezu kalkuliert wirkenden Vieldeutigkeit, d. h. ein gemeinsamer Nenner bestand vor allem *ex negativo*. Es wäre deshalb ein vergebliches Unterfangen, nach einer Art verbindendem Programm der in zahlreichen Schattierungen einsetzenden kulturpessimistischen Welle Ausschau zu halten, der gemeinsame Fluchtpunkt der in diesen Chor einstimmenden Zeitgenossen blieb vielmehr die Beschwörung der Pathologien der Moderne, die in allen denkbaren Variationen ausgemalt wurden.⁶⁵² Die meisten Kommentatoren konnten sich mithin vor allem darauf einigen, dass die neue Zeit jedes menschliche Maß sprengte und angesichts von Phänomenen wie etwa Reizüberflutung, Vermassung, Anonymisierung des Alltagslebens oder schematischer Gleichmacherei⁶⁵³ eine trübe Zukunft befürchten ließ. Der Kontrast lag damit auf der Hand: Hatte der Fortschrittsglaube stets zumindest implizit die Steuerbarkeit der Geschichte durch die bei jedem Individuum angelegten Gaben der Vernunft und des Erfindergeistes suggeriert, beschworen die neuen Interpreten der Moderne nun eher das Bild einer einmal entfesselten und mittlerweile außer Kontrolle geratenen Maschine, die sich anschickte, der ganzen Gesellschaft ihren unerbittlichen Takt aufzuzwingen.

Der Heimatschutz – um den Bezugspunkt dieses Epochenbildes nicht aus den Augen zu verlieren – lag also voll im Trend der Zeit, wenn er etwa die Degradierung gemeinschaftsstiftender Traditionen zu inhaltsleerer Folklore anprangerte, die bedenkenlose Zerstörung wertvoller Landschaftsbilder aus Gewinnstreben beklagte oder ganz allgemein das Szenario eines beinahe unbemerkten Verlustes wesentlicher Teile des

⁶⁵¹ So die ironische Formulierung Theodor Fischers in der Festzeitung der Kaufbeurer Ausstellung: Theodor Fischer, *Vornehm?* in: *Fest-Schrift zur landwirtschaftlichen Ausstellung in Kaufbeuren im Jahre 1901* Nr. 9 vom 4.9.1901.

⁶⁵² So stellt etwa Knaut bei aller Mannigfaltigkeit der Tendenzen eine grundsätzliche Einigkeit unter allen Reformbewegungen des Wilhelminismus fest: „Die Reformbewegung trat an, um die ‚Krise‘ zu überwinden und dem ‚Kulturverfall‘ entgegenzusteuern“ (Knaut, *Zurück zur Natur*, 16).

⁶⁵³ Für diese Entwicklungen standen aus Sicht vieler Zeitgenossen – auch Kahrs – vor allem die wachsenden Großstädte: Hansjörg Günther, *Umwege in eine achtsame Moderne. Die Großstadt im Fokus von Soziologie, Stadtkritik und deutschem Katholizismus*, Paderborn 2015; Klaus Bergmann, *Agrarromantik und Großstadtfeindschaft* (Marburger Abhandlungen zur politischen Wissenschaft 20), Meisenheim an der Glan 1970.

kulturellen Erbes entwarf.⁶⁵⁴ Dabei waren derartige Warnungen keine an sich neue Erscheinung, die unterschiedlichen Spielarten modernisierungskritischer Diskurse reichten bekanntlich bis in die Romantik und weiter zurück.⁶⁵⁵ War jedoch z. B. der Erfinder der Wortschöpfung „Heimatschutz“, der Berliner Komponist Ernst Rudorff, mit seiner Position noch in den 1880er Jahren auf weitgehendes Unverständnis oder Desinteresse gestoßen⁶⁵⁶, hatte sich inzwischen der Wind gedreht und die in neuer Form vorgebrachte Fortschrittskritik fand jetzt immer mehr Aufmerksamkeit und Beachtung.

3.1.2 Die Sehnsucht nach der großen Synthese

Kann man den Heimatschutz somit eindeutig als Konjunkturgewinner einstufen, wird die Attraktivität der jungen Bewegung allerdings erst dann wirklich nachvollziehbar, wenn man zusätzlich unterstreicht, dass sie nicht nur dazu beitrug, das liberale Zukunftsnarrativ zu erschüttern, sondern zwei weitere Impulse aufnahm, die wohl in jeder kulturkritischen Atmosphäre spürbar sind – die Sehnsucht nach umfassenden und zugleich eindeutigen Problemdiagnosen sowie den damit korrespondierenden Drang, einen grundsätzlichen Neubeginn einzufordern, um so den erhofften Befreiungsschlag zu vollziehen. Nun kann es hier natürlich nicht darum gehen, diesen Seiten des deutschen Fin de Siècle ausführlicher nachzuspüren, ein kurzer Blick auf einige besonders hervorstechende Krisenszenarien und Reformbestrebungen soll jedoch deutlicher machen, in welchem geistigen Umfeld sich der junge Heimatschutz bewegte und gleichzeitig das bisherige Panorama der neuen Kulturkritik mit ausgewählten Bezügen und Stichwortgebern konkretisieren.

Was zunächst die kursierenden Zeitdeutungen anbetrifft, würde eine weitergehende Analyse nun sicherlich u. a. Debatten in angesehenen Periodika wie „Der Kunstwart“⁶⁵⁷ oder „Süddeutsche Monatshefte“⁶⁵⁸ verfolgen, schon eine knappe Umschau in den Bestseller-Listen der 1890er Jahre macht indes deutlich, welche Beachtung selbst

⁶⁵⁴ Vgl. die Zusammenfassung der schon von Ernst Rudorff vorgebrachten Kritikpunkte bei Oberkrome, *Deutsche Heimat*, 41 f.

⁶⁵⁵ Vgl. hierzu Siefert, *Fortschrittsfeinde*; Rudolf Vierhaus, *Fortschrittsidee, Fortschrittsskepsis, Fortschrittskritik. Das Erbe der Aufklärung*, in: Martin Kintzinger - Wolfgang Stürmer - Johannes Zahlten (Hg.), *Das andere Wahrnehmen: Beiträge zur europäischen Geschichte. August Nitschke zum 65. Geburtstag gewidmet*, Köln u. a. 1991, 533-545.

⁶⁵⁶ Andreas Knaut, *Ernst Rudorff und die Anfänge der deutschen Heimatschutzbewegung*, in: Klüeting (Hg.), *Antimodernismus und Reform*, 20-49.

⁶⁵⁷ Gerhard Kratzsch, *Kunstwart und Dürerbund. Ein Beitrag zur Geschichte der Gebildeten im Zeitalter des Imperialismus*, Göttingen 1969.

⁶⁵⁸ Hans Christof Kraus, *Kulturkonservatismus und Dolchstoßlegende. Die „Süddeutschen Monatshefte“ 1904-1936*, in: ders. (Hg.), *Konservative Zeitschriften zwischen Kaiserreich und Diktatur*, Berlin 2003, 13-43.

extreme Formen des kulturpessimistischen Lamentos inzwischen in gebildeten Kreisen fanden. Zwar bewies Ernst Haeckel mit seinen „Welträthseln“⁶⁵⁹, dass es auch weiterhin möglich war, mit Lobliedern auf die Triumphe der Wissenschaften Erfolge zu feiern, besonders charakteristisch erscheint jedoch der Aufstieg von Autoren wie Julius Langbehn, Max Nordau oder Houston Stewart Chamberlain, die nicht nur umfassende Panoramen des um sich greifenden Niedergangs entwarfen, sondern gleichzeitig auch erkannt haben wollten, wo deren „tatsächliche“ Wurzeln zu suchen waren und dies im Brustton der Überzeugung vortrugen.

Eine Art Dambruch markierte hierbei bekanntlich das heute kaum mehr nachvollziehbare Echo auf das 1890 publizierte Buch „Rembrandt als Erzieher“⁶⁶⁰, das in wenigen Monaten dutzende Auflagen erlebte und eine Reihe von Gegenschriften und Nachahmer auf den Plan rief, was seiner Verbreitung nur zugute kam. Das Werk stammte – wie bald bekannt wurde – aus der Feder des akademisch gescheiterten Kulturästheten Julius Langbehn, der seine über Jahre ausgearbeitete Abhandlung als eine Art Kompendium der Gebrechen des deutschen Geisteslebens verstanden wissen wollte und darüber hinaus den Anspruch erhob, als „Erzieher“ die Wege zur Neubelebung des „wesenhaft Deutschen“ zu weisen.⁶⁶¹ Es handelte sich also, kurz gesagt, um einen völlig überambitionierten Rundumschlag gegen alle vermeintlichen Übel der Zeit. Der Parforceritt durch die unterschiedlichsten Themengebiete war außerdem nur recht oberflächlich strukturiert, bei aller als Ausdruck von Intellektualität stilisierten Verwinkeltheit der Darlegungen kam der Autor zudem im Grunde immer wieder auf die gleichen Hauptaussagen zurück, die deshalb im Gedächtnis der Leser haften blieben. Demnach sei eine schrittweise Zersetzung der deutschen Kultur letztlich unausweichlich, wenn nicht endlich Maßnahmen gegen die unnatürliche Einebnung aller Hierarchien in Gesellschaft und Politik, die mit dem Primat des Rationalismus verbundene Abtötung jeder wahren Schöpferkraft oder die bedenkenlosen Preisgabe des eben im Kern deutschen Idealismus ergriffen würden; mit einer in Spezialistentum erstarrten

⁶⁵⁹ Hierzu in den zeitgenössischen Kontext eingeordnet: Andreas W. Daum, Wissenschaftspopularisierung im 19. Jahrhundert. Bürgerliche Kultur, naturwissenschaftliche Bildung und die deutsche Öffentlichkeit, 1848-1914, München ²2002, 226-235, 300-315.

⁶⁶⁰ [Julius Langbehn], Rembrandt als Erzieher, von einem Deutschen, Leipzig 1890.

⁶⁶¹ Zum Werk und zum Autor u. a.: Anne Challard-Fillaudeau, Die Lebensreform und Julius Langbehn, der Herold der deutschen Reformer, in: Marc Cluet - Catherine Repussard (Hg.), „Lebensreform“. Die soziale Dynamik der politischen Ohnmacht, Tübingen 2013, 75-84; Stefan Breuer, Konservatismus oder Existenzialismus? Anmerkungen zu Rembrandt als Erzieher, in: Jan Andres - Wolfgang Braungart - Kai Kauffmann (Hg.), „Nichts als die Schönheit“. Ästhetischer Konservatismus um 1900 (Historische Politikforschung 10), Frankfurt am Main 2010, 127-146; Klassisch mit eigenem Kapitel zu Langbehn: Fritz Stern, Kulturpessimismus als politische Gefahr. Eine Analyse nationaler Ideologie in Deutschland, Stuttgart 2005 (Berkeley 1961), 141-246.

Professorenschaft⁶⁶² und den assimilierten Juden als offensichtliche Taktgeber der Modernisierung⁶⁶³ hatte Langbehn außerdem bereits vermeintliche Auslöser der herrschenden Misere identifiziert.

Von diesen Kostproben einer z. T. geradezu obsessiven Gedankenführung ernüchtert, könnte man das „Rembrandt-Buch“ nun getrost als skurrile, aber längst vergessene Diatribe übergehen, wenn der damit verbundene Erfolg ein Einzelfall geblieben wäre. Tatsächlich ebte der anfängliche Hype um die Publikation bald ab, jedoch nur, um bald erneut aufgeregten Debatten um neue Fixsterne am Buchmarkt Platz zu machen, die dafür standen, in ähnlich radikaler Weise den Stab über die bestehenden Verhältnisse zu brechen. Zwar ließen sich Werke wie „Entartung“⁶⁶⁴ oder „Die Grundlagen des 19. Jahrhunderts“⁶⁶⁵ gefälliger lesen, die Thesen einer „Völkerdämmerung“⁶⁶⁶ oder einer drohenden Preisgabe der germanischen „Rassenseele“⁶⁶⁷ fielen allerdings ebenso apodiktisch aus wie die Urteile Langbehns. Zieht man den Vergleich, vertraten die bereits etablierten Publizisten Nordau und Chamberlain sogar noch expliziter die Position, dass es möglich und notwendig sei, die Ursachen bzw. Verursacher des beschworenen Niedergangs ganz eindeutig zu benennen, d. h. ihre Unschädlichmachung zu fordern: Nur so lassen sich auch die monokausalen Fixierungen auf die „jüdische Rasse“ oder verderbliche Kunstrichtungen der Moderne erklären.

Angesichts des erheblichen Wiederhalls solcher extremer Dystopien wäre es nun zwar verfehlt, die um die Jahrhundertwende verbreitete Zeitkritik ganz allgemein unter diesen Vorzeichen zu betrachten. Man würde damit nicht nur in die generalisierende Perspektive der genannten Autoren verfallen, manche Stimme in diesem vielstimmigen Chor brachte auch bemerkenswerte Einsichten vor und stellte so die eigene Beobachtungsgabe unter Beweis.⁶⁶⁸ Doch auch hier galt nicht selten: Bei allem Gespür für Fehlentwicklungen

⁶⁶² So im Abschnitt „Der deutsche Professor“, [Langbehn], Rembrandt als Erzieher, 95-97.

⁶⁶³ Hierzu: Johannes Heinßen, Kulturkritik zwischen Historismus und Moderne: Julius Langbehns „Rembrandt als Erzieher“, in: Werner Bergmann (Hg.), Antisemitische Geschichtsbilder (Antisemitismus 5), Essen 2009, 121-138; Thomas Gräfe, Rembrandt als Erzieher (August Julius Langbehn, 1890), in: Wolfgang Benz (Hg.), Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart, Bd. 6, Berlin 2013, 595-598.

⁶⁶⁴ Max Nordau, Entartung, 2 Bde., Berlin 1892/93.

⁶⁶⁵ Houston Stewart Chamberlain, Die Grundlagen des Neunzehnten Jahrhunderts, 2 Bde., München 1899.

⁶⁶⁶ Nordau, Entartung, 3. Vgl. zur Einordnung: Verena Gutsche, „Niedergang“. Variationen eines kulturkritischen Diskurselements zwischen 1900 und 1930. Großbritannien und Deutschland im Vergleich, Würzburg 2015, 96-106.

⁶⁶⁷ Chamberlain, Grundlagen, 697.

⁶⁶⁸ So unterscheidet etwa Rohkrämer traditionsbezogene und progressive Ansätze der Kulturkritik in der Lebensreformbewegung: Während traditionelle Reformbewegungen den diagnostizierten Kulturverfall demnach über eine moralische Ertüchtigung der Gesellschaft aufhalten wollten, tendierten andere Vertreter der Lebensreform hingegen dazu, die vermeintlich naturgegebene Moral selbst als verlogen zu demaskieren und davon ausgehend das befreite Ausleben des „natürlichen“ Menschen als neues Ideal zu propagieren

tendierten viele Kommentatoren dazu, ihre zweifellos interessanten Bestandsaufnahmen in weitgreifende Kontexte zu stellen, d. h. gewagte Zusammenhänge zu konstruieren oder allzu schnell ins Grundsätzliche abzugleiten. Bezeichnend war vor diesem Hintergrund auch die nachgeholte Entdeckung von Theoretikern wie Friedrich Nietzsche oder Ferdinand Tönnies⁶⁶⁹, deren Schriften bisher wenig Beachtung gefunden hatten, jetzt aber den passenden hochgeistigen Überbau lieferten, um die beklagte Malaise in griffige Denkmodelle zu bannen. Was lag etwa näher, als die eingängigen Gegenüberstellungen von Gemeinschaft und Gesellschaft bzw. Herren- und Sklavenmoral im gewünschten Sinne zu deuten und als sprechende Überschriften für den herrschenden Kulturverfall zu verwenden?

Schien das Decadence-Schrifttum also mitunter recht offensichtlich in den Bann der eigenen Diagnose zu geraten, deuten die gewonnenen Einsichten – und das gilt es festzuhalten – jedoch vor allem darauf hin, wie sich das geistige Klima im bildungsbürgerlichen Milieu um 1900⁶⁷⁰ spürbar verschob. Führt man sich die skizzierten Argumentationsmuster vor Augen, wuchs nach dem „Jahrhundert des Fortschritts“ offenbar langsam der Überdruß an komplexen Differenzierungen und langen Abwägungen, während sich zunehmend eine Sehnsucht nach ambitionierten Synthesen und tiefgründigen Einsichten bemerkbar machte, die endlich wieder dazu beitragen würden, das große Ganze in den Blick zu nehmen. Oder aus zeitgenössischer Sicht auf den Punkt gebracht: Alle mit nüchterner Analyse und Rationalisierung erzielten Errungenschaften der Moderne hatten es offenbar nicht vermocht, das menschliche Bedürfnis nach Sinnstiftung zu stillen.

3.1.3 Der Heimatschutz als Lebensreformbewegung

Führt man sich diese Stimmung vor Augen, wächst wohl auch das Verständnis für die im Grunde irritierende Anziehungskraft der – so könnte man es bezeichnen – neuen sozialen Bewegungen der 1890er Jahre, die die innere Auflehnung gegen eine als verbraucht und schal empfundene Gegenwart verkörperten und gleichzeitig ein markantes Sendungsbewusstsein an den Tag legten, um die eigenen Patentrezepte zur Erneuerung

(Thomas Rohkrämer, *Eine andere Moderne? Zivilisationskritik, Natur und Technik in Deutschland 1880-1933*, Paderborn u. a. 1999, 125-127).

⁶⁶⁹ Stefan Breuer, Nietzsche-Translationen. Typen der Nietzsche-Rezeption in der deutschen Rechten, in: Andreas Schirmer (Hg.), *Widersprüche. Zur frühen Nietzsche-Rezeption*, Weimar 2000, 271-290; Harry Liebersohn, „Gemeinschaft und Gesellschaft“ und die Kritik der Gebildeten am deutschen Kaiserreich, in: Lars Clausen (Hg.), *Hundert Jahre „Gemeinschaft und Gesellschaft“*. Ferdinand Tönnies in der internationalen Diskussion, Opladen 1991, 17-30.

⁶⁷⁰ Hierzu etwa der kompakte Überblick bei Schäfer, *Geschichte des Bürgertums*, 171-175.

der Gesellschaft in die Tat umzusetzen. Das in bunten Farben ausgemalte Szenario des überall spürbaren Verfalls fand also schnell sein logisches Pendant in immer lauterem Rufen nach einer fundamentalen Erneuerung, ja Katharsis, des in der Sackgasse der Konvention gefangenen Lebens – sei es im Geiste der Jugend, durch die Abkehr von betäubenden Genüssen wie Alkohol und Nikotin, die Überwindung der verklemmten Scham vor dem nackten Körper oder in der (Wieder-)Entdeckung der idyllischen Natur vor der eigenen Haustüre.⁶⁷¹

Es bleibt somit nur noch übrig, das inzwischen ohnehin Offenkundige klar auszusprechen: Der später häufig als rückschrittlich etikettierte⁶⁷² Heimatschutz war tatsächlich eine wichtige Stimme der sog. Lebensreformbewegung⁶⁷³, wenn er nachdrücklich auf die drohende Zerstörung eben dieser Heimat aufmerksam machte und dafür etwa das kulturelle Monopol der Städte⁶⁷⁴, die Überschwemmung des Marktes mit eintöniger Fabrikware⁶⁷⁵ oder auch die bedenkenlose Transformation idyllischer

⁶⁷¹ Vgl. das umfangreiche Kompendium in: Diethart Kerbs - Jürgen Reulecke (Hg.), Handbuch der deutschen Reformbewegungen 1880-1933, Wuppertal 1998; außerdem: Kai Buchholz - Rita Latocha - Hilke Peckmann (Hg.), Die Lebensreform. Entwürfe zur Neugestaltung von Leben und Kunst um 1900, 2 Bde., Darmstadt 2001; Thorsten Carstensen - Marcel Schmid (Hg.), Die Literatur der Lebensreform. Kulturkritik und Aufbruchstimmung um 1900, Bielefeld 2016.

⁶⁷² Der Rückbezug auf „Tradition“ und „Heimat“ beförderte lange Zeit die Tendenz der Forschung, den Heimatschutz als anti-moderne, reaktionäre Bewegung einzustufen; hierbei spielte sicherlich auch eine Rolle, dass die Heimatbewegung oft primär unter dem Vorzeichen eines Wegbereiters des Nationalsozialismus betrachtet wurde.

Dagegen weist Rohkrämer völlig zurecht auf das Phänomen der „defensiven Modernisierung“ hin und betont zur Verdeutlichung, dass die Prozesse der Industrialisierung und Demokratisierung gemeinhin beide als „modern“ eingestuft werden, in der Geschichte jedoch keineswegs immer miteinander einhergingen – so waren viele Wilhelminer etwa technikbegeistert und gleichzeitig demokratiskeptisch (Rohkrämer, Andere Moderne, 15-22). Eine kurze Zusammenfassung der Debatte um die Bewertung des Heimatschutzes – zwischen progressivem Image und reaktionärem Bild – findet sich bei Oberkrome, Deutsche Heimat, 44 f.

⁶⁷³ Diese Beziehung wurde inzwischen schon wiederholt beschrieben: Edeltraud Klüeting, Heimatschutz, in: Kerbs - Reulecke (Hg.), Handbuch, 47-48; Arne Andersen, „Lebensreform“ und „Heimatschutz“, in: Friedrich Prinz - Marita Krauss (Hg.), München - Museenstadt mit Hinterhöfen, München 1988, 295-300.

⁶⁷⁴ Neben der meist pauschalen Kritik am „Moloch Großstadt“ (Sieferle, Fortschrittsfeinde, 185-187; Jürgen Reulecke, Die Stadt als Moloch? Zivilisations- und Großstadtkritik im frühen 20. Jahrhundert, in: Katharina Grebe (Hg.), „Sorge und Gerechtigkeit, Werkleute im sozialen Feld ...“. Festschrift zum 60. Geburtstag von Prof. Dr. Norbert Schwarte, Frankfurt am Main 2004, 247-256) sowie der Mietskaserne als Sinnbild der Proletarisierung und Vermassung der Gesellschaft (Nils Aschenbeck, Reformarchitektur. Die Konstituierung der Ästhetik der Moderne, Basel 2016, 48 f.) nahmen die hier vorgebrachten Warnungen auch durchaus differenzierte Gestalt an, wenn etwa die vollkommene Überformung des Landes durch die „Formensprache der Großstadt“ (Sigrid Hofer, Denkmalpflege und Heimatbaukunst, in: Kerbs - Reulecke (Hg.), Handbuch, 59-71, hier: 63) beklagt wurde, die hier einen Fremdkörper darstelle, aber in falsch verstandener Modernisierungseuphorie dennoch überall zur Norm erklärt werde.

⁶⁷⁵ Massenhaft bzw. industriell hergestellte Gebrauchsgegenstände stellten für viele Heimatschützer in doppelter Hinsicht ein rotes Tuch dar, da sie nicht nur eine Konkurrenz für kleinere und mittlere Handwerksbetriebe bedeuteten (vgl. etwa Zull, Ein Museum entsteht, 17), sondern häufig auch mit allerlei Schnörkel und Zierrat traditionelle Fertigung vorgaukelten, um den ästhetischen Gewohnheiten der Konsumenten zu entsprechen; diese „handwerkliche Verkleidung der Maschinenprodukte“ (Sieferle, Fortschrittsfeinde, 175 f.) wurde im Sinne der Milieutheorie (siehe Anm. 688) direkt als Gefahr für das innere Gleichgewicht der Gesellschaft betrachtet.

Landschaften zur bloßen Nutzfläche als Ursachen benannte. Darauf aufbauend – und dieser Umstand ist besonders beachtlich – gelang es dem Heimatschutz jedoch wie wohl wenigen Lebensreformbewegungen, die eigene Programmatik mit einer Bedeutung aufzuladen, die weit über das Niveau einer pointierten Zeitkritik oder den konkreten Inhalt der aufgestellten Forderungen hinausging. Nach Vorstellung der meisten Initiatoren sollte Heimatschutz eben keine bloße Bürger-Initiative mit honorigem Anliegen sein, das Drängen nach Umsetzung der skizzierten Agenda war vielmehr Ausdruck der Erwartung, so tiefere Ursachen des verbreiteten Unbehagens beheben, d. h. eine innere Erneuerung der Gesellschaft bzw. des Volkes herbeiführen zu können.⁶⁷⁶ Es ging also darum, Lebensreformen im Sinne des Wortes in die Wege zu leiten, ein so hoch gesteckter Anspruch – mithin die Überzeugung, z. B. durch die Pflege eines historisch gewachsenen Stadtbildes den sozialen Aufbruch befördern zu können⁶⁷⁷ – lief freilich auch Gefahr, die Grenzen der Glaubwürdigkeit zu überschreiten und schließlich als bloße Utopie einiger Außenseiter und Idealisten zu gelten. Der Blick der Mehrheitsgesellschaft auf verschrobene Naturapostel oder genussfeindliche Vegetarianer gab hier ein warnendes Beispiel. Manchmal geäußerte Vorwürfe, der VVV ziele in seiner Verbohrtheit doch eigentlich darauf ab, Bauernhäuser auf dem Münchner Marienplatz zu errichten⁶⁷⁸, gingen in eben diese Richtung. Kahr und seine Gesinnungsgenossen reagierten bei solchen Angriffen jedoch stets mit großem Selbstbewusstsein⁶⁷⁹, da sie sicher waren, stets überlegen kontern zu können – mit einem kulturideologischen Sinnkonstrukt aus miteinander verwobenen, symbolträchtigen Diskurselementen sowie mit modernen Konzepten, den Heimatschutz-Gedanken zu vermitteln und umzusetzen. Nun würde im Grunde jede Facette dieser Selbstlegitimation und -präsentation eine eigene Abhandlung verdienen, die hier gebotene Knappheit eröffnet freilich auch die Gelegenheit, einen kompakten und damit auf das Wesentliche fokussierten Überblick zu gewinnen. Dies gilt vor allem für das konstitutive diskursive Grundgerüst, bei dem eine umfassende Analyse vielleicht sogar verdecken würde, dass das Heimatschutznarrativ bei all seiner Vielseitigkeit letztlich auf vier Leitgedanken fußte, nämlich der Vorstellung,

⁶⁷⁶ Rohkrämer, *Andere Moderne*, 125.

⁶⁷⁷ Siehe Anm. 688.

⁶⁷⁸ Kahr, *Unser Verein*, 70.

⁶⁷⁹ So etwa in einem programmatischen Artikel gegen unreflektiertes Fortschrittsdenken im Hausbau, das meist nur „öde Mietskasernen“ und den „Abklatsch mißverständener städtischer Bauweise“ in „Spekulationsbauten“ hervorbringe, vgl. Otto Löhner, *Kleinbürgerliche Baukunst*, in: *Volkskunst und Volkskunde* 5 (1907), 28-33.

die Bewegung stehe gleichzeitig für eine ganzheitliche, in sich harmonische, konkret greifbare und an einer organischen Entwicklung orientierten Sicht auf die Verhältnisse. Klingt bei dieser Kombination bereits spürbar das Ideal einer von inneren Verwerfungen befreiten, bruchlos integrierten Gesellschaft-Gemeinschaft durch, lässt sich als Basis des soeben identifizierten, dafür maßgeblichen Vierklangs sehr klar der ausgeprägt holistische („ganzheitliche“) Charakter des Heimatschutzes⁶⁸⁰ einstufen, d. h. die offenbar besonders überzeugende Aktivierung der bereits thematisierten Sehnsucht nach großen Synthesen. Dies symbolisierte schon allein die Zusammenführung bisher weitgehend voneinander getrennten Tätigkeitsbereiche und Disziplinen in einer Bewegung: Denn bestanden zwischen Architekten, Historikern, bildenden Künstlern, Volkskundlern, Designern oder Kunsthistorikern in der Regel nur wenig Berührungspunkte, bedurfte der „Heimatschützer“ all ihrer Fähigkeiten und Kenntnisse, um die gewachsene Lebenswelt der Bevölkerung zu dokumentieren, zu erhalten und in sich weiterzuentwickeln.⁶⁸¹ Ganz im Stile der Zeit richtete der Heimatschutz somit einen Aufruf an allen Fachleute aus Forschung und Praxis, sich im Dienste der gemeinsamen Sache zu vereinigen, um einer Wiederbelebung des kulturellen Erbes den Weg zu bereiten – der zweiten holistischen Projektion in diesem Kontext:

Hatte die Denkmalpflege des 19. Jahrhunderts nämlich noch weitgehend den Erhalt herausragender Einzel-Monumente einer national-patriotisch gedeuteten Vergangenheit in den Vordergrund gestellt⁶⁸², verwarf man nun den Gedanken einer irgendwie bestimmbar hierarchie und betonte die Einbettung jedes Geschichtsdenkmals in einen Gesamtzusammenhang, der auch nur in seiner Gänze Bedeutung und Orientierung ausstrahle.⁶⁸³ Hingegen sei es völlig sinnlos, eine einzelne Burg oder Kathedrale in ihrem vermeintlichen Original-Zustand zu konservieren oder gar zu rekonstruieren, wenn sie danach nur noch als skurriles Relikt der Vergangenheit in einer ansonsten völlig

⁶⁸⁰ Oberkrome, *Deutsche Heimat*, 45; Klüeting, *Heimatschutz*, 47 f.; Aschenbeck, *Reformarchitektur*, 24 f. Es erscheint hier neutraler, von einer „holistischen“ Ideologie zu sprechen, da der in den Quellen und in der Forschung häufig verwendete Begriff der „Ganzheitlichkeit“ bis heute alltagssprachlich in vielerlei Kontexten Verwendung findet und z. T. auch als semantischer Ausdruck für einen Zustand der „inneren Harmonie“ verstanden wird.

⁶⁸¹ Der Heimatschutz kann insoweit auch als „Sammlungsbewegung“ außerhalb des genuin politischen Raumes bezeichnet werden. Vgl. Hofer, *Heimatbaukunst*, 62; Sabine Fechter, *Heimatschutzbauten in Mainfranken: Entwicklungen und Wandlungen von Baupflege (1900-1975)* (Quellen und Materialien zur Hausforschung in Bayern 13), Petersberg 2006, 29; Klüeting, *Heimatschutz*, 48.

⁶⁸² Hofer, *Heimatbaukunst*, 61. Bendl spricht in diesem Zusammenhang von einer Verschiebung des Fokus vom besonderen Einzelstück zum „typischen“ oder „charakteristischen“ Gesamtbild (Bendl, *Inszenierte Geschichtsbilder*, 101).

⁶⁸³ Auch Orts- und Landschaftsbilder konnten somit als Denkmäler Anerkennung finden, Fechter stuft hierbei den in Heimatschutzbewegung stark engagierten Architekten Paul Schultze-Naumburg als zentralen Vertreter dieser neuen Sichtweise ein (Fechter, *Heimatschutzbauten*, 38).

veränderten Umgebung herumstehe. Der Heimatschutz verhalf also dem Gedanken des in sich geschlossenen Ensembles, bei dem es auch und z. T. gerade auf äußerlich unscheinbare Bestandteile ankomme, zum Durchbruch und erklärte in diesem Sinne ganze Städtebilder, Straßenzüge oder Wohnungsinterieurs⁶⁸⁴ für schützenswert. Man legte also von Anfang an den Fokus auf umfassende kulturelle Zusammenhänge, brachte mit dieser Haltung freilich auch Investoren und Baufirmen gegen sich auf, die gerne den Erhalt eines einzelnen Gebäudes zugestehen wollten, den Ensemble-Schutz jedoch als vermessene Außerkraftsetzung des freien Marktes und faktische Enteignung bzw. Musealisierung ganzer Stadtviertel bekämpften.⁶⁸⁵

Die Heimatschutzbestrebungen riefen somit erwartungsgemäß Gegner und Kritiker auf den Plan, Kahr und der VVV ließen sich von solchem Gegenwind freilich nicht beirren, sondern verbuchten ihn eher als positives Anzeichen für die einsetzende Wirksamkeit der in Gang gebrachten Lebensreform.⁶⁸⁶ Immerhin konnte es nicht jedem gefallen, wenn wachsende Teile der Bevölkerung ihr kulturelles Selbstverständnis wieder schätzen lernten und damit auch das Bedürfnis entwickelten, ihrer alltäglichen Umgebung ein entsprechend unverwechselbares Gepräge zu verleihen; praktizierter Heimatschutz wurde in diesem Sinne als eine Schule der gemeinschaftlichen Bewusstseinsbildung⁶⁸⁷ betrachtet. Der dritte holistische Denkansatz ging damit besonders weit: Denn wenn das neu belebte Wissen um den tatsächlichen Wert einer intakten Heimat gleichzeitig die allgemeine Sensibilität für ihre Schädigung erhöhte, bedeutete dies im Umkehrschluss, dass z. B. ein gediegenes Stadtbild nicht nur ästhetischen Genuss bot, sondern auch als Spiegel der inneren Haltung der Stadtbewohner, d. h. des geistig-moralischen Zustands einer Gesellschaft gelten konnte.⁶⁸⁸ Die Heimatschützer waren damit kurz gesagt der

⁶⁸⁴ Am bekanntesten ist hierbei das schon in der Kaufbeurer Ausstellung angewandte Stubenkonzept, nach dem jedes Einzelstück erst durch die Einbettung in einen authentischen Gesamtkontext Bedeutung und musealen Wert erhalte, vgl. (mit weiterführender Literatur) Bendl, *Inszenierte Geschichtsbilder*, 121-125.

⁶⁸⁵ 1911 bildete sich sogar eine „Kommission zur Beseitigung der Auswüchse der Heimatschutzbestrebungen“, vgl. Knaut, *Zurück zur Natur*, 259-263. Auch der VVV sah sich mit derartiger Kritik konfrontiert, siehe Anm. 678.

⁶⁸⁶ Der Protest bestimmter Interessensgruppen wurde also geradezu als logische Folge und besten Beweis für den Erfolg der eigenen Tätigkeit gewertet, vgl. etwa Kahr-Erinnerungen, pag. 133 Knaut erkennt in solchen Äußerungen freilich auch die Irritation der bildungsbürgerlichen Eliten über die doch ungewohnte Kritik an den eigenen idealistischen Bestrebungen („Der Stachel saß tief“; Knaut, *Zurück zur Natur*, 237).

⁶⁸⁷ Bendl spricht deshalb auch von einem „pädagogischen Impetus“ des Heimatschutzes, der mit seinen Aktivitäten darauf abzielte, in der breiten Bevölkerung Wertschätzung und Achtung für das eigene kulturelle Erbe zu wecken (Bendl, *Inszenierte Geschichtsbilder*, 98). Siehe hierzu auch Anm. 700.

⁶⁸⁸ Knaut prägte für diese Annahme eines inhärenten Nexus zwischen Umgebung, Kultur und Mensch die sehr passende Bezeichnung „Milieu-Theorie“ (Knaut, *Zurück zur Natur*, 17). So setzte sich etwa der „Dürerbund“ zum Ziel, im Sinne einer „Harmonisierung der Persönlichkeit in einer harmonischen Umwelt“ zu wirken (zitiert nach Nerdinger, *Neue Strömungen*, 54). Umgekehrt musste dann natürlich ein landschaftlicher, kultureller und ästhetischer Verfall unweigerlich mit einem Verfall der Gesellschaft und des Deutschtums einhergehen, vgl. Oberkrome, *Deutsche Heimat*, 46 und die dazu passende Überzeugung

Überzeugung, dass man die Botschaft des Mottos „Mens sana in corpore sano“ auch auf Kollektive anwenden könne, die Rückbesinnung auf eine „echte“, charakteristische Gestaltung des eigenen Lebensumfeldes demnach auch den ersten Schritt zur inneren „Gesundung“ der Gesellschaft markiere.

In dieser Deutlichkeit ausgesprochen, mochte der Gedanke einer unmittelbaren Korrelation von äußerer Erscheinung und innerem Wesen nun doch etwas kühn erscheinen, gleichzeitig wirkte er – wohl meist eher implizit transportiert – für viele Zeitgenossen jedoch auch irgendwie einsichtig und plausibel: Immerhin zeigte der Heimatschutz so einen Weg auf, das verbreitete Bedürfnis nach Orientierung zu befriedigen, indem er dazu beitrug, Ideale auf konkrete Ausprägungen der materiellen Kultur zu projizieren, d. h. sie im eigentlichen Sinne des Wortes greifbar zu machen.⁶⁸⁹

Dies konnte mit der Vergabe des Etiketts „echt“ oder „charakteristisch“ verbunden sein, öffnete jedoch auch die Tür, um symbolbehaftete Leitkategorien des bürgerlichen Denkens scheinbar verfügbar und konkret zu machen, indem man z. B. Produkte des traditionellen Kunsthandwerks als typisch „deutsch“ oder „volkstümlich“ einstuft.⁶⁹⁰

Die Wortschöpfung „Volkskunst“⁶⁹¹ ist dann auch das beste Beispiel für diesen Modus der Sinnstiftung: Sie stilisierte eine mit bestimmten Merkmalen versehene Kunst zum Ausdruck einer natürlichen, im Volke selbst verwurzelten Formensprache und erklärte ihre alltägliche Präsenz damit gleichzeitig zum Maßstab und Spiegelbild einer intakten, in ihrer eigenen Kultur behausten Gemeinschaft.

Die Heimatschützer kombinierten also auch in dieser Hinsicht eine ganz eigene Aura der Bodenständigkeit mit dem ausgeprägten Streben nach einer inneren Reform der Gesellschaft und sahen sich dabei ganz in der Tradition ihres Vordenkers Riehl, der schon

Kahrs: „Was innen ist, ist auch außen“ sagt ein uralter trismagischer Wahrheitspruch und wenn es innen besser wird mit unserem Volk, dann wird es sicher auch nach außen besser werden.“ (Kahr an Stegemann vom 17.10.1929; Bundesarchiv Koblenz, NL Stegemann N 1353/12). Vgl. auch: Martin Viehhauser, Reformierung des Menschen durch Stadtraumgestaltung. Eine Studie zur moralerzieherischen Strategie in Städtebau und Architektur um 1900, Weilerswist 2016.

⁶⁸⁹ So war es auch in vielen Heimatmuseen lange Zeit üblich, z. B. nicht eindeutig zuzuordnende Objekte mit der Herkunftsbezeichnung „deutsch“ auszuzeichnen (Zull, Ein Museum entsteht, 21), sie wurden also implizit als Ausdruck einer „deutschen“ Formensprache präsentiert. Vgl. auch Fechter, Heimatschutzbauten, 30. Hofer spricht in diesem Zusammenhang vom materiellen Zeugnis als „letzten Orientierungspunkt“ für ein in seinem kulturellen Sinnsystem verunsicherten Bürgertum (Hofer, Heimatbaukunst, 64).

⁶⁹⁰ Andere Attribute wie „rein“, „klar“, „schön“, „natürlich“ fanden in ähnlicher Weise als kulturelle Etikette Verwendung, vgl. Andrea Groß, Heimatstil zwischen Tradition und Moderne - eine Analyse im deutschsprachigen Raum, in: Wolfgang Wüst (Hg.), Aufbruch in die Moderne? Bayern, das alte Reich und Europa an der Zeitenwende um 1800 (Franconia 2), Erlangen 2010, 227-250, hier: 228 f.

⁶⁹¹ Zur Geschichte des Konzepts allgemein: Gottfried Korff, Volkskunst als ideologisches Konstrukt? Fragen und Beobachtungen zum politischen Einsatz der "Volkskunst" im 20. Jh., in: Jahrbuch für Volkskunde N.F. 15 (1992), 23-49.

Mitte der 1850er Jahre die These vertreten hatte, dass nur eine Gesellschaft, der die Möglichkeit eingeräumt werde, bei allen notwendigen Veränderungen ihre kulturellen Ausdrucksformen zu bewahren, ohne schwere Verwerfungen die Zukunft meistern könne.⁶⁹² Im populärhegelianischen Sinne formuliert, sollten Kultur und Heimat mithin als Metaebene und Synthese dienen, um so die allgegenwärtigen Konflikte zwischen Kapital und Arbeit, Stadt und Land oder Moderne und Tradition „aufzuheben“ bzw. die darin wirksamen Kräfte in ein harmonisches Gleichgewicht zu überführen.⁶⁹³ Das Echo dieses weitreichenden Anspruchs war dann auch deutlich in einem programmatischen Artikel⁶⁹⁴ des 1904 zum Vorsitzenden des VVV gewählten Julius Maria Groeschel zu vernehmen, der es als Hauptaufgabe des Heimatschutzes bezeichnete, genau diese gesellschaftliche und kulturelle Harmonie zu stiften, die er als „Einheitlichkeit in der Vielheit“⁶⁹⁵ definierte – denn nur das „aus sich selbst Gewordene“⁶⁹⁶ habe letztlich Bestand und könne deshalb auch im Einklang nebeneinander bestehen.

Nun war freilich nicht immer der Augenblick, die Debatte mit so weitreichenden Überlegungen zu überfrachten, um auf beinahe dialektische Weise die Quintessenz und den inneren Wert der eigenen Kultur zu ergründen. Der Heimatschutz-Diskurs verfügte mit dem Leitbegriff der „organischen“ Entwicklung⁶⁹⁷ deshalb auch über ein eingängiges Sprachbild, das eben diese Grundhaltung der Bewegung ausstrahlen und auf einen Nenner bringen sollte. „Organisch“ war demnach alles, was einer Gesellschaft nicht künstlich übergestülpt, sondern in ihrer Mitte, bei einem aus eigener Dynamik erzeugten Prozess gewachsen war; seien es etwa die von Generation zu Generation vererbten Wohnungseinrichtungen, in langer Praxis eingespielte Bewirtschaftungsformen oder mit

⁶⁹² Zur Kulturtheorie Riehls siehe Kapitel II 3.4. Vgl. auch die in diesem Zusammenhang getroffene Einschätzung Knauts: „Die Wirkungsgeschichte Riehls, einer der Begründer der deutschen Volkskunde, ist kaum abzusehen“ (Knaut, Zurück zur Natur, 13); ebenso Bendl, Inszenierte Geschichtsbilder, 99 f.

⁶⁹³ Vgl. der von Knaut betonte Gedanke eines „Ausgleichs“ zwischen Moderne und Tradition (Knaut, Zurück zur Natur, 208).

⁶⁹⁴ Julius Maria Groeschel, Was wir wollen! in: Volkskunst und Volkskunde 6 (1908), 13-16.

⁶⁹⁵ Ebd., 15 f.

⁶⁹⁶ Ebd., 16.

⁶⁹⁷ Beispielsweise bezeichnete es der Bund Heimatschutz (der reichsweite Dachverband der Heimatschutzvereine) in seinem Gründungsaufwurf als sein Ziel, „dahin zu wirken, daß bei der Weiterentwicklung an den Geist des Alten, an die lokale Tradition organisch angeknüpft wird“ (zitiert nach Klueting, Heimatschutz, 52). Es ging also nicht um reine Nachahmung einer „guten alten“ Volkskunst, sondern um ihre behutsame, an den Bedürfnissen der Menschen orientierte Weiterentwicklung (Knaut, Zurück zur Natur, 207 und 208), das „organische Wachsen war [mithin] als künstlerisches Prinzip anerkannt“ (Sigrid Hofer, Reformarchitektur 1900-1918. Deutsche Baukünstler auf der Suche nach dem nationalen Stil, Stuttgart u. a. 2005, 8). Die Heimatschützer distanzierten sich deshalb auch klar vom sog. „ersten Heimatstil“ oder „Tirolerstil“, der bei der Wiener Weltausstellung 1873 präsentiert worden war und sich weitgehend darauf beschränkte, vorindustrielles Handwerk und Baukunst zu kopieren, d. h. eher als nostalgisch inspirierter Kontrast zur modernen Welt einzustufen war. Vgl. Groß, Heimatstil, 228; Aschenbeck, Reformarchitektur, 23; Ingolf Bauer, Von „Tölzer Art“ zur „Volkskunst“, in: Zeitschrift für Bayerische Landesgeschichte 60 (1997), 803-818.

symbolischer Bedeutung aufgeladene Sitten und Gebräuche.⁶⁹⁸ Konnte oder wollte man den skizzierten gedanklichen Überbau nicht bemühen, tat also auch die Vorstellung des „Organischen“ die gewünschten Dienste, indem sie die Möglichkeit und Notwendigkeit des historischen Wandels ohne weiteres zugestand, diesen aber nur dann als sozial verträglich einstufte, wenn er aus innerer Logik erfolgte, in graduellen Schritten vor sich ging und den Rahmen des gewachsenen kulturellen Systems nicht ohne Not sprengte – der geforderte Spagat zwischen lähmenden Stillstand und ungebremsten Fortschritt war somit zumindest begrifflich gelungen.

3.1.4 Die Tradition als Neuerung

Könnte man die Grundüberzeugungen des Heimatschutzes damit wohl auf die eigentlich paradox anmutende Formel Veränderung durch gemeinschaftliches Bewahren bringen, drängte sich bei einem solchen Credo freilich auch direkt die Frage nach seiner Überzeugungskraft in der Praxis auf: Würde es wirklich gelingen, die Aufbruchsstimmung einer Reformbewegung zu erzeugen, wenn sich diese Reform ausgerechnet auf die Fahnen schrieb, die eigene Kultur vor unüberlegten und abrupten Eingriffen zu bewahren? Vorsicht schien also durchaus angebracht, immerhin konnten die Maximen der Ganzheitlichkeit, der Harmonie oder der organischen Fortentwicklung in diesem Licht auch schnell altbacken und reaktionär anmuten. Die Heimatschützer umschifften jedoch auch diese Klippe, indem sie gar nicht den Eindruck einer Musealisierung der Gegenwart aufkommen ließen, sondern es mit modernen Mitteln verstanden, ihr Leitmotto „Bewahren“ als attraktiven Gestaltungsauftrag für die Zukunft zu präsentieren. Ließ nicht allein schon die bisherige Geringschätzung des vorhandenen kulturellen Erbes erahnen, wie viel Raum für Pioniergeist, Eigeninitiative und idealistisches Engagement – kurz Reformeifer – tatsächlich in allen Regionen des Landes vorhanden war?⁶⁹⁹

So betrachtet, durfte sich jeder aufgerufen sehen, die vielfältigen Zeugnisse der Geschichte vor der eigenen Haustüre zu entdecken, sie zu dokumentieren und zu erhalten

⁶⁹⁸ In der – für den Heimatschutz bald maßgeblichen – Reform von Architektur und Städtebau ging es demnach vor allem darum, das historistisch-akademische Denken nach „Stilprinzipien“ (Knaut, Bayern, 255) hinter sich zu lassen und stattdessen „wieder“ in den Vordergrund zu stellen, wie „Formen gefunden und begründet werden“ (Aschenbeck, Reformarchitektur, 11), d. h. schrittweise eine erneuerte „Baugesinnung“ (Oberkrome, Deutsche Heimat, 47) zu etablieren.

⁶⁹⁹ Konrad Köstlin drückt diese Attraktivität mit der Formel „Exotik im eigenen Land“ (zitiert nach Zull, Ein Museum entsteht, 20) aus. Vgl. auch: Petra Naumann, Volkskultur - das Andere im Eigenen. Entwürfe ländlicher Kultur um 1900 (Schriftenreihe der Marburger Arbeitsgruppe für Tiefenhermeneutik und Kulturanalyse 3), Marburg 2011.

sowie – besonders verdienstvoll – mit anschaulicher Vermittlung dazu beizutragen, hierfür in der breiten Bevölkerung Interesse und Verständnis zu wecken. Von wachsender sozialer Akzeptanz und Zustimmung getragen, wäre es dann auch viel einfacher, die Neubelebung regionaler Traditionen zu fördern oder anstehende Modernisierungen im Geiste einer Fortentwicklung des gewachsenen kulturellen Umfelds zu gestalten. Bei allen tiefeschürfenden Legitimationsdiskursen war der Heimatschutz insoweit auch genuin partizipativ und (volks-)pädagogisch angelegt und richtete sich ganz explizit an Bevölkerungsgruppen, die sonst in öffentlichen Debatten kaum vorkamen.⁷⁰⁰ Die angestrebte Lebensreform sollte eben auch darin bestehen, unterschiedliche Gesellschaftsschichten in einem Projekt zusammenzuführen und so Brücken der sozial-kulturellen Verständigung bauen. Schon um Sprachfähigkeit über das eigene Milieu hinaus zu gewinnen, zeigten die bildungsbürgerlichen Initiatoren des Heimatschutzes deshalb auch eine größere Bereitschaft, offen zu kommunizieren und auf zeitgemäß-populäre Vermittlungsformen wie illustrierte Zeitschriften, Ausstellungen oder Kulturabende zu setzen: Das Vorbild Kaufbeuren machte damit auch in dieser Hinsicht Schule, in der Hauptstadt war es nun freilich möglich, die im Ostallgäu oder in Feuchtwangen erprobten Ansätze in ganz anderem Maßstab weiter zu entwickeln.

3.2 Umsetzung im kleinen und größeren Maßstab: Die Anfangszeit des Vereins

Mit dem Vorhaben, dieses Potenzial tatsächlich zur Entfaltung zu bringen, wartete auf den Verein für Volkskunst und Volkskunde mithin ein Berg von Arbeit. Wollte man ihn angehen, musste die Priorität in den Anfangsjahren auf der Stabilisierung der eigenen Organisation, dem Gewinn weiterer Unterstützer sowie auf der Inangriffnahme erster – mit den vorhandenen Mitteln umsetzbarer – Projekte liegen. Als unmittelbare Basis für die bald erzielten Erfolge rückt also jetzt der Aufbau der Infrastruktur des bayerischen Heimatschutzes ins Blickfeld: Von welchen Voraussetzungen gingen Kahr und seine Mitstreiter dabei aus?

⁷⁰⁰ Die partizipative und volkspädagogische Ausrichtung des Heimatschutzes wird vielfach betont (Aschenbeck, Reformarchitektur, 24 f.; Knaut, Zurück zur Natur, 18; Hofer, Reformarchitektur, 63) und gehörte auch zum Selbstverständnis seiner Protagonisten. Dabei ist freilich auch auf einen Grundwiderspruch dieses Anspruches hinzuweisen: Denn immerhin schrieben sich die Heimatschützer letztlich die Fähigkeit zu, dem Volk bei der Identifikation und Einordnung „echter“ Volkskunst – die oft schon gar nicht mehr im allgemeinen Bewusstsein verankert war – überlegen zu sein, die Rollenverteilung zwischen Bildungsbürgertum und einfacher Bevölkerung war also auch in dieser Reformbewegung klar etabliert (Sieferle, Fortschrittsfeinde, 164).

Am klarsten ist diese Frage sicherlich in personeller Hinsicht zu beantworten: Führt man sich noch einmal die Riege der Vereinsgründer und ihre ersten Treffen vor Augen⁷⁰¹, lässt sich wohl ohne weiteres sagen, dass der VVV und die ganze mit ihm verbundene Bewegung von Anfang breit in der Gesellschaft vernetzt waren. Die an anderer Stelle eingeschaltete Übersicht zu den neu angeknüpften Beziehungen Kahrs ins kulturelle Milieu⁷⁰² zeigte bereits die Reichweite der dabei formierten Allianz, es ist daher nicht nötig, dieses Panorama ein zweites Mal zu entwerfen. Allein ein Blick auf den im ersten Jahr amtierenden Vereinsvorstand⁷⁰³ zeigt hier jedoch noch einmal kompakt auf, welche vielfältigen institutionellen Verbindungen sich 1902 im Heimatschutz zusammenfanden. In den Reihen der Vorsitzenden, Schriftführer, Kassenwarte und Beisitzer finden sich erwartungsgemäß zahlreiche Mitglieder des BAIV und des BKGV⁷⁰⁴ sowie Professoren der Technischen Hochschule und der Kunstgewerbeschule⁷⁰⁵, aber auch der Leiter der Hofbauintendanz⁷⁰⁶, ein Oberbibliothekar der Bayerischen Staatsbibliothek⁷⁰⁷ und renommierte, in der Kunstbranche tätige Unternehmer⁷⁰⁸; sogar weitergehende Kontakte zum Landwirtschaftlichen Verein oder zur Direktion der Staatseisenbahnen⁷⁰⁹ sind erkennbar. Es überrascht deshalb nicht, dass der Verein schon in den ersten Monaten zahlreiche neue Mitglieder, u. a. Journalisten, Pfarrer oder Lehrer, gewann und auch prominente Zeitgenossen wie etwa der Landtagsabgeordnete Joseph Steininger ihren Beitritt erklärten.⁷¹⁰ Parallel dazu mussten die Vortragsabende innerhalb weniger Monate mehrfach das zu klein gewordene Versammlungslokal wechseln, ehe die Veranstaltungen schon 1904 regelmäßig vor ganz großer Bühne im Hofbräuhaus stattfanden.⁷¹¹ Offenbar gehörte es in der Münchener Gesellschaft bald zum guten Ton, Interesse am Heimatschutz

⁷⁰¹ Siehe S. 137-139.

⁷⁰² Siehe Kapitel IV 1.2.

⁷⁰³ Auflistung der Vorstandsmitglieder: Kahr, Unser Verein, 68 (Anm.).

⁷⁰⁴ Vgl. die Auflistung der Ausschussmitglieder im BKGV 1902: Kunst und Handwerk. Zeitschrift für Kunstgewerbe und Kunsthandwerk 52 (1901-1902), 233.

⁷⁰⁵ August Thiersch (Baugeschichte und Bauformenlehre) und Fritz Jammerspach (Landwirtschaftliches Bauwesen) waren Lehrstuhlinhaber an der Technischen Hochschule, Anton Pruska (Dekorative Plastik) und Heinrich Waderé (figurale Bildhauerei) wirkten an der Kunstgewerbeschule.

⁷⁰⁶ Gemeint ist Heinrich von Handl.

⁷⁰⁷ August Hartmann (1846-1917) war Bibliothekar und Volkskundler, sein Nachlass befindet sich heute in der Bayerischen Staatsbibliothek (Hartmanniana).

⁷⁰⁸ Franz Xaver Zettler (1841-1916) war Hofglasmaler und führte das „Institut für kirchliche Glasmalerei“ (Marita Krauss (Hg.), Die bayerischen Kommerzienräte. Eine deutsche Wirtschaftselite von 1880 bis 1928, München 2016, 723), Karl Throll (1873-1952) vertrieb u. a. den bekannten Münchner Kindl-Baukasten.

⁷⁰⁹ Fritz Jammerspach (1878-1914) war Leiter der Bauberatungsstelle des Landwirtschaftlichen Vereins und von 1907 bis 1909 Vorsitzender des VVV, vgl. zur Biographie [URL: <https://www.biographien.ac.at/oebl/oebl/J/Jammerspach_Fritz_1878_1914.xml>]; zuletzt eingesehen am 10.3.2021]; zu Julius M. Groeschel siehe Anm. 640.

⁷¹⁰ Die Vereinszeitschrift veröffentlichte in den ersten beiden Jahren die aktuellen Beitrittslisten.

⁷¹¹ Kahr, Unser Verein, 71.

zu zeigen oder direkt dem Beispiel des im Juni 1903 ebenfalls als Vereinsmitglied aufgenommenen Ersten Bürgermeisters, Wilhelm von Borscht, zu folgen und sich der neuen Kulturbewegung anzuschließen.⁷¹²

Ließ der Zuspruch des Publikums also keine Wünsche offen, legte der Verein freilich ebenso viel Wert darauf, den eigenen Gestaltungsanspruch in die Tat umzusetzen und hierfür eine praxisorientierte Agenda zu entwickeln. Auch im Sinne der eigenen Positionierung galt es daher, dem selbst gewählten Motto „Heimatschutz“ ein klareres, möglichst auch spezifisch bayerisches Profil zu verleihen. Diese Aufgabe bedeutete schon allein deshalb eine größere Herausforderung, da fast alle engagierten Freunde Kahrs mitten im aktiven Berufsleben standen, die gesamte Arbeit im Volkskundeverein jedoch auf rein ehrenamtlicher Basis geleistet wurde, d. h. stets von der augenblicklichen Verfügbarkeit und Einsatzbereitschaft des Einzelnen abhing.⁷¹³ Jede ins Auge gefasste Initiative konnte deshalb nur so weit und so schnell umgesetzt werden wie es das doch oft sehr beschränkte Zeitbudget der viel beschäftigten Architekten, Hochschullehrer oder Staatsbeamten eben zuließ.

Ergab sich deshalb schon aus rein praktischen Gründen die Notwendigkeit, den ins Auge gefassten Wirkungsbereich bei allem Betätigungsdrang mit Augenmaß einzugrenzen, machte es darüber hinaus jedoch auch die sehr ambitionierte und zugleich recht unscharfe Programmatik der bayerischen Heimatschützer durchaus kompliziert, hier das rechte Maß zu finden: Zwar nannten frühe Mission Statements des Vereins das Bauwesen und das Kunsthandwerk meist an erster Stelle⁷¹⁴, entsprechend dem „ganzheitlichen“ Charakter der Reformbewegung bekannte man sich jedoch gleichzeitig zu einem weiten Verständnis von Denkmal- und Heimatschutz. Das Konzept schloss deshalb ganz selbstverständlich auch z. B. die Pflege des Volkstheaters, des traditionellen Liedgutes oder von Naturschönheiten mit ein und entsprach damit der – zuvor erläuterten – „Milieu-Theorie“⁷¹⁵, d. h. der Annahme, dass all diese Elemente nicht für sich allein standen, sondern wechselseitig aufeinander und gleichzeitig auf den Zustand der örtlichen Gemeinschaft verwiesen. Unter dieser Prämisse war eine Bedeutungsabstufung zwischen einzelnen Bereichen des Heimatschutzes natürlich nur schwer zu begründen, de facto ließ es die Bandbreite möglicher Aktivitäten freilich geraten erscheinen, konkrete Prioritäten

⁷¹² Wilhelm von Borscht trat dem Verein im Juni 1903 (Volkskunst und Volkskunde 2 (1904), 22).

⁷¹³ Kahr, Unser Verein, 70: „Die Mitglieder des Ausschusses teilten sich in die schriftlichen Arbeiten, sie waren die Sachreferenten, die Schreiber und Boten zugleich und sie gaben dazu auch noch das erforderliche Papier und das Porto. Kurz, alles war ehrenamtlich“.

⁷¹⁴ So etwa ‚Verein für Volkskunst und Volkskunde‘, in: Süddeutsche Bauzeitung 12 (1902), 323 f.

⁷¹⁵ Siehe Anm. 688.

zu setzen und so das begonnene Wirken zumindest vorläufig auf hervorgehobene Tätigkeitsfelder zu konzentrieren.

Die beiden ersten Vereinsjahre standen deshalb besonders unter dem Vorzeichen der Selbstfindung und des ergebnisoffenen Ausprobierens, ehe sich schließlich immer deutlicher abzeichnete, dass das Metier der Bau(denkmal-)pflege wohl am meisten Aussichten bieten würde, um der Idee des Heimatschutzes in Bayern zum Durchbruch zu verhelfen. Diese Sondierungsphase ist auch nicht weiter verwunderlich, immerhin nahm der Verein als im reichsweiten Vergleich sehr frühe Gründung⁷¹⁶ eine Pionierrolle ein: Der Vorstand konnte also nicht auf bestehende Vorbilder und Erfahrungswerte zurückgreifen, sondern musste seinen eigenen Weg finden und dabei in gewissem Maße auf das Motto „Learning by Doing“ setzen. In Ermangelung einer Blaupause ging es mithin darum, die Fähigkeiten und Kontakte der einzelnen Mitglieder zu aktivieren sowie Ideen und Anregungen von dritter Seite aufzugreifen, aber auch bereits erprobte Rezepte zu nutzen, um das Vereinsleben bei aller Freude am Experimentieren auf eine solide Basis zu stellen.

Ganz in diesem Sinne setzten die Protagonisten deshalb schon im Winter 1902/03 abermals auf das nun schon mehrfach bewährte Medium Ausstellung und arrangierten in Zusammenarbeit mit spezialisierten Kunsthändlern zunächst eine kleine Musterschau mit Oberammergauer und Berchtesgadener Stücken – eigentlich nur für die Präsentation auf einem Vereinsabend bestimmt, machte die Kollektion schnell von sich reden und wurde deshalb auch der breiteren Öffentlichkeit im Studiengebäude des Nationalmuseums vorgeführt.⁷¹⁷ War dieser vielversprechende Auftakt wohl in erster Linie den Beziehungen Zells⁷¹⁸ zu verdanken, konnte Kahr kurze Zeit später ebenso seine Kontakte spielen lassen, als in der Reihe der landwirtschaftlichen Bezirksfeste wieder einmal Erding zum Zug kam und der dortige Gewerbeverein nicht hinter den Kaufbeurer und Feuchtwanger Vorbildern zurückstehen wollte; die Sonderausstellungen in Schwaben und Mittelfranken hatten offenbar einen neuen Standard definiert. Der örtliche Landtagsabgeordnete und Vereinsvorstand Martin Irl vertraute deshalb mit sicherem Gespür auf die Erdinger Verbundenheit des früheren Bezirksamtsassessors und lud den VVV ein, bei der Gestaltung der Ausstellung mitzuwirken.⁷¹⁹ Die Zusage war unter

⁷¹⁶ Der Deutsche Bund Heimatschutz gründete sich z. B. 1904, also zwei Jahre später als der VVV, vgl. Knaut, Bayern, 246-248.

⁷¹⁷ Zull, Ein Museum entsteht, 22-24.

⁷¹⁸ Ebd.

⁷¹⁹ Die Einladung Irls wurde auf der Generalversammlung des VVV im Hofbräuhaus am 12.12.1903 verkündet (Volkskunst und Volkskunde 2 (1904), 6 f.).

diesen Umständen wohl nur Formsache und eine Münchener Delegation nahm an der ersten Vorbereitungsversammlung Ende Dezember 1903 teil, bei der nach einem öffentlichen Empfang und einer programmatischen Rede Kahrs die Planungen begannen.⁷²⁰ Die vom VVV entsandten Künstler bestückten schließlich einen Großteil der örtlichen Schrankenhalle mit den nun schon beliebten Stubenarrangements, die u. a. das Musterbild eines Bürgerzimmers, einer Bauernschlafstube oder eine historischen Biedermeiereinrichtung boten.⁷²¹ Im September 1904 brachte es die Erdinger Gewerbeausstellung mit diesem Angebot auf über 4000 Besucher in einer Woche und gab damit allen recht, die angesichts des offenbar ungebrochenen Interesses des Publikums weiterhin auf dieses Erfolgsrezept setzen wollten; immerhin hatte die Erdinger Schau mit dieser Zahl die Tagesquote des hochgelobten Kaufbeurer Vorbildes leicht übertroffen. Der VVV nutzte deshalb auch in den folgenden Jahren jede Gelegenheit, mit Ausstellungen in der Öffentlichkeit hervorzutreten und trug mit seinen Arrangements etwa zur Wander-Ausstellung der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft auf der Theresienwiese (1905)⁷²², zur Schützendult beim Deutschen Bundesschießen (1906)⁷²³ oder zur Gewerbeausstellung in Bad Tölz (1909)⁷²⁴ bei.

Auch die regelmäßigen Vortragsabende und die Zeitschrift konnten weiteren Zuwachs verzeichnen, angesichts dieser auch im Rückblick mit Stolz präsentierten Bilanz griffe es indes zu kurz, die frühe Entwicklung des Vereins nur in hellen Farben zu zeichnen⁷²⁵: So strömten die Menschen zwar in Volkskunstausstellungen, der damit im Grunde naheliegende Gedanke, die offenbar bestehende Nachfrage für Heimatkunst auch kommerziell zu bedienen, erwies sich jedoch als Fehlkalkulation. Zwar gelang mit zwei kleinen Ständen auf der Münchner Magdalendult und auf Weihnachtsmärkten ein recht vielversprechender Anfang, der Laden auf dem Oktoberfest 1904 und vor allem die in Vereinsregie betriebene „Verkaufsstelle für Erzeugnisse der Volkskunst- und

⁷²⁰ Die Vereinszeitschrift berichtete über den Besuch und fügte dabei auch einen Abschnitt der Rede Kahrs ein (Volkskunst und Volkskunde 2 (1904), 18 f.).

⁷²¹ Vgl. Hans Grässel, Die Gewerbeausstellung in Erding (4.-11. September 1904), in: Volkskunst und Volkskunde 3 (1905), 31-33 sowie Hans Grässel, Die Gewerbeausstellung in Erding, in: Volkskunst und Volkskunde 3 (1905), 51-55. Nach dem Vorbild von 1892 (siehe Anm. 393) erschien außerdem wieder eine Festzeitung: Fest-Zeitung zum landwirtschaftlichen Bezirksfeste mit Gewerbe-Ausstellung in Erding 1904, hg. vom Landwirtschaftlichen Bezirksverein Erding, Erding 1904.

⁷²² „Unser Verein auf der Ausstellung der deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft in München 1905“, in: Volkskunst und Volkskunde 3 (1905), 85-89.

⁷²³ Frank Rank, Die Schützendult. Veranstaltet vom bayerischen Verein für Volkskunst und Volkskunde anlässlich des 15. deutschen Bundesschießens in München, in: Volkskunst und Volkskunde 4 (1906), 85-92.

⁷²⁴ Messerer: Die Gewerbeausstellung in Bad Tölz, in: Volkskunst und Volkskunde 7 (1909), 101-103 sowie „Noch einmal die Tölzer Gewerbeausstellung“, in: Volkskunst und Volkskunde 7 (1909), 109-117.

⁷²⁵ Kahr, Unser Verein, 79: „Die Geschichte des Vereins ist eine Geschichte von Erfolgen und vielen lehrreichen Mißerfolgen.“

Hausindustrie“ schrieben allerdings von Anfang an rote Zahlen und mussten daher bald wieder schließen.⁷²⁶

Es gab also auch Rückschläge zu verzeichnen, gerade vor diesem Hintergrund entfaltete dann allerdings die 1903/04 vom VVV vermittelte Anfertigung zweier Generalbaulinienpläne für die Augsburger Vororte Lechhausen und Pfersee eine nachhaltige Signalwirkung: Die wegen der nahen Industrie stark expandierenden Kommunen⁷²⁷ hatten ihre Neubaugebiete zunächst ganz konventionell nach dem Schachbrettmuster geplant, dem davon verständigten Verein war es jedoch noch kurz vor der Ausführung gelungen, das Vorhaben in neue Bahnen zu lenken. Das vom Vorstand entsandte Mitglied, Architekt Peter Andreas Hansen, hatte es tatsächlich vermocht, die Gemeindevertreter von den Vorteilen einer aufgelockerten, stärker dem Relief angepassten Anlage zu überzeugen und schließlich sogar den Auftrag erhalten, neue Pläne zu entwerfen.⁷²⁸ Der Sprung vom Reformplädoyer zur Projektierung ganzer Wohnviertel war so erstmals gelungen und fand nicht nur in der Region, sondern auch in der Zeitschrift „Der Städtebau“ Beachtung, die noch von Camillo Sitte, dem Neuschöpfer dieser Disziplin, begründet und dementsprechend im ganzen Reich verbreitet war.⁷²⁹ Doch damit nicht genug: Auch andere Architekten im Verein hatten schon begonnen, eingehende Projekt-Anfragen nach diesem Vorbild zu betreuen und als Vertreter des VVV die Pläne für einen Bahnhofsneubau ausgearbeitet, Entwürfe für ländliche Kapellenbauten erstellt oder baupolizeiliche Vorschriften für beliebte Fremdenverkehrsorte entworfen.⁷³⁰

3.2.1 Amtliche Expertise: Kahr als Türöffner aus dem Innenministerium

Die Fokussierung auf die Bauberatung und den Denkmalschutz trug also rasch Früchte, das Wirken in diesen Bereichen hätte es aber wohl nie zum überall anerkannten Markenzeichen des Vereins gebracht, wenn die Staatsregierung nicht schon 1904 den Heimatschutz am Bau offiziell anerkannt hätte und es – damit zusammenhängend – nicht

⁷²⁶ Die Verkaufsstelle wurde von Karl Throll geleitet, auch ein zweiter Versuch („Heimatkunst. Verkaufsstelle für künstlerische Erzeugnisse handwerklicher und hausindustrieller Tätigkeit in Bayern“) hatte 1910 keinen Erfolg. Vgl. Zull, Ein Museum entsteht, 28-31.

⁷²⁷ Renate Weggel, Pfersee: Dorf - Industrieort - Vorort. Die Industrialisierung und ihre Auswirkungen auf eine Gemeinde vor den Toren Augsburgs (Materialien zur Geschichte des bayerischen Schwaben 22), Augsburg 1995, hier v.a. 209-263.

⁷²⁸ Peter Andreas Hansen, Baulinienplan für den Vorort Pfersee bei Augsburg, in: Volkskunst und Volkskunde 2 (1904), 79-83.

⁷²⁹ Die Zeitschrift veröffentlichte den gleichen Artikel mit Hinweis auf die Tätigkeit des VVV: Peter Andreas Hansen, Baulinienplan für den Vorort Pfersee bei Augsburg, in: Der Städtebau 1 (1904), 113-115.

⁷³⁰ Volkskunst und Volkskunde 3 (1905), 18 f. (Entwurf baupolizeilicher Vorschriften für Bergsgemeinden), 30 (Bahnhofsgebäude von August Thiersch), 60-75 (Kapellenskizzen).

gelingen wäre, den Verein zu einer stabilen Kooperationsplattform der moderaten Reformkünstlerschaft Münchens aufzubauen. Gerade diese Erfolge sind nun jedoch im Wesentlichen auf das hartnäckige Engagement Gustav Kahrs zurückzuführen: Denn nahm der Regierungsrat schon innerhalb des Vereins als Mitbegründer, Vorstandsmitglied, Vorstand des Redaktionsausschusses und ehrenamtlicher Geschäftsführer⁷³¹ eine organisatorische Schlüsselposition ein, wurde sein Referat für Baupolizei jetzt auch zum Ausgangspunkt der neuen Rechtsetzung auf dem Gebiet des Heimatschutzes. Kahr leistete bei seinem Vorgesetzten, dem altgedienten Innenminister Graf Feilitzsch, sehr erfolgreich Überzeugungsarbeit⁷³² und konnte so bereits 1904/05 erste Erlasse zur Pflege der heimischen Bauweise oder zur Bauliniengestaltung⁷³³ in Kraft setzen lassen, die bei der Auslegung einzelner Bestimmungen der erst 1901 in Kraft getretenen Bauordnung⁷³⁴ ganz neue Schwerpunkte setzten.

Der Verein für Volkskunst und Volkskunde hatte somit das Glück, über einen Türöffner und Fürsprecher an entscheidender Stelle im Staatsapparat zu verfügen. Doch nicht nur das: Kahr war als Verwaltungsbeamter nicht umsonst mit allen Feinheiten staatlicher Normensetzung vertraut und bewies mit seinem Handeln, dass er genau einschätzen konnte, welche rechtlichen Instrumente sich gut dazu eigneten, die eigenen Absichten

⁷³¹ Kahr ist im Titelblatt jedes Jahrgangs von „Volkskunst und Volkskunde“ als Leiter des Redaktionsausschusses genannt. Vgl. außerdem Kahr-Erinnerungen, pag. 121: „Richtpunkte, Arbeitseinteilungen, die Eingaben und Vorstellungen an die Ministerien, die Verwaltungs- Bahn- Bau- und Forstbehörden habe ich in den ersten 8 Jahren, bis der ausgezeichnete Regierungsbaumeister Rattinger mit der Büroleitung betraut wurde, alle selbst bearbeitet und so den Verein und seine vielen künstlerischen Mitarbeiter immer und immer wieder zu neuem Ausbau und zu neuer Betätigung vorwärts gestoßen.“

⁷³² So Kahr-Erinnerungen, pag. 133 f: „Mit Ministerialrat Reuter, dem trefflichen Referenten der Obersten Baubehörde, stand ich dabei in regem, freundschaftlichem Gedankenaustausch. Als ich ihm erstmals diese meine Pläne auf dem Gebiete des Wohnstättebaues mitteilte, hielt er sie für unausführbar und lachte fröhlich über meinen Wagemut, zumal er es für unmöglich hielt den alten Minister, Baron Feilitzsch, für solche ganz außergewöhnliche Anordnungen zu gewinnen. Er hatte sich getäuscht, Feilitzsch ging mit und als ich nun das Eis gebrochen hatte, war mir Reuter ein freudiger und sehr wichtiger Mitarbeiter.“

⁷³³ Ministerialentschließung vom 1.1.1904, Denkmalspflege betr. (Amtsblatt des Königlichen Staatsministeriums des Innern 1904, 1-5) Ministerialentschließung vom 18.7.1905, die Herstellung von Baulinienplänen betr. (Amtsblatt der Königlichen Staatsministerien des Königlichen Hauses und des Äußern und des Innern 1905, 317-322). Vgl. hierzu die Erläuterungen bei Irmgard Bommersbach, Ein kraftvoller Aufbruch. Die Bauberatung des Vereins 1902 bis 1914, in: 100 Jahre Bayerischer Landesverein, 109-158, hier: 124-126; Fechter, Heimatschutzbauten, 41; August Thiersch, Pflege der heimischen Bauweise, in: Volkskunst und Volkskunde 3 (1905), 18 f.

⁷³⁴ Siehe Anm. 611. Vgl. auch die Schilderung in den Kahr-Erinnerungen, pag. 132: „Nun ging ich daran, unsere schönen alten bayerischen Städte und Märkte von den unheilvollen, unsinnigen, der Wirtschaft schädlichen geradlinigen, nur mit dem Lineal, nicht mit dem Verstand hergestellten Baulinienplänen der 70er Jahre zu befreien. In der damaligen Bauordnung hieß es freilich, ‚die Baulinien sind tunlichst gerade anzulegen.‘ Ich interpretierte das in einer Ministerialanweisung dahin, daß ‚gerade Baulinien‘ in alten Stadtteilen in der Regel ‚untunlich‘ seien, das stellte die ganze bisherige Praxis der Baupolizei auf den Kopf und gab mit einem Schlag Bewegungsfreiheit.“

Dabei stammte der maßgebliche Kommentar der Bauordnung von Kahrs Freund Ferdinand Englert, Die Bauordnung vom 17. Februar 1901 für das Königreich Bayern mit Ausnahme der Haupt- und Residenzstadt München. Mit Erläuterungen und einem Anhang, München 1901.

effizient und ohne größere Reibungen in die Tat umzusetzen. Forderten die Heimatschützer in den meisten deutschen Staaten nämlich sogleich die Ausarbeitung besonderer Gesetze⁷³⁵ und entfachten damit direkt öffentliche Meinungskämpfe, ergingen in Bayern zunächst nur Ministerialentschließungen, d. h. Kahr beschränkte sich vorerst auf verwaltungsinterne Anordnungen zum Vollzug bestehender Rechtsnormen.⁷³⁶ Das mag auf den ersten Blick wenig ambitioniert oder gar zaghaft erscheinen, bei genauerem Hinsehen erwies sich dieses Vorgehen jedoch als Königsweg für den Heimatschutz: Zwar wurden durch Ministerialentschließungen keine Gesetze geändert, das Innenministerium verfügte bei der Auslegung der Bauordnung oder des Polizeistrafgesetzbuches jedoch ohnehin über z. T. erhebliche Ermessensspielräume⁷³⁷ und musste mit dieser niederschweligen, nur im hauseigenen Amtsblatt⁷³⁸ veröffentlichten Regelsetzung überdies kaum mit größerem Aufsehen oder Widerspruch rechnen; die neuen Maßstäbe würden sich stattdessen Schritt für Schritt in der Praxis einspielen. Mit Blick auf ihre Adressaten verlegten die Ministerialentschließungen den Schwerpunkt der Gestaltungshoheit zudem auf die lokalen Behörden⁷³⁹, was den Absichten des Heimatschutzes ebenfalls in mehrfacher Hinsicht entgegenkam. Denn sollte das Bauen nach allgemein gültigen Stilschablonen ja gerade der Vergangenheit angehören und der Pflege charakteristischer, d. h. eigenständig gewachsener Orts- und Straßenbilder Platz machen, würde die Delegation der Gestaltungsverantwortung gleichzeitig die Bewusstseinsbildung vor Ort fördern und vor allem die lokalen Honoratioren motivieren, sich selbst für das kulturelle Erbe ihrer Heimat einzusetzen.⁷⁴⁰ Anfänglich auftretende Vollzugsdefizite schienen dabei verschmerzbar, zumal die prominenten Heimatschützer einzelne Bezirksämter oder kleinere Gemeinden sicherlich viel leichter im eigenen Sinne beeinflussen konnten als etwa den selbstbewussten Landtag oder die Ministerien.

⁷³⁵ Ein Überblick über die Heimat- und Denkmalschutzgesetze in Preußen und Hessen bei: Knaut, Zurück zur Natur, 244-263.

⁷³⁶ Zur Bedeutung von Ministerialentschließungen und oberpolizeilichen Vorschriften vgl. Seydel-Graßmann, Bayerisches Staatsrecht, 852-862.

⁷³⁷ So bestimmte § 101 des Polizeistrafgesetzbuches (Staudinger, Polizeistrafgesetzbuch, 91): „Baupolizeiliche Vorschriften dürfen, vorbehaltlich der Bestimmung des folgenden Absatzes, nur zu dem Zwecke der Feuersicherheit und Festigkeit der Bauführung, sowie der Gesundheit erlassen werden. Für Städte von mehr als 20 000 Seelen können im Interesse der Verschönerung baupolizeiliche Anordnungen durch Verordnung oder ortspolizeiliche Vorschrift getroffen werden. Die hierauf gegründeten Abänderungen des Bauplanes dürfen jedoch die Kosten der Bauführung nicht vermehren.“ Zur Abänderung dieser Vorgaben siehe Anm. 762.

⁷³⁸ Siehe Anm. 733.

⁷³⁹ Die Ministerialentschließungen vom 1.1.1904 und 18.7.1905 enthielten deshalb auch „Richtpunkte“ für den Erlass entsprechender ortspolizeilicher Vorschriften.

⁷⁴⁰ Dies hebt auch Fechter, Heimatschutzbauten, 54 besonders hervor.

So betrachtet, zielten die Erlasse also ganz klar darauf ab, das ländliche Bauwesen auf neue Grundlagen zu stellen, sie rückten diese Motivierung jedoch nicht in den Vordergrund, sondern bezogen sich auch inhaltlich in erster Linie auf die herrschende Praxis in Bezirken und Gemeinden, um sie wahlweise als vorbildhaft oder als defizitär einzustufen⁷⁴¹ – die ministerielle Einflussnahme erfolgte mithin nicht über ein fest umrissenes, starres Regelwerk, sondern über die Definition erhöhter, situativ anwendbarer Qualitätsstandards. Die Vorgaben betonten deshalb auch nur sehr deutlich, welche Bausünden ab sofort der Vergangenheit angehören sollten⁷⁴², während das neue Leitbild der „heimischen“ oder „bodenständigen“⁷⁴³ Architektur jede Definition eines positiven Stilideals vermied, um stattdessen der reflektierten „Baugesinnung“, d. h. dem sensiblen Blick für die Lösung von Bauaufgaben nach örtlicher Charakteristik, zu ihrem Recht zu verhelfen.⁷⁴⁴ War das freie Kombinieren der herrschenden Mode mit Formzitate aus Musterbüchern damit fortan verpönt, erklärten die veränderten baupolizeilichen Bestimmungen die erheblich anspruchsvollere Interaktion mit dem jeweiligen Orts- und Landschaftsbild zum neuen Prinzip und konkretisierten den gehobenen Standard mit z. T. weitreichenden Kriterienkatalogen: Demnach sollten die Verantwortlichen u. a. auf das vorherrschende Bebauungssystem, die „Beschaffenheit des Geländes“ oder kulturelle Eigenheiten Rücksicht nehmen, aber auch Faktoren wie „Klima, Winde, Besonnung, Fernblicke [oder] Perspektiven“⁷⁴⁵ in ihren Planungen beachten und erst nach Abwägung all dieser Umstände zur Ausführung schreiten – nicht weniger als die „Grundsätze des Städtebaus, wie sie von den ersten Meistern dieser Kunst gelehrt werden“⁷⁴⁶ dienten den Ministerialentschließungen hierbei als Referenz.

⁷⁴¹ So in Einleitung zur Ministerialentschließung vom 1.1.1904 (Anm. 733), 1 f. Solche Gegenüberstellungen von gediegener Kunst und Kitsch wurden damals z. T. sogar in Ausstellungen umgesetzt, vgl. Werkbundarchiv e.V. - Imke Volkers (Hg.), Böse Dinge. Eine Enzyklopädie des Ungeschmacks (Schaukasten 3), Berlin 2013.

⁷⁴² Vgl. etwa in der Ministerialentschließung vom 18.7.1905 (Anm. 733), 318: „Der schablonhaften Anlage schnurgerader, gleich breiter Normalstraßen mit dem ausnahmslosen Rechteckschema und der zur Mode gewordenen langweiligen Abschrägungen der Straßenecken wird häufig ganz zwecklos fremder Grund und Boden unter unnötiger, manchmal nur geringfügiger Anschneidung gutgebauter Häuser geopfert.“

⁷⁴³ Vgl. die Formulierung in der Ministerialentschließung vom 22.04.1904, Denkmalpflege und Pflege der heimischen Bauweise betreffend (Amtsblatt des Königlichen Staatsministeriums des Innern 1904, 123-129, hier 124: „Was unter heimischer Bauweise zu verstehen ist, kann naturgemäß nicht allgemein bestimmt, es muß von Fall zu Fall festgestellt werden. Die heimische Bauweise hat sich entwickelt aus der Geschichte und den Eigentümlichkeiten des Volksstammes, aus den örtlichen Sitten und Lebensbedürfnissen, dem heimischen Baumaterial, aus den klimatischen und sonstigen natürlichen Verhältnissen der Gegend in Verbindung mit der nicht selten von auswärts beeinflussten schöpferischen Kraft der Baumeister.“

⁷⁴⁴ Oberkrome, Deutsche Heimat, 47.

⁷⁴⁵ So einige Kriterien in der Ministerialentschließung vom 18.7.1905 (Anm. 733), 319.

⁷⁴⁶ Ebd. 321.

Auf den Punkt gebracht, versuchte Kahr also nicht, den Heimatschutz im Land zu etablieren, indem er direkt und allzu offensichtlich Kompetenzen an sich zog, er kehrte stattdessen die Logik des Vollzugs um und versuchte, dieses Ziel viel eleganter durch die Übertragung neuer Aufsichtspflichten zu erreichen. Der Anspruch, regionale Vielfalt mit qualitätsvoller Ausführung zu verbinden, würde die Nachfrage nach entsprechender Beratung dann sicherlich von ganz allein erhöhen und die Aufmerksamkeit der Gemeinden ganz von selbst auf einen beiläufigen, aber immer wiederkehrenden Passus⁷⁴⁷ der Ministerialentschlösungen lenken: Wer Rat bei Sachverständigen suche, könne „auf Wunsch“⁷⁴⁸ gerne den Verein für Volkskunst und Volkskunde oder den BAIV kontaktieren, die sich beide bereit erklärt hätten, die Kommunen und Bezirke mit Auskünften, Gutachten oder auch Entwürfen zu unterstützen.

Der Kreis war mithin geschlossen: Der Referent für Baupolizei konfrontierte die lokalen Behörden mit komplexen neuen Vorgaben, eröffnete ihnen aber gleichzeitig einen relativ einfachen Weg, die damit verbundene Verantwortung nicht allein schultern zu müssen und lenkte den Vollzug so in die gewünschte Richtung. Das Ergebnis fiel wenig überraschend aus: Der VVV konnte sich vor Anfragen bald kaum noch retten und gründete deshalb schon 1904 zwei gesonderte Ausschüsse für Bauberatung und Denkmalpflege⁷⁴⁹, die die eingehenden Vorhaben im Stile von Architektenbüros prüften und je nach Bedarf begleiteten. Die angebotenen Dienstleistungen reichten dabei von einfachen gutachterlichen Stellungnahmen bis zur umfassenden Projektbetreuung mit Ortsbegehung, Bedarfsplanung, Anfertigung eines Modells und Ausarbeitung des baureifen Entwurfs.⁷⁵⁰ All dies geschah gegen eine eher symbolische Aufwandsentschädigung oder gar zum Selbstkostenpreis, der VVV konnte indes mit der Währung der Publizität punkten, indem er zahlreiche Arbeiten in der Vereinszeitschrift veröffentlichte⁷⁵¹ und 1908 sogar eine eigene Ausstellung im Glaspalast⁷⁵² abhielt, die dem Austausch im Kollegenkreis, aber auch der gezielten Nachwuchsförderung diente.

⁷⁴⁷ So bereits in der ersten Ministerialentschließung vom 1.1.1904 (Anm. 733), 4.

⁷⁴⁸ Ministerialentschließung vom 18.7.1905 (Anm. 733), 322.

⁷⁴⁹ Brommersbach, Bauberatung, 134 f.

⁷⁵⁰ Vgl. die regelmäßigen Tätigkeitsberichte der Ausschüsse, etwa Volkskunst und Volkskunde 3 (1905), 47 und 57; Volkskunst und Volkskunde 4 (1906), 110-113; Volkskunst und Volkskunde 5 (1907), 60-62.

⁷⁵¹ So etwa die Ergebnisse von eigens ausgeschriebenen Wettbewerben: ‚Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für einen Zierbrunnen auf dem Bahnhofsplatze in Reichenhall‘, in: Volkskunst und Volkskunde 6 (1908), 8-10; ‚Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen zu einem Rathaus in Vohenstrauß‘, in: Volkskunst und Volkskunde 6 (1908), 93-95; ‚Der Wettbewerb für den Neubau einer kath. Pfarrkirche in Starnberg‘, in: Volkskunst und Volkskunde 7 (1909), 121-123; ‚Wettbewerb für die Errichtung eines Kriegerdenkmals in Kaufbeuren‘, in: Volkskunst und Volkskunde 8 (1910), 118.

⁷⁵² Hermann Buchert, Volkskunst und heimische Bauweise. Architektur-Ausstellung des Vereins für Volkskunst und Volkskunde auf der Münchener Jahresausstellung im Glaspalast, in: Volkskunst und Volkskunde 6 (1908), 67-84.

Gerade aufstrebende Architekten erhielten so die Gelegenheit, sich und ihre innovativen Ideen in größerem Rahmen zu präsentieren sowie ihr Verständnis für die vom Heimatschutz berührten Fragen zu zeigen.

3.2.2 Der Verein als Forum der Interaktion

Die Mitgliedschaft im VVV war deshalb gerade bei jungen Talenten gefragt, der Verein profierte freilich auch direkt von ihrem Engagement, wenn man bedenkt, dass bei Hans Grässel, Heinrich Handl, Fritz Jammerspach, Gabriel von Seidl, August Thiersch und Franz Zell – der ersten Besetzung des Ausschusses für heimische Bauweise⁷⁵³ – jährlich sogleich 75 (1905) oder gar knapp 150 (1906)⁷⁵⁴ Beratungsanfragen einliefen, die alle bearbeitet werden wollten. Neben einigen selbst übernommenen Projekten waren die Ausschussmitglieder deshalb in erster Linie damit beschäftigt, die jeweils vorliegenden Anfragen im Verein zu vergeben und ihre Umsetzung zu koordinieren. Das Gremium betraute deshalb manch etablierten Kollegen, aber vor allem auch aufstrebende Architekten wie Hermann Buchert oder German Bestelmeyer⁷⁵⁵ mit der Planung von Schulgebäuden, Gasthäusern, Kriegerdenkmälern oder Kapellen⁷⁵⁶, d. h. mit Vorhaben, die ohne entsprechende Vermittlung wohl niemals das Interesse eines akademisch ausgebildeten Baukünstlers erregt hätten – glaubt man den veröffentlichten Bilanzen⁷⁵⁷, musste dennoch keine einzige der eingegangenen Anfragen wegen Mangel an verfügbarem Personal abschlägig beschieden werden.

Der mit seinem Namen eigentlich für Volkskunst und Volkskunde stehende Verein hatte sich so bald zum vielbeschäftigten Kreativzentrum für die Planung und Gestaltung sog. Heimatschutz-Bauten in ganz Bayern entwickelt und damit seinen eigenen Weg gefunden, die Lebensreform auf dem Lande in die Tat umzusetzen. Der wachsende Erfolg und die steigende Bekanntheit rief freilich auch immer häufiger Kritiker auf den Plan, die sich z. B. als Bauherrn an den neuen Richtlinien im Genehmigungsverfahren störten, als Unternehmer den Verlust von Aufträgen fürchteten oder einfach generell andere

⁷⁵³ Zur Besetzung des Ausschusses: ‚Die Tätigkeit des Bayerischen Vereins für Volkskunst und Volkskunde auf dem Gebiete der Pflege der heimischen Bauweise im 1. Quartal 1905‘, in: *Volkskunst und Volkskunde* 3 (1905), 47.

⁷⁵⁴ Ebd., siehe Anm. 756.

⁷⁵⁵ Sehr viele Arbeiten und Entwürfe stammten außerdem von dem 1914 an der Front gefallenen Architekten Heinrich Neu (‚Architekt Heinrich Neu †‘, in: *Bayerischer Heimatschutz* 12 (1914), 115).

⁷⁵⁶ Die betreuten Projekte wurden in tabellarischen Übersichten veröffentlicht, so etwa für das Jahr 1906: ‚Arbeiten des Vereins auf dem Gebiete der Heimischen Bauweise‘, in: *Volkskunst und Volkskunde* 5 (1907), 60-62; ‚Arbeiten des Vereins auf dem Gebiete der Denkmalpflege‘, in: *Volkskunst und Volkskunde* 5 (1907), 73 f.

⁷⁵⁷ Siehe vorherige Anm. und Kahr, *Unser Verein*, 71.

Vorstellungen von Architektur vertraten und deshalb vor einer um sich greifenden „Geschmacksdiktatur“⁷⁵⁸ warnten. Die staatlichen Bauämter und die von Kahr geführte Geschäftsstelle des VVV wurden damit bevorzugte Adressaten entsprechender Beschwerden, mussten sich allerdings meist auch nicht allzu viele Sorgen machen, wenn es einmal nicht gelang, die Wogen zu glätten: Die Verfechter des Heimatschutzes befanden sich aufgrund ihres koordinierten und zugleich dezentralen Wirkens einfach in der günstigeren Position, da gegnerische Stimmen unter diesen Voraussetzungen meist deutlich mehr Zeit benötigten, um sich effektiv zu formieren bzw. ihre Argumentation über den konkreten Einzelfall hinaus aufeinander abzustimmen. Wohl nicht zuletzt deshalb erreichten solche Diskussionen den Landtag dann erst 1910, als ein Abgeordneter die allgemeine Etataussprache im Finanzausschuss nutzte, um Klagen über ständige Einmischungen des VVV in allen Baufragen vorzubringen und sich dabei auf Beschwerden aus seinem Wahlkreis berief.⁷⁵⁹ Ganz im Gegensatz zu einer hypothetischen Gesetzesdebatte im Jahre 1904 war es zu diesem Zeitpunkt freilich kaum noch aussichtsreich, die seit Jahren eingespielte Praxis wieder rückgängig zu machen, zumal die Mehrheit der anwesenden Volksvertreter den Darlegungen ihres Kollegen nicht beipflichteten und später sogar einen kleinen Zuschuss für den VVV genehmigten.⁷⁶⁰ Der Wirkungskreis der inzwischen drei zuständigen Vereins-Ausschüsse⁷⁶¹ konnte damit ungestört weiter wachsen, wohl auch weil es Kahr bereits 1908 gelungen war, das Polizeistrafgesetzbuch um einen Passus zu ergänzen, der nun sogar das Ministerium explizit ermächtigte, bauaufsichtliche Vorschriften „im Interesse der Verschönerung“ für das ganze Land oder einzelne Gemeinden zu erlassen⁷⁶²; kurze Zeit nach der Debatte im Finanzausschuss folgte außerdem eine Änderung der Bauordnung, die u. a. die Mindesthöhe der für den architektonischen Gesamteindruck oft störenden Brandmauern verringerte und bei dieser Gelegenheit auch das im Vollzug schon längst aufgegebene Prinzip einer möglichst geraden Führung der Baufluchtlinien nun völlig beseitigte.⁷⁶³

⁷⁵⁸ Sitzung des Finanzausschusses vom 11.1.1910, pag. 13 f. (Landtag 6409).

⁷⁵⁹ So Franz Seraph Pichler in der Sitzung des Finanzausschusses am 11.1.1910 (Protokoll in Landtag 6409).

⁷⁶⁰ Die Abgeordneten Franckenstein und Vollmar widersprachen Pichler, der Ausschuss genehmigte am 17. Januar 1910 den Zuschuss (Landtag 6409).

⁷⁶¹ Neben den Ausschüssen für heimische Bauweise und für Denkmalschutz hatte sich 1907 ein weiterer Ausschuss für Baulinienziehung gebildet, der eng mit der Obersten Baubehörde kooperierte, vgl. Bommersbach, Bauberatung, 136.

⁷⁶² So in der Novelle: Gesetz vom 6.7.1908, die Änderung der Gemeindeordnungen und des Polizeistrafgesetzbuches betr. (GVBl. 1908, 353 f.) vgl. Bommersbach, Bauberatung, 154; Fechter, Heimatschutzbauten, 42.

⁷⁶³ Verordnung vom 3.8.1910, die Bauordnungen betr. (GVBl. 1910, 403-414); vgl. der Kommentar bei Fechter, Heimatschutzbauten, 42: „Es waren nur wenige einschlägige Paragraphen, welche die Rechtsgrundlage für ein umfassendes Vorgehen auf dem Gebiet der Bau- und Denkmalpflege darstellten“.

Die zum zehnten Vereinsjubiläum 1912 vorgelegte Statistik⁷⁶⁴ sprach demgemäß Bände: Brachte es die Bauberatung des Vereins inzwischen auf etwa 1000 Anfragen im Jahr und übertraf damit die Quoten der Anfangszeit um ein Vielfaches, wies die seit 1903/04 geführte Gesamtbilanz der Ausschüsse mittlerweile die stattliche Anzahl von ca. 3000 in diesem Sinne beratenen und umgesetzten Vorhaben auf – alles Gebäude, Denkmäler oder Bebauungspläne, die an irgendeinem Ort in Bayern mit Unterstützung des VVV neu errichtet oder umgestaltet worden waren. Die Förderung der „heimischen Bauweise“ war sonach endgültig zum Markenzeichen, aber auch zur staatlich anerkannten Kernkompetenz des Vereins geworden, was dem VVV einen weithin anerkannten Platz im Münchener Kulturleben sicherte und den Interessen des Heimatschutzes gleichzeitig den Status einer bei anstehenden Sachfragen stets zu berücksichtigenden Perspektive verlieh. Die frühzeitig getroffene Entscheidung, zunächst Prioritäten zu setzen und nicht direkt alle gehegten Anliegen mit gleicher Intensität zu verfolgen, trug mithin seit Jahren Früchte. Im Umkehrschluss bedeutete dies freilich auch: Gerade die Ausbildung eines klaren Profils hatte weitere Spielräume eröffnet und den Weg geebnet, das „ganzheitliche“ Potenzial einer Lebensreformbewegung Schritt für Schritt zu entfalten und im Laufe der Zeit neue Aktionsfelder zu definieren.

Neben dem Heimatschutz am Bau erhob der VVV deshalb auch bald seine Stimme gegen das Überhandnehmen „verunstaltender Reklame“⁷⁶⁵, mahnte den Erhalt unerschlossener Berghänge und Seeufer⁷⁶⁶ an oder stellte die Forderung auf, die für die Elektrifizierung des Landes notwendigen Transformatorenhäuschen⁷⁶⁷ dem Ortsbild anzupassen. Dabei blieb es abermals nicht bloß bei Appellen, der Vereinsvorstand ging z. B. aktiv auf die Vertreter der Werbewirtschaft zu, um einen Interessensausgleich herbeizuführen und

⁷⁶⁴ Kahr, Unser Verein, 71.

⁷⁶⁵ Recht und Verwaltung des Heimatschutzes in Bayern, hg. vom Bayerischen Verein für Volkskunst und Volkskunde in München, München 1912, 100-112; Diese Materie wurde in der Forschung wiederholt behandelt: Christiane Lamberty, Reklame in Deutschland 1890-1914. Wahrnehmung, Professionalisierung und Kritik der Wirtschaftswerbung (Beiträge zur Verhaltensforschung 38), Berlin 2000, 456-490; Uwe Spiekermann, Elitenkampf um die Werbung. Staat, Heimatschutz und Reklameindustrie im frühen 20. Jahrhundert, in: Peter Borscheid (Hg.), Bilderwelt des Alltags. Werbung in der Konsumgesellschaft des 19. und 20. Jahrhunderts. Festschrift für Hans Jürgen Teuteberg (Studien zur Geschichte des Alltags 13), Stuttgart 1995, 126-149; vgl. auch den Kommentar: Max Stois, Reklame und Heimatschutz in Bayern, in: Bayerische Gemeindezeitung 29 (1919), Sp. 206-209 und 228-234.

⁷⁶⁶ Vgl. den Erlass zur Bebauung von Seeufern und Berghängen vom 17.1909 (Recht und Verwaltung des Heimatschutzes, 79 f.). Aus diesem Grund löste dann auch die Planung des Walchenseekraftwerks Konflikte im Vereinsumfeld aus, vgl. Knaut, Bayern, 257 f. Kahr saß hier zwischen den Stühlen, da einerseits Gabriel von Seidl als Vorsitzender des Isartalvereins heftig gegen das Vorhaben opponierte, andererseits der ebenfalls befreundete Oskar von Miller (siehe Anm. 853) das Projekt leitete und ausführte. Vgl. die kritischen Äußerungen in den Kahr-Erinnerungen, pag. 187-189.

⁷⁶⁷ [Otto] Löhner, Elektrizitätsversorgung und Heimatschutz, in: Bayerischer Heimatschutz 10 (1912), 223-228; August Blößner, Über Heimatschutz und elektrische Leitungsanlagen, in: Bayerischer Heimatschutz 12 (1914), 61-76. Vgl. Knaut, Zurück zur Natur, 287.

gemeinsam Empfehlungen für die Gestaltung stilvoller Reklame auszuarbeiten⁷⁶⁸, er beteiligte sich in Kooperation mit dem Isartalverein Gabriel von Seidls an der Gründung des Landesausschusses für Naturpflege⁷⁶⁹ und bot allen Gemeinden in bewährter Manier an, Pläne für neu zu errichtende Umspannhäuschen zu erstellen; einige dieser Entwürfe erschienen wie üblich in der hauseigenen Zeitschrift.⁷⁷⁰

Nun ist hier freilich nicht der Ort, den Werdegang dieser und vergleichbarer Initiativen in gleicher Ausführlichkeit wie die Transformation des Vereins zum Bauberatungs-Dienstleister zu rekonstruieren, entscheidend ist hingegen, dass das im Zuge dessen etablierte Wechselspiel zwischen erklärten Desideraten des Heimatschutzes und einer von Kahr veranlassten Regelsetzung auch bei diesen Fragen wieder zur Anwendung kam. Das Innenministerium veröffentlichte in allen genannten Bereichen abermals Entschlüsse⁷⁷¹, die ganz der Programmatik des VVV entsprachen und jeweils „Richtpunkte“ enthielten, wie bei der Genehmigung von Werbemitteln, der Bebauung im Umfeld von Naturschönheiten oder bei der „Anlage elektrischer Licht- und Kraftwerke“ zu verfahren sei. Bis 1912 wuchs die Anzahl einschlägiger Erlasse so stark an, dass Kahr zum zehnten Vereinsjubiläum sogar eine umfangreiche Sammlung unter dem Titel „Recht und Verwaltung des Heimatschutzes in Bayern“ publizieren konnte.⁷⁷²

Der Referent für Bau- und Feuerpolizei hatte somit innerhalb weniger Jahre de facto einen neuen Bereich staatlichen Wirkens erschlossen und definiert, es war deshalb nur konsequent, auch formell ein eigenständiges Teilreferat „Heimatschutz“ im Ministerium⁷⁷³ zu bilden und es seinem engagiertesten Fürsprecher zu übertragen; 1910 folgte dann auch noch die Übernahme der Materie „Naturschutz“, nachdem der bisher damit betraute Kollege, Kahrs Freund Ferdinand Englert, zum Direktor der

⁷⁶⁸ Hans Grässel, Die verunstaltende Reklame, in: Bayerischer Heimatschutz 10 (1912), 110-112.

⁷⁶⁹ Vgl. das Protokoll der Gründungssitzung des Landesausschusses für Naturpflege am 20. Februar 1905 in MA 92 392. An der Gründung beteiligten sich u. a. der VVV, der BAIV, der Alpenverein, der Isartalverein (Gabriel von Seidl) und die Münchner Secession; Gustav Kahr und Ferdinand Englert waren als Vertreter des Innenministeriums anwesend.

Vgl. die Rekonstruktion der Gründungsgeschichte des Ausschusses bei Richard Hölzl, Naturschutz in Bayern 1905-1945: Der Landesausschuss für Naturpflege und der Bund Naturschutz zwischen privater und staatlicher Initiative, Regensburg 2005, 38-43, dabei auch die Einschätzung: „Der Einfluss Gustav von Kahrs, der in dieser Zeit im Innenministerium für Baufragen zuständig war und ebenfalls an der Sitzung teilnahm, muss wohl in Betracht gezogen werden“ (39).

⁷⁷⁰ Vgl. die Abbildungen in Bayerischer Heimatschutz 11 (1913).

⁷⁷¹ „Heimatschutz. Abdruck der Entschlüsse des k. Staatsministeriums des Innern vom 27. März 1907“, in: Volkskunst und Volkskunde 5 (1907), 80 f. (betr. den Schutz von Berghängen und Seeufern); Ministerialentschlüsse vom 31.5.1912, Naturschutz bei elektrischen Anlagen betr. (Amtsblatt der Königlichen Staatsministerien des Königlichen Hauses und des Äußern und des Innern 1912, 647 f.)

⁷⁷² Recht und Verwaltung des Heimatschutzes in Bayern, hg. vom Bayerischen Verein für Volkskunst und Volkskunde in München, München 1912.

⁷⁷³ Kahr-Erinnerungen, pag. 215.

Versicherungskammer aufstieg.⁷⁷⁴ Mit diesen Kompetenzen ausgestattet war es deshalb ebenfalls nur folgerichtig, dass bald nicht mehr Vertreter des eigentlich zuständigen Kultusministeriums, sondern eben Kahr auf den reichsweiten Tagen für Denkmalpflege auftrat, um die soeben skizzierten Fortschritte zu präsentieren – der ausführliche Vortrag auf der Lübecker Tagung 1908⁷⁷⁵ bot etwa einen Überblick über die Themen Bauberatung, Gestaltung von Ortsstatuten oder Verbesserung der Fachschulbildung. Kahr berichtete also selbst auf einer klassischen Denkmalschutz-Konferenz nicht etwa über die Instandsetzung von Kirchen oder die Tätigkeit staatlicher Kunstkommissionen⁷⁷⁶, sondern stellte den Heimatschutz – eine Denkmalpflege „im weiteren Sinne des Wortes“ – als Projekt „moderne[r] Menschen“ vor, das nur gelingen könne, wenn er Gemeingut der breiten Bevölkerung werde und sich eine „stattliche Schar“ Freiwilliger zur Mitarbeit bereit erkläre.

3.3 Emblematische Großprojekte des Heimatschutzes

Der Ministerialreferent betonte also bei jeder Gelegenheit, dass der VVV und er persönlich für eine „fortschrittlichen Denkmalpflege“⁷⁷⁷ stünden, die im Stile einer „Künstlerrepublik“⁷⁷⁸ das Land verändere, allein solche Plädoyers zeigen schon, dass es die Initiatoren offenbar gewohnt waren, ihr Anliegen begründen zu müssen und durchaus mit dem Vorwurf der Rückständigkeit oder der „polizeilichen“ Kunstpflege rechneten. Woher rührte aber diese Diskrepanz zwischen dem Selbstverständnis der Bewegung und dem häufig anzutreffenden Klischeebild eines Sammelbeckens rückwärtsgewandter Romantiker? Hier ist zunächst noch einmal auf die den Zeitgenossen geläufige Verwurzelung in kulturkritischen Diskursen zu verweisen, ein zweiter maßgeblicher Grund war jedoch ohne Zweifel, dass man auch in Bayern am meisten mit Kampagnen für den Erhalt gefährdeter Baudenkmäler von sich reden machte, was einerseits natürlich Aufmerksamkeit erregte und das eigene Ansehen steigerte, aber zugleich auch die Kritiker in ihrer Haltung bestärkte – bis zu einem gewissen Grad bestand der Preis für den Erfolg offenbar in der scheinbaren Bestätigung klischeebehafteter Vorurteile.

⁷⁷⁴ Ebd., pag. 135.

⁷⁷⁵ ‚Über Denkmalpflege und Baupolizei in Bayern‘, in: Adolf von Oechelhäuser (Hg.) Denkmalpflege. Auszug aus den stenographischen Berichten des Tages für Denkmalpflege in Dresden 1900, Freiburg i.B 1901, Düsseldorf 1902, Erfurt 1903, Mainz 1904, Bamberg 1905, Braunschweig 1906, Mannheim 1907, Lübeck 1908, Trier 1909, Bd. I, Leipzig 1910, 293-307 (Vortrag Kahr 298-307).

⁷⁷⁶ Vgl. das Tagungsprogramm mit den anderen Referaten bei: Martha Fingernagel-Grüll, Zur Geschichte der österreichischen Denkmalpflege, Die Ära Helfert, Teil 2: 1892 bis 1910, Wien 2020, 639-644.

⁷⁷⁷ Denkmalpflege und Baupolizei in Bayern, 303.

⁷⁷⁸ Ebd., 302.

In der allgemeinen Wahrnehmung stand der Heimatschutz deshalb oft weniger für Modellentwürfe von Umspannhäuschen oder die Überarbeitung ortspolizeilicher Vorschriften, sondern wurde vor allem mit energischen Positionierungen bei viel beachteten Kontroversen um den Abriss von Kirchen, Burgen oder Stadthäusern in Verbindung gebracht – natürlich auf der Seite der vermeintlichen Modernisierungsgegner, d. h. als Avantgarde der Erhaltungs- oder Restaurierungsbefürworter. Bekanntheit erlangten in diesem Zusammenhang primär die zu Beginn des Kapitels schon erwähnten Initiativen zum Schutz der ehemaligen Augustinerkirche in der Münchener Innenstadt, die ab 1908 in die Wege geleitete teilweise Wiederherstellung einer ruinösen Burganlage bei Passau oder der 1910 durchgesetzte Erhalt des ebenfalls in prominenter Hauptstadtlage befindlichen Preysing-Palais; hinzu kamen etwa der hier nicht näher beleuchtete Wiederaufbau des bei einem Brand zerstörten Dorfes Zirl in Tirol oder der Umbau des Wasserschlosses Schwindegg⁷⁷⁹ zu einem Kriegererholungsheim. Mit der Etablierung und Konsolidierung des VVV beschieden sich Kahr und seine Mitstreiter also nicht mit dem Alltagsgeschäft einer beharrlich tätigen Lebensreform, selbstbewusste Protagonisten wie Gabriel von Seidl oder Friedrich von Thiersch zeigten erwartungsgemäß keinerlei Berührungängste mit sog. heißen Eisen oder scharfen Kontroversen, wenn es aus ihrer Sicht darum ging, kulturelles Erbe vor der Zerstörung zu bewahren und für diesen Zweck Verbündete zu gewinnen; der von ihnen vertretene VVV entwickelte sich nach einiger Zeit sogar zur Vermittlungsstation für solche Kooperationen.

Möchte man nun nachvollziehen, wie der bayerische Heimatschutz in diese Position kam, ist es jedoch wichtig zu betonen, dass die führenden Köpfe des Volkskunstvereins nicht etwa eines Tages die strategische Entscheidung trafen, sich zum Beispiel aus Gründen der Selbstprofilierung in öffentlichkeitswirksame Auseinandersetzungen einzuschalten oder dort als Wortführer in Erscheinung zu treten: Die Mitgliedschaft in Gremien wie der Monumentalbaukommission⁷⁸⁰ sorgte vielmehr ganz von alleine dafür, dass gerade heikle Fälle auf den Schreibtischen der Heimatschützer landeten und die Frage aufwarfen, ob man sich hier einbringen konnte oder sollte. Kahr, Seidl und Thiersch entschieden sich dann tatsächlich für ein Engagement, sie zogen es dabei freilich auch vor, vorerst auf eigene Verantwortung zu handeln, d. h. den VVV noch nicht zu

⁷⁷⁹ Siehe Anm. 831.

⁷⁸⁰ Zur Monumentalbaukommission siehe Anm. 785.

involvieren⁷⁸¹, ehe der Verein dann einige Zeit später tatsächlich an die Spitze mancher Initiativen rückte.

3.3.1 Lösung eines Dauerkonflikts: Der Erhalt der Münchner Augustinerkirche

Das ist auch verständlich, wenn man sich vor Augen führt, dass die erste Denkmal-Kontroverse, im Laufe derer sich die neue angebahnte Heimatschutz-Allianz festigte, im Grunde alle Merkmale eines unfruchtbaren und zugleich völlig verfahrenen Dauerkonflikts aufwies, d. h. denkbar ungeeignet erschien, den VVV oder die eigenen Anliegen in ein positives Licht zu rücken. Zankapfel war der sog. Augustinerstock⁷⁸², eine säkularisierte Klosteranlage im Münchner Stadtzentrum, die in direkter Nachbarschaft zum Dom und zur viel belebten Einkaufszone ein ganzes, lang gestrecktes Straßenviereck einnahm und dort seit Jahren praktisch ungenutzt verwahrloste. Der 1803 in Staatsbesitz übergegangene Komplex umfasste die weitläufigen Klostertrakte und eine profanierte Kirche von stattlicher Größe, die im 19. Jahrhundert lange Zeit als Sitz des Justizministeriums bzw. als Mauthalle (Zollamt) gedient hatten, nach dem Auszug beider Behörden aber als Sanierungsfall galten und seit 1897 weitgehend leer standen.

Zur Zeit der Etablierung des Heimatschutzes dauerten die Debatten um die zukünftige Verwendung des unansehnlichen und zugleich so attraktiven Areals also bereits Jahre an, ein realistisches und mehrheitsfähiges Konzept ließ gleichwohl weiterhin auf sich warten. Hatte sich der staatliche Eigentümer nämlich zunächst mit dem Gedanken getragen, das Grundstück für teures Geld zu verkaufen, um so den Ausbau der Militärbildungsanstalten zu finanzieren, war nach 1896 doch die Kehrtwende erfolgt, um – wie es jetzt hieß – ein Objekt in so hervorragender Lage nicht vorschnell aus öffentlichen Händen zu geben.⁷⁸³ Dieser Kurswechsel markierte wiederum den Auftakt für eine kaum überschaubare Abfolge von Vorschlägen, was nun mit dem vor der Spekulation bewahrten Augustinerstock geschehen sollte, wobei jedes neue Projekt natürlich sofort auf die Einwände der Konkurrenz stieß und die hochgesteckten Erwartungen der Kritiker, die

⁷⁸¹ Der VVV tritt in den Verhandlungen zur Umgestaltung des Augustinerstocks nicht in Erscheinung.

⁷⁸² Zum Augustinerkloster und der dazu gehörigen Kirche vgl. die Überblicksdarstellung in: Landesamt für Denkmalpflege (Hg.), *Denkmäler in Bayern*, 665-668.

Die vorübergehende Baulücke nach Abriss der früheren Klostertrakte fand sogar literarischen Niederschlag: In „Daphne Herbst“ schildert Annette Kolb die für kurze Zeit zu genießende Aussicht vom Hotel Regina am Maximiliansplatz: „Die Aussicht war genußreich und interessant: über die Anlage und die Häuser hinweg zu dem langen bronzierten, infolge verschiedener niedergerissener Bauten zur Zeit freigelegten Dach der Frauenkirche und ihren zwei Türmen.“ (Annette Kolb, *Daphne Herbst*, Frankfurt am Main 1982, 11).

⁷⁸³ Vgl. den Überblick zu den seit 1890 verfolgten Planungen in *Verh. Landtag 1907/08*, Bd. III, 6 (Sitzung vom 5.2.1908).

sich ein bauliches Schmuckstück an prestigeträchtiger Stelle ausmalten, ohnehin nicht erfüllen konnten. Auch der Landtag diskutierte bei dieser Gemengelage wiederholt mehr oder wenige ausgereifte Vorschläge, konnte dabei aber letztlich auch nur den „unerträgliche[n] Zustand im Augustinerstock“ beklagen, dessen Beratung sich inzwischen zur parlamentarischen „Seeschlange“⁷⁸⁴ entwickelt habe.

Es war somit längst allgemeine Ernüchterung eingetreten, als sich Ende 1901 ein weiterer Anlauf ankündigte und die von Prinzregent Luitpold ins Leben gerufene Monumentalbaukommission ihre Tätigkeit aufnahm, d. h. damit begann, Gutachten für „die Verwendung der im Eigentum des Staates stehenden größeren Bauplätze und älterer Gebäudekomplexe im Burgfrieden der Stadt München“⁷⁸⁵ zu erstellen. Ein besonderes Augenmerk sollte hierbei von Anfang an auf das Problem Augustinerstock gelegt werden⁷⁸⁶, um durch ein zumindest mit großer Mehrheit erzieltes Votum der insgesamt neun Sachverständigen auch in diesem verwickelten Fall einen gangbaren Weg aus der entstandenen Blockade zu finden. Doch auch diese Erwartung erfüllte sich nicht: Das institutionalisierte Diskussionsforum verstrickte sich vielmehr erneut in langatmige Debatten⁷⁸⁷ über eine Reihe denkbarer Möglichkeiten, ließ als vertraulich tagendes Gremium aber lange kaum etwas von seinen Beratungen verlauten, ehe einzelne Mitglieder dann doch wieder dazu übergingen, der zunehmend unwilligen Öffentlichkeit eigene Entwürfe zu präsentieren⁷⁸⁸ und so die Debatte wieder auf ihren Ausgangspunkt zurückführten.

⁷⁸⁴ So in der Debatte am 13. und 14.5.1902 (Verh. Landtag 1901/02, Bd. IX, 134-152; Zitate 142 und 148), vgl. auch die Einschätzungen Georg von Vollmars („Daß der Augustinerstock in seinem jetzigen heruntergekommenen, ruinösen Zustande, ästhetisch genommen, ein häßlicher Fleck im Bild der Kunststadt München und ihrer unwürdig ist, darüber braucht man, glaube ich, nicht erst ein Wort zu verlieren.“; Zitat 140) oder in einer Eingabe des Liberalen Vereins München-Altstadt („In erster Linie seien die sanitären Verhältnisse aller Beschreibung spottend, die bauliche Beschaffenheit eine gemeingefährliche, der Anblick der Ruine ein Schandfleck für München und die Verzögerung der Bebauung ein fortgesetzter Nachtheil für das Volksvermögen“; Zitat 135).

⁷⁸⁵ So die Formulierung in der am 13. Mai 1907 von Prinzregent Luitpold genehmigten Geschäftsordnung der Monumentalbaukommission (Stadtarchiv München, NL Grässel 283). Allgemein zur sog. Monumentalbaukommission: Uli Walter, *Der Umbau der Münchener Altstadt (1871-1914)*, Magisterarbeit München 2013, 23 [verfügbar unter URL: <<https://epub.ub.uni-muenchen.de/14340/>>; zuletzt eingesehen am 2.3.2021].

⁷⁸⁶ Walter, *Münchener Altstadt*, 101; Vgl. das Handschreiben Prinzregent Luitpolds vom 1. und 13.11.1901, in: *Süddeutsche Bauzeitung* 11 (1901), 404 sowie ‚Die Kommission für staatliche Neubauten in München‘, in: *Süddeutsche Bauzeitung* 11 (1901), 429 f.

⁷⁸⁷ Einige stenographische Sitzungsprotokolle sind in NL Grässel 283 überliefert.

⁷⁸⁸ Vgl. hierzu die kritische Bemerkung von Friedrich von Thiersch: „Seit einigen Jahren beschäftigt sich auch die Monumentalbaukommission, deren Tätigkeit ja leider sehr wenig an die Öffentlichkeit tritt, mit der ehemaligen Augustinerkirche. Auch glaubten einzelne Mitglieder, sich mit Sondervorschlägen an die Öffentlichkeit wenden zu dürfen.“ (Friedrich von Thiersch, *Die ehemalige Augustinerkirche zu München*. Ein Beitrag zur Lösung der Münchener Museumsfragen. Vortrag gehalten am 2. März 1909 im Kunstgewerbehaus zu München, München 1909, 4.)

Derweil ließ der bauliche Zustand des ehemaligen Klosterkomplexes immer mehr zu wünschen übrig und machte 1905 sogar eine provisorische Eindeckung mit Dachpappe und Gerüsten nötig, um die zahlreichen Passanten vor eventuell herabfallenden Ziegeln zu schützen.⁷⁸⁹ Der Augustinerstock war damit endgültig zum „Schandfleck“⁷⁹⁰ der Kunststadt München verkommen und machte dies auch eindrücklich deutlich, als er etwa beim Besuch Kaiser Wilhelms wie ein hässlicher Fremdkörper in der Häuserfront wirkte und den Gesamteindruck der ansonsten festlich geschmückten Kaufinger- und Neuhauserstraße empfindlich störte.⁷⁹¹ Die Geduld der Öffentlichkeit ging damit endgültig zuneige und es wurden Forderungen laut, die offenbar zum Selbstzweck betriebenen Planspiele der Sachverständigen durch einen vehementen Schlussstrich zu beenden, d. h. mit einem sofortigen Abriss alle langwierigen Erwägungen über eine Umgestaltung der Kirche oder die angemessene Kombination von Alt- und Neubauten einfach hinter sich zu lassen: Wären erst einmal diese und ähnliche Nebenkriegsschauplätze weggefallen, würde sich die Debatte in Zukunft nur noch auf eine völlige Neugestaltung des Areals konzentrieren und angesichts einer offenen Baugrube wohl auch an Dynamik gewinnen.⁷⁹² Diese Tabula-Rasa-Position klang in vielen Ohren zunächst sicherlich radikal, gewann jedoch – erst einmal ausgesprochen – eine wachsende Zahl von Anhängern, zumal es immer schwerer zu vermitteln war, für eine im Grunde abgeschriebene Anlage weiterhin Bauunterhalt aus Steuergeld aufzubringen. Der Überdross an der herrschenden Situation wurde schließlich so groß, dass sich sowohl die Stadtverwaltung als auch der Finanzausschuss des Landtags der kompromisslosen Abriss-Forderung anschlossen und damit das Szenario bald anrollender Bagger in den Raum stellten.⁷⁹³

Mit dieser Konsequenz konfrontiert, mussten die Verfechter einer denkmalgerechten Lösung jetzt also klar Farbe bekennen: Wollten sie noch einmal Gehör finden, blieb nichts anderes übrig, als die kursierenden Wunschvorstellungen durch ein realistisches Projekt zu ersetzen, gemeinsame Prioritäten zu definieren und ab sofort mit einer Stimme zu sprechen – ein kritischer Moment half also auch der traditionell vielstimmigen

Einer dieser „Sondervorschläge“ stammte von Gabriel von Seidl: Denkschrift über die Erhaltung und künftige Verwendung der alten Augustinerkirche, nun Mauthalle in München, München 1906; weitere Entwürfe bei: Walter, Münchener Altstadt, 101 f.

⁷⁸⁹ Verh. Landtag 1907/08, Bd. III, 7 (Sitzung vom 5.2.1908).

⁷⁹⁰ So die Formulierung des Abgeordneten Schön: Ebd., 15.

⁷⁹¹ Dementsprechend der Kommentar Eduard Schmidts: „Bei solchen Anlässen nimmt sich der Augustinerstock immer doppelt nobel aus.“ (ebd., 17).

⁷⁹² Vgl. die Debatte im Münchner Gemeindegremium am 22.2.1906 (Walter, Münchener Altstadt, 102).

⁷⁹³ Verh. Landtag 1907/08, Bd. III, 16.

Interessensgemeinschaft aus Architekten, Künstlern, Denkmal- und Heimatschützern zu einer stabilen Allianz zusammenzufinden. Die rückblickenden Schilderungen Kahrs lassen dabei erahnen, wie viel Überzeugungsarbeit im Zuge dessen nötig war, der Memoirenschreiber hielt es sich deshalb später auch zu Gute, selbst als ehrlicher Makler besonders viel zur erfolgreichen Rettung der alten Maut beigetragen zu haben.⁷⁹⁴ Bei allem sicherlich vorhandenen Vermittlungsgeschick benötigte jedoch auch der „neutrale“ Verwaltungsbeamte zumindest eine glückliche Fügung, um letztlich den Weg für ein Gelingen zu ebnet. Denn wenigstens die Monumentalbaukommission zeigte sich trotz aller Bemühungen immer noch unberechenbar und sprach sich am 11. Mai 1907⁷⁹⁵ sogar mit einer Stimme Mehrheit für den Abriss der Augustinerkirche aus, weshalb erst der Einspruch des Prinzregenten⁷⁹⁶ die in dieser Hinsicht zu verfolgende Linie festlegte und damit die letzten Hindernisse für das anvisierte Aktionsbündnis aus dem Weg räumte. Wäre die gemeinsame Kooperation damit noch fast an der ersten Hürde gescheitert, stellten sich danach jedoch zunehmend Erfolge ein: Hierfür war es nun essentiell, dass sich die Künstlergemeinde zunächst einmütig darauf verständigte, zur Rettung der Kirche auf das ohnehin marode Klostergebäude zu verzichten und dort die Errichtung des neuen Münchner Polizeipräsidiums zu befürworten, das als einzige verfügbare Projektidee nicht von vorneherein die völlige Niederlegung aller Vorgängerbauten bedingte.⁷⁹⁷ Die Nutzung eines so prominenten Grundstückes ausgerechnet für polizeiliche Zwecke war in der Öffentlichkeit natürlich wiederum hoch umstritten, Innenminister Brettreich und Finanzminister Riedel gelang es jedoch immerhin, den Landtag mit eindringlichen Reden zu überzeugen, den neuen Vorschlag zumindest prüfen zu lassen und hierfür einen Architektenwettbewerb auszuschreiben.⁷⁹⁸ Ein Abriss war damit vorerst vom Tisch, zumal nun nicht vorgefasste Meinungen oder der Drang zur Rechthaberei, sondern die besten eingehenden Entwürfe über das weitere Vorgehen entscheiden sollten.

⁷⁹⁴ So die Darstellung in den Kahr-Memoiren, pag. 143-146: „Fast jeder der Herren hatte anfänglich eine besondere Idee und meine Aufgabe als Vertrauensperson der Künstlerschaft war es, den Herren die Überzeugung beizubringen, daß sie bei dem übergroßen Widerstand der öffentlichen Meinung und der maßgebenden Faktoren nur dann Aussicht auf Erfolg haben, wenn sie sich auf ein bestimmtes Projekt einigen. Ich hielt den Herren eindringlichst vor, daß sie unüberwindlich seien, wenn die Künstlerschaft einig gehe. Das war eine schwere Sache, aber schließlich gelang es doch als ich in letzter Stunde erklärte: wenn die Maut falle, so sei daran nur die Uneinigkeit der Münchener Künstler schuld.“ (Zitat pag. 144)

⁷⁹⁵ Das Protokoll der Sitzung vom 11. Mai 1907 (NL Grässel 283) verzeichnet: „11 für Ministerialvorschlag, 10 für Erhaltung“.

⁷⁹⁶ Vgl. die Darstellung von Innenminister Friedrich von Brettreich in seinen Erinnerungen (1907-1912), pag. 24-27 (NL Brettreich 23).

⁷⁹⁷ Walter, Münchener Altstadt, 101 f.

⁷⁹⁸ Verh. Landtag 1907/08, Bd. III, 51.

Gerade die lange Zeit so zerstrittenen Kunst-Sachverständigen konnten jetzt also das Argument einer Versachlichung der Debatte in Anspruch nehmen und in aller Ruhe auf das Ergebnis der in die Wege geleiteten Konkurrenz warten: Im Juli 1909 gingen dann wohl nicht ganz zufällig fünf der sechs ausgelobten Preise an Projekte, die sich für eine Integration der alten Kirche in das neue Polizeipräsidium aussprachen.⁷⁹⁹ Bei aller Kritik an der vermeintlich abgekarteten Entscheidung hatte sich der Wind damit gedreht, zumal der prominente Schwager Kahrs, Prof. Theodor Fischer, soeben an die TH München zurückgekehrt war und die Bauausführung gewissermaßen als Antrittsgeschenk übertragen erhalten sollte. Das Generalkonservatorium und die Monumentalbaukommission erklärten sich dann auch 1909/10 mit den von Fischer vorgelegten Detailplänen einverstanden, während Kahr und sein Kollege Eduard von Reuter mit der Stadt den notwendigen Grundstückskauf am Ettplatz sowie komplizierte Baulinienanpassungen ausverhandelten.⁸⁰⁰ Die Zustimmung des Landtags zu dem auf dieser Grundlage ausgearbeiteten Kostenvoranschlag bedeutete am 3. Juni 1910 schließlich den endgültigen Durchbruch⁸⁰¹ und machte nach jahrelangem Tauziehen den Weg für den Baubeginn im Frühjahr 1911 frei.⁸⁰²

3.3.2 Von der Ruine zum Künstlerheim: Die Restaurierung der Burg Neuburg am Inn

Die Rettung der Augustinerkirche war damit vollbracht, die 1907/08 gefestigte Kunst-Koalition hatte unterdessen freilich schon ein neues Projekt in Angriff genommen, das ähnliche Dimensionen aufwies und gleichzeitig den Namen Kahr auch in der Öffentlichkeit mit Heimat- und Denkmalschutz verband. Es handelte sich um die Instandsetzung des Schlosses Neuburg am Inn, einer auch in ihren erhaltenen Bauteilen weitgehend verwahrlosten, aber noch im 18. Jahrhundert wegen ihrer Schönheiten weit bekannten Burganlage, die der letzte Vorbesitzer im Frühjahr 1908 nur noch zu schnellem Geld machen und auf Abbruch versteigern lassen wollte.⁸⁰³ Eile war mithin geboten, erst

⁷⁹⁹ Andy Pointner, Das Ergebnis des Wettbewerbs zur Bebauung des Augustinerstocks in München, in: Architektonische Rundschau 26 (1910), 4-10 (mit Abbildungen der Entwürfe).

Es wurde dann auch schnell Kritik an einer vermeintlich vorgefassten Entscheidungsfindung laut, so wertete etwa die Münchener Post das Resultat als Sieg für die „Monumentalen“ und „sonstigen Bonzen“ („Augustinerstock - Polizeikaserne“, in: MP Nr. 85 (1910). Vgl. auch den Kommentar des sozialdemokratischen Abgeordneten Eduard Schmid: „Jeder, der mit dieser Idee nicht rechnete, fiel selbstverständlich bei der Konkurrenz durch, man wußte ja ohnehin schon, woher der Wind weht“ (Verh. Landtag 1909/10, Bd. XI, 508 - Sitzung vom 3.6.1910).

⁸⁰⁰ Kahr-Erinnerungen, pag. 152 f.

⁸⁰¹ Verh. Landtag 1909/10, Bd. XI, 516.

⁸⁰² Zur Fertigstellung siehe Anm. 832.

⁸⁰³ Zur Restaurierung und Instandsetzung der Neuburg liegt sowohl eine Forschungsarbeit wie auch ein umfangreicher zeitgenössischer Abschlussbericht vor: Wilfried Hartleb, Neuburg am Inn. Burg, Gartenschloss, Ruine, Künstlerschloss. Die Geschichte einer Verwandlung, Salzweg 2012, 195-223; Julius

recht als der vom Passauer Kunstverein eingeladene VVV-Vorsitzende Groeschel nach einem Besuch begeistert von den unter dem herrschenden Verfall erkennbaren Sehenswürdigkeiten der Burg berichtete und sich daraufhin auch Kahr persönlich vor Ort ein Bild machte: Beide waren sich schnell einig, dass ein solches Denkmal nicht einfach zerstört werden durfte.⁸⁰⁴

Man stand damit an der gleichen Wegmarke wie ein Jahr zuvor bei der abrißbedrohten Augustinerkirche, Kahr und Groeschel erkannten freilich schon mit Blick auf die drängende Zeit, dass nun eine ganz andere Herangehensweise gefragt war: Anstelle eines ausgleichenden Wirkens im Hintergrund sollte der Volkskunstverein dieses Mal von Anfang an als voranschreitendes Zugpferd gefragt sein. Da die Zeit drängte, ging es hierbei zunächst um die Aufbringung des Kaufpreises für die Burg. Der Vereinsvorstand entschied daher am 12. Mai 1908, ein von allen Unterstützern gezeichnetes Werbeschreiben⁸⁰⁵ an einflussreiche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zu versenden und gleichzeitig mit dem Künstlerunterstützungsverein Kontakt aufzunehmen⁸⁰⁶, um gemeinsam einen zukünftigen Verwendungszweck für Schloss Neuburg zu finden: Der Vorschlag, die idyllisch über der Landschaft und dem Inntal thronende Anlage zu einem Künstlererholungsheim zu verwandeln, stieß dabei natürlich auf freudige Zustimmung.

Vorerst rückte jedoch der 9. Juli 1908, der vereinbarte Tag der Unterzeichnung des Kaufvertrags, näher und die Geschäftsstelle des VVV konnte nur einen recht schleppenden Eingang der benötigten Mittel verzeichnen; Anfang Juli standen nur etwa 5000 Mark zur Verfügung.⁸⁰⁷ Kahr entschloss sich deshalb, alles auf eine Karte zu setzen und eben am 9. Juli eine große Werbeversammlung im Künstlerhaus abzuhalten, um dort den Durchbruch zu erzielen; die Verlesung eines persönlichen Handschreibens des Prinzregenten und die Präsentation des bereits unterschriebenen Kaufvertrags sollte hierbei das Eis brechen. Der Ministerialreferent nahm somit auch ein persönliches Risiko auf sich, just am 9. Juli traf indes die Vollzugsmeldung aus Passau⁸⁰⁸ und beinahe gleichzeitig die erhoffte Zustimmung aus Hohenschwangau ein, wobei der Prinzregent

Maria Groeschel, Veste Neuburg am Inn. Denkschrift, in: Bayerischer Heimatschutz 20 (1924), 144; Vgl. auch: Hans Roth, Die Rettung der Neuburg vor dem Verfall: Die erste Instandsetzung der Burg. Ein Werk der Heimatschutzbewegung in Bayern, in: Schöner Heimat 80 (1991), 44-54.

⁸⁰⁴ Groeschel, Veste Neuburg, 3.

⁸⁰⁵ Das Werbeschreiben ist bei Hartleb abgebildet, wird dort jedoch irrtümlich als Petition an den Prinzregenten bezeichnet (Hartleb, Neuburg, 199).

⁸⁰⁶ Der Spendenaufruf mit dem Hinweis auf die Künstlerheim-Idee: ‚An unsere Mitglieder!‘, in: Volkskunst und Volkskunde 6 (1908), 55-58; Hartleb, Neuburg, 200 f.

⁸⁰⁷ Kahr-Erinnerungen, pag. 159 f.

⁸⁰⁸ Hartleb, Neuburg, 204 (die Kaufsumme betrug demnach 48 000 Mark).

noch zusätzlich 5000 Mark aus seiner Privatschatulle spendete; nach Büroschluss konnte Kahr sogar seinen etwas überrumpelten Vorgesetzten, Innenminister Brettreich, überreden, spontan ins Künstlerhaus mitzukommen und dort das eingegangene Handschreiben zu verlesen.⁸⁰⁹ Der Erfolg war damit gesichert, d. h. der VVV wurde Eigentümer einer Burg und hatte abermals seinen Unterstützer- und Sympathisantenkreis erweitert.

Nun ging die Arbeit vor Ort freilich erst richtig los, zumal sich der Innenminister und der Regierungspräsident von Niederbayern nach persönlichen Besuchen recht ernüchert zeigten⁸¹⁰ und in Zweifel zogen, ob es wirklich möglich sei, das stark in Mitleidenschaft gezogene Gemäuer noch einmal bewohnbar zu machen. Die in die Wege geleitete Spendensammlung ging daher nahtlos weiter und der VVV beauftragte den jungen Passauer Architekten Karl Kiefer, einen Gesamtplan für die Restaurierung zu erstellen, der sowohl den Bedürfnissen der erwarteten Künstler entsprechen als auch die Sehenswürdigkeiten der Burg wieder ins rechte Licht rücken sollte.⁸¹¹ Im Frühjahr 1909 begannen schließlich die Bauarbeiten mit den dringend notwendigen Ausbesserungs- und Sicherungsmaßnahmen, ehe die Projektleitung unter J. M. Groeschel erste Teile der Hauptburg und das inzwischen ebenfalls erworbene Hofwirthaus in Angriff nahm.⁸¹² Der laufende Finanzbedarf wurde dabei immer wieder durch kreative Aktionen wie einen Kostümball auf der Burg oder den Verkauf von Bildern durch den Künstlerunterstützungsverein gedeckt.⁸¹³ Der mit der Ausführung nicht im Detail befasste Kahr überzeugte sich wiederum etwa alle drei Monate von den fortschreitenden Veränderungen und konnte 1910/11 beobachten, wie die Restaurierung zunehmend an Fahrt aufnahm: Neben eher profanen Aspekten wie der Reparatur der Wasserversorgung oder der Einrichtung einer Zentralheizung erstrahlten so auch die Prunkräume im neuen Glanz⁸¹⁴ und nährten die Vorfreude auf die fertige Burg – das zukünftige Künstlerheim nahm langsam Gestalt an.

⁸⁰⁹ Vgl. den Versammlungsbericht mit der Verlesung des Handschreibens durch Brettreich: ‚Die Neuburg am Inn‘, in: Volkskunst und Volkskunde 6 (1908), 85.

⁸¹⁰ Kahr-Erinnerungen, pag. 161: „Nun begab sich der Minister nach Passau und von da zur Neuburg. Es war ein Regentag und er kehrte von dort tief enttäuscht zurück und sagte mir etwas vorwurfsvoll, die Sache könne nie etwas werden. [...] Bald darauf kam ein Bericht des Regierungspräsidenten von Landshut, er habe das Burganwesen besucht und dort nur einen völlig verwahrlosten Trümmerhaufen gefunden, an dem jede Arbeit und Liebesmühe verloren sei, für den kein Geld vergeudet werden solle.“ Brettreich erwähnt den Besuch in seinen Erinnerungen (1907-1912), pag. 202 f. (NL Brettreich 23).

⁸¹¹ Groeschel, Veste Neuburg, 6.

⁸¹² Hartleb, Neuburg, 207.

⁸¹³ Ebd., 201-204.

⁸¹⁴ Hierbei handelte es sich um drei Prunkräume im Ostflügel, den Roten Marmorsaal, den Weißen Marmorsaal und die „Gemalte Kammer“; Zur vorläufigen Fertigstellung der Säle wurde 1911 ein Bildnis des Prinzregenten im Roten Marmorsaal enthüllt. Vgl. Groeschel, Veste Neuburg, 76-78.

3.3.3 Kein Kaufhaus: Denkmalschutz am Preysing-Palais

Von diesen Erfolgen bestätigt, wurde es für Kahr und den VVV sodann zur einspielten Praxis, sich regelmäßig größerer Denkmalschutzaufgaben anzunehmen und dabei die engagierte Künstlerschaft hinter sich zu versammeln.

Möchte man hier noch eine Initiative herausgreifen, die größere öffentliche Aufmerksamkeit erregte, ist sicherlich zuallererst die Debatte um die Umgestaltung des Preysing-Palais anzuführen, das schon wegen seiner prominenten Lage alle Blicke auf sich zog. Der von einem Staatsminister des 18. Jahrhunderts erbaute Stadtpalast⁸¹⁵ befand sich genau zwischen königlicher Residenz, Feldherrnhalle und Theatiner-Hofkirche und hatte ab 1835 als erster Hauptsitz der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank gedient. Die „Hypo“ hätte sich – vom Standpunkt der Repräsentativität betrachtet – kaum eine bessere Adresse aussuchen können, bei allen äußeren Vorzügen erwies sich das Rokoko-Juwel allerdings bald als zu klein, um allen Anforderungen des stetig anwachsenden Geschäftsverkehrs weiter genügen zu können. Nach einigem Zögern entschloss sich die Bank deshalb zu einem unweit gelegenen, allen Bedürfnissen entsprechenden Neubau und zog 1897 in ihr neues und geräumiges Heim; als Nachnutzerin blieb dann noch für einige Jahre die Bayerische Versicherungsbank AG im Haus.⁸¹⁶

1909 folgte jedoch auch der Auszug dieses Unternehmens, weshalb das Palais jetzt zum Verkauf stand und u. a. vermögenden Adelskreisen angeboten wurde, um es dem Prinzregenten – wohl zu seinem 90. Geburtstag – zu schenken. Von dieser Seite wurde offenbar auch Interesse signalisiert, allerdings traten die Verhandlungen aus nicht ersichtlichen Gründen bald auf der Stelle und ein Abschluss blieb ungewiss.⁸¹⁷ Der bisherige Eigentümer sah sich dementsprechend nach anderen Möglichkeiten um und schloss Anfang 1910 einen Vorverkaufsvertrag mit dem stadtbekanntem Hoflieferanten und Antiquitätenhändler Siegfried Drey.⁸¹⁸ Die Frage war damit im Grunde entschieden, das Palais sollte weiterhin geschäftlichen Zwecken dienen, die Angelegenheit nahm allerdings erst richtig Fahrt auf, als verlautete, Drey wolle es in eine Art Kaufhaus

⁸¹⁵ Gisela Vits - Erwin Schleich, Das Preysing-Palais. Joseph Effners spätbarockes Meisterwerk in München, München 1998.

⁸¹⁶ Joseph Maria Lutz - Heinrich Stummer, 125 Jahre Bayerische Hypotheken- und Wechselbank, München 1960; Ludwig Arps, Bayerische Versicherungsbank AG (1835-1960). Vom Preysing-Palais zur Ludwigstraße, München 1960.

⁸¹⁷ Kahr berichtet, „törichte Hofleute“ hätten diesen zuerst gefassten Plan vereitelt (Kahr-Erinnerungen, pag. 143).

⁸¹⁸ Zur Person: Krauss (Hg.), Kommerzienräte, 435.

verwandeln und dazu auch bauliche Veränderungen vornehmen⁸¹⁹ – Kahr würde also in absehbarer Zeit vom ebenfalls benachbarten Innenministerium täglich beobachten können, wie das Denkmal seiner neuen Zweckbestimmung angepasst würde. Allein dieser Gedanke war wohl Ansporn genug, trotz der gerade laufenden Abschlussverhandlungen um die Augustinerkirche abermals die Initiative zu ergreifen und die Angelegenheit im VVV zu thematisieren. Die inzwischen bekannte Künstler-Koalition trat also wieder in Aktion und unterbreitete die Frage direkt dem Prinzregenten, der daraufhin den Auftrag erteilte, alle Möglichkeiten für eine alternative Lösung zu prüfen.⁸²⁰

Die Präferenz des Monarchen war damit im Grunde gegeben, gerade Kahr als zuständiger Bauaufsichtsreferent erkannte jedoch schnell, dass dies allein nicht ausreichen würde und auch keine Zeit für eine längere Prüfung bleiben würde: Drey reichte nämlich schon im März 1910 fertige Baupläne für sein Vorhaben ein und modifizierte sie nach den erwarteten Korrekturaufgaben „derartig einwandfrei“⁸²¹, dass zumindest aus baupolizeilicher Sicht keine Handhabe mehr bestand, um die Ausführung weiter zu verzögern. Ohne weitere Rücksprache mit dem ebenfalls beteiligten Ministerium des königlichen Hauses preschte Kahr deshalb alleine vor und führte Verhandlungen mit Kandidaten für eine denkmalgerechte Nutzung, während er Drey und die Versicherungsbank zu überzeugen suchte, dem Wunsch des Prinzregenten bei Gelingen seiner Bemühungen doch keine Steine in den Weg zu legen.⁸²² Mit dieser Bitte konfrontiert, erklärte sich Drey am 20. Mai tatsächlich bereit, von seinem Vorkaufsrecht zurückzutreten, wenn sich eine andere gangbare Lösung finden würde⁸²³, die sich dann jedoch erst „in letzter Stunde“⁸²⁴ abzeichnete, als der adelige Herrenclub Interesse erkennen ließ, das Preysing-Palais als Klubhaus zu übernehmen – nur der hohe Kaufpreis müsse etwas reduziert werden, um die eigene Kasse nicht zu sehr zu belasten. Dem Ziel so nahe, verständigte sich Kahr nun mit Außenminister Podewils darauf, eine von Bankier Angelo Wassermann für den Fall seiner Nobilitierung in Aussicht gestellte Spende als Zuschuss zu verwenden und dem Prinzregenten diese Lösung vorzuschlagen; der neue

⁸¹⁹ Innenminister Brettreich spricht in einem Schreiben an den VVV vom 25.7.1910 (NL Grässel 423) vom „beabsichtigten Umbau für ein Geschäftshaus“.

⁸²⁰ Die „Immediateingabe“ wurde am 20. Januar 1910 an den Prinzregenten übergeben, vgl. ebd.

⁸²¹ So Außenminister Podewils an Seinsheim vom 26.7.1910 (MA 93 309).

⁸²² Vgl. Ebd.

⁸²³ Vgl. den Bericht Kahrs über den Verlauf der Verhandlungen mit Drey (Kahr an Meinel vom 18.5.1910) und die nach Abschluss der Vereinbarung umgehend an das Ministerium des Königlichen Hauses und des Äußern ergangene Note des Innenministeriums (Brettreich an StMA vom 20.5.1910). Beide Dokumente in MA 93 309.

⁸²⁴ Siehe das Dokument in Anm. 821.

Eigentümer musste im Gegenzug weitreichenden denkmalpflegerischen Auflagen zustimmen und der Residenz ein Nutzungsrecht an den Räumlichkeiten gewähren.⁸²⁵ Das „Allerhöchste Einverständnis“⁸²⁶ machte schließlich dem Weg im gedachten Sinne frei und der Herrenclub schloss bereits wenige Tage den Erwerb ab, während Siegfried Drey als Anerkennung für sein Entgegenkommen der Titel eines Kommerzienrats verliehen wurde.⁸²⁷ Kahr konnte sich nach dem diesem Erfolg wiederum über zwei Anerkennungsschreiben des Prinzregenten⁸²⁸ und seiner Künstlerfreunde freuen, die ihm am 28. Juni sowohl zur Rettung des Preysing-Palais wie auch zur beinahe zeitgleich erfolgten Zustimmung des Landtags in Sachen Augustinerkirche gratulierten.⁸²⁹

Der Heimatschutz hatte damit inzwischen wiederholt seine Durchschlagskraft unter Beweis gestellt, Kahr und seine Mitstreiter verspürten deshalb auch den notwendigen Rückenwind, um weitere Projekte anzugehen, so etwa den Erhalt des Hans-Mielich-Hauses mit seiner Rokoko-Fassade in der Theatinerstraße⁸³⁰ oder den Umbau des zum Verkauf stehenden Wasserschlosses Schwindegg zu einem Erholungsheim des Bayerischen Veteranen- und Kriegerbundes.⁸³¹ Diese Vorhaben seien hier nur kurz erwähnt, konnten aber ebenfalls in die Tat umgesetzt werden, was Kahr immer häufiger die Gelegenheit gab, an Eröffnungsfeiern teilzunehmen, beispielsweise in Schwindegg im September 1913 oder im März 1914 bei der neuen Polizeidirektion in der Ettstraße⁸³²; im Dezember 1913 verlieh ihm die Technische Hochschule außerdem in Anerkennung seiner Verdienste um die Denkmalpflege und die heimische Bauweise den Ehrendokortitel der Fakultät für Architektur.⁸³³

⁸²⁵ Podewils an Seinsheim vom 26.7.1910, Erwähnung der Servitutsbestellung in Brettreich an StMA vom 20.5.1920 (MA 93 309).

⁸²⁶ Podewils an Seinsheim vom 26.7.1910 (MA 93 309).

⁸²⁷ Der Vorstand des Bayerischen Vereinsbank, Rasp, erhielt außerdem den Verdienstorden des Hl. Michael II. Klasse, vgl. Brettreich an StMA vom 25.7.1920 (MA 93 309).

⁸²⁸ Übermittlung durch Brettreich an Kahr vom 26.6.1910 (MA 93 309).

⁸²⁹ Schreiben an Kahr vom 28.6.1920 (zahlreiche Unterzeichner, u. a. Theodor Fischer, Gabriel von Seidl, Ferdinand von Miller, Friedrich von Thiersch, Adolf von Hildebrand, Richard Riemerschmid, Carl Hocheder, Rudolf von Seitz) in NL Kahr 25.

⁸³⁰ Kahr-Erinnerungen, pag. 143.

⁸³¹ Vgl. Julius Maria Groeschel, Schwindegg, in: Bayerischer Heimatschutz 11 (1913), 135-143. Ein Jahr später folgte in gleicher Weise die Eröffnung des für Nordbayern gedachten Erholungsheims auf der Wülzburg bei Weißenburg, vgl. Georg Rascher, Veteranen- und Krieger-Erholungsheim Wülzburg bei Weißenburg i.B., Weißenburg 1914. Die Einrichtung konnte dann jedoch nicht wie geplant genutzt werden, da die Wülzburg im Weltkrieg zum Gefangenenlager wurde.

⁸³² Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege (Hg.), Denkmäler in Bayern: Landeshauptstadt München Mitte, bearb. von Heinrich Habel, Johannes Hallinger und Timm Weski, Bd. 1, München 2009, 195.

⁸³³ Vgl. die Verleihungsurkunde der Technischen Hochschule München vom 23.12.1913 in Privatnachlass Kahr, Dokumente.

4. Etablierung in der bürgerlichen Elite Münchens

Kahrs dienstliches Wirken und vor allem sein umfangreiches ehrenamtliches Engagement gingen in diesen knapp zwölf Jahren also mit einem bemerkenswerten beruflichen und gesellschaftlichen Aufstieg einher, der wohl alle selbst gehegten Erwartungen übertraf und den Protagonisten dieser Studie noch in der Prinzregentenzeit die Muster-Biographie eines Spitzenbeamten komplettieren ließ. Die Verleihung des persönlichen Adels versinnbildlichte beispielhaft diese Verbindung aus beruflichem und sozialen Erfolg: Kahr erhielt 1911 den Verdienstorden der Krone Bayerns und konnte damit fortan den Titel *Gustav Ritter von Kahr* führen.⁸³⁴ Im Anschluss an die Porträts des Baupolizeireferenten und des Koordinators des bayerischen Heimatschutzes verbleibt in diesem Kapitel somit nur noch die Aufgabe, die aufeinander folgenden Positionsgewinne Kahrs in der bürgerlichen Elite Münchens nachzuzeichnen und so weiter das Bild eines im Grunde schon am Ziel angelangten Lebenslaufes zu vervollständigen – noch vor Ausbruch des Weltkrieges und der politischen Karriere nach 1918.

4.1 Ministerieller Beauftragter für das Deutsche Museum

Doch damit nicht genug: Schon 1903 erhielt Kahr außerdem eine besonders Aufsehen erregende Aufgabe übertragen, als er zum Fachreferenten für das neu entstehende Deutsche Museum bestellt wurde.⁸³⁵ Dabei bleibt unklar, weshalb die Wahl auf den gerade ins Ministerium einberufenen Regierungsrat fiel, auf jeden Fall war Kahr damit fortan für die Betreuung einer von Anfang an prestigeträchtigen Institution zuständig. Das Deutsche Museum wurde bekanntlich auf Initiative Oskar von Millers im Vorfeld der Münchner Jahrestagung des VDI im Mai 1903 gegründet und sollte – seinem Namen entsprechend – den Status als nationale Ausstellungs-, Vermittlungs-, Forschungs- und Dokumentationsstätte für Technik- und Wissenschaftsgeschichte erhalten.⁸³⁶ Es ging also darum, der breiten Öffentlichkeit „Meisterwerke“⁸³⁷ des technischen Fortschritts aller Epochen zu präsentieren und die Weltmachtstellung Deutschlands in diesem Bereich zu

⁸³⁴ Die vom Reichsheroold ausgestellte Urkunde über die Verleihung des persönlichen Adels vom 27.4.1911 (mit Farbzeichnung des Wappens) befindet sich im Privatnachlass Kahr, Dokumente. Vgl. auch die Angaben in: *Genealogisches Handbuch*, Bd. VIII (1964), 311.

⁸³⁵ Der genaue Zeitpunkt der Bestellung ist nicht ganz klar, da im Personalakt Kahr (MInn 84 009) kein entsprechendes Dokument vorliegt.

⁸³⁶ Zur Geschichte des Museums im Überblick: Wilhelm Füßl - Helmuth Trischler (Hg.), *Geschichte des Deutschen Museums. Akteure, Artefakte, Ausstellungen*, München u. a. 2003; ausführlicher zur Gründung: Maria Osietzki, *Die Gründungsgeschichte des Deutschen Museums von Meisterwerken der Naturwissenschaften und Technik in München 1903-1906*, in: *Technikgeschichte* 52 (1985), 49-75.

⁸³⁷ So der volle Name „Deutsches Museum von Meisterwerken der Naturwissenschaft und Technik“.

unterstreichen, dem Gründungsausschuss gehörten deshalb auch prominente Vertreter aus Forschung und Industrie an.⁸³⁸ Trotz so illustrier Namen wie Röntgen oder Krupp war der Weg von der Idee zur Verwirklichung jedoch anfangs sehr weit, da weder eine Sammlung noch ein Ausstellungsgebäude zur Verfügung stand; um die ambitionierten Ziele zu erreichen, stellte Miller seine Gründung deshalb von Anfang an auf drei Standbeine.

Er ging einerseits sofort daran, die internen Strukturen des Museums⁸³⁹ so zu gestalten, dass die wachsende Unterstützergemeinde selbst in die Institution eingebunden, d. h. in Gremien organisiert sowie mit Ämtern und Würden versehen werden konnte. Neben dem dreiköpfigen Vorstand⁸⁴⁰, der das Haus de facto führte, leistete deshalb ein mit Delegierten zahlreicher befreundeter Einrichtungen besetzter Vorstandsrat⁸⁴¹ die notwendige Abstimmungsarbeit und bereitete Beschlussvorlagen zu grundsätzlichen Entscheidungen vor, die dann im sog. Ausschuss beraten und genehmigt wurden. Dieses zweite Gremium, die Vertretung der Förderer und Gönner des Museums, hatte somit formal die oberste Entscheidungsgewalt inne, trat jedoch meist nur im Jahresrhythmus zusammen und war aufgrund seiner großen Mitgliederzahl auch kaum in der Lage, eine abweichende Politik zu konzipieren. Von Oskar von Miller abgesehen, der als Vater des Unternehmens ohnehin über eine fast unantastbare Autorität verfügte, lag die tatsächliche Gestaltungsmacht deshalb weitgehend in den Händen des Vorstandsrates – dem Kahr seit 1907 angehörte⁸⁴² – sowie bei den mit Sonderaufgaben betrauten Unterausschüssen, die sich etwa mit Erwerbungs politik oder der Einrichtung einer Reises tiftung befassten⁸⁴³; gleichzeitig blieb die symbolische Beteiligung aller stets gewährleistet.

⁸³⁸ Vgl. das Protokoll zur Vorbesprechung in der Obersten Baubehörde am 5.5.1903 (Archiv des Deutschen Museums, VA 3972); Zusammensetzung des Gründungsausschusses bei: Wilhelm Füßl, Gründung und Aufbau 1903-1925, in: ders. - Trischler (Hg.), Geschichte, 59-101, hier: 63.

⁸³⁹ Vgl. hierzu den kompakten Überblick bei Wilhelm Füßl, Oskar von Miller 1855-1934. Eine Biographie, München 2005, 278 f.

⁸⁴⁰ Der Vorstand setzte sich bis 1921 aus Oskar von Miller, Walther von Dyck und Carl von Linde zusammen.

⁸⁴¹ Dem Vorstandsrat gehörten Vertreter von Staatsbehörden, Wirtschaftsverbänden, wissenschaftlichen Institutionen und anderer Museen an.

⁸⁴² Das Sitzungsprotokoll vom 16.12.1907 (Archiv des Deutschen Museums, VA 3972) nennt erstmals Kahr in der Anwesenheitsliste.

⁸⁴³ Kahr wurde am 29.6.1912 in das Kuratorium dieser Reises tiftung gewählt (vgl. Protokoll der Vorstandssitzung in: Archiv des Deutschen Museums, VA 3972), die sich zur Aufgabe stellte, Schülern und Studenten aus ganz Deutschland den Besuch des Museums mit Reises tependien zu ermöglichen. Vgl. Elisabeth Kraus, Repräsentation - Renommee - Rekrutierung. Mäzenatentum für das Deutsche Museum (Preprint 9), München 2013, 43-52.

Kahr war ebenfalls Mitglied des Bauausschusses, vgl. sein Entschuldigungsschreiben wegen Nichtteilnahme an einer Sitzung: Kahr an Vorstand vom 9.9.1912 (Archiv des Deutschen Museums, VA 0160/1).

So abgesichert, konnte das Deutsche Museum andererseits seine größte Herausforderung angehen, die Errichtung eines großzügig dimensionierten und modernen Ausstellungsgebäudes, das auch wirklich dem Charakter eines Nationalmuseums gerecht werden und gleichzeitig die präsentierten Maschinen und Apparate ins rechte Licht rücken würde. Die über die Standortwahl natürlich hoch erfreute Stadt München stellte deshalb ein geeignetes Areal auf der relativ zentral gelegenen Kohleninsel⁸⁴⁴ unentgeltlich zur Verfügung, das Gros der effektiven Baukosten war allerdings aus privaten Mitteln aufzubringen. Der eigens gebildete Bauausschuss⁸⁴⁵ musste dementsprechend sowohl um finanzielle Zuwendungen werben als auch die konkreten Planungen vorantreiben, es zeugt daher von der Gebefreudigkeit der Spender, dass die Vorstellung des Bauprojektes schon 1905 erfolgte und der Vorstandsrat dem mit Gabriel von Seidl geschlossenen Vertrag zwei Jahre später den Zuschlag erteilen konnte⁸⁴⁶ – die Fertigstellung war ursprünglich für 1912 vorgesehen, Probleme bei der Stabilisierung des Untergrunds und der Krieg verzögerten die Eröffnung dann jedoch bis 1925.⁸⁴⁷

Die Unterstützung von Bayern und Reich manifestierte sich schließlich drittens in der Konstituierung des Museums als Anstalt des öffentlichen Rechts, es befand sich also in staatlicher Trägerschaft und profitierte von der Anerkennung als gemeinnützige Institution, darüber hinaus kam seinem Handeln in dieser Rechtsform sogar ganz offiziell der hoheitliche Charakter von mittelbaren Verwaltungsakten zu.⁸⁴⁸ Dieser besondere Status war also mit erheblichen Vorteilen verbunden und garantierte eine wohlwollende Förderung durch die Behörden, er bedingte gleichzeitig freilich auch eine Aufsichtspflicht des Staates, die das Innen- und das Kultusministerium gemeinsam wahrnahmen.⁸⁴⁹ Die Bestellung eines eigens zuständigen Referenten war deshalb nur folgerichtig, rein formell betrachtet hatte Kahr in dieser Funktion jedoch vor allem Routinearbeit zu leisten: Hierzu gehörte insbesondere die Prüfung und Genehmigung des jährlichen Verwaltungsberichts, die Kontrolle der Verwendungsnachweise für den vom Landtag gewährten Zuschuss⁸⁵⁰, aber auch die Befürwortung staatlicher Auszeichnungen

⁸⁴⁴ Urkunde der Stadt München vom 24.6.1903 (Archiv des Deutschen Museums, VA 4021).

⁸⁴⁵ Vgl. die Wahl der Baukommission in der Vorstandsratssitzung vom 27.6.1904 (Archiv des Deutschen Museums, VA 3972).

⁸⁴⁶ Vgl. die Protokolle der Vorstandsratssitzungen vom 8.5.1905 und vom 23.2.1907 (ebd.).

⁸⁴⁷ Überblick zur Baugeschichte: Füßl, Gründung, 64-67.

⁸⁴⁸ Vgl. zu dieser Rechtsform im Kontext des Museumswesens: Katrin Louise Holzmann, Sammler und Museen. Kooperationsformen der Einbindung von privaten zeitgenössischen Kunstsammlungen in die deutsche Museumslandschaft (Kunst- und Kulturmanagement), Wiesbaden 2016, 70-72.

⁸⁴⁹ In diesem Zusammenhang auch die Zuweisung staatlicher Fördergelder: Füßl, Gründung, 78-80; Kraus, Repräsentation, 26-28.

⁸⁵⁰ Vgl. etwa die Übermittlung der entsprechenden Dokumente durch Miller an Kahr am 23.9.1912 (Archiv des Deutschen Museums, VA 0160/1); vgl. die Landtagsdebatte zur erstmaligen Gewährung eines

und Titelverleihungen für besonders großzügige Stifter.⁸⁵¹ In der Praxis fungierte der Referent freilich auch als erster behördlicher Ansprechpartner für die Museumsleitung, nahm an Sitzung des Vorstandsrates und des Bauausschusses teil und unterstützte das Haus außerdem bei der Suche nach weiteren Ausstellungsstücken, indem er seine Beziehungen zu Künstler- oder Architektenkreisen aktivierte.⁸⁵² Im Laufe der Zeit ergaben sich mithin zahlreiche Möglichkeiten, auch beim operativen Geschäft mitzuwirken, ebenso entwickelte sich eine Freundschaft zu Oskar von Miller und seiner Familie.⁸⁵³

Von besonderer Bedeutung für Public Relations und Fundraising waren schließlich die festlichen Jahressitzungen von Ausschuss und Vorstandsrat⁸⁵⁴, die die Museumsgemeinde jeden Herbst in München zusammenführten und angesichts zahlreich angereister Prominenz jedes Mal höchste Anforderungen an vornehme Gestaltung und Repräsentativität stellten. Neben den staatlichen und städtischen Empfängen blieb deshalb auch genügend Zeit für gesellige Veranstaltungen, bei denen es sich immer wieder anbot, mit den berühmten Gästen ins Gespräch zu kommen; die in den Memoiren aufgeführten Bekanntschaften mit Krupp, Duisberg, Siemens oder Graf von Zeppelin⁸⁵⁵ sind wahrscheinlich auf diese Anlässe zurückzuführen. Zur Grundsteinlegung des Ausstellungsgebäudes kam im November 1906 dann sogar Kaiser Wilhelm nach München, das Programm wurde demgemäß in diesem Jahr noch um einige Stufen aufwendiger gestaltet; im Rahmen der Feierlichkeiten erhielten alle an der Organisation Beteiligten deshalb auch gesonderte Auszeichnungen, Kahr konnte vom Kaiser etwa den preußischen Roten Adlerorden entgegennehmen.⁸⁵⁶

jährlichen Zuschusses von 50 000 Mark in Verh. Landtag 1903/04, Bd. XV, 874-880 (Sitzung vom 29. Juli 1904).

⁸⁵¹ Hierzu liegen zwei Akten vor, die einen regelmäßigen Schriftwechsel zwischen Miller und Kahr enthalten: Archiv des Deutschen Museums, VA 0886/3, VA 0886/4. Nach Prüfung leitete Kahr die Anträge auf Auszeichnung dann jeweils an das Außenministerium weiter.

⁸⁵² Kahr machte das Museum etwa auf die Erwerbungsöglichkeit einer „Wiesbadener Apotheke“ aufmerksam, von der er von Seiten des Germanischen Nationalmuseums erfahren hatte (Kahr an Miller vom 24.10.1913; Archiv des Deutschen Museums, VA 0162/1). Umgekehrt überließ Miller Kahr auch einige Objekte für den VVV, z. B. eine sog. Schwurhand (Miller an Kahr vom 16.12.1912; Archiv des Deutschen Museums, VA 0160/1).

⁸⁵³ Zu diesem Ergebnis kommt auch Füßl, offenbar sind jedoch die privaten Korrespondenzen mit Kahr im Nachlass Millers verloren (Füßl, Miller, 192).

⁸⁵⁴ Füßl, Miller, 279 f. Manche Jahrestagungen fanden auch in anderen deutschen Städten statt, so 1905 in Stuttgart und 1907 in Berlin.

⁸⁵⁵ Kahr-Erinnerungen, pag. 199 f.

⁸⁵⁶ Füßl, Miller, 268 und 271 (Gemälde mit Darstellung der Grundsteinlegung); vgl. die Übermittlung der neu gewährten Auszeichnungen im Innenministerium an die Redaktion des Hof- und Staatshandbuchs vom 17.7.1907 (MInn 84 009).

4.2 Kinderheim, Mitgliedervertreter bei der Gothaer Lebensversicherung, Krippenspiele:

Gesellschaftliches Engagement nach dem Tod des Vaters

Der Ministerialreferent hatte also mehrfach sein Gespür für gewandtes und souveränes Auftreten im repräsentativen Rahmen unter Beweis gestellt, die bereits erwähnte Entsendung zu den reichsweiten Denkmaltagen⁸⁵⁷ lag daher vielleicht auch vor diesem Hintergrund nahe; hierzu passend folgte 1909 die Bestellung Kahrs zum königlichen Kommissar für die protestantische Landessynode in Ansbach: Der Vertreter des Königs nahm hierbei an den Verhandlungen teil und hielt zum Auftakt und zum Schluss kurze Ansprachen.⁸⁵⁸

Wirkt es also geradezu folgerichtig, wie der Protagonist der Studie ab 1902 beruflich eine Stufe nach der anderen voranschritt und den Ruf eines besonders befähigten Beamten erwarb, begünstigten diese Erfolge gleichzeitig den gesellschaftlichen Aufstieg Kahrs, der freilich nicht so linear und kontinuierlich vor sich ging und auch nicht so deutlich an formalen Parametern festzumachen ist. So weit erkennbar, zog es Kahr nach seiner Berufung ins Innenministerium sogar zunächst vor, eine gewisse Zurückhaltung im gesellschaftlichen Leben zu üben und sich nicht direkt in den Vordergrund der Aufmerksamkeit zu drängen. Das erscheint auch durchaus nachvollziehbar, wenn man bedenkt, dass der neu ernannte Regierungsrat vorerst sicherlich genug damit zu tun hatte, sich in seine neue Aufgabe als Baureferent einzuarbeiten und gleichzeitig mit dem Aufbau des VVV schon ein zeitraubendes Ehrenamt übernommen hatte. Der Name Gustav (von) Kahr wurde im gesellschaftlichen Umfeld außerdem primär mit seinem Vater, dem Präsidenten des Verwaltungsgerichtshofes und lebenslänglichen Reichsrat assoziiert, während Kahr jun. als junger Familienvater wohl auch darauf Wert legte, Zeit mit seinen Töchtern zu verbringen: Waren Ilse und Gertraud mit fünf und drei Jahren noch ganz zu Hause, war Ella beim Umzug inzwischen elf Jahre alt und besuchte ab 1904 eine private höhere Töchterschule.⁸⁵⁹ Die Feier zum 25. Jubiläum des Verwaltungsgerichtshofs machte diese gewohnte Rollenverteilung im Oktober 1904⁸⁶⁰

⁸⁵⁷ Siehe Anm. 775.

⁸⁵⁸ Vgl. die formelle Bestellung Kahrs zum Königlichen Kommissar durch Prinzregent Luitpold vom 26.8.1909 (MInn 84 009) sowie den Pressebericht in MAAZ Nr. 273 vom 1.10.1909. Kahr hätte es freilich vorgezogen, auch 1909 am Tag für Denkmalpflege in Trier teilnehmen, wurde dann jedoch von Staatsrat Krazeisen schriftlich darauf hingewiesen, dass „kollidierende Dinge“ bei diesem „ehrentollen Amt“ zurückzustehen hätten (Krazeisen an Kahr vom 24.8.1909 in MInn 84 009).

⁸⁵⁹ Ella Kahr besuchte ab 1904 die höhere Töchterschule („Mädchenlyzeum“) in der Schellingstraße, vgl. die Schulzeugnisse im Privatnachlass Kahr, Dokumente.

⁸⁶⁰ Zink, Kahr, 61.

noch einmal deutlich, Anfang des folgenden Jahres wurde Kahr sen. jedoch ernstlich krank und erholte sich trotz eines Kuraufenthalts in Südtirol und des Jahresurlaubs in Berchtesgaden nicht nachhaltig. Er reichte deshalb sein Pensionsgesuch ein, konnte seinen Ruhestand jedoch nicht mehr genießen, sondern erlag am 31. Oktober 1905 der erlittenen Rippenfellentzündung und ihrer Folgen.⁸⁶¹

Mit dem Tod des Vaters zum Familienoberhaupt aufgestiegen, fühlte sich Kahr nun offenbar veranlasst, auch die damit verbundenen Pflichten wahrzunehmen und entschied sich, fortan stärker in gesellschaftlichen Kontexten hervorzutreten. Er übernahm deshalb einerseits das langjährige Ehrenamt des Verstorbenen und wurde neuer Kassier der protestantischen Rettungsanstalt Feldkirchen, einer Einrichtung der Inneren Mission München, die sich auf das Erbe des bekannten Sozialpädagogen Johann Hinrich Wichern berief.⁸⁶² In den 1850er Jahren in der ältesten protestantischen Landpfarrei Oberbayerns gegründet, betrieb die Rettungsanstalt inzwischen eines der größten Kinderheime des Königreichs und bot außerdem Konfirmationsunterricht für Jugendliche aus der ländlichen Diaspora an, die sich in ihrem Heimatort nicht angemessen auf den ersten Abendmahlempfang vorbereiten konnten. Kahr trat also eine prestigeträchtige und zugleich verantwortungsvolle Aufgabe an, zumal die Einrichtung nach dem Bau zweier Unterkunftshäuser für über 100 Kinder offenbar durchaus mit finanziellen Engpässen zu kämpfen hatte, die auch von der Spendenbereitschaft der evangelischen Gemeinden nicht völlig behoben werden konnten.⁸⁶³ Der neue Kassierer musste sich dementsprechend sogleich der Stabilisierung des Haushalts widmen, Kürzungen bei den Pflegekindern kamen freilich höchstens im begrenzten Ausmaß in Frage, es ist daher anzunehmen, dass der Oberregierungsrat abermals seine guten Beziehungen aktivierte, um zusätzliche Mittel einzuwerben; diese Annahme erscheint auch deshalb plausibel, da Kahr einige Jahre später auf eben diese Weise aushalf und in der Inflation Dollarspenden amerikanischer Freunde an die Rettungsanstalt weiterleitete.⁸⁶⁴

1905 erklärte sich Kahr außerdem bereit, das Angebot zur Wahl in die Mitgliedervertretung der Gothaer Lebensversicherung anzunehmen, ein Gremium von

⁸⁶¹ Vgl. die relativ ausführliche, von Kahr zu einem unbekanntem Zeitpunkt abgefasste handschriftliche Aufzeichnung über die letzten Lebensmonate und den Tod seines Vaters im Privatnachlass Kahr, Manuskripte; sie wird dort als „Stammbaum des Sterbens“ bezeichnet.

⁸⁶² Zur Protestantischen Rettungshaus Feldkirchen allgemein: Cornelia Oelwein, Feldkirchen: Chronik, München 2017, 110-121; sowie die Überlieferung im Stadtarchiv München, Vereine II/5 und die in der Bayerischen Staatsbibliothek für den Zeitraum von 1895 bis 1921 vorhandenen Jahresberichte der Anstalt. Zur Übernahme des Ehrenamts: Kahr-Erinnerungen, pag. 28f.

⁸⁶³ Dazu Oelwein, Feldkirchen, 114 und das Material zum Erweiterungsbau in Stadtarchiv München, Vereine II/5 Nr. 5b.

⁸⁶⁴ Kahr-Erinnerungen, pag. 903.

insgesamt 30 Delegierten, das in dem ältesten deutschen Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit die Interessen von über 100 000 Versicherungsnehmern wahrnahm und gleichzeitig das funktionale Äquivalent einer Mitgliederversammlung bei Aktiengesellschaften darstellte.⁸⁶⁵ Das jeweils jeden Frühjahr und Herbst im thüringischen Gotha versammelte „oberste Organ“⁸⁶⁶ entschied dementsprechend u. a. über die personelle Zusammensetzung des Aufsichtsrates sowie das Jahresbudget und ließ sich von der Verwaltung über alle geschäftlich relevanten Vorgänge Bericht erstatten; die daraufhin von den Mitgliedervertretern gefassten Beschlüsse hatten für das Unternehmen bindenden Charakter.⁸⁶⁷ Kahr war hierbei in der Runde der einzige Bevollmächtigte aus Bayern, er fungierte damit als bevorzugter Ansprechpartner der von immerhin vier Filialen betreuten Versicherungsnehmer im Königreich und kannte wohl eine große Anzahl der in München ansässigen Mitglieder.⁸⁶⁸ Parallel dazu boten die Gothaer Versammlungen reichlich Gelegenheit, Kontakte zu den Kollegen im Gremium aufzubauen, zu denen zahlreiche Unternehmer, Rechtsanwälte, Ärzte und Verwaltungsbeamte gehörten; dies galt dann erst recht ab 1911, als Kahr sogar zum Vorsitzenden der Mitgliedervertretung bestimmt wurde und fortan die Verhandlungen leitete.⁸⁶⁹

Bei diesen zusätzlichen Belastungen verwundert es daher nicht, dass der Oberregierungsrat schon 1906 mit Verweis auf seine zahlreichen Verpflichtungen um seine Verabschiedung aus der Landwehr nachsuchte und das Militär nach fünfundzwanzigjähriger Dienstzeit endgültig verließ.⁸⁷⁰ Diese Entscheidung fiel dem Reserveoffizier sicherlich schwer, war aber wohl notwendig, da Kahr zur gleichen Zeit außerdem noch die Anstrengungen intensivierte, den VVV auch über sein genuines

⁸⁶⁵ Vgl. hierzu die ausführliche Darstellung in der Jubiläumsschrift zum 100. Jubiläum der Versicherung: Karl Samwer (Hg.), Hundert Jahre Gothaer Lebensversicherungsbank auf Gegenseitigkeit 1827-1927. Eine Festschrift, Gotha 1927.

⁸⁶⁶ Karl Samwer, Ein Überblick über die Geschichte der Gothaer Lebensversicherungsbank, in: ders. (Hg.), Hundert Jahre, 1-72, hier: 7.

⁸⁶⁷ Zu den Aufgaben von Aufsichtsrat und Verwaltung vgl. ebd., 9-12.

⁸⁶⁸ Die Versicherung beschäftigte einen „Hauptbevollmächtigten für Bayern“, Bezirksverwalter waren in München, Augsburg, Nürnberg und Bamberg tätig (Ebd., 71 f.). Vgl. auch die Sammlung Kahrs (NL Kahr 48) zu seiner Tätigkeit bei der Gothaer, die jedoch weitgehend Material aus den 1920er Jahren (etwa zur Vorbereitung der Jubiläumsfeier 1927) enthält.

⁸⁶⁹ Vgl. den Überblick über die Zusammensetzung der Mitgliedervertretung, ebd., 63 f. Kahr erwähnt in seinen Memoiren (Kahr-Erinnerungen, pag. 216-220) explizit die freundschaftlichen Kontakte zu Generaldirektor Karl Samwer, Johannes Karup (Versicherungsmathematiker), Georg Florschütz (Bankarzt), Carl Kuhn und Arnold Paulssen (Staatsräte Thüringen) sowie Otto Liebetrau (Bürgermeister Gotha). Vgl. auch den Hinweis Ernst Adolf Müllers (Zeitfreiwilliger in den frühen 1920er Jahren) auf die in der Gothaer Mitgliedervertretung geknüpften Kontakt Kahrs zu seiner Familie: IfZ, ZS 2436, pag. 51 [digital unter URL: <<https://www.ifz-muenchen.de/archiv/zs/zs-2436.pdf>>; zuletzt eingesehen am 2.3.2021].

⁸⁷⁰ Siehe hierzu Anm. 231.

Tätigkeitsfeld hinaus stärker im gesellschaftlichen Leben der Stadt zu verankern. Denn sprach die eigentliche Heimatschutz-Arbeit eben doch nur immer eine bestimmte Klientel an, würden traditionell gestaltete Krippenspiele zu Weihnachten hingegen ganz sicher Jung und Alt ohne Unterschied begeistern und den Veranstalter als Förderer der städtischen Kultur ins Gespräch bringen. Gemeinsam mit dem Dachauer Maler Hermann Stockmann, der die künstlerische Leitung übernahm, organisierte Kahr deshalb ab 1905 adventliche Aufführungsserien im Künstlerhaus⁸⁷¹, die bis zu elf Einzelvorstellungen umfassten und schon 1908 über 7000 Besucher anlockten; bald gab es sogar kostenlose Sondervorführungen für Münchner Waisenkinder oder die königliche Familie.⁸⁷² Auf der Bühne standen dabei ausschließlich Laienschauspieler aus dem Dunstkreis des VVV, die die Szenen in wochenlanger Kleinarbeit jedes Jahr einstudierten, dafür aber auch regelmäßig viel Lob in der städtischen Presse erhielten.⁸⁷³ Die musikalische Untermalung der Aufführungen lag wiederum in den Händen der von Kahr mobilisierten Activitas des Akademischen Gesangvereins, die mit über einem Dutzend Studenten präsent war⁸⁷⁴ und so dokumentierte, dass der „Alte Herr“ nach wie vor gute Kontakte zur inzwischen deutlich jüngeren Studentenschaft pflegte; eine Runde aus Ludwig Renner, Otto Blümel, Franz Winter und dem späteren Schwiegersohn Anton Kerschensteiner kam offenbar auch regelmäßig in der Privatwohnung des Ministerialbeamten zusammen.⁸⁷⁵

Angesichts des so abermals unterstrichenen Engagement für Kultur und Heimatschutz war es dann nur eine Frage der Zeit, bis Kahr selbst den Part des Gastes übernehmen durfte und sich die privaten Rückzugsräume der Münchner Künstlerschaft für ihn

⁸⁷¹ So die erstmalige Erwähnung in der Vereinschronik: *Volkskunst und Volkskunde* 4 (1906), 16.

⁸⁷² ‚Krippenspiele Weihnachten 1907‘, in: *Volkskunst und Volkskunde* 6 (1908), 10-12; ‚Krippenspiele 1908‘, in: *Volkskunst und Volkskunde* 7 (1909), 16 f.; ‚Vereins-Chronik‘, in: *Volkskunst und Volkskunde* 8 (1910), 12; Kahr-Erinnerungen, pag. 181.

⁸⁷³ Vgl. die in der Vereinszeitschrift (siehe vorherige Anm.) zitierten Presseberichte.

⁸⁷⁴ Vgl. die namentliche Aufzählung in: ‚Krippenspiele Weihnachten 1907‘, in: *Volkskunst und Volkskunde* 6 (1908), 10-12.

⁸⁷⁵ Kahr-Erinnerungen, pag. 207: „Ein sangesfroher und sangeskundiger Kreis fröhlicher junger Freunde, mit denen ich immer jung sein konnte, ging gerne bei uns ein und aus.“

Ludwig Renner (1884-1962) wurde nach seinem Studium Lehrer und wirkte von 1920 bis 1950 als Studienprofessor am Gymnasium Landshut; er machte sich dort als Gegner des Nationalsozialismus einen Namen, vgl. den Personalakt MK 47 186 sowie Mario Tamme, Ein Beispiel für NS-Resistenz: Studienprofessor Ludwig Renner. NS-Gegner, Lehrer, Künstler, Bürgermeister und Freund Fritz Koenigs, in: Alexander Langkals u. a. (Hg.), *Landshut 1939-1945. Ein Zeitspiegel in Bild und Wort*, Landshut [2020], 151-159.

Otto Blümel (1881-1973) studierte an der TH München Architektur und war von 1920 bis 1949 Direktor der Fachschule für Holzschnitzerei in Garmisch-Partenkirchen, vgl. den Eintrag als Ehrenbürger [URL: <<https://buergerservice.gapa.de/de/geschichte/geschichte-von-garmisch-partenkirchen/ehrenbuenger-garmisch-partenkirchen/bluemel-otto>>; zuletzt eingesehen am 2.3.2021].

Franz Winter (1884-1944) absolvierte 1912 seinen Staatskonkurs und wurde nach der Rückkehr aus dem Krieg Syndikus beim Bayerischen Landwirtschaftsrat (OP 18 452).

Im Privatnachlass Kahr sind Korrespondenzen und Feldpostbriefe mit Renner, Blümel und Winter überliefert.

öffneten. Neben den Feiern der Allotria⁸⁷⁶ unternahm er deshalb unter anderem mit Hermann Stockmann Ausflüge ins Dachauer Land, schaute immer wieder bei Gabriel von Seidl nahe Tölz vorbei oder besuchte Festgesellschaften bei dessen Bruder Emanuel in Murnau, an denen etwa Adolf Hengeler oder Franz von Stuck teilnahmen⁸⁷⁷; der befreundete Architekt Friedrich von Thiersch erklärte sich wiederum bereit, nach dem Tod von Kahrs Mutter Emilie 1911 ein Feldkruzifix zu entwerfen, das im Feriendomizil der Familie in Schönau am Königssee aufgestellt wurde, um dort vor idyllischer Bergkulisse an die Eltern des Auftraggebers zu erinnern.⁸⁷⁸

5. Höhepunkt einer Beamtenkarriere: Staatsrat und Minister-Stellvertreter

Vom beruflichen und gesellschaftlichen Erfolg getragen, war es deshalb auch keine Überraschung, dass Kahr zunehmend in den Genuss von Ehrenämtern und Auszeichnungen kam: Hierzu zählten etwa Einladungen an die Hoftafel des Prinzregenten⁸⁷⁹, die Berufung in das Kuratorium der Ausstellung „München 1908“⁸⁸⁰, mit der das Messegelände an der Theresienwiese eingeweiht wurde oder die Gewährung der Ehrenmitgliedschaft im traditionsreichen Polytechnischen Verein⁸⁸¹, die wohl die geleistete Arbeit bei der Fortentwicklung der Baupolizei belohnen sollte; die bereits erwähnte Verleihung des persönlichen Adels erfolgte dann 1911 und stellte den äußeren Höhepunkt der erhaltenen Distinktionen dar.

Von der inneren Folgerichtigkeit dieses Cursus Honorum zu unterscheiden ist hingegen die Bestellung Kahrs zum Staatsrat, d. h. zum ständigen Stellvertreter des Ministers und leitenden Beamten des Ressorts, die immer nur einem der ca. 15 Ministerialreferenten offen stand und daher als besondere Ehre und Auszeichnung galt. Der Posten wurde im September 1912 vakant, da sein bisheriger Inhaber Carl Johann von Krazeisen das Haus

⁸⁷⁶ Siehe Anm. 564.

⁸⁷⁷ Vgl. die Korrespondenzen mit Hermann Stockmann in NL Kahr 24 und im Privatnachlass Kahr sowie die Einträge Kahrs im Gästebuch Emanuel von Seidls [URL: <<https://daten.digital-sammlungen.de/0012/bsb00120315/images/index.html?id=00120315&groesser=&fip=eayasdaseayaqrssdassdasweayaeyaya&no=44&seite=270>>; <<https://daten.digital-sammlungen.de/0012/bsb00120316/images/index.html?id=00120316&groesser=&fip=eayasdaseayaqrssdassdasweayaeyaya&no=116&seite=114>>; <<https://daten.digital-sammlungen.de/0012/bsb00120316/images/index.html?id=00120316&groesser=&fip=eayasdaseayaqrssdassdasweayaeyaya&no=211&seite=209>>; zuletzt eingesehen am 2.3.2021].

⁸⁷⁸ Vgl. August Thiersch an Kahr vom 27.10.1912 (Privatnachlass Kahr, Korrespondenz) mit Vorschlägen zur Ausführung des Feldkreuzes und entsprechenden Skizzen.

⁸⁷⁹ Vgl. die Einladungskarten zu den Hoftafeln am 13.4.1908 und am 14.1.1912 im Privatnachlass Kahr, Korrespondenz.

⁸⁸⁰ Vgl. die Zustimmung des Ministers zur Berufung Kahrs: Feilitzsch an Bürgermeister Borscht vom 28.2.1907 (MInn 84 009).

⁸⁸¹ Polytechnischer Verein an Kahr vom 24.2.1910 (MInn 84 009).

als neu ernannter Präsident des Verwaltungsgerichtshofs verließ⁸⁸² und damit dem selbst vor einem halben Jahr neu ernannten Minister rasch die Möglichkeit eröffnete, das herausgehobene Amt zu besetzen. In dieser Situation entschied sich Maximilian von Soden-Fraunhofen für Gustav von Kahr und zog den bisherigen Referenten für Baupolizei dabei sogar zwei Kollegen vor, die aufgrund ihres höheren Dienstalters eigentlich die erste Anwartschaft auf die Beförderung inne hatten und deshalb mit Titeln entschädigt wurden.⁸⁸³ Kahr hatte also nicht nur den höchstmöglichen Rang der regulären Beamtenlaufbahn erreicht, er durfte sich auch als Wunschkandidat seines Ministers betrachten, der ihm dementsprechend von Anfang an eine besondere Vertrauensstellung einräumte: So besprach Soden nicht nur alle grundsätzlichen Entscheidungen und Landtagsreden mit Kahr, er überließ seinem Staatsrat auch weitgehend die operative Leitung des Hauses⁸⁸⁴ und konzentrierte sich selbst meist auf die genuin politischen Tagesfragen sowie ausgewählte Themenfelder, denen er in seiner Amtsführung besondere Bedeutung zumaß – darunter vor allem die Förderung der Landwirtschaft.⁸⁸⁵ Basis und zentrale Voraussetzung für diese kooperative Aufteilung der Amtsgeschäfte war ohne Zweifel, dass der Minister Kahr nicht nur als zuverlässigen Verwaltungsbeamten schätzte, sondern auch schnell eine weitgehende Übereinstimmung in politischen und weltanschaulichen Fragen erkannte, die ein verständnisvolles Zusammenarbeiten über rein dienstliche Belange hinaus ermöglichte. So vertrat Soden, ein streng gläubiger Katholik, wie sein Staatsrat sozial-konservative Positionen und hatte sich schon als Reichstagsabgeordneter der Bismarck-Ära für den Aufbau einer staatlichen Sozialversicherung und die Beschränkung „städtisch-kapitalistischer Interessen“⁸⁸⁶ eingesetzt; der Zentrumspolitiker Soden und der Heimatschützer Kahr trafen sich also in ihrem Bemühen um eine integrierte und zugleich behutsam auf die Herausforderungen der Moderne vorbereiteten Gesellschaft. Neben dieser inhaltlichen Symbiose sind allerdings auch andere Gründe erkennbar, die Soden veranlassten, seinem Staatsrat ein so großes Maß an Verantwortung zu übertragen: Denn ähnlich wie der neue Ministerratsvorsitzende Georg von Hertling⁸⁸⁷ gehörte der Graf zwar zu den bekanntesten

⁸⁸² Schärl, *Beamtenschaft*, 221.

⁸⁸³ Vgl. Soden an Prinzregent Luitpold vom 2.9.1912 (Staatsrat 8136) mit Begründung der Entscheidung für Kahr und der Ankündigung der Titelverleihung an Otto von Strößenreuther und Philipp von Kohl.

⁸⁸⁴ Kahr-Erinnerungen, pag. 251.

⁸⁸⁵ Zur Biographie und zum politischen Wirken von *Maximilian von Soden-Fraunhofen* (1844-1922) vgl. den Überblick bei: Löffler, *Kammer der Reichsräte*, 173-180.

⁸⁸⁶ Ebd., 175.

⁸⁸⁷ Katharina Weigand, *Der vielfach Vergessene. Die Rolle Georg von Hertlings in der deutschen und bayerischen Politik*, in: Ulrike Leutheusser - Hermann Rumschöttel (Hg.), *König Ludwig III. und das Ende der Monarchie in Bayern*, München 2014, 145-156.

Parlamentariern Bayerns, war aber in Verwaltungsangelegenheit recht unerfahren und hatte nun im Alter von 68 Jahren als Leiter des großen Innenministeriums erstmals Regierungsverantwortung übernommen; ein starker und vertrauenswürdiger Staatsrat konnte in dieser Situation sicherlich erheblichen Rückhalt und auch Entlastung bieten. Zudem wurde Kahrs Vorgesetzter schon in seinem ersten Jahr als Minister von mehreren brisanten politischen Problemen in Anspruch genommen: So begannen in Bezug auf die sog. Regentschaftsfrage⁸⁸⁸ bereits im Herbst 1912 die Beratungen, was nach dem Tod des inzwischen 91jährigen Prinzregenten Luitpold zu tun sei und welche Wege offen standen, um dem nachfolgenden Prinz Ludwig eine Thronbesteigung zu ermöglichen, d. h. Bayern nach 26 Jahren wieder einen wirklich regierenden und auch öffentlich präsenten König zu geben. Die Minister verständigten sich nach umfangreichen Gesprächen – und gegen die ursprüngliche Position Sodens – schließlich auf eine Verfassungsänderung, diese Lösung konnte allerdings vorerst nicht in die Tat umgesetzt werden, da das Zentrum bei Eintreten der Erbfolge im Dezember 1912 zunächst seine Zustimmung verweigerte und sich dabei auf das monarchische Prinzip berief. Die Frage musste daher vorerst in der Schublade bleiben, wurde aber schon zehn Monate später wieder akut, als die Mehrheitspartei im Oktober 1913 nun doch ihre Bedenken aufgab und den Weg für die Königsproklamation freimachte. Alle Vorlagen waren also noch einmal zu beraten, ehe Prinz Ludwig am 5. November die Regentschaft für beendet erklärte und als Ludwig III. den Thron bestieg.

Gleichzeitig kam es schon kurze Zeit nach Ernennung des Kabinetts Hertling zu einem tiefgreifenden und lange anhaltenden Ressortkonflikt Sodens mit Verkehrsminister Lorenz von Seidlein, der die Zuständigkeit seines Hauses für die anstehende Elektrifizierung des Landes – ausgehend von der Eisenbahn – beanspruchte und deshalb auch zumindest ein Mitspracherecht beim Bau des Walchenseekraftwerkes einforderte.⁸⁸⁹ Soden wollte hier jedoch keine Kompetenzen abgeben, zumal Seidlein eher auf der Seite der Befürworter einer gemischtwirtschaftlichen Umsetzung stand, die der Innenminister jedoch ablehnte und auch den bisher entwickelten Plänen widersprach. Eine Verständigung war hier also sehr schwierig, Seidlein wollte sich dann auch nicht mit dem Ergebnis einer Besprechung zufriedengeben, die die Zuständigkeit seines Konterparts

⁸⁸⁸ Darstellung der Ereignisse im Überblick: Albrecht, Landtag und Regierung, 48-61; Löffler, Kammer der Reichsräte, 539-549.

⁸⁸⁹ Überblick zur Thematik unter Einbezug des Ressortkonflikts bei: Füßl, Miller, 173-178; Pohl, Bayernwerk, 41-51; Löffler, Kammer der Reichsräte, 323-335.

feststellte und beschwerte sich im Anschluss daran persönlich bei Hertling.⁸⁹⁰ Unter diesen Voraussetzungen blieb schließlich nur noch die Möglichkeit einer „Allerhöchsten Anordnung“⁸⁹¹ an beide Minister, sich auf eine gemeinsame Regelung zu verständigen, die Differenzen wurden damit allerdings nur oberflächlich kaschiert. Kahr stand in dieser Auseinandersetzung übrigens abermals mit voller Überzeugung hinter Graf von Soden, da er den Bau des Walchenseekraftwerks aus Gründen des Natur- und Heimatschutzes ohnehin kritisch sah und deshalb eine Ausführung durch private Konzerne unbedingt verhindern wollte. Wenn das Projekt nach dem Tod seines Freundes Gabriel von Seidl, der als Vorstand des Isartalvereins den Widerstand organisiert hatte, also schon ausgeführt werden sollte, war es immerhin besser, alles in öffentlicher Hand und Entscheidungshoheit zu belassen und mit Oskar von Miller einen weiteren Freund mit der Umsetzung zu beauftragen.⁸⁹²

Was waren nun aber die regulären Aufgaben eines Staatsrates? Zunächst einmal verwies diese Rangbezeichnung auf den Staatsrat als Gremium⁸⁹³, d. h. das schon auf die Montgelas-Zeit zurückgehende oberste beratende Organ des Königs, das zwar seine politische Funktion inzwischen weitgehend eingebüßt hatte, aber zumindest pro forma weiterhin alle Gesetzesvorlagen in Anwesenheit des Monarchen behandelte und auch als Beschwerdeinstanz – etwa bei Verfassungsverletzungen – angerufen werden konnte. Kahr war also jetzt ständiges Mitglied dieses „erweiterte[n] Ministerrats“⁸⁹⁴ und damit am 28. Oktober 1913 auch an der Abstimmung über die Verfassungsänderung zur Beendigung der Regentschaft beteiligt; er schloss sich dabei allen anderen Anwesenden an und votierte in der mündlichen Umfrage mit „Ja“.⁸⁹⁵

Im Ministerium selbst führte der Staatsrat wie üblich das Personalreferat, schlug dem Minister also die Stellenbesetzungen im eigenen Haus, bei den Kreisregierungen sowie den Bezirksämtern vor und stellte die regelmäßige Qualifikation, d. h. dienstliche Beurteilung, aller Beamten der inneren Verwaltung sicher.⁸⁹⁶ Der Personalreferent war

⁸⁹⁰ Eine nochmalige Besprechung zwischen Hertling, Soden und Seidlein hatte am 22.2.1913 kein Ergebnis gebracht, Soden wollte bei einer Entscheidung für das Verkehrsministerium sogar die Kabinettsfrage stellen. Seidlein suchte den Ministerratsvorsitzenden am 3. Mai abermals auf und kritisierte dabei auch die Geschäftsführung seines Kollegen. Vgl. Niederschriften in MA 962.

⁸⁹¹ So die Formulierung im Ministerratsprotokoll vom 26.8.1913 (MA 99 511).

⁸⁹² Vgl. die kritische Stellungnahme zum Walchenseekraftwerk in den Kahr-Erinnerungen, pag. 187-189; zur Ausführung des Projekts siehe Anm. 1265.

⁸⁹³ Im Überblick: Heinz W. Schlaich, Der bayerische Staatsrat. Beiträge zu seiner Entwicklung von 1808/09 bis 1918, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 28 (1965), 460-522; Königlich Allerhöchste Verordnung vom 3.8.1879, den Staatsrat betreffend (GVBl. 1879, 737-743).

⁸⁹⁴ Schlaich, Staatsrat, 521.

⁸⁹⁵ Darstellung des Sitzungsverlaufs: ebd., 518 f.

⁸⁹⁶ Zur Rolle des Personalreferats: Götschmann, Innenministerium, 169-173.

außerdem für die Koordination der Ausbildung des Beamtennachwuchses im Vorbereitungsdienst und im Akzeß zuständig, Kahr hatte deshalb stets alle dem Ressort unterstellten Behörden im Blick und entschied außerdem darüber, welche Anwärter mit einer Berufung ins Ministerium ausgezeichnet werden sollten; die Förderung dieser Begabtenauslese im sog. „Akzessistenkollegium“⁸⁹⁷ war ihm dann auch ein besonderes Anliegen.

Wie schon in seinen früheren Funktionen wollte der Staatsrat jedoch auch in seinem neuen Amt eigene Akzente setzen und rief deshalb gemeinsam mit seinem Hilfsreferenten Eduard Hamm⁸⁹⁸ Fortbildungskurse für höhere Staatsbeamte ins Leben, die sich im Rahmen eines gemischten Programms aus Vorlesungen, Seminarformaten und Besichtigungen zwei Wochen mit einem Schwerpunktthema befassten. Leitgedanke war dabei, den Kollegen Gegenstände aus Wirtschaft und Wissenschaft in ihrer Bedeutung für das Verwaltungshandeln näher zu bringen, die bei der Ausbildung höchstens am Rande behandelt werden konnten und somit vielen Juristen kaum geläufig waren.⁸⁹⁹ Der erste, gemeinsam mit dem Polytechnischen Verein durchgeführte Kurs im April 1913 beschäftigte sich in diesem Sinne mit Fragen der Wasserwirtschaft⁹⁰⁰, wenige Wochen später ging es mit vielen befreundeten Referenten um Städtebau und Heimatschutz.⁹⁰¹ Daneben behielt Kahr auch seine Zuständigkeit für die Staatsaufsicht des Deutschen Museums und eben Denkmalpflege und Heimatschutz, was ihm – wie schon erwähnt – ermöglichte, in offizieller Funktion der Eröffnung des Kriegerholungsheims Schwindegg sowie der neuen Polizeidirektion bei der restaurierten Augustinerkirche beizuwohnen.⁹⁰² Besonderen Eindruck hinterließ bei ihm außerdem die sog. Jahrhundertfeier in der Befreiungshalle Kelheim, die auf Wunsch des Prinzregenten am 25. August 1913, dem Geburts- und Namenstages ihres Erbauers stattfand⁹⁰³ und in Anwesenheit aller Bundesfürsten und des Kaisers einem Staatsakt glich: Das Innenministerium hatte die

⁸⁹⁷ So die Bezeichnung in der Grußkarte Kislinger, Woerner, Kerschensteiner an Kahr (August 1913) in NL Kahr 55.

⁸⁹⁸ Unger, Staatsministerium, 252. Zur Biographie von *Eduard Hamm* (1879-1944) vgl. Hardtwig, Hamm.

⁸⁹⁹ Vgl. die Ausführungen Kahrs zum Konzept der Kurse in einer Vorbesprechung am 24.2.1913 (Niederschrift in MInn 65 300).

⁹⁰⁰ „Arbeitsplan für den I. Fortbildungskurs für Staatsverwaltungsbeamte vom 3. bis 16. April in München“ in MInn 65 300.

⁹⁰¹ Vgl. das Kursprogramm und die Korrespondenz mit den Referenten (u. a. Hans Grässel, Hermann Stockmann, Karl Trautmann) in MInn 65 301.

⁹⁰² Siehe Anm. 831 und 832.

⁹⁰³ Katharina Weigand, 100 Jahre Befreiungskriege oder 50 Jahre Einweihung der Kelheimer Befreiungshalle? Die Kelheimer Festlichkeiten des Jahres 1913, in: Christoph Wagner - Gerald Dagit (Hg.), Die Befreiungshalle Kelheim: Geschichte, Mythos, Gegenwart, Regensburg 2012, 293-314.

pompöse Veranstaltung mit organisiert, Kahr nahm deshalb auch an der großen Galatafel in der Bankethalle teil.⁹⁰⁴

Auch privat gab es wiederholt Grund zum Feiern: So bezog Familie Kahr im März 1914 ihre neue Wohnung im Damenstiftsgebäude an der Ludwigstraße, das nach Verlegung des Maximiliansgymnasiums weitgehend leer stand und noch auf Initiative des damaligen Baupolizeireferenten Kahr vom Staat erworben worden war; eine dauerhafte Bleibe für den Landesverein für Heimatpflege hatte sich mit dem zugehörigen Riedererhaus dabei zusätzlich ergeben.⁹⁰⁵ Der Staatsrat wohnte jetzt also in seiner früheren Schule in der Prachtstraße Ludwig I. und konnte zum Einzug gleich die Hochzeit seiner ältesten Tochter Ella mit Anton Kerschensteiner, einem Mitglied des „Akzessistenkollegiums“ und Neffe des bekannten Reformpädagogen, feiern: Die frisch gebackene Abiturientin hatte den jungen Beamten vor ihrem Abschluss kennengelernt und sich am Tag ihres Abschlussballs mit ihm verlobt.⁹⁰⁶

Ein Ausdruck von Zukunftsoptimismus und Freude über das Erreichte war schließlich auch der Empfang Ludwigs III. auf der inzwischen weitgehend restaurierten Neuburg am 18. Juni 1914, als der König in Anwesenheit zahlreicher Ehrengäste die fertiggestellten Prachträume besichtigte und den Heimatschützern zu ihrer Arbeit gratulierte.⁹⁰⁷ Die Erinnerung an dieses Fest mitten „im tiefsten Frieden“⁹⁰⁸ erhielt im Rückblick allerdings schon bald eine andere, nostalgische Bedeutung.

⁹⁰⁴ Programm und Sitzordnung in NL Kahr 55.

⁹⁰⁵ Nachdem die Monumentalbaukommission den Erwerb des Gebäudes durch den Staat am 16.3.1912 nachdrücklich empfohlen hatte (Krazeisen an StMF vom 4.4.1912), setzte sich das Innenministerium beim zunächst skeptischen Finanzressort wiederholt für einen Ankauf ein und drang mit seiner Position schließlich durch (Breunig an StMI vom 25.6.1912; Soden an StMF vom 12.7.1912). Der Kauf wurde nach Auszug des Max-Gymnasiums am 22. Januar 1913 vollzogen und Kahr signalisierte daraufhin Interesse, die Wohnräume im zweiten Stockwerk sowie einige angrenzende Gartengrundstücke privat zu mieten, vgl. die Vormerkung des StMF (Sternner) vom 9.10.1913. Der Mietvertrag wurde am 6.11.1913 (Breunig an Regierung von Oberbayern, Kammer der Finanzen) genehmigt und Kahr konnte im März 1914 einziehen. Alle genannten Dokumente im Sachakt MF 67 639.

⁹⁰⁶ Ella Kerschensteiner, Erinnerungen (1996), pag. 35 (Privatnachlass Kahr, Persönliche Schriften).

⁹⁰⁷ Hartleb, Neuburg, 214 f. Vgl. das Gästebuch Neuburg (Privatnachlass Kahr) mit den Unterschriften aller Teilnehmer und die Schilderung des Besuchs im Nachruf für Julius M. Groeschel: Kahr, Groeschel, VI.

⁹⁰⁸ Kahr-Erinnerungen, pag. 256.

V. An der Heimatfront: Kahr im Ersten Weltkrieg

„Ich komme nun zu einem neuen Abschnitt meines vielbewegten Lebens.“⁹⁰⁹

Nur wenige Tage nach dem „Königstag“⁹¹⁰ auf der Neuburg ereignete sich in Sarajevo das Attentat auf den österreichischen Thronfolger Franz Ferdinand, der mit seiner Frau seinen Verletzungen erlag. Die Folgen sind bekannt: Das Bestreben der k. u. k. Monarchie, Serbien für den Mord zur Rechenschaft zu ziehen, löste vor allem aufgrund der bestehenden Bündnissysteme eine nicht eingehegte Kettenreaktion aus, die letztlich zum Krieg führte. Das österreichische Ultimatum an Belgrad rief Russland auf den Plan, worauf nacheinander die Bündnisfälle für Deutschland, Frankreich und Großbritannien eintraten. Keine Regierung wollte dabei das Gesicht verlieren und Schwäche zeigen, in einer noch geschürten Atmosphäre des patriotischen Überschwangs kam es deshalb innerhalb weniger Tage zur großen Konfrontation: Bis zum 4. August waren die Würfel gefallen, als sich das Deutsche Reich in einem Zweifrontenkrieg gegen Frankreich, Großbritannien und Russland befand. Entgegen der anfänglich von allen Seiten geteilten Erwartung einer schnellen militärischen Entscheidung dauerte der bald auf allen Kontinenten geführte „Große Krieg“ dann jedoch mehr als vier Jahre und veränderte vor allem das von Fronten durchzogene Europa für immer. Der Krieg gilt deshalb heute völlig zu Recht als eigenständiger Zeitabschnitt, der weit über das Ende der Kampfhandlungen hinaus nachwirkte.

Wie das Eingangszitat zeigt, gilt diese Diagnose jedoch nicht nur für die „große“ Geschichte; mit vielen anderen Zeitgenossen nahm auch Kahr im Rückblick diese umfassende Perspektive ein und betrachtete das Jahr 1914 als biographische Zäsur, die sowohl sein persönliches Leben, als auch die dafür maßgeblichen Umstände grundlegend veränderte – auch wenn er zu Kriegsbeginn schon fast 52 Jahre alt war und die Position des Staatsrates in aller Regel eine zuverlässige Versicherung gegen abrupte biographische Umbrüche bot. Erwartungsgemäß blieb der dienstliche Werdegang Kahrs dann auch weiterhin von hoher Kontinuität geprägt und erlebte bis Kriegsende nur eine bedeutende Weichenstellung, als er – zumindest von außen betrachtet – auf ganz übliche Weise seine Zeit im Innenministerium beendete und zum Regierungspräsidenten von Oberbayern

⁹⁰⁹ Kahr-Erinnerungen, pag. 257.

⁹¹⁰ Hartleb, Neuburg, 214.

ernannt wurde. Dieser Posten galt im Allgemeinen als krönender Karriereschlusspunkt und bot sich geradezu an, um zehn Jahre vor Erreichen des eigenen Pensionsalters noch einmal eine neue Aufgabe zu übernehmen.

In einer Art Vorwort zum Memoiren-Kapitel „Der große Krieg“⁹¹¹ verortete Kahr den biographischen Einschnitt deshalb auch auf einer anderen Ebene und stellte die Jahre zwischen 1914 und 1918 unter den Spannungsbogen eines kollektiv einprägsamen Erlebens, das zumindest im Rückblick ganz dem dramatischen Muster von erstaunlichem Aufstieg und tiefem Fall folgte. Und in der Tat bot sich dieses Narrativ geradezu an, um damit die immer wieder betonten Entwicklungslinien zu charakterisieren, die den Krieg auch an der Heimatfront zu einem einschneidenden Erlebnis für alle Zeitgenossen machte – mochte es nun die Etappen von der begeisterten Siegeszuversicht des Anfangs bis zum militärischen Zusammenbruch nachzeichnen, sich auf den schrittweisen Diskurswandel vom gerechten Verteidigungskrieg bis zum Ruf nach Frieden um jeden Preis beziehen, die demoralisierende Wirkung der bald um sich greifenden Mangelwirtschaft ansprechen oder den Stimmungsumschwung von der nationalen Einheit im sog. Augusterlebnis bis zur Spaltung des Volkes in Erinnerung rufen: Der scheinbar unendliche Krieg konnte niemanden unberührt lassen und hinterließ im Leben aller Zeitgenossen tiefe Spuren.

1. Aus den Fugen: Die Wirkungskräfte des Krieges

Kahr hatte also jeden Anlass, 1914 eine ganz neue Seite in seiner zu Papier gebrachten Lebensbilanz aufzuschlagen⁹¹². Eine solche Bedeutungszuschreibung spricht freilich auch für sich und lässt durchblicken, dass der Krieg neben den herausgehobenen Entwicklungsbögen noch weitere Transformationsprozesse auslöste, die auf den ersten Blick und auch in den Memoiren nicht so deutlich hervortreten: Sie wurden also oft nicht so explizit ausgesprochen, bieten aber dennoch oder gerade deshalb einen wichtigen Schlüssel zum Verständnis der neuen Zeit und ihrer Zeitgenossen, da sie einen Wandel des gesellschaftlichen Klimas widerspiegeln, der sich zunächst beinahe unmerklich, dann aber bald manifest in der Veränderung bestimmter Denkweisen und Verhaltensdispositionen niederschlug – auch bei den Entscheidungsträgern in Politik und Verwaltung. Vor einer Rekonstruktion des Wirkens Kahrs im Krieg scheint es daher geboten, in der Darstellungsabfolge kurz inne zu halten, um bereits im Voraus mentale

⁹¹¹ Kahr-Erinnerungen, pag. 257-264.

⁹¹² Kahr tat dies auch wortwörtlich, indem er 1915 begann, ein Tagebuch zu führen, das jedoch bis 1921 nicht überliefert ist, siehe Anm. 124. In den Memoiren sind vereinzelt kleine Abschnitte daraus eingefügt (siehe etwa Anm. 1132). Kahr folgte damit dem Beispiel der Schwiegermutter seiner Tochter, Marie Kerschenteiner, deren Kriegstagebuch im Privatnachlass Kahr überliefert ist.

Leitlinien zu identifizieren, die für die Zeit an der Heimatfront, aber auch darüber hinaus von Bedeutung waren.

1.1 Politisierung im Burgfrieden

Besonders hinzuweisen ist in diesem Kontext zunächst auf einen langsam in Gang kommenden Mechanismus der Politisierung⁹¹³ weiter Teile der Bevölkerung, die vor allem im Bürgertum mit wachsender Sorge registriert und im Rückblick auch gerne für Niederlage und Revolution verantwortlich gemacht wurde, deren weitergehenden Hintergründe jedoch kaum Beachtung fanden, da sie dem Selbstverständnis der handelnden Protagonisten widersprachen. Denn war es natürlich einfacher, die Zuspitzung politischer Gegensätze auf Hetzereien oder (Partei-)Egoismus zu schieben, wollten viele Zeitgenossen offenbar nicht wahrhaben, dass gerade der schon vor 1914 verbreitete, im Krieg jedoch noch einmal auf eine neue Stufe gehobene Kult des Unpolitischen⁹¹⁴ erst recht dazu beitrug, die häufig beklagte Politisierung der Gesellschaft zu befördern – übrigens schon als Abwehrreaktion in den eigenen Reihen.

Auslösender Moment dieser Dynamik und ihres destruktiven Potenzials war letzten Endes bereits das zu Beginn des Krieges mit viel Symbolkraft propagierte Prinzip des sog. Burgfriedens⁹¹⁵, das eine Art Moratorium für politische Auseinandersetzungen festsetzte, um so alle Kräfte für den gemeinsamen Dienst am Vaterland zu bündeln. Parteienstreit sowie soziale oder konfessionelle Trennlinien sollten in der belagerten Burg Deutschland mithin keinen Platz mehr finden und auch für die Zukunft so weit wie möglich überwunden werden, d. h. einem neuen Geist der Zusammengehörigkeit weichen, der auch in die Zeit nach dem Krieg ausstrahlen würde. Kahr und viele andere

⁹¹³ In diesem Zusammenhang ist ein direkter und indirekter Prozess der Politisierung zu unterscheiden: Denn verfolgte ein Großteil der Bevölkerung zum einen aufmerksam das Kriegsgeschehen und wurde auch durch die staatliche Propaganda unablässig damit konfrontiert, wirkte wohl ebenso nachhaltig, dass die Behörden vor allem im Rahmen der Kriegswirtschaft nun in Bereiche des privaten Lebens eingriffen, die bisher keinen Bezug zu politischem Handeln gehabt hatten. Auch dezidiert „unpolitische“ Bürger mussten sich jetzt also ständig mit politischen Konflikten befassen. Vgl. Geyer, *Verkehrte Welt*, 40 sowie Rudloff, *Wohlfahrtsstadt*, 180 („Die persönliche Lebensführung hörte auf, staatsferne Sphäre zu sein.“).

⁹¹⁴ Sabine Marquardt, *Polis contra Polemos: Politik als Kampfbegriff der Weimarer Republik* (Münstersche historische Forschungen 11), Köln u. a. 1997, 24-29, 45-91; Peter Fritzsche bezeichnet den Anti-Parteien-Affekt – in einer englischsprachigen Publikation – sogar als „Urbrei“ der politischen Mentalität in Deutschland (Peter Fritzsche, *Rehearsals for Fascism. Populism and Political Mobilization in Weimar Germany*, New York / Oxford 1990, 27). Vgl. die kritische Bestandsaufnahme: Wilhelm Hausenstein, *Die Politisierung des Unpolitischen*, in: *Der neue Merkur. Monatsschrift für geistiges Leben* 2 (1915), 174-188.

⁹¹⁵ Vgl. Michael Epkenhans, *Der Erste Weltkrieg 1914-1918*, Paderborn 2015, 138-146; Thomas Flemming - Bernd Ulrich, *Heimatfront. Zwischen Kriegsbegeisterung und Hungersnot - wie die Deutschen den Ersten Weltkrieg erlebten*, München 2014, 35-39, Steffen Bruendel, *Solidaritätsformel oder politisches Ordnungsmodell? Vom Burgfrieden zur Volksgemeinschaft in Deutschland 1914-1918*, in: Wolfram Pyta (Hg.), *Burgfrieden und Union sacrée. Literarische Deutungen und politische Ordnungsvorstellungen in Deutschland und Frankreich 1914-1933* (Historische Zeitschrift, Beiheft 54), München 2011, 33-50.

priesen diesen „Geist von 1914“⁹¹⁶ dann auch als Vollendung der deutschen Nationsbildung und als wertvollste Errungenschaft der Heimatfront, übersahen dabei freilich geflissentlich, dass selbst die in sich geschlossenste Nation nicht dauerhaft unter einem impliziten Zwang zum Konsens gehalten werden konnte. Denn so gemeinschaftsstiftend der Aufruf zum vorbehaltlosen Zusammenstehen in der Not⁹¹⁷ zunächst sein mochte, war im Grunde absehbar, dass seine Dynamik früher oder später ins Gegenteil umschlagen musste und zwar nicht nur wegen der mit einem langen Krieg unweigerlich verbundenen Schwierigkeiten. Der für sakrosankt erklärte Burgfriede hatte auch ein prinzipielles Ablaufdatum, da es einfach nicht möglich war, eine Gesellschaft unbegrenzt unter Dauerspannung zu halten, d. h. den Austrag im Grunde logischer Interessenkonflikte zu verhindern.

Der dahinter steckende Mechanismus wird wohl unmittelbar einsichtig, wenn man sich vergegenwärtigt, dass die kaiserliche Maxime „Ich kenne keine Parteien mehr“⁹¹⁸ zunächst sicher integrative Wirkung entfaltete, gleichzeitig allerdings jede noch so unscheinbare Abweichung vom verordneten Konsens in ein potenzielles Politikum verwandelte. Und tatsächlich nahmen „parteiische“ Abweichungen von Jahr zu Jahr spürbar zu, zunächst übrigens gerade aus dem mit dem Kriegsverlauf unzufriedenen nationalistisch-alldeutschen Lager.⁹¹⁹ Der, um es unverblümt zu formulieren, patriotisch legitimierte Konformismus eignete sich also für eine kurzfristige Mobilisierung der Gesellschaft, musste danach jedoch bald seine integrative Kraft einbüßen, da er aus eigener Logik dazu tendierte, schon unbedeutende Verletzungen der Norm zu dramatisieren, und – wohl noch gravierender – das eigene Verständnis von Patriotismus

⁹¹⁶ Um sich möglichst stark vom sog. Erbfeind abzugrenzen, wurden im öffentlichen Diskurs dann auch explizit die „Ideen von 1914“ von der Idealen der französischen Revolution, dem „Geist von 1789“ abgegrenzt. Stünde letzter für die rein abstrakten („sterilen“) Prinzipien des Liberalismus des 19. Jahrhunderts, hätte sich Deutschland nun auf die Grundsätze der Volksgemeinschaft, der Solidarität zwischen den Ständen und der Bewahrung der eigenen Kultur besonnen. Vgl. hierzu ausführlich Steffen Bruendel, *Volksgemeinschaft oder Volksstaat. Die „Ideen von 1914“ und die Neuordnung Deutschlands im Ersten Weltkrieg*, Berlin 2003, v.a. 29-141.

⁹¹⁷ So etwa im Manifest Ludwig III. „An meine Bayern!“ (Abdruck bei: Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns (Hg.), *Krieg! Bayern im Sommer 1914*, München 2014, 97) und im von der Königin Marie Therese gezeichneten „Aufruf an die Frauen und Jungfrauen Bayerns“ (MZ Nr. 178 vom 3.8.1914).

⁹¹⁸ Wilhelm II. wiederholte diesen Ausspruch zur Eröffnung des Reichstags am 4. August 1914: „Sie haben gelesen, meine Herren, was ich an Mein Volk vom Balkon des Schlosses aus gesagt habe. Hier wiederhole ich: Ich kenne keine Parteien mehr, Ich kenne nur Deutsche. [...] Zum Zeichen dessen, daß Sie fest entschlossen sind, ohne Parteiunterschiede, ohne Stammesunterschiede, ohne Konfessionsunterschiede durchzuhalten mit Mir durch dick und dünn, durch Not und Tod, fordere ich die Vorstände der Parteien auf, vorzutreten und Mir das in die Hand zu geloben.“ (Verh. Reichstag, Bd. 306, 2).

⁹¹⁹ So ist es immerhin bemerkenswert, dass die vom nationalistisch-alldeutschen Lager angestoßene Debatte um den unbeschränkten U-Boot-Krieg sowie die sog. Kanzlersturzbewegung gegen Bethmann-Hollweg der Radikalisierung auf der linken Seite des politischen Spektrums voranging, die sich dann vor allem mit der Gründung der USPD Anfang 1917 materialisierte.

zum unanfechtbaren Common Sense deklarierte und es gerade deshalb zum Parteistandpunkt⁹²⁰ herabwürdigte. Oder abstrakter formuliert: Eine politische Haltung, die sich explizit die hehren Prinzipien der inneren Harmonie und der vaterländischen Eintracht auf die Fahnen schrieb, riskierte damit, eben diese Prinzipien in Frage zu stellen, da eine solche Inbesitznahme natürlich nicht unwidersprochen bleiben konnte. Die Maxime des sog. Burgfriedens führte somit letztlich nur zu einer Politisierung durch die Hintertür, da immer mehr Kritiker im- oder explizit ihr Recht auf eigenständige Meinungsäußerung einforderten, während ihre Verfechter immer größeren Aufwand betrieben, den vermeintlich überparteilichen Konsens aufrecht zu erhalten – und gleichzeitig dazu tendierten, abweichende Positionen als parteiisch zu delegitimieren.

1.2 Verteilungskonflikte: Mechanismen einer Mangelgesellschaft

Musste sich der trügerische Burgfriede also früher oder später selbst ad absurdum führen, galt das jedoch erst recht, wenn man bedenkt, dass die sog. Heimatfront unter den Bedingungen einer Kriegswirtschaft lebte, die den herrschenden Bedarf nach Lebensmitteln und Alltagswaren nicht aus eigener Kraft decken konnte, angesichts der britischen Seeblockade jedoch auch weitgehend vom internationalen Handel abgeschnitten blieb.⁹²¹ Wirkte sich jede Verlängerung des Krieges deshalb schon materiell immer mehr zum Nachteil Deutschlands aus, barg die drohende Unterversorgung – und das ist hier entscheidend – freilich noch deutlich mehr Sprengkraft als die Ausblendung von Konflikten und verlieh dem schon daraus resultierenden Unmut noch einmal eine ganz neue Qualität. Denn diente die Berufung auf den sog. Burgfrieden nicht zuletzt der Absicherung bzw. Erlangung der Deutungshoheit, wann welche Debatten unter den gegebenen Umständen legitim seien, konnte man sich mit dieser Frage hier gar nicht lange aufhalten⁹²², da es nun um die Verteilung knapper Güter ging, die jeder Bürger zum Leben nötig hatte. Die Befriedigung essentieller Grundbedürfnisse war

⁹²⁰ Hierfür steht insbesondere die 1917 gegründete „Vaterlandspartei“, die bereits mit ihrem Namen anderen politischen Kräften implizit mangelnden Patriotismus unterstellte, gerade damit aber die innere Spaltung der Gesellschaft vorantrieb.

⁹²¹ Arnulf Huegel, *Kriegsernährungswirtschaft Deutschlands während des Ersten und Zweiten Weltkriegs im Vergleich*. Konstanz 2003; Charles P. Vincent, *The Politics of Hunger. The Allied Blockade of Germany, 1915-1919*, Athens/Ohio 1985.

⁹²² Dies geschah freilich trotzdem, wenn Frauen in Bezug auf die Feldpostkorrespondenz etwa vorgeworfen wurde, immer wieder „Jammerbriefe“ an die Front zu senden und so die Stimmung bei den Truppen zu gefährden; die Daheimgebliebenen wurden also aufgefordert, den herrschenden Mangel und die Sorge um das tägliche Brot – wenn überhaupt – nur zurückhaltend anzusprechen. Vgl. Bernd Ulrich, *Die Augenzeugen. Deutsche Feldpostbriefe in Kriegs- und Nachkriegszeit 1914-1933* (Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte 8), Essen 1997, 161-168.

insoweit nicht „nur“ ein Politikum, sondern auch ein moralisches Dilemma, das sich insbesondere im Kriterium der gerechten oder ungerechten Verteilung niederschlug.

Nun birgt eine solche Vermischung von Moral und Politik prinzipiell erhöhtes Konfliktpotenzial, allein schon, weil der Streit um absolute Werte wenig Raum für Kompromisse lässt und im Grunde jeder Zeitgenosse dazu einen Standpunkt vertritt. In der herrschenden Konstellation galt dies allerdings noch in erhöhtem Maße, da die Verwaltung des Mangels letztlich auf ein Nullsummenspiel hinauslief, bei dem es per definitionem Gewinner und Verlierer geben musste und sich das Prozedere zudem ständig wiederholte, wenn die Verteilungsdebatte mit jeder Leerung der Vorratskammern wieder von vorne begann.⁹²³ Die spalterische Dynamik der Versorgungskrise lag damit auf der Hand: Denn nahm die allgemeine Reizbarkeit mit der herrschenden Unterversorgung ohnehin zu, führte das in regelmäßigen Abständen notwendige Aushandeln neuer Verteilungsregeln ständig zu sozialem Stress, während die getroffenen Entscheidungen schließlich oft ein latentes Gefühl der Benachteiligung nach sich zogen, da man sich nur allzu oft von Kürzungen betroffen sah, die für andere offenbar nicht galten: Schauten die Behörden z. B. nicht viel zu nachsichtig zu, wenn es Produzenten und Händler verstanden, die Krise für sich spekulativ auszunutzen? Wer bestimmte eigentlich darüber, welche Gruppen als Schwerarbeiter, Kranke oder besonders Belastete eingestuft wurden und deshalb Sonderzuteilungen erhielten? Und war es wirklich nötig, die knappen Rationen auch noch mit in Bayern wohnhaften Ausländern und Fremden zu teilen?

Schon im Lichte dieser bald aufkommenden Fragen betrachtet, bildete die vom Kahr'schen Innenministerium verwaltete Heimatfront deshalb bald die für eine Mangelgesellschaft typischen Ausgrenzungsreflexe aus, die nach immer neuen Sündenböcken oder Skandalen Ausschau hielt und nach jeder Enttäuschung dazu tendierte, sich weiter zu radikalieren. Kennzeichnend waren hierfür unter anderem die heute so irritierenden Rufe nach einem starken Mann, die offen zur Schau getragene Bereitschaft, ganze Gruppen pauschal zu verunglimpfen oder die immer lauter werdenden Forderungen nach einer exemplarischen Bestrafung tatsächlich oder vermeintlich Verantwortlicher.⁹²⁴

⁹²³ So auch der Kommentar in den Kahr-Erinnerungen, pag. 439: „Freilich bei Brot und Mehl und Fleisch spürt die Hausfrau täglich den Mangel und den hohen Preis. Wenn ein Paar Schuhe gekauft wurden oder ein Anzug, oder ein Hut, dann hatte man nur *einmal* im Jahre Anlass über den betreffenden Händler zu schimpfen.“

⁹²⁴ Neben den in Kapitel V 4. aufgeführten Debatten um sog. Wucherer und Schieber, „schlemmende“ Touristen oder zu gut bezahlte Industriearbeiter gerieten im Zuge dessen auch wieder Minderheiten in den Fokus der Ausgrenzungsdynamik. Bekannt ist hier etwa die sog. Judenzählung im deutschen Heer: Hatte der bayerische Kriegsminister Kreß auf derartige Forderungen im November 1915 noch ablehnend reagiert

1.3 Schwindendes Vertrauen: Die Autoritätskrise des Staates

Waren alle diese Entwicklungen höchst besorgniserregend, traf Kahr jedoch ohne Zweifel am schwersten, dass sich der Krieg auch immer mehr zu einer Krise der Staatsgewalt auswuchs, d. h. zu einem Ansehens- und Autoritätsverlust der öffentlichen Institutionen, der zudem bald bedrohliche Ausmaße annahm, da er von mehreren Dynamiken befeuert wurde.

So war es zum einen schlichtweg Tatsache, dass es auch der Verwaltung ab 1916 nicht mehr gelang, die ohnehin bereits kärgliche Grundversorgung der Bevölkerung aufrecht zu erhalten und sie stattdessen weitgehend machtlos zusehen musste, wie z. B. der sog. Steckrübenwinter⁹²⁵ ganz unterschiedliche Schichten in voller Härte traf. Das Vertrauen in die Effizienz der behördlichen Maßnahmen und Vorschriften ging deshalb rasch verloren und machte einem System der Selbsthilfe Platz, bei dem sich meist jeder selbst der nächste war und bald auch kein schlechtes Gewissen mehr aufkam, wenn man zuerst pro domo agierte.⁹²⁶ Oder auf den Punkt gebracht: Der Staat hatte sich erstmals für die wirtschaftliche Grundversorgung der Bevölkerung zuständig erklärt, scheiterte jedoch ersichtlich daran, sie auch zu gewährleisten und büßte allein deshalb massiv an Glaubwürdigkeit ein.

Diese Hypothek wog im Grunde natürlich schon schwer genug, bereits Ay und Albrecht⁹²⁷ betonen indes zurecht, dass nicht nur die Mangelwirtschaft an sich, sondern auch ein daran nicht angepasstes Erwartungsmanagement wesentlich dazu beitrug, die „Volksstimmung“ zu trüben und die Glaubwürdigkeit amtlicher Verlautbarungen zu schmälern. Denn passten schwierige ökonomische Aussichten schon generell kaum zur

(„Bayerischer Landtag - 19. Sitzung des Finanzausschusses“, in: MNN Nr. 566 vom 5.11.1915: „Die Israeliten seien in der Erfüllung ihrer Schuldigkeit im Kriege hinter den Angehörigen der anderen Konfessionen in keiner Weise zurückgeblieben. Sie hätten die volle Anwartschaft, den Reserveoffizier zu erreichen; tatsächlich sei eine große Anzahl von Juden während des Krieges zum Reserveoffizier befördert worden. Eine Statistik über die Zahl der in und hinter der Front in Verwendung stehenden Israeliten anfertigen zu lassen, müsse er ablehnen.“), ordnete der preußische Kriegsminister Hohenborn nur ein Jahr später die statistische Erfassung aller im Heer dienstattuenden Juden an, um den Vorwürfen der Drückebergerei auf den Grund zu gehen. Vgl. Jacob Rosenthal, „Die Ehre des jüdischen Soldaten“. Die Judenzählung im Ersten Weltkrieg und ihre Folgen (Campus Judaica 24), Frankfurt am Main u. a. 2007. Als weiteres Beispiel lässt sich in diesem Zusammenhang die abermalige Verschärfung der sog. Zigeunerpolitik durch die Stellvertretenden Generalkommandos anführen: ‚Gegen die Zigeuner‘, in: Rosenheimer Anzeiger Nr. 224 vom 28.9.1915.

⁹²⁵ Wolfgang U. Eckart, „Schweinemord“ und „Kohlrübenwinter“. Hungererfahrungen und Lebensmitteldiktatur, 1914-1918, in: *Medizin, Gesellschaft und Geschichte* 31 (2013), 9-31.

⁹²⁶ Geyer, *Verkehrte Welt*, 40-47, 391-397.

⁹²⁷ Albrecht, *Landtag und Regierung*; Karl-Ludwig Ay, *Die Entstehung einer Revolution. Die Volksstimmung in Bayern während des Ersten Weltkrieges (Beiträge zu einer historischen Strukturanalyse Bayerns im Industriezeitalter 1)*, Berlin 1968.

weithin geteilten Siegeszuversicht, veranlasste der Wirtschaftskrieg der Entente das Reich und die Bundesstaaten erst recht, die absehbaren Engpässe herunterzuspielen und etwa durch mathematische Kalkulationen zu „beweisen“, dass es bei einer effizienten Rationierung überhaupt nicht möglich sei, die Mittelmächte in die Knie zu zwingen; der Blockadeplan Großbritanniens durfte also schon aus Prinzip nicht aufgehen.⁹²⁸ Ein offenes Eingeständnis der ja bald auf der Hand liegenden Defizite kam daher lange Zeit nicht in Frage, die Behörden zogen es stattdessen immer wieder vor, übertriebene Hoffnungen in die deutschen Organisationskünste⁹²⁹ zu schüren und merkten offenbar zu spät, dass sie sich so erst recht angreifbar machten – denn so mussten sie sich nicht allein für die ausbleibenden Lebensmittellieferungen rechtfertigen, sondern zudem für die gleichfalls ausbleibende Umsetzung der eigenen Ankündigungen gerade stehen.

Eben der Versuch, in der Öffentlichkeit das Gesicht zu wahren, machte die Verwaltung deshalb noch anfälliger für öffentlichen Druck und veranlasste sie immer häufiger, demonstrativ Ad-Hoc-Maßnahmen einzuleiten, die die herrschende Not wohl manchmal tatsächlich linderten, sich im Endeffekt jedoch oft auch als kontraproduktiv herausstellten. Als besonders zweischneidiges Schwert erwies sich hierbei vor allem die bald etablierte Praxis, neu auftretende Probleme mit der Gründung einer eigens dafür zuständigen Behörde zu beantworten: Diese Vorgehensweise demonstrierte auf den ersten Blick natürlich Entschlossenheit und trug sicherlich auch dazu bei, manchen Missstand konsequent anzugehen, auf mittlere Sicht führte sie freilich zu einer kaum mehr überschaubaren Zersplitterung des Staatsapparats, d. h. zu einer Vervielfachung der Zuständigkeiten und dem dazu gehörigen Kompetenzgerangel. Denn musste die Zivilverwaltung die vollziehende Gewalt schon seit Beginn des Krieges mit militärischen Behörden teilen⁹³⁰, standen sich ab 1915/16 auf Reichs- und Landesebene eine Reihe neuer Sonderstellen und Bevollmächtigter⁹³¹ gegenüber, die die unterschiedlichsten Aufgaben in einer Hand bündelten, dabei jedoch allzu oft nebeneinander her arbeiteten und bald kaum mehr zu koordinieren waren.

⁹²⁸ Vgl. etwa die immer wieder verkündeten Erfolgsmeldungen nach den amtlich angeordneten Viehzählungen oder Ernteschätzungen (,Der gescheiterte Aushungerungsplan‘, in: Vossische Zeitung Nr. 238 vom 11.5.1915; ,Die Getreidepreise in Deutschland und England‘, in: MNN Nr. 644 vom 17.12.1915 (mit Graphik); ,Unsere Brotversorgung gesichert‘, in: Rosenheimer Anzeiger Nr. 60 vom 12.3.1916) sowie die Publikation des Landwirtschaftsreferenten im Staatsministerium des Innern, Friedrich Edler von Braun: Kann Deutschland durch Hunger besiegt werden? Eine Kriegsbetrachtung, München 1914.

⁹²⁹ Vgl. die Charakterisierung dieses „Fetisch der Organisation“ bei Flemming - Ulrich, Heimatfront, 121-125, Zitat: 124.

⁹³⁰ Die vollziehende Gewalt ging mit Erklärung des Kriegszustands auf die Militärbehörden über, die sie – was die Lage in Bayern selbst betraf – durch die Stellv. Generalkommandos ausübten, siehe Anm. 973.

⁹³¹ Hierzu siehe Anm. 1072.

Staatskrise bedeutete in diesem Fall also auch, dass die Effizienz und Planbarkeit staatlichen Handelns abnahm, und zwar nicht nur aus Sicht der irritierten Öffentlichkeit, sondern auch für die Verantwortlichen selbst, die natürlich zuerst spürten, wenn die inneren Abläufe nicht mehr recht ineinander griffen und die Strukturen der Verwaltung aus dem Gleichgewicht gerieten. Die Spirale aus verfehltem Erwartungsmanagement, Aktionismus und wachsender Unzufriedenheit kam somit zunehmend in Gang und zeigte schließlich auch Rückwirkungen auf den Verwaltungsapparat selbst. Eine vollständige Geschichte der Heimatfront sollte deshalb nicht nur den häufig geschilderten Ansehensverlust der staatlichen Institutionen, sondern auch die innere Erosion des Obrigkeitsstaates selbst betonen, um aufzeigen zu können, in welchem Ausmaß die gewohnten Säulen des Gemeinwesens – Leistungsfähigkeit der Behörden, auf Prestige gestützte Hierarchien etc. – ins Wanken gerieten – und zwar sowohl aus Sicht des einfachen Bürgers wie auch in der Wahrnehmung der unmittelbar Beteiligten.⁹³²

1.4 Sprachregelungen: Die wachsende Kluft zwischen Norm und Realität

Führt man sich das soeben entworfene Panorama vor Augen, hatten die direkten und indirekten Auswirkungen des Krieges also eine immer weiterreichende Erschütterung sicher geglaubter Gewissheiten zur Folge und ließen deshalb ganz automatisch die bange Frage aufkommen, wie lange die Gesellschaft dieser Belastungsprobe noch gewachsen sein würde. Nüchtern betrachtet, bestand deshalb im Grunde jeder Anlass, die Zielrichtung der bisher unternommenen Kriegsanstrengungen auf den Prüfstand zu stellen und Sinn und Zweck der weithin unangefochtenen Maxime des „Durchhaltens“⁹³³ zumindest kritisch zu hinterfragen. So naheliegend diese Reaktion jedoch auch scheint, blieb eine solche Schlussfolgerung für viele Zeitgenossen allerdings häufig undenkbar: Die gemeinsamen patriotischen Anstrengungen und der innere Wert des sog. Burgfriedens hatten – ganz abgesehen von den Leistungen an der Front – in der öffentlichen Wahrnehmung einfach eine zu hohe symbolische Bedeutung, um sie offen zur Disposition zu stellen.⁹³⁴ Von höheren Rücksichten geleitet, zog man es daher meist

⁹³² So der Kommentar Kahrs zur Lage Mitte 1916, Kahr-Erinnerungen, pag. 381 f.: „Die Not war gross. Fleisch, Fett, Butter, Milch, Eier sind wieder rarer geworden und alles schimpfte über die schlechte Organisation, denn der Deutsche war daran gewöhnt, ja dazu erzogen, alles von der Behörde zu erwarten und zu verlangen, auch das Unmögliche.“

⁹³³ Vgl. etwa Arnd Bauerkämper - Elise Julien, Einleitung: Durchhalten! Kriegskulturen und Handlungspraktiken im Ersten Weltkrieg, in: dies. (Hg.), Durchhalten! Krieg und Gesellschaft im Vergleich, 1914-1918, Göttingen 2010, 7-28.

⁹³⁴ Mit Fokus auf die Situation im Krieg und auf retrospektive Sinnstiftungen: Thomas Rohkrämer, Ideenkrieg: Sinnstiftungen des Sinnlosen, in: Niels Werber - Stefan Kaufmann - Lars Koch (Hg.), Erster Weltkrieg. Kulturwissenschaftliches Handbuch, Stuttgart u. a. 2014, 385-409.

vor, an gewissen Tabus nicht zu rühren bzw. implizit Sprachregelungen für die Diskussion kritischer Themen einzuführen, d. h. eine Kunst zu entwickeln, im Raum stehende Fragen entweder geschickt zu umgehen oder auf eine Weise anzusprechen, die den herrschenden Konventionen entsprach und die damit verbundenen blinden Flecken überspielte.⁹³⁵ Hält man nach Transformationslinien der politischen Kultur im Ersten Weltkrieg Ausschau, sollte dieser vorgeschaltete Überblick deshalb auch kurz auf die sich verstärkende Tendenz hinweisen, den öffentlichen Diskurs und die eigene Wahrnehmung nach politischer Erwünschtheit zu filtern und so in vorgefertigte Bahnen zu lenken.

Zählte hierzu im Grunde schon das demonstrative Beharren auf der Siegeszuversicht des Anfangs, verengte sich die vorherrschende Weltsicht natürlich auch, wenn Informationen nur noch nach ihrer Herkunft – z. B. ausländischer oder deutscher Presse – bewertet wurden, sich ein regelrechtes Verlautbarungssystem etablierte, das immer neue Belege für den vielleicht mühsamen, aber letztlich doch gewissen Sieg der Mittelmächte in die Welt setzte oder es zu einer Einschränkung der eingespielten Sozialkontakte und Kommunikationskreise⁹³⁶ kam, um so vermeintlich unfruchtbaren Auseinandersetzungen von vorneherein aus dem Weg zu gehen.

Eine neue Qualität erreichte diese Entwicklung schließlich 1916, als der Staat und verschiedene patriotische Organisationen den Entschluss fassten, gegen die inzwischen unübersehbare Kriegsmüdigkeit in der breiten Bevölkerung aktiv vorzugehen und deshalb die Propaganda an der Heimatfront neu ausrichteten und deutlich intensivierten.⁹³⁷ Dabei ging die in Bayern ganz wesentlich durch Gustav von Kahr konzipierte Medienoffensive tatsächlich neue Wege, indem sie auf moderne Stilmittel wie Emotionalisierung und erhöhte Authentizität setzte. Die dadurch erzielten Erfolge spalteten die Gesellschaft freilich letztlich nur noch mehr, da die Propaganda zwar effektiver gestaltet war, in ihrer Zuspitzung aber wohl ebenso heftige Reaktionen

⁹³⁵ Kahr nennt in diesem Zusammenhang etwa die Beschönigung der angespannten Versorgungslage durch öffentliche Verlautbarungen von Ärzten, die die reduzierte Ernährung als unproblematisch oder – im Sinne einer Diät – gar als gesund bezeichneten. Vgl. Kahr-Erinnerungen, pag. 460 f.: „Die Ärzte ‚behaupteten‘ die mangelhafte Ernährung sei im allgemeinen noch ohne Einfluss auf den Gesundheitszustand des Volkes geblieben. Ich und Viele glaubten das nicht. Spürte doch Jeder, der bei der Ordnung blieb den Rückgang der physischen Kräfte, viele Leute klagten über Schwindel und abnehmende Arbeitskraft.“

Ein anderes Beispiel ist der Diskurs vom „Nervenkrieg“, den Deutschland sicher gewinnen werde, wenn es die Disziplin bewahre, vgl. Bernd Ulrich, Krieg der Nerven, Krieg des Willens, in: Werber u. a. (Hg.), Erster Weltkrieg, 232-258. Ebenfalls: Tanja Mruck, Propaganda und Öffentlichkeit im Ersten Weltkrieg (Essener Studien zur Semiotik und Kommunikationsforschung 12), Aachen 2004, 163-173.

⁹³⁶ In diesem Zusammenhang hebt Karl Alexander von Müller etwa besonders hervor, dass er im Laufe des Kriegs regelmäßig an einem gemischten politischen Zirkel teilgenommen habe, dem u. a. auch Heinrich von Frauendorfer und Edgar Jaffé angehörten (Karl Alexander von Müller, Mars und Venus. Erinnerungen 1914-1919 (Erinnerungen 2), Stuttgart 1954, 66-70).

⁹³⁷ Siehe hierzu Kapitel V 5.4.

auslöste, d. h. beim ohnehin wohlgesonnenen Publikum auf begeisterte Zustimmung traf, Kritiker hingegen erst recht provozierte und zu entsprechenden Retourkutschen veranlasste. Bei der Bewertung der sozialen Folgen ist außerdem zu berücksichtigen, dass auch die Verantwortlichen ihrem Produkt nicht neutral gegenüberstanden und sich wohl allein schon aufgrund der erzielten Resonanz in ihren Überzeugungen bestätigt fühlten: Die Propaganda machte insoweit auch Eindruck auf die wirkmächtigen Propagandisten selbst und verleitete sie abermals dazu, die eigene Sicht der Dinge zu verabsolutieren.⁹³⁸ Der Versuch, den enormen Kriegsanstrengungen eine neue kollektive Sinnstiftung zu verleihen, gelang mithin höchstens partiell, trug aber auf jeden Fall dazu bei, das wachsende Unverständnis gegenüber abweichenden Positionen noch weiter zu befestigen, wobei es auch durchaus üblich wurde, hartnäckigen Kritikern unlautere Motive wie Miesmacherei oder Defätismus zu unterstellen; das Misstrauen nahm daher auf allen Seiten weiter zu.

Der Vergleich mit der Stimmung zu Kriegsbeginn drängte sich in vielerlei Hinsicht also regelrecht auf und gewann vor diesem Hintergrund zunehmend an Bedeutung: In diesem Licht betrachtet, musste das sog. Augusterlebnis geradezu als ein Idealzustand gesellschaftlicher Harmonie erscheinen, dieses Bild definierte freilich auch die Fallhöhe, vor der die immer angespanntere Lage in der Heimat nicht bestehen konnte und sich deshalb über den Krieg hinaus zu einem kontroversen Symbol für das Auseinanderklaffen von verklärter Wunschvorstellung und trister Wirklichkeit verdichtete.

2. Das Augusterlebnis Kahrs

Es liegt also schon aus innerer Logik nahe, die zeitliche Abfolge der Darstellung in den Tagen des Kriegsausbruches von Neuem einsetzen zu lassen und damit ein Ereignis in den Mittelpunkt zu stellen, das zurecht als Kulmination des wilhelminischen Nationalismus gilt und deshalb in jeder Studie zu dieser Epoche seinen festen Platz beanspruchen kann. Das sog. Augusterlebnis⁹³⁹, also die zumindest auf den ersten Blick von Euphorie getragene Stimmung zu Beginn des Ersten Weltkriegs, zählt dann auch zu

⁹³⁸ So betonten die gängigen Propagandatheorien der Zeit zwar besonders den Aspekt der (gezielten) Verführung der Massen (Thymian Bussemer, *Propaganda. Konzepte und Theorien*, Wiesbaden ²2008, 63-260), d. h. der Manipulation durch einen weiter blickenden Propagandisten, gerade das intensive, auch persönliche Engagement Kahrs in der zweiten Kriegshälfte (siehe Kapitel V 5.4) erweckt in diesem Zusammenhang jedoch eher den Eindruck der Überzeugungsarbeit aus eigener Überzeugung. Zeigten die Bemühungen Erfolge, erschien dies den Protagonisten deshalb wohl auch als Betätigung ihrer persönlichen Sicht.

⁹³⁹ Thomas Raithel, *Das „Wunder“ der inneren Einheit: Studien zur deutschen und französischen Öffentlichkeit bei Beginn des Ersten Weltkrieges* (Pariser historische Studien 45), Bonn 1996; mit intensiver Auswertung der zeitgenössischen Presse: Verhey, *Geist von 1914*.

den Erinnerungsorten, die nicht erst in der Rückschau, sondern bereits im historischen Umfeld selbst als weitreichende Zäsur empfunden wurden und praktisch nahtlos ins kollektive Gedächtnis eingingen: Die für die Kamera posierenden Soldaten in abfahrbereiten Zügen oder die z. T. geradezu schwärmerischen Berichte emotional ergriffener Beobachter sind bis heute im historischen Bewusstsein verankert. Der große Symbolgehalt dieser gesellschaftlich-geistigen Mobilisierung legt es deshalb nahe, das persönliche Erleben dieser Augusttage vom Handeln des Staatsrats im Innenministerium abzuheben und beide Aspekte nacheinander zu analysieren. Die Hauptquelle spricht ebenfalls für diese Entscheidung, wenn man bedenkt, dass sich Kahr in seinen Erinnerungen einerseits sehr ausführlich zur tieferen Bedeutung des Ereignisses und den damaligen Empfindungen äußerte, es aber gleichzeitig dem Leser überließ, den konkreten Verlauf seines eigenen Augusterlebnisses mühsam aus wenigen verstreuten Hinweisen zu rekonstruieren.⁹⁴⁰

2.1 Zwischen Sorgen und Begeisterung: Persönliches Miterleben

Erteilt man daher zunächst dem von der Tragweite der Ereignisse eingenommenen Chronisten das Wort, interpretierte Kahr das Augusterlebnis als „das Höchste und Edelste an Opferbereitschaft und nationaler Begeisterung, was je ein Volk bewegt hat.“⁹⁴¹. Es trifft deshalb sicher zu, den Autor als typische Stimme des national gesinnten Bürgertums einzustufen, das die öffentliche Reaktion auf den Kriegsausbruch zu einer Art nationalem Hochamt stilisierte und darin einen Höhepunkt der deutschen Geschichte zu erkennen glaubte. Gerade weil dies der Fall ist, erscheint es dann jedoch umso bemerkenswerter, dass in den Memoiren gleichzeitig kaum ein Wort der Kriegsbegeisterung, d. h. der Verherrlichung des Waffengangs an sich, laut wird und Anzeichen der Kriegshysterie, etwa umlaufende Gerüchte oder das nervöse Aufbauschen von Frontmeldungen, sogar mit mildem Spott als Krankheit der Zeit apostrophiert werden, die sich erst nach einigen Monaten wieder gelegt habe.⁹⁴²

⁹⁴⁰ Kahr äußert sich in den Memoiren kaum zu konkreten Handlungen in den Wochen vor und nach Kriegsbeginn, sondern verweist nur allgemein auf die auch von ihm geteilte Begeisterung und Opferfreudigkeit zu Kriegsbeginn.

⁹⁴¹ Kahr-Erinnerungen, pag. 260.

⁹⁴² Kahr-Erinnerungen, pag. 263: „In jenen ersten Kriegswochen ging alles ins Große, ins Gewaltige, auch die Kriegs-Pschose trieb in großem Maßstab ihren Unfug. ‚Mit Gold beladene Autos‘, die angeblich von verkappten Feindleuten ins Ausland gerettet werden wollten, wurden gemeldet. Wie ein Lauffeuer ging es durch München, die Wasserleitung sei vergiftet, so daß die Münchener ein paar Stunden in hellster Aufregung waren. [...] Es bedurfte geraumer Zeit bis sich diese Krankheit legte, die mit Ungeduld zu jedem Nachmittagskaffee oder zum Abendschoppen eine Siegesnachricht oder eine vertrauensselige Mitteilung über Anzeichen des inneren Zusammenbruches beim Feinde oder doch die Ankündigung des Transportes von Verwundeten erwartete und schier verlangte.“

Die Schilderung Kahrs ist deshalb auch ein interessanter Beleg für die inzwischen sehr differenzierte Bewertung des Augusterlebnisses in der Forschung: Dabei ist das klassische Narrativ der einhelligen vaterländischen Feierstimmung längst überholt – als Kontrast sei hier aus bayerischer Perspektive nur an die gedrückte Atmosphäre in Lena Christs Roman „Rumplhanni“ erinnert⁹⁴³ –, mittlerweile wird indes auch die Haltung des Bürgertums nicht mehr so eindimensional gesehen.⁹⁴⁴ Zwar traten (Hochschul-)Lehrer, Journalisten, Beamte oder auch Pfarrer häufig unübersehbar als Fahnenträger der vermeintlich allgemein herrschenden Begeisterung in Erscheinung, diese Momentaufnahme genügt allerdings nicht, um schon mit Sicherheit sagen zu können, worauf sich diese Begeisterung eigentlich richtete, woher sie rührte und welche Art der Sinnstiftung damit im Einzelnen verbunden war. Der Übergang von einem oberflächlichen zu einem aussagekräftigen Bild der Ereignisse ist daher nur möglich, wenn man sich vor Augen führt, dass das sog. Augusterlebnis nicht in den von jubelnden Massen gesäumten Straßen begann, sondern erst mit Blick auf seine Vorgeschichte zu verstehen ist, die bei den meisten Zeitgenossen eben gerade nicht im Zeichen allgemeiner Hochstimmung stand.

Die voranschreitende Eskalation der Julikrise brachte vielmehr auch bei Familie Kahr zuallererst die ohne Zweifel höchst unwillkommene Unterbrechung des Sommerurlaubs, d. h. der einzigen Zeit im Jahr, bei der auch der viel beschäftigte Staatsrat einmal für mehrere Wochen im Kreis der Seinen ausspannen konnte. Die Kahrs hatten sich dieses Mal Mitte Juli ins Berchtesgadener Land begeben⁹⁴⁵, schon nach viel zu kurzer Zeit traf dort allerdings der dienstliche Ruf zurück nach München ein.⁹⁴⁶ Die schon mit Sorge verfolgten Nachrichten schienen sich – im Gegensatz zu den vorhergehenden Marokko- und Balkankrisen – jetzt also zu bestätigen, die Empfindungen bei der wahrscheinlich

⁹⁴³ Der Roman beginnt mit der Schilderung des Abschieds der einberufenen Männer im Dorf Öd und datiert dieses Ereignis auf den 15. August (Lena Christ, Rumplhanni, München 2008, 5-24).

⁹⁴⁴ Vgl. Jörg Zedler, Zwischen Neugierde und Verunsicherung, Angst und aggressivem Patriotismus: Das Augusterlebnis 1914 in Regensburg, in: Bernhard Lübbers - Stefan Reichmann (Hg.), Regensburg im Ersten Weltkrieg (Kataloge und Schriften der Staatlichen Bibliothek Regensburg 10), Regensburg 2014, 37-86; mit Blick auf den strukturell und sozial heterogenen Regierungsbezirk Oberfranken: Rudolf Stöber, Vom „Augusterlebnis“ zur „Novemberrevolution“. Öffentlichkeit zwischen Kriegsbegeisterung (?) und Herbstdepression, in: Jahrbuch für Kommunikationsgeschichte 15 (2013), 89-122, darin etwa die Einschätzung: „Der wichtige Unterschied scheint somit weniger zwischen Stadt bzw. Großstadt und dem platten Lande bestanden zu haben, sondern eher zwischen Haupt- und Nebenstraßen. Auf den Hauptstraßen und -plätzen ‚spielte die Musik‘ – wortwörtlich und in übertragenem Sinne.“ (98)

Außerdem: Gunther Mai, 1. August 1914: Gab es ein Augusterlebnis? in: Eckart Conze (Hg.), Tage deutscher Geschichte. Von der Reformation zur Wiedervereinigung, München 2004, 177-192.

⁹⁴⁵ Vgl. das Schreiben Kahrs an Soden vom 23.7.1914 (NL Soden 538).

⁹⁴⁶ Die Rückkehr nach München ist in den verfügbaren Quellen nicht belegbar, angesichts der sich zuspitzenden Situation jedoch sicher für die Tage um den 25. Juli anzunehmen.

sehr zügigen Abreise schwankten dann sicherlich auch zwischen Verunsicherung, der Hoffnung auf eine doch noch mögliche Entspannung der Lage und einem unruhigen Blick in die Zukunft: Würde etwa die frisch vermählte Tochter ihren Ehemann schon bald an die Front ziehen lassen müssen? Solche und ähnliche Gedanken beherrschten gleichzeitig unzählige Haushalte, auch in München wartete auf die verfrühten Urlaubsrückkehrer deshalb zunächst keine Jubelstimmung, sondern eine eher gedrückte Atmosphäre des Abwartens, eilige Vorbereitungen auf den Ernstfall und im Ministerium ein Berg von Arbeit – davon wird gleich die Rede sein.

Bei allen dienstlichen Verpflichtungen ließ es sich dann jedoch wohl selbst der pflichteifrigste Beamte nicht nehmen, die alles entscheidende politische Entwicklung der nächsten Tage im Auge zu behalten, auch Kahr wurde deshalb direkter Zeuge der scheinbaren Umkehrung all dieser Vorzeichen: Denn konnte noch Ende Juli von nationaler Feierlaune im Grunde keine Rede sein⁹⁴⁷, trat ein völliger Wandel der Szenerie ein, als die Entscheidung gefallen war und der Krieg mit der Bekanntgabe der Mobilmachung⁹⁴⁸ unausweichlich seinen Anfang nahm. Zwar war es seit dem österreichischen Ultimatum an Serbien auch wiederholt zu nationalistischen Kundgebungen gekommen, diese Veranstaltungen hatten aber nur bei einer aktivistischen Minderheit der Bevölkerung Anklang gefunden und zudem oft einen überspannten bis aggressiven Eindruck hinterlassen: Unter diese Kategorie fiel in München etwa die Verwüstung des stadtbekanntes Café Fahrig durch eine aufgebrauchte Menge, die so gegen die bloße Unterbrechung eines patriotischen Musikstücks durch den Eigentümer protestierte.⁹⁴⁹ Die Verhängung des Kriegszustandes am 31. Juli⁹⁵⁰ schien hingegen jedes Pro oder Contra mit einem Schlag aufzuheben und die bisher spürbare skeptische Zurückhaltung in ihr Gegenteil zu verkehren, indem nun der kategorische Imperativ einer gemeinsam zu bewältigenden nationalen Kraftanstrengung in den Vordergrund trat. Symbolischer Wendepunkt war hierbei in Bayern die bei Huber⁹⁵¹ beschriebene Verlesung der Kriegsartikel, die auf offener Straße mit Trommelwirbel eingeleitet wurde

⁹⁴⁷ So kam es auch in Bayern zu Antikriegs-Demonstrationen, vgl. den Überblick bei Bernhard Grau, Krieg in Sicht? Politik und Öffentlichkeit während der Julikrise, in: Generaldirektion (Hg.), Krieg, 21-38, hier: 32-34.

⁹⁴⁸ Günther Kronenbitter, Planmäßig vom Frieden zum Krieg - Bayern macht mobil, in: Generaldirektion (Hg.), Krieg, 39-51, hier v.a. 39-41.

⁹⁴⁹ Bernhard Grau, Krieg in Sicht, 24 f.; ‚Die Stimmung in München‘, in: MZ Nr. 172 vom 27.7.1914 (mit Stellungnahme der Polizeidirektion).

⁹⁵⁰ Königliche Verordnung vom 31.7.1914, die Verhängung des Kriegszustandes betreffend, in: GVBl. 1914, 327 f.; Roland Funk, Bayern im Ersten Weltkrieg. Zwischen Reichstreue und Reichsverdrossenheit, Berlin 2016, 37.

⁹⁵¹ Brigitte Huber, Stadt im Krieg - München August 1914, in: Oberbayerisches Archiv 138 (2014), 9-64, hier: 17-20.

und nach stimmungsgewaltiger Proklamation durch einen amtlichen Ausrufer oft in feierlichen Beifall oder in Hochrufen ausklang. Von „spontanen“ Freudenausbrüchen konnte also im Grunde keine Rede sein, die Menschen liefen vor allem zusammen, um die hoch offiziell verkündeten Botschaften aus erster Hand zu hören und darauf – gewissermaßen standesgemäß und dem ersten Anlass entsprechend – in der patriotischen Formensprache der Zeit zu reagieren. An vielen Orten gaben dann fortan auch Extrablätter und Sondermeldungen den Takt vor, in dem sich eine schon neugierige und zugleich erwartungsfrohe Menge auf der Straße versammelte, während von den Kirchen bis zu den freien Gewerkschaften alle große Organisationen in den vaterländischen Tenor einstimmten und jeweils auf ihre Weise zur Solidarität mit Kaiser und Armee aufriefen.⁹⁵² Bei den am 2. August beginnenden Truppenausmärschen brach sich die veränderte Atmosphäre dann tatsächlich in offenen Freudenfeiern Bahn, wobei viele Anwesende sowohl der prachtvoll gestalteten Parade als auch den eigenen Verwandten und Freunden zujubelten.

Das nationale Bürgertum und die Generation der Wilhelminer hatten ein solches Szenario häufig als politisches Ideal gepriesen⁹⁵³, waren jetzt aber wohl selbst etwas überrascht, wie reibungslos dieser lang gehegte Traum nun offenbar in Erfüllung ging: Denn aus dieser Warte betrachtet, schienen sich gerade nicht nur die Befürchtungen und Ungewissheiten der letzten Wochen in Luft aufzulösen, augenscheinlich hatte auch die immer wieder beklagte Spaltung des Volkes in Konfessionen, Stände, Parteien oder auch deutsche und bayerische Patrioten⁹⁵⁴ jede Bedeutung verloren und war quasi über Nacht von einer großen, harmonischen Gemeinschaft aller Deutschen abgelöst worden. Sowohl die Schilderung Kahrs wie auch die Abfolge der Ereignisse deuten insoweit darauf hin, dass die häufig herausgestellte Kriegsbegeisterung zunächst wohl gar nicht so sehr der anstehenden militärischen Konfrontation galt, sondern sich in erster Linie auf das so unerwartete Geschenk des Krieges, das sprichwörtliche „Wunder der inneren Einheit“⁹⁵⁵, bezog: Viele Kommentatoren zeigten sich schlichtweg gerührt und ergriffen, wie die vermeintlich ewig streitenden Deutschen offenbar ganz plötzlich zu einer nationalen Gemeinschaft gefunden hatten und sogar die Sozialdemokratie, die noch bis Ende Juli Friedenskundgebungen abgehalten hatte, nun einmütig den Kriegskrediten zustimmte, d.

⁹⁵² Vgl. die Aufrufe der Hochschulen, Wirtschaftsverbände, Frauenorganisationen, Kirchen und Sozialdemokraten bei Funk, Bayern im Ersten Weltkrieg, 39-51.

⁹⁵³ Siehe Kapitel II 3.3.

⁹⁵⁴ Vgl. den weniger bekannten Abschnitt des Aufrufs Wilhelm II. zur Überwindung der Stammes-, Partei- und Konfessionsunterschiede, siehe Anm. 918.

⁹⁵⁵ Raitzel, Wunder.

h. den neu gestifteten Burgfrieden besiegelte.⁹⁵⁶ Auch Kahr stimmte – wie schon angedeutet – in diesen Chor mit ein, wenn er das Fallen von Konfessions- und Standesschranken⁹⁵⁷ feierte und dem Kriegsausbruch so vor allem eine ideale, gemeinschaftsstiftende Bedeutung zuschrieb.

Unter solchen Vorzeichen betrachtet, mag es daher fast scheinen, als ob die Zustimmung zum Krieg wohl gar nicht das hervorstechende Moment bei der Genese des Augusterlebnisses darstellte: Tatsächlich befürwortete wohl nur ein relativ kleiner Teil der Bevölkerung von Anfang an den Waffengang aus Überzeugung – wer will schon einen Krieg um des Krieges willen? – der darin liegende potenzielle Widerspruch kam allerdings nicht weiter zum Tragen, als die politische Entwicklung die deutsche Position scheinbar auch moralisch rechtfertigte und legitimierte. Denn hatte ja schon die Mobilmachung Russlands im Grunde gezeigt, dass Deutschland eine gerechte Sache gegen missgünstige und böswillige Feinde verfocht⁹⁵⁸, setzte sich diese Lesart endgültig durch, als am 4. August auch die Kriegserklärung Großbritanniens eintraf und in der Öffentlichkeit für große Empörung sorgte: Das „perfide Albion“ wurde doch von überhaupt niemanden bedroht und suchte offenbar bloß einen Vorwand, um ausgerechnet auf der Seite des despotisch regierten Zarenreichs für Freiheit und Recht zu kämpfen – die oft mit Entrüstung ausgesprochene Verwünschung „Gott strafe England“ zeugte fortan von dieser Stimmung und fand auch im Freundeskreis Kahrs mit eigens gestalteten Liedern und Gedichten Widerhall.⁹⁵⁹ Die allgemein als Höhepunkt der Augusttage eingestuften Truppenparaden sandten unter diesen Umständen also eine doppelte Botschaft aus: Denn symbolisierten die mit Girlanden geschmückten Straßen, die musikalische Begleitung und die jubelnden Menschenmassen unübersehbar die Freude über den neu gewonnenen inneren Zusammenhalt, verkörperte der in voller Bewaffnung

⁹⁵⁶ Die SPD hatte Ende Juli noch zu Demonstrationen für den Frieden aufgerufen, dann jedoch zur Überraschung vieler Beobachter ihre Haltung geändert und im Reichstag mit allen anderen Parteien den Kriegskrediten zugestimmt. Vgl. die Einordnung bei Herbert, *Geschichte Deutschlands*, 125 f. Mit Blick auf das Bürgertum liegt es deshalb nahe, von einer Begeisterung zweiter Ordnung, d. h. von der Freude über das durchaus unerwartete patriotische Bekenntnis der Partei des internationalen Proletariats (mithin eine Begeisterung über die plötzliche Begeisterung einer bisher misstrauisch betrachteten Gruppe), zu sprechen.

⁹⁵⁷ Kahr-Erinnerungen, pag. 260; dort auch: „In Gleichheit und Brüderlichkeit waren sie alle umschlungen die Millionen“.

⁹⁵⁸ Herbert, *Geschichte Deutschlands*, 127.

⁹⁵⁹ Epkenhans, *Erste Weltkrieg*, 153-158, Raithel, *Wunder*, 327-345; vgl. Sarah Hadry, *Das Bild vom Gegner*, in: Generaldirektion (Hg.), *Krieg*, 116-127. Diese Haltung lässt sich auch im Freundeskreis Kahrs nachvollziehen, der schon aus Erding bekannte Kollege Ferdinand Englert dichtete etwa Lieder, die den „Verrat“ Englands anprangerten (Privatnachlass Kahr, Verschiedenes).

und im Gleichschritt absolvierte Marsch zum Bahnhof⁹⁶⁰ wiederum die um sich greifende martialische Stimmung und demonstrierte die allorts immer wieder betonte Entschlossenheit.

Wie man die Emotionskurve dieser Wochen nun jedoch auch beurteilen mag, auf jeden Fall suchte sich die weite Kreise erfassende gesellschaftliche und kulturelle Mobilisierung jetzt auch praktische Betätigungsfelder, wobei sich viele Zeitgenossen schon moralisch verpflichtet fühlten, dem oft zitierten Ruf des Vaterlandes zu folgen und sich an jeder erdenklichen Stelle nützlich zu machen. Zum Augusterlebnis gehörte daher gleichermaßen ein vehementer Tatendrang, der vom Wunsch bestimmt war, die eigenen Kräfte in den Dienst der gemeinsamen Sache zu stellen und so einen persönlichen Beitrag zum Ganzen zu leisten. Aus Sicht der Zeitgenossen wurden die ausziehenden Soldaten diesem hehren Anspruch natürlich am besten gerecht, wie viele andere bedauerte es Kahr deshalb, dass ihm sowohl sein Amt als auch sein fortgeschrittenes Alter daran hinderten, als Offizier in die Armee zurückzukehren und der Front zumindest bei den Ersatztruppen in der Heimat den Rücken frei zu halten.⁹⁶¹ Von diesem Gedanken geplagt, übermittelte der Staatsrat dem Kriegsministerium dann sogar eine formelle Bereitschaftsmeldung, nachdem er von seinem Minister die Erlaubnis erhalten hatte, bei akutem Personalmangel zumindest bei den Ersatztruppen halbtags auszuhelfen⁹⁶²; dabei waren sich alle Beteiligten freilich ohne Zweifel klar, dass es bei dieser symbolischen Geste bleiben musste, wenn das Innenministerium nicht gewissermaßen in Teilzeit verwaltet werden sollte. blieb Kahr deshalb nichts Anderes übrig, als sich eben auch an den einsetzenden Ritualen der Gemeinschaftsstiftung – z. B. die Sammlung von „Liebesgaben“ oder die demonstrative Zeichnung der Kriegsanleihe⁹⁶³ – zu beteiligen, hatten es da die weiblichen Mitglieder der Familie schon leichter: Ella Kahr, die sich als Gattin eines hohen

⁹⁶⁰ Vgl. Generaldirektion (Hg.), Krieg, 97-102; Huber, Stadt im Krieg, 21-34. Hierzu der Kommentar Kahr, Mein Lebenslauf, pag. 76: „Unvergeßlich bleibt mir der Auszug unserer glänzenden Armee“.

⁹⁶¹ Der „verhinderte Soldat“ ist dabei auch ein klassisches Motiv in der Memoirenliteratur der Zeit (vgl. Becker, Bürgerliche Lebenswelt, 127); hier: Kahr-Erinnerungen, pag. 80.

⁹⁶² Vgl. die Meldung Kahrs vom 5.12.1914 (OP 10 899) nach Rücksprache mit Minister Soden: „Unter diesen Umständen sehe ich mich leider zu der Mitteilung veranlaßt, daß ich mich bis auf weiteres für militärische Dienste nicht zur Verfügung stellen kann. Sollte aber ein so dringender Offiziersbedarf eintreten, daß es die Sicherheit des Vaterlandes erfordert, jeden für die Front und den Etappendienst tauglichen Offizier durch anderweitige Einstellung freizumachen, so stelle ich mich mit Genehmigung seiner Exzellenz des Herrn Staatsministers des Innern für den Dienst bei den Ersatztruppen in München mit der Maßgabe zur Verfügung, daß mir untertags einige Stunden zur Erledigung dringender Referatsgeschäfte und Rücksprache mit Seiner Exzellenz dem Herrn Staatsminister frei bleiben.“

⁹⁶³ Flemming - Ulrich, Heimatfront, 107-114.

Staatsbeamten schon länger standesgemäß beim Roten Kreuz engagierte⁹⁶⁴, konnte sich jetzt voll in die ehrenamtliche Arbeit stürzen und etwa Betten für die Ankunft Verwundeter vorbereiten, Kriegsstrickkurse organisieren oder Krankenschwestern unterstützen, die der Truppe ins Feld folgten⁹⁶⁵; und selbst die beiden inzwischen ins Jugendalter gekommenen Töchter Gertraud und Ilse erklärten sich bald bereit, sich zu Hilfspflegerinnen ausbilden zu lassen und im Lazarett Dienst zu tun.⁹⁶⁶ Nicht näher erkennbar ist schließlich die Rolle der Kahrs beim Aufbau des schon am 7. August konstituierten Landesausschusses für Familienfürsorge⁹⁶⁷, der sich als Zusammenschluss aller konfessionellen und paritätischen Frauenverbände ehrenamtlich um die Angehörigen von Soldaten kümmerte, die nach Kriegsbeginn plötzlich ohne ihren einberufenen Haupternährer auskommen mussten. Der Staatsrat war auch dienstlich mit diesem Problem befasst, ein einfacher Briefkopf bei einer Feldpostsendung⁹⁶⁸ lässt allerdings keine weitergehenden Schlüsse zu, ob Herr oder Frau von Kahr auch als Privatpersonen unterstützend tätig wurden.

Das gesellschaftliche Leben befand sich also schon im vollen Kriegsmodus, den Meisten stand der emotionalste Moment des Augusterlebnisses jedoch noch bevor, als schließlich auch im Familien- und Bekanntenkreis der Abschied nahte und feierliche Zusammenkünfte organisiert wurden, um Söhnen und Brüdern, guten Freunden oder geschätzten Kollegen im würdigen Rahmen Lebewohl zu sagen. Kahr konnte hierbei zwar keinen Sohn in die Armee entsenden, erlebte aber private und korporative Abschiedsfeiern⁹⁶⁹ mit, die die ganze Tragweite der Ereignisse nun auch ganz persönlich greifbar machten. Denn hatten die meist jungen Leute bis vor wenigen Tagen noch zuversichtliche und mit Wohlwollen begleitete Pläne für ihren Lebensweg gehegt, tauschten sie diese jetzt oft freiwillig und ohne sichtbares Zögern gegen eine ungewisse Zukunft und ein fragwürdiges Wiedersehen, wobei alle auf eine siegreiche Wiederkehr hofften, aber auch mit einem schnellen „Heldentot“ rechnen mussten. Die äußerlich

⁹⁶⁴ Ella von Kahr amtierte 1919 – d. h. vor der Wahl ihres Gatten zum Ministerpräsidenten – sogar als Vorsitzende des Zentralkomitees des Bayerischen Frauenvereins vom Roten Kreuz. Vgl. der Bericht ‚Das Schwesternfest im Roten Kreuz‘, in: BStZ Nr. 257 vom 22.10.1919.

⁹⁶⁵ Vgl. etwa das im Namen des Roten Kreuzes verfasste Dankschreiben Ella von Kahrs an die „Freiwillige Kriegerstrickschule Schwabing“ vom 1.9.1914 (Privatnachlass Kahr, Korrespondenz).

⁹⁶⁶ So war Kahrs Tochter Ilse ab Mai 1916, d. h. noch vor ihrem 19. Geburtstag, in der freiwilligen Krankenpflege tätig und erhielt hierfür am 1. Mai 1918 das König-Ludwig-Kreuz für Heimatverdienste (Urkunde in Privatnachlass Kahr, Dokumente).

⁹⁶⁷ Siehe hierzu S. 247.

⁹⁶⁸ Gemeint ist eine Feldpostkarte Kahrs an seinen Neffen Jürg Fischer (Sohn der älteren Schwester Elise) vom 25.8.1914 (Privatnachlass Kahr, Feldpost), die den Aufdruck „Karte des Bayerischen Landesausschusses für Familienfürsorge“ aufweist.

⁹⁶⁹ Vgl. die Schilderung der Abschiedsfeier des Akademischen Gesangvereins: Kahr-Erinnerungen, pag. 273.

natürlich im schönsten Rahmen gestalteten Zusammenkünfte bedeuteten deshalb für die meisten Beteiligten eine enorme Kraftanstrengung, zumal sich die Verabschiedungen – entsprechend der Verlegung der Truppen – bis in den September zogen und sich z. T. sogar mehrfach wiederholten, wenn anvisierte Abmarschtermine doch noch einmal kurzfristig verschoben wurden. Familie Kerschensteiner versammelte sich so beispielsweise insgesamt drei Mal um den festlich gedeckten Tisch, um allen drei an die Front ausrückenden Söhnen einen letzten schönen Tag in der Heimat zu bereiten⁹⁷⁰; Kahrs Schwiegersohn Anton gehörte übrigens nicht dazu und fand Anfang 1915 als Referent in der außerordentlichen Kriegsverwaltung Verwendung.⁹⁷¹

Fasst man die Erfahrungen der Zeitgenossen zusammen, entpuppte sich das sog. Augusterlebnis damit als ein Wechselbad der Gefühle, in dem die Maßstäbe der Friedenszeit im Grunde keine Rolle mehr spielten, die durchlebte Epochenwende jedem klar vor Augen stand und die eintretenden Veränderungen meist in einem Tempo erfolgten, dass den Betroffenen oft nichts anderes übrig blieb, als sich hektisch und zunächst improvisiert auf die neue Lage einzustellen – um dann bald wieder umzudisponieren, wenn es die Erfordernisse des Tages notwendig machten.

2.2 Der Kriegsbeginn im Ministerium

Dieses Lagebild lässt sich in dieser Volatilität dann auch fast nahtlos auf die Situation in der Verwaltung übertragen, die die Ereignisse zwar aus ganz anderer Perspektive begleitete, dabei aber wie jeder Bürger ebenfalls Neuland betrat und möglichst sofort Antworten auf zahlreiche, so bisher nicht gekannte Herausforderungen finden musste. Der Staatsregierung blieb mit der Eskalation der Krise auf dem Balkan zudem nur etwa eine Woche Zeit, um im Zeichen der Ungewissheit zumindest essentielle Vorbereitungen zu treffen. Der aus Berchtesgaden zurückgeeilte Gustav von Kahr und das Innenministerium mussten sich deshalb zunächst weitgehend darauf beschränken, für verschiedene Szenarien zu planen und allgemeine Maßnahmen zu treffen, um die angespannte Lage zu beruhigen. Wurde die Verwaltung damit zunächst in einen Zustand der wachsam Alarmbereitschaft versetzt, änderte sich jedoch alles, als der Ernstfall tatsächlich ganz formell eintrat: Zwar waren inzwischen erste Anweisungen für den

⁹⁷⁰ Vgl. Kriegstagebuch Marie Kerschensteiner (Privatnachlass Kahr, Persönliche Schriften), Eintragungen vom 15.8., 6.9. und 20.9.1914.

⁹⁷¹ Anton Kerschensteiner meldete sich am 3.9.1914 für eine Verwendung in der Verwaltung militärisch besetzter Landesteile (MInn 65 273), wurde dann jedoch im Januar 1915 als Hilfsreferent ins Stellv. Generalkommando einberufen.

immer wahrscheinlicheren Kriegsausbruch ergangen⁹⁷², mit der offiziellen Verhängung des Kriegszustandes trat jedoch ein schon vordefiniertes Ablaufprotokoll in Kraft, das erste Sofortmaßnahmen vorsah und zudem die rechtliche Stellung sowie den Handlungsspielraum der Behörden neu definierte. Schon gesetzlich vorgesehen war hierbei der Übergang der vollziehenden Gewalt an militärische Instanzen, d. h. die vom Kriegsministerium mit dieser Aufgabe betrauten Institutionen – die sog. Stellvertretenden Generalkommandos – konnten ab 31. Juli eigenständige und unmittelbar rechtsgültige Anordnungen erlassen und gleichzeitig den ab sofort nachgeordneten Zivilbehörden direkt Anweisungen erteilen.⁹⁷³ Alle Zivilstaatsministerien setzten am 3. August außerdem eine Art Haushaltssperre für nicht vordringliche oder verschiebbare Ausgaben in Kraft⁹⁷⁴, die es ermöglichen sollte, die vorhandenen Ressourcen bestmöglich für die Kriegsbedürfnisse einzusetzen und auch den Fokus der Verwaltungstätigkeit ganz darauf zu richten; als Konsequenz wurden etwa im Innenressort mehrere Bauvorhaben vorerst auf Eis gelegt.⁹⁷⁵ Gleichzeitig erteilte indes der vom König am 2. August auf unbestimmte Zeit vertagte Landtag den Ministerien ebenfalls die Ermächtigung, unvorhergesehene und unabweisbare Ausgaben auch ohne vorherige Genehmigung zu bestreiten und entband die Exekutive damit in diesen Fällen von der Pflicht, entsprechende Vorlagen im Parlament einzubringen.⁹⁷⁶ Die Ministerien ließen außerdem unmittelbar die Vorarbeiten an allen nicht kriegsrelevanten Reform- und Legislativprojekten vorläufig ruhen, so etwa an einem schon fast fertiggestellten Entwurf zur Verwaltungsvereinfachung.⁹⁷⁷ Der Fokus der Verwaltungstätigkeit richtete sich also innerhalb weniger Tage ganz neu aus, die Prioritäten waren jedoch auch mit Bedacht so eindeutig gesetzt, da die Behörden trotz der Übertragung der Entscheidungsgewalt auf das Militär und der Sistierung regulärer

⁹⁷² So etwa in Hinblick auf die Lebensmittelversorgung der Städte und die Einbringung der Ernte, vgl. die Berichte Sodens: Verh. Landtag 1913/14, Bd. XII, 445, 485.

⁹⁷³ Königliche Verordnung vom 31.7.1914, den Übergang der vollziehenden Gewalt auf die Militärbehörden betreffend, in: GVBl. 1914, 329 f. Vgl. auch die auf den 21.11.1918 datierte, im Kriegsministerium verfasste „Denkschrift über die besonderen Machtbefugnisse der bayerischen obersten Militärbefehlshaber während der Dauer des Kriegszustandes auf dem Gebiete von Gesetzgebung und der vollziehenden Gewalt“ in MKr 11 049.

⁹⁷⁴ Bek. vom 3.8.1914, Einschränkung der Staatsausgaben während des Krieges betreffend, in: GVBl. 1914, 339-341.

⁹⁷⁵ Ebd.

⁹⁷⁶ Vgl. den beschlossenen Zusatz zum Haushaltsgesetz (§ 7): „Der Staatsminister der Finanzen wird weiter ermächtigt, im Falle des Eintritts außerordentlicher Ereignisse zur vorübergehenden Verstärkung der Betriebsmittel der Zentralstaatskasse nach Maßgabe des unumgänglich notwendigen Bedarfes Anlehen aufzunehmen oder Schatzanweisungen über den in § 7 des Finanzgesetzes vom 2. November 1912 bestimmten Betrag von achtzig Millionen Mark hinaus auszugeben.“ (Verh. Landtag 1913/14, Bd. XII, 469)

⁹⁷⁷ So im Bericht zum Etat des Staatsministeriums des Innern: Verh. Landtag 1915/16, Bd. XIII, 280; vgl. auch den Rückzug eines entsprechenden Antrags von Seiten der Abgeordneten: Verh. Landtag 1913/14, Bd. XII, 442.

Tätigkeiten eine solche Reihe dringender Aufgaben zu bewältigen hatte, dass die Masse an zu erledigenden Arbeiten das gewohnte Maß dennoch weit überstieg.

Nun ist hier nicht der Ort, dies für alle Zweige des Staatsapparats näher auszuführen, schon ein Blick auf die von Kahr mittelbar oder unmittelbar beaufsichtigten Sparten der inneren Verwaltung zeigt indes klar, dass auf die Behörden in den ersten Kriegswochen so viele Aufgaben gleichzeitig zukamen, dass es zunächst nur darum gehen konnte, den Schwall von Arbeit bestmöglich zu bewältigen.⁹⁷⁸ So waren die Bezirksämter und die Gemeinden, d. h. die Institutionen vor Ort, schon sehr stark durch die Mobilmachung an sich in Anspruch genommen, da es ihnen auch im Krieg zufiel, die Musterung der Landwehr vorzunehmen und jetzt zusätzlich erheblicher Zeitdruck obwaltete. Die Beamten mussten daher sofort außerordentliche Musterungstage an den – auf dem Land oft weit verstreuten – Sammelpunkten einberufen, die Besichtigung der Mannschaften vor Ort leiten und die entsprechend aktualisierten Musterungslisten erstellen.⁹⁷⁹ Das Innenministerium verhandelte währenddessen mit dem Kriegsressort, um in diesem Zusammenhang einheitliche Kriterien für vorläufige Zurückstellungen vom Heeresdienst festzulegen, die schließlich am 22. August publiziert wurden und den Kreis der Begünstigten auf unentbehrliches Personal in bestimmten Berufen beschränkte; die gutachterliche Prüfung oblag hier wiederum den Bezirksämtern und Stadtmagistraten.⁹⁸⁰ Doch damit nicht genug: Die allgemeine Mobilmachung fiel außerdem mitten in die Hauptzeit der Ernte, die ausgewachsenen Pflanzen auf den Feldern waren also dringend einzubringen, die plötzliche Aushebung der jungen und besonders leistungsfähigen Männer störte den Fortgang der Arbeiten deshalb erheblich und ließ jetzt schon die Frage nach der Sicherung der Ernährung aufkommen. Bauern und Knechte durften angesichts dessen häufig doch noch zwei bis drei Wochen länger auf ihrem Hof bleiben, für andere Fälle stellte der bayerische Landwirtschaftsrat und das Innenministerium rasch eine

⁹⁷⁸ Die folgende Rekonstruktion der Verwaltungstätigkeit im Kriegsjahr 1914/15 stützt sich im Wesentlichen auf eine im Innenministerium selbst erstellte, sehr ausführliche Denkschrift, die Minister Soden dem Landtag im Herbst 1915 als vorläufige Bilanz der behördlichen Arbeit im Krieg vorlegte, vgl. Verh. Landtag 1915/16, Beil. Bd. XI, Beilage 1166. Die von den einzelnen Referaten hierzu erstatteten Berichte liegen in MInn 65 415 gesammelt vor, der Entstehungsprozess der Denkschrift – inklusive handschriftlicher Textentwürfe Kahrs – lässt sich also detailliert nachvollziehen; im genannten Akt findet sich außerdem eine erste, dem König am 26. Januar 1915 vorgelegte Überblicksdarstellung zum Thema „Verwaltungsaufgaben im Kriege“, die den Sachstand ein halbes Jahr zuvor widerspiegelt.

Es war daher möglich, auf eine aufwendige Archivrecherche zu den einzelnen Arbeitsfeldern zu verzichten, lediglich in Hinblick auf das dem Staatsrat direkt zugewiesene Referat „Personalia“ wurde zusätzlich auf Aktenüberlieferung zurückgegriffen.

⁹⁷⁹ ‚Aufruf des gedienten Landsturms‘ in: MNN Nr. 397 vom 5.8.1914.

⁹⁸⁰ Verh. Landtag 1915/16, Beil. Bd. XI, Beilage 1166, 131.

Erntehilfe-Organisation auf die Beine, die bis Mitte August voll ausgebaut war und vor allem Jugendliche und Arbeitslose an nachfragende Landwirte vermittelte.⁹⁸¹

Eine weitere drängende Aufgabe stellte sodann die Unterstützung all der Familien dar, die durch die Einberufung des (Haupt-)Ernährers ihren bisherigen Lebensunterhalt verloren und deshalb in Bedrängnis oder gar in Not zu geraten drohten. Durfte es hierzu schon im Sinne der sozialen Stabilisierung der Heimatfront auf keinen Fall kommen, würde es außerdem erst recht die kämpfenden Soldaten bedrücken und demoralisieren, wenn sie ihre nächsten Angehörigen in ungesicherten Verhältnissen oder in Existenzangst vermuten mussten. Ein 1888 verabschiedetes Reichsgesetz⁹⁸² sprach den Familien Kriegsdienst leistender Mannschaften deshalb auch das Recht auf staatliche Unterstützung zu, die darin festgelegten Tagessätze und Regularien galten inzwischen jedoch als veraltet, zudem hatte das Gesetz noch nie Anwendung gefunden, weshalb jegliche Erfahrung in seiner Ausführung fehlte. Der Reichstag beschloss daher sogleich eine Novellierung der bisherigen Vorschriften⁹⁸³, während das Innenministerium unter Federführung Kahrs rasch eigene Erlasse zum prinzipiellen Vorgehen in Kraft setzte, die etwa die Kriegsbeihilfe klar von der Armenpflege schieden, den teilweisen Ersatz von Geld- durch Sachleistungen ermöglichten oder die Verrechnung mit anderen Leistungen grundsätzlich untersagten.⁹⁸⁴ Wie erwartet kam es bei der Überführung der bisher grauen Theorie in die Praxis zu zahlreichen Unstimmigkeiten und Zweifeln, weshalb das Ministerium zunächst auch den Vollzug möglichst eng begleitete und in kurzer Abfolge weitere Erlasse auf den Weg brachte, um die aufgetretenen Schwierigkeiten zu beheben; bis Ende des Jahres wurde darin etwa festgelegt, welcher Lieferungsverband bei Umzug des Empfangsberechtigten leistungspflichtig war, wie Angehörige mit ausländischer Staatsangehörigkeit behandelt werden sollten oder unter welchen Voraussetzungen eine direkte Mietzahlung durch das Amt in Frage kam.⁹⁸⁵ Das Ministerium wollte indes auch eine schädliche Überregulierung vermeiden und erklärte sich daher außer Stande, einheitliche Maßstäbe für die Unterstützungsbedürftigkeit, z. B. nach Einkommensgrenzen, zu definieren. Angesichts der sehr unterschiedlichen Verhältnisse

⁹⁸¹ ‚Mithilfe zur Ernte, ein Werk für Volk und Vaterland!‘ sowie ‚Aufruf des Bayerischen Wehrkraftvereins‘, in: MNN Nr. 397 vom 5.8.1914.

⁹⁸² Gesetz, betreffend die Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften vom 28.2.1888, in: RGBl. 1888, 59-61.

⁹⁸³ Der Reichstag nahm das Gesetz ohne Debatte an: Verh. Reichstag, Bd. 306, 9 f.; Gesetz vom 4.8.1914 zur Änderung des Gesetzes, betreffend die Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften vom 28.2.1888, in: RGBl. 1914, 332 f.

⁹⁸⁴ Verh. Landtag 1915/16, Beil. Bd. XI, Beilage 1166, 207-209.

⁹⁸⁵ Ebd., 209-211.

in den verschiedenen Regionen Bayerns sei es vielmehr Aufgabe der lokalen Behörden, örtlich angemessene Kriterien festzulegen und besonders gelagerte Fälle ggf. auch einzeln zu überprüfen.⁹⁸⁶ Dem Denken der Zeit entsprechend sollte das Instrument der Familienbeihilfe also keinen Automatismus der sozialen Fürsorge etablieren, sondern möglichst passgenau zum Einsatz kommen, in der Folge sah sich die Verwaltung dann jedoch auch mit einer bisher beispiellosen Zahl von Gesuchen konfrontiert, die bei Ablehnung häufig als Beschwerden wiederkehrten und schnell in dreistelliger Zahl auch beim Ministerium aufliefen.⁹⁸⁷ Schon zur eigenen Entlastung – die monatlich verausgabte Summe betrug schon im September 1914 ca. fünf Millionen Mark und stieg bis Juli 1915 auf über zehn Millionen⁹⁸⁸ – begrüßte die Staatsregierung deshalb die ebenfalls schnell aufgebaute Kriegswohlfahrtspflege in privater Trägerschaft und vermittelte den bereits erwähnten Zusammenschluss des Landesausschusses für Familienfürsorge.

Neben den direkten Folgen der Mobilisierung kam es in den ersten Monaten des Krieges indes auch zu einer erheblichen Zunahme der – primär gewerblichen und industriellen – Arbeitslosigkeit, da Sektoren wie das Baugewerbe oder die Schmuckindustrie zunächst fast völlig stillstanden und Deutschland außerdem sehr schnell von der ausländischen Rohstoffzufuhr abgeschnitten wurde, was auf einige Branchen ebenfalls sehr schädlich wirkte; angesichts der unklaren Zukunftsaussichten neigte die breite Bevölkerung außerdem dazu, nur notwendige Ausgaben zu tätigen.⁹⁸⁹ Die abrupte Änderung der Marktlage führte deshalb trotz der gleichzeitig erfolgenden Mobilmachung zu einem spürbaren Ansteigen der betriebsbedingten Kündigungen, wobei angesichts der Verlagerung der Produktionsschwerpunkte auch nicht absehbar war, wann sich die Situation für betroffene Berufsgruppen wieder bessern würde. Unter Zurückstellung bisher maßgeblicher Bedenken entschlossen sich Außen- und Innenministerium deshalb auch in diesem Fall, steuernd einzugreifen und von sich aus Gegenmaßnahmen in die Wege zu leiten: Denn hatte man die Arbeitslosenfürsorge bisher als Aufgabe der gewerkschaftlichen Solidargemeinschaft und ggf. der Gemeinden betrachtet⁹⁹⁰ und dies unter anderem mit der Stärkung der Verantwortlichkeit vor Ort begründet, ließ die Sorge

⁹⁸⁶ Ebd., 208.

⁹⁸⁷ Ebd., 215.

⁹⁸⁸ Tabellarische Aufstellung nach Monaten: Ebd., 212 f.

⁹⁸⁹ Albrecht, Landtag und Regierung, 82-85; vgl. hierzu auch: Anton Bunk, Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenfürsorge in München während der letzten zehn Jahre, Diss. München 1921.

⁹⁹⁰ Sascha Münnich, Interessen und Ideen. Die Entstehung der Arbeitslosenversicherung in Deutschland und den USA (Schriften aus dem Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung 70), Frankfurt am Main u. a. 2010, 99-160; Anselm Faust, Arbeitsmarktpolitik im Deutschen Kaiserreich. Arbeitsvermittlung, Arbeitsbeschaffung und Arbeitslosenunterstützung 1890-1918 (Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Beihefte 79), Stuttgart 1986, 131-192.

um die Stabilität der Heimatfront nun auch diese Vorbehalte zurücktreten, was bereits im August 1914 erste Schritte zu einer landesweiten Koordination des Arbeitsmarktes nach sich zog⁹⁹¹; die Interventionen ließen allerdings auch die weiterhin virulenten sozial-konservativen Einstellungen zu Tage treten, wenn das Innenministerium etwa zu verhindern suchte, dass ländliche Dienstboten in staatlichen Rüstungsbetrieben angestellt wurden.⁹⁹² Ganz neues Terrain betrat Minister Soden hingegen, indem er erstmals eine spezifische Erwerbslosenunterstützung als eigenständiges Instrument außerhalb der reguläre Armenhilfe anerkannte und jedem Betroffenen de facto einen Anspruch auf ihren Bezug einräumte, d. h. mit dem Prinzip der rein anlassbezogenen Gewährung durch die Kommunen brach. Die angestammte Verwaltungspraxis wurde dadurch modifiziert, zumal auch die häufig noch geforderte sog. Heimatberechtigung als Bedingung vorzeitig wegfiel und es sich der Staat sogar vorbehielt, überforderte Gemeinden durch Zuschüsse zu unterstützen⁹⁹³ – die Hoffnungen der Arbeiterbewegung auf eine Verbesserung des eigenen gesellschaftlichen Status erhielten damit schon zu Beginn des Krieges erste Nahrung. Waren die Gemeindebehörden jetzt also damit beschäftigt, die eingehenden Unterstützungsanträge zu prüfen und vor allem „scharf“⁹⁹⁴ zwischen un- und selbstverschuldeter Arbeitslosigkeit zu unterscheiden, stellte das Innenministerium die hierfür maßgeblichen Regularien auf und prüfte die rechtlichen bzw. finanziellen Voraussetzungen für evtl. Beihilfen an bedürftige Kommunen.⁹⁹⁵

Hatte die Verwaltung im August 1914 sonach mehrere neue Aufgabenfelder zu erschließen und praktisch zu bearbeiten, standen die ersten Kriegsmonate jedoch ebenfalls im Zeichen des administrativen Provisoriums, weil sie diese Herausforderungen schließlich auch noch mit erheblich ausgedünntem Personal bewältigen musste. Denn erhielten eine ganze Reihe jüngerer Beamter – darunter mehrere Reserveoffiziere – schon zu Beginn der Mobilisierung ihre Einberufung und begaben sich direkt aus ihren Büros

⁹⁹¹ Verh. Landtag 1915/16, Beil. Bd. XI, Beilage 1166, 226-229.

⁹⁹² Vgl. hierzu den expliziten Hinweis bei Ebd., 226; siehe auch die unveränderte Zielsetzung bei der Gestaltung der Demobilisierung zu Kriegsende in Anm. 1261.

⁹⁹³ Im Rahmen des sog. Heimatrechtes war es in Bayern bis 1916 nicht maßgeblich, wo eine in Not geratene Person tatsächlich wohnte, etwaige Ansprüche auf Unterstützungszahlungen oder Armenhilfe hatten sich unabhängig davon stets an die Gemeinde zu richten, in der Bedürftige formal das Heimatrecht besaßen, vgl. hierzu Ute Redder, Die Entwicklung von der Armenpflege zur Fürsorge in dem Zeitraum von 1871 bis 1933. Eine Analyse unter Aufgaben-, Ausgaben und Finanzierungsaspekten am Beispiel der Länder Preußen und Bayern (Bochumer wirtschaftswissenschaftliche Studien 133), Bochum 1993, 68-106. Die Entscheidung zur Erwerbslosenunterstützung durchbrach nun explizit dieses Prinzip: Verh. Landtag 1915/16, Beil. Bd. XI, Beilage 1166, 229 f.

⁹⁹⁴ Verh. Landtag 1915/16, Beil. Bd. XI, Beilage 1166, 229.

⁹⁹⁵ Ebd., 230.

an die Front⁹⁹⁶, folgten ihnen rasch weitere Kollegen nach, da Soden und Kahr allein aus patriotischen Motiven darauf Wert legten, möglichst keinen Staatsdiener am Eintritt in die Armee zu hindern. Eine am 4. August erlassene Verfügung⁹⁹⁷ für den Geschäftsbereich des Innenministeriums ermöglichte deshalb sogar freiwillige Meldungen ohne vorherige Genehmigung, wenn dadurch die Behördentätigkeit nicht grundsätzlich in Mitleidenschaft gezogen wurde; andernfalls musste der einsatzwillige Beamte zwar seine Vorgesetzten konsultieren, konnte aber auch dann mit wohlwollendem Entgegenkommen und der Bereitschaft, eine gangbare Lösung zu finden, rechnen.⁹⁹⁸ Die innere Verwaltung wollte sich mithin von niemanden in ihrer vaterländischen Pflichterfüllung übertreffen lassen, unter diesen Vorzeichen galt es für sie freilich auch, nicht nur sachliche, sondern auch personelle Übergangslösungen zu finden, zumal selbst einige Bezirks- oder Bauämter schnell ohne höhere Beamte dastanden.⁹⁹⁹ Wo immer möglich, übernahmen daher auch die in der Heimat verbleibenden Kollegen einen zusätzlichen Kriegsdienst, indem sie die dienstlichen Obliegenheiten der Abwesenden untereinander aufteilten oder vorübergehend mitbetreuten; standen dem unüberwindbare Hindernisse im Weg, schaltete sich das Kahr'sche Personalreferat ein und besetzte vakante Stellen mit jungen Assessoren oder auch mit Pensionisten, die aus dem Ruhestand zurückgeholt wurden.¹⁰⁰⁰ Auch hier beschränkte man sich also zunächst damit, den soeben begonnenen Krieg wie eine vorübergehende Ausnahmesituation zu behandeln, d. h. gewissermaßen auf Sicht zu fahren und die weitere Entwicklung abzuwarten.

⁹⁹⁶ Vgl. etwa das von der Regierung von Oberbayern am 1.8.1914 ans Innenministerium übermittelte „Verzeichnis der Bezirksamtänner und Assessoren“ (MInn 65 412), in denen die Namen aller Beamten, die sofort einrücken mussten, rot verzeichnet sind (insgesamt 13 von 41 Assessoren).

⁹⁹⁷ Vgl. Rundschreiben Staatsminister Sodens an die Regierungspräsidien vom 4.8.1914 (MInn 65 412).

⁹⁹⁸ So im Fall des Bezirksamtannes von Zusmarshausen, Graf Basselet de la Rosée, der nach Abschluss der „wichtigeren mit der Mobilmachung in Zusammenhang stehenden Arbeiten“ in seinem Bezirk das Innenministerium am 20. August schriftlich um die Freistellung für den Kriegsdienst ersuchte. Minister Soden instruierte daraufhin die Kreisregierung von Schwaben am 26.8.1914 wie folgt: „Das Gesuch des Bez. Amtannes Graf La Rosée wird zur Würdigung übermittelt. Wenn irgend tunlich, sollten mit der Waffe ausgebildete Offiziere des Beurlaubtenstandes gegen ihren Willen nicht zurückgehalten werden.“ Beide Dokumente in MInn 65 412.

⁹⁹⁹ Vgl. den bereits am 4.8.1914 erstatteten Bericht der Regierung von Unterfranken (MInn 65 412): Demnach waren etwa im Bezirksamt Marktheidenfeld sowohl der Amtsvorstand als auch beide Assessoren einberufen worden, das Bezirksamt Kitzingen musste fortan ohne die beiden regulären Assessoren auskommen.

¹⁰⁰⁰ Vgl. etwa die am 21.8.1914 durch Kahr verfügte Aufstellung eines Amtsverwesers für das schon Mitte des Monats nur noch mit einem Assessor arbeitende Bezirksamt Kelheim in MInn 65 412.

3. Auf neuem Terrain: Die innere Verwaltung an der Heimatfront

Die vorläufige Beschränkung auf Ad-hoc-Maßnahmen konnte freilich kein Dauerzustand sein, zumal sich die zunächst gehegte Erwartung eines schnellen Feldzuges mit Entscheidungsschlachten rasch als Illusion erwies und die nach wenigen Wochen eingetretene Pattsituation an der Westfront die Hoffnungen auf ein baldiges Ende der Kämpfe in weite Ferne rücken ließ. Ab Herbst 1914 ging es deshalb primär darum, Wege zu finden, die durch den Krieg gestellten Aufgaben in strukturierter und aufeinander abgestimmter Weise zu bewältigen, d. h. so weit wie möglich zum Prinzip des vorausschauenden Agierens zurückzukehren und den Verwaltungsapparat auf die neue Situation einzustellen.

Kahr kam dabei nicht nur wegen seiner herausgehobenen Position, sondern auch wegen den damit verbundenen Aufgaben eine zentrale Rolle zu: So konnte der Geschäftsbetrieb auf Dauer nur aufrecht erhalten bleiben, wenn im Personalbereich ein stabiles System der Ämterbesetzung die Zeit der Provisorien langsam ablöste und damit die Grundvoraussetzung für planbares Handeln schuf. Als zuständiger Referent war der Staatsrat deshalb zuallererst dafür verantwortlich, die offensichtlich länger anhaltende Situation der behördlichen Notbesetzung zu managen und etwa durch feste Stellvertretungen oder Aufteilung von Materien dauerhafte Regelungen zu treffen; Kahr persönlich übernahm im Innenministerium etwa die Leitung einer weiteren Abteilung.¹⁰⁰¹ Selbst die geschickteste Aufteilung der Arbeitslast konnte indes nicht verhindern, dass ab

¹⁰⁰¹ Vgl. Ministerialentschließung vom 29.12.1914 in MInn 84 009. Daneben hielt Kahr als Personalreferent auch einen intensiven Kontakt zu den im Feld befindlichen oder in der Verwaltung der besetzten Länder tätigen Beamten: So besuchte der Staatsrat im Januar 1915 und im September 1916 die Westfront in Belgien (vgl. das Schreiben Kahrs an alle nicht besuchten Beamten vom 22.2.1915 in MInn 65 273 sowie der Bericht in Kahr-Erinnerungen, pag. 401-415) und führte mit zahlreichen Kollegen eine regelmäßige Korrespondenz. Kahr legte aus allen erhaltenen Dokumenten eine eigene Sammlung an, um nach dem Krieg eine Denkschrift zu den Leistungen der inneren Verwaltung in dieser Zeit anzufertigen.

Er setzte dieses Vorhaben nach der Niederlage jedoch nicht in die Tat um, sondern bot dem Innenministerium 1930 die Übernahme der Sammlung mit folgender Begründung an (vgl. Kahr an Jan vom 14.4.1930; MInn 84 009): „Keiner anderen Landesregierung dürfte ein so eigenartiges, reichhaltiges und geschlossenes Material für einen innerlich so zusammenhängenden Personenkreis zur Verfügung stehen, wie er sich in meiner Hand befindet. Ich möchte daher vorschlagen, das Staatsministerium des Innern möge dieses Material, in dem viel vaterländische Liebe und Begeisterung, viel Tapferkeit und Heldenmut, viel Opfersinn und Treue, viel organisatorische Kraft und segensreiche Arbeit, geleistet in- und außerhalb der Heimat, geborgen liegt, in sichere Verwahrung und in staatliche Hut nehmen, um es vielleicht später zum Ruhme der bayerischen Verwaltung und ihres sogen. Partikularismus auf dem Gebiete deutscher Arbeit und deutscher Treue in einer Denkschrift niederzulegen. Das gesammelte Material samt den hiezu von mir beschafften Karten über den Kriegsschauplatz steht bei mir zur Verfügung.“

Das Innenministerium ging auf dieses Angebot ein, die Sammlung wurde jedoch wohl im Krieg vernichtet und ist heute in den archivierten Beständen nicht aufzufinden.

Frühjahr 1915 immer dringendere Bitten aus den Kreisen und Bezirken eintrafen¹⁰⁰², freie Stellen doch wieder zu besetzen und so das weitere Liegenbleiben dringender Aufgaben zu verhindern; die Abwesenheit von inzwischen 175 höheren Verwaltungsbeamten, darunter 29 Bezirksamtmänner¹⁰⁰³, war eben auf Dauer doch nicht zu kompensieren. Im März und Oktober 1915 ging das Innenministerium deshalb schließlich doch dazu über, das eigene Personal generell für unabhkömmlich zu erklären¹⁰⁰⁴ und nahm außerdem z. T. langwierige Verhandlungen mit den militärischen Stellen auf, um zumindest einige besonders dringend benötigte Beamte wieder für ihren zivilen Dienst freistellen zu lassen.¹⁰⁰⁵ Gelang dies, übernahmen die Kollegen jedoch oft nur zum Teil wieder ihre angestammten Aufgaben und rückten ansonsten in die Verwaltungszweige ein, die sich nach der Zeit der vorläufigen Lösungen in immer größerer Zahl bildeten und den Krieg auch organisatorisch auf Dauer stellten.

Chronologisch mit am Anfang stand hierbei der Bereich der Invalidenfürsorge: Denn waren die ersten Verwundeten noch im August 1914 unter öffentlichem Aufsehen in München eingetroffen¹⁰⁰⁶ und in die reguläre Kranken- und Lazarettpflege überwiesen worden, machten die erheblich wachsenden Opferzahlen im Stellungskrieg jedoch schnell deutlich, dass die bestehende Infrastruktur aus Friedenszeiten nicht genügen würde, um den nun bestehenden Bedürfnissen gerecht zu werden. Bei zehntausenden und bald hunderttausenden Verwehrten konnte sich die Fürsorgetätigkeit außerdem allein schon aus ökonomischen und sozialen Gründen nicht bloß auf eine bestmögliche Heilung konzentrieren, die Bemühungen mussten ebenfalls die Reintegration der Betroffenen in das berufliche und gesellschaftliche Leben im Auge behalten. Eine Aufgabe dieser Größenordnung war deshalb allein mit privater Wohltätigkeit nicht zu bewältigen, sie

¹⁰⁰² So etwa die von den Regierungen der Pfalz und von Oberfranken eingereichten Berichte zur kritischen Geschäftslage an einzelnen Bezirksamtmännern (Conrad an StMI vom 5.2.1915; Brenner an StMI vom 13.2.1915; MInn 65 412); Regierungspräsident Brenner wies in seiner Note außerdem auf die untergeordnete Tätigkeit einiger Beamter in militärischen Diensten hin: „Jedenfalls sollten Verwendungen eines Amtsvorstands, wie des Bezirksamtmannes von Forchheim, ausgeschlossen sein; der Dienst als Adjutant bei einem Bezirkskommando, welche Stellung meist Büro-Arbeiten mit sich bringt, steht der so wichtigen Tätigkeit eines Bezirksamtsvorstands sicherlich nicht gleich.“

¹⁰⁰³ So die Angaben des Innenministers im Finanzausschuss im November 1915: Verh. Landtag 1915/16, Beil. Bd. XI, Beilage 1235, 933. Im Geschäftsbereich des Innenministeriums waren im Januar 1916 von insgesamt 9600 regulären Beamten 2300 im Kriegseinsatz, vgl. Verh. Landtag 1915/16, Bd. XIII, 278.

¹⁰⁰⁴ Vgl. die im März 1915 zunächst für die Bauverwaltung erteilte Weisung des Innenministeriums (Soden an Kreisregierungen vom 13.3.1915), im Oktober 1915 wurde die Unabhkömmlichkeit schließlich auf alle höheren Beamten ausgedehnt (Soden an Kreisregierungen vom 16.10.1915); beide Dokumente in MInn 65 412.

¹⁰⁰⁵ Soden übermittelte Kriegsminister Kreß am 13.11.1915 schließlich ein Verzeichnis aller Bezirksamtmänner, die aus Sicht des Innenministeriums unbedingt wieder benötigt wurden und begründete die Bitte um ihre Freistellung in einem gesonderten Schreiben; das Kriegsministerium verfügte daraufhin die vorläufige Entlassung eines Teils der genannten Beamten (MInn 65 412).

¹⁰⁰⁶ Huber, Stadt im Krieg, 53.

erforderte den Aufbau einer öffentlichen Organisation, die einen festen Rahmen vorgab und alle Bestrebungen unter einem Dach zusammenfasste. Kahr – der mit den Kriegererholungsheimen Schwindegg und Wülzburg ja bereits vergleichbare Projekte begleitet hatte¹⁰⁰⁷ – nahm sich dem Thema besonders an und hielt zahlreiche Besprechungen mit Vertretern der Ärzteschaft, der Tarifparteien, der Gemeinden, dem Roten Kreuz und der Landesversicherungsanstalt ab, um so die notwendige Expertise einzuholen und allen Beteiligten ihren Platz in der entstehenden Gesamtorganisation zuzuweisen.¹⁰⁰⁸ Am 28. Februar 1915 erging sodann die Bekanntmachung „Einrichtung und Grundsätze der Kriegsinvalidenfürsorge in Bayern“¹⁰⁰⁹, die das Innenministerium als Koordinationsinstanz benannte, die praktische Arbeit im Land jedoch weitgehend sog. Orts- und Kreisausschüssen überließ, die als Träger der Kriegsfürsorge Vertreter der Gesellschaft zusammenführten und gleichzeitig unter behördlicher Leitung standen; sie waren unter anderem mit der Aufstellung von Berufsberatern, der Einrichtung von Lehr- und Ausbildungskursen oder der Arbeitsvermittlung betraut. Auf Landesebene rief wiederum die Staatsregierung zu einer besonderen Spendensammlung¹⁰¹⁰ auf, richtete einen spezialisierten Arbeitsnachweis¹⁰¹¹ ein und berief einflussreiche Honoratioren in einen Landesbeirat¹⁰¹², um möglichst weite Kreise an den gemeinsamen Anstrengungen zu beteiligen; eine schon am 10. Dezember 1915 eröffnete Ausstellung im Arbeitermuseum präsentierte schließlich eine erste Zwischenbilanz und sollte dazu beitragen, die breitere Öffentlichkeit für das Anliegen zu sensibilisieren.¹⁰¹³

Dreh- und Angelpunkt der Verwaltungstätigkeit wurde jedoch schon im ersten Kriegsjahr eine wirtschaftspolitische Intervention von bisher nicht gekanntem Ausmaß, konkret die präventive Rationierung, regulierte Produktion und planmäßige Verteilung von Grundnahrungsmitteln, die die Versorgung der breiten Bevölkerung sicherstellen und die

¹⁰⁰⁷ Siehe Anm. 831.

¹⁰⁰⁸ Die entsprechenden „Vorarbeiten“ (pag. 14) werden in der an den König übermittelten Überblicksdarstellung „Verwaltungsaufgaben im Kriege“ vom 26.1.1915 erwähnt (MInn 65 415); vgl. Kahr-Erinnerungen, pag. 276-279.

¹⁰⁰⁹ Das StMI veröffentlichte die Bestimmungen in einer gesonderten Publikation: Bayerische Kriegsinvalidenfürsorge: Einrichtung und Grundsätze der Kriegsinvalidenfürsorge in Bayern. Bekanntmachung des Staatsministeriums des Innern vom 28. Februar 1915, ergangen an die K. Regierungen, Kammern des Innern, die K. Bezirksämter und die Gemeindebehörden, hg. vom K.b. Staatsministerium des Innern, München 1915.

¹⁰¹⁰ Vgl. der durch die Staatsminister Hertling, Soden und Kreß sowie 171 weiteren Personen unterzeichnete Aufruf zur Abgabe von Spenden an die neu eingerichtete Kriegsinvaliden-Fürsorge in MNN Nr. 152 vom 24.3.1915.

¹⁰¹¹ Verh. Landtag 1915/16, Beil. Bd. XI, Beilage 1166, 223.

¹⁰¹² Die erste Sitzung des Landesbeirats fand in festlichem Rahmen unter Vorsitz des Königs und der Königin statt (ebd., 222).

¹⁰¹³ „Eröffnung der Ausstellung der bayerischen Invalidenfürsorge“, in: MNN Nr. 634 vom 12.12.1915.

vorhandenen Vorräte bis zur nächsten Ernte strecken sollte.¹⁰¹⁴ Der Staat machte sich also daran, bei einigen Produkten den gesamten Wirtschaftskreislauf in die eigenen Hände zu nehmen, trotz der unabsehbaren Tragweite dieses Vorgangs erscheint es jedoch nicht nur darstellerisch, sondern auch sachlich gerechtfertigt, jetzt erst am Ende dieses selektiven Überblicks hierauf näher einzugehen, da der Aufbau des sog. Kriegssozialismus nicht so koordiniert erfolgte wie etwa die Institutionalisierung der Kriegsinvalidenpflege. Denn war von Anfang an absehbar, dass aus einem mit modernen Waffen geführten Kampf viele fürsorgebedürftige Verwundete zurückkehren würden, überstieg ein langwieriger Wirtschaftskrieg wohl zunächst die Vorstellungskraft vieler Zeitgenossen und Entscheidungsträger: Zwar rechnete die Politik von Anfang an mit der in jedem Krieg auftretenden Teuerung und zog auch vorübergehende Engpässe durchaus in Betracht¹⁰¹⁵, die potenzielle Dimension des Versorgungsproblems wurde jedoch erst nach einigen Monaten klar erkannt.

Im Herbst 1914 blieb es daher zunächst bei einigen punktuellen, nacheinander ergriffenen Maßnahmen, die bestimmte Fehlentwicklungen noch eher unsystematisch adressierten und jeweils vom Bundesrat¹⁰¹⁶, also auf Reichsebene, beschlossen wurden: So sollte etwa der Erlass von Höchstpreisen für Weizen und Roggen die künstliche Verknappung dieser essentiellen Lebensmittel unterbinden und sowohl Landwirten als auch Müllern jede Aussicht auf spekulative Gewinne nehmen, während höhere Ausmahlquotienten für das Mehl oder ein sog. Verfütterungsverbot dazu dienten, den Getreideverbrauch auf das notwendige Maß einzuschränken.¹⁰¹⁷ Kurz nach der Hektik des Kriegsbeginns warteten auf die bayerischen Behörden damit schon wieder eine Reihe neuer und zudem komplizierter Aufgaben, dabei agierten sie in dieser frühen Phase allerdings noch weitgehend als Ausführungsorgane der vom Bundesrat eingeführten Maßgaben, während die Staatsregierung vorerst darauf verzichtete, diese noch durch weitere Beschlüsse zu ergänzen. Es genügte daher wohl auch im Innenministerium, wenn der zuständige Landwirtschaftsreferent, der bald hoch umstrittene Ministerialrat Friedrich von Braun,

¹⁰¹⁴ Siehe hierzu generell Anm. 921.

¹⁰¹⁵ Siehe Anm. 972.

¹⁰¹⁶ So die Ermächtigung durch den Reichstag: Gesetz über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen und über die Verlängerung des Wechsel- und Scheckrechts im Falle kriegerischer Ereignisse, in: RGBl. 1914, 327 f.

¹⁰¹⁷ Michael Unger, Zu den Anfängen der Kriegswirtschaft in Bayern 1914, in: Generaldirektion (Hg.), Krieg, 53-72, hier v.a. 69-72. Vgl. die weiteren erwähnten Maßnahmen: Bek. vom 28.10.1914 über das Ausmahlen von Brotgetreide, in: RGBl. 1914, 461; Bek. über das Verfüttern von Brotgetreide, Mehl und Brot, in: RGBl. 1915, 6-8.

die Umsetzung koordinierte und die Vollzugsbekanntmachungen¹⁰¹⁸ entwarf. Das Thema wurde jedoch eindeutig zur Chefsache, d. h. zur Aufgabe für Soden und Kahr, als schon zu Jahresbeginn 1915 die Erkenntnis reifte, dass es nicht genügen würde, den Markt situationsbedingt zu regulieren und die Reichsleitung alle Vorbereitungen traf, um ein staatlich organisiertes und kontrolliertes Wirtschaftssystem für Grundnahrungsmittel zu etablieren. Die im Bundesrat am 25. Januar 1915 beschlossene Verordnung¹⁰¹⁹ bedeutete dann auch einen tiefen Einschnitt, indem sie zunächst alle Bestände von Brotgetreide und Mehl für beschlagnahmt erklärte und einer neu errichteten Reichsgetreidestelle¹⁰²⁰ überschrieb, die im öffentlichen Auftrag die Erfassung, Rationierung und Verteilung dieser Lebensmittel besorgte; sie koordinierte außerdem die vor Ort, d. h. in den Landkreisen und kreisfreien Städten, agierenden Kommunalverbände, die die sog. Bewirtschaftung der zum öffentlichen Eigentum erklärten Produkte übernahmen. Der freie Handel und die freie Preisbildung waren damit in diesen Bereichen ausgeschaltet. Auch die bayerische Staatsregierung hatte bereits im Voraus beschlossen, dieser Grundsatzentscheidung zuzustimmen¹⁰²¹, dabei jedoch gleichzeitig eine relativ weitgehende organisatorische Eigenständigkeit des Königreichs durchgesetzt, die einer selbständigen Position gegenüber der Berliner Getreidestelle gleichkam. So gab es auch in Bayern Kommunalverbände¹⁰²², diese handelten jedoch in Selbstbewirtschaftung, d. h. beschlagnahmten Getreide und Mehl in Eigenregie und beteiligten sich auch nicht am reichsweiten Ausgleichssystem zwischen Liefer- und Empfängergebieten: Das Innenministerium richtete stattdessen eine eigene „Landesverteilungsstelle für Brotgetreide und Mehl“ ein, die Bayern in Versorgungsgebiete gliederte und dem Reich

¹⁰¹⁸ Die entsprechenden Vollzugsbekanntmachungen erschienen in einer Sonderbeilage des Ministerialamtblattes des Staatsministeriums des Innern: Amtsblatt der Königlichen Staatsministerien des Königlichen Hauses und des Äußern und des Innern: Kriegs-Beilage, München 1914-1918.

Zur Biographie von *Friedrich Edler von Braun* (1863-1923), später Unterstaatssekretär im Kriegsernährungsamt und Reichstagsabgeordneter (DNVP) vgl. Lilla, Verwaltungshandbuch [URL: <https://verwaltungshandbuch.bavariikon.de/VWH/Braun_Friedrich_Edler_v.#lang-de>; zuletzt eingesehen am 4.8.2021]. Kahr pflegte zu von Braun offenbar ein eher distanzierendes Verhältnis, vgl. Kahr-Erinnerungen, pag. 296: „Referent hierfür war zuerst Ministerialrat Edler von Braun, ein hochbegabter, vorwärtsstrebender Mann, nicht gerade liebenswürdig, aber energisch und rücksichtslos in der Verfolgung seiner Ziele. Er hatte einmal in früheren Jahren aus Eifersucht unschön an mir gehandelt. Ich habe die Erinnerung daran in den schweren Zeiten des Vaterlandes hintangestellt und mit Braun bis zu seinem Tode gar oft in vaterländischen Fragen zusammengearbeitet.“

¹⁰¹⁹ Bek. über die Regelung des Verkehrs mit Brotgetreide und Mehl vom 25.1.1915, in: RGBL. 1915, 35-45.

¹⁰²⁰ Zu Organisation und Kompetenzen der Reichsgetreidestelle: Bek. über den Verkehr mit Brotgetreide und Mehl aus dem Erntejahr 1915 vom 28.6.1915, in: RGBL. 1915, 363-378 (§§ 10-16).

¹⁰²¹ Ministerratssitzung vom 21.1.1915, TOP 4 (Protokoll in: MA 99 511).

¹⁰²² Gerhard Hetzer, *Erinnern und Vergessen. Die bayerischen Kommunalverbände und ihr Schriftgut*, in: *Archive in Bayern* 4 (2008), 13-40; zeitgenössisch: Otto Woerner, *Rechtliche Natur und Verfassung der Kommunalverbände Bayerns*, in: *Bayerische Gemeindezeitung* Nr. 2 vom 10.1.1918 (S. 18-29).

nur eine Gesamtabrechnung sowie das überschüssige Getreide en bloc übermittelte.¹⁰²³ Symbol der Tätigkeit der Kommunalverbände wurden dann schnell die im März 1915 eingeführten Bezugsscheine, die sog. Lebensmittelmarken, die beim Kauf der rationierten Waren mitzubringen waren und über die Geschäfte wieder an die Behörden zurückliefen, die so den Gesamtverbrauch zumindest näherungsweise steuern konnten.¹⁰²⁴ Der Abstimmungsbedarf war dabei anfangs indes zu hoch, da die Kommunalverbände die Marken der Nachbarbezirke meist nicht anerkannten, im Juni 1915 folgte deshalb bereits die allgemein übertragbare Landesbrotkarte¹⁰²⁵, die das neue System vorerst in feste Bahnen lenkte.

4. Klagen von allen Seiten: Konfliktlinien der Kriegswirtschaft

Betrachtet man diese Bilanz des ersten Halbjahrs 1915, entsteht eine Vorstellung davon, welchen Berg von Arbeit das Innenministerium und dessen nachgeordnete Behörden zu bewältigen hatten, zumal hier nur einige zentrale Felder aufgeführt sind und auch die reguläre Verwaltungstätigkeit zumindest im reduzierten Ausmaß weitergehen musste: So wollte z. B. die erste Kriegstagung des Landtags vorbereitet sein, bei der Minister Soden nicht nur den Etat seines Hauses, sondern u. a. auch die umfassende Vorlage eines neuen Gemeindebeamtengesetzes zu vertreten hatte.¹⁰²⁶ Es erscheint daher durchaus plausibel, wenn Kahr noch im Nachhinein betonte, er habe erst jetzt wirklich erfahren, was ununterbrochene Arbeit wirklich bedeute und dabei z. T. über Monate nicht einmal Zeit für einen kleinen Erholungsspaziergang gefunden¹⁰²⁷ – der auch auf Drängen seines Ministers angetretene Urlaub im August 1915¹⁰²⁸ war deshalb sicherlich mehr als nötig. So ganz als summarischer, auf Entscheidungen und ergriffene Maßnahmen fokussierter Tätigkeitsbericht präsentiert, wirkt es allerdings leicht so, als ob die Verwaltung die neuen Herausforderungen nach den turbulenten Wochen des Kriegsbeginns relativ schnell in den Griff bekommen und zur weitgehenden Zufriedenheit der Bürger gelöst hätte. Dieses Bild ist freilich zu glatt, denn 1915 war bekanntlich auch das Jahr, in dem sich alle im Vorspann angedeuteten Problemkonstellationen zunehmend bemerkbar machten und

¹⁰²³ Verh. Landtag 1915/16, Beil. Bd. XI, Beilage 1166, 156.

¹⁰²⁴ Vgl. die anschauliche Erläuterung des über Lebensmittelmarken gesteuerten Rationierungssystems bei Jolas, Berufliche Erlebnisse II, pag. 14 f. (NL Jolas 2)

¹⁰²⁵ ‚Landesbrotmarken‘, in: MNN Nr. 270 vom 29.5.1915.

¹⁰²⁶ Die Einberufung des Landtags war schon im Frühjahr diskutiert, im Ministerrat (Sitzung vom 17.3.1915; Protokoll in MA 99 511) aber abgelehnt worden; der Zusammentritt erfolgte am 30. September 1915; Verh. Landtag 1915/16, Bd. XIII.

¹⁰²⁷ Kahr, Mein Lebenslauf, pag. 77.

¹⁰²⁸ Kahr-Erinnerungen, pag. 326.

zunächst als unliebsame Belastungen, dann aber als handfeste Krisen ins öffentliche Bewusstsein rückten. Nach der Rekonstruktion der vom Innenministerium 1914/15 ergriffenen Schritte versucht dieser Abschnitt deshalb in einem strukturellen Überblick zu skizzieren, wie die so in die Wege geleitete Politik zwar durchaus allen Bedürfnissen gerecht zu werden suchte, aber dennoch eine Reihe grundlegender Konflikte heraufbeschwor, die immer weitere Kreise zogen und die Lösungskompetenz des Staates bald überstrapazierten.

Dabei hat die Forschung viele, vor allem gesellschaftsbezogene Verwerfungen schon ausführlicher analysiert¹⁰²⁹; sie werden deshalb hier nur knapp, aber auch nicht bloß der Vollständigkeit halber thematisiert: Denn um zu verstehen, wie die Zivilgesellschaft und die Verwaltung trotz aller Steuerungsversuche langsam die Kontrolle über die Situation verloren, genügt es nicht, einfach direkt und lapidar auf die Triebkräfte dieser Entwicklung zu verweisen – man sollte sich gleichzeitig vor Augen führen, von welchen Spannungs- und Konfliktlagen sie im Grundsatz gespeist wurden und davon ausgehend solche Kraft entfalten konnten. Wird es daher zunächst darum gehen, sich einen kompakten Überblick über maßgebliche institutionelle und soziale Verwerfungen zu verschaffen, kommt dann in einem zweiten Schritt näher zur Sprache, wie sich diese Konflikte wechselseitig verdichteten und schließlich ganz neue Eskalationsprozesse in Gang setzten, die bereits die erste tiefgreifende Heimatfrontkrise 1916 ankündigten.

4.1 Die Frage der Zuständigkeit: Das Nebeneinander der Behörden

Dabei fallen die ersten Striche in diesem Panorama noch ganz bescheiden aus, da sie im Grunde nur den letzten Abschnitt inhaltlich fortführen und nochmals in Erinnerung rufen, dass die kriegsbedingten Veränderungen in der Verwaltung schon ganz ohne äußeres Zutun erheblichen Stress erzeugten und damit natürlich auch den Handlungsspielraum der Behörden einengten. In diesem Kontext wurde die sinkende Leistungsfähigkeit angesichts der personellen Ausdünnung bereits thematisiert¹⁰³⁰, gerade in einer Studie über einen Spitzenbeamten des Weltkriegs sei freilich auch darauf hingewiesen, dass dieser Umstand ebenfalls dazu beitrug, die gewohnten Hierarchien in den Ministerien und (Kreis-)Regierungen langsam aufzubrechen: Denn mussten sich viele ältere Staatsdiener nun z. T. in ganz neue Aufgabenfelder einarbeiten und verfügten darin oft über keine

¹⁰²⁹ Vgl. für Bayern vor allem Geyer, *Verkehrte Welt und Rudloff, Wohlfahrtsstadt*; dort werden auch in diesem Kapitel nicht näher behandelte Themenkomplexe wie Wohnungsnot oder die schwierige Versorgung älterer Menschen angesprochen.

¹⁰³⁰ Siehe Anm. 1002.

größere Erfahrung als ihre jüngeren Kollegen, waren letztere vielfach sogar besser ausgebildet, wenn es darum ging, Fragen der Kriegswirtschaft oder die Regelung des Lebensmittelhandels zu bearbeiten.¹⁰³¹ Als Amtschef und erklärter Freund des „Akzessistenkollegiums“¹⁰³² hatte Kahr damit sicherlich weniger Probleme, für manch andere Referenten war es hingegen bestimmt nicht leicht, sich mit einer solchen Verschiebung der Gewichte abzufinden und nun plötzlich Expertise von Nachwuchskräften entgegen zu nehmen. Konnte man derartige Vorfälle jedoch noch unter die Kategorie verletzte Eitelkeiten verbuchen, wurden vergleichbare Konstellationen allerdings tatsächlich kritisch, wenn wieder einmal Konsultationen mit dem Stellvertretenden Generalkommando anstanden, bei denen dann z. T. junge, aus den Ministerien abgestellte Beamte als selbstbewusste Gesprächspartner im Offiziersrang auftraten oder einfach nicht abgestimmte Erlasse veröffentlichten.¹⁰³³ In diesem Sinne tat sich offenbar nicht zuletzt der spätere Justizminister Christian Roth hervor, der bis 1914 den Posten eines Regierungsassessors bei der Polizeidirektion München bekleidet hatte, jetzt aber als „Hauptmann Roth“ die einflussreiche Abteilung P des Stellvertretenden Generalkommandos München leitete und dort u. a. wirtschaftliche Anordnungen traf.¹⁰³⁴

¹⁰³¹ So die Erinnerungen des späteren Bundeslandwirtschaftsministers Wilhelm Niklas: „Ich lernte Eduard Hamm im Jahre 1915 kennen, als ich in das Bayerische Staatsministerium des Innern einberufen wurde. Hamm war damals als Regierungsassessor dort tätig. Sehr bald merkte ich, dass seine Bedeutung im Ministerium weit über diese Stellung hinausging. Hamm, mit dem ich bald engere Fühlung bekam, war eigentlich der Hecht im Karpfenteich. Das Bayerische Staatsministerium des Innern setzte sich nämlich damals aus alten, um nicht zu sagen überalterten Ministerialräten zusammen, die natürlich gute Referenten waren, aber im Lauf der Zeit doch eine gewisse Enge aufwiesen. Hamm dagegen verfügte über eine ungeheure Lebhaftigkeit im Interesse am gesamten öffentlichen Leben. Es fiel mir daher auf, dass die Ministerialräte in sehr vielen Fällen mit ihm Fühlung nahmen, um sich seines Urteils zu bedienen. Insbesondere hatte Hamm einen großen Einfluss auf den damaligen Staatsrat des Innenressorts Dr. von Kahr, der vor allem in wirtschaftlichen Dingen den Rat Hamms stets gern hörte.“ (Abschrift aus der Dokumentation: Christiane Beßner (Bearb.), Dr. h.c. Eduard Hamm 16.10.1879-23.09.1944, Bd. IV, Hamburg ²2017, 124)

¹⁰³² Siehe Anm. 897.

¹⁰³³ Vgl. den expliziten Hinweis Sodens im Finanzausschuss: „Es ist zuzugeben, daß in dieser Beziehung Unklarheit bestanden hat und daß auch die Auffassung der Gerichte in dieser Angelegenheit nicht eindeutig ist. Diese Unklarheiten werden aber nach dem zwischen dem Kriegsministerium und dem Ministerium des Innern getroffenen Vereinbarungen in Zukunft vermieden werden, da bei Erlassen von allgemeiner Bedeutung ein vorheriges Benehmen der Stellv. Generalkommandos beziehungsweise des Kriegsministeriums mit dem zuständigen Zivilstaatsministerium sichergestellt ist.“ (Verh. Landtag 1915/16, Beil. Bd. XI, Beilage 1235, 944)

¹⁰³⁴ Die Amtsführung Christian Roths, der beim Stellv. Generalkommando eine sehr selbständige Stellung innehatte, führte wiederholt zu Kontroversen innerhalb der Verwaltung und in der Öffentlichkeit; Anfang 1917 wurde Roth sogar vorgeworfen, Malzschiebereien zu begünstigen. Vgl. Verh. Landtag 1917, Bd. XV, 85 und 218 (dort die Äußerung des Abgeordneten Lutz: „Das Vertrauen zu dieser Stelle ist im bayerischen Volke wohl bei allen Schichten weit unter den Gefrierpunkt gesunken.“). Selbst Kahr äußerte sich hierzu explizit, freilich durchaus anerkennend: „So war z. B. am Generalkommando in München, dessen Vorgehen für die übrigen Generalkommandos maßgebend wurde, die treibende Kraft Regierungsrat Roth von der Polizeidirektion München, der vielgenannte ‚Hauptmann Roth‘, der sich meinen trotz freiwilliger Meldung wiederholt als kriegsuntauglich ausgemusterten Schwiegersohn, dann den trefflichen Baron Freyberg und andere tüchtige jüngere, nur ‚g.v.‘ befundene Beamte als Hilfsarbeiter holte. Roth hat sich damals zweifelsohne große Verdienste erworben und ich habe ihn manchmal meinem Minister gegenüber in Schutz

Erhöhte Frustrationstoleranz war schließlich auch gefragt, wenn wieder einmal der gewohnte Geschäftsgang durcheinander geriet oder umgangen wurde, weil z. B. Entscheidungen schneller als üblich fallen mussten oder die Kommunikation mit Berlin nicht länger warten konnte¹⁰³⁵; solche Fälle waren zwar schon immer vorgekommen, häuften sich jetzt aber erheblich und machten noch einmal deutlich, dass die Bedeutung bestehender Regularien schon jetzt langsam abnahm.

4.2 Verwerfungen in der Gesellschaft

All diese Schwierigkeiten waren schon für sich genommen ärgerlich, während sie jedoch meist nicht über das interne Umfeld hinausdrangen, wurde die Staatsregierung indes auch zunehmend mit wachsendem Unmut in der Öffentlichkeit konfrontiert, was unter den Bedingungen des Krieges mindestens ebenso ernst genommen werden musste. In diesem Kontext hatte die explizite, politisch aktive Opposition allerdings noch kaum Bedeutung: Zwar verzeichnete das Innenministerium bereits im Frühjahr 1915 erste Aktivitäten durch pazifistische Vereinigungen und einen Teil der Frauenbewegung, solche Vorstöße waren jedoch relativ leicht zu kontrollieren und zu unterdrücken¹⁰³⁶, da diese Gruppen in der Bevölkerung nur sehr geringen Rückhalt genossen und deshalb kaum Widerhall fanden; man könnte sogar darüber diskutieren, ob die frühen Proteste der Friedensbewegung nicht sogar einen Beitrag zur inneren Stabilisierung leisteten, da sie es einer selbstgewissen Mehrheit ermöglichten, sich demonstrativ von den vermeintlich unsolidarischen Kritikern des Burgfriedens abzugrenzen und dadurch die eigene Vaterlandsliebe zu betonen. Doch wie dem auch sei, auf jeden Fall traten die ersten Ansätze zur tatsächlichen Destabilisierung des patriotischen Konsenses zunächst im unverdächtigen Gewand der organisatorischen Herausforderung in Erscheinung, als es mit dem Übergang zur sog. Zwangswirtschaft notwendig wurde, Rationierungspläne aufzustellen – oder, anders ausgedrückt, die Frage „Wem steht was zu?“ auf die Tagesordnung rückte. So prägnant auf den Punkt gebracht, wird das spalterische Potenzial des Themas¹⁰³⁷ sofort

genommen, wenn dieser wegen der Übergriffigkeit Roth's in die Geschäftsaufgaben des Ministeriums des Innern aufgebracht war.“ (Kahr-Erinnerungen, pag. 265)

Zur Biographie von *Christian Roth* (1873-1934) vgl. allgemein die Angaben im Biogramm von Thomas Schlemmer [URL: <<https://www.deutsche-biographie.de/gnd119037521.html#ndbcontent>>; zuletzt eingesehen am 8.3.2021].

¹⁰³⁵ Albrecht, Landtag und Regierung, 101-103.

¹⁰³⁶ Ay, Entstehung einer Revolution, 45-52; Auch Kahr geht kurz auf die Aktivitäten dieser „häßlichen Bewegungen“ ein, betont dann aber – wohl zutreffend – die davon abweichende Haltung „weitester Kreise“ (Kahr-Erinnerungen, pag. 320 f.).

¹⁰³⁷ Als Quellengrundlage für die Analyse werden hier vor allem die erregten Landtagsdebatten im Winter 1915/16 (Sitzungen 17.12.1915; 25.2.1916), aber auch die vorangehende Beratung im Finanzausschuss herangezogen, der sich im November 1915 in insgesamt 13 Sitzungen mit der Kriegsernährungswirtschaft

offensichtlich, gerade das diskursive Ausblenden dieser Tragweite bot freilich einen optimalen Nährboden für langsam an Schärfe zunehmende Kontroversen, da es den Behörden erwartungsgemäß nicht so leicht fiel, die vorgeblich unpolitische, aber dafür immer wiederkehrende Verteilungsdebatte in kalkulierbare Bahnen zu lenken. Wie bereits erläutert, leisteten sie der Einschränkung des eigenen Handlungsspielraums sogar noch Vorschub, wenn sie diese Brisanz kaschierten und die Ressourcenknappheit in erster Linie zu einer neuerlichen Bewährungsprobe für deutsche Opferbereitschaft und Organisationskunst stilisierten, die ohne Zweifel erfolgreich bestanden würde.¹⁰³⁸ Man konnte dem gemeinsamen Verzicht also auch integrative Kraft zuschreiben, der Mangel blieb freilich Tatsache und setzte nach und nach die Logik des Vergleichs in Gang, die neben allen Appellen an die gegenseitige Solidarität vor allem spalterisches Potenzial entfaltete.

4.2.1 Konsumenten gegen Produzenten – Stadt gegen Land

Ungeschminkt betrachtet, legte das Jahr 1915 dabei schrittweise alle gesellschaftlichen Sollbruchstellen frei, die die Verwaltung des Mangels mit sich brachte und fortan sowohl die Politik beschäftigten als auch selbst mit politischer Bedeutung aufgeladen wurden. Dabei sind einige dieser Konflikte sehr offensichtlich und direkt nachvollziehbar, andere hingegen erst auf den zweiten Blick zu erkennen, sie alle beruhten jedoch auf der nachhaltigen Störung des Verhältnisses von Angebot und Nachfrage, das die gewohnte Kräfteverteilung zwischen Produzenten und Konsumenten nahezu umkehrte. Denn war es für viele Verbraucher 1914 längst Normalität, beim Kauf von Lebensmitteln oder Bedarfsartikeln unter einem reichhaltigen Angebot wählen zu können, das auch von internationalen Wettbewerbern bestückt wurde, zog mit dem Krieg die Knappheit ein, was die bisher unter dem Preisdruck leidenden Hersteller sogleich zu nutzen wussten und ihnen eine dominierende Marktposition verschaffte.¹⁰³⁹ Musste z. B. ein kleiner Landwirt bisher trotz Schutzzollpolitik häufig zufrieden sein, wenn er das Wirtschaftsjahr mit bescheidenem Gewinn abschloss, war seine Ware jetzt heiß begehrt und schon vor der

befasste. Das umfangreiche Ausschussprotokoll liegt gedruckt vor (Verh. Landtag 1915/16, Beil. Bd. XI, Beilage 1235), allerdings werden – abgesehen vom Innenminister und den Berichterstattern Freyberg und Beckh – die Redner nicht namentlich bezeichnet.

¹⁰³⁸ Vgl. etwa Verh. Landtag 1915/16, Bd. XIII, 198, siehe allgemein Anm. 929. Eine vergleichbare Variante dieses Diskurses ist in der Betonung des „deutschen“ Erfindergeistes zu sehen, vgl. etwa bei Kahr-Erinnerungen, pag. 338: „So wurde die Wissenschaft in der Not erfinderisch wie nie zuvor und eine Neuerung folgte der anderen.“

¹⁰³⁹ Belinda Davis, Konsumgesellschaft und Politik im Ersten Weltkrieg, in: Heinz-Gerhard Haupt - Cornelius Torp (Hg.), Die Konsumgesellschaft in Deutschland 1890-1990. Ein Handbuch, Frankfurt am Main u. a. 2009, 232-249; Ziemann, Front und Heimat, 308-311.

Ernte profitabel zu verkaufen. Ließ man dem „Spiel der freien Kräfte“¹⁰⁴⁰ in dieser Form seinen Lauf, würden nun also die Konsumenten zwangsläufig in einen Bieterwettbewerb geraten und sowohl untereinander als auch gegen die Produzenten in Stellung gebracht werden – mit unabsehbaren sozialen Folgen. Hauptzweck der 1915 eingeführten Zwangswirtschaft war deshalb auch, diesen sprichwörtlichen „Kampf aller gegen alle“ zu verhüten oder zumindest so weit wie möglich abzufedern. Die behelfsmäßige Ausschaltung des freien Marktes konnte allerdings nicht verhindern, dass sich die Interessenskonflikte schnell auf andere Ebenen verlagerten und dann eben dort in z. T. sehr scharfer Form ausgetragen wurden.

Dabei lagen die wechselseitigen Konfliktquellen und Vorwürfe geradezu in der Luft: So empfanden es Landwirte und Viehzüchter bald als völlig überzogene Gängelung, wenn die plötzlich so aufdringliche Kundschaft unablässig nach strengeren staatlichen Vorgaben und Kontrollen rief¹⁰⁴¹, während vor allem Gewerkschaften und Konsumvereine darüber klagten, dass die Bauern trotz der öffentlichen Beschlagnahme weiterhin als „wahre“ Eigentümer der Lebensmittel auftraten und sich als privilegierte Selbstversorger bestimmt auch nicht an die Rationierung hielten.¹⁰⁴² Die wachsende Kluft zwischen Stadt und Land war damit vorprogrammiert und verlieh alten Klischees neue Kraft: Gewann etwa das Bild des geizigen und verdruckten Bauers, der in seiner Kirchturmmentalität einfach kein Verständnis für die Nöte des Vaterlandes aufbringen konnte¹⁰⁴³, deshalb sehr scharfe Konturen, sahen sich viele Landwirte wiederum in ihren Vorurteilen gegenüber den vorlauten Städtern bestätigt, die natürlich alles besser wussten, aber selbst natürlich keinen Finger zu viel rührten und wie immer ihren Vergnügungen nachgingen.¹⁰⁴⁴ Die Konfliktperspektive Stadt-Land lag freilich auch ganz allgemein nahe, da die Lebensmittelverteilung – wie zuvor erläutert – generell zwischen sog. Zu- und Überschussbezirken vereinbart wurde, wobei (Industrie-)Städte am meisten

¹⁰⁴⁰ In diesem Sinne die Kritik Schlittenbauers, dass die Regierungen mehr als ein halbes Jahr bis zur Einführung der Zwangsbewirtschaftung gewartet hätten: Verh. Landtag 1915/16, Bd. XIII, 193.

¹⁰⁴¹ Im November 1915 veröffentlichten der Landwirtschaftliche Verein in Bayern, der Bayerische Christliche Bauernverein, der Bund der Landwirte, der Bayerische Bauernbund und der Deutsche Bauernbund eine Erklärung, in der sie gemeinsam die erhobenen Vorwürfe zurückwiesen und Gründe für die eingetretenen Preissteigerungen aufführten: ‚Ein landwirtschaftlicher Protest‘, in: Rosenheimer Anzeiger Nr. 275 vom 27.11.1915.

¹⁰⁴² So der Vorwurf von Johannes Hoffmann: „Wenn heute, anderthalb Jahre nach dem Kriege, die Erzeuger und Händler immer noch der Meinung wären, daß die Lebensmittel ihnen gehörten, so wäre das ein schwerer Irrtum. Heute sind Erzeuger und Händler nichts weiter als die Verwalter der Lebensmittel. Eigentümer ist jetzt das ganze Volk. (Verh. Landtag 1915/16, Bd. XIII, 203).

¹⁰⁴³ Ziemann, Front und Heimat, 340-347.

¹⁰⁴⁴ Da der Begriff Stadt aus Sicht vieler Landwirte auch für die staatliche Autorität stand, ging damit auch eine Delegitimierung des Staates einher, vgl. Robert G. Moeller, Dimensions of Social Conflict in the Great War: The View from the German Countryside, in: Central European History 14 (1981), 142-168.

Lieferungen erhielten, während fruchtbare Getreideanbauggebiete zu ihrem Leidwesen besonders viel abgeben mussten. Auch die Verhandlungen auf institutioneller Ebene liefen oft dementsprechend schleppend und mündeten immer wieder in ex- oder implizite Beschuldigungen des Gegenübers: In solchen Fällen war dann etwa von profitgierigen Genossenschaften als verkappte Bauernschutzorganisationen¹⁰⁴⁵ oder – als Retourkutsche – von Schlampereien bei städtischen Lagerhäusern oder Rangierbahnhöfen zu hören, in denen einwandfreie Ware angeblich fahrlässig verdarb.¹⁰⁴⁶

Guter Rat war hier also teuer, zumal die Logik der Zwangswirtschaft auch innerhalb der beiden Lager Gräben aufwarf und damit die Konstellation noch weiter verkomplizierte: So mochte sich ein mühsam abliefernder Landwirt zwar mit Leidenschaft über die Maßlosigkeit der Städter echauffieren, er war jedoch ebenso wenig gut auf den benachbarten Großbauern zu sprechen, der es offenbar verstand, einen Teil seiner Ernte unter der Hand zu verkaufen und auf diese Weise den Spruch „Der Ehrliche ist der Dumme“ wahr machte¹⁰⁴⁷; unter diesen Umständen konnten auch Appelle an die vaterländische Solidarität kaum noch durchdringen. In den Städten verschärfte sich wiederum der klassische Konflikt zwischen wohlhabenden und minderbemittelten Bevölkerungsgruppen, die zwar beide als Verbraucher am Markt auftraten, dort aber auch jetzt sehr unterschiedliche Interessen vertraten: Forderten Kunden mit knappen Budget nämlich erwartungsgemäß eine rigorose Deckelung der Höchstpreise und strenge Kontrollen der Betriebe, zogen es vermögendere Schichten hingegen vor, lieber etwas mehr für das tägliche Brot aufzuwenden, dafür jedoch auch ausreichende Anreize für eine störungsfreie Belieferung zu setzen und so einem etwaigen Mangel von vorneherein vorzubeugen.¹⁰⁴⁸ Eine Verständigung auf einen Mittelweg war hier kaum zu erzielen, stattdessen lagen ständig wechselseitige Vorwürfe von sozialistischer Knebelung bzw. unsolidarischen Vorratskäufen durch die Reichen in der Luft, die die Solidarität unter den Städtern unterminierte; in der nächsten Stufe folgten dann bereits Beschuldigungen

¹⁰⁴⁵ Verh. Landtag 1915/16, Beil. Bd. XI, Beilage 1235, 932, 977. Vgl. die Konflikte zwischen der Stadt München und der Regensburger Zentralgenossenschaft: Rudloff, Wohlfahrtsstadt, 198-201.

¹⁰⁴⁶ Vgl. etwa Sebastian Schlittenbauer: „Machen Sie einen Spaziergang durch die Bennobrauerei, gehen Sie hinauf in die Malzdarre, schauen Sie sich an, wie weiß da alles ist und wie wunderbar die Kartoffeln Augen treiben! Das würde in der Miete des Bauern nicht passieren.“ (Verh. Landtag, 1915/16, Bd. XIII, 400).

Vgl. Markus Rodenberg, „Wir Bauern müssen alles abgeben, erhalten aber nichts“: Lebensmittelversorgung und Kriegswirtschaft im ländlichen Mittelfranken 1914-1918, in: Herbert May - ders. (Hg.), „... der Schwere der Zeit bewußt ...“ Der Erste Weltkrieg im ländlichen Franken (Schriften und Kataloge des Fränkischen Freilandmuseums in Bad Windsheim 71), Bad Windsheim 2014, 159-205.

¹⁰⁴⁷ Ziemann, Front und Heimat, 319-323.

¹⁰⁴⁸ Rudloff, Wohlfahrtsstadt, 237-239.

wegen der vermeintlichen Versorgung über den Schwarzmarkt oder Hamsterfahrten angeblicher Wochenendausflügler, die die Stimmung weiter vergifteten.¹⁰⁴⁹

4.2.2 Böses Blut: Festbesoldete, Fremdenverkehr, Mittelstand

Dies war freilich alles zu erwarten gewesen, bei genauerem Hinsehen lassen sich indes noch weitere Auseinandersetzungen identifizieren, die ebenfalls deutlich machen, wie stark die Zwangswirtschaft in alle Lebensbereiche eindrang und dort zu vielfältigen Verwerfungen führte. Um die Darstellung nicht zu weit ausgreifen zu lassen, mag es in diesem Rahmen jedoch genügen, hier noch einige besonders symbolträchtige Konflikte herauszugreifen:

Unter diese Kategorie fiel beispielsweise auf jeden Fall der wachsende Gegensatz zwischen sog. Festbesoldeten und abhängig beschäftigten Arbeitnehmern¹⁰⁵⁰, ein Streit zwischen zwei Konsumentengruppen, bei der es nicht einmal primär um wechselseitige Konkurrenz auf dem Markt, sondern vor allem um soziale Statusfragen ging. Denn beruhte der Stolz der Beamtenschaft nicht zuletzt auf ihren gesetzlich gesicherten „wohlerworbenen Rechten“¹⁰⁵¹, befanden sich die Staatsdiener mit ihren dazugehörenden festen Bezügen jetzt plötzlich im strukturellen Nachteil, da es bei fortschreitender Teuerung immer schwieriger wurde, mit dem gleichbleibenden Verdienst einen standesgemäßen Lebensunterhalt zu finanzieren. Arbeiter und Angestellte konnten dagegen ihren Lohn in jeder Tarifrunde neu verhandeln und zwar nicht nur erfahrenes Fachpersonal, sondern auch und gerade die in der Rüstungsindustrie stark nachgefragten un- oder angelernt Beschäftigten, die deshalb trotz geringer Qualifikation auskömmlich bezahlt wurden.¹⁰⁵² Das Leistungs- und Verdienstprinzip der bürgerlichen Gesellschaft

¹⁰⁴⁹ So auch im Landtagsausschuss: „Die Hauptursache der Verteuerung der Lebensmittel sei auch die Ankaufspanik der Bevölkerung und die unbegründete Sorge des Verhungerns, die gerade in den höheren Schichten sehr verbreitet sei. Es werde bloß über die bösen Bauern losgezogen, über die städtischen Vorratshamster höre man nichts.“ (Verh. Landtag 1915/16, Beil. Bd. XI, Beilage 1235, 929).

¹⁰⁵⁰ Fattmann bezeichnet die Einkommensentwicklung der höheren Staatsbeamten seit Kriegsbeginn etwa als „Desaster“, das eine schleichende „Erosion der sozialen Vorzugsstellung“ nach sich zog (Rainer Fattmann, Bildungsbürger in der Defensive. Die akademische Beamtenschaft und der „Reichsbund der höheren Beamten“ in der Weimarer Republik (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 145), Göttingen 2001, 118); vgl. hierzu allgemein: Andreas Kunz, Civil Servants and the Politics of Inflation in Germany (Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin 66), Berlin / New York 1986.

¹⁰⁵¹ Wilhelm Laforet, Die wohlerworbenen Rechte der bayerischen Beamten (Schriftenreihe des Landesverbandes der Bayerischen Staatsbeamten 13), München 1930.

¹⁰⁵² Der kritische Blick richtete sich dabei insbesondere auf junge Arbeiter in der Rüstungsindustrie, die für ihr Alter relativ hohe Löhne verdienten, deshalb häufig rasch eine unabhängige Stellung gegenüber ihren ländlichen Familien erreichten und zugleich nur schwer in die etablierten – und zugleich disziplinierenden – Gewerkschaftsorganisationen zu integrieren waren; sie wurden nicht nur von Seiten bürgerlicher Beobachter als bedenkliches Unruhepotenzial eingestuft. Vgl. Merith Niehuss, Arbeiterschaft in Krieg und Inflation. Soziale Schichtung und Lage der Arbeiter in Augsburg und Linz 1910 bis 1925 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin 59), Berlin u. a. 1985.

schien also geradezu auf den Kopf gestellt, neben anderen Zeitgenossen registrierte deshalb auch Kahr die Folgen dieser vermeintlichen Ungerechtigkeit mit besonderem Unwillen und zeigte sich gereizt, wenn plötzlich Arbeiter in besseren Restaurants den Ton angaben oder auf dem Markt ohne Zögern die geforderten Preise für einen Festtagsbraten bezahlten¹⁰⁵³; der Drang zur Gründung tariffähiger Beamtenverbände ging dann auch gerade auf solche Erfahrungen zurück.¹⁰⁵⁴

Auf den ersten Blick verwundert hingegen das zunehmend angespannte Verhältnis zwischen Einheimischen und Touristen im Urlaubsland Bayern, das gerade in bekannten Fremdenverkehrsorten um sich griff, aber auch im politischen Diskurs eine zunehmende Rolle spielte. Zwar waren die Beziehungen zu den Gästen auch vor 1914 nie konfliktfrei geblieben, wenn etwa der freizügige Lebenswandel mancher Besucher Irritationen hervorrief oder die mangelnde Rücksichtnahme auf kulturelle Gepflogenheiten oder Vorgaben des Naturschutzes zu Spannungen führte.¹⁰⁵⁵ Diese Vorbehalte wurden nun jedoch häufig von Erbitterung oder gar offener Anfeindung überlagert, da die zumeist wohlhabenden Gäste kein Problem hatten, jeden geforderten Preis für Lebensmittel aufzubringen und in ihrem Urlaub auch nicht ganz auf Vergnügungen – Tanzveranstaltungen, Festessen etc. – verzichten wollten. Sie trieben durch ihre Nachfrage deshalb sowohl die Lebenshaltungskosten vor Ort in die Höhe und schämten sich offenbar keineswegs, ihr Wohllleben demonstrativ zur Schau zu stellen, während ein Großteil der ansässigen Bevölkerung bei karg gedeckten Tischen darbt.¹⁰⁵⁶ Das auch mit

Ähnliche Reaktionen löste vielfach auch das selbstbewusstere Auftreten v.a. jüngerer Frauen aus, die im Krieg nun oft in typischen Männerberufen arbeiteten und damit erstmals finanziell unabhängig wurden, vgl. Ute Daniel, Frauen, in: Gerhard Hirschfeld - Gerd Krumeich - Irina Renz (Hg.), Enzyklopädie Erster Weltkrieg, München u. a. 2009, 116-134; Sybille Krafft, „An der Heimatfront“. Frauenleben im Ersten Weltkrieg 1914-1918, in: dies. (Hg.), Frauenleben in Bayern. Von der Jahrhundertwende bis zur Trümmerzeit, München 1993, 119-170.

¹⁰⁵³ Vgl. hier die übereinstimmenden Schilderungen der Verhältnisse im Münchener Ratskeller bei Kahr und Hofmiller: Zahlreiche Industriearbeiter waren mit ihren Löhnen inzwischen offenbar in der Lage, solch gehobene Restaurants zu besuchen, ließen das dort übliche Benehmen jedoch z. T. vermissen und gaben daher aus der Sicht der angestammten Gäste ein „sonderbares Publikum“ ab (Kahr-Erinnerungen, pag. 519; Zitat bei: Josef Hofmiller, Revolutionstagebuch 1918/19. Aus den Tagen der Münchner Revolution, Leipzig 1938, 18).

¹⁰⁵⁴ Georg Kalmer, Beamtenschaft und Revolution. Eine sozialgeschichtliche Studie über Voraussetzungen und Wirklichkeit des Problems, in: Bosl (Hg.), Bayern im Umbruch, 201-263.

¹⁰⁵⁵ Mit Bezug auf Bayern jetzt Bernhard von Zech-Kleber, Eine Sommerfrische ersten Ranges: Geschichte des Tourismus in Berchtesgaden, Oberstaufer und Schliersee (1890-1970) (Miscellanea Bavarica Monacensia 190), München 2020.

¹⁰⁵⁶ Dieses Thema fand in der Forschung bisher nur vereinzelt Beachtung, vgl. etwa in Bezug auf Mecklenburg: Antje Strahl, „Die Tische in Pensionen und Restaurants aber sind gedeckt“: Mecklenburgischer Bädertourismus im Ersten Weltkrieg, in: Florian Ostrop (Hg.), Der Erste Weltkrieg und Mecklenburg. Dokumentation einer gemeinsamen Konferenz des Volksbunds Deutsche Kriegsgräberfürsorge Mecklenburg-Vorpommern, der Stiftung Mecklenburg und der Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern am 25. Mai 2018, Schwerin 2019, 15-25; allgemein: Gunda Barth-Scalmani, Tourismus und Krieg: ein neues Themenfeld der Weltkriegshistoriographie? in: Patrick

antisemitischen Ausprägungen versehene Feindbild des dekadenten Schlemmers¹⁰⁵⁷ machte deshalb schnell die Runde und zog Forderungen nach einer Beschränkung des Fremdenverkehrs nach sich, die freilich auch die einheimische Bewohnerschaft ein weiteres Mal spaltete, wenn etwa Pensionsvermieter oder Hoteliers gar nicht einsehen wollten, weshalb sie nun plötzlich auf ihr lukratives Geschäft verzichten sollten. Kahr stand in dieser Frage übrigens ganz auf der Seite der Tourismuskritiker und hielt es für unverantwortlich, hier für das Vergnügen und den Profit einzelner das Gemeinwohl aufs Spiel zu setzen, wobei bei seiner Positionierung auch bereits bestehende Vorurteile gegen die kulturell destabilisierenden Wirkungen des Fremdenverkehrs eine erhebliche Rolle spielten.¹⁰⁵⁸

Schließlich sei auch noch erwähnt, dass die Auseinandersetzung zwischen dem sog. Mittelstand und der Großindustrie¹⁰⁵⁹ unter den Verhältnissen der Zwangswirtschaft noch einmal eine ganz neue Schärfe erhielt, da es breit aufgestellten Konzernen in der Regel viel leichter fiel, sich auf abrupte Veränderungen der Marktlage einzustellen als den meist spezialisierten Geschäften kleiner Gewerbetreibender oder Händler. Kleine und mittlere Betriebe waren jedoch nicht nur bei der nun geforderten Anpassungsfähigkeit im Hintertreffen, ein relativ kleiner Kreis herausgehobener Firmen sicherte sich jetzt auch den überwiegenden Teil der zahlreich ausgeschriebenen Kriegsaufträge: Zwar waren Militär und Reichsgesellschaften eigentlich gehalten, bei der Vergabe möglichst alle geeigneten Wettbewerber einzubeziehen, konnten darauf jedoch oft keine Rücksicht nehmen, da z. T. enorme Stückzahlen in kurzer Zeit benötigt wurden und ein

Gasser - Andrea Leonardi - dies. (Hg.), *Krieg und Tourismus im Spannungsfeld des Ersten Weltkrieges* (Tourism & Museum 5), Innsbruck / Wien / Bozen 2014, 27-54.

¹⁰⁵⁷ In diesem Sinne auch die Kritik am „Schlemmerleben“ in städtischen Kaffeehäusern, die in ihren Schaufenstern Kuchen und Gebäck ausstellten, was als Provokation der ehrlichen, d. h. mit den kargen Rationen lebenden Bürgern aufgefasst wurde, vgl. Rudloff, *Wohlfahrtsstadt*, 236 f.

So auch der Kommentar Kahrs: „Wenn die Bauern [...] in München sehen, wie überfüllt die Kaffeehäuser, die Kinos u.s.w. sind, wie in den Gaststätten die Speisekarten reichlich ausgestattet sind, welche hohe Preise für Fleischspeisen gefordert werden, wie die Anschlagssäulen und Plakattafeln mit Einladungen und Anpreisungen von Lustbarkeiten förmlich überladen sind, wie die Konditoreien mit sündhaft teuren Schleckereien überfüllt sind, wenn sie die hohe Zahl der in München befindlichen Erwerbslosen und der diesen gewährten Unterstützungssummen hören, während sie selbst trotz der erhöhten Arbeitslöhne nicht die erforderlichen Hilfskräfte zur Erledigung der dringend notwendigen landwirtschaftlichen Arbeiten, namentlich zum Ausmachen der Kartoffeln erhalten konnten, wird der Lieferwille nicht gefördert werden.“ (Kahr an Freyberg vom 10.11.1919; ML 1333).

¹⁰⁵⁸ Kahr-Erinnerungen, pag. 319: „Ich sagte dem Herrn mündlich meine Meinung und warnte, wie schon so oft in früherer Zeit, vor dieser hysterischen Gewinnsucht, die das Volkstum vergiftet, Arbeitsscheue und Verschuldung großzieht, und überdies während des Krieges eine unerträgliche Belastung und Verschiebung in der ohnehin schwierigen Lebensmittelversorgung bringen müsse. Der Verlauf der Kriegsjahre hat bewiesen, daß diese Mahnung vergeblich war und zu welcher Verwilderung dieser verfluchte wilde ‚Fremdenverkehr‘ geführt hat.“

¹⁰⁵⁹ Zum Diskurs über den „Niedergang des Mittelstands“ vgl. die kritische Einordnung bei Geyer, *Verkehrte Welt*, 142-146; allgemein: Jürgen Kocka, *Weltkrieg und Mittelstand. Handwerker und Angestellte in Deutschland 1914-1918*, in: *Journal of Contemporary History* 8 (1973), 101-123.

Großlieferant das rechtzeitige Eintreffen besser koordinieren konnte.¹⁰⁶⁰ Der wirtschaftliche Konzentrationsprozess schritt deshalb ab 1914 erheblich voran und verlieh den bekannten Warnungen vor einem bald anstehenden Untergang des Mittelstands neue Dringlichkeit; in München symbolisierten etwa die 1916 eröffneten Krupp-Geschützwerke mit stadtviertelgroßem Fabrikgelände diese Entwicklung.¹⁰⁶¹ Die durch den Krieg geschürte Existenzangst machte deshalb auch hier viele Kleinunternehmer oder Handwerker anfälliger für Vorurteile gegenüber – oft jüdisch imaginierten – Großkapitalisten, aber auch gegenüber den bei ihnen angestellten Arbeitermassen, die als industrielle Armee nicht nur den standardisierten Produktionsprozess, sondern auch den modernen Massenkonsum verkörperten.

4.3 Wucherer und Schieber: Die Etablierung pauschaler Feindbilder

Das alles begann, wie schon angedeutet, eher schleichend und unter ständigen Versicherungen, dass man jetzt eben aus patriotischen Gründen über manche Verstimmung hinwegsehen müsse. Jede Frustration war freilich endlich und konnte leicht an ihre Grenzen kommen, wenn sich gar keine Besserung einstellen wollte oder ein Ärgernis auf das andere folgte, also z. B. der kleine Beamte nicht nur argwöhnisch auf die Lohnerhöhungen der Industriearbeiter blickte, sondern auch am Wochenmarkt immer länger um teure Lebensmittel anstehen musste, während Verwandte ihren Laden verloren, weil sie mit der industriellen Konkurrenz nicht mehr mithalten konnten. War es – insgesamt betrachtet – also nicht bereits absehbar, dass weitere Einschränkungen Moral und Geduld der breiten Bevölkerung bald über Gebühr strapazieren mussten?

¹⁰⁶⁰ Besonders laute Kritik rief hervor, dass der Staat mit den ab 1915 in wachsender Zahl eingerichteten Kriegsgesellschaften, die immer mehr Produkte zentral erfassten und verteilten, diese Entwicklung noch selbst zu befördern schien; in diesem Sinne etwa die wiederholten Vorwürfe im Bayerischen Landtag: Verh. Landtag 1915/16, Beil. Bd. XI, Beilage 1235, 929 f., 974 f.; Vgl. Momme Rohlack, Kriegsgesellschaften (1914-1918). Arten, Rechtsformen und Funktionen in der Kriegswirtschaft des Ersten Weltkrieges (Rechtshistorische Reihe 241), Frankfurt am Main u. a. 2001; Regina Roth, Staat und Wirtschaft im Ersten Weltkrieg. Kriegsgesellschaften als kriegswirtschaftliche Steuerungsinstrumente, Berlin 1997.

¹⁰⁶¹ Dirk Götschmann, Wirtschaftsgeschichte Bayerns. 19. und 20. Jahrhundert, Regensburg 2010, 262; Geyer, Verkehrte Welt, 38; Brigitte Fingerle-Trischler, Freimann im Münchner Norden. Vom Dorf zum Stadtviertel der Gegenwart, München 2018, 81-90. Vgl. die Einschätzung Kahrs: „Neue Fabriken für die Beschaffung fehlender Rohstoffe schossen wie Pilze aus dem Boden. Bei München wurde ein großes Waffenwerk unter Führung der Firma Krupp ins Leben gerufen. Dessen Arbeiterschaft, soweit sie radikal war, hat sich in den Zeiten der Revolution vom Jahre 1918 in München recht hässlich bemerkbar gemacht.“ (Kahr-Erinnerungen, pag. 355).

Nach einer statistischen Erfassung des Münchner Gewerberates beschäftigten 1917 schon die Hälfte aller Betriebe in der Stadt mehr als 50 Arbeiter und knapp 15 % mehr als 100, so etwa auch die neu errichteten Bayerischen Motorenwerke oder – etwas außerhalb – die Pulver- und Munitionsfabrik Dachau, vgl. Adam R. Seipp, *The Ordeal of Peace. Demobilization and the Urban Experience in Britain and Germany, 1917-1921* (Birmingham Studies in First World War History), Farnham / Burlington 2009, 94 f.

Tatsächlich folgte die Probe auf Exempel in diesem Fall nur allzu rasch, als die Misere im Herbst 1915, d. h. nach der Rückkehr Kahrs aus dem Urlaub, schnell weiter um sich griff und erste eindeutige Antworten auf die im Grunde nur rhetorische Frage lieferte: Denn hatte der Kriegseintritt Italiens den Kreis um die Mittelmächte inzwischen endgültig geschlossen und sie praktisch von allen Einfuhren abgeschnitten, musste das Reich jetzt außerdem mit der ersten faktischen Kriegsernte auskommen, die nicht nur beschleunigt eingebracht, sondern zugleich mit weniger Düngemittel und unter Arbeitskräftemangel angebaut worden war¹⁰⁶²; bei allem Jubel über die zahlreichen Siegesmeldungen von der Ostfront erinnerten die Heeresberichte schließlich immer wieder daran, dass die frühen Hoffnungen auf ein rasches Ende des Krieges mittlerweile längst zerstoßen waren.¹⁰⁶³ Die skizzierten Interessenskonflikte schaukelten sich deshalb rasch weiter hoch und fanden jetzt schnell das nächstliegende Ventil, da die Suche nach Verantwortlichen spürbar an Schärfe zunahm und die wechselseitigen Schuldzuweisungen sowohl aggressiver als auch pauschaler ausfielen: So machte es etwa einen erheblichen Unterschied, ob die Menge auf der Straße noch über die abermalige Verteuerung der Kartoffeln, eine üppige Bauernhochzeit bzw. einen schwarz mahlenden Müller klagte oder ob nur noch von Wucherern, Hamstern und Schiebern¹⁰⁶⁴ die Rede war, die das einfache Volk offenbar aus reiner Profitgier ausplünderten. Wurden im ersten Fall noch konkrete Vorkommnisse diskutiert und differenziert betrachtet, spielte es bei der zweiten Variante eigentlich schon gar keine Rolle mehr, was wirklich hinter einem Problem steckte, wenn man den eigenen Unmut nur mit eingängigen Stereotypen kompensieren konnte. Der um sich greifende Mangel bahnte also einem Denken in statischen Feindbildern den Weg, das tatsächliche oder vermeintliche Missstände nicht nur personifizierte, sondern auch die daraus resultierenden Diskurse immer wieder von Neuem bestätigte – ein Wucherer blieb eben per definitionem immer ein Wucherer und konnte nicht wie ein Kaufmann redlich oder verwerflich handeln.

¹⁰⁶² Das Reich erließ deshalb schon 1915 detaillierte Vorschriften für die Ernte: Bek. über den Verkehr mit Brotgetreide und Mehl aus dem Erntejahr 1915 vom 28.6.1915, in: RGBl. 1915, 363-378. Allerdings konnte bei der Ernte nun vermehrt auf die Arbeitskraft von Kriegsgefangenen zurückgegriffen werden.

¹⁰⁶³ Roger Chickering, *Das Deutsche Reich und der Erste Weltkrieg*, München 2005, 67-76. Vgl. die Einschätzung vom militärischen Standpunkt: „Für die Mittelmächte war 1915 das beste Kriegsjahr“ (74).

¹⁰⁶⁴ Vgl. die Analyse Geyers zur Typisierung von Feindbildern mit Fokus auf die Nachkriegszeit: Geyer, *Verkehrte Welt*, 182-186, 243-248.

4.4 Staatliche Reaktionsversuche

Die Spaltung der Gesellschaft schritt somit schon aus eigener Logik unverkennbar voran, für die Anspannung der Lage war es freilich auch bezeichnend, dass parallel dazu noch zwei weitere Dynamiken in Gang kamen, die den Desintegrationsprozess zusätzlich beschleunigten und – aus Sicht der daran beteiligten Behörden – vielleicht am ehesten den Titel Verflechtungsdilemma bzw. Interventionsspirale erhalten könnten. Dabei stand „Intervention“ auf der Tagesordnung, weil die Ministerien natürlich nicht einfach nur zusehen konnten, wie der Mangel ungebremst seine Wirkung zeigte und deshalb auch im Herbst 1915 eine neuerliche Runde von Gegenmaßnahmen einleiteten, um die Verhältnisse zumindest zu stabilisieren. Der Staat bekannte sich also zu seiner Verantwortung, machte sich damit jedoch auch direkt für die erzielten (Miss-)Erfolge verantwortlich, weckte z. T. erhöhte Erwartungen an seine Lösungskompetenz und hatte außerdem oft keine andere Wahl, als scheinbar parteiisch zu handeln, um vordringliche Ziele zu erreichen. Die Spirale kam damit schon zu Beginn des zweiten Kriegsjahres in Gang: Denn wurde die erstmalige Gewährung von Teuerungszulagen¹⁰⁶⁵ für subalterne Beamte wohl noch allgemein begrüßt, ließ sich nicht jedes Problem so einfach mit Geld lösen, das Innenministerium begab sich vielmehr mitten in die wachsenden Konflikte hinein, wenn es etwa nach Vorgaben des Reiches Höchstpreise für weitere Produkte¹⁰⁶⁶ verhängte oder zum Ärger der Verbraucher sog. Kuchenbackverbote oder fleischlose Tage¹⁰⁶⁷ anordnete – ohne dass dadurch die Aussicht bestand, die Situation wesentlich zu entspannen. Die Gesetze der Wirtschaft ließen sich eben nicht völlig außer Kraft setzen, die Rolle des marktbeherrschenden Schiedsrichters musste deshalb schon grundsätzlich unpopulär sein und laufend Kritik auf sich ziehen. Die polarisierte Öffentlichkeit konnte aus der Interventionsspirale mithin immer wieder neuen Stoff für Debatten ziehen, die dem herrschenden Unmut weiter Form und Gestalt verliehen. Dabei war es wie gesagt am einfachsten, Anspruch und Wirklichkeit des staatlichen Handelns gegenüberzustellen

¹⁰⁶⁵ ‚Teuerungsbeihilfen für Staatsarbeiter‘, in: MNN Nr. 319 vom 25.6.1915.

¹⁰⁶⁶ Bek. vom 22.10.1915 über die Regelung der Butterpreise (RGBl. 1915, 689-691); Bek. vom 28.10.1915 über die Regelung der Kartoffelpreise (RGBl. 1915, 711-713); Bek. vom 4.11.1915 zur Regelung der Milchpreise und des Milchverbrauchs (RGBl. 1915, 723-725); Bek. vom 4.11.1915 zur Regelung der Preise für Schlachtschweine und für Schweinefleisch (RGBl. 1915, 725-728).

¹⁰⁶⁷ Der Bundesrat beschloss am 29.10.1915 angesichts der herrschenden Knappheit die Anordnung sog. fleischloser Tage ab November 1915, an denen weder in Geschäften noch in Gaststätten Fleischwaren verkauft werden durften (bayerische Ausführungsbestimmungen: ‚Einschränkung des Fleisch- und Fettverbrauchs‘, in: MNN Nr. 564 vom 4.11.1915); vor Weihnachten folgte ein sog. – freilich nur schwer zu kontrollierendes – Kuchenbackverbot, um ‚der unwirtschaftlichen Verwendung von Fett und Eiern‘ vor der Feiertagen einen Riegel vorzuschieben (‚Lebensmittelversorgung‘, in: MNN Nr. 646 vom 18.12.1915).

und angesichts der z. T. dürftigen Resultate Zweifel an der Angemessenheit und Effektivität des gewählten Vorgehens zu äußern¹⁰⁶⁸, zumal im Grunde jeder auf in Kauf genommene Einschränkungen verweisen konnte, die das eigene Recht zur Kritik umso plausibler machten; jede zwangswirtschaftliche Maßnahme war insofern bereits dafür prädestiniert, die Gemüter von Neuem zu erhitzen. In diesem Zusammenhang mussten sich die Behörden außerdem immer häufiger dem Vorwurf des ständigen Nachbesserns, d. h. der Korrektur einmal gefasster Beschlüsse, stellen, die zwar oft gerade erhobenen Forderungen entsprach, in größerer Regelmäßigkeit jedoch auch Anlass bot, die Vertrauenswürdigkeit staatlicher Institutionen weiter in Zweifel zu ziehen.

Denn wenn die Zuspitzung der politischen und wirtschaftlichen Situation soziale Gruppen in Frontstellung zueinander bringen konnte und gleichzeitig die Spannungen zwischen Behörden und Zivilgesellschaft akzentuierte, war es letztlich nur eine Frage der Zeit, bis die Konflikte um den richtigen Kurs auch die Institutionen selbst erreichten und jetzt auch dort die Schwelle zu offen ausgetragenen Richtungsstreitigkeiten überschritten – inklusive entsprechender Reaktionen an der Heimatfront. Zwar lagen solche Kontroversen bei politisch heikler Lage auch in der Natur der Sache – zumal im gerne zerstrittenen Kabinett Hertling¹⁰⁶⁹ –, ihre Wahrscheinlichkeit stieg allerdings noch erheblich, wenn sich Militär- und Zivilbehörden im Kriegszustand mit exekutiven Vollmachten gegenüber standen und trotz aller Vermittlungsbemühungen z. T. auch in sensiblen Punkten unterschiedliche Vorstellungen vertraten. So wurde ausgerechnet ein Disput um den angemessenen Umgang mit der aufgewühlten Volksstimmung¹⁰⁷⁰ bereits 1915 zum offenen Geheimnis und brachte das Innenministerium in Bedrängnis: War es letztlich sinnvoller, die Heimat durch eine aktivere Pressezensur sowie betonte Zurückhaltung in der Wucherfrage zu beruhigen oder hatte nicht doch das Kriegsministerium recht, wenn es eher auf eine volkstümliche Politik setzte und deshalb genau mit der umgekehrten Agenda das gleiche Ziel erreichen wollte? Beide Häuser versuchten diese Differenz zunächst intern zu klären, an einem gewissen Punkt galt es freilich eine Entscheidung zu treffen, wobei auch die Öffentlichkeit ganz genau registrierte, dass nicht das fachlich zuständige Innenministerium, sondern die

¹⁰⁶⁸ So wurde in diesem Zusammenhang etwa immer wieder der Vorwurf laut, dass die staatlichen Kontrollen und Restriktionen stets nur die die einfachen Bürger und „kleinen Fische“ trafen, während etwa Großagrarien, Großhandel oder Konservenfabriken meist Wege fänden, ihre eigenen Interessen durchzusetzen und darin sogar oft von den verfehlten Maßnahmen der Politik begünstigt würden. Das Sprichwort „Die Kleinen hängt man, die Großen läßt man laufen“ brachte diese Empfindung auf den Punkt (Verh. Landtag 1915/16, Bd. XIII, 208 sowie ähnliche Formulierungen: 393, 413 f., 421).

¹⁰⁶⁹ Siehe Kapitel IV 5.

¹⁰⁷⁰ Ausführlicher zu diesem Konflikt: Albrecht, Landtag und Regierung, 106-110.

Stellvertretenden Generalkommandos die vielfach geforderten Wucherbestimmungen in Kraft setzten.¹⁰⁷¹ Doppelte Vollmachten gingen also auch hier nicht unbedingt mit doppelter Autorität einher, es ist daher auch vor diesem Hintergrund bemerkenswert, wenn Soden und Kahr die Aufteilung von Zuständigkeiten gleichwohl noch selbst vorantrieben und im eigenen Ressort eine steigende Anzahl sog. Kriegs- und Zwangswirtschaftsstellen errichteten: Nach dem Vorbild der Landesgetreidestelle waren deshalb bis Januar 1916 schon sieben Behörden für die vollständige Erfassung und gerechte Verteilung von Artikeln des täglichen Bedarfs verantwortlich.¹⁰⁷² Neben diesem zunehmend unübersichtlichen Geflecht galt es schließlich auch noch, die übergeordnete Steuerungsfunktion des Reiches im Blick zu behalten, das entsprechend seiner im Bundesrat erteilten Vollmachten Jahreswirtschaftspläne für ganz Deutschland in Kraft setzte und so im Sinne eines gerechten Ausgleichs den Handlungsrahmen für alle Einzelstaaten vorgab.¹⁰⁷³ Wie bereits erläutert, hatte sich Bayern dabei gegenüber den sog. Kriegsgesellschaften eine gewisse Eigenständigkeit gesichert¹⁰⁷⁴, der wechselseitige Abstimmungsbedarf stieg gerade deshalb allerdings noch weiter, da zwischen München und Berlin auch Sachfragen geklärt werden mussten, die ansonsten einfach der zentralen Regelung unterstanden.

Insgesamt betrachtet entwickelte sich das Verflechtungsdilemma damit zu einem regelrechten Profilierungswettstreit zwischen den Behörden, bei dem für das in Friedenszeiten allein zuständige Innenministerium allerdings meist nicht viel zu gewinnen war, da es ja offenbar erst der Anregung durch andere Instanzen bedurfte, um die auftretenden Probleme effektiv zu bearbeiten. Das Ressort war unter der Leitung Sodens außerdem als agrarisch-konservativ verschrien¹⁰⁷⁵, während das Stellvertretende

¹⁰⁷¹ Ebd., 103-106; Flatscher, Industrie- und Handelskammertag, 210. Ausgerechnet die Sozialdemokraten kritisierten das Innenministerium dann auch mit Hinweis auf das angemessene Vorgehen der Militärbehörden, vgl. etwa den Seitenhieb des Abgeordneten Johannes Hoffmann: „Es ist von der Staatsverwaltung sehr unangenehm empfunden worden, daß die Generalkommandos sich auf dem Gebiete der Nahrungsmittelversorgung so eifrig betätigen“ (Verh. Landtag 1915/16, Bd. XIII, 200 (Sitzung vom 17.12.1915).

¹⁰⁷² Zu diesem Zeitpunkt bestanden schon die Landesgetreidestelle, die Landeskartoffelstelle, die Landesfuttermittelstelle, die Bayerische Heuverteilstelle, die Rohstoffwirtschaftsstelle, die Gerstenverwertungsgesellschaft und die Landespreisprüfungsstelle, vgl. die Übersicht bei Helmut Braun, Kriegs- und Zwangswirtschaftsstellen 1915-1924, in: Historisches Lexikon Bayerns [URL: <<https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Kriegs- und Zwangswirtschaftsstellen, 1915-1924>>; zuletzt eingesehen am 8.3.2021].

¹⁰⁷³ Ab 1917 wurden diese Pläne dann in der sog. Reichsgetreideordnung zusammengefasst, vgl. Reichsgetreideordnung für die Ernte 1917, in: RGBI. 1917, 507-533.

¹⁰⁷⁴ Siehe Anm. 1022 und 1023.

¹⁰⁷⁵ Soden passte als adeliger Fideikommissbesitzer, ehem. Vorsitzender des Landwirtschaftlichen Vereins und Zentrumsabgeordneter auch perfekt in das von der Sozialdemokratie, aber auch vom Bauernbund gepflegte Feindbild des feudalen Großgrundbesitzers, ausführlicher zu Soden siehe Anm. 885.

Generalkommando seit seinen Wucher-Anordnungen meist Anerkennung für sein energisches Handeln einheimste, womit die Verärgerung am Salvatorplatz noch weiter zunahm. Die Debatte erreichte sogar den Landtag, als ausgerechnet Redner der SPD die Militärbehörden für ihr Eingreifen lobten und andererseits Landwirtschaftsreferent von Braun persönlich attackierten, der mit seiner Politik „bei den weitesten Kreisen auf starken Widerwillen“ stoße.¹⁰⁷⁶ Die Zwangswirtschaft hatte sich damit auch zu einem unerklärten Konkurrenzkampf zwischen den Ministerien und um die öffentliche Gunst entwickelt, was ebenfalls dazu beitrug, die Toleranz für Fehler und Härten zu mindern.

5. Wendejahr 1916

5.1. Kulmination des Unmuts: Die Preiserhöhungen vom 17. Januar 1916

Im Rückblick war es dann auch nur eine Frage der Zeit, bis sich der Unmut Luft verschaffen würde, es wirkt daher fast bezeichnend, wenn ein auf den ersten Blick eher unscheinbarer Vorgang die entscheidende Zäsur setzte, d. h. die einzelnen Konflikte zu einer Krisenkonstellation bündelte und sowohl die entrüstete Öffentlichkeit wie auch die verunsicherte Verwaltung auf den Plan rief. Stein des Anstoßes war ein Beschluss des Bundesrats: Die Vertretung der Einzelstaaten beschloss am 17. Januar 1916, also mitten im laufenden Wirtschaftsjahr, die Getreideabnahmepreise nachträglich für knapp drei Monate um 14 Mark pro Tonne zu erhöhen, um mit diesem Anreiz die angespannte Versorgungslage in den Städten zu verbessern und durch die Befristung gleichzeitig jeder Spekulation den Boden zu entziehen.¹⁰⁷⁷ So charakterisiert, wirkt der Schritt vielleicht zunächst wie eine – zumal von nachvollziehbaren Motiven getragene – Routineentscheidung, genauer betrachtet barg er in seinen Auswirkungen jedoch gerade in Bayern erhebliche Sprengkraft.

Denn die an sich gut gemeinte Maßnahme versuchte ihren Zweck nicht nur mit den bereits üblichen bitteren Pillen der Preiserhöhung und der strukturellen Bevorzugung flexibler Großbetriebe zu erreichen, sie hinterließ dieses Mal außerdem den fatalen Eindruck einer auch moralisch unangebrachten Begünstigung gewissenloser Krisenprofiteure. Im Endeffekt bedeutete die Preiserhöhung nämlich nicht bloß eine abermalige Verteuerung der ohnehin wenig schmackhaften Einheitsbrote für die Kundschaft, sondern auch eine Gewinnsteigerung für gerade die Produzenten, die ungeachtet aller Aufrufe zur

¹⁰⁷⁶ Verh. Landtag 1915/16, Bd. XIII, 219.

¹⁰⁷⁷ Bek. vom 17.1.1916 einer Änderung der Bek. über die Höchstpreise von Brotgetreide vom 23.7.1915 in: RGBI. 1916, 43 f. Vgl. auch die kurze Erläuterung bei Funk, Bayern im Ersten Weltkrieg, 86; Ziemann, Front und Heimat, 318 f.

Ablieferung immer noch Getreide in ihren Scheunen zurückgehalten hatten. Der Versuch einer finanziellen Lockung bisher säumiger Landwirte wirkte also wie eine offiziell sanktionierte Prämie für Spekulanten, d. h. wie ein Wortbruch des Staates gegenüber allen redlichen Berufskollegen, der die Liefermoral erschüttern musste und deshalb auch Proteste von Konsumenten- und Produzentenvereinigungen nach sich zog.¹⁰⁷⁸ Laut der weitgehend unwidersprochenen Feststellung der Bauernorganisationen hatte die überwältigende Mehrheit der bayerischen Landwirte zudem gerade in diesem Jahr die eigenen Lieferquoten zügig und gewissenhaft erfüllt und musste nun zusehen, wie gerade ostelbische Großagrarien noch zusätzliche Gewinne einsteckten.¹⁰⁷⁹ Zumindest aus dieser Warte betrachtet hatte die Reichsleitung also offenbar die Logik des eigenen Kriegswirtschaftssystems nicht begriffen und deshalb leichtfertig in einem Schritt viel Vertrauen verspielt, die Interventionsspirale weiter befördert und gleichzeitig alle Blicke auf das Feindbild des verschlagenen Wucherers gerichtet.

Erscheint all das schon schwerwiegend genug, wird das tatsächliche Konfliktpotenzial und die absehbare Tragweite des Vorgangs jedoch erst völlig deutlich, wenn man sich vor Augen führt, dass sogar die bayerischen Behörden die vorgebrachte Kritik im Grunde teilten, d. h. die nachträgliche Preiserhöhung für kontraproduktiv hielten und diese Einschätzung angesichts der öffentlichen Empörung auch kaum verschleiert zu erkennen gaben; selbst das zwar wenig überzeugende, aber häufig bemühte Totschlagargument „*Monachia locuta, causa finita*“ lief hier also ins Leere. Denn tatsächlich hatte die Staatsregierung bereits in der politischen Abstimmungsphase die Brisanz der Maßnahme erkannt, war mit ihren Warnungen jedoch nicht durchgedrungen und im Bundesrat schließlich überstimmt worden.¹⁰⁸⁰ Gerade im fachlich zuständigen Innenministerium fiel die Frustration entsprechend groß aus, zumal so nach außen der Eindruck entstand, Bayern sei letztlich machtlos und könne weder seine eigenen Interessen wirksam vertreten noch die wiederholten Zusicherungen an Verbraucher und Produzenten effektiv einlösen.¹⁰⁸¹

¹⁰⁷⁸ Vgl. die Stellungnahme von Georg Heim, Die nachträgliche Erhöhung für Brotgetreide, Hafer und Gerste, in: Bayerisches Bauernblatt Nr. 6 vom 8.2.1916.

¹⁰⁷⁹ So auch die mit Zahlen untermauerte Feststellung Sebastian Schlittenbauers im Landtag, die der Redner sodann wie folgt kommentierte: „In Norddeutschland werden die Spekulanten und Zurückhalter belohnt und in Süddeutschland werden die Patrioten düpiert, ebenso die wirtschaftlich Schwachen, die frühzeitig abgeben mußten.“ (Verh. Landtag 1915/16, Bd. XIII, 397). Der SPD-Abgeordnete Johann Gentner wählte eine noch schärfere Formulierung: „Das ist die Prämierung der Vaterlandsverräter durch die Regierung, und zwar nicht nur einmal, sondern fortgesetzt.“ (ebd., 421). Beide Äußerungen wurden nicht durch einen Ordnungsruf gerügt.

¹⁰⁸⁰ Verh. Landtag 1915/16, Bd. XIII, 391, 393 f.

¹⁰⁸¹ Kahr-Erinnerungen, pag. 310 f. Vgl. auch die recht deutliche Erklärung Sodens im II. Ausschuss der Kammer der Reichsräte: „Ich darf hier wohl zum Ausdruck bringen, daß der von der Staatsregierung

Der Innenminister und seine Referenten mussten also öffentlich eine Entscheidung vertreten und umsetzen, die sie selbst für verfehlt hielten, der Auftritt Sodens bei der Beantwortung der postwendend eingereichten Landtags-Interpellation¹⁰⁸² wirkte dann auch halbherzig und wenig überzeugend: Der Redner konnte der vorgebrachten Kritik eben kaum etwas entgegensetzen und zog sich deshalb im Wesentlichen auf eine recht langatmige Darlegung der formellen Beschlusslage zurück, die jedoch weder Aussicht auf Besserung weckte noch das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der Regierung neu belebte. Das politische Dilemma blieb also ungelöst im Raum stehen und stellte angesichts der weit verzweigten Kollateralschäden der Preiserhöhung gleichzeitig das perfekte Ärgernis dar, um jetzt zum symbolischen Kristallisationspunkt aller schwebenden Gravamina zu avancieren und so die skizzierten Reaktionen auf den herrschenden Mangel wie in einem Brennglas zu bündeln. Schon in der Besprechung der einschlägigen Interpellation wurden daher wieder Vorwürfe gegen die preußischen Junker, die zu strenge Handhabung der Zensur, die Sonderstellung des Militärs in Ernährungsfragen oder vermeintliche „jüdische Einflüsse“ bei den Kriegsgesellschaften laut.¹⁰⁸³

Parallel zur weiteren Anspannung der Versorgungslage fokussierte sich die Auseinandersetzung damit zunehmend auf grundsätzliche Fragen, d. h. die einzelnen Debattenstränge wiesen inzwischen über sich selbst hinaus und verliehen der Diskussion einen anderen Charakter: Nach den lauter werdenden Lamentos über einzelne Schwachstellen der Kriegsernährungswirtschaft brach die öffentliche Meinung nun also den Stab über das System als Ganzes und signalisierte damit bereits, dass die bisher verfolgte Politik des Durchhaltens und Nachbesserns so nicht mehr länger gutgehen konnte – eine wirklich erfolgsversprechende Alternative war freilich auch nicht in Sicht. Guter Rat war mithin teuer, zumal der innere Burgfriede gerade im Frühjahr 1916 erstmals auch an anderen Stellen brüchig würde und mit der Freigabe der sog.

vertretene Standpunkt mehrfach in den Anordnungen der Reichsleitung und in den Beschlüssen des Bundesrates nicht zur Geltung gekommen ist. Das gilt auch von dem jüngsten Beschluß bezüglich der nachträglichen Erhöhung der Preise sowohl für Brotgetreide als für Hafer und Gerste. [...] Nun ist das [Preiserhöhung trotz gegenteiliger Zusagen an die Landwirte; M.B.] doch geschehen; daß diejenigen, die patriotisch handelten, dadurch im Nachteil sind denen gegenüber, die mit dem Verkauf zurückhielten und daß sie keine Nachzahlung erhalten sollen, muß nachteilig wirken, sie werden in Zukunft solchen Ratschlägen nicht mehr glauben, sie werden nichts mehr hergeben. [...] In der Kammer der Abgeordneten sprach ich mich gegenüber den Ausführungen des Herrn Baron Freyberg mit möglichster Reserve in demselben Sinne aus.“ (Verh. Reichsrat 1915/16, Beil. Bd. IV, Beilage 98, 122 f.)

¹⁰⁸² Soden ließ dabei auch abermals seine Position durchblicken, indem er darauf hinwies, dass der Erlass der Verordnung für Bayern nicht nötig gewesen sei und versuchte gleichzeitig die Gemüter mit der Ankündigung, es seien „Schritte“ für die Kompensation betroffener Bauern eingeleitet worden, zu beruhigen (Verh. Landtag 1915/16, Bd. XIII, 393-395).

¹⁰⁸³ Ebd., 393-424.

Kriegszieldiskussion, der durch die Entlassung Tirpitz' angeheizten U-Boot-Kontroverse und der beginnenden Schlacht um Verdun die Stabilität der Heimatfront allgemein in Frage stellte.¹⁰⁸⁴

Gerade unter solchen Vorzeichen wirkten die Versuche des Innenministeriums, den Klagen Rechnung zu tragen und so eine weitere Eskalation zu verhindern, dann auch recht kraftlos: Eine besondere nochmals schärfer sanktionierte Vertragspflicht für Dienstboten, die beschränkte Gewährung von Konzessionen für den Viehhandel oder auch das Verbot von Faschingsveranstaltungen¹⁰⁸⁵ entsprachen zwar den erhobenen Forderungen, konnten als eher symbolische Maßnahmen aber auch nichts an der Lage ändern und bewegten sich weitgehend im gleichen Fahrwasser wie bisher; das durch die Polizeidirektion München am 31. März erlassene Verbot, vor 4.30 Uhr morgens am Viktualienmarkt anzustehen¹⁰⁸⁶, durfte deshalb schon als Symbol der herrschenden Hilflosigkeit gelten. Am 1. Mai blieb schließlich wieder nichts mehr anderes übrig, als die Einschränkungen für alle zu verschärfen und erstmals die Sommerzeit sowie neue Lebensmittelmarken inklusive der Fleischkarte einzuführen¹⁰⁸⁷; gerade die Folgen der erneuten Rationierung lösten dann kurze Zeit später die ersten offenen Lebensmittelunruhen aus.

5.2 Eskalation: Der Lebensmittelkrawall am Marienplatz

Vielen Verbrauchern war nämlich offenbar noch nicht bewusst, dass die Bezugskarten für Brot und Mehl nach der neuen Ordnung nun acht statt sechs Wochen vorhalten mussten und gelangten deshalb schon Mitte statt Ende Juni 1916 an das Ende ihrer

¹⁰⁸⁴ Zur öffentliche Debatte um den U-Boot-Krieg liegt inzwischen eine ausführliche Studie vor: Marcus König, *Agitation - Zensur - Propaganda. Der U-Boot-Krieg und die deutsche Öffentlichkeit im Ersten Weltkrieg*, Stuttgart 2014. Die Reichstagsrede Bethmann-Hollwegs vom 5. April 1916, in der der Kanzler offen über „Sinn und Ziel dieses Krieges“ sprach, gilt als sog. Freigabe der Kriegszieldiskussion: *Verh. Reichstag*, Bd. 307, 850-854, hier (Zitat) 852.

¹⁰⁸⁵ Bek. vom 9.2.1916 über die Sicherung der Ernährung von Heer und Volk im Kriege, in: *Kriegsbeilage des Amtsblattes des StMA und des StMI*, I. Halbjahr 1916, München 1916, 252 f. Die Restriktionen bei der Erteilung und Anerkennung von Handelskonzessionen regelte die Bek. zur Errichtung der Fleischversorgungsstelle: Bek. vom 20.1.1916 über den Verkehr mit Vieh, Wild und Fleisch, in: *Kriegs-Beilage des Amtsblattes des StMA und des StMI*, I. Halbjahr 1916, München 1916, 44-47. (§ 7); das Faschingsverbot erging durch die *Stellv. Generalkommandos*: Bek. vom 3.3.1916 über Fastnachtstreiben, in: *Kriegs-Beilage des Amtsblattes des StMA und des StMI*, I. Halbjahr 1916, München 1916, 328.

¹⁰⁸⁶ ‚Verkehr auf dem Viktualienmarkt‘, in: *MZ* Nr. 90 vom 31.3.1916; der *Rosenheimer Anzeiger* (Nr. 78 vom 2.4.1916) kommentierte die Maßnahme wie folgt: „Dieser Erlaß dürfte darauf zurückzuführen sein, daß sich in letzter Zeit stets schon um Mitternacht herum hunderte von Kauflustigen vor der Freibank und Kuttlerhalle angesammelt haben. Wir zählten kürzlich nachts zwölf Uhr etwa 200 Personen, die sich um diese Zeit schon eingefunden hatten, um von den oft recht geringen Fleischvorräten, die der Freibank überwiesen werden, etwas zu erhaschen.“

¹⁰⁸⁷ ‚Die Fleischkarte in Bayern‘, in: *MNN* Nr. 192 vom 14.4.1916; ‚Die Münchner Fleischkarte‘, in: *MNN* Nr. 215 vom 28.4.1916; gleichzeitig wurde eine Reichsfleischstelle eingerichtet: Bek. über Fleischversorgung vom 27.3.1916, in: *RGBl.* 1916, 199-204; zur erstmaligen Einführung der Sommerzeit: Bek. vom 6.4.1916 über die Vorverlegung der Stunden während der Zeit vom 1. Mai bis 30. September 1916, in: *RGBl.* 1916, 243; ‚Zur Einführung der Sommerzeit‘, in: *MNN* Nr. 218 vom 30.4.1916.

Vorräte – im Übrigen ein deutliches Zeichen für die unzureichende Bemessung der Rationen. In München versammelten sich daraufhin am Mittag des 17. Juni 1916 betroffene Hausfrauen vor dem Rathaus¹⁰⁸⁸, konnten bei der am Samstag reduzierten personellen Besetzung der Stadtverwaltung jedoch nicht sofort empfangen werden und zogen deshalb aufgebracht über den wochenendtypisch voll besetzten Marienplatz. Die Situation hatte sich dann nach einigen Verhandlungen im Grunde schon wieder beruhigt, als offenbar einige von der Unruhe gestörte Restaurantbesucher den wartenden Frauen demonstrativ Kaffee und Kuchen entgegenstreckten und mit dieser taktlosen Provokation die postwendende Eskalation der Lage herbeiführten. Die ohnehin gereizte Menge sah jetzt rot und schlug in ihrer Wut die Schaufenster des noblen „Café Rathaus“ ein, bedrohte die panisch das Weite suchenden Gäste und ließ sich auch von der herbeigeeilten Schutzmannschaft kaum bändigen; dabei waren zu den Frauen längst eine große Anzahl anderer Passanten hinzugestoßen. Der Auflauf hatte sich damit zu einem veritablen Krawall ausgewachsen, weshalb auch das nahe gelegene Innenministerium direkt von dem Vorfall benachrichtigt wurde und Kahr sofort das Büro verließ, um sich vor Ort ein Bild zu machen: In seine volkstümliche Ansprache vertrauend, begab sich der Staatsrat offenbar sogar zunächst in die aufgebrachte Menge, konnte dort freilich auch nichts ausrichten und musste schließlich mit ansehen, wie die Sicherheitsorgane zuletzt keine andere Lösung mehr sahen, als den Platz kurz vor Mitternacht durch das Aufgebot von Militär zu räumen.¹⁰⁸⁹

5.3 Unmittelbare Reaktionen: Bildung eines Ernährungsbeirates und Maßnahmen gegen die Kanzlersturzbewegung

Mit dem erstmaligen Ausbruch offener Gewalt war eine einschneidende Zäsur erreicht, die den Ernst der Lage grell beleuchtete und gleichzeitig die Notwendigkeit beruhigender Sofortmaßnahmen und neuer politischer Impulse unterstrich; so wie bisher konnte es nach allgemeiner Einschätzung jedenfalls nicht mehr weitergehen.¹⁰⁹⁰ Es ist daher auch kein Zufall, dass die Aktionen Kahrs gerade ab diesem Zeitpunkt wieder präziser ereignisbezogen nachvollziehbar sind, d. h. auch der Staatsrat nun sofort in den Krisenbewältigungsmodus übergang und direkt die Initiative ergriff. Dies war allerdings

¹⁰⁸⁸ Die Presseberichte über den Ernährungskrawall am Marienplatz geben hier nur ein geschöntes Bild der Ereignisse wider, da die Zensur eine Beunruhigung der Bevölkerung verhindern wollte. Der bei Albrecht zitierte Bericht des zweiten Bürgermeisters an das Innenministerium benennt hingegen klar Ursachen und Verlauf der Ereignisse, vgl. Rudloff, Wohlfahrtsstadt, 229 f.; Albrecht, Landtag und Regierung, 148.

¹⁰⁸⁹ So die (allerdings falsch auf den 26. Juni datierte) Beschreibung in den Kahr-Erinnerungen, pag. 427 f.

¹⁰⁹⁰ Albrecht, Landtag und Regierung, 149.

auch nötig, da sich die situative Dynamik jetzt abermals gegen das federführend zuständige Innenministerium kehrte, das es ja offenbar nicht vermochte, eine Entspannung der Lage herbeizuführen und seit Monaten scheinbar nur noch auf Entwicklungen reagierte.¹⁰⁹¹ Die Reichsregierung hatte außerdem schon vor einem Monat die Flucht nach vorne angetreten und ein eigenständiges Kriegsernährungsamt – de facto ein Sonderministerium – gegründet, dem der Oberpräsident von Ostpreußen, Adolf von Batocki-Friebe, als „Ernährungsdiktator“ oder sprichwörtlicher „Reichsküchenmeister“ vorstand.¹⁰⁹²

Die Forderung des Tages lag damit auch in Bayern auf der Hand, dem Innenministerium drohte also eine weitere schwere Niederlage im behördeninternen Prestigewettstreit, zumal auch die anderen, von den Ereignissen aufgeschreckten Ministerien jetzt auf diese Linie einschwenkten und die Konstituierung eines Landesernährungsamtes mit bevollmächtigtem Leiter befürworteten. Unterstützt von seinem Staatsrat sträubte sich Minister Soden deshalb vehement gegen eine solche „Kaltstellung“¹⁰⁹³, drang aber weder beim Kabinettschef des Königs noch im Ministerrat durch, der sich für ein Ernährungsamt unter der Leitung des Nürnberger Oberbürgermeisters Otto Geßler aussprach¹⁰⁹⁴ – d. h. für einen externen Direktor, der dem Innenministerium gewissermaßen vorgesetzt würde. Die Würfel schienen somit gefallen, Kahr wollte eine solche „Capitis diminutio“¹⁰⁹⁵ freilich nicht hinnehmen und ersuchte deshalb Geßler um eine Stellungnahme, ob die Gründung eines eigenständigen Amtes aus seiner Sicht überhaupt sinnvoll sei.¹⁰⁹⁶ Der Oberbürgermeister verstand diesen Wink mit dem Zaunpfahl offenbar sofort und sprach sich – wie vermutlich abgestimmt – stattdessen für die Bildung eines Ernährungsbeirats als Beratergremium aus, der den Ruf nach einer sichtbaren Veränderung befriedigte, dem Ministerium jedoch keine Kompetenzen streitig machte.¹⁰⁹⁷ So abgesichert, verzögerte

¹⁰⁹¹ So der Tenor bei einer just am 20. Juni abgehaltenen Konferenz mit Interessenverbänden, zu der das Kriegsministerium eingeladen hatte (ebd., 149).

¹⁰⁹² Bek. über die Einrichtung eines Kriegsernährungsamts vom 22.5.1916, in: RGBl. 1916, 402 f.; ‚Das Kriegsernährungsamt‘, in: MZ Nr. 143 vom 24.5.1916 und MZ Nr. 147 vom 28.5.1916; die satirisch gemeinte Bezeichnung „Reichsküchenmeister“ wurde sofort in der Presse aufgegriffen: ‚Das Kriegsernährungsamt‘, in: Rosenheimer Anzeiger Nr. 121 vom 24.5.1916.

¹⁰⁹³ Kahr-Erinnerungen, pag. 431.

¹⁰⁹⁴ Kahr erwähnt in seinen Erinnerungen (ebd.) eine Ministerratssitzung zu diesem Thema, die jedoch in der offiziellen Protokollserie (MA 99 511) nicht überliefert ist; dies ist jedoch nicht ungewöhnlich, da die Verhandlungen des Ministerrats erst ab 1912 aufgezeichnet wurden und zumindest bis 1918 offenbar sehr lückenhaft vorliegen, siehe auch die fehlenden Protokolle zur Regierungskrise Anfang Dezember 1916 in Anm. 1147.

¹⁰⁹⁵ Kahr-Erinnerungen, pag. 430.

¹⁰⁹⁶ Ebd., pag. 431.

¹⁰⁹⁷ Ebd., pag. 431; Otto Geßler, Reichswehrpolitik in der Weimarer Zeit, hg. von Kurt Sendtner. Mit einer Vorbemerkung von Theodor Heuss, Stuttgart 1958, 48 f.

Kahr dann unter Hinweis auf notwendige rechtliche Prüfungen die Vorlage des Verordnungsentwurfs für das Ernährungsamt, leitete die Beschlussvorlage für den Beirat aber sofort weiter, die in Leutstetten tatsächlich direkt die Genehmigung des Königs erhielt.¹⁰⁹⁸ Eine eigenständige Behörde kam damit nicht mehr in Frage, zumal Geßler selbst Mitglied des neuen Gremiums wurde, das erstmals am 26. Juni zusammenkam unter großer Aufmerksamkeit der Presse die vorhandenen Probleme diskutierte.¹⁰⁹⁹

Eine Teilentmachtung war also gerade noch einmal abgewehrt, das Innenministerium zeigte sich daher umso entschlossener, eine weitere Eintrübung oder Aufhetzung der öffentlichen Stimmung zu verhindern und ergriff nun auch Maßnahmen, um die sog. Kanzlersturzbewegung¹¹⁰⁰ in die Schranken zu weisen. Die alldeutsche und annexionistische Agitation hatte sich München zum neuen Wirkungsfeld erkoren und trat inzwischen sogar in Form eines „Volksausschusses für die rasche Niederwerfung Englands“¹¹⁰¹ an die Öffentlichkeit, der Flugblätter verteilte und Veranstaltungen abhielt; Höhepunkt war eine Massenkundgebung am 29. Juli 1916, bei der der völkische Publizist Ernst Graf von Reventlow vor tausenden Zuhörern in der Tonhalle auftrat und mit geschickten rhetorischen Strategien den anwesenden Zensurbeamten düpierte.¹¹⁰² In Vertretung des erkrankten Ministers stimmte Kahr deshalb wenige Tage später mit Hertling das weitere Vorgehen und die anstehende Audienz der Volksausschuss-Leitung beim König¹¹⁰³ ab, wobei sich beide Seiten schnell einig waren, dass ein strengeres Einschreiten gegen die überhandnehmende Propaganda und die Behauptung, England werde im Auftrag des Reichskanzlers oder gar des Kaisers geschont, am Platz war¹¹⁰⁴; im

¹⁰⁹⁸ Vgl. die ‚Königliche Verordnung vom 21.6.1916 über die Sicherung der Volksernährung im Kriege‘ sowie die ‚Bek. vom 21.6.1916 über die Zusammensetzung des Beirates für das Ernährungswesen‘, in: GVBl. 1916, 97 f.

¹⁰⁹⁹ ‚Die Aufgabe des Beirates für das Ernährungswesen‘, in: MNN Nr. 322 vom 27.6.1916; ‚Aus der ersten Sitzung des Beirates für das Ernährungswesen Bayerns‘, in: MNN Nr. 324 vom 28.6.1916.

¹¹⁰⁰ Funk, Bayern im Ersten Weltkrieg, 132-148.

¹¹⁰¹ Vgl. Paul Hoser, Die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Hintergründe der Münchner Tagespresse zwischen 1914 und 1934. Methoden der Pressebeeinflussung, 2 Bde., Frankfurt am Main 1990, 43-49; Rudolf Morsey, Fritz Gerlich (1883-1934). Ein früher Gegner Hitlers und des Nationalsozialismus, Paderborn 2016, 43-46.

¹¹⁰² ‚England, der Feind‘, in: MNN Nr. 384 vom 30.7.1916. Die Veranstaltung fand unter diesem Titel im Vorfeld des ‚Münchner Opfertages‘ zum zweiten Jahrestag des Kriegsausbruches statt. Reventlow unterstrich hierbei u. a. die Rolle Großbritanniens als missgünstigen und zugleich gefährlichsten Feind Deutschlands, gegen den im Kampf ‚keine Rücksicht‘ zu nehmen sei und befürwortete vor diesem Hintergrund nachdrücklich die Tirpitz’sche Flottenpolitik. Die Kundgebung schloss mit zwei Huldigungstelegrammen an Ludwig III. und Wilhelm II. Vgl. auch Müller, Mars und Venus, 129.

¹¹⁰³ Vgl. den einschlägigen Akt (MA 967) mit der Petition des Volksausschusses.

¹¹⁰⁴ Kahr-Erinnerungen, pag. 390.

Gegensatz zu einigen Freunden¹¹⁰⁵ scheint Kahr zu diesem Zeitpunkt also keineswegs im Lager der lautstarken Siegfriedenspolitiker gestanden zu haben.

Zur Behebung der öffentlich gewordenen Probleme beauftragte das Innenministerium außerdem einen Referenten der Kreisregierung von Oberbayern mit der Kontrolle der Lebensmittelverwaltung der Landeshauptstadt München¹¹⁰⁶, erhöhte vorerst die Brotration¹¹⁰⁷ und steigerte erneut die Sätze der Teuerungsbeihilfen für Beamte.¹¹⁰⁸

5.4 „Mobilmachung der Herzen“¹¹⁰⁹: Neuausrichtung der Heimatfront-Propaganda

Wie schon angedeutet, konnte und wollte sich das Innenministerium nach den Ereignissen vom 17. Juni allerdings nicht nur auf Ad-Hoc-Maßnahmen bzw. unmittelbar-situatives Gegensteuern beschränken. Es waren vielmehr auch dauerhaft tragfähige Lösungen gefragt, die zu einer effektiven Stabilisierung der Lage beitragen konnten und derartige Vorkommnisse in Zukunft möglichst verhindern würden. Ziel musste mithin sein, die Stimmung in der Heimat spürbar aufzuhellen und Auswege aus den Negativspiralen zu finden. Da indes vorerst keine Aussicht bestand, die Versorgungssituation nachhaltig zu verbessern oder gar den Krieg zu beenden, blieb nichts Anderes übrig, als die Stärkung der moralischen Kräfte zur Priorität zu erklären, also die Bemühungen darauf zu lenken, die Opferbereitschaft und den Durchhaltewillen der Bevölkerung neu zu wecken – zumal unter den Zeitgenossen weitgehend Einigkeit herrschte, dass nicht nur die Volksstimmung, sondern auch ihre Steuerung erheblich zu wünschen übrig ließ.¹¹¹⁰

Demnach war der Krawall am Marienplatz ein alarmierendes Signal für den schwindenden politischen und sozialen Zusammenhalt an der Heimatfront, der ganz

¹¹⁰⁵ Kahr hatte die zweite Julihälfte 1916 auf der Neuburg verbracht, um dort vor einer im Ministerium anstehenden Stellvertretung noch einmal etwas auszuspannen; dabei besuchte ihn der in der alldeutschen Agitation, aber auch im Heimatschutz aktive Direktor der Münchner Filiale der Dresdner Bank, Wilhelm Seitz, vgl. der auf den 14.-16.7.1916 datierte Eintrag im Gästebuch der Burg (Privatnachlass Kahr). Zur Biographie von *Wilhelm Seitz* (1856-1934) vgl. die Angaben bei Krauss (Hg.), *Kommerzienräte*, 662.

¹¹⁰⁶ Jolas, *Berufliche Erlebnisse II*, pag. 18 f.: „In der Folgezeit habe ich im ausdrücklichen Auftrag des Ministeriums des Innern mehreren Sitzungen des vom Magistrat gebildeten städtischen Ausschusses für Ernährungswesen angewohnt. [...] Damals galt ich längere Zeit im Münchener Magistrat als Wauwau, der ihm wegen der bisherigen Ordnungswidrigkeiten ‚aufs Gnack gesetzt‘ worden sei, wie sich ein Magistratsrat ausdrückte.“ (NL Jolas 2)

¹¹⁰⁷ ‚Lebensmittel-Versorgung‘, in: MZ Nr. 204 vom 25.7.1916. Die Erhöhung der Brotration galt vom 24. Juli bis 15. September und bestand aus sechs Zusatzmarken zu je 200 Gramm.

¹¹⁰⁸ ‚Kriegsteuerungsbeihilfe an Staatsarbeiter und Staatsbeamte‘, in: MZ Nr. 208 vom 29.7.1916.

¹¹⁰⁹ So die Bezeichnung Brettreichs im Landtag: Verh. Landtag 1917, Bd. XV, 158.

¹¹¹⁰ Allgemein zur deutschen Kriegs- und Heimatfrontpropaganda im Ersten Weltkrieg, ihrer schrittweisen Modernisierung sowie zur Wahrnehmung der eigenen Unterlegenheit gegenüber den Alliierten in diesem Bereich: David Welch, *Germany and Propaganda in World War I. Pacifism, Mobilization and Total War*, London u. a. 2014; Anne Schmidt, *Belehrung, Propaganda, Vertrauensarbeit. Zum Wandel amtlicher Kommunikationspolitik in Deutschland 1914-1918*, Essen 2006; Michael Jeismann, *Propaganda*, in: Hirschfeld - Krumeich - Renz (Hg.), *Enzyklopädie Erster Weltkrieg*, 198-209.

naheliegend mit den allseits spürbaren Entbehrungen, aber auch klassisch bildungsbürgerlich mit dem angeblich fehlenden Idealismus in weiten Teilen der Bevölkerung erklärt wurde. Aus dieser Sicht waren die zahlreichen Bekenntnisse zur nationalen Gemeinschaft beunruhigend schnell verblasst und bald wieder einer egoistischen Haltung gewichen, die ausgerechnet in der herrschenden Bedrängnis sowohl die Nöte der Mitbürger wie auch die Interessen des Vaterlandes bedenkenlos hinten anstellte.¹¹¹¹ Wollte man hier das Ruder herumreißen, brauchte es deshalb zuallererst wirksame und zugkräftige Appelle an den Gemeinschaftsgeist und das gelockerte patriotische Gewissen. Davon abgesehen bröckelte der innere Burgfrieden nach offizieller Lesart jedoch auch, weil vielen Menschen zunehmend das Verständnis für die Fortführung des Krieges fehlte, der doch erklärtermaßen nur der Verteidigung des Reiches dienen sollte, aber tatsächlich fern der Heimat stattfand und deutsche Truppen sogar auf andere Kontinente verschlug.¹¹¹² Eine Bedrohungslage war unter diesen Umständen nur schwer vermittelbar, zumal doch von praktisch allen Fronten immer wieder Siegesmeldungen eintrafen, die freilich auch keinen rechten Sinn ergeben wollten, wenn damit das Ende des Krieges offenbar in keiner Weise näher rückte, ja sich im Gegenteil die Anzahl und Entschlossenheit der Feinde nur weiter vermehrte. Aufgabe einer wirksamen Meinungslenkung war es deshalb auch, solche vorgeblich naiven Einwände zu entkräften und sachliche „Aufklärung“¹¹¹³ zu betreiben, d. h. dem einfachen Volk auf verständliche Weise die Hintergründe der Kriegspolitik nahe zu bringen. Als eher unscheinbare, aber gerade deshalb ebenfalls ernst zu nehmende Ursache für den eindeutigen Stimmungsverfall galt schließlich das in jedem Wirtshaus und in jeder Straßenbahn zu vernehmende, meist unbedachte Klagen von Wichtigtuern jeder Couleur, die etwa als souveräne Bierbankstrategen die Fehler der Heeresleitung bekittelten oder aber als ängstliche Bangemacher Zweifel und Bedenken bei den Umstehenden schürten.¹¹¹⁴ Natürlich konnte keine noch so effiziente Beeinflussung des öffentlichen

¹¹¹¹ Soden an Regierungspräsidenten vom 3.11.1916 (MInn 66 327).

¹¹¹² In einer „streng geheimen“ Note an das Kriegsministerium vom 5.2.1916 (MInn 66 327) fand Innenminister Soden z. B. folgende Erklärung für die anwachsende „Kriegsmüdigkeit“: „Der Balkan, Bagdad, Suez liegen zu weit außerhalb des heimatischen Gesichtskreises, als daß die Bedeutung dieser Kriegsschauplätze für den weiteren Bestand und die wirtschaftliche Blüte des deutschen Volkes ohne weiteres leicht zu begreifen wäre. Das Empfinden, daß auch dort vielleicht noch monatelang für die Heimat und das Gedeihen der kommenden Geschlechter gekämpft werden muß und daß uns auch auf den übrigen weiten Kriegsschauplätzen noch große Aufgaben obliegen, schwindet bei manchem.“

¹¹¹³ So die stereotype Bezeichnung in der Verwaltungskorrespondenz (MInn 66 327), vgl. Gunther Mai, „Aufklärung der Bevölkerung“ und „Vaterländischer Unterricht“ in Württemberg 1914-1918. Struktur, Durchführung und Inhalte der deutschen Inlandspropaganda im Ersten Weltkrieg, in: Zeitschrift für württembergische Landesgeschichte 36 (1977), 199-235.

¹¹¹⁴ So Erklärungsmuster in: Soden an Kriegsministerium vom 5.2.1916 sowie Rundschreiben Knillings an die bayerischen Bischöfe vom 24.3.1916. Beide Dokumente in MInn 66 327.

Diskurses solche Vorkommnisse ganz verhindern, jedoch galt es, die Glaubwürdigkeit der alltäglichen Störmanöver durch überzeugende Narrative zu untergraben und so am besten auf präventive Weise ein Überhandnehmen schädlicher Gerüchte zu unterbinden. Die Anforderungen an eine effektive Öffentlichkeitsarbeit lagen damit im Grunde auf der Hand, das Urteil über die bisherige Kriegspropaganda musste angesichts der vorherrschenden Stimmung deshalb umso härter ausfallen: So genügte es offensichtlich schon längst nicht mehr, die Tagespresse betont optimistisch berichten zu lassen¹¹¹⁵, jedes halbe Jahr eine Kampagne zur Zeichnung von Kriegsanleihen abzuhalten¹¹¹⁶ oder mit der Aufstellung häufig überdimensionierter Nagelungsdenkmale¹¹¹⁷ vor allem auf den äußeren Eindruck zu setzen; als ganz und gar ungeeignet hatten sich schließlich patriotische Vortragsabende erwiesen, bei denen Gelehrte oder Beamte in eher professoralem Ton politische Fragen des Weltkriegs erörterten.¹¹¹⁸ Diese selbstkritische Einschätzung war inzwischen auch nicht mehr ganz neu, die Ministerien berieten vielmehr schon seit Anfang des Jahres über eine notwendige Neuausrichtung der Propagandatätigkeit¹¹¹⁹, wobei der neidvolle Blick auf die offenbar viel effektivere Meinungslenkung der Alliierten den Handlungsbedarf noch stärker unterstrich. Wie in

¹¹¹⁵ Zum Konflikt um eine angemessene Zensurpolitik siehe Anm. 1070. 1916 wurden die Klagen gegen die von einem Referat des Kriegsministeriums gesteuerte Zensur außerdem noch lauter, da dieses häufig eine auffällige Nachsicht bei scharf vorgetragener Kritik – sowohl von alldeutscher als auch von sozialistischer Seite – an den Tag legte: Doris Fischer, Die Münchner Zensurstelle während des Ersten Weltkrieges. Alfons Falkner von Sonnenburg als Pressereferent im Bayerischen Kriegsministerium in den Jahren 1914 bis 1918/19, München 1973. Darf man Karl Alexander von Müller hier glauben, war Referent Sonnenburg außerdem leicht erpressbar: „Da erwiderte Kraepelin, ein kleiner, gedrungener Mann, von gelblicher Hautfarbe, mit dunklem Vollbart, ohne sich von seinem Stuhl zu erheben: ‚Herr Oberst, ich weiß nicht, ob Sie meinen Beruf kennen. Ich bin Psychiater. Wenn jemand mir einen halbstündigen Vortrag hält, so verstehe ich nicht nur seinen Inhalt, sondern muß imstande sein, über den geistigen Zustand des Redenden ein Urteil abzugeben, das ich vor Gericht vertreten kann.‘ Der Oberst, von dem die Rede ging, daß er ein starker Trinker sei, wurde aschfahl; er stützte sich mit beiden Händen auf seine Tischplatte: ‚Was wünschen die Herren also?‘ stammelte er unsicher.“ (Müller, Mars und Venus, 128 f.)

¹¹¹⁶ Jette Kilian, Propaganda für die deutschen Kriegsleihen im Ersten Weltkrieg, in: Jürgen Wilke (Hg.), Massenmedien und Spendenkampagnen. Vom 17. Jahrhundert bis in die Gegenwart (Medien in Geschichte und Gegenwart 26), Köln u. a. 2008, 73-160.

¹¹¹⁷ Vgl. hierzu Gerhard Schneider, Zur Mobilisierung der „Heimatfront“: Das Nageln sogenannter Kriegswahrzeichen im Ersten Weltkrieg, in: Zeitschrift für Volkskunde 95 (1999), 32-62; Katharina Drescher, Nagelbilder - Hilfe für die Hinterbliebenen oder Propagandamittel? Die Funktion von Nagelbildern im Ersten Weltkrieg, in: Beiträge zur Geschichte im Landkreis Cham 32 (2015), 187-196. Kahr stand diesen Nagelungsdenkmälern vom Standpunkt des Heimatschutzes übrigens sehr kritisch gegenüber und bezeichnet sie in seinen Memoiren als „Heimsuchung [...] unsere[s] süddeutschen Geschmack[s]“ (Kahr-Erinnerungen, pag. 317). In Abstimmung mit dem Landesverein für Heimatschutz erließ das Innenministerium dann auch eigene Vorgaben für diese Denkmäler: ‚Die Nagelung von Kriegswahrzeichen‘, in: Bayerischer Heimatschutz 13 (1915), 43 f.

¹¹¹⁸ Hierfür stand in München etwa der von zahlreichen Honoratioren im Herbst 1914 gegründete Verein „Deutsche Wacht“, der sich auf die Publikation von Propagandamaterial und „vaterländische“ Vortragsabende (vgl. die Dokumente in MA 92 767) konzentrierte.

¹¹¹⁹ Eine Konferenz der Regierungspräsidenten befasste sich am 29. Februar 1916 explizit mit diesem Thema, die überlieferte Niederschrift (MInn 66 237) beschränkt sich allerdings darauf, auf die „eingehenden Darlegungen“ des Berichterstatters, Staatsrat Kahr, zu verweisen.

Frankreich und England galt es deshalb in Zukunft nicht nur anlassbezogen, sondern systematisch aufeinander abgestimmt vorzugehen, d. h. etwa milieuorientiert möglichst viele Bevölkerungskreise anzusprechen und mit neuen Narrativen die erheblich bröckelnde Deutungshoheit zurück zu gewinnen.

Die Diagnose lag damit auf dem Tisch, seit Januar war allerdings schon wieder viel Zeit vergangen und kaum etwas passiert: Die Aufgabe bot sich aus Sicht des Innenministeriums jetzt also geradezu an, die politische Initiative zurück zu gewinnen, Kahr machte das Thema deshalb auch direkt zur Chefsache und leitete einen Neustart nach folgenden Prinzipien¹¹²⁰ in die Wege: Propaganda an der Heimatfront sollte sich fortan grundsätzlich durch mediale Vielfalt sowie Variabilität in den Präsentationsformen auszeichnen und gleichzeitig relevante Zielgruppen passgenau ansprechen, d. h. je nach Bevölkerungsschicht oder Region andere Schwerpunkte setzen. Wenn immer möglich, galt es außerdem, die Kommunikation mit authentischen Elementen anzureichern, also z. B. auf lokale Anschauungsbeispiele zu verweisen, bekannte Persönlichkeiten in den Mittelpunkt zu stellen oder die Botschaft mit wirkungsvollen Illustrationen zu unterstreichen. Die Brücke zur praktischen Umsetzung schlug schließlich die bewusste Entscheidung, bei allen neuen Formaten konsequent auf jede offizielle Aufmachung zu verzichten, um so dem inzwischen entstandenen Misstrauen Rechnung zu tragen und die Glaubwürdigkeit der präsentierten Botschaft zu erhöhen.¹¹²¹

Das Innenministerium und andere Behörden würden sich fortan entsprechend dezent zurücknehmen, Kahr hatte mit dem Landesverein für Heimatschutz indes sogleich eine bayernweit tätige Organisation in der Hinterhand, die vermeintlich selbständig tätig werden konnte und ihm gleichzeitig erlaubte, die Koordination in Händen zu behalten. Hatte der Staatsrat für das ehrenamtliche Engagement seit 1914 zudem nur noch wenig Zeit gefunden, bot die Kriegspropaganda nun also die Gelegenheit, das Nützliche mit dem Angenehmen zu verbinden und unter der Überschrift Kunst- und Kulturpflege die Moral an der Heimatfront neu zu beleben. Dabei entschieden sich VVV-Vorstand Richard Rattinger und Kahr zunächst, eine Stärke des Vereins auszuspielen und mit einem reich bebilderten Sonderheft das Bedürfnis nach populär und ansprechend gestalteter Lektüre zu befriedigen, die unter dem programmatischen Titel „Krieg und Heimat“ ein reichhaltiges Kompendium aus kulturellen Farbtupfern und subtil eingeflochtenen

¹¹²⁰ Vgl. zu den aufgeführten Prinzipien etwa das Rundschreiben des Innenministeriums vom 10.1.1917 zur Durchführung der Lichtbildervorträge (MInn 66 327).

¹¹²¹ Ebd.: „Die Lichtbildervorträge werden sich zweckmäßig an öffentliche Aufklärungsversammlungen, bei denen auch der Schein einer amtlichen Aufmachung vermieden werden muß, anschließen.“

Durchhaltemaximen bieten sollte.¹¹²² Die technischen Voraussetzungen waren mit der hauseigenen, stets illustrierten Vereinszeitschrift bereits vorhanden, Kahr ließ wiederum seine Kontakte spielen, um eine prominent besetzte Autorengemeinschaft zusammenzustellen, die dem Projekt *Glanz* verlieh und zugleich für Qualität bürgte: Steuern deshalb Künstler wie Peter Dörfler, Hermann Hesse oder Kahrs ehemaliger Klassenkamerad Fritz von Ostini Gedichte und Kurzgeschichten bei, trafen in der Ludwigstraße gleichzeitig die Sachbeiträge der Verwaltungskollegen sowie programmatische Artikel von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens – etwa der Bischöfe Faulhaber und Bettinger – ein.¹¹²³ Mit Zeichnungen der Kahr-Freunde Hermann Stockmann, Otto Blümel oder dem Nachwuchstalents Richard Klein¹¹²⁴ geschmückt, wurden die Hefte sodann im Herbst 1916 in mehreren zehntausend Exemplaren unter Volk gebracht, wobei auch beträchtliche Chargen an die Front gingen, um dort die Soldaten mit Bildern und Berichten aus der Heimat aufzumuntern.¹¹²⁵

Viele Menschen waren freilich auch mit noch so lebendig gestalteten Lesestoff kaum zu erreichen, Kahr entwickelte deshalb gleichzeitig das Format des Lichtbildervortrags, das für winterliche Veranstaltungsabende konzipiert war und eine Kombination aus politischer Information, packendem Erlebnisbericht und photographischer Untermalung bieten sollte.¹¹²⁶ Eingebettet in ein volkstümliches Rahmenprogramm würden dabei fronterfahrene, eloquente Redner im Mittelpunkt stehen und sowohl von ihrem Dienst am

¹¹²² Das wohl durch Kahr selbst verfasste Geleitwort (der Text schließt mit dem Autorenkürzel K.) sprach freilich auch deutlich die Absichten der Herausgeber aus: „Wir stehen unmittelbar unter dem Drucke des harten Schicksals, den uns dieser gewaltigste Krieg, den je ein Volk ertragen mußte, auferlegt hat. [...] Da wird es sich zeigen, ob unser deutsches Volk wie vordem, 1813, gesund und stark, groß und ausdauernd war, ob es von der schweren Not sittlich gehoben oder ob es niedergezwungen wurde. Eine furchtbare Verantwortung lastet auf unserem Geschlecht, auf jedem einzelnen im Volke. Gott gebe, daß es dereinst von ihm und uns in der Geschichte nicht heiße: Gewogen und zu leicht befunden.“ (‘Geleitwort’, in: Bayerischer Heimatschutz 14/4-12 (1916), 35 f.).

¹¹²³ Faulhaber schrieb etwa zum Thema „Auch im Kriege Gehilfin des Mannes!“ (S. 59-61), Hermann Hesse – der Kontakt war wohl von Kahrs Freund Otto Blümel hergestellt worden, der mehrere Bücher Hesses illustrierte – steuerte die Gedichte „Die Daheimgebliebenen“ (S. 64) und „Der Gärtner“ (S. 121) bei.

¹¹²⁴ Richard Klein entwarf auf Initiative und finanzielles Risiko Kahrs außerdem den „Bayerntaler“, eine Hohlmedaille mit Leporello-Bildchen (Fürsten, Heerführer, Kriegsszenen etc.), die für 20 Mark pro Exemplar zugunsten der Kriegsbeschädigten-Fürsorge verkauft wurde, vgl. NL Kahr 26; Kriegstagebuch Marie Kerschensteiner II, pag. 275 und Kahr-Erinnerungen, pag. 367 f.

¹¹²⁵ Kahr-Erinnerungen, pag. 364 f. Ein ähnliches Konzept verfolgten auch die im Auftrag Kahrs durch Dr. Fritz Endres und den Archivassessor Ernst Böhmländer erstellten Hefte „Bayerische Kriegsnot in früherer Zeit“, die in je einer Ausgabe für Nord- und für Südbayern historische Quellenberichte über Kriegs- und Besatzungsereignisse – etwa die Friesenegger-Chronik von Andechs – in populärer Aufbereitung präsentierten; dieses Material sollte vor allem durch Redner bei lokalen Veranstaltung Verwendung finden. Vgl. die Korrespondenz zur Freistellung des Archivassessors Böhmländer und die „Übersicht über die Verteilung der Schrift Bayerische Kriegsnot in früherer Zeit“, die demnach insgesamt über 34 000 Mal in allen Regierungsbezirken ausgegeben wurde (Dokumente in MInn 66 327).

¹¹²⁶ Siehe hierzu Anm. 1130 sowie das Rundschreiben des Regierungspräsidenten von Schwaben vom 12.12.1916 (MInn 66 327).

Vaterland erzählen, aber auch das weit verbreitete Interesse an anschaulichen Berichten zur „tatsächlichen“ Lage der Dinge bedienen. Anstatt Zweckoptimismus zu verbreiten, wollte Kahr die Zuhörer also demonstrativ als mündige Bürger in die Verantwortung nehmen und dies auch noch durch die Bildauswahl, die sogar „schreckenvollste“¹¹²⁷ Photographien von gefallenem deutschen Soldaten beinhaltete, effektiv unterstreichen. Beim Landesverein für Heimatschutz trat deshalb ein kleiner Sonderausschuss in Aktion, der hunderte Aufnahmen im Kriegsarchiv sowie in der Staatsbibliothek sichtet, sie zu thematisch fokussierten Serien zusammenstellte und dann an die angemeldeten Veranstalter weiterleitete¹¹²⁸: De facto waren dies die Kreisregierungen und Bezirksamter, nach außen hin traten hingegen lokale Vereine oder Gruppen als Gastgeber in Erscheinung.¹¹²⁹ Der Bedarf an Rednern wurde dabei hauptsächlich durch den mehrfach verwundeten Archivar Fridolin Solleder, den Feldgeistlichen Johann Aufhauser, den Augsburger Stadtschulrat Maximilian Löweneck sowie einem namentlich nicht näher bekannten Leutnant Simon gedeckt, die zwischen Dezember 1916 und April 1917 durch das Land reisten und dutzende Vortragsabende bestritten.¹¹³⁰

¹¹²⁷ Der Regierungspräsident von Niederbayern berichtete Kahr am 18.2.1917 (MInn 66 337) von den Eindrücken der Lichtbildervorträge und gab zu bedenken, dass einige der gezeigten drastischen Bilder bei einem Teil der Zuhörer offenbar eher kontraproduktiv wirkten, d. h. die Ablehnung des Krieges eher befestigte. Als Reaktion notierte Kahr in einer Vormerkung auf dem Schreiben: „Die besonders schreckensvollen Bilder wurden auf meine Veranlassung ausgeschaltet.“

Dagegen betonte der Staatsrat gegenüber dem Regierungspräsidenten der Pfalz, der in seinem Bericht ähnliche Bedenken geäußert hatte, seine Motive für die Bildauswahl, vgl. Kahr an Neuffer vom 22.2.1917 (MInn 66 327): „Die Bilder wurden ausgewählt mit der Absicht, auf die Zuhörer einen ernsten, tiefen Eindruck zu machen und ihnen nahezu legen, was unsere Volksgenossen im Felde auszuhalten haben und daß demgegenüber die Opfer in der Heimat völlig verschwinden, zu zeigen, wie es in den Ländern aussieht, über die der Krieg hinweggegangen ist und wie dankbar und wie opferfreudig das deutsche Volk in der Heimat dafür sein muß, daß ihm all die Schrecknisse und Zerstörungen erspart geblieben sind. Bei den Bildern, die deutsche Leichen zeigen, soll das begleitende Wort – das die Hauptsache ist – den nötigen Ausgleich bringen, wie das z. B. Dr. Solleder (Kriegsteilnehmer) mit Erfolg tut.“

¹¹²⁸ ‚Bericht über die Tätigkeit des Bayerischen Landesvereins für Heimatschutz im Jahre 1916‘, in: Bayerischer Heimatschutz 15 (1917), 76-86, hier: 84-86.

¹¹²⁹ Vgl. den Bericht des Direktors der oberbayerischen Sektion des Bayerischen Christlichen Bauernvereins, Michael Melchner, in einem persönlichen Schreiben an Kahr vom 12.1.1917 (MInn 66 327), der den Verlauf der ersten Aufklärungsversammlungen in Mühldorf und Erding schildert.

¹¹³⁰ Fridolin Solleder legte am 20. Mai 1917 seinen „Schlussbericht über die vom StMI veranstalteten Kriegsvorträge“ (MInn 66 238) vor und führt in seiner persönlichen Bilanz Veranstaltungen an 37 Orten auf. Das sicher auch an den Adressaten gerichtete Fazit lautete dabei: „Die von Staatsrat von Kahr stammende Idee, Kriegsbilder durch das persönliche Erlebnis des Kämpfers an der Front zu beleben und so auf die breitesten Massen des Volkes einzuwirken, hat sich glänzend bewährt und überall sofort durchgesetzt“. Im Landtag war hingegen auch Kritik zu hören, als Sebastian Schlittenbauer betonte, dass es nicht genüge, wenn „irgend ein Archivassessor den Bauern fortwährend ins Gesicht“ rede und verkünde: „Geht heim, geht heim, tut eure Schuldigkeit!“ (Verh. Landtag 1917, Bd. XV, 227).

6. Persönliche Enttäuschungen und Gefühl der Machtlosigkeit: Der Krisenwinter 1916/17

Alle Bemühungen konnten freilich nur dann nachhaltige Früchte tragen, wenn der moralischen Stärkung der Heimat auch ein Mindestmaß an Hoffnung auf eine tatsächliche Verbesserung der Verhältnisse gegenüberstand und entsprechende Anzeichen in der Bevölkerung neuen Mut weckten. Auch auf Reichsebene wurde deshalb nichts unversucht gelassen, um die entsprechenden Voraussetzungen zu schaffen. Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund berief der Kaiser Ende August den von der Propaganda gefeierten Paul von Hindenburg zum neuen Chef der Obersten Heeresleitung und stellte ihm wie bisher Erich Ludendorff zur Seite, der fortan als Generalquartiermeister die beschlossenen Schritte mit fast diktatorischer Gewalt durchsetzte. Die neue Führung, die mit ihren Namen für die großen Siege an der Ostfront stand, sollte nun also auch dem gesamten Krieg eine Wende zum Besseren geben und zugleich mit einem neuen Wirtschaftsprogramm die Mobilisierung aller verfügbaren Kräfte erreichen.¹¹³¹

Sie war allerdings nicht imstande, die dürftigen Ernteergebnisse zu verbessern, gerade angesichts der unbefriedigenden Kartoffelerträge kamen bei den Verantwortlichen darum schon im Oktober erneut ernsthafte Befürchtungen auf und die trübe Stimmung veranlasste Kahr zu folgender Situationsbeschreibung: „Grau in grau. Die Ernteberichte lauten recht unerfreulich. Bei dem Brotgetreide ist das Ausdruschergebnis unbefriedigend, wir werden mit Hafer strecken müssen. Die Kartoffeläcker bringen etwa die Hälfte der Vorjahrs-Ernte, in manchen Gegenden ist gerade noch das Saatgut erreicht worden. Dazu ist die Kartoffel in den schweren Böden vielfach angefault, rissig und raschem Verderben ausgesetzt. Der Mangel an Stickstoffdüngung macht sich bei der Ernte geltend. Der Viehbestand ist gut, kommt aber erst im Dezember in Fleisch. Alles schimpft nun über die ‚Bauern‘.“¹¹³² Angesichts dieser Situation blieb den Behörden schließlich nichts anderes mehr übrig, als die ausgefallenen Kartoffeln durch die in Bayern als „Dotschen“ bezeichneten Kohlrüben¹¹³³ zu ersetzen, d. h. die Ernährung faktisch auf Tierfutter umzustellen und die im Sommer zur Beruhigung der Öffentlichkeit vollzogene Erhöhung der Rationen wieder zurückzunehmen. Der Staatsrat stellte sich also früh auf einen harten Winter ein, erwartete bei allen Sorgen um den Unterhalt der

¹¹³¹ Chickering, Weltkrieg, 89-102; Martin H. Geyer, Hindenburgprogramm, in: Hirschfeld - Krumeich - Renz (Hg.), Enzyklopädie Erster Weltkrieg, 557 f.

¹¹³² So der in den Memoiren zitierte Tagebucheintrag von Mitte Oktober 1916, vgl. Kahr-Erinnerungen, pag. 439.

¹¹³³ Siehe Anm. 925.

Bevölkerung, den Kriegsverlauf und die gereizte Stimmung jedoch sicherlich nicht, dass die erste akute Krise der kommenden Monate gerade das eigene Ministerium und seine Führung betreffen würde.

6.1 Das Ende eines Tandems: Die Entlassung von Innenminister Soden

Denn schon im Dezember 1916 mündeten die Auswirkungen der abermals zugespitzten Ernährungskrise nun in den Rücktritt des Innenministers und führten damit zu personellen Konsequenzen auf höchster Ebene: Der in der Öffentlichkeit schon länger kritisch betrachtete Maximilian von Soden trat nach erfolgter königlicher Zustimmung am 7. Dezember von seinem Posten zurück und wurde von seinem Vorgänger, dem zwischenzeitlichen unterfränkischen Regierungspräsidenten Friedrich von Brettreich, im Amt abgelöst.¹¹³⁴ Aus politischer Warte betrachtet, verlor das Kabinett Hertling somit seinen gewichtigsten katholisch-konservativen Eckpfeiler und nahm nun wieder stärker den Charakter eines klassischen Beamtenministeriums an, da mit Brettreich der vierte politisch kaum profilierte Karrierebeamte nun nur noch zwei dezidiert zentrumsnahen Kollegen gegenüberstand.¹¹³⁵ Der eingetretene Wechsel markierte für Kahr allerdings nicht primär deshalb, sondern vielmehr in dienstlicher Beziehung, aber vor allem in Hinblick auf das Verhalten der beteiligten Protagonisten den negativen Höhepunkt des Krisenjahres 1916 und veranlasste ihn sogar, den weiteren Sinn seiner Tätigkeit im Innenministerium zu hinterfragen: Vor diesem Hintergrund betrachtet, wird dann auch verständlicher, weshalb der Staatsrat nur wenige Monate später tatsächlich den Wunsch äußerte, eine neue Aufgabe zu übernehmen.

Dabei dürfte schon ohne nähere Kenntnis der Hintergründe nachvollziehbar sein, weshalb die Kabinettsumbildung für Kahr grundsätzlich keine erfreuliche Nachricht darstellte: So bedauerte der Protagonist dieser Studie ganz persönlich den Abgang des Ministers, der ihn 1912 erst zum Staatsrat berufen und seitdem in einem besonderem Vertrauensverhältnis große dienstliche Selbständigkeit eingeräumt hatte; das Tandem

¹¹³⁴ Zu den internen Verhandlungen über die Kabinettskrise Ende November / Anfang Dezember 1916 liegt im Wesentlichen nur der einschlägige Sachakt MA 963 sowie der rückblickende Bericht Kahrs (Kahr-Erinnerungen, pag. 446-454) vor, die in der Dokumentation bzw. Rekonstruktion der Ereignisse jedoch in bemerkenswerten Maße übereinstimmen. In der Forschung hierzu vor allem: Albrecht, Landtag und Regierung, 192-197.

¹¹³⁵ So klagte etwa der Zentrums-Abgeordnete Franz Seraph Pichler am 19.12.1916 in einem Schreiben an Hertling, dass nun wieder ein „liberaler Beamter“ anstelle – wie bisher – eines „hoch konservativen Mann[es]“ das Innenministerium führe und seiner Fraktion deshalb erhebliche Skepsis herrsche. Hertling bot Pichler daraufhin am 21. Dezember an, „Ihnen Näheres über die Zusammenhänge des Rücktritts des Grafen von Soden – ein Vorgang, den niemand mehr bedauert hat als ich selbst – mitzuteilen.“ Beide Dokumente in MA 963.

Soden-Kahr, das auch in politischen Fragen meist konform ging, wurde also gesprengt.¹¹³⁶ Mindestens ebenso unangenehm war freilich, dass man den Sturz des umstrittenen Ministers abermals als öffentliche Prestigeeinbuße für das eigene Haus verbuchen musste: Denn verlief der nicht erklärte Profilierungswettstreit zwischen den exekutiven Instanzen ohnehin schon meist zu Lasten des genuin zuständigen Innenministeriums, vermittelte ein plötzlicher und unerwarteter Ministerrücktritt abermals kein Bild der Stärke und schien die Kritik am bisher eingeschlagenen Kurs nun auch offiziell zu bestätigen. Hatte die seit Herbst 1915 zu beobachtende Häufung von Krisen das Ministerium nicht immer wieder in ungünstigem Licht erscheinen lassen?¹¹³⁷ In diesem Sinne waren schließlich auch Folgen für den dienstlichen Arbeitsalltag absehbar: Immerhin sollte der neue Minister sein Ressort aus den Negativschlagzeilen führen und einen neuen politischen Kurs einschlagen, der bisher Versäumtes nachholen und den öffentlichen Erwartungen eher gerecht werden würde; im Gegensatz zu Soden war Brettreich zudem für einen eher direkten Führungsstil bekannt, d. h. er neigte dazu, die meisten Aufgaben rasch an sich zu ziehen und seinen Beamten nur wenig eigenständigen Spielraum zu gewähren.¹¹³⁸

Kahr hatte also schon deshalb durchaus Anlass, den plötzlichen Ministerwechsel mit Zurückhaltung aufzunehmen, ein wegen sachlichen Differenzen oder Reibungsverlusten im Amt erklärter Rücktritt gehörte an sich freilich zu den gewöhnlichen Unwägbarkeiten des politischen Lebens, mit denen natürlich auch ein Beamter – unabhängig von seiner eigenen Haltung – stets rechnen musste. Die eigentliche Tragweite des Vorgangs wird daher erst in Gänze verständlich, wenn man darüber hinaus berücksichtigt, dass die

¹¹³⁶ Siehe hierzu das Kapitel IV 5.

¹¹³⁷ So vermerkte sogar Marie Kerschensteiner, also die Mutter von Kahrs Schwiegersohn, am 7. Dezember in ihr Tagebuch (Privatnachlass Kahr, Persönliche Schriften): „Für Vater Kahr mag der Abgang Soden’s vielleicht ein recht bedauerliches Ereignis sein. Die beiden hohen Beamten standen sich menschlich nahe und schätzten sich, obschon der Eine ein ebenso ernsthafter Protestant wie der Andere ein eingefleischter Katholik ist. [...] Auch mein Ältester hat stets von Soden als von einem ehrlichen, aufrechten Charakter gesprochen. Doch er scheint in der Ernährungsfrage versagt zu haben. Er war wohl vor allem – als Grundbesitzer – zu nachsichtig gegen die Landwirte. Man wird da einer strengeren Hand bedürfen und von seinem Nachfolger hieß es immer, daß er an Energie nichts zu wünschen übrig lasse.“

¹¹³⁸ Kahr charakterisierte den Führungsstil Brettreichs wie folgt: „Minister Brettreich selbst war Tag und Nacht an der Arbeit, es konnte ihn niemand an Pflichterfüllung übertreffen, und doch wäre vielleicht Weniger Mehr gewesen. Er wollte nicht bloß Minister, sondern auch Regierungspräsident und Bezirksamtmann sein. Man muß aber m. E. den Beamten Verantwortung und Arbeitsfreudigkeit lassen.“ (Kahr-Erinnerungen, pag. 243 f.)

Soden kritisierte seinen Nachfolger 1918 dann sogar öffentlich, da er in seinem Tatendrang einen Schwall von Verordnungen veranlasst habe, der erst recht zur Überlastung der Beamten führen müsse („Graf v. Sodens Kritik“, in: MAAZ Nr. 137 vom 15.3.1918). Der Landtagsabgeordnete Spuler sprach wiederum noch im November 1923 von einem „System Brettreich“, „wodurch die Bewegungsfreiheit der untergeordneten Stellen so eingeschränkt worden sei, daß kein Abortdeckel ohne vorherige Befragung des Regierungs-Spezialreferenten repariert werden durfte“ (Deuerlein, Hitler-Putsch, Dok. 142, S. 429).

Ablösung Sodens keine rein politische Angelegenheit blieb, sondern zudem keineswegs so reibungslos verlief, wie es die nachträglichen Zeitungsmeldungen¹¹³⁹ suggerieren. Denn tatsächlich führte der zunächst ausgetragene Sachkonflikt zwischen dem Innen- und dem Kriegsminister letztlich gar nicht zum Rücktritt beider Beteiligten: Die definitive Entscheidung Sodens, sein Amt zur Verfügung zu stellen, bildete vielmehr die Reaktion auf einen im Nachhinein erfolgten Vertrauensbruch, der zumindest aus Sicht des Betroffenen das Prinzip der Kollegialität im Kabinettsrat gravierend verletzte und sogar in den – letztlich erfolglosen – Versuch mündete, die Kompetenzen des Innenministeriums im Bereich Ernährungswesen tiefgreifend zu beschneiden. In der Gesamtbewertung des Vorgangs ist daher eine erste Phase der genuinen Kabinettskrise und eine daran anschließende, noch brisantere Auseinandersetzung auf persönlicher Ebene zu unterscheiden.

Konkreter Anlass der ersten, am 22. November beginnenden Kontroverse war eine unvorsichtige Äußerung Sodens im immerhin halb-öffentlich tagenden Ernährungsbeirat: Dabei hatte der Innenminister ausgerechnet seinem langjährigen Rivalen Georg Heim¹¹⁴⁰ beigeplüschigt, der in einer allgemeinen Aussprache die Handhabung der Pressezensur als einseitig konsumentenfreundlich gerügt und damit das Kriegsministerium für die gereizte Stimmung in der Bauernschaft mit verantwortlich gemacht hatte¹¹⁴¹; es ging also wieder um den alten, schon 1915 ausgetragenen Streit um das richtige Maß bei der Kontrolle der Berichterstattung.¹¹⁴² Die Reaktion von Kriegsminister Kreß fiel wohl auch deshalb sehr kompromisslos aus: Er legte direkt formelle Beschwerde beim Vorsitzenden des Ministerrats ein und übermittelte Hertling darüber hinaus einen schriftlichen Forderungskatalog, der die Erfüllung von vier Bedingungen zur Voraussetzung erklärte, um die Angelegenheit seinerseits für erledigt zu betrachten; dazu gehörte eine

¹¹³⁹ So etwa: ‚Ministerwechsel in Bayern‘, in: Vossische Zeitung Nr. 627 vom 7.12.1916. Der Berichtersteller des Berliner Blattes sprach in dem Artikel davon, dass der Rücktritt Sodens keineswegs überraschend komme, da die erhebliche Kritik an der bisherigen Politik schon länger einen Ministerwechsel habe erwarten lassen und Soden angesichts dieser Situation wohl selbst um seine Verabschiedung gebeten habe.

¹¹⁴⁰ Soden und Heim standen in einem spannungsreichen Konkurrenzverhältnis, da beide mit dem Landwirtschaftlichen Verein in Bayern (Soden) und dem Bayerischen Christlichen Bauernverein (Heim) die zwei wichtigsten landwirtschaftlichen Verbände im Königreich anführten, wobei der Bauernverein mit seiner Regensburger Zentralgenossenschaft dem traditionsreichen Landwirtschaftlichen Verein zunehmend den Rang ablief.

Zur Biographie von Georg Heim vgl. Alfred Wolfsteiner, Georg Heim. Bauerngeneral und Genossenschaftler, Regensburg 2014.

¹¹⁴¹ Das Protokoll der Sitzung des Ernährungsbeirats vermerkt in diesem Zusammenhang nur eine „kurze Debatte“ (MInn 66 445), die Münchener Post veröffentlichte jedoch am 9. Dezember einen entsprechenden Bericht eines Sitzungsteilnehmers, vgl. Albrecht, Landtag und Regierung, 193 f.

¹¹⁴² Siehe hierzu Anm. 1070.

Richtigstellung in der nächsten Sitzung des Ernährungsbeirats und eine öffentliche Sanktionierung der Kriegspressezensur durch das Innenministerium.¹¹⁴³ Eine solche Selbstdemontage kam natürlich nicht in Frage, Soden und Kahr beantworteten die erhobenen Vorwürfe daher mit einer schriftlichen Gegendarstellung¹¹⁴⁴ und markierten so die Fronten: Angesichts der entstandenen Spannungen erklärte sich Soden zudem in einem persönlichen Gespräch mit Hertling außer Stande, dem Kollegen Kreß entgegen zu kommen oder gar auf die präsentierten Bedingungen einzugehen – sollte der Konflikt nicht anders beizulegen sein, bliebe ihm eben nur der Rücktritt.¹¹⁴⁵ Die möglichen Konsequenzen lagen damit auf dem Tisch, der Ministerrat beauftragte deshalb Kultusminister Knilling, einen Vermittlungsvorschlag auszuarbeiten und so beiden Seiten einen gesichtswahrenden Weg zur Beilegung ihrer Differenzen zu eröffnen. Zwar wollten sowohl Kreß als auch Soden in ihrer Verärgerung zunächst nichts davon wissen, sie erklärten sich nach einem abermaligen Vorstoß Knillings aber schließlich doch bereit, am 3. Dezember den Versuch einer persönlichen Aussprache zu unternehmen. Bei dieser Gelegenheit dürften dann zunächst einige harte Worte gefallen sein, trotzdem gelang es schließlich doch, die Barriere der gegenseitigen Schuldzuweisungen zu überbrücken, als vor allem Kreß die eigene Überreaktion bedauerte und sich bereit erklärte, auf jede öffentliche Erklärung zu verzichten, während Soden sicherlich die wenig passenden Umstände seiner Äußerungen einräumte.¹¹⁴⁶

¹¹⁴³ Das unmittelbare Beschwerdeschreiben Kreß' ist offenbar nicht überliefert, wird jedoch in einer Note Hertlings an Soden vom 27.11.1916 (MA 963) erwähnt. Am gleichen Tag legte der Kriegsminister auch seinen Forderungskatalog (MA 963) vor: Demnach solle Soden seine Äußerung im Ernährungsbeirat explizit anerkennen, hierüber sein Bedauern aussprechen, die Angemessenheit der Zensurpolitik „in aller Form“ bestätigen und diese Stellungnahme auch vor dem Ernährungsbeirat abgeben.

¹¹⁴⁴ Das Dokument ist nicht vorhanden, die in MA 963 enthaltene, im Außenministerium verfasste Chronologie datiert die Gegendarstellung jedoch auf den 28. November; Kahr nimmt die Abfassung dieser Note für sich in Anspruch: „In einer Antwortnote, gerichtet an Minister Frhr. von Hertling, stellte ich den wirklichen Vorgang in jener kritischen Sitzung fest und legte dar, dass und wie sich die Ausführungen Sodens ausschliesslich auf dem Boden einer pflichtgemässen, rein sachlichen, nur von der Sorge für das Staatsinteresse geleiteten Aussprache bewegten und dass darin ein persönlicher Angriff auf den Kriegsminister nicht erblickt werden könne. Im zweiten Teil der Antwortnote wurden dann die wirtschaftliche Lage und die hiezu notwendig erscheinenden Massnahmen vom Standpunkt des Ministeriums des Innern aus kurz dargelegt.“ (Kahr-Erinnerungen, pag. 449 f.)

¹¹⁴⁵ Soden erklärte offenbar am 1. Dezember gegenüber Hertling, dass für ihn eine „entgegenkommende Erklärung“ bei der gegebenen Sachlage nicht in Frage komme und als Alternative nur der Rücktritt als Option bleibe, vgl. die Chronologie im MA 963.

¹¹⁴⁶ Soden erklärte sich am 2. Dezember zu einer persönlichen Aussprache mit Kreß bereit (vgl. Chronologie in MA 963), allerdings äußert sich nur Kahr unter Berufung auf Soden über ihren Verlauf: „Der Kriegsminister, ein Kavalier, kam alsbald persönlich zu Soden, sagte diesem offen und ehrlich, er müsse nach Durchsicht der Erwidernngsnote Sodens, bekennen dass er sich wegen Tendenz des Vorgangs im Ernährungsbeirat in einem Irrtum befunden habe und seine Vorwürfe mit dem Ausdruck des Bedauerns zurücknehme. Auch die sich anschließende Aussprache der beiden Minister über die wirtschaftliche Lage ergab eine befriedigende Lösung und den guten Willen zur ferneren harmonischen Zusammenarbeit.“ (Kahr-Erinnerungen, pag. 450). Zur Vermittlung Knillings vgl. den Tagebucheintrag Kahrs zum Tod

Unter diesen Voraussetzungen rückte am 3. Dezember also doch noch eine einvernehmliche Lösung in Sichtweite, als dann unerwartet direkt die nächste – mit der Sache eigentlich gar nicht zusammenhängende – Eskalation folgte: Denn noch am gleichen Abend kamen die am Streit nicht beteiligten Mitglieder des Kabinetts ebenfalls zu einer informellen Beratung der Lage zusammen und verständigten sich in ihrer wohl sehr ausführlichen, aber nicht protokollierten Sitzung¹¹⁴⁷ darauf, dass es nun nicht zuletzt mit Blick auf die gereizte Öffentlichkeit endgültig an der Zeit sei, auch ein bayerisches Kriegsernährungsamt zu errichten, das das Land unter der Leitung eines besonderen Beauftragten durch den Winter führen sollte. Dabei ging es eigentlich nicht an, einen so weitreichenden Beschluss ohne Beteiligung des sachlich zuständigen Ressorts zu fassen, die Minister Knilling und Hertling erhielten dennoch den Auftrag, dem König schon am nächsten Tag einen entsprechenden Verordnungsentwurf zur Genehmigung vorzulegen.¹¹⁴⁸

Über die Gründe für diesen Schritt lassen sich letztlich nur Vermutungen anstellen, freilich erscheint es durchaus plausibel, dass die Runde die angestoßene Grundsatzdebatte um die Führung des Innenministeriums direkt nutzen wollte, um vollendete Tatsachen zu schaffen und das schon im Juni geforderte Ernährungsamt¹¹⁴⁹ jetzt durchzusetzen; sollte diese Einschätzung zutreffen, verstanden die Minister die Krise bezeichnenderweise als Gelegenheit, die eigene Agenda gegenüber einem geschwächten Kollegen durchzusetzen. Wie dem auch sei, Soden sah in diesem Schritt verständlicherweise einen Affront, ja ein verklausuliertes Misstrauensvotum und erklärte – nachdem er „auf Umwegen“¹¹⁵⁰ davon erfahren hatte – direkt seinen unabänderlichen Entschluss zum Rücktritt.¹¹⁵¹ Und auch Staatsrat Kahr hatte als leitender Beamte des Hauses doppelten Grund zur Empörung: Neben dem Umgang mit seinem vorgesetzten Minister musste er den offensichtlichen Eingriff in die eigene Ressorthoheit schon aus dienstlichen Prestige Gründen zurückweisen, während er sich möglicherweise im Stillen ausmalte, wie die beteiligten Kollegen wohl selbst auf einen derartigen Vorfall reagieren würden. Es passte daher ins

Sodens Ende 1922: „Hr. v. Kn. war vom Min. d. A. Graf v. Hertling ersucht, die Beilegung dieses Streites zu vermitteln.“ (Tagebuch Kahr 1922-B, nicht paginierter Anhang am Ende des Bandes).

¹¹⁴⁷ Die Sitzung wird in der Chronologie des Außenministeriums genannt (MA 963), ein Protokoll wurde jedoch offenbar nicht erstellt; zur lückenhaften Dokumentation der Ministerratssitzungen siehe Anm. 1094.

¹¹⁴⁸ Die Chronologie des Außenministeriums (MA 963) vermerkt folgenden Beschluss: „Es wird ein gemeinsamer Vortrag der Staatsminister Graf Hertling und von Knilling bei seiner Majestät in Aussicht genommen, wobei empfohlen werden soll, die Ernährungsangelegenheiten einem besonderen Beauftragten zu übertragen.“

¹¹⁴⁹ Siehe hierzu Kapitel V 5.3.

¹¹⁵⁰ Kahr-Erinnerungen, pag. 452.

¹¹⁵¹ Soden teilte Hertling diesen definitiven Entschluss am Nachmittag des 3. Dezember mit, vgl. Chronologie in MA 963.

Bild, dass die anderen Minister jetzt offenbar auch ohne Einbezug des Innenministeriums über die Nachfolge Sodens und die Leitung des anvisierten Ernährungsamtes entscheiden wollten; Kahr hatte angesichts der Geschehnisse wohl auch kein Bedürfnis, sich an dieser Suche zu beteiligen.

Vielmehr ist noch im Nachhinein seine Bitterkeit und Schadenfreude¹¹⁵² zu spüren, dass sich die Pläne für ein eigenständiges Ernährungsamt abermals doch noch zerschlugen, da mit Brettreich ausgerechnet der dafür ausersehene Leiter selbst Zweifel anmeldete und dann unter anderem mit der Begründung absagte, auch eine solche Behörde könne die Lage nicht substantziell ändern und würde deshalb nur falsche Hoffnungen in der Bevölkerung wecken.¹¹⁵³ Hier war das zuvor erläuterte Dilemma der geschürten Erwartungen also explizit formuliert, Brettreich, aktuell Regierungspräsident von Unterfranken und immerhin ehem. Landwirtschaftsreferent des Innenministeriums, stand damit nur als Minister zur Verfügung und erhielt tatsächlich schon einen Tag später seine Ernennung – personelle Alternativen waren offenbar kaum vorhanden. Der darüber angestimmte Spott war indes nur ein schwacher Trost, Kahr zeigte sich vielmehr auch persönlich von dem erlebten Vertrauensbruch betroffen und verlebte den Jahreswechsel in getrübtter Stimmung¹¹⁵⁴, zumal die Aussichten für die kommenden Monate kaum dazu angetan waren, wieder mit mehr Zuversicht in die Zukunft zu blicken.

6.2 Die Hände gebunden: Krisen ohne Handlungsspielraum

Und tatsächlich folgten die nächsten Tiefschläge im Winter und Frühjahr 1917 nun in kurzen Abständen: Denn beschränkte sich das tägliche Mittagessen – zumindest in den vorschriftsmäßig wirtschaftenden Haushalten – nun tatsächlich bald auf die ohne Fett

¹¹⁵² Kahr-Erinnerungen, pag. 453. „So ergab sich schliesslich, da auch sonst keine Liebhaber vorhanden waren, dass Brettreich als Minister des Innern vom König berufen wurde und u. der ‚so klug‘ erdachte Ernährungsdictator Bayerns ausfiel!“

¹¹⁵³ Brettreich zeigte sich anfänglich offenbar nicht abgeneigt, „die Leitung der Lebensmittelorganisation zu übernehmen“ (Chronologie in MA 963), teilte Hertling nach einem kurzfristigen Besuch in München jedoch am 6. Dezember schriftlich mit, dass er nach nochmaliger Überlegung aus dem im Text angeführten Gründen doch nicht zur Verfügung stehe; als Staatsminister a.D. sei es außerdem schwierig, eine letztlich doch untergeordnete, weisungsgebundene Stellung zu übernehmen (Schreiben in MA 963).

Offenbar als Kompensation für das nicht zustande gekommene Ernährungsamt wurde bei der Polizeidirektion München dann ein „Bayerisches Kriegswucheramt“ errichtet, das mit eigens bestellten Beamten Sachverständigen vor allem den Wucher bei Gegenständen des täglichen Bedarfs bekämpfen sollte. Vgl. die Bek. des Innenministeriums vom 5.12.1916 (StAnz Nr. 284 vom 7.12.1916) sowie MHIG 6741.

¹¹⁵⁴ Vgl. die Karte Kahrs an Julius Maria Groeschel vom 31.12.1916 (Stadtarchiv München, NL Groeschel, DE-1992-FAM-0778-01): „Ich bin im verflorenen Jahr um manche Erfahrung reicher u. in der Wertschätzung des Menschentumes noch ärmer geworden. [...] Nun möchte ich, wenn mein Herr Minister am 2. Januar wieder von Würzburg zurückkommt, Urlaub über den Dreikönigstag nehmen, denn nach den Erlebnissen in der ersten Dez. Woche muß ich einmal wieder in reiner Luft Atem schöpfen.“

zubereiteten Steckrüben¹¹⁵⁵, brachte der extrem kalte Winter zu allem Überfluss noch eine Kohlennot mit sich, da sowohl der erhöhte Verbrauch wie auch die schneebedingte Blockade des Eisenbahnverkehrs die Heizvorräte zu Neige gehen ließen.¹¹⁵⁶ Es blieb deshalb nichts mehr anderes übrig, als das öffentliche Leben auf ein Minimum herunter zu fahren, d. h. den Trambahnverkehr zu beschränken, die Polizeistunde in den Abend vorzuverlegen und die Straßenbeleuchtungen so weit wie möglich zu reduzieren; Anfang Februar erzwang die Kälte sogar die vorläufige Schließung aller Schulen.¹¹⁵⁷ Im Bereich der Ernährung musste derweil wieder einmal eine Kürzung der Brotrationen erfolgen, wobei die Ausmahlquote für Getreide inzwischen bei 94 Prozent lag und die Bäcker z. T. Kleie beimischen mussten, was das Brot schwammig und leicht verderblich machte.¹¹⁵⁸ Auf politischer Ebene spielte die Reichsregierung nach dem Scheitern des Angriffs auf Verdun und dem Rückzug auf die sog. Siegfriedlinie wiederum die letzte vermeintliche Trumpfkarte aus und proklamierte den uneingeschränkten U-Boot-Krieg, der Großbritannien innerhalb weniger Monate von der Rohstoffzufuhr abschneiden sollte; zunächst ging im Auswärtigen Amt jedoch postwendend die Kriegserklärung der Vereinigten Staaten ein.¹¹⁵⁹

Die Folgen all dieser Hiobsbotschaften konnten dann auch nicht ausbleiben: Kam es etwa Mitte März zu neuerlichen Lebensmitteldemonstrationen in Nürnberg¹¹⁶⁰, musste Kahr selbst in der dritten Eisenbahnklasse Aufschriften wie „Es gibt rechte Hammeln, die an dem scheußlichen Krieg ihr Wohlgefallen haben“ oder „Der Bauer muss den Narren machen, die Offiziere tun anschaffen“ lesen und entfernen.¹¹⁶¹ Der Staatsrat spürte die

¹¹⁵⁵ Vgl. den Eintrag vom 8.1.1917 im Kriegstagebuch von Marie Kerschensteiner II, pag. 291 (Privatnachlass Kahr, Persönliche Schriften): „Der Schmalztopf ist leer. Das ist ein peinlicher Gedanke. Mit entsetzten Blicken sah ich den kleinen Vorrat von ein paar Pfündchen, die wir an Kirchweih gehamstert hatten, zusammenschwinden, sah den Grund des Topfes drohend zum Vorschein kommen. [...] Und nun ist das letzte Schmalzbröselchen dahin. Jetzt kann ich die Probe machen, wie man mit den gesetzlich gewährten 2/5 H Butter für 4 Personen pro Woche zurecht kommen kann bei der Knappheit der übrigen Lebensmittel.“

¹¹⁵⁶ In der bayerischen Kriegsverwaltung wurde deshalb am 21.1.1917 eine eigene Kohlenausgleichsstelle eingerichtet, die eine effizientere Verteilung des verfügbaren Brennmaterials sicherstellen sollte, im Februar 1917 folgte ein „Reichskommissariat für die Kohlenverteilung“ (RGBl. 1917, 193). Vgl. August Hutzemann, Die Kohlenversorgung Bayerns vom Anfang des Krieges bis zur Gegenwart, Diss. Erlangen 1922.

¹¹⁵⁷ „Einschneidende Maßnahmen zur Steuerung der Kohlennot“, in: MNN Nr. 55 vom 1.2.1917.

¹¹⁵⁸ Vgl. den Bericht von Staatsminister Brettreich zur Ernährungslage im Landtag am 23. Februar, in: Verh. Landtag 1917, Bd. XV, 155-165 sowie die Charakterisierung dieses Brotes bei Jolas: „Die schlimmste Zeit kam mit der behördlich angeordneten Beimengung von Kleie. Das Brot erlangte dadurch einen bitteren Geschmack, wurde knatschig und schimmelte rasch; häufig bewirkte es Durchfall.“ (Jolas, Berufliche Erlebnisse II, pag. 20; NL Jolas 2).

¹¹⁵⁹ König, U-Boot-Krieg, 504-587.

¹¹⁶⁰ Vgl. Klaus-Dieter Schwarz, Weltkrieg und Revolution in Nürnberg. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (Kieler historische Studien 13), Stuttgart 1971, 151-155.

¹¹⁶¹ Vgl. die auch bei Ay (Ay, Entstehung einer Revolution, 54) erwähnte Vormerkung Kahrs vom 14.2.1917 (MIInn 66 327).

Misere freilich auch am eigenen Leib, als er nach wochenlangen Steckrüben-Menüs am Palmsonntag beim Mittagessen vor Entkräftung kurz in Ohnmacht fiel und von seiner verschreckten Gattin dem Arzt übergeben wurde.¹¹⁶²

Persönlich noch enttäuschender war jedoch zweifelsohne, dass sich die Atmosphäre im Innenministerium nun tatsächlich so rasch wie befürchtet veränderte und der neue Hausherr ohne Zögern daranging, die bisherigen dienstlichen und politischen Praktiken nach neuen Gesichtspunkten zu gestalten. So passte es aus Sicht Kahrs etwa nicht zur Stellung eines königlichen Ministers, wenn Brettreich ab sofort Vorträge in Gewerkschaftsversammlungen hielt oder aber regelmäßig Pressekonferenzen vor Ort durchführte, d. h. den Chefkritikern des bisherigen Kurses auch noch den Teppich ausrollte.¹¹⁶³ Ließ sich über Stilfragen noch trefflich streiten, musste der Staatsrat jetzt allerdings ebenfalls zur Kenntnis nehmen, dass sein Votum sogar sachlich an Gewicht verlor und politische Entscheidungen nicht mehr unbedingt seiner Zustimmung bedurften, ehe sie in die Tat umgesetzt wurden. Eine Zäsur markierte hier wohl der Entschluss Brettreichs, dem sog. Hamstern, also dem Aufkaufen von Lebensmitteln, nun mit aller Schärfe den Kampf anzusagen und deshalb auch das Reisegepäck an Bahnhöfen polizeilich auf illegale Mitbringsel durchsuchen zu lassen. Der neue Minister wollte die hoch gesteckten Erwartungen eben auch mit entsprechenden Taten bestätigen und ließ sich darin auch nicht von seinem Staatsrat umstimmen, der vor einem Aufruhr bei städtischen Konsumenten und vor Vollzugsproblemen warnte.¹¹⁶⁴ Kahr musste also mit ansehen, wie die ausgerechnet von seinem ehem. Hilfsreferenten Eduard Hamm konzipierte „Erfassungspolitik“ am 3. März per Erlass in Kraft gesetzt wurde¹¹⁶⁵ und innerhalb weniger Tage heftige Proteste in Presse und Öffentlichkeit auslöste und sogar

¹¹⁶² Kahr-Erinnerungen, pag. 475 f.

¹¹⁶³ Kahr-Erinnerungen, pag. 479.

¹¹⁶⁴ So der Kommentar in den Kahr-Erinnerungen, pag. 472-474: „Angesichts der miserablen Ernährungslage war dem Minister Brettreich die Hamsterei ein Dorn im Auge, darum fasste er, von seinem Vertrauensmann Hamm scharf gemacht, den Entschluss ein strenges Hamsterverbot zu erlassen und schärfste polizeiliche Kontrolle den Reisenden in den Bahnhöfen durchzuführen. Als ich von der Absicht hörte warnte ich den Minister. [...] Eine solche Erfassungspolitik, wie dieses neue Schlagwort hiess, neben der nicht zugleich auch eine entsprechende Versorgung hergehe, sei eine unsinnige Politik, weil sie sich gegen die menschliche Natur richte. Der Bauer aber sage, wenn ich meinen Verwandten und Bekannten aus meinem eigenen Lebensmittelvorrat nichts mehr abgeben darf, dann gebe ich überhaupt nichts mehr her. [...] Aber Hamm dem Erfassungsfanatiker, wie er genannt wurde, liess dieses Problem keine Ruhe. Er machte sogar den Vorschlag sämtlichen Staatsbeamten den Diensteid abzunehmen, dass sie nur rationiert leben! Das war überstiegene Nervosität. Ich trat auch diesem Plane entgegen; aber schliesslich wurde der Pfeil doch abgeschossen und es kam wie es kommen musste.“

Vielleicht auch vor diesem Hintergrund sagte Kahr dann auch für den 18. März einen Vortrag (Text in NL Kahr 19) in Buchloe, d. h. in seinem früheren Verwaltungsbezirk, zu und fand so die Gelegenheit, das Ministerium für ein paar Tage hinter sich zu lassen.

¹¹⁶⁵ Vgl. den an alle Ministerien mit gesonderter Begründung weitergeleiteten Entwurf des sog. Hamstererlasses vom 3.3.1917 in MIInn 66 327.

einen Einspruch des Münchener Stadtmagistrats nach sich zog. Der Erlass wurde deshalb schnell wieder abgemildert¹¹⁶⁶, Kahr blieb jedoch nur die zweifelhafte Genugtuung des ungehörten Cassandra-Rufers. Für Unmut im ganzen Ressort sorgte schließlich, als Brettreich im April 1917 dem jahrelangen Drängen des Kollegen Lorenz von Seidlein¹¹⁶⁷ nachgab und offenbar auf Wunsch des Königs einwilligte, die weitere Projektierung des Rhein-Main-Donau-Kanals sowie die Ausführung des Walchenseekraftwerks in die Hände des Verkehrsministeriums zu legen.¹¹⁶⁸ Das eigene Haus hatte damit nicht nur eine weitere symbolische Fehde verloren, sondern büßte mit der Zuständigkeit für Straßen-, Brücken- und Wasserbauten auch Kompetenzen ein, die es seit der Gründung der Obersten Baubehörde 1830 ausübte.¹¹⁶⁹

6.3 Bitte nicht ins Oberkonsistorium: Versetzungswunsch mit Tücken

Wie bereits angedeutet, zog Kahr aus all diesen Vorgängen nun seine Folgerungen und begann nach anderen interessanten Aufgaben Ausschau zu halten, wobei sich seine Blicke schnell auf die Regierung von Oberbayern richteten, deren Präsident Anton von Halder Ende Juni 1917 in Pension gehen¹¹⁷⁰ und einen der attraktivsten Posten in der Hauptstadt hinterlassen würde. Kahr entschloss sich daher, die Gelegenheit beim Schopf zu ergreifen und dem von diesem Wunsch nicht begeisterten, aber doch verständnisvollen Minister sein Interesse an dem vakanten Amt zu signalisieren: Er ahnte damit freilich nicht, dass er nach der grundsätzlichen Einwilligung Brettreichs¹¹⁷¹ nicht nur an die Spitze dieser Kandidatenliste rückte, sondern plötzlich auch als neuer Präsident des Oberkonsistoriums, d. h. als evangelischer Landesbischof, gehandelt wurde. Denn natürlich erhielt auch der König schnell Kenntnis von dem Wechselwunsch seines Staatsrates und verfiel daraufhin spätestens Anfang Mai auf den Gedanken, Kahr als Nachfolger des schwer erkrankten Hermann von Bezzel in Aussicht zu nehmen und das Regierungspräsidium eher wieder einem Katholiken zu übertragen¹¹⁷² – andernfalls

¹¹⁶⁶ Das Innenministerium veröffentlichte schon am 10. März „Erläuterungen“ zu diesem Erlass, vgl. Albrecht, Landtag und Regierung, 225.

¹¹⁶⁷ Siehe Anm. 889 und 888.

¹¹⁶⁸ Verordnung vom 29.4.1917, die Formation der Staatsministerien betr., in: GVBl. 1917, 89 f.

¹¹⁶⁹ Vgl. den Kommentar in den Kahr-Erinnerungen, pag. 469: „Die Oberste Baubehörde, jene prächtige Schöpfung Königs Ludwig I. die die staatliche Technik machtvoll zusammenfassen sollte, mußte aufgelöst werden und den Tiefbau an das Verkehrsministerium abgeben. So hatte von Brettreich schon in jener oben erwähnten ‚Rumpfministerratssitzung‘ zugesagt. Der Verkehrsminister hatte sein Ziel erreicht.“

¹¹⁷⁰ Vgl. Stephan Deutinger, Anton von Halder, Regierungspräsident von Oberbayern 1906-1917, in: ders. - Gelberg - Stephan (Hg.), Regierungspräsidenten, 210-216.

¹¹⁷¹ Vgl. Tagebücher Brettreich 1916/17, pag. 57 f. (NL Brettreich 26); Kahr-Erinnerungen, pag. 484.

¹¹⁷² Brettreich betont explizit, dass Ludwig III. zunächst keinen Protestanten als Regierungspräsident ernennen wollte (Tagebücher 1916/17, pag. 57 f.).

würde der Weißenburger Pfarrersenkeln immerhin schon der fünfte Protestant im Kreis der acht Präsidenten sein.¹¹⁷³ Damit befand sich Kahr ganz unversehens in einer ersten Zwickmühle, da er u. a. aus den im ersten Kapitel erläuterten Gründen¹¹⁷⁴ keinerlei Ambitionen hegte, den Vorsitz der Landeskirche zu übernehmen, das sehr ehrende Anerbieten des Königs aber auch nicht ablehnen, sondern höchstens dezent auf seine Bedenken hinweisen konnte.¹¹⁷⁵ Der Monat stand deshalb im Zeichen von Hoffen und Bangen, ehe sich Ludwig III. doch noch überzeugen ließ und Kahr darüber hinaus von einem reinen Zufall profitierte, da Bezzel nicht wie erwartet innerhalb weniger Tage, sondern „erst“ am 8. Juni verstarb¹¹⁷⁶, die Bestellung eines neuen Regierungspräsidenten aber nicht länger warten konnte. Die vertrauliche Mitteilung der bevorstehenden Ernennung erfolgte schließlich am 4. Juni und sorgte im ganzen Haus Kahr für Freude und Erleichterung.¹¹⁷⁷

7. Neue Aufgaben, neue Impulse? Kahr als Regierungspräsident von Oberbayern 1917/18
Die große Anzahl freundschaftlicher und kollegialer Gratulationen folgte dann mit der öffentlichen Bekanntgabe fünf Tage später¹¹⁷⁸, sie machten die Freude komplett, da Kahr als Beglückwünschter tatsächlich allen Anlass hatte, die übertragene Aufgabe als willkommenen Neuanfang einzustufen: Denn der nun scheidende Staatsrat konnte so nicht nur die Enttäuschungen im Innenministerium hinter sich lassen und die unliebsame

¹¹⁷³ Vgl. Schärfl, *Beamtenerschaft*, 193-219. Mit der Berufung Kahrs hatten nur noch Niederbayern, Unterfranken und die Oberpfalz katholische Regierungspräsidenten.

¹¹⁷⁴ Siehe Kapitel II 3.1.

¹¹⁷⁵ So die rückblickende Beschreibung Kahrs 1933: „Da wurde im Juli 1917 durch das Ableben der Exzellenz v. Bezzel die Stelle eines Präsidenten am prot. Oberkonsistorium mit dem Sitz in der Reichsratskammer frei, auf die mich das besondere Vertrauen König Ludwig III. berufen wollte. Ich bat den König aus sachlichen u. persönlichen Gründen dringend davon abzusehen, wozu er sich recht ungern bestimmen ließ.“ (Kahr, *Mein Lebenslauf* (1933), pag. 13).

¹¹⁷⁶ Bezzel war im Januar 1917 schwer erkrankt und erlebte nach einer vorübergehenden leichten Erholung im April und Anfang Mai eine erhebliche Verschlechterung seines Zustandes, vgl. ‚Aus den letzten Leidenswochen‘, in: Hilmar Schaudig (Hg.), *Lebensbild des Oberkonsistorialpräsidenten D. Dr. Hermann v. Bezzel*, München 3 1917, 111-117. Nach der Entscheidung bekannte Kahr gegenüber Soden (Kahr an Soden vom 13.6.1917, NL Soden 541): „Wäre der Herr Oberkons. Präsident um eine Woche früher gestorben, stünde ich vor einer sehr schweren Entscheidung, denn S.M. hat diesen Gedanken bis zuletzt in den Vordergrund gestellt.“

¹¹⁷⁷ Kahr erfuhr am 4. Juni von der getroffenen Entscheidung und informierte in seiner Freude umgehend Graf Soden per Brief (NL Kahr 541); vgl. auch der Tagebucheintrag Marie Kerschensteiners vom 7. Juni 1917 (Privatnachlass Kahr, *Persönliche Schriften*): „Im Hause Kahr herrscht Jubel. Vater Kahr ist zum Regierungspräsidenten von Oberbayern ernannt. Ein sehnlicher Wunsch hat sich ihm damit erfüllt.“ Nur drei Wochen später (am 24. Juni) konnte sich Kahr dann außerdem über die Geburt seiner ersten Enkelin, Ella Kerschensteiner, freuen.

¹¹⁷⁸ Vgl. die in Leutstetten ausgestellte Ernennungsurkunde vom 9. Juni 1917 in MInn 84 009 sowie – als Beispiele – das Glückwunschsreiben des Miesbacher Bezirksamtmanns de Rudder (MInn 83 578) oder der Dank Kahrs an Georg Kerschensteiner für seine guten Wünsche (Schreiben vom 21.6.1917, in: *Monacensia*, NL Kerschensteiner, GK B 463) mit der Bemerkung: „Jedenfalls bringe ich für die Arbeit Lust und Liebe mit“.

Ernennung zum Landesbischof umgehen, er durfte jetzt auch zuversichtlich mit einem Karriereende im längst zur Heimat gewordenen München rechnen und zwar als Leiter einer Institution, die eine relativ eigenständige Stellung in der Behördenhierarchie mit einem großen Wirkungskreis vereinte und dementsprechend viele Gelegenheiten eröffnete, im Bezirk Neues zu bewegen oder in der Kriegsarbeit Impulse zu setzen; protokollarisch betrachtet, rückte Kahr als Regierungspräsident außerdem zum Vertreter des Königs in Oberbayern auf, dem Amt kann insofern auch erhebliche repräsentative Bedeutung zu.¹¹⁷⁹

7.1 Vorstand einer Mittelbehörde: Wirkungsfelder einer Kreisregierung

Möchte man sich nun eine Orientierung verschaffen, in welchen Bereichen die Kreisregierungen effektiv tätig waren, empfiehlt sich bis ins frühe 20. Jahrhundert hinein ein Blick in die konstituierende Formationsverordnung von 1825¹¹⁸⁰: Demnach war die Behörde u. a. mit der Ausübung der Landespolizei, d. h. im alten umfassenden Sinn mit der Sicherheits-, Feuer-, Presse-, Gesundheits- und Gewerbepolizei, der Förderung von Bildung und Unterricht, dem öffentlichen Bauwesen, der Beziehungspflege zwischen Kirche und Staat oder der Regelung bestimmter staatsrechtlicher Gegenstände betraut; zum Wirkungskreis der Institution zählte außerdem die Steuererhebung, das Stiftungswesen und die Etatsaufsicht über Bezirke und Gemeinden.

Trotz einiger Reformen – z. B. mit dem neuen Polizeistrafgesetzbuch von 1871 oder der Gemeindeordnung von 1869¹¹⁸¹ – hatte sich auch knapp 100 Jahre später nichts Wesentliches an dieser Aufgabenzuteilung geändert, der Unterschied zum frühen 19. Jahrhundert bestand allerdings im erheblichen Anwachsen der staatlichen Tätigkeit und dem damit einhergehenden Ausbau der unteren Verwaltungsebene: Wurden deshalb früher die meisten anfallenden Arbeiten noch direkt bei der Kreisregierung oder bei den Landgerichten (alter Ordnung) bewältigt, war es seitdem immer häufiger zur Einrichtung speziell zuständiger Behördenarten gekommen, die eine bestimmte öffentliche Aufgabe auch auf lokaler Ebene gesondert an sich zogen. War dies 1825 nur bei Rent- und Forstämtern der Fall, kümmerten sich inzwischen¹¹⁸² Land- sowie Straßen und

¹¹⁷⁹ So hatte der Regierungspräsident etwa die „Rechte Unserer Krone“ (§ 12) und die „Gerechsamkeit des Souverains“ (§ 25) in seinem Regierungsbezirk zu wahren, vgl. die „Verordnung vom 17.12.1825, die Formation, den Wirkungskreis und den Geschäftsgang der obersten Verwaltungsbehörden in den Kreisen betr.“, in: Karl Weber (Hg.), Neue Gesetz- und Verordnungsammlung für das Königreich Bayern mit Einschluß der Reichsgesetzgebung, Bd. II, Nördlingen 1882, 279-325, hier: 283 und 287.

¹¹⁸⁰ Vgl. ebd. (mit ausführlicher Kommentierung der bis 1882 eingetretenen Modifikationen).

¹¹⁸¹ Ebd., 297 und 302.

¹¹⁸² Vgl. den Überblick bei Volkert, Handbuch, 63, 65, 163 f. (im Handbuch auch weitere Beispiele).

Flussbauämter um unterschiedliche Sparten des Bauwesens, nahmen sich sog. Kulturbauämter der Förderung der „landwirtschaftlichen Bodenkultur“ an oder übernahmen die 1908 gegründeten Messungsämter die Aufgaben der bisherigen Bezirksgeometer – die für die Sicherheitspolizei zuständige Gendarmerie ist in dieser Aufzählung bewusst etwas abgesetzt, da ihre Mitglieder dienstrechtlich und disziplinarisch noch dem Kriegsministerium unterstanden, d. h. einer militärischen Einrichtung unter ziviler Einsatzhoheit angehörten.¹¹⁸³ Die Kreisregierungen und Regierungspräsidenten konnten in diesen Verantwortungsbereichen also auf einen gut ausgebauten Verwaltungsapparat zählen, der natürlich der Aufsicht und Direktion bedurfte, es aber insgesamt erleichterte, sich auf die Koordination kreisweiter Angelegenheiten und Belange zu konzentrieren.

Andere Verwaltungszweige waren hingegen noch nicht so weit ausgebaut, beispielsweise lag das öffentliche Gesundheitswesen noch weitgehend in den Händen einzelner Amtsärzte in den Bezirken, die etwa die Schuluntersuchungen oder die Impfungen durchführten¹¹⁸⁴, während die Fabrik- und Gewerbeaufsicht das Aufgabengebiet einiger direkt bei der Kreisregierung tätiger Beamter darstellte¹¹⁸⁵; die für den Vollzug der seit den 1880er Jahre erlassenen Sozialgesetze zuständigen Oberversicherungsämter hatten wiederum eine relativ eigenständige Stellung.¹¹⁸⁶ Das staatliche Schulwesen war schließlich in mancherlei Hinsicht besonders organisiert: Zwar wies die Formationsverordnung der Kreisregierung die „Oberaufsicht“¹¹⁸⁷ über alle Elementarschulen zu, die praktisch in jeder Ortschaft des Landes vorhandenen Elementar- oder Volksschulen wurden jedoch von geistlich dominierten Lokal- bzw. Distriktsschulinspektionen beaufsichtigt, die sowohl der Kirchenbehörde als auch der Kreisregierung verantwortlich waren.¹¹⁸⁸ Hier lag also eine Doppelzuständigkeit vor, deren Gewicht sich mit den 1905 eingerichteten Kreisschulkommissionen¹¹⁸⁹ – kollegiale Organe zur fachmännischen Beratung – etwas mehr auf die weltliche Seite verlagert hatte,

¹¹⁸³ Vgl. Martin Faatz, Vom Staatsschutz zum Gestapo-Terror. Politische Polizei in Bayern in der Endphase der Weimarer Republik und der Anfangsphase der nationalsozialistischen Diktatur (Studien zur Kirchengeschichte der neuesten Zeit 5), Würzburg 1995, 60 f.

¹¹⁸⁴ Zur Einrichtung eigenständiger Gesundheitsämter kam es in Bayern erst 1934, vgl. Volkert, Handbuch, 72-74.

¹¹⁸⁵ An der Kreisregierung von Oberbayern waren seit 1909 zwei Gewerbeaufsichtsbeamte beschäftigt (Volkert, Handbuch, 299).

¹¹⁸⁶ Ebd., 303.

¹¹⁸⁷ „Verordnung vom 17.12.1825, die Formation, den Wirkungskreis und den Geschäftsgang der obersten Verwaltungsbehörden in den Kreisen betr.“, in: Weber (Hg.), Neue Gesetz- und Verordnungsammlung, 292.

¹¹⁸⁸ Bock, Gesamtdarstellung, 408-410.

¹¹⁸⁹ Ebd., 408.

an der Praxis der geistlichen Schulaufsicht jedoch nichts Wesentliches änderte. In dieser Aufzählung nicht zu vergessen ist zuletzt die Pflege der Beziehungen zu den in immer größerer Zahl entstandenen Kreisorganisationen, die nach dem Vorbild des 1810 gegründeten Landwirtschaftlichen Vereins die eigenen Angelegenheiten selbst verwalteten und ihre korporativen Interessen gegenüber den Behörden vertraten; hierzu gehörten etwa die Handels- und die Handwerkskammer, die oberbayerische Sektion des Lehrervereins oder auch der Kreisfischereiverein.¹¹⁹⁰

Die Größe und Organisation der Kreisregierungen entsprach ihrem umfangreichen Aufgabenbereich: Sie war in inzwischen drei Kammern – hier ein anderes Wort für Sektion oder Abteilung – gegliedert, denen jeweils ein Regierungsdirektor vorstand und die die Verwaltungsmaterien unter Gesamtverantwortung des Regierungspräsidenten in die Kernbereiche „Inneres“, „Finanzen“ und „Forsten“ einordneten.¹¹⁹¹ Dabei blieben als Besonderheit der Kreisebene noch einige ausgewählte Entscheidungsgegenstände – v.a. bei Beschwerden und in Personalangelegenheiten – der kollegialen Beratung vorbehalten¹¹⁹², für die meisten anfallenden Aufgaben waren jedoch wie in den Ministerien einzelne Sachreferate zuständig; in den Quellen lassen sich etwa Referate für Polizeiwesen, Gewerbeförderung, Kulturbau, Kreismedizinalwesen oder auch kirchliches Pfründewesen namhaft machen.¹¹⁹³

7.2 Bewährtes und neue Impulse: Kriegsarbeit in neuer Rolle

Als Kahr am 1. Juli 1917 sein Amt antrat, war die Aussagekraft dieser formalen Referatseinteilung freilich schon sehr eingeschränkt, da praktisch alle Beamten inzwischen zusätzlich mit Nebenämtern oder Sonderaufträgen in der Kriegsarbeit betraut waren und sich dabei etwa mit Ernährungsfragen oder Invalidenfürsorge befassten.¹¹⁹⁴

Der Regierungspräsident sah also schon mit einem kurzen Blick auf den Dienstplan, dass ihm der vollzogene Wechsel von der primär normensetzenden in die praktische Verwaltungstätigkeit zahlreiche neue Möglichkeiten eröffnete, ganz unmittelbar etwas zu

¹¹⁹⁰ Vgl. etwa zur Organisation der Handelskammern und zur Gründung von Handwerkskammern 1908: Flatscher, Industrie- und Handelskammertag, 76-97, 130-132.

¹¹⁹¹ Vgl. den Überblick bei: Michael Stephan, Zur Geschichte der Regierung von Oberbayern seit 1808, in: Deutinger - Gelberg - ders. (Hg.), Regierungspräsidenten, 31-50; die Kammer der Forstern war 1908 gebildet worden.

¹¹⁹² „Verordnung vom 17.12.1825, die Formation, den Wirkungskreis und den Geschäftsgang der obersten Verwaltungsbehörden in den Kreisen betr.“, in: Weber (Hg.), Neue Gesetz- und Verordnungsammlung, 317 f. Vgl. auch Seydel - Piloty, Bayerisches Staatsrecht, 397.

¹¹⁹³ Vgl. die Erwähnung bei Jolas, Berufliche Erlebnisse II, pag. 14, 33 (NL Jolas 2) sowie BStZ Nr. 28 vom 4.2.1920 (Pensionierung des Kreismedizinalrates Dr. Messerer) oder StAnz Nr. 24 vom 30.1.1920 (Pensionierung Oberbaurat Ebersperger). Jolas selbst war Polizeireferent.

¹¹⁹⁴ Jolas, Berufliche Erlebnisse II, pag. 13 f. (NL Jolas 2)

bewegen und die Verhältnisse vor Ort zu verbessern. Dabei nahm das schon länger eingespielte Alltagsgeschäft, also vor allem die Beaufsichtigung und Koordination der Kommunalverbände, die Durchführung der regelmäßigen Sammelaktionen oder aber die Organisation der Ernte¹¹⁹⁵, die vorhandenen Ressourcen schon erheblich in Anspruch, Kahr wollte sich jedoch nicht mit einem einfachen „Weiter so“ bescheiden, sondern mit neuen Schwerpunkten auch selbst Akzente setzen und die Lage effektiv verbessern. Ein besonderes Anliegen war ihm hierbei die Förderung der Bodenkultur, d. h. die Gewinnung zusätzlicher Ackerflächen und die Pflege vernachlässigter Almen, um so zumindest mittelfristig die Nahrungsmittelversorgung der Städte zu verbessern, aber indirekt auch die nach Kriegsende anstehende Demobilisierung vorzubereiten – zahlreiche entlassene Soldaten würden dann froh sein, bei Meliorations- und Notstandsarbeiten Verwendung zu finden.¹¹⁹⁶ Der Regierungspräsident nahm sogar einige der fraglichen Almflächen selbst in Augenschein, führte diese im Grunde nicht nötigen Besuche jedoch wohl auch aus, um so den eingeleiteten Bemühungen die nötige Publizität zu verleihen.¹¹⁹⁷ Wie von Kahr beantragt, stimmte der im November 1917 versammelte Landrat – Vorgänger des heutigen Bezirkstags – außerdem einer neuen Etatposition zur Förderung der „Vaterländischen Jugendpflege“ zu und hieß auch die Anträge zur Förderung von Kriegshilfseinrichtungen gut.¹¹⁹⁸

Das Motto des neuen Regierungspräsidenten lautete also ganz offensichtlich, nach all den Nackenschlägen im vergangenen Jahr nochmals einen neuen Anlauf zu nehmen und so die Voraussetzungen zu schaffen, um mit aufgefrischter Siegeszuversicht in die nächste, wahrscheinlich entscheidende Phase des Krieges gehen zu können. In diesem Sinne engagierte sich Kahr dann auch weiter in der Propaganda für Heimat und Front: Zwar war nach seinem Ausscheiden aus dem Innenministerium auch die Zuständigkeit in diesem Bereich offiziell in andere Hände übergegangen, der vom bisherigen Staatsrat mit aufgebaute Arbeitskreis blieb jedoch in Kontakt und kam gegen Jahresende wieder

¹¹⁹⁵ Vgl. den Überblick in Verh. Landtag 1915/16, Beil. Bd. XI, Beilage 1166.

¹¹⁹⁶ Kahr-Erinnerungen, pag. 551 sowie den Abschnitt „Erleichterung der Übergangswirtschaft“ in der Niederschrift über die V. öffentliche Sitzung des Landrats von Oberbayern vom 29.11.1918, in: Kreisamtsblatt von Oberbayern 1918, 91-141, hier: 130-132. Allgemein zu den Demobilisierungsplänen vor Kriegsende: Seipp, Ordeal of Peace, 120-123.

¹¹⁹⁷ Kahr-Erinnerungen, pag. 529 sowie Niederschrift über die VIII. öffentliche Sitzung des Landrats von Oberbayern vom 6.12.1918, in: Kreisamtsblatt von Oberbayern 1918, 209-226, hier: 222 (mit expliziter Erwähnung der „Bemühungen unseres Herrn Regierungspräsidenten“).

¹¹⁹⁸ Vgl. die Rede Kahrs bei der feierlichen Eröffnung der Landratstagung am 12. November 1917 (Niederschrift über die Eröffnung des Landrats von Oberbayern vom 12.11.1917, in: Kreisamtsblatt von Oberbayern 1917, 1-11, hier: 7 f.); zur Beschlussfassung: Niederschrift über die VIII. öffentliche Sitzung des Landrats von Oberbayern vom 30.11.1917, in: Kreisamtsblatt von Oberbayern 1917, 222-249, hier: 226-231.

zusammen, um ein neues Format zu entwickeln: So entstand dieses Mal ein illustrierter und mit zahlreichen Geschichten ausgestatteter Hauskalender, der unter dem Titel „Bayerischer Heimgarten“ aufmunternde Beiträge von Ludwig Thoma, Lena Christ, Peter Dörfler, Georg Queri oder auch Karl Alexander von Müller versammelte.¹¹⁹⁹

In weiterer Perspektive betrachtet, wies die im Regierungspräsidium von Oberbayern verfolgte Agenda damit bemerkenswerte Ähnlichkeiten zur allgemeinen politischen Lage im Herbst 1917 auf: Denn wie in München bestand auch in Berlin eigentlich wenig objektiver Grund für Optimismus, nachdem sich seit 1916 die Hiobsbotschaften mit dem Kriegseintritt der USA, dem Misserfolg des so lange geforderten U-Boot-Krieges und der Stabilisierung der politischen Ränder – 1917 wurden sowohl USPD wie auch Vaterlandspartei gegründet – geradezu nahtlos abgelöst hatten; selbst der mit Hoffnung betrachtete Sturz des Zaren hatte den Krieg im Osten nicht beendet, während im Reich zwei Kanzler angesichts der verfahrenen Situation ihren Hut nehmen mussten. Trotz aller Krisen war die deutsche Armee und die deutsche Politik jedoch noch voll handlungsfähig, ja es tat sich sogar offenbar noch einmal ein Fenster der Gelegenheit auf, das wie bei Kahrs neuem Amt die Aussicht auf einen Neuanfang zu bergen schien: Denn mit der Oktoberrevolution in Russland und dem nach einigen Verzögerungen geschlossenen Waffenstillstand ergab sich jetzt unverhofft die Möglichkeit, im Frühjahr erstmals einen Großteil der verfügbaren Kräfte an der Westfront zu konzentrieren und so das fast schon gegen Deutschland ausgeschlagene Pendel vielleicht doch noch in Richtung Sieg umzuschwenken.¹²⁰⁰

7.3 Die schwindende Hoffnung auf ein gutes Ende

Der mentale Grundton des letzten Kriegsjahres zeichnete sich deshalb durch eine seltsame Mischung aus beunruhigten Vorahnungen und neu konsolidiertem Optimismus aus, Vorzeichen, die in beide Richtungen deuteten, wurden darum auch besonders

¹¹⁹⁹ Vgl. Bayerischer Heimgarten, München 1918. Nach Fertigstellung und Publikation des „Heimgartens“ schickte Kahr an alle Autoren und Mitarbeiter an Ostern 1918 folgendes Dankschreiben (Stadtarchiv München, NL Trautmann 1): „Im Sommer vorigen Jahres bin ich mit Billigung des K. Staatsministeriums des Innern und des K. Kriegsministeriums an den bayerischen Landesverein für Heimatschutz mit der Anregung herangetreten, unter seinem Namen nach dem Vorgang des so beifällig aufgenommenen Heftes Krieg und Heimat eine volkstümliche Schrift herauszugeben. [...] Es sollte ein mit volkstümlichen Bildwerk reich ausgestattetes vaterländisches Buch werden, das im Palast des Reichen ebenso gerne aufgenommen wird wie in der Dachkammer des Armen, bei Bürger und Bauer, bei Fabrikherrn und Arbeiter. Der Landesverein für Heimatschutz hat sich dieser in einem kleinen Kreise näher durchgesprochenen Aufgabe in dankenswerter Weise unterzogen. Meine Einladung zur Mitarbeit hat auch Ihre vortreffliche Arbeitskraft dem Unternehmen gesichert. [...] Es ist mir als Beauftragten der Staatsregierung eine herzliche Freude Ihnen für Ihre ausgezeichnete Mitarbeit innig zu danken.“

¹²⁰⁰ Michael Salewski, Der Erste Weltkrieg, Paderborn u. a. 2004, 275-298.

aufmerksam registriert: So erinnerten insbesondere die auch in München nur mühsam eingedämmten Januarstreiks¹²⁰¹ daran, dass eine Eskalation der inneren Krisen inzwischen zu einer realen Möglichkeit geworden war, der nur wenige Tage später geschlossene „Brotfriede“ mit der Ukraine¹²⁰² schürte hingegen wiederum die Hoffnung auf eine baldige Entspannung der Versorgungssituation, die mit der bevorstehenden Aktion im Westen zudem gerade rechtzeitig eintreten würde. Wie schätzte Kahr all diese Anzeichen und Aussichten ein? Die spärlichen Nachrichten aus den letzten Kriegsmonaten¹²⁰³ geben hierzu nur wenige wirklich verwertbare Hinweise, der emotionale Spannungsbogen aus nochmaligem Aufbruch und endgültiger Enttäuschung tritt dabei jedoch auf jeden Fall deutlich hervor und soll deshalb auch hier die Perspektive auf das Geschehen leiten.

So stand auch das Regierungspräsidium von Oberbayern im Februar bzw. März 1918 ganz unter dem Eindruck der bevorstehenden Ereignisse: Der gerade noch rechtzeitig geschlossene Friede von Brest-Litovsk ermöglichte nun tatsächlich eine massive Verlegung der frei werdenden Truppenteile, wobei zahlreiche Transporte auch durch Bayern gingen und greifbaren Anlass zu neuem Optimismus gaben; die auch von den Kreisregierungen intensiv betriebene Werbung zur Zeichnung der achten Kriegsanleihe fiel deshalb auf fruchtbaren Boden und endete mit einem neuen Rekordergebnis.¹²⁰⁴ Am 21. März begann schließlich die mit Anspannung erwartete Großoffensive im Westen¹²⁰⁵ und schien die gehegten Hoffnungen sogar noch zu übertreffen, als die Frontlinie der Alliierten schon nach wenigen Stunden einbrach und in den folgenden Tagen Geländegewinne von über 60 Kilometern vermeldet werden konnten; dies erregte nach Jahren zähen Ringens um meist nur wenige Quadratkilometer oder einzelne Festungen natürlich großes Aufsehen. Die lange eingetrübte Zuversicht und die seit 1916 kaum mehr gekannten Siegesfeiern mit Glockengeläut waren also noch einmal für einige Tage zurück, der imposant anmutende Vormarsch verlor allerdings schon Anfang April wieder

¹²⁰¹ Bernhard Grau, Der Januarstreik 1918 in München, in: Georg Jenal (Hg.), Gegenwart in Vergangenheit. Beiträge zur Kultur und Geschichte der Neuere und Neuesten Zeit, München 1993, 277-300; Schwarz, Weltkrieg und Revolution, 236-250; Werner Boldt, Der Januarstreik 1918 in Bayern mit besonderer Berücksichtigung Nürnbergs, in: Jahrbuch für fränkische Landesforschung 25 (1965), 5-42.

¹²⁰² Jörn Leonhard, Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkriegs, München 2015, 811-826; vgl. auch Peter Lieb, Bayern als Besatzer - Die Ukraine 1918, in: Kronenbitter - Pöhlmann (Hg.), Bayern und der Erste Weltkrieg, 85-93.

¹²⁰³ Aus diesen Monaten liegen in Bezug auf Kahr persönlich tatsächlich nur die Berichte in den Erinnerungen als Quelle vor; auffällig ist auch, dass darin nur wenig über seine reguläre Diensttätigkeit als Regierungspräsident verlautet. Als Zufallsfund ist hier etwa eine Amtsvisitation im Bezirk Tölz (MInn 84 914) am 26.3.1918 zu nennen.

¹²⁰⁴ Kahr-Erinnerungen, pag. 523 f.

¹²⁰⁵ Leonhard, Büchse der Pandora, 827-855; Salewski, Weltkrieg, 299-308; Chickering, Weltkrieg, 215-221.

zunehmend an Schwung, da sich die zunächst überrumpelten Feinde rasch auf die neue Situation einstellten und der deutsche Nachschub kaum hinter der kämpfenden Truppe herkam. Das kaiserliche Heer hatte die Alliierten ohne Zweifel stark in die Defensive gedrängt und die militärische Initiative zurückgewonnen, ein entscheidender Durchbruch war indes nicht gelungen; die mit den eintreffenden amerikanischen Einheiten noch wachsende materielle Unterlegenheit machte sich vielmehr immer stärker bemerkbar und schwächte die Wirkung der anschließenden Offensiven schon spürbar ab.¹²⁰⁶

Ein siegreiches Ende des Krieges war also weiterhin keineswegs in Sicht und die Erwartungen damit ein weiteres Mal enttäuscht; jetzt hatten es freilich nicht einmal alle zusammengezogenen Kräfte vermocht, eine günstige Entscheidung herbeizuführen. Angesichts dieser nicht zu überspielenden Tatsache setzte nun ein unübersehbarer Verfall der militärischen Disziplin in der Heimat und z. T. auch an der Front ein, wobei es bald zu regelmäßigen Befehlsverweigerungen und Ausschreitungen vor Truppentransporten kam, d. h. aufgebrauchte Soldaten das Ausrücken verhindern wollten und darin teilweise auch von Passanten unterstützt wurden; die alarmierte Militärverwaltung verlegte die Abfahrtstermine daraufhin weitgehend in die Nachtstunden.¹²⁰⁷ Kahr und seine Kollegen beobachteten hingegen immer öfter, wie sich bei den Ersatztruppen selbst im Formaldienst die Disziplinlosigkeiten häuften und die Autorität der verunsicherten Offiziere sank.¹²⁰⁸ Ende Mai musste sich der Regierungspräsident dann auch bereits mit einer ersten schweren Revolte befassen, die in Ingolstadt nach der Verhaftung eines Soldaten ausgebrochen war und dort erst nach Eintreffen auswärtiger Einheiten unterdrückt werden konnte.¹²⁰⁹ Wegen einer wetterbedingten Verzögerung der Ernte folgten im Sommer außerdem wieder einmal öffentliche Proteste gegen den Lebensmittelmangel, deren Charakter sich jedoch inzwischen erheblich verändert hatte, da nun Frauen mit ihren z. T. kleinen Kindern durch die Straßen zogen und dabei einzelne Protagonistinnen weitgehend unbehelligt Reden hielten, die auch Forderungen nach

¹²⁰⁶ Gerhard Hirschfeld - Gerd Krumeich, Deutschland im Ersten Weltkrieg, Frankfurt am Main 2013, 247-253.

¹²⁰⁷ In München fand die Verladung der Truppen dann sogar nicht mehr am Hauptbahnhof statt, sondern wurde auf einen eigens abgesperrten Rangierbahnhof verlegt. Vgl. Ziemann, Front und Heimat, 221-224.

¹²⁰⁸ Vgl. Jolas, Berufliche Erlebnisse II, pag. 38 sowie Kahr-Erinnerungen, pag. 536: „So gährte und krieselte es von Woche zu Woche mehr in heimatlichen Garnisonen. Auch von ausserhalb Bayern kamen solche Nachrichten. Ich war selbst wiederholt Zeuge wie jammervoll schlapp die Abrichtung des Nachschubes erfolgte. Namentlich die als geheilt und k.v. [kriegsverwendungsfähig; M.B.] aus dem Lazarett entlassenen Soldaten wurden beim Exerzieren vorsichtig, wie ein rohes Ei behandelt. Dieser Dienst war eigentlich nur noch ein Abstehen der vorgeschriebenen Zeit. In den Lazaretten nahm die Simulation, ja die Selbstverstümmelung in erschreckender Weise überhand.“

¹²⁰⁹ Vgl. der Bericht Kahrs an das Staatsministerium des Innern vom 30.5.1918 in MInn 71 712.

einem Ende des Krieges und der Bestrafung sog. Kriegsgewinnler Luft machten.¹²¹⁰ Am 9. August empfing Kahr sogar eine Delegation der Demonstrantinnen¹²¹¹, konnte ihr wie zuvor der Magistrat freilich auch keine zusätzlichen Lebensmittel versprechen, woraufhin sich nur wenige Tage später ein neuerlicher Auflauf vor dem Regierungsgebäude bildete, der dieses Mal jedoch von der Polizei zerstreut wurde.¹²¹²

Gab die Lage also schon erheblichen Anlass zur Sorge, kippte die Stimmung jedoch völlig, als der deutsche Angriff an der Westfront vollständig zum Erliegen kam und die Alliierten mit großer Kraft sofort zur Gegenoffensive übergingen, um den erschöpften Gegner in strategisch verwundbarer, da räumlich überdehnter Aufstellung zu treffen. Hatte die OHL noch Mitte Juli einen letzten Vorstoß versucht, folgte deshalb schon am 8. August der sog. „schwarze Tag des deutschen Heeres“, das innerhalb weniger Wochen alle im Frühjahr gewonnen Gebiete wieder räumen musste und sich auch darüber hinaus weiter zurückzog, da die vorgesehenen Verteidigungslinien nicht zu halten waren.¹²¹³ Die mit dem Krieg verbundenen Anstrengungen und Entbehrungen verloren damit ganz offensichtlich jeden Sinn, da sich die Lage fortan von Tag zu Tag verschlechterte und jenseits von Durchhalteparolen niemand mehr eine glaubhafte Perspektive aufzeigen konnte, wie das Blatt noch einmal zu wenden sei. Hatte die Moral bei den direkt betroffenen Truppen ohnehin bereits einen Tiefpunkt erreicht¹²¹⁴, machte sich dementsprechend in der allein durch Feldpost und Urlauber gut informierten Heimat nun ebenfalls eine hoffnungslose bis fatalistische Stimmung breit: Selbst in den Amtsstuben des Kriegsministeriums stießen Beamte, die sich nach auskurierter Verletzung wieder an die Front meldeten, inzwischen nur noch auf kopfschüttelndes Unverständnis¹²¹⁵, während der Münchener Gymnasiallehrer Josef Hofmiller die Situation am 19. August in seinem Tagebuch auf den Punkt brachte: „Keiner glaubt mehr, daß wir den Krieg gewinnen. Alle wissen, daß wir ihn verloren haben und doch rückt keiner mit der Sprache heraus.“¹²¹⁶

¹²¹⁰ ‚Münchens gegenwärtige Ernährungslage‘, in: MNN Nr. 396 vom 8.8.1918; vgl. zu den Hungerdemonstrationen im August 1918 auch Rudloff, Wohlfahrtsstadt, 233 f.

¹²¹¹ ‚Wiederum eine Frauen-Abordnung im Rathaus‘, in: MNN Nr. 399 vom 9.8.1918; ‚Zwecklose Umzüge‘, in: MNN Nr. 400 vom 10.9.1918 sowie die ausführliche Schilderung des Empfangs in den Kahr-Erinnerungen, pag. 537-541.

¹²¹² ‚Einschreiten der Polizei gegen Ansammlungen‘, in: MNN Nr. 406 vom 13.8.1918.

¹²¹³ Hirschfeld - Krumeich, Deutschland im Ersten Weltkrieg, 252-256.

¹²¹⁴ Ziemann, Front und Heimat, 194-197.

¹²¹⁵ So der Bericht von Heinrich Jolas, Berufliche Erlebnisse II, pag. 38: „Mein Vetter Walter Antz [...] wurde nach Krankheit vom Febr. 1918 ab im bayer. Kriegsministerium verwendet und meldete sich zu Anfang August 1918 an die Front zurück mit der Wirkung, daß ihn alle in jenem Ministerium beschäftigten Leute als närrisch bezeichneten, weil ja doch alles verloren sei.“

¹²¹⁶ Hofmiller, Revolutionstagebuch, 11.

Führt man sich dieses Panorama vor Augen, kann im Grunde keine Rede davon sein, dass eine bis zuletzt siegessichere Bevölkerung Anfang Oktober jäh aus allen Wolken gerissen worden sei, die Demobilisierung hatte vielmehr „bei den Gemütern begonnen“¹²¹⁷ und lässt auch das nachträgliche Insistieren Kahrs auf seine intern vorgebrachten Warnungen¹²¹⁸ weniger rechthaberisch erscheinen. Die Behörden mussten sich nun jedenfalls auf symbolische Demonstrationen ihrer Handlungsfähigkeit¹²¹⁹ und das Dementieren der immer schneller kursierenden Gerüchte¹²²⁰ beschränken, während die praktisch bis zum letzten Tag verbreitete Propaganda¹²²¹ eher darauf hindeutet, dass die Verantwortlichen den über Jahre angestimmten Diskurs eben nicht mehr ändern konnten und nur noch auf eine Klärung der Situation warteten – echte Hoffnungen hatten auch sie sicherlich keine mehr.

¹²¹⁷ Ebd., 21.

¹²¹⁸ Siehe hierzu Anm. 1280.

¹²¹⁹ Auf Initiative Christian Roths traf das Stellv. Generalkommando z. B. im September 1918 Vorbereitungen, in Wielenbach bei Weilheim ein Lager für sog. Arbeitsscheue zu erreichen, vgl. ‚Zwangsarbeit für Arbeitsscheue‘, in: MNN Nr. 455 vom 9.9.1918; die angedachte Maßnahme wird auch in der Besprechung zur Sicherheitslage in München vom 26.6.1919 (Ehberger, Kabinett Hoffmann II, Teil 1, 290) erwähnt.

¹²²⁰ Kahr-Erinnerungen, pag. 545; ‚Gegen die Schwätzer‘, in: MNN Nr. 447 vom 5.9.1918 sowie das Pressedementi der von Kahr z. T. explizit erwähnten Gerüchte: ‚Gedankenlosigkeit oder Verleumdungssucht?‘, in: Rosenheimer Anzeiger Nr. 206 vom 7.9.1918.

¹²²¹ Siehe etwa die Aufklärungsversammlung im Audimax Ende September 1918 (Anm. 1244).

VI. Alles anders: Die Revolution und ihre Folgen

1. Die Revolution als Verlusterfahrung: Dimensionen des „Zusammenbruchs“

Die Prognose Hofmillers trat dann auch bald ein, die zuletzt absehbare Niederlage war schon Anfang Oktober besiegelt und zog die Bestellung einer neuen Reichsregierung, die Änderung der Reichsverfassung, die Entlassung Ludendorffs und schließlich die Revolution in ganz Deutschland nach sich. Zwar fehlen aus diesen entscheidenden Monaten leider weitgehend zeitgenössische Quellen, die über die augenblickliche Gemütsverfassung Kahrs ohne nachträgliche Verfremdung oder Stilisierung Auskunft geben könnten.¹²²² Doch auch ohne diese Absicherung liegt es nur allzu deutlich auf der Hand, dass der Regierungspräsident von Oberbayern nun fast wie paralysiert zusehen musste, wie innerhalb weniger Wochen Grundgewissheiten des politischen Weltbildes des nationalen Bürgertums nachhaltig erschüttert wurden. Nimmt man für eine Analyse dieses Vorgangs die daran orientierte Denkweise Gustav von Kahrs zum Maßstab, stellt sich die niederschmetternde Bilanz der Monate Oktober und November in Kürze wie folgt dar:

Der bedrückende Auftakt bildete das am 5. Oktober 1918 bekannt gewordene Waffenstillstandsgesuch, das auf Drängen der Obersten Heeresleitung dem amerikanischen Präsidenten Wilson übermittelt wurde und die deutsche Niederlage nach mehr als vier Jahren Krieg besiegelte und gewissermaßen amtlich bestätigte.¹²²³ Kahr und viele seiner Gesinnungsgenossen mussten sich nun zuerst eingestehen, dass ihr nationalromantischer Glaube an eine besondere politische Mission Deutschlands ganz plötzlich grundsätzlich zur Disposition stand: Denn anstatt die Schlachtfelder des Weltkrieges in der Rolle einer im Kampf bewährten und moralisch gefestigten Großmacht „ehrentvoll“ verlassen zu können, musste das immer noch junge deutsche Reich nun auf die Gunst seiner Feinde hoffen – die Befürchtung lag somit nahe, dass die hehren Zukunftsentwürfe der ohnehin verspäteten Nation zumindest für lange Zeit eine Illusion bleiben würden.

¹²²² Neben den Erinnerungen stehen erst ab Oktober einige aussagekräftige Briefe an Otto Blümel (Privatnachlass Kahr, Korrespondenz) zur Verfügung.

¹²²³ Öffentlich wurde der Schritt freilich zunächst als „Friedensangebot“ (Vossische Zeitung Nr. 511 vom 6.10.1918) bezeichnet, obwohl die Reichsregierung in der Note eindeutig um einen Waffenstillstand „ersuchte“ (ebd.).

War schon dieser Gedanke nur schwer zu verkraften, nahm die Sinnkrise für den Beamten Kahr jedoch noch ernstere Züge an, als sich rasch herausstellte, dass die Kriegsniederlage auch den deutschen bzw. bayerischen Staat in seinen Grundfesten zu erschüttern drohte. Denn konnte man die Parlamentarisierung des Reiches¹²²⁴ immerhin noch als von oben dekretierte Reform verbuchen, bedeutete es ohne Zweifel ein alarmierendes Zeichen, dass der gegen Ende des Krieges längst angeschlagene Respekt vor der Staatsmacht nun offenbar völlig verschwand. Denn wenn der Krieg ohnehin ganz offiziell verloren war, hatte die Befolgung lästiger staatlicher Vorgaben, etwa im Ernährungswesen, für viele augenscheinlich jeden Sinn verloren, während auch die Furcht vor etwaigen Strafen rapide zurückging¹²²⁵ – angesichts der militärischen Niederlage würde sich z. B. wohl kaum jemand um die Verfolgung sog. Hamsterer oder Schleichhändler kümmern. Gleichzeitig wurde bald in aller Öffentlichkeit diskutiert, ob jetzt nicht ein Thronverzicht Wilhelms II.¹²²⁶ angemessen sei und welche Zukunft die Monarchie angesichts der Forderungen nach Demokratisierung überhaupt noch habe. Die politische Opposition machte derweil die Erfahrung, dass die Behörden bei entsprechendem Druck inzwischen vor nachdrücklich erhobenen Forderungen zurückwichen: Hierfür stehen etwa die Entlassung Kurt Eisners und einiger seiner Mitstreiter aus dem Gefängnis, die gleichzeitig einen mit Spannung erwarteten Wahlkampf zwischen moderaten und unabhängigen, d. h. offen revolutionär gesinnten Sozialdemokraten in München einläutete.¹²²⁷

Befand sich das idealisierte Erbe Bismarcks, ein gefestigter Machtstaat in einem geeinten Deutschland, also schon im Oktober in spürbarer Gefahr, brachen mit der Revolution im November – zumindest nach Wahrnehmung der Zeitgenossen – fast alle Dämme: Denn propagierten die aufständischen Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte nun den Aufbau eines sozialistischen Gemeinwesens, brachen die zentralen Grundfesten der alten staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung offenbar sang- und klanglos zusammen. Schien die Vorstellung einer besonderen historischen Mission des Deutschtums vor diesem Hintergrund fast wie aus der Zeit gefallen, hatte das Versagen des Staates als Machtapparat jetzt auch einschneidende verfassungspolitische Folgen: Die Monarchie,

¹²²⁴ Überblick zu den sog. Oktoberreformen bei: Ernst Rudolf Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789. Bd. V: Weltkrieg, Revolution und Reichserneuerung 1914-1919, Stuttgart u.a. 1978, 584-600.

¹²²⁵ So etwa die Beobachtung Kahrs: „Auf dem Lande legte man die Freiheit der Republik dahin aus, dass die lästigen Ernährungsvorschriften nicht mehr befolgt werden müssten. Die Jagd wurde Gemeingut, und das arme Wild zu Tode gehetzt. Die Forstbeamten mussten, wenn sie im Wirtshaus waren, durch die Fenster fliehen sobald die Wildererergesellschaft von ihren Streifzügen heimkehrend dort eintraf. Die Treibjagden der Wilderer wurden sogar da und dort in der Presse angekündigt.“ (Kahr-Erinnerungen, pag. 613)

¹²²⁶ Siehe Anm. 1274.

¹²²⁷ Grau, Eisner, 344 f.

die als Quelle der Souveränität bisher die öffentliche Autorität verkörpert und zugleich als Bezugspunkt eines patriarchalisch-integrativen Herrschaftsverständnisses gedient hatte, wurde als Institution gänzlich abgeschafft und hinterließ eine symbolische Lücke, die nicht nur nach der Auffassung Kahrs auf keinen Fall durch ein einfaches Wahlamt wieder ausgefüllt werden konnte.¹²²⁸

Die vierte herbe Enttäuschung in kurzer Abfolge stellte schließlich das Schicksal der angeblich bis fast zuletzt an allen Fronten siegreichen Armee dar: Denn galt das Militär im gesellschaftlichen Leitbild des Kaiserreichs als Schule der Nation sowie als Symbol deutscher Organisations- und Improvisationskunst, gaben die geschlagenen Streitkräfte jetzt ein sehr betrübliches Bild ab – gerade für jemanden wie Gustav von Kahr, der mit Stolz auf ein zwanzigjähriges Wirken als engagierter Reserveoffizier zurückblickte.¹²²⁹

Zwar hatte der Zustand des heimatlichen Ersatzheeres und der Etappe schon länger Anlass zur Sorge geboten, nun wollte jedoch auch das Frontheer nur noch einen möglichst zügigen Abschluss des Krieges herbeiführen und war nicht mehr länger als staatliches Machtinstrument zu gebrauchen. Nach dem Rückmarsch in die Heimat strebten die meisten Soldaten deshalb nur noch nach Hause und die ehemals imposanten Divisionen lösten sich z. T. innerhalb weniger Tage de facto auf. In den Kasernen blieben meist lediglich Armeeingehörige ohne soziale Bindung sowie eine Minderheit politisch radikalierter Soldaten zurück, die bei der Allgemeinheit freilich nur noch den Eindruck einer grotesken Karikatur der ehemals glänzenden „alten Armee“ weckte.¹²³⁰

Kann man daher bereits Kriegsniederlage und Revolution unter der Bezeichnung „Doppelschock“¹²³¹ subsumieren, erscheint es im gleichen Maße angemessen, die vier genannten, durch beide Ereignisse ausgelösten Identitätskrisen als Nackenschläge für das

¹²²⁸ Vgl. hierzu der ausführliche Überblick: Robert S. Garnett, *Lion, Eagle and Swastika. Bavarian Monarchism in Weimar Germany, 1918-1933*, New York / London 1991. Kahr selbst bekannte sich in der Weimarer Republik auch öffentlich als Monarchist, etwa in einer vielbeachteten Rede in einer BVP-Versammlung am 30. Mai 1922 im Münchener Kreuzbräu: „Jede ehrliche Überzeugung in Ehren; aber ich für meine Person war und bin und bleibe in Treue fest bei meiner monarchischen Gesinnung, und weil ich mein bayerisches Vaterland über alles liebe und mir sein Wohl über alles geht, ist es mein heißer Wunsch, daß ihm und mir Gott in nicht zu ferner Zeit bescheiden möge, voll Dankbarkeit für unser aus dem Bayernvolk entsprossenes hehres Geschlecht der Wittelbacher rufen zu können: vivat Rupertus rex!“

Als Reaktion richtete die USPD-Fraktion im Landtag sogleich eine Anfrage an die Staatsregierung, was sie gegen diese „monarchistische Propaganda“ eines Beamten unternehmen wolle, vgl. Verh. Landtag 1921/22, Beil. Bd. VIII, Beilage 2646 sowie die ausführliche Besprechung im Plenum: Verh. Landtag 1921/22, Bd. V, 817-848 (Zitat 829).

¹²²⁹ Siehe Kapitel II 2.3.

¹²³⁰ Othmar Plöckinger, *Unter Soldaten und Agitatoren: Hitlers prägende Jahre im deutschen Militär 1918-1920*, Paderborn / München 2013, 27-55.

¹²³¹ Peter Keller, *Epochenende. Die bayerische Armee und der militärische Umbruch von 1918/19*, in: Günther Kronenbitter - Markus Pöhlmann (Koord.), *Bayern und der Erste Weltkrieg*, München [2017], 219-229, hier: 219.

bürgerliche Selbstverständnis einzustufen, die die schlimmsten Verlustängste wohl noch übertrafen. Es sollte daher nicht Wunder nehmen, wenn sowohl zeitgenössisch als auch rückblickend häufig vom deutschen Zusammenbruch¹²³² die Rede war: Im Gegensatz zum eher abstrakten Begriff Revolution schien dieses Sprachbild die Quintessenz des Vorgefallenen für viele eben weitaus authentischer in Worte zu fassen.

Die faktische Weigerung Kahrs, Niederlage und Staatsumwälzung einfach ohne weiteres als vollzogene Tatsachen hinzunehmen, ist daher nicht nur als logische Folge der tiefen politisch-ideologischen Kluft zu den Revolutionären, d. h. stark voneinander abweichender Positionen in Sachfragen, aufzufassen. Der von manchem Zeitgenossen bezeugte innere Drang, sich nun mit aller Verve in Fundamentalopposition zu begeben¹²³³, ist – zumindest unmittelbar nach dem Umsturz – wohl noch mehr als Ausdruck einer inneren Auflehnung gegen die von der Revolution symbolisierte Bedeutungslosigkeit des bildungsbürgerlichen Lebensentwurfs und zentraler Instanzen seiner Sinnstiftung zu verstehen. Stellten die Zäsuren des Herbstes 1918 deshalb im Grunde das Gesellschaftsbild vieler Zeitgenossen und die bisher fast selbstverständliche Loyalität zur Staatsmacht nachhaltig in Frage, trug die politische Entwicklung der folgenden Monate schließlich noch weiter dazu bei, bürgerlich-konservative Kreise zu entfremden. Denn lösten bereits einige Entscheidungen der neuen Volksregierungen – etwa das Kriegsschuldeingeständnis Eisners oder die angekündigte Sozialisierung von Schlüsselindustrien – hier bittere Empörung aus, veranlasste spätestens die Radikalisierung der bayerischen Revolution nach dem 21. Februar 1919 viele endgültig dazu, den Stab über das neue „System“ zu brechen: Die faktische Entmachtung des Landtags, die Proklamation der Räterepublik nach russisch-ungarischen Vorbild sowie der kurze Bürgerkrieg gegen eine zuletzt tatsächlich kommunistisch geführte Räterediktatur schienen ja auch den schlagenden Beweis für die prinzipielle Verfehltheit des neu eingeschlagenen Kurses zu liefern.

Lässt man dieses Panorama Revue passieren, musste es deshalb fast aussichtslos erscheinen, dass ein konservativer Staatsbeamter wie Gustav von Kahr jemals ernsthaft erwägen würde, sich mit der „jungen“ Republik zu arrangieren. Immerhin stellte sich wenige Tage nach dem Ende der Kämpfe in München auch noch heraus, dass selbst das anfängliche Kalkül, die Siegermächte würden eine deutsche Demokratie nachsichtiger

¹²³² Mit diesem Titel auch Publikationen von Philipp Scheidemann und Adam Stegerwald zum Thema: Philipp Scheidemann, *Der Zusammenbruch*, Berlin 1921; Adam Stegerwald, *Zusammenbruch und Wiederaufbau*, Berlin 1922.

¹²³³ So auch bei Kahr, siehe Anm. 1325.

behandeln¹²³⁴, getrogen hatte: Die Bekanntgabe der Versailler Friedensbedingungen eröffnete vielmehr die Aussicht auf eine nachhaltige Schwächung der deutschen Wirtschaftskraft, eine dauerhafte Kontingentierung der Armee, den Verlust ca. eines Siebtels des Reichsgebiets und eine demütigende Zuschreibung der alleinigen Kriegsschuld. Hätte man Gustav von Kahr daher im Mai 1919 gefragt, was die Revolution Deutschland und Bayern gebracht habe, wären die Überschriften seiner Bilanz wohl etwa wie folgt ausgefallen: Verrat an deutschen Traditionen und Idealen – Zusammenbruch der Staatsautorität – Selbstpreisgabe an die Feinde – nationale Wehrlosigkeit – Gewaltherrschaft und Bürgerkrieg.

2. Ein Spannungsbogen provoziert Fragen: Vom überzeugten Gegner der Republik zum Ministerpräsident des Freistaates Bayern

Führt man sich diese Gemütslage vor Augen, mutet es deshalb schon fast wie ein Paradoxon an, dass Kahr nur neun Monate nach Ende der Räteherrschaft zum Ministerpräsidenten und Innenminister der so missgünstig betrachteten Republik aufstieg – also politische Ämter im Freistaat antrat, für die er bei Fortdauer der Monarchie, d. h. ohne alle dieser Erschütterungen, wahrscheinlich zu den ersten Anwärtern gezählt hätte. Auch oder gerade wenn man hierbei die von Kahr immer wieder betonte Ambitionslosigkeit¹²³⁵ zugestehen will: Wie konnte es in so kurzer Zeit zu dieser überraschenden Trendwende kommen? Hatte Gustav von Kahr etwa so rasch seine Haltung geändert und sich als konservativer, aber vernunftrepublikanischer Beamter zum Kandidaten für das höchste Staatsamt entwickelt? Oder stellte sich die z. T. auch als Militär- und Hungerrevolte¹²³⁶ eingestufte Revolution letztlich nur als Strohfeuer heraus, das keine dauerhafte politische Wende auslöste? Folgte auf die revolutionäre politische Transformation eine schrittweise Konsolidierung der neu gegründeten Demokratie oder gelang es den alten Funktionseleiten – trotz all der skizzierten Erschütterungen – schnell wieder die Kontrolle über die politische Szenerie zurückzugewinnen? Das Kernanliegen des fünften Kapitels ist damit bereits umrissen: Es versucht zunächst, die turbulenten Umbruchmonate aus der Perspektive des Spitzenbeamten Gustav von Kahr zu rekonstruieren sowie in einem zweiten Schritt die danach einsetzende Neuformierung der

¹²³⁴ Für diese Erwartung prägte Ernst Troeltsch schon zeitgenössisch die bis heute klassische Bezeichnung „Traumland des Waffenstillstands“.

¹²³⁵ So etwa in der kurzen Rede zur Annahme der Ministerpräsidentschaft: Verh. Landtag 1919/20, Bd. II, 557.

¹²³⁶ Wilhelm Deist, Verdeckter Militärstreik im Kriegsjahr 1918? in: Wolfram Wette (Hg.), Der Krieg des kleinen Mannes, München 1992, 146-167.

politischen Landschaft Bayerns nachzuvollziehen – jeweils mit Fokussierung auf die offenbar bald neuen Einfluss gewinnenden Gegner der Revolution.

Dabei scheint der zentrale Auslöser für die auffällige Trendwende im Frühjahr 1919 indes auch ohne weitergehende Untersuchung schnell festzustehen: Denn wie auch die Forschung betont, markierte die Niederwerfung der Räteherrschaft Anfang Mai 1919 eine historische Scheidelinie, mit der die revolutionäre Dynamik unverkennbar an ihr Ende gelangt war und gleichzeitig die Voraussetzungen für den Neuaufbau des politischen und staatlichen Lebens in Bayern deutlich wurden.¹²³⁷ Sogar der Übergang zur sog. Ordnungszelle Bayern oder das Comeback von vermeintlichen Verlierern des Umsturzes wird häufig als logische Folge dieser Zäsur¹²³⁸ betrachtet – träfe das in dieser Eindeutigkeit zu, hätte also auch die Richtung des soeben zur Diskussion gestellten Kurswechsels bereits im Frühjahr 1919 festgestanden. Bei genauerem Hinsehen bietet die militärische Niederschlagung „der“ Revolution freilich noch keine Erklärung für die danach eintretenden politischen Entwicklungen: Sie definiert vielmehr den zeitlichen Spannungsbogen, vor dessen Hintergrund sich die thematisierten Veränderungen abspielten. So gibt der Blick auf den Einschnitt als solchen etwa noch keinen Aufschluss darüber, wie das bürgerlich-konservative Spektrum eigentlich die Revolutionsmonate überstanden hatte, auf welcher personellen und organisatorischen Basis es nun wieder aufbauen konnte oder weshalb es Protagonisten wie Gustav von Kahr im Anschluss rasch gelang, die politische Initiative von Neuem zu erlangen.

Zur Klärung dieser Fragen ist es deshalb zunächst angezeigt, den politischen Wendepunkt Anfang Mai 1919 in einem breiteren Kontext zu betrachten, d. h. ein genaueres Bild vom Ablauf der revolutionären Entwicklung sowie ihres Vor- und Nachspiels zwischen Oktober 1918 und März 1920 zu zeichnen. Die beabsichtigte Analyse wird also nur an Präzision gewinnen, wenn es gelingt, die wechselnden Umstände im fraglichen Zeitraum herauszuarbeiten und die politische Fieberkurve dieser eineinhalb Jahre in einem Raster von Entwicklungsphasen zu veranschaulichen. Auf dieser Grundlage wäre dann etwa auf der Ereignisebene zu fragen, wann es welchen Gruppierungen überhaupt möglich war,

¹²³⁷ Stellvertretend für diese in der Forschung weitgehend geteilte Analyse: Hans Günther Hockerts, Warum München? Wie Bayerns Metropole die ‚Hauptstadt der Bewegung‘ wurde, in: Winfried Nerdinger (Hg.), München und der Nationalsozialismus. Katalog des NS-Dokuzentrums München, München 2015, 387-397, hier: 388 f.; Kershaw, Hitler, 154-159; Geyer, Verkehrte Welt, 88-93.

¹²³⁸ Seipp bezeichnet diese Sichtweise in griffiger Formulierung als ‚No Eisner, No Hitler‘ historiography‘ und ordnet sie kritisch ein (Seipp, Ordeal of Peace, 167). Vgl. Michael Appel, Die letzte Nacht der Monarchie. Wie Revolution und Räterepublik in München Adolf Hitler hervorbrachten, München 2018 sowie die Debatte dieser Frage bei Elisabeth Angermair - Andreas Heusler, Nach Eisner... Ein Ausblick, in: dies. (Hg.), Machtwechsel. München zwischen Oktober 1918 und Juni 1919, München 2020, 229-234.

Einfluss auf das Geschehen zu nehmen, wie Gustav von Kahr und sein Umfeld die jeweiligen Etappen erlebten bzw. mitgestalteten oder welche Folgen politische Umbrüche jeweils nach sich zogen. Konkreter formuliert: Wie lange brauchten die Gegner der Revolution, um sich nach dem Umsturz von ihrem Schock zu erholen und welche Schritte leiteten sie ein, um sich auf der politischen Bühne zurückzumelden? Wie reagierten die Regierungen unterschiedlicher Couleur auf diese Entwicklung und wie effektiv waren ihre Versuche, möglichst alle Kräfte an den demokratischen Prozess zu binden? Wie stellte sich ganz generell die Lage aus der Sicht Kahrs unmittelbar nach der Bekanntgabe der deutschen Niederlage, der Umsturnacht, der Ermordung Eisners, der Proklamation der Räterepublik oder der „Befreiung“ Münchens überhaupt dar? Kann man ab einem gewissen Zeitpunkt von einer stringenten Gegengeschichte der Revolution sprechen oder spiegelt die Vorstellung der gezielten Abwicklung aus dem Hintergrund eher eine nachträgliche Projektion wieder?

Lenkt man den Blick sodann auf das konstitutive Handlungsumfeld Gustav von Kahrs, erscheint zuerst von Interesse, welche Auswirkungen die Revolution auf die Beziehungen des Spitzenbeamten hatten: Blieben die sozialen und politischen Verbindungen des Protagonisten weitgehend intakt oder zeigten sich aufgrund unterschiedlicher Lagebewertungen oder dem Verlust gesellschaftlicher Deutungsmacht z. T. innere Auflösungserscheinungen? Wie sammelten sich nach dem eingetretenen „Zusammenbruch“ wiederum die Gegner der Revolution, um für die Zukunft Kooperationsstrukturen aufzubauen und langsam erneut an Einfluss zu gewinnen? Verließen sie sich weiterhin auf die im Krieg etablierten, vaterländisch-nationalen Plattformen oder schmiedeten sie neue Allianzen, die personell, programmatisch bzw. organisatorisch anders aufgestellt wurden? Was unterschied deshalb das konservative Lager vor und nach der Revolution? Wie bedeutend war außerdem die Tatsache, dass Kahr weiterhin unangefochten das Amt des Regierungspräsidenten ausübte und damit die weitgehende Kontinuität des Verwaltungskörpers trotz aller Umbrüche verkörperte? Welcher Handlungsspielraum stand einem vermeintlich unpolitischen Spitzenbeamten in der Revolution überhaupt offen und welche Rolle spielten diese strukturellen Ressourcen Kahrs bei der Stabilisierung wichtiger Netzwerke?

Was schließlich die politische Kultur als Spiegelbild handlungsleitender Kategorien angeht, so stellt sich zunächst die Grundsatzfrage, welche Reaktionen die Erfahrung des plötzlichen Autoritätsverlustes bei den konservativ-nationalen Eliten auslöste: Wie nahmen ihre Vertreter die für sie völlig ungewohnte Oppositionsrolle in

gesellschaftlichen und politischen Fragen an? Waren sie, wenn auch vielleicht widerwillig, etwa bereit, die veränderten politischen Spielregeln zu akzeptieren oder entschieden sie sich dafür, in Fundamentalopposition zu treten und zumindest mittelfristig die Überwindung der Ergebnisse der Revolution anzustreben? Andererseits: Welches Bild gab der entstehende Volks- bzw. Freistaat Bayern auf skeptisch gesinnte Zeitgenossen ab? Wurden im Laufe des politischen Systemwechsels Fortschritte bei der Behebung der Funktionsdefizite des alten Regimes erzielt oder schrieb sich die Zersplitterung des öffentlichen Gewaltmonopols und der Autoritätsverlust der staatlichen Behörden unverändert fort? Kam das in der Revolution freigesetzte Mobilisationspotenzial dauerhaft der weiteren Demokratisierung zugute, ebte es bald wieder ab oder profitierten mittelfristig gar Gegner der Republik von der inneren Aufrüttelung der Gesellschaft? Welche Vorstellungen hatten Gustav von Kahr und sein Umfeld schließlich selbst von dem im November 1918 und im Mai 1919 unumgänglichen politischen Neuanfang: Welchen Staat und welche Gesellschaft wollten sie nach den eingetretenen Zäsuren aufbauen und welche Instrumente schienen ihnen unter den veränderten Umständen geeignet, ihre Ziele zu verwirklichen?

Der Versuch, die drei bekannten Analyseebenen nun in eine stringente Darstellung zu integrieren, soll in diesem Kapitel – wie bereits angedeutet – zunächst von der Feststellung eines zeitlichen Wendepunktes der Revolution ausgehen. Denn so deutlich das Ende der Räteherrschaft eine historische Scheidelinie markiert, gilt diese allgemeine Feststellung auch für die Handlungsoptionen und Bewertungsmaßstäbe der Akteure: Gerade im Fall Gustav von Kahrs schien danach offenbar die Zeit des defensiven Reagierens auf hereinbrechende politische Ereignisse vorüber und eine Phase der Reorganisation des bürgerlichen Lagers, die im März 1920 sogar in die Wahl zum Ministerpräsidenten mündete, nahm ihren Anfang. Das Kapitel versucht dieser Trendwende gerecht zu werden, indem es seinen strukturellen Aufbau bei der Betrachtung beider Phasen jeweils modifiziert:

So stand Gustav von Kahr – schematisch gesprochen – zwischen Oktober 1918 und Mai 1919 einer rasanten politischen Entwicklung gegenüber, die er und andere Gleichgesinnte kaum beeinflussen konnten, aber dennoch als faktische Basis für politisches Handeln hinnehmen mussten. Grundlage und Schlüssel für das nähere Verständnis jener Zeitspanne ist somit das Wissen um eben diese Umbrüche auf der Ereignisebene: Der erste Abschnitt des Kapitels wird deshalb zunächst versuchen, eine Chronik der Revolutionsmonate aus der Perspektive ihrer konservativen Gegner zu erstellen, wobei

nach jeder wichtigen Zäsur einordnende Überlegungen zur politischen Stimmungslage und den Folgen der eingetretenen Veränderungen eingeschaltet werden. Vor allem auf Basis dieser Situationsanalysen kommt dann als Aufgabe hinzu, die ersten Schritte zum Aufbau revolutionskritischer Netzwerke nachzuvollziehen – soweit es die in dieser Hinsicht eher spärliche Quellenlage eben gestattet.

Die Rekonstruktion des Geschehens zwischen Mai 1919 und März 1920 stellt hingegen den von Kahr mit gesteuerten Prozess der großflächigen Neuaufstellung des bürgerlichen Lagers in den Vordergrund: Nach einer Vergewisserung über die veränderte Ausgangskonstellation wird deshalb in erster Linie der Aufbau der Einwohnerwehr und anderer Sicherheitsorgane nachvollzogen, die sich bald als Sammelbecken der Anti-Revolution-Bewegung erweisen sollte und sich zudem einen festen Platz in der öffentlichen Sicherheitsarchitektur erstritt. Auch die Betrachtung der monatelang alle Aufmerksamkeit auf sich ziehenden, nun aber an Dynamik einbüßenden politischen Ereignisgeschichte erfolgt deshalb jetzt vor diesem Hintergrund, während in dritter Instanz eine Analyse der spürbaren Veränderungen im Bereich der politischen Kultur versucht wird. Sie soll im Sinne eines darstellerischen Übergangs zum anschließenden Kapitel auch als kompakte Bewertung der politischen Situation zu Jahresbeginn 1920 dienen.

A. Vergebliches Ringen um Kontrolle: Die revolutionäre Phase

1. Erst die Gironde, dann der Berg¹²³⁹: Oktoberreformen und Novemberrevolution

1.1 Angesichts der Niederlage

Ruft man sich nochmals die militärische Situation und die Perspektiven an der Heimatfront im Spätsommer 1918 ins Gedächtnis zurück, konnte sich ein emotionsloser Beobachter eigentlich kaum der Erkenntnis verschließen, dass eine baldige deutsche Niederlage nach menschlichem Ermessen inzwischen fast unausweichlich erschien. Denn trotz aller offiziellen Siegeszuversicht blieb schließlich unübersehbar, dass die deutschen Truppen spätestens seit dem 8. August 1918 immer weiter zurückwichen, in den heimischen Garnisonen kaum noch Nachschub zur Verfügung stand und sich bereits ein weiterer Hungerwinter abzeichnete – die Zahl der modern ausgerüsteten amerikanischen Streitkräfte stieg hingegen auf feindlicher Seite von Tag zu Tag.¹²⁴⁰ Tatsächlich war, wie

¹²³⁹ So der Vergleich mit der Entwicklung während der französischen Revolution in den Kahr-Erinnerungen, pag. 585: „Auf die Gironde war in wenig Tagen der Berg gefolgt.“

¹²⁴⁰ Zur Kriegslage im August 1918 siehe Kapitel V 7.3.

auch eine von Kriegsminister Hellingrath Mitte August 1918 vorgelegte Denkschrift oder die wiederholten Warnungen Kronprinz Rupprechts nahelegen, der politischen Führung im Grunde bewusst, dass mit Scheitern der Frühjahrsoffensive die letzte realistische Siegeschance vergeben war; selbst der einige Zeit annexionistisch gesinnte König drängte jetzt auf eine möglichst rasche Beendigung des Krieges.¹²⁴¹ Die meisten Eingeweihten – darunter sicherlich auch Gustav von Kahr – befahl daher spätestens jetzt eine dunkle Vorahnung, die offensichtliche Krise an den Fronten könne bald eskalieren und in einem Zusammenbruch der deutschen Verteidigungslinien oder gar der Moral der Truppen münden: Der unangenehme Gedanke einer unmittelbar bevorstehenden Niederlage drängte sich somit immer deutlicher auf.

Konnte man die Hiobsbotschaft im September 1918¹²⁴² also geradezu kommen sehen, bedeutete die schließlich eintretende Gewissheit für viele Zeitgenossen freilich trotzdem ohne Zweifel eine schmerzhaft und auch traumatische Erfahrung. Dabei verstärkten im Fall Gustav von Kahrs und seiner Kollegen die Umstände der Situation, in der die Vorahnung zur Gewissheit wurde, wahrscheinlich noch den Schock. Denn obwohl die mazedonische Front mit dem Waffenstillstandsersuchen Bulgariens Ende September zusammenbrach¹²⁴³ und sich eine politische Wende im Reich ankündigte, hielt das Innenministerium an der geplanten „großen Aufklärungsversammlung“ im Audimax der Universität¹²⁴⁴ fest, die auch der gerade angelaufenen Werbekampagne für die Neunte Kriegsanleihe Schwung verleihen sollte. Nach mehreren im gleichen Rahmen abgehaltenen Veranstaltungen¹²⁴⁵ kamen daher am 30. September 1918 wiederum zahlreiche Vertrauensleute der Aufklärungsorganisationen zusammen, um z. T. prominenten Rednern zu lauschen und aus ihren zuversichtlichen Vorträgen neuen Mut zu schöpfen. Die Anwesenheit einiger Minister und aller Regierungspräsidenten sollte dabei die große Bedeutung der Versammlung unterstreichen. Umso ungewöhnlicher musste es dann freilich erscheinen, als Innenminister Brettreich plötzlich den Saal verließ

¹²⁴¹ Weiß, Kronprinz Rupprecht, 143-153.

¹²⁴² So verdichteten sich im Kontext der Verhandlungen des interfraktionellen Reichstagsausschusses bereits Mitte September 1918 die Meldungen über bevorstehende politische Reformen und eine Ablösung des amtierenden Reichskabinetts Hertling, vgl. Huber, Verfassungsgeschichte, Bd. V, 521-533; Manfred Rauh, Die Parlamentarisierung des Deutschen Reiches (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 60), Düsseldorf 1977, 425-427.

¹²⁴³ Georgi Markov, „Waffenbrüder“. Bulgarien und Deutschland im Ersten Weltkrieg, in: Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns (Hg.), Verbündet. Bayern und Bulgarien im Ersten Weltkrieg, München 2017, 30-39, hier: 38 f.

¹²⁴⁴ Vorbereitung der Veranstaltung, Programm und einzelne Ansprachen in: MInn 66 340; vgl.: ‚Unsere militärische und wirtschaftliche Lage. Aufklärungsvorträge in der Universität München‘, in: MNN Nr. 494-496 vom 30.9. und 1.10.1918.

¹²⁴⁵ Vgl. etwa die Versammlung am 9. Oktober 1917 mit Vorträgen von Minister Brettreich und Eduard Hamm: Seipp, Ordeal of Peace, 96; Eduard Hamm, Volksernährung im Kriege, Dießen vor München 1917.

und am zweiten Tag der Konferenz alle anwesenden Spitzenbeamten zu einer vertraulichen Besprechung bat – das konnte nichts Gutes bedeuten. Kahr erinnerte sich deshalb auch Jahre später noch sehr genau¹²⁴⁶, wie Brettreich nach einem längeren thematischen Vorspann den Kreis der Anwesenden nochmals reduzierte und die verbleibende Runde dann ungeschminkt mit dem Ernst der Lage konfrontierte: Angesichts der dramatischen Zuspitzung der militärischen Krise an allen Fronten habe sich die OHL vor drei Tagen gezwungen gesehen, die Reichsleitung aufzufordern, möglichst rasch einen Waffenstillstand mit den Westmächten anzubahnen und die deutsche Verhandlungsposition durch die Berufung einer neuen Regierung zu verbessern. Die Armee könne der Übermacht der Feinde schlichtweg nicht mehr länger standhalten. Da hieran nichts zu ändern sei, ergebe sich nun für die Verwaltungsbeamten als erste Dienstpflicht, zunächst in aller Stille alle notwendigen Maßnahmen einzuleiten, um ein Chaos nach der Bekanntgabe des Waffenstillstandsgesuchs zu vermeiden, den Übergang zum Frieden vorzubereiten und die Autorität des Staates auch unter diesen Umständen aufrecht zu erhalten.

Die Regierungspräsidenten reagierten auf diese dramatischen Eröffnungen ähnlich perplex wie einen Tag später die Fraktionsführer des Reichstags: Während Ebert und Stresemann laut Max von Baden „kein Wort“ herausbrachten bzw. den Eindruck erweckten, „als ob [ihnen] etwas zustoßen würde“¹²⁴⁷, brachen einige Anwesende hier offenbar zunächst in Tränen aus, ehe düstere Prognosen zur Zukunft Deutschlands die Runde machten. Nach Überwindung des ersten Schocks verständigte man sich schließlich darauf, die nachgeordneten Behörden vertraulich von der Lage zu verständigen, ansonsten aber vorerst völliges Stillschweigen zu beachten.¹²⁴⁸ Stand am Ende der Sitzung also der gemeinsame Beschluss, bei aller persönlichen Betroffenheit die Disziplin zu wahren, nahm die Lage für Kahr und seine Kollegen danach beinahe skurrile Züge an: Denn während im Audimax die Referenten noch Zuversicht schürten und vor einer defätistischen Stimmung warnten, wussten die Regierungspräsidenten bereits um die Vergeblichkeit aller Bemühungen und begaben sich in gedrückter Stimmung zu ihren Amtssitzen zurück. Gerade für Kahr, der die Heimatfrontpropaganda bis Mitte 1917 aus

¹²⁴⁶ Hierzu liegen Schilderungen von zwei Teilnehmern vor: Erinnerungen Kahr, pag. 546-549 sowie Geßler, Reichswehrpolitik, 107.

¹²⁴⁷ Zitate bei Martin Mauri, Das Ende des Kaiserreiches in der Weimarer Republik. Polarisierende Wahrnehmungen und intentionalisierte Deutungen der Kriegsniederlage in Erinnerungsschriften während der Zeit der ersten deutschen Demokratie (Schriften zur Geschichtsforschung des 20. Jahrhunderts 2), Hamburg 2011, 227 f.

¹²⁴⁸ Vgl. das Telegramm Kahrs an die Bezirksamtswärter (o. Dat.) zum Verhalten bei Bekanntgabe des Waffenstillstandsangebots in NL Kahr 19.

dem Innenressort betrieben hatte, mussten die vertrauten Durchhalteparolen nun plötzlich wie hohle Phrasen klingen, weshalb sich auch die unangenehme Frage aufdrängte, inwieweit er selbst einer Illusion aufgesessen war. Gustav von Kahr sah sich also mit der Hinfälligkeit von ihm selbst beförderten Diskurse konfrontiert und machte deshalb auch beim Nachmittagscafé mit den Kerschensteiners einen sehr ernsten Eindruck, was etwa in düsteren Prognosen über die nun kommenden Ereignisse, aber auch in der trotzigen Überzeugung eines Wiederaufstiegs nach der Niederlage Ausdruck fand.¹²⁴⁹

1.2 Die vergebliche Suche nach einem Ausweg: Diplomatische Initiativen, Kampf um die Einheitsfront und Flucht in die Arbeit

Bei aller Niedergeschlagenheit blieb der politischen Führung und den Spitzen der Verwaltung allerdings nicht viel Zeit, trübe Zeitbetrachtungen anzustellen: Ihre Aufgabe bestand nun vielmehr darin, der Öffentlichkeit den Ernst der Lage möglichst schonend beizubringen und das Heft des Handels trotz der absehbaren Schockwirkung in der Hand zu behalten. Es galt also, den Eindruck einer schmachvollen Kapitulation sowie der politischen Paralyse um jeden Preis zu vermeiden, d. h. möglichst keinen Zweifel aufkommen zu lassen, dass die Reichsleitung weiterhin Herrin der Lage sei und die jetzt unumgänglichen Schritte aus eigenem Antrieb unternahm. Der angesichts dessen in aller Eile zu erstellende Katalog vertrauensbildender Maßnahmen musste hierfür allerdings gleich mehrere Kriterien gleichzeitig erfüllen – ein symbolischer Bruch mit der Vergangenheit stand dabei ohne Zweifel an erster Stelle. Die Geste eines politischen Neuanfangs konnte indes nur dann Glaubwürdigkeit beanspruchen, wenn die deutschen Regierungen einen sichtbaren Schlussstrich unter die bisherige Kriegspolitik setzten und als Zeichen der eigenen Handlungsfähigkeit demonstrativ Konsequenzen – etwa in Form personeller Umbesetzungen – zogen. Um den allgemeinen Durchhaltewillen wieder zu stärken, würden die neuen Verantwortlichen außerdem in der Pflicht sein, der konsternierten Öffentlichkeit eine neue politische Perspektive aufzuzeigen, die die weiterhin unvermeidlichen Entbehrungen auch tatsächlich rechtfertigen musste. Nach Lage der Dinge konnte dies freilich nur bedeuten, möglichst rasch eine realistische

¹²⁴⁹ Kriegstagebuch Marie Kerschensteiner II (Privatnachlass Kahr, Persönliche Schriften), pag. 428 f.: „Vater Kahr saß in unserem Kreis u. gab offen seinen schweren Befürchtungen Ausdruck, die sich dem Mann in leitender Staatsstellung unabweisbar in dieser Stunde bereits aufdrängten, da man auf der Straße noch nicht Kenntnis von dem Schweren hatte, das unser Land und Volk bedrohte. [...] ‚Das deutsche Volk‘, fügte er hinzu, ‚ist ein fleißiges Volk; es wird bei uns sein wie in einem Ameisenhaufen. Ein Fußtritt zerstört den mühevollen Bau u. vernichtet unzählige der emsigen Wesen. Aber wenn die Verwirrung vorbei ist, fangen sie an neu zu bauen.“

Aussicht auf Frieden zu schaffen, allerdings ohne sich dabei völlig in die Hand der Feinde zu begeben. Die dritte Vorbedingung für einen Erfolg der avisierten Kehrtwende lag damit auch bereits auf der Hand: Dem Reich musste es nach mehr als vier Jahren Krieg irgendwie gelingen, die Gesprächsfähigkeit auf internationaler Ebene wiederherzustellen, d. h. sich als vertrauenswürdiger Verhandlungspartner zu positionieren, der der Entente tatsächlich ernst zu nehmende Vorschläge unterbreiten konnte.¹²⁵⁰

Um dieses kühne Unterfangen anzugehen, wurden dann bekanntlich folgende Schritte¹²⁵¹ ergriffen: Das weithin als gescheitert geltende Kabinett Hertling trat am 30. September zurück und machte wenige Tage später einer Reichsregierung Max von Baden Platz, die neben dem als liberal geltenden Prinzen auch mehrere prominente Abgeordnete umfasste. Doch nicht nur das, die spätestens seit 1917 von den Parteien der sog. Friedensresolution eingeforderte Parlamentarisierung wurde nun ebenfalls Wirklichkeit, was den schrittweisen Emanzipationsprozess des Reichstages krönte und ihn zum neuen Mittelpunkt des politischen Systems machte – der Kaiser sollte den von der Volksvertretung gewählten Kanzler in Zukunft nur noch bestätigen und musste es auch hinnehmen, wenn das Parlament einem Regierungsmitglied das Vertrauen entzog. Das Deutsche Reich – allerdings noch nicht die einzelnen Bundesstaaten – hatte sich damit fast über Nacht zur parlamentarischen Monarchie gewandelt, quasi als erste Amtshandlung musste das soeben gebildete Reformkabinett von Baden jetzt freilich den Drahtseilakt des Waffenstillstandsgesuchs angehen. Dabei schien ihr der amerikanische Präsident Wilson, der im Januar dem Kongress ein 14-Punkte-Programm zur Beendigung des Krieges vorgestellt hatte, noch der vielversprechendste Gesprächspartner zu sein: Am 5. Oktober übermittelte das Auswärtige Amt daher dem Weißen Haus das „Ersuchen“, auf Basis der 14 Punkte Friedensgespräche zu vermitteln und als Vorbereitung hierzu den Weg für einen „allgemeinen Waffenstillstand“ zu bereiten.¹²⁵²

¹²⁵⁰ Überblick bei: Klaus Schwabe, *Deutsche Revolution und Wilson-Frieden. Die amerikanische und deutsche Friedensstrategie zwischen Ideologie und Machtpolitik 1918/19*, Düsseldorf 1971.

¹²⁵¹ Lothar Machtan, *Der Endzeitkanzler: Prinz Max von Baden und der Untergang des Kaiserreichs*, Darmstadt 2018, 341-410.

¹²⁵² Siehe Anm. 1223. Die Erfolgsaussichten der gerade zu diesem Zeitpunkt an Wilson übermittelten Friedensnote waren freilich – nüchtern betrachtet – von vorneherein eher gering: Immerhin standen in den Vereinigten Staaten in einem Monat Kongresswahlen an (sog. Mid-Term-Elections), der US-Präsident neigte also wohl schon angesichts dessen dazu, Entschlossenheit und Härte zu demonstrieren. Allein die Bitte um einen Waffenstillstand zu einem so ungünstigen Moment macht damit die wahre Lage der Reichsregierung deutlich. Vgl. den entsprechenden Hinweis bei Robert Gerwarth, *Die größte aller Revolutionen. November 1918 und der Aufbruch in eine neue Zeit*, übers. von Alexander Weber, München 2018, 90.

Die deutsche Note kam dabei nicht mehr ganz im Gewand der bekannten Friedensinitiativen¹²⁵³ daher – diese waren als Vorschläge, nicht als Bitten formuliert –, in Kombination mit einer Kaiserlichen Botschaft an Heer und Marine¹²⁵⁴ bemühte man sich dennoch, den Eindruck selbstbestimmten Handelns aufrecht zu erhalten. Der neue Kanzler erklärte daher auch im Reichstag, Deutschland sei aus politischer Vernunft bereit, Frieden zu schließen und Reformen im Inneren durchzuführen, könne notfalls aber ebenso einen „Endkampf auf Leben und Tod“ bestreiten.¹²⁵⁵ Auch die parlamentarische Reichsregierung war also zumindest rhetorisch noch weit von einer bedingungslosen Übergabe entfernt und gab sich überzeugt, als anerkannter Verhandlungspartner noch aktiv Einfluss auf die kommenden Entscheidungen nehmen zu können. Dies erschien vielen auch durchaus glaubwürdig, da die eigenen Truppen weiterhin im Feindesland standen und angeblich noch über stabile Verteidigungslinien verfügten. Es ist deshalb wichtig, diese Perspektive der ersten Oktobertage ernst zu nehmen, um zu verstehen, unter welchen Voraussetzungen sich nun viele Verantwortungsträger in Politik, Verwaltung und Medien – darunter auch Kahr – zum neuen Kurs bekannten und unter welchen Prämissen sie um Vertrauen in die neue „Reichsleitung“ warben: Im Einklang mit ihr erhofften sie sich von dem skizzierten Vorgehen sowohl eine Aufwertung der deutschen Verhandlungsposition wie auch eine Erneuerung des inneren Burgfriedens.¹²⁵⁶ Das plötzliche Bekenntnis zum Programm der selbstbestimmten Gleichberechtigung aller Nationen stellte also den Versuch dar, den US-Präsidenten auf sein eigenes Wort zu verpflichten und auf diese Weise den moralischen Druck auf die Alliierten zu erhöhen, das Reich als Verhandlungspartner zu akzeptieren – eine brüske Absage würde schließlich kaum mit den Beteuerungen der Entente, nur gegen Unterdrückung und Eroberungsstreben zu kämpfen, zu vereinbaren sein. Aus dem gleichen Kalkül setzte man deshalb hohe außenpolitische Erwartungen in die Parlamentarisierung des Reiches: Immerhin musste es den Alliierten deutlich schwerer fallen, einer deutschen

¹²⁵³ Bekannt ist vor allem das sog. Friedensangebot der Mittelmächte vom Dezember 1916: Robert Piloty, Das Friedensangebot der Mittelmächte. Eine Zusammenstellung des Wortlautes der auf den Frieden bezüglichen Noten und Kundgebungen der Kriegführenden und Neutralen vom Dezember 1916 und Januar und Februar 1917 nebst Betrachtungen über den Geist und die Folgen dieser Kundgebungen, Tübingen 1917. Vgl. Huber, Verfassungsgeschichte, Bd. V, 244-255.

¹²⁵⁴ Erlaß des Kaisers an Heer und Marine, in: Vossische Zeitung Nr. 511 vom 6.10.1918.

¹²⁵⁵ Verh. Reichstag, Bd. 314, 6153; Mauri, Ende des Kaiserreiches, 230.

¹²⁵⁶ In diesem Sinne etwa die Einordnung der geplanten Verfassungsänderungen durch Matthias Erzberger in der Sitzung des Kriegskabinetts am 8. Oktober: „Nach außen von guter Wirkung“ (Rauh, Parlamentarisierung, 446 f.; dort in der Anm. weitere Stellungnahmen in gleicher Richtung, u.a. von der bayerischen Gesandtschaft Berlin). Vgl. allgemein zu den politischen Handlungsräumen der neuen Regierung: Lothar Machtan, Liberaler deutscher Ersatzkaiser? Zu den politischen Möglichkeiten des Prinzen und Reichskanzlers Max von Baden im Herbst 1918, in: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 28 (2016), 229-262.

„Volksregierung“ einfach die Türe zu weisen als den bisher im Namen des Kaisers auftretenden Militärs und Diplomaten.¹²⁵⁷ Hand in Hand mit der Wiederherstellung der internationalen Gesprächsfähigkeit sollte der Impuls der Demokratisierung dann auch die Legitimität der neuen Regierung im Innern stärken: Denn nüchtern betrachtet ging die über vier Jahre bei jeder Gelegenheit beschworene Einheitsfront eigentlich erst jetzt, d. h. mit der Aufnahme aller an ihr beteiligten Kräfte in die Regierung, der praktischen Vollendung entgegen. Die hiermit verbundene Botschaft sollte deshalb auch neue Signalwirkung ausstrahlen: Gemeinsam geübte Solidarität wurde demnach jetzt auch mit der gemeinsamen Übernahme von Verantwortung belohnt, während die Zeit der „souveränen“, nach eigener Agenda handelnden Kabinette fortan der Vergangenheit angehören würde.¹²⁵⁸ Und nicht zuletzt zielten alle eingeleiteten Schachzüge schließlich auch darauf ab, die Befürworter radikaler Lösungen an den Rand zu drängen, also sowohl die Alldeutschen mit ihrer Siegfriedensrhetorik ins Abseits zu stellen wie gleichzeitig den Unabhängigen den Wind aus den Segeln zu nehmen – immerhin machte sich die Reichsregierung ja ihre Werbeparole „Frieden“ jetzt selbst zu eigen.

Die ergriffenen Schritte sind damit, zusammenfassend bewertet, als Versuch zu betrachten, ein neues politisches Momentum zu erzeugen und auf diese Weise eine tragfähige Basis für die Bewältigung der bevorstehenden Aufgaben zu schaffen. Denn so sehr man auch den Eindruck der Niederlage überspielen wollte, so drängend erschien nun trotzdem die Notwendigkeit, sich auf einen zeitnahen Frieden ohne Sieg vorzubereiten: Die Verwaltung musste also plötzlich mit einer schnellen Rückführung der deutschen Truppen und einem abrupten Ende der Kriegswirtschaft rechnen, die lange erwogenen Pläne einer schrittweisen Demobilisierung waren damit nur noch Makulatur. Im Klartext formuliert, konnte dies nur bedeuten: Hunderttausende Soldaten würden nun vielleicht innerhalb weniger Wochen auf den Arbeitsmarkt strömen, nach Wohnraum suchen, die heimische Ernährungswirtschaft belasten und natürlich auch vielfach der sozialen Fürsorge bedürfen; gleichzeitig musste das Ende der Kriegsproduktion die Schließung von Heeres- und Rüstungsbetrieben zur Folge haben und die Arbeitslosigkeit spürbar vermehren.

Die nun zu lösende Aufgabe der Demobilisation¹²⁵⁹ erschöpfte sich aus diesen Gründen mitnichten darin, die Massenheere in die Heimat zurückzuführen, die meisten Soldaten

¹²⁵⁷ Schwabe, Deutsche Revolution und Wilson-Frieden.

¹²⁵⁸ In diesem Sinne auch Reichskanzler Max von Baden in seiner Reichstagsrede: Verh. Reichstag, Bd. 314, 6151.

¹²⁵⁹ Dieses Thema wurde in der Forschung ausführlich behandelt, einen ersten Überblick für Bayern bietet: Stephanie Neuner, Demobilmachung, 1918-1923 (ökonomisch, gesellschaftlich, kulturell), in: Historisches

aus der Armee zu entlassen und das überzählige Kriegsgerät zu verkaufen. Sie stellte vielmehr eine gesellschaftliche, wirtschaftliche und letztlich auch kulturelle Herausforderung dar, die allein wegen ihres unabsehbaren Umfangs eine Vielzahl von Behörden und Verbände beschäftigen musste: Dies galt auch für die acht Kreisregierungen, die – wie schon an anderer Stelle ausgeführt – im Rahmen des vaterländischen Hilfsdienstes die Koordination der Arbeitsvermittlung durchführen sollten und deshalb im April 1918¹²⁶⁰ nochmals den Auftrag erhalten hatten, alle Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in ihrem Bezirk entsprechend vorzubereiten. Ohnehin zeichnete sich ganz allgemein ab, dass die Zivilbehörden jetzt noch stärker in alle Aufgabenbereiche der Demobilisation involviert sein würden als bisher gedacht, da an eine alleinige Federführung des Militärs unter den nun herrschenden Umständen nicht mehr zu denken war – vor allem das Innen- und das Verkehrsministerium, aber auch die Kreisregierungen mussten deshalb damit rechnen, in naher Zukunft die Hauptlast dieser Problematik schultern zu müssen.

Neben der Sicherstellung der Volksernährung zählte die Organisation eines möglichst schonenden Übergangs des Krieges zum Frieden deshalb ab sofort zweifellos zu den wichtigsten Aufgaben der Regierungspräsidenten, ihre gelungene Umsetzung war gerade Gustav von Kahr indes nicht nur ein dienstliches, sondern auch ein persönliches Anliegen. Wie besonders Richard Bessel anschaulich herausgearbeitet hat¹²⁶¹, verfolgte die organisatorische Abwicklung des Krieges nämlich auch sozial-moralische Ziele: Denn aus Sicht der meisten Entscheidungsträger sollte das Ende des Krieges gleichzeitig den Auftakt zu einer Wiederherstellung der vor 1914 angeblich noch weitgehend intakten Gesellschaftsordnung markieren, d. h. die möglichst umfassende Rückabwicklung des gesellschaftlichen Ausnahmezustandes der vergangenen Jahre einläuten. Priorität genoss hierbei vor allem die Wiedereingliederung der Soldaten und Industriearbeiter(innen) in ihre „natürliche“ Gemeinschaften: So wie deshalb angestrebt wurde, den Großteil der

Lexikon Bayerns [URL: <[https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Demobilmachung,_1918-1923_\(ökonomisch,_gesellschaftlich,_kulturell\)>](https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Demobilmachung,_1918-1923_(ökonomisch,_gesellschaftlich,_kulturell)>); zuletzt eingesehen am 9.3.2021]; ausführlich: Sperl, *Wirtschaft und Staat*, 211-317. Allgemeine Studien: Richard Bessel, *Germany after the First World War*, Oxford 1993; Ders., *Unemployment and Demobilisation in Germany after the First World War*, in: Richard J. Evans (Hg.), *The German unemployed: Experiences and consequences of mass unemployment from the Weimar Republic to the Third Reich*, London / Sydney 1987, 23-43; Gerald D. Feldman, *Wirtschafts- und sozialpolitische Probleme der deutschen Demobilmachung 1918/19*, in: Hans Mommsen u. a. (Hg.), *Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik*, Bd. 2, Düsseldorf 1977, 618-636; zeitgenössisch: Kurt Königsberger, *Die wirtschaftliche Demobilmachung in Bayern während der Zeit vom November 1918 bis Mai 1919*, in: *Zeitschrift des Bayerischen Statistischen Landesamts* 52 (1920), 193-226.

¹²⁶⁰ Verh. Landtag 1918, Bd. XX, 21.

¹²⁶¹ Bessel, *Germany*, v.a. 220-253.

arbeitenden Frauen wieder in ihre Rolle als Familienmütter zurückkehren zu lassen¹²⁶², sollten z. B. junge Bauernsöhne das städtische Proletariat nicht weiter vermehren, sondern sich wieder eine Arbeit in der Landwirtschaft suchen.

Ein solcher, von paternalistischen Vorstellungen geprägter Sozialdirigismus deckte sich genau mit der Auffassung Kahrs von den nun zu ergreifenden Maßnahmen: Der Mitbegründer der bayerischen Heimatschutzbewegung sah in einer kleinteiligen Gesellschaft der vielen Stände und Lebenswelten, d. h. in „gewachsenen“ Hierarchien, moralischen Ordnungen und Traditionen bekanntlich das erstrebenswerte Ideal – nur in solchen sinnstiftenden Verhältnissen war es aus dieser Sicht möglich, neue Kraft und Selbstbewusstsein für die steinige Nachkriegszeit zu erzeugen.¹²⁶³ Eine erfolgreiche Durchführung der Demobilisation war nach dem Dafürhalten Kahrs deshalb nicht nur notwendig, um die unmittelbaren Herausforderungen der kommenden Monate bewältigen zu können, sondern auch unerlässlich, um ganz allgemein die Voraussetzungen für eine „gesunde“ Weiterentwicklung des gesellschaftlichen Lebens auf längere Sicht zu schaffen. Dementsprechend hob Kahr dann auch stolz in seinen Erinnerungen hervor, er habe bereits bis Oktober 1918 Vorbereitungen für große „Kulturunternehmen“ getroffen und damit einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, eine Ballung vieler arbeitsloser Soldaten in den Städten zu verhindern.¹²⁶⁴ Ständen somit nach eigener Aussage bereits ca. 20 000 Arbeitsplätze für Erwerbssuchende auf dem Lande bereit, war nach dem Krieg im Bezirk Oberbayern außerdem der Baubeginn für das Walchenseekraftwerk, den Kanal „Mittlere Isar“ sowie mehrerer Staustufen an der Alz in Aussicht genommen.¹²⁶⁵

¹²⁶² Anke Wunder, *Pflichten statt Rechte? Die Mobilisierung und Demobilisierung von Frauenarbeit im Kontext des Ersten und Zweiten Weltkrieges* (Siegener Studien zur Frauenforschung), Wiesbaden 2004; Richard Bessel, „Eine nicht allzu große Beunruhigung des Arbeitsmarktes“: Frauenarbeit und Demobilmachung in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg, in: *Geschichte und Gesellschaft* 9 (1983), 211-229.

¹²⁶³ Überblick zu diesem Diskurs: Jens Flemming, *Reagrisierung durch Demobilmachung? Mentalitäten, Arbeitsmarkt und landwirtschaftliche Interessen in der Anfangsphase der Weimarer Republik*, in: ders. u.a. (Hg.), *Lesarten der Geschichte. Ländliche Ordnungen und Geschlechterverhältnisse. Festschrift für Heide Wunder zum 65. Geburtstag* (Studia Casselana 14), Kassel 2004, 566-596 (darin etwa die entsprechende Stellungnahme des nunmehrigen Präsidenten des Kriegsernährungsamtes – bis 1916 Referent im StMI – Friedrich Edler von Braun; S. 570).

¹²⁶⁴ Kahr-Erinnerungen, pag. 228, 529.

¹²⁶⁵ Vgl. hierzu: Wolfgang Ehberger, *Die Bayerische Staatsregierung und der Bau des Walchenseekraftwerks*, in: Hans-Georg Hermann - Hans-Joachim Hecker (Hg.), *Recht und Infrastruktur in der Geschichte des bayerischen Oberlands* (Rechtskultur Wissenschaft 26), Regensburg 2020, 75-97; Stephan Deutinger, *Mittlere Isar AG*, in: *Historisches Lexikon Bayerns* [URL: <https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Mittlere_Isar_AG>; zuletzt eingesehen am 9.3.2021]; Dietmar Grypa, *Alzwerke*, in: *Historisches Lexikon Bayerns* [URL: <<https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Alzwerke>>; zuletzt eingesehen am 9.3.2021].

Persönlich betrachtet, hatte der Regierungspräsident jetzt also wohl gar nicht so viel Gelegenheit, sich trüben Gedanken über den Schock der Niederlage hinzugeben: Wie viele andere stürzte er sich vielmehr mit Energie in die drängende Arbeit, um an seiner Stelle einen Beitrag für das Gelingen der neuen politischen Agenda im Reich zu leisten und die Voraussetzungen für eine Stabilisierung der öffentlichen Ordnung zu schaffen.

1.3 Das Ende der Illusionen: Ultimaten der Entente, innere Desintegration und Kaiserfrage

Aller demonstrative Tatendrang konnte letztlich jedoch nichts daran ändern, dass sich die Illusion des politischen Neubeginns schnell als Strohfeuer erweisen sollte und der Versuch, den Krieg im letzten Moment auf gesichtswahrende Weise zu beenden, fehlschlug. Die Ententemächte und auch die Vereinigten Staaten weigerten sich nämlich schlichtweg, die ihnen von der deutschen Diplomatie zugedachten Rollen zu spielen und wiesen alle auf einen Austausch auf Augenhöhe abzielenden Avancen recht kühl zurück. Diese niederdrückende Erkenntnis lag mit der zweiten Antwortnote Wilsons vom 16. Oktober offen zu Tage: Der auf den Titelseiten der Zeitungen veröffentlichte Wortlaut des Schriftstückes¹²⁶⁶ dokumentierte für jedermann schwarz auf weiß, dass Deutschland eine Behandlung als unterlegener Feind zu erwarten hatte. Denn neben der ohnehin erwarteten Aufforderung zur Räumung aller besetzten Gebiete ließ der amerikanische Präsident keinen Zweifel daran, dass ein Waffenstillstand nur gewährt werden könne, wenn an den Fronten eine eindeutige und unumkehrbare Überlegenheit der alliierten Streitkräfte sichergestellt sei – d. h. nachdem Deutschland überhaupt keine Möglichkeit mehr haben würde, ggf. mit einem Scheitern der Verhandlungen und einer Fortsetzung des Krieges zu drohen. Wilson machte außerdem darauf aufmerksam, dass er natürlich nicht für seine Verbündeten sprechen könne und zerstreute damit den Eindruck, Deutschland müsse sich nur mit den USA verständigen, um den Frieden zu erreichen. Der Präsident erhielt darüber hinaus den Vorwurf aufrecht, die deutsche Armee begehe Kriegsverbrechen und zog schließlich auch in Zweifel, ob die Instanzen der „willkürlichen Macht“ im Reich bereits tatsächlich unter demokratische Kontrolle gebracht seien.

Viel nachdrücklicher konnte die Hoffnung auf einen Rechtsfrieden nach deutscher Vorstellung also nicht zerschlagen werden, alles schien nun stattdessen auf einen

¹²⁶⁶ ‚Wilson's Antwort auf die deutsche Note‘, in: Vossische Zeitung Nr. 529 vom 16.10.1918, vgl. eine Auswahl von Reaktionen bei Mauri, Ende des Kaiserreiches, 242-245.

„Diktatfrieden“ hinzudeuten. Angesichts dieser Aussichten schlug dann auch die öffentliche Stimmung spürbar um und der Diskursrahmen verschob sich. Dabei spielte insbesondere die Zuspitzung der Situation auf eine klare, unumkehrbare Entscheidung – die sich in die Alternative Auslieferung auf Gnade oder Ungnade oder Fortsetzung des Krieges übersetzen ließ – jetzt den politischen Rändern in die Hände, während moderate Stimmen in die argumentative Defensive zurückfielen. So häuften sich ab Mitte Oktober 1918 sowohl die Apelle für einen völkerversöhnenden „Frieden um jeden Preis“ als auch die Plädoyers für einen „Kampf um Leben und Tod“ und dominierten zunehmend die öffentliche Diskussion.¹²⁶⁷ Die Aussichten auf einen möglichst bruchlosen Übergang in den Frieden schienen also gleich wieder zu schwinden und die Schreckbilder einer von inneren Unruhen begleiteten Kapitulation oder eine *Levée en Masse* zeichneten sich am Horizont ab: Denn hatte ein so einflussreicher Industrieller wie Rathenau bereits am 7. Oktober zu einer „*Levée en masse*“ aufgerufen¹²⁶⁸, betonte nun auch der SPD-Gesamtvorstand¹²⁶⁹ die Grenzen des Entgegenkommens, während Reichskanzler von Baden am 22. Oktober abermals von der strikten Ablehnung eines „Gewaltfriedens“¹²⁷⁰ sprach.

Von der Anfang Oktober verbreiteten Zuversicht war also bereits Mitte des Monats kaum mehr etwas zu spüren und das ohnehin etwas demonstrativ anmutende Vertrauen in den neuen Kurs wich nach nur zwei Wochen der abermaligen Ernüchterung: Für viele drängte sich deshalb zunehmend die Frage auf, welchen Sinn eine letzte nationale Kraftanstrengung überhaupt noch ergeben konnte. Der Frust und die Anspannung nahm deshalb in allen politischen Lagern sichtbar zu, wobei auch Gustav von Kahr die Presseberichte über die Antwort Wilsons mit Empörung aufnahm¹²⁷¹ und gleichzeitig mit der letztlich aussichtslosen militärischen Lage haderte: Dementsprechend machte er dann auch seiner Stimmung gegenüber Otto Blümel, einem AGVM-Bundesbruder,

¹²⁶⁷ Vgl. die Skizzierung der öffentlichen Debatte: Gerd Krumeich, *Die unbewältigte Niederlage. Das Trauma des Ersten Weltkriegs und die Weimarer Republik*, Freiburg / Basel / Wien 2018, 112-127; Michael Geyer, *Insurrectionary Warfare: The German Debate about a Levée en Masse in October 1918*, in: *The Journal of Modern History* 73 (2001), 459-527.

¹²⁶⁸ Christian Schölzel, *Walther Rathenau. Eine Biographie*, Paderborn 2006, 245.

¹²⁶⁹ Vgl. die Passage im Aufruf des SPD-Parteivorstandes (MP Nr. 245 vom 19./20.10.1918): „Mit einem Frieden der Vergewaltigung, der Demütigung und der Verletzung seiner Lebensinteressen wird sich das deutsche Volk nie und nimmer abfinden.“

¹²⁷⁰ *Verh. Reichstag*, Bd. 314, 6156; in den Worten des Reichskanzlers lautete die Alternative damit „Rechtsfriede“ oder „Gewaltfriede“.

¹²⁷¹ Kahr-Erinnerungen, pag. 558: „Die Verehrung für ‚Wilson den Friedensmann‘, von der ich oben sprach, fand bald ihre Ernüchterung. Die zweite Antwort dieses hartherzigen, hochfahrenden, gewissenlosen, ehrgeizigen Menschen war für unser Volk so demütigend, dass kein Zweifel mehr bestehen konnte, der von Wilson angeblich erstrebte Rechtsfrieden, der keine Sieger und keine Besiegte kennen soll, ist in Wahrheit brutaler Gewaltfrieden.“

nachdrücklich Luft und übte abermals scharfe Kritik an der politischen Hybris der „Eroberungssüchtigen“ und identifizierte das starre Festhalten am „dummen preußischen Wahlrecht“ als weiteren Grund für die innere Erosion des Burgfriedens; Kahr spottete freilich auch über die Besserwisser, die nun plötzlich von vergebenen Friedensmöglichkeiten sprachen oder im Nachhinein mit Patentrezepten aufwarteten, die Hindenburg und Ludendorff doch nur hätten anwenden müssen.¹²⁷²

Erschien die Lage somit bereits gegen Mitte Oktober sehr gespannt, folgte im letzten Drittel des Monats schließlich der direkte Übergang zu einer existenzbedrohenden Konstellation für das gesamte politische System – das erst vor drei Wochen mit Mühe abgewendete Szenario trat jetzt also doch ein. Dabei gab erneut US-Präsident Wilson den Takt vor, indem er auf die trotz aller Ernüchterung erneuerte Bitte der Reichsleitung, nun zeitnah Friedensgespräche anzubahnen, am 23.10.1918 mit einer dritten, noch weitergehenden Note¹²⁷³ antwortete: Hierin erklärte er sich zwar mit expliziten Verweis auf die erhaltenen deutschen Zusicherungen schließlich bereit, die gewünschte Initiative einzuleiten, betonte jedoch abermals, dass Deutschland bei solchen Verhandlungen über keinerlei Möglichkeiten mehr verfügen dürfe, die Feindseligkeiten wieder aufzunehmen. Fielen die entsprechenden Passagen des Schreibens daher schon deutlich genug aus, vertrat Wilson im letzten Abschnitt sogar den Standpunkt, dass jetzt nicht der Augenblick sei, um „Worte, die als schroff gelten könnten, zu mildern“ und begründete so seine zuletzt in kaum verhüllter Form ausgesprochene Forderung, die „bisherigen Beherrscher Deutschlands“ ganz abzulösen – denn müssten die Vereinigten Staaten und die Alliierten mit ihnen verhandeln, käme letztlich nur eine Kapitulation des Reiches in Betracht.

Die Debatte um die sog. Kaiserfrage¹²⁷⁴ war damit auf einen Schlag endgültig eröffnet und der bisher weitgehend unterdrückte Disput um die politische Verantwortung des in weiten Kreisen unpopulären Monarchen setzte in voller Intensität ein; selbst ein Thronverzicht oder eine Absetzung Wilhelms II. erschienen nun plötzlich als reale

¹²⁷² So Kahr an Blümel vom 24.10.1918 (Privatnachlass Kahr, Privatkorrespondenz).

¹²⁷³ ‚Die neue Antwort Wilsons‘, in: Vossische Zeitung Nr. 545 vom 24.10.1918.

¹²⁷⁴ Zwar betonten die Münchner Neuesten Nachrichten in ihrer direkten Reaktion auf die zweite Note Wilsons noch, die Entscheidung über die Staatsform sei Angelegenheit des deutschen Volkes und eine Forderung im Sinne „Wählt zwischen dem Kaiser und dem Frieden!“ komme deshalb nicht in Frage (‚Was dann?‘, in: MNN Nr. 524 vom 16.10.1918), schon zwei Wochen später wies allerdings die Münchener Post darauf hin, dass nun schon betont bürgerliche Blätter wie die Münchener Zeitung oder der Bayerische Kurier die Abdankung des Kaisers forderten (‚Konjunkturpolitik‘, in: MP Nr. 256 vom 2.11.1918). Vgl. Lothar Machtan, Die Abdankung. Wie Deutschlands gekrönte Häupter aus der Geschichte fielen, München 2016, 144-201; Stefan März, Das Haus Wittelsbach im Ersten Weltkrieg. Chance und Zusammenbruch monarchischer Herrschaft, Regensburg 2013, 475-485.

Möglichkeiten. Gerade vor diesem Hintergrund kam der Entlassung Ludendorffs¹²⁷⁵ nur drei Tage später dann durchaus eine Signalwirkung zu: Denn kaum hatte Wilson seine Bedingung ausgesprochen, musste auch schon die Schlüsselfigur der dritten Heeresleitung ihren Hut nehmen und wenig später ins Ausland fliehen. Die Botschaft dieses tiefen Falls war deshalb kaum fehlzudeuten: Nun standen nicht mehr nur einzelne Politiker oder Militärs, sondern die Autoritäten des bisherigen Obrigkeitsstaates als solche zur Disposition.

Die möglichen Folgen eines derartigen Machtverfalls waren dabei bereits gleichzeitig in den Nachbarländern, vor allem in Österreich-Ungarn, unmittelbar zu besichtigen: Dort folgte auf die Proklamation einer unabhängigen Tschechoslowakei am 31. Oktober in Ungarn die sog. Asernrevolution, bei der aufgebrachte Aufständische u. a. den verhassten und als Kriegsbefürworter bekannten ehemaligen Ministerpräsidenten Tisza in seinem eigenen Palais töteten und de facto die Macht übernahmen; in Wien wurden sogar bereits die schwarz-gelben Kaiserflaggen eingeholt und ein eigenständiges Deutsch-Österreich konstituiert, das sich nicht als Rechtsnachfolger des Habsburgerreiches begriff.¹²⁷⁶

Die damit natürlich erst recht unausweichliche Kapitulation des bisherigen Verbündeten ließ schließlich zu allem Überfluss auch noch die bisher weit weg scheinende Möglichkeit einer direkten militärischen Bedrohung Bayerns plötzlich greifbare Gestalt annehmen: Konkret rückten italienische Verbände bereits in Tirol ein und drohten eine neue Front zu eröffnen, weshalb die bayerische Armee hastig einen „Grenzschutz Süd“ aufstellte und erste Vorauskommandos nach Innsbruck bzw. Richtung Brenner entsandte; Leiter dieser Operation war der spätere Chef der Bayerischen Landespolizei, Major Hans Ritter von Seißer.¹²⁷⁷

¹²⁷⁵ Manfred Nebelin, Ludendorff. Diktator im Ersten Weltkrieg, München 2010, 461-508. Vgl. den Kommentar der Münchener Sozialdemokraten: ‚Der Sturz des Diktators‘, in: MP Nr. 252 vom 28.10.1918.

¹²⁷⁶ András Siklós, Revolution in Hungary and the dissolution of the multinational state 1918 (Studia historica Academiae Scientiarum Hungaricae 189), Budapest 1988; John W. Boyer, Die Gründung der Republik (1918), in: Heinz Fischer - Andreas Huber - Stephan Neuhäuser (Hg.), 100 Jahre Republik: Meilensteine und Wendepunkte in Österreich 1918-2018, 17-29.

¹²⁷⁷ Vgl. hierzu Alexander Jordan, Krieg um die Alpen: Der Erste Weltkrieg im Alpenraum und der bayerische Grenzschutz in Tirol (Zeitgeschichtliche Forschungen 35), Berlin 2008, 430-518 sowie die Schilderung Seißers: Bundesarchiv Freiburg, MSG 2 / 11347 (darin auf den 28.11.1918 datierte Darstellung der Revolutionstage und der 1929 verfasste Aufsatz ‚Bayerns Grenzschutz im Süden 1918‘); daneben auch Peter Landau - Rolf Riess (Hg.), Recht und Politik in Bayern zwischen Prinzregentenzeit und Nationalsozialismus. Die Erinnerungen von Philipp Loewenfeld (Münchner Universitätschriften, Juristische Fakultät: Abhandlungen zur rechtswissenschaftlichen Grundlagenforschung 91), Ebelsbach 2004, 181-185.

Zur Biographie von *Hans Ritter von Seißer* (1874-1973) vgl. die Angaben bei Othmar Hackl, Die Bayerische Kriegsakademie 1867-1914 (Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte 89), München 1989, 574.

1.4 Alles vorhersehbar? Die drohende Revolution, die bayerische Politik und Gustav von Kahr

Insgesamt betrachtet war der erst vor wenigen Wochen ausgerufene Neuanfang damit endgültig verpufft und es zeichnete sich eine erneute Wende der politischen Konstellation ab: Die mit Hoffnungen ins Amt gekommene Reichsregierung hatte ihren politische Handlungsspielraum bereits weitgehend eingebüßt, da es ihr offensichtlich nicht gelungen war, auf internationaler Ebene als gleichwertiger Verhandlungspartner Anerkennung zu finden. Und noch schlimmer: Der von ihr selbst als Vermittler ausersehene amerikanische Präsident hatte die in ihn gesetzten Hoffnungen völlig enttäuscht und die deutschen Noten recht brüsk mit unverblühten Forderungen und offenen Anschuldigungen beantwortet. Das Auswärtige Amt hatte es indes trotzdem nicht gewagt, den angeknüpften Kommunikationsfaden wieder zu abbrechen und damit letztlich eingestanden, dass Deutschland eben doch nicht mehr in der Lage war, frei über sein Schicksal zu bestimmen.¹²⁷⁸ Lag die Achillesferse des eingeschlagenen Kurses jetzt also überdeutlich zu Tage, wirkten sich gleichzeitig die plötzlich mit aller Vehemenz einsetzende Diskussion der „Kaiserfrage“ und die ersten Auflösungserscheinungen im Machtapparat negativ auf das Ansehen der neuen Reichsleitung aus – gar nicht zu sprechen von den etablierten politischen und militärischen Machthabern, deren Autorität inzwischen geradezu erschüttert war. Doch nicht nur das: Die bisherige Führung erschien nun immer mehr geradezu als Hindernis für einen schnellen Frieden und konnte nach dem eingetretenen Fiasko auch kaum noch Anspruch auf nachsichtige Schonung erheben. Angesichts dieser Lage musste die Initiative wohl zunehmend auf oppositionelle Kräfte übergehen: Immerhin war die Parole vom „nationalen Widerstand“ ohne glaubwürdige politische Führung endgültig zur hohlen Floskel verkommen, was gleichzeitig bedeutete, dass es im Grunde gar keine sinnvolle Alternative mehr zur Forderung der Unabhängigen, dem „Frieden um jeden Preis“, gab. In der Zwischenzeit waren außerdem prominente Häftlinge der radikalen Linken, u. a. Karl Liebknecht, freigekommen und der Wahlkampf in München hatte mit einem Auftritt Kurt Eisners in der Schwabinger Brauerei begonnen.¹²⁷⁹

¹²⁷⁸ ‚Die dritte Note an Wilson‘, in: Vossische Zeitung Nr. 551 vom 28.10.1918; darin die explizite Versicherung: „Der Präsident kennt die tiefgreifenden Wandlungen, die sich in dem deutschen Verfassungsleben vollzogen haben und vollziehen. Die Friedensverhandlungen werden von einer Volksregierung geführt, in deren Händen die entscheidenden Machtbefugnisse tatsächlich und verfassungsmäßig ruhen. Ihr sind auch die militärischen Gewalten unterstellt.“

¹²⁷⁹ Grau, Eisner, 344-347.

Führt man sich alle diese Umstände vor Augen, erscheint es deshalb durchaus glaubhaft, wenn Kahr sowohl unmittelbar nach der Revolution als auch Jahre später nachdrücklich betonte, er habe bereits im Voraus mit der Möglichkeit eines Umsturzes gerechnet und die vorgesetzten bzw. zuständigen Stellen entsprechend gewarnt: So berichtet er in seinen Erinnerungen u. a. von schriftlichen Ermahnungen an den König und eindringlichen Gesprächen mit dem Münchner Polizeipräsidenten, die Entscheidungsträger hätten jedoch weiterhin auf die staatlichen Machtmittel vertraut und die bevorstehende Gefahr nicht ernst genommen.¹²⁸⁰ Bei all diesen nachträglichen Versicherungen ist freilich auch in Rechnung zu stellen, dass Kahr selbst für die Sicherheit im Kreis Oberbayern – wenn auch unter faktischem Ausschluss Münchens¹²⁸¹ – zuständig war und deshalb durchaus ein Interesse daran hatte, hinterher Gedanken an eigene Versäumnisse möglichst zu zerstreuen. Und tatsächlich: Wenn Kahr der Staatsregierung vielleicht mit Recht vorwarf, sie habe sich angesichts der drohenden Unruhen wohl zu sehr in Sicherheit gewogen, erscheint umso auffälliger, dass er offenbar auch selbst noch keinen dringenden Anlass sah, den eigenen Terminplan der kritischen Situation anzupassen. Er reiste nämlich trotz der sich zuspitzenden Lage am 2. November 1918 nach Neuburg am Inn und Passau, nach eigener Aussage, um dort – bemerkenswerterweise im Regierungsbezirk Niederbayern – persönlich Vorbereitungen für eine Sicherung der Grenze nach Osten zu treffen und auf „seiner“ Burg nach dem Rechten zu sehen.¹²⁸²

Kahr war damit just zu dem Zeitpunkt von München abwesend, als die revolutionäre Dynamik in der Hauptstadt endgültig in Gang kam: Denn selbst wenn die Zeitungen noch weitgehendes Stillschweigen beachteten, trafen Anfang November auch in Bayern zweifellos die ersten Meldungen von Unruhen in Kiel und Wilhelmshaven ein, die überdies vom Militär offenbar nicht ohne weiteres unter Kontrolle gebracht werden konnten.¹²⁸³ Die Münchner Bevölkerung wurde in diesen Tagen zudem mehrfach von Luftalarm aufgeschreckt, der zwar letztlich nur von nicht angekündigten österreichischen Flugzeugen herrührte, jedoch nichtsdestoweniger allen die neue Bedrohung aus dem Süden drastisch vor Augen führte.¹²⁸⁴ Vor allem gelang jedoch der Protest- und

¹²⁸⁰ Kahr, *Mein Lebenslauf* (1933), pag. 85 f. Vgl. auch den Hinweis auf die gehegten Befürchtungen wenige Tage nach der Revolution: „Ich habe diesen Schicksalsgang mit ein paar Freunden in der Stille schon vor Wochen befürchtet, aber doch erst nach der Demobilmachung erwartet.“ (Kahr an Blümel vom 22.11.1918; Privatnachlass Kahr, Privatkorrespondenz).

¹²⁸¹ In der Stadt München war die königliche Polizeidirektion, d. h. Polizeipräsident Beckh, für die Aufrechterhaltung der Sicherheit verantwortlich, siehe hierzu Kapitel VIII A 2.1.3.

¹²⁸² Kahr-Erinnerungen, pag. 571 f.

¹²⁸³ Gerwarth, *Größe aller Revolutionen*, 97-111.

¹²⁸⁴ Vgl. die vom Stellv. Generalkommando publizierten „Verhaltensmaßregeln bei Luftangriffen“ (MNN Nr. 553 vom 1.11.1918) und die Schilderung im Tagebuch Marie Kerschensteiners II, Eintrag vom

Friedensbewegung mit einer Demonstration auf der Theresienwiese der entscheidende Schritt auf die Straße: Zwar zählte die erste USPD-Kundgebung am Sonntag, den 3. November¹²⁸⁵, noch nicht sehr viele Teilnehmer, einige Demonstranten formierten sich jedoch im Anschluss an die Ansprachen zu einem gemeinsamen Zug, um zum am Stadtrand gelegenen Gefängnis Stadelheim zu marschieren und dort die Freilassung der letzten Häftlinge des Januarstreiks zu fordern. Tatsächlich kamen nach einigen Kilometern Fußmarsch – u. a. durch die Arbeiterviertel Au und Giesing – einige hundert Personen vor den Gefängnistoren an, konnten dort jedoch ihr Ziel nicht erreichen. Die meisten Demonstranten machten sich daher wieder auf den Rückweg und setzten schließlich am späten Sonntagnachmittag den Empfang einer Delegation bei Innenminister Brettreich durch, der offenbar ohne großes Zögern Kontakt zum Oberreichsanwalt in Leipzig aufnahm; die notwendige Genehmigung traf dann auch rasch in München ein. Die Unabhängigen hatten also ihre Forderung im ersten Anlauf durchgesetzt und feierten diesen bemerkenswerten Erfolg am Abend mit einer Abschlusskundgebung vor dem Wittelsbacher Palais.¹²⁸⁶

Der am 4. November wieder in München eintreffende Kahr muss deshalb höchst irritiert gewesen sein, als er trotz dieser Meldungen auf eine immer noch selbstsichere und wahrscheinlich sogar erleichterte Staatsführung traf: Zwar hatten der König, das Kabinett und der Landtag diese Ereignisse sicherlich zur Kenntnis genommen, sie hatten in den vergangenen Tagen freilich in erster Linie um politische Reformen in Bayern gerungen und dabei nach schwierigen Verhandlungen eine Vereinbarung zur Parlamentarisierung Bayerns¹²⁸⁷ erzielt. Demnach musste sich die Staatsregierung ab sofort auf das Vertrauen der Kammer der Abgeordneten stützen, die ihrerseits fortan auch Einsprüche der häufig als reaktionär oder feudal kritisierten Reichsräte überstimmen konnte und bald nach Ende

5.11.1918 (Privatnachlass Kahr, Manuskripte): „Vormittags zwischen 10 u. 11 Uhr heulten die Sirenen ihr dreimal drohendes Zeichen u. krachten Alarmschüsse: Flieger, feindliche Flieger im Anzug. In den Keller! [...] Nach 3/4 Stunden etwa wurde durch ein weiteres vereinzelt Sirensignal: Gefahr vorüber gemeldet.“

¹²⁸⁵ Die Münchener Post (‘Friedensdemonstration’, in: MP Nr. 257 vom 4.11.1918) sprach in ihrem Artikel etwa von einem „kleine[m] Häuflein“, das sich am Sonntag Vormittag unter der Bavaria versammelt habe. Vgl. den Überblick zu den Ereignissen bei Julian Aulke, Räume der Revolution. Kulturelle Verräumlichung in Politisierungsprozessen während der Revolution 1918-1920 (Studien zur Geschichte des Alltags 31), Stuttgart 2015, 333-335.

¹²⁸⁶ ‚Kundgebungen in München‘, in: MNN Nr. 557 vom 4.11.1918; hierzu der Kommentar Kahrs: „Bald darauf erhielt ich die weitere Nachricht, der Minister des Innern habe, was mir schier unglaublich schien, noch nachts 11 Uhr die Führer des in der Stadt herumziehenden Pöbels zugelassen, mit ihnen verhandelt und auf Grund dieses Auftritts beim Oberstaatsanwalt des Reichsgerichts telegraphisch die Freigabe jener Gefangenen erwirkt.“ (Kahr-Erinnerungen, pag. 572). Vgl. auch die Schilderung des Vorgangs in der Selbstbiographie Karl Meyers (MJu 16 934), pag. 18 f.

¹²⁸⁷ Der Abdruck der Vereinbarung zwischen den Landtagsparteien in: ‚Die politische Neuordnung in Bayern‘, in: MNN Nr. 557 vom 4.11.1918.

des Krieges in allgemeinen Wahlen nach Verhältniswahlrecht neu gebildet werden würde. Wie im Reich sollte bis dahin ein Kabinett aus erfahrenen Fachministern und führenden Parlamentariern die Staatsgeschäfte leiten, während dem König auf politischer Ebene eine in erster Linie repräsentative Rolle zugeordnet war. Um den Weg für all diese Reformen frei zu machen, waren die bisherigen Minister dann auch am 2. November zurückgetreten und versahen nur noch geschäftsführend ihr Amt; Außenminister Otto von Dandl hatte abermals den Auftrag zur Regierungsbildung erhalten.¹²⁸⁸

Zu Beginn der neuen Arbeitswoche, am 4. November, ließen sich somit im Grunde zwei stark voneinander abweichende Lagebewertungen vertreten: Blickte der für die öffentliche Sicherheit mit verantwortliche Regierungspräsident mit Sorge auf die immer selbstbewusster auftretenden Unabhängigen, gingen gleichzeitig sowohl der König als auch die Sozialdemokratie eigentlich davon aus, den wichtigsten politischen Konflikt gerade erst entschärft zu haben und wollten nun mit der Umsetzung der vereinbarten Reformen beginnen. Am 5. November traf außerdem die lange erwartete Einladung Deutschlands zu Waffenstillstandsgesprächen ein, womit der Friede endlich in greifbare Nähe zu rücken schien.¹²⁸⁹ Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund wird dann auch durchaus nachvollziehbar, weshalb u. a. Erhard Auer seinen Kontrahenten Eisner offenbar vorerst für „erledigt“ hielt und ohne größere Bedenken auf den Vorschlag einer gemeinsamen Friedensdemonstration einging.¹²⁹⁰

Kahr kam sich hingegen wohl eher wie ein einsamer Rufer in der Wüste vor, da seine Versuche, u. a. die Ministerien vom Ernst der Lage zu überzeugen und auf stärkere Sicherheitsmaßnahmen zu drängen, nicht fruchteten. Wohl ohne es zu wissen, war er mit diesem Gefühl jedoch keineswegs allein in der Stadt: So wurden auch der Tabakfabrikant Eugen Zentz¹²⁹¹ oder Georg August Baumgärtner, Redakteur der MNN, mehrfach bei Polizeipräsident Beckh und Innenminister Brettreich vorstellig, um die Gründung einer Bürgerwehr anzuregen, waren dabei jedoch gleichfalls auf Skepsis und Zurückhaltung gestoßen, weshalb eine weitergehende Initiative unterblieb.¹²⁹²

¹²⁸⁸ Hermann Rumschöttel, Bayerische Innen- und Verfassungspolitik 1912-1918. Chancen und Scheitern, in: Kronenbitter - Pöhlmann, Bayern, 189-200, hier: 197 f.

¹²⁸⁹ „Foch erwartet deutsche Parlamentäre“, in: Vossische Zeitung Nr. 568 vom 6.11.1918.

¹²⁹⁰ Diese Äußerung soll bei einer Besprechung zwischen den geschäftsführenden Ministern und den Fraktionsführungen der Landtagsparteien am 6. November 1918 gefallen sein, nicht alle Teilnehmer bestätigen dies allerdings, vgl. Schmalzl, Auer, 257.

¹²⁹¹ Zur Biographie von *Eugen Zentz* (1870-1945) vgl. den Überblick und die Quellenangaben bei Krauss (Hg.), Kommerzienräte, 722 f. Zentz war bereits seit 1919 Leiter der Vereinigung Heimatdienst Bayern, die bis 1921 im Wesentlichen ihre Tätigkeit einstellte, siehe Anm. 1528.

¹²⁹² Zentz und Baumgärtner hatten am 30. Oktober in einer kleinen Versammlung die Gründung eines sog. Ordnungsbundes beschlossen, der als Vorläufer des nach der Revolution gegründeten „Hilfsbundes der Münchener Einwohnerschaft“ (siehe Kapitel VI A 2.3.2) gelten kann. Baumgärtner berichtet dann in seinen

Aus der Sicht Kurt Eisners und der USPD schien sich indessen das soeben einen Spalt breit geöffnete Gelegenheitsfenster schon wieder zu schließen: Zwar hatte man es nach Jahren weitgehend isolierter Hinterzimmer-Versammlungen¹²⁹³ endlich in das Licht der Öffentlichkeit geschafft und sich als Sprachrohr der Friedensbewegung positioniert – doch ausgerechnet jetzt deutete alles darauf hin, dass am 8. November auch der Reichsrat den politischen Reformen zustimmen und wenige Tage später wohl ein Waffenstillstand mit den Westalliierten bekannt gegeben würde. Sollte Eisner dann auch die Reichstags-Ersatzwahl wie erwartet haushoch gegen Erhard Auer verlieren, wäre der schwachen USPD in Bayern wohl endgültig wieder aller Wind aus den Segeln genommen, während sich die „Mehrheitspartei“ im neu gebildeten Sozialministerium¹²⁹⁴ als wahrer Anwalt der Arbeiterschaft profilieren würde.

Kurz gesagt, am 6. und 7. November befanden sich also alle politischen Lager in München und Bayern in einer Phase gespannter Erwartung und Vorbereitung. Die großen Parteien im Landtag – und wohl auch die Mehrheit der Bevölkerung – verbanden mit dem politischen Neuanfang im Königreich große Hoffnungen und machten deshalb am 6.11.1918 einstimmig den Weg für die dazu notwendige Änderung des Wahlgesetzes frei.¹²⁹⁵ Am nächsten Tag veröffentlichten die Zeitungen dann auch bereits die neue Ministerliste¹²⁹⁶ und kündigten damit quasi den Vollzug der geschlossenen Vereinbarungen an. Sowohl die Politiker wie zugleich alle Angehörigen der Soldaten im Feld warfen nach Abreise der deutschen Verhandlungsdelegation außerdem ein ungeduldiges Auge auf die beginnenden Waffenstillstandsverhandlungen im Westen, wobei noch keine weitergehenden Nachrichten nach Deutschland gedrungen waren und

Aufzeichnungen von der Kontaktaufnahme mit Polizeipräsident Beckh: „Am Samstag 2. November rufe ich den Polizeipräsidenten an und erinnere ihn an meinen schon im Herbst [?] gemachten Vorschlag zu einer Bürgerwehr mit dem Hinweis darauf, daß unverkennbare Sturmzeichen auf eine Katastrophe weisen. Er teilt mit, daß er nichts befürchte u. auch im Ministerrat keine Sorge bestehe. Als ich diese Haltung bedaure, empfiehlt mir Beckh dem Minister Brettreich meine Befürchtung u. [unleserlich] mitzuteilen. Brettreich gibt mir auf Anruf zur Antwort, daß nichts zu befürchten und im übrigen alle Vorsichtsmaßnahmen getroffen seien.“ Vgl. Tagebuch des Redakteurs Georg August Baumgärtner (Stadtarchiv München, Familien 597), Eintrag vor „Oktober 1918“ (keine Paginierung) und den rückblickenden Bericht: Georg August Baumgärtner, Zehn Jahre Münchner Hilfstätigkeit 1914-1924. Ein Kapitel vaterländischen Opfersinns in Kriegs- und Nachkriegszeit, München 1924, 123 f.

Das Motiv der Warnung einer arglosen Regierung auch bei Geßler, Reichswehrpolitik, 108 f.

¹²⁹³ Hierzu der Überblick bei: Bernhard Grau, Studien zur Entstehung der Linken. Die Münchner USP zwischen 1917 und 1920, unveröffentl. Magisterarbeit München 1989.

¹²⁹⁴ Josef Anker, Das bayerische Staatsministerium für Soziale Fürsorge, seine Geschäftsbereiche in der Ministerialstruktur seit 1918 und seine archivalische Überlieferung im Bayerischen Hauptstaatsarchiv, in: Archivalische Zeitschrift 85 (2003), 221-257.

¹²⁹⁵ Verh. Landtag 1918, Bd. XX, 95 f.

¹²⁹⁶ Vgl. die namentliche Auflistung des geplanten Kabinetts in: Markus Schmalzl, Parlamentarische Reformversuche, in: Historisches Lexikon Bayerns [URL: <https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Parlamentarische_Reformversuche>; zuletzt eingesehen am 9.3.2021].

deshalb munter über die möglichen Bedingungen der Entente spekuliert wurde. Die Großdemonstration am Nachmittag des 7. November, einem Donnerstag, brachte schließlich den weitgehenden Stillstand des öffentlichen Lebens in der Hauptstadt mit sich: Nach Aufrufen der sozialdemokratischen Parteien und der freien Gewerkschaften begab sich nämlich ein großer Teil der organisierten Arbeiterschaft auf die Theresienwiese und ließ die Arbeit in den Betrieben weitgehend ruhen; auch die meisten Geschäfte in der Stadt blieben deshalb geschlossen.¹²⁹⁷

Nach eigener Aussage versuchte Kahr in dieser gespannten Ruhe nochmals, eine Verstärkung der Sicherungsmaßnahmen zu erreichen, stieß mit seiner Besorgnis jedoch nur bei Karl Meyer auf Verständnis, der als Ministerialrat im Justizministerium freilich über noch weniger praktischen Einfluss auf polizeiliche und militärische Entscheidungen verfügte als Kahr selbst. Den beiden Kollegen blieb deshalb nichts anderes übrig, als bei einem zufälligem Treffen im Hofgarten ihre Bedenken zu äußern und dann gegen drei Uhr nachmittags in besorgter Stimmung auseinanderzugehen¹²⁹⁸; zur gleichen Zeit begann auch die große Friedenskundgebung auf der Theresienwiese.

1.5 Machtloser Regierungspräsident: Der Umsturz am 7./8. November 1918

Die nun folgenden, schon sehr häufig beschriebenen Ereignisse¹²⁹⁹, d. h. der Vollzug des Staatsstreiches in München, dürfen als bekannt vorausgesetzt werden: Nach Ende der Veranstaltung schloss sich Kurt Eisner nicht dem vereinbarten Demonstrationzug ins Stadttinnere an, sondern führte seine Anhängerschar direkt zu den nahegelegenen Kasernen und brachte – nach einigen Testläufen bei kleineren Einheiten – tatsächlich eine revolutionäre Aufstandsbewegung in Gang. Von entscheidender Bedeutung war hierbei,

¹²⁹⁷ So erschienen aufgrund der Arbeitsniederlegungen am Nachmittag des 7. November keine Zeitungen, vgl. die Ankündigung in MNN Nr. 564 vom 7.11.1918 (Vormittagsausgabe).

¹²⁹⁸ Vgl. die allerdings durchaus voneinander abweichenden Darstellungen der Begegnung durch die beiden Protagonisten:

Kahr-Erinnerungen, pag. 575: „Als ich das Ministerium verließ, begegnete ich dem Staatsrat Meier vom Justizministerium im Hofgarten, sagte ihm wie ich die Lage beurteile und erzählte ihm meine eben mit dem Polizeireferenten des Ministeriums gehabte Unterredung. Staatsrat Meier gab mir vollkommen recht. Und leider, leider habe ich recht behalten.“

Demgegenüber die Schilderung in der Selbstbiographie Meyers in MJu 16 934, pag. 20: „Ich ging nachmittags um 3 Uhr in Begleitung meiner Frau auf das Büro. Im Hofgarten begegneten uns zwei Töchter des Königs, die nichts ahnend auf den Englischen Garten zuzogen. Unter dem Hofgartentor stand Herr von Kahr, der Regierungspräsident von Oberbayern, der nach der Briennerstraße ausschaute und auf meine Frage, was er da tue, bemerkte, alles sei in Ordnung, es passiere nichts.“

¹²⁹⁹ Allan Mitchell, *Revolution in Bayern 1918-1919. Die Eisner-Regierung und die Räte-Republik*, München 1967, 80-87; Grau, *Eisner*, 343-355; Köglmeier, *Rätegremien*, 37-49; Thomas Grasberger, *Die Revolution 1918/19 in München*, in: Braun, *Revolution in München*, 67-95, hier: 67-74; Manfred Peter Heimers, „Majestät, schaug`n`S daß hoamkomma“ - München und die Geburtsstunde einer neuen Staatsordnung im November 1918, in: Angermair - Heusler (Hg.), *Machtwechsel*, 27-56.

dass der im Grunde relativ überschaubare Pulk der Unabhängigen bei diesem Unterfangen nicht lange allein blieb, eine wachsende Zahl unzufriedener Soldaten schloss sich vielmehr kurzentschlossen an und hob damit schnell die für solche Situationen typische Konstellation Ordnungskräfte versus Unruhestifter auf. Die Rebellion einer politischen Minderheit nahm damit schnell den Charakter eines Militärstreiks an und ließ das Selbstvertrauen und den Tatendrang der Aufständischen schnell anwachsen: Bunt gemischte Züge aus Uniformierten, unterernährten Arbeiterfrauen oder vom Auftritt Eisners schlicht begeisterten Demonstranten machten sich deshalb bald aus eigener Initiative zu den großen Kasernen der Stadt auf und stießen weder auf dem Marsfeld noch im Bereich der Dachauer Straße auf effektiven Widerstand. Viele Soldaten sahen schlicht nicht mehr ein, weshalb sie nun in Bereitschaft gegen eine offenbar harmlose Friedenskundgebung gehalten wurden, wenn der Krieg doch ohnehin bereits verloren war und der Waffenstillstand in Kürze geschlossen werden sollte. Wie von Kahr schon längere Zeit beobachtet, bestand ein beträchtlicher Teil der Ersatztruppen außerdem aus unerfahrenen Rekruten oder wieder einsatzfähigen Verwundeten¹³⁰⁰, die meist wenig Neigung verspürten, in den letzten Wochen des Krieges womöglich doch noch bzw. ein weiteres Mal an die Front versetzt zu werden. Die plötzlich vor den Kasernentoren auftauchenden Demonstranten erschienen vielen deshalb als unverhoffte und einmalige Gelegenheit, jetzt ohne große Gefahr für die eigene Person den Gehorsam zu verweigern und sich dem Protest anzuschließen – wenn bereits bereits die ersten Kameraden mit den revoltierenden Volksmassen marschierten, hatten die vorgesetzten Offiziere ja offenbar inzwischen jede Autorität eingebüßt.

Unter diesen Umständen trug dann selbst der von Mehrheitspartei organisierte, eigentlich als machtvoller, aber disziplinierter Abschluss der Veranstaltung gedachte Demonstrationzug in Richtung Friedensengel – d. h. durch das Stadtzentrum – zur weiteren Eskalation bei¹³⁰¹ und beschleunigte den Kontrollverlust der Behörden: Nach Ende der Hauptkundgebung unter der Bavaria bewegte sich der Gros der Teilnehmer nämlich zunächst auf mehreren Wegen Richtung Karlsplatz und fand sich erst vor der Residenz nochmals zu einer geschlossenen Marschordnung zusammen, um den letzten

¹³⁰⁰ Siehe Anm. 1208. Vgl. den diesbezüglichen Kommentars Hofmillers, Revolutionstagebuch, 46: „Das ist eigentlich das Schmäbliche am alten System, daß es vor lauter Ersatzabteilungen kapituliert hat.“

¹³⁰¹ Es erscheint durchaus bemerkenswert, dass die Route des offiziellen Demonstrationzuges meist kaum Beachtung findet, sondern häufig nur auf die Abschlusskundgebung am Friedensengel hingewiesen wird. Vgl. hierzu ausführlicher die Darstellung in: ‚Die Kundgebung auf der Theresienwiese‘, in: MNN Nr. 565 vom 8.11.1918, darin etwa: „Auf dem Wege von der Theresienwiese bis zur Residenz waren aus dem Massenzuge mehrere Abteilungen geworden, die mit kleinen oder größeren Zwischenpausen vor der Residenz eintrafen, um hier im Vorbeimarsch oder durch kurzen Aufenthalt zu demonstrieren.“

Teil der Strecke durch die ausreichend breite Maximilianstraße wieder gemeinsam zu absolvieren. Diese Route führte zwar am direktesten zum Friedensengel, der Sammelplatz vor dem symbolträchtigen Königsschloss war angesichts der herrschenden Stimmung jedoch sehr unglücklich gewählt – zumal der Zug einer so großen Menschenmenge durch die z. T. engen Gassen ohnehin bereits die halbe Innenstadt in Aufruhr versetzt hatte. Tatsächlich gelang es den Organisatoren dann längst nicht mehr, alle Teilnehmer der Kundgebung geschlossen auf die andere Seite der Isar zu führen, der gemeinsame Marsch franste stattdessen immer stärker aus und viele Demonstranten blieben etwa am Max-Joseph-Platz zurück – dort stimmte die Menge nun beispielsweise Schmählieder auf Ludwig III., den „Millibauern“, an und begann, revolutionäre Parolen zu skandieren. Angesichts der Rebellion in den Kasernen und der Unruhen im Stadttinnern sah sich die geringe Anzahl der verbliebenen loyalen Ordnungskräfte dann auch völlig überfordert und verlor bereits am frühen Abend jede Kontrolle über die Situation. Die hektischen Versuche des Kriegsministeriums, kurzfristig Truppen von außen heranzuziehen oder das Standrecht über die Stadt zu verhängen, verpufften deshalb auch wirkungslos; so erhielt die Kreisregierung von der entsprechenden Anordnung etwa erst um acht Uhr abends Kenntnis.¹³⁰² Im Zentrum der Haupt- und Residenzstadt hatte sich also innerhalb eines Nachmittags de facto ein Machtvakuum ergeben, weshalb auch der ausgerechnet in der Maximiliansstraße gelegene Amtssitz der Regierung von Oberbayern gegen 17 Uhr völlig schutzlos dastand: Mit seiner historistisch-repräsentativen Fassade bot sich der weitläufige Monumentalbau¹³⁰³ außerdem als geradezu ideales Ziel für die aufgebrachten Demonstranten dar, während es vor den architektonisch meist weniger herausstechenden Ministerialgebäuden weitgehend ruhig blieb.

Bei einsetzender Abenddämmerung wurde Gustav von Kahr dann wohl erst nach und nach klar, dass sich der große Platz vor seinem Amtssitz fast zum Zentrum des Protestes entwickelte und möglicherweise sogar eine Einkesselung oder ein Sturm des Gebäudes drohte: Denn nach dem geordneten Vorbeimarsch der offiziell angekündigten Demonstration füllte sich das sog. Maximiliansforum rasch mit einer kaum zu übersehenden, offenbar völlig unkoordinierten Menge und der „Hexentanz“ nahm seinen Lauf.¹³⁰⁴ Kahr traf angesichts dessen die Entscheidung, das Regierungspräsidium

¹³⁰² Kahr-Erinnerungen, pag. 580.

¹³⁰³ Vgl. hierzu: Sabine Rehm-Deutinger, Die Gebäude der Regierung von Oberbayern, in: Deutinger - Gelberg - Stephan (Hg.), Regierungspräsidenten, 51-70.

¹³⁰⁴ Kahr-Erinnerungen, pag. 576. Der Bericht über den Verlauf der Revolutionsnacht umfasst in den Kahr-Erinnerungen acht Manuskriptseiten; das Festhalten dieser Ereignisse war Kahr offenbar so wichtig, dass er seinen Kollegen Heinrich Jolas in einem persönlichen Gespräch darauf hinwies, er habe

möglichst vollständig abzudunkeln zu lassen sowie allen Mitarbeitern das Verbleiben im Amt freizustellen, während er selbst immer wieder telefonischen Kontakt zum Innenministerium bzw. zum Polizeipräsidium suchte. Die von dort erteilten Auskünfte¹³⁰⁵ fielen freilich geradezu niederschmetternd aus und zwar nicht nur, weil Kahr völlig ungeschminkt mitgeteilt wurde, dass nicht ein einziger Polizist abgestellt werden könne. Darüber hinaus zeichnete sich immer klarer ab, dass die nur noch geschäftsführende Staatsregierung offenbar überhaupt nicht mehr dazu kam, effektive Gegenmaßnahmen einzuleiten oder sich der Revolte zumindest demonstrativ entgegenzustellen: Im Festsaal des Mathäserbräus, d. h. direkt gegenüber dem Justizpalast, konnte Eisner stattdessen völlig unbehelligt einen Arbeiter- und Soldatenrat nach Kieler Beispiel bilden¹³⁰⁶, während sich das Kabinett bereits gegen 20 Uhr beinahe schon in sein Schicksal ergab und sich nur noch darauf beschränkte, alle möglichen Schritte zum Selbstschutz einzuleiten. Die Minister Dandl und Brettreich bedrängten daher Ludwig III., München sofort zu verlassen und brachten den König nach einigem Widerstreben dazu, sich zum Marstall zu begeben und dort auf die angeforderten Autos zu warten.¹³⁰⁷ Die anderen Kollegen versammelten sich wiederum im Kriegsministerium, mussten sich nach dem Ausbleiben der angeforderten Verstärkung jedoch weitgehend darauf beschränken, passiv die Fortentwicklung der Nachrichtenlage zu verfolgen. Selbst das erwies sich jedoch zunehmend als unmöglich, da die Revolutionäre nach der Besetzung des Post- und Telegraphenamtes den Telefonverkehr zwischen den Behörden weitgehend unterbrachen und damit bereits das Informationsmonopol in Händen hielten.¹³⁰⁸

Auch Gustav von Kahr sah sich deshalb gegen 22 Uhr fast vollständig von der Außenwelt abgeschnitten und nicht mehr in der Lage, in koordinierter Form auf die sich überstürzenden Ereignisse zu reagieren. Die Regierung von Oberbayern war jetzt im

„Aufzeichnungen über seine Erlebnisse gefertigt, die erst nach seinem Tode veröffentlicht werden dürften; in diesen Aufzeichnungen habe er unsern gemeinsam im Regierungsgebäude verbrachten Abend des 7. November 1918 erwähnt.“ (Jolas, Berufliche Erlebnisse II, pag. 44; NL Jolas 2).

¹³⁰⁵ Kahr-Erinnerungen, pag. 580.

¹³⁰⁶ Vgl. den rückblickenden Bericht des Bürodirektors des Landtags: Karl Will, Am 7. November 1918, in: Das Bayerland. Illustrierte Halbmonatsschrift für Bayerns Land und Volk 45 (1934), 102-104.

¹³⁰⁷ König Ludwig III. schilderte Kahr den Verlauf der Ereignisse bei einem Besuch in Wildenwarth Anfang Januar 1921 wie folgt: „Am Revolutionstag habe er – der König – noch einen Spaziergang in den Engl. Garten unternommen, sei dann von einem Polizisten zur schleunigen Heimkehr veranlaßt worden; bei der Rückkehr seien aber alle Eingänge der Residenz verschlossen gewesen. Am 7. November, abends 9 Uhr, hätten ihn, als er eben im Begriffe stand, sich zur Ruhe zu begeben, die Minister D. und B. aufgesucht und eindringlichst zur sofortigen Abreise vermahnt. Alles sei so schlecht vorbereitet gewesen, daß weder ein Chauffeur noch Benzin zur Verfügung standen.“ (Tagebuch Kahr 1921-A, pag. 2 f.)

¹³⁰⁸ Kahr-Erinnerungen, pag. 579; Franz J. Bauer (Bearb.), Die Regierung Eisner 1918/19. Ministerratsprotokolle und Dokumente (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Erste Reihe, Band 10), Düsseldorf 1987, XV f.

Grunde handlungsunfähig, da sie mangels verlässlicher Informationen völlig den Überblick über die Situation der Stadt verlor und von sich aus auch die äußeren Behörden nicht mehr mit aktuellen Instruktionen versehen konnte. Führt man sich diese Situation vor Augen, stellte sich damit eigentlich gar nicht mehr die Frage, ob man nicht doch versuchen sollte, sich der Revolte entgegenzustellen: Es blieb nur noch übrig, die wichtigsten Vorkehrungen für den Notfall zu treffen, d. h. vertrauliche Akten und die Amtskasse in Sicherheit zu bringen, sowie die noch im Gebäude verbliebenen Beamten möglichst unauffällig zu evakuieren; dies schien allerdings leichter gesagt als getan, da sich gleichzeitig die drängende Frage stellte, wo unter diesen Umständen überhaupt noch Schutz zu finden sei.

Kahr war daher sicherlich sehr erleichtert, als plötzlich das unerwartete Angebot des Präsidenten der Versicherungskammer, also des seit Erdinger Zeiten eng befreundeten Kollegen Ferdinand von Englert, eintraf, das Personal im benachbarten Dienstgebäude unterzubringen und selbst mit Frau und Töchtern die Nacht in der eigenen Privatwohnung zu verbringen. Tatsächlich war vor der etwas abseits gelegenen Versicherungskammer kaum mit Unruhen zu rechnen, weshalb der Vorschlag dankbar angenommen wurde und Kahr um ca. 23 Uhr als letzter den eigenen Amtssitz durch ein dunkles Treppenhaus verließ und wenige Minuten später mit einigen Aktenbündeln bei den Englerts eintraf.¹³⁰⁹

Der Regierungspräsident und seine Untergebenen befanden sich also vorläufig in Sicherheit, ungeachtet dessen mutete die Situation fast unwirklich an: Der Hauptverantwortliche für die Sicherheit im Bezirk Oberbayern saß nun mitten während eines Umsturzes versteckt in der Wohnung eines Freundes und zwar ohne zu wissen, was in der Stadt und auf dem Land eigentlich vor sich ging. Selbst das Regierungspräsidium lag völlig verlassen da und konnte jederzeit in die Hand der Revolutionäre fallen, wobei von der Straße her immer wieder Schüsse zu vernehmen waren. Unter diesen Vorzeichen war an Schlaf nicht zu denken: Kahr und die um ihn versammelte Runde befahl stattdessen offenbar ein Gefühl der Ausweglosigkeit und der Resignation, über dem auch die bange

¹³⁰⁹ Kahr-Erinnerungen, pag. 581. Vgl. die analoge Darstellung von Ferdinand Englerts Sohn (Ludwig Englert, *Erinnern Sie sich? Wie ein Durchschnittsbürger die letzten 70 Jahre deutsche Geschichte erlebte*, Teil II, pag. 3 - in den 1970er Jahren verfasstes Manuskript; Monacensia LE M 123) „Was vor sich gegangen war, erfuhren wir abends durch die Familie Kahr, die damals nicht weit von uns entfernt in der Regierung von Oberbayern, kurz Regierung genannt, in der Maximilianstr. eine Dienstwohnung bewohnte. Sie waren anscheinend durch ihren Hausmeister, Herrn Sontheimer, von den Ereignissen in Kenntnis gesetzt worden, der im Erdgeschoss wohnte und deshalb einen besseren Kontakt zur Straße hatte. [...] Es war damit zu rechnen, dass die Leute Eisners auch die ‚Regierung‘ besetzen würden. Die Familie von Kahr befand sich also in unmittelbarer Gefahr. Wir riefen sie deshalb an und schlugen ihnen vor, die Nacht bei uns in dem politisch ungleich weniger gefährdeten Amt meines Vaters zu verbringen, wo auch wir eine Dienstwohnung bewohnten.“

Frage stand, was man nach Tagesanbruch wohl vorfinden würde. Da ergebnisloses Hadern über die Lage freilich auch nicht weiterführte, kamen die befreundeten Familien überein, die trüben Gedanken vorerst auf sich beruhen zu lassen und suchten Ablenkung im gegenseitigen Vorlesen unterhaltender Geschichten, etwa der bayerischen Autoren Georg Queri und Josef Ruederer.¹³¹⁰

Nach einigen Stunden angespannten Zeitvertreibs konnte Kahr dann jedoch das Bedürfnis, ein paar Straßen weiter nach dem Rechten zu sehen, nicht mehr länger unterdrücken und begab sich früh morgens wieder zurück ins verwaiste Regierungspräsidium. Die nächtlichen Unruhen waren inzwischen weitgehender Stille gewichen, weshalb er ohne jede Störung alles in Augenschein nehmen und schließlich an seinen Gastgeber beruhigende Nachrichten übermitteln konnte. Kahr kehrte daher mit seiner Familie in die eigene Dienstwohnung zurück¹³¹¹, davon, dass er wie Englert nun seine „Dienstgeschäfte wie an jedem Tag“¹³¹² wieder aufnahm, konnte freilich keine Rede sein: Zwar hatten sich die Befürchtungen einer nächtlichen Besetzung des Regierungsgebäudes nicht erfüllt, am sprichwörtlichen Morgen danach verfügte der Regierungspräsident indes weiterhin über keinerlei dienstliche Instruktionen aus dem Ministerium und konnte nur aus den Zeitungen ersehen, dass Kurt Eisner als Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrates den „Volksstaat Bayern“ proklamiert habe¹³¹³ – ein Kontakt zum erst in Bildung begriffenen Revolutionskabinett war logischerweise noch nicht hergestellt, doch auch die Haltung der bisherigen Minister und der Verbleib des Königs lagen vorerst im Dunkeln.

1.6 Am Morgen danach: Das Ringen um Gewissheit

Bevor Kahr also überhaupt daran denken konnte, wieder aktiv ins Geschehen einzugreifen, musste er am besagten Vormittag erst einmal versuchen, Klarheit über den Stand der Dinge zu erhalten und sich ein zweifelsfreies Bild darüber zu verschaffen, ob die Revolution tatsächlich zur unumkehrbaren Tatsache geworden war. Eine solche Frage mag im Nachhinein wenig plausibel klingen – immerhin war Kurt Eisner inzwischen vollkommen Herr der Lage –, zumindest aus der Perspektive des frühen 8. November

¹³¹⁰ Englert, Durchschnittsbürger (Monacensia LE M 123), pag. 3.

¹³¹¹ Kahr-Erinnerungen, pag. 584: „Morgens gegen 3 Uhr kehrte ich in das Regierungsgebäude zurück. Meine Frau und Ilse und die beiden Mädchen wollten mich unter keinen Umständen allein gehen lassen; so kehrten wir denn in stockfinsterner Nacht wieder in unsere lieben Räume zurück und harrten des Schicksals.“

¹³¹² Englert, Durchschnittsbürger (Monacensia LE M 123), pag. 3.

¹³¹³ Die Proklamation in: Peter Kritzer, Bayern ist fortan ein Freistaat, Rosenheim 1992, 106-108.

1918 blieben jedoch Unwägbarkeiten bestehen, über die nun möglichst rasch Gewissheit erlangt werden musste: Wie würde etwa das flache Land auf die Machtübernahme der unabhängigen Sozialdemokratie, also der radikalsten Vertreter der städtischen Konsumenten, reagieren? Würde die in ihrer Mehrheit christlich-konservativ gesinnte Bauernschaft die Proklamation eines sozialistischen Staates tatsächlich ohne Widerstand hinnehmen? Wie stand es außerdem mit den in Kürze nach Hause kehrenden Fronttruppen? Waren alle Einheiten wirklich einverstanden, in Zukunft einer republikanischen Armee anzugehören, nachdem sie über vier Jahre lang in der Uniform des Königs gekämpft hatten? Musste eventuell mit einem Eingreifen des Reiches gerechnet werden, nachdem Bayern mit dem Umsturz vorgeprescht war? Und schließlich: Konnten und wollten die Beamten unter den veränderten Vorzeichen überhaupt weiter ihren Dienst versehen? Immerhin hatten sie alle Ludwig III. ihren Treueeid geschworen und waren somit im Grunde gar nicht in der Lage, eine Dienstverpflichtung gegenüber der neuen Regierung einzugehen. Und in der Tat: Welchen Wert hätte die Abgabe einer solchen Erklärung auch gehabt, wenn damit gleichzeitig ein noch bestehender Eid gebrochen werden musste?

Bei aller Niedergeschlagenheit über die Erlebnisse der vergangenen Nacht und die faktische Machtübernahme der Revolutionäre hatte Kahr also durchaus noch Anlass, zumindest eine vage Hoffnung auf eine neuerliche Wende der Dinge aufrecht zu erhalten. Die erste Begegnung mit dem abgesetzten Innenminister fiel dann jedoch wenig ermutigend aus: Zwar war es Gustav von Kahr am Nachmittag des 8. November endlich gelungen, Friedrich von Brettreich persönlich im Ministerium zu sprechen, er traf seinen bisherigen Vorgesetzten allerdings soeben beim Ausräumen des eigenen Büros an. Will man den Ausführungen Kahrs¹³¹⁴ hier Glauben schenken, nahm Brettreich den Vortrag seines ehem. Staatsrates, der u. a. auf den entstandenen Loyalitätskonflikt hinwies, relativ wortkarg entgegen und stimmte schließlich nur zu, dass die Beamten vorerst nur unter Vorbehalt weiterarbeiten könnten. Hingegen zog der scheidende Innenminister in dem Gespräch nicht einmal andeutungsweise in Zweifel, dass die Revolution gelungen sei und machte damit deutlich, dass aus seiner Sicht die Würfel im Grunde gefallen waren; Kahr wartete auch vergeblich auf irgendwelche Instruktionen oder kollegiale Empfehlungen, wie er sich ab sofort verhalten solle.

Angesichts dieser Sachlage blieb auch den dezidiert monarchisch gesinnten Beamten nichts Anderes übrig, als sich untereinander über das weitere Vorgehen zu verständigen

¹³¹⁴ Kahr-Erinnerungen, pag. 592.

– auch wenn weiterhin keine Informationen vom König zu bekommen waren. Am Samstag Vormittag, dem Tag der Revolution in Berlin, fand sich Kahr deshalb mit zahlreichen Kollegen wieder im Innenministerium ein, verständigte sich mit ihnen über die gegenüber dem Revolutionskabinett einzunehmende Haltung und verfolgte dann offenbar in gespannter Erwartung, wie u. a. Guido Brand¹³¹⁵ und Franz Xaver Schweyer bei Erhard Auer vorsprachen und energisch darauf bestanden, als Voraussetzung für die weitere Mitarbeit einen Gewissensvorbehalt anzuerkennen.¹³¹⁶ Der neue Innenminister sagte der wartenden Runde schließlich zu, den Wunsch der Beamten nach einer Weiterarbeit ohne die zunächst geforderte Eidesleistung zu vertreten und traf mit dieser Position auch im Ministerrat auf Zustimmung.¹³¹⁷ Die versammelten Kollegen einigten sich außerdem darauf, eine neue Standesvertretung für alle höheren Staatsbeamten ins Leben zu rufen und stellte sich damit darauf ein, ihre Interessen in Zukunft auch kooperativ zu vertreten.¹³¹⁸

Mit der Zustimmung zu diesem Schritt hatte sich also auch Gustav von Kahr bereits mit der neuen politischen Lage abgefunden, als am Nachmittag des 9. November in der Stadt plötzlich das Gerücht die Runde machte, Kronprinz Rupprecht marschiere mit einigen Armeeeinheiten auf München zu und stehe deshalb kurz davor, der Revolution doch noch ein schnelles Ende zu bereiten. Im Regierungspräsidium sollte in diesen Minuten eigentlich eine Sitzung der Referenten aller Kammern beginnen, der aus dem Innenministerium zurückgekehrte Präsident stimmte einer Vertagung jedoch in freudiger Überraschung zu und harrte mit einigen Kollegen „in größter Spannung der Dinge, die da kommen sollten“¹³¹⁹. Kurze Zeit später erwies sich die vermeintliche Gegenrevolution

¹³¹⁵ *Guido Brand* (1859-1925) war Ministerialrat im StMI und seit 1916 als Referent für Landwirtschaft und Ernährung zuständig, d. h. hatte zu den engsten Mitarbeitern Kahrs als Staatsrat gehört; er wechselte 1919 als Senatspräsident zum Verwaltungsgerichtshof, vgl. dessen Personalakt MInn 64 085.

¹³¹⁶ Anton Hauptmann, damals Ministerialrat im Kultusministerium, spricht in seiner Darstellung (Erlebnisse aus den Kriegs- und Revolutionsjahren 1914-1920, pag. 150 f.; BayHStA, Abt. IV, HS 931) davon, der Regierungspräsident habe die Zusammenkunft der Ministerialbeamten geleitet und bezieht sich dabei offenbar auf die auch von Kahr erwähnte Vorbesprechung zur grundsätzlichen Klärung der zu vertretenden Position am Morgen des 9. November (Kahr-Erinnerungen, pag. 594).

Danach gehörte Kahr der zu Minister Auer entsandten Abordnung wohl jedoch nicht an, sie setzte sich nach seiner Schilderung aus Ludwig von Knözinger, Guido Brand, Franz Xaver Schweyer sowie zwei Vertretern der mittleren und unteren Beamtenschaft zusammen. (Kahr-Erinnerungen, pag. 594 f.)

¹³¹⁷ Franz J. Bauer (Bearb.), *Die Regierung Eisner 1918/19. Ministerratsprotokolle und Dokumente* (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Erste Reihe, Band 10), Düsseldorf 1987, Dok. 1a (Ministerratssitzung vom 9.11.1918).

¹³¹⁸ Kalmer, *Beamtenschaft und Revolution*, 222-227.

¹³¹⁹ Kahr-Erinnerungen, pag. 600.

freilich als blinder Alarm und bald verkündeten Plakate in der ganzen Stadt, dass kein Grund bestehe, sich wegen derart haltlosem Gerede in Aufregung versetzen zu lassen.¹³²⁰ Passend zu dieser Episode gingen danach auch die letzten heimlichen Hoffnungen Kahrs auf eine Wendung der Dinge innerhalb kurzer Zeit zu Bruch: Denn traf zweifellos noch am gleichen Tag in München die Meldung ein, dass nun auch in Berlin die Republik ausgerufen sei, bestätigten sich außerdem bald die Nachrichten von der Flucht Wilhelms II. nach Holland. Der gerne in martialischer Herrscherpose auftretende Souverän hatte sich also einfach abgesetzt und hinterließ ein Machtvakuum, das der aus SPD und USPD gebildete Rat der Volksbeauftragten ohne jeden Widerstand für sich beanspruchen konnte. Angesichts dieser vielfach als Desertion vom eigenen Heer gedeuteten Abreise sahen selbst gut monarchisch gesinnte Beamte wie Kahr und sein Referent Heinrich Jolas keinen Anlass mehr, die Kritik am bisherigen Staatsoberhaupt im persönlichen Gespräch irgendwie zu dämpfen, wobei der Regierungspräsident die Unterhaltung angeblich mit der resignierten Bemerkung „Ja, der Kaiser ist kein mutiger Mann“ beendete.¹³²¹ Letzte und endgültige Gewissheit über den Sieg der Revolution will Kahr sodann erhalten haben, als nach Genehmigung der OHL auch im Frontheer Soldatenräte gebildet wurden und die Alliierten mit der Unterzeichnung des Waffenstillstands die Legitimität der republikanischen Regierung anerkannten: Die Spekulation auf die vor der Rückkehr in die Heimat stehenden Truppen hatte sich damit auch erübrigt, wobei Kahr angesichts dieser OHL-Anordnung nicht einmal Hindenburg im Rückblick von Kritik verschonte.¹³²²

Kahr blieb also keine andere Wahl, als sich der Revolutionsregierung zur Verfügung zu stellen und von seinem neuen Vorgesetzten, den SPD-Parteivorsitzenden Erhard Auer, erste Instruktionen zu erbitten. Damit ausgestattet, zeigte sich der Regierungspräsident von Oberbayern dann am Montag, den 11. November, erstmals wieder in der Öffentlichkeit, auch wenn seine Aufgabe nur darin bestand, den für diesen Tag einberufenen Landrat mit Verweis auf die Ereignisse der letzten Tage vorläufig zu vertagen. Wie auch die Presse sofort aufmerksam registrierte, hatte Kahr bei diesem

¹³²⁰ ‚Die Ereignisse am Samstag und Sonntag‘, in: MP Nr. 263 vom 11.11.1918. Vgl. das Plakat „Blinder Lärm“, Faksimile bei: Karl-Ludwig Ay (Hg.), Appelle einer Revolution. Das Ende der Monarchie - Das revolutionäre Interregnum - Die Rätezeit, München 1968, Anlage 19.

¹³²¹ Vgl. Jolas, Berufliche Erlebnisse II, pag. 42. (NL Jolas 2)

¹³²² Ulrich Kluge, Soldatenräte und Revolution. Studien zur Militärpolitik in Deutschland (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 14), Göttingen 1975, 133-144. Vgl. Kahr-Erinnerungen, pag. 611: „Bald nach dem Ausbruch der Revolution erliess Generalfeldmarschall von Hindenburg, wohl im Hinblick auf die überhand nehmende Disziplinlosigkeit, den Befehl in allen Regimentern Soldatenräte zu bilden. Als ich das hörte, war meine stille Hoffnung auf eine Restitution durch die heimkehrende Frontarmee vernichtet.“

Auftritt auf die königliche Beamtenuniform verzichtet und war mit seinen Kollegen stattdessen im schwarzen Gehrock erschienen. Er sprach außerdem davon, dass er inzwischen „Fühlung mit dem neuen Ministerium“ aufgenommen habe und erkannte somit ausdrücklich die neuen Machtverhältnisse an.¹³²³

2. Unter der Regierung Eisner

2.1 Zwischen Empörung und Resignation: Die Beurteilung der Revolution durch einen konservativen Beamten

Die am 14. November in München eintreffende Anifer Erklärung¹³²⁴, mit der Ludwig III. seine Beamten vom geleisteten Treueid entband, bestätigte letzten Endes also nur noch, was sich ohnehin bereits vollzogen hatte: Die Staatsdiener verblieben fast ausnahmslos in ihren Stellungen und nahmen die Arbeit nach einigen turbulent verlaufenen Tagen wieder auf – ein Streik hätte einfach ein zu großes Risiko dargestellt, sowohl für die Beamten selbst, aber auch in Hinblick auf die Folgen einer gelähmten Verwaltung. Kahr gestand indes auch ein, dass er bei aller rationalen Einsicht in diese Argumentation immer wieder darüber nachgesonnen habe, ob es vielleicht nicht doch besser gewesen wäre, unter den herrschenden Umständen jede weitere Dienstleistung kategorisch zu verweigern und ruhig abzuwarten, wie die revolutionäre Regierung innerhalb weniger Tage zusammenbrechen würde.¹³²⁵ Solche destruktive Gedanken an einen mit innerer Schadenfreude herbeigesehten Kollaps sind dabei nur zu verstehen, wenn man sich in einer ersten Zwischenbilanz den Gemütszustand vor Augen führt, den die soeben erlebten Ereignisse bei Kahr und zahlreichen Gesinnungsgenossen unmittelbar hinterließen.

So bedeutet es keine Überraschung, dass Kahr bei seiner ganzen persönlichen Einstellung der Revolution und ihren Zielen völlig ablehnend gegenüber stand, allerdings würde es zu kurz greifen, diese Reaktion allein auf seine politische Gegnerschaft oder auf die sich überstürzenden Ereignisse zurückführen zu wollen. Kahr sprach vielmehr noch Jahre später mit voller Überzeugung vom „Verbrechen“ der Revolution¹³²⁶ und machte damit

¹³²³ „Der Landrat von Oberbayern vertagt“, in: MNN Nr. 570 vom 11.11.1918.

¹³²⁴ Florian Sepp, Anifer Erklärung, 12./13. November 1918, in: Historisches Lexikon Bayerns [URL: <https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Anifer_Erklärung,_12./13._November_1918>; zuletzt eingesehen am 11.3.2021].

¹³²⁵ Kahr-Erinnerungen, pag. 593. Von Seiten der Gothaer Lebensversicherung erhielt Kahr im Dezember 1918 sogar das Angebot, dort eine vakante Vorstandsabteilung zu übernehmen, wenn er es angesichts der nun eingetretenen Umstände vorziehe, freiwillig aus dem Staatsdienst auszutreten (Samwer an Kahr vom 10.12.1918; NL Kahr 16). Er folgte freilich der Bitte, die Karl Samwer einen Monat zuvor in einem persönlichen Schreiben ausgesprochen hatte: „Sie bringen dem Vaterland ein hoffentlich fürchtbares Opfer, indem Sie sich an den Staatsgeschäften weiter beteiligen.“ (Samwer an Kahr vom 14.11.1918; NL Kahr 16)

¹³²⁶ Kahr-Erinnerungen, pag. 200, 208, 238, 274, 590, 907, 1024.

nicht nur persönlicher Frustration, sondern auch seiner prinzipiellen Empörung über den Ablauf der Ereignisse Luft: Denn für ihn – und manch andere – war es schlicht politischer Selbstmord und gemeiner Landesverrat, just zum Zeitpunkt der Verhandlungen mit dem siegreichen Feind einen inneren Umsturz herbeizuführen, d. h. Deutschland völlig wehrlos zu machen und auf Gedeih und Verderb der Entente auszuliefern.¹³²⁷ Kahr sah sich damit auch in seiner Einschätzung bestätigt, dass eine Demokratisierung in Zeiten der Not nur weiteres Unheil anrichten könne, da sie nur zu innerer Zersplitterung und Uneinigkeit führe und die eigentlich notwendige Konzentration aller Kräfte auf das vitale Interesse der Nation geradezu unmöglich mache.¹³²⁸

Aus Sicht dieser Kritik zeigten sich die mit größerer Machtfülle ausgestatteten Volksvertreter und Parteien dann auch in keiner Weise der neu übernommenen Verantwortung gewachsen: Waren sie nicht schon daran gescheitert, ihre Anhänger hinter der von ihnen gebildeten neuen Regierung zu versammeln und hatten stattdessen wie paralysiert zugesehen, wie eine radikale Minderheit mit Gewalt die eigene Agenda durchsetzte – und das, nachdem sie erst wenige Tage zuvor den Triumph des Parlamentarismus über die Willkürherrschaft alldeutscher Machtcliquen verkündet hatten? Zeugte es nicht außerdem zumindest von grenzenloser Naivität, die Wählerschaft zu umgarnen, indem man nun den Willen des Volkes zur neuen Richtschnur staatlichen Handelns erhob, das Gemeinwesen damit aber faktisch auf den schwankenden Boden der öffentlichen Meinung stellte, d. h. letztlich den Launen der ungebildeten Masse auslieferte? Und erschien es sodann nicht bezeichnend, dass schon in den ersten Tagen der Republik zahlreiche Sozialdemokraten in einflussreiche Ämter drängten und – gemäß dem Grundsatz der Parteibuchwirtschaft – z. T. ohne Rücksicht auf ihre fachliche Qualifikation die beanspruchten Posten erhielten?¹³²⁹

¹³²⁷ Ebd., 1024. Vgl. andere entsprechende Einschätzungen von konservativer Seite: Kirsten Heinsohn, Zusammenbruch und Kontinuitäten. Konservative Reaktionen auf die Revolution 1918/19, in: Andreas Braune - Michael Dreyer (Hg.), Zusammenbruch, Aufbruch, Abbruch? Die Novemberrevolution als Ereignis und Erinnerungsort (Weimarer Schriften zur Republik 6), Stuttgart 2019, 85-99, hier: 92.

¹³²⁸ Kahr-Erinnerungen, pag. 568: „Nicht Demokratisierung, nicht Vervielfachung der Regierungsmänner, nicht Vermehrung der Zweifel und Widersprüche im Schosse der Regierung, nicht Verschleierung der Verantwortung ist in solchen stürmischen Zeiten die Rettung des Staates, sondern nur die Zusammenfassung aller staatlichen Kräfte in der Hand eines gegen sich und die Masse harten und rücksichtslosen, nur auf das Staatswohl eingestellten, mit grossen Machtvollkommenheiten ausgestatteten Staatsmannes. So haben es die alten Römer in ihrer grössten Zeit, wenn sie in grosser Not waren, gehalten und die Römer von damals waren wahrlich nicht dumm.“

¹³²⁹ Vgl. allgemein zur konservativen Kritik an der sozialdemokratischen Parteibuchwirtschaft: Klaus Sühl, SPD und öffentlicher Dienst in der Weimarer Republik. Die öffentlich Bediensteten in der SPD und ihre Bedeutung für die sozialdemokratische Politik 1918-1933 (Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der FU Berlin 53), Opladen 1988, 104-114.

Kahr betonte seine Frustration über die vermeintliche republikanische Ämterpatronage in den folgenden Jahren immer wieder, vgl. etwa die Kritik an der „Sorge um die parlamentarische Krippe“ (Kahr an

Glaubte Kahr also auf eine ganze Reihe sachlicher Gründe verweisen zu können, weshalb der Umsturz abzulehnen sei, kam dann freilich noch hinzu, dass auch persönliche Empörung über die moralischen Hypotheken, mit der die Revolution vom ersten Tag an belastet schien, sein hartes Urteil verfestigte. Betrachtete man die Ereignisse nämlich wie er aus der Warte eines politisierten Idealismus, bedeutete der Umsturz im Moment der Krise nichts weniger als einen schmachvollen Verrat an der Treue und Opferbereitschaft, die Front und Heimatfront über vier Jahre lang unter Beweis gestellt hatten. Seinem Eindruck nach war offenbar jedes Empfinden dafür verloren gegangen, welche Würdelosigkeit es darstellte, das Zeugnis der im Krieg geeinten Nation, den selbstlosen Einsatz für die gemeinsame Sache, nun einfach zum Frondienst für Kriegsverlängerer und Alldeutsche zu erklären und damit de facto herabzuwürdigen.¹³³⁰ Doch nicht nur das: Als Gipfel der Heuchelei stilisierten die Revolutionäre diese Selbstpreisgabe nun auch noch zu einem Akt der Befreiung, der allen Bayern endlich ein „Leben in Schönheit und Würde“¹³³¹ ermöglichen würde – Kahr verwies auch später immer wieder auf dieses Zitat

Stegemann vom 14.1.1923; Bundesarchiv Koblenz, NL Stegemann N 1353/11) und weitere Äußerungen in der Korrespondenz Stegemann: „Aber man fragt dort nicht, wer wäre der beste Arzt um Heilung zu bringen, die Frage lautet nur, welcher Parteimann wird die Regierung bilden.“ (Kahr an Stegemann vom 18.1.1927; N 1353/11); „Das Streben nach der Krippe ist halt leider in allen Parteien Gemeingut geworden und dabei kann Gutes nicht gedeihen.“ (Kahr an Stegemann vom 5.7.1928; N 1353/12); „Die Stellenjägerei zur Versorgung und Entlohnung der Parteisekretäre auf Staatsunkosten macht sich immer schamloser breit.“ (Kahr an Stegemann 21.2.1929; N 1353/12)

Es wurden jedoch auch Stimmen auf Seiten der Revolutionäre laut, dass sich einige Mitstreiter letztlich nur um den „Kampf um den Futtertrog“ kümmerten, vgl. Martin H. Geyer, Formen der Radikalisierung in der Münchener Revolution 1918/19, in: Helmut Konrad - Karin M. Schmidlechner (Hg.), Revolutionäres Potential in Europa am Ende des ersten Weltkrieges. Die Rolle von Strukturen, Konjunkturen und Massenbewegungen (Böhlau zeitgeschichtliche Bibliothek 16), Wien / Köln 1991, 63-88, hier: 64. Vgl. außerdem die von Heinrich Held vorgebrachte Kritik an der in einer parlamentarischen Demokratie allzu leichten Degradierung der Politik zum Geschäft und zur Postenjägerei: Menekes, Republik als Herausforderung, 126 f. b

¹³³⁰ Nach einer öffentlichen Vortragsveranstaltung des Generals Lettow-Vorbeck kontrastierte Kahr diese Erfahrung im Rückblick mit der Treue der Askari-Soldaten im Kolonialkrieg: „Rührend und beschämend war es, wenn er im einzelnen erzählte, wie treu und tapfer die schwarzen Soldaten bei den deutschen Offizieren aushielten und sich durch nichts abspenstig machen ließen, die Not, den Hunger und das viele Elend, das die Kreuz- und Querzüge durch Afrika mit sich brachten, zu ertragen und bei der Fahne schwarz-weiß-rot zu bleiben. [...] ‚So is recht‘, riefen ein paar feiste Zuhörer hinter ihrem Maßkrug hervor und hatten gar kein Empfinden dafür, wie tief beschämend das alles und ganz besonders das Verhalten der schwarzen deutschen Soldaten, für das Verhalten der der Revolution verfallenen deutschen Heimat war.“ (Tagebuch Kahr 1925-27, Eintrag 26.10.1927). In gleichem Sinn der Bericht an Hermann Stegemann: Kahr an Stegemann vom 26.10.1927 (Bundesarchiv Koblenz, NL Stegemann N 1353/11).

¹³³¹ Diese Formulierung ging ins kollektive Gedächtnis der Zeitgenossen ein (so auch die Feststellung bei Thomas Mergel, High Expectations - Deep Disappointment : Structures of the Public Perception of Politics in the Weimar Republic, in: Kathleen Canning - Kerstin Barndt - Kristin McGuire (Hg.), Weimar Publics / Weimar Subjects : Rethinking the political culture of Germany in the 1920s, New York u. a. 2010, 192-210, hier: 195), vgl. etwa die spöttischen Zitate bei Ernst Müller-Meinigen, Aus Bayerns schwersten Tagen: Erinnerungen und Betrachtungen aus der Revolutionszeit, Berlin 1924, 88 oder Müller, Mars und Venus, 285. Kahr formulierte schon im Dezember 1918 sarkastisch: „Ich will nicht schimpfen, nachdem nun endlich lt. Eisner unser Leben Sinn u. Zweck u. Inhalt bekommen hat u. er uns in das Reich der Schönheit versetzt hat.“ (Kahr an Blümel vom 14.12.1918; Privatnachlass Kahr, Privatkorrespondenz).

Eisners, da es ihm die innere Unwahrhaftigkeit der Revolution und die Verblendung ihrer Führer in vollendeter Form widerzuspiegeln schien. Angesichts dieses betrüblichen Panoramas erschien es für Kahr dann wohl nur noch bezeichnend, dass nun auch viele königstreuen Untertanen plötzlich ihr „republikanisches Herz“ entdecken und, ganz der Konjunktur des Augenblicks ergeben, den Anbruch einer „neuen Zeit“ begrüßten; gerade opportunistische Wendehälse schienen ja sehr gut zum Charakter eben dieser Zeit zu passen.¹³³² Hingegen bedeutete es ohne Zweifel einen weiteren Schock, als sich sogar einige alte Bekannte aus Künstlerkreisen zur Mitarbeit in einem revolutionären Gremium zur Verfügung stellten oder gar wie Emanuel von Seidl die Freiheitsfeier Eisners im Nationaltheater inszenierten.¹³³³

Kurz und gut: Anständige Bürger konnten sich angesichts all dieser Nackenschläge eigentlich nur noch mit Grauen abwenden und bis auf Weiteres „von einem Tag auf den nächsten“ leben, d. h. vorerst versuchen, die Gedanken an die deprimierende politische Lage möglichst auszublenden und die Öffentlichkeit zu meiden – oder wie Kahr die eigene Stimmungslage 15 Tage nach der Revolution in einem Brief auf den Punkt brachte: „Uns bleibt nur Familie, Freundschaft, Natur, Alles andere ist tot.“¹³³⁴

2.2 Scheinbare Machtvollkommenheit und leichtfertige Provokationen: Die ersten Wochen des Revolutionskabinetts

Fasst man diese kategorische Aussage als politisches Statement auf, war die politische Initiative also völlig auf Kurt Eisner und die revolutionäre Regierung übergegangen.

¹³³² Zitate bei Kahr-Erinnerungen, pag. 588 und 1054.

Kahr äußerte später immer wieder seine Empörung über Zeitgenossen, die nach der Revolution offenbar ohne Hemmungen ihre frühere Bekenntnisse zu König und Monarchie vergaßen, um sich jetzt – vermeintlich realpolitisch, tatsächlich aber feige – auf den „Boden der Tatsachen“ zu stellen oder gar plötzlich als überzeugte Republikaner aufzutreten, z. B. Heinrich Albert („der während der Revolution raschenstens vom Imperialisten zum Republikaner und M.S.P. umgelernt hat“), Wilhelm Groener („der frühere kaiserliche General und nunmehrige recht republikanische Reichsverkehrsminister“) oder Siegfried Freiherr von Roedern („weil er sich während der Revolution von der Rechten zur Demokratie revidiert hatte“). Vgl. Tagebuch Kahr 1921-A, pag. 36, 159, 172.

Beispielhaft etwa die deutliche Formulierung in einem Schreiben an Hermann Stegemann vom 25.2.1928: „Ein badisches Zentrumsblatt hat vor einiger Zeit über die staatspolitische Gesinnung geschrieben und dabei gesagt: Wir waren früher Monarchisten, weil das damals die Verfassung so vorgeschrieben hat, heute sind wir Republikaner, weil das heute die Verfassung so vorschreibt. Leute die solches sagen und schreiben waren niemals richtige Monarchisten und werden niemals richtige, für den Staat wertvolle Republikaner sein, sondern immer nur auf der Speckseite stehen. Da kann man wirklich nicht mehr von Staatsgesinnung sprechen, sondern nur von Gesinnungslumperei.“ (Bundesarchiv Koblenz, NL Stegemann N 1353/12)

¹³³³ Kahr-Erinnerungen, pag. 194: „Im Herbst 1918 gelang es E. Seidl den König zu einem Besuch in seinem Hause in Murnau zu bestimmen. Er legte wegen des Ansehens seines neuen Hausstandes großen Wert darauf, denn er war infolge seiner Heirat vereinsamt. Daß Seidl wenige Monate später, 8 Tage nach der Revolution, als Jude Eisner im Hof- und Nationaltheater ein Revolutionsjubiläum feiern ließ, die Festdekoration übernahm, haben ich und Viele ihm nie verziehen.“

¹³³⁴ Kahr an Blümel vom 22.11.1918 (Privatnachlass Kahr, Privatkorrespondenz).

Tatsächlich schienen, zumindest aus Sicht der Zeitgenossen, die Revolutionäre die Szenerie vorerst völlig zu beherrschen – und zwar allein schon deshalb, weil die meisten bürgerlichen Organisationen die Umwälzung fast gelähmt zur Kenntnis nahmen, sich „auf den Boden der Tatsachen“ stellten oder gar völlig von der Bildfläche verschwanden. Letzteres traf etwa auf die etablierten Parteien des sog. bürgerlichen Spektrums zu, die gleichsam mit dem alten Landtag, ihrer wichtigsten Bühne, untergingen und sich innerhalb weniger Tage auflösten: Konservative, Liberale und das ehem. Zentrum gründeten sich dann zwar bereits Mitte November neu, keiner der drei Gruppierungen verfügte jedoch zunächst über unmittelbaren politischen Einfluss. Die Selbstbezeichnung als Volks- oder Mittelpartei machte außerdem deutlich, dass man bis auf weiteres nicht einmal verbal das Risiko eingehen wollte, in offene Opposition zum neuen „Volksstaat“ zu treten.¹³³⁵

Kurt Eisner hatte also erst recht allen Grund, die Aufgabe des Regierungschefs mit Selbstvertrauen und Zuversicht anzugehen und am 15. November die wichtigsten Vorhaben des neuen Kabinetts in einem ambitionierten Programm¹³³⁶ zusammenzufassen. Bei Lichte besehen, kam diese erste generelle Standortbestimmung, die ersichtlich aus einer Position der Stärke formuliert war, freilich bereits einer ersten Einhegung der Revolution gleich. Immerhin hatte sich die Regierung nun auf konkrete und überprüfbare Ziele festgelegt und damit sowohl die Verantwortung für ihre Umsetzung auf sich genommen als auch die vorläufigen Grenzen ihres revolutionären Tatendrangs abgesteckt. Und auch die Kritiker der „neuen Zeit“ erhielten mit dieser Absichtserklärung wieder einen ersten Ansatzpunkt, um an der politischen Diskussion teilzunehmen, sei es, um die vorgelegten Ziele an sich in Frage zu stellen oder um in naher Zukunft ihre schleppende bzw. verfehlte Umsetzung anzuprangern. Die Sozialdemokratie befand sich jetzt also in der ungewohnten Rolle, ihre politische Agenda in die Tat umsetzen zu können, musste jedoch ab sofort auch damit rechnen, an eben diesen Taten gemessen zu werden: Die klassische Rollenverteilung Regierung- Opposition spielte sich damit gerade neu ein.¹³³⁷ Eisner scheint sich dieser Tatsache auch

¹³³⁵ Fritzsche weist allerdings auch zurecht darauf hin, dass die Bezeichnung „Volkspartei“ auch als Plädoyer für die Herstellung der erhofften Einheit im Bürgertum gemeint war (Fritzsche, Rehearsals, 7). Zur Neugründung der bürgerlichen Parteien vgl. Claudia Friemberger, Sebastian Schlittenbauer und die Anfänge der Bayerischen Volkspartei (Forschungen zur Landes- und Regionalgeschichte 5), St. Ottilien 1998, 46-54 und Kiiskinen, Deutschnationale Volkspartei, 38-44.

¹³³⁶ Abdruck bei: Rolf Kießling - Anton Schmid (Bearb.), Die Bayerische Staatlichkeit (Dokumente zur Geschichte von Staat und Gesellschaft in Bayern III/2), München 1976, Dok. 59.

¹³³⁷ Vgl. hierzu die Analyse mit treffendem Titel: Susanne Miller, Die Bürde der Macht. Die deutsche Sozialdemokratie 1918-1920 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 63), Düsseldorf 1978.

durchaus bewusst gewesen zu sein und vermied deshalb zumindest an einigen Stellen, zu weitgehende Versprechungen zu machen: So sprach der Ministerpräsident etwa sehr deutlich aus, dass jetzt nicht der Augenblick sei, um im großen Stile mit der sog. Sozialisierung, d. h. der weitreichenden Verstaatlichung der Großindustrie, zu beginnen. Freilich, ruft man sich allein die wirtschaftliche Lage eine Woche nach Kriegsende in Erinnerung, waren schon die Ankündigungen, den Schleichhandel zu unterbinden oder ein „einheitliches Steuersystem“ zu schaffen¹³³⁸, zumindest sehr ambitioniert und konnten in absehbarer Zeit dazu genutzt werden, der Regierung Versagen vorzuwerfen. Schon bald sorgten indes weniger die selbstbewussten Ankündigungen, sondern vor allem die ersten Maßnahmen des USPD-SPD-Kabinetts dafür, dass die Verlierer der Revolutionsnacht überraschend schnell wieder erste Morgenluft witterten – weniger aus eigenem Verdienst als aufgrund der Tatsache, dass es Eisner rasch verstand, sich mächtige Feinde zu machen und auch in eigentlich politikfernen Teilen der Bevölkerung Empörung auszulösen.

Der Ministerpräsident und sein Kultusminister Johannes Hoffmann gingen nämlich sogleich daran, die angekündigten, in Bayern jedoch besonders sensiblen Schulreformen¹³³⁹ umzusetzen und damit gleichzeitig die ersten Schritte auf dem Weg zur Trennung von Kirche und Staat einzuleiten. Konkret hob das Kultusministerium die geistliche Schulaufsicht bereits zum 1. Januar 1919 auf und überließ fortan den Erziehungsberechtigten die Entscheidung, ob ihre Kinder am Religionsunterricht teilnehmen sollten: Eine einfache schriftliche oder mündliche Erklärung genügte ab sofort zur Abmeldung. Diese Beschlüsse lösten den unvermeidlichen Protest von katholischer und evangelischer Kirche aus, wobei einige Bischöfe zu drastischen Vergleichen griffen und vor einem neuen Kulturkampf warnten; gleichzeitig erging an alle Eltern die dringliche Aufforderung, am schulischen Religionsunterricht festzuhalten. Die beträchtliche Zahl der kirchlich orientierten Bevölkerung fand sich also sehr schnell in ihren Befürchtungen bestätigt und sah deshalb jetzt erst recht allen Anlass, gegenüber der neuen Regierung auf Distanz zu gehen und die Bischöfe in ihrem Protest zu unterstützen.¹³⁴⁰

¹³³⁸ Kießling - Schmid, Staatlichkeit, Dok. 59.

¹³³⁹ Hubert Buchinger, Gesamtdarstellung, in: Max Liedtke (Hg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Bd. III: Geschichte der Schule in Bayern von 1918 bis 1990, Bad Heilbrunn 1997, 15-75, hier: 15-37; einen Überblick bietet außerdem Schmidt, Matt, 107-125; Hennig, Hoffmann, 109-146;

¹³⁴⁰ Vgl. die zeitgenössische Darstellung aus Sicht der Bayerischen Volkspartei: Franz Xaver Eggersdorfer, Die Schulpolitik in Bayern. Von der Revolution bis zum Abgang des Ministeriums Hoffmann. Grundsätzliches, Texte, Erläuterungen, München 1920.

Noch im Vorfeld der Schuldekrete hatte Eisner außerdem bereits das national denkende Bürgertum mit einer recht unglücklichen Aktion¹³⁴¹ nachhaltig gegen sich aufgebracht: Denn der bekennende Pazifist hielt es für den einfachsten und moralisch redlichsten Weg, das Tor zu ersehnten Völkerverständigung zu öffnen, wenn Deutschland seine Kriegsschuld offen eingestand und damit als Verlierer demonstrativ den ersten Schritt zur politischen Neubesinnung unternahm. Schon am 23. November veröffentlichte der Ministerpräsident deshalb Auszüge bayerischer Gesandtschaftsberichte aus dem Juli 1914, die in der dargebotenen Form tatsächlich den Eindruck erweckten, Deutschland habe damals gezielt auf eine Eskalation der Krise hingearbeitet und Österreich noch zum Krieg ermuntert. Die von den Alliierten über viereinhalb Jahre vorgetragenen Vorwürfe schienen damit bestätigt und der Sieg der Westmächte in das Licht eines letztlich nur gerechten Triumphes der Demokratie über einen aggressiven Militärstaat zu rücken. Deutschland hätte also auch aus moralischer Sicht völlig umsonst gekämpft. Gegen eine solche Selbstbezeichnung regte sich erwartungsgemäß sofort energischer Widerspruch, und zwar nicht nur von bürgerlicher Seite, sondern auch von der Reichsregierung in Berlin, die in der Veröffentlichung eine massive Gefährdung der eigenen Verhandlungsposition erblickte. Bei allen hehren Motiven lief Eisner deshalb schon nach zwei Wochen Gefahr, als Nestbeschmutzer und Begünstiger des Feindes dazustehen. Erschien die Lage also bereits kritisch, ließ der Ministerpräsident dann zu allem Überfluss auch noch Zweifel aufkommen, ob er nun mit der versprochenen Nationalversammlung oder nicht doch eher mit den Räten regieren wollte. Eisner war zumindest vorerst nicht dazu zu bewegen, einen Wahltermin für den Landtag anzusetzen und ließ stattdessen andeutungsweise verlauten, die Räte sollten zuerst das öffentliche Leben demokratisieren, ehe ein Parlament in Aktion treten könne.¹³⁴² Diese zweideutige Haltung, die Eisner auch nie stringent erläuterte, war ein gefundenes Fressen für seine Kritiker: Sollte der Gründer des Volkstaates Bayern etwa die freie Wahlentscheidung eben dieses Volkes fürchten?

Kurz gesagt: Der Ministerpräsident hatte bereits nach wenigen Wochen das in der Revolution erworbene politische Startkapital aufs Spiel gesetzt, wobei er es seinen zunächst verstummten und demoralisierten Gegnern auch noch besonders leicht machte,

¹³⁴¹ Überblick mit Literatur und Link zur Quellensammlung Pius Dirrs: Bernhard Grau, Bayerische Dokumente zum Kriegsausbruch und zum Versailler Schuldspruch, 1922, in: Historisches Lexikon Bayerns [URL: https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Bayerische_Dokumente_zum_Kriegsausbruch_und_zum_Versailler_Schuldspruch_1922]; zuletzt eingesehen am 9.3.2021].

¹³⁴² Köglmeier, Rätegremien, 62-65; Grau, Eisner, 421-439.

sich wieder auf der Bildfläche zurückzumelden. Angesichts des z. T. unüberlegt wirkenden Vorpreschens kamen sie nämlich gar in die Verlegenheit, sich explizit zu einer als reaktionär stigmatisierten Haltung bekennen zu müssen, sondern konnten ihrer Opposition auf vermeintlich politisch unverfängliche Weise Ausdruck verleihen – immerhin musste doch wohl jeder vernünftige Zeitgenosse baldige Neuwahlen befürworten, auf erträgliche Friedensbedingungen hinarbeiten oder für religiöse Verständigung in der Gesellschaft eintreten.¹³⁴³

Beriefen sich solche Stimmen deshalb ganz geschickt auf die für evident erklärten Gebote des „gesunden Menschenverstands“, sank die Hemmschwelle für die Artikulation abweichender Positionen gleichzeitig auch deshalb recht schnell, weil die von vielen befürchtete personelle Zäsur in Verwaltung oder öffentlichen Einrichtungen weitgehend ausblieb und selbst protestierende Staatsdiener – wie etwa die Verkehrsbeamten¹³⁴⁴ – offenbar nicht mit Sanktionen rechnen mussten. Dies lässt sich auch bei Gustav von Kahr beobachten, der in seiner Stellung als Regierungspräsident von Oberbayern keine Minute zur Disposition stand und am Montag nach dem Umsturz seine regulären Amtsgeschäfte wiederaufnahm. Die Sitzungen zu altbekannten Themen wie etwa Lebensmittelversorgung fanden auch unter den neuen Ministern wie gehabt statt, die Vorbereitung für die nur kurz verschobene Landrats Sitzung lief wieder an und die Berichte der noch sämtlich im Namen des Königs bestellten Bezirksamtmänner liefen weiterhin regelmäßig in München ein.¹³⁴⁵ Doch nicht nur das: Schon am 13. November bestellte die Regierung einen eigenen Staatskommissar für Demobilmachung, bestimmte neben diesem Sonderbeauftragten jedoch in erster Linie die Kreisregierungen als die mit dieser Herausforderung betrauten Vollzugsbehörden.¹³⁴⁶ Gustav von Kahr durfte sich also bereits am 14. November mit dem neuen Titel „Kreiskommissar für Demobilmachung“ schmücken und einen Kompetenzzuwachs verzeichnen: Mit dem neuen Erlass waren die Regierungspräsidenten nun auch dafür zuständig, in Abstimmung mit den Tarifparteien bestmögliche Lösungen für die Wiedereingliederung der zurückkehrenden Soldaten in

¹³⁴³ Dieser sog. „Ruf nach der Nationalversammlung“ – damit waren zunächst sowohl Wahlen für ein deutsches als auch für ein bayerisches Parlament gemeint – wurde auch schnell in München laut: ‚Der Schrei nach der Nationalversammlung‘, in: MNN Nr. 609 vom 2.12.1918; ‚Kundgebung Münchner Truppen für die Nationalversammlung‘, in: MNN Nr. 614 vom 5.12.1918.

¹³⁴⁴ Vgl. den Protest der Verbände des Verkehrspersonals gegen die Verzögerung der Landtagswahlen, der auch eine indirekte Streikdrohung enthielt: ‚Der Schrei nach der Nationalversammlung‘, in: MNN Nr. 608 vom 2.12.1918.

¹³⁴⁵ Niederschrift über die Eröffnung des Landrats von Oberbayern vom 20.11.1918, in: Kreisamtsblatt von Oberbayern 1917, 1 f.

¹³⁴⁶ Vgl. die Erklärung des einen Tag zuvor bestellten Staatskommissars für Demobilmachung, Martin Segitz in MNN Nr. 575 vom 14.11.1918; entsprechende Anordnungen Kahrs als Kreiskommissar für Demobilmachung in Stadtarchiv München, Stadtverteidigung 429.

den Arbeitsmarkt zu finden und die Produktionsumstellungen in zahlreichen bisher für den Kriegsbedarf produzierenden Industriebetrieben zu erleichtern.

In seinen Erinnerungen konnte sich Kahr dann auch den ironischen Kommentar, die „Regierenden“ hätten es sich in ihrer Ratlosigkeit wohl besonders leicht gemacht und „diese Aufgabe von heute auf morgen den Regierungspräsidenten aufgehalst“, nicht verkneifen¹³⁴⁷; in diese vordergründige Klage mischte sich freilich auch eine gehörige Portion schadenfroher Selbstbestätigung, da die viel kritisierten Träger des alten Regimes offensichtlich zumindest gut genug waren, um den Revolutionären in ihrer Überforderung beizustehen. Oder anders ausgedrückt: Kahr und seine Kollegen in den Regierungsbezirken durften nicht nur weiterhin von ihrer Unentbehrlichkeit für die Verwaltung überzeugt sein, sie hielten bereits fünf Tage nach dem Umsturz die schriftliche Bestätigung dieser Auffassung persönlich in Händen. Im Gegensatz dazu bekam Kurt Eisner schon nach zwei Wochen in liberalen und konservativen Zeitungen erste zaghafte oder auch bereits energische Kritik an seiner Politik zu lesen, wobei ihm die Artikel u. a. fehlende Erfahrung, Naivität, sprunghaften Regierungsstil, aber auch seine jüdische Herkunft vorwarfen.¹³⁴⁸ Er reagierte auf diesen Gegenwind bemerkenswert dünnhäutig und ließ sich sogleich zu einer wenig souveränen Gegenoffensive in der Öffentlichkeit provozieren: So machte Eisner seinem Unmut Luft, indem er sich per Plakatanhang gegen die Angriffe in der bürgerlichen Presse verwahrte und dem wohl erstaunten Publikum seine „Verachtung“ gegenüber dieser Vorgehensweise zur Kenntnis brachte.¹³⁴⁹

Bekam das Bild des weitblickenden Visionärs mit solch kleinlichen Scharmützeln schnell weitere Kratzer, zog ein ähnlich pauschaler Seitenhieb auf die innere Lähmung des Verwaltungsapparats bzw. die bisherige Erstarrung der meisten Staatsbeamten in devoter Mittelmäßigkeit sogleich eine weitere Retourkutsche nach sich: Denn Wilhelm von Meinel, seines Zeichens Staatsrat in Eisners Außenministerium und Leiter der dortigen Handelsabteilung, reagierte auf diese im Arbeiterrat geäußerten Vorwürfe¹³⁵⁰ mit einem persönlichen Brief, der Züge einer Generalabrechnung trug und nur wenige Tage später in mehreren Zeitungen auszugsweise veröffentlicht wurde – zur Freude von Beobachtern

¹³⁴⁷ So die ironische Bemerkung in Kahr-Erinnerungen, pag. 608.

¹³⁴⁸ Elisabeth Angermair, „Brüder! Die Soldaten und Arbeiter Münchens haben heute nacht die Zeitungen besetzt.“ Information und Manipulation durch die Medien in der Revolutions- und Rätezeit, in: Angermair - Heusler (Hg.), Machtwechsel, 57-78, hier: 62 f.

¹³⁴⁹ Ein Exemplar des mit dem Titel „Zur Kenntnisnahme“ versehenen Plakats ist in MInn 66 338 überliefert.

¹³⁵⁰ Grau, Eisner, 368 f.

wie Josef Hofmiller, der sich nicht nur den vollständigen Text des Schreibens besorgte, sondern diesen auch ganz begeistert handschriftlich in sein Tagebuch kopierte.¹³⁵¹ Trotz einer solchen beispiellosen, in aller Öffentlichkeit vollzogenen Bloßstellung des eigenen Ministers blieb Meinel völlig unbehelligt, was endgültig grundsätzliche Fragen nach der politischen Führungskraft und Durchsetzungsfähigkeit Eisners aufwarf.

Es ist also durchaus vorstellbar, dass sich der Ministerpräsident gerade angesichts des passiven Widerstands der etablierten Verwaltung, der an Schärfe gewinnenden Angriffe in der Presse und des gleichzeitig wachsenden Misstrauens des eigenen Koalitionspartners erst recht verstärkt der Rätebewegung zuwandte und dort überzeugte Unterstützer zu gewinnen hoffte. Welche Gründe für diese Entscheidung jedoch auch immer maßgeblich gewesen sein mochten, war sich Eisner offenbar nicht darüber im Klaren, dass eine Solidarisierung mit den basisdemokratischen Räten zwar ehrbaren Motiven entspringen mochte, in politischer Hinsicht jedoch letzten Endes einer unvorsichtigen Selbstausslieferung an schwer kontrollierbare Akteure und Institutionen gleichkam: So war etwa noch keineswegs absehbar, welche politische Haltung die Mehrheit der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte¹³⁵² auf mittlere Sicht einnehmen und wie etwaige Mitspracherechte dieser Gremien überhaupt mit der Souveränität des gewählten Parlaments zu vereinbaren sein würden. Als nachdrücklicher Fürsprecher der Räte hatte sich Eisner dennoch bereits relativ klar auf eine Seite gestellt – während er vergleichbare Bekenntnisse zum Parlamentarismus vermied – und damit ohne Not das Risiko einer nachhaltigen Kompromittierung auf sich nahm: Denn jede größere Ausschreitung oder Radikalisierung der Räte konnte nun allzu leicht auf das Schuldkonto des Ministerpräsidenten verbucht werden oder musste zumindest die Frage aufwerfen, ob die Regierung nicht viel zu nachlässig mit den „Kinderkrankheiten“¹³⁵³ der Revolution umging.

Eben dieser Fall trat dann auch bereits am 7. Dezember 1918 ein, als einige bewaffnete Räteanhänger mitten in der Nacht in die Wohnung von Innenminister Auer eindrangen und ihn dazu nötigten, eine vorbereitete Rücktrittserklärung zu unterzeichnen, die dann am nächsten Tag für null und nichtig erklärt wurde.¹³⁵⁴ Solche und ähnliche Vorfälle mussten auf die Kritiker Eisners geradezu als Einladung wirken, das Heft des Handelns wieder in die Hand zu nehmen, da es die radikalen Räteanhänger und manche

¹³⁵¹ Hofmiller, Revolutionstagebuch, 110, 127-130. Ein Exemplar findet sich beispielsweise auch im NL Geßler (Bundesarchiv Koblenz, N 1032/48).

¹³⁵² Köglmeier, Rätegremien.

¹³⁵³ Kahr-Erinnerungen, pag. 641.

¹³⁵⁴ Schmalzl, Auer, 311 f.

Unabhängige offenbar wenig kümmerte, wenn die breite Öffentlichkeit schnell jedes Vertrauen in die revolutionären Institutionen verlor und sich der Eindruck aufdrängte, dass man nicht allzu viel Respekt vor der Staatsmacht im neuen Volksstaat Bayern haben musste – zumal die moderaten Regierungsmitglieder bereits jetzt sichtbar bemüht waren, sich von ihren ungeliebten USPD-Bündnispartnern langsam, aber stetig zu distanzieren und am 5. Dezember 1918 die Terminierung der Landtagswahlen auf den 12. Januar 1919 durchsetzten.¹³⁵⁵

2.3 Neue Organisationen und Instrumente: Die Formierung erster oppositioneller Plattformen

Nach ihrer anfänglichen Lähmung gewannen deshalb die oppositionellen Kräfte schnell die Überzeugung, dass sich der erste Sturm des Umsturzes inzwischen verzogen hatte und jetzt eine Phase eingetreten war, in der offenbar das Recht des Stärkeren den Ausschlag gab und die politische Zukunft Bayerns nicht zuletzt von der jeweiligen Durchsetzungsfähigkeit der einzelnen Interessensgruppen abhing. Die Aussicht auf die Landtagswahlen ließ außerdem die Hoffnung auf eine baldige Niederlage des Eisner-Lagers wachsen. Das Gelegenheitsfenster für eine politische Artikulation des national gesinnten Bürgertums begann sich also spätestens im Dezember 1918 wieder zu öffnen, weshalb auch Kahr die zunächst herrschende Tristesse zügig hinter sich ließ und einen neuen Gestaltungswillen entwickelte: Bestärkt wurde er in diesem neuen Aufbruch offenbar u. a. durch persönliche Gespräche mit Mönchen des in direkter Nachbarschaft zum Regierungsgebäude gelegenen Franziskanerklosters St. Anna; ein vertrauensvolles Verhältnis entstand hierbei vor allem zum Abt der Ordensgemeinschaft sowie zu Pater Remigius Stadler, der in den vergangenen 28 Jahren in München als Erzbischöflicher Stadtschulkommissar gewirkt hatte.¹³⁵⁶ Ermutigung fand Kahr nach eigener Aussage außerdem in den Sonntagspredigten Kardinal Faulhabers und Dekan Lemberts, so etwa am Silvesterabend in der „beängstigend überfüllten“ Markuskirche.¹³⁵⁷

Erster dienstlicher Ansprechpartner war nun freilich der moderate Innenminister Auer, der offenbar in Abstimmung mit seinem Regierungspräsidenten schon am 18. November die Polizeibehörden vor Ort per Rundschreiben aufforderte, provisorische Bürgerwehren zum Schutz der Bevölkerung aufzubauen und diese auch mit leichten Waffen auszustatten. Auer musste seinen Erlass wegen Bedenken der Ministerkollegen und

¹³⁵⁵ Bauer, Regierung Eisner, Sitzung vom 5.12.1918 (Nr. 21b).

¹³⁵⁶ Kahr-Erinnerungen, pag. 627 f. Siehe den Briefwechsel mit Stadler in Anm. 1554.

¹³⁵⁷ Ebd., 626.

Widerständen vor Ort allerdings nach wenigen Tagen wieder zurückziehen bzw. in wesentlichen Punkten abschwächen: Das ambitionierte Vorhaben, nur knapp zwei Wochen nach dem revolutionären Umsturz freiwillige Ortswehren unter staatlicher Aufsicht aus der Taufe zu heben, war deshalb zumindest vorerst gescheitert.¹³⁵⁸ Kahr ließ sich von diesem negativen Bescheid indes nicht weiter irritieren, sondern sah sich erst recht in seiner Auffassung bestätigt, dass mit der neuen politischen Führung eben kein Staat zu machen sei, weshalb jetzt eben tatkräftige Persönlichkeiten auf eigene Verantwortung die Initiative ergreifen müssten.

In seinen Erinnerungen berichtete Kahr dann auch mit unverkennbarem Stolz, dass sein Amtssitz bald zu einem Ort des „lebhaften politischen Gedankenaustausches mit ernsten, nationalgesinnten Männern“ geworden sei, äußerte sich jedoch wohlweislich nicht weiter dazu, wer diesen „verlässige[n] städtische[n] Kreise[n]“ konkret angehörte.¹³⁵⁹ Diese Verschwiegenheit macht eine nähere Einordnung seines Vorgehens natürlich schwierig, eröffnet jedoch gleichzeitig die Gelegenheit, in einem kompakten Überblick die Gruppierungen und Initiativen vorzustellen, die Kahr in München überhaupt als potenzielle Ansprechpartner zur Verfügung standen – oder, mit anderen Worten ausgedrückt, eine erste Orientierung darüber zu gewinnen, in welcher Form sich das nationale Milieu gegen Jahresende 1918 neu aufzustellen versuchte.

Glaubt man den oft stilisierten Rückblicken der Zeitgenossen, sah sich das Bürgertum bei diesem Vorhaben zunächst ganz auf sich selbst zurückgeworfen und hatte keine andere Wahl, als zunächst im kleinen Rahmen und in aller Bescheidenheit wieder zu sich selbst zu finden bzw. eine angemessene Reaktion auf die Ereignisse der letzten Wochen vorzubereiten.¹³⁶⁰ Denn wie schon gesagt, schienen die etablierten Parteien und Interessensvertretungen der bisher neben dem Adel staatstragenden Schicht ja fast von einem Tag auf den anderen gleichsam wie vom Erdboden verschluckt. Freilich ist gegenüber solchen Beschwörungen eines allgemeinen Lähmungszustandes auch eine

¹³⁵⁸ Angesichts des Konflikts um die Einwohnerwehr im Herbst 1920 betonte Auer dann auch gegenüber dem württembergischen Gesandten Moser von Filseck, er habe nach der Revolution „als erster den Gedanken einer solchen Einrichtung gehabt“ (Benz, Moser, 70), die sog. Schober-Chronik der Einwohnerwehr (Schober, Geschichte, A I, pag 19-21 - HS 920) hebt außerdem hervor, dass der damalige Erlass des Innenministeriums (dort auch Abdruck) erstmals die Schaffung eines „Selbstschutzes“ angestrebt habe. Vgl. Schmalzl, Auer, 309-311 sowie Steger, Berufssoldaten oder Prätorianer, 101. Die Beteiligung Kahrs an dieser Initiative ist wahrscheinlich, da er noch vor der Gründung der Einwohnerwehren im Juni 1919 auf die damaligen Planungen verwies: „Eine Regelung in diesem Sinne hatte ich seinerzeit Ende November in die Wege geleitet. Sie wurde von Minister Auer, mit dessen Einverständnis der Schritt unternommen war, zerschlagen.“ (Kahr an Escherich vom 12.6.1919; Bestand Einwohnerwehr 3/1)

¹³⁵⁹ Kahr-Erinnerungen, pag. 631.

¹³⁶⁰ So etwa bei Baumgärtner, Zehn Jahre, 123-128.

gewisse Vorsicht angebracht: Denn in umso düsteren Farben die vermeintlich vorherrschende Ohnmacht und Apathie sowohl in diesen Wochen als auch im Nachhinein gezeichnet wurde, in umso helleren Licht mussten gleichzeitig die wenigen Zeitgenossen – wie etwa Kahr – erscheinen, die entschlossen und unter Einsatz der eigenen Person die ersten Befreiungsschläge gegen die Bedrückung und den Gesinnungsterror¹³⁶¹ der revolutionären Machthaber wagten. Dass eine solche Darstellung keineswegs immer den Tatsachen entsprach, zeigt etwa die Gründungsgeschichte der – zweifellos bürgerlichen – Deutschen Demokratischen Partei Bayerns, die schon vor der Revolution als Zusammenschluss von Nationalliberalen und sog. Fortschrittlern in die Wege geleitet wurde und ab dem 18. November zunächst unter dem Namen Deutsche Volkspartei in Bayern auftrat.¹³⁶²

Bei allen notwendigen Relativierungen ist jedoch nicht von der Hand zu weisen, dass mit den Parteien, Honoratiorenvereinigungen und national-patriotischen Massenverbänden viele bisher anerkannte Sprachrohre des Bürgertums in die Krise gerieten oder sich ganz auflösten, womit auch ein größerer Anteil ihres Führungspersonals an Einfluss verlor oder sich ganz aus der Öffentlichkeit zurückzog. Das Bedürfnis nach einer neuen Sammlung¹³⁶³ und einem neuen Auftreten der Revolutionsskeptiker und -verlierer lag deshalb ohne Zweifel auf der Hand: Solche neue Zusammenschlüsse durften dann natürlich nicht als bloße Nachlassverwalter kompromittierter Organisationen erscheinen, sondern mussten sich auch unter den veränderten politischen Bedingungen Gehör verschaffen können und gleichzeitig in glaubwürdiger Weise den Standpunkt des nationalen Bürgertums vertreten. Es schien daher an der Zeit, sowohl personell als auch organisatorisch neue Wege zu beschreiten und dabei endlich die häufig beklagte bürgerliche Lethargie und Selbstzufriedenheit¹³⁶⁴ zu überwinden: Die Gewissheit eines verlässlichen Schutzes, der dem „braven“ Bürger in Form des Staates im Zweifel beistand, war ja jetzt weggefallen.

¹³⁶¹ Vgl. die Rede Kahrs: ‚Das Chiemgau-Bundesschießen‘, in: Rosenheimer Anzeiger Nr. 223 vom 30.9.1919.

¹³⁶² Vgl. die Erklärung des Hauptausschusses der Liberalen Vereine Münchens in MNN Nr. 569 vom 11.11.1918.

¹³⁶³ Fritzsche, Rehearsals, 7-9.

¹³⁶⁴ Vgl. etwa die Einschätzung des preußischen Gesandten Zech, der im Umfeld des Einwohnerwehrschießens besonders betonte, dass das Bürgertum dieses Mal offenbar nicht in das ansonsten gewohnte „indolente Phlegma“ zurückgefallen sei (Zech an Auswärtiges Amt vom 26.9.1920; PAAA, R 98 349).

2.3.1 Bürgerrat München

Eine Möglichkeit schien hierbei, das offenbar erfolgreiche Beispiel der Arbeiterschaft nachzuahmen und sich im Kreis der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte Gehör zu verschaffen, indem man – zumindest dem Etikett nach – nun einfach auch mit eigenen Räten an die Öffentlichkeit trat: In vielen deutschen Städten konstituierten sich deshalb bereits wenige Tage nach dem Umsturz sog. Bürgerräte, die sich u. a. aus den Vertretern verschiedener Erwerbszweige sowie Wirtschaftsverbänden zusammensetzten und schnell den Anspruch auf Mitsprache in den Rätegremien erhoben.¹³⁶⁵ Der plakatierte Aufruf des Gymnasiallehrers Adalbert Baumann, in einer öffentlichen Versammlung¹³⁶⁶ einen Bürgerrat München zu gründen, erschien deshalb keineswegs ungewöhnlich, die Initiative entglitt dem Ideengeber jedoch bereits bei der einberufenen Kundgebung: Strebte Baumann nämlich mittelfristig die Bildung einer „demokratisch-sozialistischen Bürgerpartei“ an, erhob sich unter den Anwesenden schnell Widerspruch gegen diesen Plan und eine Gruppe von Rechtsanwälten und Fabrikanten übernahmen die Kontrolle über die Versammlung. Die bisher in der Öffentlichkeit kaum hervorgetretenen Juristen Rudolf Mayer-Absberg und Dr. Anton Mößmer, ihr Kollege Adolf Strauß sowie die Unternehmer Alexander Rodenstock und Eugen Zentz drangen schließlich mit ihrem Vorschlag durch, einen Bürgerratsausschuss „als selbständige Vertretung der Bürgerschaft ohne Anschluss an eine Partei“¹³⁶⁷ einzusetzen, wobei sie selbst die führenden Positionen in dem Gremium übernahmen. Die Kommission setzte sich dabei zum Ziel, eine schlagfertige und überparteiliche Standesvertretung des Bürgertums aus der Taufe zu heben und lud deshalb zu einer zweiten Gründungsversammlung am 20. November in den Kreuzbräu ein, bei der Justizrat Mößmer das Programm der neuen Vereinigung vortrug.¹³⁶⁸

¹³⁶⁵ Vgl. hierzu allgemein: Hans-Joachim Bieber, *Bürgertum in der Revolution. Bürgerräte und Bürgerstreiks in Deutschland 1918-1920*, Hamburg 1992. Zum Bürgerrat München ebd., 63-66; Hermann Gilbhard, *Die Thule-Gesellschaft. Vom okkulten Mummenschanz zum Hakenkreuz*, München 2015, 206; Rudolf Kanzler, *Bayerns Kampf gegen den Bolschewismus. Geschichte der bayerischen Einwohnerwehren*, München 1931, 69 f. sowie die rückblickende Darstellung: ‚13. November 1918-1925: Sieben Jahre Bürgerrat. Entwicklung der Bürgerratsbewegung München‘, in: *Der Bürger. Mitteilungsblatt des Bürgerbundes München* Nr. 5 (Nov. 1925), 1 f.

¹³⁶⁶ Die von Baumann einberufene Versammlung fand am 13. November im Konzerthaus Wagner (Sonnenstraße) statt: ‚Eine stürmisch verlaufene Bürgerversammlung‘, in: *MNN* Nr. 575 vom 14.11.1918.

¹³⁶⁷ Der Beschluss zur Bildung eines Bürgerratsausschusses fiel dann in einer parallel abgehaltenen Versammlung im nahe gelegenen Saal der Gaststätte Kreuzbräu (Brunnstraße), vgl. den Bericht in *MNN* Nr. 576 vom 14.11.1918.

¹³⁶⁸ ‚Zu der Versammlung im Kreuzbräu‘, in: *MNN* Nr. 588 vom 21.11.1918.

Demnach lud der im Aufbau begriffene Bürgerrat alle Vereinigungen und Personen zur Mitarbeit ein, die im Sinne einer Wiederherstellung von „Ruhe und Ordnung“ wirken und dafür zuallererst die „Unantastbarkeit von Freiheit und Eigentum“, die „Reichseinheit auf föderalistischer Grundlage“ und die schnelle Wahl einer Nationalversammlung sichern wollten.¹³⁶⁹ Hauptziel der Vereinigung war also zunächst, den revolutionären Schwebezustand möglichst rasch zu beenden und mit dieser sicherlich mehrheitsfähigen Forderung das eigene, durch die Ereignisse der letzten Wochen weitgehend verschreckte Klientel neu zu mobilisieren. Ein erster Erfolg stellte sich dann auch zügig ein, als der „Allgemeine Gewerbeverein“ am 3. Dezember seinen Anschluss an den Bürgerrat verkündete, der sich bei dieser Gelegenheit gleichzeitig den schlagkräftig klingenden Beinamen „Bayerischer Bürgerblock“ zulegte.¹³⁷⁰ Zum Vorsitzenden der Vereinigung war inzwischen übrigens der Rechtsanwalt Rudolf Mayer-Absberg aufgestiegen, der Anfang Januar 1919 außerdem zum zweiten Vorstand des in Berlin gebildeten „Reichsbürgerrats“ gewählt wurde.¹³⁷¹ Der Bürgerrat München bot sich also all denjenigen als Kooperationspartner an, die unter zumindest äußerlichen Bekenntnis zum ständischen Rätegedanken und zur neuen Staatsform den Revolutionären Paroli bieten wollten.

2.3.2 Hilfsbund der Münchener Einwohnerschaft

Wer hingegen hierzu nicht bereit war, folgte hingegen vielleicht eher der wiederum von Eugen Zentz sowie dem MNN-Redakteur Georg August Baumgärtner ausgesprochenen Einladung, am 22. November 1918 bei einer Versammlung im Veranstaltungssaal der Börse einen „Ordnungsbund der Münchener Bürger“ zu gründen. Die beiden Initiatoren, die somit an ihr Vorhaben vor der Revolution anknüpften¹³⁷², übermittelten ihr Rundschreiben an zahlreiche Vereine, Einzelpersonen, aber auch an Ministerpräsident Eisner¹³⁷³, unterstrichen also von Anfang an die Bedeutung ihres Projekts und erzielten so tatsächlich erhebliche Aufmerksamkeit; die Münchener Post stellte allerdings auch direkt die Frage, wozu denn ein solcher Bund wirklich dienen sollte.¹³⁷⁴

¹³⁶⁹ So auch die Ausführungen des Gemeindebevollmächtigten Adolf Strauß bei der ersten „Delegiertenversammlung“ des Bürgerrats, vgl. ‚Delegiertenversammlung des Bürgerrats‘, in: MNN Nr. 600 vom 27.11.1918.

¹³⁷⁰ ‚Ein bayerischer Bürgerblock‘, in: MNN Nr. 617 vom 6.12.1918; Kanzler, Bolschewismus, 70.

¹³⁷¹ ‚Das Reichsbürger-Programm‘, in: BStZ Nr. 7 vom 10.1.1919; Bieber, Bürgertum in der Revolution, 233.

¹³⁷² Siehe Anm. 1292.

¹³⁷³ Das Schreiben an Eisner bei: Peter Kritzer, Die SPD in der bayerischen Revolution von 1918, in: Bosl (Hg.), Bayern im Umbruch, 427-452, hier: 452 (Anm. 136).

¹³⁷⁴ ‚Gschaftlhuberei‘, in: MP Nr. 272 vom 21.11.1918.

Die Redner auf der – wohl schon aus Interesse – gut besuchten Gründungsversammlung betonten deshalb auch zunächst, dass der „Ordnungsbund“ das „Licht der Öffentlichkeit nicht zu scheuen habe“¹³⁷⁵ und bezeichneten es als Ziele der neuen Vereinigung, einen Beitrag zur Aufrechthaltung der öffentlichen Sicherheit zu leisten, das Erwerbsleben zu stabilisieren, die Bevölkerung aufzuklären und gemeinnützige Vorhaben zu unterstützen. All das sollte auf überparteilicher Basis erfolgen, das sehr weitreichende Programm machte allerdings schon deutlich, dass die Charakterisierung als wirtschaftliche Organisation so höchstens bedingt zutrifft; es ging eher darum, den Kritikern der „ungeordneten“ Verhältnisse in der Revolution einen ersten Anknüpfungspunkt jenseits von Räten oder Parteien zu geben.

Um jeden Verdacht einer einseitig, etwa politisch „bürgerlich“ orientierten Tätigkeit zu zerstreuen, einigten sich die Anwesenden dann auch darauf, den ursprünglich vorgeschlagenen Namen in „Hilfsbund der Münchener Einwohnerschaft“¹³⁷⁶ abzuändern, d. h. den Aspekt der sozialen Unterstützung und Wohlfahrt besonders hervorzuheben. Die von einem 20köpfigen Ausschuss und einer eigenen Geschäftsstelle geleitete Organisation konzentrierte sich in den ersten Wochen nach ihrer Gründung dementsprechend vor allem auf die Förderung wohltätiger Aufgaben, etwa in der Demobilmachung.¹³⁷⁷ Eine größere politische Wirkung war so vorerst zwar nicht zu erzielen, der „Hilfsbund“ konnte sich im Zuge dessen aber als Kooperationsplattform einspielen und sich darauf vorbereiten, alle Initiativen zu unterstützen, die dazu beitragen konnten, die Stadt vor weiteren Unruhen zu schützen; im Frühjahr 1919 gehörte das Bündnis deshalb auch zu den ersten Förderern der neu gegründeten Einwohnerwehr.¹³⁷⁸

2.3.3 Politische Satire: Die „Rote Hand“

Neben den Minimalforderungen nach politischer Mitsprache oder öffentlicher Sicherheit griffen die Gegner der Regierung Eisner jedoch auch zu subtileren Mitteln, um wieder Terrain im Kampf um die öffentliche Deutungshoheit zu gewinnen: So erregten bereits die ersten Ausgaben der Satirezeitung „Rote Hand“, die vor allem auf das Stilmittel der absurden Überzeichnung der revolutionären Propaganda setzte, so viel Aufsehen, dass sowohl Kurt Eisner als auch Gustav von Kahr die neue Stimme im Blätterwald

¹³⁷⁵ Vgl. den Bericht von der Gründungsversammlung: ‚Ein Münchner Hilfsbund‘, in: MNN Nr. 593 vom 23.11.1918.

¹³⁷⁶ Baumgärtner, Zehn Jahre, 125.

¹³⁷⁷ Vgl. Tagebuch Georg August Baumgärtner (Stadtarchiv München, Familien 597), Eintrag „Dezember 1918“ (keine Paginierung).

¹³⁷⁸ Geyer, Verkehrte Welt, 118.

registrierten. Während sich der neue Polizeipräsident im Ministerrat freilich verärgert fragte, woher eigentlich das Papier für die „Rote Hand“ herstamme, amüsierte sich Kahr hingegen über den Aufruf zur Bildung eines „Säuglingsrates“ in der ersten Nummer des Blattes.¹³⁷⁹ Die Macher der Zeitung hielten sich wohlweislich im Hintergrund, aus den konsultierten Quellen geht jedoch hervor, dass der völkisch gesinnte Rechtsanwalt Karl Kohl¹³⁸⁰ offenbar als Spiritus Rector des Unternehmens wirkte, während der Zeichner und Graphiker Oscar Petersen als Verleger zeichnete und wohl auch die meisten Bilder beisteuerte; nach Aussage Hermann Essers stammten viele Artikel der „Roten Hand“ außerdem aus der Feder des völkischen Dichters Dietrich Eckhardt.¹³⁸¹

2.3.4 Nicht alles neu: Süddeutsche Monatshefte, Landwirtschaftlicher Verein

Bei allen neuen Initiativen und Organisationen wäre es jedoch auch verfehlt, die Novemberrevolution hier einzig als Zäsur darzustellen oder gar eine fiktive „Stunde Null“ der bürgerlichen Interessensvertretung auszurufen. Denn sollte man einerseits die Stabilität einmal etablierter Netzwerke nicht unterschätzen, ist auch zu beachten, dass bei weitem nicht alle revolutionskritischen Vereinigungen sogleich an die Öffentlichkeit strebten oder sich in diesem Gewand zu erkennen geben wollten. Zwar hatten sich informelle Gruppierungen wie der Kahr'sche Arbeitskreis Kriegspropaganda angesichts des Wegfalls ihres Wirkungsfeldes vorerst erübrigt, die geknüpften Kontakte blieben indes bestehen und konnten bei Bedarf bzw. bei veränderter politischer Lage wieder aktiviert werden.¹³⁸² Bisher an der Heimatfront aktive Agitationsplattformen, die sich

¹³⁷⁹ Die erste, im Dezember 1918 veröffentlichte Ausgabe des „Führende[n] Organ[s] für national-anarchistische Gschafthuberei“ – so der Untertitel der „Roten Hand“ – kündigte auf ihrer Titelseite die „Gründung eines Säuglingsrats“ an. Kahr griff diese Parodie später wieder auf: „Sogar Buben – pardon Schülerräte wurden ins Leben gerufen, es fehlte nur noch der Säuglingsrat.“ (Kahr-Erinnerungen, pag. 607); zur Reaktion Staimers vgl. Bauer, Regierung Eisner, Dok. 25b, 147.

Die Zeitung erschien anfangs in einer Auflage von wenigen tausend Exemplaren, konnte dies bis Herbst 1919 aber bereits auf 20 000 Stück pro Nummer steigern, vgl. den Lagebericht des Generalkommandos des Reichsgruppenkommandos IV vom 15.11.1919 in BayHStA, Abt. IV, RwGrKdo IV Nr. 43.

¹³⁸⁰ Zur Person: ‚Verteidiger eines Antisemiten‘, in: BStZ Nr. 246 vom 9.10.1919.

¹³⁸¹ Vgl. die Angaben bei Hermann Wilhelm, Dichter, Denker, Fememörder. Rechtsradikalismus und Antisemitismus in München von der Jahrhundertwende bis 1921, Berlin 1989, 63-65; Plöckinger, Unter Soldaten, 56 sowie die Mitschrift des Zeitzeugeninterviews mit Hermann Esser (IfZ, ED 561/1, pag. 71) und Röhm, Die Geschichte eines Hochverrätters, München 1928, 82.

Später erhielt die „Rote Hand“ dann auch von der Einwohnerwehr einen monatlichen Zuschuss von 2 000 Mark, vgl. Walter Knemp an Escherich vom 2.9.1920 (Bestand Einwohnerwehr 5, pag. 93): „Der Herausgeber der ‚Roten Hand‘, Herr Ost-Petersen, war heute hier, um wegen weiterer Finanzierung seines Unternehmens zu sprechen. Ich habe einer Äußerung des Herrn Kanzler entnommen, daß Sie gewillt sind, die monatliche Entschädigung von 2 000 M weiter zu gewähren, was ich unbedingt befürworten möchte, da die „Rote Hand“ unsere Interessen in einer Weise vertreten kann und vertritt, die in der üblichen Presse nicht gut möglich ist. Nachdem die ‚Rote Hand‘ nunmehr auch über Bayern hinaus Verbreitung gefunden hat (z. B. in Königsberg) glaube ich, daß Orgesch-Mittel dafür in Frage kommen.“

¹³⁸² So etwa bei Ludwig Thoma, der auf Bitten Kahrs Gedichte für die Einwohnerwehr schrieb (Kahr an Thoma vom 12.10.1920; MA 102 382).

nicht nur ad hoc auf dieser Geschäftsgrundlage gebildet hatten, blieben häufig sogar weitgehend intakt, indem sie sich einfach vorläufig auf ihre anderen Tätigkeitsfelder zurückzogen: Beispielsweise gab die Redaktion der Süddeutschen Monatshefte auch weiterhin jeden Monat eine neue Nummer ihrer bekannten Zeitschrift heraus, lediglich die Themenauswahl passte sich den aktuellen Umständen an. Die Redaktion unter der Leitung Cossmanns kam also weiterhin regelmäßig zusammen, einer ihrer aktivsten Mitarbeiter, der Archivar Fritz M. Gerlich hatte sich sogar bereits dem Bürgerrat München angeschlossen und konnte damit als Bindeglied zwischen etablierten und neuen bürgerlichen Sprachrohren fungieren.¹³⁸³ Unter dem Stichwort organisatorische Kontinuität ist außerdem zu verbuchen, wenn bereits bestehende, z. T. auf eine lange Tradition zurückblickende Institutionen jetzt verstärkt als Plattform dienten, um eine politische Agenda voranzutreiben: Gustav von Kahr ging in dieser Hinsicht sogar voran, als er bereits im Dezember die turnusgemäße Sitzung des oberbayerischen Kreisausschusses des Landwirtschaftlichen Vereins nutzte, um in einer kurzen Grundsatzrede „die phantastische Extase [...] einer kleinen Schar politischer Anhänger“¹³⁸⁴ anzuprangern – solche Ausführungen gehörten sicherlich nicht unbedingt zum Standardprogramm einer derartigen Zusammenkunft. Eine Versammlung des Landwirtschaftlichen Vereins erschien Kahr jedoch wohl nicht ganz ohne Grund das richtige Umfeld abzugeben, um erstmals im halböffentlichen Rahmen ein klareres Wort zur politischen Lage zu sprechen. Zwar war es auch in diesem Umfeld nach der Revolution zu einigen Personalrochaden gekommen, die weiterhin aktiven bzw. nachrückenden Führungskräfte standen jedoch auch weiterhin für die konservative Ausrichtung des 1810 gegründeten Vereins.¹³⁸⁵ Ähnliche Voraussetzungen hätten im Grunde auch die Strukturen des bisher gesellschaftlich und politisch einflussreichen Landesvereins für Heimatschutz geboten, hier scheinen sich nach dem Krieg jedoch zunächst einige nicht näher erkennbare Schwierigkeiten ergeben zu haben. Wo hierfür auch die Ursache lag, auf jeden Fall benötigte der Verein mehr als ein halbes Jahr, um die

¹³⁸³ Vgl. Morsey, Gerlich, 67 f. Zur Biographie von *Fritz Michael Gerlich* (1883-1934) vgl. Morsey, Gerlich sowie Michael Schäfer, *Fritz Gerlich 1883-1934. Publizistik als Auseinandersetzung mit den „politischen Religionen“* des 20. Jahrhunderts, München 1998.

¹³⁸⁴ Die Darstellung des Jahres 1918 schließt in den Kahr-Erinnerungen (pag. 638-642) mit einem „Anhang: Meine Ausführungen im landwirtschaftlichen Kreisausschuß für Oberbayern gegen Ende November 1918“, die den Wortlaut der Ansprache enthält. Kahr behielt diese Praxis dann offenbar auch später bei, vgl. die Erwähnung seines Berichts zur „gegenwärtigen Lage“ in: ‚Landwirtschaftlicher Kreisausschuss‘, in: BStZ Nr. 220 vom 10.9.1919.

¹³⁸⁵ So trat etwa Karl Freiherr von Cetto nach der Revolution als Vorsitzender des Landwirtschaftlichen Vereins zurück und machte damit den Weg für eine teilweise Neubesetzung des Vorstands frei: ‚Der Bayerische Landwirtschaftsrat‘, in: MNN Nr. 593 vom 23.11.1918.

nächste Ausgabe der eigenen Zeitschrift¹³⁸⁶ zu veröffentlichen, mit Kriegsende hatte sich zudem die bisherige Rolle als organisatorische Plattform der Heimatfrontpropaganda innerhalb kurzer Zeit erübrigt, während die meisten Vereinsgrößen – wie etwa Kahr – angesichts der herrschenden Umstände wohl zunächst kaum die Gelegenheit fanden, die Aktivitäten des Heimatschutzes in ihrem Terminplan angemessen zu berücksichtigen.¹³⁸⁷

2.3.5 Die Frontruppen der „Alten Armee“

Immerhin erweiterte sich das Panorama möglicher Kooperationspartner Ende November bzw. Anfang Dezember noch weiter, als nach einer bemerkenswert raschen Rückführung der Kampftruppen von der Front fast jeden Tag neue Kompanien und Regimenter in München eintrafen, um nach mehr als vier Jahren Krieg in ihre Heimatgarnisonen zurückzukehren. Dabei gab es angesichts der Niederlage und der prekären Ernährungslage eigentlich kaum etwas zu feiern, viele Münchner wollten es sich freilich dennoch nicht nehmen lassen, die Helden des Vaterlandes gebührend zu empfangen.¹³⁸⁸

Die Prachtstraßen der Hauptstadt waren daher festlich geschmückt und oft voller Menschen, als die aus den Tagesberichten der OHL wohlbekanntesten Verbände und Kommandeure etwa durch das Siegestor marschierten und mit musikalischer Untermalung ihre Heimkehr zelebrierten – besonders große Aufmerksamkeit fand dabei jedoch der von einigen bezeichnenden Zwischenfällen geprägte Einzug des Infanterie-Leibregiments unter der Führung von Major Franz Ritter von Epp.¹³⁸⁹

Trotz allem Bemühens, bei diesen Paraden nochmals den Glanz der alten Armee zu unterstreichen, war außerdem nicht zu übersehen, dass sich die Zeiten geändert hatten – und das bereits rein äußerlich: Denn die Soldaten zogen vielfach durch mit roten Fahnen

¹³⁸⁶ Bayerischer Heimatschutz 17 (1919), 1-132.

¹³⁸⁷ Möglicherweise war jedoch auch Geldmangel ein Grund für die stockenden Aktivitäten des Vereins, so verdoppelte das Innenministerium den jährlichen Zuschuss 1919 auf 10 000 Mark und zahlte den Betrag auch bereits im März statt wie üblich Mitte des Jahres aus (vgl. Spreiti an Zentralhauptkasse vom 25.3.1919 in MF 70 756).

¹³⁸⁸ Ein eigens gebildeter Arbeitsausschuss, dem u. a. die Kahr-Bekanntesten Oskar von Miller (Vorstand) und Josef von Schmaedel, aber auch der Hilfsbund-Initiator Eugen Zentz angehörten, bereitete deshalb den feierlichen Empfang der Soldaten in geschmückten Straßen vor, vgl. MNN Nr. 589 vom 21.11.1918; der Ausschuss löste sich im August 1919 wieder auf und stellte die noch vorhandenen Finanzmittel für Verbesserungsarbeiten in den Kasernen zur Verfügung (Miller und Zentz an Möhl vom 2.8.1919; BayHStA, Abt. IV, RwGrKdo IV Nr. 526). Vgl. Baumgärtner, Zehn Jahre, 146.

¹³⁸⁹ Das zuletzt in Bulgarien verwendete Infanterie-Leibregiment kam am 26. November am Münchner Hauptbahnhof an und wurde dort von Soldatenrat Fritz Sauber mit einer Ansprache willkommen geheißen. Die Ausschmückung der Halle und die Ausführungen Saubers (Begrüßung als „freie Menschen“ im Volksstaat, Ende des Sonderstatus für Offiziere) kamen hierbei bei der Mehrzahl der Truppe offenbar nicht gut an; große Teile der Einheit verließen den Bahnhof deshalb vorzeitig und zogen in improvisierter Formation zur Türkenkaserne, wo eine jubelnde Menschenmenge die Ankunft erwartete. Vgl. ‚Die Leiber kommen!‘, in: MNN Nr. 598 vom 26.11.1918; ‚Die Begrüßung des 1. Batl. vom Inf. Leib-Regiment‘, in: MNN Nr. 600 vom 27.11.1918; ‚Kritisches zum Leiberempfang‘, in: MNN Nr. 601 vom 28.11.1918.

geschmückte Straßen¹³⁹⁰ und erhielten somit gleich die optische Bestätigung der revolutionären Machtübernahme, die nicht zuletzt von den Ersatztruppen ausgegangen war. In die Kaserne zurückgekehrt, ergaben sich dann auch schnell zahlreiche Konflikte zwischen den beiden Lagern, die sich etwa an Diebstählen von Ausrüstungsgegenständen entzündeten, sich an Lockerungen des Formaldienstes weiter aufheizten und bis zum Vorwurf der verräterischen Drückebergerei an der Heimatfront reichten. Viele erfahrene Soldaten zogen es angesichts dieser aufgeheizten Stimmungslage dann auch vor, möglichst schnell nach Hause zu kommen und mit oder auch ohne formelle Entlassung die Kasernentore hinter sich zu lassen.¹³⁹¹

Diese Option stand gerade den höherrangigen Offizieren trotz aller Frustration freilich vorerst nicht offen: Hatten sie bereits die Niederlage und die Einmischungen der Soldatenräte erlebt, mussten sie nun mit ansehen, wie die Einheiten rapide schrumpften und bald in erster Linie aus Soldaten bestanden, die über keine zivile Perspektive verfügten oder die sich politisch radikalisiert hatten – als Musterbeispiel könnte hier etwa der Gefreite Adolf Hitler dienen, der am 20. November in München eingetroffen war und danach vorerst in Traunstein Wache schob.¹³⁹² Ein solches trübes Panorama kollidierte natürlich mit dem traditionellen Selbstbild des Offizierskorps und stand erst recht im Kontrast mit dem hohen Prestige, an das sich die Kommandeure im Krieg zunehmend gewöhnt hatten. Einige der ohnehin meist konservativ orientierten Militärführer waren daher auch selbst keineswegs gegen die vorherrschende Politisierungswelle gefeit und ließen das bisher geltende Credo der rein staatsreuen Neutralität des Soldaten ohne viel Aufhebens hinter sich. So hoben einige Kameraden bereits im Dezember 1918 den sog. Wirtschaftsbund bayerischer Offiziere aus der Taufe, der sich neben einer finanziellen Besserstellung auch für den Erhalt bzw. die Wiederherstellung der bisher bestehenden Vorrechte einsetzte. Der Bund machte erstmals Anfang Februar 1919 von sich reden, als er mehrere Petitionen an das Militärministerium richtete und seine Forderungen im

¹³⁹⁰ Vgl. der Kommentar in den Kahr-Erinnerungen, pag. 612: „Der ganze Empfang machte einen tieftraurigen Eindruck. Die Staatsgebäude mussten auf Befehl rote Fahnen hissen. In dem vom Eisner in Lauf gesetzten Ministerialerlass war nur ‚Beflaggung‘ angeordnet, aber der Minister, der die letzte Unterschrift gab, nämlich Frauendorfer, fügte eigenhändig die Worte ein: in roter Farbe. Nun war aber glücklicherweise das rote Tuch nicht so vorrätig in den Geschäften. Ich hatte auch kein Verlangen mich vorzudrängen und beflaggte in weiss-blau.“

¹³⁹¹ Ziemann, *Front und Heimat*, 372-374.

¹³⁹² Thomas Weber, *Wie Adolf Hitler zum Nazi wurde. Vom unpolitischen Soldaten zum Autor von „Mein Kampf“*, übers. von Heike Schlatterer und Karl Heinz Siber, Berlin 2016, 11-57.

Rahmen einer Tagung in München bekräftigte; als Wortführer der Organisation traten u. a. Otto von Lossow und Franz Ritter von Epp hervor.¹³⁹³

2.3.6 Ein erster Vorstoß: Versuch zur Gründung einer Bürgerwehr

Lässt man all diese Gruppierungen und Akteure – Bürgerräte, Hilfs- und Ordnungsbünde, informelle Gesprächsrunden, publizistische Netzwerke, traditionsreiche Institutionen oder politisierte Offiziere – Revue passieren, ist es schließlich im Grunde gar nicht so überraschend, dass mit der sog. Bürgerwehrraffäre schon Ende Dezember 1918 der erste sichtbare Versuch unternommen wurde, einen politischen Kurswechsel herbeizuführen.¹³⁹⁴ Dabei liegen zwar keine Hinweise auf eine Beteiligung Gustav von Kahrs vor, der Regierungspräsident begegnete der Aktion jedoch zweifellos mit Sympathie¹³⁹⁵, zumal sie mehrere bewährte oder potenzielle Kooperationspartner direkt oder indirekt unterstützten: Neben den bekannten Köpfen der Aktion, dem Landtagsbibliothekar Rudolf Buttmann, dem Oberstleutnant Friedrich von Haack und dem völkischen Verleger Julius Friedrich Lehmann, handelte es sich dabei u. a. um studentische Kriegsfreiwillige, aber auch um Vertreter des „Salon Deutschland“; zumindest finden sich unter den Unterzeichnern des Ende Dezember publizierten Gründungsaufrufes auch zwei Direktoren des Bruckmann-Verlages.¹³⁹⁶ Buttmann, der ohnehin mit J.F. Lehmann befreundet war, hatte diesen heterogenen Kreis

¹³⁹³ Vgl. den Bericht von der ersten Tagung des „Wirtschaftsbundes bayerischer Offiziere“ am 1. und 2. Februar 1919, bei der Franz Ritter von Epp auch auf die „ungeordneten Zustände bei einigen Generalkommandos“ hinwies, in: „Die Regelung der Verhältnisse der Offiziere“, in: MNN Nr. 57 vom 3.7.1919. Der Wirtschaftsbund trat Anfang Juli 1919 unter dem Vorsitz Ludwig von Tutscheks dem Deutschen Offiziersbund bei (BStZ Nr. 167 vom 8.7.1919).

¹³⁹⁴ Aktuelle Darstellungen der Bürgerwehrraffäre liegen vor bei: Wanninger, Buttmann, 62-68; Schmalzl, Auer, 314-321; Gilbhard, Thule, 80 ff.; Franz J. Bauer, Bürgerwehrraffäre, 1918, in: Historisches Lexikon Bayerns [URL: <https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Bürgerwehrraffäre_1918>; zuletzt eingesehen am 9.3.2021].

¹³⁹⁵ Vgl. Kahr-Erinnerungen, pag. 616 f.: „Dieser Aufruf stieg dem Eisner in die Nase, denn es galt doch den Kampf um die Vormacht. Während nun Auer trotz Warnung der in seiner Begleitung befindlichen Beamten in Stuttgart vertrauensvollst weiterverhandelte, fuhr Eisner ohne davon etwas zu sagen in früher Morgenstunde mit Auto nach München und erließ gegen die ahnungslos im Bayerischen Hof tagenden Mitglieder des Bürgerwehrausschusses Haftbefehl. Die Herren Bürger wurden in Einzelzellen der Polizeidirektion abgeführt und dort, weil sie gebildete und gut gewaschene Männer waren, mit ausgesuchter Unfreundlichkeit behandelt. Mancher, der im Vertrauen auf die Berufung des Innenministers ahnungslos in die Sitzung gekommen war, nur um sich zu unterrichten, kam in den Kerker.“

¹³⁹⁶ Von den in der Schober-Chroik (Schober, Geschichte, A I, pag. 22 - HS 920) genannten Unterzeichnern des Bürgerwehrauf Rufes konnten per Abgleich mit dem Münchener Adressbuch 1918 (Adreßbuch für München 1918, hg. von der kgl. Polizei-Direktion, München 1918) Gustav Axmann und Robert Wiese dem Bruckmann-Verlag zugeordnet werden. Neben den Ministern Erhard Auer und Johannes Timm, Staatsrat Sigmund Haller von Hallerstein (SPD) sowie Rudolf Buttmann fallen in der Liste der Namen außerdem der spätere Zeitfreiwilligenführer Walther Hemmeter (siehe Anm. 1659), der im Kriegsministerium tätige Rechtsreferendar Walther Antz (siehe Anm. 1215), der Verlagsdirektor der München-Augsburger Abendzeitung Ernst Heuser und Max Hörburger - Fabrikdirektor der F. A. Riemerschmied auf.

zusammengestellt und sich dabei auch der Vermittlung des plötzlich weitgehend entmachteten Wirtschaftsreferenten des Stellvertretenden Generalkommandos, Hauptmann Christian Roth, bedient und auf diese Weise Kontakt zu General Haack aufgenommen.¹³⁹⁷

Räumlicher Kristallisationspunkt der Treffen wurden schließlich die von der Öffentlichkeit weitgehend abgeschirmten Clubräume der Thule-Gesellschaft im Hotel Vier Jahreszeiten, wo man sich wahrscheinlich unter dem Eindruck der Weihnachtskämpfe in Berlin¹³⁹⁸ endgültig entschied, nun aktiv zu werden. Nach Ablauf der Festtage versammelte sich der Kreis der Unterstützer dann nochmal gemeinsam zu letzten Vorbereitungen im vornehmen Hotel an der Maximilianstraße, ehe am 28. Dezember in der ganzen Stadt Aufrufe zur Gründung einer Bürgerwehr plakatiert waren, die auch die Unterschriften der Minister Auer und Timm sowie des Staatssekretärs im Finanzministerium Haller von Hallerstein trugen.¹³⁹⁹ Zu der für den gleichen Abend angesetzten Gründungsversammlung der Bürgerwehr kam es dann jedoch nicht mehr, die Polizei verhaftete bei dieser Gelegenheit vielmehr 40 anwesende Initiatoren unter dem Vorwurf der konterrevolutionären Verschwörung, wovon die meisten jedoch nach wenigen Tagen wieder freikamen; ein heimlicher Zuhörer der Zusammenkunft am Vortag hatte die Ausführungen Buttmanns und Haacks mitstenographiert und seine Erkenntnisse weitergegeben.¹⁴⁰⁰

2.4 Kurs parlamentarische Demokratie: Demontage Eisners und Einberufung des Landtags

Mit der Aufdeckung und Zerschlagung der Bürgerwehrpläne erhielten Eisner und die Unabhängigen Sozialdemokraten nochmals kurz Auftrieb, wie etwa im Provisorischen Nationalrat deutlich wurde, als ein selbstbewusst wirkender Ministerpräsident den Konterrevolutionären Feigheit vorwarf und abermals die Hetze der kapitalistischen Presse kritisierte¹⁴⁰¹; der gleichzeitig vorgestellte Beschluss zur Bildung eines

¹³⁹⁷ Vgl. die explizite Erwähnung der Kontaktvermittlung Roths für Buttmann in der Darstellung Haacks („Erinnerungen an die Revolutionszeit“, HS 2176, pag. 4 f.) sowie der bei Weber zitierte Tagebucheintrag der Ehefrau Lehmanns, der die gerade vorbereitete Sammlung einer Bürgerwehr im Verborgenen erwähnt (Weber, *Wie Adolf Hitler*, 67 f.).

¹³⁹⁸ Mark Jones, *Founding Weimar. Violence and the German Revolution of 1918-1919*, Cambridge 2016, 136-170.

¹³⁹⁹ Vgl. die Verlesung des Aufrufs durch Ernst Toller im Provisorischen Nationalrat: *Verhandlungen des Provisorischen Nationalrates des Volksstaates Bayern 1918/19*, Stenographische Berichte, München 1919, 186.

¹⁴⁰⁰ Wanninger, *Buttmann*, 63 f.

¹⁴⁰¹ *Verhandlungen des Provisorischen Nationalrats*, 224-229.

Nationalgerichtshofes und das am 4. Januar 1919 verkündete Staatsgrundgesetz sind wohl ebenfalls als Ausdruck des ungebrochenen Gestaltungswillens einzustufen.¹⁴⁰²

Diese Stimmung hielt indes nicht lange an, die am 12. Januar durchgeführten Landtagswahlen verdeutlichten die tatsächlichen Mehrheitsverhältnisse im Freistaat vielmehr noch schonungsloser, als man im Vorfeld erwarten konnte: Sie zeigten mit einem Ergebnis von 2,5 % für die USPD auf, dass Eisner nicht die geringste Aussicht besaß, auf demokratischen Wege an der Macht zu bleiben und bis zu einer regulären Regierungsbildung nur noch auf Abruf amtieren würde.¹⁴⁰³ Die allgemeine Erwartungshaltung, vor allem im Bürgertum, war angesichts dieser Sachlage eindeutig: Das Zwischenspiel einer provisorischen Revolutionsregierung und eines de facto willkürlich zusammengesetzten Nationalrates ohne wirkliche Mitspracherechte sollte nun möglichst schnell beendet werden und wieder einer geregelten Interaktion der drei Staatsgewalten weichen.

Eisner machte jedoch zunächst keinerlei Anstalten, politische Konsequenzen aus seiner Niederlage zu ziehen: In einer Rede vor den Arbeiter- und Soldatenräten bezeichnete er das Wahlergebnis vielmehr als „überraschend günstig“ – ja geradezu alle Erwartungen übertreffend – da es den Weg zu einer Einigung der Sozialisten ebne und darüber hinaus die Bildung einer Regierung zusammen mit dem Bauernbund ermögliche.¹⁴⁰⁴ Erweckte eine solch kuriose Lagebewertung freilich schon beinahe den Eindruck einer bewussten Realitätsverweigerung, fiel der öffentliche Aufschrei vorerst dennoch kleiner als erwartet aus, da nach dem bayerischen Urnengang sogleich wichtige Ereignisse die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich zogen. Denn ging der Wahlkampf angesichts der eine Woche später anstehenden Wahl zur Nationalversammlung zunächst einfach weiter, erregte im Anschluss daran die Publikation des Preuß'schen Entwurf für eine neue Reichsverfassung¹⁴⁰⁵ nicht zuletzt in Bayern die Gemüter: Die Vorlage sah unter anderem die Ballung der meisten politischen Kompetenzen in den Händen des Reiches, die Neugliederung der jetzt als deutsche Länder bezeichneten Bundesstaaten und den Übergang der legislativen Steuerhoheit an die Zentrale in Berlin vor. Die Aufregung war

¹⁴⁰² Ebd., 226. Zu Entstehung und Inhalten des Staatsgrundgesetzes: Wolfgang Ehberger, *Bayerns Weg zur parlamentarischen Demokratie: Die Entstehung der Bamberger Verfassung vom 14. August 1919* (Studien zur bayerischen Verfassungs- und Sozialgeschichte 29), München 2013, 127-139.

¹⁴⁰³ Die Ergebnisse bei Joachim Lilla (Bearb.), *Der Bayerische Landtag 1918 bis 1933. Wahlvorschläge - Zusammensetzung - Biographien* (Materialien zur Bayerischen Landesgeschichte 21), München 2008, 557 f.

¹⁴⁰⁴ Die Ausführungen Eisners vor dem Vollzugausschuss der Arbeiter- und Soldatenräte in: ‚Sozialistische Einheitsfront‘, in: MNN Nr. 22 vom 15.1.1919.

¹⁴⁰⁵ Michael Dreyer, Hugo Preuß. *Biographie eines Demokraten* (Weimarer Schriften zur Republik 4), Stuttgart 2018, 347-360.

entsprechend groß und erste Überlegungen machten die Runde, wie man der erklärten Absicht einer Neugründung des Reiches von oben entgegenwirken könne.

Solche Ereignisse konnten das Gefühl der inneren Blockade an der bayerischen Staatsspitze jedoch nur kurz überspielen, weshalb gegen Ende Januar die Stimmen lauter wurden, die die Bildung einer handlungsfähigen und von der Parlamentsmehrheit getragenen Regierung einforderten. In diesem Sinne erhoben sich etwa Proteste gegen die Zusammensetzung der bayerischen Delegation auf der Berliner Länderkonferenz vom 25. Januar, wobei etwa die BVP den einzigen angereisten Ministern, Eisner und Jaffé, die Berechtigung absprach, im Namen des Freistaats zu verhandeln.¹⁴⁰⁶ Die letzte politische Schonfrist war schließlich abgelaufen, als mit der nachgeholtten Wahl in der besetzten Rheinpfalz am 2. Februar die Mandatsverteilung im Landtag endgültig feststand, der provisorische Ministerpräsident aber immer noch nicht reagierte, sondern am 3. Februar zum Kongress der II. Internationale nach Bern reiste und dort bis 10. Februar blieb.¹⁴⁰⁷ Die Aufrufe für eine sofortige Einberufung des komplettierten Landtages waren nun nicht mehr zu überhören, wobei mit Robert von Piloty etwa auch ein Beauftragter für die Ausarbeitung der neuen Verfassung an die Öffentlichkeit ging und das Alterspräsidium aufforderte, notfalls auch selbst die Initiative zu ergreifen. Auch die Mehrheitssozialdemokratie unterstrich nun abermals sehr deutlich ihr Bekenntnis zum Parlamentarismus und rief Eisner in der Presse faktisch zum Rücktritt auf¹⁴⁰⁸ – am 12. Februar zog der Ministerrat schließlich die Konsequenzen aus der unhaltbaren Lage und legte in Abwesenheit Eisners die konstituierende Sitzung des Parlaments auf Freitag, den 21. Februar, fest.¹⁴⁰⁹

Die politischen Fronten verhärteten sich nach der Wahl und angesichts des daran anschließenden politischen Stillstands also zusehends, wozu übrigens – wenn man Heinrich Jolas hier glauben darf – auch Gustav von Kahr einen Beitrag leistete: Von der klaren Sprache des „Bayerischen Kurier“ und seines Chefredakteurs Osterhuber angetan, steuerte der Regierungspräsident nun offenbar auch ab und zu Leitartikel für das bekannte Zentrumsblatt bei, die sicherlich auch nicht gerade mit Kritik an den herrschenden Verhältnissen sparten.¹⁴¹⁰ Den Hauptanteil an der sich anbahnenden Konfrontation trug

¹⁴⁰⁶ Vgl. den Bericht des württembergischen Gesandten vom 28.1.1919 (Moser, Benz, Dok. 1).

¹⁴⁰⁷ Grau, Eisner, 397.

¹⁴⁰⁸ Vgl. das Protestschreiben Pilotys in der MAAZ vom 7.2.1919 sowie ‚Tatsachen und Folgerungen‘, in: MP Nr. 40 vom 18.2.1919.

¹⁴⁰⁹ Bauer, Regierung Eisner, Nr. 57 b.

¹⁴¹⁰ So Heinrich Jolas, Berufliche Erlebnisse II, pag. 78 (NL Jolas 2). Da Zeitungsartikel damals nur selten namentlich gezeichnet wurden, ist es nicht möglich, diese Angabe zu überprüfen; auffällig ist allerdings in

in diesem Fall jedoch nicht die „reaktionäre“ Opposition, sondern die faktische Allianz aus unabhängigen Regierungsmitgliedern und den Rätegremien. Blieben erstere nämlich weiterhin eine klare Aussage über ihre Haltung zur parlamentarischen Demokratie schuldig, setzte nun vor allem im Landessoldatenrat und im Münchner Arbeiterrat eine spürbare Radikalisierung¹⁴¹¹ ein, die zunehmend eine Eskalation der Situation befürchten ließ: So forderten die Vertreter der Soldaten mehrfach die Absetzung von Militärminister Roßhaupter, der sich nicht nur im Sinne einer politischen Entmachtung der Räte nach Zusammentritt des Landtages ausgesprochen, sondern am 12. Februar auch noch zur Bildung eines freiwilligen „Volksheimatschutzes“ aufgerufen hatte, um gegen alle „Kräfte, die die Ordnung stören wollen“ und den „Bolschewismus“ mit Nachdruck vorgehen zu können.¹⁴¹²

Nach den Bürgerwehrplänen des Innenministeriums und der Initiative Buttmanns unternahm Roßhaupter damit also bereits den dritten Versuch, eine zuverlässige Truppe zum Schutz der Republik ins Leben zu rufen. Aus Sicht des Militärministers bestand für solche Vorsichtsmaßnahmen freilich auch aller Anlass: Immerhin hatte der Revolutionäre Arbeiterrat am 12. Februar bereits zum zweiten Mal die Freilassung des zuvor verhafteten Kommunistenführers Max Levien durchgesetzt und damit die Autorität der Regierung in erheblichen Maße untergraben; im Gegensatz zur Situation einen Monat zuvor¹⁴¹³ hatte dieses Mal sogar schon die Drohung mit Demonstrationen genügt.¹⁴¹⁴ In wohlbewusster Parallelität zu den Ereignissen im vergangenen November rief das Gremium am 16. Februar außerdem zu einer Großdemonstration auf der Theresienwiese auf, der wiederum ein Zug durch die Innenstadt folgen sollte – dieses Mal blieb die „zweite Revolution“ allerdings aus.¹⁴¹⁵ Stattdessen versammelte sich am nächsten Tag erstmals der Gesamtkongress der bayerischen Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte, um als

diesem Zusammenhang das Lob Kahrs für die mutige Haltung des „Bayerischen Kurier“ und seines Chefredakteurs Osterhuber nach Revolution, vgl. Kahr-Erinnerungen, pag. 605 f.

¹⁴¹¹ So zogen sich die Vertreter der Gewerkschaften aus dem Arbeiterrat zurück, da mit dem anstehenden Zusammentritt des Landtags aus ihrer Sicht die Aufgabe der Räte erfüllt war; unmittelbarer Anlass war jedoch der Streit um die von radikaler Seite geforderte neuerliche Demonstration: Der gewählte Abgeordnete Franz Schmitt (SPD) hatte sich in der Diskussion dagegen ausgesprochen, war jedoch niedergebrüllt worden. Vgl. ‚Demonstrations-Pläne‘, in: MNN Nr. 74 vom 12.2.1919; ‚Stürmische Vorgänge im Münchner Arbeiterrat‘, in: MP Nr. 35 vom 12.2.1919.

¹⁴¹² So die Formulierung im Aufruf Roßhaupters: ‚Eine freiwillige Volkswehr in Bayern‘, in: MNN Nr. 76 vom 13.2.1919; Roßhaupter musste sich daraufhin am 14. Februar vor dem Rätekongress rechtfertigen und wurde dabei auch vom anwesenden Kurt Eisner kritisiert, vgl. ‚Eine Ministerkrise‘, in: MNN Nr. 82 vom 16.2.1919; ‚Aus dem Räte-Kongreß‘ in: MNN Nr. 85 vom 18.2.1919.

¹⁴¹³ Schmalzl, Auer, 322 f.

¹⁴¹⁴ ‚Die Verhaftung Dr. Leviens‘, in: MNN Nr. 70 vom 10.2.1919 (Beratung im Arbeiterrat); ‚Der Münchner Arbeiterrat und seine Politik‘, in: MNN Nr. 72 vom 11.2.1919; ‚Die Haftentlassung Dr. Leviens‘, in: MNN Nr. 74 vom 12.2.1919.

¹⁴¹⁵ ‚Die Demonstration‘, in: MNN Nr. 83 vom 17.2.1919.

Spitzengremium den Räten ein Gesicht zu geben und Vorschläge für ihre zukünftige Rolle im Staat auszuarbeiten.¹⁴¹⁶

Solche undurchdachten Vorstöße und Überreaktionen ließen gleichzeitig umso mehr durchblicken, dass die zentralen Rätegremien angesichts der nach und nach in München eintreffenden Abgeordneten ihren Einfluss immer mehr schwinden sahen und außer lautstarkem Protest kein effektives Mittel fanden, um diesem Prozess Einhalt zu gebieten. So war es durchaus symbolträchtig, dass die Räte in den Tagen vor der konstituierenden Sitzung des Parlaments das seit letztem November weitgehend von ihnen beanspruchte Landtagsgebäude wieder räumen und ins Deutsche Theater übersiedeln mussten¹⁴¹⁷: Nach menschlichem Ermessen würde der 21. Februar also die Phase des revolutionären Übergangs schließen und die Gewaltenteilung zwischen Exekutive und Legislative wiederherstellen. Die parlamentarische Neuwahl einer Regierung unter der Führung der SPD und die Einsetzung eines Verfassungsausschusses schien unter diesen Voraussetzungen dann nur noch eine Frage der Zeit.¹⁴¹⁸

Oder mit anderen Worten: Auch die reguläre Verwaltung stellte sich Mitte Februar auf die Rückkehr von – aus ihrer Sicht – geordneten Verhältnissen ein und bereitete deshalb schon die Vorlage und die Umsetzung der ersten Reformgesetze vor: Für die innere Verwaltung besonders einschlägig war hierbei der Entwurf eines neuen Selbstverwaltungsgesetzes, das unter anderem die Eingriffsmöglichkeiten des Innenministeriums und der Kreisregierungen in mancherlei Hinsicht beschneiden sollte.¹⁴¹⁹

3. Die politische Eskalation

3.1 Die Zäsur: Ermordung Eisners und „Zweite Revolution“

Sah das von allen moderaten politischen Kräften ersonnene Drehbuch damit eigentlich vor, der parlamentarischen und gesetzgeberischen Arbeit an der Demokratisierung des staatlichen Lebens am 21. Februar einen symbolischen Auftakt zu geben, durchkreuzten

¹⁴¹⁶ Vgl. Georg Köglmeier, Kongress der bayerischen Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte, 1919, in: Historisches Lexikon Bayerns [URL: <https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Kongress_der_bayerischen_Arbeiter-,_Soldaten-_und_Bauernräte,_1919>; zuletzt eingesehen am 9.3.2021] sowie auch: Markus Schmalzl, Der Kongress der bayerischen Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte vom 13.02.-08.03.1919, unveröff. Magisterarbeit Regensburg 2006.

¹⁴¹⁷ ‚Das Landtagsgebäude vor der Tagung‘, in: MNN Nr. 86 vom 18.2.1919.

¹⁴¹⁸ Vgl. die Darstellung der Möglichkeiten für eine Regierungsbildung bei Schmalzl, Auer, 332-337.

¹⁴¹⁹ Die Presse kündigte den Entwurf bereits an: ‚Neuregelung der Gemeinde-, Distrikts- und Kreisverfassung‘, in: MNN Nr. 76 vom 13.2.1919.

die an diesem Tag eingetreten Ereignisse¹⁴²⁰ dann jedoch alle diese Pläne. Denn sollte mit dem im Ministerrat bereits vereinbarten Rücktritt Eisners und der Konstituierung des Landtags der Weg zur Bildung einer parlamentarischen Regierung frei gemacht werden – wobei Erhard Auer offenbar Minister des Inneren und damit Vorgesetzter Kahrs geblieben wäre –, machten die just an diesem Freitag kurz hintereinander verübten Mordanschläge auf Eisner und Auer alle Aussichten auf eine Entspannung der Situation vorerst zunichte. Dabei erwies sich auch die Dramaturgie der Ereignisse als besonders fatal: Denn wurde Kurt Eisner bereits auf dem Weg in den Landtag erschossen und erhielt damit gar nicht mehr die Gelegenheit, sein Amt vor den Augen seiner Anhänger und Gegner dem neugewählten Landtag zur Verfügung zu stellen, kam es auch nicht mehr zur regulären Vertagung des Plenums, ehe Mitglieder des Revolutionären Arbeiterrats in den Saal stürmten und z. T. gezielt das Feuer auf die Regierungsbank eröffneten.¹⁴²¹ Die Abgeordneten ergriffen daraufhin in Panik die Flucht, während sich trauernde und wütende Menschenmassen zur gleichen Zeit am bereits geschmückten Ort des Eisner-Attentats versammelten sowie der mit dem Tod ringende Erhard Auer in eine Klinik überführt wurde.

Fiel mit der Sprengung der soeben gewählten Volksvertretung die dringend benötigte Plattform zur demokratischen Interaktion aller politischen Parteien also sogleich wieder weg, zeigte sich auch die amtierende Staatsregierung kaum mehr handlungsfähig, da ihr die beiden wichtigsten Minister – zugleich die Vorsitzenden der Regierungsparteien – nun fehlten. Der 21. Februar bedeutete somit den abrupten Rückfall in eine politisch völlig ungeklärte Situation, in der niemand genügend politische Autorität beanspruchen konnte, um sich zum legitimen Sachwalter der Staatsgeschäfte zu erklären und den im Grunde bereits vorgezeichneten Weg zur Wahl einer parlamentarischen Koalitionsregierung weiter zu verfolgen. Im Vergleich betrachtet, war das Machtvakuum sogar noch dramatischer als Anfang November 1918, da die rüchtrittswillige provisorische Staatsregierung den eigenen Anspruch auf politische Führung jetzt offenbar auch ohne einen gezielten Umsturz preisgab und den nun hereinbrechenden Ereignissen scheinbar freien Lauf ließ.¹⁴²²

¹⁴²⁰ Köglmeier, Rätégremien, 288-290; Friedrich Hitzer, Anton Graf Arco. Das Attentat auf Kurt Eisner und die Schüsse im Landtag, München 1988.

¹⁴²¹ Die Zeugenaussagen im Prozess gegen die Beteiligten erlauben eine detaillierte Rekonstruktion der Ereignisse: Die Attentate im Bayerischen Landtag. Der Prozeß gegen Alois Lindner und Genossen vor dem Volksgericht München, München 1919.

¹⁴²² Einen Überblick der Situation bietet: Johannes Merz, Auf dem Weg zur Räterepublik. Staatskrise und Regierungsbildung nach dem Tode Eisners (Februar/März 1919); in: Zeitschrift für Bayerische Landesgeschichte 66 (2003), 541-564.

Den eigentlich bereits in die Krise geratenen Räten fiel die politische Initiative so fast ohne eigenes Zutun wieder in die Hände, zumal ihnen niemand das Recht bestreiten konnte, als Zeichen des Protestes gegen den politischen Mord an Kurt Eisner einen viertägigen Generalstreik auszurufen und alle Vorbereitungen für ein würdiges Staatsbegräbnis zu treffen: Der Leichenzug für den toten Ministerpräsidenten ging dann am 26. Februar auch unter großer Anteilnahme der Bevölkerung vonstatten, was die Initiatoren ohne Zweifel als gelungene Machtdemonstration verbuchen durften.¹⁴²³ Mit dem politischen Umschwung sahen die in den vergangenen Wochen zunehmend hilflos wirkenden Rätevertreter außerdem den Zeitpunkt gekommen, sich in neuer Form zu konstituieren und setzten bereits am Nachmittag des 21. Februars einen Zentralrat sowie einen Aktionsausschuss ein, der fortan de facto die oberste Regierungsgewalt im Land übernahm.¹⁴²⁴ Der Zentralrat erließ dementsprechend eine Reihe sofort in Kraft tretender Verordnungen und berief auch den Kongress der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte zu einer zweiten Tagung ein, die am 25. Februar – wie als Symbol wieder im Sitzungssaal des Landtags – eröffnet wurde.¹⁴²⁵ Es verwundert daher nicht, dass dieses Interregnum vielen im Rückblick als erste Räteperiode erschien, zumal der Zentralrat sogar Geiseln aus Adel und Bürgertum nahm, um etwaige „konterrevolutionäre Bestrebungen“¹⁴²⁶ schon von vorneherein zu unterbinden.¹⁴²⁷

Trotz aller politischen Unruhen und der offensichtlichen Ohnmacht der Staatsregierung wiesen die Ermordung Eisners und die sogenannte Zweite Revolution jedoch nicht direkt den Weg in die Räterepublik, der Rätekongress lehnte eine derartige Proklamation am 28. Februar sogar noch explizit ab und versuchte stattdessen, von sich aus ein neues Kabinett zu bilden.¹⁴²⁸ Die sog. Ministerliste Segitz blieb letztlich jedoch reines Wunschdenken, da die meisten auf dem Papier genannten Personen überhaupt nicht bereit waren, die Regierung im Namen des Rätekongresses zu übernehmen, was die unübersichtliche Lage

¹⁴²³ Bernhard Grau, Beisetzung Kurt Eisners, München, 26. Februar 1919, in: Historisches Lexikon Bayerns [URL: https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Beisetzung_Kurt_Eisners,_München,_26._Februar_1919]; zuletzt eingesehen am 9.3.2021].

¹⁴²⁴ Köglmeier, Rätegremien, 290-294.

¹⁴²⁵ Stenographischer Bericht über die Verhandlungen des Kongresses der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte vom 25. Februar bis 8. März 1919, München 1919.

¹⁴²⁶ Der neue Zentralrat verkündete die Verhaftung von Geiseln öffentlich per Plakat, vgl. das Digitalisat in im Artikel: Bernhard Grau, Roter Terror, 1919, in: Historisches Lexikon Bayerns [URL: https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Roter_Terror,_1919]; zuletzt eingesehen am 9.3.2021].

¹⁴²⁷ Kahr, Mein Lebenslauf (1933), pag. 13.

¹⁴²⁸ Johannes Merz, Kabinett Segitz, 1919, in: Historisches Lexikon Bayerns [URL: https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Kabinett_Segitz,_1919]; zuletzt eingesehen am 9.3.2021].

nur noch weiter verkomplizierte: Im Unwissen, ob und wenn ja welche Regierung nun überhaupt im Amt war, führten in den meisten Ressorts deshalb vorerst einfach die Spitzenbeamten die laufenden Geschäfte weiter und zeichneten die nicht aufschiebbaren Verordnungen und Bekanntmachungen.¹⁴²⁹

Allen Seiten war freilich auch klar, dass dieser Schwebezustand nicht mehr lange andauern konnte, da es auch dem in lange Debatten verstrickten Rätekongress nicht gelang, im Sinne einer Besserung der wirtschaftlichen und sozialen Notlage tätig zu werden. Die Räte mussten sich daher in längeren Verhandlungen doch mit den Landtagsparteien ins Benehmen setzen und sich mit ihnen auf die parlamentarische Bestellung einer neuen Staatsregierung verständigen, die – mit den Vollmachten eines Ermächtigungsgesetzes ausgestattet – endlich durchgreifende Maßnahmen im wirtschafts- und sozialpolitischen Bereich einleiten sollte. Auch nach diesem am 7. März 1919 besiegelten Kompromiss¹⁴³⁰ blieb indes letzten Endes unklar, ob nun in Zukunft der Landtag oder die Rätegremien die politische Prerogative in Händen halten würden und was etwa im Falle eines Konflikts zwischen der bevollmächtigten Regierung und dem Zentralrat geschehen sollte.

3.2 Handlungsunfähigkeit der Zentrale – Machtgewinn der Verwaltung

Gustav von Kahr und seine Kollegen – also die mittlere Verwaltungsebene – hatten vor diesem Hintergrund hingegen immer mehr Anlass, sich als eine Art ruhender Pol in der Erscheinungen Flucht zu betrachten: Denn ging ihre reguläre Tätigkeit auch während der Tagung des Rätekongresses relativ unbehelligt ihren Gang¹⁴³¹, erhielten sie angesichts der zeitweisen Lähmung der zentralen Exekutive ein weiteres Mal neue Aufgaben zugewiesen: So ernannte das Sozialministerium die Oberbürgermeister von München und Nürnberg sowie die acht Regierungspräsidenten am 25.2.1919 zu sog. Bezirkswohnungskommissaren und übertrug ihnen damit die Vollmacht, Maßnahmen gegen die „drängende Wohnungsnot“ – etwa den Bau oder die Enteignung von

¹⁴²⁹ Vgl. den Überblick zur Regierungsbildung in: Die Protokolle des Bayerischen Ministerrats 1919-1945. Das Kabinett Hoffmann I. 17. März - 31. Mai 1919, bearb. von Wolfgang Ehberger und Johannes Merz, München 2010, 8* f.

¹⁴³⁰ Ebd., 12*-18* sowie der Abdruck der geschlossenen Vereinbarungen in Dok. 1 und 2.

¹⁴³¹ Unstimmigkeiten ergaben sich in dieser Phase offenbar noch vor allem bei symbolpolitischen Konflikten: So beantragte der Arbeiterrat Reichenhall am 27. Februar die Absetzung des Bezirksamtmanns Feilitzsch, da dieser das Glockenläuten zur Beerdigung Eisners verweigert hatte; Kahr forderte den Beamten daraufhin zur Berichterstattung auf und erhielt wenige Tage später die Antwort, dass die Frage längst geklärt sei (Feilitzsch an Kahr vom 10.3.1919; MInn 78 053).

Wohnungen – einzuleiten.¹⁴³² Die Kreisregierungen hatten sich damit im Laufe der Revolution endgültig zu einer Art Kompetenzzentrum und Steuerungszentrale für die Grundversorgung der Bevölkerung entwickelt: Denn lag die Koordination der Versorgung mit Lebensmitteln und Bedarfsartikeln im Rahmen der Kriegszwangswirtschaft ohnehin bereits weitgehend in ihren Händen, war mit der Demobilmachung auch die zivile Zuständigkeit für Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung¹⁴³³ hinzugekommen. Nun folgte also auch noch die Aufsicht über den gemeinnützigen Wohnungsbau und die Wohnraumverteilung – und selbst die Sicherstellung der Energieversorgung rückte mit den Notstandsarbeiten an Wasserbauprojekten und den Plänen zur Erschließung neuer Torfmoore zunehmend in das Blickfeld der Kreisbehörden.¹⁴³⁴ Die acht Präsidenten hatten also durchaus gute Gründe, sich als wichtige Stützen des Gemeinwesen zu betrachten, zumal sie sich auch in ihrem Selbstbild als Sprachrohr ihres ganzen Regierungsbezirkes bestätigt fühlen durften: Denn während die Politik des Kabinetts ganz offenbar immer stärker den unberechenbaren Launen der (Groß-)Städte ausgeliefert war, konnten sie mit Selbstbewusstsein darauf verweisen, die Interessen aller Teile der Bevölkerung, d. h. auch des flachen Landes, in unparteiischer Weise zu vertreten und sich damit in das Licht getreuer Sachwalter des ganzen Gemeinwesens setzen.¹⁴³⁵

Auch nach der einstimmigen Wahl des neuen Ministerpräsidenten Johannes Hoffmann¹⁴³⁶ hatte Gustav von Kahr deshalb allen Grund, dem nach fast vier Wochen des politischen Stillstandes gebildeten Kabinett aus SPD, USPD und BBB mit Selbstbewusstsein entgegenzutreten: Zwar agierte die am 17. März 1919 gewählte Koalitionsregierung auf Basis eines sachpolitisch zugeschnittenen Ermächtigungsgesetzes, verfügte im Landtag jedoch über keine eigene Mehrheit und musste sich bei der Umsetzung der selbstgesteckten Aufgaben ganz besonders auf die Mitwirkung der Kreisregierungen verlassen können – neben den drängenden Vorarbeiten

¹⁴³² Bek. über die Bestellung von Bezirkswohnungskommissären, in: Amtsblatt der Staatsministerien des Äußern, des Innern, für Soziale Fürsorge, für Landwirtschaft und für Handel und Gewerbe, München 1919, 42 f.

¹⁴³³ Siehe Anm. 1346.

¹⁴³⁴ Siehe Anm. 1265.

¹⁴³⁵ So etwa die deutliche Stellungnahme Kahrs gegenüber Landwirtschaftsminister Freyberg im November 1919: „Die Landbevölkerung spürt die auseinanderstrebende Unstimmigkeit im Schoße der Staatsregierung und besorgt, daß die heute maßgebenden Männer dieser Regierung auch fernerhin ihr Hauptaugenmerk dem Zwist innerhalb des s.g. Proletariats zuwenden und darüber die Interessen der übrigen Staatsbürger und des Staatsganzen hintansetzen werden. Die Landbevölkerung ist in großem Zorn darüber, daß man, wie es heißt, den Schreiern und Nichtstuern ängstlich nachläuft und ihre Forderungen zu Lasten der Allgemeinheit befriedige.“ (Kahr an Freyberg vom 10.11.1919, ML 1333).

¹⁴³⁶ Verh. Landtag 1919, Bd. I, 13.

für eine Verfassung standen abermals die Arbeitsbeschaffung, die Lebensmittelversorgung, der Wohnungsbau und die Kriegswohlfahrtspflege ganz oben auf der Agenda.¹⁴³⁷ Im Bewusstsein der eigenen Position an den Schalthebeln der Verwaltung gab sich Kahr in diesen Politikfeldern dann auch nicht mit der rein funktionalen Rolle eines ausführenden Organs zufrieden, sondern sah sich zugleich berechtigt, die Minister offen zu kritisieren und – wenn nötig – auch eigenständige Wege zur Lösung der wahrgenommenen Probleme ins Auge zu fassen.

So beschränkte sich der Regierungspräsident z. B. im Bereich des Wohnungswesens nicht nur darauf, am 26./27. März 1919 einer Einladung in den Sitzungssaal des Verkehrsministeriums Folge zu leisten, um in großer Runde mit den Ministern und den Vertretern der Kommunen über die dringendsten Schritte zur Linderung der Wohnungsnot zu beraten¹⁴³⁸; ein Resultat dieser Konferenz war dann übrigens die abermalige Übertragung von Zuständigkeiten auf die Kreisregierungen, die ab sofort eigene Referenten für die Wohnungskontrolle¹⁴³⁹ erhalten sollten. Kahr bemühte sich darüber hinaus, den vom Rätekongress bestellten Wohnungskommissar Dr. Arnold Wadler aus seinem Amt zu entfernen oder zumindest kaltzustellen, da er aus seiner Sicht viel zu selbstherrlich in die Belange der regulären Verwaltung eingriff und auch immer wieder ein rigoroses Vorgehen bei der Enteignung und Rationierung von Wohnraum ankündigte.¹⁴⁴⁰

Kahr ließ den Ministerpräsidenten sein neu gewonnenes Selbstbewusstsein jedoch auch in anderen Bereichen spüren: So war es dem ehemaligen Kommunalpolitiker Hoffmann ein besonderes Anliegen, das gemeindliche Selbstverwaltungsrecht in wesentlichen Punkten zu reformieren, um die Demokratisierung des öffentlichen Lebens auch von unten nachdrücklich zu fördern und die Eingriffsmöglichkeiten des Staates oder lokaler Eliten möglichst zu beschränken. Ein eigenes Gesetz sollte deshalb als wichtige Sofortmaßnahme den Übergang zum reinen Verhältniswahlrecht festlegen, das Zweikammersystem aus Magistrat und Gemeindebevollmächtigten abschaffen sowie die direkte Wählbarkeit der Bürgermeister und der Bezirksamtänner einführen.¹⁴⁴¹ Die Reform würde also zentrale Elemente der bestehenden, von Kahr sen. und jun.

¹⁴³⁷ Vgl. die im Ermächtigungsgesetz (GVBl. 1919, 112 f.) aufgeführten Regelungsmaterien, bei denen die Regierung zur „beschleunigte[n] Durchführung“ auch ohne Zustimmung des Landtag Gesetze und Verordnungen erlassen konnte.

¹⁴³⁸ Protokoll der Sitzungen in: Ehberger - Merz, Kabinett Hoffmann I, 45-53 und 66-71.

¹⁴³⁹ Ebd., 73 (Beschluss der Ministerratssitzung vom 28.3.1919, TOP II).

¹⁴⁴⁰ Jolas, Berufliche Erlebnisse II, pag. 56 f. (NL Jolas 2); Kahr-Erinnerungen, pag. 361.

¹⁴⁴¹ Hennig, Hoffmann, 281 f.

maßgeblich kommentierten Gemeindeordnung abändern. Dabei war dem Regierungspräsidenten insbesondere die zuletzt erwähnte Bestimmung ein Dorn im Auge, da sie aus seiner Sicht die neutrale Stellung des Bezirksamtsvorstandes ohne Not preisgab und ihn zu einem parteilichen Erfüllungsgehilfen der größten Lobby vor Ort degradierte – kein Bezirksamtmann würde es dann noch wagen, etwa unpopuläre Maßnahmen im Ernährungswesen gegen den Widerstand der Bevölkerung durchzusetzen.¹⁴⁴² Ein Konflikt in dieser Grundsatzfrage schien also unvermeidlich und zugleich symbolträchtig. Kahr berichtete deshalb auch noch Monate später mit sichtlichen Stolz, er habe sich den „Unwillen des Ministerpräsidenten“ zugezogen, als er in einer Besprechung „gegen diese Bestimmungen mit aller Entschiedenheit“ eingetreten sei und dann sogar noch seine Argumentation in einem Rundschreiben an alle Regierungspräsidenten dargelegt habe, was letztlich einer Aufforderung gleichkam, die Initiative im gleichen Sinne zu ergreifen.¹⁴⁴³

Und schließlich ist auch mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit davon auszugehen, dass Kahr das von der Regierung erlassene Werbeverbot für Freikorpsseinheiten¹⁴⁴⁴ – das gerade für die in Ohrdruf aufgestellte Truppe für den sog. Grenzschutz Ost, das spätere Freikorps Epp, galt – grundsätzlich ablehnte und bereits nach Möglichkeiten suchte, diese von Militärminister Schneppenhorst erlassene Order zu umgehen.

3.3 Ende im Chaos: Räterepubliken und Bürgerkrieg

Ehe sich derartige Unstimmigkeiten zu einer ernsthaften Krise auswachsen konnten, wurde jedoch der weiterhin schwelende Konflikt mit den Räten wieder akut und läutete relativ abrupt die letzte Etappe der bayerischen Revolution ein – abgesehen von der Umsturnnacht am 7. November die einzige Phase, in der Gustav von Kahr jeden operativen Einfluss als Regierungspräsident einbüßte und schließlich sogar aus einem Versteck die Entwicklung der Dinge verfolgen musste. Nun ist hier nicht der Ort, um die Ursachen für die schließlich doch vollzogene Proklamation einer Räterepublik zu

¹⁴⁴² Kahr war mit seiner Kritik an den Art. 24 und 25 des neuen Selbstverwaltungsgesetzes freilich nicht alleine, mehrere Verwaltungsbeamte schlossen sich dieser Position in der Bayerischen Staatszeitung vom 1.6.1919 an. Tatsächlich erfolgte dann schnell eine Abänderung dieser Bestimmungen und die Wählbarkeit der Bezirksamtmänner wurde wieder zurückgenommen: Gesetz vom 28.10.1919 zur teilweisen Abänderung des Selbstverwaltungsgesetzes vom 22.5.1919, in: GVBl. 1919, 699.

¹⁴⁴³ So Kahr in einem Schreiben an Oberst Vallade vom 9.6.1919 (stenographischer Entwurf in NL Kahr 30).

¹⁴⁴⁴ Der Ministerrat beschloss am 31. März nach ausführlicher Diskussion das Verbot dieser Truppenwerbungen und stimmte auch zu, die daran beteiligten Offiziere ggf. in Haft zu nehmen; vgl. die Vormerkung von Staatsrat Paulus zur Verhaftung von Otto Kolshorn vom 5.6.1919 in MKr 11 050.

erörtern, neben den stark divergierenden Vorstellungen zwischen SPD und USPD stand die dauerhafte Rollenverteilung zwischen Parlament und Räten freilich immer noch aus, auch spielte das Vorbild Ungarn, wo Béla Kun am 21. März die Räteherrschaft ausgerufen hatte, sicherlich eine Rolle.¹⁴⁴⁵

Auf jeden Fall weigerten sich die Unabhängigen und die in München verbliebenen Truppen Anfang April, eine bereits einberufene Sitzung des Landtags abzuhalten bzw. zu sichern, die meisten Regierungsmitglieder erkannten angesichts dieses Boykotts dann auch recht schnell, dass sie jeden Einfluss auf die politische Entwicklung vor Ort verloren hatten und entschlossen sich deshalb am 6. April, die Hauptstadt nach Norden zu verlassen, um ihre Handlungsfreiheit an einem anderen Ort wieder zu gewinnen. Ministerpräsident Hoffmann gelang es schließlich, Schutz bei der regierungstreuen Garnison in der „Zentrumshochburg“¹⁴⁴⁶ Bamberg zu finden und sein Kabinett in der oberfränkischen Bischofsstadt neu zu versammeln. Auch der Ältestenrat des Landtags, d. h. die einflussreichsten Abgeordneten der einzelnen Fraktionen, folgte der Regierung in ihr Ausweichquartier und kam bereits am 12. April zu seiner ersten Sitzung zusammen.¹⁴⁴⁷ Ein Großteil der Ministerialbeamten und die gesamte Regierung von Oberbayern blieben hingegen in München zurück und mussten am 7. April 1919 verwundert ihre vermeintliche Umwandlung zur Behörde der soeben ausgerufenen Räterepublik zur Kenntnis nehmen: Sollten die Ministerien fortan als Volkskommissariate¹⁴⁴⁸ in Erscheinung treten, war jedoch vorerst nicht zu erfahren, was in Zukunft mit den Kreisregierungen geschehen würde – die von der Größe ihrer Aufgabe eingenommenen Toller, Landauer oder Mühsam waren sich hierüber wohl selbst noch nicht im Klaren.

Allein die natürliche Trägheit des Behördenapparats führte deshalb dazu, dass der Dienstbetrieb vorerst einfach nach den bisherigen Direktiven weiterging: Hiervon zeugt etwa ein von Kahr an das Innenministerium übersandte Bericht vom 9. April, der sich – Zufall oder nicht – ausgerechnet mit der Frage beschäftigte, ob die Witwe des Eisner-

¹⁴⁴⁵ Vgl. den Überblick: Matthias Bischel, Räterepublik Baiern (1919), in: Historisches Lexikon Bayerns [URL: <[https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Räterepublik Baiern \(1919\)](https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Räterepublik_Baiern_(1919)>)>; zuletzt eingesehen am 9.3.2021].

¹⁴⁴⁶ So wiederholt der spöttische Kommentar Kahrs: Kahr, Mein Lebenslauf (1933), pag. 14; Tagebuch 1921-B, pag. 55.

¹⁴⁴⁷ Vgl. Winfried Theurer - Robert Zink, Bamberg 1918/19 - Regierungshauptstadt auf Zeit, in: Werner Wagenhöfer - Robert Zink (Hg.), Räterepublik oder parlamentarische Demokratie. Die „Bamberger“ Verfassung 1919 (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Bamberg 10), Bamberg 1999, 33-65 sowie der Exkurs „Der Regierungssitz Bamberg“ in: Die Protokolle des Bayerischen Ministerrats 1919-1945. Das Kabinett Hoffmann II, Teil 1. 31. Mai - 1. September 1919. Bearb. von Wolfgang Ehberger unter Mitarbeit von Matthias Bischel, München 2017, 52*-60*; das Protokoll des Ältestenrats in Landtag 11 899.

¹⁴⁴⁸ Köglmeier, Rätégremien, 323 f.

Vertrauten Ludwig Gandorfer einen Entschädigungsanspruch gegen den Staat geltend machen könne.¹⁴⁴⁹ Auch andere Behörden arbeiteten vorerst sozusagen einfach unter Vorbehalt weiter: Immerhin konnte der aktuelle Schwebezustand ja kaum auf Dauer anhalten, zumal von einer Umsetzung der vollmundigen Ankündigungen der Räte bisher kaum etwas zu spüren war.

Diese unterschwellig wohl bei vielen präsente Lagebeurteilung traf dann auch zu: Scheiterte die Räteregierung nämlich schon daran, sich in allen Bereichen als unangefochtene Inhaberin der öffentlichen Gewalt durchzusetzen, schien der anfängliche politische Elan nach nur sechs Tagen Räteherrschaft ganz allgemein bereits weitgehend verpufft: Die neuen Organe – etwa der Revolutionäre Zentralrat und die Volksbeauftragten – arbeiteten vielmehr oft unkoordiniert nebeneinander her und legten ihre jeweiligen Zuständigkeiten auch ganz unterschiedlich aus. Sie blockierten sich daher in ihren Bemühungen immer wieder gegenseitig und verfolgten z. T. ganz unterschiedliche Ziele und Projekte.¹⁴⁵⁰ Der größte Teil Frankens und bereits auch erste Städte in Schwaben und Altbayern hatten sich zudem im Laufe dieser ersten Woche wieder von der Räterepublik losgesagt und damit weitere Zweifel an der Autorität und Durchsetzungsfähigkeit der neuen Machthaber geschürt. So stand beispielsweise die Regierung von Oberbayern einige Tage lang vor der absurden Situation, dass einige unmittelbaren Städte und Bezirksämter völlig von den lokalen Rätegremien dominiert wurden und sich vor allem an die Weisungen der Münchner Zentrale gebunden fühlten, während andere Distriktsbehörden ganz regulär nach den Instruktionen Kahrs weiterarbeiteten. Häufig waren auch Schattierungen zwischen beiden Zuständen anzutreffen, so etwa wenn Beamte die Räte im Großen und Ganzen gewähren lassen mussten, jedoch gleichzeitig auch regulär Dienst taten und Kahr als eine Art teilnehmende Beobachter über alle Vorkommnisse auf dem Laufenden hielten.¹⁴⁵¹ Schon in Oberbayern ließ sich die Frage, wer denn nun eigentlich die Macht in Händen hielt, also kaum mit Gewissheit beantworten, was im Umkehrschluss freilich nichts anderes bedeutete, als dass die sog. Dritte Revolution in ihren ersten Ansätzen stecken geblieben war.

¹⁴⁴⁹ Kahr erörterte in der Note ausführlich die Rechtslage und kam zu dem Ergebnis, dass der Witwe keine Entschädigung zustehe (Kahr an Staatsministerium der Finanzen vom 9.4.1919, MF 67 410).

¹⁴⁵⁰ Michael Seligmann, *Aufstand der Räte. Die erste bayerische Räterepublik vom 7. April 1919* (Reihe *Libertäre Wissenschaft* 8), Grafenau-Döffingen 1989, 337-409.

¹⁴⁵¹ So etwa das Schreiben des Bezirksamtmanns Mayer vom 9.4.1919 (NL Kahr 29) zur Lage im Bezirk Pfaffenhofen: Der Beamte berichtete hierbei von der Stimmung in der Bauernschaft, einer Rede des SPD-Abgeordneten Hans Nimmerfall und von eingetretenen Störungen im Bankverkehr.

Fasst man diese Eindrücke zusammen, schien die Prognose eines baldigen Zusammenbruchs der Räteherrschaft in allen Teilen Bayerns somit keineswegs aus der Luft gegriffen: Die inzwischen in Bamberg versammelte reguläre Regierung entschloss sich deshalb, diese Chance möglichst rasch zu nutzen und vereinbarte mit loyalen Teilen der Münchner Garnison die Durchführung eines Gegenputsches in der Landeshauptstadt. Die Aktion¹⁴⁵² startete in den frühen Morgenstunden des 13. April 1919 und nahm mit der Verhaftung einiger Volksbeauftragter und Mitglieder des Zentralrates auch durchaus einen vielversprechenden Anfang. Am Mittag verkündeten dann große Plakate in der ganzen Stadt die Absetzung des Revolutionären Zentralrats, während die sog. Republikanische Schutztruppe bereits den Hauptbahnhof und das Telegraphenamt in Händen hielt. Der weitgehend missglückte Versuch, in Bayern eine Räterepublik auf der Basis sozialistischer und sozialrevolutionärer Ideale zu errichten, schien also zunächst im Wesentlichen unblutig zu Ende zu gehen; auch in Rosenheim stürmte eine aufgebrachte Menge auf diese Meldungen hin den Sitz des Soldatenrates und der Leiter des Vermessungsamtes, der ehem. Landtagsabgeordnete Rudolf Kanzler, rief zur Aufstellung einer lokalen Bürgerwehr auf.¹⁴⁵³

Nur wenige Stunden später nahmen die sich überstürzenden Ereignisse jedoch abermals eine unabsehbare Wendung, als sich die bisher abseits stehende KPD nun doch entschloss, im Verband mit radikalen Räteanhängern eine Protestkundgebung gegen den „reaktionären“ Handstreich in Szene zu setzen. Tatsächlich versammelte sich infolge dieses Aufrufs am Nachmittag des Palmsonntags wiederum eine beträchtliche Menschenmenge auf der Theresienwiese, die Demonstration blieb dieses Mal jedoch nicht friedlich, sondern artete in Straßenkämpfen mit der Republikanischen Schutztruppe aus. Die Situation eskalierte schließlich so weit, dass der gewaltbereite Teil der Demonstranten am Abend den Hauptbahnhof belagerte und – nach Schüssen einiger regierungstreuer Soldaten in die Menge – zum bewaffneten Sturm auf den Gebäudekomplex ansetzte.

Die von den Revolutionsbefürwortern einberufene, zur gleichen Zeit im Hofbräuhaus tagende Versammlung der Münchener Betriebsräte reagierte auf diese Meldung hin

¹⁴⁵² Florian Sepp - Matthias Bischel, Palmsonntagputsch, 13. April 1919, in: Historisches Lexikon Bayerns [URL: <https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Palmsonntagputsch,_13._April_1919>; zuletzt eingesehen am 9.3.2021]; Köglmeier, Rätegremien, 344-346.

¹⁴⁵³ ‚Die 4. Revolution in Rosenheim‘, in: Rosenheimer Anzeiger Nr. 86 vom 15.4.1919 (mit Abdruck des Aufrufs).

Rudolf Kanzler (1873-1956) war seit 1912 Leiter des Vermessungsamtes Rosenheim und MdL des Bayerischen Zentrums (1905-1918). Zur Person vgl. den NL Kanzler im BayHStA.

natürlich geschockt und geriet in ihrer Empörung zunehmend unter die Kontrolle des ebenfalls anwesenden Kommunistenführers Eugen Leviné: Dies umso mehr, als bekannt wurde, dass die regierungstreuen Truppen zuletzt in Panik die Flucht ergriffen hatten und sich die ganze Stadt nun in Händen bewaffneter Verteidiger der Räterepublik befand. Spätestens jetzt hatte Leviné in der Versammlung wohl relativ leichtes Spiel und die Betriebsräte stimmten schließlich der Proklamation einer zweiten Räterepublik zu – dieses Mal unter kommunistischer Führung.¹⁴⁵⁴ Diese neuerliche Räteherrschaft trug damit einen ganz anderen Charakter als ihre Vorgängerin und ließ nun tatsächlich das Abgleiten Bayerns in eine Diktatur oder in den Bürgerkrieg befürchten. Denn war diese sog. vierte Revolution eindeutig aus einem Gewaltakt heraus entstanden, bekannte sich die an der III. Internationale orientierte KPD auch ganz offen zum aktiven Kampf um die Durchsetzung des alleinigen Machtanspruchs des Proletariats.

Angesichts fehlender Nachrichten muss leider unklar bleiben, wann und wie Kahr von diesen Ereignissen Kenntnis erhielt¹⁴⁵⁵, hingegen kann kaum ein Zweifel bestehen, dass sich der Regierungspräsident sofort der Tragweite der neuerlichen politischen Wende bewusst war. Denn hatten die sog. Spartakisten ihre Entschlossenheit u. a. bei den Berliner Januarkämpfen nachdrücklich unter Beweis gestellt, gingen die neuen Machthaber auch in München sofort daran, ihre Vorhaben resolut in die Tat umzusetzen und riefen als erste Amtshandlung direkt einen Generalstreik aus. Sie begannen außerdem sogleich mit dem Aufbau einer Roten Armee und kündeten u. a. den Austausch des „gesamten Beamtenkörpers“ an, um die Herrschaft des Bürgertums in den Verwaltungsbehörden zu brechen.¹⁴⁵⁶ Auch die Kreisregierung musste deshalb ab sofort jederzeit mit einer Übernahme durch die Räte rechnen – der reguläre Kontakt zu den meisten behördlichen Außenstellen war wegen ihrer Besetzung durch Räteanhänger ohnehin bereits gestört. Tatsächlich erkor auch bald der „Kreisarbeiterrat Oberbayern“ den großen Landratssaal im Regierungsgebäude zu seinem neuen Tagungsort und

¹⁴⁵⁴ Köglmeier, Rätegremien, 351-353.

¹⁴⁵⁵ Kahr wurde noch in der Ersten Räterepublik angeboten, vorübergehend nach Weißenburg überzusiedeln (Bezirksamtman Weißenburg an Kahr vom 10.4.1919; NL Kahr 21), er war darauf jedoch nicht eingegangen.

¹⁴⁵⁶ Vgl. ‚Die ersten Aufgaben der Räte-Regierung‘, in: Mitteilungen des Vollzugsrats der Betriebs- und Soldatenräte Nr. 6 vom 19.4.1919. Eine Spalte weiter links wurde im Artikel ‚Zur Beamtenfrage‘ freilich gleichzeitig versichert, dass alle Beamten, die sich gegenüber der Räteregierung loyal verhielten, in ihren Stellen bleiben könnten.

Zu den Maßnahmen der Räteregierung: Heinrich Hillmayr, Roter und Weißer Terror in Bayern nach 1918: Ursachen, Erscheinungsformen und Folgen der Gewalttätigkeiten im Verlauf der revolutionären Ereignisse nach dem Ende des Ersten Weltkrieges (Moderne Geschichte 2), München 1974, 56-71; zur Roten Armee: Niels Ungruhe, Revolutionäre Kadertruppe oder Söldner mit ‚ehrloser Gesinnung‘? Zur Sozialgeschichte der ‚Roten Armee‘ von München 1919, in: Dieter Storz - Frank Wernitz (Hg.), Friedensbeginn? Bayern 1918-1923 (Katalog des Bayerischen Armeemuseums 18), Ingolstadt / Darmstadt 2018, 63-71.

behinderte den Dienstbetrieb damit erheblich; die gegenüber Heinrich Jolas angekündigte Amtsenthebung Kahrs und seiner drei Regierungsdirektoren blieb hingegen aus.¹⁴⁵⁷ Allein schon das bange Warten auf die Dinge, die da kommen mochten, führte indes dazu, dass sich Gustav von Kahr nicht mehr sicher fühlte, zumal sich die Drohbriefe häuften und die Bamberger Regierung nur sporadisch mit aus der Luft abgeworfenen Flugblättern von sich hören ließ.

Der nachhaltig verunsicherte Regierungspräsident entschied sich deshalb gegen Ostern zu einem ungewöhnlichen Schritt: Er verließ die eigene Dienstwohnung an der Maximilianstraße und hielt sich fortan weitgehend im altbekannten Hinterhof des Damenstiftsgebäudes auf, wo der selbst angelegte Garten und das Riederer-Haus des Landesvereins für Heimatschutz eine geschützte Unterkunft zu bieten schien; der Kontakt zu den wichtigsten Referenten an der Kreisregierung wurde unterdessen durch eine Art Kurierdienst aufrecht erhalten.¹⁴⁵⁸ Dieser letzte verbleibende Kommunikationsfaden konnte indes wenig daran ändern, dass Kahr nun weitgehend von den neuesten Nachrichten abgeschnitten war und nur noch in Grundzügen über die Situation in der Stadt und auf dem Land Bescheid wusste – die lärmende Truppenparade der Roten Armee war dagegen am 22. April¹⁴⁵⁹ sicherlich auch in den Rückgebäuden der Ludwigstraße sehr deutlich zu hören. Die bedrückende und mit Ungewissheit angefüllte Zeit verlangte deshalb geradezu nach einer sinnvollen Beschäftigung: Zur eigenen Ablenkung – aber sicherlich auch, um die eigene Lebensbilanz für alle Fälle ins rechte Licht zu rücken – brachte Kahr deshalb Ende April 1919 in „seinem“ Garten relativ knappe Lebenserinnerungen zu Papier, in denen die als glücklich geschilderte Jugendzeit sowie die erfolgreiche Höhepunkte des Wirkens als Verwaltungsbeamter einen breiten Raum einnehmen.¹⁴⁶⁰ Dabei ist freilich davon auszugehen, dass auch der verklärende Blick in die Vergangenheit und das vordergründige Gartenidyll die demütigende Erfahrung der eigenen Handlungsunfähigkeit nur sehr dürftig kaschierte.

¹⁴⁵⁷ Jolas, Berufliche Erlebnisse II, pag. 60. (NL Jolas 2)

¹⁴⁵⁸ Ebd. Vorübergehend, vielleicht in den letzten Tagen vor dem Einmarsch der Regierungstruppen, zog sich Kahr dann offenbar noch weiter zurück und war Gast bei Lina Renner, der verwitweten Gattin seines früheren Bezirksamtsassessors in Kaufbeuren: „Wer hätte damals in den glücklichen Zeiten unserer Zusammenarbeit daran denken können, daß ich später einmal bei seiner lieben verwitweten Frau vor den mir drohenden Gefahren der Revolution für einige Tage ein treues freundschaftliches refugium finden würde!“ (Kahr-Erinnerungen, pag. 124).

¹⁴⁵⁹ Bernhard Grau, Rote Armee, in: Historisches Lexikon Bayerns [URL: <https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Rote_Armee,1919>; zuletzt eingesehen am 9.3.2021] (mit Photo der Truppenparade).

¹⁴⁶⁰ Siehe Anm. 103.

Derweil nahm in den letzten Apriltagen vor den Toren der Landeshauptstadt und in mehreren Teilen Oberbayerns der Bürgerkrieg seinen Lauf, wobei sich das Blatt schnell zugunsten der vorrückenden Reichswehr wendete: Denn die Regierung Hoffmann hatte in ihrer Not schließlich doch um Waffenhilfe aus Norddeutschland und aus Württemberg gebeten und wurde nun Zeuge, wie sich der Belagerungsring um München am 28. und 29. April endgültig schloss.¹⁴⁶¹ Zwar war die kommunistische Räteregierung zu diesem Zeitpunkt bereits durch ein Misstrauensvotum der Betriebsräte gestürzt¹⁴⁶², die Rote Armee folgte inzwischen jedoch weitgehend ihrer eigenen Agenda und zeigte sich trotz eines Verhandlungsangebotes des neuen Aktionsausschusses entschlossen, die Stadt mit allen Mitteln zu verteidigen. Im Oberkommando um den Matrosen Rudolf Egelhofer reifte sogar der Plan, Bürger auf die Theresienwiese zu treiben und bei einem etwaigen Einmarsch zu erschießen.¹⁴⁶³ Konnten die Betriebsräte dieses monströse Vorhaben noch verhindern, kam jedoch ein Befehl Egelhofers, der die Hinrichtung von zehn im Luitpoldgymnasium festgehaltenen Gefangenen, z. T. Mitglieder der völkischen Thule-Gesellschaft, bestätigte, tatsächlich zur Ausführung und wurde schnell zum Inbegriff des „Roten Terrors“.¹⁴⁶⁴ Die letzten Tage vor der Eroberung Münchens schlugen sich im kollektiven Gedächtnis eines Großteils der Bevölkerung deshalb als Schreckensregiment der außer Kontrolle geratenen Roten Armee nieder; vor diesem Hintergrund betrachtet, erscheint die Entscheidung Gustav von Kahrs, vorerst von der Bildfläche zu verschwinden, somit im Nachhinein als durchaus angezeigte Vorsichtsmaßnahme.

B. Initiative in neuen Händen: Die Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung als politischer Wettbewerb

Die technisch, taktisch und numerisch klar überlegenen Reichs- bzw. Regierungstruppen drangen am Nachmittag des 1. Mai 1919 in die belagerte Hauptstadt ein, während im Umfeld der Residenz eine Bürgerwehr aktiv wurde, um auch von innen gegen die Räteherrschaft Widerstand zu leisten – das Bekanntwerden des Geiselmords im Hof des

¹⁴⁶¹ Die offizielle Darstellung von Seiten des Militärs nimmt zwar klar für eine Seite Stellung, rekonstruiert den Verlauf der Ereignisse und die Vorbereitungen zur Einnahme Münchens jedoch nüchtern und detailliert: Die Niederwerfung der Räteherrschaft in Bayern 1919 (Darstellungen aus den Nachkriegskämpfen deutscher Truppen und Freikorps 4), Berlin 1939, 101-120.

¹⁴⁶² Die Betriebsräte hatten am 26. April mehrheitlich gegen den von Leviné und Levien vertretenen Kurs gestimmt: Köglmeier, Rätegremien, 389-393.

¹⁴⁶³ Jolas, Berufliche Erlebnisse II, pag. 62. (NL Jolas 2)

¹⁴⁶⁴ Hillmayr, Roter und Weißer Terror, 100-115.

Luitpoldgymnasiums stachelte diese Aktionen noch mehr an.¹⁴⁶⁵ Die verbliebenen Einheiten der Räterepublik hatten all dem nicht mehr viel entgegenzusetzen und mussten sich immer weiter zurückziehen, ehe die letzten Kämpfe in einigen Arbeitervierteln der Stadt nach drei bis vier Tagen zu Ende gingen. Große Teile des Bürgertums und des bürgerlichen Mittelstandes feierten daher den 1. Mai, eigentlich das Fest des internationalen Proletariats, als Tag der Befreiung und Ende „der“ Revolution¹⁴⁶⁶, die in den zurückliegenden Monaten immer bedrohlichere Formen angenommen hatte. Im Zuge dessen spielte es dann auch kaum eine Rolle, dass die viel bejubelten Sieger nun vielfach wahllos Rache nahmen und (vermeintliche) Spartakisten z. T. ohne jede Prüfung des Sachverhalts brutal misshandelten oder gar töteten. Dieser sog. Weiße Terror¹⁴⁶⁷ forderte nach offiziellen Zahlen mindestens 557 Opfer und wurde selbst dann noch heruntergespielt, als am 7. Mai die „irrtümliche“ Ermordung von 21 Mitgliedern eines katholischen Gesellenvereins bekannt wurde und großes Aufsehen erregte. Die u. a. vom Hilfsbund der Münchner Einwohnerschaft mit einer Soldzulage¹⁴⁶⁸ bedachten Truppen mussten unter diesen Umständen also kaum befürchten, für ihre Handlungen zur Rechenschaft gezogen zu werden – den an strenge militärische Disziplin gewöhnten Soldaten drängte sich wahrscheinlich eher der Eindruck auf, in ihrem dienstlichen und außerdienstlichen Verhalten bis auf weiteres über freie Bahn zu verfügen.

Dies schien erst recht für ihre Vorgesetzten zu gelten: Wie in mehreren Studien¹⁴⁶⁹ bereits aufgezeigt, besetzten einige „Befreier Münchens“ nun ohne große Mühe einflussreiche

¹⁴⁶⁵ Vgl. die Schilderung der „Geburtsstunde“ der Einwohnerwehr München im Kapellenhof der Residenz bei Schober, *Geschichte*, A II, pag. 43 f. - HS 920 sowie bei: ‚Aus der Geschichte der Münchner Einwohnerwehr‘, in: MNN Nr. 395 vom 25.9.1920. Vgl. auch den auf den 10.7.1919 datierten Bericht von Emil Marix (BayHStA, Abt. IV, Stadtkommandantur 25).

¹⁴⁶⁶ Vgl. die Beschreibung der Stimmung in der Münchener Ludwigstraße bei Oskar Maria Graf, *Wir sind Gefangene. Ein Bekenntnis*, Berlin 2012, 459: „Das elegante Volk tummelte sich hier und in den Hofgartencafés. Gut gekleidete, beleibte Bürgerwehler und Lebemänner mit Monokel unterhielten sich geschäftig mit Soldaten und Offizieren, feine Damen spendeten Zigaretten, Zigarren und Schokolade, kokettierten und schäkerten mit den geschnürten Leutnants. Ein Zug Verhafteter kam daher. Sofort lief alles darauf los, schrie und johlte, spuckte, schimpfte und drohte. Feine Damen verabreichten heldenmütige Ohrfeigen, altmodische Offiziersfrauen feixten entrüstet und schwangen ihre ausgebleichenen Sonnenschirme, Bürgerwehler versetzten hinterlistige Püffe und die Lebemänner lächelten beifällig. Niemand verwehrte es ihnen.“

¹⁴⁶⁷ Jones, *Founding Weimar*, 286-323; Bruno Thoß, *Weißer Terror*, 1919, in: *Historisches Lexikon Bayerns* [URL: <https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Weißer_Terror,_1919>; zuletzt eingesehen am 9.3.2021].

¹⁴⁶⁸ ‚Hilfsbund der Münchener Einwohnerschaft‘, in: *BSZ* Nr. 133 vom 11.6.1920; Plöckinger, *Unter Soldaten*, 70; Baumgärtner, *Zehn Jahre*, 134-136.

¹⁴⁶⁹ Friedrich Rau, *Personalpolitik und Organisation in der vorläufigen Reichswehr. Die Verhältnisse im Bereich des Gruppenkommandos 4 bis zur Bildung des Übergangsheeres (200 000 Mann-Heer)*, Diss München 1970; Steger, *Berufssoldaten oder Prätorianer*, 108-121; Tapken, *Reichswehr in Bayern*, 180-234; Katja-Maria Wächter, *Die Macht der Ohnmacht. Leben und Politik des Franz Xaver Ritter von Epp (1868-1946)* (Europäische Hochschulschriften 824), Frankfurt am Main u. a. 1999, 60-68; Hancock, *Röhm*, 37-39; Morsey, Gerlich, 67-80; Weber, *Wie Adolf Hitler*, 137-159.

militärische oder zivile Posten und brachten sich damit als aussichtsreiche Kandidaten für die Umsetzung des politischen Auftrags der Wiederherstellung von „Ruhe und Ordnung“ in Stellung. Der Sturz der Räteherrschaft gilt somit nicht ohne Grund als politische Zäsur: Sie markierte nicht nur das Ende der revolutionären Eskalationsspirale, im Nachhinein betrachtet wurden nun auch erste Weichen für die spätere Formierung der sog. Ordnungszelle Bayern gestellt.

Und auch was Kahr persönlich betrifft, war damit die demütigende Zeit im selbstgewählten Refugium abgelaufen und die Zeit der Rückkehr in den angestammten Dienstsitz gekommen. Doch nicht nur das: In Abwesenheit des Gesamtministeriums fand sich der gerade eben erst vor dem „Roten Terror“ untergetauchte Regierungspräsident jetzt plötzlich in der Rolle des höchsten zivilen Repräsentanten der Staatsgewalt wieder, da auch die wichtigsten Ministerialbeamten und Landtagsabgeordneten nach Bamberg abgereist waren; erst nach dem 3. Mai traf mit Dr. Hermann Ewinger ein Bevollmächtigter der rechtmäßigen Regierung in München ein.¹⁴⁷⁰ Wohl auch deshalb begrüßte Gustav von Kahr bereits am Nachmittag des 1. Mai Offiziere der einmarschierenden Truppen im Empfangssaal des Regierungspräsidiums und begab sich am Folgetag ins Hotel Regina Palast, wo unterdessen das vom Reichswehrministerium eingesetzte Generalkommando Oven seine Zelte aufgeschlagen hatte.¹⁴⁷¹ Kahr lernte in diesen Tagen außerdem mehrere an der Operation gegen München federführend beteiligten Offiziere wie Franz Ritter von Epp kennen¹⁴⁷² und suchte sicherlich auch die Stadtkommandantur im Eden-Hotel auf, die sich gerade unter der Leitung Hans Ritter von Seißers neu aufstellte. Und natürlich stand das Regierungspräsidium nun auch wieder im regulären Kontakt mit der Polizeidirektion München in der Ettstraße, wo der ebenfalls neu ernannte Präsident Ernst Pöhner, der bisherige Leiter der Strafvollzugsanstalt Stadelheim, u. a. eine völlig verwüstete Registratur übernahm.¹⁴⁷³ Am 10. Mai 1919 kam es schließlich zum wahrscheinlich ersten Treffen mit der Führung der soeben aus der Taufe gehobenen Einwohnerwehr München, die sich zunächst ad hoc bei der „Befreiung“

¹⁴⁷⁰ Vgl. die vom Ministerrat am 3. Mai beschlossene Vollmacht für Ewinger: Ehberger - Merz, Kabinett Hoffmann I, 172 f.

¹⁴⁷¹ Kahr traf sich bereits am 1. Mai mit den ersten Offizieren im Empfangssaal der Kreisregierung: Kahr an Stegemann vom 4.1.1928 (Bundesarchiv Koblenz, NL Stegemann N 1353/12) und suchte am 2. Mai General Oven auf (Jolas, Berufliche Erlebnisse II, pag. 64; NL Jolas 2).

¹⁴⁷² Kahr, Mein Lebenslauf (1933), pag. 14: „Die erbitterten Befreiungskämpfe um München im Mai brachten mich zum 1. Mal in nähere Beziehung zu dem Freikorpsführer Oberst v. Epp, mit dem ich später in Südbayern die nationale Bewegung auf den Damm brachte.“

¹⁴⁷³ Joachim Schröder, Die Münchner Polizei und der Nationalsozialismus (Veröffentlichungen des Bayerischen Polizeimuseums 1), Essen 2013, 18 f.

der Residenz gebildet hatte.¹⁴⁷⁴ Als ihr offizielles Gründungsdatum kann wohl der 5. Mai gelten, als das Innenministerium auf Initiative der Stadtkommandantur den Aufbau einer Stadtbürgerwehr sowie ihre Gliederung in Bezirke genehmigte¹⁴⁷⁵; diese Struktur wurde dann auch rasch mit Leben erfüllt, als der mit der Leitung betraute, paritätisch besetzte Stadtausschuss in nur zwei Wochen immerhin knapp 800 freiwillige Mitglieder registrieren konnte.¹⁴⁷⁶

1. Nach der Räteherrschaft: Freie Bahn in die Ordnungszelle?

Unter der soeben skizzierten Perspektive betrachtet, wurde Gustav von Kahr also gerade Zeuge, wie sich in der Landeshauptstadt innerhalb kurzer Zeit neue, eindeutig gegen die Revolution gerichtete Kooperationsstrukturen etablierten. Die großflächige Übernahme einflussreicher Schlüsselstellungen durch die Führer der „Weißen Truppen“ und kooperierender Akteure scheint sonach die Zäsur auf politischer Ebene im Grunde passgenau widerzuspiegeln und damit die Annahme eines direkt eingeleiteten Kurswechsels in Richtung Ordnungszelle Bayern zu bestätigen.

Gerade bei einer solchen, offenbar glasklaren Analogie ist freilich auch eine gesunde Dosis Skepsis angebracht und die Warnung vor allzu naheliegenden Schlüssen am Platze: Immerhin soll die Fokussierung auf politische und soziale Netzwerke um Gustav von Kahr nicht nur eine weitere Bestätigungsinstanz für die bekannten historischen Periodisierungen liefern, sondern wegen der meist höheren Stabilität dieser Beziehungsstrukturen auch als analytische Kontrastfolie für die Sprunghaftigkeit des historischen Ereignisablaufs dienen.¹⁴⁷⁷ Nimmt man diesen methodischen Anspruch auch

¹⁴⁷⁴ Die Sondernummer der MNN zum Einwohnerwehrschießen (Bestand Einwohnerwehr 3, Akt 9) spricht für den 10. Mai von der entscheidenden Sitzung zwischen „Vertretern der Münchner Einwohnerschaft“ und dem Aktionsausschuss der SPD. Buttman erinnerte Kahr in diesem Zusammenhang noch 1923 an die „denkwürdige Unterredung“ im Mai 1919 (Buttman an Kahr vom 30.10.1923; BayHStA, Generalstaatskommissar 22).

¹⁴⁷⁵ Schober, Geschichte, A II, pag. 45 - HS 920 spricht von der Gründung der Einwohnerwehr München mit der Genehmigung von Minister Endres; hier liegt eine Verwechslung vor, da zu diesem Zeitpunkt noch Martin Segitz Innenminister war. In der Geschäftseinteilung der Stadtkommandantur München vom 14.5.1919 (BayHStA, Abt. IV, Stadtkommandantur 11) ist bereits ein Referat für die Einwohnerwehr aufgeführt, dem Oberleutnant d. R. Drey vorstand.

¹⁴⁷⁶ Zum Stadtausschuss vgl. die Ausführungen Roßhaupters in Verh. Landtag 1919/20, Bd. III, 105 sowie die MNN-Sondernummer zum Einwohnerwehrschießen (Bestand Einwohnerwehr 3, Akt 9), nach der eine „Versammlung der Obmänner und Vertrauensleute der Stadtbezirke“ am 23. Mai die Meldung von 780 Freiwilligen feststellen konnte. Am 25. Mai folgte dann bereits eine Besprechung zur Bewaffnung dieser Einwohnerwehr im Generalkommando, an der u. a. Stadtkommandant Seißer, sein Vertreter Franz Forster, Oberleutnant Drey, Staatskommissar Ewinger und Ernst Röhm für die Schützenbrigade teilnahmen (vgl. die Einladungsschreiben vom 23.5.1919 in: BayHStA, Abt. IV, Bestand Schützenbrigade 21 Nr. 126; RwGrKdo IV Nr. 1218); Seißer plädierte hierbei für eine Aufbewahrung der Waffen zu Hause und eine strenge Prüfung der Freiwilligen (Seißer an Generalkommando Oven vom 23.5.1919; BayHStA, Abt. IV, RwGrKdo IV Nr. 1218).

¹⁴⁷⁷ Zur „mittleren Reichweite“ des Netzwerkansatzes siehe Kapitel I 2.2.

hier ernst, wird die scheinbar frappierende Parallelität dann auch rasch zum erklärungsbedürftigen Umstand – immerhin zieht bekanntlich nicht jeder politische Umbruch direkt einen Wandel der Akteurskonstellationen nach sich. Was kann man also über die hier diskutierte Zäsur zusätzlich lernen, wenn man es als ein Charakteristikum der „Befreiung“ Münchens definiert, dass sie gleichzeitig den Startschuss für eine weitgehende Neuformierung des politischen Interaktionsgefüges gab?

Zunächst einmal hilft die vorgenommene Unterscheidung deutlicher zu profilieren, unter welchen Voraussetzungen die Theorie einer freien Bahn für die Eroberer Münchens¹⁴⁷⁸, also die Annahme in Richtung Gegenrevolution weisenden Neuformierung der politischen Netzwerke, in der angedeuteten Form zutreffen kann. Immerhin beinhaltet eine solche Bewertung der soeben zur Diskussion gestellten Analogie der Zäsuren implizit die Annahme, dass die im Sinne einer politischen Wende wirkenden Kräfte bereits Anfang Mai 1919 auf einer gefestigten Kooperationsbasis agierten oder aber dass die politische Großwetterlage nach den revolutionären Umbrüchen so eindeutig in Richtung „Ordnungszelle“ zeigte, dass das entsprechende Lager ohnehin alle Trümpfe in der Hand gehabt hätte. Die Feststellung einer absehbaren Zukunftsperspektive würde somit bedeuten, dass der sprichwörtliche Umschlag des Pendels bereits vor der Stabilisierung der dafür maßgeblichen Allianzen – d. h. unabhängig von den Protagonisten – eingesetzt hätte oder aber, dass der erste Eindruck einer durch das Ende der Räteherrschaft erst ausgelösten Neubildung der politischen Netzwerke doch nicht in dieser Eindeutigkeit zutraf. Hatte der Aufbau entsprechender Bündnisse vielleicht doch schon vor dem Fall der Räteherrschaft begonnen oder waren die Zukunftsaussichten nach der „Befreiung Münchens“ möglicherweise offener als zunächst gedacht?

Nimmt man diese Deutungsvarianten deshalb zum Anlass, nochmals einen genauen Blick auf die vorliegende Konstellation zu werfen, wird schnell klar, dass die vorhandenen Hinweise nicht von vorneherein und ausschließlich in eine Richtung zeigen – sowohl die These der freien Bahn für einen harten Kern entschlossener Gegenrevolutionäre als auch die Annahme einer bemerkenswerten Unbestimmtheit der Zukunftsperspektiven kann Argumente für sich verbuchen. So lässt etwa die kurze Zeit zwischen dem Ende „der“ Revolution und der Proklamation der sog. Ordnungszelle Bayern im Frühjahr 1920 beide Interpretationen zu: Denn könnte man diese schnelle Wende einerseits mit dem gezielten Wirken mächtiger gegenrevolutionärer Netzwerke erklären, hat auch die Argumentation,

¹⁴⁷⁸ So bezeichnet etwa McGee die Sicherheitskräfte ab Mai 1919 als „real masters in Bavaria“ (James Heard McGee, *The Political Police in Bavaria 1919-1936*, Ann Arbor / London 1981, 31). Vgl. ähnliche Einschätzungen bei Geyer, *Verkehrte Welt*, 112.

eine solch grundlegende Umkehrung der politischen Vorzeichen deute gerade auf große Gestaltungsspielräume – und damit die Offenheit der politischen Entwicklung – im Mai 1919 hin, etwas für sich.

1.1 Machtübernahme der „Befreier Münchens“: Die Theorie der freien Bahn

Sucht man zunächst nach Argumenten für die erste Sichtweise, ließe sich etwa anführen, dass die Dynamik des militärischen Sieges über „den“ Bolschewismus seinen Protagonisten und all ihren Gesinnungsgenossen ohne Zweifel einen erheblichen politischen Startvorteil verschaffte, den sie in der Folgezeit dann wohl auch weidlich auszunutzen wussten. Um besser beurteilen zu können, ob dies tatsächlich so zutraf, ist es ratsam, sich zunächst vor Augen zu führen, wer sich überhaupt mit dem prestigeträchtigen Titel „Befreier Münchens“ schmücken durfte – d. h. wer dem „roten Terror“ Einhalt geboten hatte und nun als potenzieller Kandidat für eine einflussreiche Position in Frage kam.

Militärisch ausschlaggebend waren hierbei zweifellos die von Reichswehrminister Noske entsandten Truppen unter dem Kommando General Ovens sowie die aus dem Westen vorstoßenden württembergischen Einheiten unter General Haas¹⁴⁷⁹: Gerade sie fielen nach dem endgültigen Abzug aller nicht-bayerischen Verbände im Juli 1919¹⁴⁸⁰ jedoch als Beförderer einer politischen Wende aus und können deshalb hier weitgehend unberücksichtigt bleiben. Von militärisch-strategisch eher untergeordneter Bedeutung, dafür aber für das bayerische Selbstbewusstsein umso wichtiger, waren hingegen die Soldaten, die dem Aufruf des Ministeriums Hoffmann Folge geleistet und sich entweder dem Oberkommando Möhl¹⁴⁸¹ oder einem der zahlreichen Freikorps angeschlossen hatten.

Dabei setzten sich die regulären Einheiten in erster Linie aus regierungstreuen, noch nicht demobilisierten Truppen der drei Armeekommandos zusammen, während die meist auf Eigeninitiative hin gebildeten Freiwilligenverbände¹⁴⁸² ganz besonders für den Widerstand des bayerischen Volkes gegen die Rätediktatur standen. Bekannt wurden

¹⁴⁷⁹ Vgl. Niederwerfung der Räteherrschaft, 101-121.

¹⁴⁸⁰ Ein Tagesbefehl Seißers (BayHStA, Abt. IV, Stadtkommandantur 11) ordnete bereits am 27. Mai die Ablösung der abziehenden Reichstruppen durch eigene Einheiten (u. a. Freikorps Oberland) an, das Generalkommando Ovens verließ München am 12. Juli, vgl. Friedrich Rau, Personalpolitik und Organisation, 210.

¹⁴⁸¹ Rau, Personalpolitik und Organisation, 134-137; Niederwerfung der Räteherrschaft, 72 f.

¹⁴⁸² Einen Überblick über die gegen München eingesetzten Einheiten gibt: Ingo Korzetz, Die Freikorps in der Weimarer Republik: Freiheitskämpfer oder Landknechtshaufen? Aufstellung, Einsatz und Wesen bayerischer Freikorps 1918-1920, Marburg 2009.

etwa das von der Thule-Gesellschaft in Eichstätt versammelte Freikorps Oberland¹⁴⁸³, das unter der Leitung von Rudolf Kanzler aufgestellte Freikorps Chiemgau¹⁴⁸⁴, das von Heinrich Hoffmann ins Bild gesetzte Freikorps Werdenfels¹⁴⁸⁵ oder das von Franz Forster kommandierte Freikorps Würzburg – der Hauptmann hatte zuvor bereits eine entscheidende Rolle beim Sturz der Räterepublik in seiner Garnisonsstadt gespielt.¹⁴⁸⁶ Schon die Namen dieser Einheiten sollten also ganz offensichtlich eine besondere Verbundenheit mit und Kampfbereitschaft für die bayerische Heimat signalisieren, viele von ihnen besaßen jedoch kaum militärische Schlagkraft und trafen z. T. erst nach Ende der Kämpfe in München ein. Einen Sonderfall bildete in diesem eher unübersichtlichen Panorama das anfangs in Ohrdruf (Thüringen) aufgestellte Freikorps Epp¹⁴⁸⁷: Zwar stellte es wie seine Namensvettern zunächst keinen regulären Truppenverband dar, die Zusammensetzung aus meist studentischen Frontkämpfern und erfahrenen Offizieren lässt indes bereits erahnen, weshalb das Kabinett Hoffmann noch im März die Werbung für die als „Weiße Garde“ verdächtigten sog. Grenzschutz Ost¹⁴⁸⁸ verboten hatte: Die bald in „Bayerisches Schützenkorps“ umbenannte Einheit nahm dann auch aktiv an der Eroberung der Landeshauptstadt teil und bot sich in der Folge geradezu als Grundstock für die neue bayerische Reichswehr an.

Zuallererst hatte sich damit natürlich der abermals in den Straßen München gefeierte Franz Ritter von Epp für höhere Aufgaben empfohlen: Der ehem. Kommandeur des Infanterie-Leibregiments überführte sein Freikorps direkt in die Reichswehr und wurde nur aufgrund der entschiedenen Intervention von Ministerpräsident Hoffmann nicht direkt zum Brigadekommandeur, d. h. zum Befehlshaber des Truppenverbands

¹⁴⁸³ Bruno Thoß, Freikorps Oberland, 1919-1921, in: Historisches Lexikon Bayerns [URL: <https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Freikorps_Oberland,_1919-1921>; zuletzt eingesehen am 9.3.2021]; Hans Jürgen Kuron, Freikorps und Bund Oberland, Diss. Erlangen 1960.

¹⁴⁸⁴ Korzetz, Freikorps, 73 f.

¹⁴⁸⁵ Ebd., 92 f.; Wolfgang Stäbler, Freikorps Werdenfels, 1919, in: Historisches Lexikon Bayerns [URL: <https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Freikorps_Werdenfels,_1919>; zuletzt eingesehen am 9.3.2021]. Freikorps Oberland und Freikorps Werdenfels werden gelegentlich verwechselt: Während es beim Freikorps Werdenfels jedoch um eine kleinere Freiwilligeneinheit handelte, die sich nach dem Ende der Kämpfe um München schnell wieder auflöste, bestand das u. a. in Eichstätt – d. h. außerhalb des Einflussgebietes der Räterepublik – aufgestellte Freikorps Oberland fort und wandelte sich 1921 zum „Bund Oberland“ um.

¹⁴⁸⁶ Bettina Köttnitz-Porsch, Novemberrevolution und Räteherrschaft 1918/19 in Würzburg (Mainfränkische Studien 35), Würzburg 1985, 162-209; vgl. auch den Personalakt Franz Forsters (OP 24 516) mit sehr positiven Qualifikationsberichten Seißers, die den Verlauf der Ereignisse in Würzburg schildern.

¹⁴⁸⁷ Bruno Thoß, Freikorps Epp, in: Historisches Lexikon Bayerns [URL: <https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Freikorps_Epp>; zuletzt eingesehen am 9.3.2021]; vgl. Hans Fenske, Konservatismus und Rechtsradikalismus in Bayern nach 1918, Bad Homburg 1969, 58; Wächter, Epp, 55-65.

¹⁴⁸⁸ Siehe Anm. 1444.

Südbayern, ernannt.¹⁴⁸⁹ Doch auch vielen anderen „Befreiern Münchens“ gelang es in diesen Wochen, im z. T. völlig neu aufgestellten Behördenapparat in wichtige Schaltstellen einzurücken: In diesem Kontext erwies sich insbesondere die neu aufgebaute Stadtkommandantur München¹⁴⁹⁰ als Kristallisationspunkt für alle, die sich berufen fühlten, in der Landeshauptstadt wieder für „Ruhe und Ordnung“ zu sorgen. Dies galt zunächst für die im Freikorps Epp kämpfenden Offiziere Adolf Herrgott und Ernst Röhm, die Anfang Mai mit der Reorganisation der Behörde begannen, dann aber rasch wieder zur nunmehrigen Schützenbrigade 21 zurückkehrten und Platz für Hans Ritter von Seißer machten. Seißer, der nach der vom ihm geleiteten Niederschlagung der Räteherrschaft in Würzburg nach Ulm gereist war und von dort den Vormarsch der Heeresgruppe West mit befehligt hatte, löste Herrgott am 8. Mai ab und übernahm von ihm einen Apparat, der eher an eine provisorische Stadtregierung erinnerte als an eine Stadtkommandantur: Neben genuin militärischen Abteilungen wie „Waffen, Be- und Entwaffnung“ oder „Kommandantur des Stabsquartiers“ umfasste die Behörde auch Sektionen für „Ausländer und Fremdenzuzug“, „Polizei“ oder „Nachrichtenwesen“, die u. a. Karl Mayr, Ludwig Gehre, Hans Schuler oder übergangsweise auch Franz Gürtner und Rudolf Buttmann beschäftigten.¹⁴⁹¹ Und auch der noch aus Zeiten des Stellvertretenden Generalkommandos bestens bekannte Hauptmann Christian Roth, der sich nach der Revolution offenbar noch „blass und sichtlich besorgt“¹⁴⁹² gezeigt hatte, fand unter der Ägide Seißers wieder Verwendung: Der ausgebildete Jurist leitete fortan die Rechtsabteilung der Stadtkommandantur und überzeugte seine Vorgesetzten in dieser Rolle offenbar so umfassend, dass sogar zu Debatte stand, ob Roth nicht für die nächste freiwerdende Stelle als Regierungspräsident vorgemerkt werden sollte.¹⁴⁹³

Führt man sich diese Entwicklung vor Augen, scheint der angedeutete Querschnitt durch die Führungsebenen doch ganz klar für die Plausibilität der Theorie der freien Bahn zu sprechen: Der politische Neubeginn in München und Südbayern kam offenbar zumindest vorerst einer Kontrollübernahme durch Führer von Reichswehr und Freikorps gleich, die

¹⁴⁸⁹ Zum Konflikt mit Ministerpräsident Hoffmann siehe Anm. 1501.

¹⁴⁹⁰ Vgl. die Geschäftspläne der Stadtkommandantur von Anfang Mai 1919 (Stadtkommandant Herrgott, Stellvertreter Hauptmann Röhm) und vom 14.5.1919 (Stadtkommandant Seißer, Stellvertreter Hauptmann Forster) in BayHStA, Abt. IV, Stadtkommandantur 11.

¹⁴⁹¹ Plöckinger, *Unter Soldaten*, 76 f. Zur vorübergehenden Beschäftigung Gürtners in Abt. III vgl. den Antrag auf Ausstellung neuer Ausweise durch Christian Roth vom 23.7.1919 (BayHStA, Abt. IV, Stadtkommandantur 11) sowie die Erwähnung in der kurzen Selbstbiographie Roths (pag. 7) in MJu 16 934; Buttmann war offenbar „im Aktenraum“ tätig (Geschäftsplan Abt. III, siehe vorherige Anm.).

¹⁴⁹² Landau - Riess, *Loewenfeld*, 190.

¹⁴⁹³ So die Empfehlung Seißers in einem Vermerk vom 17.6.1919 (BayHStA, Abt. IV; RwGrKdo IV Nr. 24), der sich auch Otto von Lossow mit der Begründung anschloss, Roth sei „besonders befähigt, geschickt und tatkräftig“.

später auch häufig in die Avantgarde der Ordnungszelle Bayern aufrücken sollten und ab sofort stets auf ihre Rolle als Bannerträger der sog. Befreiung Münchens verweisen konnten. Oder im Sinne der diskutierten These formuliert: Das gegenrevolutionäre Ensemble stand offenbar bereits im Mai 1919 in den Startlöchern und rekrutierte sich in wesentlichen Teilen aus Protagonisten, für die im Grunde nichts näher lag, als wie bei der Niederschlagung der Räteherrschaft auch jetzt weiterhin im Sinne einer politischen Kehrtwende zusammenzuarbeiten.

1.2 Keine Automatismen: Argumente für eine offene Zukunftsperspektive

Worin besteht also möglicherweise der Denkfehler, wenn man sich auf die Logik der Theorie der freien Bahn stützt und mit der Eroberung Münchens die Würfel für eine dauerhafte politische Trendwende in Bayern fallen sieht – zumal nicht nur die angedeuteten Personalrochaden, sondern auch die Prognosen manch prominenter Zeitgenossen¹⁴⁹⁴ in just diese Richtung weisen? Der gewichtigste Kritikpunkt an einem solchen Erklärungsansatz ist sicherlich die Argumentation vom tatsächlich eingetretenen Ergebnis aus: So berechtigt das nachträgliche Wissen um die Zukunft der Vergangenheit bekanntlich noch lange nicht dazu, den Fokus in erster Linie auf affirmative Kausalitätskonstruktionen zu legen und die stets ebenso vorhandenen Potenziale für abweichende Szenarien weitgehend auszublenden – oder, anders ausgedrückt, die mit dem Sturz der Räterepublik offensichtlich eingetretene Zäsur direkt auch zur maßgeblichen Weichenstellung für die Zukunft zu erklären. Es hat daher auch etwas für sich, wenn man als Alternative hierzu Hinweisen nachgeht, was dafür sprechen könnte, dass der Sturz der Münchner Räterepublik einen Einschnitt bedeutete, der als solcher überhaupt erst den Weg für die im Rückblick maßgeblichen Weichenstellungen freimachte.

Nimmt man den politischen Neubeginn im Mai 1919 unter diesem Gesichtspunkt unter die Lupe, kristallisiert sich dann auch sehr deutlich heraus, dass es wohl zu weit führt, von einem im Grunde bereits vorgezeichneten Weg in die sog. Ordnungszelle Bayern zu sprechen. Dies zeigt etwa schon allein der Vergleich mit der politischen Situation im Freistaat Braunschweig, der im April 1919 ebenfalls die Proklamation einer kommunistischen Räterepublik und die militärische Rückeroberung durch Freikorps

¹⁴⁹⁴ So blickte Victor Klemperer bereits während der ersten Räterepublik Anfang April 1919 mit folgender Prognose in die Zukunft: „Der kommende Mann heißt Levien, der gegenwärtige Landauer, der übernächste: Epp“ (Victor Klemperer, *Man möchte immer weinen und lachen in einem. Revolutionstagebuch 1919*. Mit einem Vorwort von Christopher Clark und einem historischen Essay von Wolfram Wette, Berlin 2015, 109).

miterlebt hatte, in der Folge jedoch keineswegs die vermeintlich automatische Kehrtwende nach rechts vollzog, sondern bis 1922 weiterhin von Koalitionsregierungen aus SPD, DDP und USPD geführt wurde.¹⁴⁹⁵ Insbesondere sei in diesem Zusammenhang jedoch darauf verwiesen, dass im Frühjahr 1919 noch nicht einmal der Rohbau des Freistaats Bayern stand und seine Fertigstellung von einigen schwer kalkulierbaren Unwägbarkeiten abhing: Denn waren bereits die Arbeiten an der neuen Verfassung¹⁴⁹⁶ angesichts der Räteunruhen vorerst zum Erliegen gekommen, sah auch die nach Bamberg ausgewichene Regierung einer baldigen Neubildung¹⁴⁹⁷ entgegen, da die bürgerlichen Landtagsfraktionen sicher nicht mehr bereit sein würden, das sozialdemokratische Minderheitskabinett nach der Entmachtung der Räte weiterhin zu stützen. Wie spätestens die Proklamation der Räterepublik gezeigt hatte, verfügte die junge bayerische Republik darüber hinaus bisher nicht über einen verlässlichen Sicherheitsapparat, der die Behörden in Stand setzte, ihrer Autorität auch gegen Widerstände Geltung zu verschaffen; und schließlich war nicht einmal absehbar, welche militärischen und zivilen Sicherheitsorgane Bayern überhaupt noch unterhalten durfte, wenn die Reichsregierung die am 7. Mai veröffentlichten Friedensbedingungen¹⁴⁹⁸, die im ganzen Land Empörung auslösten, schlussendlich doch annehmen sollte.

Die These von der Besetzung der Hebel der Macht durch die zukünftigen Protagonisten der Ordnungszelle lässt somit zumindest aus den Augen, dass im Mai 1919 ja noch keineswegs feststand, was es überhaupt bedeutete, sich z. B. an die Spitze der Stadtkommandantur oder eines Freikorps zu setzen – es war ebenso gut möglich, dass sich die vermeintlichen Karrieresprungbretter schnell als Sackgassen entpuppen könnten, wenn etwa die Reichswehr reduziert oder aber eine neu aufgebaute Polizei sehr schnell das weitere Bestehen von Freikorps überflüssig machen würde. Und nach dem gleichen Prinzip ließ sich auch die zukünftige Rolle Gustav von Kahrs nur schwer vorhersagen: Würde der Regierungspräsident von Oberbayern etwa nach einigen Monaten wieder weitgehend unauffällig seinen dienstlichen Geschäften nachgehen und z. B. die Lebensmittelversorgung koordinieren oder mochte es ihm vielleicht gelingen, seine kurzfristige Schlüsselstellung im zurückeroberten München zu konservieren und

¹⁴⁹⁵ Bernd Rother, Der Freistaat Braunschweig in der Weimarer Republik (1919-1933), in: Horst-Rüdiger Jarck - Gerhard Schildt (Hg.), Die Braunschweigische Landesgeschichte. Jahrtausendrückblick einer Region, Braunschweig 2000, 945-980.

¹⁴⁹⁶ Das Kabinett legte dem Bayerischen Landtag schließlich am 28. Mai den Entwurf für eine Bayerische Verfassung vor, vgl. Ehberger, Bamberger Verfassung, 186-190.

¹⁴⁹⁷ Vgl. hierzu den Überblick bei Ehberger, Kabinett Hoffmann II, Teil 1, 6*-19*.

¹⁴⁹⁸ Ursula Büttner, Weimar: Die überforderte Republik 1918-1933. Leistung und Versagen in Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur, Stuttgart 2008, 120-130.

längerfristig mit neuen Machtressourcen auszustatten? Erschienen die Zukunftsaussichten Anfang Mai 1919 also noch höchst unsicher, leuchtete es hingegen jedem politischen Beobachter ein, dass die Karten im Gezerre um politischen Einfluss ab jetzt neu gemischt wurden und bisher verzögerte Grundsatzentscheidungen über die politische Zukunft des Landes nun bald fallen mussten. Akteure und Institutionen, die die politische Dynamik in ihrem Sinne beeinflussen wollten, waren deshalb gut beraten, sich entsprechend in Stellung zu bringen und sich die richtigen Verbündeten im Gerangel um politischen Einfluss zu sichern.

1.3 Die Ausgangskonstellation: Konkurrenzkampf um die politische Initiative

Der analytische Fokus dieses Abschnitts liegt also nicht nur aus konzeptionellen, sondern auch aus inhaltlichen Überlegungen zunächst auf der Ebene der Netzwerke – mit dem Oberkommando der Armee, der Stadtkommandantur, der Polizeidirektion und der Kreisregierung wurden auch bereits wichtige Akteure und Institutionen erwähnt.

Die bayerische Staatsregierung darf in dieser Aufzählung freilich nicht fehlen: Um die nach der Besetzung Münchens vorliegende Konstellation nun auch systematisch beschreiben zu können, ist jedoch zuallererst die symptomatische Tatsache zu verzeichnen, dass sich das in Bamberg versammelte Kabinett zunächst durchaus schwer tat, seine politische Autorität auch in der Landeshauptstadt wieder völlig herzustellen. Es hatte durch die Flucht nach Franken und den Austritt der USPD-Minister nicht nur erheblich an Prestige eingebüßt¹⁴⁹⁹, seine erste Sorge bestand zunächst auch darin, wieder ein handlungsfähiges Ministerium auf die Beine zu stellen und den staatsrechtlichen Schwebezustand mit der Verabschiedung einer neuen Verfassung möglichst rasch zu beenden. Dagegen fielen tagespolitische Entscheidungen oft unter dem Deckmantel des militärisch Notwendigen, wenn etwa mit der Bedrohung durch neuerliche Putsche oder der Stimmung in der Armee argumentiert wurde.¹⁵⁰⁰ Die Abhängigkeit der politischen Führung von ihren Exekutivorganen war dann auch so offensichtlich, dass sich Armeeführung und Freikorps sogar trauten, die Regierung ihrerseits unter Druck zu setzen: Beispielsweise sah sich der Ministerpräsident bereits Ende Mai mit der vehementen Forderung konfrontiert, Oberst von Epp zum neuen Kommandeur der Schützenbrigade 21 zu ernennen, nachdem eigentlich bereits die Entscheidung für eine

¹⁴⁹⁹ Hennig, Hoffmann, 319-323.

¹⁵⁰⁰ Vgl. etwa den Wochenbericht Pöhners vom 23.8.1919 (MA 102 135) mit Hinweis auf eingehende Meldungen von etwaigen Putschplänen oder die vom RwGrKdo IV systematisch eingeholten Stimmungsberichte, v.a. zu linksradikalen Aktivitäten (BayHStA, Abt. IV, RwGrKdo IV Nr. 347-377).

andere Persönlichkeit gefallen war. Selbst die ausdrückliche Warnung Hoffmanns, es falle ihm nicht ein, nach der Entmachtung der Soldatenräte nun einem „Offiziersrat“ die Kontrolle zu überlassen, klärte den Konflikt nicht im Sinne der Regierung: Zwar blieb die Ernennung Epps vorläufig aus, jedoch nur, um wenige Wochen nach dem Übergang der militärischen Kommandogewalt auf das Reich doch vollzogen und so fast demonstrativ nachgeholt zu werden – nun konnte die Landesregierung ja nur noch von außen zusehen.¹⁵⁰¹

Gleichzeitig setzte eine regelrechte Kampagne gegen Militärminister Schneppenhorst¹⁵⁰² ein, dem vorgeworfen wurde, sich zunächst auf die Seite der Räterepublik gestellt und dann den Einsatz von Reichstruppen verzögert zu haben. General Möhl schaltete sogar Reichswehrminister Noske ein, um dem Ministerpräsidenten die Unhaltbarkeit seines Kabinettskollegen vor Augen zu führen, Hoffmann lehnte eine solche Einmischung indessen ab und entschied sich, den Nürnberger SPD-Politiker trotzdem in die neue Regierung zu übernehmen. Die Versuche, Schneppenhorst zu beschädigen oder öffentlich bloßzustellen, gingen allerdings auch danach weiter, wobei auch Kahr zumindest stets über den aktuellen Stand der Frage informiert war.¹⁵⁰³

All dies hieß freilich nicht, dass die sog. Befreier Münchens vorerst nach ihrem Belieben schalten und walten konnten oder einfach ohne weitere Kontrolle Maßnahmen zur Wiederherstellung von Recht und Ordnung einleiteten. Das Ziel ihres Handelns war durch die Gesetzeslage auf Reichsebene¹⁵⁰⁴ vielmehr klar definiert: Der Aufbau eines

¹⁵⁰¹ Vgl. die ausführliche Dokumentation des Vorgangs in: Ehberger - Merz, Kabinett Hoffmann I, 211-213) sowie Horst G. W. Nußer, Militärischer Druck auf die Landesregierung Johannes Hoffmann von Mai 1919 bis zum Kapp-Putsch, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 33 (1970), 818-850, hier: 830 f.

¹⁵⁰² Schneppenhorst, der als Vertreter des linken Parteiflügels der SPD galt, wurde von mehreren Seiten vorgeworfen, er habe sich Anfang April 1919 für die Errichtung einer Räterepublik ausgesprochen und damit de facto Hochverrat begangen; der Minister hatte auch bereits eine Beleidigungsklage gegen die „Neue Zeitung“ angestrengt, nachdem dort entsprechende Berichte veröffentlicht worden waren. Die Kritik am Minister beschränkte sich dabei nicht nur auf militärische Kreise, vgl. etwa das Schreiben Ludwig Quidde an Ernst Müller-Meinigen vom 1.6.1919 (Monacensia, NL Quidde LQ B 378): „Bedenklich erscheint natürlich dem Außenstehenden das Verbleiben von Schneppenhorst, ohne nähere Kenntnis der Umstände so bedenklich, daß man meinen möchte, das Ganze hätte daran scheitern müssen.“ Vgl. die wiederholten Schreiben Möhls an Ministerpräsident Hoffmann (11.6., 21.6., 26.6.1919; BayHStA, Abt. IV, RwGrKdo IV Nr. 24), in denen der General die schnelle Aufklärung der Vorwürfe annahmte und sich recht deutlich für die Ablösung des Ministers aussprach; hierzu allgemein: Ehberger, Kabinett Hoffmann II, Teil 1, 27* f.

¹⁵⁰³ Vgl. Oberst Vallade an Kahr vom 2.6.1919 (NL Kahr 30) und den stenographischen Entwurf einer Antwort vom 9.6.1919: „Dazu kommt das Doppelspiel [?] Rätefrage, das in dem bevorstehenden Schwurgerichtsverfahren gegen die neue Zeitung von den Angeklagten sicher in das rechte Licht gerückt wird. M. E. müsste ein Minister gegen den immer und immer wieder auch in der Öffentlichkeit die Anschuldigung des Hochverrats erhoben wird, selbst gegen sich das Strafverfahren beantragen. Vor 8 Monaten wäre so ein Mann als Minister keine 24 Stunden möglich gewesen.“

¹⁵⁰⁴ Vgl. Gesetz über die Bildung einer vorläufigen Reichswehr vom 6.3.1919 (RGLB. 1919, 295 f.) sowie die am gleichen Tag veröffentlichten Ausführungsbestimmen (RGLB. 1919, 296-298). Auch das bayerische

bayerischen Kontingents der Reichswehr und weiterer Ordnungskräfte sollte die Voraussetzungen schaffen, um die Sicherheit im Freistaat fortan auch ohne äußere Unterstützung zu gewährleisten und auf diese Weise gleichzeitig das Fundament für einen geregelten politischen Neuanfang – d. h. auch den Abschluss der Revolution – zu legen. Es bestand also weitgehender Konsens, dass der Weg zur Wiederherstellung der Staatsautorität in Bayern zuallererst über den Neuaufbau eines zuverlässigen und effektiven Sicherheitsapparats führen sollte, wobei sowohl auf Seiten des Reiches als auch der bürgerlichen Parteien ein gewisses Misstrauen gegenüber der von den Räten vorübergehend entmachteten bayerischen Regierung herrschte. Die Aufstellung bzw. Reorganisation der militärischen und zivilen Ordnungskräfte stellte deshalb nicht nur eine organisatorische Herausforderung dar, sondern entschied auch mit über die Frage, wie es in Zukunft um das Primat der Politik bestellt sein würde und welche Kräfte sich die dauerhafte Sicherung der öffentlichen Ordnung auf die Fahne schreiben konnten.

Dieser unterschwellige Konkurrenzkampf zwischen Armee, Polizei, Paramilitärs und der Regierung in Bamberg fand dabei auf mehreren Ebenen gleichzeitig statt: Ging es zunächst natürlich darum, die einzelnen Institutionen möglichst schnell wieder arbeits- und funktionsfähig zu machen, machte sich zur gleichen Zeit auch bereits die Tendenz jeder Institution bemerkbar, die Gunst der unübersichtlichen Lage zu nutzen und inmitten der herrschenden Instabilität das eigene Zuständigkeitsfeld unauffällig zu erweitern. So war es sicherlich kein Zufall, dass etwa die Stadtkommandantur München gerade jetzt eine Wirtschaftsabteilung¹⁵⁰⁵ neu gründete, während z. B. die Polizeidirektion ein eigenes Referat für den Nachrichtendienst¹⁵⁰⁶ aufbaute; das gleiche galt für die expandierenden Referate des Reichswehrgruppenkommandos¹⁵⁰⁷. Wie schon erläutert, erstreckte sich er Wettstreit in ähnlicher Weise auch auf die Rekrutierung von geeignetem Personal, wobei vor allem die bayerischen „Befreier Münchens“, aber auch wieder die aus dem Krieg bewährten Offiziere und Beamte, besonders begehrt waren. Um nun die Ausgangsposition der genannten Akteure einordnen zu können und um besser zu

Kabinett hatte Ende April einstimmig seine Bereitschaft erklärt, das Gesetz im Freistaat auszuführen, vgl. das Telegramm Hoffmanns an Sperr vom 29.4.1919 in BayHStA, Abt. IV, Militärbevollmächtigter Berlin 187.

¹⁵⁰⁵ Vgl. der Tätigkeitsbericht der am 11. Mai 1919 gegründeten Wirtschaftsabteilung vom 28.9.1919 in BayHStA, Abt. IV, Stadtkommandantur 17.

¹⁵⁰⁶ Dabei wurde die Abt. VI „Politische Polizei“ erweitert und der Leitung Wilhelm Fricks unterstellt, vgl. McGee, Political Police, 29-31.

¹⁵⁰⁷ So richtete das RwGrKdo IV z. B. ebenfalls eine personell gut bestückte Nachrichtenabteilung (Plöckinger, Unter Soldaten, 73) sowie ein Studentenreferat (Seißer an Innen- und Verkehrsministerium vom 13.9.1919, MInn 71 726; Notizen Mayr über eine Versammlung der Vertrauensleute der Studierenden am 11.7.1919; BayHStA, Abt. IV, RwGrKdo IV Nr. 197) ein.

verstehen, in welchem Umfeld sich der Regierungspräsident von Oberbayern direkt nach dem Sturz der Räteherrschaft bewegte, soll zunächst in einem überblicksartigen Panorama dargestellt werden, wie sich das neu entstehende Machtgefüge in der bayerischen Landeshauptstadt einzuspielen begann. Dabei wird versucht, einen Eindruck von der Situation im Mai 1919, d. h. in den ersten Wochen nach dem Sturz der Räte, zu vermitteln, da sich Gustav von Kahr im Juni 1919 entschied, in die entstandene Entwicklungsdynamik aktiv einzugreifen und die anstehenden Weichenstellungen in seinem Sinne zu beeinflussen.

2. Priorität Sicherheit – Der Wiederaufbau von Militär und Polizei

2.1 Ein klarer Schnitt: Die Gründung der bayerischen Reichswehr

Nun gilt, wenn man die genannten Institutionen miteinander vergleicht, gemeinhin als gesichert, dass unmittelbar nach der „Befreiung Münchens“ zunächst das Militär weitgehend die Lage beherrschte. Diese Sichtweise ist insoweit plausibel, als die Streitkräfte schon im April ihre Neuformierung in Angriff genommen hatten¹⁵⁰⁸, d. h. in dieser Beziehung über einen zeitlichen Vorsprung verfügten. Während nämlich die zivilen Ministerien und Behörden, die zum großen Teil in München zurückgeblieben waren, den ganzen Monat über im Grunde gelähmt blieben und die im Bamberger Exil angekommene Staatsregierung ein doch recht hilfloses Erscheinungsbild abgab, konnte sich das Militär jetzt außerhalb Münchens ohne Rücksichtnahme auf politische Bedenken neu aufstellen und durfte mit der allgemeinen Unterstützung bei den Vorbereitungen für den Angriff auf die Landeshauptstadt rechnen. Zudem stand in dieser Ausnahmesituation einer personellen Erneuerung der Führungsebene nichts mehr im Wege: Denn waren mit dem Niedergang des „alten Heeres“¹⁵⁰⁹ auch Rangordnungen und Erbhöfe aus der (Vor-)Kriegszeit verblasst, spielten nun auch im bayerischen Reservatrecht¹⁵¹⁰ begründete Vorbehalte keine Rolle mehr. Die Kommandostellen wurden deshalb vielfach mit Offizieren besetzt, die in der bisherigen Hierarchie eher in zweiter Reihe gestanden hatten oder jetzt – etwa mit der Aufstellung eines Freikorps – in besonderer Weise ihre Entschlossenheit unter Beweis stellten. Neuer Oberbefehlshaber des bayerischen

¹⁵⁰⁸ Rau, Personalpolitik und Organisation, 129-137; Tapken, Reichswehr in Bayern, 184 f.

¹⁵⁰⁹ Volkert, Handbuch, 392.

¹⁵¹⁰ Mit der am 16. April 1919 ausgesprochenen Bitte um den Einsatz von Reichstruppen hatte das Kabinett faktisch bereits auf das bayerische Militärreservat verzichtet und die Prinzipien für den Neuaufbau der Reichswehr anerkannt (siehe Anm. 1461, 1504); in der Ministerratssitzung am 28.4.1919, die das weitere Vorgehen in Sachen Beratung der Reichsverfassung beriet (Ehberger - Merz, Kabinett Hoffmann I, 155-160), wurde der Verlust des Militärreservats dann auch bereits als unvermeidlich eingestuft.

Kontingents wurde – wohl auf Vorschlag Seißers¹⁵¹¹ – etwa Generalmajor Arnold von Möhl¹⁵¹², der vor 1914 als Direktor der Kriegsakademie ohne Zweifel viele Kontakte innerhalb der Armee geknüpft, im Krieg als Kommandeur weniger bekannter Brigaden bzw. Divisionen aber nie die Prominenz anderer Heerführer gleichen Ranges erlangt hatte. Sein Stabschef wurde Karl Ritter von Prager, der Mitte April 1919 erst aus Kolberg zu seinem neuen Einsatzort anreisen musste¹⁵¹³, in seiner Vita jedoch immerhin eine Verwendung als Generalstabsoffizier bei der Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht vorweisen konnte. Seißer, der die von Ulm vorrückende Heeresgruppe West übernahm, hatte den Krieg wiederum als Major an der Westfront und als Chef des Generalstabs II. AK verbracht und erst kürzlich mit der militärischen Niederschlagung der kurzlebigen Räterepublik in Würzburg von sich reden gemacht.¹⁵¹⁴ Die einzige Ausnahme in dieser Riege weitgehend unbekannter Befehlshaber stellte somit Franz Ritter von Epp dar, der als ehem. Kommandeur des prestigeträchtigen Infanterie-Leibregiments auch einer breiteren Öffentlichkeit ein Begriff war. Im Grunde zählte Epp freilich trotzdem nicht zur alten Militär-Elite, er hatte vielmehr bereits auf seinem alten Posten, den er als erster Bürgerlicher und verdienter Kolonialoffizier bekleidete, als sozialer Aufsteiger reüssiert.¹⁵¹⁵

Der mit dieser neuen Führungsriege unternommene Feldzug gegen München war dann ja auch sehr erfolgreich verlaufen, d. h. die Basis für eine neue bayerische Armee – zumindest auf personeller Ebene – schien auf den ersten Blick gelegt. Der erste Eindruck einer reibungslosen Neuaufstellung der Armee erleidet jedoch insoweit einen Bruch, als der Aufbau der bayerischen Reichswehr ganz andere Herausforderungen bereithielt als der Feldzug gegen eine chaotisch geführte Rote Armee an der Seite starker Reichstruppen. So unterstanden die neu formierten Verbände nicht nur vorerst dem Oberbefehl des preußischen Generals Ernst von Oven¹⁵¹⁶, bis in den August hinein verblieb das bayerische Kontingent außerdem in einer ambivalenten Stellung zwischen der noch bestehenden Kommandogewalt des bayerischen Militärministeriums und der

¹⁵¹¹ Rau, Personalpolitik und Organisation, 134.

¹⁵¹² Möhl hatte als Chef des Generalstabs des I. Armeekorps 1916 an der Schlacht um Verdun teilgenommen und wirkte danach als Brigade- und Divisionskommandeur an der Westfront. Zur Biographie von *Arnold Ritter von Möhl* (1867-1944) vgl. die Angaben bei Hackl, Kriegsakademie, 525 f. sowie seinen Personalakt mit Nachlassteilen in OP 45 040.

¹⁵¹³ Niederwerfung der Räteherrschaft, 74. Zur Biographie von *Karl Ritter von Prager* (1875-1959) vgl. die Angaben bei Hackl, Kriegsakademie, 544.

¹⁵¹⁴ Siehe Anm. 1486 und 1277.

¹⁵¹⁵ Zur Biographie von *Franz Ritter von Epp* (1868-1947) vgl. allgemein Wächter, Epp.

¹⁵¹⁶ Siehe Anm. 1471.

entstehenden Reichwehrorganisation.¹⁵¹⁷ Dieses vorübergehende Nebeneinander mag zunächst als unbedeutendes Detail erscheinen, bei den unterschiedlichen Auffassungen der Minister Noske und Schnepfenhorst zum Charakter der zukünftigen deutschen Armee konnte dies jedoch schnell zu Konflikten führen. Als weitere Erblast blieb zu verzeichnen, dass das alte Heer auch mit der Räterepublik nicht einfach geräuschlos von der Bildfläche verschwunden war: Zwar schritt die Demobilisierung seit November 1918 zunehmend voran, die Strukturen und Einheiten der bayerischen Armee bestanden jedoch zumindest noch auf dem Papier, zudem befanden sich manche Truppen auch ganz real weiterhin in den Kasernen und hatten sich vielfach den Ruf disziplinloser Söldner im Dienste der Revolution erworben; sie warteten nun auf ihre schrittweise Auflösung oder Weiterverwendung.¹⁵¹⁸ Zum Leidwesen der neuen Kommandeure schienen dabei die Aussichten der häufig perspektivlosen Männer auf eine Übernahme zunächst gar nicht so schlecht, da die bisher verfügbaren Streitkräfte weitgehend aus Freiwilligenverbänden bestanden, die sich vorerst nur für den Einsatz gegen München verpflichtet hatten und häufig auch gar keine dauerhafte Karriere in der Armee anstrebten.¹⁵¹⁹ Wollte man also zuverlässige Soldaten gewinnen, die nicht im Verdacht revolutionärer Betätigung standen, musste erst ein zugkräftiger Werbe- und Rekrutierungsapparat¹⁵²⁰ auf die Beine gestellt werden. Und schließlich sah sich die militärische Leitung zunächst auch sehr stark von ganz profanen Organisationsfragen in Beschlag genommen: In München gab es etwa überhaupt nicht genügend militärische Unterkünfte, um alle beim Einmarsch beteiligten Truppen ordentlich unterzubringen. Die Heeresverwaltung war deshalb zunächst damit beschäftigt, Provisorien in zivilen Gebäuden zu schaffen und bei der Quartierverteilung ständig umzudisponieren, da im Mai / Juni 1919 ein reges Kommen und Gehen der militärischen Einheiten herrschte.¹⁵²¹

¹⁵¹⁷ Das Staatsministerium für militärische Angelegenheiten bestand noch bis Ende August 1919, die wesentlichen Direktiven für den Aufbau der neuen Reichswehr ergingen freilich schon in diesem Zeitraum aus Berlin. Vgl. Volkert, Handbuch, 393.

¹⁵¹⁸ In einem Rundschreiben an alle bayerischen Verbände vom 6. Mai 1919 (BayHStA, Abt. IV, RwGrKdo IV Nr. 1218) betonte Möhl dann auch, dass nun – ungeachtet des demokratischen Geistes in Süddeutschland – die Disziplin in der bayerischen Armee wiederhergestellt werden müsse, damit in der Bevölkerung wieder Achtung vor Soldaten und bewaffneter Macht entstehen könne; er bat dabei auch um Vorschläge für geeignete Maßnahmen in diesem Sinne (z. B. öffentliche Umzüge, Auszeichnungen).

¹⁵¹⁹ Tapken charakterisiert die vorläufige Reichswehr in Bayern für Mai 1919 deshalb auch als „zusammengewürfeltes Freikorps“ (Tapken, Reichswehr in Bayern, 197).

¹⁵²⁰ Ebd., 198 f.; vgl. etwa die Werbeschrift: Unsere bewaffnete Macht: Rückblick und Ausblick, von einem bayerischen General, München 1919.

¹⁵²¹ Vgl. die Unterkunftspläne in BayHStA, Abt. IV, Stadtkommandantur 17, bei der Stadtkommandantur war auch eine Abteilung für die Regelung dieser Frage zuständig, vgl. den Geschäftsverteilungsplan in Anm. 1475.

Angesichts dieser wenig befriedigenden Situation fiel dann auch bereits am 7. Mai 1919 die definitive Entscheidung, einen Schlusstrich zu ziehen und der Agonie der alten bayerischen Armee ein Ende zu machen: An diesem Tag ordnete die Stadtkommandantur in einem allgemeinen Befehl an, die bisherige Garnison München, die sich sowohl am Umsturz des 7. November wie auch z. T. an der Räterepublik beteiligt hatte, möglichst rasch aufzulösen und die verbleibenden (Rumpf-)Einheiten zu demobilisieren.¹⁵²² Verbände, die hierzu mehr Zeit benötigten, bestanden vorerst als Auflösungsformationen der „alten Armee“ fort und wurden nicht in die Reichswehr übernommen. Vier Tage später, am 11. Mai 1919, erfolgte wiederum die Gründung der „neuen Armee“ in Bayern: Formell entscheidend war hierbei die Umwandlung des bisherigen Oberkommandos Möhl in das Reichswehrgruppenkommando IV, das – wie die Nummerierung andeutet – bereits als Teil der Friedensgliederung der vorläufigen Reichswehr galt und sich gleichzeitig von der Unterstellung unter das Generalkommando Oven emanzipierte.¹⁵²³ Möhl übernahm also den Oberbefehl über alle bayerischen Freikorps und die neu aufzustellenden Verbände. Der Wechsel von der Bayerischen Armee zum Reichswehrgruppenkommando IV stellte insoweit nicht nur einen formellen Akt, sondern eine grundlegende interne Zäsur dar. Er brachte zudem einen weiteren erwünschten Nebeneffekt mit sich: Mit dem Verschwinden der alten Armee wurden nämlich auch alle ihre internen Strukturen und Einrichtungen aufgelöst, d. h. die Zeit der Soldatenräte war ebenfalls auf einen Schlag abgelaufen.

Dieser weitreichende Einschnitt zeigt allerdings auch: Möhl und sein neu gebildeter Stab rückten im Mai 1919 keineswegs an die Spitze einer gefestigten Armee, die nur auf die Ausführung neuer Befehle wartete, sondern sahen sich zunächst mit der Aufgabe konfrontiert, überhaupt erst eine handlungsfähige Streitkraft aufzustellen. Sollte sich z. T. ein anderer Eindruck aufdrängen, darf man sich hiervon nicht zu sehr blenden lassen, da die militärische Führung in dieser Situation erst recht versuchte, die eigenen Beschränkungen mit Machtdemonstrationen und mit Aktionismus zu kompensieren. Neben dem Fall Epp und der weitreichenden Interpretation der Sondervollmachten des Kriegszustandes galt dieses Prinzip offenbar auch bei der Aufblähung des eigenen Apparats. Während die „große“ Reichswehrbrigade 21 im Mai 1919 nämlich noch eher eine Ansammlung von Freiwilligentruppen¹⁵²⁴ darstellte, waren die Geschäftspläne in den

¹⁵²² Stadtkommandant Herrgott ordnete am 7. Mai (BayHStA, Abt. IV, Stadtkommandantur 11) die Auflösung der bisherigen Garnison München an und bezeichnete es dabei als Ziel, verlässige Truppenteile in die neu zu bildende Reichswehr zu überführen.

¹⁵²³ Tapken, Reichswehr in Bayern, 187.

¹⁵²⁴ Rau, Personalpolitik und Organisation, 157.

obersten Kommandobehörden schon im Detail ausgearbeitet und wiesen eine Reihe von Referaten mit präzise definierten Zuständigkeiten auf: So beschäftigte das Reichswehrgruppenkommando Bayern, dem fortan vier Brigaden unterstehen sollten, zu diesem Zeitpunkt bereits Offiziere für Nachrichtendienst und Propaganda, Aufbau von Einwohnerwehren, Werbetätigkeit oder studentische Freiwillige.¹⁵²⁵

Alle diese Abteilungen und Referate gingen außerdem sofort daran, im Sinne ihres Auftrages Initiative zu zeigen und Erfolgsmeldungen zu produzieren, dabei erwecken die veranlassten Schritte jedoch häufig noch einen recht überstürzten und eher unkoordinierten Eindruck: So beschloss das Generalkommando nicht nur, mit der Übernahme geeigneter Freikorpsoldaten¹⁵²⁶ eine neue Trennlinie zwischen regulären Einheiten und Paramilitärs zu ziehen, es veranlasste gleichzeitig die Aufstellung des „Wehrregiments München“¹⁵²⁷ als zusätzliche Polizeitruppe zum Schutz der Landeshauptstadt und begann außerdem eine Kooperation mit dem u. a. vom Bürgerrat neu gegründeten Heimatdienst Bayern, der mit antibolschewistischer Propaganda ein Gegengewicht zur eher links eingestuften Reichszentrale für Heimatdienst bilden sollte und einige Monate lang die Zeitschrift „Feurjo“ herausgab.¹⁵²⁸ Schon weitgehend erforscht sind daneben die von Hauptmann Karl Mayr organisierten Aufklärungskurse an der Münchner Universität¹⁵²⁹, bei denen ausgewählte Soldaten den Ausführungen von Universitätsdozenten und Publizisten zur politischen Bildung zuhören konnten; ein Kursteilnehmer bei den Vorlesungen war bekanntlich der Gefreite Adolf Hitler.

¹⁵²⁵ Geschäftseinteilung des (Bayerischen) Reichswehr-Gruppenkommandos IV vom 13.5.1919, Abdruck bei: Ebd., 171 f.

¹⁵²⁶ Tapken bietet in einer tabellarischen Aufstellung eine Übersicht, welche Freikorps in welche Truppenverbände übernommen und welche Freiwilligeneinheiten aufgelöst wurden; Tapken, Reichswehr in Bayern, 209-212.

¹⁵²⁷ Das Anfang Mai 1919 unter der Leitung Major Faerbers aufgestellte Wehrregiment München setzte sich aus fünf Bataillonen zusammen und unterstand der Stadtkommandantur als zusätzliche Sicherungstruppe. Vgl. die allgemeine Dokumentation zum Wehrregiment in: BayHStA, Abt. IV, Polizeiformationen, Karton 12-33; Bayerische Landespolizei 207; Stadtkommandantur München 25.

¹⁵²⁸ Der im Mai 1919 gegründete Heimatdienst Bayern war als „antibolschewistische Propagandastelle“ konzipiert und wurde von Dr. Schwarz, dem Syndikus des Handelsvereins München geleitet; er ist nicht mit der Reichszentrale für Heimatdienst zu verwechseln. Vgl. die im Mai von unbekannter Hand verfasste Denkschrift „Über die Gründung einer antibolschewistischen Propagandastelle Heimatdienst Bayern“ (BayHStA, Abt. IV, RwGrKdo IV Nr. 198), den ersten Tätigkeitsbericht der Organisation für die Zeit vom 15. Mai bis 15. Juni (BayHStA, Abt. IV, RwGrKdo IV Nr. 154) und die Angaben im Bericht der Polizeidirektion München vom 21.1.1920 (MInn 66 333): Demnach verfügte der Heimatdienst aktuell über ca. 25 Redner, Gerlich wird als Leiter der Abteilung „Geistige Führung“ bezeichnet. Vgl. Plöckinger, Unter Soldaten, 240-248; Morsey, Gerlich, 71-74.

¹⁵²⁹ Othmar Plöckinger, Adolf Hitler als Hörer an der Universität München im Jahr 1919. Zum Verhältnis zwischen Reichswehr und Politik, in: Elisabeth Kraus (Hg.), Die Universität München im Dritten Reich. Aufsätze: Teil II (Beiträge zur Geschichte der Ludwig-Maximilians-Universität München 4), München 2008, 13-48; Weber, Wie Adolf Hitler, 146-159.

Ergab sich angesichts dieser von Aktionismus begleiteten Findungsphase dennoch ein politisches Übergewicht des Militärs, lag dies vor allem an der vorübergehenden Lähmung des Staatsapparats und an den herrschenden Umständen, die unmittelbar nach Ende eines Bürgerkrieges vorerst die Position der bewaffneten Macht stärkten. Die Kommandeure der soeben gegründeten bayerischen Reichswehr nutzen in ihren Aktionen also ein situationsbedingt entstandenes Gelegenheitsfenster, vielleicht auch im Wissen, dass es aller Wahrscheinlichkeit nach nicht allzu lange geöffnet bleiben würde.

2.2 Zurück in zivile Verantwortung: Polizeidirektion München und Einwohnerwehren

Die Staatsregierung in Bamberg war dann auch keineswegs bereit, sich einfach mit dieser Situation abzufinden und versuchte bereits im Mai 1919 auf verschiedene Weise die politische Initiative wieder zu gewinnen.

Gehörte es hierbei zu den ersten Prioritäten, die zivilen Behörden wieder als ebenbürtiger Kontrapart der militärischen Autoritäten zu etablieren, galt es freilich ebenso, sich selbst von Neuem als politischer Agenda Setter zu präsentieren, d. h. wieder sichtbar die Kontrolle über politische Entwicklungen zu übernehmen, die gerade im Zentrum der öffentlichen Debatte standen. Es sollte daher nicht verwundern, wenn das sozialistische Kabinett Hoffmann nicht nur alles für die Stärkung und den Wiederaufbau der Polizei tat, sondern sich ebenfalls entschloss, die überall im Land entstandenen Einwohnerwehren anzuerkennen und ihren weiteren Ausbau durch den Erlass eines allgemeinen Regelwerks zu fördern. Sie trug damit nicht nur dem Bedürfnis weiter Teile der Bevölkerung nach einer Stabilisierung der öffentlichen Sicherheit Rechnung, sie versuchte zugleich die Kontrolle über eine politische Bewegung zu gewinnen, die in Teilen des Reiches bereits zur festen Einrichtung geworden war und nun auch in Bayern Wurzeln schlug. Es war also gar nicht daran zu denken, die an vielen Orten ohnehin schon gebildeten Einwohnerwehren einfach sich selbst zu überlassen, zumal der Zusammenschluss aller wehrfähigen Bürger zum Schutz des eigenen Gemeinwesens Erinnerungen an das sozialistische Volkswehrkonzept weckte. In ihrer Bekanntmachung vom 17. Mai 1919 folgte die bayerische Staatsregierung daher weitgehend dem Beispiel Preußens: Als Reaktion auf die sog. Märzkämpfe hatte das Berliner Innenministerium den neu zu bildenden Einwohnerwehren schon am 15. April 1919 de facto den Status einer selbstverwalteten Vereinigung zuerkannt, sie aber zugleich unter Aufsicht der Behörden

gestellt, wobei die koordinative Hauptverantwortung bei den Landräten lag.¹⁵³⁰ Analog dazu definierten es nun auch die Regularien in Bayern als Aufgabe der staatlichen und kommunalen Institutionen, die Gründung von Einwohnerwehren in die Wege zu leiten und betonten gleichzeitig explizit, dass nur Zusammenschlüsse Anerkennung finden könnten, die allen Bürgern – unabhängig von ihrem sozialen Status oder ihrer politischen Einstellung – den Beitritt ermöglichten. Die Staatsaufsicht sollte dabei sowohl durch eigens bestellte Wehrkommissare im Offiziersrang wie auch durch eine zentrale Lagerung der Waffen bei den Bezirksamtern oder in nahe gelegenen Kasernen gewährleistet werden; die Ausgabe war nur für Übungen oder im Alarmfall vorgesehen. Die Einwohnerwehren waren in diesem Sinne also lokale Einrichtungen, denen als freiwillige Zusammenschlüsse der ortsansässigen Bevölkerung eine assistierende Funktion bei der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung zukam, wenn größere Unruhen oder andere Störungen die regulären zivilen Sicherheitskräfte stark beanspruchten.¹⁵³¹

Das Konzept funktionierte folglich nur, wenn auch diese wieder gut darauf vorbereitet waren, ihre Funktion zu erfüllen: Neben der endgültigen Entmilitarisierung der Land-Gendarmerie¹⁵³² beauftragte die Staatsregierung deshalb in München den als resolut bekannten Ernst Pöhner¹⁵³³ mit der Wiederinstandsetzung und Reorganisation der Polizeidirektion, also mit der Stabilisierung der öffentlichen Ordnung in der Landeshauptstadt. Der bisherige Direktor des Strafvollstreckungsanstalt Stadelheim, selbst Mitglied des Alldeutschen Verbandes, erfüllte die in ihn gesteckten Erwartungen dann auch mit allem Nachdruck und ging zunächst daran, Schlüsselstellen der Behörde neu zu besetzen bzw. ihm ungeeignet erscheinendes Personal auszutauschen. In der Forschung längst bekannt ist hierbei die Bestellung Wilhelm Fricks zum Vorstand der Abteilung „Politische Polizei“: Frick¹⁵³⁴, der seit 1917 den heiklen Posten des Leiters des Kriegswucheramtes inne gehabt hatte, rückte damit abermals an die Spitze eines der bayernweit agierenden Ressorts der Polizeidirektion München, das unter Ernst Pöhner

¹⁵³⁰ Könnemann, Einwohnerwehren, 118-120; Peter Bucher, Zur Geschichte der Einwohnerwehren in Preußen, in: Militärgeschichtliche Zeitschrift 9 (1971), 15-59, hier: 24-30.

¹⁵³¹ Abdruck des Erlasses vom 17. Mai 1919 bei: Kanzler, Bolschewismus, 210 f. (Anlage 6).

¹⁵³² Vgl. das Gesetz über die Umgestaltung der Gendarmerie vom 31.7.1919, in: GVBl. 1919, 78 f.

¹⁵³³ Zu *Ernst Pöhner* (1870-1925) liegt noch keine biographische Studie vor, vgl. die Angaben im Biogramm von Hans Günter Hockerts [URL: <<https://www.deutsche-biographie.de/gnd116248459.html#ndbcontent>>; zuletzt eingesehen am 11.3.2021]. Vgl. auch das nachträgliche Urteil Philipp Loewenfelds: Landau - Rieß, Loewenfeld, 341-345.

¹⁵³⁴ McGee, Political Police, 29-31. Zur Biographie von *Wilhelm Frick* (1877-1946) vgl. Reinhard Weber, "Ein tüchtiger Beamter von makelloser Vergangenheit." Das Disziplinarverfahren gegen den Hochverräter Wilhelm Frick 1924, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 42 (1994), 129-150; Günter Neliba, Wilhelm Frick: Der Legalist des Unrechtstaates. Eine politische Biographie, Paderborn u. a. 1992.

zudem eine starke Aufwertung erfuhr. Denn neben die bereits existierenden Referate trat nun eine eigene Abteilung VI für politischen Nachrichtendienst, die vor allem für die Überwachung von verdächtigen politischen Gruppen zuständig war.¹⁵³⁵ Frick bzw. Pöhner führten außerdem ab sofort eine Kartei „über alle links- und rechtsradikale Personen“¹⁵³⁶ ein, die alle vorhandenen Observierungsergebnisse zu politisch verdächtigten Personen zentral bündelte. Pöhner ließ sich also von den Kompetenzübergriffen der Reichswehr nicht sonderlich beeindrucken und zeigte sich entschlossen, die genuine Zuständigkeit der Polizei für den Bereich Nachrichtendienst auch weiterhin zu beanspruchen. Er zögerte deshalb auch nicht, der Nachrichtenabteilung des Reichswehrgruppenkommandos oder dem Referat III der Stadtkommandantur auf ihrem Tätigkeitsfeld Konkurrenz zu machen und monierte auch wiederholt das ineffektive Nebeneinanderarbeiten ziviler und militärischer Stellen.¹⁵³⁷ Dabei rührte das Selbstbewusstsein des Polizeipräsidenten sicherlich auch aus der Gewissheit, dass die Zeit mit der absehbaren Aufhebung des Kriegszustandes¹⁵³⁸ ohnehin für die zivilen Behörden arbeitete und die meisten Sondervollmachten der Stadtkommandantur München dann ohnehin an die Polizeidirektion übergehen würden. Doch nicht nur das, das hartnäckige Pochen Pöhners auf die Befugnisse der Polizeidirektion zeigte sogar noch vor diesem bisher nicht terminierten Stichtag erste Erfolge: So fehlten der Stadtkommandantur wohl schlicht die stichhaltigen Argumente, neben der Polizei eine zusätzliche Fahndungsabteilung zu unterhalten, die deshalb auch erst in die Ettstraße übersiedelte und dann am 15. Juli ihre Tätigkeit einstellte.¹⁵³⁹ Mit seiner Kritik an der angeblich zu laschen Ausweisungspraxis¹⁵⁴⁰ gelang es Pöhner außerdem sehr schnell, die Diskurshegemonie über diese Problematik zu gewinnen und die eigene Forderung nach einer

¹⁵³⁵ Mc Gee, *Political Police*, 26 f.

¹⁵³⁶ Vgl. die Denkschrift der Polizeidirektion vom 4.12.1926 (MInn 71 880): „Bei der Abt. VI wird eine Zentralkartei geführt über alle links- und rechtsradikale Personen, die in Bayern irgendwie hervorgetreten sind. Diese Kartei wird seit Jahren von den bayerischen, wie außerbayerischen Polizei-, Gendarmerie- und Gerichtsbehörden sehr häufig in Anspruch genommen.“

¹⁵³⁷ Vgl. seine Ausführungen bei einer Besprechung zur Sicherheitslage in München am 26.6.1919, in denen er die ständige Rücknahme von Ausweisungsbeschlüssen durch die Stadtkommandantur und „höhere Stellen“ beklagte, ehe sein Referent Lang die Forderung aufstellte: „Die ganze Frage soll der Polizeidirektion einheitlich unterstellt werden.“ (Ehberger, *Kabinett Hoffmann II*, Teil 1, Dok. 5, 291 f.).

¹⁵³⁸ Die Aufhebung des Kriegszustandes und der damit verbundenen Vollmachten für das Militär (siehe Anm. 973), für die nach Unterzeichnung des Friedensvertrags und der Beruhigung der Lage in München kein Grund mehr gegeben war, sollte zunächst am 1.10.1919 erfolgen, wurde dann jedoch noch einmal auf den 1. Dezember verschoben, vgl. Lange, *Ausnahmestatus*, 57-67; zu dem daraufhin erlassenen zivilen Ausnahmestatus siehe Anm. 1544.

¹⁵³⁹ Vgl. die Anordnung Seißers zur Auflösung der Fahndungsabteilung vom 7.7.1919 (BayHStA, Abt. IV, Stadtkommandantur 11), die damit ihre Aufgaben der Polizeidirektion übergab.

¹⁵⁴⁰ Vgl. die wöchentlichen Lageberichte Pöhners vom 12.7. und 9.8.1919 (MA 102 135), in denen er mehrfach die Behinderung der „Säuberung“ Münchens durch „jüdische“ Rechtsanwälte und Teile der Bevölkerung beklagte sowie ein hartes Vorgehen der Fremdenpolizei anmahnte.

Zentralisierung des Fremdenwesens bei der Polizei durchzusetzen – zumal auch die Staatsregierung angesichts der Wohnungsnot und der angespannten Lebensmittelversorgung neue Restriktionen bei der Erteilung von Aufenthaltsgenehmigungen erließ und den Fremdenverkehr weiter einschränkte.¹⁵⁴¹

Zwischen der selbstbewussten Polizeidirektion und den ihrer Macht gewissen „Befreiern Münchens“ eingekeilt, fiel es dem nach München entsandten Vertreter des Kabinetts Hoffmann, Staatskommissar Hermann Ewinger, dann auch sehr schwer, sich ausreichend Gehör zu verschaffen, zumal die Kompetenzen des bisherigen politischen Beirats beim Generalkommando des III. Armeekorps nur vage definiert waren.¹⁵⁴² Der persönliche Vertraute Schnepfenhorsts musste sich bei einigen Gelegenheiten eher als das misstrauisch beäugte fünfte Rad am Wagen vorkommen, etwa wenn seine Proteste gegen willkürliche Verhaftungen oder die Behandlungen von Gefangenen kaum Reaktionen auslösten und nur die ständige Wiederholung der vorgebrachten Beschwerden zumindest zu einer langsamen Verbesserung der Verhältnisse führte.¹⁵⁴³

2.3 Rückkehr zur institutionellen Normalität: Entwicklungsperspektiven im Juni 1919

So wenig Respekt sich der am 10. Juli abberufene Ewinger jedoch auch zu verschaffen wusste, deutete sich zugleich an, dass sich die Staatsregierung immer stärker darauf hinwirkte, das von versteckten Machtkämpfen geprägte Machtvakuum in München möglichst rasch zu beenden und auch in der Landeshauptstadt wieder die Kontrolle über die politische Szenerie zu übernehmen. Die Neubildung einer von der Mehrheit des Landtages getragenen Koalitionsregierung, die sich ab Ende Mai auf ein Bündnis aus SPD, BVP und DDP stützen konnte und die zwei Wochen später beginnenden Verfassungsberatungen im Parlament schufen hierfür erst einmal die Grundvoraussetzungen – ein politisch gefestigtes Ministerium, das bald auf einer stabilen, nicht mehr revolutionär-provisorischen Rechtsbasis agieren würde, würde bald ganz

¹⁵⁴¹ Vgl. die vom Ministerrat beschlossene Bek. über Aufenthalts- und Zuzugsbeschränkungen vom 25.5.1919 in: BStZ Nr. 135 vom 28.5.1919; Walter, Antisemitische Kriminalität, 55 f. Ausführlicher hierzu siehe Kapitel VII B 1.1.

¹⁵⁴² Vgl. die Antwort Ministerpräsident Hoffmanns auf eine diesbezügliche Anfrage von Justizminister Müller: „Hoffmann bezeichnet es als ausgeschlossen, die Vollmacht im einzelnen zu umschreiben. Dr. Ewinger habe Weisung erhalten, sich in allen wichtigen Fragen zunächst an den zuständigen Minister zu wenden und sich mit diesem zu verständigen.“ (Ehberger, Kabinett Hoffmann, Teil 1, 27).

¹⁵⁴³ Ewinger richtete im Mai und Juni 1919 zahlreiche Eingaben an militärische Stellen und Gefängnisverwaltungen, um eine bessere Behandlung der Gefangenen anzumahnen sowie die Entlassung von Personen zu erreichen, denen nur geringfügige Straftaten zur Last gelegt wurden (MKr 11 049; BayHStA, Abt. IV; RwGrKdo IV Nr. 1213), musste allerdings in seinem Abschlussbericht vom 27.6.1919 (BayHStA, Abt. IV, RwGrKdo IV Nr. 1215) selbst die relativ geringen Erfolge dieser Bemühungen einräumen.

anders auftreten können. Das Kabinett versuchte außerdem, dem weit verbreiteten Bedürfnis nach einem effektiven Schutz vor weiteren Unruhen entgegenzukommen und legte dem Landtag deshalb bereits im Juni / Juli 1919 zwei Gesetzesentwürfe vor, welche die nach summarischen Verfahren vorgehenden Volksgerichte stärken sowie die Verhängung sog. Schutzhaft oder von Aufenthaltsbeschränkungen auf eine neue Rechtsgrundlage stellen sollten.¹⁵⁴⁴

Versetzt man sich nun in die Lage eines politischen Beobachters im Frühjahr 1919 und versucht aus den geschilderten Positionskämpfen und angestoßenen Vorhaben ein politisches Zukunftsszenario abzuleiten, mochte es durchaus realistisch erscheinen, mittelfristig etwa folgende Konstellation zu erwarten: Das im Sommer 1919 noch sehr einflussreiche Militär musste damit rechnen, im Zuge der Heeresreduktion und nach Aufhebung des Kriegszustandes zunehmend an politischen Einfluss zu verlieren, während die Landesregierung den deutlichen Willen erkennen ließ, das im Weltkrieg und während der Revolution verlorene politische Terrain zurückzugewinnen und deshalb auch darauf hinwirkte, die Autorität der zivilen Behörden des Freistaats in allen Bereichen des öffentlichen Lebens schrittweise wieder zu stärken. Die politische Dynamik lies damit eine ähnliche Tendenz wie im Reich erkennen, wo die Revolution nach der Niederschlagung mehrerer Aufstände sowie der absehbaren Verabschiedung der Weimarer Verfassung weitgehend überwunden schien und die im Aufbau begriffene Reichswehr nach der Unterzeichnung des Versailler Vertrags, der Auflösung des Generalstabes und der Leitung des Kriegsministeriums durch einen Zivilisten zumindest formell nicht mehr über den politischen Spielraum verfügte wie ihre kaiserliche Vorgängerin.

¹⁵⁴⁴ Ergebnis der Beratungen war das Gesetz über außerordentliche Maßnahmen zum Schutze des Freistaats vom 31.7.1919 (GVBl. 1919, 413-417), das vor allem detaillierte Bestimmungen die Verhängung sog. Schutzhaft und Aufenthaltsbeschränkungen gegen als sicherheitsgefährdend eingestufte Personen enthielt, vgl. die ausführliche Beratung im Ministerrat: Ehberger, Kabinett Hoffmann II, Teil 1, 145-155; das Gesetz kam allerdings in dieser Form nicht zum Einsatz, da es nach Verkündung der Reichsverfassung veröffentlicht worden war, die derartige Ausnahmestimmungen dem Reich vorbehielt. Die Staatsregierung erließ daher am 4.11.1919 die „Verordnung über die Aufhebung des Kriegszustandes und über einstweilige Maßnahmen nach Art. 48/IV der Reichsverfassung vom 4. November 1919“ (GVBl. 1919, 791-796), die erneut vergleichbare Bestimmungen enthielt, sich damit nun jedoch auf den Notstandsartikel der Reichsverfassung berief. Vgl. Lange, Ausnahmezustand, 57-67. Allgemeiner zum Phänomen des Ausnahmezustands in Kriegs- und Nachkriegszeit: Martin H. Geyer, Grenzüberschreitungen: Vom Belagerungszustand zum Ausnahmezustand, in: Werber u. a. (Hg.), Weltkrieg, 341-384.

Zur Einrichtung von Volksgerichten siehe Anm. 1665.

3. Die Entscheidung für den Selbstschutz: Der rasche Aufstieg der Einwohnerwehren

Es erscheint daher umso bemerkenswerter, dass Gustav von Kahr Anfang Juni 1919 die bewusste Entscheidung traf, den von der Regierung eingeschlagenen Kurs, der ja zu einer schrittweisen Stärkung ziviler Institutionen führen sollte, nicht in jeder Beziehung zu unterstützen, sondern ein vom Isener Forstrat Georg Escherich propagiertes Wehrkonzept favorisierte, das darauf hinauslief, die Einwohnerwehren als mehr oder weniger eigenständige Institutionen neben dem bestehenden Behördenapparat zu etablieren.

3.1 Bürgerlicher Selbstschutz: Ein Projekt und seine Risiken

Dabei ist das Attribut „propagiert“ durchaus wörtlich zu verstehen, da Escherich von seinen Plänen offenbar sehr überzeugt war und seit Februar 1919 nicht müde wurde, sie in persönlichen Schreiben an einflussreiche Politiker immer wieder neu darzulegen. So schlug er etwa dem BVP-Mitbegründer Georg Heim am Tag nach der Ermordung Eisners vor, die Bewaffnung des „platten Landes“ in die Wege zu leiten, eine nach Gemeinden gegliederte „Volkswehr“ zu bilden und zur Koordinierung dieser Organisation einen vom Landtag gewählten „Landeshauptmann [...] mit großen Vollmachten“ zu bestellen.¹⁵⁴⁵ Das klang alles sehr ambitioniert, Escherich musste dennoch kaum fürchten, als vermessener Projektentwickler ohne Bodenhaftung abgestempelt zu werden. Er hatte sich vielmehr schon vor dem Krieg durch mehrere Expeditionen nach Äthiopien und Kamerun einen Ruf als Kolonialexperte erworben und verfügte spätestens seit seiner Kriegstätigkeit als Verwalter des polnischen Waldreservats Bialowies über sehr gute Beziehungen in die gesellschaftliche Elite: Mehrere Wittelsbacher und auch General Hindenburg hatten den Forstmann etwa noch als zuvorkommenden Gastgeber auf Jagdausflügen in guter Erinnerung.¹⁵⁴⁶ Die Reaktionen auf Escherichs Pläne fielen dann auch weitgehend positiv aus¹⁵⁴⁷, was den Forstmann nach dem Sturz der Räteherrschaft wohl veranlasste, seinen Werbefeldzug noch einmal zu intensivieren und das von ihm auf lokaler Ebene geschaffene „Wehrkommando Isengau“ als Erfolgsmodell zu präsentieren.

¹⁵⁴⁵ Escherich an Heim vom 22.2.1919 (Abschrift), in: Bestand Einwohnerwehr 3, Akt 1a.

¹⁵⁴⁶ Zur Biographie von *Georg Escherich* (1870-1941) allgemein Nußer, Wehrverbände, 19-74; jetzt auch: Brigitte Zuber, Im Netz bayerischer Eliten: Schaltstellen zwischen Wirtschaft, Staat, Kirche und Paramilitär 1916 bis 1933. Mit biographischen Skizzen von Georg Escherich, Karl von Stengel und Theodor von Cramer-Klett, in: Daniel Schmidt - Michael Sturm - Massimiliano Livi (Hg.), Wegbereiter des Nationalsozialismus. Personen, Organisationen und Netzwerke der extremen Rechten zwischen 1918 und 1933, Essen 2015, 143-160.

¹⁵⁴⁷ Vgl. etwa Heim an Escherich vom 10.6.1919 sowie Weillböck an Escherich vom 14.6.1919 (Bestand Einwohnerwehr 3, Akt 1a).

In diesem Sinne bat er nun sogar den Reichswehrminister um Unterstützung und präsentierte Gustav Noske die als „Schutz- und Trutzbündnis“ bezeichnete Organisation des Isengaus als Basis für eine „brauchbare Heimwehr“¹⁵⁴⁸; zu den Adressaten vergleichbarer Werbeschreiben zählten etwa Johannes Hoffmann, Sebastian Schlittenbauer, Luitpold Weilnböck, Georg Eisenberger oder General Arnold von Möhl. Kahr entschied sich also keineswegs völlig unbeobachtet für das Vorhaben, über Bayern ein „Netz von Wehrkommandos“¹⁵⁴⁹ zu legen, er musste vielmehr davon ausgehen, dass viele Kollegen und Politiker im Bilde waren und es aufmerksam registrierten, wenn der Regierungspräsident von Oberbayern jetzt die Bestrebungen Escherichs aktiv förderte. Die Frage, weshalb Kahr es überhaupt für geboten hielt, persönlich einzugreifen und aus welchen Gründen er gerade die Vorschläge aus Isen befürwortete, drängt sich vor diesem Hintergrund natürlich erst recht auf – und dies umso mehr, wenn man darüber hinaus bedenkt, dass er mit diesem Schritt auch erhebliche Risiken einging. Denn der Aufbau einer neuen Wehrorganisation, d. h. eines potenziellen Machtmittels, musste automatisch zu Spekulationen über die tatsächlichen Absichten der Initiatoren führen. Das galt hier zudem in besonderem Maße, da die Bürgerwehrraffäre des vergangenen Jahres und die Ausschreitungen einiger Freikorps paramilitärische Verbände durchaus ins Zwielficht gerückt hatten. Wer also für die Aufstellung einer schlagkräftigen Einwohnerwehr plädierte oder in diesem Sinne wirkte, setzte sich deshalb leicht dem Verdacht aus, einseitig politische Interessen zu verfolgen und mittelfristig eine reaktionäre Bürgergarde anzustreben.¹⁵⁵⁰ Ein solcher Eindruck würde nicht nur den „neutralen“ Staatsbeamten Gustav von Kahr in erhebliche Erklärungsnot bringen, sondern war auch geeignet, das ganze Projekt Einwohnerwehr in den Augen der Bevölkerung zu diskreditieren. Doch nicht nur das: Escherich und Kahr setzten sich in einigen Punkten einfach über die von der Regierung am 17. Mai 1919 erlassenen Richtlinien¹⁵⁵¹ hinweg, etwa wenn es um die Lagerung der verfügbaren Waffen in Depots oder die Zusammenarbeit mit den eigens bestellten Wehrkommissaren ging. Niemand konnte seriös vorhersagen, ob das

¹⁵⁴⁸ Escherich an Noske vom 6.6.1919 (Abschrift), in: Bestand Einwohnerwehr 3, Akt 1a. Eingangs des Schreibens erinnerte der Forstrat Noske sogleich an die „persönliche Bekanntschaft aus Bialowies“. Escherich traf Noske dann am 26. Juni 1919 auch direkt in Berlin und sicherte ihm zu, die Einwohnerwehr gegenüber Ministerpräsident Hoffmann zu befürworten (vgl. Brieffelegramm Noske an Escherich vom 25.6.1919 sowie Vormerkung auf dem Dokument, in: Bestand Einwohnerwehr 3, Akt 1a).

¹⁵⁴⁹ Escherich an das Ministerium für militärische Angelegenheiten vom 6.6.1919 (Abschrift), in: Bestand Einwohnerwehr 3, Akt 1.

¹⁵⁵⁰ Schon die Freiwilligenwerbung für die Aktion gegen die Räterepublik hatte dieses Risiko vor Augen und betonte in ihren Aufrufen, dass es nicht darum gehe, eine „weiße Garde“ aufzustellen, vgl. Abdruck bei Large, Einwohnerwehr, 13 f.

¹⁵⁵¹ Siehe Anm. 1531.

Innenministerium diese Verstöße einfach so hinnehmen oder gegen die Verantwortlichen vorgehen würde.¹⁵⁵² Und schließlich stand auch keineswegs ohne weiteres fest, ob sich überhaupt genügend Freiwillige für den Selbstschutz finden würden: Es schien vielmehr durchaus ambitioniert, die nach über vier Jahren Krieg gerade erst entlassenen Soldaten wieder für Schießübungen oder Wachdienst zu begeistern. Glaubte man den Berichten aus einigen Bezirksämtern, wollte ein Großteil der kürzlich heimgekehrten Männer eben gerade nichts mehr von Befehl und Gehorsam, Exerzieren oder Alarmfällen wissen.¹⁵⁵³ Die Aufrufe zur Bildung von Einwohnerwehren konnten sich also auch als Bumerang erweisen: Eine schlechte Resonanz käme immerhin einer Bloßstellung in aller Öffentlichkeit gleich, die jedem das abermalige Versagen des antriebslosen Bürgertums direkt vor Augen führen musste und möglicherweise ein erneutes Umschwenken der politischen Dynamik zur Folge haben würde.

3.2 Warum Selbstschutz – konkret: Situative Handlungsmotive Kahrs

Wie beinahe zu erwarten, lässt sich die Frage, weshalb Kahr solche Risiken einging, jedoch nicht einfach oder völlig zweifelsfrei beantworten: So hält man im Frühjahr oder Sommer 1919 leider vergeblich nach Quellen Ausschau, in denen Kahr seine Gedanken und Ziele in mehr oder weniger geschlossenen Darlegungen entwickeln würde.¹⁵⁵⁴ Fehlt das von Historikern so häufig vermisste Memorandum zur Begründung des eigenen Handels also auch in diesem Fall, scheint es unter Berücksichtigung der herrschenden politischen Umstände und späterer Äußerungen dennoch nicht zu vermessen, auf wichtige Motivlagen Kahrs zu schließen – zunächst mit Blick auf seine vorwiegend persönlichen Beweggründe.

¹⁵⁵² Das Militärministerium bestätigte Escherich freilich bereits am 6. Juni 1919, dass die „Schaffung des Wehrausschusses Isengau“ den „ausgegebenen Bestimmungen“ entspreche; lediglich die Bildung „militärischer Kommandos für Einwohnerwehren“ sei nicht durchführbar (Schober, Geschichte, A II, pag. 66w - HS 920).

¹⁵⁵³ Demnach war die ländliche Bevölkerung zwar durchaus bereit, Schutzwehren für den eigenen Ort bzw. das engere lokale Umfeld zu bilden, lehnte jedoch militärische Formen oder eine weitergehende Organisation meist ab, vgl. Ziemann, Front und Heimat, 396 f., 400-405.

¹⁵⁵⁴ Eine gewisse Ausnahme stellt hier allerdings das auf den 8.10.1919 datierte Schreiben an Remigius Stadler (Zentralarchiv der Franziskaner Paderborn, NL Stadler), dem Geistlichen der benachbarten St.-Anna-Kirche im Lehel (siehe Anm. 1356), dar: „Auch ich habe mich bereit und in den schrecklichen Apriltagen den Entschluß gefaßt, eine Organisation zum Schutze der Ordnung, Ruhe und Arbeit ins Leben zu rufen, die nun in Oberbayern in Gestalt einer prächtigen Volkswehr auf dem Lande – überwiegend Bauernwehr – zur Durchführung gelangt ist. Es ist eine starke Wehr von vielen Tausenden hartentschlossener Männer und es ist von größter Wichtigkeit, daß ihr möglichst viele waffenfähige Landsleute beitreten. Auch in die übrigen Regierungsbezirke habe ich diese Organisation übertragen. Spartakus wird auf Granit beißen, wenn er nochmal sein Haupt erhebt.“

An dieser Stelle möchte der Autor Georg Baumgartner für die Übermittlung des Digitalisats danken.

Denn vor allen weitergehenden Überlegungen sollte man sich zunächst nochmals in Bewusstsein rufen, dass Kahr in diesen Monaten nicht nur die Rolle des kühl rasonierenden Beobachters einnahm, sondern das politische Geschehen als Kritiker der „neuen Zeit“ auch emotional mit verfolgte. Es bedarf daher auch nur wenig Einfühlungsvermögen, um sich vor Augen zu führen, welche Schockwirkungen die Erfahrungen der vergangenen Monate auch bei ihm ausgelöst hatten. Die Bestürzung und der Unmut über den Verlauf der Revolution können deshalb als erste und vielleicht sogar wichtigste Motivation Kahrs gelten, um selbst aktiv zu werden und alles zu tun, um eine neue Welle des „Bolschewismus“ zu verhindern: Das Gefühl der persönlichen Betroffenheit und Bedrohung¹⁵⁵⁵ erweist sich bekanntlich immer wieder als besonders starker Impuls zum Handeln. Gleichzeitig ist die Auffassung Kahrs von den Pflichten eines Staatsdieners in Rechnung zu stellen: Der Regierungspräsident fühlte sich als Beamter ohne Zweifel ganz besonders aufgerufen, nun mit gutem Beispiel voranzugehen und auf diese Weise seiner Verantwortung als Sachwalter des Gemeinwohls gerecht zu werden.¹⁵⁵⁶ Das galt umso mehr, da den Zeitgenossen das Versagen der regulären Sicherheitskräfte, d. h. von Armee und Polizei, ja noch direkt vor Augen stand und es deshalb auch im Interesse des Staates geboten schien, möglichst viele Bürger für alle Fälle in einem freiwilligen Selbstschutz zusammen zu schließen – zumal die oft schweigende Mehrheit gerade jetzt hochgradig mobilisiert schien und nicht wieder in Apathie und Indolenz zurückfallen sollte. Schließlich mag auch noch eine Rolle gespielt haben, dass Kahr die gescheiterten Bürgerwehrpläne des letzten Jahres nun doch noch zum Erfolg führen wollte und damit eine Art nachgeholt Selbstbestätigung für das eigene Handeln unter dem Revolutionsministerium zu erreichen suchte: Wie bereits erwähnt, hatte er Innenminister Auer ja bereits im November darin bestärkt, Waffen an die Landbevölkerung auszugeben und sog. Selbstschutzorganisationen zu gründen.¹⁵⁵⁷

Neben den unmittelbar persönlichen Beweggründen sind jedoch auch strategische und ideologische Motive zu berücksichtigen, wenn man verstehen will, weshalb Kahr den risikoreichen Weg beschritt und einen großflächigen Ausbau der Einwohnerwehr befürwortete. So besteht, was zunächst das politische Kalkül betrifft, ganz offenbar kein

¹⁵⁵⁵ Siehe hierzu Kapitel VI A 3.3.

¹⁵⁵⁶ Auch Landeshauptmann Escherich teilte diese Ansicht und beklagte sich deshalb in einem Schreiben an die Staatsministerien vom 10.1.1920 (Bestand Einwohnerwehr 3, Akt 1c), dass die Beteiligung von Beamten bei der Einwohnerwehr bisher zu wünschen übrig lasse; Grund hierfür sei möglicherweise ein falscher Standesdünkel. Das Innenministerium forderte die Staatsbeamten in einer Note vom 27.1.1920 (Schober, Geschichte, A XI, pag. 215 - HS 920) deshalb erneut auf, nach Möglichkeit in die Einwohnerwehr einzutreten.

¹⁵⁵⁷ Siehe Anm. 1358.

Zweifel daran, dass Kahr der Staatsregierung auch nach ihrer Ergänzung zur „Bamberger Koalition“ kaum Vertrauen entgegen brachte und sie nicht für fähig hielt, in Bayern wieder stabile Verhältnisse zu schaffen.¹⁵⁵⁸ Die Bürger schienen daher gut beraten, sich selbst gegen die drohende Gefahr neuerlicher Unruhen abzusichern. Dieses tiefsitzende, auch von Kahr geteilte Misstrauen ließ sich bereits an den handelnden Personen festmachen: War von Militärminister Schnepfenhorst in diesem Zusammenhang bereits die Rede¹⁵⁵⁹, galt Ministerpräsident Hoffmann in weiten bürgerlichen Kreisen als dogmatischer Schulrevolutionär, der sich als Vertreter des linken Flügels der SPD zudem eine möglichst weitgehende Demokratisierung des Gemeinwesens auf die Fahne geschrieben hatte. In der Verwaltung genoss Hoffmann deshalb den zweifelhaften Ruf eines unberechenbaren Kritikers der angestammten (Ministerial-)Bürokratie.¹⁵⁶⁰ Verkehrsminister Frauendorfer hatte sich aus Sicht Kahrs wiederum als prinzipienloser Opportunist erwiesen, der es im Zweifel vorzog, sich auf die Seite der mächtigen Verkehrsgewerkschaften zu stellen und – wohl noch bedenklicher – ohne erkennbares Zögern in das Kabinett Eisner eingetreten war.¹⁵⁶¹ Neuer Innenminister und damit direkter Vorgesetzter Kahrs wurde mit Fritz Endres schließlich ein gelernter Kupferschmied und Gewerkschaftssekretär aus Würzburg, der in seiner Heimatstadt zudem bis März 1919 dem örtlichen Arbeiter- und Soldatenrat vorgestanden war.¹⁵⁶² Es ist nur wenig Vorstellungskraft vonnöten, um sich auszumalen, dass auch dieses Qualifikationsprofil bei Kahr kaum auf Begeisterung stoßen konnte. Lässt man die Personalien beiseite, wirkte die Koalition aus SPD, BVP und DDP zudem von Anfang an instabil¹⁵⁶³ und von einem Landtag abhängig, in dem keine klaren Mehrheitsverhältnisse herrschten. Oder kurz zusammengefasst: Die Staatsregierung schien sowohl personell als auch strukturell schlecht auf neue Krisen vorbereitet zu sein, die mit der Annahme oder

¹⁵⁵⁸ Siehe Anm. 1646.

¹⁵⁵⁹ Siehe Anm. 1502 und 1503.

¹⁵⁶⁰ Zum Bild Hoffmanns in der Öffentlichkeit und im persönlichen Umfeld vgl. Hennig, Hoffmann, 222-228. Im bereits zitierten Schreiben Kahrs an Oberst Vallade (siehe Anm. 1443) wird ebenfalls der „Hoffmannsche Haß gegen die Staatsbeamten“ angeprangert.

¹⁵⁶¹ Vgl. die Äußerung Karl Friedrich Specks in der BVP-Fraktionssitzung vom 17.3.1920: „Frauendorfer habe gänzlich versagt. Gegen die Unabhängigen geht er nicht vor. Trotz der gegebenen Zusicherung einer Unterstützung der techn. Nothilfe hat er nichts in diese Richtung unternommen. v. Kahr hat sich meinem Werturteil über Fr. ebenfalls angeschlossen.“ (Michael Kraupa, Die BVP-Fraktion im Bayerischen Landtag unter der Regierung Gustav von Kahrs. Edition der BVP-Protokolle und geschichtliche Entwicklung, unveröffentl. Magisterarbeit München 1995, 31. Vgl. auch Kahr-Erinnerungen, pag. 248 f.

¹⁵⁶² Zum Werdegang Endres´ vgl. Ehberger, Kabinett Hoffmann II, Teil 1, 23* f.

¹⁵⁶³ Dies lag nicht zuletzt in der Zusammensetzung der Regierung begründet, die nicht den Mehrheitsverhältnissen im Landtag entsprach: So stellte die SPD weiterhin fünf Minister, die ebenso starke BVP jedoch nur zwei, vgl. ebd., 13*.

Ablehnung des Friedensvertrags, der in den Gemeindewahlen vom 15. Juni 1919¹⁵⁶⁴ dokumentierten politischen Radikalisierung oder dem absehbaren Notwinter 1919/20 zudem schon beinahe greifbare Konturen annahm.

Allein schon mit Blick auf die internen Probleme des neuen Ministeriums gab es aus der Sicht Kahrs deshalb wahrscheinlich genügend strategische Gründe, um nun selbst Vorsorge für alle Eventualitäten zu treffen und nicht länger allein auf den Wiederaufbau von Reichwehr und Polizei zu setzen. In diesem Sinne betrachtet, hielt er es mithin für geboten, ein komplementäres, von der Regierung möglichst unabhängiges Instrument des bürgerlichen Selbstschutzes – gleichsam eine Instanz der eigenen Rückversicherung – zu schaffen und den Aufbau der Einwohnerwehr in die Wege zu leiten. Verdichtet sich die skizzierte Situationsanalyse somit relativ eindeutig zu einem weiteren Handlungsimpuls, wird freilich ebenso deutlich, dass damit eine grundsätzliche Wende im Selbstverständnis eines Staatsbeamten verbunden war: Denn bedingte die Maxime der öffentlichen Autorität des Staates bis 1918 fast selbstverständlich das Gebot der Loyalität zur Staatsmacht und scharfe Kritik an sog. Nebenregierungen¹⁵⁶⁵, schickte sich Kahr nun selbst an, eben im Namen dieser Staatsautorität eine parallele Instanz politischen Handelns in Leben zu rufen. Konsequenz zu Ende gedacht, lief diese Argumentationsfigur mithin darauf hinaus, die Notwendigkeit eines unbestrittenen öffentlichen Gewaltmonopols nachdrücklich zu betonen, sich selbst aber gleichzeitig die Möglichkeit offen zu halten, als wahrer Sachwalter dieses Prinzips zu agieren und die Staatsautorität ggf. auch gegen den Willen ihrer aktuellen Inhaber durchzusetzen¹⁵⁶⁶ – eben dieser im

¹⁵⁶⁴ Die Kommunalwahlen am 15. Juni 1919 brachten der SPD im Vergleich zur Landtagswahl erhebliche Verluste, viele frustrierte sozialdemokratische Wähler gaben nun der USDP ihre Stimme, vgl. die Auflistung der Ergebnisse in den größeren Städten bei Kritzer, Sozialdemokratie, 140 f.

¹⁵⁶⁵ Der Diskurs gegen vermeintliche oder tatsächliche „Nebenregierungen“ war dabei in allen politischen Lagern verbreitet und spiegelt das Ideal einer sachlichen, von unkontrollierbaren Einflüssen freien Staatsführung wider: Kritisierten etwa die Sozialdemokraten immer wieder das Agieren von Geheimkabinetten oder militärischen Beratern („Fort mit jeder Nebenregierung!“, in: MP Nr. 227 vom 28./29.9.1918), bezeichnete Kahr wiederum den Landtag als häufig übergriffige Nebenregierung (Kahr-Erinnerungen, pag. 249). Zu den Vorwürfen der Duldung von „Nebenregierungen“ durch Kahr siehe Kapitel VIII B 3.1.

¹⁵⁶⁶ Kahr berief sich in diesem Zusammenhang wiederholt auf das Vorbild der preußischen Reformer Stein, Gneisenau und Scharnhorst, die nach der Niederlage gegen Frankreich auch nicht allein nach dem formellen Recht gefragt, sondern mit Blick auf die Interessen des Vaterlandes – wenn nötig – auch eigenverantwortlich die Initiative ergriffen und sogar gegen den Willen der eigenen Staatsführung gehandelt hätten; sie wären zu ihrer Zeit vielfach angefeindet worden, würden dafür im Rückblick aber völlig zurecht als Helden gelten. Vgl. Tagebuch Kahr 1921-B, pag. 74 f. („Diese Leute meinen, lieber sollen die Waffen und die Munition, die wir so dringend benötigen, zugrunde gehen und der Rachlust der Franzosen verfallen, als daß man das formale Recht beugt. Dann waren auch Stein und Scharnhorst und seine prächtigen Helfer Schwerverbrecher, u. doch rühmt sie heute jeder als Retter des deutschen Vaterlandes und freut sich darüber, wie man die Franzosen anno dazumal mit Mord, Diebstahl und Fälschungen hintergangen hat.“ Vgl. auch den entsprechenden Hinweis Kahrs in der Koalitionsbesprechung vom 25.5.1921 (Protokoll in NL Dirr 317).

Naturrecht inspirierte Standpunkt der autoritativen Selbstermächtigung sollte in den kommenden Jahren zunehmend an politischer Relevanz gewinnen.

Ein ähnlich dauerhafter Erfolg war – im Rückblick betrachtet – einer anderen Strategie beschieden, die in diesem Kontext wohl erstmals Beachtung fand, ab 1919 jedoch immer stärker in den Fokus bayerischer Politik rückte: Gemeint ist der Versuch, als adäquate Antwort auf die von den Siegermächten geforderte Demilitarisierung ein alternatives Instrument zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit zu schaffen, das als zivile Organisation zumindest nach außen hin nicht die Bestimmungen des Friedensvertrags verletzen würde. So betrachtet, ging es also auch darum, die Selbstschutzverbände zu einer Art Auffangbecken für die Angehörigen aufgelöster Truppenverbände zu machen und auf diese Weise gegen das „Diktat von Versailles“ zunächst im Verborgenen Widerstand zu leisten.¹⁵⁶⁷ Zwar ist es mit Blick auf den Juni 1919 sicherlich noch zu früh, in diesem Sinne bereits von einer ausgereiften Taktik zu sprechen: Ein grundsätzliches Bewusstsein der Reservefunktion einer zentral organisierten Einwohnerwehr war freilich schon zu erkennen, wenn etwa zahlreiche verabschiedete Offiziere an die Spitze der Orts- und Gauverbände der Selbstschutzorganisation rückten. In Rücksprache mit Noske und Kahr entschied sich Escherich außerdem bereits im Juni 1919, militärische Bezeichnungen wie Wehrkommando durch vermeintlich unverdächtige Begriffe (Gau, Kreis) zu ersetzen¹⁵⁶⁸ – im bewussten Vorgriff auf die erwarteten Interventionen der Alliierten.

3.3 Warum Selbstschutz – ideologisch: Die Reaktion der unpolitischen Mehrheit

Geht man sodann zu den Handlungsimpulsen über, die eine erkennbare ideologische Stoßrichtung aufwiesen, wird sogleich deutlich, wie stark die politischen Diskurse und Argumentationsmuster des konservativ-revolutionskritischen Milieus auf Kahr und Escherich abfärbten. Spricht man diese Diagnose aus, mahnt – hier sei es nochmals betont – der Mangel an wirklich belastbaren Absichtserklärungen gerade bei der Analyse nicht situationsbedingter Motive stets zur Vorsicht. Allein von den offen formulierten

¹⁵⁶⁷ So etwa die Anordnung von Reichswehrminister Noske in einem Rundschreiben vom 6.7.1919 (BayHStA, Abt. IV, Bestand Schützenbrigade 21 Nr. 126), nach der die Einwohnerwehren mit Blick auf Art. 177 des Friedensvertrags ab sofort in zivile Verantwortung übergehen und in Zukunft gemeinsam mit der Polizei für die Bewältigung örtlicher Unruhen zuständig sein sollten, da die reduzierte Reichswehr diese Aufgabe nicht mehr leisten könne. Auch Innenminister Endres begründete in seinem Ministerialerlass vom 26. Juli (Bestand Einwohnerwehr 1, Akt 5) den Fortbestand der Einwohnerwehr unter anderem mit dem Friedensvertrag. Zur Überleitung von überzähligen Militärbeständen an die Selbstschutzverbände siehe Anm. 1637.

¹⁵⁶⁸ Ziemann, *Front und Heimat*, 404; vgl. den Abdruck der entsprechenden Anordnung des Reichswehrministeriums vom 30.7.1919 in Kanzler, *Bolschewismus*, 46 f.

Zielsetzungen der Einwohnerwehr¹⁵⁶⁹ ausgehend, scheint diese Schlussfolgerung jedoch zumindest mit Blick auf die zentralen Anliegen der Organisation ausreichend fundiert. Dabei sticht zunächst ins Auge, wie wenig originell und beinahe banal die politischen Ziele der Einwohnerwehr auf den ersten Blick wirken: Sie warb insbesondere damit, eine überparteiliche und unpolitische Vereinigung aller unbescholtenen Staatsbürger zu sein, betonte aber auch immer wieder, dass es ihr darum gehe, dem politischen Willen der Mehrheit Geltung zu verschaffen sowie durch den Aufbau einer im ganzen Land präsenten Selbstschutzorganisation die politische Zersplitterung zu überwinden. Man mag versucht sein, diese drei Ziele als Standardfloskeln jeder lokalen Bürgerwehr zu erklären und ihnen jeden weitergehenden politischen Gehalt abzusprechen, zumal auch eigene Stimmen immer wieder betonten, wie „natürlich“ und naheliegend der gewählte Ansatz sei.¹⁵⁷⁰ Bei aller äußeren Harmlosigkeit lohnt es sich aber dennoch, einen genaueren Blick auf dieses im Grunde schlichte Programm zu werfen, allein schon weil es in den folgenden Jahren zum erfolgreichen Dauerbrenner avancierte und lange eine beträchtliche Bindungskraft innerhalb der sog. vaterländischen Bewegung entfaltete. Was hatte es also mit dem „Selbstschutzgedanken“¹⁵⁷¹ im Sommer 1919 auf sich?

Nimmt man zunächst den damit verbundenen Anspruch, als Sprachrohr einer bedrohten Mehrheit zu agieren, unter die Lupe, wird sogleich deutlich, wie gezielt die Einwohnerwehr den Eindruck zu erwecken suchte, aus einer strategischen Defensive heraus zu agieren und die eigene Gründung fast ausschließlich auf Umsturz und „roten Terror“ zurückführte, d. h. sich selbst als Stiefkind der Revolution präsentierte. Sie warb ganz offen damit, das Land vom „Terror“ fremder „Phantasten und Verbrecher“¹⁵⁷² zu befreien und der „ordnungsliebenden“¹⁵⁷³ Bevölkerung als neue Schutzherrin endlich die

¹⁵⁶⁹ Vgl. etwa die Reaktionen der Einwohnerwehr auf öffentliche Angriffe: ‚Irrtümer über die Einwohnerwehr‘, in: BStZ Nr. 246 vom 9.10.1919; ‚Die Einwohnerwehren‘, in: BStZ Nr. 274 vom 12.11.1919.

¹⁵⁷⁰ Erwin Rosen, Orgesch, Berlin 1921, 4.

¹⁵⁷¹ Andreas Wirsching, Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg? Politischer Extremismus in Deutschland und Frankreich 1918-1933/39. Berlin und Paris im Vergleich (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 40), München 1999, 312. Vgl. die umfassenderen Überlegungen zu ‚Gewalt und Selbsthilfegesellschaft‘ bei Geyer, Verkehrte Welt, 391-396.

¹⁵⁷² So Kahr in seiner Ansprache beim ersten Gaufest der Einwohnerwehr Chiemgau, in: ‚Das Chiemgau-Bundesschießen‘, in: Rosenheimer Anzeiger Nr. 223 vom 30.9.1919.

¹⁵⁷³ So eine charakteristische Formulierung der Zeit, etwa im Protesttelegramm der Staatsregierung gegen das Bielefelder Abkommen vom 22.3.1920 (MA 100 981), im Protestschreiben Kahrs gegen den Aufruf der Reichszentrale für Heimatdienst zur Waffenabgabe (Kahr an Reichskommissar Peters vom 13.8.1920; MInn 72 433), in der Denkschrift Escherichs zur Gründung und zum Aufbau der Orgesch vom 30.7.1920 (Schober, Geschichte, B IX, pag. 6 - HS 923) sowie in den Kahr-Erinnerungen, pag. 512, 556, 603, 822, 944.

Der auf Autogrammkarten (Exemplar in: Schober, Geschichte, A II, pag. 61 - HS 920) verteilte Leitspruch von Landeshauptmann Escherich lautete dementsprechend: ‚Ich mache den Strich nicht zwischen Bürger und Arbeiter, sondern zwischen dem Ordnungsliebenden und dem Unruhestifter.‘

Möglichkeit zu eröffnen, den eigenen Wunsch nach politischer Stabilität selbstbewusst zu vertreten und im Ernstfall auch mit Nachdruck durchzusetzen. Es ging also zunächst vor allem darum, vielen Mitbürgern ihre offensichtliche Scheu zu nehmen, sich unverblümt im Sinne ihrer politischen Überzeugung zu positionieren und sie zu ermutigen, die vielzitierte Rolle der schweigenden Mehrheit abzulegen. Der propagierte Stilwechsel sollte also in erster Linie als vielleicht widerwillige, aber notwendige Reaktion auf die Machtübernahme der politischen Linken gelten, entsprach jedoch auch den Verhältnissen im neuen Bayern: Denn gerade in der demokratischen Republik würde es eben nicht mehr genügen, sich in vornehmer oder kleinmütiger Zurückhaltung zu üben, wenn das Staatsschiff wieder in vernünftige Bahnen kommen sollte. Es schien daher umso wichtiger, das gesellschaftliche Klima der Lähmung zu überwinden und den eigentlich „staatstragenden“ Schichten, d. h. vor allem dem Bürger- und Bauerntum, neues Selbstbewusstsein zu verleihen.

Escherich und Kahr hatten insofern durchaus klare Vorstellungen vom jetzt notwendigen Kurswechsel vor Augen. Im Umkehrschluss betrachtet, konnte ihre Problemanalyse freilich nur bedeuten, dass sie in den Chor all derer einstimmten, die in der Passivität der unschlüssigen Mehrheit eine wesentliche, wenn nicht gar die entscheidende Ursache für den Zusammenbruch der Monarchie sehen wollten – nicht umsonst stieg die Klage über die „Feigheit“ des Bürgertums schon vor der breiten Popularisierung der Dolchstoßlegende zum Leitdiskurs vieler Revolutionsgegner auf.¹⁵⁷⁴ Auch aus Sicht Kahrs schien diese Diagnose die eigenen Erfahrungen am besten in Worte zu fassen: Nur zu gut hatte er etwa noch das bedrückende Gefühl der beschämenden Selbstaufgabe in Erinnerung, als viele bisher auf ihre Königstreue so stolzen Untertanen Eisner und seine Anhängerschaft einfach gewähren ließen und sich nach vollzogenen Umsturz sogleich allzu geflissentlich „auf den Boden der Tatsachen“ stellten.¹⁵⁷⁵ Der arglose und liberal-tolerante, zusätzlich durch den Krieg demoralisierte Bourgeois hatte den entscheidenden Charaktertest also nicht bestanden und unter Beweis gestellt, dass er sich in einer mentalen Verfassung befand, die ihn nicht dazu befähigte, im politischen Ernstfall tatsächlich Flagge zu zeigen. Folgte man dieser Einschätzung, war es mithin höchste Zeit, die Epoche des naiven Biedermeiers endgültig hinter sich zu lassen und sich zur eigenen politischen Verantwortung zu bekennen. Nicht zuletzt Vertreter der sog. Konservativen Revolution¹⁵⁷⁶ wollten dem „braven“ Staatsbürger deshalb nur noch eine politische

¹⁵⁷⁴ Vgl. Bieber, Bürgertum in der Revolution, 52.

¹⁵⁷⁵ Siehe hierzu die scharfen Kritiken Kahrs in Anm. 1332 und 1333.

¹⁵⁷⁶ Vgl. etwa Stefan Breuer, Anatomie der Konservativen Revolution, Darmstadt 2005.

Zukunft einräumen, wenn er endlich erkannte, dass es auf sein aktives Engagement ankam und akzeptierte, dass die Zeit, in der Ruhe als erste Bürgerpflicht gelten durfte, unwiderruflich vorbei war – der entsprechende Auftrag an die Einwohnerwehr war insoweit klar formuliert.

Vor diesem Hintergrund betrachtet, verwundert es dann auch nicht mehr, wie häufig offizielle Verlautbarungen der Einwohnerwehr die eigentlich offensichtlichen Vorteile eines Zusammenschlusses Gleichgesinnter betonten und den Selbstschutz als eine Art landesweite Volksbewegung darstellten.¹⁵⁷⁷ Auch auf diese Weise ließ sich das Zusammengehörigkeitsgefühl der Wehrmänner steigern und die eigene Stärke herausstellen. Der demonstrative Aufruf zum Sammeln hatte jedoch auch noch eine andere Seite: Die Initiatoren der Wehrorganisation hatten sich gleichzeitig entschieden, die Stärke und Dynamik der Einwohnerwehr über den greifbaren Faktor der Mitgliederzahl zu definieren und so – gerade von konservativer Seite – die Schlagkraft von Massenbewegungen als neue Leitwährung der politischen Auseinandersetzung zu etablieren.¹⁵⁷⁸ Um Missverständnissen vorzubeugen: Natürlich hatten patriotische oder wirtschaftliche Vereinigungen auch schon vor 1918 alles daran gesetzt, ihre Anhängerschar zu vermehren und möglichst breite Allianzen zu schmieden. Sie waren deshalb, auch in diesem Sinne verstanden, stets bemüht, als durchsetzungsstarke Organisationen in Erscheinung zu treten, hatten es jedoch weitgehend vermieden, zuallererst über das Wachstum ihrer Massenbasis zu argumentieren – dem eigenen Anspruch nach diente man schließlich in erster Linie höheren Zielen. Das freimütige Bekenntnis der Einwohnerwehr, dass der Zusammenschluss möglichst vieler Menschen bereits einen Wert an sich darstelle, klang deshalb für viele bürgerliche Ohren durchaus ungewöhnlich und erinnerte eher an Mobilisierungsformen des sozialistischen Lagers.

Warum legten nun ausgerechnet Escherich und Kahr, die ja auch mit einer Rückkehr zu geordneten Verhältnissen warben, gegenüber einer solchen Herangehensweise jegliche

¹⁵⁷⁷ Nußer, Wehrverbände, 107; Seipp, Ordeal of Peace, 185 (dort Plakat: „Sind Sie nicht für Ordnung und Sicherheit?“).

¹⁵⁷⁸ Hatte sich eine Organisation wie der Alldeutsche Verband in der Vorkriegszeit noch als „national-politisches Offizierskorps“ (Zitat bei: Heinz Hagenlücke, Formverwandlungen der Politik in Deutschland im Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik, in: Mommsen (Hg.), Erste Weltkrieg, 107-124, hier: 109) verstanden, ging die Einwohnerwehr – vor allem bei Paraden und Festen – nun dazu über, in der Öffentlichkeit bei jeder Gelegenheit die gerade über die Anzahl der Mitglieder definierte Stärke zu demonstrieren, vgl. etwa das sog. Landesschießen oder die Gaufeste. Als Brücken-Legitimation für dieses im bürgerlich-konservativen Umfeld bisher ungewöhnliche Vorgehen – inklusive der Mobilisierung von Bauern und Arbeitern – diente vor allem die Selbstschutz-Argumentation.

Vgl. etwa die Rede Kahrs in Rosenheim am 4.8.1919: „Ohne einen starken Rückhalt im Volke vermag die Regierung der Lage nicht Herr zu werden. Sie bedarf starker, in breiten Volksschichten wurzelnder innerer Stützpunkte und diese sind die in unserem engeren Vaterland geschaffenen Volks- und Einwohnerwehren“, in: ‚Ein Ehrentag der Einwohnerwehren des Chiemgaus‘, in: Rosenheimer Anzeiger Nr. 176 vom 5.8.1919.

Berührungängste ab? Besonders plausibel erscheint abermals, dass sich die Initiatoren der Einwohnerwehr vor allem aufgrund ihrer Deutung der Revolutionsereignisse dazu entschlossen, der Rekrutierung einer breiten Anhängerschar, bisher vor allem Mittel zum Zweck, den Stellenwert eines eigenständigen politischen Ziels zuzuerkennen: Denn wie zahlreiche ihrer Gesinnungsgenossen interpretierten sie den Umsturz als Sieg einer fehlgeleiteten, aber disziplinierten oder zumindest entschlossenen Masse über die politische Vernunft¹⁵⁷⁹ und deuteten diese Erfahrung als untrügliches Zeichen für einen dauerhaften Wandel der politischen Kultur. Oder in einem breiteren Kontext betrachtet: War die Frage nach der sozialen Mobilisierungsfähigkeit schon im Weltkrieg immer mehr in den Vordergrund gerückt, strahlten die Maximen „Sammeln“ und „Organisieren“ nach dem Übergang zur Demokratie, d. h. zur Herrschaft der Mehrheit, fast die Aura symbolischer Begriffe aus und wurden erst recht zur politischen Tugend.¹⁵⁸⁰ Kahr, der auch auf seine Erfahrungen in der Heimatfrontpropaganda zurückblickte, zögerte also nicht, aus dieser Erkenntnis kurzentschlossen die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen und sein Ziel einer Wiederherstellung geordneter Zustände mit den bevorzugten Mitteln des politischen Gegners zu verfolgen.

Die Einwohnerwehr wurde somit ganz bewusst als moderne Massenorganisation konzipiert, freilich ausdrücklich nicht als Instrument im Dienste bestimmter Interessensgruppen oder Parteien. Ganz im Gegenteil: Sie präsentierte sich vielmehr als eine Art Musterbild der gemeinwohlorientierten Organisation, die alle jenen eine politisch neutrale und überparteiliche Plattform bieten wollte, die sich zu dem Grundgedanken des solidarischen Selbstschutzes bekannten.¹⁵⁸¹ Dieses stets betonte Credo war natürlich zunächst darauf berechnet, etwaige Berührungängste gegenüber der neuartigen Institution abzubauen und gleichzeitig jeden Verdacht zu zerstreuen, beim Selbstschutz handle es sich vielleicht doch nur um eine reaktionäre Bewegung. Die Signalwörter „unpolitisch“ und „überparteilich“¹⁵⁸² sollten also zuallererst die

¹⁵⁷⁹ Kahr-Erinnerungen, pag. 561 f., 601. Vgl. zu diesem Motiv Fritzsche, Rehearsals, 24.

¹⁵⁸⁰ Zum Ideal der bürgerlichen Sammlung nach Ende des Krieges: Heinz Hagenlücke, Deutsche Vaterlandspartei. Die nationale Rechte am Ende des Kaiserreiches (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 108), Düsseldorf 1997, 385-400.

¹⁵⁸¹ In diesem Sinne verglichen sowohl Reichswehrminister Noske wie auch Kahr die Einwohnerwehr mit der freiwilligen Feuerwehr: „Ebenso wie die Feuerwehr und das Rote Kreuz zählen sie zu den Einrichtungen gemeinnütigen Wohls“ (Rundschreiben Noske vom 6.7.1919, in: BayHStA, Abt. IV, Bestand Schützenbrigade 21 Nr. 126).

„Bei Schaffung der Einwohnerwehr galt von der ersten Stunde an als oberster Grundsatz: Die Einwohnerwehr ist eine vereinsmäßige zivile Organisation nach Analogie der freiwilligen Feuerwehren. Jede Parteipolitik ist ausgeschlossen, die Wehr tritt ein für Ordnung, Ruhe und Schutz der Arbeit und für die vom Landtag zu bestimmende Regierung.“ Vgl. Kahr an Bezirksamt Miesbach vom 9.12.1919 (Staatsarchiv München, RA 57 815).

¹⁵⁸² Dies betonte Kahr auch im Rückblick immer wieder mit Nachdruck:

Vertrauenswürdigkeit der Einwohnerwehr steigern und deutlich unterstreichen, dass der Wehrverband vom Prinzip her gegen keinen anständigen Staatsbürger gerichtet war. Gerade das Bekenntnis zu einer unpolitisch-überparteilichen Position hatte jedoch – paradoxerweise – auch eine politisch-ideologische Komponente: Dies wird sofort deutlich, wenn man bedenkt, dass ein solcher Standpunkt nicht nur einem Misstrauensvotum gegen „die“ Politik an sich gleichkam, sondern auch der bemerkenswerten Überzeugung Ausdruck verlieh, dass es überhaupt eine von politischen Motiven ungetrübte Agenda geben könne, die man zudem selbst für sich in Anspruch nahm.¹⁵⁸³ Ein solches Denken stand ganz in der Tradition des Diskurses vom „Wunder“ des Augusterlebnisses 1914, der ja gerade den Mythos der nationalen Einheit jenseits aller politischen Spaltungen zur Grundlage hatte und das einmütig-harmonische Zusammenstehen aller Klassen und Schichten zum höchsten Ziel erhob.¹⁵⁸⁴ Wenn Escherich und Kahr die Einwohnerwehr dementsprechend mit den Attributen unpolitisch und überparteilich schmückten, beabsichtigten sie, ihre Schöpfung mit eben dieser Aura zu umgeben und so weit wie möglich von der tagespolitischen Auseinandersetzung und Kritik abzukoppeln – wobei davon auszugehen ist, dass sie selbst von diesem Diskurs überzeugt waren.

In Verbindung mit der Übernahme des Konzepts der Massenmobilisierung bedeutete dies also, dass die Einwohnerwehr nicht nur die bisherige Dominanz des sozialistischen Lagers in dieser Beziehung brechen, sondern ebenfalls den Charakter von Massenverbänden generell neu definieren sollte. Im selbst heraufbeschworenen Gegensatz zu Gewerkschaften oder Parteien würde sie jedoch nicht die politische oder ökonomische Konfrontation schüren, sondern darauf abzielen, das soziale Bewusstsein

„Es war eine vollkommen überparteiliche Organisation in dem zum vollendeten Parteiwesen führenden ‚Freistaat‘ Bayern. Wer vaterländisch dachte, konnte eintreten, Parteiagitation war in diesen Reihen verboten“ (Tagebuch Kahr 1925-27, pag. 1 f.)

„Einmal hatten wir in Bayern eine Zeit, in der sich das national gesinnte Staatsbürgertum ganz unabhängig vom Parteiwesen unter meiner Führung in der streng überparteilichen Einwohnerwehr zusammenfand. Dieser Organisation gehörten auch viele sozialdemokratische Arbeiter an, die glücklich waren auf diesem Weg endlich einmal von dem gewalttätigen Druck der übermütig gewordenen Parteijugend frei zu werden.“ (Kahr an Stegemann vom 17.12.1929; Bundesarchiv Koblenz, NL Stegemann N 1353/12).

¹⁵⁸³ Der Glaube an oder die Betonung eines „unpolitischen“ Standpunktes gehörte zu den zentralen Elementen des konservativen Diskurses in der Weimarer Republik, vgl. allgemein: Rainer Hering, Die Ideologie der Überparteilichkeit als wichtiges Element der politischen Kultur im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, in: Walter Schmitz - Clemens Vollnhals (Hg.), Völkische Bewegung, Konservative Revolution, Nationalsozialismus. Aspekte einer politisierten Kultur, Dresden 2005, 33-43; Raimund von dem Bussche, Konservatismus in der Weimarer Republik. Die Politisierung des Unpolitischen (Heidelberger Abhandlungen zur mittleren und neueren Geschichte 11), Heidelberg 1998; siehe auch Anm. 914.

¹⁵⁸⁴ Zur Bedeutung des Erinnerungsortes „Augusterlebnis“ für das politische Einheitsideal vgl. Fritzsche, Rehearsals, 8; Koepp, Conservative Radicals, 101 f.

für eine gemeinsame Verantwortung für das Gemeinwesen neu zu wecken¹⁵⁸⁵ – eine bemerkenswerte Mission für eine doch eigentlich nur dem sog. Selbstschutz verpflichtete Organisation. Umgekehrt betrachtet, zeigt wiederum die Tatsache, dass sich Kahr jetzt solch weitreichende Ziele steckte, noch einmal in aller Deutlichkeit, dass die Revolution für die Protagonisten der Studie eine wirklich einschneidende Zäsur markierte.

3.4 Unter dem Protektorat Kahrs: Von den Einwohnerwehren zur Einwohnerwehr Bayerns in drei Monaten¹⁵⁸⁶

Kahr zog dann auch schnell die Konsequenzen aus der skizzierten Situationsanalyse und traf sich am 12. Juni mit Escherich¹⁵⁸⁷, um mit ihm gemeinsam einen Aktionsplan für den Aufbau einer überregionalen Einwohnerwehr zu vereinbaren. Die Unterredung – vermutlich die erste Begegnung der beiden aus Kaufbeurer Zeiten miteinander bekannten Männer¹⁵⁸⁸ seit langer Zeit – verlief offenbar sehr erfolgreich: Immerhin erinnerte sich Kahr nicht nur im Rückblick immer wieder gerne an diesen Gründungsakt im Empfangssaal des Regierungspräsidiums¹⁵⁸⁹, die vereinbarten Schritte wurden danach auch unverzüglich in der Praxis umgesetzt. So lud der Regierungspräsident bereits am nächsten Tag alle oberbayerischen Bezirksämter und Landgemeinden ein, Vertreter zu einer vorbereitenden Konferenz nach München zu entsenden, die am 21. Juni in der

¹⁵⁸⁵ Zur sozialen und kulturellen Funktion der Einwohnerwehr vgl. Large, Einwohnerwehr, 41-44.

¹⁵⁸⁶ Der Aufbau der Einwohnerwehr Bayern wurde in der Forschung schon mehrfach im Detail dargestellt (Nußer, Wehrverbände; Large, Einwohnerwehr; Überblick bei: Dieter Storz, Einwohnerwehren, in: ders. - Wernitz (Hg.), Friedensbeginn, 117-130; zeitgenössisch: Kanzler, Bolschewismus), die vorliegende Studie fokussiert sich deshalb im Wesentlichen auf den Beitrag Kahrs zu diesem Prozess und verzichtet beim Nachweis der angeführten Quellenbelege in der Regel auf die Anführung der entsprechenden Literaturangaben.

Die häufig zitierte „Geschichte des Landesverbands der Einwohnerwehren Bayerns“ (BayHStA, Abt. IV, HS 920-924) bietet dabei nicht nur einen Art Chronik aus Sicht eines Beteiligten, sondern enthält auch zahlreiche Abschriften relevanter Quelldokumente.

¹⁵⁸⁷ Schober, Geschichte, A II, pag. 66y - HS 920. Kahr versicherte Escherich am gleichen Tag noch schriftlich seine Zustimmung zu dessen Einwohnerwehr-Konzept und versandte am 13. Juni an alle Bezirksämter eine Einladung zum ersten Koordinierungstreffen am 21. Juni. Beide Dokumente in Bestand Einwohnerwehr 3, Akt 1a.

¹⁵⁸⁸ Escherich und Kahr waren sich bereits aus Kaufbeuren bekannt, da Escherich dort bis 1. April 1903 an der Waldbauschule lehrte. So steuerte Escherich z.B. einen Artikel zur Kahr'schen Festzeitung für die Kaufbeurer Ausstellung 1901 bei: Georg Escherich, Zur Aufforstungsfrage, in: Fest-Schrift zur landwirtschaftlichen Ausstellung in Kaufbeuren im Jahre 1901 Nr. 3 vom 17.7.1901, vgl. auch der explizite Hinweis bei Speckner, Ordnungszelle, 106. Es gibt allerdings keine Hinweise darauf, dass in der Zwischenzeit ein intensiverer Kontakt zwischen beiden bestand, zumal Escherich seit 1915 das Waldreservat Bialowies in Polen verwaltete und erst Ende 1918 nach Isen zurückkehrte, vgl. etwa die Gästebücher Escherichs (NL Escherich 32), in denen Kahr erst wieder 1919 genannt ist. Zur Biographie Escherichs siehe Anm. 1546.

¹⁵⁸⁹ Vgl. etwa die Erwähnung im Schreiben an Hermann Stegemann vom 4.1.1928 (Bundesarchiv Koblenz, NL Stegemann N 1353/12) oder der Zeitzeugenbericht des damaligen Zeitfreiwilligen Ernst Adolf Mueller (IfZ, ZS-2436, pag. 41), nach dem Kahr beim Besuch Hindenburgs 1922 im jovialen Ton gesagt haben soll: „Schau her, Ernschtl, hia is a gestandn, da Escherich, und hia hab i eam gsagt, jetzt gründst mir die Einwohnerwehr.“

Versicherungskammer tagte.¹⁵⁹⁰ Escherich setzte am 15. Juni wiederum General von Möhl von den ins Auge gefassten Plänen ins Bild und erhielt trotz der bestehenden Bedenken auch von dieser Seite grünes Licht.¹⁵⁹¹ Auf dieser Basis ging fortan alles ganz schnell. Die oberbayerischen Vertreter ergriffen entschlossen die Initiative und brachten im Laufe von sechs Wochen ein ganzes Bündel von Maßnahmen auf den Weg: Sie verständigten sich in fünf Sitzungen insbesondere auf eine sofortige Zusammenfassung aller lokalen Wehren in Gauen und die räumliche Abgrenzung dieser Wehrbezirke¹⁵⁹², stimmten der Bildung einer zentralen Oberleitung sowie einer Kreisleitung¹⁵⁹³ zu, sicherten sich die Unterstützung des Heimatdienstes Bayern und des Zweckverbandes landwirtschaftlicher Körperschaften bei der Öffentlichkeitsarbeit und befürworteten die Gründung einer bayerischen Wehrversicherung¹⁵⁹⁴; am 11. August fasste man schließlich auch den Beschluss, Waffen durch die Oberleitung Süd aufkaufen zu lassen und Mitglieder der USPD von der Einwohnerwehr auszuschließen.¹⁵⁹⁵

Das Beispiel des größten Regierungsbezirks machte außerdem rasch Schule und die Einwohnerwehren Schwabens und Niederbayerns schlossen sich in gemeinsamen Konferenzen am 3. bzw. 10. Juli ebenfalls zu Kreisverbänden zusammen.¹⁵⁹⁶ Die Gründung der Oberleitung Süd unter der Führung Escherichs blieb also kein symbolischer Akt, die Wehren südlich der Donau unterstellten sich tatsächlich bereits Anfang Juli dieser Zentralinstanz. Ende August waren schließlich die drei fränkischen Bezirke nach gleichem Muster an der Reihe: Von einigen Mitarbeitern begleitet, stellte

¹⁵⁹⁰ Vgl. das Rundschreiben Kahrs an alle oberbayerischen Bezirksämter mit der Sitzungseinladung für den 21. Juni und die Vormerkung Escherichs vom 21.6.1919 mit einer kurzen Zusammenfassung der Ergebnisse in Bestand Einwohnerwehr 3, Akt 1a.

¹⁵⁹¹ Schober, Geschichte, A II, pag. 66y - HS 920. Escherich notierte auf seiner Abschrift des Rundschreiben Kahrs (siehe vorherige Anm.) außerdem das Einverständnis Möhls.

¹⁵⁹² So das Ergebnis der zweiten Koordinierungssitzung am 2. Juli, die die einheitliche Organisation bestätigte und eine „Gebietseinteilung“ vornahm, vgl. Schober, Geschichte, A II, pag. 78a und 79 - HS 920.

¹⁵⁹³ Die dritte Koordinierungssitzung fand am 9. Juli im Landratssaal der Kreisregierung von Oberbayern statt und bestätigte die Bildung einer „Oberleitung Süd“, der sich zu diesem Zeitpunkt auch schon Niederbayern und Schwaben anschlossen, vgl. Schober, Geschichte, A II, pag. 79 c - HS 920.

¹⁵⁹⁴ Kahr sagte in der vierten Koordinierungssitzung am 17. Juli die Finanzierung einer Wehrversicherung aus öffentlichen Mitteln zu, gleichzeitig wurde eine enge Kooperation mit dem Heimatdienst Bayern (siehe Anm. 1528) beschlossen, nachdem Michael Horlacher bereits am 9. Juli als Vertreter des „Zweckverbandes der landwirtschaftlichen Körperschaften“ Unterstützung zugesagt hatte, vgl. Schober, Geschichte, A II, pag. 79c und 92 - HS 920.

Der Präsident der Versicherungskammer, Kahrs Freund Ferdinand Englert, legte am 30. August einen Entwurf für die Satzung der Wehrversicherung vor, der am 1.12.1919 vom Innenministerium genehmigt wurde, vgl. Bestand Einwohnerwehr 1, Akt 1; Schober, Geschichte, B VI, pag. 1-6 - HS 923 sowie Kanzler, Bolschewismus, 188-190 und 260-263 (Anlage 23).

¹⁵⁹⁵ Die fünfte Koordinierungssitzung am 11. August beschloss sodann den zentralen Erwerb von Waffen durch die Oberleitung Süd, den Ausschluss sog. Sonderwehren (in denen etwa nur Arbeiter oder Studenten organisiert waren) sowie die Ausarbeitung von Statuten durch eine Kommission, vgl. Schober, Geschichte, A VI, pag. 119-123 - HS 920.

¹⁵⁹⁶ Schober, Geschichte, A III, 79 c und 79 i - HS 920.

Escherich nun auch in Würzburg, Bayreuth und Ansbach den versammelten Wehrführern das oberbayerische Konzept des institutionalisierten Selbstschutzes vor und konnte dabei auf die Unterstützung des in agrarischen Kreisen gut vernetzten DNVP-Abgeordneten Luitpold Weilnböck zählen. Wie bereits in Augsburg und Landshut zu beobachten, zögerten die von den jeweiligen Regierungspräsidenten einberufenen Versammlungen dann auch nicht lange und gründeten ihrerseits die Kreisverbände Unter-, Ober- und Mittelfranken.¹⁵⁹⁷ Anfang September trat zudem die bisher der Stadtkommandantur unterstellte Einwohnerwehr München dem entstehenden Gesamtverband bei.¹⁵⁹⁸ Abgesehen von der Oberpfalz, die sich als Nachzüglerin erst Anfang November der Landes-Einwohnerwehr anschloss¹⁵⁹⁹, hatten sich damit alle rechtsrheinischen Regierungsbezirke hinter Escherich versammelt. Dabei wies das auf dem Papier flächendeckende Netz von Gauen natürlich noch einige Lücken auf¹⁶⁰⁰, der Gedanke eines zentral koordinierten Aufbaus der Einwohnerwehr im ganzen Land hatte sich jedoch durchgesetzt.

Führt man sich daher in einem ersten Zwischenfazit die schnelle Abfolge ähnlich verlaufener Gründungsversammlungen und die rasche Verständigung auf Grundsatzentscheidungen in Oberbayern vor Augen, schienen die zuvor erläuterten Risiken einer Wehrverbandsgründung überhaupt nicht zum Tragen zu kommen. Von außen betrachtet, wirkt der soeben dargestellte Prozess vielmehr wie ein in Oberbayern losgetretener Automatismus, der mit seiner Sogwirkung zügig alle anderen Teile des Landes erfasste. Tatsächlich erweist sich der scheinbar reibungslose Ablauf freilich als geglättete Erzählung, die etwa den Konflikt zwischen Georg Escherich und Rudolf Kanzler um die Strategie beim Aufbau der Einwohnerwehr ausblendet.¹⁶⁰¹ Bei aller dabei bewiesenen Durchsetzungskraft Escherichs und seiner Unterstützer führt es gleichwohl

¹⁵⁹⁷ Mit Unterstützung des Landtagsabgeordneten Luitpold Weilnböck (Mittelpartei) gelang es auch rasch, die fränkischen Regierungspräsidenten einzubinden und bei Sitzungen in Würzburg (27. August), Bayreuth (29. August) und Ansbach (6. September) die dortigen Kreisverbände zu gründen, vgl. Schober, Geschichte, A VI, pag. 126-128, 132a. - HS 920.

¹⁵⁹⁸ Der Zentralausschuss der bisher unabhängigen Einwohnerwehr München beschloss am 12.9.1919 den Beitritt zur Oberleitung Süd und entsandte Stadtrat Josef Humar als ihren Vertreter (Mitteilungsblatt Nr. 2 der Oberleitung Süd; Bestand Einwohnerwehr 1, Akt 10).

¹⁵⁹⁹ Nußer, Wehrverbände, 107.

¹⁶⁰⁰ Dies galt etwa für die oberfränkische USPD-Hochburg und Industriestadt Hof, wo die organisierte Arbeiterschaft zunächst den Aufbau einer Einwohnerwehr verhinderte, der Stadtmagistrat bat die Kreisregierung deshalb am 11.6.1919 sogar um militärischen Schutz (MInn 71 717).

¹⁶⁰¹ Rudolf Kanzler war zunächst ein Gegner der überregionalen Organisation der Einwohnerwehren in Gauen und Kreisen und plädierte stattdessen für ein schrittweises Wachstum der Verbände vor Ort; wohl aus diesem Grund nahm er auch nicht an der ersten Koordinierungssitzung am 21. Juni (siehe Anm. 1590) teil. Angesichts der Mehrheitsverhältnisse musste sich Kanzler dann jedoch mit dem Konzept Escherichs und dem Posten eines stellvertretenden Landeshauptmanns abfinden, vgl. Large, Einwohnerwehr, 17-19 und Schober, Geschichte, A II, pag. 71 f. - HS 920.

nicht zu weit, Gustav von Kahr als letztlich entscheidenden Wegbereiter der frühen Erfolge zu identifizieren.¹⁶⁰² Allein die in der erhaltenen Überlieferung nachvollziehbaren Türöffnerdienste Kahrs rechtfertigen diese Einschätzung: So machte der Regierungspräsident nicht nur von seinem Recht, oberbayerische Bezirksversammlungen einzuberufen, mehrfach im Dienste der Einwohnerwehr Gebrauch, er stellte im Juni 1919 außerdem sogleich den Kontakt zu seinen Kollegen Praun bzw. Pracher her und ersuchte sie, in Schwaben und Niederbayern Konferenzen nach dem gleichen Muster zu organisieren; am 28. Juni erging sogar eine nochmalige Anfrage nach Augsburg, ob inzwischen alles wie vereinbart vorbereitet sei.¹⁶⁰³ Die in der Revolutionsnacht aufs Neue vertiefte Freundschaft zum Präsidenten der Versicherungskammer, Ferdinand Englert, ermöglichte es Kahr weiterhin, alle Modalitäten für eine bayerische Wehrversicherung auf dem kurzen Dienstweg zu klären: So stand bereits Mitte Juli fest, dass sich alle Wehrmänner im Einsatz fortan auf den Schutz einer Unfall- und einer Haftpflichtversicherung verlassen konnten. Die Zahlung der Prämie sollte aus öffentlichen Mitteln erfolgen und tatsächlich einigten sich der Freistaat, die Kreisregierungen und die Gemeinden auf die Übernahme der Kostenanteile.¹⁶⁰⁴ Im Sinne einer Anschubfinanzierung war auch die Überweisung eines nicht näher bezeichneten Betrags aus der Rücklage des oberbayerischen Kreishaushalts sowie die Genehmigung eines regulären Etatpostens „Einwohnerwehr“ (150 000 Mark) durch den Kreistag zu verstehen.¹⁶⁰⁵ Die Unterstützung Kahrs war schließlich auch unverzichtbar, wenn es galt, das Projekt Einwohnerwehr gegenüber einer in Teilen skeptischen Staatsregierung im

¹⁶⁰² Rudolf Kanzler (siehe Anm. 2886) und Kurt Schober distanzierten sich zwar später von Kahr, gestanden dem Regierungspräsidenten jedoch trotzdem die entscheidende Rolle beim Aufbau der Einwohnerwehren zu:

„Ein wesentliches Verdienst für den bis dahin erreichten Zusammenschluss der E.W. Südbayerns muss aber zweifellos auch dem Einfluß S. Exz. von Kahr, dem damaligen Regierungspräsidenten von Oberbayern zugesprochen werden, der erreichte, daß die damalige bayrische Staatsregierung den Vorgängen in Oberbayern und anschließend in Südbayern nicht nur keinen Widerstand entgegengesetzte, sondern sogar ihre Hand dazu bot, daß das oberbayerische Beispiel auf Veranlassung Esch. zunächst auf Schwaben und Niederbayern übertragen wurde.“ (Schober, Geschichte, A II, pag. 70 f. - HS 920)

„Kahr spielte bei der Aufstellung der Einwohnerwehren eine führende Rolle. Er war damals Regierungspräsident von Oberbayern und zog zum Aufbau der Einwohnerwehren Escherich und Kanzler 1919 heran. Kanzler bezeichnet Kahr als den eigentlichen Gründer der Einwohnerwehren.“ (IfZ, ZS 0252, pag. 2).

¹⁶⁰³ Vgl. Kahr an Escherich vom 23.6.1919 (Bestand Einwohnerwehr 3, Akt 1a) mit Übermittlung des Einverständnisses der Regierungspräsidenten Praun und Pracher sowie die telegraphische Bestätigung von Kahrs Sekretär Surrer vom 28.6.1919 nach nochmaliger Anfrage in Augsburg (ebd.).

¹⁶⁰⁴ Siehe Anm. 1594 sowie die Satzung der „Bayerischen Wehrversicherung“ vom 1.12.1919 in Bestand Einwohnerwehr 1, Akt 1; später wurde den Beziehern der Einwohnerwehr-Zeitung „Heimatland“ sogar eine vergünstigte Unfallversicherung angeboten (ebd.).

¹⁶⁰⁵ So entsprechend der Etatvorlage im Kreistag von Oberbayern am 19.12.1919 beschlossen: Niederschrift über die III. öffentliche Sitzung des Kreistages von Oberbayern vom 19.12.1919, in: Kreis-Amtsblatt von Oberbayern 1919, München 1920, 74 f.

besten Licht darzustellen: Eine gute Gelegenheit bot hierzu etwa die Regierungspräsidentenkonferenz am 12. Juli, bei der die Darlegungen Kahrs zu Fortschritten im Selbstschutz auf ein positives Echo stießen.¹⁶⁰⁶ Dies galt offenbar auch für den zögerlichen Innenminister, der nur wenige Tage später neue, etwas gelockerte Richtlinien erließ und die Einwohnerwehren nun auch im Kabinett positiver besprach.¹⁶⁰⁷ Es war daher auch nur logisch, dass Kahr mit von der Partie war, als es Escherich gelang, Reichswehrminister Noske extra nach Bayern zu lotsen, um östlich von München ausgewählte Ortswehren zu besichtigen. In Begleitung von Escherich, Kahr, Epp und Minister Endres machte der hohe Gast dabei in Ebersberg, Wasserburg sowie Fischbach im Chiemgau Station und äußerte sich anschließend lobend über die gewonnenen Eindrücke.¹⁶⁰⁸

Mit einer solch breiten Rückendeckung versehen, ging die sog. Oberleitung Süd sodann direkt dazu über, die Einwohnerwehr – der Wechsel vom Plural in den Singular spiegelt hier den Leitgedanken wieder – ganz auf eigene Beine zu stellen, d. h. sie zu einer einheitlichen sowie im Wesentlichen selbstverwalteten Organisation umzuwandeln. In diesem Sinne zielte Escherich nun sowohl darauf ab, die Kontrolle der staatlichen Wehrkommissare¹⁶⁰⁹ auszuschalten als auch ein zentrales Leitungsgremium einzurichten, dem alle Kreisverbände im rechtsrheinischen Bayern unterstehen sollten. Die rasche Verwirklichung beider Vorhaben bis Ende September bildete die vorläufige Krönung des Aufbaus der Einwohnerwehr: Aus verstreuten lokalen Initiativen war damit innerhalb von vier Monaten ein nach allgemein gültigen Grundsätzen institutionalisierter Selbstschutzverband entstanden, der seine norddeutschen Vorbilder z. T. schon jetzt an Organisationsgrad und eigenständigen Handlungsspielraum übertraf.

Besonders bemerkenswert ist hierbei die rasche Durchsetzung des Anspruchs nach innerer Selbstverwaltung und die folgerichtige Anerkennung der Einwohnerwehr als „selbständige private Einrichtung des öffentlichen Wohls“¹⁶¹⁰ durch einen formellen

¹⁶⁰⁶ Vgl. den Sitzungsbericht des Innenministeriums vom 17.7.1919 (MKr 255) sowie Schober, Geschichte, A IV, pag. 92 a - HS 920.

¹⁶⁰⁷ Rundschreiben Endres an die Kreisregierungen vom 26.7.1919 (Bestand Einwohnerwehr 1, Akt 5) mit Hinweisen zum Vollzug der Regularien vom 17. Mai sowie Ministerratssitzung vom 13.9.1919, TOP V (MA 99 514).

¹⁶⁰⁸ Vgl. die Presseberichte: ‚Ein Ehrentag der Einwohnerwehren des Chiemgaus‘, in: Rosenheimer Anzeiger Nr. 176 vom 5.8.1919; ‚Reichswehrminister Noske und bayer. Minister des Innern Endres in Wasserburg‘, in: Wasserburger Anzeiger vom 5.8.1919, den Bericht des württembergischen Gesandten Moser vom 5.8.1919 (Moser, Benz, Dok. 8) sowie die Mitteilungen Nr. 1 der Oberleitung Süd (Bestand Einwohnerwehr 1, Akt 10) zum Verlauf der Reise. Auch der in der Einleitung zitierte Presseartikel zur Wahl Kahrs zum Ministerpräsidenten erinnert an diesen Besuch, siehe Anm. 26.

¹⁶⁰⁹ Überblick zu Zuständigkeit und Personen: Nußer, Wehrverbände, 102-106.

¹⁶¹⁰ So die Bezeichnung in den neuen Regularien des Innenministeriums für die Einwohnerwehren vom 10.9.1919 (Bestand Einwohnerwehr 1, Akt 5).

Erllass des Innenministeriums. Dieser Erfolg war nicht zuletzt der Fürsprache Kahrs oder Noskes zuzuschreiben, beruhte aber auch auf der beachtlichen Fähigkeit der Einwohnerführung, den politischen Diskurs im eigenen Interesse zu instrumentalisieren. Denn musste sie – wie bereits erwähnt – die Kriegs- und Militärmüdigkeit in großen Teilen der Bevölkerung eigentlich als potenzielle Unwägbarkeit einkalkulieren, entdeckte sie die häufig spürbare Antipathie gegen jeden weiteren militärischen Zwang nun als Argument für die sog. Privatisierung des öffentlichen Selbstschutzes. Demnach sei insbesondere die Landbevölkerung nur dann für ein Engagement in der Einwohnerwehr zu gewinnen, wenn diese nicht den Eindruck einer vom Staat oder von der Reichswehr gesteuerten Organisation erwecke, sondern als von unten gewachsene Bürgerbewegung auftreten könne.¹⁶¹¹ Schon aus Gründen der Glaubwürdigkeit sei es deshalb ratsam, die Kontrollrechte der Wehrkommissare möglichst abzuschaffen und jede Einmischung der Behörden generell auf ein Minimum zu beschränken. Innenminister Endres, aber auch der designierte Landeskommandant Möhl ließen sich von dieser Argumentation überzeugen und stimmten am 30. August der Konstituierung einer im Grunde selbständigen Einwohnerwehr-Organisation zu, die freilich weiterhin großzügig aus öffentlichen Mitteln unterstützt wurde.¹⁶¹² Der zitierte Ministerialerlass machte dann auch die von Escherich entwickelte Gliederung in Orts-, Gau- und Kreisleitungen für ganz Bayern verbindlich und wies den Behörden nur noch eine „beratende“ und „fördernde“ Rolle bei allen Angelegenheiten der Einwohnerwehr zu.¹⁶¹³

Die Gründung des zentralen „Landesverbandes der Einwohnerwehr Bayerns“ war nach diesen wegweisenden Beschlüssen schließlich nur noch Formsache: Hierzu wandelte sich die bisherige Oberleitung Süd am 27. September 1919 in den Landesverband um und bezog mit ihrer gewachsenen Mitarbeiterschaft neue Büroräume in der Herzog-Max-Burg im Zentrum Münchens.¹⁶¹⁴

¹⁶¹¹ Vgl. die Darlegung der Argumentation Escherichs gegenüber dem Militärministerium bei Large, Einwohnerwehr, 21.

¹⁶¹² Die einzige Darstellung der Sitzung liegt vor bei Schober, Geschichte, A VI, pag. 129-132 - HS 920.

¹⁶¹³ Siehe Anm. 1610.

¹⁶¹⁴ Christoph Hübner, Landesverband der Einwohnerwehren Bayerns, 1920/21, in: Historisches Lexikon Bayerns [URL: https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Landesverband_der_Einwohnerwehren_Bayerns_1920/21]; zuletzt eingesehen am 9.3.2021]; Nußer, Wehrverbände, 106.

4. Neue Sicherheitsarchitektur, neue Netzwerke: Paramilitärische Institutionen als Machtfaktor

4.1 Die Einwohnerwehr ist nicht allein: Zeitfreiwillige, Polizeiwehr, Technische Nothilfe
Vergegenwärtigt man sich nun nochmal die zuvor skizzierte Entwicklungsperspektive aus dem Juni 1919, wird sehr deutlich, dass es Kräften wie der Einwohnerwehr gelungen war, sich gegen den Prozess der Rückübertragung des Gewaltmonopols in staatliche Hände zu immunisieren und die Statik des (sicherheits-)politischen Handlungsumfeldes zu den eigenen Gunsten zu verschieben. Zwar schritt der Aufbau von Reichswehr und Polizei weiter voran, parallel dazu hatten sich jedoch die eigentlich nur als Provisorium gedachten Selbstschutzverbände einen anerkannten politischen Aktionsraum erschlossen und schickten sich jetzt an, ihre assistierende Rolle auch auf die Dauer weiter zu spielen. Diese Diagnose mag auf den ersten Blick etwas weitreichend erscheinen, gewinnt jedoch an Plausibilität, wenn man berücksichtigt, dass die Auslagerung von Sicherheitsverantwortung an die Einwohnerwehr keinen Einzelfall darstellte und von maßgebenden Kreisen in Polizei und Reichswehr sogar begünstigt wurde. Denn fand zur gleichen Zeit auch das System der sog. Zeitfreiwilligen Anerkennung, wurde die Gründung der in Norddeutschland bereits aktiven Technischen Nothilfe gerade vorbereitet; auch der Beschluss zum Aufbau einer militärähnlichen Polizeitruppe, der staatlichen Polizeiwehr, passt in diesen Kontext. Wie schon angedeutet, gewann der neue Sicherheitsapparat im Sommer und Herbst 1919 somit nicht nur genauere Konturen, die von Kahr protegierte Einwohnerwehr trug auch mit dazu bei, innerhalb dieses Gefüges neue Kooperationsstrukturen zu etablieren. Um diese Verflechtungen besser einordnen zu können, erscheint es nun zunächst sinnvoll, innere Organisation und Aufgaben der Zeitfreiwilligen, der Polizeiwehr und der Technischen Nothilfe kurz vorzustellen sowie im Anschluss daran zu analysieren, welche personellen Beziehungen zwischen den jeweiligen Führungsebenen bestanden.

Zeitfreiwillige

Am meisten Erklärungsbedarf besteht hierbei wohl beim Institut der sog. Zeitfreiwilligen, das sich weder in die bekannten Kategorien Freikorps oder Bürgerwehren einordnen lässt und wegen seiner – zumindest offiziell – kurzen Bestandsdauer heute beinahe vergessen ist. Die erstmals nach den Märzkämpfen in Berlin ad hoc gebildeten

Zeitfreiwilligenverbände¹⁶¹⁵ waren eine Mobilisierungsreserve der Reichswehr, die gezielt mit Blick auf die im Friedensvertrag vorgesehene Reduktion der Armee aufgestellt wurden und im sog. Alarmfall wie reguläre Einheiten ortsunabhängig eingesetzt werden konnten. Zeitfreiwillige waren deshalb fast immer junge Männer ohne größere berufliche oder familiäre Verpflichtungen, in ihrer klaren Mehrheit z. T. fronterfahrene Studenten; der Unterschied zu den sog. Freikorps bestand in der nur anlassbezogenen Mobilisierung.¹⁶¹⁶ Die Verbände sollten also in ruhigen Zeiten nur auf dem Papier existieren und lediglich in gewissen Abständen zu kurzen Übungen oder Kameradschaftstreffen zusammenkommen, bei Einsätzen hingegen die ausgedünnten Reihen der Reichswehr schnell auffüllen und dann als reguläre Truppenteile auftreten.¹⁶¹⁷ Die Bindung an die Studentenschaft war dabei so eng, dass die meisten Zeitfreiwilligeneinheiten nicht nur nach Waffengattung oder Ausbildungsstand, sondern auch nach Hochschulzugehörigkeit gegliedert wurden. Was konkret die Situation in München, Erlangen und Würzburg betraf, bildeten sich die ersten Zeitfreiwilligenverbände, als die Universitäten nach dem Ende der Räteherrschaft wieder ihre Pforten und – im Anschluss an sommerliche Übergangskurse für Kriegsteilnehmer – wieder den regulären Vorlesungsbetrieb aufnahmen. Die kontinuierlich anwachsende Zahl der Zeitfreiwilligen in der Landeshauptstadt wurde dabei dem Oberbefehl der Schützenbrigade 21 unterstellt, während in Erlangen und Würzburg die jeweilige Reichswehrbrigade als Kommandobehörde fungierte.¹⁶¹⁸

¹⁶¹⁵ Könnemann, Einwohnerwehr, 157-173.

¹⁶¹⁶ Vgl. die Erläuterungen in: ‚Was sind Zeitfreiwillige?‘, in: BStZ vom 9.5.1919; ‚Vorläufige Bestimmungen über Zeitfreiwillige der bayerischen Reichswehr vom 10.7.1919‘ (BayHStA, Abt. IV, RwGrKdo IV Nr. 197). Vgl. auch Manfred Franze, Die Erlanger Studentenschaft 1918-1945 (Veröffentlichungen der Gesellschaft für Fränkische Geschichte, Reihe IX, Band 30), Würzburg 1972, 29-31.

¹⁶¹⁷ Vgl. die Bestimmungen für den sog. Alarmfall vom 10.3.1920 (BayHStA, Abt. IV, Bestand Schützenbrigade 21 Nr. 24), nach denen je zwei Zeitfreiwilligen-Einheiten einem Reichswehrbataillon beitreten sollten, die dadurch zu Regimentern verstärkt würden; für die beiden südbayerischen Reichswehrbrigaden 41 und 42 standen damit vier Zeitfreiwilligen-Bataillone zur Verfügung, ein fünftes Bataillon aus Schülern der Münchener (Real-)Gymnasien sollte offenbar Hilfsdienste übernehmen (vgl. die Gliederung des Zeitfreiwilligenkorps München vor seiner Auflösung am 24.4.1920; BayHStA, Abt. IV, Bestand Schützenbrigade 21 Nr. 24).

¹⁶¹⁸ Franz Ritter von Epp plädierte am 1.9.1919 gegenüber dem RwGrKdo IV (BayHStA, Abt. IV, RwGrKdo IV Nr. 526) ausdrücklich dafür, die Zeitfreiwilligen in der Nähe der Hochschulen – d. h. in der Münchener Türkenkaserne – zu stationieren und widersprach damit der geplanten Verlegung in die Eisenbahnerkaserne. Diese räumliche Nähe sei wichtig, da die Studenten, den „wertvollsten Teil dieser Formationen“ ausmachten. Tatsächlich wuchsen die Zeitfreiwilligen-Einheiten danach schnell an: Nannte ein Verfügungsentwurf vom 30. August noch die Anzahl von aktuell 1067 Zeitfreiwilligen, erhielt die Schützenbrigade 21 schon am 5. November eine Stärke von 2088 Männern gemeldet; in den Regularien für den Alarmfall vom 10. März (siehe vorherige Anm.) umfassten die Münchener Zeitfreiwilligen-Einheiten sodann – ohne das „Jugend“-Bataillon – insgesamt knapp 3500 Mitglieder; ein Bataillon bestand dabei ausschließlich aus Studenten der Technischen Hochschule (alle Dokumente in BayHStA, Abt. IV, Bestand

Staatliche Polizeiwehr

Könnte man die Zeitfreiwilligen deshalb auch als auf Abruf bereitstehende Wehrstudenten bezeichnen, bot sich die im November 1919 gegründete Staatliche Polizeiwehr all denjenigen an, die bisher eine Stellung als Zeit- oder Berufssoldat angestrebt hatten, jetzt aber der drastischen Verkleinerung der Reichswehr zum Opfer fielen. Sie konnten sich bei der neuen Polizeitruppe bewerben, die bevorzugt verabschiedete Armeeangehörige aufnahm und als Verstärkung der regulären Sicherheitskräfte konzipiert wurde.¹⁶¹⁹ Genauso wie die Einwohnerwehr und die Zeitfreiwilligen war die Staatliche Polizeiwehr dabei keine bayerische Schöpfung, sondern orientierte sich an der zuerst in Preußen aufgestellten Sicherheitspolizei (Sipo), die als kasernierte Einheit vor allem das Unruhepotenzial in den Großstädten unter Kontrolle halten sollte.¹⁶²⁰ Wie bereits erwähnt, hatte die Stadtkommandantur zwar für den gleichen Zweck im Mai das sog. Wehrrégiment gebildet, diese Truppe galt jedoch eher als Provisorium und sollte nach dem anvisierten Wiederstarken von Polizei und Reichswehr als Garanten der öffentlichen Sicherheit wieder verschwinden.¹⁶²¹ Das bayerische Kabinett war daher auch aus Kostengründen nicht begeistert, als das Reichsinnenministerium im September 1919 alle Länder aufforderte, eine Polizei nach Vorbild der Sipo zu bilden, lenkte aber schließlich ein, um nicht alleine abseits zu stehen.¹⁶²² Der bisherige Stadtkommandant, Major von Seißer, wechselte daraufhin an die Spitze der Polizeiwehr, die dem Innenministerium ihre Einsatzbereitschaft zum 1. Dezember 1919 meldete: Sie wies zu diesem Zeitpunkt eine Stärke von 4500 Mann auf

Schützenbrigade 21 Nr. 24). Vgl. auch die regelmäßigen Stärkemeldungen in BayHStA, Abt. IV, RwGrKdo IV Nr. 68 (auch Einheiten außerhalb Münchens).

Auch Seißer bezeichnete die Universitäten deshalb als „beste Reservequelle“ zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit (Seißer an RwGrKdo IV vom 5.10.1919; BayHStA, Abt. IV, Landespolizeiamt 207).

¹⁶¹⁹ Tapken, Reichswehr in Bayern, 263-265; vgl. den Tagesbefehl vom 30.9.1919 zur Überführung von Offizieren der Stadtkommandantur in die neue Polizeiwehr (BayHStA, Abt. IV, Stadtkommandantur 11).

¹⁶²⁰ Peter Leßmann-Faust, Die preußische Schutzpolizei in der Weimarer Republik: Streifendienst und Straßenkampf (Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Polizeigeschichte e.V. 12), Frankfurt am Main 2012, 45-62. Die „Sipo“ wurde im Herbst 1920 in Schutzpolizei („Schupo“) umbenannt.

¹⁶²¹ Das Wehrrégiment (siehe Anm. 1527) löste sich mit der Gründung der Polizeiwehr auf und überführte die meisten seiner Mitglieder in die Polizeiwehr (Gruppenbefehl zur Umbildung des Wehrrégiments zur Polizeiwehr vom 22.11.1919 in: BayHStA, Abt. IV, Landespolizeiamt 207); vgl. auch den Abschlussbericht Major Faerbers nach Auflösung des Wehrrégiments vom 5.12.1919 in: BayHStA, Abt. IV/Landespolizeiamt 791.

¹⁶²² Vgl. den formellen Gründungsbeschluss in der Ministerratssitzung vom 13.9.1919, TOP IV sowie die Beschlussfassung über die Aufstellung und Organisation der Polizeiwehr in der Ministerratssitzung vom 11.11.1919, TOP I (beide Protokolle in MA 99 514).

und konzentrierte sich bei ihrer kasernierten Stationierung auf die Großstädte, d. h. sollte vor allem in den mutmaßlichen Unruheherden des Landes präsent sein.¹⁶²³

Technische Nothilfe

Eine sehr spezielle Aufgabe bei der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung fiel schließlich der 1919/20 im ganzem Reich ins Leben gerufenen Organisation der Technischen Nothilfe (TN)¹⁶²⁴ zu. Diese neue Einrichtung sollte ab sofort vor allem bei (General-)Streiks in Aktion treten und an der Stelle der regulären Arbeiter die Produktion in sog. lebenswichtigen Betrieben aufrechterhalten. Als lebenswichtig stufte die TN hierbei in erster Linie das Funktionieren der Elektrizitäts-, Wasser und Heizkraftwerke sowie die Gewährleistung eines eingeschränkten Bahnverkehrs zum Transport von Lebensmitteln und Kohle ein. Nach eigenem Verständnis bildete die TN somit zuallererst eine gemeinnützige Organisation, die etwa die Milchversorgung kleiner Kinder oder das fließende Wasser in Krankenhäusern sicherstellte.¹⁶²⁵

Sie kam dieser Aufgabe im Rahmen ihrer Möglichkeiten auch nach, ein Blick auf die Entstehung und die Initiatoren der TN macht allerdings gleichzeitig deutlich, dass die Vereinigung auch noch einem anderen Zweck dienen sollte: Denn die Technische Nothilfe wurde nicht etwa aus Anlass eines besonders hart geführten Arbeitskampfes ins Leben gerufen, die erste sog. Technische Abteilung entstand bei der Garde-Kavallerie-Schützendivision nach der Niederschlagung des Berliner Spartakus-Aufstands.¹⁶²⁶ Die Nothilfe hatte damit zunächst militärischen Charakter und sollte die Ordnungskräfte befähigen, die Lahmlegung des öffentlichen Lebens für politische Zwecke in Zukunft zu erschweren. Leitmotiv bei der Aufstellung der ersten TN war also, dem wichtigsten

¹⁶²³ Vgl. die Instruktion Seißers zur Aufstellung der Polizeiwehr nach Genehmigung durch den Ministerrat vom 18.11.1919 (BayHStA, Abt. IV, Landespolizeiamt 81): Demnach umfasste die Polizeiwehr zunächst die leitende Inspektion sowie die Gruppen München und Nürnberg/Fürth, außerdem die Fliegerstaffeln Schleißheim und Kitzingen, die man damit vor der Auflösung zu bewahren suchte; die Instruktion regelt des Weiteren die Verteilung der übernommenen Offiziere auf die Standorte. Die vom Innenministerium erlassenen „Bestimmungen über die Aufstellung und Unterstellungsverhältnisse der Polizeiwehr“ (BayHStA, Abt. IV, Landespolizeiamt 207) traten ebenfalls am 1.12.1919 in Kraft.

¹⁶²⁴ Wirsching, Weltkrieg zum Bürgerkrieg, 115-119; hierzu generell: Andreas Linhardt, Die Technische Nothilfe in der Weimarer Republik, Norderstedt 2006 sowie ders., Technische Nothilfe, in: Historisches Lexikon Bayerns [URL: <https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Technische_Nothilfe>; zuletzt eingesehen am 9.3.2021].

¹⁶²⁵ Waldemar Zimmermann, Der Streik in gemeinnützigen Betrieben und die Technische Nothilfe, in: Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt 29 (1919), 145. Vgl. die Auflistung der „lebenswichtigen Betriebe“ im Rundschreiben Seißers vom 13.9.1919 (MIInn 71 726) sowie das entsprechende „Glaubensbekenntnis der Technischen Nothilfe“ (BayHStA, Abt. IV, RwGrKdo IV Nr. 501) mit dem ersten Satz: „Kinder, Frauen, Greise, Kranke und Wöchnerinnen dürfen nicht mehr unter dem Klassenkampf leiden.“

¹⁶²⁶ Vgl. die Denkschrift des Gründers dieser ersten Technischen Nothilfe, Pionierleutnant Otto Lummitz, in MIInn 71 726.

Machtmittel der Revolutionäre, dem politischen Streik, etwas entgegen zu setzen¹⁶²⁷ und den vermeintlichen oder tatsächlichen Missbrauch des bekannten Mottos „Alle Räder stehen still, wenn Dein starker Arm es will“ zu unterbinden. Bei den freien Gewerkschaften stand die TN deshalb von Anfang an im Verdacht, ihren gemeinnützigen Charakter nur vorzutäuschen, um in Wirklichkeit den Klassenkampf als organisierte Streikbrecher von bürgerlicher Seite aus zu führen.¹⁶²⁸

Zwar lassen solche pauschalen Vorwürfe außer Acht, dass sich die TN einem tatsächlich bestehenden Problem annahm, auch die bayerischen TN-Pioniere wecken indes zumindest Zweifel am unpolitischen Charakter der Vereinigung. Denn bildete sich eine Technische Nothilfe erwartungsgemäß zunächst in München, setzte sie sich dort fast ausschließlich aus Studenten der Technischen Hochschule zusammen – denselben Studenten, die in ihrer Mehrzahl im Freikorps Epp gedient hatten und nun als „Betriebsfreiwillige“ dem Studentenreferat des Gruppenkommandos unterstanden.¹⁶²⁹ Dieses Arrangement konnte jedoch nur ein erstes Provisorium darstellen: Denn beschränkte sich der Wirkungskreis der Studenten im Wesentlichen auf die Landeshauptstadt, sollte die Nothilfe auch nicht dauerhaft der Armee unterstellt bleiben – sprachen hiergegen schon politische Erwägungen, belastete eine militärische TN auch das im Friedensvertrag festgeschriebene Kontingent des 100 000-Mann-Heeres.¹⁶³⁰

Die Abkopplung der TN von den einzelnen Reichswehrbrigaden und der Aufbau einer neuen zivilen Führung waren somit unumgänglich, diese Umstrukturierung bot freilich auch die Gelegenheit, die TN in ganz Deutschland einheitlich zu organisieren. Die Homogenisierung fiel deshalb ab sofort in den Zuständigkeitsbereich des Reichsministeriums des Innern und zielte auf ein territorial abgestuftes Modell: Im ausgebauten Zustand sollte sich die TN dementsprechend in möglichst viele Ortsgruppen gliedern, die ihrerseits den Grundstock für Bezirks- und Landesbezirksverbände bilden

¹⁶²⁷ So richtete sich etwa Josef von Graßmann, Ministerialrat im Verkehrsministerium, am 13.10.1919 an das RvGrKdo IV (MKr 255), um Gegenmaßnahmen bei einem etwaigen Eisenbahnerstreik zu vereinbaren sowie die Einbindung der Technischen Nothilfe zu regeln.

¹⁶²⁸ Michael H. Kater, Die „Technische Nothilfe“ im Spannungsfeld von Arbeiterunruhen, Unternehmerinteressen und Parteipolitik, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 27 (1979), 30-78.

¹⁶²⁹ Vgl. die Übersicht „lebenswichtiger Betriebe“ in München im Rundschreiben von Stadtkommandant Seißer vom 13.9.1919 (MInn 71 726).

¹⁶³⁰ Vgl. die Note von Innenminister Endres an Rohmer vom 11.11.1919 (MInn 71 726), nach der die Technische Nothilfe „als Reichssache“ „zunächst militärisch eingerichtet, [...] aber dann mit Rücksicht auf den Friedensvertrag in eine zivile soziale Arbeitsgemeinschaft umgewandelt“ worden sei.

würden; an der Spitze der Pyramide stand fortan die „Zentrale für Technische Nothilfe beim Reichsministerium des Innern“. ¹⁶³¹

Bayern zog Anfang Oktober mit der Gründung einer Landesstelle für Technische Nothilfe direkt nach, die Verantwortlichen behielten sich hier allerdings das Recht vor, das allgemeine Organisationsschema nach ihren Vorstellungen anzupassen. Konkret orientierten auch sie sich am Vorbild der Einwohnerwehr und gründeten die TN nicht als staatliche Institution, sondern als „private“ Vereinigung, wohl auch um ihr damit den Charakter einer zivilgesellschaftlichen Initiative zu verleihen und ihre politische Unabhängigkeit zu betonen. ¹⁶³² Die von den Behörden bei ihrer Aufgabe lediglich unterstützte TN erhielt deshalb auch eine eigene Landesleitung, die sich angesichts des noch defizitären Organisationsgrades allerdings erst im Frühjahr 1920 vollständig konstituierte. In der Zwischenzeit war es dann auch gelungen, mit Otto Frommknecht einen konsensfähigen Landesleiter zu finden, nachdem ein zunächst aus Berlin vorgeschlagener Kandidat auf Widerstand gestoßen war und schließlich selbst auf eine Berufung verzichtet hatte. ¹⁶³³ Innenminister Endres ernannte Frommknecht am 30.1.1920 zum Landesleiter und entschied sich damit für einen tatkräftigen Eisenbahndirektionsrat, der im Krieg wichtige Ämter im Bau- und Transportwesen übernommen hatte. Der geeignete Mann für die Aufrechterhaltung des Eisenbahnverkehrs, der zugleich den wichtigste Ansatzpunkt für Streiks bildete, schien also gefunden und der Aufbau der TN konnte voranschreiten. ¹⁶³⁴

¹⁶³¹ Vgl. das Rundschreiben Endres vom 20.1.1920 (MKr 255) zur Organisation der Technischen Nothilfe nach den Maßgaben des Reichsinnenministeriums; das Dokument bietet eine übersichtliche Beschreibung der Organisation, Zusammensetzung und Einteilung der Technischen Nothilfe in Bayern.

¹⁶³² So das Ergebnis einer „Besprechung grundsätzlicher Fragen“ am 14. Oktober 1919, zu der das RwGrKdo IV, das StMI und StMV sowie die Polizeidirektion und die Universitätsleitungen eingeladen hatte (Einladungsschreiben Prager vom 11.10.1919; Vormerkung von Innenminister Endres zu den Ergebnissen der Sitzung vom 15.10.1919; MIInn 71 726).

Die mittelfristig angedachte Eingliederung der Technischen Nothilfe in die Einwohnerwehr – die TN baute auch deshalb weitgehend parallele Strukturen auf – kam jedoch nicht zustande, vgl. die entsprechenden Rundschreiben Escherichs vom 14.1.1920 (nach Besprechungen im Innenministerium; Ergebnisprotokolle in BayHStA, Abt. IV, RwGrKdo IV Nr. 501) und vom 2.3.1920 (Schober, Geschichte, B II, pag. 40a, 41a - HS 922).

¹⁶³³ Das Reichsinnenministerium hatte zunächst den Marinestabsingenieur Morgenroth vorgeschlagen (Rohmer an Handels- und Innenministerium vom 9.10.1919), allerdings hatte auch der bisherige Koordinator, Leutnant d. R. Förderreuther, am 24.10.1919 um seine Bestellung als vorläufiger Landesbezirksleiter nachgesucht (Dokumente in MIInn 71 726); zum Konflikt mit Förderreuther und der Ablehnung Morgenroths vgl. den Bericht Terletzki an StMH vom 28.11.1919 in BayHStA, Abt. IV, RwGrKdo IV Nr. 501.

¹⁶³⁴ Vgl. das Ernennungsschreiben des Innenministers in MKr 255.

Zur weiteren Tätigkeit der Technischen Nothilfe, insbesondere in der Landeshauptstadt, vgl. die „Halbmonatsberichte der Kreisleitung München“ in BayHStA, Abt. IV, RwGrKdo IV Nr. 501.

4.2 Kein Zufall: Die Etablierung der Paramilitärs und ihre Hintergründe

Nimmt man die vier präsentierten Institutionen schließlich gebündelt in den Blick, münden die Einzeldarstellungen in die weitergehende Frage, was Einwohnerwehr, Zeitfreiwillige, Polizeiwehr und Technische Nothilfe nun eigentlich verband bzw. was sie gemeinsam hatten – abgesehen von ihrem Auftrag, die dauerhafte Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung zu unterstützen.

Ganz augenfällig ist in diesem Zusammenhang natürlich die Gründung und Institutionalisierung von nicht weniger als vier neuen Sicherheitsorganen innerhalb weniger Wochen: Denn lässt man die jeweiligen Vorstufen beiseite, konstituierten sich die Leitungsspitzen von Einwohnerwehr, Polizeiwehr und Zeitfreiwilligen sämtlich im September und Oktober 1919, lediglich die Technische Nothilfe hatte mit ihrer personellen Aufstellung etwas länger zu kämpfen. Man könnte also sagen, dass mit dem Abschluss der revolutionären Phase nicht nur eine neue Verfassungsordnung, sondern auch eine neue – subsidiäre – Sicherheitsarchitektur Einzug hielt.

Bemerkenswert ist ebenfalls, dass unter den Neugründungen nur die Polizeiwehr unter direkter Aufsicht der bayerischen Behörden, konkret des Innenministeriums stand, während die anderen Organisationen entweder eine weitgehende Selbstverwaltung ausbildeten oder aber als eine Art stille Reserve der Reichswehr konzipiert waren. Wie angesichts dieser Sachlage zu erwarten, lassen sich Einwohnerwehr, Zeitfreiwillige, Polizeiwehr und Technische Nothilfe dann auch nicht eindeutig als militärische oder zivile Einheiten im klassischen Sinne einstufen. Je nach ihrer speziellen Charakteristik wirken sie stattdessen eher wie ein Hybrid aus beiden Sphären, erinnerten entfernt an die 1870 abgeschaffte Landwehr¹⁶³⁵ bzw. schienen sich das von Scharnhorst erdachte Krümpersystem¹⁶³⁶ zum Vorbild genommen zu haben. Oder kurz gesagt: Die neuen Selbstschutzorganisationen und (Polizei-)Wehren bestanden neben den etablierten Sicherheitskräften fort und sollten im Ernstfall gleichzeitig als deren Assistenzorgane in Erscheinung treten. Erfahrungen bestanden in dieser Hinsicht freilich noch nicht, zumal keine der Neugründungen in die direkte Nachfolge einer vor 1918 bzw. 1914 bestehenden

¹⁶³⁵ Hierzu: Achim Fuchs, Einführung, 39 f.; Paul Ernst Rattelmüller, Das Bayerische Bürgermilitär, München 1969.

¹⁶³⁶ So später auch der Verdacht der Alliierten, vgl. etwa die Bemerkung von Reichskanzler Müller in der Chefbesprechung vom 7.4.1920 (AdR Müller I, Dok. 20): „Die französische Regierung erblicke in diesen Formationen ein Krümpersystem und einen Bruch des Friedensvertrages.“

Zum historischen Krümpersystem: Michael Sikora, Militarisierung und Zivilisierung. Die preußischen Heeresreformen und ihre Ambivalenzen, in: Peter Baumgart - Bernhard R. Kroener - ders. (Hg.), Die Preußische Armee zwischen Ancien Régime und Reichsgründung, Paderborn / München 2008, 164-195.

Organisation eintrat oder an eine entsprechende Tradition anknüpfte. Wie die Einstufung als Assistenzorgane schon andeutet, stehen Einwohnerwehr, Zeitfreiwillige, Polizeiwehr und Technische Nothilfe deshalb ganz eindeutig für eine weitere Zersplitterung des staatlichen Gewaltmonopols, konkret für die im Mai 1919 eigentlich nicht gewollte Übertragung von dauerhafter Sicherheitsverantwortung an parallele Instanzen.

Wie konnte es nun dazu kommen, was waren die Auslöser für diese Entwicklung? Einige der maßgeblichen Faktoren sind in der bisherigen Darstellung bereits angeklungen:

So sei einerseits daran erinnert, dass die Auslagerung und Diversifizierung militärischer Kapazitäten eine strategische Antwort auf die im Friedensvertrag festgelegte Heeresreduktion darstellte. Das damit verbundene Kalkül lässt sich, kurz wiederholt, etwa in folgende Handlungsanweisung übersetzen: Wenn die Abrüstung und Verkleinerung der Reichswehr tatsächlich nicht zu umgehen war, sollte zumindest versucht werden, möglichst viel militärisch verwertbares Material an äußerlich unverdächtige Organisationen weiterzugeben – Einwohnerwehr oder Polizeiwehr erwiesen sich also allein schon als willkommenes Auffangbecken für wertvolles Kriegsmaterial, das ansonsten nur mit hohem Aufwand vor den Blicken der alliierten Kontrolloffiziere geschützt werden konnte.¹⁶³⁷ Von dieser Perspektive aus betrachtet, erzwang das restriktive Entwaffnungsregime des Versailler Vertrags deshalb nicht nur die damit angestrebte Demilitarisierung, sondern trug auch zu einer schleichenden Paramilitarisierung von Institutionen bei, denen von Prinzip her eigentlich eine rein subsidiäre Funktion zugeordnet war.

Liegt ein Grund für das Fortbestehen der parallelen Sicherheitsstrukturen somit auf der Hand, ist in diesem Kontext auch nochmals hervorzuheben, dass der sog. Selbstschutz bzw. die Heeres- und Polizeiverstärkungen in ihrer Konzeption überhaupt nicht als bayerische Erfindung einzustufen sind: An der Wiege der betreffenden Organisationen im Freistaat stand vielmehr die – z. T. explizit geforderte – Übernahme der nach dem

¹⁶³⁷ Der übergangsweise amtierende Chef der Reichswehnbefehlsstelle Bayern, Hermann Ritter von Burkhardt, hatte in einem am 2.9.1919 ergangenen Erlass (BayHStA, Abt. IV, RwGrKdo IV Nr. 665) noch besonders die Notwendigkeit betont, überzählige Heeresbestände möglichst rasch abzustößen, um eine etwaige Konfiszierung durch die Militärkontrollkommissionen der Siegermächte zu verhindern. In diesem Sinne überwies Hauptmann Röhm der Einwohnerwehr dann wiederholt freiwerdendes Material, u. a. PKWs, aber auch Waffen und Munition. Vgl. Röhm an Kreisleitung Oberbayern vom 19.2.1920 zum Empfang von Gewehren, Minen und Munition im Gerätelager Fürstenfeldbruck, Röhm an Landesleitung der Einwohnerwehren vom 17.2.1920 zur Überlassung weiterer – im Notfall ggf. wieder zurückzugebender – Munitionsbestände sowie Schreiben Röhm an das Generalkommando des RwGrKdo IV vom 31.10.1919, in dem er die Übergabe überzähliger Autos an die Gauleiter der Einwohnerwehr vorschlug, da die Reichswehr ein „besonderes Interesse an dem Ausbau der Einwohnerwehr habe“. Alle Dokumente in BayHStA, Abt. IV, Bestand Schützenbrigade 21 Nr. 126. Vgl. hierzu auch die Angaben bei Ulrike Hofmann, „Verräter verfallen der Feme!“ Fememorde in Bayern in den zwanziger Jahren, Köln u. a. 2000, 76.

Spartakusaufstand und den sog. Märzkämpfen in Preußen entstandenen Einrichtungen. Ging etwa die erste „Technische Nothilfe“ aus einer Einheit der Garde-Kavallerieschützen-Division hervor, rekrutierte sich die erste Zeitfreiwilligeneinheit weitgehend aus Studenten der Berliner Universität; die sog. Sipo diente wiederum als Modell für die im Herbst gegründete Polizeiwehr. Gerade im Wissen um die späteren Konflikte gilt es daher nicht zu verkennen, dass das Reich und Preußen dem Aufbau der bayerischen Paramilitärs nicht etwa hindernd im Weg stand, sondern ihn bis ins Jahr 1920 hinein sogar bewusst förderte und begünstigte.¹⁶³⁸ Gegenüber kritischen Stimmen konnte sich z. B. die Einwohnerwehr deshalb überzeugend auf die Praxis im übrigen Deutschland berufen und damit die eigene Expansion rechtfertigen.

Unabhängig davon manifestiert der rasche Bedeutungsgewinn der alternativen Sicherheitsorgane allerdings auch den immensen Vertrauensverlust in die regulären staatlichen Institutionen, der sich aus ihrem weitgehenden Versagen gegen Ende des Krieges und in der Revolution erklärt. In diesem Kontext sei nochmal betont, dass der politische Umsturz de facto von einem Militärstreik bei den Ersatztruppen ausgelöst worden war, den die Behörden weder vorausgesehen hatten noch eindämmen konnten. Ähnliches galt für die Räterepublik, bei der etwa die Münchener Polizei völlig unter die Kontrolle der neuen Machthaber geriet, ehe ihre Akten Ende April nur knapp der öffentlichkeitswirksamen Verbrennung entgingen. Der von vielen Seiten erhobene Ruf nach zusätzlichen Sicherheitsvorkehrungen und -einrichtungen lässt sich deshalb durchaus nachvollziehen. Gerade dieses Bedürfnis war freilich besonders nachhaltig zu befriedigen, wenn man die Sache ab sofort gewissermaßen selbst in die Hand nehmen und als Mitglied der Einwohnerwehr, des Zeitfreiwilligenkorps oder der Technischen Nothilfe zur Verbesserung der Sicherheitslage beitragen konnte.

Und schließlich profitierten die genannten Organisationen auch deshalb von der erhöhten Nachfrage nach „Ruhe und Ordnung“, weil schnell klar wurde, dass ein potenzieller Konkurrent bei der Erfüllung dieser Aufgabe, die ständig mobilisierten Freikorps, bald von der Bildfläche verschwinden würden.¹⁶³⁹ Denn war der militärische Charakter dieser Einheiten gegenüber den Siegermächten schlicht nicht abzustreiten, hatten sich einige Freikorps zudem wegen ihres brutalen Vorgehens oder auch wegen ihrer Disziplinlosigkeit einen zweifelhaften Ruf erworben. Die Auflösung dieser irregulären Truppen war deshalb schon im Sommer 1919 beschlossene Sache – die Reaktion einiger

¹⁶³⁸ Siehe Kapitel VI B 4.1.

¹⁶³⁹ Tapken, Reichswehr in Bayern, 128-133.

Freikorps, die sich ihrer Demobilisierung durch die Eröffnung einer neuen Front im Baltikum¹⁶⁴⁰ zu entziehen suchten, bestätigte nur die Angemessenheit der getroffenen Entscheidung.

Abgesehen von der noch in der Restrukturierung befindlichen Polizei blieben damit nur die Selbstschutzverbände und die neue Polizeiwehr als genuin bayerische Sicherheitskräfte übrig: Die bayerische Armee und mit ihr auch die Zeitfreiwilligen war ja inzwischen in die Reichswehr übergegangen. Gerade im Freistaat bestand zudem der verständliche Wunsch, bei der zukünftigen Gewährleistung von Ruhe und Ordnung möglichst wenig von der Unterstützung des Reiches oder anderer Länder abhängig zu sein. Das Entstehen der assistierenden Sicherheitsorgane ist also auch vor diesem Hintergrund zu sehen: Einwohnerwehr, Polizeiwehr und Technische Nothilfe sollten ggf. mit vereinten Kräften dafür sorgen, dass der Einsatz auswärtiger Truppen zur Niederwerfung innerer Unruhen in Bayern ein zwar beklagenswerter, aber einmaliger Vorgang bleiben würde – und das auch nach der offiziellen Aufhebung des Kriegszustandes am 1. Dezember 1919.¹⁶⁴¹

4.3 Verflechtungen an der Spitze: Das Netzwerk des Selbstschutzes

Könnte man alle die bisher genannten Gemeinsamkeiten als sachliche Beweggründe für den Ausbau und Erhalt der paramilitärischen Organisationen einstufen, gab es allerdings noch mindestens einen weiteren Aspekt, der Einwohnerwehr, Technische Nothilfe, Polizeiwehr und Zeitfreiwillige miteinander verband: Die persönlichen Kontakte zwischen den Verantwortlichen und ihr wechselseitig guter Draht zu Reichswehr, Polizei und Verwaltung. So betrachtet, erwies sich die neue Sicherheitsarchitektur nicht nur als institutionelles Gerüst, sondern entwickelte sich ebenfalls zu einem Umfeld der Kooperation, in dem gegenseitige Abstimmung und (in)formeller Meinungs Austausch zunehmend zur Regel wurden. Auch hier drängt sich deshalb die Frage auf: Wie konnte der ja weiterhin in sich zerklüftete Sicherheitsapparat in relativ kurzer Zeit solche Kooperationsstrukturen ausbilden? In diesem Zusammenhang sei abermals zunächst auf zwei Faktoren verwiesen, die bereits angedeutet wurden und eine Annäherung der Protagonisten schon aus ihrer inneren Logik begünstigten:

¹⁶⁴⁰ Bernhard Sauer, Vom 'Mythos des ewigen Soldatentums'. Der Feldzug deutscher Freikorps im Baltikum im Jahre 1919, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 43 (1995), 869-890; Boris Barth, Dolchstoßlegenden und politische Desintegration. Das Trauma der deutschen Niederlage im Ersten Weltkrieg 1914-1933 (Schriften des Bundesarchivs 61), 255-273.

¹⁶⁴¹ Zur Aufhebung des Kriegszustandes siehe Anm. 1544.

Einerseits bewahrheitete sich auch in diesem Fall die schlichte Erkenntnis, dass wenige Umstände so leicht den Weg zur Verständigung ebnen wie ein gemeinsamer politischer Gegner – besonders, wenn dieser in der Regierung sitzt. Und an Konfliktmomenten zwischen dem Kabinett und den Sicherheitskräften fehlte es wahrlich nicht: War etwa die Antipathie Möhls gegenüber Hoffmann schon fast ein offenes Geheimnis, hatte der Ministerpräsident zunächst auch die Beförderung Epps zum Brigadekommandeur verhindert: Der „Befreier Münchens“ genoss jedoch gerade bei den Studenten, d. h. den Zeitfreiwilligen, beinahe einen Heldenstatus.¹⁶⁴² Auch Major Seißer, der Inspekteur der neuen Polizeiwehr, erinnerte sich noch gut, wie Hoffmann und Schnepfenhorst lange gezögert hatten, die militärische Niederschlagung der Räteherrschaft anzuordnen und sich danach mehrfach veranlasst sahen, in den Handlungsspielraum der Stadtkommandantur München einzugreifen – etwa zur Eindämmung der militärischen Schutzhaft.¹⁶⁴³ Polizeipräsident Pöhner konnte von ähnlichen Erfahrungen berichten, bei ihm ging es wiederum um die Behandlung von Gefangenen oder die Ausweisungen „unerwünschter“ Fremder¹⁶⁴⁴; von seinem politischen Standpunkt aus betrachtet, war ein möglichst rascher Regierungswechsel freilich allein aus ideologischen Gründen dringlich. Die Führer der Einwohnerwehr, Escherich und Kanzler, gingen in dieser ganz grundsätzlichen Ablehnung vielleicht nicht mit Pöhner konform, auch sie hatten indes bereits Strategien entwickelt, um die Expansion des Selbstschutzes auch gegen die zögernden Minister durchzusetzen bzw. diese vor vollendete Tatsachen zu stellen.¹⁶⁴⁵ Gustav von Kahr schließlich nahm die Regierung spätestens seit ihrer faktischen Flucht nach Bamberg nicht mehr ernst¹⁶⁴⁶ und hatte sich auch an der Kampagne gegen den in der Kritik stehenden Militärminister beteiligt; sein eigenmächtiges Vorgehen bei der Aufbau der Einwohnerwehr spricht dann erst recht Bände. Für all diese Personen lag somit kaum etwas näher, als schon wegen ihrem Unmut gegenüber der sozialdemokratisch geführten

¹⁶⁴² Vgl. die Studentenresolution vom 22.5.1919 mit der Forderung der Ernennung Epps zum Brigadekommandeur (Stelzner an Generalkommando Oden; BayHStA, Abt. IV, RwGrKdo IV Nr. 1218), ausführlicher zu diesem Konflikt siehe Anm. 1501.

¹⁶⁴³ Vgl. die Übermittlung der Richtlinien für militärische Schutzhaft durch Seißer per Rundschreiben (Seißer an Militärministerium, Polizeidirektion und Generalkommando Oden vom 20.6.1919) und die daraufhin von mehreren Ministern (Hoffmann, Endres, Müller) wiederholt vorgebrachte Kritik an ihrer Ausgestaltung und Anwendung (Besprechungen 10.7. und 18.8.1919). Alle Dokumente in MKr 11 049.

¹⁶⁴⁴ Vgl. das wiederholte Drängen Pöhners auf ein schärferes Vorgehen der Fremdenpolizei in seinen Wochenberichten vom 12.7., 9.8. und 23.8.1919 (MA 102 135). Vgl. Michael Brenner, *Der lange Schatten*, 199-203.

¹⁶⁴⁵ Wie dargestellt, setzte die Einwohnerwehr in diesem Zusammenhang vor allem auf rasche Institutionalisierung und das Argument der organisatorischen Selbstverwaltung, siehe Kapitel VI B 3.4.

¹⁶⁴⁶ Vgl. Tagebuch Kahr 1925-27, pag. 1: „Die vor der Räteherrschaft geflohene Regierung saß ängstlich und endlos in Bamberg. Sie war keine Regierung und war noch ohne Staat.“ Siehe auch Anm. 1446.

Staatsregierung enger miteinander zu kooperieren und die gemeinsamen Anstrengungen zum Aufbau neuer Ordnungskräfte aufeinander abzustimmen.

Daneben spielte auch eine Rolle, dass überzeugte Unterstützer des Selbstschutzes nicht erst lange auf eine offizielle Stellungnahme zu den Paramilitärs warteten, sondern mit ihrem Vorpreschen z. T. vollendete Tatsachen schufen und dazu beitrugen, die Einwohnerwehr auf eigene Beine zu stellen. Wurde das Wirken Kahrs in diesem Zusammenhang bereits erwähnt, engagierte sich auch Ernst Röhm beim Aufbau des Selbstschutzes, indem er etwa Einfluss auf die Zusammensetzung des Leitungsausschusses der Münchner Einwohnerwehr nahm oder der Landesleitung fast routinemäßig überzählige Militärbestände zur Verfügung stellte.¹⁶⁴⁷ Röhm agierte wiederum als rechte Hand des neuen starken Manns der bayerischen Reichswehr, Oberst von Epp, der selbst die Gründung der ersten Zeitfreiwilligeneinheit in München vorantrieb und damit sein Prestige als militärischer Führer der „nationalen“ Studentenschaft weiter ausbaute.¹⁶⁴⁸ Die bei solchen Gelegenheiten geknüpften Beziehungen eröffneten gleichzeitig Gesprächskanäle zu den etablierten Institutionen, die vertrauensbildend wirkten und die zunächst verständlichen Vorbehalte zwischen selbsternannten Ordnungshütern und staatlichen Sicherheitsorganen verringerten.

Bei allen begünstigenden Faktoren führte jedoch gerade das Vorpreschen der Einwohnerwehr in eigener Sache eine Grundsatzentscheidung bei der Konstituierung der neuen Sicherheitsarchitektur herbei: Denn die neuen Führungen von Militär und Polizei fällten schließlich selbst aktiv und bewusst den Entschluss, der Einwohnerwehr als Prototyp der Selbstschutzorganisation eigenen politischen Spielraum zuzuerkennen. Sie konnten nämlich nicht lange abwägen, ob man dem aufstrebenden Selbstschutz nun aufgeschlossen oder doch eher reserviert begegnen sollte, sondern sahen sich schnell gezwungen, in dieser Hinsicht Farbe zu bekennen. Die Einwohnerwehr-Leitung machte in ihrem Selbstbewusstsein nämlich bereits im Sommer 1919 sehr deutlich, dass es für eine Vereinigung wehrhafter Staatsbürger nicht in Frage kommen könne, dauerhaft der Oberaufsicht und Kontrolle ziviler oder militärischer Behörden unterstellt zu bleiben. Dementsprechend häuften sich ihre Klagen über die Beschränkungen im Einwohnerwehrreglement vom 17. Mai 1919¹⁶⁴⁹, das bekanntlich noch von der Regierung

¹⁶⁴⁷ Vgl. Röhm an Oberst Herrgott vom 4.6.1919 (BayHStA, Abt. IV, Bestand Schützenbrigade 21 Nr. 126), zur Rolle des Hauptmanns bei Unterstützung der Einwohnerwehr mit Waffen und Material siehe Anm. 1637.

Zur Biographie von *Ernst Röhm* (1887-1934) vgl. Hancock, Röhm.

¹⁶⁴⁸ Vgl. Epp an RwGrKdo IV vom 1.9.1919 (BayHStA, Abt. IV, RwGrKdo IV Nr. 526).

¹⁶⁴⁹ Siehe Anm. 1531.

Hoffmann I erlassen worden war: Ein besonderer Dorn im Auge waren Escherich hierbei die staatlich bestellten Wehrkommissare, die sich nicht nur jederzeit einmischen konnten¹⁶⁵⁰, sondern sogar schriftlich gegen eine Verselbständigung der Einwohnerwehr Stellung nahmen, die ihre Position unweigerlich schwächen musste.¹⁶⁵¹ Escherich drängte deshalb schon Anfang Juli auf die Ausschaltung dieser Kontrollinstanz und brachte sein Anliegen sogar bei Reichswehrminister Noske vor.¹⁶⁵² Die Forderung der Einwohnerwehr nach sog. Privatisierung, d. h. nach innerer Selbstverwaltung und Entkoppelung von äußerer Kontrolle, stellte die Führungsspitze der neuen bayerischen Reichswehr deshalb sehr schnell vor eine Grundsatzentscheidung: Sollte man den offenbar von sich selbst eingenommen Wehrmännern am besten frühzeitig ihre Grenzen aufzeigen oder die im Grunde ja „lebensfähige selbständige“¹⁶⁵³, nach Wiederherstellung der Ordnung strebende Bewegung lieber doch in ihrem erfrischenden Tatendrang gewähren lassen? Die Einschätzungen zu dieser Problematik fielen innerhalb der Armee durchaus unterschiedlich aus, neben den üblichen Verdächtigen Röhm oder Epp sprach sich jetzt jedoch auch der designierte Landeskommendant, General Arnold von Möhl, dafür aus, die Einwohnerwehr von den „Fesseln“ staatlicher Kontrolle zu befreien¹⁶⁵⁴ und sie zu einer selbstverwalteten Organisation zivil-privaten Charakters umzuwandeln. Die Motive für diese Positionierung, ja z. T. für diese Abkehr vom zunächst bevorzugten Kurs wurden von den federführenden Generälen und Offizieren offenbar nicht in direkter Form zu Papier gebracht. Als stärkstes Sachargument wirkte jedoch wohl auch hier das Kalkül, mit der Bildung neuer ziviler Sicherheitsorgane die restriktiven Heeresreduktionsbestimmungen des Friedensvertrags bis zu einem gewissen Grad unterlaufen zu können. Die Begünstigung des Selbstschutzes wäre in diesem Fall also als ein Ausweichmanöver zu bewerten, um militärisches Material und Personal unauffällig verfügbar zu halten. Doch wie dem auch sei, die klare Stellungnahme gegen abweichende Stimmen in den eigenen Reihen macht auf jeden Fall deutlich, dass sich die Spitze des Reichswehrgruppenkommandos bewusst dazu entschloss, den paramilitärischen Organisationen bis auf weiteres ein eigenes Betätigungsfeld einzuräumen. Sie zeigt außerdem auf, dass Möhl im August keinerlei Probleme mehr hatte, die Bedenkenträger

¹⁶⁵⁰ Vgl. den Kommentar Escherichs in einem Schreiben an Georg Heim vom 16.6.1919 (Bestand Einwohnerwehr 3, Akt 1a): „Hoffentlich stört nun der sehr überflüssige Wehrkommissar nicht meine Kreise.“

¹⁶⁵¹ Nußer, Wehrverbände, 104 f.

¹⁶⁵² Large, Einwohnerwehr, 22; Kanzler, Bolschewismus, 38.

¹⁶⁵³ So Möhl in seiner Note an das Militärministerium vom 13.8.1919 (Bestand Einwohnerwehr 3, Akt 1a).

¹⁶⁵⁴ Ebd.

in der alten bayerischen Militärverwaltung zu überstimmen¹⁶⁵⁵ und gemeinsam mit seinem Leitungsstab im neuen Reichswehrgruppenkommando IV die Richtung vorgab. Die beanstandeten Wehrkommissare wurden deshalb nicht nur faktisch entmachtet, sondern im Dezember sogar ganz durch sog. Wehramtmänner bei den Kreisregierungen ersetzt, denen nur noch eine beratende Funktion zukam; unter der Verantwortung Kahrs übernahm Adolf von Bomhard, zugleich Schwiegersohn seines Maler-Freundes Adolf Hengeler, in Oberbayern diese Aufgabe.¹⁶⁵⁶

Überblickt man die Situation im Sommer 1919, lassen sich also mehrere logische Erklärungen für den eingeschlagenen Kurs in Sachen assistierender Sicherheitsorgane finden. Dennoch wäre es vielleicht zu kurz gedacht, die Gründe für die Begünstigung der Autonomiebestrebungen der Paramilitärs nur in rationalen Erwägungen oder nüchternen Situationsanalysen zu suchen. In diesem Zusammenhang sei nur daran erinnert, dass der Aufbau einer neuen Sicherheitsarchitektur nach dem Ende der Räterepublik nicht bloß einen institutionellen, sondern auch einen personellen Neuanfang mit sich brachte: Wie bereits erläutert, trat die in der Revolution geschlagene Armee- und Polizeiführung spätestens jetzt weitgehend ab und machte Nachfolgern Platz, die seit letzten November zumindest auf den ersten Blick mehr Erfolge in der Bekämpfung der inneren Unruhen aufweisen konnten.¹⁶⁵⁷ Wäre es vor diesem Hintergrund allzu überraschend, wenn die scheinbare Kluft zwischen regulären und irregulären Sicherheitskräften vielleicht nach außen hin bestand, aber in der Praxis, d. h. im Umgang der Protagonisten miteinander, eine viel geringere Rolle spielte? Oder pointierter gefragt: Verstanden sich wirklich alle diejenigen, die in Freiwilligenverbänden gegen die Räterepublik gekämpft hatten und nun der neuen Reichswehr oder der aber Einwohnerwehr angehörten, schon wieder als klare Vertreter zweier Lager, die einander als konkurrierende Pole gegenüberstanden? Führt man sich diesen Umstand vor Augen, liegt durchaus die Vermutung nahe, dass die Entscheidung, die paramilitärischen Organisationen vorerst gewähren zu lassen, nicht nur auf strategische Überlegungen zurückzuführen war – ebenso spielten wohl Solidaritätsempfinden und z. T. auch länger bestehende persönliche Kontakte eine Rolle.

¹⁶⁵⁵ Der Staatsrat im aufzulösenden Militärministerium, General Köberle, hatte sich in einer Note an das RwGrKdo IV (Bestand Einwohnerwehr 3, Akt 1a) etwa noch am 9.8.1919 gegen eine über die Kreisebene hinausreichende Organisation ausgesprochen Reichswehr ausgesprochen.

¹⁶⁵⁶ Schober, Geschichte, A VIII, pag. 159-180 - HS 920; Schober spricht hierbei von der „endgültigen Lösung“ für das Problem der Wehrkommissare. Zur Biographie von *Adolf von Bomhard* (1891-1976) vgl. Florian Dierl, *Adolf von Bomhard - 'Generalstabschef' der Ordnungspolizei*, in: Klaus-Michael Mallmann - Gerhard Paul (Hg.), *Karrieren der Gewalt. Nationalsozialistische Täterbiographien*, Darmstadt 2004, 56-65.

¹⁶⁵⁷ Zu diesem „Generationenwechsel“ siehe S. 388 f.

Und tatsächlich: Zwar ist es in diesem Rahmen nicht möglich, die Personalstruktur der einzelnen Sicherheitsorgane systematisch zu analysieren, zumindest mit Blick auf viele Führungspositionen stößt man jedoch auf Verbindungen und Beziehungen, die z. T. deutlich über die Neukonstituierung der Sicherheitsarchitektur im Mai 1919 hinausreichen. Am wenigsten überraschen wird hierbei sicherlich, dass sich viele „Befreier Münchens“ – oft Angehörige des Freikorps Epp – nun in führenden Positionen bei Reichswehr, Polizei(wehr), Einwohnerwehr etc. wiederfanden. Avancierte Epp selbst zum Münchener Brigadekommandeur und sicherte sich auch die Dienste Ernst Röhms als persönliche rechte Hand¹⁶⁵⁸, engagierten sich viele junge Mitstreiter, die zugleich als Wortführer der Hochschulschülerschaft auftraten, nun in den Zeitfreiwilligeneinheiten: Dies traf etwa auf Walther Hemmeter¹⁶⁵⁹, einen Protagonisten der Studentenproteste nach der Verurteilung Arcos, aber auch auf die später näher vorgestellten Emmerich Freiherr von Godin, Edmund Stoeckle oder Edgar Stelzner zu.¹⁶⁶⁰ Eine vertiefte Auswertung der Mitgliederlisten der Technischen Nothilfe würde mit hoher Wahrscheinlichkeit in gleicher Weise eine spürbare Beteiligung von Freikorpsangehörigen ergeben, die nun wiederum in ihr Studium in einem technischen Fach fortführten.

Sehr interessant ist freilich auch, dass bemerkenswert viele Angehörige von Behörden, die im Krieg mit Sondervollmachten ausgestattet waren und dabei die reguläre Verwaltung z. T. an den Rand gedrängt hatten, nun wieder in Polizeiwehr, Einwohnerwehr usw. aktiv wurden: Die Namen Christian Roth, Wilhelm Frick oder Hermann Kriebel sind in diesem Zusammenhang schon gefallen, eine Erwähnung verdient jedoch auch Josef Maria von Soden-Fraunhofen, der im Krieg bei der Gesandtschaft Berlin an der Verbindungsinstanz zwischen Staats- und Reichsregierung tätig gewesen war und nun die sog. Polizeistelle Nordbayern in Bamberg aufbaute, die der Münchner Polizeidirektion im Nachrichtendienst assistierte.¹⁶⁶¹

¹⁶⁵⁸ Siehe Anm. 1501.

¹⁶⁵⁹ *Walther Hemmeter* (1887-1958) war nach seiner Kriegsteilnahme bereits im Dezember 1918 als Unterzeichner des Bürgerwehr-Aufrufs in Erscheinung getreten und schloss sich im April dem Freikorps Epp an; der Jurist trat später als Unterstützer der Organisation Consul und Anwalt Ernst Pöhners beim Hitler-Ludendorff-Prozess in Erscheinung. Vgl. Otto Gritschneider, *Der Hitler-Prozeß und sein Richter Georg Neithardt. Skandalurteil von 1924 ebnet Hitler den Weg*, München 2001, 156 sowie die Quellen: *BSStZ* Nr. 122 vom 13.5.1919; Röhms, *Hochverräter*, 161 f. sowie Luise Engeler, *Meine Erinnerungen an die Jahre 1919-1929* (Bundesarchiv Koblenz, NL Max Bauer 1022/69, pag. 73).

¹⁶⁶⁰ Siehe Anm. 2426-2428.

¹⁶⁶¹ Zu Josef Maria von Soden-Fraunhofen, Sohn von Minister Soden-Fraunhofen, bis 1912 Regierungsassessor im Innenministerium und später Kabinettschef von Kronprinz Rupprecht vgl. dessen Personalakt *MIInn 64 865* sowie Alfons Beckenbauer, *Wie Adolf Hitler durch einen niederbayerischen Grafen zu einem Wutausbruch gebracht wurde*. Aus den unveröffentlichten Memoiren des Joseph Maria Graf von Soden-Fraunhofen - zugleich ein Beitrag zur Geschichte des monarchischen Gedankens in Bayern während der Weimarer Zeit, in: *Verhandlungen des Historischen Vereins für Niederbayern* 103

Der konstatierte Führungswechsel hat sich damit zweifellos bestätigt, erscheint aber gleichzeitig in einem veränderten Licht: Denn so klar der personelle Neuanfang zwischen November und Mai 1919 auch ausfiel, sind nun zugleich auch indirekte Kontinuitätslinien zu entdecken, die einige der aus der zweiten Reihe aufgestiegenen Protagonisten – etwa in Form bereits geknüpfter Beziehungen – in ihr neues Amt mitnahmen. Stark vereinfachend gesprochen, könnte man die neuen Führungsriege etwa als „Befreier Münchens“ bezeichnen, die z. T. auf eine längere Kooperation zurückblickten – als Kommilitonen, Kameraden in der gleichen Einheit oder Kollegen bei einer Kriegsbehörde. Es würde also ohne Zweifel zu kurz greifen, bei der Binnengliederung des fraglichen Personenkreises nur nach der Zugehörigkeit zu einem regulären oder einem paramilitärischen Sicherheitsorgan zu fragen. Diese Trennlinie spielte sicherlich eine Rolle, sie war in diesen Monaten freilich noch sehr fließend und wurde im Alltag gleichzeitig durch andere, z. T. länger gewachsene Beziehungsstrukturen überlagert.

In diesem Licht betrachtet, ist es mit Blick auf die Theorie der freien Bahn deshalb wohl angebracht, das Vorhandensein eines schon bestehenden kooperativen Potenzials zu bestätigen, dabei jedoch präzisierend anzumerken, dass es zunächst nur schwer absehbar war, ob es gelingen würde, dieses Potenzial auch mit Blick auf die Zukunft zu aktivieren – und zwar nicht nur, weil die dauerhafte Ausgestaltung der Sicherheitsarchitektur noch längere Zeit verschiedenen Unwägbarkeiten unterlag, sondern auch, weil bereits die im Überblick dargestellte, starke Diversifizierung der einzelnen Sicherheitsorgane einen erheblichen koordinativen Aufwand erfordern würde, um die dafür notwendige Zusammenarbeit auf eine stabile Basis zu stellen. Gerade in einer personenbezogenen Studie liegt es daher sehr nahe, die Bedeutung von Vermittlern zwischen den verschiedenen Seiten hoch einzuschätzen, die bereits in mehreren Institutionen und Verbänden verankert waren und sich dementsprechend als natürliche Ansprechpartner in der wechselseitigen Kommunikation anboten: Als geradezu geborene Brückenbauer erscheinen insoweit vor allem Hans Ritter von Seißer (Militär, Stadtkommandantur, Polizei), Christian Roth (Staatsverwaltung, Militär, Stadtkommandantur) oder Ernst Röhm (Militär, Freikorps Epp, Einwohnerwehr), aber auch Kahr wuchs zunehmend in diese Rolle hinein, wenn er als Verwaltungsbeamter nicht nur die Einwohnerwehren förderte, sondern auch ein Unterstützernetzwerk im Münchner Bürgertum aufbaute.

(1977), 5-29. Zur Polizeistelle Nordbayern: Ulrich Neuhäuser-Wespy, Die KPD in Nordbayern 1919-1933. Ein Beitrag zur Regional- und Landesgeschichte des deutschen Kommunismus (Nürnberger Werkstücke zur Stadt- und Landesgeschichte 32), Nürnberg 1981, 81-83.

5. Eine Nebenregierung? Der organisierte Selbstschutz als Konkurrenz zum Kabinett Hoffmann

5.1 Spürbarer Autoritätsverlust: Die gescheiterte Wiederherstellung des Primats der Politik

Unabhängig von der Bewertung der Machtverhältnisse in der Landeshauptstadt lässt sich eine Ausgangsfrage dieses Kapitels inzwischen jedoch zweifelsfrei beantworten: Das Ziel, den Einfluss und die Anzahl paralleler politischer Entscheidungsinstanzen Schritt für Schritt zu reduzieren, wurde nicht nur verfehlt, der Wildwuchs sog. Nebenregierungen nahm nach Revolution und Gegenrevolution sogar noch zu und stellte den Primat der Politik vor allem im Bereich öffentliche Sicherheit in steigendem Maße in Frage.

Diese Diagnose fällt angesichts der vorgestellten (in)formellen Netzwerke eindeutig aus, allerdings wäre es im Nachhinein zu einfach, hierfür schlicht und ohne weiteres die Regierung verantwortlich zu machen. Ein solcher Vorwurf ließe außer Acht, dass das Kabinett vielfach über keinen ausreichenden Handlungsspielraum verfügte, um der fortschreitenden Machtdiversifizierung Einhalt zu gebieten oder die eigene Autorität, wenn notwendig, nachdrücklich zu unterstreichen. In diesem Zusammenhang sei nur an die unumgängliche Aufrechterhaltung der Zwangswirtschaft oder die aus Berlin veranlasste Gründung der Polizeiwehr erinnert. Hinzu kam die Instabilität des Zweckbündnisses aus SPD und BVP, die der eigenen Durchsetzungsfähigkeit sicher auch nicht zuträglich war.

Der Regierung blieben also vielfach die Hände gebunden, gerade deshalb wog allerdings umso schwerer, wenn sie sich durch eigene Fehltritte noch zusätzlich Steine in den Weg legte: So wirkt es im Rückblick zumindest als sehr gutgläubig, der Einwohnerwehr in ihrem Streben nach innerer Autonomie weitgehend freie Hand zu lassen und die immer wieder vorgebrachten Versicherungen, es handle sich ja nur um eine unpolitische Selbstschutzorganisation, nicht kritischer zu hinterfragen. Zwar stieß etwa die damit verbundene Entmachtung der Wehrkommissare wie gesehen durchaus auf Skepsis, zu einem entschlossenen Eingreifen gegen die überhandnehmenden Tendenzen der Verselbständigung kam es allerdings nicht – der naheliegende Hinweis auf die instabile Sicherheitslage wog einfach noch zu schwer.

Ganz in die Verantwortung der Staatsregierung fiel außerdem die Ausgestaltung des neuen Ausnahmezustandes, der die Vorschriften des bisher gültigen Kriegszustandes

ablösen sollte und mit dessen Aufhebung zum 1. Dezember 1919 in Kraft trat.¹⁶⁶² Hierbei ging man von der wohl zutreffenden Annahme aus, dass nicht alle exekutiven Vollmachten aus Kriegszeiten sofort entfallen könnten und ließ sich zudem von dem Motiv leiten, die sog. Schutzhaft¹⁶⁶³ stärker zu regulieren; bei der Vergabe der Ausnahmebefugnisse verfiel die Regierung indes wieder in das bereits bekannte Muster der Kompetenzdelegation. Denn anstatt sich die Kontrolle des Eisenbahnverkehrs oder die Verhängung von Aufenthaltsbeschränkungen im Fall des Falles selbst vorzubehalten, erweiterte das Kabinett abermals vor allem die Vollmachten der sieben rechtsrheinischen Regierungspräsidenten und bestellte sie zu sog. Staatskommissaren des Ausnahmezustands.¹⁶⁶⁴ Mit dem neuen Gesetz war also paradoxerweise kein wesentlicher Machtgewinn des Gesamtministeriums verbunden, die außerordentlichen Befugnisse wurden vielmehr auf die Spitzen der Mittelbehörden übertragen; sie konnten im vorgegebenen Rahmen weitgehend nach eigenem Ermessen agieren.

Die breite Öffentlichkeit fasste das Wort Ausnahmezustand hingegen wohl kaum in diesem Sinne auf, sondern hatte vermutlich eher eine zentral gesteuerte Politik vor Augen, die die allseits beklagten Übel nun endlich im Schnellverfahren an der Wurzel packen würde. Diese altbekannte Forderung war freilich auch jetzt nicht zu erfüllen, sie verleitete die Minister jedoch unverändert dazu, dem Ruf nach durchgreifenden Maßnahmen schließlich doch wieder nachzugeben und neue Sonderbeauftragte oder Behörden einzusetzen, die sich besonders um einen Missstand kümmern sollten. Dies mochte funktionieren oder nicht, auf jeden Fall hatte jedoch auch dieser Reflex neue Kompetenzverlagerungen an eigens geschaffene Stellen zur Folge, die z. T. ein bemerkenswertes Eigenleben entwickelten. So führten die Klagen über den Verfall der Staatsautorität im Sommer 1919 etwa im Bereich der Justiz zur Gründung sog. Volks- und Wuchergerichte¹⁶⁶⁵: Sie hatten in verkürzten Verfahren über politische und

¹⁶⁶² Vgl. die am 4. November 1919 im Ministerrat (Protokoll in MA 99 514) beschlossenen Regelungen in: Verordnung über die Aufhebung des Kriegszustandes und über einstweilige Maßnahmen nach Art. 48/IV der Reichsverfassung vom 4.11.1919 (GVBl. 1919, 791-796) sowie Lange, Ausnahmezustand, 57-67.

¹⁶⁶³ Die „Schutzhaft“ konnte auf Grundlage eines Reichsgesetzes seit 1916 gegen Personen ausgesprochen werden, deren Aktivitäten als staatsgefährdend eingestuft wurden, dabei jedoch nicht wegen einer effektiven Straftat zu belangen waren. Vgl. W. Kronheimer, Rechtliche Behandlung der Schutzhaft in Bayern, in: Zeitschrift für Rechtspflege in Bayern 15 (1919), 447 f.

¹⁶⁶⁴ In seiner neuen Funktion als Staatskommissar wies Kahr die Bezirksämter und Stadträte in einem Rundschreiben vom 25.11.1919 (Staatsarchiv München, RA 57 943) dann auch auf die ergangenen Bestimmungen hin und legte dar, wie der Vollzug im Regierungsbezirk Oberbayern gestaltet werden sollte; demnach hatten die lokalen Behörden etwa vor jeder Schutzhaft- oder Ausweisungsverfügung die betreffenden Akten zunächst dem Regierungspräsidenten persönlich vorzulegen.

¹⁶⁶⁵ Bauer - Schmidt, Bayerischen Volksgerichte; Helmut Paulus, Volks- und Wuchergerichte: Die ersten Bayreuther Sondergerichte in der Notzeit nach dem Ersten Weltkrieg, in: Archiv für Geschichte von Oberfranken 79 (1999), 369-416; Rudolf Wassermann, Die Verordnung gegen Wucher, Preistreiberei und

wirtschaftliche Delikte wie Aufruhr, Hochverrat oder Preistreiberei zu befinden, deren „Überhandnehmen“ selbst im Gesetzestext beklagt wurde und die Allgemeinheit als solches zu bedrohen schien; eine Berufung gegen die gefällten Urteile war wohl auch aus diesem Grund von vorneherein ausgeschlossen. Der Rückgriff auf drastische Maßregeln sollte also den Respekt vor Recht und Gesetz neu verankern, gerade ihre Anwendung untergrab jedoch auch die geltende Rechtsordnung und höhnte den Tätigkeitsbereich der regulären Staatsorgane aus – in diesem prominenten Beispiel nahm man etwa in Kauf, die Angeklagten ihrem ordentlichen Richter zu entziehen.

5.2 Die Staatsregierung in der politischen Krise

Sah sich die Staatsregierung damit ohnehin bereits in real- und symbolpolitische Dilemmata verstrickt, kam es im Jahr 1919 außerdem noch zu einem deutlich spürbaren Wandel des politischen Klimas, der den Handlungsspielraum des Kabinetts Hoffmann noch weiter einschränkte und gleichzeitig dessen Kritikern in die Karten spielte. Der Umschwung ist dabei auf ein Zusammenspiel verschiedener politischer Dynamiken und Kampagnen zurückzuführen, die alle große öffentliche Aufmerksamkeit auf sich zogen und dazu beitrugen, die vorherrschende Stimmung zu drehen – nach Abklingen des revolutionären Momentums ging die Diskurshegemonie also zunehmend in andere Hände über. Ein kurzer Hinweis auf die an sich bekannten Katalysatoren dieses Wandels soll hier genügen:

Einen besonders herausgehobenen Stellenwert nahm in diesem Kontext die sog. Dolchstoßlegende¹⁶⁶⁶ ein, die im November 1919 die Titelseiten aller Zeitungen besetzte, als auch Hindenburg und Ludendorff in aller Öffentlichkeit behaupteten, das deutsche Heer sei dem Zusammenbruch an der Heimatfront zum Opfer gefallen. Dieser Vorwurf war direkt auf die Revolution sowie die bereits zuvor eingeläutete Demokratisierung gemünzt und enthielt das implizite Plädoyer, die „nationale Einheit“ und das Primat der Außenpolitik wiederherzustellen. Noch aggressiver gegen sog. Erfüllungspolitiker richtete sich parallel dazu die Kampagne des ehemaligen Staatssekretärs Karl Helfferich gegen Reichsfinanzminister Erzberger, der unter anderem den Waffenstillstand von

Schleichhandel in der Fassung der Wuchergerichtsverordnung vom 27. November 1919, München 1920; zu den Motiven der Einsetzung von „Volksgerichten bei inneren Unruhen“ vgl. die Beratung im Ministerrat bei Ehberger, Kabinett Hoffmann II, Teil 1, 79-84, dort auch der Gesetzestext in Dok. 7.

¹⁶⁶⁶ Rainer Sammet, „Dolchstoß“. Deutschland und die Auseinandersetzung mit der Niederlage im Ersten Weltkrieg (1918-1933) (Reihe Hochschulschriften 2), Berlin 2003; Pyta, Hindenburg, 405-409.

Compiègne verhandelt hatte.¹⁶⁶⁷ Helfferich erblickte in Erzberger geradezu die Verkörperung des Verrats an der deutschen Sache und provozierte seinen Kontrahenten mit offener Hetze zu einer Beleidigungsklage. Der Prozess zwischen den beiden Symbolfiguren entwickelte sich deshalb ebenfalls zu einem Medienspektakel und endete trotz eines Mordanschlages auf Erzberger mit einem publizistischen Sieg für den Beklagten. Schon im September 1919 hatte in Bayern außerdem der sog. Geiselmordprozess, d. h. das Verfahren gegen die Verantwortlichen für die Erschießungen im Luitpoldgymnasium, stattgefunden und nochmals das grausamste Kapitel der Räteherrschaft aufgewühlt.¹⁶⁶⁸ Auch dieses Ereignis zog erhebliche Aufmerksamkeit auf sich und trug wiederum dazu bei, die Revolution in ihrer Gesamtheit zu diskreditieren.

Die ersten Auswirkungen dieser „Welle von rechts“¹⁶⁶⁹ blieben dann auch nicht lange aus und waren bereits im November 1919 in den Straßen Münchens zu besichtigen: Denn während die Teilnehmerzahl bei den Feiern zum ersten Jahrestag der Revolution¹⁶⁷⁰ hinter den Erwartungen zurückblieb, kam nur eineinhalb Wochen später erstmals eine Demonstration vor der Feldherrnhalle zustande, die offen antisemitischen Charakter trug.¹⁶⁷¹ Die Kundgebung ist im Zusammenhang mit den Ovationen für Hindenburg in Berlin und anderen Städten des Reichs zu sehen, in München scheint dem Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund jedoch sehr leicht gelungen zu sein, die Demonstration ins eigene Fahrwasser zu lenken; vor allem Studenten der beiden Universitäten bestärkten die judenfeindliche Tendenz der Kundgebung. Zwar schritt die Polizei schließlich gegen die offene Hetze ein, der Vorfall erwies sich jedoch nur als Auftakt für ähnliche Veranstaltungen, die sich in den kommenden Monaten immer mehr häuften und auch ihren Weg in die Bierkeller der Stadt fanden.

¹⁶⁶⁷ Norman Domeier, Der Sensationsprozess Erzberger-Helfferich. Die Verquickung politischer und wirtschaftlicher Interessen in der Weimarer Republik, in: Boris Barth - Christopher Dowe (Hg.), Matthias Erzberger. Ein Demokrat in Zeiten des Hasses (Stuttgarter Symposium 15), Karlsruhe 2013, 158-183.

¹⁶⁶⁸ Der Geiselmord in München. Ausführliche Darstellung der Schreckenstage im Luitpold-Gymnasium nach amtlichen Quellen, München 1919; Paul Schweder, Der Münchner Geiselmord vor Gericht. Vorgeschichte, ausführlicher Verhandlungsbericht und Urteil (Deutsche Kriminalbücherei 1), München 1920.

¹⁶⁶⁹ Zitat bei: Eberhard Kolb, Die Weimarer Republik, München 72009, 38.

¹⁶⁷⁰ Polizeidirektion München an Innenministerium vom 11.11.1919 (MInn 66 281) sowie BStZ Nr. 273 vom 11.11.1919. Die zu diesem Anlass erstmals aufgebotene Einwohnerwehr München hatte deshalb keine große Mühe, die Ordnung aufrecht zu erhalten; Pöhner resümierte deshalb im Wochenbericht der Polizeidirektion vom 15.11.1919 (BayHStA, Abt. IV, Stadtkommandantur 25), dass die Einwohnerwehr ihre erste Bewährungsprobe bestanden habe. Vgl. auch den Lagebericht des RwGrKdo IV vom 15.11.1919 (BayHStA, Abt IV, RwGrKdo IV Nr. 68) zum Verlauf der Revolutionsfeiern.

¹⁶⁷¹ BStZ Nr. 285 vom 25.11.1919. Vgl. den Bericht Pöhners an das Innenministerium vom 25.11.1919 (MInn 71 712) über die „nationale Kundgebung“ an der Feldherrnhalle mit Aussagen von Beteiligten.

Die politischen Gewichte begannen sich also merklich zu verschieben, womit auch die neu austarierte Konstellation der Kräfte wieder ins Wanken geriet: Befanden sich Liberale und Sozialdemokraten nämlich jetzt in der ungewohnten Rolle von Verteidigern des Status Quo, sah das rechtsnationale Lager die politische Dynamik plötzlich wieder auf der eigenen Seite und betonte immer stärker den eigenen Gestaltungsanspruch; angesichts der instabilen Lage schien die Zeit für Kompromisse aus Sicht beider Seiten jedenfalls vorerst vorbei. Die Risse im Zweckbündnis an der bayerischen Regierung wurden dann auch schnell tiefer und die Unzufriedenheit brach sich bereits im Oktober 1919, d. h. zwei Monate nach der Rückkehr aus Bamberg, Bahn: Von gegenseitigen Vorwürfen begleitet, verhandelten SPD und BVP schließlich drei Wochen lang über eine Neuverteilung der Ressorts, um am Ende doch alles beim Alten zu belassen.¹⁶⁷² War schon zu diesem Zeitpunkt von absehbaren Neuwahlen im Jahr 1920 die Rede¹⁶⁷³, trat im Januar 1920 auch noch der BVP-Parteivorsitzende Karl Friedrich Speck als Finanzminister zurück und zog es vor, künftig als Präsident des Landesfinanzamtes München zu wirken; Nachfolger wurde auf Wunsch der Volkspartei der bisher weitgehend unbekannte Karl Gustav Kofler.¹⁶⁷⁴ Die Koalition war insoweit schon erheblich beschädigt und hielt eigentlich nur noch, weil keiner der Partner die alleinige politische Verantwortung für den kommenden Notwinter übernehmen wollte und sofortige Neuwahlen angesichts der knappen Ernte und drückender Kohlennot ein zu großes Wagnis darstellten.¹⁶⁷⁵ Die anstehende Rückkehr arbeitssuchender Kriegsgefangener und das Inkrafttreten des Versailler Vertrags erhöhten den politischen Stress gleichwohl weiter.

¹⁶⁷² Nach wiederholten Angriffen des „Bayerischen Kurier“ auf die Kultuspolitik von Ministerpräsident Hoffmann hatte sich die Landtagskonferenz der SPD Ende September 1919 dafür ausgesprochen, die Zusammensetzung des Kabinetts zu ändern oder – sollte dies nicht möglich sein – auch aus der Regierung auszutreten, vgl. ‚Regierungskrise‘, in: MP Nr. 226 vom 29.9.1919.

Die Landtagsfraktionen verhandelten daraufhin fast den ganzen Oktober über eine Umgestaltung oder Neubildung der Koalition, konnten sich jedoch auf keine gemeinsame Regelung verständigen, vgl. die umfangreichen Sitzungsmitschriften in Stadtarchiv München, NL Dirr 314. Vgl. Hennig, Hoffmann, 391-423.

¹⁶⁷³ So bewertete der DDP-Fraktionsvorsitzende Georg Hohmann die Auslösung der Koalitionskrise durch die SPD als Versuch, ihre Chancen „bei den künftigen Wahlen im Frühjahr“ zu verbessern, vgl. die Niederschrift der Sitzung des DDP-Landesvorstands am 10.10.1919 in NL Dirr 303.

¹⁶⁷⁴ Vgl. hierzu den Kommentar des preußischen Gesandten Zech vom 23.1.1920 (Bundesarchiv Berlin, R 707/1): „Kofler hat in Parteikreisen eine nennenswerte Rolle bisher noch nicht gespielt, sodaß seine Desavouierung durch die Partei, falls sie aus wahltechnischen Gründen opportun erscheinen sollte, kaum auf große Schwierigkeiten stoßen dürfte.“

¹⁶⁷⁵ Im neuen Aktionsprogramm der Koalition (vgl. Verh. Landtag 1919, Bd. I, 559 f.) war dann auch fast ausschließlich von wirtschaftlichen Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensmittel- und Brennstoffversorgung sowie zur Steigerung der Produktion die Rede.

Führt man sich all dies vor Augen, waren die Symptome der herrschenden politischen Krise ganz offensichtlich und stellten geradezu eine Einladung für alle Kritiker dar, ihre abweichende Haltung offen zu zeigen und immer unverhüllt die eigene Agenda zu verfolgen. Dies galt in erster Linie für die politische Opposition, allerdings – und das ist hier besonders bezeichnend – regte sich auch innerhalb des Staatsapparats vermehrt Widerspruch. An erster Stelle ist in diesem Zusammenhang ganz eindeutig der neue Landeskommendant, Generalmajor Arnold von Möhl, zu nennen, der eine Art Dauerfehde mit Ministerpräsident Hoffmann vom Zaun brach und dabei nicht zuletzt von der Überführung der Militärhoheit in die Hände des Reichs¹⁶⁷⁶ profitierte. Denn unterstand Möhl damit einerseits nicht mehr der Kommando- und Disziplinargewalt der Staatsregierung, nahm er als Oberbefehlshaber des bayerischen Reichswehrkontingentes¹⁶⁷⁷ dennoch Einfluss auf die politischen Verhältnisse im Freistaat, insbesondere in Zeiten des Kriegs- bzw. Ausnahmezustands. Der Landeskommendant war, abgesehen von einigen Konsultationsrechten der Länder¹⁶⁷⁸, dabei nur noch dem Reichswehrminister Rechenschaft schuldig und ließ dies die ungeliebte Staatsregierung auch schnell spüren. Die Provokationen und Nadelstiche gingen jedenfalls auch nach den Fällen Epp und Schnepfenhorst unvermindert weiter: Weigerte sich Möhl etwa, den kurzzeitigen Münchner Stadtkommandanten, Adolf Herrgott, wegen beleidigender Äußerungen gegen die Minister zu bestrafen¹⁶⁷⁹, ließ er nur kurze Zeit später eine Pressemitteilung verbreiten, Ministerpräsident Hoffmann habe ein mehrtätiges Erscheinungsverbot gegen die linksgerichtete „Neue Zeitung“ verhindert – tatsächlich hatte dieser nur seine Bedenken gegen Zeitungsverbote im Allgemeinen geäußert.¹⁶⁸⁰ Der Landeskommendant überschritt außerdem seine Kompetenzen, wenn er versuchte, den Erlass einer Amnestieregelung für geringfügige Straftaten in der Rätezeit zu verhindern¹⁶⁸¹ oder sich sogar weigerte, dem Ministerrat über das Verhalten von

¹⁶⁷⁶ Siehe Anm. 1501.

¹⁶⁷⁷ Bruno Thoß, Landeskommendant, 1919-1933, in: Historisches Lexikon Bayerns [URL: <https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Landeskommendant,_1919-1933>; zuletzt eingesehen am 9.3.2021].

¹⁶⁷⁸ Vgl. die Festlegung in der „Weimarer Vereinbarung über die Organisation der deutschen Wehrmacht“ vom 29.7.1919 (Punkt 7), Abdruck bei: Ehberger, Kabinett Hoffmann II, Teil 1, Dok. 10a.

¹⁶⁷⁹ Zum sog. „Fall Herrgott“, der öffentlich bekannt wurde und ein entsprechendes Presseecho auslöste, vgl. die Dokumentation bei: Ehberger, Kabinett Hoffmann II, Teil 1, 237-241 (Anm. 8 und 21).

¹⁶⁸⁰ Vgl. die Korrespondenz in MA 102 774 und die Ministerratssitzung vom 7.10.1919, TOP III (MA 99 544).

¹⁶⁸¹ Möhl hatte Hoffmann schon am 26.6.1919 (BayHStA, Abt. IV, RwGrKdo IV Nr. 24) darauf hingewiesen, dass eine etwaige Amnestie das Ansehen der Regierung massiv beeinträchtigen würde und wiederholte diese Warnung am 27.8.1919 (Möhl an Reichswehrbefehlshaber Bayern; MKr 11 487), da eine Begnadigung von Straftätern in der Öffentlichkeit als falsches Signal betrachtet werden würde.

Reichswehroffizieren bei den Pro-Arco-Demonstrationen im Januar zu berichten.¹⁶⁸² Angesichts dessen war es auch dann auch wenig überraschend, dass die eigentlich jede Woche vorgesehenen Konsultationen zwischen Hoffmann und Möhl erst mit einiger Verzögerung aufgenommen wurden und nur in größeren Abständen stattfanden; das gegenseitige Verhältnis war einfach zu schlecht.¹⁶⁸³

Besaß die Staatsregierung jedoch wie gesagt keine effektive Handhabe gegen die Alleingänge Möhls, ließ sich Polizeipräsident Pöhner indes auch davon kaum beeindruckt und fiel nach Abschluss seiner Einarbeitungsphase ebenfalls zunehmend durch Eigenmächtigkeiten auf. Zählte hierzu bereits die fristlose Entlassung eines Polizeiassistenten¹⁶⁸⁴ wegen parteipolitischer Tätigkeit – der Mann hatte lediglich ein USPD-Flugblatt an zwei Kollegen weitergegeben –, forderte Innenminister Endres nachdrücklich Erklärungen, als die Polizei bei rechtsgerichteten Demonstrationen nur recht zögerlich einschritt und bei den Ausschreitungen nach der Urteilsverkündung gegen den Eisner-Attentäter Arco keine einzige Verhaftung vorweisen konnte.¹⁶⁸⁵ Pöhner musste also Bericht erstatten, räumte dabei jedoch keine Fehler ein, sondern vereidigte das eigene „besonnene und umsichtige Vorgehen“¹⁶⁸⁶ und erbat sich explizite Weisung, wenn die Polizei in Zukunft bei Kundgebungen schärfer agieren solle – dies würde dann natürlich auch bei anderen Veranstaltungen gelten.

Und auch Gustav von Kahr ließ die eigentlich gebotene Zurückhaltung gegenüber seinen Vorgesetzten zunehmend vermissen, wenn er den Beschluss des Kabinetts¹⁶⁸⁷, in allen Regierungsbezirken Aufklärungsversammlungen für die Bauernschaft abzuhalten, einfach nicht umsetzte und Landwirtschaftsminister Freyberg stattdessen in seiner

¹⁶⁸² Vgl. Ministerratssitzung vom 30.1.1920, TOP X (MA 99 515).

¹⁶⁸³ Ministerpräsident Hoffmann hatte mit Reichswehrminister Noske bereits bei dessen Besuch zur Abschiedsparade der Bayerischen Armee die Abhaltung solcher Besprechungen vereinbart (Hoffmann an Reichswehrministerium vom 27.8.1919), erst am 23. Oktober wurde hierfür jedoch ein regelmäßiger Termin festgelegt (Rundschreiben Prager vom 23.10.1919). Beide Dokumente in BayHStA, Abt. IV; RwGrKdo IV Nr. 54.

¹⁶⁸⁴ Vgl. Ministerratssitzung vom 23.1.1920, TOP VIII (MA 99 515) sowie die Antwort des Innenministeriums auf eine diesbezügliche Anfrage des USPD-Abgeordneten Blumtritt (Verh. Landtag 1919/20, Beil. Bd. III, Beilage 920). Huber wurde schließlich im Dienst belassen, was Landeskommandant Möhl daraufhin in einem Schreiben an das Innenministerium vom 5.2.1920 (Heinz Hürten (Bearb.), Zwischen Revolution und Kapp-Putsch. Militär und Innenpolitik 1918-1920 (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Zweite Reihe 2), Düsseldorf 1977, Dok. 170) scharf kritisierte.

¹⁶⁸⁵ So die Ausführung von Minister Endres in der Ministerratssitzung vom 23.1.1920, TOP III (MA 99 515).

¹⁶⁸⁶ Pöhner an Endres vom 22.1.1920 (MInn 66 252).

¹⁶⁸⁷ In einem Rundschreiben an alle Kreisregierungen, Bezirksämter und Kommunalverbände vom 27.10.1919 (ML 1221) forderte das Gesamtministerium die Behörden auf, vor Ort Aufklärungsversammlungen – insbesondere für die Bauernschaft – abzuhalten, um alle Möglichkeiten auszuschöpfen, die kritische Lebensmittelversorgung zu verbessern und der „gesunkenen Autorität“ der staatlichen Institutionen zu begegnen.

schriftlichen Antwort¹⁶⁸⁸ fast darüber belehrte, weshalb dies aktuell nicht in Frage kommen könne: Der Landbevölkerung mangle es nicht an Aufklärung über ihre Ablieferungspflichten, sie spüre vielmehr die „auseinanderstrebende Unstimmigkeit im Schoße der Staatsregierung“ und habe die Bevorzugung der streiklustigen Arbeiterschaft in den Städten satt. Die „Staatsminister“ – von Kahr selbst mit provokanten Anführungszeichen versehen – sollten stattdessen endlich aufhören, „parteilpolitische Reden“ für ihre Klientel zu halten und den Anliegen aller Bevölkerungsschichten „gleiches Wohlwollen“ entgegenbringen. Andernfalls sähen die Bauern eben keinen Anlass mehr, den Anordnungen „von oben“ nachzukommen, zumal die Staatsregierung ohnehin keine Macht mehr habe, ihre Beschlüsse gegen Widerstand durchzusetzen – das gleiche Prinzip galt offenbar auch für Kahr selbst. Daraufhin nahm Freyberg zwar den hingeworfenen Fehdehandschuh auf und machte Kahr sehr deutlich, dass niemand das Recht habe, seiner politischen Unzufriedenheit durch wirtschaftliche Erpressung Luft zu machen. Darüber hinaus übermittelte Freyberg allen Ministerien und Kreisregierungen eine Abschrift dieser Zurechtweisung¹⁶⁸⁹, ließ damit jedoch auch durchblicken, dass er nun die Zeit für ein Machtwort für gekommen hielt – in der Regel ein Zeichen für politische Schwäche. Von einem Notwinter und inneren Spannungen nachhaltig in die Defensive gedrängt, nahm der Respekt vor den Anordnungen und Entscheidungen der Staatsregierung eben einfach spürbar ab und wich zunehmend dem Eindruck einer politischen Führung, der die Kontrolle über die Situation zu entgleiten drohte. Zwar brachten sich öffentlich keine politischen Herausforderer für die gerade wenig reizvolle Aufgabe an der Regierung in Stellung, das Verhalten Möhls, Pöhners und Kahrs machten allerdings wohl auch den Ministern klar, dass sie nicht mehr in jeder Situation auf die Loyalität und die konstruktive Mitarbeit ihrer Untergebenen zählen konnten; auch ohne klar erkennbare politische Alternative agierte das innerlich geschwächte Kabinett somit zunehmend auf Abruf.

¹⁶⁸⁸ Note Kahr an Freyberg vom 10.11.1919 in ML 1333. Siehe auch das Zitat in Anm. 1057.

¹⁶⁸⁹ Freyberg an Regierung von Oberbayern vom 24.11.1919 (ML 1333), darin etwa die Passage: „Sind die Bauern mit den Leitern der derzeitigen Regierung nicht einverstanden, so steht es ihnen frei, durch ihre Vertreter in den Parlamenten und durch den Wahlzettel ihre Unzufriedenheit kund zu tun. [...] Geben die Bauern dagegen durch Nichterfüllung ihrer Ablieferungspflicht ihre Unzufriedenheit kund, so zerstören sie den Staat, die Gesamtheit und vernichten ihre und ihrer Kinder Lebensmöglichkeit und Zukunft.“

5.3 Das Versprechen von Ruhe und Ordnung: Expansion und bürgerliches Engagement in der Einwohnerwehr

Der Kontrast zu den Selbstschutzverbänden – insbesondere zur Einwohnerwehr – konnte somit kaum größer sein: Denn gab das politische Panorama im Winter 1919/20 generell tatsächlich wenig Anlass zu Optimismus, strahlte der „in frischem Zuge“¹⁶⁹⁰ befindliche Aufbau der Einwohnerwehr eben die Dynamik aus, die der sozialistischen Bewegung, aber auch den Parteien der Weimarer Koalition offenbar abhanden gekommen war. Der bereits nachgezeichnete Weg von einzelnen Ortswehren bis zur Gründung der Landesleitung der Einwohnerwehr stand hierfür sinnbildlich, die Expansion setzte sich jedoch auch in den Folgemonaten fort und wandte sich neuen Zielen zu: Vom Erfolg in der Auseinandersetzung um die Privatisierung des Selbstschutzes bestärkt, fokussierten sich Escherich, Kanzler und auch Kahr jetzt vor allem auf den inneren Ausbau des Einwohnerwehr-Verbunds und die längerfristige Sicherstellung seiner Finanzierung.

Gleich die Einwohnerwehr nämlich vorläufig eher einem Kooperationsbündnis mit hierarchischen Strukturen, das zudem ehrenamtlich geführt wurde, begann nun die schrittweise Weiterbildung zu einer Institution mit geregelten Zuständigkeiten und Arbeitsabläufen; die Einwohnerwehr erhielt also einen internen Verwaltungsapparat. Am leichtesten ist diese Entwicklung in der Landesleitung selbst nachzuvollziehen, die innerhalb weniger Monate eine Struktur von neun Abteilungen ausbildete: Denn begann Escherich im Oktober 1919 noch mit einem Team von drei angestellten Mitarbeitern, kamen wenige Wochen später bereits Referenten für die Pressearbeit, das Beschaffungswesen oder die Sanität hinzu, die mit bezahltem Personal besetzt wurden.¹⁶⁹¹ Die Bezeichnung Stabschef, die der ebenfalls neu engagierte Major Hermann Kriebel als Vorgesetzter aller Angestellten der Landesleitung erhielt¹⁶⁹², wurde also rasch mit Leben gefüllt; Kriebel hatte wohl auch nur unter dieser Bedingung zugesagt, da er es

¹⁶⁹⁰ So Endres in der Ministerratssitzung vom 13.9.1919, TOP V (MA 99 514).

¹⁶⁹¹ Bei Gründung der Landesleitung verfügte der neue „Stabschef“ Hermann Kriebel über zwei besoldete Mitarbeiter, seinen Stellvertreter Major *Alexander Siry* (1879-1961) (zur Biographie vgl. Hackl, *Kriegsakademie*, 526 f.) sowie den „Zeugwart“ Dr. Joseph Kern – einem Escherich persönlich bekannten Rechtspraktikanten aus Isen und ehem. Mitglied des Freikorps Epp (vgl. Georg Escherich, *Aus meinen Gästebüchern I*, pag. 150-154; NL Escherich 32) –, der die Kontakte zur Schützenbrigade 21 aufrechterhielt und vor allem für die Material- und Waffenbeschaffung zuständig war. Vgl. Schober, *Geschichte*, A VII, pag. 143 - HS 920.

Schon wenige Wochen später gliederte sich die Landesleitung dann in sieben Referate, die allerdings noch z. T. ehrenamtlich geleitet wurden (vgl. die „Stabseinteilungen“ in Schober, *Geschichte* - HS 921); der Mitbegründer des Bürgerrats München, Rechtsanwalt Mößmer (siehe S. 351), stand nun etwa der Rechtsabteilung vor.

¹⁶⁹² *Hermann Kriebel* (1876-1941) war Offizier und zwischen 1916 und 1918 Mitarbeiter im Stab Ludendorffs, zur Person Hackl, *Kriegsakademie*, 504.

als ehemaliger OHL-Mitarbeiter Ludendorffs und Angehöriger der deutschen Waffenstillstandskommission in Spa eigentlich nicht nötig hatte, jede beliebige Arbeit anzunehmen. Noch vor dem Regierungswechsel richtete die Landesleitung außerdem Abteilungen für Wirtschaft, „Betriebseinteilung“, „Haushalt und Kassen“ sowie für Rechtsfragen ein¹⁶⁹³ und publizierte ab Januar 1920 eine eigene Wochenzeitung „Heimatland“, für die zunächst Hauptmann Walter Schenk, ein Nachrichtenoffizier des Reichswehrgruppenkommandos verantwortlich zeichnete.¹⁶⁹⁴ Die allgemeine Expansion entwickelte also schnell eine eigene Logik und erschloss von sich aus neue Aufgabenfelder, an die kurz zuvor wohl noch niemand gedacht hatte.

Alle diese Aktivitäten und Mitarbeiterstäbe – Anfang März 1920 beschäftigte sogar schon die Stadtleitung München einen eigenen Geschäftsführer¹⁶⁹⁵ – nahmen gleichzeitig erhebliche Mittel in Anspruch und strapazierten rasch den knappen Finanzrahmen, den staatliche Zuschüsse und private Spenden eröffneten. Wollte man das Wachstum in diesem Tempo fortsetzen, musste also schnell eine Lösung gefunden werden, um Planungssicherheit zu schaffen und die Einwohnerwehr auf ein stabiles finanzielles Fundament zu stellen – eine Aufgabe wie maßgeschneidert für den Regierungspräsidenten von Oberbayern. Denn Gustav von Kahr erkannte in dem steigenden Finanzbedarf nicht nur ein drängendes Problem, der erfahrene Netzwerker sah darin auch eine gute Gelegenheit, die Einwohnerwehr in der bürgerlichen Elite zu verankern und so ihr Prestige zu steigern, wenn man die Attraktivität eines Engagements erhöhte und nicht nur als Bittsteller auftrat, der immer wieder um milde Gaben ansuchen musste.¹⁶⁹⁶ Das klang vielleicht leichter gesagt als getan, tatsächlich standen die Chancen für eine solche Strategie jedoch sehr gut – immerhin: Welcher um sein Image besorgte Spender würde etwa nicht gerne als Wohltäter einer Organisation gelten, die sich auf unpolitischer Basis für das Gemeinwohl einsetzte, die Überwindung des Bolschewismus anstrebte und für bayerische Traditionen stand? Ausgehend von diesem naheliegenden

¹⁶⁹³ Vgl. die zweite Referatseinteilung vom 13.2.1920 in Schober, Geschichte - HS 921.

¹⁶⁹⁴ Die erste Sitzung des Landesausschusses der Einwohnerwehr beschloss im Dezember die Publikation einer eigenen Zeitung (Sitzungsprotokoll: Schober, Geschichte, A X, pag. 197a - HS 920), das Blatt erschien ab Januar 1920 zunächst in einer Auflage von wenigen tausend Exemplaren, vgl. „Wochenzeitung der Einwohnerwehr Heimatland“, in: BStZ Nr. 24 vom 30.1.1920 und Kanzler, Bolschewismus, 192-198. Walter Schenk hatte zuvor als Kollege Karl Mayrs in der Nachrichtenabteilung des RwGrKdo IV gewirkt, vgl. Plöckinger, Unter Soldaten, 73 und wird in der Offiziersstellenbesetzung des RwGrKdo IV vom 29.9.1919 explizit als „Nachrichtenoffizier“ bezeichnet (BayHStA, Abt. IV, Stadtkommandantur 25).

¹⁶⁹⁵ Escherich bezeichnet am 4. März 1920 einen Hauptmann Fuchs als „Geschäftsführer der Stadtleitung München“ (Terminkalender Escherich, NL Escherich 6, Eintrag 4.3.1920).

¹⁶⁹⁶ Vgl. hierzu: Maria Christina Müller, Der Wehrverband als Bürgerpflicht? Mobilisierung und Militarisierung in der bayerischen Wirtschaftselite nach dem Ersten Weltkrieg (Augsburger historische Studien 2), Augsburg 2015.

Kalkül zeigte sich Gustav von Kahr deshalb auch entschlossen, den unübersichtlichen Wildwuchs beim Spendensammeln zu beenden und alle Anstrengen in einem Unterstützungswerk zu bündeln. Hatte Escherich dank seiner Kontakte nämlich bisher vor allem Mittel aus der Land- und Forstwirtschaft¹⁶⁹⁷ erhalten, fehlte es bislang an der koordinierten Werbung bei Industrie, Handel oder generell im städtischen Umfeld; die von befreundeten Vereinigungen, etwa dem Bürgerrat München oder dem Heimatdienst Bayern, veranstalteten Sammlungen¹⁶⁹⁸ boten hierfür keinen adäquaten Ersatz und wirkten aufgrund ihrer Tendenz zur Zersplitterung auch nicht nachhaltig.

Das von Kahr anvisierte Gemeinschaftswerk sollte dagegen allen Beteiligten zugutekommen: Neben seinem unmittelbaren Zweck, der Steigerung des Einwohnerwehr-Etats, bot es nämlich auch den potenziellen Spendern die Möglichkeit, sich als freigebige Wohltäter im Dienst der Allgemeinheit zu zeigen und den eigenen Namen in den Kreis der angesehenen Gönner einzureihen. Mittelfristig würde so eine Plattform von Unterstützern entstehen, die einem gemeinsamen Anliegen verpflichtet war und zudem den Charme der vertraulichen Zusammenarbeit ausstrahlte. Und natürlich konnte auch die Einwohnerwehr nur vom Prestige der in ihrem Namen engagierten Honoratioren profitieren: Getragen von einem solchem Umfeld würde man in einer ganz anderen Liga spielen und dem intuitiven Einwohnerwehr-Klischee, d. h. der Vorstellung einer Garde übermotivierter, von ihrer eigenen Bedeutung berauschten Kleinbürger, ein ganz anderes Bild gegenüberstellen.

Von solchen Überlegungen geleitet, ließ Gustav von Kahr deshalb seine Kontakte spielen und empfing am 17. November zehn „einflußreiche Münchner Herren aus Bank-, Kaufmanns- und Industriekreisen“, um mit ihnen den Aufbau einer allgemeinen „Finanzorganisation“ für den Selbstschutz zu besprechen; beteiligt waren unter anderem

¹⁶⁹⁷ Siehe etwa die Unterstützungszusage Horlachers (Anm. 1594) und die Unterstützer Escherichs beim Aufbau der Orgesch in Anm. 2292 und 2320.

¹⁶⁹⁸ So auch die zunächst geäußerten Bedenken Heinrich Roeckls bei Übernahme des Amtes als Landesschatzmeister: „Aus folgenden Gründen stehe ich jedoch der einzuleitenden Sammlung für die Einwohnerwehr zweifelnd gegenüber: Seit November 1918 wird von verschiedensten Seiten intensiv gesammelt, mit dem Motto ‚Hilfe gegen den Bolschewismus, Beseitigung der Räte-Diktatur usw.‘ In letzter Zeit ist es der Bürgerrat sowie insbesondere der Heimatdienst, welche große Summen für diesen Zweck aufbrachten. [...] Zunächst wäre es notwendig, Bürgerrat und Heimatdienst-Vertreter zusammen zu rufen und die bereits laufenden Sammlungen mit jener für die Einwohnerwehr zu vereinigen.“ (Roeckl an Kahr vom 21.11.1919; Bestand Einwohnerwehr 3, Akt 2).

Wie von Roeckl angeregt, erklärten Rudolf Mayer-Absberg für den Bürgerrat und Eugen Zentz für den Heimatdienst Bayern dann auch die Beendigung ihrer eigenständigen Sammlungen und unterstützten fortan die Landessammlung, vgl. Kahr an Regierungspräsidenten vom 29.11.1919 (Bestand Einwohnerwehr 3, Akt 1b).

die Handwerks- und die Handelskammer sowie der Bayerische Industriellenverband.¹⁶⁹⁹ Die Runde einigte sich im Ergebnis darauf, alle bisherigen Spendenkampagnen und Einzelinitiativen einzustellen und an ihre Stelle eine gemeinsame „Landessammlung“ ins Leben zu rufen, die fortan alle Kräfte bündeln und als zweites Standbein der Einwohnerwehr dienen sollte. Hierzu mussten nun freilich prominente Persönlichkeiten mit gutem Beispiel vorangehen. Die Gründer der Landessammlung, die das eigene Konto übrigens zunächst unter dem Namen „Bund der Antibolschewisten“¹⁷⁰⁰ anmeldeten, nahmen daher auch gleich die Personenauswahl vor und bestellten Heinrich Roeckl zum vorläufigen „Landesschatzmeister“.¹⁷⁰¹ Roeckl, ein überregional renommierter Handschuhfabrikant und langjähriger Hoflieferant der Wittelsbacher, bürgte mit seiner unternehmerischen Erfahrung und seinen weit reichenden Beziehungen für ein gutes Anlaufen des Projekts. Auch an einen Stellvertreter war bereits gedacht, allerdings ging der zunächst ins Auge gefasste MAN-Direktor Ernst L. Eppner hierauf nicht ein, weshalb dann Gabriel Sedlmayr, der Vorstand der Spaten-Brauerei, einsprang und das Amt übernahm.¹⁷⁰² Kahr stellte derweil die Genehmigung des Innenministeriums für die öffentliche Sammlung sicher und ersuchte die anderen Regierungspräsidenten, die Aktion nach Kräften zu unterstützen.¹⁷⁰³ Ein breiteres Forum bot schließlich der eigens gebildete Landesfinanzausschuss¹⁷⁰⁴, dem sowohl die Aufsicht über die Landessammlung als auch die Einwohnerwehr-Financen im Allgemeinen übertragen wurde: Dem Gremium gehörten neben Escherich, Kanzler und Roeckl alle Kreishauptmänner und die Leiter der Sammlungen in den Regierungsbezirken an; Kahr wurde hingegen in Anerkennung seiner

¹⁶⁹⁹ So Kahr in einem Schreiben an die anderen Regierungspräsidenten vom 29.11.1919 (Bestand Einwohnerwehr 3, Akt 1b), in dem er seine Kollegen um Unterstützung der eingeleiteten Landessammlung bat und sie von der eingeholten Zustimmung des Innenministeriums in Kenntnis setzte. Vgl. Schober, Geschichte, B V, pag. 8-14 - HS 922.

¹⁷⁰⁰ Vgl. die undatierte Vormerkung Escherichs (gegen Ende 1920) in Bestand Einwohnerwehr 1, Akt 6: „Es wurde damals beschlossen, die Sammeltätigkeit der Reichswehr, Polizeiwehr, E.W., des Heimatdienstes und Bürgerrats zu zentralisieren und zusammenzufassen in der Sammlung für den ‚Bund der Antibolschewisten‘ (B.d.A.).“ Dieser Titel wurde jedoch bereits wieder bei der Sitzung des Landesfinanzausschusses am 16.2.1920 aufgegeben (Niederschrift in Bestand Einwohnerwehr 3, Akt 5).

¹⁷⁰¹ Vgl. das Annahmeschreiben Roeckls in Anm. 1698. Zur Biographie von *Heinrich Roeckl* (1867-1950) vgl. die Angaben bei Krauss (Hg.), Kommerzienräte, 623 f.

¹⁷⁰² Eppner nahm das Angebot (Escherich an Eppner vom 18.2.1920; Bestand Einwohnerwehr 3, Akt 1c) mit Hinweis auf seine Arbeitsbelastung nicht an (Ouvrier an Escherich vom 21.2.1920; Bestand Einwohnerwehr 3, Akt 8), Sedlmayr erklärte sich am 14. März hierzu bereit (Bestand Einwohnerwehr 3, Akt 5).

¹⁷⁰³ Siehe Anm. 1698.

¹⁷⁰⁴ Im Landesauschuss kamen die Kreisleiter und die Vertreter der Kreissammlung (für Schwaben etwa der Textilfabrikant Dr. Walter Clairmont, für Oberbayern Kommerzienrat Eugen Zentz) mit der Landesleitung zusammen, vgl. das Protokoll der ersten Sitzung am 16.2.1920 in Bestand Einwohnerwehr 3, Akt 5 sowie Kanzler, Bolschewismus, 200.

besonderen Verdienste am 16. Februar zum außerordentlichen Mitglied des allgemeinen Landesausschusses gewählt.¹⁷⁰⁵

Dem Eingang der ersten Spenden stand somit nichts mehr im Weg, wobei die Resultate die Erwartungen wohl schnell übertrafen: Tatsächlich konnten die verbuchten Zuwendungen den regulären Einwohnerwehr-Etat schon nach einem halben Jahr mehr als verdoppeln, d. h. die Organisation finanzierte sich bereits im Juni 1920 mehrheitlich aus privaten Mitteln und war nicht mehr allein von staatlichen Geldern abhängig; konkret standen den im Staatshaushalt 1919/20 eingeplanten 3,5 Millionen Mark zu diesem Zeitpunkt vier bis fünf Millionen Mark aus der Landessammlung gegenüber.¹⁷⁰⁶ Nach ihrer weitgehenden institutionellen und politischen Emanzipation erreichte die Einwohnerwehr jetzt also auch eine größere finanzielle Selbständigkeit gegenüber den Behörden und konnte damit auch in dieser Hinsicht zunehmend als Verkörperung des Selbstschutzes auftreten: Man stand jederzeit bereit, um die Bürger mit oder ggf. auch ohne staatliche Hilfe gegen „Putsche“¹⁷⁰⁷ und andere Bedrohungen des inneren Friedens zu verteidigen.

Führt man sich diesen schrittweisen Gewinn von politischen Terrain vor Augen, schien somit gerade die erst verspätet gegründete Einwohnerwehr Bayern einen Weg gefunden zu haben, das in seiner Grundtendenz eingängige, aber doch reichlich unscharfe Schlagwort des Selbstschutzes zu einer konkreten politischen Agenda zu verdichten und gleichzeitig den Beweis ihrer praktischen Umsetzbarkeit anzutreten: Auf die sog. Privatisierung und den schrittweisen Einbezug maßgeblicher gesellschaftlicher Gruppen folgte nun die Konsolidierung einer eigenen finanziellen Basis. Das Prestige des „bayerischen Weges“ nahm deshalb über die Grenzen des Freistaats hinaus rasch zu und Georg Escherich konnte im Januar bei einer Tagung der Reichszentrale der Einwohnerwehren mit Stolz und Selbstbewusstsein auftreten.¹⁷⁰⁸

¹⁷⁰⁵ Die Wahl erfolgte mit Hinweis auf die „außerordentlichen Verdienste, die Dr. v. Kahr bei Gründung und durch unablässige weitgehendste Förderung der Einwohnerwehren Bayerns sich erworben habe“ (so im Protokoll vom 16.2.1920 in Bestand Einwohnerwehr 3, Akt 5), Kahr nahm die Wahl am 20. Februar an (Bestand Einwohnerwehr 3, 1c).

¹⁷⁰⁶ Verh. Landtag 1920/21, Beil. Bd. I, Etat des Staatsministeriums des Innern. Nach dem Bericht Heinrichs Roeckls in der Landesausschusssitzung am 2. Juni 1920 hatte die Sammlung innerhalb eines halbes Jahres ca. 5 Millionen Mark ergeben (Schober, Geschichte, A XV, pag. 344 - HS 920; Sitzungsprotokoll, pag. 33); der Heimatdienst Bayern und der Bürgerrat erhielten hieraus nun Mittel zugewiesen, die Abhängigkeitsverhältnisse hatten sich also umgekehrt.

¹⁷⁰⁷ Um auf den Ausbruch von Unruhen vorbereitet zu sein, versandte die Landesleitung Ende Februar 1920 sogar ein vorgedrucktes Plakat zum Aufruf der lokalen Einwohnerwehren mit leerer Datumszeile und der Textzeile: „Spartakus will den Kampf. Es soll ihn haben! Das Maß ist voll.“ (Bestand Einwohnerwehr 13).

¹⁷⁰⁸ Vgl. Bericht von der 2. Tagung der deutschen Einwohnerwehren am 20. und 21. Januar 1920 in Berlin, [Berlin 1920]; Schober, Geschichte, A XI, pag. 208-215 - HS 920.

6. Die Revolution ist vorbei: Die politische Situation Anfang 1920

Von welcher Seite man die Entwicklung also auch betrachtete, es blieb insgesamt kein Raum für Zweifel: Die politische Konstellation hatte sich Anfang 1920 grundlegend geändert und machte es wahrscheinlich, dass auch bald ein tatsächlicher Machtwechsel eingeläutet werden würde, der der neuen Lage Rechnung tragen musste – auch ohne den plötzlichen und unerwarteten Umbruch im Kapp-Putsch war die Zeit dafür reif. Der in der Hinführung zu diesem Kapitel noch als paradox bezeichnete Wandel Kahrs vom frustrierten königlichen Beamten im revolutionären Freistaat zum Ministerpräsident eben dieses Freistaats Bayern gewinnt damit zunehmend an Konturen: Als maßgeblicher Hintergrund zeichnet sich im Lichte der gewonnenen Erkenntnisse kein grundlegender Gesinnungswandel, sondern der schrittweise Durchbruch eines gegen „die“ Revolution gerichteten Zeitgeistes ab.

Als bekanntes Sinnbild stehen hierfür im bayerischen Kontext vor allem der Verlauf und die Folgen des Prozesses¹⁷⁰⁹ gegen den Eisner-Mörder Graf Arco: Denn hatten im Februar 1919 noch alle Lager ihre Abscheu über den politischen Mord betont, erschien die Stimmung, als es Mitte Januar 1920 nach mehrfacher Verschiebung zum Prozess kam, erheblich verändert. Nun wurde der Angeklagte von vielen schon fast als eine Art Tyrannenmörder betrachtet, der ohne Rücksicht auf persönliche Konsequenzen zur Tat geschritten war, um – vielleicht irregeleitet, aber aus ehrenhaften Motiven – dem Vaterland einen Dienst zu erweisen und dementsprechend ein Vorbild an Mut und Opferbereitschaft darzustellen schien. Als der 23jährige Leutnant im Prozess dann auch noch alles sofort eingestand, keine Ausflüchte gebrauchte und auch nicht um Gnade bat, d. h. dem Bild eines furchtlosen Streiters für eine größere Sache entsprach, war die Begeisterung in der „nationalen“ Öffentlichkeit groß und selbst der Staatsanwalt attestierte dem jungen Mann „wahre, tiefe, innerlich wurzelnde Vaterlandsliebe“.¹⁷¹⁰ Nach Verkündung des unausweichlichen Todesurteils kam es schließlich zu Demonstrationen für Arco vor dem Justizpalast¹⁷¹¹, während an der Universität die große Mehrheit der Studenten erst dann ihre heftigen Proteste¹⁷¹² beendete, als das Kabinett per

¹⁷⁰⁹ Vgl. die Presseberichte in BStZ Nr. 12 vom 16.1.1920 und Nr. 13 vom 17.1.1920 sowie (in Auszügen) Hitzer, Arco.

¹⁷¹⁰ Hitzer, Arco, 312 f.

¹⁷¹¹ BStZ Nr. 13 vom 17.1.1920.

¹⁷¹² Bekannt ist in diesem Zusammenhang vor allem die Unterbrechung einer Vorlesung des Soziologen Max Weber, vgl.: Joachim Schröder, Max Weber in Munich (1919/20). Science and Politics in the Last Year of his Life, in: Max Weber Studies 13 (2013), 15-37, hier: 31 f.

einstimmigen Votum die ergangene Strafe in lebenslängliche Festungshaft umwandelte – dabei hatte übrigens auch Justizminister Müller-Meiningen zu Protokoll gegeben, er würde sich „vor seinen Kindern schämen, einen Mann wie Arco ins Zuchthaus zu schicken.“¹⁷¹³ Die Umkehr der politischen Vorzeichen lag damit auf der Hand: Denn hatte noch vor Jahresfrist revolutionäre Arbeiter mit ihren Aktionen die Straßen beherrscht, war dort jetzt an einem Freitagabend – mitten im Ausnahmezustand – eine große Menge ganz gewöhnlicher Bürger zu sehen, die ihren Forderungen lautstark Ausdruck verliehen und auch nicht vor Auseinandersetzungen mit den aufgebotenen Sicherheitskräften zurückschreckten; die Übernahme von Aktionsformen des politischen Gegners erscheint hier besonders auffällig.

Weniger bekannt ist in diesem Zusammenhang indes, dass es sich bei diesen Ereignissen auch nicht um einen Einzelfall handelte, der vielleicht mit Hinweis auf die besonderen Umstände erklärt werden könnte. Schon Anfang März wurde vielmehr deutlich, welche Gruppen nun den Anspruch auf Wortführerschaft erhoben, als die sog. Deutschvölkische Arbeitsgemeinschaft zu Kundgebungen aufrief, weil jüdische Gemeinden – regulär auf die Bezugsmenge jedes Mitglieds verrechnete – Sonderzuteilungen von Mehl für das Backen von Osterbrot erhielten. Wie schon im vergangenen November¹⁷¹⁴ fand damit wieder eine antisemitische Demonstration vor der Feldherrnhalle statt, hatten sich die Aktionen damals jedoch im Umfeld des sonntäglichen Standkonzertes entwickelt, kamen die Teilnehmer nun auf explizite Einladung zusammen und forderten das Ende der Zuteilungen sowie die Beschränkung der Hochschulzulassung für Juden¹⁷¹⁵; eine Delegation der Protestierenden wurde sogar bei Innenminister Endres empfangen, der daraufhin vorschlug, die außerordentliche Ausgabe zu überprüfen.¹⁷¹⁶ Im Kontrast dazu hatten die 1918 noch sehr Aufsehen erregenden Arbeiterproteste gegen Unterernährung und Lebensmittelmangel offenbar vorerst an Kraft verloren und nahmen aktuell keinen wesentlichen Einfluss auf das politische Geschehen. So zog zwar nur wenige Tage nach der Kundgebung der Deutschvölkischen erneut eine Frauendemonstration¹⁷¹⁷ durch München, um Brot zu fordern, anders als vor der Revolution hatte dies jedoch keine erkennbaren Konsequenzen. Die Sicherheitskräfte riegelten stattdessen die

¹⁷¹³ Vgl. Ministerratsprotokoll vom 17.1.1920, TOP I (MA 99 515).

¹⁷¹⁴ Siehe Anm. 1671.

¹⁷¹⁵ Walter, Antisemitische Kriminalität, 62 f. Vgl. den Forderungskatalog der „Deutschvölkischen Arbeitsgemeinschaft“ in MInn 71 712.

¹⁷¹⁶ Ministerratssitzung vom 11.3.1920, TOP II; Protokoll in MA 99 514; Seipp, Ordeal of Peace, 238 f.

¹⁷¹⁷ Vgl. Seipp, Ordeal of Peace, 239-242 und Aulke, Räume der Revolution, 340 f.; die Demonstration wird bei Aulke allerdings inkorrekt den Ereignissen im Rahmen des Kapp-Putsches zugeordnet.

Theresienwiese und die Innenstadt weitgehend ab und erreichten so, dass nur ein Teil der Teilnehmerinnen das Ziel am Marienplatz erreichte und dort ein verwaistes Rathaus vorfanden. Die Polizei verbuchte ihre Strategie dementsprechend durchaus als Erfolg, der Dank von Präsident Pöhner ging dabei u.a. an die Zeitfreiwilligen, die inzwischen in der Lage waren, zwei Bataillone zur Unterstützung zu entsenden.¹⁷¹⁸

¹⁷¹⁸ Pöhner an Epp vom 12.3.1920 (BayHStA, Abt. IV, Bestand Schützenbrigade 21 Nr. 126).

VII. Der Übergangministerpräsident

A. Wendepunkt: Die Regierungsübernahme im Kapp-Putsch

1. Der historische Kontext: Der Kapp-Putsch als politische Weichenstellung

Ein Jahr nach der Revolution hatte sich die politische Stimmung freilich nicht nur in Bayern, sondern im ganzen Reich stark verändert: Blieben die Ereignisse um den Arco-Prozess und die Demonstrationen mit antisemitischer Stoßrichtung vorerst weitgehend ein bayerisches oder, präziser gesagt, ein Münchner Phänomen, dominierten die mit Empörung aufgenommenen Auslieferungsforderungen der Alliierten sowie die Kampagne gegen Finanzminister Erzberger die Schlagzeilen in ganz Deutschland; als eine Art Startsignal hatte der Auftritt der Generäle Hindenburg und Ludendorff vor einem Ausschuss der Nationalversammlung im November gedient, den beide dazu nutzen, die sog. Dolchstoßlegende erstmals amtlich zu Protokoll zu geben.¹⁷¹⁹ Besonders die ohnehin in sich gesplante Linke, aber auch die liberalen bürgerlichen Parteien hatten somit um die Jahreswende 1919/20 erkennbar an politischer Initiative eingebüßt und sahen sich jetzt im wachsenden Maße mit dem Vorwurf der sog. Erfüllungspolitik und dem pauschalen Verdacht der parlamentarischen Günstlingswirtschaft konfrontiert.

Radikale Kreise in der Reichswehr und aus dem Dunstkreis der ehem. Vaterlandspartei registrierten diese Entwicklung aufmerksam und sahen in dem Prestigeverlust der republikanischen Kräfte eine neue Chance: Sie etablierten die im Oktober 1919 gebildete „Nationale Vereinigung“ als gemeinsame Kontaktbörse und begannen auf dieser Basis, erste Pläne für ein aktives Vorgehen gegen die neue politische Ordnung zu schmieden.¹⁷²⁰

Die bei weitem noch nicht abgeschlossenen Vorbereitungen gerieten jedoch außer Kontrolle, als die Reduzierung der Reichswehr auf 100 000 Mann, eine von der Entente mit Nachdruck eingeforderte Vorgabe des Versailler Vertrags, schneller als von vielen erwartet akut wurde: Nicht zuletzt um Handlungsbereitschaft zu demonstrieren, verfügte die Reichsregierung bereits Anfang März 1920 die Auflösung erster Verbände und wählte dafür Einheiten aus, die sich u. a. bei der Niederschlagung der kommunistischen Aufstände des Vorjahres einen zweifelhaften Ruf erworben hatten.¹⁷²¹ General Lüttwitz,

¹⁷¹⁹ Pyta, Hindenburg, 406-410.

¹⁷²⁰ Thoß, Ludendorff-Kreis, 64-72.

¹⁷²¹ Gabriele Krüger, Die Brigade Ehrhardt (Hamburger Beiträge zur Zeitgeschichte 7), Hamburg 1971, 44-47.

der Kommandeur des Reichswehrgruppenkommandos I, sah damit eine rote Linie überschritten, stieß jedoch mit seinem Verlangen nach Rücknahme des Befehls und Ausschreibung von Neuwahlen bei Reichspräsident Ebert auf völlige Ablehnung; Reichswehrminister Noske stellte den General wegen dieses Verstoßes gegen die militärische Disziplin außerdem zur Disposition. Die eigene Pensionierung vor Augen, entschloss sich Lüttwitz dann, den Staatsstreich sofort auszulösen und mobilisierte zu diesem Zweck die in Döberitz stationierte Marinebrigade Ehrhardt. Der sog. Kapp-Lüttwitz-Putsch war also das Resultat eines übereilten und nicht abgestimmten Vorgehens und hatte so von Anfang an nur geringe Erfolgsaussichten.

Die nun folgenden Ereignisse sind bereits im Detail erforscht¹⁷²² und müssen deshalb hier nur in Grundzügen angedeutet werden: Die von Hermann Ehrhardt kommandierten Einheiten besetzten am Morgen des 13. März zwar ohne jeden Widerstand die Reichshauptstadt und ermöglichten somit die Proklamation von Wolfgang Kapp, einen der führenden Köpfe der vormaligen Vaterlandspartei, zum Reichskanzler. Die Putschisten konnten der nach Dresden und dann nach Stuttgart geflohenen Reichsregierung jedoch nicht habhaft werden und fanden darüber hinaus keine Politiker von Format, die sich zum Eintritt in eine neue Regierung bereit erklärten – Kapp und Lüttwitz hatten also nicht einmal eine Kabinettsliste vorbereitet. Die Beamtenschaft der Reichsbehörden hatte also gute Gründe, den Vollzug der nun erhaltenen Anweisungen zu verweigern, während der in weiten Teilen des Reiches einsetzende Generalstreik die Machtlosigkeit der neuen Machthaber für jeden sichtbar demonstrierte. Kapp und Lüttwitz versuchten daraufhin, mit einigen Landesregierungen und der rechtmäßigen Reichsregierung in Verhandlungen einzutreten, erkannten jedoch bald die Aussichtslosigkeit ihrer Lage und ergriffen am 17. März die Flucht aus Berlin.

Der dilettantische Coup war damit innerhalb von fünf Tagen völlig in sich zusammengebrochen, markiert jedoch aufgrund der von ihm ausgelösten oder beförderten Entwicklungen trotzdem einen Wendepunkt in der Geschichte der Weimarer Republik. Direkte Folge der missglückten Aktion war der Ausbruch eines großflächigen, zunächst gemeinsam von Unabhängigen und Kommunisten getragenen Aufstands im Ruhrgebiet,

¹⁷²² Die bis heute ausführlichste, allerdings weitgehend auf die Reichsebene konzentrierte Überblicksdarstellung ist: Johannes Erger, *Der Kapp-Lüttwitz-Putsch. Ein Beitrag zur deutschen Innenpolitik 1919/20* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 35), Düsseldorf 1967. Vgl. die umfassendere Bewertung der Vorgänge bei Heinz Hürten, *Der Kapp-Putsch als Wende. Über Rahmenbedingungen der Weimarer Republik seit dem Frühjahr 1920*, Opladen 1989; vgl. auch die Einleitung zur Quellensammlung: Erwin Könnemann (Hg.), *Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsch. Dokumente*, München 2002.

der im ganzen Reich eine massive Welle antibolschewistischer Propaganda nach sich zog und Anfang April mit bisher nicht gekannter Brutalität niedergeschlagen wurde.¹⁷²³ In längerfristiger Perspektive betrachtet, gelten die Ereignisse außerdem als wichtige Etappe beim vorläufigen Rückzug der Sozialdemokratie in ihre alte Rolle als Oppositionspartei sowie zur Umsetzung des Prinzips der sog. Entpolitisierung der Reichswehr in der Ära Seeckt.¹⁷²⁴

Im vorliegenden Zusammenhang ist es freilich besonders interessant, dass der Kapp-Putsch auch in mehreren deutschen Ländern eine nachhaltige politische Wende einläutete. Dokumentieren die Regierungswechsel in Bayern, Preußen und Sachsen¹⁷²⁵ schon rein äußerlich eine Neuorientierung, wird es häufig als besonders symbolträchtig eingestuft, dass ab März 1920 gerade die beiden größten Länder des Reiches in vielerlei Hinsicht unterschiedliche politische Wege beschritten¹⁷²⁶: Denn während das neue preußische Ministerium Braun-Severing in den Folgemonaten unter anderem resolute Schritte zur Erneuerung des Beamtenkörpers einleitete, präsentierte Ministerpräsident von Kahr den Freistaat bald stolz als stabile Ordnungszelle des Reiches, die indes aus heutiger Sicht zunehmend die Züge eines „Eldorados“¹⁷²⁷ der antidemokratischen Rechten annahm. Kam es auch deshalb in den frühen zwanziger Jahren immer wieder zu politischen Unstimmigkeiten zwischen Bayern und Preußen¹⁷²⁸, weisen die unterschiedlichen Entwicklungspfade der beiden Länder gleichzeitig nachdrücklich darauf hin, dass die häufig diagnostizierte, postrevolutionäre „Welle von rechts“¹⁷²⁹ keinem unausweichlichen Automatismus gleichkam, d. h. nicht zwangsläufig die

¹⁷²³ Vgl. etwa die Darstellung bei George Eliasberg, *Der Ruhrkrieg von 1920*, Bonn 1974; in diesem Sinne tat sich auch das Freikorps Epp in mehreren Kämpfen unrühmlich hervor, siehe Anm. 2402.

¹⁷²⁴ So auch die Analyse bei Hürten, *Kapp-Putsch als Wende*, 34-37.

¹⁷²⁵ Zum Regierungswechsel in Preußen vgl. Hagen Schulze, *Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung. Eine Biographie*, Frankfurt am Main 1977, 293-309; in Sachsen trat das Kabinett Gradnauer zurück (Katrin Keller, *Landesgeschichte Sachsen*, Stuttgart 2002, 268).

¹⁷²⁶ Der Vergleich der Entwicklung in Preußen und Bayern u. a. bei: Büttner, *Weimar*, 145 f.; Kolb, *Weimarer Republik*, 112; Heinrich August Winkler, *Weimar 1918-1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie*, München 1993, 131 oder Peter Longerich, *Deutschland 1918-1933. Die Weimarer Republik. Handbuch zur Geschichte*, Hannover 1995, 112.

¹⁷²⁷ Der Begriff wird bei Kolb, *Weimarer Republik*, 42 und auch bei Kershaw, *Hitler*, 219 verwendet; die Häufigkeit metaphorischer Formulierungen bei der Charakterisierung der sog. Ordnungszelle ist allgemein recht auffällig, vgl. auch „Tummelplatz“ (Peter Claus Hartmann, *Bayerns Weg in die Gegenwart. Vom Stammesherzogtum zum Freistaat heute*, Regensburg 2012, 479); „Schutzbürg“ (Winkler, *Weimar*, 131), „Mekka“ und „Zitadelle“ (Thoß, *Ludendorff-Kreis*, 146); Übernimmt man schließlich die Formulierung von Thomas Weber, entstanden unter der Regierung Kahr in Bayern „Biotope, auf deren fruchtbarem Boden radikale rechte Gruppen gediehen“ (Weber, *Wie Adolf Hitler*, 261).

¹⁷²⁸ In dieser Studie werden etwa die Unstimmigkeiten in Hinblick auf die Auflösung von Einwohnerwehr und Orgesch (siehe Kapitel VIII B) sowie die Affäre um eine vermeintliche Bspitzelung Bayerns durch Preußen (siehe den Bericht Weismann, Anm. 2946) angesprochen.

¹⁷²⁹ Kolb, *Weimarer Republik*, 38; Larry Eugene Jones, *German Liberalism and the Dissolution of the Weimar Party System 1918-1933*, Chapel Hill / London 1988, 55 spricht von einem „Rückschlag des Pendels“ (Kapitelüberschrift).

politische Linie der im März 1920 ins Amt gekommenen Regierungen bestimmen musste. Die Frage, inwieweit Gustav von Kahr und sein Umfeld die offensichtliche Neupositionierung Bayerns einläuteten bzw. konsolidierten, drängt sich insofern nur umso nachdrücklicher auf.

2. Forschungsparadigma und zeitgenössisches Schlagwort: Fragen an die „Ordnungszelle Bayern“

Der in Grundlagenwerken zur Geschichte der Weimarer Republik gerne gezogene Vergleich Bayern-Preußen trägt also zur Bewusstseinsklärung bei, bedarf jedoch auch einer gewissen Nuancierung: Er sollte etwa nicht überdecken, dass es zu kurz greifen würde, der politischen Entwicklung im Freistaat – z. B. in Abgrenzung zu Preußen – eine rein rückwärtsgewandte, d. h. reaktionäre Stoßrichtung zu attestieren. Tatsächlich wird schon vor einer näheren Betrachtung deutlich, dass das häufig skizzierte Idealbild der Ordnungszelle sowohl traditionelle als auch neuartige politische Tendenzen in sich vereint: Denn kehrte man einerseits unübersehbar zu vermeintlich bewährten Mustern wie einer Beamtenregierung im personellen und strukturellen Sinne¹⁷³⁰ zurück, stand der „Verbändestaat der Ära Kahr“¹⁷³¹ auch für veränderte politische Verhältnisse. So lag der Erhalt von Ruhe und Ordnung nun erklärtermaßen ganz wesentlich in Händen der Einwohnerwehr, einer nicht-staatlichen paramilitärischen Institution, die zumindest ihrem Anspruch nach von der Mehrheit des „ordnungsliebenden“ Volkes getragen wurde. Die vormals königlich bayerischen Beamten mussten sich außerdem den formalen Anforderungen der neuen parlamentarisch-demokratischen Verfassungsordnung stellen, d. h. ein belastbares Arbeitsverhältnis mit dem Landtag als Legislative und den politischen Parteien als Instanzen der politischen Willensbildung finden. Um den abermaligen politischen Umschwung in Bayern angemessen einordnen zu können, genügt es daher nicht, eher pauschal auf die gewandelte politische „Atmosphäre“¹⁷³² im Freistaat zu verweisen.

¹⁷³⁰ So wurden immerhin zwei der drei ausscheidenden SPD-Minister durch Beamte ersetzt (Andreas Kraus, *Geschichte Bayerns. Von den Anfängen bis zur Gegenwart*, München 2013, 672 spricht sogar von allen drei Ministern; Sozialminister Heinrich Oswald war jedoch kein Staatsbeamter, sondern wurde nach einer Laufbahn als Gewerkschaftssekretär 1919 zum politischen Staatsrat im Sozialministerium ernannt, vgl. zu diesem Amt nun Ehberger, *Kabinett Hoffmann II*, Teil 1, 40*-45*); Ansätze zu einer Rückbesinnung auf die strukturellen Prinzipien einer Beamtenregierung profilierten sich vor allem im Versuch, die Zuständigkeitsbereiche von Exekutive und Legislative wieder möglichst strikt zu trennen, siehe die Ausführungen in Anm. 2567.

¹⁷³¹ Thoß, *Ludendorff-Kreis*, 112.

¹⁷³² Richard J. Evans, *Das Dritte Reich*, Bd. 1: *Aufstieg*, München 2005, 270. Altendorfer und Schildt sprechen hingegen von einem „Treibhausklima“ (Altendorfer, Schäffer, 136; Axel Schildt, *Konservatismus in Deutschland. Von den Anfängen im 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, München 1998, 152).

Möchte man das gängige Narrativ und seine Grundlagen präziser erfassen, gilt es deshalb vor allem zu bedenken, dass es heute üblich ist, die Bezeichnung Ordnungszelle Bayern in erster Linie zur Charakterisierung eines historischen Zustandes, d. h. als rückblickende Diagnose, zu verwenden.¹⁷³³ Ein solches Verständnis wird jedoch nicht immer der Tatsache gerecht, dass die eingängige Wortschöpfung schon 1920 in aller Munde war, ja sogar von Kahr selbst geprägt wurde. In seiner Rede auf dem BVP-Landesparteitag am 1. Mai 1920 bezeichnete der neue Ministerpräsident Bayern bekanntlich als „Zelle [...] von der aus die Ruhe und Ordnung ihren Weg sich bahnen und erobern werden über weite Teile des Deutschen Reiches“¹⁷³⁴ und lieferte damit die semantischen Bausteine für einen politischen Schlüsselbegriff der folgenden Jahre. Freilich ist auch interessant, dass kein Nachweis ermittelt werden konnte, der den öffentlichen Gebrauch des Schlagwortes Ordnungszelle – das sowohl Parteigänger als auch Kritiker in ihrem Sinne instrumentalisierten – durch Kahr selbst belegen würde.¹⁷³⁵

Wie dem auch sei, der zitierte Apell sollte in der fraglichen Rede – schon das verwendete Futur lässt daran eigentlich keinen Zweifel – weniger dazu dienen, das selbstbewusst formulierte Leitbild als bereits verwirklichten Zustand zu postulieren, sondern in erster Linie dem festen politischen Vorsatz Ausdruck verleihen, in Bayern wieder „Ruhe und Ordnung“ nachhaltig zu etablieren. Mit dem Erreichen dieses Ziels verbanden die Worte Kahrs außerdem die Hoffnung, der Freistaat könne sich auf dieser Basis zum Auslöser und Bezugspunkt einer in die gleiche Richtung weisenden politischen Entwicklung im Reich entwickeln.¹⁷³⁶ Trifft dies zu, muss jede nähere Beschäftigung mit Bayern nach dem Kapp-Putsch dann aber dem Umstand Rechnung tragen, dass die Metapher

¹⁷³³ In diesem Sinne erfüllt der Begriff „Ordnungszelle Bayern“ heute vor allem die Funktion einer Epochenbezeichnung, d. h. dient als Überschrift für alle Versuche, die politischen Verhältnisse im Freistaat zwischen 1920 und 1924 im Überblick zu analysieren. Als Hauptmerkmale gelten in diesem Kontext eine strikt föderalistische Ausrichtung der Politik, eine meist inflexible Oppositionshaltung gegenüber den amtierenden Reichsregierungen, die Stilisierung des „Bolschewismus“ zum zentralen Feindbild, die Protektion oder stillschweigende Duldung von z. T. verbotenen Wehrverbänden bzw. ihrer Aktivitäten (Paramilitarisierung) sowie die einseitige Bevorzugung aller 'vaterländisch-nationalen' Kräfte und Tendenzen durch die Behörden (z. B. die Diagnose einer „auf dem rechten Auge blinden“ Justiz); der Begriff „Ordnungszelle“ selbst verweist schließlich auf ein ausgeprägtes Sendungsbewusstsein der politischen Protagonisten. Vgl. die entsprechenden Analysen und Charakterisierungen bei Karl-Ulrich Gelberg - Ellen Latzin, Ordnungszelle Bayern, in: Historisches Lexikon Bayerns [URL: <https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Ordnungszelle_Bayern>; zuletzt eingesehen am 7.3.2021]; Geyer, Verkehrte Welt, 112-117; Peter Longerich, Geschichte der SA, München 2003, 9-15; Deuerlein, Hitler-Putsch, 35 f.; Altendorfer, Schäffer, 135; Kershaw, Hitler, 219 f.; Richard Keßler, Heinrich Held als Parlamentarier. Eine Teilbiographie 1868-1924 (Beiträge zu einer historischen Strukturanalyse Bayerns im Industriezeitalter, Berlin 1971, 371.

¹⁷³⁴ ‚Eine Rede des Ministerpräsidenten‘, in: MZ Nr. 123 vom 4.5.1920.

¹⁷³⁵ In den Tagebuchaufzeichnungen und Erinnerungen wird die Bezeichnung „Ordnungszelle“ mit unverkennbarem Stolz eher als eine Art Ehrentitel für Bayern gewertet, ein eigener Anteil an der Verbreitung der Wortschöpfung jedoch nicht thematisiert (Kahr-Erinnerungen, pag. 488, 1086).

¹⁷³⁶ Siehe Anm. 1733.

Ordnungszelle Bayern 1920 ganz andere Assoziationen weckte als im Rückblick aus sicherer zeitlicher Distanz: Denn steht hinter dem Gebrauch der suggestiven Bezeichnung heute die Absicht, Bilanz über eine abgeschlossene politische Etappe zu ziehen und mit der Betonung des Kontrasts zwischen Anspruch und Wirklichkeit gerade auf die Elemente der unter Gustav von Kahr eingeleiteten Politik hinzuweisen, die aus rückblickender Sicht einen geordneten Abschluss der Transformation verhinderten, fungierte er in den zwanziger Jahren als politische Parole und symbolische Projektionsfläche, die darauf abzielte, bei Sympathisanten und Gegnern bestimmte Vorstellungen und Erwartungen zu wecken – es gilt somit, kompakt ausgedrückt, den Titel eines weitgehend anerkannten Forschungsparadigmas von einem historischen Schlagwort mit reklamatorischer Stoßrichtung abzugrenzen.¹⁷³⁷

Die praktische Relevanz dieser Differenzierung wird schnell deutlich, wenn man bedenkt, dass beide Verwendungsformen nicht nur jeweils einen anderen Fragehorizont eröffnen, sondern auch das Bewusstsein dafür schärfen können, dass jede Bewertung „Kahr-Bayerns“ nicht allein die bekannten Konsequenzen der politischen Entwicklung zum Maßstab nehmen darf, sondern auch die konkreten Hintergründe der beispielsweise vom Ministerpräsident veranlassten Maßnahmen, d. h. die dafür maßgeblichen Prämissen und Gestaltungsperspektiven, im Blick behalten muss – trotz ihrer zweifelsfreien Tragweite würde es also zu kurz greifen, Vorgänge wie die Bildung der Organisation Consul oder die Münchener Ursprünge der NSDAP bereits an sich als hinreichenden Beleg für eine reaktionär-antidemokratische Gesamttendenz der Regierungspolitik einzustufen.¹⁷³⁸ Schon um in diesem Sinne eine präzisere Herangehensweise zu gewährleisten, erscheint es deshalb zweckmäßig, die zentralen Erkenntnisinteressen der folgenden Abschnitte den zwei skizzierten Begriffsebenen zuzuordnen, sie also nach ihrer historisch-analytischen und ihrer programmatischen Grundausrichtung zu klassifizieren:

¹⁷³⁷ Die vorgenommene terminologische Dekonstruktion der „Ordnungszelle“ lässt sich freilich noch weiter verfeinern und entbirgt bei detailgenauer Betrachtung auch innerhalb der beiden Zeitschichten jeweils mehrere nicht deckungsgleiche Bedeutungsebenen: Stand das Bild der 'Ordnungszelle' in programmatischer Hinsicht nämlich sowohl für ein politisches Ideal wie auch für eine einer positiv bzw. negativ besetzte Projektionsfläche (mit entsprechender Eigenlogik der öffentlichen Debatte), gibt die Bezeichnung im Rückblick nicht nur einem bestimmten Zeitraum in der bayerischen Geschichte seinen Namen, sondern beinhaltet – im Gegensatz zu deskriptiven Epochennamen wie Erster Weltkrieg oder Reformation – gleichzeitig ein klares Werturteil über die politische Situation dieser Jahre (siehe die Auflistung entsprechender Merkmale in Anm. 1733).

¹⁷³⁸ Ein solches Denken neigt nicht nur dazu, vom historischen Ergebnis auszugehen, es betrachtet eingetretene Ereignisse auch allzu direkt als direktes Ergebnis politischer Gestaltung bzw. der Regierungspolitik; dabei ist in einer ergebnisoffenen Analyse natürlich stets die Frage zu klären, ob bestimmte Entwicklungen etwa durch die Regierung bewusst herbeigeführt oder auf andere Gründe zurückzuführen sind.

Aus der gewohnten Warte einer historischen Diagnose betrachtet, gibt das Bild der Ordnungszelle Bayern somit einerseits den Anlass, von Neuem abzuwägen, inwieweit die unter dieser Parole verfolgte Politik tatsächlich gezielt antidemokratisch ausfiel, ob die Aushöhlung des staatlichen Gewaltmonopols durch konkurrierende Instanzen auch unter der Regierung Kahr fortschritt oder in welchen Bereichen sich die von Kraus festgestellte „vollkommene Verwirrung aller Begriffe“¹⁷³⁹, d. h. eine Destabilisierung der politischen Bewertungsmaßstäbe, konkret manifestierte.

Versteht man die Ordnungszelle hingegen im zeitgenössischen Sinne als politisches Programm, zeichnet sich andererseits erst in aller Deutlichkeit ab, wie zurückhaltend bisher diskutiert wurde, worauf sich dieser doch äußerst selbstbewusst vorgetragene Anspruch überhaupt gründete, also welche Kreise sich der sog. Ordnungszelle zugehörig fühlten bzw. zugeordnet wurden oder weshalb eine solche Charakterisierung sowohl auf Befürworter als auch auf Kritiker so überzeugend wirkte – gerade eine Beschäftigung mit diesen, in wörtlichem Sinne grundlegenden Aspekten des Phänomens sollte schließlich auch Hinweise darauf geben, wie es dem neugewählten Ministerpräsidenten schon im Jahre 1920 gelingen konnte, zur symbolischen und politischen Leitfigur der bürgerlichen Rechte in Bayern aufzusteigen.

Wie die Anordnung der angesprochenen Themenkomplexe bereits andeutet, orientiert sich die Untersuchung hierbei abermals an dem in der Einleitung entwickelten analytischen Schema: Dient die biographische Grundkomponente der Studie deshalb im Folgenden dazu, das Wirken des nunmehrigen Ministerpräsidenten nachzuzeichnen und eine Bilanz seiner Regierungspolitik zu erstellen, zielt die Beobachtung von Verschiebungen im politischen Machtgefüge sowie des schrittweisen Wandels der politischen Kultur darauf ab, neue Erkenntnisse über strukturelle Merkmale und Entwicklungsdynamiken des sog. Systems Kahr zu gewinnen.

Dessen Aufbau ging dabei nicht abrupt, sondern in verschiedenen, aufeinander folgenden Etappen vonstatten, wobei sich der anschließende Abschnitt zunächst mit dem ersten halben Jahr der Ministerpräsidentschaft Kahrs beschäftigen wird: Der Horizont der Darstellung reicht also vorerst von der Regierungsübernahme in den Tagen des Kapp-Putsches bis zur öffentlichen Machtdemonstration der Selbstschutzverbände im Einwohnerwehrschießen Ende September und der kurz darauf eingetreten Verschärfung des Konflikts um ihre Auflösung. Diese im Nachhinein als Gründungsphase der sog. Ordnungszelle firmierende Zeitspanne ist deshalb von besonderem Interesse, da Bayern

¹⁷³⁹ Kraus, Geschichte Bayerns, 673.

den häufig diagnostizierten politischen Imagewechsel innerhalb dieser kurzen Frist praktisch vollzog und es auch Gustav von Kahr – durchaus wider Erwarten – gelang, sich als neuer Protagonist der bayerischen Politik zu etablieren. Primäres Anliegen einer näheren Rekonstruktion ist es deshalb, den für diese Entwicklung maßgeblichen Weichenstellungen nachzuspüren und sie in ihrer jeweiligen Tragweite einzuordnen. Auf diesem Ereignisgerüst aufbauend rückt die Darstellung zugleich einen Aspekt in den Vordergrund, ohne den das Bild der sog. Ordnungszelle Bayern überhaupt nicht denkbar ist, die Beziehungen und Verbindungen zwischen politischen Organisationen und Protagonisten.

Nimmt man hierbei vorerst den plötzlich in ganz neuen Bahnen verlaufenden Werdegang Kahrs näher in den Blick, geht es zunächst also darum, das nun primär von ihm verantwortete Regierungshandeln auf seine Motive und Effekte hin zu prüfen, d. h. zu verfolgen, in welchen Bereichen bzw. wie nachdrücklich der Ministerpräsident und sein Kabinett eigene politische Akzente setzen konnten. Versucht man diese Frage zunächst aus rückblickender Perspektive anzugehen, veranschaulichen die in sich widersprüchlichen Images der Regierung sogleich den Variantenreichtum der vorhandenen Deutungsangebote: Denn parallel zur kontroversen Sicht auf Gustav von Kahr selbst erwarb sich das neue Ministerium einerseits bald das Prestige einer entschlossenen Regierung, galt und gilt andererseits aber auch als Verkörperung des überraschend schnell wieder belebten Prinzips der politisch eher zurückhaltenden Beamtenkabinette.¹⁷⁴⁰

Sollte eher die erste Lesart zutreffen, bemühte sich das erste rein bürgerliche Länderministerium der Weimarer Republik dann auch darum, die eigene Tatkraft durch energische Maßnahmen unter Beweis zu stellen, um das revolutionäre Intermezzo mit einem spürbaren Kurswechsel auch demonstrativ hinter sich zu lassen? Stellte sich der Ministerpräsident, den Ruf des entschlossenen „starken Mannes“¹⁷⁴¹ auf diese Weise bestätigend, also sogleich an die Spitze der Bemühungen, die selbst entworfene Vision einer Ordnungszelle in die Tat umzusetzen? Oder entsprach die Rolle Kahrs eher dem Bild des „leicht austauschbaren Ministerpräsidenten“¹⁷⁴², der sich in Tradition der

¹⁷⁴⁰ In diesem Spannungsverhältnis steht etwa die Interpretation bei: Hinterberger, Unpolitische Politiker, 41-178.

¹⁷⁴¹ Vgl. Lebenserinnerungen von Heinrich Claß (1915-1933), pag. 636 (Bundesarchiv Berlin, NL Claß N 2368/3); Bezeichnung auch bei Kraus, Geschichte Bayerns, 674.

¹⁷⁴² So die späterer Einschätzung Hans Schmezles, vgl. Franz Menges, Hans Schmelzle. Bayerischer Staatsrat im Ministerium des Äußeren und Finanzminister. Eine politische Biographie mit Quellenanhang (Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 1), München 1972, 73.

Beamtenkabinette eher als erster Verwalter des Staates verstand und wie seine noch im Namen des Königs handelnden Vorgänger eher dazu neigte, politische Reformprojekte nur zögerlich voranzutreiben?

Gerade ein solches Urteil, sollte es sich denn bestätigen, müsste freilich auch in Rechnung stellen, dass verschiedene Unsicherheitsfaktoren den Spielraum für eine tatkräftige Inangriffnahme politischer Projekte möglicherweise ohnehin stark einschränkten: Welche Handlungsdynamik konnte etwa ein Beamtenkabinett, das von einer Drei- bzw. Vierparteienkoalition gestützt wurde, überhaupt entwickeln und wie viel Aufwand erforderte es in dieser Konstellation, die Basis der Zusammenarbeit immer wieder von Neuem zu stabilisieren sowie die internen Abläufe im Regierungsbündnis zu koordinieren? Benötigte Kahr nach der erstmaligen Übernahme politischer Verantwortung in leitender Funktion vielleicht auch selbst eine gewisse Zeit, um sich in seinem neuen Amt zu etablieren und um die Rolle des Koordinators und Gestalters effektiv auszufüllen? Und in welchem Ausmaß wurde die politische Agenda schließlich ohnehin von den Verpflichtungen des angetretenen politischen Erbes, konkreten Sachzwängen oder kurzfristig eintretenden Zwischenfällen dominiert, die die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich zogen und ggf. die eigentlich verfolgte Prioritätensetzung überlagerten?

3. Plötzlich Ministerpräsident: Der Kapp-Putsch als biographische und politische Zäsur
Die Darstellung der Regierungsübernahme Kahrs in den Tagen des Kapp-Putsches kann auf den vorgestellten Fragenkatalog natürlich noch keine Antworten liefern. Die recht verwickelten Ereignisse wurden zwar schon häufiger mehr oder weniger ausführlich gewürdigt, eine nähere Auseinandersetzung mit den Vorgängen erscheint dennoch aus mehreren Gründen unumgänglich.

Dies gilt einerseits in Hinblick auf den biographischen Werdegang Kahrs: So fällt auf, dass sich die vorhandene Forschungsliteratur¹⁷⁴³ häufig auf den umstrittenen Rücktritt des

¹⁷⁴³ Überblicksdarstellungen finden sich bei Thoß, Ludendorff-Kreis, 103-116 (mit Fokus auf die Vorgeschichte des Putsches); Kritzer, Sozialdemokratie, 156-163 (unter dem Titel „Der Kahr-Putsch“) und Hennig, Hoffmann, 425-449 (sehr ausführlich, allerdings auf die Vorgänge beim Sturz der alten Regierung konzentriert).

Weitere, z. T. selektive Schilderungen bei Tapken, Reichswehr in Bayern, 357-365; Kiiskinen, Deutschnationale Volkspartei, 76-83; Ludger Rape, Die österreichischen Heimwehren und die bayerische Rechte 1920-1923, Wien 1977, 33-38; Keßler, Held, 383-388; Weber, Wie Adolf Hitler, 254-260; Wächter, Epp, 72-75; Altendorfer, Schäffer, 117-119; Joachim Reimann, Ernst Müller-Meinigen senior und der Linkliberalismus in seiner Zeit. Zur Biographie eines bayerischen und deutschen Politikers (1866-1944) (Miscellanea Bavarica Monacensia 11), München 1969, 248-251; Nußer, Wehrverbände, 198-200; Diehl, Paramilitary Politics, 69-75; Koepp, Conservative Radicals, 113-121 sowie (tendenziös) Georg Franz-Willing, Ursprung der Hitlerbewegung, Preußisch Oldendorf ²1974, 83-89.

Kabinetts Hoffmann fokussiert, während die Verhandlungen zur Bildung einer neuen Regierung meist weniger Beachtung finden; gerade sie ebneten indes den Weg zur Ministerpräsidentenschaft Kahrs und markierten deshalb einer der zentralen Zäsuren im Leben des Protagonisten. Primäre Aufgabe einer Rekonstruktion der Kapp-Tage in Bayern sollte es also sein, besser zu verstehen, unter welchen Umständen der bisherige Regierungspräsident von Oberbayern die Bühne der Politik betrat, wobei einige bisher wenig beachtete Quellen¹⁷⁴⁴ dazu beitragen können, das bereits bekannte Bild weiter zu vervollständigen.

Die Geschehnisse verdienen jedoch auch deshalb eine genauere Betrachtung, da die Legitimität des ersten Regierungswechsels nach Verabschiedung der Bamberger Verfassung insgesamt unter Zweifel steht: Als Reaktion auf die – auch von Kahr – erhobene Forderung nach einer vorläufigen Übertragung der vollziehenden Gewalt auf das Militär war das von Johannes Hoffmann geleitete Vorgängerkabinett bekanntlich zurückgetreten; die neuere Literatur stuft diesen Vorgang praktisch unisono als „staatsstreichähnliche“¹⁷⁴⁵ Aktion ein. Kam Johannes Timm schon zwei Wochen später im Landtag zu einer ähnlichen Einschätzung der Lage und machte hierfür „frondierende Offiziere“¹⁷⁴⁶ verantwortlich, wird heute vor allem gegen die Einwohnerwehr und verbündete paramilitärische Kräfte der Vorwurf erhoben, im kritischen Moment die Maske der Neutralität fallen gelassen und eine eigene Agenda verfolgt zu haben¹⁷⁴⁷. War also das Kabinett der „Ordnungszelle“, zumindest aus rückblickender Sicht, von Anfang an mit einem schweren Makel behaftet? Und welche Rolle spielte Kahr, immerhin der entschiedenste Förderer der neuen Selbstschutzorgane, bei diesen Vorgängen persönlich? Im weiterführenden Sinne gedacht, dient die Rekapitulation der Ereignisse schließlich vor allem dazu, sie in ihrer Bedeutung über die „Iden des März“¹⁷⁴⁸ hinaus zu erfassen,

Einige Autoren (Steger, Berufssoldaten oder Prätorianer; Geyer, Verkehrte Welt) setzen die Ereignisse auch als bekannt voraus und verweisen auf die zitierte Literatur.

¹⁷⁴⁴ Hierzu zählen vor allem die Protokolle der DDP-Fraktion (Stadtarchiv München, NL Dirr 314), die Zeugenaussage von Handelsminister Hamm gegenüber Staatsanwalt Seidl (MHIG 375), der Artikel ‚Zur Bildung des neuen bayerischen Kabinetts‘ (in: Blätter der Bayerischen Mittelpartei Nr. 13 vom 30.3.1920, 50-54), ein vertrauliches Rundschreiben des BVP-Generalsekretärs Anton Pfeiffer vom 19.3.1920 (NL Kanzler 2) sowie eine von unbekannter Hand zusammengestellte Ereignischronologie der Schützenbrigade 21, die nur in stenographischer Schrift vorliegt (BayHStA, Abt. IV, Bestand Schützenbrigade 21 Nr. 154).

¹⁷⁴⁵ So die Charakterisierung bei Longerich, Deutschland 1918-1933, 112.

¹⁷⁴⁶ Zitat aus der Landtagssitzung vom 29.3.1920 (Verh. Landtag 1919/20, Bd. II, 812).

¹⁷⁴⁷ Vgl. etwa Wolfram Selig, Einwohnerwehren, in: Wolfgang Benz (Hg.), Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Vergangenheit und Gegenwart. Band 5, 228-230 („die Ablösung des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Hoffmann durch von Kahr, ihren Förderer und Beschützer, erzwangen“).

¹⁷⁴⁸ Kahr gebrauchte diese Bezeichnung häufiger für die Tage des Kapp-Putsches, etwa im Februar 1922 in einer Rede bei der Führertagung des Hochschulringes Deutscher Art auf Burg Hoheneck (Manuskript in NL Kahr 42).

d. h. erste Kriterien zur Beantwortung der in den Raum gestellten Fragen zu entwickeln: Denn selbstverständlich ist die in den folgenden Abschnitten angestrebte Analyse des politischen Wirkens Kahrs und seines Umfelds erst dann möglich, wenn Klarheit über die dafür maßgeblichen Ausgangsbedingungen besteht. Die Aufarbeitung der außerordentlichen Umstände der Regierungsbildung¹⁷⁴⁹ wird also auch dazu beitragen, die Gestaltungsspielräume und Problemlagen aufzuzeigen, mit denen das neue Kabinett zunächst konfrontiert war und es so ermöglichen, die politische Stellung des Ministerpräsidenten zur Zeit seiner Amtsübernahme realistisch einzuschätzen.

3.1 Spuren nach Bayern: Ein geplanter Staatsstreich?

Die Darstellung des ersten unter der Bamberger Verfassung erfolgten Regierungswechsels kann indes nicht mit dem Eingang der ersten Meldungen vom Berliner Putsch am Morgen des 13. März ihren Ausgang nehmen, sondern muss angesichts des von Albert Schwarz ausgesprochenen Vorwurfs, Kahr habe gemeinsam mit „außerparlamentarischen Kräften [...] zweifellos einen Hochverrat geplant“¹⁷⁵⁰, zumindest kurz auf die freilich nur schemenhaft erkennbare Vorgeschichte der Ereignisse eingehen. Zwar wird man wohl nie mit endgültiger Gewissheit feststellen können, ob Kahr selbst oder politische und militärische Entscheidungsträger aus seinem Umfeld im Voraus über Hinweise auf Putschplanungen verfügten; allerdings haben sich inzwischen doch genügend Anhaltspunkte ergeben, die bei einigen maßgeblichen Akteuren zumindest Gedankenspiele für einen möglichen Ernstfall erkennen lassen.

Besondere Beachtung verdienen in diesem Zusammenhang einige bislang kaum bekannte Gespräche¹⁷⁵¹ zwischen General von Möhl und führenden bürgerlichen Landtagsabgeordneten: Der Landeskommandant hatte u. a. Sebastian Schlittenbauer, Georg Hohmann und Robert Piloty zu persönlichen Unterredungen eingeladen und dabei

¹⁷⁴⁹ Auch das Tempo der Regierungsbildung – zwischen dem Rücktritt des Kabinetts Hoffmann und der Wahl des neuen Ministerpräsidenten liegen gerade einmal zwei Tage – lässt auf große Eile bzw. Hektik schließen und ist wohl nicht nur für die Weimarer Zeit rekordverdächtig.

¹⁷⁵⁰ Albert Schwarz, Die Zeit von 1918 bis 1933. Zweiter Teil: Der vom Bürgertum geführte Freistaat in der Weimarer Republik (1920-1933), in: Max Spindler (Hg.), Handbuch der bayerischen Geschichte. Viertes Band: Das Neue Bayern 1800-1970, München 1974, 454-517, hier 456.

¹⁷⁵¹ Zwar erwähnen die Biographie Hoffmanns (Hennig, Hoffmann, 426) und Wolfgang Zorn (Zorn, Bayerns Geschichte, 227) Unterredungen Möhls mit nicht genannten Landtagsabgeordneten der BVP: Bietet der Verweis Hennigs auf den Monatsbericht des RvGrKdo IV vom 9.2.1920 (Hürten, Militär und Innenpolitik 1918-1920, 332) hierfür jedoch keinen erkennbaren Beleg, verzichtet die Überblicksdarstellung Zorns generell auf konkrete Quellennachweise. Seine Information stammt daher möglicherweise aus dem Artikel ‚Bayerns Politik unter militärischer Leitung‘ (MP Nr. 73 vom 27./28.3.1920; der Artikel übernahm einen Bericht der Kölnischen Volkszeitung).

– von Schlittenbauer freilich bestritten¹⁷⁵² – seine Unzufriedenheit mit dem amtierenden Kabinett in ungewöhnlicher Offenheit zu erkennen gegeben. Wie nach den bisherigen Konflikten nicht anders zu erwarten, fiel dabei seine Kritik an Ministerpräsident Hoffmann, den er als „Feind der Reichswehr“¹⁷⁵³ einstuft, besonders harsch aus, während er Innenminister Endres die mangelnde Fähigkeit oder Bereitschaft attestierte, sich in wichtigen Fragen von seinem unbequemen Parteigenossen zu emanzipieren. Er wies deshalb seine Gesprächspartner darauf hin, dass vor allem die Ablösung dieser beiden Minister zeitnah erfolgen müsse und forderte sie auf, im Landtag im Sinne möglichst rascher Neuwahlen zu wirken. Hohmann und Piloty berichteten ihrer Fraktion am 10. März von diesem ungewöhnlichen Vorgang¹⁷⁵⁴ und fanden die volle Zustimmung ihrer Kollegen, dass derartige Einmischungen des Militärs in politische Angelegenheiten abzulehnen seien – konkrete Maßnahmen, etwa die Verständigung des sozialdemokratischen Koalitionspartners, wurden indes nicht in Erwägung gezogen. Nun wäre es zwar verfehlt, Gespräche dieser Art als direkte Putschvorbereitungen einzustufen – immerhin wandte sich Möhl mit seinem Anliegen an demokratisch gewählte Volksvertreter und schlug auch einen verfassungsgemäßen Weg zur Erfüllung des geäußerten Wunsches vor. Allerdings wird man dennoch nicht umhinkommen, ein solches Verhalten als zweifelhaften Versuch zu bewerten, die eigentlich zu besonderem politischen Takt verpflichtende Stellung eines Reichswehrkommandeurs zu nutzen, um frei gewählten Abgeordneten eine baldige Neubildung der Regierung nahelegen; General Möhl hatte sich also ein weiteres Mal als „politisierender General“ betätigt.¹⁷⁵⁵ Noch deutlicher belasten indes die u. a. bei Emil Julius Gumbel¹⁷⁵⁶ publizierten „Dokumente der Gegenrevolution“¹⁷⁵⁷ einige Offiziere der bayerischen Reichswehr sowie auch den BVP-Gründer Georg Heim. Die wahrscheinlich bei den Unterlagen des

¹⁷⁵² Vgl. die Gegendarstellung: Gegen eine Legendenbildung, in: Regensburger Anzeiger Nr. 144 vom 1.4.1920. (Verh. Landtag 1919/20, Bd. III, 61)

Schlittenbauer behauptete in seinem Dementi, er habe Möhl gemeinsam mit dem BBB-Abgeordneten Staedele etwa zwei Wochen vor dem Putsch gesprochen, allerdings nur zu Ernährungsfragen. Diese Darstellung ist jedoch nicht nur aufgrund der detaillierten Berichte Hohmanns und Pilotys in ihrer Fraktion wenig glaubwürdig; Möhl hatte sich laut Hohmann sogar zugutegehalten, dass Schlittenbauer bereits bei einer ähnlichen Unterredung „einen sehr verständigen Eindruck“ (Protokoll der DDP-Fraktionssitzung vom 10.3.1920, pag. 2 - NL Durr 314) gemacht habe.

¹⁷⁵³ Zitat in: Protokoll der DDP-Fraktionssitzung vom 10.3.1920, pag. 5 (Bericht Pilotys) in Stadtarchiv München, NL Durr 314.

¹⁷⁵⁴ Ebd.

¹⁷⁵⁵ General Möhl wollte diesen Eindruck freilich nicht so stehen lassen und veröffentlichte ein Dementi: ‚Eine Erklärung des Generals Möhl‘, in: MNN Nr. 125 vom 29.3.1920.

¹⁷⁵⁶ Emil Julius Gumbel, Verschwörer. Zur Geschichte und Soziologie der deutschen nationalistischen Geheimbünde 1918-1924, Frankfurt am Main 1984 (Erstausgabe Wien 1924), 51-59.

¹⁷⁵⁷ Die bei Gumbel abgedruckten Dokumente wurden unter dieser Überschrift erstmals in der MP vom 6.4.1920 veröffentlicht.

Führers der „Eisernen Schar“, des am 15. März 1920 bei Hamburg ermordeten Freikorpskommandanten Rudolf Berthold¹⁷⁵⁸, gefundenen Papiere dokumentieren drei konspirative Treffen: So kamen offenbar u. a. die später in den vaterländischen Verbänden aktiven Adolf Heiß und Hans Georg Hofmann am 23. Februar mit Hauptmann Berthold im Münchener Hotel Königshof zusammen und besprachen die Organisation eines „Schlages“, der wohl aus taktischen Gründen jedoch erst beim ersten Auftreten „bolschewistischer Anzeichen“ erfolgen sollte.¹⁷⁵⁹ Einen Tag später war Berthold zudem bei General von Schoch zu Gast, um gemeinsam die Bildung einer „Antibolschewistischen Liga“ zu besprechen, die offenbar die Öffentlichkeit auf eine baldige Wende einstellen sollte.¹⁷⁶⁰ Eine laut Gumbel von General von Lossow ausgearbeitete Denkschrift¹⁷⁶¹ stellt sogar die ins Auge gefassten militärischen und „zivilpolitisch-wirtschaftlichen“ Maßnahmen zusammen und teilt den präsumtiven Verschwörern ihre Aufgaben zu.

Erwecken diese Überlegungen, die Authentizität der Dokumente vorausgesetzt, freilich eher den Eindruck eines am Reißbrett erstellten, noch nicht ausgereiften Masterplans für eine Gegenrevolution¹⁷⁶², befand sich zumindest die Suche nach politischen Verbündeten schon im vollen Gange: So besuchten Hauptmann Berthold und Oberleutnant Kuhn bereits am 21. Februar Georg Heim in Regensburg, setzten ihn von den angedachten Vorbereitungen in Kenntnis und baten ihren Gesprächspartner, dazu Stellung zu nehmen. Mag bei der Schlussfolgerung „Herr Dr. Heim erklärt sich zur Bildung und Übernahme der Regierung bereit“¹⁷⁶³ dann auch mehr der Wunsch Vater des Gedankens gewesen sein, geriet der „Bauerndoktor“ angesichts der Enthüllungen jedoch immerhin in spürbare Verlegenheit: So räumte er in einer ersten Stellungnahme den Empfang der beiden

¹⁷⁵⁸ Die von Hauptmann Rudolf Berthold im April 1919 zur Bekämpfung der Rätebewegung in Unter- und Oberfranken aufgebaute „Eiserne Schar“ sollte im August 1919 eigentlich in die Reichswehr eingegliedert werden, beteiligte sich auf Initiative ihres – vor der Verabschiedung aus der Armee stehenden – Führers jedoch stattdessen an den Kämpfen deutscher Freikorps im Baltikum. Nachdem die Reichsregierung den Abbruch der Kampfhandlungen erzwungen und die Demobilmachung der Truppen eingeleitet hatte, standen Berthold und seine Männer, die wie andere „Baltikumer“ wohl auf die Zuteilung von Siedlungsland gehofft hatten, nun vor einer ungewissen Zukunft; die Gedankenspiele um einen Putsch gegen die vermeintlich treulose Reichsregierung sind in erster Linie vor diesem Hintergrund zu verstehen (zur „Eisernen Schar“ und zur Person Bertholds vgl. Korzetz, Freikorps, 99-104; zu den Kämpfen im Baltikum siehe Anm. 1640).

¹⁷⁵⁹ Gumbel, Verschwörer, 51 f.

¹⁷⁶⁰ Ebd., 53.

¹⁷⁶¹ Ebd., 56-58.

¹⁷⁶² Major Prager berichtete in Monatsbericht des RwGrKdO IV über die politische Lage vom 9.3.1920 (Hürten, Militär und Innenpolitik 1918-1920, 347) auch davon, dass die Eiserne Division in Franken eine „Werbetätigkeit“ begonnen habe und verwies auf die Verbreitung „unklare[r] Gedankengänge und unverständige[r] Pläne“, die aus der Reichswehr fernzuhalten seien.

¹⁷⁶³ Gumbel, Verschwörer, 51.

Offiziere zwar ein, bestritt jedoch, dass über Planungen zu einem Staatsstreich gesprochen worden sei und wollte sich lediglich an das Bestreben seiner Gesprächspartner, eine „Neuorientierung der Politik“ herbeizuführen, erinnern.¹⁷⁶⁴ Wirkt diese Formulierung schon recht ambivalent, wurde Heim im privaten Schriftwechsel – aber auch auf der Kreistagung der oberpfälzischen BVP¹⁷⁶⁵ – dann allerdings deutlicher und betonte, es sei ihm damals gelungen, Hauptmann Berthold von der Sinnlosigkeit eines Putsches zu überzeugen.¹⁷⁶⁶ Liegt in diesem Fall also tatsächlich ein Beleg für die Sondierungen aktivistischer Freikorpsmitglieder bei bayerischen Politikern vor, bestätigte Heim 1928 außerdem eine direkte Kontaktaufnahme der Kapp-Putschisten über Leutnant Karl Mayr, die er freilich nicht erwidert haben will.¹⁷⁶⁷ Wusste Jahre später auch Ludwig Gehre von derartigen Werbeversuchen zu berichten¹⁷⁶⁸, drangen die daraus resultierenden Gerüchte offenbar sogar bis zu Kronprinz Rupprecht vor, der daraufhin Georg Escherich und Gustav von Kahr vor einer Beteiligung an einem Putsch warnen ließ.¹⁷⁶⁹

Das Tagebuch¹⁷⁷⁰ des Landeskommendanten der Einwohnerwehr enthält indes nur einige vage Hinweise, weshalb der Kronprinz möglicherweise gerade Escherich und Kahr in diesem Sinne verständigte: So ist es immerhin auffällig, dass sich die beiden Adressaten am 12. Februar, also nur drei Wochen nach den Universitätskrawallen im Fall Arco, in

¹⁷⁶⁴ ‚Dokumente der Konterrevolution‘, in: Regensburger Anzeiger Nr. 151 vom 8.4.1920. Eine ganz ähnliche Formulierung gebrauchte übrigens auch Rudolf Kanzler in einer ‚Weisung nach Norden‘ vom 23. Februar 1920 (zitiert bei Koepp, Conservative Radicals, 113).

¹⁷⁶⁵ ‚Stellte fest, daß er diesen zur Überzeugung gebracht habe, daß ein Putsch der größte Fehler sei, der in Deutschland gemacht werden könne‘ (‚Kreisversammlung der Bayerischen Volkspartei für die Oberpfalz‘, in: Regensburger Anzeiger Nr. 160 vom 13.4.1920). Zur weiteren Klarstellung druckte der Regensburger Anzeiger auch die Erklärung Oberleutnant Kuhns (‚Dokumente der Konterrevolution‘, in: Regensburger Anzeiger Nr. 164 vom 15.4.1920).

¹⁷⁶⁶ Heim an Franziska Berthold vom 9.4.1920 (NL Heim 2413): ‚Ihre Mitteilung, daß er außer sich war über den Putsch, war mir eine Bestätigung dafür, daß er meinen Standpunkt geteilt hat. Ich habe ihm, wie er hier war, ausführlich begründet, warum ich jetzt ein derartiges Unternehmen für verhängnisvoll halte.‘

¹⁷⁶⁷ Georg Heim, Bayern und die Kapp-Wende, in: MNN Nr. 307 vom 10.11.1928.

¹⁷⁶⁸ Oberleutnant Ludwig Gehre – früher Anhänger der NSDAP, im Zweiten Weltkrieg mit Kontakten zu Widerstandskreisen und nach dem 20. Juli 1944 erhängt – berichtete Kahr am 23. April 1925, dass ‚in den Tagen vor dem Kapp-Putsch [...] öfters Offiziere a.D. nach München‘ gekommen seien, ‚um Leute für die Kapp-Organisation zu gewinnen‘ (Tagebuch Kahr 1925-27, pag. 204).

¹⁷⁶⁹ Dies geht aus den autobiographischen Aufzeichnungen Kronprinz Rupprechts hervor, vgl. Weiß, Kronprinz Rupprecht, 197.

¹⁷⁷⁰ Die einschlägigen Stellen im Terminkalender Escherichs lauten (NL Escherich 6):

Eintrag vom 14.1.1920: ‚Gegen 10 h dringend angerufen, daß Auto des Regierungspräsidenten Dr. v. Kahr unterwegs sei, um mich zu einer dringenden Sitzung abzuholen. Gleich darauf eintrifft Bischoff u. holt mich nach München ab. 12 h Sitzung im Regierungsgebäude: v. Kahr, v. Epp, v. Prager, v. Seißer, Frh. von Welsler, ec. Sicherheitsmaßnahmen, wenn Lage bedrohlich‘.

Eintrag vom 12.2.1920: ‚3 1/4 h Sitzung über Fragen der Zeitfreiwilligenauflösung, 6 1/4 h mit Hemmeter bei Exz. von Kahr‘.

Eintrag vom 4.3.1920: ‚11.15 h bei Exz. v. Kahr. Daran teilnehmen Oberst von Epp, Kanzler, Kriebel u. Pöhner. Innere Lage betreffend, Abwehr gegen roten Terror‘.

der Privatwohnung Kahrs mit dem Anführer der Studentenproteste, Walther Hemmeter, trafen, um mit ihm Möglichkeiten auszuloten, die Auflösung der Zeitfreiwilligenformationen zu verhindern.¹⁷⁷¹ Explizit mit dem Thema „Abwehr gegen roten Terror“ hatten sich außerdem zwei Sitzungen am 14. Januar und am 4. März befasst, an denen neben Kahr, Escherich und Oberst Epp weitere Vertreter der maßgeblichen Sicherheitsorgane, darunter Hans Ritter von Seißer, Hermann Kriebel und Ernst Pöhner teilnahmen; am 14. Januar war sogar der direkt in die Putschvorbereitungen involvierte Major Bischoff¹⁷⁷² erschienen. Ohne dieser Tatsache zu viel Bedeutung zumessen zu wollen, fühlte man sich wohl zumindest auf alle Eventualitäten gut vorbereitet und zog sicherlich auch aus dem Verlauf der zweiten Sitzung des Einwohnerwehr-Landesausschusses zwischen dem 10. und 12. März¹⁷⁷³ weitere Zuversicht.

3.2 Kalter Putsch aus dem Stand: Der Sturz der Regierung Hoffmann

Erscheint Kahr nach den vorhandenen Hinweisen somit keineswegs als Hauptbeteiligter einer möglichen Konspiration gegen die Regierung im Vorfeld des Kapp-Putsches¹⁷⁷⁴, spricht in jedem Fall vieles dafür, dass alle genannten Personen dann jedoch vom tatsächlichen Hergang der Ereignisse überrascht wurden. Denn als am Morgen des 13. März 1920, einem Samstag, plötzlich Nachrichten von einem beginnenden Umsturz in der Reichshauptstadt eintrafen, blieb in München zunächst alles ruhig. Die Leitungen der Reichswehr und der Einwohnerwehr hatten sich anscheinend auf ein gewöhnliches Wochenende eingestellt und standen der Berliner Kurzschlussreaktion weitgehend unvorbereitet gegenüber: Landeshauptmann Escherich und sein Stellvertreter Kanzler befanden sich beispielsweise überhaupt nicht vor Ort und mussten von Stabschef Kriebel um 9:30 Uhr erst per Telegramm von ihren dienstlichen Reisen zurückberufen werden.¹⁷⁷⁵

¹⁷⁷¹ Siehe Anm. 2399.

¹⁷⁷² Major Josef Bischoff war Kommandeur der „Eisernen Division“ im Baltikum und stand vor dem Kapp-Putsch in Kontakt mit der „Nationalen Vereinigung“ (prominente „Baltikumer“ bei Klaus Mies-Baron, Heinrich Himmler - Aufstieg des Reichsführers SS (1900-1933), Göttingen 2011, 148 f.); in einem späteren Artikel (abgedruckt bei Rosen, Orgesch, 83) stritt Escherich jede Verbindung der Orgesch zu Major Bischoff ab, wobei er betonte, er „kenne die frühere Tätigkeit diese[s] Herrn“.

¹⁷⁷³ Sitzungsprotokoll bei Schober, Geschichte, A XIII, pag. 242 - HS 920. Die Versammlung verabschiedete außerdem eine neue Satzung, die die Rolle der Einwohnerwehr neu definierte. Vgl. Rape, Heimwehren, 30 f., Kanzler, Bolschewismus, 254-259 (Anlage 22).

¹⁷⁷⁴ In diesem Zusammenhang ist freilich auch bemerkenswert, dass Kahr im Oktober ein Schreiben von Oberleutnant Kuhn erhielt, in dem dieser seinen „liebe(n) Freunden“ (so die Anrede) von der Einstellung des gegen ihn eingeleiteten Hochverratsprozesses berichtet und dies als „Triumph“ bezeichnet. Vgl. Oberleutnant Kuhn an Kahr vom 18.10.1920 in MA 102 382.

¹⁷⁷⁵ Kanzler, Bolschewismus, 54. Kriebel bestätigte diese Situation in der außerordentlichen Sitzung des Landesausschusses der Einwohnerwehr am 1. Juni 1920 (Schober, Geschichte, pag. 344 - HS 920; Sitzungsprotokoll, pag. 14: „die ganze Verantwortung auf ihm geruht habe“; „Die Ausgabe der Kapp-Erlasse diente zur Aufklärung“).

Die Emissäre der „Nationalen Vereinigung“ hatten es außerdem nicht für nötig befunden, den Bayerischen Landeskommandanten wenigstens über Mittelsmänner von den gehegten Plänen in Kenntnis zu setzen.¹⁷⁷⁶ Wollte er also nicht das unkalkulierbare Risiko eingehen, sich einer möglicherweise völlig hoffnungslosen Revolte anzuschließen, blieb General von Möhl angesichts der unübersichtlichen Sachlage im Grunde gar nichts anderes übrig, als gegenüber der amtierenden Staatsregierung eine loyale Haltung einzunehmen. In einer eilig einberufenen Ministerratssitzung¹⁷⁷⁷ brachte er deshalb zwar die Übertragung der vollziehenden Gewalt auf das Militär als zusätzliche Sicherheitsmaßnahme ins Spiel, äußerte aber auch keine Einwände, als sich Minister und Parteivertreter dafür aussprachen, vorerst auf diese Ultima Ratio zu verzichten. Der General versicherte zugleich, dass sich die bayerische Reichswehr nicht an dem Umsturz beteilige und bis zur Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung keine Befehle aus Berlin entgegennehmen werde.

Das Kabinett konnte somit die für den Fall drohender Unruhen vorgesehenen Maßnahmen ohne ersichtliche Störung einleiten: Alle Minister, der Landtagspräsident, die Fraktionsvorsitzenden und auch der Landeskommandant unterzeichneten zunächst einen von Staatssekretär Saenger und Abgeordneten Hübsch ausgearbeiteten Aufruf „An das bayerische Volk“, der die Bevölkerung von der einmütigen Verurteilung des Putschversuches in Kenntnis setzte und kurze Zeit später in der Stadt plakatiert wurde.¹⁷⁷⁸ Eine wenige Stunden später veröffentlichte Proklamation der drei süddeutschen Länder¹⁷⁷⁹ verlieh dieser Haltung Nachdruck und dokumentierte zusätzlich, dass die Putschisten im Süden des Reiches allgemein keinen Rückhalt zu erwarten hatten. Zur praktischen Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung wurden gegen Mittag außerdem die Einwohnerwehr und die Verbände der Zeitfreiwilligen mobilisiert, die fortan alle wichtigen Gebäude in München zu bewachen und etwaige Unruhen zu unterbinden

Kanzler hielt sich in Kufstein auf, um mit Tiroler Vertretern die Gründung einer Heimwehr zu beraten, siehe Anm. 2236.

¹⁷⁷⁶ Möhl war über diese Tatsache offenbar auch nachhaltig verärgert, worauf seine Mitteilung an Rudolf Kanzler vom 5.9.1929 („An mich hat sich, weder schriftlich noch mündlich, kein einziger dieser Agenten, aber auch keiner der Führer, nicht einmal General v. Lüttwitz gewendet“; gesamtes Schreiben abgedruckt in: Kanzler, Bolschewismus, 55) schließen lässt. Vgl. auch Tapken, Reichswehr in Bayern, 362.

¹⁷⁷⁷ Die Niederschrift der Ministerratssitzung, die um 9:30 Uhr begann, in MA 99 514. Zur Haltung von General Möhl vgl. auch die ergänzenden Schilderungen von Johannes Timm in Verh. Landtag 1919/20, Bd. II, 809.

¹⁷⁷⁸ Der vollständige Text bei Tapken, Reichswehr in Bayern, 357 f., ein entsprechendes Plakat in NL Hamm 58; der Entwurf des Aufrufes stammte laut Johannes Timm von Saenger und Hübsch (Verh. Landtag 1919/20, Bd. II, 809). Auffällig ist allerdings, dass der Fraktionsvorsitzende der Mittelpartei, Hans Hilpert, in der Unterzeichnerliste fehlt.

¹⁷⁷⁹ Vgl. Benz, Süddeutschland, 271 sowie auch die Pressekonferenz um 15 Uhr in MInn 73 822.

hatten.¹⁷⁸⁰ Die SPD-Landtagsabgeordneten Johannes Timm und Hans Dill begaben sich wiederum am Nachmittag in eine gemeinsame Konferenz der Münchener Parteileitungen von SPD, USPD und KPD mit den Vertretern der Betriebsräte und freien Gewerkschaften, um dort in mäßigenden Sinne auf die Beratungen einzuwirken: Tatsächlich stimmte die Mehrheit der Versammelten gegen neun Uhr abends dem Vorschlag zu, vorläufig auf die Erklärung eines Generalstreiks zu verzichten und stattdessen einem Aktionsausschuss die Vollmacht zu übertragen, bei einer Veränderung der Lage selbständig die notwendigen Beschlüsse zu treffen.¹⁷⁸¹

Alle Gruppen, die in Bayern mit dem Gedanken spielten, sich der „neuen Regierung“ in Berlin anzuschließen, waren also im Laufe des 13. März zunehmend ins Hintertreffen geraten: Denn hatten die Behörden innerhalb weniger Stunden auf die alarmierenden Meldungen reagiert und die wichtigsten Maßnahmen zur Beruhigung der Lage eingeleitet, musste sich der heterogene Kreis der oppositionellen Kräfte erst einmal formieren und dann möglichst schnell eine Einigung über geeignete Gegenmaßnahmen herbeiführen. Eine besondere und sicherlich unvermutete Schwierigkeit ergab sich darüber hinaus aus der Tatsache, dass Landeskommandant Möhl mit der Unterzeichnung des im Ministerrat beschlossenen Aufrufes das bayerische Reichswehrkontingent darauf verpflichtete, weiterhin die amtierende Staatsregierung zu unterstützen. Der Oberbefehlshaber der Streitkräfte hatte sich also öffentlich von den Berliner Putschisten distanziert und die verfassungsmäßige Reichsregierung anerkannt.

Es ist daher umso bemerkenswerter und wirft ein bezeichnendes Licht auf die tatsächlichen Kräfteverhältnisse, dass die Sympathisanten eines politischen Umschwunges trotz dieser Widrigkeiten sehr schnell das Heft des Handelns in die Hand bekamen und bereits am nächsten Morgen in der Lage waren, die Minister ihrerseits mit Forderungen zu konfrontieren. Soweit es sich erkennen lässt, trugen neben den obersten Führern der Einwohnerwehr die Vertreter der Zeitfreiwilligen, aber auch Offiziere der Reichswehr und die zivilen Staatskommissare zu dieser schnellen Wende bei; die Regierung hatte, im Nachhinein betrachtet, also ihre eigenen Gegner auf den Plan gerufen.

¹⁷⁸⁰ Kanzler, Bolschewismus, 54.

¹⁷⁸¹ Vgl. dazu die Schilderung Timm in der Landtagssitzung vom 29.3.1920 (Verh. Landtag 1919/20, Bd. II, 810); Timm bezog sich auch im Ministerrat (Sitzung vom 14.3.1920, Beginn 10 Uhr; MA 99 514) auf den Verlauf der Konferenz, wobei die Niederschrift von einem „einstimmigen Beschluß der einschlägigen Organisationen“ spricht. Vgl. auch die Darstellung im „Mitteilungsblatt der Generalstreikleitung“ vom 15.3.1920 (Exemplar in BayHStA, Abt. IV, Schützenbrigade 21 Nr. 153).

So war auch Gustav von Kahr bereits beim ersten Versuch, die Entwicklung in einer andere Richtung zu lenken, zumindest mittelbar beteiligt: In Abwesenheit seiner direkten Vorgesetzten fand sich Hermann Kriebel gegen Mittag des 13. März nämlich zunächst beim Regierungspräsidenten ein, um mit ihm die eingetretene Lage zu beraten.¹⁷⁸² Zwar sind die vorhandenen Andeutungen¹⁷⁸³ zum Verlauf des Gesprächs in sich widersprüchlich, das weitere Vorgehen Kriebels dürfte freilich kaum ohne die Zustimmung Kahrs erfolgt sein. Denn der Stabschef der Einwohnerwehr wandte sich nun direkt an General von Möhl und forderte ihn dazu auf, möglichst rasch die Übertragung der vollziehenden Gewalt auf seine Person zu erwirken; sei ein solcher Schritt bereits mit Blick auf eine einheitliche Führung der Wehrverbände erforderlich, machte Kriebel außerdem darauf aufmerksam, „dass die Stimmung in weiten Kreisen des Landes und damit der Einwohnerwehr derart wäre, daß kein besonderes Interesse an Unterstützung der Hoffmann-Regierung bestünde“¹⁷⁸⁴. Als einer der schärfsten Kritiker des Ministerpräsidenten konnte General von Möhl diese Einschätzung im Prinzip sicherlich nachvollziehen: Der Landeskommendant war dennoch nicht bereit, seine wenige Stunden zuvor abgegebene Erklärung auf einen isolierten Vorstoß hin zu widerrufen und lehnte daher das Ansinnen Kriebels in Anwesenheit von Major Prager ab.

Er hatte sich damit abermals auf eine zumindest abwartende Linie festgelegt und vertrat diesen Kurs auch in einer für vier Uhr Nachmittag einberufenen Versammlung der Münchener Standortoffiziere¹⁷⁸⁵: Die erstmalige Beratung der Situation in einem größerem Kreis verlief offenbar weitgehend reibungslos, die Darlegungen einiger Kameraden dürften Möhl jedoch auch verdeutlicht haben, dass er mit seiner Haltung zumindest in Teilen der Truppe Unmut erregte. Immerhin trägt der am Abend des 13. März erlassene Tagesbefehl¹⁷⁸⁶ bereits unverkennbar die Züge einer Rechtfertigung: Denn verweist das Dokument einerseits darauf, dass Putsche letztlich doch nur den

¹⁷⁸² So die Schilderung bei Kanzler, *Bolschewismus*, 54.

¹⁷⁸³ Die Schober-Chronik (Schober, *Geschichte*, A XIII, pag. 247 - HS 920) berichtet, Kahr habe Kriebel darauf hingewiesen, dass „durch die eigenartige Stellungnahme des Grupp. Kommdos die Angelegenheit in Bayern völlig verfahren sei“ und einer Kontaktaufnahme mit General Möhl zum Zwecke der Übernahme der vollziehenden Gewalt – auch um eine Bevollmächtigung von Innenminister Endres zu verhindern – zugestimmt. Demgegenüber spricht Schwend davon, Kriebel habe „den General v. Möhl und Dr. v. Kahr bezüglich der Haltung der militärischen Verbände unsicher gemacht“ (Schwend, *Bayern*, 152).

¹⁷⁸⁴ Kanzler, *Bolschewismus*, 54. Vgl. Diehl, *Paramilitary Politics*, 73.

¹⁷⁸⁵ Die Versammlung der Münchener Standortoffiziere wurde mehrfach im Ministerrat thematisiert: Wurde sie um 9:30 Uhr erst mit dem Landeskommendanten vorbesprochen, war die Konferenz am Abend offenbar gerade zu Ende gegangen, als Möhl verspätet zu einer weiteren Kabinettsitzung stieß und den Ministern von seinen Eindrücken berichtete (Protokolle der Sitzungen vom 13. März in MA 99 514).

¹⁷⁸⁶ Der Befehl ist bei Heinz Hürten (Hg.), *Die Anfänge der Ära Seeckt. Militär und Innenpolitik 1920-1922* (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Düsseldorf 1979, 5 vollständig abgedruckt).

„Parteien des Umsturzes“ zugute kämen, sah sich der Landeskommandant außerdem zu der Versicherung veranlasst, dass ein aktives Vorgehen gegen die hinter Kapp stehenden Truppenteile keinesfalls in Frage komme – die Soldaten müssten also nicht befürchten, durch einen derartigen Befehl in Gewissenskonflikte gestürzt zu werden.

In diesem Lichte betrachtet, sind daher zumindest Zweifel angebracht, ob Möhl dem um 18 Uhr abermals versammelten Kabinett¹⁷⁸⁷ nicht bewusst den unangenehmen Teil seiner Eindrücke vorenthielt: Zwar räumte der General bei dieser Gelegenheit ein, dass er die Stimmung der Zeitfreiwilligen noch nicht vollständig überblicken könne, sah darin jedoch keinen Grund, die optimistische Lagebewertung vom Vormittag abzuschwächen. Möhl betonte stattdessen auch auf Nachfrage, dass die Streitkräfte bereit seien, die demokratisch legitimierte Regierung „bedingungslos“ zu unterstützen und erachtete das Szenario einer putschenden Reichswehr in Bayern für weitgehend „ausgeschlossen“. Spielte bei diesen Äußerungen möglicherweise auch das Bestreben eine Rolle, die eigene Autorität vor den versammelten Ministern zu unterstreichen, entsprachen die abgegebenen Versicherungen freilich schon zu diesem Zeitpunkt nicht mehr den Tatsachen.

Denn als die Minister nach Ende der Sitzung auseinandergingen, waren die Absetzungsbewegungen von der offensichtlich zu zögerlichen Position des Oberbefehlshabers bereits in vollem Gange. Der Verlauf einer um 19:15 Uhr beginnenden Besprechung der bei der Schützenbrigade 21 stationierten Offiziere¹⁷⁸⁸ markierte einen ersten Schritt in diese Richtung: Oberst von Epp distanzierte sich bei dieser Gelegenheit explizit von der bisher eingenommenen Zurückhaltung und desavouierte damit den abwesenden Landeskommandanten vor den eigenen Untergebenen – ein schwerer Verstoß gegen die Prinzipien militärischer Disziplin. Die rückblickende Behauptung Oertzens, in der Stadt sei bereits das Gerücht kolportiert worden, Epp hege in Wirklichkeit die Absicht, den Platz seines unmittelbaren Vorgesetzten einzunehmen, erscheint vor diesem Hintergrund durchaus glaubwürdig.¹⁷⁸⁹

Eine Versammlung der in der Münchener Türkenkaserne zusammengezogenen Zeitfreiwilligen, die bekanntlich dem Kommando der Schützenbrigade 21

¹⁷⁸⁷ Die Niederschrift der Ministerratssitzung in MA 99 514.

¹⁷⁸⁸ Die Chronologie der Schützenbrigade 21 (BayHStA, Abt. IV, Bestand Schützenbrigade 21 Nr. 154) vermerkt für 19:15 Uhr: „Besprechung bei der Brigade (Kommandeur). Oberst von Epp stellt sich auf einen anderen Standpunkt als den, den Herr General Möhl eingenommen hat.“

¹⁷⁸⁹ Friedrich Wilhelm von Oertzen, Die deutschen Freikorps 1918-1923, München 1936, 379; Wächter, Epp, 74 hält den Bericht nicht für glaubwürdig, da für ein solches Gerücht „in den Akten jegliche Grundlage“ fehle.

unterstanden¹⁷⁹⁰, verlief dann wohl noch turbulenter: Denn hatten die vornehmlich studentischen Wehrmänner bereits mit Unwillen auf die scharfe Ablehnung der „neuen Regierung“ von offizieller Seite reagiert, steigerte die Genehmigung einer Kundgebung der USPD im Zirkus Krone am kommenden Vormittag die allgemeine Erregung in der Kaserne nochmals beträchtlich. Man fasste daher am späten Abend den Beschluss, General Möhl zur Übernahme der vollziehenden Gewalt aufzufordern, suchte – vermeintlich um „den Anschein jeglicher Disziplinlosigkeit zu vermeiden“¹⁷⁹¹ – jedoch zunächst um Rückendeckung für dieses Vorhaben.

In dieser Konstellation erwies es sich als entscheidend, dass die Landesleitung der Einwohnerwehr mit dem Eintreffen Escherichs gegen 23.30 Uhr ihre Handlungsfähigkeit endgültig wieder erlangt hatte. Die der Reichswehr formell nicht unterstellte Institution entwickelte sich nun zur Anlaufstelle der bisher zersplitterten oppositionellen Kräfte: Landeshauptmann Escherich und seine Mitarbeiter Kanzler und Kriebel konnten daher gegen Mitternacht¹⁷⁹² sowohl Oberst von Epp als auch die von Oberleutnant Hemmeter angeführte Abordnung der Zeitfreiwilligen in der Herzog-Max-Burg begrüßen¹⁷⁹³; die von der Zusammenkunft offenbar verständigten Gustav von Kahr, Ernst Pöhner und Hans Ritter von Seißer stießen etwas später hinzu. Die miteinander gut vertraute Runde einigte sich sodann gegen halb zwei Uhr darauf, gemeinsam zu Landeskommandant Möhl zu gehen und ihm ein „Ultimatum“¹⁷⁹⁴ zu überbringen. Dieser drastische, in einer

¹⁷⁹⁰ Siehe Anm. 1618.

Der in der Chronologie der Schützenbrigade (BayHStA, Abt. IV, Bestand Schützenbrigade 21 Nr. 154) vermerkte Satz „10-12 h: Besprechung in der Türkenkaserne mit den Zeitfreiwilligen“ und das gemeinsame Eintreffen in der Landesleitung der Einwohnerwehren (siehe Anm. 1793) legt sogar nahe, dass Epp auch bei dieser Versammlung anwesend war.

¹⁷⁹¹ Die Formulierung findet sich in einem Bericht des Zeitfreiwilligenführers Hemmeter vom 16.3.1920 (vollständiger Text bei: Hürten, Militär und Innenpolitik 1920-1922, 6-8), der das Verhalten seiner Verbände in den vorangegangenen Tagen rechtfertigen soll.

¹⁷⁹² Kanzler, Bolschewismus, 55 berichtet von einer Besprechung, die sich mit der Frage befasste, „ob Möhl nicht deshalb [Bezugnahme auf den von Möhl unterzeichneten Aufruf der Staatsregierung; M.B.] das Vertrauen der bewaffneten Macht verloren habe“ sowie „Schritte [erwog], die bei der Lage der Dinge sich notwendig zeigten“. Als Zeitpunkt der Unterredung ist jedoch offenbar aus Versehen der Mittag des 14. März angegeben, wobei aus der Gesamtschilderung der Ereignisse eindeutig hervorgeht, dass die mitternächtliche [!] Versammlung bei der Landesleitung der Einwohnerwehr gemeint ist (So geht Kanzler bereits einige Zeilen später auf den Beschluss der Versammlung ein, eine nächtliche Delegation zu General von Möhl zu schicken).

¹⁷⁹³ Nach der Darstellung in der Schober-Chronik (Schober, Geschichte, A XIV, pag. 249 - HS 920) traf Epp um 0:30 Uhr in Begleitung von General Schoch, den Zeitfreiwilligen Hemmeter und Thüngen (Bestätigung in Mies-Baron, Himmler, 134), Rittmeister Czermak u. a. in der Landesleitung ein.

¹⁷⁹⁴ Die stenographische Chronologie der Schützenbrigade 21 (BayHStA, Abt. IV, Bestand Schützenbrigade 21 Nr. 154) vermerkt für den Zeitraum zwischen 0 und 3 Uhr: „Besprechung bei der Landesleitung der Einwohnerwehr. Überbringung des Ultimatus an General Möhl durch Escherich, Kahr, Pöhner, Zeitfreiwillige(?)“.

Die Schober-Chronik (Schober, Geschichte, A XIV, pag. 250 - HS 920) begründet die Zuziehung Kahrs, Pöhners und Seißers mit der Absicht, den „Druck“ auf General Möhl zu erhöhen.

Ereignischronologie der Schützenbrigade verwendete Begriff erscheint zumindest der äußeren Konstellation durchaus angemessen. Zwar bestand zwischen den genannten Personen im Grunde ein kollegiales Verhältnis, immerhin sah sich Arnold von Möhl jedoch mitten in der Nacht den Leitern aller für München zuständigen zivilen und militärischen Sicherheitsorgane gegenüber, die ihn zum wiederholten Male aufforderten, nun unverzüglich die Regierung zu veranlassen, ihm die politische Vollzugsgewalt zu übertragen. Eine abermalige Weigerung des Generals musste somit mit hoher Wahrscheinlichkeit unabsehbare Folgen nach sich ziehen und kam deshalb auch nicht ernstlich in Frage.

Die direkte Konfrontation mit dem Ministerrat war somit unausweichlich, ihr Verlauf wurde in der Forschung schon häufig geschildert¹⁷⁹⁵: General Möhl, flankiert von Gustav von Kahr und den anderen Mitgliedern der nächtlichen Delegation, begab sich zum schnell verständigten Ministerpräsidenten und legte ihm dar, dass er ohne eine rasche Übertragung der vollziehenden Gewalt nicht mehr für die loyale Haltung aller Truppenteile garantieren könne.¹⁷⁹⁶ Johannes Hoffmann veranlasste daraufhin die sofortige Einberufung des Kabinetts, das bereits gegen sechs Uhr morgens im Außenministerium zusammentrat; lediglich Sozialminister Segitz und der erkrankte Finanzminister Kofler waren abwesend.¹⁷⁹⁷

Laut den stenographischen Mitschriften Müller-Meinings¹⁷⁹⁸ verwies der Landeskommendant explizit darauf, dass er vom Polizei- und Regierungspräsidenten aufgefordert worden sei, die Vereinigung der vollziehenden Gewalt in seiner Person zu

¹⁷⁹⁵ Siehe die in Anm. 1743 genannten Titel, die fast alle auf die morgendliche Sitzung des Ministerrats eingehen. Es liegen außerdem Schilderungen einiger beteiligter Minister selbst vor, siehe Anm. 1797.

¹⁷⁹⁶ So die Schilderung Hoffmanns im Ministerrat am Vormittag des 14. März (Protokoll in MA 99 514); laut Hans Dill wurde Hoffmann hingegen durch Hauptmann Karl Mayr verständigt (Verh. Landtag 1919/20, Bd. II, 858), in dieser Rede auch eine Ablaufskizze der Verhandlungen zwischen Möhl und Hoffmann.

¹⁷⁹⁷ Handelsminister Hamm übersandte dem offenbar abwesenden Protokollführer des Ministerrats, Regierungsassessor Josef Endres, zwar noch am 14.3.1920 Material zur Erstellung der Niederschrift (vgl. Hamm an Endres in MHIG 375), ein amtliches Protokoll dieser Sitzung ist jedoch nicht bekannt und wurde wohl auch nie angefertigt.

Verschiedene Quellen erlauben indes eine Rekonstruktion der Beratungen in ihren wesentlichen Abschnitten: Bietet hierfür in erster Linie eine Zeugenaussage Eduard Hamms (Niederschrift der Vernehmung durch Staatsanwalt Seidl in MHIG 375), die er am 5. Mai 1920 im Rahmen der staatsanwaltlichen Ermittlungen zu den „Dokumenten der Gegenrevolution“ (siehe Anm. 1757) abgab, einen aufschlussreichen Überblick, nahm die DDP-Fraktion bereits am Nachmittag des 14. März einen entsprechenden Bericht ihrer Minister entgegen (Stadtarchiv München, NL Dirr 314; das Protokoll ist nur zum Teil aus der stenographischen Urschrift übertragen). Der Verlauf der Sitzung wurde erwartungsgemäß auch Ende März in der politischen Generaldebatte im Landtag kontrovers diskutiert, wobei mit Johannes Timm und Hans Dill v.a. Vertreter der SPD wiederholt auf Einzelheiten eingingen, um ihre Argumentation zu stützen (vgl. besonders Verh. Landtag 1919/20, Bd. II, 810 f., 858 f.). Des Weiteren liegt eine rückblickende Schilderung in den Erinnerungen von Müller-Meinings, Aus Bayerns schwersten Tagen, 230-234 vor.

¹⁷⁹⁸ Müller-Meinings, Aus Bayerns schwersten Tagen, 232.

verlangen, da ein Einschreiten der Zeitfreiwilligen gegen die „kommunistische Versammlung“ im Zirkus Krone sonst nicht ausgeschlossen werden könne. Möhl räumte mit diesen Ausführungen nicht nur ein, dass er die Kontrolle über einen Teil der Streitkräfte zu verlieren drohte, er führte Innenminister Endres darüber hinaus vor Augen, dass er von Gustav von Kahr und Ernst Pöhner übergangen worden war¹⁷⁹⁹: Die beiden Staatskommissare hatten ohne jede Kenntnis ihres politisch verantwortlichen Vorgesetzten mit dem Reichswehrkommandeur verhandelt und ihn veranlasst, dem Kabinett politische Forderungen vorzulegen. Die anwesenden Minister reagierten wahrscheinlich auch deshalb zunächst durchaus reserviert und wiesen das Ansinnen in der vorgebrachten Form zurück¹⁸⁰⁰; immerhin hätte eine bedingungslose Übergabe der vollziehenden Gewalt an das Militär auch allzu sehr den Eindruck einer Wiederholung der Berliner Vorgänge erweckt. Nicht nur die nachdrücklichen Hinweise Escherichs und Pöhners auf die anstehende USPD-Versammlung und die drohende Gefahr „von rechts“¹⁸⁰¹ ließen jedoch gleichzeitig keinen Zweifel daran, dass es damit nicht sein Bewenden haben konnte – der Ministerrat wurde während seiner knapp zweieinhalbstündigen Sitzung mehrfach unterbrochen und bei diesen Gelegenheiten von Angehörigen des Freikorps Oberland¹⁸⁰² sowie einem Beamten der Polizeidirektion München¹⁸⁰³ bedrängt, nun möglichst zügig eine Entscheidung zu treffen. Oberleutnant Hemmeter erteilte den demokratischen Ministern Hamm und Müller im Vorzimmer sogar

¹⁷⁹⁹ Vgl. Verh. Landtag 1919/20, Bd. II, 811 sowie die Erklärung Endres im Haushaltsausschuss des Landtages am 14.4.1921 (Landtag 14 710, Sitzung 14. April, pag. 15 f.): „Aber Ministerpräsident von Kahr sei mit diesen maßgebenden Führern so verwachsen gewesen, daß er, persönlich genommen, die Dinge gar nicht meistern konnte; er sei ja auch in jener Nacht dabei gewesen, als ein dem Minister des Innern unterstellter Beamter mit anderen Männern hinter dem Rücken des Ministers des Innern mit den Militärs verhandelt habe. Das habe ihn (Redner) auch seinerzeit veranlaßt, der Fraktion seine Stellung darzutun, und er sei nach der Seite hin durchaus gedeckt worden.“

Auch Schwend stimmte später dieser Einschätzung zu (Schwend, Bayern, 149). In seinen unveröffentlichten Erinnerungen berichtet denn auch Landwirtschaftsminister Freyberg (Privatarchiv Freyberg Schloss Jetzendorf: Karl Freiherr von Freyberg, Erinnerungen, pag. 211) von „ziemlich erregten Auseinandersetzungen“ zwischen Endres, Möhl und Kahr.

¹⁸⁰⁰ Hamm begann seinen Bericht in der nachmittäglichen Sitzung der DDP-Fraktion wie folgt: „Heute früh stand es so, daß Möhl den Übergang der gesamten Gewalt verlangte. Wir sagten, das geht nicht.“ (Zitat aus der stenographischen Urschrift des Sitzungsprotokolls vom 14.3.1920, Stadtarchiv München, NL Dirr 314).

¹⁸⁰¹ Vgl. Ministerratssitzung vom 14.3.1920 (Vormittag) in MA 99 514.

¹⁸⁰² So erschienen unter der Führung eines Leutnants während der Sitzung mehrere Soldaten vor dem Außenministerium, der Leutnant wird von Franz-Willing, Hitlerbewegung, 64 als Ludwig Österreicher identifiziert. Zur Person vgl. Mües-Baron, Himmler, 108.

¹⁸⁰³ So Müller-Meinigen, Aus Bayerns schwersten Tagen, 233; Bestätigung in der Zeugenaussage Hamms (MHIG 375): „Ich erinnere mich auch, daß während der Beratungen ein Beamter der politischen Abteilung der Pol. Direktion, der vorher den Ministerpräsidenten in das Vorzimmer gebeten hatte, von diesem vor den Ministerrat geführt wurde und erklärte, er habe im Auftrag seiner Stelle mitzuteilen, daß die Pol. Direktion eine Gewähr für die Sicherheit des Ministerrates nicht mehr übernehmen könne.“

den Rat, den Tagungsort zu verlassen, da in kurzer Zeit eine Aktion gegen den Ministerrat zu erwarten sei.¹⁸⁰⁴

Unter diesen Umständen – gegen die General Möhl und seine Begleiter offenbar nichts einzuwenden hatten – war die Suche nach einer Kompromissformel wohl unumgänglich, aber zugleich auch hochproblematisch. Denn wich der Ministerrat mit einem solchen Schritt letztlich doch vor der aufgebauten Drohkulisse zurück, trug jede Art von Konzession darüber hinaus dazu bei, die tatsächliche Tragweite des Vorgangs im Interesse des Militärs zu kaschieren. Immerhin konnten die Antragsteller nun auf die Tatsache verweisen, dass ihr ursprünglicher Vorschlag keine Annahme gefunden habe und auf dieser Grundlage jeden Vorwurf einer Nötigung der Regierung auf scheinbar plausible Weise zurückweisen. Die Befriedigung der bürgerlichen Minister über den gefundenen „Ausweg“¹⁸⁰⁵ war somit ziemlich kurzsichtig: Die vereinbarte Lösung – General Möhl erhielt die Vollmachten von Staatskommissar Pöhner, d. h. die vollziehende Gewalt über die vermeintlich gefährdeten Bezirke München-Stadt und -Land, übertragen, wobei ihm mit Gustav von Kahr ein ziviler Regierungskommissar zur Seite gestellt wurde¹⁸⁰⁶ – mochte zwar aus formeller Sicht alle Interessen befriedigen. Die Entscheidung hebelte freilich gerade deshalb das demokratische Prinzip des unbedingten Primats der Politik vorläufig aus und drängte die Regierung in die Rolle eines juristischen Erfüllungsgehilfen des Militärs und seiner Verbündeten.

Ministerpräsident Hoffmann war sich über das entstandene Dilemma offenbar sofort klar¹⁸⁰⁷ und kündete nach der Abstimmung, bei der er mit seinem „Nein“ isoliert

¹⁸⁰⁴ Hamm bezieht sich in seiner Zeugenaussage (MHIG 375) auf eine entsprechende Unterredung im Vorzimmer des Ministerrats: „Der bereits erwähnte Oberleutnant Hemmeter, der vorher schon mit Müller eine Zeitlang gesprochen hatte, riet uns, aus dem Ministerrat fortzugehen. Er könne zwar nichts Sicheres sagen, aber es sei möglich, daß in der nächsten Viertelstunde etwas geschehe und jedenfalls sei es sicherer, das Haus zu verlassen.“ Auch Johannes Timm bezog sich in seiner Landtagsrede auf diesen Vorgang (Verh. Landtag 1919/20, Bd. II, 811).

¹⁸⁰⁵ So die Formulierung Hamms in der Fraktionssitzung der DDP vom 14.3.1920 (Stadtarchiv München, NL Dirr 314); das Zitat findet sich auf fol. 1v des langschriftlichen Protokollabschnitts.

¹⁸⁰⁶ Verordnung des Gesamtministeriums des Freistaats Bayern vom 14. März 1920 über Maßnahmen nach Artikel 48 Abs. IV der Reichsverfassung (Überliefert in: MInn 66 286 sowie NL Kanzler 2).

¹⁸⁰⁷ Johannes Hoffmann wurde öfter vorgeworfen, er habe in der Sitzung leichten Herzens auf das inzwischen zur Bürde gewordene Amt des Ministerpräsidenten verzichtet und dabei die günstige Gelegenheit ergriffen, sich als vorgebliches Opfer des Militärs den Beifall der Parteibasis zu sichern. (Müller-Meinigen, Aus Bayerns schwersten Tagen, 238; Zustimmung bei Kraus, Geschichte Bayerns, 671; so bereits durch MdL Hilpert in der Generaldebatte am 29.3.1920; Verh. Landtag 1919/20, Bd. II, 827)

Sein Verhalten in den vorangegangenen Wochen kann diese These jedoch nicht stützen: Hoffmann hatte sich vielmehr seit Dezember 1919 für die Einrichtung einer persönlichen Dienstwohnung im StMA eingesetzt und war dort erst Ende Februar mit seiner Gattin, die hierfür einen Umzug aus Kaiserslautern auf sich genommen hatte, eingezogen; die Behauptung einer vorbereiteten Flucht aus der Verantwortung erscheint demnach wenig plausibel (vgl. den entsprechenden Hinweis bei Karl Sommer, Beiträge zur bayerischen und deutschen Geschichte in der Zeit von 1910-1933, [München] 1981, 89, die Beschreibung Luise Hoffmanns in Sammlung Personen 3815; Dokumentation der Instandsetzung der Wohnung und des

geblieben war, seinen Rücktritt an. Wie daraufhin nicht anders zu erwarten, schlossen sich die sozialdemokratischen Minister dieser Erklärung bereits zwei Stunden später an¹⁸⁰⁸ und entzogen der Regierung mit diesem Schritt endgültig jede Arbeitsgrundlage; der Rücktritt des gesamten Kabinetts am Abend des 14. März stellte somit nur noch den formellen Vollzug bereits vollendeter Tatsachen dar.¹⁸⁰⁹

In Anbetracht der geschilderten Vorgänge muss die Bilanz der ersten eineinhalb Tage nach Eingang der Putschnachricht also tatsächlich überaus kritisch ausfallen: Zwar hatten sich weder die Einwohnerwehr noch die Vertreter der staatlichen Sicherheitsorgane dem im Reich ausgebrochenen Staatsstreich angeschlossen, sondern sich z. T. sogar explizit davon distanziert. Die Befehle der Kapp-Regierung fanden in Bayern keine Anerkennung und auch die Einwohnerwehr trat erklärtermaßen zur Abwehr jeglicher Umsturzversuche¹⁸¹⁰ in Aktion. Es erscheint deshalb nicht angebracht und darüber hinaus missverständlich, von einem Erfolg des Kapp-Putsches im Freistaat zu sprechen. Zumindest in dieser Beziehung hatte General von Möhl einen fortan unumstößlichen Kurs vorgegeben und die nach Unterstützung Ausschau haltenden Berliner Putschisten früh ihrem Schicksal überlassen.

Unabhängig davon hatten Gustav von Kahr und seine Unterstützer indes eine eigene Dynamik in Gang gesetzt und spätestens ab Mittag, den 13. März, geradezu auf eine politische Ausschaltung des sozialdemokratisch geführten Ministeriums hingearbeitet. Die beteiligten Personen hatten somit in einer ohnehin heiklen Lage eine schwere politische Krise heraufbeschworen und dabei sehenden Auges eine unabsehbare Eskalation der Situation in Kauf genommen. Erscheint ein solches Vorgehen für nicht in politischer Verantwortung stehende Staatsdiener an sich schon höchst fragwürdig, kann auch ein Verweis auf die gegebene Ausnahmesituation nur bedingt als Rechtfertigung dienen. Denn mag es auch zutreffen, dass die Mitglieder der nächtlichen Delegation eine Übertragung der vollziehenden Gewalt auf General Möhl als unbedingt notwendig erachteten und es deshalb für ihre Pflicht hielten, in diesem Sinne zu wirken, greift eine

Einzugs Hoffmanns in MA 102 658). Die schnelle Abreise Hoffmanns und die damit verbundene Weigerung, das Amt vorläufig weiter geschäftsführend auszuüben (stattdessen übernahm der Stellv. Ministerpräsident Freyberg die Geschäftsführung, vgl. die Pressenotiz vom 14.3.1920 im Protokoll der abendlichen Ministerratsitzung, MA 99 514) lässt also eher das Ausmaß der Enttäuschung über die vorgefallenen Ereignisse – die offene Einmischung des Militärs und das Abstimmungsverhalten seiner sozialdemokratischen Kollegen – erkennen und deutet auf ein klares Bewusstsein der Tragweite des Vorgangs hin.

¹⁸⁰⁸ Sitzung des Ministerrats vom 14.3.1920 (Vormittag), Protokoll in MA 99 514.

¹⁸⁰⁹ Sitzung des Ministerrats vom 14.3.1920 (Abend), Protokoll in MA 99 514.

¹⁸¹⁰ So das auf den 13. März 1920 datierte, von Stadthauptmann Max Kühner gezeichnete Plakat der Einwohnerwehr München in NL Hamm 58.

solche Argumentation zumindest in zwei Fällen zu kurz: So sind bei aller gebotenen Zurückhaltung mindestens die offenbar überhaupt nicht versuchte Verständigung von Innenminister Endres sowie die vehemente Aufforderung zur Übergabe der vollziehenden Gewalt als bewusste Hintergehung bzw. direkte Nötigung der politisch Verantwortlichen einzustufen. Wenn deshalb Heinrich Claß, freilich im zustimmenden Sinne, von einer „kleinen, aber wirksamen Gegenrevolution“¹⁸¹¹ einiger Offiziere spricht, ist dem hinzuzufügen, dass auch Kahr und weitere Vertreter ziviler Sicherheitsorgane an diesem nicht verfassungskonformen Sturz der Regierung beteiligt waren. Fenske hat also Recht, wenn er die Versicherungen der bürgerlichen Parteivertreter, der Rücktritt des Kabinetts Hoffmann und die Bestellung von Staatskommissar Möhl sei auf völlig legale Weise zustande gekommen, als „leere[n] Formalismus“¹⁸¹² ablehnte.

3.3 Regierungsbildung unter Staatsstreichatmosphäre

Wie nicht anders zu erwarten, zog diese Entwicklung dann auch sogleich weitere Konsequenzen nach sich: Denn blieb dem tags zuvor eingesetzten gewerkschaftlichen Aktionsausschuss nun faktisch keine andere Wahl, als mit einiger Verspätung doch den Generalstreik zu verkünden¹⁸¹³, verleitete der erzielte Erfolg Walther Hemmeter wiederum dazu, seine in der Türkenkaserne versammelten Kameraden in einem flammenden Appell dazu aufzufordern, jetzt die „neue Regierung“ in Berlin tatkräftig zu unterstützen.¹⁸¹⁴ Gustav von Kahr hatte zu diesem Zeitpunkt wiederum bereits sein Amt als Regierungskommissar an der Seite von Generalmajor Möhl übernommen: Er wechselte zu diesem Zweck den Dienstsitz und verlegte seinen Arbeitsplatz in die Polizeidirektion München, was auf eine einvernehmliche Ausübung der neuen

¹⁸¹¹ Lebenserinnerungen von Heinrich Claß (1915-1933), pag. 636 f. (Bundesarchiv Berlin, NL Claß N 2368/3).

¹⁸¹² Fenske, Konservativismus, 95. Bemerkenswert ist dabei auch, dass das Außenministerium den anderen Ländern den Amtsantritt Kahrs formell anzeigte, indem es betonte, dass Kahr „in verfassungsmäßiger Weise zum Ministerpräsidenten gewählt“ worden sei (Verbalnote des StMA an die preußische Gesandtschaft in München vom 22.3.1920; Bundesarchiv Berlin, R 707/1).

¹⁸¹³ Vgl. den Überblick hierzu: ‚Die Generalstreikwoche‘, in: MP Nr. 67 vom 20.3.1920.

Während der Generalstreik in München nur kleinere Zusammenstöße zur Folge hatte, kam es in Nürnberg zur Gewalteskalation, als Erlanger Zeitfreiwillige gegen eine Arbeiterdemonstration vorgingen, vgl. Tapken, Reichswehr in Bayern, 361.

¹⁸¹⁴ Hamm berichtete in der DDP-Fraktion, Hemmeter habe beim Apell der Zeitfreiwilligen eine Ansprache gehalten, die das „Schlimmste und Verächtlichste an Demagogie“ darstelle (Sitzungsprotokoll der DDP-Fraktion vom 14.3.1920, in: Stadtarchiv München, NL Dirr 314; das Zitat stammt aus der stenographischen Urschrift); Hamm schwächte diese Darstellung in der Vernehmung vom 5. Mai (MHIG 375) merklich ab. Die Münchener Post warf außerdem dem Dachauer Bezirksamtmann Christian Roth, der im Juli zum Justizminister ernannt wurde, vor, sich in der Kaserne an der Agitation beteiligt zu haben (vgl. ‚Schrittmacher der Kapprevolte in Bayern‘, in: MP Nr. 71 vom 25.3.1920).

Befugnisse¹⁸¹⁵ in Kooperation mit dem eigentlich zuständigen Polizeipräsidenten hindeutet; dieses Detail ist auch deshalb durchaus interessant, da die Polizeidirektion die Pro-Kapp-Propaganda von rechtsnational-völkischer Seite in diesen Tagen weitgehend duldete, was sich kurze Zeit später als erste Belastungsprobe des neu formierten Kabinetts Kahr erweisen sollte.¹⁸¹⁶

Die nun anstehende Regierungsbildung stand somit in mehrerlei Hinsicht unter keinem guten Stern: Hatten die Ereignisse der vergangenen Nacht vor allem die Sozialdemokraten nachhaltig verstimmt und auch bei der DDP einige Irritationen hervorgerufen, machte der Übergang der ausführenden Gewalt auf das Militär eine schnelle Einigung gleichwohl zur unabweisbaren Notwendigkeit. Denn mussten die freien Gewerkschaften, allein um ihr Gesicht zu wahren, den Ausstand zumindest bis zur Rückgabe aller Vollmachten in die Hände einer demokratisch gewählten Regierung aufrecht erhalten, spielten viele Bauern bereits mit dem Gedanken, bei einer längeren Dauer des politischen Streiks ihrerseits die Belieferung mit Lebensmitteln einzustellen.¹⁸¹⁷ Zu alledem gesellte sich noch die Unsicherheit, welches Ende die militärische Rebellion im Reich nehmen würde – wahrlich keine guten Voraussetzungen für die erste reguläre Regierungsbildung nach Verabschiedung der demokratischen Verfassung.

Es ist daher nicht sehr verwunderlich, dass sowohl das Verfahren der Kandidatenauswahl als auch die Verhandlungen unter den Parteien von viel Improvisation und Ad-hoc-Beschlüssen geprägt waren. So deutete am Abend des 14. März bezeichnenderweise noch kaum etwas darauf hin, dass der Landtag nur zwei Tage später Gustav von Kahr zum Bayerischen Ministerpräsidenten wählen würde: Gehörte der „unpolitische“ Beamte ohnehin nicht zu den naheliegenden Anwärtern auf das Amt, wies ihm seine aktuelle Tätigkeit zudem eher die Rolle eines Wächters über die öffentliche Sicherheit während eines möglichst kurzen Interregnums zu. Zum fraglichen Zeitpunkt stand lediglich fest,

¹⁸¹⁵ Die beiden Staatskommissare entfalteten jedoch keine genuin politische Tätigkeit, sondern zielten mit ihren Verfügungen darauf ab, die – nicht zuletzt von ihnen selbst – gefährdete öffentliche Ordnung zu sichern, so etwa durch das Verbot, zum Streik in lebenswichtigen Betrieben aufzurufen (Schober, Geschichte, A XIV, pag. 258 - HS 920) oder die Festsetzung einer nächtlichen Ausgangssperre, aber auch mit der Schließung sogenannter Schlemmerstätten, also von Lokalen, die zahlungskräftigen Gästen mutmaßlich über den Schleichhandel bezogene Delikatessen zu Wucherpreisen servierten. Vgl. Amtliches Not-Blatt Nr. 1 vom 17.3.1920, abgedruckt bei Kanzler, Bolschewismus, 200.

¹⁸¹⁶ Zur sog. „Plakat-Affäre“ siehe die Darstellung in Kapitel VII B 1.2.

¹⁸¹⁷ Vgl. etwa den Bericht des britischen Konsuls Smallbones vom 18.3.1920: „Peasants are threatening to cut off food supplies if strike does not cease and position is serious as Munich has food for 2 days only.“ (DBFP IX, Dok. 139) sowie Amtliches Not-Blatt Nr. 2 vom 18.3.1920, abgedruckt bei Kanzler, Bolschewismus, 222: „Für streikende Ruhestörer hat der Bauer keine Lebensmittel. Die gesamten Wehren auf dem Lande stehen wie ein Mann auf der Wacht und werden jede Störung ihrer Ruhe mit eiserner Faust zurückweisen.“

dass es nun der BVP als stärkster Landtagsfraktion zukommen würde, einen geeigneten Kandidaten vorzuschlagen und die Koalitionsverhandlungen zu führen; das Übergangsstadium der sozialdemokratisch geführten Kabinette hatte eineinhalb Jahre nach der Revolution aus Sicht aller Parteien sein logisches Ende gefunden.

Dies bedeutete freilich, dass nun mit Georg Heim ausgerechnet ein potenzieller Mitwisser der Putschpläne, der zudem am frühen Morgen des 14. März vom völkischen Publizisten Dietrich Eckart in Regensburg aufgesucht worden war¹⁸¹⁸, über die besten Aussichten zur Übernahme der Regierung verfügte: Er hatte sich nach der Revolution nicht nur von jeder vermeintlichen Belastung durch Regierungsverantwortung¹⁸¹⁹ ferngehalten, sondern im Januar 1920 zugleich seine Führungsrolle in der Partei unterstrichen, als die BVP auf seine Initiative hin die Fraktionsgemeinschaft mit dem Zentrum im Reichstag aufkündigte¹⁸²⁰; als Präsident des Bayerischen Christlichen Bauernvereins konnte er darüber hinaus seinen Einfluss aufbieten, um in der kritischen Ernährungslage die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln zu gewährleisten.

Nicht nur die Mehrheit der BVP-Abgeordneten ging deshalb davon aus, dass der Gründer der Partei jetzt die Ministerpräsidentenschaft anstreben würde. Seiner eigenen Darstellung¹⁸²¹ folgend, war Heim auch selbst mit der Absicht nach München gereist, eine entsprechende Nominierung anzunehmen, änderte diese Haltung jedoch schnell, als er feststellen musste, dass ihn die Zeitfreiwilligen und Teile der Einwohnerwehr distanziert gegenüber standen. Nach seiner Ankunft am Morgen des 15. März verlegte er sich deshalb auf die Rolle eines Königsmachers und beriet mit Georg Escherich, der

¹⁸¹⁸ Zum morgendlichen Erscheinen Eckarts und „eines Begleiters“ in Regensburg vgl. die Darstellung bei Heim, Kapp-Wende, in: MNN Nr. 308 vom 11.11.1928 sowie die in der SPD kursierenden Vermutungen um einen Besuch von zum Putsch entschlossener Offiziere beim 'Bauern doktor' (vgl. die Ausführungen von Innenminister Endres im Ministerrat vom 15.3.1920 (Vormittag) sowie von Alwin Saenger im Landtag: Verh. Landtag 1920/21, Bd. II, 34 f.). Um die Identität dieses „Begleiters“ wurde seither viel spekuliert, wobei ein Teil der Forschung (zuletzt Harald Sandner, Hitler. Das Itinerar. Aufenthaltsorte und Reisen von 1889 bis 1945, Bd. I: 1889-1927, Berlin 2016, 235 f.) der Vermutung der MP folgte und davon ausging, dass es sich um Adolf Hitler handelte, der Eckart am 16. März dann tatsächlich nach Berlin begleitete (vgl. Weber, Wie Adolf Hitler, 254-257). Dies trifft jedoch offenbar nicht zu: Wenn man den Ausführungen Christian Roths im Haushaltsausschuss des Landtags (Landtag 14 706, Sitzung vom 3. Februar 1921, pag. 5 f.) Glauben schenken darf, war der Anonymus vielmehr Klaus Eck, (Chef-)Redakteur des Miesbacher Anzeigers; als Reaktion auf die Vorwürfe in der MP bat Georg Heim dann auch um den Abdruck einer Gegendarstellung und versicherte Erhard Auer, dass es um „keine politisch wichtige Persönlichkeit“ gehe und er Hitler im Übrigen niemals getroffen habe (Schreiben Heim an Auer vom 14.11.1928, NL Heim 2612).

¹⁸¹⁹ In den Verhandlungen zur Bildung des Kabinetts Hoffmann II war Heim zunächst als Landwirtschaftsminister vorgesehen, machte seine Berufung jedoch mit zu weitgehenden Forderungen (möglicherweise bewusst) unmöglich, vgl. Ehberger, Kabinett Hoffmann II, Teil 1, 10*. Eine ähnliche Haltung offenbart auch die Abstimmung Heims über die Annahme der Weimarer Reichsverfassung am 31. Juli 1919, als er als einziger BVP-Abgeordneter der Nationalversammlung gegen die Vorlage stimmte.

¹⁸²⁰ Schönhoven, Bayerische Volkspartei, 35 f.

¹⁸²¹ Georg Heim, Bayern und die Kapp-Wende, in: MNN Nr. 307 und 308 vom 10. und 11.11.1928.

zunächst selbst Ambitionen gehegt hatte¹⁸²², die Kandidatenfrage. Dabei räumt Heim im Rückblick¹⁸²³ selbst ein, dass er es zur Beruhigung der Lage für angebracht hielt, eine gerade bei Reichs- und Einwohnerwehr angesehene Persönlichkeit zu nominieren, die gleichzeitig über die notwendige Erfahrung in der Ministerialverwaltung verfügte – aus dieser Warte betrachtet, musste Kahr tatsächlich als vielversprechende Option erscheinen. Landeshauptmann Escherich konnte diesem Vorschlag dann auch erwartungsgemäß nur Positives abgewinnen und begab sich im Einverständnis mit Heim zum Regierungspräsidenten, um ein erstes Sondierungsgespräch zu führen. Der ins Spiel gebrachte Aspirant hatte mit einer derartigen Anfrage freilich nicht gerechnet und wies das vorgebrachte Ansinnen in einer ersten erstaunten Reaktion auch von sich. Escherich blieb jedoch hartnäckig und hatte schließlich Erfolg: Kahr ließ sich angesichts der Versicherung seines Vertrauten, die gesamte Einwohnerwehr würde eine mögliche Kandidatur unterstützen, doch umstimmen und erklärte seine grundsätzliche Bereitschaft, eine mögliche Nominierung anzunehmen.¹⁸²⁴ Die in der Literatur¹⁸²⁵ diskutierte Frage, wer nun den Anstoß zur Ministerpräsidentenschaft Kahrs gegeben habe, ist also wohl im doppelten Sinne zu beantworten: Fiel Heim die Rolle des Ideengebers schon deshalb gewissermaßen automatisch zu, weil es ihm in erster Linie selbst zukam, mit der Nennung eines Alternativvorschlags auf die eigene Anwartschaft zu verzichten, konnte sich

¹⁸²² Escherich ließ am Vormittag des 15. März durch den BVP-Abgeordneten Zahnbrecher seine Aussichten prüfen, erfuhr in der BVP-Fraktion jedoch eine eindeutige Ablehnung; die Episode, die Escherich später selbst gegenüber Zahnbrecher einräumte (vgl. Nußer, Wehrverbände, 199), ist ein weiteres Indiz für den politischen Gestaltungsanspruch des Landeshauptmanns in diesen Tagen.

¹⁸²³ Heim, Kapp-Wende, in: MNN Nr. 308 vom 11.11.1928 sowie auch die Schilderung in einem vertraulichen Schreiben an Reichskanzler Wirth vom 19. Mai 1921 (Bundesarchiv Koblenz, NL Wirth N 1342/17): „In den Kapp-Tagen März 1920 kam ich an dem kritischen Montag in aller früh nach München. Die Straßen waren mit tausenden von Menschen gefüllt. Es war unbedingt eine Bewegung da mit einem Pendelausschlag nach der Kapp-Seite. Zeitfreiwillige Studenten erklärten dortmals, wenn ich Ministerpräsident werde, würden sie die weissblaue Kokarde abnehmen. Das sei nur eine Andeutung. Ich habe Escherich sofort zu mir gebeten und in drei Minuten ohne jedes Schwanken waren wir über das Programm einig, nicht rechts und nicht links.“

¹⁸²⁴ Heim, Kapp-Wende, in: MNN Nr. 308 vom 11.11.1928.

¹⁸²⁵ Thoß, Ludendorff-Kreis, 115 lässt die Frage offen, tendiert jedoch zu Escherich als Ideengeber.

Die Unsicherheit gründet sich in erster Linie auf einen Eintrag im Kalender-Terminkalender Escherichs vom 16. März (NL Escherich 6): „Dann bei Dr. Heim und Dr. Schlittenbauer wegen Wahl des neuen Ministerpräsidenten. Schlage Kahr vor.“ Diese Angabe kann in der vorliegenden Form nicht zutreffen, da Kahr – wie dargestellt – schon am 15. März unter den zukünftigen Koalitionsparteien als neuer Ministerpräsident in der Diskussion war. Der scheinbare Widerspruch löst sich jedoch auch insofern auf, da Heim selbst bestätigte, dass die erste Kontaktaufnahme mit Kahr in seinem Auftrag durch Escherich erfolgte (Vgl. Georg Heim, Bayern und die Kapp-Wende, in: MNN Nr. 308 vom 11.11.1928). Vgl. auch die Bemerkung Schwends, Heim habe Kahr „auf den Schild“ gehoben (Schwend, Bayern, 63).

Escherich vermutlich zu Recht¹⁸²⁶ die geleistete Überzeugungsarbeit als Verdienst anrechnen.

Mit dieser prinzipiellen Zusage war Heim nun als erster in der Lage, seinen Parteifreunden einen Weg aus der Krise aufzuzeigen, der gleichzeitig sein eigenes Beiseitretreten stichhaltig begründete: Er vertrat vor versammelter Fraktion¹⁸²⁷ dementsprechend die Ansicht, dass der neue Ministerpräsident am besten ein von allen Seiten geschätzter Fachmann aus der Verwaltung sein sollte, der die Regierungsgeschäfte ohne zu enge Bindung an eine bestimmte Partei als Beamtenminister führen würde. War dem Wunschkandidaten auf diese Weise schon der Weg bereitet, nannte Heim jedoch erst auf mehrfache Nachfrage, wer diesem Anforderungsprofil entsprechen könne, den Namen Kahr. Der „Bauerndoktor“ war also mit seiner recht ungewöhnlichen Idee nicht direkt vorgeprescht, sondern hatte sich gleichsam zu einem Vorschlag drängen lassen, der nun freilich sofort die Autorität des heimlichen Parteiführers hinter sich hatte.

Die Fraktion ließ dann tatsächlich alle anderen „Kombinationen“¹⁸²⁸ vorerst auf sich beruhen und entsandte Heim zur einige Straßen entfernten Polizeidirektion, um ihrem neuen Favoriten eine formelle Anfrage zu übermitteln.¹⁸²⁹ Damit wohl schneller als vermutet vor eine schwierige Entscheidung gestellt, stand Kahr zu seiner ersten Zusage, erklärte sich jedoch nur bereit, das Amt als Ministerpräsident des Übergangs, d. h. bis zur möglichst zeitnahen Abhaltung von Neuwahlen¹⁸³⁰ und auf rein ehrenamtlicher Basis¹⁸³¹,

¹⁸²⁶ Dabei ist freilich auffällig, dass Heim im Rohentwurf seines Artikels nicht darauf einging, dass das erste Sondierungsgespräch von Escherich geführt worden war und die entsprechende Textpassage erst auf dessen Hinweis einfügte (NL Heim 2612).

¹⁸²⁷ Georg Heim, Bayern und die Kapp-Wende, in: MNN Nr. 308 vom 11.11.1928.

¹⁸²⁸ Ebd.

¹⁸²⁹ Bei der Vorberatung einer Interpellation berichtete Kahr hingegen am 29. April im Ministerrat, Heim sei am Nachmittag des 16. März „zum ersten Mal“ auf ihn zugekommen und habe ihn gefragt, ob er „das Amt des Ministerpräsidenten annehmen wolle“. Zwar trifft es zu, dass Vertreter der BVP – darunter offenbar wiederum Georg Heim – zu diesem Zeitpunkt Kahr von der Einigung der Parteien auf seine Person berichteten und ihn baten, sich nun zur Wahl zu stellen (siehe Anm. 1845); die Bemerkung kann in dieser Form – ähnlich wie der Terminkalender-Eintrag Escherichs (siehe Anm. 1825) – jedoch nicht zutreffen, da die Kandidatur schon am Abend des 15. März in der Besprechung der bürgerlichen Fraktionen (siehe S. 477 f.) und am Vormittag des 16. März im Ministerrat in die Wege geleitet wurde – die Vornahme solcher Schritte ohne eine vorherige Verständigung des Kandidaten erscheint praktisch ausgeschlossen.

¹⁸³⁰ In der Ministerratssitzung vom 26. April 1920 (Protokoll in MA 99 515) erinnerte Kahr seine Kollegen diese Zusage: „Mein Standpunkt in der Sache [Festlegung des Termins der Landtagswahlen; M.B.] ist der, daß ich es als die erste Bedingung für Übernahme meines Amtes bezeichnet habe, daß baldigst Neuwahlen vorgenommen werden. Diese meine Bedingung für die Annahme der Wahl zum Ministerpräsidenten ist auch akzeptiert worden.“ Kahr betonte auch später, dass er die schnelle Abhaltung von Neuwahlen „gegen den Willen eines großen Teiles der Abgeordneten“ durchgesetzt habe (Wulz, Familie Kahr, 251).

¹⁸³¹ Kahr wollte seine Tätigkeit als Regierungschef bewusst als ehrenamtlichen Dienst am Vaterland verstanden wissen, vgl. TOP V („Gehalt des Ministerpräsidenten“) in der Ministerratssitzung vom 17.3.1920 (MA 99 915); zur Festlegung der Bezüge Kahrs nach seinem Verzicht auf das Gehalt des Ministerpräsidenten: Finanzminister Krausneck an Staatshauptkasse vom 20.11.1920 (NL Kahr 21).

zu führen¹⁸³²; in einer sarkastischen Lagebewertung wies er seinen Gesprächspartner außerdem darauf hin, dass es um den Parlamentarismus nicht sehr gut bestellt sein könne, wenn jetzt schon wieder „ein alter königlicher Beamter“¹⁸³³ in die Pflicht genommen werden müsse. Ist die Reaktion Heims auf diese Äußerung leider nicht überliefert, willigte er jedoch in die genannten Bedingungen ein, woraufhin sich Kahr am Nachmittag den Abgeordneten vorstellte. Die BVP-Fraktion gewann hierbei von der Persönlichkeit und den programmatischen Ausführungen des neuen Anwärters einen sehr vorteilhaften Eindruck und sprach sich deshalb einmütig für die vorgeschlagene Kandidatur aus. Sie hatte sich damit ohne erkennbaren Widerspruch der von Georg Heim eigenmächtig eingeleiteten Initiative angeschlossen und einen politischen Außenseiter aufs Schild gehoben, der erst nach seiner Wahl zum Ministerpräsidenten eher pro forma der BVP beitrug.¹⁸³⁴ Die Kritik, die Fraktion habe sich somit recht beflissen auf eine reine Akklamation beschränkt¹⁸³⁵, ist somit zumindest nicht ganz aus der Luft gegriffen, auch wenn man hierbei die berechtigte Erleichterung über die schnell gefundene Lösung in Rechnung stellen sollte.

Jetzt stand allerdings zu erwarten, dass die anderen Parteien den Vorschlag des ehemals dominanten Zentrums deutlich skeptischer unter die Lupe nehmen würden. Zumindest im

¹⁸³² In einem Rundschreiben des Generalsekretärs der BVP, Anton Pfeiffer, an die Vertrauensleute der BVP vom 19. März 1920 (NL Kanzler 2) werden die von Kahr gestellten Bedingungen wie folgt wiedergegeben: „1. Der Ministerpräsident betrachtet sich als Treuhänder des souveränen Volkes für die kurze Übergangszeit bis zur Neuwahl des Landtages und als Platzhalter für den nach den Wahlen endgültig zu wählenden Ministerpräsidenten.

2. Das Landtagswahlgesetz soll möglichst bald abgeschlossen werden, damit raschestens Landtagswahlen stattfinden können. Die Sicherung der Wahlfreiheit muß gesetzlich gewährleistet werden.

3. Herr von Kahr betrachtet das Amt des Ministerpräsidenten für seine Person als Ehrenamt ohne Erhöhung seiner Bezüge als Regierungspräsident.

4. Als nächste Aufgabe betrachtet er einen tatkräftigen Kampf gegen Wucher, Schiebertum, unzeitgemäße Schlemmerei, sowie Einschreiten gegen Überfremdung und Verhinderung der Zuwanderung von Stammesfremden.

5. Für das Ernährungswesen rechnet er auf tatkräftige Unterstützung durch Dr. Heim und dessen Organisationen.“

¹⁸³³ Als Reaktion auf den Artikel Heims in der MNN kommentierte Kahr in einem Schreiben an Hermann Stegemann auf diese Weise den Verlauf der „ersten Verhandlungen“ mit Heim (Kahr an Stegemann vom 15.11.1928; Bundesarchiv Koblenz, NL Stegemann N 1353/12).

¹⁸³⁴ In der Forschung bestand lange eine gewisse Unsicherheit, ob Kahr tatsächlich in die BVP eingetreten war (so etwa Speckner, Ordnungszelle, 130; Altendorfer, Schäffer, 133). Die ermittelten Quellen bestätigen die Mitgliedschaft indes mehrfach:

So teilte der frühere Landtagsabgeordnete Friedrich Beckh seinem Parteikollegen Luitpold Weilnböck schon am 20. März 1920 in einem Schreiben (Bundesarchiv Koblenz, NL Weilnböck N 1327/33b) mit, dass Kahr der Bayerischen Volkspartei beigetreten sei, während Albert Roßhaupter am 11. Mai im Landtag von der BVP als der Partei sprach, „der der Herr Ministerpräsident seit neuester Zeit angehört“ (Verh. Landtag 1919/20, Bd. III, 173). In einem Interview mit der Morning Post vom 11.10.1921 (Kahr heftete den Text in sein Tagebuch ein: Tagebuch Kahr 1921-II, pag. 145) bestätigte Kahr außerdem selbst eine BVP-Mitgliedschaft.

¹⁸³⁵ So spricht Keßler in recht drastischen Formulierungen davon, Heim habe mit seinen Parteikollegen ein „Katz- und Mausspiel“ betrieben und die Fraktion mit dem eigenen Personalvorschlag „überfahren“ (Keßler, Held, 386).

Rückblick verhielt sich die BVP deshalb ziemlich geschickt, als sie zuerst die Mittelpartei und den Bauernbund zu einem Treffen einlud, zwei kleinere Parteien, die – von dieser Vorzugsbehandlung sicherlich geschmeichelt – weder dem vorgeschlagenen Kandidaten noch den Ansprüchen der stärksten Fraktion auf das Innen- und das Kultusministerium widersprachen.¹⁸³⁶ Auf diese Weise rückte die angestrebte Nominierung Kahrs indes bereits in greifbare Nähe, da die drei Fraktionen gemeinsam – wenn auch äußerst knapp – schon die absolute Stimmenmehrheit im Landtag¹⁸³⁷ repräsentierten. Zu ihrer Verwunderung sahen sich die nachträglich hinzu gestoßenen Vertreter der DDP¹⁸³⁸ also bereits mit einem Verhandlungsstand konfrontiert, der geeignet war, die Machtstellung der BVP spürbar auszubauen und zugleich die Vermittlerrolle der Liberalen zwischen Volkspartei und Sozialdemokratie in Frage zu stellen; eine Beteiligung der SPD an der neuen Koalition war ja nicht nur höchst unsicher, sie hatte zu dem laufenden Gespräch nicht einmal eine Einladung erhalten. Die Unmutsäußerungen Dr. Hohmanns waren daher vorhersehbar, änderten jedoch nichts an der schwierigen Lage seiner Partei: Sie stand nun unvermittelt vor der Alternative, sich entweder nachdrücklich gegen den „rechtsstehende[n] Protestant[en]“¹⁸³⁹ Kahr auszusprechen oder stärkeren Einfluss auf die Zusammensetzung der Koalition zu nehmen – ein Erfolg in der zweiten Frage war für die DDP ohne Zweifel wichtiger.

Der für die Bildung der neuen Regierung ausersehene 16. März begann also mit einem klaren Favoriten für das Amt des Ministerpräsidenten, noch keine nähere Gewissheit herrschte indes über das zukünftige Regierungsbündnis. Nach einer morgendlichen Beratung der Fraktionen¹⁸⁴⁰ und einer vierminütigen Plenarsitzung des Landtags¹⁸⁴¹, die sich auf die formale Mitteilung des Rücktritts der alten Regierung beschränkte, kam der für 13 Uhr angesetzten interfraktionellen Besprechung¹⁸⁴² damit entscheidende

¹⁸³⁶ Die BMP erhielt in der Sitzung das Finanzministerium angeboten und präsentierte hierfür den Ministerialrat Friedrich Gaschott; vgl. Kiiskinen, Deutschnationale Volkspartei, 80 f.

¹⁸³⁷ Eine Koalition dieser drei Parteien – BVP (66 Mandate), BMP/DVP (9) und BBB (16) – erreichte mit insgesamt 91 Abgeordneten genau die zur Wahl des Ministerpräsidenten notwendige Zahl an Stimmen. Vgl. Lilla, Landtag, 557 f. (in der Tabelle sind die beiden Landesabgeordneten der DDP allerdings irrtümlich der DVP zugeordnet, die eine Fraktionsgemeinschaft mit der Mittelpartei bildete).

¹⁸³⁸ Vgl. die Schilderung Georg Hohmanns in der Sitzung der DDP-Fraktion am Morgen des 16. März (langschriftliches Protokoll - handschriftliche Überschrift: 16. III. vorm. 9 Uhr - in: Stadtarchiv München, NL Dirr 314).

¹⁸³⁹ So die Charakterisierung durch Pius Dirr in ebd.

¹⁸⁴⁰ Die führenden Abgeordneten der Landtagsfraktionen waren außerdem in der morgendlichen Sitzung des Ministerrats (MA 99 514) zugegen.

¹⁸⁴¹ Das Sitzungsprotokoll in Verh. Landtag 1919/20, Bd. II, 555.

¹⁸⁴² Zum Verlauf der Besprechung vgl. die Darstellung in 'Zur Bildung des neuen bayerischen Kabinetts', in: Blätter der Bayerischen Mittelpartei Nr. 13 vom 30.3.1920, 50-54, hier 51 f. sowie den Bericht Hans Haerberleins in der nachmittäglichen Fraktionssitzung der DDP (Niederschrift der Sitzung vom 16.3.1920 in Stadtarchiv München, NL Dirr 314).

Bedeutung zu: Sowohl SPD als auch DDP äußerten in dieser Sitzung abermals ihre Bedenken gegenüber der Wahl eines mit General Möhl kooperierenden Verwaltungsbeamten und legten der Volkspartei nahe, einen führenden Abgeordneten für dieses Amt auszuwählen. Die Debatte entwickelte sich jedoch bald zu einem Grundsatzstreit über die Verfassungstreue der Mittelpartei, die sich in ihren Verlautbarungen bisher nicht eindeutig vom Berliner Putsch distanziert hatte. Da somit die letzte Gelegenheit verstrich, einen Alternativkandidaten ernsthaft in Stellung zu bringen, stand die Nominierung Kahrs am Ende der Sitzung praktisch fest¹⁸⁴³: Für ihn hatte sich derweil sogar ein Rücktritt von seinem Amt als Regierungskommissar erübrigt, da die geschäftsführende Regierung dem Wunsch General Möhls, die vollziehende Gewalt nun wieder in zivile Hände zu legen, inzwischen entsprochen und den von der französischen Besatzungsmacht ausgewiesenen Regierungspräsident der Pfalz, Theodor von Winterstein, zum Generalstaatskommissar ernannt hatte.¹⁸⁴⁴ Die Bevollmächtigten der Bayerischen Volkspartei konnten ihren Kandidaten also ohne weitere Umstände von seiner offiziellen Nominierung in Kenntnis setzen¹⁸⁴⁵, während zur gleichen Zeit auch die demokratische Fraktion dem Drängen der anderen Parteien nachgab und sich mit zehn zu sechs Stimmen für eine Unterstützung Kahrs aussprach.¹⁸⁴⁶

Der Kür des neuen Ministerpräsidenten stand daher nichts mehr im Wege und Gustav von Kahr nahm im Landtag um ca. 17:30 Uhr seine Wahl an: Er erklärte bei dieser Gelegenheit, dass er fortan als „Treuhand des souveränen Volkes“¹⁸⁴⁷ agieren und sein Amt bis zur anstehenden Neuwahl des Parlaments ausüben wolle. In einer erster programmatischen Skizze betonte Kahr außerdem, er betrachte die Sicherung von Reichs- und Landesverfassung, eine Verbesserung der Ernährungslage sowie den Kampf gegen Wucher und Überfremdung als seine wichtigsten Aufgaben, was mehrfach mit Bravo-Rufen „von rechts“ quittiert wurde.¹⁸⁴⁸

Der Akt war somit scheinbar reibungslos über die Bühne gegangen, als Tribut an das doch recht überstürzte Verfahren hätte indes bereits die Wahl des Ministerpräsidenten – von

¹⁸⁴³ Johannes Timm hatte Kahr – bei Wahrung der grundsätzlichen Position der SPD – in der Sitzung sogar für sein „sozialpolitisches Verständnis“ gelobt, Dirr an Raschig (NL Dirr 304) und wiederholte diese Aussage auch am 29. März im Landtag (Verh. Landtag 1919/20, Bd. II, 813).

¹⁸⁴⁴ Verordnung vom 16.3.1920 über Maßnahmen nach Art. 48 Abs. IV der Reichsverfassung (MInn 66 252).

¹⁸⁴⁵ Kahr erklärte bei der Annahme seiner Wahl, ihm sei „vor wenigen Stunden“ mitgeteilt worden, dass nun die Absicht bestehe, ihn im Landtag als Kandidat aufzustellen (Verh. Landtag 1919/20, Bd. II, 557).

¹⁸⁴⁶ Verzeichnung des Abstimmungsergebnisses in der DDP-Fraktion, Nachmittag des 16.3.1920 (Niederschrift der Sitzung in Stadtarchiv München, NL Dirr 314).

¹⁸⁴⁷ Zitat in Verh. Landtag 1919/20, Bd. II, 557.

¹⁸⁴⁸ Die Rede Kahrs in ebd., Bd. II, 557 f.

Forschung und Öffentlichkeit praktisch unbemerkt – beinahe in einer veritablen Blamage geendet: So verfügte die absehbare Koalition aus BVP, DDP und BBB zwar über eine recht komfortable Mehrheit, die sich bei voll besetztem Landtag in einem Verhältnis von 107 gegenüber 73 Mandaten ausdrückte.¹⁸⁴⁹ Die plötzliche Einberufung des Plenums¹⁸⁵⁰ hatte freilich zur Folge, dass von insgesamt 180 MdL nur höchstens 147 Abgeordnete zur zweiten Sitzung des Tages erschienen waren – bei der Wahl wurden gar nur 134 Stimmen abgegeben, wobei 42 Zettel unbeschrieben blieben.¹⁸⁵¹ Die drei Parteien hatten also offensichtlich große Mühe, die laut Verfassung erforderliche Zahl von 91 Ja-Stimmen für ihren Kandidaten zu mobilisieren; § 58 Abs. 1 bestimmte eindeutig, dass ein neuer Ministerpräsident die Mehrheit aller Mitglieder des Parlaments hinter sich vereinigen musste.¹⁸⁵² Die Erleichterung war deshalb sicherlich groß, als Landtagspräsident Schmitt das Ergebnis der Wahl verlas und bekannt gab, dass Gustav von Kahr 92 Stimmen erhalten habe; fast alle der vermutlich 93 anwesenden Koalitionsabgeordneten waren also dem Beschluss ihrer Fraktionen gefolgt.¹⁸⁵³

Ein kapitaler Fehlstart war somit knapp vermieden, der neue Ministerpräsident stand jedoch vorerst ohne Kabinett da und hatte auch noch keine Gewissheit, welche Parteien denn nun in die neue Koalition eintreten würden. Im Sinne eines Bündnisses auf möglichst breiter Basis plädierte Kahr zwar für eine Beteiligung von SPD und BMP¹⁸⁵⁴,

¹⁸⁴⁹ Vgl. den Überblick über die Zusammensetzung des Landtags bei Lilla, Landtag, 557 f. (in der Tabelle sind die beiden Landesabgeordneten der DDP allerdings irrtümlich der DVP zugeordnet, die eine Fraktionsgemeinschaft mit der Mittelpartei bildete).

¹⁸⁵⁰ Die nächste reguläre Landtagssitzung war eigentlich für den 17.3.1920 geplant (vgl. die Ankündigung von Landtagspräsident Schmitt in Verh. Landtag 1919/20, Bd. II, 553), weshalb sicherlich viele Abgeordnete nach Ende der Sitzung am 12. März über das Wochenende nach Hause führen; angesichts der dramatischen Entwicklung kamen einige Landtagsfraktionen zwar bereits am Nachmittag des 14.3.1920 zu ersten Besprechungen zusammen, die formelle Einberufung des Plenums erfolgte jedoch erst durch Beschluss des Ältestenrats vom 15. März (Sitzungsniederschrift in Landtag 12 224).

¹⁸⁵¹ Die Rekonstruktion stützt sich auf die von Landtagspräsident Schmitt bei Eröffnung der Sitzung verlesene Liste der entschuldigten bzw. beurlaubten Abgeordneten; im Gegensatz zur Nationalversammlung bzw. zum Reichstag war eine solche Mitteilung im bayerischen Landtag zu Beginn jeder Sitzung üblich und erlaubt zumindest näherungsweise Rückschlüsse auf die Besetzung des Plenums – natürlich ist wahrscheinlich, dass einzelne Abgeordnete kurzfristig verhindert waren und sich deshalb nicht mehr entschuldigen konnten. Die Liste der am 16. März (48. Sitzung) entschuldigten bzw. beurlaubten MdL findet sich in Verh. Landtag 1919/20, Bd. II, 557.

¹⁸⁵² Vgl. die Einordnung der zweiten Wahl Hoffmanns zum Ministerpräsidenten im Mai 1919 in: Ehberger, Kabinett Hoffmann II, Teil 1, 18* f.

¹⁸⁵³ Dabei kann freilich nicht ausgeschlossen werden, dass Kahr auch Stimmen von Seiten der Mittelpartei erhielt, die zu diesem Zeitpunkt ja noch auf einen Eintritt in die Regierungskoalition hoffte.

¹⁸⁵⁴ Wie Speckner in einem Zeitzeugengespräch mitgeteilt wurde, folgte Kahr damit der Empfehlung seines späteren Vertrauten Hans Schmelzle (Speckner, Ordnungszelle, 135).

Diese – auch angesichts der späteren Einstellung Kahrs durchaus bemerkenswerte – Absicht ist auch anderweitig mehrfach nachgewiesen: So teilte Kahr dem hessischen Ministerpräsidenten bei einer Konferenz der süddeutschen Staaten Anfang April 1920 in Stuttgart mit, er hoffe weiterhin auf eine Regierungsbeteiligung der SPD (Schreiben des preuß. Gesandten in Darmstadt Rieth an Prittwitz vom 13.4.1920; PAAA, R 98 391), während sich der Vertreter des Reichs in Bayern, Graf Zech, rückblickend erinnerte, Kahr habe anfangs ernsthaft versucht, die SPD einzubinden (Bericht Zech an das Auswärtige

überließ die Entscheidung jedoch einer weiteren interfraktionellen Zusammenkunft, die um 17 Uhr ohne den neuen Regierungschef die Beratungen aufnahm.¹⁸⁵⁵ Verblieb den Vertretern der Sozialdemokratie hierbei freilich nur noch die Aufgabe, den am Nachmittag gefassten Beschluss zum Austritt aus der Regierung bekannt zu geben und die Umstimmungsversuche ihrer Kollegen¹⁸⁵⁶ freundlich abzulehnen, scheiterte die Bildung einer „bürgerlichen Einheitsfront“¹⁸⁵⁷ am scharfen Konflikt zwischen DDP und BMP: Mit Verweis auf die unklare Haltung der Deutschnationalen zum Kapp-Lüttwitz-Putsch knüpften die Demokraten ihre Beteiligung schließlich sogar an die Bedingung, dass die Mittelpartei nicht in die Koalition eintreten würde. Die dadurch ausgelöste Auseinandersetzung kulminierte erwartungsgemäß in gegenseitigen Vorwürfen¹⁸⁵⁸, woraufhin die BMP-Vertreter Hans Hilpert und Hermann Strathmann auf jede Beteiligung verzichteten und indigniert den Saal verließen.

War es damit der DDP gelungen, eine Erweiterung der Koalition nach rechts zu verhindern, setzte sich die BVP mit ihrem Anliegen durch, das Kabinett weitgehend mit sog. beamteten Fachministern zu besetzen. Konnte Gustav von Kahr diesem Prinzip sicherlich aus Überzeugung zustimmen, ist es hingegen durchaus bemerkenswert, dass der soeben gewählte Ministerpräsident keinerlei Einfluss auf die Auswahl der neuen Ressortleiter nahm. Zwar ist in diesem Zusammenhang zu beachten, dass die Leiter der Exekutive bei den Regierungsbildungen der Weimarer Zeit im Unterschied zu den heutigen Gepflogenheiten oft keine federführende Rolle ausübten¹⁸⁵⁹; die Parteien – darunter auch die BVP, also die Partei des Ministerpräsidenten – betrachteten es vielmehr

Amt vom 1.10.1921, fol. 4; PAAA, R 98 351). Und auch auf dem Höhepunkt des Konflikts zwischen Bayern und der Reichsregierung Stresemann im Herbst 1923 wies General Schoch Kahr in einem Schreiben (Schoch an Kahr vom 15.9.1923; PAAA, NL Stresemann 2) darauf hin, er selbst wäre doch im März 1920 bereit gewesen, die Sozialdemokraten an der Regierung zu beteiligen. Eine entsprechende Bemerkung Stresemanns im Reichstag am 22.11.1923 (Verh. Reichstag, Bd. 361, 12194) löste dann im Plenum freilich nur noch Heiterkeit aus.

¹⁸⁵⁵ Zum Verlauf dieser Besprechung vgl. die Darstellung in ‚Zur Bildung des neuen bayerischen Kabinetts‘, in: Blätter der Bayerischen Mittelpartei Nr. 13 vom 30.3.1920, 50-54, hier 53 f. sowie den Bericht des Fraktionsvorsitzenden Haerberlein in der abendlichen Fraktionssitzung der DDP (Niederschrift der Sitzung vom 16.3.1920 in Stadtarchiv München, NL Dirr 314).

¹⁸⁵⁶ Justizminister Müller beansprucht etwa für sich, er habe sich „bis zum letzten Augenblicke“ dafür eingesetzt, die SPD von einem Eintritt in die Regierung zu überzeugen. (Müller-Meinungen, Aus Bayerns schwersten Tagen, 244).

¹⁸⁵⁷ Zitat in: ‚Zur Bildung des neuen bayerischen Kabinetts‘, in: Blätter der Bayerischen Mittelpartei Nr. 13 vom 30.3.1920, 50-54, hier 54.

¹⁸⁵⁸ Vgl. die Wiederaufnahme der Debatte zwischen den Abgeordneten Hilpert und Piloty in der Sitzung des Wahlgesetzausschusses vom 18.3.1920 (Verh. Landtag 1919/20, Beil. Bd. IV, 58f. (Beilage 1351)): Schrieb MdL Hilpert hierbei der Forderung nach einem klaren Bekenntnis zur Verfassung einen „inquisitorischen und lauernden Charakter“ zu, attestierte Piloty den Deutschnationalen abermals „eine gewisse Sympathie“ mit den Putschisten und verwies abermals auf das beanstandete Flugblatt.

¹⁸⁵⁹ So übernahmen auch die Ministerpräsidenten Lerchenfeld und Knilling im Grunde bereits fertig aufgestellte Kabinette.

als ihr genuines Recht, die Kandidaten für die ihnen zustehenden Ministerposten nach freiem Ermessen zu präsentieren. In dieser, weiterhin von spürbarem Handlungsdruck geprägten Situation verzichteten die Fraktionsführer jedoch sogar darauf, den neuen Regierungschef nochmals zu konsultieren und ihn auf diese Weise zumindest pro forma am Prozess der Entscheidungsfindung zu beteiligen. Kahr erfuhr also erst auf seinem abendlichen Weg in die Prannerstraße von der Zusammensetzung des neuen Kollegenkreises und musste dabei auch feststellen, dass Georg Heim – offenbar entgegen einer vorherigen Abmachung¹⁸⁶⁰ – ganz darauf verzichtet hatte, in das Ministerium einzutreten. Nun war am Verhandlungsergebnis freilich nichts mehr zu ändern und Kahr verlas gegen 22 Uhr im Landtag¹⁸⁶¹ die ohne ihn erstellte Kabinettsliste, die das Plenum ohne Einwände zur Kenntnis nahm.

3.4 Das Kabinett Kahr I: Besetzung und Ausgangslage

Der Weg zur vorläufigen Beilegung der entstandenen Krise war somit weitgehend frei: Denn hatte bereits die Berufung eines zivilen Generalstaatskommissars zur Beruhigung der Gewerkschaften beigetragen und den Heißspornen unter den Zeitfreiwilligen weiteren Wind aus den Segeln genommen, rückte der Abbruch des Generalstreiks mit der parlamentarischen Bildung einer Regierung nun in greifbare Nähe. In den am nächsten Morgen zwischen dem Ministerpräsidenten und der Streikleitung aufgenommenen Verhandlungen¹⁸⁶² stand daher die Option einer Fortsetzung des Ausstandes eigentlich nur noch als Drohkulisse im Raum, während die Gewerkschaftsvertreter in erster Linie möglichst weitgehende Konzessionen für den ohnehin anstehenden Schritt zu erreichen suchten; die weitgehende Weigerung Kahrs, auf die gestellten Forderungen einzugehen, änderte dann auch nichts mehr am Abbruch des Streiks¹⁸⁶³, der offiziell um 15.30 Uhr erfolgte.

Zum gleichen Zeitpunkt hatte sich die Regierung auch endgültig konstituiert: War Heinrich von Frauendorfer nach einigem Zögern doch noch einmal als Verkehrsminister ins Kabinett eingetreten¹⁸⁶⁴, hatte der Ministerpräsident in Justizminister Müller-

¹⁸⁶⁰ Keßler, Held, 386 (in Bezugnahme auf Speckner, Ordnungszelle, 128), eine entsprechende Andeutung findet sich auch im Rundschreiben Pfeiffers vom 19.3.1920 (NL Kanzler 2).

¹⁸⁶¹ Verh. Landtag 1919/20, Bd. II, 559 f.

¹⁸⁶² Das Protokoll dieser am 17. März 1920 geführten Verhandlungen findet sich in der Überlieferung der Ministerratsprotokolle (MA 99 515), diese Besprechung stellt selbst aber natürlich keine Sitzung des Ministerrates dar.

¹⁸⁶³ Plakat zum Abbruch des Streiks mit genauer Zeitfestsetzung (17. März, 15.30 Uhr) in NL Hamm 58.

¹⁸⁶⁴ Die abermalige Berufung Heinrich von Frauendorfers zum Verkehrsminister war auch innerhalb der Koalition keineswegs unumstritten: Denn stand das bayerische Zentrum bzw. die BVP dem ehem. Mitglied des Kabinetts Podewils schon seit der Regierungskrise 1911 äußerst kritisch gegenüber (siehe Anm. 1561),

Meinungen inzwischen einen Stellvertreter erhalten und sich zudem bereit erklärt, neben dem Innen- auch das Außenministerium bis auf Weiteres zu leiten.¹⁸⁶⁵ Beinahe zeitgleich mit dem Ende des Kapp-Putsches im Reich war das Ministerium Kahr somit arbeitsfähig und setzte sich, wie schon gesagt, zum größten Teil aus Staatsbeamten zusammen.

Die BVP hatte neben dem Ministerpräsidenten drei weitere Vertreter ins Kabinett entsandt: Hierbei maß die Partei der Übernahme des Kultusministeriums durch Franz Matt¹⁸⁶⁶, einem seit Studienzeiten in katholischen Verbänden engagierten Ministerialbeamten, sicherlich die größte Bedeutung zu. Der vormalige Hochschulreferent war seinem bisherigen Vorgesetzten, dem „Schulrevolutionär“ Johannes Hoffmann, nicht nur äußerst reserviert gegenüber gestanden, er hatte intern auch wiederholt Kritik an den höchst umstrittenen Reformmaßnahmen geübt. Die Bestellung Matts signalisierte somit auf markante Weise einen Bruch mit der von Hoffmann verfolgten Agenda und ließ eine Rückbesinnung der Schul- und Kultuspolitik auf die von der Bayerischen Volkspartei favorisierten Leitlinien erwarten.

Derweil fand die hohe Personalfuktuation, die seit der Revolution besonders das Finanzministerium erfasst hatte, auch unter Karl Gustav Kofler nochmals eine unfreiwillige Fortsetzung: Der amtierende Minister hatte erst Ende Januar die Nachfolge Karl Friedrich Specks, des Vorsitzenden der BVP, angetreten, erkrankte jedoch bereits wenige Wochen später schwer, weshalb Oberregierungsrat Wilhelm Krausneck am 26. März zum Staatssekretär bestellt wurde¹⁸⁶⁷, um das Ressort interimistisch zu leiten. Kofler konnte jedoch auch in den folgenden Monaten keiner einzigen Ministerratssitzung beiwohnen und musste sich einer längeren Kur unterziehen, weshalb sein Vertreter im Juli 1920 selbst zum Finanzminister aufrückte und bis zu seinem Unfalltod im Jahre 1927 im Amt blieb.

bröckelte inzwischen auch innerhalb der DDP die Unterstützung für den als linksliberal geltenden Politiker, da ihm u. a. zu große Nachgiebigkeit gegenüber übertriebenen Tarifforderungen der Arbeiter zur Last gelegt wurde (vgl. die Debatte in der DDP-Fraktionssitzung vom 16.3.1920; NL Dir 316), vgl. auch die entsprechenden Vorwürfe in den von Gewerkschaften und Parteien beschickten Beratungen zum laufenden Generalstreik (MA 100 981). Die liberale Landtagsfraktion fasste angesichts dieser Sachlage dann sogar die Nominierung Josef von Grassmann als alternativen Kandidaten ins Auge, nahm die eingehende Annahmeerklärung Frauendorfers dann jedoch mit ironischen Beifall hin, da das Verkehrswesen ohnehin in Kürze in die Zuständigkeit des Reiches übergehen würde.

¹⁸⁶⁵ Soweit die zentralen Ergebnisse der zweiten Ministerratssitzung vom 17. März, die laut Protokoll (MA 99 515) um 15:30 Uhr begann. Dabei ist auffällig, dass die Regierungsparteien angesichts des Verbleibens von SPD und BMP in der Opposition plötzlich mehr Ministerien als erwartet zu besetzen hatten.

¹⁸⁶⁶ Zur Biographie von *Franz Matt* (1860-1929) vgl. die Lebensbeschreibung bei Schmitt, Matt, 14-37.

¹⁸⁶⁷ Verh. Landtag 1919/20, Bd. II, 766 f.

Zur Biographie von *Wilhelm Krausneck* (1875-1927) vgl. die Angaben bei Lilla, *Verwaltungshandbuch* [URL: <https://verwaltungshandbuch.bavarikon.de/VWH/Krausneck_Wilhelm#lang-de>; zuletzt eingesehen am 4.8.2021].

Das Ministerium für Soziale Fürsorge übernahm der Landtagsabgeordnete Heinrich Oswald¹⁸⁶⁸, der auf eine Karriere in der christlichen Gewerkschaftsbewegung zurückblicken konnte und so als glaubwürdige Stimme der Arbeitnehmerschaft und benachteiligter Bevölkerungsschichten wie etwa der Kriegsbeschädigten in den Ministerrat einzog. Neben dem Vertreter des Bauernbundes, dem ehemaligen Genossenschaftsdirektor Johann Wutzlhofer¹⁸⁶⁹, der fortan das auf Initiative seiner Partei gebildete Landwirtschaftsministerium leitete, war Oswald das einzige Regierungsmitglied, das in seinem Leben keinen Beamteneid abgelegt hatte.

Die DDP nahm in der Besetzung der beiden ihr zustehenden Ressorts hingegen keine Veränderungen vor, stellte als zweitstärkster Koalitionspartner jedoch ab sofort den stellvertretenden Ministerpräsidenten: Justizminister Ernst Müller-Meiningen¹⁸⁷⁰ war seit 1911 Oberlandesgerichtsrat in München, verfügte im Gegensatz zu seinen Kollegen aus der Verwaltung allerdings über langjährige Erfahrung als Abgeordneter. Der stets mit seinem parlamentarischen Namenszusatz auftretende Politiker hatte vor dem Krieg als führender Vertreter des liberalen „Freisinn“ im Reichstag Bekanntheit erlangt, sprach sich nach der Räterepublik jedoch vehement gegen eine allgemeine Amnestieregelung aus und war zudem als Initiator politischer Ausnahme Gesetze in Erscheinung getreten.

Im Vergleich dazu verfügte Eduard Hamm, der frühere Hilfsreferent Kahrs im Innenministerium, über weniger politisches Profil, profitierte indes von seinen Erfahrungen aus verschiedenen Tätigkeiten in der Kriegswirtschaft und hatte sich als Minister für Handel, Industrie und Gewerbe bereits das Vertrauen der Unternehmerschaft¹⁸⁷¹ sowie auch beträchtliches Ansehen in der Partei erworben. Immerhin wäre es anders kaum zu erklären, dass die DDP-Fraktion im Falle einer Regierungsbildung auf breiterer Basis¹⁸⁷² eher bereit gewesen wäre, auf das Justizministerium zu verzichten und damit Hamm gegenüber dem angesehenen Parteipolitiker Müller-Meiningen den Vorzug gegeben hätte. Die von der Partei nach der

¹⁸⁶⁸ Zur Biographie von *Heinrich Oswald* (1866-1945) liegt vor: Rachel Maria Maier, Vom Metallarbeiter zum Bayerischen Sozialminister: Heinrich Oswald 1866-1945. Kämpferischer Sozialpolitiker der Weimarer Republik, in: Sammelblatt des Historischen Vereins Ingolstadt 114 (2005), 358-387.

¹⁸⁶⁹ Zur Biographie von *Johann Wutzlhofer* (1871-1936) vgl. die Angaben bei Lilla, Verwaltungshandbuch [URL: <https://verwaltungshandbuch.bavarikon.de/VWH/Wutzlhofer_Johann#lang-de>; zuletzt eingesehen am 4.8.2021]

¹⁸⁷⁰ Bis zur Ernennung zum Justizminister im Kabinett Hoffmann II hatte Müller außerdem der Fraktion der DDP im Bayerischen Landtag vorgestanden. Vgl. zur Biographie von *Ernst Müller-Meiningen* (1866-1944) die Angaben und Literaturhinweise bei Ehberger, Kabinett Hoffmann II, Teil 1, 34*-37*.

¹⁸⁷¹ Unger, Staatsministerium, 256. Zur Biographie von *Eduard Hamm* (1879-1944) vgl. Hardtwig, Hamm.

¹⁸⁷² Fraktionssitzung vom 16.3.1920; NL Dir 316.

Neuwahl des Landtags tatsächlich gezogene Konsequenz war also bereits im März erwogen worden.

Die Entscheidung von SPD und BMP, nicht in die Regierung einzutreten, hatte derlei Überlegungen freilich überflüssig gemacht und dazu geführt, dass für das Kabinett Kahr I ein Überangebot an freien Ministerien und nicht wie ursprünglich erwartet an potenziellen Ministern zu verzeichnen war. Der Ministerpräsident erhielt deshalb nicht nur das Außen-, sondern auch das Innenministerium übertragen, in dem er als Regierungsassessor, Ministerialreferent wie auch als Staatsrat zwanzig Jahre lang gewirkt hatte. Gustav von Kahr kannte das Haus also so gut wie wohl niemand sonst, seit seinem Ausscheiden Mitte 1917 hatten sich freilich durchaus bedeutende Veränderungen ergeben: Die Gründung der Staatsministerien für Soziale Fürsorge¹⁸⁷³ und Landwirtschaft¹⁸⁷⁴ hatte insbesondere die Kompetenzen des bis zur Revolution wohl bedeutendsten Ministeriums beschnitten und so zentrale Gebiete wie das Ernährungswesen, die Kriegsfürsorge oder das Wohnungswesen dem Geschäftsbereich des Ressorts entzogen. Im Vergleich zu ihren königlichen Vorgängern verfügten die nach 1918 ins Amt gekommenen Minister also über einen spürbar eingeschränkten politischen Gestaltungsspielraum¹⁸⁷⁵, die zahlreichen Kontakte zu nun in anderen Ministerien tätigen Beamten¹⁸⁷⁶ bedeuteten im Falle des ehemaligen Personalreferenten Kahr allerdings eine gewisse Kompensation für diesen Verlust. Die Anzahl der Stellen hatte sich mit der Abgabe von Beamten an andere Ressorts jedoch nicht verringert, die 1919 und 1920 verabschiedeten Etats enthielten sogar jeweils Stellenmehrungen¹⁸⁷⁷, da einige Referate nicht einfach aufgehoben werden konnten und neue Aufgabenfelder hinzugekommen

¹⁸⁷³ Vgl. hierzu Anker, Staatsministerium für Soziale Fürsorge.

¹⁸⁷⁴ Sarah Hadry, Ernährungskrise, Revolution und der Bauernbund - Zur Geschichte des ersten bayerischen Staatsministeriums für Landwirtschaft (1919-1932), in: Archivalische Zeitschrift 92 (2011), 209-275.

¹⁸⁷⁵ Von einer ähnlichen Entwicklung waren freilich auch andere Ministerien betroffen: Im Zuge der Erzberger'schen Reformen musste das Finanzministerium als Kernressort etwa einen großen Teil der Finanzverwaltung an das Reich abtreten; dabei kamen sogar Zweifel auf, ob das Ministerium bestehen bleiben sollte, vgl. Verh. Landtag 1920/21, Bd. I, 191.

¹⁸⁷⁶ So hatten u. a. Johann Attinger, Karl Lang, Emil Tischer (ins StML), Ludwig Wimmer, Karl Stützel oder Otto Löhner (ins StMS) das StMI in die neu gebildeten Häuser verlassen, Konrad Ritter von Preger war inzwischen Gesandter in Berlin. Vgl. Lilla, Verwaltungshandbuch [URL: <https://verwaltungshandbuch.bavarikon.de/VWH/Alphabetisches_Register>; zuletzt eingesehen am 4.8.2021].

¹⁸⁷⁷ Vgl. Verh. Landtag 1920/21, Beil. Bd. I, Etatentwurf des Staatsministeriums des Innern sowie die Etatberatung im Finanzausschuss am 8.8.1919 (Protokoll in Landtag 11 840). Kürzlich war etwa Heinrich Wirsching (Lilla, Verwaltungshandbuch [URL: <https://verwaltungshandbuch.bavarikon.de/VWH/Wirsching_Henrich#lang-de>; zuletzt eingesehen am 4.8.2021]) oder das frühere Mitglied des „Akzessistenstalls“, Karl Freiherr von Freyberg (MInn 85 479), ins Ministerium einberufen worden. Vgl. auch die Kritik Knillings zum erhöhten Personalbestand im Haushaltsausschuss des Landtages (Sitzung vom 15.2.1921, pag. 9-15), nach der das StMI zunehmend zum „Universalbezirksamt“ anwachse.

waren – beispielsweise übernahm Major a.D. Christian Pirner im Dezember 1919 das Referat für „Notorganisationen im Sicherheitswesen“, das in der Folge vor allem die Angelegenheiten der Landespolizei betreute. blieb der Personalbestand des Ministeriums somit im Kern unangetastet, hielt sich auch die Anzahl der weiteren personellen Umbesetzungen in den üblichen Grenzen und ergab sich in der Regel aus den gewohnten Automatismen des dienstlichen Vorrückungssystems¹⁸⁷⁸; lediglich die Übernahme einiger bewährter Kräfte¹⁸⁷⁹ in Reichsdienste machte gelegentlich eine vorzeitige Nachfolgeregelung notwendig.

Bezeichnete Heinrich Held das Innenministerium trotz der Abgabe von Zuständigkeiten also nicht ohne Grund weiterhin als „Mittelpunkt der Staatsregierung“¹⁸⁸⁰, war hingegen die Aufhebung des Staatsministeriums des Äußeren im März 1920 bereits vorgesehen. Das traditionell dem Vorsitzenden im Ministerrat zustehende Ressort hatte seit der Revolution fast alle Bereiche seines operativen Wirkens eingebüßt: Waren nämlich mit dem Ende der Monarchie alle Angelegenheiten des königlichen Hauses und Aufgabenfelder wie das Ordenswesen prinzipiell obsolet geworden, bedingte die in der Weimarer Verfassung festgeschriebene Monopolisierung der diplomatischen Beziehungen in den Händen des Reiches die Auflösung fast aller bayerischen Auslandsvertretungen¹⁸⁸¹; die zeitgleich geführten Verhandlungen um den Fortbestand der innerdeutschen Gesandtschaften liefen wiederum darauf hinaus, nur die Repräsentanzen der Länder in Berlin beizubehalten.¹⁸⁸² Die personalintensive, im Krieg mehrfach vergrößerte Handelsabteilung war im April des Vorjahres wiederum zu einem eigenständigen Ministerium aufgewertet worden, das nun zwei Stockwerke im Palais Montgelas belegte und somit den Bedeutungsverlust des Ressorts auch räumlich dokumentierte¹⁸⁸³; kleine Zuwächse, wie das im September 1919 gebildete

¹⁸⁷⁸ Vgl. die Personalübersicht in MInn 65 343, die Referatsübersichten in NL Hamm 19 (Stand ca. 1920) sowie die Auflistung der Regierungsvertreter für die Sitzungen des Landtags (Verh. Landtag 1920/21, Bd. I, XXVIII); als langjährige Referenten waren weiterhin tätig: Heinrich Völk (seit 1906, nun Staatsrat), Alexander Neubert (seit 1905), Adolf Dieudonné (seit 1909), Otto Luxenburger (seit 1910), Hans Schneider (seit 1913), Josef Zetlmeier (seit 1914).

¹⁸⁷⁹ So etwa die Bestellung Franz Xaver Schweyers zum Ministerialdirektor im Reichsarbeitsministerium (Juli 1919; Düren, Schweyer) oder die Bestellung Ludwig Hubers zum Staatssekretär im Reichsernährungsministerium (April 1920). Vgl. Lilla, Verwaltungshandbuch [URL: <https://verwaltungshandbuch.bavarikon.de/VWH/Huber_Ludwig#lang-de>; zuletzt eingesehen am 4.8.2021].

¹⁸⁸⁰ Etatberatung des StMI vom 8.8.1919 (Landtag 11 840).

¹⁸⁸¹ Vgl. hierzu folgende Überblicksdarstellung: Wolfgang Benz, Bayerische Auslandsbeziehungen im 20. Jahrhundert. Das Ende der auswärtigen Gesandtschaften Bayerns nach dem I. Weltkrieg, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 32 (1969), 962-994.

¹⁸⁸² Siehe Anm. 2646.

¹⁸⁸³ Vgl. den betreffenden Sachakt MA 102 664 sowie die zutreffende Bemerkung Victor Naumanns aus dem Jahre 1925: „Dieser Bau [das Ministerialgebäude, M.B.] birgt in sich das Ministerium des Äußeren,

Militärreferat¹⁸⁸⁴, fielen demgegenüber kaum ins Gewicht. Die Vorgängerregierung hatte aus dieser Entwicklung die Konsequenzen gezogen und dem Landtag am 5. März den Entwurf einer Verordnung¹⁸⁸⁵ zugeleitet, welche die Umwandlung des Außenministeriums in eine Staatskanzlei vorsah, die dem Ministerpräsidenten fortan bei der Geschäftsführung zur Seite stehen sollte – zu diesem Zeitpunkt lag es also durchaus im Bereich des Möglichen, dass Gustav von Kahr in Kürze die Reihe der bayerischen Außenminister beschließen würde.

Erscheint die Hausmacht des Ministerpräsidenten trotz der Einbußen in beiden Ressorts freilich immer noch relativ imposant, führt in einer Gesamtabwägung doch kaum ein Weg daran vorbei, Gustav von Kahr zu Beginn seiner Amtszeit als relativ schwachen Ministerpräsidenten einzustufen: So ließ der „Treuhandler des souveränen Volkes“ einerseits zunächst selbst keine Zweifel daran, dass seine Zeit an der Spitze der Regierung nur eine kurze Episode bleiben würde. Setzten die bereits erwähnten Absichtserklärungen und die ehrenamtliche Führung des Ministerpräsidiums bereits entsprechende Zeichen, behielt sich Kahr außerdem die Rückkehr auf seine bisherige Beamtenstelle ausdrücklich vor. Der Innenminister – also Kahr selbst – ernannte daher für Oberbayern keinen neuen Regierungspräsidenten, sondern beauftragte den bisherigen Stellvertreter, Regierungsdirektor Loritz, mit der vorläufigen Leitung der Mittelbehörde.¹⁸⁸⁶ Darüber hinaus verzichtete der neue Regierungschef in seinen Ministerien auf die eigentlich obligatorischen Amtseinführungen in Gegenwart aller Beamter¹⁸⁸⁷, was neben der eigenen Bescheidenheit sicherlich auch die Vorläufigkeit der Ressortbesetzungen unterstreichen sollte.

Strahlte das neue Kabinett also in vielerlei Hinsicht des Charakter eines Provisoriums aus, wurde es dennoch vom ersten Tag mit politischen Gegenwind konfrontiert, wobei vor allem die zweifelhaften Umstände der Regierungsübernahme eine spürbare Hypothek darstellten: Zwar wiesen die BVP und auffälligerweise auch die liberale DDP wiederholt mit Nachdruck darauf hin, dass der Regierungswechsel ohne Zweifel korrekt abgelaufen

das nur noch ein absterbendes Dasein führt, während es bis vor wenigen Jahren noch in reger Tätigkeit war; ein Teil der früher von ihm benutzten Räume ist dem Handelsministerium überwiesen worden“ (Viktor Naumann, Profile. 30 Porträtskizzen aus den Jahren des Weltkrieges nach persönlichen Begegnungen, München 1925, 95).

¹⁸⁸⁴ Vgl. „Das neue Militärreferat im Ministerium des Äußern“, in: BStZ Nr. 224 vom 13.9.1919.

¹⁸⁸⁵ Entwurf einer Verordnung über die Aufhebung des Staatsministeriums des Äußern und die Errichtung einer Staatskanzlei vom 5. März 1920 (Verh. Landtag 1919/20, Beil. Bd. VI, Beilage 1147). Demnach sollte die zum 1.4.1920 zu errichtende Staatskanzlei jeweils eine Abteilung des Ministeriums bilden, das der Ministerpräsident führte.

¹⁸⁸⁶ Deutinger, Kahr, 227. Kahr verblieb außerdem in der ihm als Regierungspräsident von Oberbayern zustehenden Dienstwohnung, siehe Anm. 2536.

¹⁸⁸⁷ Tagebuch Kahr 1921-B, pag. 177.

sei¹⁸⁸⁸, die sozialistische Opposition ließ den Sachverhalt jedoch vorerst nicht auf sich beruhen. Hatte der schwere Vorwurf eines putschartigen Vorgehens nämlich bereits in der Generaldebatte¹⁸⁸⁹ Ende März im Raum gestanden, brachte die SPD-Fraktion nur einen Monat später eine weitere Interpellation¹⁸⁹⁰ ein und rollte mit der Frage, was bisher zur Aufklärung der fraglichen Ereignisse geschehen sei, die Angelegenheit von Neuem auf. Ministerpräsident Kahr und Justizminister Müller mussten in der Causa also erneut Rede und Antwort stehen, zogen sich jedoch im Wesentlichen mit Hinweisen auf die laufenden Ermittlungen aus der Affäre.¹⁸⁹¹ Mit einiger Verspätung löste das Thema dann sogar eine Kontroverse im Reichstag aus, als sich die Debatte um das erste Entwaffnungsgesetz¹⁸⁹² schnell auf Bayern fokussierte und mehrere Abgeordnete die Legitimität der kritisierten Regierung Kahr in Zweifel zogen: Besonders die eindringliche Darlegung der Geschehnisse durch den Münchener Abgeordneten Martin Gruber, die – im Gegensatz zu den polemischen Ausführungen der USPD-Vertreter Unterleitner und Simon – kaum Anlass zu Zwischenrufen von der rechten Seite des Hauses gab, brachte hierbei Eduard Hamm, der seinen Ministerkollegen natürlich loyal verteidigte, durchaus in Bedrängnis.¹⁸⁹³

Die fehlende parteipolitische Verankerung Kahrs und der Mehrheit des Ministerkollegiums stand schließlich einer Festigung seiner Stellung ebenfalls im Weg: Der Status eines „unpolitischen“ Fachministers mochte zwar das eigene Ansehen in konservativen Kreisen steigern, strategisch betrachtet fiel es den Koalitionsparteien in dieser Konstellation allerdings auch leichter, die politische Verantwortung für unpopuläre Entscheidungen auf die Exekutive abzuwälzen. Ist hier freilich noch nicht der Ort, das Verhältnis zwischen der Regierung Kahr und dem Landtag eingehender zu würdigen, trug das schon häufig beschriebene System der Beamtenministerpräsidenten¹⁸⁹⁴ jedoch zweifellos dazu bei, das für die konstitutionelle Monarchie typische Nebeneinander von Exekutive und Legislative wieder zu befestigen, wobei letztere nun allerdings über das Schicksal der Regierung bestimmte. Hatten die Fraktionen die Auswahl der Minister also noch völlig an sich gezogen, richteten sie sich nun wieder verstärkt in einer komfortablen Beobachterrolle ein, da die Minister weniger als sichtbare Repräsentanten der Parteien

¹⁸⁸⁸ Vgl. den Bericht der preußischen Gesandtschaft vom 31.3.1920 (Bundesarchiv Berlin, R 707/2).

¹⁸⁸⁹ Siehe Anm. 1797.

¹⁸⁹⁰ Verh. Landtag 1919/20, Beil. Bd. III, Beilage 1317.

¹⁸⁹¹ Verh. Landtag 1919/20, Bd. III, 56-58.

¹⁸⁹² Siehe dazu Kapitel VII B 4.2.3.

¹⁸⁹³ Verh. Reichstag, Bd. 344, 486-492.

¹⁸⁹⁴ Kraus, Geschichte Bayerns, 672, vgl. auch die scharfsinnige Bewertung der Konstellation bei Schwend, Bayern, 152 f. Siehe Anm. 2567.

agierten, sondern eher im Stile von Technokraten die anfallenden Geschäfte bewältigten – im Zweifelsfall war es somit auch einfacher möglich, sich von der Amtsführung eines Kabinettsmitglieds ohne größeren Gesichtsverlust zu distanzieren. Und tatsächlich schien der parlamentarische Rückhalt Kahrs zu Beginn seiner Amtszeit noch keineswegs über alle Zweifel erhaben: Denn war bereits die Wahl des Ministerpräsidenten unvermutet knapp ausgefallen, hatte die DDP die Kandidatur ohnehin nur widerwillig akzeptiert und sich mit dem Gedanken getröstet, dass zu Beginn der neuen Legislaturperiode im Sommer nochmals neu über die getroffenen Personalentscheidungen verhandelt werden würde. Stand demgegenüber die SPD für eine alternative Mehrheitsbildung nicht mehr zur Verfügung, nahmen Teile der Mittelpartei Kahr wiederum die Formulierung „Treuhänder des souveränen Volkes“ sowie seinen Eintritt in die BVP übel und gingen zunächst auf Abstand.¹⁸⁹⁵

Bei dieser Sachlage kamen deshalb auch die diplomatischen Vertreter der anderen deutschen Länder zu der naheliegenden Einschätzung, dass mit einem dauerhaften Verbleib Kahrs an der Regierung wohl kaum zu rechnen sei: Beschrieb der preußische Geschäftsträger Zech den neuen Ministerpräsidenten dementsprechend als konservativen Beamten, der sich „für das Präsidium eines reinen Geschäftsministeriums“ gut eigne¹⁸⁹⁶, berichtete der württembergische Gesandte Moser von Filseck von einer ersten Begegnung am 21. März, bei der Kahr die amtierende Regierung erneut als Provisorium einstufte und seine eigene Aufgabe lediglich in der „Pazifizierung des Landes“ erblickte¹⁸⁹⁷. Der sächsische Bevollmächtigte Dziembowski sprach seine Skepsis noch offener aus: Aus seiner Sicht war eine baldige Ablösung der Regierung schon deshalb abzusehen, da es dem Ministerpräsidenten bei allen sonstigen Kenntnissen an der nötigen politischen Routine mangle und er außerdem selbst in den bürgerlichen Parteien über eine zu schmale Basis von Unterstützern verfüge.¹⁸⁹⁸

¹⁸⁹⁵ Schreiben Friedrich Beckh an Weilnböck vom 20. und 23.3.1920 (NL Weilnböck N 1327/33b).

¹⁸⁹⁶ Bericht Zech an preußisches Staatsministerium und AA vom 23.3.1920 (PAAA, R 98 347).

¹⁸⁹⁷ Bericht Moser von Filseck an das württembergische Staatsministerium vom 22.3.1920 (Benz, Moser, 56 f.).

¹⁸⁹⁸ Bericht Dziembowski an das sächsische Staatsministerium des Äußern vom 19.3.1920 (NL Dziembowski 1).

B. Vom Treuhänder zur politischen Führungsfigur: Das erste halbe Jahr an der Spitze des Freistaats Bayern

Bereits ein halbes Jahr später schienen derartige, nicht nur von den Gesandten geäußerten Zweifel¹⁸⁹⁹ indes wie verflogen: Der im Juli schließlich doch wiedergewählte Ministerpräsident hatte das Image eines farblosen Verwalters des Übergangs nämlich bemerkenswert schnell abgestreift und nutzte Ende September das Landesschießen der Einwohnerwehren Bayerns¹⁹⁰⁰, um sich einem großen Publikum in der völlig konträren Rolle des volkstümlichen Staatsmannes zu präsentieren.

Die sorgfältig vorbereitete Veranstaltung¹⁹⁰¹, die parallel zum erstmals nach dem Krieg wieder abgehaltenen Oktoberfest stattfand, war als pompöse Inszenierung konzipiert, die den Wehrmännern und der Öffentlichkeit demonstrieren sollte, welche Dimensionen die in ihren Anfängen lokale Selbstschutzbewegung inzwischen angenommen hatte. Unbestrittener Höhepunkt der auf eine ganze Woche ausgedehnten Feierlichkeiten bildete eine Großkundgebung auf dem Königsplatz, an der am Festsonntag ungefähr 40 bis 60 000 Wehrmänner teilnahmen und das weitläufige, nach Gauen gegliederte Areal fast vollständig besetzten.¹⁹⁰² Die anderen Tage zwischen dem 25. September und 1. Oktober standen im Zeichen der Schießwettbewerbe und Veranstaltungen in den „Standortquartieren“¹⁹⁰³, wobei die am Dienstag in vier großen Bierhallen der Stadt

¹⁸⁹⁹ Siehe hierzu den in der Einleitung abgedruckten Artikel aus der Basler National-Zeitung (S. 19 f.).

¹⁹⁰⁰ Christoph Hübner, Erstes Landesschießen der bayerischen Einwohnerwehren, in: Historisches Lexikon Bayerns [URL: <https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Erstes_Landesschießen_der_bayerischen_Einwohnerwehren,_1920>; zuletzt eingesehen am 3.3.1921]. Vgl. auch die zentralen Quellenbestände in BayHStA, Abt. IV, Bestand Einwohnerwehr, Bund 3, Akt 9 sowie die Festnummern des „Heimatlandes“ und der MNN.

Der Vorschlag, eine derartige Veranstaltung durchzuführen, wurde erstmals bei der Landesausschusstagung vom 10./11. März 1920 (Bestand Einwohnerwehr, Bund 3, Akt 6) aktenkundig; vereinzelte Materialien des vorbereitenden Arbeitsausschusses finden sich im Bestand Einwohnerwehr, Bund 13.

¹⁹⁰¹ Für die Vorbereitung der Massenveranstaltung waren insgesamt sechs Ausschüsse (allgemeiner Arbeitsausschuss, Schießen, Finanzen, Wohnung, Wirtschaft, Fest) tätig: ‚Das EW-Landesschießen‘, in: MAAZ Nr. 389 vom 22.9.1920.

¹⁹⁰² Zur Großkundgebung auf dem Königsplatz vgl. die Programmhefte in Bestand Einwohnerwehr, Bund 13, die Berichte in der Tagespresse (Bestand Einwohnerwehr 4) und die zahlreichen Fotos im Privatnachlass Kahr.

¹⁹⁰³ Vgl. die Einquartierung der Teilnehmer aus den verschiedenen Kreisverbänden in ihre „Standquartiere“, die aus den Programmheften (siehe vorherige Anm.) hervorgeht; als Standquartiere dienten die großen Bierkeller der Stadt.

ausgerichteten Festabende¹⁹⁰⁴ nochmals deutlich aus dem sonstigen Programm herausstachen.

Dem Ministerpräsidenten war bei allen wichtigen Teilen des Festes ein großer Auftritt zgedacht: Hielt Kahr bei der sonntäglichen Hauptkundgebung die erste, von der Presse vollständig abgedruckte und mit dem Schiller'schen Rütli-Schwur beschlossene Ansprache¹⁹⁰⁵, besuchte er am Dienstag den Schießplatz in Neufreimann und stellte sich nach einem Preisschießen mit anderen Ehrengästen für Gruppenphotos und das Signieren von Postkarten zur Verfügung.¹⁹⁰⁶ Die größte Strapaze stand Kahr danach allerdings noch bevor, da er sich zum Ziel gesetzt hatte, am Abend bei allen vier „Festkommersen“ zu sprechen und deshalb gemeinsam mit Escherich und Epp im Studentakt von Bierhalle zu Bierhalle gefahren wurde.¹⁹⁰⁷ Escherich fühlte sich angesichts dieser Omnipräsenz des Ministerpräsidenten sogar etwas zurückgesetzt und monierte in seinem Tagebuch, in den Straßen würden überall Ansichtskarten von Kahr und Epp verteilt, während sein Porträt unter den verfügbaren Motiven fehle.¹⁹⁰⁸ Die von den Münchner Neuesten Nachrichten zum Abschluss des Festes publizierte Sonderausgabe¹⁹⁰⁹ mochte ihn deshalb etwas beruhigen, da auf der Titelseite sowohl er selbst als auch Kahr im Bild zu betrachten waren – in einer Zeit, in der Photographien und Abbildungen in der Tagespresse noch die Ausnahme darstellten¹⁹¹⁰, ist freilich auch diese Tatsache durchaus als Besonderheit zu werten und steigerte den Bekanntheitsgrad und das Prestige der porträtierten Persönlichkeiten nochmals spürbar.

Der Kontrast zu den skeptischen Prognosen ein halbes Jahr zuvor könnte somit auf den ersten Blick nicht größer sein: Entgegen seinen eigenen Ankündigungen befand sich Ministerpräsident Kahr nicht nur weiterhin in Amt und Würden, er genoss auch eine bemerkenswerte Popularität und hatte mit dem Projekt einer dauerhaften

¹⁹⁰⁴ Vgl. ‚Die Festkommerse der Einwohnerwehr‘, in: MZ Nr. 270 vom 29.9.1920; die Festabende fanden in den „Standquartieren“, also im Löwenbräu-, Kindl-, Hacker- und Bürgerbräukeller, am gleichen Abend statt.

¹⁹⁰⁵ Der vollständige Text der Ansprache Kahrs: ‚Der Tag der bayerischen Einwohnerwehr‘, in: MNN Nr. 400 vom 27.9.1920.

¹⁹⁰⁶ Vgl. die Presseberichte in Bestand Einwohnerwehr 3, Akt 9. Alle Ehrengäste maßen sich bei dieser Gelegenheit auch am Schießstand, wobei Kahr hinter Landesschützenmeister Leindecker den zweiten Preis errang.

¹⁹⁰⁷ Kahr, Escherich und Epp traten im Löwenbräu, im Hackerbräu, im Bürgerbräu und im Kindl-Keller auf. Vgl. ‚Der Kommerstag der Wehren‘, in: MNN Nr. 403 vom 29.9.1920.

¹⁹⁰⁸ Vgl. den Eintrag am 29. September (NL Escherich 6), vgl. auch bereits die am 26. September eingetragene Bemerkung, nach der sich Epp und Kahr „feiern und photographieren“ ließen.

¹⁹⁰⁹ Exemplar der Sonderausgabe der Münchner Neuesten Nachrichten vom 2.10.1920 in Bestand Einwohnerwehr 13.

¹⁹¹⁰ Hierzu ist folgende Grundlagenstudie einschlägig: Konrad Dussel, Pressebilder in der Weimarer Republik. Entgrenzung der Information (Kommunikationsgeschichte 29), Berlin u. a. 2012.

Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung¹⁹¹¹ offenbar einen wesentlichen Teil der Bevölkerung von der „Vortrefflichkeit [der] eigenen Regierung“¹⁹¹² überzeugt. Hält man nun nach Erklärungsangeboten für diesen Umschwung Ausschau, liegt es nahe, auf die zu Beginn des Kapitels eröffneten Perspektiven zurückzukommen und dementsprechend zunächst die Politik der von Kahr geführten Kabinette auf mögliche Auslöser für diesen bemerkenswerten Umschwung – etwa einen markanten Kurswechsel – zu untersuchen. Grundsätzlich ist bei einer solchen Leistungsbilanz zwischen der Tätigkeit der von März bis Juli amtierenden Übergangsregierung und dem Wirken des auf Dauer bestellten, Ende Oktober freilich gerade einmal ungefähr hundert Tage bestehenden Ministeriums zu unterscheiden. Das am 16. Juli 1920 gebildete Kabinett Kahr II hatte nämlich nicht nur endgültig die Regierungsgeschäfte übernommen und mit der Vorstellung eines Koalitionsprogramms den eigenen Gestaltungswillen bekräftigt, es agierte nach den Landtagswahlen auch auf einer neuen politischen Grundlage¹⁹¹³: Denn brachte der Urnengang vom 6. Juni der BVP und der deutschnationalen Mittelpartei einen beachtlichen Stimmenzuwachs, mussten SPD und DDP – immerhin die führenden Kräfte bei der Ausarbeitung der Bamberger Verfassung¹⁹¹⁴ – massive Verluste hinnehmen. Auf der anderen Seite des politischen Spektrums konnten USPD und KPD zwar das blamable Abschneiden vom Januar 1919 vergessen machen, ihre zukünftige Oppositionsrolle stand allerdings schon von vorneherein fest, da für alle anderen Fraktionen ein Bündnis mit der radikalen Linken nicht in Frage kam. Auch angesichts dieser Tatsache war für die sog. bürgerlichen Parteien, die im neuen Parlament über eine solide Zweidrittelmehrheit verfügten, der Weg zur Regierungsbildung weitgehend vorgezeichnet¹⁹¹⁵, zumal die DDP nun auch nicht mehr in der Lage war, die von der Mittelpartei erstrebte „Einheitsfront“ zu konterkarieren. In den erst Anfang Juli abgehaltenen Koalitionsgesprächen¹⁹¹⁶ mussten

¹⁹¹¹ Vgl. die explizite Prioritätensetzung in der Antrittsrede Kahrs (Verh. Landtag 1919/20, Bd. II, 558).

¹⁹¹² Zitat aus: Bericht des württembergischen Gesandten Moser vom 17.6.1920 (Benz, Moser, 61).

¹⁹¹³ Die detaillierte Aufbereitung der Wahlergebnisse bei Lilla, Landtag, 558 f.

¹⁹¹⁴ Vgl. Ehberger, Bamberger Verfassung, 79-97.

¹⁹¹⁵ Zwar lud Verhandlungsführer Heinrich Held auch die Sozialdemokratie zu den Koalitionsgesprächen ein, ein Eingehen auf dieses Angebot kam für die Partei schon allein aufgrund der erlittenen Einbußen freilich kaum in Frage; tatsächlich zog sich die SPD-Fraktion bereits nach einem ersten Sondierungstreffen aus den Verhandlungen zurück und begründete diese Entscheidung in einem offenen Brief (vgl. ‚Die Sozialdemokraten in Bayern zur Regierungsbildung‘, in: MP Nr. 158 vom 10./11.7.1920). Ähnlich wie im März ließ daher eigentlich nur das Verhalten der DDP größeren Raum für Spekulationen, diesmal freilich unter umgekehrten Vorzeichen: Denn war es den Liberalen vor kurzen noch gelungen, den Eintritt der Deutschnationalen ins Kabinett zu verhindern, stand nun die Frage im Raum, ob die Partei überhaupt bereit war, sich an einer Rechtskoalition aus BVP, BMP und BBB, die bereits über eine eigene Mehrheit verfügte, zu beteiligen. Vgl. ‚DDP in Bayern‘, in: MNN Nr. 248 vom 21.6.1920; ‚Aus der DDP in Bayern‘, in: MNN Nr. 258 vom 28.6.1920.

¹⁹¹⁶ Der späte Termin der Koalitionsgespräche erklärt sich möglicherweise einerseits aus der Tatsache, dass erst die Regierungsbildung im Reich abgewartet werden sollte, die am 25. Juni mit der personellen

sich die Demokraten daher darauf beschränken, einige Passagen im Regierungsprogramm abzuschwächen und gemeinsam mit dem Bauernbund den Anspruch der Deutschnationalen auf das Innenministerium abzuwehren.¹⁹¹⁷ Die Bayerische Volkspartei war sich ihrer neu errungenen Stärke hingegen so bewusst, dass ihr Vorsitzender schon am 7. Juni, also am Tag nach der Wahl, Gustav von Kahr um die Fortführung seines Amtes ersuchte¹⁹¹⁸ und dies wenige Tage später auch öffentlich als wünschenswert bezeichnete, da „das Vertrauen zur Regierung [...] durch dieses Ministerium wieder geweckt“¹⁹¹⁹ worden sei.

Nach den vorhandenen Hinweisen¹⁹²⁰ auf die unmittelbare Reaktion des so Gelobten zu urteilen, stand der Ministerpräsident den neuerlichen Avancen seiner Partei jedoch erst sehr reserviert gegenüber und wollte zunächst an seinem Vorhaben, wieder aus dem politischen Leben auszuschneiden, festhalten. Hatte Frau Kahr deshalb schon die Tage bis zur Rückkehr ihres Mannes in seine alte Stellung als Regierungspräsident von Oberbayern gezählt¹⁹²¹, ließ sich ihr Gatte jedoch abermals umstimmen und willigte auch angesichts zahlreicher Unterstützungskundgebungen aus der Bevölkerung¹⁹²² schließlich in eine neuerliche Nominierung ein. In den Koalitionsverhandlungen Anfang Juli stand

Komplettierung des Kabinetts Fehrenbach abgeschlossen war (vgl. AdR Fehrenbach, VIII-XX); das amtliche Wahlergebnis wurde außerdem erst im Landeswahlausschuss am 26. Juni festgestellt (vgl. ‚Das endgültige Landtagswahlergebnis‘, in: MNN Nr. 257 vom 26./27.6.1920).

Die Spitzen der Fraktionen kamen daraufhin am 1. Juli zu einem ersten „Gedankenaustausch“ zusammen (vgl. ‚Die Bildung der neuen bayerischen Regierung‘, in: MNN Nr. 266 vom 3.7.1920; siehe die danach erfolgte Absage der SPD in der vorherigen Anm.), die entscheidenden interfraktionellen Sitzungen begannen dann am 8. Juli (‚Die Regierungsbildung in Bayern‘, in: MNN Nr. 278 vom 10./11.7.1920).

¹⁹¹⁷ Vgl. die Bewertung des Einflusses der DDP bei Formulierung des Regierungsprogramms aus eigener Sicht: ‚Vom bayerischen Regierungsprogramm‘, in: Süddeutsche Demokratische Korrespondenz Nr. 162 vom 20.7.1920. In NL Hamm 17 befinden sich außerdem Entwürfe der „Vereinbarungen für die Regierungsbildung in Bayern“.

Zum Anspruch der Mittelpartei auf das StMI: Hans Hilpert, Zur Regierungsbildung in Bayern, in: Blätter der Bayerischen Mittelpartei Nr. 30 vom 24.7.1920, 125-127.

¹⁹¹⁸ Schreiben Speck an Kahr vom 7.6.1920 in NL Kahr 32.

¹⁹¹⁹ Vgl. die Begrüßungsworte Specks auf der Landesversammlung der Bayerischen Volkspartei am 11. Juni 1920 (zitiert nach: ‚Politische Richtlinien der Bayerischen Volkspartei‘, in: BStZ Nr. 135 vom 13.6.1920).

¹⁹²⁰ Vgl. die Aufzeichnung zu einem Telefongespräch mit dem bayerischen Gesandten Preger vom 10.6.1920 (NL Kahr 32), demnach hatte Kahr gesagt: „Die Koalitionssitzungen haben bei uns noch nicht stattgefunden. Ich werde sehr viel bestürmt von allen Seiten, ich habe bereits gebeten, mich meines Amtes zu entbinden, aber es vergeht kein Vormittag...Das ist ein harter Entschluss, das kann ich nicht machen...“ In diesem Sinne auch die Erinnerung Schmelzles: Menges, Schmelzle, 203.

¹⁹²¹ Vgl. das Schreiben Ella von Kahrs – die gerade ihre Tochter in Berlin besuchte – an ihren Ehemann vom 14.3.1921 (Privatnachlass Kahr, Familienkorrespondenz). Sie schrieb aus Anlass des ersten Jahrestages der Regierungsübernahme u. a.: „Ein Jahr jetzt bayer. Ministerpräsident und ich Dummes hab damals die Tage gezählt bis zum 6. Juni, vom dem ich gehofft, daß er Dir die Bürde wieder nehmen, Dich uns und Deinem schönem Amt wiedergeben würde. Es ist anders gekommen und so schwer es für Dich war, es ist gut so für unser Vaterland!“.

¹⁹²² So begründete Kahr seinen Sinneswandel gegenüber Hans Schmelzle, dem er noch wenige Tage zuvor erklärt hatte, „daß er die Regierungsgeschäfte bis zum Überdruß satt habe“, mit den an ihn „aus allen Teilen des Landes“ gerichteten Bitten um Weiterführung des Amtes. Vgl. Menges, Schmelzle, 203.

die Frage nach dem zukünftigen Ministerpräsidenten dann offenbar überhaupt nicht mehr zur Debatte und der Landtag wählte Kahr am 16. Juli – dieses Mal mit einhelliger Zustimmung des bürgerlichen Lagers und großer Mehrheit – abermals zum Regierungschef.¹⁹²³

Dabei erscheint es indes zumindest vorschnell, den Erfolg der Volkspartei automatisch auf das Verdienstkonto des Ministerpräsidenten zu buchen – vielmehr bestehen gute Gründe für die Annahme, das Wahlergebnis nicht in erster Linie als Vertrauensvotum für den gerade ins Amt gekommenen Kahr, sondern als Wiedererstarben der konservativen Kräfte und damit gleichzeitig als Denkmittel für die dezidiert republikanischen Parteien einzuordnen. So hielt sich Kahr, in Übereinstimmung mit seiner Stellung als Interims-Regierungschef, im Wahlkampf merklich zurück und trat nur bei einer Kundgebung der BVP in München auf, allerdings nicht ohne gleich im ersten Satz zu betonen, er wolle mit seiner Rede „nicht parteipolitisch in Aktion trete[n]“ oder „in den heiß entbrannten Wahlkampf eingreife[n]“¹⁹²⁴. Sind angesichts des sorgfältig kalkulierten Zeitpunkts der Intervention – Freitagabend vor dem Urnengang, d. h. mit gesicherter Titelstory¹⁹²⁵ am Tag vor den Wahlen und ohne Reaktionsmöglichkeit für die politische Konkurrenz – hieran auch durchaus Zweifel angebracht, hatte jedoch vor allem das Auftreten der Regierung als Ganzes keinen ungetrübten Eindruck hinterlassen. Während der vergangenen zweieinhalb Monate war die Dreier-Koalition aus BVP, DDP und BBB nämlich eher durch ständige internen Unstimmigkeiten aufgefallen, die mit den verbliebenen Aufgaben der staatsrechtlichen Neuordnung, der Aufarbeitung der Ereignisse beim Kapp-Putsch und den Maßnahmen zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit alle wichtigen Politikfelder betrafen. Reagierte Kahr angesichts dieser Querelen dann auch bisweilen unwillig und mahnte die notwendige Geschlossenheit in der Koalition an¹⁹²⁶, hatte er jedoch nicht zuletzt selbst maßgeblichen

¹⁹²³ So betonte Hans Hilpert im Rückblick, die Verhandlungen zur Regierungsbildung seien „fast reibungslos“ abgelaufen und hätten „nur wenige Stunden in Anspruch“ genommen (Hans Hilpert, Zur Regierungsbildung in Bayern, in: Blätter der Bayerischen Mittelpartei Nr. 30 vom 24.7.1920, 125-127, hier 125).

Bei der Wahl des Ministerpräsidenten entfielen am 16. Juli 1920 100 von 143 abgegebenen Stimmen auf Gustav von Kahr (Verh. Landtag 1920/21, Bd. I, 6); die Koalition zählte insgesamt 109 Abgeordnete, davon waren in der Sitzung fünf entschuldigt bzw. beurlaubt.

¹⁹²⁴ Vgl. das Typoskript der Rede mit handschriftlichen Verbesserungen in NL Kahr 41.

¹⁹²⁵ Vgl. etwa ‚Eine Programmrede des Ministerpräsidenten‘, in: MNN vom 4.6.1920.

¹⁹²⁶ Vgl. der Hinweis Kahrs in der interfraktionellen Besprechung zum Verhalten des Polizeipräsidenten Pöhner in München am 13.4.1920 (NL Hamm 57): „Ich habe seinerzeit mich zur Übernahme des Ministerpräsidiums nur mit dem Bemerkten bereit gefunden, daß ich mich zu dem großen Opfer nur entschließen könne, wenn die Koalitionsparteien geschlossen zu dem Ministerium stehen [...] Eine Unstimmigkeit zwischen den Koalitionsparteien hätte seine Konsequenzen für den Ministerpräsidenten.“

Anteil daran, dass gerade die ersten Wochen im neuen Amt als turbulenter Fehlstart in Erinnerung blieben.

1. Zu ungestüm: Anlaufschwierigkeiten des neuen Ministerpräsidenten

1.1 Ausweisungen und bürokratische Schikanen: Die restriktive Fremdenpolitik und ihr Scheitern

Insbesondere der Versuch, die in der Antrittsrede des Ministerpräsidenten angekündigten Maßnahmen gegen eine „Überfremdung“ Bayerns sogleich in die Tat umzusetzen, erregten in diesem Zusammenhang großes Aufsehen: Die bereits am 20. März im Ministerrat beraten und dort ohne Veränderungen beschlossene Verordnung über Zuzug und Aufenthalt¹⁹²⁷ verfolgte offiziell das Ziel, ganz allgemein die gültigen Beschränkungen des Fremdenverkehrs durchzusetzen, unnötige Aufenthalte in Bayern mit Blick auf die angespannte Ernährungslage zu vermeiden und gleichzeitig den Zuzug politischer Unruhestifter effektiv zu verhindern.

Der Wirkungsbereich der vom Ministerium des Inneren eingebrachten Vorlage erstreckte sich also auf alle in Bayern ansässigen Ausländer bzw. Staatenlose und entzog somit dem Verdacht einer Diskriminierung bestimmter Gruppen formell jede Grundlage. Freilich findet die von Dirk Walter ausgesprochene Vermutung, die Initiative habe sich „nach Lage der Dinge“¹⁹²⁸ de facto vor allem gegen sogenannte Ostjuden gerichtet, unter anderem in einem Schreiben Eduard Hamms an Siegmund Fraenkel ihre Bestätigung: Der orthodoxe Jude und angesehene Wollgroßhändler, immerhin Vizepräsident der Handels- und Gewerbekammer von Oberbayern¹⁹²⁹, hatte sich im Ministerium über die Wortwahl des neuen Regierungschefs beschwert¹⁹³⁰, der bei seinem ersten Auftritt im Landtag nicht nur allgemein die Überfremdung beklagt, sondern auch ein „strenges Einschreiten“ gegen „Stammesfremde“ zur Notwendigkeit erklärt hatte.¹⁹³¹ Hamm versuchte Fraenkel daraufhin in seiner Antwort¹⁹³² zu beruhigen und betonte, Kahr habe ihm auf Nachfrage

¹⁹²⁷ Vgl. die Beratung der Vorlage im Ministerrat am 20. März 1920 (MA 99 515), den Text der Verordnung StAnz Nr. 76 vom 31.3.1920. sowie die Pressemeldung: ‚Ausweisung von Ausländern und Staatenlosen‘, in: BStZ Nr. 77 vom 1.4.1920. Eine Analyse des Inhalts und der Umsetzung der Verordnung bei Walter, Antisemitische Kriminalität, 64-75.

¹⁹²⁸ Walter, Antisemitische Kriminalität, 64.

¹⁹²⁹ Zu *Siegmund Fraenkel* (1860-1925) vgl. Krauss (Hg.), *Kommerzienräte*, 453.

¹⁹³⁰ Fraenkel beschwerte sich über die Äußerung Kahrs bei Ministerialrat Lindner im StMH (vgl. Hamm an Fraenkel vom 24.3.1920, MHIG 375) und im StMF (vgl. Ministerratssitzung vom 1.4.1920, TOP IX-3); vgl. auch die öffentliche Stellungnahme Fraenkels in folgenden Artikel: ‚Die Judenfrage‘, in: MNN Nr. 295 vom 23.7.1920.

¹⁹³¹ Verh. Landtag 1919/20, Bd. II, 558. Vgl. hierzu auch der Protest des Bundes jüdischer Frontsoldaten München in einem „Offenen Brief an die Regierung des Freistaates Bayern“ (MNN Nr. 136 vom 6.4.1920, Abdruck als Anzeige).

¹⁹³² Vgl. Hamm an Fraenkel vom 24.3.1920 in MHIG 375.

versichert, dass er mit seinen Ausführungen natürlich nicht die einheimischen, sondern lediglich die zugezogenen Ostjuden im Auge gehabt habe. Beinhaltete diese Beschwichtigung also bereits ein heruntergespieltes Einverständnis, blieb auch außenstehenden Beobachtern, wie etwa der polnischen Gesandtschaft in Berlin, die Hauptstoßrichtung des einsetzenden Vollzugs nicht lange verborgen; laut ihren ersten Erhebungen gehörten bis Ende April immerhin mehr als die Hälfte der ausgewiesenen eigenen Staatsbürger der jüdischen Glaubensgemeinschaft an.¹⁹³³

Wird die antisemitische Tendenz der Maßnahme also recht deutlich, kam der neuen Regierung bei ihrem Vorhaben allerdings die Tatsache zupass, dass auch andere stichhaltige Gründe für Einschränkungen beim Fremdenzuzug sprachen, eine Legitimation für das Aufgreifen der Thematik also einfach zu finden war: Wie schon bekannt, hatte das noch rein sozialdemokratisch besetzte Kabinett Hoffmann I bereits im Mai 1919 eine Bekanntmachung¹⁹³⁴ erlassen, die angesichts der gravierenden Wohnungsnot und der angespannten Ernährungslage, jedoch auch unter dem Eindruck der Rolle ausländischer Kommunisten in der zweiten Räterepublik, eine Erfassung aller Ausländer und der seit 1916 zugezogenen Deutschen aus anderen Bundesstaaten vorsah; ein längerer Aufenthalt von Nicht-Bayern erforderte fortan eine behördliche Genehmigung, während im Falle einer erheblichen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit auch Ausweisungen und Aufenthaltsbeschränkungen verfügt werden konnten. Es würde deshalb nicht zutreffen, die Regierung Kahr als alleinige Urheberin einer restriktiveren Fremdenpolitik¹⁹³⁵ zu kennzeichnen; im Vergleich zu den bisher gültigen Vorschriften markierten die Bestimmungen der neuen Verordnung jedoch vor allem in drei Bereichen eine deutliche Zäsur, die sowohl mit wesentlichen Verschärfungen, aber auch mit der Bekanntgabe ganz neuer Maßnahmen einherging:

Das neue Regelwerk war einerseits von dem Bestreben geleitet, in Zukunft eine möglichst lückenlose Kontrolle des Reiseverkehrs zu gewährleisten und löste dementsprechend den

¹⁹³³ Vgl. die Erwähnung der Mitteilung im Bericht Saint-Quentin an Millerand vom 29.4.1920 (Martens, Diplomatenberichte, Dok. 186, S. 563) sowie auch den Bericht von Polizeipräsident Pöhner vom 3.2.1920 über den massiven Zuzug sog. Ostjuden in München (MA 100 561).

¹⁹³⁴ Vgl. zu Inhalt und Umsetzung dieser Bekanntmachung (Bek. über Aufenthalts- und Zuzugsbeschränkungen vom 25.5.1919, in: StAnz Nr. 135 vom 28.5.1919) das Kapitel bei Walter, Antisemitische Kriminalität, 52-59.

Vgl. auch die vom preußischen Innenministerium am 7. April 1920 angeordnete Verschärfung der örtlichen Meldepflicht für Ausländer (Abschrift der entsprechenden Polizeiverordnung in MA 100 561), die jeden fremden Staatsbürger verpflichtete, sich innerhalb von 48 Stunden bei der Polizei registrieren zu lassen.

¹⁹³⁵ Ein Rundschreiben von Innenminister Endres (BayHStA, Abt. IV, RwGrKdo IV Nr. 24) zum Vollzug der in vorherigen Anm. genannten Bek. spricht auch klar die damit verbundenen Motive aus: Demnach ermöglichten die neuen Bestimmungen, alle Ausländer und „Landfremde“ zu erfassen sowie weiteren Zuzug nach Bayern – etwa aus Osteuropa – zu verhindern; außerdem sollten die „Vorschriften [...] auch eine Handhabe zum Einschreiten gegen Zigeuner bieten“.

bescheideneren Anspruch ab, längere Urlaubsaufenthalte oder das Recht zur dauerhaften Niederlassung bei Bedarf zu beschränken; die bisherige Meldepflicht wurde daher von einer rigorosen Genehmigungspraxis abgelöst, die jede Fahrt nach und durch Bayern von der vorherigen Bewilligung der zuständigen Ortspolizeistellen abhängig machte – sogar Händler oder Wissenschaftler mussten also vor Antritt einer Reise in jedem besuchten Ort eine Aufenthaltserlaubnis der lokalen Behörden beantragen, was den bürokratischen Aufwand für alle Seiten natürlich enorm erhöhte.¹⁹³⁶

Konnte somit in der Theorie jeder weitere unerwünschte Zuzug nach Bayern unterbunden werden, eröffneten die neuen Vorschriften darüber hinaus die Möglichkeit, Ausländer oder Staatenlose, die seit 1914 oder auch schon länger in Bayern ansässig waren, ohne nähere Angabe von Gründen auszuweisen, wobei „lästige Mitwohner“¹⁹³⁷ ohne Zuzugsgenehmigung den Freistaat innerhalb von fünf Tagen zu verlassen hatten.¹⁹³⁸ Vor dem Hintergrund der politischen Debatte beurteilt, erhielt die Verordnung nun also gleichzeitig den Charakter eines rückwirkenden Korrektivs für die vermeintlich unkontrollierte Migration in den Kriegsjahren und während der Revolutionsmonate; nicht umsonst hatten die Polizeidirektion und die Stadtkommandantur seit 1919 darauf gedrängt, möglichst viele der seit Kriegsausbruch zugewanderten Personen möglichst rasch wieder in ihre Heimat zurückzuführen.¹⁹³⁹ Besonders problematisch war in diesem Zusammenhang jedoch, dass die Bestimmung, nach der auch Personen mit Zuzugsberechtigung Bayern „im Falle der Aufforderung [...] innerhalb einer zu setzenden Frist“¹⁹⁴⁰ zu verlassen hätten, an keinerlei Kriterien oder Einschränkungen gebunden war und es damit in das freie Ermessen der Behörden stellte, wer aus ihrer Sicht eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit darstellte. Konnten die Polizeidirektion München bzw. jede Bezirkspolizeibehörde deshalb ohne jeden formellen Zwang zur Rechtfertigung einer impliziten Prioritätensetzung folgen und etwa der judenfeindlichen Tendenz der Anordnung Geltung verschaffen, kalkulierte man Diskriminierungen in der Praxis auch insofern offenbar von vorneherein ein, als Staatsangehörige der Siegermächte aus

¹⁹³⁶ Vgl. Abschnitt 1 der Verordnung über Zuzug von Aufenthalt vom 20.3.1920 in StAnz Nr. 76 vom 31.3.1920.

¹⁹³⁷ So die Äußerung Kahrs im Ministerrat am 22.3.1920, TOP VIII (MA 99 515).

¹⁹³⁸ So Abschnitt 1 der Verordnung über Zuzug von Aufenthalt vom 20.3.1920 in StAnz Nr. 76 vom 31.3.1920.

¹⁹³⁹ Vgl. die Forderung der Polizeidirektion und der Stadtkommandantur in einer Besprechung über die Sicherheitslage am 26. Juni 1919 (Ehberger, Kabinett Hoffmann II, Teil 1, Dok. 5).

¹⁹⁴⁰ Zitat aus Abschnitt 3 der Verordnung über Zuzug von Aufenthalt vom 20.3.1920 in StAnz Nr. 76 vom 31.3.1920.

nachvollziehbaren Gründen überhaupt keine Repressalien zu befürchten hatten.¹⁹⁴¹ Kurz gesagt, das Innenministerium und seine nachgeordneten Behörden behielten sich also von jetzt an die Entscheidung vor, welche ausländischen Personen weiterhin in Bayern bleiben durften und nahmen bei ihren Entscheidungen auch nicht immer auf die frühere Gesetzeslage¹⁹⁴² oder rechtliche Standards Rücksicht.

Als dritter Baustein des neuen Fremdenrechts war schließlich vorgesehen, alle Ausländer, deren Abschiebung aus unterschiedlichen Gründen nicht möglich war, aus dem öffentlichen Leben zu entfernen und bis auf Weiteres in ein Sammellager einzuweisen¹⁹⁴³: Hatte man in Sicherheitskreisen derartige Pläne zwar schon mehrfach erwogen, aus unterschiedlichen Gründen aber nie effektiv umgesetzt¹⁹⁴⁴, schritt die Polizeidirektion München nun sogleich zur Tat und eröffnete im Ingolstädter Festungskomplex eine entsprechende Einrichtung, in die zunächst ungefähr 100 Personen¹⁹⁴⁵ überführt wurden. Formale Rechtsgrundlage für dieses Vorgehen war die mit der Einführung des zivilen Ausnahmezustands an die „besonderen Beauftragten“ erteilte Befugnis, sicherheitsgefährliche Personen in sog. Schutzhaft zu nehmen¹⁹⁴⁶, wobei jedoch ungewiss bleibt, ob das hierfür festgelegte Prozedere¹⁹⁴⁷ auch im Sonderfall Ingolstadt regelmäßig umgesetzt wurde. Angesichts der Absonderung in einem speziellen Lager und des von den Behörden selbst geschürten Handlungsdrucks sind zumindest Zweifel angebracht, ob die Internierten – Walter spricht wohl nicht ohne Grund

¹⁹⁴¹ So auch der Hinweis im Bericht Saint-Quentin an Millerand vom 29.4.1920 (Martens, Diplomatenberichte, Dok. 186, 563).

¹⁹⁴² Das StMA gestand dies gegenüber dem Auswärtigen Amt auch offen ein (Note vom 9.7.1920, MA 100 561): „Von der Wegweisung werden zum Teil auch solche Personen betroffen, die bereits zu einer Zeit eingereist waren, als eine Aufenthaltsgenehmigung noch nicht erforderlich war.“

¹⁹⁴³ Der Text der Verordnung sprach nur allgemein davon, dass die „Bezirkspolizeibehörde außerdem Schutzhaft“ verhängen könne (Abschnitt 8 der Verordnung über Zuzug von Aufenthalt vom 20.3.1920 in StAnz Nr. 76 vom 31.3.1920); die Äußerungen von Handelsminister Hamm und Staatsrat Meyer am 20. März im Ministerrat (Protokoll in MA 99 515) deuten allerdings darauf hin, dass die Eröffnung eines entsprechenden Lagers von Anfang an geplant war.

¹⁹⁴⁴ Hatte Christian Roth kurz vor Ausbruch der Revolution erwogen, Arbeitslose und Ausländer in einem Lager bei Weilheim zur Kulturarbeit (siehe Anm. 1219) zu verwenden, verbrachte die Stadtkommandantur 1919 Personen aus „Ungarn, Serbien, Polen, Böhmen“ für einige Zeit ins das Kriegsgefangenenlager Puchheim; hierbei handelte es jedoch jeweils nur um Provisorien (vgl. die Niederschrift über die Besprechung der Sicherheitslage am 26. Juni 1919 in Ehberger, Kabinett Hoffmann II, Teil 1, Dok. 5).

¹⁹⁴⁵ Vgl. die Angabe der Belegungszahlen bei Walter, Antisemitische Kriminalität, 72. Vgl. auch Anna-Maria Kraftzick, Das Sammellager Fort Prinz Karl bei Ingolstadt 1920-1924, in: Sammelblatt des Historischen Vereins Ingolstadt 124 (2015), 329-342.

¹⁹⁴⁶ Vgl. die Verordnung über die Aufhebung des Kriegszustandes und über einstweilige Maßnahmen nach Art. 48/IV der Reichsverfassung vom 4.11.1919 (GVBl. 1919, 791-795); die „besonderen Beauftragten“ – also die Regierungspräsidenten bzw. der Münchener Polizeipräsident – wurden nach Abschnitt B, Ziffer II, Punkt 4 „ermächtigt, zur Abwendung einer Gefahr für die Sicherheit des Reiches oder des Landes Schutzhaft oder Aufenthaltsbeschränkungen zu verfügen.“

¹⁹⁴⁷ Nach der Verordnung vom 4.11.1919 (siehe vorherige Anm.) konnte sich die Schutzhaftanordnung auf höchstens drei Monate erstrecken und musste dann erneuert werden; Betroffene konnten gegen die Anordnung Beschwerde einlegen und hierzu auch einen Verteidiger zuziehen.

von „Gefangenen“¹⁹⁴⁸ – tatsächlich regelmäßigen Verkehr mit einem Rechtsanwalt bzw. die Möglichkeit der Beschwerde beim Landgericht hatten und ob die Schutzhaftbefehle auch in der Praxis alle drei Monate überprüft und ggf. erneuert wurden. Muss dies jedoch dahingestellt bleiben, steht hingegen fest, dass verschiedene Berichte über willkürliche Internierungen, schlechte Unterbringungsverhältnisse und z. T. auch Misshandlungen von Häftlingen¹⁹⁴⁹ das Lager mehrfach in Verruf brachten und somit den Eindruck des gezielten Schikanierens der Abschiebehäftlinge untermauerten.

Angesichts dieses einschneidenden Maßnahmenkatalogs war sich auch das Kabinett von Anfang an durchaus bewusst, dass die vorgenommenen Verschärfungen im Ausland Misstrauen erregen oder gar als unfreundlicher Akt gedeutet werden könnten. Um derlei Irritationen von vorneherein vorzubeugen, lud das Innenministerium deshalb alle in München akkreditierten Konsuln zu einem Empfang beim Ministerpräsidenten ein, der die zusammengekommene Runde am 1. April von der Verhältnismäßigkeit der Maßnahme zu überzeugen suchte und beruhigende Erklärungen über den vorgesehen Umfang der Abschiebungen abgab.¹⁹⁵⁰

Die tatsächliche Handhabung der erst am 31. März im wenig gelesenen Staatsanzeiger publizierten Verordnung¹⁹⁵¹ ließ dann jedoch solche Beschwichtigungen rasch beinahe wirkungslos verpuffen: Der offenbar vor allem in den ersten Wochen sehr rigorose

¹⁹⁴⁸ Zitat bei Walter, Antisemitische Kriminalität, 72.

¹⁹⁴⁹ Alwin Saenger bezeichnete die Verhältnisse im Fort Prinz Karl am 29. Juli 1920 (Verh. Landtag 1920/21, Bd. 1, 269 f.) etwa als „unerhörten Skandal“ und führte als Beleg für diese Behauptung u. a. die Misshandlung eines österreichischen Internierten und die Weigerung der Lagerleitung, seelsorgerliche Besuche eines Rabbiners zuzulassen, an; die meisten Lagerinsassen stellten überdies keinerlei Gefahr für die öffentliche Ordnung dar, sondern befänden sich nur aus Unkenntnis der neuen Passvorschriften in Ingolstadt. Weitere vergleichbare Beschwerden und Presseartikel bei Walter, Antisemitische Kriminalität, 72-74.

¹⁹⁵⁰ Schon die Planung des Empfangs weist darauf hin, dass sich das StMI schnell über die mögliche Tragweite des Vorgangs klar wurde: Sollte nämlich zunächst der zuständige Referent der Polizeidirektion – wohl Hans Lang – den Konsuln die entsprechenden Aufschlüsse geben (vgl. die Ankündigung im Ministerrat vom 20.3.1920; MA 99 515), entschied sich dann jedoch Ministerpräsident Kahr, den Empfang persönlich abzuhalten: Bei dieser Gelegenheit versicherte er den Anwesenden, dass die Gerüchte über eine „allgemeine Ausweisung aller Fremden“ nicht zuträfen (Bericht des württembergischen Gesandten Moser vom 3.4.1920, in: Benz, Moser, 58); nach seinen Worten sollten die Bestimmungen außerdem in „menschfreundlicher Art“ (so die Formulierung in: Alexander Dillmann, Das neue Fremden-'Recht' in Bayern, in: MNN Nr. 135 vom 3./4.4.1920) durchgeführt werden. Der Empfang wurde vom StMA protokolliert, vgl. die Niederschrift in MA 100 562.

¹⁹⁵¹ Vgl. Verordnung über Zuzug von Aufenthalt vom 20.3.1920 in StAnz Nr. 76 vom 31.3.1920. Ein Abdruck im viel stärker wahrgenommenen Gesetz- und Verordnungsblatt erfolgte nicht.

Vollzug¹⁹⁵², der übrigens auch nicht vor Deutsch-Österreichern¹⁹⁵³ Halt machte, löste vielmehr bald eine Welle des Protestes aus, die natürlich zunächst die betroffenen Gruppen, aber dann auch die Regierungen ihrer Heimatländer erfasste und auf den Plan rief. Nahm die breitere Öffentlichkeit daher zunächst durch landsmannschaftliche Kundgebungen¹⁹⁵⁴ und offene Briefe¹⁹⁵⁵ von der Einführung neuer Bestimmungen Kenntnis, forderte etwa der tschechoslowakische Außenminister Edvard Beneš die deutsche Gesandtschaft in Prag dazu auf, auf eine vorläufige Aussetzung der Ausweisungen hinzuwirken und stellte im Falle fortgesetzter Repressalien eine entsprechende Gegenreaktion in Aussicht¹⁹⁵⁶. Der österreichische Generalkonsul Bernauer konnte sich bei einem gleichartigen Vorstoß gleichzeitig überzeugen, dass eine derartige Drohung bei Kahr nicht verfangen würde: Im persönlichen Gespräch wies der Ministerpräsident vielmehr auf die in jedem einzelnen Fall vorliegenden Gründe für eine Ausweisung hin und fügte noch hinzu, dass er im Umkehrschluss natürlich auch nichts gegen eine Rückführung sicherheitsgefährlicher Bayern aus Österreich einzuwenden hätte.¹⁹⁵⁷

¹⁹⁵² Besondere Beschwerden wurden auch bei dieser Gelegenheit wieder gegen die Polizeidirektion München laut, die Ausweisungspraxis Pöhners beschäftigte Mitte Juli 1920 sogar den Münchner Stadtrat („Der Tyrann von München“, in: MP Nr. 162 vom 15.7.1920); bereits im April 1920 hatte der Vorsitzende des Münchner Gewerkschaftsvereins, Gustav Schiefer, in einer Rede festgestellt, dass Pöhner mit seinen Ausweisungen „alles Dagewesene“ übertreffe („Der Münchner Gewerkschaftsverein zur politischen Lage“, in: MNN Nr. 150 vom 14.4.1920). Vgl. auch die Kritik Knillings im Haushaltsausschuss am 16.2.1921 (Landtag 14 706, pag. 40): „Auch hinsichtlich der Handhabung der fremdenpolizeilichen Bestimmungen seien die Klagen gegen die Polizeidirektion München zweifellos zum Teil übertrieben; aber auch sehr berechtigte Klagen würden hier laut, und er könne sich nach seiner Kenntnis der Dinge der Ansicht nicht verschließen, daß es möglich wäre, die Handhabung der fremdenpolizeilichen Bestimmungen bei der PolDir München in die Hände eines geschickteren Referenten zu legen, der mehr auf der Höhe seiner Aufgaben stehe als der gegenwärtige.“

¹⁹⁵³ So waren auch Bürger des Nachbarlandes Salzburg (vgl. „Salzburg und Bayern“, in: MAAZ Nr. 29.4.1920) betroffen, der Salzburger Landtag beschloss daher am 26. Mai, die österreichische Bundesregierung zur Androhung von Repressalien aufzufordern (Verhandlungen des Salzburger Landtages der II. Session der I. Wahlperiode, Salzburg 1921, 9-10). Weitere Dokumente, etwa ein Protestschreiben des Deutsch-Österreichischen Volksbunds vom 21.4.1920 an die Fraktionen der Nationalversammlung in MA 100 561.

¹⁹⁵⁴ Vgl. etwa den Bericht von der Protestversammlung des österreichischen Volksbundes: „Vormärzliches von der Regierung Kahr-Matt“, in: MP Nr. 84 vom 10./11.4.1920.

¹⁹⁵⁵ Vgl. den offenen Brief der bulgarischen Studenten in München („Die Fremdenpolizeiverordnung und die bulgarischen Studenten“, in: MNN Nr. 148 vom 13.4.1920), in dem u. a. auf eine mögliche Schädigung des Deutschlandbildes bei der Bevölkerung des Weltkriegsverbündeten hingewiesen wurde.

¹⁹⁵⁶ Vgl. die Verbalnote der deutschen Gesandtschaft Prag (o. D., Mitte April 1920) mit der entsprechenden Bitte Beneš (Bundesarchiv Berlin, R 707/2) und die darauffolgende Note der preußischen Gesandtschaft an das Außenministerium vom 20.4.1920 (MA 100 561). Am 27. Mai fand sich sodann der tschechische Konsul Blahovski im Außenministerium ein und kündigte für den Fall weiterer Ausweisungen explizit ein reziprokes Vorgehen gegen Deutsche in der Tschechoslowakei an, vgl. Vormerkung in MA 100 561.

¹⁹⁵⁷ Ministerpräsident Kahr setzte Legationsrat Frerichs von diesem Vorgang in Kenntnis, freilich nicht ohne hinzuzufügen, dass Bernauer inzwischen die Gelegenheit erhalten habe, sich von der Verhältnismäßigkeit der eingeleiteten Maßnahmen zu überzeugen. Vgl. der Bericht Frerichs an das Auswärtige Amt vom 3.6.1920 (Bundesarchiv Berlin, R 707/3); tatsächlich gab sich der Generalkonsul

Dagegen wog schon schwerer, dass die Reichsregierung nicht nur mehrfach ihre Besorgnis über die angekündigten diplomatischen Konsequenzen zum Ausdruck brachte¹⁹⁵⁸, sondern auch inhaltlich spürbar auf Distanz ging: War es aus ihrer Sicht etwa nicht hinnehmbar, dass der Freistaat die einheitliche deutsche Visapolitik konterkarierte¹⁹⁵⁹, erkannte der preußische Staatskommissar für öffentliche Ordnung im Vorgehen Bayerns darüber hinaus eine ernste Gefährdung für die innere Sicherheit des Reiches¹⁹⁶⁰: Tatsächlich erschien die Befürchtung keineswegs unbegründet, dass bei größeren Ausweisungen die Mehrheit der Betroffenen sich nicht ohne weiteres mit einer oft perspektivlosen Rückkehr in ihre Heimat abfinden, sondern versuchen würden, sich in anderen Teilen Deutschlands niederzulassen.

Die bayerische Staatsregierung zeigte sich freilich auch gegenüber solchen Einwänden zunächst unbeeindruckt, konterte entsprechende Vorstellungen mit dem Hinweis auf vergleichsweise niedrige Fallzahlen und gab außerdem zu bedenken, dass die wenigen ausgewiesenen Unruhestifter nun in einem Akt persönlicher Rache oft alles daran setzen würden, im Ausland eine Hetzkampagne gegen Bayern zu entfachen.¹⁹⁶¹ Diese argumentative Taktik verfiel jedoch nicht auf Dauer, da die Kritik auch innerhalb Bayerns zunehmend Fuß fasste, wobei neben der politischen Opposition¹⁹⁶² auch Handelskammern¹⁹⁶³, Fremdenverkehrsverbände¹⁹⁶⁴ und Stimmen aus Wissenschaft und

offenbar mit den erhaltenen Erklärungen zufrieden, vgl. Bernauer an Kahr vom 2.6.1920 mit einer Distanzierung von den Angriffen des österreichischen Volksbundes (MA 102 381)

¹⁹⁵⁸ Vgl. Auswärtiges Amt an Zech vom 1.6.1920 (Abschrift in MA 100 561!) mit der Instruktion, im Außenministerium auf eine Abänderung oder mildere Handhabung der Verordnung hinzuwirken und dabei auf Gegenmaßnahmen hinzuweisen, die ggf. alle deutschen Staatsbürger betreffen würden sowie Bericht Zech vom 3.6.1920 über die Unterredung mit Kahr (Bundesarchiv Berlin, R 707/3). Weitere Dokumente in MA 100 561.

¹⁹⁵⁹ Vgl. das Rundschreiben des AA an alle deutschen Konsularbehörden und Passstellen in Europa vom 15.5.1920 (Abschrift in MA 100 561): Demnach sollten vorerst Sichtvermerke für die Reise nach Bayern erteilt, die Verordnung jedoch nicht offiziell bekannt gemacht werden, da sie im Widerspruch zum Art. 276d des Versailler Vertrags stehe. Bayern sei deshalb auch zu einer „nochmaligen Prüfung“ aufgefordert worden.

¹⁹⁶⁰ Vgl. das Schreiben des preußischen Staatskommissars für öffentliche Ordnung an das Büro des Reichspräsidenten vom 6.4.1920 (Bundesarchiv Berlin, R 601/1126) mit der angedeuteten Argumentation.

¹⁹⁶¹ Vgl. Bericht Frerichs an das Auswärtige Amt vom 3.6.1920 (Bundesarchiv Berlin, R 707/3) sowie die Note des StMA an das Auswärtige Amt vom 9.7.1920 (MA 100 561) mit dem Hinweis auf eine nur geringe Ausweisungszahl und der Gegenüberstellung mit den etwa 3-4000 in München lebenden Polen.

¹⁹⁶² So legte die SPD-Fraktion noch in den letzten Sitzungstagen des alten Landtages eine Interpellation (Verh. Landtag 1919/20, Beil. Bd. IV, Beilage 1510) vor und forderte die Staatsregierung darin auf, zur „politisch wie wirtschaftlich gleich gefährlichen Ausweisung einwandfreier Fremder“ Stellung zu nehmen; sie nahm das Thema nach Konstituierung des neuen Landtags außerdem gleich wieder auf und forderte die Staatsregierung in einer weiteren Anfrage dazu auf, „eine Fremdenpolitik zu verhindern, die durch kein staatliches Interesse geboten ist“ (Verh. Landtag 1920/21, Beil. Bd. I, Beilage 18). Die Debatten im Plenum finden sich unter Verh. Landtag 1919/20, Bd. III, 427-432 und Verh. Landtag 1920/21, Bd. I, 264-289.

¹⁹⁶³ ‚Fremdenpolitik‘, in: MZ Nr. 129 vom 10.5.1920.

¹⁹⁶⁴ So übernahm das StML die restriktiven Bestimmungen auch weitgehend für den Fremdenverkehr: Bek. des StML vom 18.5.1920 in: StAnz Nr. 115 vom 19.5.1920; vgl. die Ergebnisse einer am 7. Mai 1920 im

Kunst mit steigendem Nachdruck ihre Bedenken vorbrachten. Verwiesen Vertreter der Wirtschaft beispielsweise auf die Gefährdung traditioneller Geschäftsbeziehungen oder die sinkenden Einnahmen bei der Hotelsteuer, mehrten sich auch die Klagen über die Schädigung des Prestiges der „Kunststadt München“, wobei der örtliche Journalisten- und Schriftsteller-Verein unter anderem die vermeintliche Ausweisung Rainer Maria Rilkes¹⁹⁶⁵ beklagte: Neben solch prominenten Fällen trugen außerdem die in steigender Zahl kursierenden Berichte über vertriebene Kleinunternehmer¹⁹⁶⁶ oder in München geborene Österreicher, die nun einer ungewissen Zukunft in ihrem neuen Heimatland, der Tschechoslowakei, entgegen sahen, dazu bei, die Legitimität der eingeschlagenen Politik zu unterminieren. Sah sich der Ministerpräsident dann auch veranlasst, einige Fehler der ausführenden Behörden einzuräumen, die inzwischen jedoch korrigiert seien¹⁹⁶⁷, erließ das Innenministerium wenige Tage nach der Wiederwahl Kahrs zudem neue Vollzugsbestimmungen¹⁹⁶⁸, die zumindest einige formelle Erleichterungen mit sich brachten: Fiel zum einen die Genehmigungspflicht für bloße Durchreisen wieder völlig weg, hatten Geschäftsleute jetzt auch die Möglichkeit, sich vor Antritt ihrer Reise alle notwendigen Erlaubnisscheine gesammelt ausstellen zu lassen.

Angesichts des Verstreichens der ursprünglich gesetzten Fristen und des Unmuts in weiten Kreisen war die anfängliche Entschlossenheit der Verwaltung, den nun verfügbaren Handlungsspielraum auch ganz auszuschöpfen, nun freilich schon weitgehend verebbt¹⁹⁶⁹, weshalb die Verordnung fortan zunehmend als überflüssiges

StML abgehaltenen Besprechung: ‚Die Regelung des Fremdenverkehrs in Bayern‘, in: BStZ Nr. 108 vom 9.5.1920.

¹⁹⁶⁵ Diese Behauptung wurde u. a. in einer Versammlung des Münchener Journalisten- und Schriftstellervereins (Bericht in BStZ Nr. 123 vom 29.5.1920) aufgestellt und auch in außerbayerischen Medien aufgegriffen (vgl. etwa ‚Zum Wahlausfall in Bayern‘, in: Berliner Tageblatt Nr. 273 vom 12.6.1920). Rilke, der nun tschechischer Staatsbürger war, hatte München jedoch bereits am 11. Juni 1919 freiwillig verlassen und seinen Wohnsitz auf Einladung in die Schweiz verlegt (vgl. den Bericht Rilkes in: Ingeborg Schnack, Rainer Maria Rilke. Chronik seines Lebens und seines Werkes 1875-1926. Erw. Neuausgabe hg. von Renate Schraffenberg, Frankfurt am Main/Leipzig 2009, 631): Traf die Meldung in dieser Form also nicht zu, ist allerdings richtig, dass die Behörden im Mai 1920 versuchten, die ehemalige Wohnung Rilkes, die nun von einem Neffen genutzt wurde, zu beschlagnahmen; der Schriftsteller überließ die Zimmer daraufhin seinem reichsdeutschen Kollegen Hans Feist (vgl. Schnack, Rilke, 634).

¹⁹⁶⁶ So etwa der Bericht des Abgeordneten Saenger über einen ausgewiesenen, seit 20 Jahren in München ansässigen Kleinunternehmer (Verh. Landtag 1920/21, Bd. I, 269).

¹⁹⁶⁷ Verh. Landtag 1919/20, Bd. III, 431 f.; vgl. das Schreiben an die Regierung von Schwaben vom 23.6.1920 (MA 100 561) mit Aufforderung zur Überprüfung der Ausweisungen im Bezirksamt Donauwörth.

¹⁹⁶⁸ Walter, Antisemitische Kriminalität, 76 f. Kahr informierte das Auswärtige Amt auch direkt über die veränderten Ausführungsbestimmungen (Note vom 11.8.1920; Bundesarchiv Berlin, R 707/4) und wies dabei besonders auf die ergangenen Erleichterungen hin.

¹⁹⁶⁹ Vgl. auch die Haltungsänderung gegenüber der Einreise von 300 Angehörigen des Bildungsausschusses der Arbeiterunion Bern: Wurde die Einreise Anfang April trotz bereits erfolgter Genehmigung noch verweigert (Schreiben StMA an Deutsche Gesandtschaft Bern von 1.4.1920), standen dem Besuch im

bürokratisches Ärgernis¹⁹⁷⁰ in Erscheinung trat, während es bereits in der zweiten Jahreshälfte kaum mehr zu Ausweisungen kam.¹⁹⁷¹ Die eilige Verschärfung der Fremdenpolizei hatte sich somit weitgehend als stumpfes Schwert erwiesen und zugleich Zweifel an der Durchsetzungsfähigkeit der Regierung genährt: Denn trafen die Schikanen nicht selten genau die Ausländer, die sich mit ihrem regelkonformen Verhalten keiner Kontrolle entzogen, gelang es der Polizei auch jetzt häufig nicht, Personen, die es schon bisher verstanden hatten, sich dem Zugriff der Behörden zu entziehen, in Gewahrsam zu nehmen. Standen die aufgestellten bürokratischen Hürden also insgesamt in keinem angemessenen Verhältnis zu den greif- und vorzeigbaren Erfolgen, wurde auch das Sammellager Ingolstadt zunehmend zur Belastung, da häufig unklar blieb, wie mit den Internierten weiter zu verfahren sei; von einer weitgehenden Ausweisung von „Ostjuden“ oder anderer Gruppen – falls tatsächlich beabsichtigt – konnte schließlich erst recht keine Rede sein.

Das Innenministerium scheute indes vorerst davor zurück, den eigenen Missgriff öffentlich einzuräumen und begann erst im Juli 1921, als sich die Aufregung längst wieder gelegt hatte, mit dem schrittweisen Abbau der Sonderbestimmungen.¹⁹⁷²

1.2 Auf dem rechten Auge blind? Die Handhabung der politischen Zensur im Fall Pöhner
Ein kürzeres, in seiner Heftigkeit freilich durchaus vergleichbares Nachspiel löste demgegenüber eine Affäre um die Handhebung des öffentlichen Plakatwesens in München aus, die ebenfalls bereits kurz nach dem Amtsantritt der ersten Regierung Kahr für einige Wochen zum politischen Tagesgespräch wurde. Auslöser der Aufregung war hierbei die Tatsache, dass seit den Tagen des Kapp-Putsches die rechtsgerichtete Propaganda in den Straßen der Hauptstadt spürbar überhand genommen hatte, ohne dass die Zensur diesem Trend erkennbare Schranken gesetzt oder in Fällen offener Hetze eingeschritten wäre. Schien es sich jedoch zunächst eher um einzelne Verfehlungen der hierfür zuständigen Polizeidirektion zu handeln, entwickelte sich die Angelegenheit indes

August 1920 keine Bedenken mehr entgegen (Lutz an Deutsche Gesandtschaft Bern vom 13.8.1920); die Dokumente in MA 100 561.

¹⁹⁷⁰ Vgl. die Beschwerde der sächsischen Gesandtschaft vom 10.2.1921 (MA 100 561) über bürokratische Hemmnisse bei Reisen nach Bayern, so etwa die strengen Kontrollen an der Grenze, die Nicht-Anerkennung außerbayerischer Gewerbelegitimationsscheine, strenge Kontrollen an der Grenze oder die rigorosen Meldepflichten vor Ort; die Gesandtschaft berief sich hierbei auch auf Angaben der Handelskammer Leipzig.

¹⁹⁷¹ Laut einer Vormerkung des StMI vom 8.12.1920 (MA 100 561) wurden nach Erlass der Verordnung insgesamt 1224 Personen aus Bayern ausgewiesen; „die Gesamtzahl der weggewiesenen Personen erscheint verhältnismäßig sehr gering“. Vgl. auch die rückblickend kritische Einschätzung beim damaligen Passreferenten des StMA: Sommer, Beiträge, 127 f.

¹⁹⁷² Walter, Antisemitische Kriminalität, 76 f.

rasch zum Politikum, als sich herausstellte, dass die gleiche Behörde moderate Gegendarstellungen offenbar deutlich kleinlicher behandelte, was vor allem die demokratische Partei veranlasste, scharf gegen eine solche Praxis zu protestieren: Angesichts der Häufung der Vorfälle kam darüber hinaus bald das Gerücht auf, Innenminister Kahr stünde selbst unter dem Einfluss des Polizeipräsidenten oder lasse ihm gegenüber zumindest eine zu weitgehende Nachsicht walten.¹⁹⁷³ Bereits im ersten gravierenden Konflikt der jungen Koalition musste Kahr daher sowohl alle hinter vorgehaltener Hand geäußerten Zweifel an seiner politischen Autorität zerstreuen wie auch sein Geschick als Vermittler zwischen den Parteien unter Beweis stellen: Als zuständiger Ressortminister war er freilich auch nicht bereit, vor dem öffentlichen Druck zurückzuweichen und verfolgte dementsprechend das Ziel, Ernst Pöhner im Amt zu halten – ein durchaus ambitionierter Spagat.

Konkret bezogen sich die Vorwürfe auf verschiedene Vorgänge: Erster Stein des Anstoßes bildeten einige Plakate des vom Alldeutschen Verband gegründeten, offen antisemitischen Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes¹⁹⁷⁴, die in den Tagen des Kapp-Putsches in den Straßen der Landeshauptstadt hingen und mit Genehmigungstempeln der Polizeidirektion versehen waren; die darauf abgedruckten Aufrufe¹⁹⁷⁵ stellten sich zum Teil offen auf die Seite des Staatsstreiches und enthielten ansonsten rohe Beschimpfungen der Reichsregierung und der Juden. Machte Eduard Hamm daher bereits am 18. März auf die „unglaubliche Inferiorität“¹⁹⁷⁶ des Münchener Anschlagswesens im Ministerrat aufmerksam, fanden die Vorfälle inmitten der Aufregung um die politischen Turbulenzen in Berlin jedoch zunächst kein nachhaltiges Echo. Die schwelende Affäre kam somit erst kurze Zeit später im Kontext des erstmaligen öffentlichen Auftretens des sog. Bayerischen Ordnungsblockes (BOB) nachhaltig zum Ausbruch: Das neue Bündnis, das sich u. a. „den Endkampf zwischen Ordnung und

¹⁹⁷³ Vgl. etwa die Einschätzung Ernst L. Eppners in einer DDP-internen Besprechung zum Thema: „Herr Pöhner ist in seine Schranken zurück zu verweisen. Kahr (darf) sich nicht mehr wie bisher von P. beeinflussen lassen.“ (undatiertes Stenogramm in NL Dirr 305) oder die Äußerung Justizminister Müllers im Ministerrat: „Es heißt jetzt, er sei er politische Ratgeber des Herrn Ministerpräsidenten Dr. von Kahr. Es hat sich die Meinung herausgebildet, als sei Pöhner der Macher der Politik.“ (Sitzung vom 12.4.1920, TOP III, Protokoll in MA 99 515).

¹⁹⁷⁴ Siehe Anm. 2356.

¹⁹⁷⁵ Entsprechende Plakate finden sich in NL Dirr 303, Bestand Einwohnerwehr 13 und NL Hamm 58. Gewissermaßen erschwerend kam dabei noch hinzu, dass zwischen dem 15. und 22. März in München wegen einem Buchdruckerstreik keine Zeitungen erschienen; öffentliche Anschläge waren somit die einzige Informationsquelle für die Bevölkerung. Vgl. Ministerratssitzung vom 16.3.1920 (Vormittag), TOP II (Protokoll in MA 99 514) sowie die Notiz zur Beendigung des Streiks BStZ Nr. 69 vom 21.3.1920.

¹⁹⁷⁶ So Hamm in der Ministerratssitzung vom 18.3.1920 (Protokoll in MA 99 515), vgl. auch Geföler, Reichswehrpolitik, 125 f.

Zerstörung“¹⁹⁷⁷ auf die Fahne geschrieben hatte, machte Anfang April mit äußerst polemischen und z. T. hetzerischen Aufrufen¹⁹⁷⁸ nachhaltig auf sich aufmerksam, wobei die Polizeidirektion jedoch auch bei dieser Gelegenheit keinen Anlass zum Einschreiten erkennen konnte. Kam erschwerend hinzu, dass Pöhner von Anfang an in Verdacht stand, selbst als Spiritus Rector des BOB zu fungieren¹⁹⁷⁹, ist hier vorläufig entscheidend, dass er am 2. April ganz im Widerspruch zur sonstigen Laissez-faire-Praxis die Veröffentlichung eines moderat formulierten Gegenplakats des Bürgerrates¹⁹⁸⁰ vorläufig unterband und diese Entscheidung mit der Wahrung der bürgerlichen Einheitsfront, also einem politischen Motiv, rechtfertigte.¹⁹⁸¹

Diese offensichtliche Ungleichbehandlung löste nun erwartungsgemäß großes Aufsehen in Presse und Öffentlichkeit aus: So forderte etwa der DDP-Vorsitzende Georg Hohmann auf einer Tagung des demokratischen Kreisverbands München explizit ein Einschreiten des Innenministers und verließ der Stimmung der Versammlung mit der Forderung einer Entlassung Pöhners deutlichen Ausdruck.¹⁹⁸² Die Angelegenheit hatte sich damit zu einer Kabinettsfrage im doppelten Sinne ausgewachsen und wurde am 12. April im Ministerrat¹⁹⁸³ ausführlich thematisiert: Ernst Müller-Meinigen und Eduard Hamm führten ihren Kollegen bei dieser Gelegenheit nochmals die eingetretene Häufung der Fehlgriffe vor Augen und ließen durchblicken, dass das Regierungsbündnis bei einer Tolerierung weiterer Alleingänge der Polizeidirektion keinen Bestand haben würde; zur Untermauerung ihrer Position konnten sie inzwischen außerdem darauf verweisen, dass Pöhner erst tags zuvor abermals Aufsehen erregt hatte, als ein Aufruf der Staatsregierung unter seinem eigenen Namen in der Stadt plakatiert worden war.¹⁹⁸⁴

Ministerpräsident Kahr erklärte sich unter diesem Umständen bereit, den vorgebrachten Beschwerden nachzugehen, betonte jedoch gleichzeitig, dass er einer Ablösung des Polizeipräsidenten nur im Falle ganz gravierender Verfehlungen zustimmen könne. Aus seiner Sicht habe sich Pöhner in der polizeilichen Arbeit vorzüglich bewährt und seine Behörde zu einem wirksamen Instrument gegen drohende Umsturzversuche

¹⁹⁷⁷ Vgl. den Gründungsaufwurf des Ordnungsblockes in MAAZ Nr. 124 vom 30.3.1920.

¹⁹⁷⁸ Eines der ersten Plakate des Ordnungsblockes enthielt etwa die Behauptung, die Reichsregierung habe sich mit ihrer Zustimmung zum sog. Bielefelder Abkommen vollkommen „auf dem Boden der russischen Sowjet-Regierung“ gestellt, zitiert aus: ‚Einberufung des Landtags!‘, in MP Nr. 84 vom 10./11.4.1920.

¹⁹⁷⁹ Bericht Zech an Auswärtiges Amt vom 10.4.1920 (PAAA, R 98 347) sowie Anm. 2366.

¹⁹⁸⁰ Auszüge aus dem Plakat in: ‚Bürgerrat und Ordnungsblock‘, in: MNN Nr. 144 vom 10.4.1920.

¹⁹⁸¹ So die Argumentation in der Stellungnahme Pöhners vom 17.4.1920 (MA 102 035).

¹⁹⁸² ‚Gegen den Münchener Polizeipräsidenten‘, in: MZ Nr. 99/100 vom 10./11.4.1920.

¹⁹⁸³ Ministerrat vom 12.4.1920, TOP III (Protokoll in MA 99 515).

¹⁹⁸⁴ Das Plakat trägt den Titel ‚Regierung und Einwohnerwehr‘ (Bestand Einwohnerwehr 13).

ausgebaut.¹⁹⁸⁵ Nach einer weiteren Konferenz mit Vertretern der Landtagsparteien¹⁹⁸⁶ zog Kahr die Angelegenheit deshalb ganz an sich und kündigte an, Pöhner und den zuständigen Referenten Frick in persönlichen Unterredungen mit den Vorwürfen zu konfrontieren. Bei diesem intransparenten, gegen jede äußere Kontrolle abgeschirmten Verfahren war es dann jedoch nicht überraschend, dass der Ministerpräsident wenige Tage später dem Kabinett die Zusicherung seiner beiden Gesprächspartner übermitteln konnte, in Zukunft ihr besonderes Augenmerk auf eine ausgewogene und zurückhaltende Zensurtätigkeit zu legen sowie jedes politische Aufsehen zu vermeiden¹⁹⁸⁷. In einer schriftlichen Erklärung¹⁹⁸⁸ stellte Pöhner darüber hinaus jede Zusammenarbeit mit dem BOB in Abrede und rechtfertigte die Genehmigungspraxis seiner Behörde, ohne freilich auf alle beanstandeten Plakate im Einzelnen einzugehen.

Sahen die Kritiker deshalb auch keineswegs alle Zweifel ausgeräumt, fehlten ihnen angesichts der vom Ministerpräsidenten gedeckten Zusagen nun allerdings die zwingenden Argumente, um weiterhin auf ihrem Standpunkt zu beharren, zumal sich auch die Kabinettskollegen der BVP auf die Seite Kahrs stellten und für eine Beibehaltung des Polizeipräsidenten plädierten; in diesem Fall setzte Kahr den Übergangscharakter des Kabinetts außerdem geschickt als Argument ein und wies darauf hin, dass man die definitive Entscheidung über die weitere Besetzung der Polizeidirektion am besten der neuen Regierung überlassen sollte.¹⁹⁸⁹ Die DDP-Minister rückten somit notgedrungen von ihrer Forderung einer Amtsenthebung oder zumindest einer nachdrücklichen Maßregelung ab und der Ministerrat willigte schließlich ein, Pöhner vorerst in seinem Amt zu belassen und den Parteiführern die Gründe für diese Entscheidung bekannt zu geben. Hatte der Ministerpräsident also sowohl seine personalpolitische Entscheidungshoheit gewahrt wie auch den Bestand der Koalition gesichert, blieb eine öffentliche Erklärung des im Grunde uneinigen Ministeriums zu den

¹⁹⁸⁵ Ministerrat vom 12.4.1920, TOP III (Protokoll in MA 99 515).

¹⁹⁸⁶ Vertreter der Koalitionsparteien (die Abgeordneten Hohmann, Dirr (DDP), Giehl, Stang (BVP) sowie Staedele und Engelsberger (BBB)) kamen am 13. April 1920 mit Kahr und Ministerialrat Nortz zusammen, wobei vor allem die Vertreter der DDP zahlreiche Beschwerden gegen Pöhner vorbrachten, vgl. das ausführliche Protokoll in NL Hamm 57.

¹⁹⁸⁷ Kahr berichtete dem Ministerrat am 19.4.1920 von den Zusicherungen Pöhners: „Ich habe auch bei der mündlichen Besprechung mit dem Polizeipräsidenten die Versicherung bekommen, daß er absolut nicht das Bestreben habe, eine Nebenregierung zu schaffen. Ich habe eingehend mit ihm gesprochen und habe ihm das Versprechen abgenommen, daß er sich auch sonst in seinem Temperament eine gewisse Zurückhaltung auferlege. Ich habe ihn darauf hingewiesen, er möge sich vergegenwärtigen, daß Äußerungen aus dem Munde des Polizeipräsidenten natürlich anders eingeschätzt werden als die einer Privatperson. Er hat mir versprochen, allen Ernstes sich das angelegen sein zu lassen.“ (Protokoll in MA 99 515).

¹⁹⁸⁸ Pöhner an Kahr vom 17.4.1920 in MA 102 035.

¹⁹⁸⁹ So Kahr im Ministerrat am 19.4.1920 (Protokoll in MA 99 515).

viel diskutierten Vorgängen indes aus: Denn konnten wohl nicht zuletzt Müller und Hamm auf eine halbamtliche Dokumentation des eigenen Nachgebens gut verzichten¹⁹⁹⁰, hätte eine solche Stellungnahme außerdem wie eine Zurechtweisung Pöhners gewirkt, was die Mehrheit des Kollegiums ja gerade zu vermeiden suchte. Nebeneffekt dieser auffälligen Stillschweigens war freilich, dass sich nicht nur dem Gesandten Zech-Burkersroda der Eindruck aufdrängte, Kahr habe das Problem in Wirklichkeit erfolgreich ausgesessen¹⁹⁹¹, weshalb die Gerüchte um eine politische Rolle des Polizeipräsidenten auch weiterhin nicht verstummten.

1.3 Hinwendung zum Separatismus? Die Riss-Rede Kahrs

Der Widerwille, sich weiter zu der Angelegenheit zu äußern, könnte zum Teil indes auch der Tatsache geschuldet sein, dass Kahr zu diesem Zeitpunkt bereits die Erfahrung gemacht hatte, dass fortan jede seiner Bemerkungen auf die Goldwaage gelegt werden würde. Das Nachspiel eines Empfangs von Vertretern der Münchener Einwohnerwehr, die dem Ministerpräsidenten am 8. April die Bitte überbracht hatten, sich gegen das erste Entwaffnungsumultatum der Siegermächte auszusprechen, führte dem politischen Neuling auf jeden Fall vor Augen, welche Dynamik Spekulationen über die genaue Wortwahl eines Regierungschefs entwickeln konnten.

Konkret hatte sich Kahr bei dieser Gelegenheit in offenbar missverständlicher Weise über die Konsequenzen einer erzwungenen Auflösung der Wehren geäußert und damit sogleich für die Titelstory in zahlreichen inner- und außerbayerischen Zeitungen gesorgt: Verbreiteten nämlich einige Nachrichtenagenturen daraufhin die Meldung, Kahr habe für diesen Fall eine vorübergehende Trennung Bayerns vom Reich in den Bereich des Möglichen gerückt¹⁹⁹², veröffentlichten verschiedene Zeitungen in den Folgetagen noch eindeutiger Formulierungen, die in der Bereitschaft des Ministerpräsidenten gipfelten, den Erhalt der Einwohnerwehren „auch auf die Gefahr eines Risses hin“¹⁹⁹³ durchzusetzen. War deshalb für die sogenannte Riss-Rede sogleich ein eingängiger Titel gefunden, belebte ihr kolportierter Inhalt die Spekulationen über eine bevorstehende Separation Bayerns sogleich von Neuem und ließ außerdem Frage aufkommen, inwieweit

¹⁹⁹⁰ Justizminister Müller zog es deshalb auch vor, die Angelegenheit „im kleineren Kreis“ zum Abschluss zu bringen (ebd.).

¹⁹⁹¹ Der preußische Gesandte Zech stellte am 6. Mai 1920 lapidar fest, dass im Fall Pöhner offenbar die „bürokratische Routine [...] gesiegt“ und Kahr das Problem erfolgreich ausgesessen habe (Bericht in PAAA, R 98 347).

¹⁹⁹² ‚Separatistische Neigungen des bayerischen Ministerpräsidenten‘, in: Berliner Tageblatt Nr. 168 vom 12.4.1920 (Titelblatt).

¹⁹⁹³ Vgl. das Zitat in: ‚Das Dementi des Herrn v. Kahr‘ in: MP Nr. 86 vom 13.4.1920.

der Ministerpräsident unter dem Einfluss Georg Heims stand, der bekanntlich als heimlicher Befürworter solcher Pläne galt.¹⁹⁹⁴

Dabei erscheint eine Entscheidung über den tatsächlichen Hergang der Beratungen kaum mehr möglich, da bald nicht nur mehrere Versionen über den angeblichen Inhalt der Ausführungen Kahrs, sondern auch zur Entstehung der vermeintlichen Falschmeldung kursierten. So legte der Ministerpräsident selbst in einer Sitzung des Wahlgesetzausschusses¹⁹⁹⁵ dar, er habe nach dem Empfang im kleinen Kreis tatsächlich über die Wahrscheinlichkeit eines derartigen Szenarios gesprochen, solche Bestrebungen aber als Kalkül der Siegermächte bezeichnet und sich selbst eindeutig davon distanziert. Der spätere Oberbürgermeister Karl Scharnagl wusste hingegen im Stadtrat München zu berichten, Kahr habe sich überhaupt nicht im behaupteten Sinne geäußert, die Pressezitate seien vielmehr dem mündlichen Bericht eines Delegationsmitglieds entnommen, der bei einer Bezirksversammlung der Einwohnerwehr die Darlegungen Kahrs nicht richtig widergegeben habe.¹⁹⁹⁶

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion gab sich mit derlei Hinweisen auf bedauerliche Missverständnisse freilich nicht ohne weiteres zufrieden und forderte den Ministerpräsidenten in ihrer Interpellation zum Kapp-Putsch ebenfalls auf, sich nochmals und eindeutig zum Verlauf des Empfangs zu erklären. Kahr ließ sich nun jedoch überhaupt nicht mehr auf die Gefahr ein, sich möglicherweise in weitere Widersprüche zu verstricken und beantwortete den entsprechenden Teil der Anfrage schlicht mit einer nochmaligen Verlesung seiner Stellungnahme im Wahlgesetzausschuss.¹⁹⁹⁷ Befand sich der Redner somit persönlich auf der sicheren Seite, war diese Einsilbigkeit allerdings nicht geeignet, die Debatte um eine bayerische Sonderpolitik eindämmen, die mit den aufflammenden Gerüchten um die Errichtung einer französischen Gesandtschaft in München kurze Zeit später außerdem neue Nahrung erhielt.

¹⁹⁹⁴ ‚Was geht vor?‘ in: MP Nr. 85 vom 12.4.1920.

¹⁹⁹⁵ Niederschrift (Auszug) der Verhandlungen des Landtagswahlgesetzausschusses in der 6. Sitzung vom 13.4.1920 - Politische Aussprache: Verh. Landtag 1919/20, Beil. Bd. III, Beilage 1307 (758).

¹⁹⁹⁶ Die SPD-Fraktion hatte im Stadtrat einen Dringlichkeitsantrag gestellt, um die Staatsregierung zu einer offiziellen Erklärung zu veranlassen; in der Debatte behauptete Karl Scharnagl dann, das Zitat stamme in Wirklichkeit von einem Delegationsmitglied namens Schiffeneder. Vgl. ‚Kahr - Scharnagl‘, in: MP Nr. 87 vom 14.4.1920.

¹⁹⁹⁷ Verh. Landtag 1919/20, Bd. III, 56-58 (Sitzung vom 4.5.1920).

2. Vielbeschäftigtes Übergangskabinett: Die politische Agenda bis zur Neuwahl

Verliefen die ersten Wochen der Ministerpräsidentschaft Kahrs angesichts mehrerer ohne Not befeuerten Konflikte also ungewollt turbulent, musste sich die Staatsregierung in der verbleibenden Zeit ihres Übergangsmandates dann vor allem einer weiteren schwierigen Aufgabe, der weiteren praktischen Umsetzung des 1919 formal vollzogenen staatsrechtlichen Neuaufbaus, widmen. Dabei kam vor allem der Verabschiedung eines neuen Landtagswahlrechts höchste Dringlichkeit zu, da die vom Revolutionsministerium Eisner erlassene Wahlordnung nur provisorischen Charakter hatte und nach allgemeiner Anschauung auch nicht den zu stellenden Anforderungen genügte¹⁹⁹⁸ – das im Dezember 1919 von der Vorgängerregierung eingebrachte Gesetz befand sich drei Monate später jedoch immer noch mitten im parlamentarischen Beratungsprozess¹⁹⁹⁹, weshalb das Versprechen des Ministerpräsidenten, möglichst rasch Neuwahlen abzuhalten, nur durch eine Beschleunigung des Verfahrens erfüllt werden konnte. Kahr hatte mit seiner Ankündigung den Zeitdruck also deutlich verschärft²⁰⁰⁰ und damit – sicherlich unbeabsichtigt – dazu beigetragen, das Erscheinungsbild der Koalition weiter zu beschädigen. Denn bergen Beratungen über staatsrechtliche Grundsatzfragen schon prinzipiell erhöhtes Konfliktpotenzial, waren politische Auseinandersetzungen in dieser Angelegenheit nun fast unvermeidlich, da die zukünftigen Erfolgsaussichten der Parteien wesentlich von der Ausgestaltung des neuen Wahlmodus abhingen. Ist eine nähere Analyse der komplexen Materie²⁰⁰¹ hier natürlich nicht am Platze, bleibt jedoch auf jeden Fall festzuhalten, dass die BVP nach einigen Versuchen ihre Bemühungen einstellte, unter den Regierungsparteien eine Einigung auf einen gemeinsamen Entwurf zu erzielen und sich stattdessen mit den Sozialdemokraten auf eine Stimmkreisbildung der einzelnen Kandidaturen verständigte.²⁰⁰² War den Interessen der beiden größten Fraktionen, die als klassische Milieuparteien über eine beträchtliche Anzahl „sicherer“ Wahlkreise

¹⁹⁹⁸ Zur Wahlordnung vom 7.12.1918: Lilla, Landtag, XXVII f.

¹⁹⁹⁹ Das Kabinett Hoffmann II hatte am 13.12.1919 den Entwurf eines neuen Wahlgesetzes beschlossen (Ministerratssitzung vom 13.12.1919, TOP VIII; Protokoll in MA 99 514) und dem Landtag die Vorlage am 17.12.1919 (Verh. Landtag 1919/20, Beil. Bd. III, Beilage 707) übermittelt. Die Beratungen in dem vom Landtags-Plenum eigens gebildeten Wahlgesetzausschuss begannen am 12.2.1920 (Verh. Landtag 1919/20, Beil. Bd. IV, Beilage 1351); dabei zeichnete sich rasch ab, dass das Parlament wohl erhebliche Änderungen am Entwurf vornehmen würde.

²⁰⁰⁰ Kahr legte auf die rasche Abhaltung von Neuwahlen besonderen Wert und unterstrich damit den Übergangscharakter des Ministeriums, vgl. seine Äußerungen im Ministerrat am 23.4., TOP II und am 26.4.1920, TOP VI (Protokolle in MA 99 515).

²⁰⁰¹ Vgl. hierzu im Überblick: Lilla, Landtag, XXVIII f.

²⁰⁰² Der Wahlgesetzausschuss stimmte der Gesetzesvorlage am 6.5.1920 gegen das Votum der DDP-Abgeordneten zu (Verh. Landtag 1919/20, Beil. Bd. IV, Beilage 1376, 335), das gleiche Resultat ergab die namentliche Abstimmung im Plenum am 11. Mai 1920 (Verh. Landtag. 1919/20, Bd. III, 167-198).

verfügten, damit am besten gedient, hatten vor allem die Demokraten darauf bestanden, die Stimmabgabe für alle Parteibewerber eines Regierungsbezirks freizustellen, da sie von einer stärker personenorientierten Entscheidung ihrer eher heterogenen Wählerschaft ausgehen mussten.²⁰⁰³

Zwei Wochen nach der Plakat-Affäre und der vermeintlichen Riss-Rede war Gustav von Kahr somit abermals von Krisensitzungen und persönlichen Vermittlungsgesprächen in Anspruch genommen. Er hatte es freilich wohlweislich vermieden, in diesem Grundsatzstreit Position zu beziehen und sich auf den Standpunkt gestellt, dass es in erster Linie der Volksvertretung selbst zukomme, eine Entscheidung über den Modus zukünftiger Wahlen zu fällen.²⁰⁰⁴ Kahr konnte die schwierige Situation deshalb sogar zu nutzen, um sich bei den Parlamentariern als über den Parteien stehender „ehrlicher Makler“²⁰⁰⁵ zu profilieren: Die Unfähigkeit der Koalition, sich auf eine gemeinsame Vorlage zu einigen, zeigte dann jedoch sehr deutlich, dass auch die Vermittlungsbemühungen eines parteipolitisch vermeintlich neutralen Ministerpräsidenten noch keine Gewähr für die Überbrückung handfester Interessenskonflikte boten.

Ging die Ausarbeitung und Verabschiedung der Gesetze über den Staatsgerichtshof²⁰⁰⁶, die Aufhebung der Lehen²⁰⁰⁷ sowie der Arbeiterräte²⁰⁰⁸ demgegenüber relativ geräuschlos vor sich, sorgten die Debatten um die neue Gehaltsordnung²⁰⁰⁹ und den ersten regulären Haushalt²⁰¹⁰ nach der Revolution wieder für Unstimmigkeiten, dieses Mal allerdings innerhalb der Ministerialverwaltung. Bilden diese Materien zwar formell betrachtet keinen Teil der staatsrechtlichen Neuordnung, erscheint es dennoch geboten, sie als wichtige Wegmarken bei der Rückkehr zu einer geregelten Staatstätigkeit

²⁰⁰³ Zur Position der DDP: Robert Piloty, Der bayerische Wahlgesetzentwurf nach den Ergebnissen der ersten Ausschusssitzungen, in: MNN Nr. 170 vom 27.4.1920.

²⁰⁰⁴ Vgl. die Erklärung Kahrs bei der Beratung des Gesetzentwurfs: Verh. Landtag 1919/20, Bd. III, 168.

²⁰⁰⁵ So Kahr gegenüber Justizminister Müller, der den Ministerpräsidenten auch um eine Vermittlung innerhalb der DDP ersuchte, vgl. Ministerrat vom 24.4.1920 (Protokoll in MA 99 515).

²⁰⁰⁶ Ministerratssitzung vom 26.4.1920, TOP IV (Protokoll in MA 99 515).

²⁰⁰⁷ Verh. Landtag 1919/20, Bd. III, 370-373.

²⁰⁰⁸ Der Landtag hob die in der Revolution erlassenen Verordnungen zur Bildung von Arbeiterräten nach einem entsprechenden Beschluss im Räte-Ausschuss am 21.5.1920 auf, vgl. Kritzer, Sozialdemokratie, 55 f.; ‚Aus dem Räte-Ausschuss‘, in: BStZ Nr. 105 vom 6.5.1920; ‚Die Arbeiterräte‘, in: MZ Nr. 125 vom 6.5.1920.

²⁰⁰⁹ Die aktuell gültige Besoldungsordnung stammte aus dem Jahr 1908, schon vor Kriegsbeginn waren allerdings Forderungen nach einer Revision laut geworden, die danach angesichts der Geldentwertung von immer mehr Gruppen mit Nachdruck erhoben wurden, vgl. den Überblick bei Ehberger, Kabinett Hoffmann II, Teil 1, Nr. 12 Anm. 5 und 6.

Nach Abschluss der umfangreichen Vorarbeiten beriet der Ministerrat am 17. Mai 1920 in einer ganztägigen Sitzung die verbliebenen strittigen Fragen (Protokoll in MA 99 515).

²⁰¹⁰ Vgl. die Beratung des Ministerrats zur Vorlage des ersten regulären Haushaltsentwurfs nach der Revolution am 12.7.1920 (Protokoll in MA 99 515).

einestufen. Denn bedeutete das bereits seit Herbst 1919 beratene Gehaltsstatut immerhin eine Grundsatzentscheidung über die finanzielle Ausstattung aller Staatsdiener in den kommenden Jahren, gehört eine reguläre und strukturierte Haushaltsführung ohnehin zu den Wesensmerkmalen eines parlamentarischen Staatswesens. Auch bei der Lösung dieser beiden Grundsatzfragen hatte sich indes schon wieder ein beträchtlicher Zeitrückstand angesammelt: Denn konnten die Beamten einerseits mit Recht darauf verweisen, dass ihnen ursprünglich ein Inkrafttreten der Gehaltsordnung zu Jahresbeginn 1920 in Aussicht gestellt worden war²⁰¹¹, war die in der Verfassung vorgesehene Frist zur Vorlage eines neuen Budgets – der 1. Oktober vor Beginn jedes neuen Haushaltsjahres²⁰¹² – ebenfalls längst überschritten. Vor allem die Arbeiten an der Reichsfinanzreform hatten die Erstellung eines entsprechenden Entwurfs verzögert, da erst mit der Verabschiedung des Landessteuergesetzes Ende März 1920²⁰¹³ endgültig feststand, über welche Einnahmen die Länder in Zukunft verfügen konnten; man hatte sich deshalb vorerst mit Übergangsgesetzen²⁰¹⁴ beholfen, die die im Nachtragsetat 1919 vorgesehenen Einnahmen und Ausgaben schematisch auf je ein weiteres Quartal umrechneten.

Ging deshalb im Frühjahr 1920 der Kampf der einzelnen Gehaltsgruppen um eine möglichst weitgehende Besserstellung in seine heiße Endphase, setzte gleichzeitig das bekannte Tauziehen der Ressorts um eine angemessene und zugleich sparsame Ausgestaltung der einzelnen Etatentwürfe ein. Dabei oblag es wie üblich in beiden Fällen dem Ministerrat, besonders kontroverse Streitfragen per Mehrheitsbeschluss zu klären²⁰¹⁵, wobei natürlich auch unpopuläre Entscheidung gefällt werden mussten – das Tätigkeitsprofil des vermeintlich rein geschäftsführenden Ministerpräsidenten erwies sich also auch in dieser Hinsicht schnell als politische Gratwanderung.

3. Viel Streit und ein kleiner Erfolg: Die ersten hundert Tage des Kabinetts Kahr II

Vergegenwärtigt man sich vor diesem Hintergrund nochmals die Reaktion Kahrs auf das Anerbieten, das Amt des Ministerpräsidenten auch in der neuen Legislaturperiode zu übernehmen, erscheint es durchaus glaubhaft, dass er es wahrscheinlich vorgezogen hätte,

²⁰¹¹ So der explizite Hinweis des Beamtenvertreters Josef Georg Jehle, Beamtenbesoldungsgesetz - Ein bindendes Versprechen, in: MNN Nr. 188 vom 8./9.5.1920.

²⁰¹² So die Vorgabe in § 79 Abs. II BV.

²⁰¹³ Menges, Reichsreform und Finanzpolitik, 230-252.

²⁰¹⁴ Vgl. das Gesetz über die Weiterführung des Staatshaushalts für die Zeit vom 1. Januar mit 31. März 1920 (GVBl. 1919, 831 f.) sowie Gesetz über die Weiterführung des Staatshaushalts für die Zeit vom 1. April mit 30. Juni 1920 (GVBl. 1920, 95 f.).

²⁰¹⁵ Vgl. die Debatte um einzelne Posten und Personalstellen in den Etats der Ministerien am 12.7.1920 (Ministerratsprotokoll in MA 99 515).

wieder auf seinen alten, übrigens auch weiterhin durch Regierungsdirektor Loritz kommissarisch geführten Posten zurückzukehren. Immerhin hatte die Vielzahl der in kurzen drei Monaten überstandenen Krisen und ausgetragenen Konflikte wohl kaum dazu beigetragen, dem neuen Mann des Vertrauens ein allzu vorteilhaftes Bild von den Regierungsgeschäften im Freistaat Bayern zu vermitteln.²⁰¹⁶

Die Entscheidung, die abermalige Nominierung trotz der bisherigen Erfahrungen schließlich doch anzunehmen, war deshalb sicherlich auch mit der Hoffnung verbunden, in Zukunft stärkeres Gewicht auf praktische politische Arbeit und die Umsetzung zukunftsorientierter Vorhaben legen zu können. Enthielt das Programm einer Regierungskoalition aus vier Parteien in dieser Hinsicht freilich eher allgemein formulierte Richtlinien²⁰¹⁷, stellte Kahr persönlich abermals die Bewahrung von Sicherheit und Ordnung sowie die Förderung der wirtschaftlichen Erholung, die aus seiner Sicht nur mit einem moralischen Neubeginn gelingen konnte, in den Vordergrund; neben Maßnahmen zur Befestigung und Stärkung der Staatsautorität bezeichnete er daher in seiner Regierungserklärung vor allem den Kampf gegen die inflationäre Preisentwicklung, die Unterstützung des Mittelstandes, aber auch ein Einschreiten gegen die „Auswüchse des Kapitalismus“ als vordringliche Aufgaben.²⁰¹⁸

3.1 Eine nicht abgestimmte föderalistische Offensive: Das Bamberger Programm der BVP

Wurde der Elan bei der Umsetzung dieser Ziele dann jedoch zunächst von den beginnenden Sommerferien gebremst, setzten die parteipolitischen Querelen bereits im September, also noch vor Beginn des neuen parlamentarischen Jahres, sogleich wieder in alter Schärfe ein: Auslöser der neuen Unstimmigkeiten war diesmal das von der BVP auf ihrem Parteitag in Bamberg verabschiedete Grundsatzprogramm, in dem die Partei z. T. sehr weitgehende föderalistische Forderungen erhob und diese in zwölf prägnant formulierten Punkten zusammenfasste. Erscheint eine derartige Positionsbestimmung wenige Monate nach einer Wahl zunächst eher ungewöhnlich, hatte die BVP jedoch gerade diesen Zeitpunkt offenbar bewusst gewählt, um unter dem Eindruck des deutlichen

²⁰¹⁶ Folgt man dem Bericht Hans Schmelzles, betonte Kahr dann auch unter diesem Eindruck, dass er die Regierungsgeschäfte „bis zum Überdruß satt“ habe (Menges, Schmelzle, 203).

²⁰¹⁷ ‚Vereinbarungen für die Regierungsbildung in Bayern‘, in: MZ Nr. 195 vom 16.7.1920; Das Programm erhielt dabei auch nicht veröffentlichte „protokollarische Erläuterungen“, die sich auf die Wahrung der föderalen Rechte Bayerns bezogen (Brettauer an Zech vom 19.8.1920; Bundesarchiv Berlin, R 707/4).

²⁰¹⁸ Die Regierungserklärung Kahrs vom 16. Juli 1919 findet sich unter: Verh. Landtag 1920/21, Bd. I, 9-11.

Sieges an den Urnen nun auch nach außen hin die Rolle der politisch, aber auch ideologisch führenden Kraft des Landes für sich zu beanspruchen: Neben der obligatorischen Demonstration der eigenen Stärke sollte der Parteitag deshalb zugleich ein offensives programmatisches Signal für die Arbeit in der neuen Legislaturperiode aussenden – nachträgliche Unstimmigkeiten mit den anderen Koalitionspartnern wurden also zumindest billigend in Kauf genommen.

Um die Delegierten entsprechend einzustimmen und von Anfang an die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit zu gewinnen, erachtete es die Parteitagsregie deshalb als sinnvoll, die Versammlung sogleich mit den Ansprachen der Hauptredner zu eröffnen: Höhepunkt der beiden ersten Tage bildete somit ein vielumjubelter Auftritt Kahrs, der ähnlich wie im Landtag u. a. zu einer sittlichen Erneuerung des Volkes sowie zu einer Eingliederung der Arbeiter in die „nationale Volksgemeinschaft“ aufrief, in Hinblick auf konkrete politische Ziele jedoch vor allem die Rückbesinnung auf den Föderalismus als „Lebensnotwendigkeit des Reiches“ bezeichnete.²⁰¹⁹ Mit diesem wohlkalkulierten Plädoyer angemessen eingeläutet, wandte sich der Kongress dann dem inhaltlichen Schwerpunkt seiner Arbeit, dem zur Beratung stehenden Programmentwurf, zu, der von einer eigens berufenen Kommission²⁰²⁰ ausgearbeitet worden war. Dem Vorsitzenden dieses Gremiums, dem als dezidiert konservativ bekannten ehemaligen Verkehrsminister Lorenz von Seidlein, blieb es auch vorbehalten, die Partei sowohl als selbstbewusste Vorreiterin des bundesstaatlichen Gedankens wie auch als energische Verfechterin spezifisch bayerischer Anliegen zu präsentieren und so die Spekulationen um den angekündigten Forderungskatalog zu beenden: Gemäß den von ihm vorgestellten Prinzipien trat die BVP ab sofort unter anderem für die Wiedererrichtung der früheren Sondergesandtschaften im Ausland ein, verlangte zumindest eine partielle Restitution der im Kaiserreich ausgeübten Steuerhoheit und beanspruchte – besonders brisant – auch das Recht der „einzelnen Staaten“, ihre „Staatsform und Staatsverfassung“ eigenständig zu bestimmen.²⁰²¹

²⁰¹⁹ Gleichzeitig wies Kahr alle partikularistischen oder gar separatistischen Bestrebungen von sich: „Wir verlangen den föderalistischen Aufbau des Reiches in erster Linie, weil wir darin eine Lebensnotwendigkeit des Reiches sehen“ (,Parteitag der Bayerischen Volkspartei - Eine Rede des Ministerpräsidenten‘, in: MNN Nr. 387 vom 18.9.1920).

²⁰²⁰ Detailliert zur Entstehungsgeschichte des Entwurfs, der z. T. auf den Forderungen einer Denkschrift der „Mittwochs-Vereinigung der Geistesarbeiter der Bayerischen Volkspartei“ fußte, vgl. Schönhoven, Bayerische Volkspartei, 42-45. Der Vorbereitungscommission für den Parteitag gehörten Georg Heim, Heinrich Held, Karl Meyer, Lorenz von Seidlein, Johann Leicht, Karl Stützel, Konrad Beyerle, Hans Schmelzle, Hermann von Grauert, Rudolf von Hirsch und Oberbauamtman Decker an, vgl. Keßler, Held, 410.

²⁰²¹ ‚Ein föderalistisches Programm‘, in: MNN Nr. 390 vom 21.9.1921; Bayerischer Kurier Nr. 264 vom 20.9.1920; gekürzte Widergabe bei Keßler, Held, 411.

Machten die „Richtlinien über den föderalistischen Aufbau des Reiches“ also ihrem Namen alle Ehre, zeigten sich freilich selbst einige der Delegierten von dieser deutlichen Sprache überrascht und erachteten die Vorschläge als fast zu weitgehend sowie in dieser Form kaum umsetzbar; vereinzelt wurden außerdem Befürchtungen laut, dass die Verabschiedung einer solchen Agenda die Entfremdung mit dem Zentrum und damit die Spaltung des politischen Katholizismus auf unabsehbare Zeit zementieren müsse. Trotz solcher Stimmen konnte indes kein Zweifel bestehen, dass ein großer Teil der Anwesenden den Entwurf nachdrücklich befürwortete, weshalb es Georg Heim und Heinrich Held auch keine nennenswerten Schwierigkeiten bereitete, den Saal mit ihren Warnungen vor dem Irrweg des Unitarismus, dem auch das Zentrum verfallen sei, fast vollständig hinter sich zu bringen.²⁰²² Der Parteitag erklärte sich schließlich mit dem vorgegebenen Kurs eines „gesunden Föderalismus“²⁰²³ einverstanden und nahm das neue Programm, das am nächsten Tag von den meisten Zeitungen abgedruckt wurde, mit sehr großer Mehrheit an.

Zwar war Kahr, wohl auch um jeden Anschein einer Einmischung in parteiinterne Angelegenheiten zu vermeiden, vor Eintritt in diesen Tagesordnungspunkt schon wieder aus Bamberg abgereist²⁰²⁴, stimmte jedoch persönlich – wie in seiner Ansprache schon angedeutet – vollkommen mit den im Programm enthaltenen Grundsätzen überein. Der Ministerpräsident sprach gegenüber dem französischen Gesandten sogar die Erwartung aus, die Koalition werde die Agenda, wenn auch mit einigen Abstrichen, demnächst wahrscheinlich übernehmen.²⁰²⁵ Dieser Optimismus war freilich gänzlich unbegründet: Die drei kleineren, vom wieder sehr selbstbewussten Auftreten des früheren Zentrums spürbar beunruhigten Bündnispartner²⁰²⁶ protestierten vielmehr allesamt gegen die beschlossenen Prinzipien, wobei die DDP und der Bauernbund besonders eine mögliche Wiederherstellung der Monarchie ablehnten, während sich die Deutschnationalen vor allem an den Gedankenspielen über eine Aufteilung Preußens störten.

Unterschätzte die Bayerische Volkspartei diese Reaktionen zunächst offenbar als leicht durchschaubaren Akt der politischen Selbstprofilierung, wurde sie jedoch schnell eines Besseren belehrt, als die Vorsitzenden der anderen Fraktionen auf inhaltliche

²⁰²² „Das föderalistische Programm der Bayerischen Volkspartei“, in: MZ Nr. 261 vom 20.9.1920.

²⁰²³ Ebd.

²⁰²⁴ Bericht Zech an Auswärtiges Amt vom 22.9.1920 (PAAA, R 98 348); darin auch eine Zusammenfassung der Parteitagsberatungen.

²⁰²⁵ Bericht Dard an Ministerpräsident Leygues vom 4.10.1920 (Martens, Diplomatenberichte, Dok. 422).

²⁰²⁶ So etwa Pius Dirr in einem thematisch darauf bezogenen Schreiben an Robert Piloty vom 22.10.1920 (NL Dirr 304): „Die Aufgeblasenheit der Volksparteijünglinge erleben wir alle Tage bis zum Ekel“.

Klarstellungen drängten und nachdrücklich betonten, dass auch der Partei des Ministerpräsidenten keineswegs das Recht zukomme, ihre Bündnispartner ohne Vorankündigung mit derart weitreichenden Forderungen zu konfrontieren.²⁰²⁷ Darüber hinaus stimmte auch ein großer Teil der Presse in diesen Tenor ein: So betonten etwa die MNN die praktische Undurchführbarkeit des Programms und gaben zu bedenken, dass die darin enthaltenen Vorschläge insgesamt die Tendenz in sich trügen, „aus dem Deutschen Reiche einen Deutschen Bund zu machen“²⁰²⁸. Versuchte unter anderem Heinrich Held als Vorsitzender der Landtagsfraktion, derlei Kommentare zunächst mit öffentlich geäußertem Unverständnis über die entstandene Aufregung zu entschärfen²⁰²⁹, gelang es angesichts des anhaltenden Gegenwindes jedoch nicht, diese Taktik längere Zeit durchzuhalten: Auch vor dem Hintergrund kursierender Mutmaßungen um die neue reichspolitische Linie der Partei sah sich die BVP vielmehr bald zu Beschwichtigungen genötigt und betonte schließlich in einer etwas langatmigen Erklärung, dass die Koalitionsvereinbarung, die als „Kompromiss“ zur „Gegenwartspolitik“ geschlossen worden sei, natürlich in keiner Weise von den in Bamberg beschlossenen Grundsätzen berührt werde.²⁰³⁰

Blieb vom erhofften Aufbruchssignal des Parteitages also zunächst vor allem die Erinnerung an ein unangenehmes Rückzugsgefecht, fehlte zur endgültigen Beilegung der Affäre nun noch eine offizielle Stellungnahme der Staatsregierung, die Pius Dirr in einem am 6. Oktober publizierten Schreiben an den Ministerpräsidenten²⁰³¹ sogar direkt einforderte. Von diesem eher undiplomatischen Vorstoß in der Presse zweifellos noch weiter verstimmt, wartete Gustav von Kahr dann auch fast demonstrativ bis zur Plenarsitzung des Landtags am 10. November, ehe er in einem Abschnitt seiner Haushaltsrede auf das Thema zurückkam und im schon vorgegebenen Tenor bestätigte,

²⁰²⁷ So forderte die DDP-Fraktion bereits am 21. September die Einberufung des Koalitionsausschusses zur Klärung der Thematik (Dirr an Held vom 21.9.1921; NL Dirr 303), die Parteiführer kamen daraufhin am 1. Oktober zusammen (,Regierungskoalition und Bamberger Programm - Besprechung der Regierungsparteien‘, in: MNN Nr. 407 vom 1.10.1920); zur Reaktion der anderen Koalitionspartner vgl. ,Bamberger Programm und Koalitionsparteien‘, in: MNN Nr. 417 vom 7.10.1920 (Erklärungen der Fraktionsvorsitzenden Hilpert, Dirr und Staedele) sowie den Bericht der preußischen Gesandtschaft mit dem Betreff „Koalitionskrise in Bayern u. das Bamberger Programm“ (Frerichs an Auswärtiges Amt vom 11.10.1920; PAAA 98 349).

²⁰²⁸ Vgl. den Abdruck des Programmes mit Kommentar in: MNN Nr. 390 vom 21.9.1920.

²⁰²⁹ Keßler, Held, 411-413.

²⁰³⁰ Abdruck der „partei-offiziösen Erklärung“ der Bayerischen Volkspartei-Korrespondenz: ,Das Bamberger Programm und die Koalitionsparteien‘, in: MNN Nr. 417 vom 7.10.1920.

²⁰³¹ Dirr an Kahr vom 4.10.1920, Exemplar in NL Dirr 303 sowie ,Das Bamberger Programm der Bayerischen Volkspartei‘, in: MNN Nr. 6.10.1920. Kahr ließ der DDP-Fraktion daraufhin ebenfalls über die Presse ausrichten, dass er in der Haushaltsdebatte zu dieser Frage Stellung nehmen werde (,Regierungskoalition und Bamberger Programm‘, in: MNN Nr. 424 vom 12.10.1920).

dass die Regierung auch weiterhin nur die im Juli unter allen Parteien getroffenen Vereinbarung als politisch maßgeblich betrachte.²⁰³²

3.2 Aktionismus und Symbolpolitik: Die Wucherbekämpfung

Machen selbst die Umstände der Beilegung des ersten bedeutenderen Konflikts innerhalb der neuen Regierung somit deutlich, dass die bürgerliche Koalition noch keineswegs eine feste Basis für ein vertrauensvolles und kollegiales Zusammenarbeiten gefunden hatte, banden solche interne Streitigkeiten natürlich auch viel Zeit und Ressourcen. Wohl nicht zuletzt deshalb nahm sich die Bilanz der ersten 100 Tage des Kabinetts Kahr II dann auch eher bescheiden aus: Sieht man von den beginnenden Ausschussberatungen zu den Etats der Ministerien²⁰³³ ab, kam das gestalterische Potenzial der neuen Regierung nämlich zunächst nur in einer eher symbolischen Verschärfung der Wuchergesetzgebung zum Ausdruck, die ganz offensichtlich von dem Willen getragen war, politische Handlungsbereitschaft zu demonstrieren. Anders wäre zumindest kaum zu erklären, dass man sich in diesem Zusammenhang sogar sehenden Auges über den Grundsatz „Reichsrecht bricht Landesrecht“ hinwegsetzte: Denn immerhin hatte das Reich spätestens mit der Einsetzung von Wuchergerichten das Initiativrecht in dieser Materie an sich gezogen, was die Länder fortan de jure dazu verpflichtete, den durch diese Rahmengesetzgebung definierten Spielraum – etwa in Hinblick auf das Strafmaß für bestimmte Delikte – einzuhalten.²⁰³⁴

Gleichzeitig hatten es der Ministerpräsident und der Landwirtschaftsminister mit ihren wiederholten Apellen bisher nicht vermocht, ihre Kollegen von der Wirksamkeit eines schärferen Vorhabens zu überzeugen²⁰³⁵, weshalb Bayern eigentlich nicht berechtigt war, selbständig strengere Bestimmungen zu erlassen. Das Kabinett wollte sich mit dieser Situation jedoch nicht abfinden und verfiel daher auf den Ausweg, das nicht abgestimmte Vorgehen als Notstandsmaßnahme zu deklarieren und erließ am 25. Oktober unter Berufung auf Art. 48 der Weimarer Verfassung – der den Ländern eigentlich nur bei

²⁰³² Verh. Landtag 1920/21, Bd. I, 614 f.

²⁰³³ Der Haushaltsausschuss begann die Etatberatungen nach Abschluss der Vorbereitungen am 11. Oktober, vgl. die Protokolle in Landtag 14 701, 14 702.

²⁰³⁴ Vgl. den Kommentar der Reichsverordnung: Friedrich Bretzfeld, Die Verordnung über Sondergerichte gegen Schleichhandel und Preistreiberei (Wuchergerichte) vom 27. November 1919, Stuttgart 1920.

²⁰³⁵ So bereits in der Note von Landwirtschaftsminister Freyberg an das Reichswirtschaftsministerium vom 18.2.1920 (MA 100 690), vgl. außerdem die Dokumente in MHIG 6730 und 6731. Am 12.10.1920 verständigte sich der Ministerrat schließlich darauf, bei einer bevorstehenden Ministerkonferenz in Coburg noch einmal eine Verschärfung der Bestimmungen einzufordern und danach im Falle eines ausbleibenden Ergebnisses eigenständig vorzugehen (Ministerratssitzung vom 12.10.1920, TOP VI, Protokoll in MA 99 515).

„Gefahr im Verzug“²⁰³⁶ zur Verfügung stand – die „Verordnung zur Unterdrückung von Schleichhandel und Preistreiberei“. Der schon äußerlich in einem recht alarmistischen Duktus abgefasste Text²⁰³⁷ trug dieser Einstufung dann auch Rechnung und sah dementsprechend drastische Strafen für die genannten Vergehen vor, wobei gewerbsmäßige oder aus „schnöder Gewinnsucht“ handelnde Wucherer im Extremfall mit bis zu 15 Jahren Zuchthaus, Entzug des gesamten Vermögens²⁰³⁸ und öffentlicher Bekanntgabe des Urteils durch Maueranschlag²⁰³⁹ rechnen mussten. Zwar war nicht daran zu denken, derart einschneidende Maßregeln ab sofort flächendeckend in der Praxis anzuwenden, das vermeintlich entschlossene Vorgehen Bayerns hatte allerdings insofern Erfolg, als die Reichregierung nun auch keine andere Möglichkeit mehr sah, als der „Volkstümlichkeit“²⁰⁴⁰ dieses Alleinganges verärgert Rechnung zu tragen. Dabei überrascht es jedoch schon, dass der nun vom Kabinett Fehrenbach vorgelegte Gesetzentwurf²⁰⁴¹ keinen Mittelweg bei der Anhebung der Strafandrohungen suchte, sondern die weitreichenden bayerischen Bestimmungen beinahe eins zu eins übernahm. Der Reichstags-Opposition fiel es deshalb sehr leicht, der Reichsregierung die Kapitulation vor einem offenen Verfassungsbruch Bayerns vorzuwerfen und daraus – ganz im Sinne der Theorie der „Ordnungszelle“ – eine Verschiebung der politischen Gewichte im Reich abzuleiten.²⁰⁴² Tatsächlich konnte die Staatsregierung jetzt nicht nur ohne jeden Gesichtsverlust in eine Aufhebung der eigenen Notverordnung einwilligen, der Wegfall dieses Zankapfels kam ihr auch deshalb sehr gelegen, da sich damit auch die Grundsatzdiskussion über die prinzipielle Rechtmäßigkeit des bayerischen Vorgehensvorläufig erübrigte. Gustav von Kahr sah dann auch keinen Anlass, in

²⁰³⁶ So Art. 48 Abs. IV Weimarer Reichsverfassung.

²⁰³⁷ Verordnung zur Unterdrückung von Schleichhandel und Preistreiberei vom 25.10.1920 (GVBl. 1920, 463 f.). Im Sinne der angeführten „Gefahr im Verzug“ ist ebenfalls auffällig, dass die Staatsregierung ihre Verordnung direkt in einer eigenen Ausgabe des Gesetz- und Verordnungsblattes veröffentlichte und nicht das Erscheinen der nächsten regulären Nummer abwartete. Vgl. Lange, Ausnahmezustand, 105-110.

²⁰³⁸ Hier ergab sich außerdem ein gewisser Widerspruch in der Verordnung, da die Bestimmungen auch die Verhängung einer Geldbuße als Strafmittel vorsahen (GVBl. 1920, 463 f.)

²⁰³⁹ Gerade an dieser Bestimmung wurde erwartungsgemäß Kritik laut, so etwa in den Worten Gustav Radbruchs: „Wir [die SPD; M.B.] halten diese Verordnung für verfassungswidrig, ihrem Inhalt wie ihrem Dasein nach; ihrem Inhalte nach, weil sie Strafmittel zur Anwendung bringt, die der bisherigen Gesetzgebung unbekannt sind, eine neue Form des Prangers, den Maueranschlag des Verurteilten; ihrem Dasein nach, weil sie auf Grund des § 48 [!] der Reichsverfassung gegeben zu sein vorgibt, welcher nur bei Gefahr in Verzuge solche Verordnungen zulässt, ‚Gefahr im Verzuge‘ aber nicht angenommen werden kann.“ (Verh. Reichstag, Bd. 346, 1766).

²⁰⁴⁰ So Reichsfinanzminister Wirth in der Kabinettsitzung vom 30.10.1920: AdR Fehrenbach, Dok. 101, 260.

²⁰⁴¹ Gesetz vom 18.12.1920 über Verschärfung der Strafen gegen Schleichhandel, Preistreiberei und verbotene Ausfuhr lebenswichtiger Gegenstände (RGBl. 1920, 2107-2109).

²⁰⁴² Der USPD-Abgeordnete Breitscheid spekulierte sogar, dass Gustav von Kahr angesichts der aktuellen Machtverhältnisse wohl bald Reichspräsident würde, vgl. Verh. Reichstag, Bd. 346, 1766.

prinzipieller Hinsicht klein beizugeben, sondern wies – durch das neue Gesetz soeben von der Verlegenheit enthoben, einen im Grunde unhaltbaren Rechtsstandpunkt verteidigen zu müssen – die Reichsregierung sogar explizit darauf hin, dass Bayern auch weiterhin an seiner Auffassung zur Anwendung des Art. 48 festhalte.²⁰⁴³

3.3 Eine delikate Angelegenheit: Die Wiederrichtung der französischen Gesandtschaft
Abgekoppelt von der bislang eingehaltenen chronologischen Darstellungsabfolge verbleibt nun noch die Aufgabe, auf eine politische Wegmarke der frühen Ministerpräsidentschaft Kahrs näher einzugehen, die keiner der beiden Legislaturperioden eindeutig zugeordnet werden kann, aber auch in anderer Hinsicht aus dem regulären Tätigkeitsprofil einer Landesregierung der Weimarer Republik fällt: Denn hatte die Weimarer Verfassung der bisherigen Teilsouveränität der vormaligen Bundesstaaten soeben ein Ende gesetzt und dementsprechend die Kompetenz zur Pflege diplomatischer Beziehungen alleine dem Reich übertragen²⁰⁴⁴, sah sich das bayerische Kabinett im Frühjahr 1920 gleichwohl mit dem Bestreben Frankreichs konfrontiert, in München wieder eine Gesandtschaft zu eröffnen. Begründete der bisherige Kriegsgegner dieses Vorhaben nach außen hin mit seinem Wunsch, die traditionellen Beziehungen zwischen beiden Ländern wieder aufzunehmen²⁰⁴⁵, berief sich Frankreich auch auf die Präambel des Friedensvertrags, nach der es im Ermessen der alliierten und assoziierten Mächte lag, „les relations officielles [...] avec l'Allemagne et l'un ou l'autre des États allemands“ wieder aufzunehmen.²⁰⁴⁶

Bestand für die Reichsregierung deshalb allein aus formalen Gründen jede Veranlassung, gegen ein solch unliebsamen Präzedenzfall Verwahrung einlegen, war freilich auch dem Quai d'Orsay bewusst, dass Berlin gerade die Errichtung einer Gesandtschaft in Bayern mit besonderen Unbehagen verfolgen würde: Das französische Außenministerium konnte so nämlich nicht nur den eigenen Vorrang bei der Auslegung des Friedensvertrags demonstrieren, sondern rechnete außerdem damit, den partikularistischen Tendenzen in Süddeutschland durch diese diplomatischen Aufwertung zusätzlichen Rückenwind zu verleihen oder im besten Falle sogar einer inneren Spaltung des immer noch als

²⁰⁴³ Kahr an Fehrenbach 9.1.1921 (Bundesarchiv Berlin, R 1501/113 339). Zum Konflikt um den bayerischen Ausnahmezustand siehe S. 660-662.

²⁰⁴⁴ Weimarer Reichsverfassung, Art. 6.

²⁰⁴⁵ Vgl. (auch) die Instruktion von Außenminister Millerand an den Gesandten Dard vom 2. Juli 1920 (Documents Diplomatiques Françaises 1920 - Tome II, Doc. 171, 221): „Vous vous présenterez au chef du gouvernement bavarois, M. de Kahr, comme chargé simplement de renouer les relations anciennes et traditionnelles de la France et de la Bavière, que la guerre seule avait interrompues.“

²⁰⁴⁶ So im Schlusssatz der Präambel des Versailler Vertrags (RGBl. 1919, 714).

Bedrohung empfundenen Nachbarn im Osten den Weg zu bereiten.²⁰⁴⁷ Sollten sich solche Hoffnungen auch bald als völlig unbegründet erweisen, hielten viele Beobachter eine derartige Entwicklung in diesen Monaten keineswegs für völlig ausgeschlossen: Tatsächlich hegte auch das Reichskabinett, nicht zuletzt von Berichten der preußischen Vertretung²⁰⁴⁸ über das zunehmende Wiedererstarren des regionalen Eigen- und Selbstbewusstseins beunruhigt, intern durchaus die Befürchtung, die bayerische Regierung könnte die französische Initiative im Stillen doch als willkommene Aufwertung ihres politischen Status begreifen und etwa versucht sein, die Gesandtschaft bei passender Gelegenheit zur Entfaltung einer Paralleldiplomatie zu nutzen.²⁰⁴⁹ Dabei verstand sich von selbst, dass derartige Gerüchte in Presse und Öffentlichkeit mindestens ebenso aufmerksam registriert wurden und gelegentlich weitergehende Spekulationen auslösten, was allen Beteiligten immer wieder vor Augen führte, dass in diesem Zusammenhang besondere Zurückhaltung und Vorsicht angebracht war.

Gustav von Kahr stand somit zunächst vor der Aufgabe, im direkten Austausch mit der Reichsregierung die genannten Zweifel zu zerstreuen und gleichzeitig eine Vorgehensweise zu vereinbaren, mit deren Hilfe eine erzwungene Wiedereröffnung der Gesandtschaft für alle Seiten ohne unnötigen Gesichtsverlust vonstattengehen könnte. Denn hatte sich das Kabinett Hoffmann noch entschieden, ein ähnliches Ansuchen Belgiens auf schriftlichen Wege zurückzuweisen²⁰⁵⁰, hielt es Kahr nun für politisch nicht opportun, den Unmut der stärksten Siegermacht mit einem solchen Affront auf sich zu lenken. Er setzte den neu ernannten Reichsaußenminister Simons deshalb in einer persönlichen Unterredung²⁰⁵¹ von dieser Haltung in Kenntnis und kam mit ihm überein, auf einen weiteren aussichtslosen Protest zu verzichten und einen französischen Gesandten ggf. förmlich korrekt zu empfangen, ihm gegenüber jedoch ausdrücklich zu betonen, dass sich die bayerische Regierung an die Verfassung gebunden erachte und deshalb alle Mitteilungen von politischer Bedeutung sofort an das Auswärtige Amt weiterleiten müsse. Zur weiteren Beruhigung der Reichsregierung ließ Kahr außerdem

²⁰⁴⁷ Andrea M. Müller, Die französische Gesandtschaft in München in den Jahren der Weimarer Republik. Französische Politik im Spiegel der diplomatischen Berichterstattung (Miscellanea Bavarica Monacensia 184), München 2010, 39 f.

²⁰⁴⁸ Vgl. den Bericht Zechs an die preußische Staatsregierung vom 29.3.1920 (Abschrift in Bundesarchiv Koblenz, NL Wirth N 1342/47).

²⁰⁴⁹ So auch der Bericht Kahrs im Ministerrat, siehe Anm. 2051.

²⁰⁵⁰ Vgl. Ministerratssitzung vom 6.2.1920, TOP V (Protokoll in MA 99 514), MA 100 014 sowie den Bericht des britischen Vertreters Kilmarnock an Curzon vom 3.3.1920 (DBFP IX, 118).

²⁰⁵¹ Vgl. den Bericht Kahrs über die Unterredung mit Simons am 5.7.1920 im Ministerrat (Protokoll in MA 99 515) sowie die Bezugnahme Simons auf dieses Gespräch: Simons an Kahr vom 14.7.1920 (ADAP III, 419-421).

wiederholt durchblicken, dass alles in die Wege geleitet sei, um den Gesandten in München gesellschaftlich und politisch so weit wie möglich zu isolieren und seiner Mission auf diese Weise schrittweise die Grundlage zu entziehen.²⁰⁵²

Dabei waren sich sowohl Kahr als auch Simons bei ihrem Gespräch mit hoher Wahrscheinlichkeit bereits bewusst, dass das entworfene Szenario möglicherweise schon einige Tage später eintreten konnte, zumal der Zeitpunkt des Antrittsbesuchs des neu ernannten Gesandten Émile Dard zumindest im Nachhinein sorgfältig kalkuliert erscheint: So war es sicherlich kein Zufall, dass der erfahrene Diplomat unmittelbar nach Abschluss der Koalitionsverhandlungen in München ankam und den alten und neuen Ministerpräsidenten mit einem Schreiben formell um einen Empfang ersuchte.²⁰⁵³ Stand der angedachte Ernstfall somit tatsächlich unmittelbar bevor, verlief die mit Spannung erwartete Visite dann jedoch zur weitgehenden Zufriedenheit der bayerischen Regierung.²⁰⁵⁴ Der im internationalen diplomatischen Verkehr recht unerfahrene Ministerpräsident meisterte den heiklen Termin vergleichsweise souverän und ließ sich auch nicht aus der Ruhe bringen, als sein Gegenüber gleich zu Beginn des Gesprächs ohne die übliche Vorankündigung sein Beglaubigungsschreiben präsentierte. Kahr nahm das Dokument entgegen, verwies im Gegenzug jedoch sofort auf die prinzipielle deutsche Rechtsauffassung und beschränkte sich ansonsten auf den Austausch diplomatischer Höflichkeiten, freilich nicht ohne Dard darauf hinzuweisen, dass sich die anderen Mitglieder des Kabinetts – im Kontrast zur Praxis vor dem Krieg – nun nicht mehr in der Lage sähen, persönlich mit der Gesandtschaft zu verkehren.²⁰⁵⁵ Hatte Kahr mit diesem doch recht kühlen Empfang²⁰⁵⁶ also in keiner Weise den Verdacht genährt, bayerische Sonderinteressen zu verfolgen, den Gesandten aber auch nicht direkt brüskiert, nutzte die

²⁰⁵² Vgl. die Versicherungen Kahrs gegenüber Reichskanzler Fehrenbach im September: „Die Repräsentation spiele hier überhaupt keine Rolle, und Herr Dard werde hierfür keine Gäste finden, dafür reiche schon der persönliche Einfluss des Herrn von Kahr in den fraglichen gesellschaftlichen Kreisen aus, der sich die Isolierung des Herrn Dard angelegen sein lassen werde.“ (Fehrenbach an Simons vom 29.9.1920; AdR Fehrenbach, Dok. 78). Vgl. auch den Bericht des württembergischen Gesandten vom 19.7.1920 mit deutlichen Aussagen von Ministerialrat Lutz (Benz, Moser, Dok. 39).

²⁰⁵³ Dard an Kahr vom 15.7.1920, Zitate bei Müller, Gesandtschaft, 70. Tatsächlich war der Empfang Dards dann der erste offizielle Termin Kahrs nach seiner Wiederwahl im Landtag am 16. Juli, vgl. Verh. Landtag 1920/21, Bd. I, 6-12; die Landtagssitzung endete um 11:15 Uhr, der Empfang begann um 12 Uhr.

²⁰⁵⁴ Vgl. die Darstellung bei Müller, Gesandtschaft, 70-72 sowie die Berichte über den Empfang Dards bei Kahr: Aufzeichnung des Regierungsrats Delbrück vom 17.7.1920 (ADAP III, 429), Smallbones an Curzon 26.7.1920 (DBFP X, 279-282).

²⁰⁵⁵ Der Ministerrat beschloss daher auch am 20. Juli, die an alle Minister übermittelten Visitenkarten Dards wieder an die Gesandtschaft zurückzusenden; der Austausch mit der bayerischen Regierung sollte auf das Außenministerium beschränkt bleiben (Ministerrat vom 20.7.1920, TOP III; Protokoll in MA 99 515).

²⁰⁵⁶ Die recht distanzierte und offenbar etwas steife Atmosphäre des Gesprächs kommt auch dadurch zum Ausdruck, dass Kahr und Dard ausschließlich über einen Dolmetscher kommunizierten, obwohl beide im Grunde der Sprache ihres Gegenübers mächtig waren. Vgl. Müller, Gesandtschaft, 70.

Presse die von Dard gebotene Angriffsfläche erwartungsgemäß sofort aus und warf ihm eine gezielte Überrumpelung des Ministerpräsidenten vor.²⁰⁵⁷ Der misstrauisch beäugte Gesandte bekam also sofort zu spüren, dass er in der bayerischen Landeshauptstadt im Grunde nicht willkommen war, was möglicherweise auch zu einer vorzeitigen Trübung der politischen Beziehungen führen konnte. Selbst vorerst aus der Schusslinie geraten, erkannte Kahr jedoch auch diesen Umstand sofort als Steilvorlage und nahm die Gelegenheit wahr, gegenüber Dard demonstrativ die Etikette der diplomatischen Höflichkeit zu wahren: Er ließ dem Gesandten daher wenige Tage später offiziell sein Bedauern über die erfolgten Angriffe aussprechen²⁰⁵⁸ und signalisierte mit dieser Geste sein Interesse, trotz der ungewöhnlichen Konstellation eine seriöse Arbeitsbeziehung aufzubauen. Ohne an seinem grundsätzlichen Standpunkt irgendeinen Zweifel zu lassen, war es ihm damit gleichzeitig gelungen, einen womöglich wertvollen Gesprächskanal – etwa zur Übermittlung von Vorschlägen in der Entwaffnungsfrage – offen zu halten.

4. Prestigegewinn trotz durchwachsender Bilanz: Hintergründe eines politischen Aufstiegs
Hatte sich der Ministerpräsident in dieser Angelegenheit also vergleichsweise gut aus der Affäre gezogen, scheinen die im Kontext des Landesschießens erwähnten Lobeshymnen nun im Überblick freilich kaum zum bisher gewonnenen Eindruck seiner Amtszeit zu passen: Zwar ist vor allem der Regierung Kahr I ein beträchtliches Arbeitspensum zugute zu halten, man wird allerdings nicht umhin kommen, den Ministern und der Koalition insgesamt ein von Alleingängen geprägtes und häufig zerstrittenes Auftreten zu bescheinigen; die anfänglich von verschiedenen Seiten geäußerten Befürchtungen, dem Ministerpräsidenten und einigen seiner Kollegen mangle es für ihr Amt wohl an politischer Erfahrung, hatten sich, zumindest in dieser Perspektive betrachtet, insofern offensichtlich doch als durchaus begründet erwiesen.

Diese im Nachhinein feststellbaren Defizite bilden für sich genommen freilich noch keinen hinreichenden Grund, die offenkundige Zufriedenheit vieler Bayern mit dem Ministerium Kahr prinzipiell in Zweifel zu ziehen: Wie die Erfahrung zeigt, kommt es vielmehr immer wieder vor, dass Regierungen trotz ihrer eher ausbaufähigen Bilanz – Kraus spricht diesem Fall sogar von offenkundiger „Planlosigkeit“²⁰⁵⁹ – bei der Mehrheit

²⁰⁵⁷ ‚Die französische Gesandtschaft in München‘, in: MNN Nr. 290 vom 19.7.1920: „Über den Vorgang kann es nur ein Urteil geben: die französische Regierung findet es nicht der Mühe wert, Bayern gegenüber nur die einfachsten Formen der Höflichkeit zu wahren. Sie tut mit Bayern einfach, was sie will. Der Grad der Mißachtung, der damit zum Ausdruck kommt, ist wohl kaum mehr zu überbieten.“

²⁰⁵⁸ Vgl. den entsprechenden Beschluss des Ministerrats am 20.7.1920, TOP III (Protokoll in MA 99 515).

²⁰⁵⁹ Kraus, Geschichte Bayerns, 674.

der Bürger bzw. Wähler überraschend zufriedenstellende Beliebtheitswerte erzielen können. Solchen scheinbaren Diskrepanzen liegt indes in aller Regel kein logischer Widerspruch zu Grunde, sie rufen eher die notwendigerweise selektive Wahrnehmung von Politik in Erinnerung. Dieser Faktor fällt hier umso mehr ins Gewicht, da es für die Zeitgenossen nach wenigen Monaten Amtszeit natürlich noch kaum möglich war, sich bereits ein Urteil über den Erfolg und die Auswirkungen der einzelnen Maßnahmen zu bilden: Es spricht deshalb viel dafür, dass die Regierung aus Sicht ihrer Befürworter gerade bei der Durchsetzung ihrer symbolischen Programmpunkte Entschlossenheit und Führungskraft an den Tag hatte, wohingegen etwa Schwierigkeiten bei der Ausweisung „lästiger Ausländer“ oder bei Feinheiten des Wahlgesetzes wohl kaum ins Gewicht fielen. Trifft dies zu, bestimmten also – abgesehen von den abweichenden politischen Grundüberzeugungen der linken Kritiker – in erster Linie sichtbare Fortschritte beim selbstgesteckten Ziel der Wiederherstellung und Festigung der öffentlichen Ordnung, aber auch das jeweilige Erscheinungsbild der politischen Protagonisten die Steigerung der allgemeinen Sympathiewerte.

4.1 Neuinterpretation im Freistaat: Das Auftreten des Ministerpräsidenten

Dabei ist, was zunächst den zweiten Aspekt betrifft, tatsächlich nicht zu übersehen, dass sich Gustav von Kahr vor allem nach seiner Wiederwahl den repräsentativen Anforderungen seines Amtes stellte und versuchte, das öffentliche Erscheinungsbild des Ministerpräsidenten selbstbewusst den Erfordernissen der Zeit anzupassen; möchte man einen etwas gewagten Vergleich anstellen, hatte bisher eigentlich nur Kurt Eisner in dieser Hinsicht größeren Veränderungswillen an den Tag gelegt. Denn hatte der Revolutionär und offenbar sehr talentierte Volksredner – freilich unter ganz anderen Umständen – der Inszenierung von Politik sehr großen Wert beigemessen²⁰⁶⁰, war ansonsten bisher noch kein bayerischer Kabinettschef in so prominenter Weise wie beim Landesschießen der Einwohnerwehr oder als gefeierter Parteitagsredner in Erscheinung getreten – mag es grundsätzlich schwer fallen, sich die Ministerratsvorsitzenden der konstitutionellen Ära in ähnlicher Pose vorzustellen, blieben Auftritte dieser Art vor 1918 ohnehin dem Monarchen vorbehalten. Ähnliches gilt im Prinzip auch für die Reise Kahrs in die von einem Hochwasser betroffenen Gebiete der Mangfall und des Inn Anfang

²⁰⁶⁰ Auch Grau bescheinigt Eisner "erstaunliche[s] rhetorische[s] Talent" (Grau, Eisner, 462). Dagegen konnte Ministerpräsident Hoffmann mit seinem öffentlichen Auftreten offenbar weniger überzeugen, vgl. den Bericht bei Landau - Rieß, Loewenfeld, 264-267.

September²⁰⁶¹: Hatte der König nicht zuletzt solche Gelegenheiten genutzt, um sich der Bevölkerung als treusorgender Landesvater zu präsentieren, betrachtete es nun der bayerische Ministerpräsident als seine Aufgabe, den Betroffenen vor Ort die Anteilnahme der Staatsregierung zu übermitteln und schnelle Hilfe in Aussicht zu stellen. Schließlich fällt ebenfalls auf, dass Kahr vor allem nach der Wiederwahl im Juli bestrebt war, ganz allgemein seine Präsenz in der Öffentlichkeit zu steigern, wobei er es meist vorzog, sich bei Feiern der Einwohnerwehr²⁰⁶² oder beim Empfang prominenter Persönlichkeiten zu zeigen. Eine erste Gelegenheit, beide Komponenten elegant miteinander zu verbinden, ergab sich am 2. September, als General Paul von Lettow-Vorbeck in Kindl-Keller einen Gastvortrag zum Sedantag hielt: Kahr erschien gemeinsam mit Minister Roth und Staatssekretär Schweyer auf der Ehrentribüne, verzichtete jedoch darauf, selbst das Wort auf der von DNVP und deutsch-völkischer Arbeitsgemeinschaft einberufenen Versammlung zu ergreifen.²⁰⁶³ Er empfing den Kolonialhelden von Ostafrika hingegen am folgenden Tag zu einem Gespräch in seiner Privatwohnung, was – nebenbei bemerkt – wohl den Beginn der freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Männern markierte.²⁰⁶⁴ Im gleichen Sinne verfolgte Kahr außerdem bereits die Idee, Paul von Hindenburg zu einer Reise nach Bayern einzuladen, musste sich nach einem Besuch in Hannover²⁰⁶⁵ allerdings vorerst mit einer Absage bescheiden, da der Generalfeldmarschall an der Seite seiner krebserkrankten Gattin bleiben wollte.²⁰⁶⁶ Als

²⁰⁶¹ MNN Nr. 384 vom 16.9.1920 sowie ‚Ministerpräsident von Kahr‘, in: MZ Nr. 258 vom 17.9.1920.

²⁰⁶² So besuchte Kahr wie im Jahr zuvor (siehe Anm. 1608) das Gauschießen der Einwohnerwehr Chiemgau, das vom 2. bis 5. September 1920 stattfand (Programmheft in NL Kanzler 2, Mappe Anlagen) und trat dort als Ehrengast auf, vgl. ‚Kahr bei den Chiemgauern‘, in: MZ Nr. 248 vom 7.9.1920.

Der Einwohnerwehr-Gau Fränkische Schweiz lud Kahr dann auch zu seinem Gauschießen und zu einer Übernachtung auf Schloss Greifenstein mit der Begründung ein, „da Sie bei fast allen Veranstaltungen in Obb. sind.“ (Graf Stauffenberg an Kahr vom 13.10.1920; MA 102 382). Kahr musste diese Einladung jedoch absagen.

²⁰⁶³ ‚Lettow-Vorbeck in München‘, in: MNN Nr. 363 vom 3.9.1920; Uwe Schulte-Varendorff, Kolonialheld für Kaiser und Führer. General Lettow-Vorbeck - Mythos und Wahrheit (Schlaglichter der Kolonialgeschichte 5), Berlin 2006, 96; vgl. den Kommentar der USPD-Presse: ‚Der Kapp-Putschist auf Vortragsreisen‘, in: Neue Zeitung Nr. 509 vom 2.9.1920.

²⁰⁶⁴ Dies betonte Lettow auch in seinen Erinnerungen: Paul von Lettow-Vorbeck, Mein Leben, Biberach an der Riß 1957, 198; zum privaten Besuch beim Ministerpräsidenten am 3. September vgl. den Eintrag ins Gästebuch Kahrs (Privatnachlass Kahr).

²⁰⁶⁵ Nach den Berliner Verhandlungen zur Ausgestaltung des Entwaffnungsgesetzes (siehe S. 534-536) reiste Kahr am 4.8.1920 nach Hannover weiter, um dort privat Paul von Hindenburg zu besuchen (vgl. die stenographischen Tagebuchnotizen in NL Kahr 43; der Besuch wird auch in den Erinnerungen Schmelzles erwähnt: Menges, Schmelzle, 203 f.). Die Quellen enthalten keine Informationen zum Verlauf des Aufenthalts.

²⁰⁶⁶ Hindenburg dankte Kahr am 15.8.1920 (Schreiben in NL Kahr 16) für seinen Besuch, bedauerte aber, dass der Gesundheitszustand seiner Gattin eine Reise nach Bayern vorerst nicht erlaube; dies galt auch noch im April 1921, als Kahr den Generalfeldmarschall zu den sog. Flieger-Gedenktagen (siehe nächste Anm.) einlud, vgl. die briefliche Absage vom 30.4.1921 (Privatnachlass Kahr, Korr. Hindenburg). Gertrud von Hindenburg verstarb am 14. Mai 1921.

kleine Kompensation für sein Ausbleiben übersandte Hindenburg nun immerhin regelmäßig Grußworte zu nationalen Veranstaltungen in München, so etwa beim „Großdeutschen Fliegergedenktag“ im Mai 1921, bei dem Kahr in Vertretung des offiziellen Schirmherrn die Festrede hielt.²⁰⁶⁷

4.2 Die Einwohnerwehr muss bleiben! Profilierung in der Konfrontation mit den Siegermächten

Bei der positiven Wahrnehmung des Regierungschefs fiel jedoch insgesamt sicher noch viel mehr ins Gewicht, dass sich Kahr in der Reichs- und Außenpolitik als vehementer Verteidiger der bayerischen Einwohnerwehren profiliert hatte. Denn standen die Bemühungen um ein verändertes Auftreten des Ministerpräsidenten erst am Anfang, konnte er in diesem Zusammenhang bereits symbolträchtige Erfolge in der Praxis vorweisen.

Mag eine solche Diagnose angesichts der schweren Rückschläge im Frühjahr 1921 und der unter größten Turbulenzen vollzogenen Auflösung der Verbände²⁰⁶⁸ zunächst überraschen, sollte nicht übersehen werden, dass sich die Szenerie im Herbst 1920 – trotz erster verborgener Anzeichen einer Wende – noch weitgehend anders darstellte: Denn trotz zweier Ultimaten der Siegermächte und des Reichsgesetzes zur Entwaffnung der Zivilbevölkerung bestand die bayerische Einwohnerwehr im Gegensatz zu allen anderen deutschen Ländern²⁰⁶⁹ nicht nur weiter fort, die Mitgliederzahl und der Verwaltungsapparat war von diesen Umständen scheinbar unbehelligt auch stetig weitergewachsen.²⁰⁷⁰ Kahr war es dank einer kombinierten Strategie aus inhaltlicher Verhandlungsführung und vorsichtiger Paralleldiplomatie vorerst tatsächlich gelungen, den Erhalt der Selbstschutzverbände sicherzustellen. Dabei ist allerdings auch zu berücksichtigen, dass die Regierung bei ihrer Politik nicht nur von einem vergleichsweise breiten Konsens in der Bevölkerung profitierte, sondern ungefähr bis gegen Jahresende ebenso auf die Unterstützung oder zumindest stillschweigende Duldung des Reiches bauen konnte. Der ersten Etappen im Ringen um den Fortbestand der Einwohnerwehr – mit fortschreitender Zeit ohnehin das zunehmend beherrschende Thema der bayerischen

²⁰⁶⁷ Hindenburg war offizieller Schirmherr dieser Veranstaltung, Ministerpräsident Kahr hielt in seiner Abwesenheit die Festrede und übermittelte das Grußwort des Generalfeldmarschalls, vgl. die gedruckte Ansprache Kahrs im Veranstaltungsprospekt der Flieger-Gedenktage (eingehftet in Tagebuch Kahr 1921-A, nach pag. 248).

²⁰⁶⁸ Siehe hierzu Kapitel VIII B 4.

²⁰⁶⁹ Zur Auflösung der norddeutschen Einwohnerwehren siehe Anm. 2085.

²⁰⁷⁰ Siehe die von Nußer ermittelten Zahlen in Anm. 2200.

Politik – sind deshalb nur angemessen darzustellen, wenn der folgende Abschnitt auch auf das Verhältnis von Ministerpräsident Kahr zur Reichsregierung und die Genese der zu diesem Zweck aufgebauten informellen Netzwerke eingeht.

4.2.1 Die erste Reaktion: Ein Protest der süddeutschen Länder

Doch zunächst von vorne – ganz im Widerspruch zur späteren Omnipräsenz des Themas wurde die bayerische Staatsregierung von der erstmaligen Aufforderung zur Auflösung der Selbstschutzverbände nämlich weitgehend unvorbereitet überrascht: Der Vorsitzende der Interalliierten Militärkontrollkommission, General Charles Nollet, hatte die Reichsregierung zwar bereits am 12. März davon in Kenntnis gesetzt, dass die Unterhaltung von Einwohner- und Sicherheitswehren nicht mit dem Friedensvertrag zu vereinbaren sei und deshalb verlangt, alle entsprechenden Verbände bis 10. April – dem ursprünglichen Termin zur Reduktion der Reichswehr auf 200 000 Mann – aufzulösen.²⁰⁷¹ Bestand somit eigentlich unmittelbarer Handlungsbedarf, blieb die Note mit Ausbruch des Kapp-Putsches einen Tag später jedoch erst einmal liegen und wurde auch nicht an die zuständigen Landesregierungen weitergegeben. Diese verständliche Verzögerung wuchs sich allerdings bald zum ärgerlichen Versäumnis aus, als die Reichsregierung – offenbar weitgehend vom Aufstand im Ruhrgebiet und der Kabinettsumbildung Ende März in Anspruch genommen – auch in den folgenden zwei Wochen keine Schritte einleitete und sich erst wenige Tage vor Ablauf der Frist näher mit der Angelegenheit befasste. So kamen die zuständigen Ressortminister erst am 7. April in einer Chefbesprechung²⁰⁷² überein, der Forderung zumindest äußerlich nachzukommen und die Einwohnerwehren in ihrer jetzigen Form aufzulösen. Innenminister Koch-Weser empfahl den Ländern deshalb, bei Bedarf dezentrale und betont zivile Bürgerwehren aufzustellen und rechtfertigte das eilige Vorgehen ansonsten mit der Aussichtslosigkeit „weiterer“ Proteste bei den Siegermächten.²⁰⁷³ Da indes abzusehen war, dass dieses Rundschreiben ihre Adressaten nicht mehr rechtzeitig erreichen würde, informierte Reichswehrminister Otto Geßler zumindest das bayerische Kabinett noch telefonisch von der getroffenen Entscheidung und wies darauf hin, dass nichts weniger als die Erfüllung des Friedensvertrages auf dem Spiel stehe.²⁰⁷⁴

²⁰⁷¹ Vgl. Michael Salewski, *Entwaffnung und Militärkontrolle in Deutschland 1919-1927* (Schriften des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für auswärtige Politik 24), München 1966, 91; Thoß, *Ludendorff-Kreis*, 148; Large, *Einwohnerwehr*, 66.

²⁰⁷² Niederschrift bei AdR Müller I, Dok. 20.

²⁰⁷³ Auszüge der Note im Kommentar von AdR Müller I, Dok. 20.

²⁰⁷⁴ So der Bericht Hamms in der Ministerratssitzung vom 8.4.1920 (Protokoll in MA 99 515).

Versetzt man sich nun in die Lage der bayerischen Staatsregierung, musste die hektische Übermittlung so weitreichender Beschlüsse einen denkbar schlechten Eindruck hinterlassen: Sah man sich einerseits ohne jede Vorwarnung vor vollendete Tatsachen gestellt, erweckte die überstürzt angeordnete Auflösung außerdem den Verdacht, die Reichsregierung handle in Wirklichkeit auf Druck der Gewerkschaften, die bereits nach dem Kapp-Putsch die Abschaffung oder zumindest eine gründliche Umgestaltung der Selbstschutzverbände verlangt hatten.²⁰⁷⁵ Der Ministerrat²⁰⁷⁶ verständigte sich deshalb nach einer erregten Debatte einmütig darauf, Eduard Hamm noch am Abend des 8. April mit dem nächsten Zug nach Berlin zu entsenden, um dort mit Nachdruck auf die Unverzichtbarkeit der bayerischen Einwohnerwehren hinzuweisen und auf einen Einspruch bei der Entente zu drängen. Gleichzeitig blieb auch die betroffene Organisation selbst nicht untätig und initiierte eine groß angelegte Protestwelle, um alle Sympathisanten im Dienste eines lautstarken Widerstandes zu mobilisieren: In den folgenden Tagen schlossen sich deshalb nicht nur zahlreiche Stadt-, Kreis- und Gauwehren einer von Landeshauptmann Escherich in allen führenden bürgerlichen Tageszeitungen veröffentlichten Erklärung²⁰⁷⁷ an und lancierten Aufrufe unter der apodiktischen Losung „Wir können nicht!“²⁰⁷⁸ – auch zahlreiche Wirtschafts- und Sozialverbände sahen sich, möglicherweise auf einen kleinen Wink hin, sogleich veranlasst, diesem Beispiel zu folgen und selbst ein Bekenntnis für den gemeinsamen Selbstschutz abzulegen.²⁰⁷⁹ Die heftigen Reaktionen auf einen plakatierten Aufruf der Reichszentrale für Heimatdienst, die Waffen zur Vermeidung außenpolitischen Schadens besser abzuliefern²⁰⁸⁰, komplettierte schließlich nur noch den Eindruck einer empörten bayerischen Öffentlichkeit.

²⁰⁷⁵ Als Reaktion auf das sog. Bielefelder Abkommen übermittelte Kahr der Gesandtschaft Berlin im Namen der Staatsregierung bereits am 22.3.1920 eine Protestnote mit Hinweis auf die „schweren Bedenken“, die die bisherigen Meldungen in München ausgelöst hätten (Kahr an Gesandtschaft Berlin vom 22.3.1920; MA 100 981), vgl. auch den Hinweis des preußischen Gesandten Zech auf die negativen Reaktionen: Zech an Auswärtiges Amt vom 23.3.1920 (PAAA, R 98 347).

²⁰⁷⁶ Sitzung des Ministerrats vom 8.4.1920, Protokoll in MA 99 515.

²⁰⁷⁷ Salewski, Entwaffnung, 122. Vgl. auch das Protestschreiben Escherichs an Reichspräsident Ebert und mehrere Reichsminister vom 7.4.1920 (Bestand Einwohnerwehr 3, Akt 1c); der Protest wurde am 12. April außerdem an die Nationalversammlung und den Bayerischen Landtag weitergeleitet.

²⁰⁷⁸ So etwa die Kreisleitung Oberbayern, der Bayerische Bürgerblock oder die DDP Bayern: ‚Proteste gegen die Auflösung der Einwohnerwehr‘, in: MNN Nr. 142 vom 9.4.1920; ‚Laßt uns unsere Einwohnerwehr‘, in: Rosenheimer Anzeiger Nr. 89 vom 14.4.1920.

²⁰⁷⁹ So etwa der Bayerische Christliche Bauernverein (Schlittenbauer an Kahr vom 9.4.1920; Bundesarchiv Koblenz, NL Weilnböck N 1327/14b), der Bund der Landwirte (Protestschreiben mit Resolution ebd.) oder der Katholische Frauenbund: ‚Gegen die Auflösung der Einwohnerwehren‘, in: BStZ Nr. 90 vom 18.4.1920. Vgl. auch die Aufrufe bei Kirching, Horlacher, 109 f.

²⁰⁸⁰ Die Anzeige wurde – immerhin zeichnete eine staatliche Stelle verantwortlich – sogar in der Bayerischen Staatszeitung abgedruckt (BStZ Nr. 86 vom 14.4.1920); vgl. die Reaktion im Kabinett (Ministerratsprotokoll vom 17.4.1920, TOP VI) sowie in der bürgerlichen Presse: ‚Inseratenpolitik des

In dieser Atmosphäre kam eine schon länger vorbereitete Konferenz der süddeutschen Länder²⁰⁸¹ aus Sicht der Staatsregierung dann auch wie gerufen: Sie kalkulierte in durchaus optimistischer Erwartung nun damit, dass ein geschlossener Protest Bayerns, Württembergs, Badens, Hessens und Sachsens bei der Reichsregierung endgültig nachhaltigen Eindruck hinterlassen und auch der Entente die Undurchführbarkeit ihres Vorhabens vor Augen führen würde. Unter der Leitung Kahrs trat die bayerische Delegation deshalb schon einen Tag früher als geplant die Reise nach Stuttgart an und versuchte in Vorverhandlungen mit den Gastgebern den Weg für eine energische Resolution zu ebnet.²⁰⁸² Ließ sich Württemberg auf diese Weise tatsächlich von der Notwendigkeit einer solchen Maßnahme überzeugen, brachte das Eintreffen der weiteren Abordnungen dann jedoch nicht den erhofften Durchbruch. Die anderen, sämtlich sozialdemokratisch geführten Landesregierungen machten vielmehr sofort deutlich, dass sie für eine „Kampfstellungnahme“²⁰⁸³ gegen das Reich nicht zur Verfügung stünden und zogen auch Württemberg mit diesem Argument schnell auf ihre Seite. Sollte die Konferenz in diesem Punkt also nicht gänzlich scheitern, musste Kahr schließlich einwilligen, den von ihm ins Spiel gebrachten Entwurf abzuschwächen und sich mit einem – freilich durchaus nachdrücklich formulierten – Protesttelegramm an den Reichskanzler²⁰⁸⁴ begnügen. Das gegenteilige Verhalten Preußens, das der Anweisung des Reiches bereitwillig nachkam und seine beim Kapp-Putsch wenig zuverlässigen Einwohnerwehren noch am 9. April per Dekret auflöste²⁰⁸⁵, zog das in Stuttgart ausgesprochene „Unmöglich“ dann noch weiter in Zweifel.

Konnten die bayerischen Vertreter also bestenfalls einen Teilerfolg verzeichnen, war die Botschaft bei der Reichsregierung, die offenbar nicht mit besonders starkem Gegenwind gerechnet hatte, dennoch angekommen: Sie erklärte sich gegenüber den Ländervertretern nun doch bereit, bei der Botschafterkonferenz in Paris auf eine nochmalige Prüfung der Angelegenheit hinzuwirken und ließ eine entsprechende Gegennote ausarbeiten.²⁰⁸⁶ Der

Reiches gegen Bayern‘, in: MZ Nr. 103 vom 14.4.1920; ‚Reichspropaganda für die Sozialdemokratie‘, in: Bayerischer Kurier vom 13.4.1920.

²⁰⁸¹ Allgemein zur Konferenz der süddeutschen Staaten am 9./10. April 1920: Benz, Süddeutschland, 279-286.

²⁰⁸² Benz, Süddeutschland, 279-281.

²⁰⁸³ Zitat und kurze Zusammenfassung im Telegramm Prittwitz an Albert vom 15.4.1920 (Abdruck bei: AdR Müller I, Dok. 35, Anm. 2).

²⁰⁸⁴ Text in AdR Müller I, Dok. 31.

²⁰⁸⁵ Bucher, Einwohnerwehren, 55 f.

²⁰⁸⁶ So das Ergebnis der Besprechung mit Vertretern Preußens, Bayerns, Sachsens, Württembergs, Badens und Hessens über die Frage der Einwohnerwehren vom 15.4.1920 (Protokoll in AdR Müller, Dok. 41); dabei machte der zuständige Referent, Regierungsrat Pirner, nachdrücklich darauf aufmerksam, dass die Einwohnerwehren in Bayern den „einzige[n] Schutz der Bevölkerung gegenüber Kommunismus und Bolschewismus“ darstellten.

Text machte unter anderem darauf aufmerksam, dass die Selbstschutzverbände angesichts der eingeleiteten Heeresreduktion noch in vielen Regionen des Reiches zum Erhalt der inneren Ordnung benötigt würden und hob die Verdienste der bayerischen Einwohnerwehr um die Wiederherstellung geordneter Verhältnisse als Beleg für diese These sogar besonders hervor.²⁰⁸⁷

4.2.2 Bessere Vorbereitung: Die Gewinnung von Vertrauensleuten und diplomatischen Verbündeten

Gustav von Kahr hatte damit erst einmal etwas Zeit gewonnen, war sich freilich gleichzeitig bewusst, dass die Alliierten gewiss nicht ohne Weiteres auf ihre Forderung verzichten würden. Er legte deshalb darauf Wert, die in München akkreditierenden Diplomaten noch vor Beginn der Konferenz von San Remo²⁰⁸⁸ aufzusuchen und bei ihnen für den bayerischen Standpunkt zu werben: Der erste Gesprächspartner, der britische Konsul Smallbones, zeigte zwar für das vorgebrachte Anliegen durchaus Verständnis, gab sich jedoch zunächst recht „zugeknüpft“²⁰⁸⁹ und erinnerte Kahr daran, dass das Reich doch selbst ohne jeden Widerspruch die Entwaffnung der Verbände angeordnet habe. War diesem Argument zum Ärger des Ministerpräsidenten nicht viel entgegen zu setzen, machte einige Tage später die Mitteilung Kahrs, in der Haftanstalt Niederschönenfeld sei ein Komplott der politischen Gefangenen aufgedeckt worden, schon mehr Eindruck auf Smallbones, der im Erhalt der Einwohnerwehr außerdem keine besondere Gefahr erkennen konnte.²⁰⁹⁰

Demgegenüber war Nuntius Eugenio Pacelli, der die Tage der Räterepublik persönlich miterlebt hatte und erst kurz zuvor aus seinem seitherigen Schweizer Refugium

²⁰⁸⁷ Auswärtiges Amt an Interalliierte Militärkontrollkommission vom 17.4.1920, Abdruck bei: ‚Deutsche Note zur Auflösung der Einwohnerwehren‘, in: Berliner Tageblatt Nr. 82 vom 19.4.1920; vgl. auch Salewski, Entwaffnung, 124.

²⁰⁸⁸ Die Konferenz von San Remo tagte vom 19. bis 26. April, beschäftigte sich aber nur nebenbei mit dem Vollzug des Versailler Vertrags, d. h. der Politik gegenüber Deutschland; Hauptthema war die Gestaltung der Nachkriegsordnung im Nahen Osten. Vgl. Brigitte Brinkmann, Konfliktstrukturbildende Elemente in der Entwicklung des arabisch-israelischen Konflikts: 1915/16-1948 (Europäische Hochschulschriften 315), Frankfurt am Main 1996, 47-50.

²⁰⁸⁹ So die Formulierung Kahrs im Ministerrat am 12.4.1920, TOP II (Protokoll in MA 99 515).

²⁰⁹⁰ Smallbones an Foreign Office vom 14. und 18.4.1920, in: DBFP X, 63-65 und DBFP IX, 490 f. Im Zuchthaus Niederschönenfeld verbüßten zahlreiche verurteilte Protagonisten der Räterepublik ihre Haftstrafe, Mitte April 1920 schienen genügend Indizien für ein Komplott unter den Gefangenen vorzuliegen: Ministerratssitzung vom 17.4.1920, TOP I (Protokoll in MA 99 51) sowie ‚Ein hochverräterisches Komplott in Bayern‘, in: BStZ Nr. 91 vom 20.4.1920. Die Ermittlungen erbrachten allerdings keine belastbaren Ergebnisse, vgl. Ernst Niekisch, Gewagtes Leben. Begegnungen und Begebnisse, Köln / Berlin 1958, 95 (mit falscher Zeitangabe).

zurückgekehrt war²⁰⁹¹, deutlich leichter von der bolschewistischen Bedrohung zu überzeugen: Kahr musste sich in diesem Fall nur den Initiativen Kardinal Faulhabers und der Vorsitzenden des Katholischen Frauenbundes, Ellen Amann, anschließen, die den Vertreter des Heiligen Stuhls bereits ersucht hatten, in dieser Sache die ihm möglichen Schritte einzuleiten.²⁰⁹² Pacelli entsprach dieser Bitte und benachrichtigte sogleich Kardinalstaatssekretär Gasparri von der Sachlage, woraufhin der päpstliche Außenminister tatsächlich im Sinne der bayerischen Wünsche aktiv wurde und dem italienischen Ministerpräsidenten Nitti eine entsprechende Botschaft übermittelte.²⁰⁹³

Der in San Remo gefasste Beschluss, die Entwaffnungsfrage vorerst zu vertagen, war dennoch kaum auf diese letztlich eher symbolischen Vorstöße, sondern vielmehr auf Unstimmigkeiten unter den Alliierten zurückzuführen, die sich schließlich darauf verständigten, Deutschland bei einer weiteren Konferenz im belgischen Spa die bis dahin präzisierten Forderungen direkt vorzulegen.²⁰⁹⁴ Gustav von Kahr konnte indes so oder so zufrieden sein: Die Entscheidung versetzte ihn auf jeden Fall in die Lage, die bereits eingeleiteten Versuche, mit den führenden Repräsentanten der Siegermächte unmittelbar und ggf. auch an der Reichsregierung vorbei ins Gespräch zu kommen, zu intensivieren. Er entschloss sich hierbei einerseits, den Bekanntenkreis Georg Heims in seine Bemühungen einzubeziehen und beauftragte Victor Naumann, den kurzfristigen Leiter der auswärtigen Nachrichtenabteilung unter Minister Brockdorff-Rantzau, unter einflussreichen französischen Persönlichkeiten nach möglichen Verbündeten Ausschau zu halten.²⁰⁹⁵ Andererseits nahm er das Angebot Arnold Rechbergs, seines Zeichens Rittmeister und Mitglied einer Familie hessischer Kaliindustrieller, die von ihm bereits geknüpften Kontakte zu britischen Offizieren und Diplomaten für bayerische Zwecke zu

²⁰⁹¹ Vgl. die Erwähnung des Antrittsbesuchs Kahrs bei Pacelli im Ministerrat am 17.4.1920, TOP II (Protokoll in MA 99 515).

²⁰⁹² Hubert Wolf (wiss. Leitung), Eugenio Pacelli, Kritische Online-Edition der Nuntiaturreporte von 1917 bis 1929, Dok. 2926 (Pacelli an Gasparri vom 14.4.1920) und 1542 (Gasparri an Pacelli vom 26.4.1920). [URL: <<http://pacelli-edition.de/dokument.html?idno=2926>; <http://pacelli-edition.de/dokument.html?idno=1542>> zuletzt eingesehen am 3.3.2021]

²⁰⁹³ Vgl. Salewski, Entwaffnung, 124; Large, Einwohnerwehr, 40 (Anm. 95); Speckner, Ordnungszelle, 162.

²⁰⁹⁴ Vgl. die Abschlusserklärung der alliierten Mächte vom 25. April 1920 mit der Einladung der deutschen Regierung zu einer gemeinsamen Konferenz (Abdruck bei: Documents Diplomatiques Françaises 1920 - Tome I, Doc. 402). Die Siegermächte ließen freilich schon in dieser Erklärung recht deutlich durchblicken, dass das Deutsche Reich bei dieser Konferenz vor allem Maßnahmen zur strikten Umsetzung der Bestimmungen des Versailler Vertrages vorzulegen hatte.

²⁰⁹⁵ Vgl. Naumann an Kahr vom 13.4.1920 (Bayerische Staatsbibliothek, Naumanniana B II Kahr, Gustav von) mit der Bitte um Verschiebung des vereinbarten Treffens im Außenministerium, da ihn Georg Heim am nächsten Tag wegen der geplanten „Intervention bei den Franzosen“ in Sachen Einwohnerwehr sprechen wolle.

aktivieren, dankend an.²⁰⁹⁶ Ist es somit gelungen, zwei frühe Mittelsmänner im Dienste Kahrs zu identifizieren²⁰⁹⁷, macht es die Persönlichkeit dieser beiden Emissäre allerdings nicht leichter, Art und Tragweite der von ihnen vorbereiteten Initiativen angemessen einzuschätzen. Denn fließen Informationen über derlei vertrauliche Sondierungen ohnehin meist recht spärlich, waren Naumann und Rechberg auch nicht frei von eigenen Ambitionen und neigten dazu, sich in ihren Berichten und Unterredungen allzu sehr in den Vordergrund zu spielen.²⁰⁹⁸

So stellte sich Naumann Ende April bei einem Treffen mit General Dupont, dem bisherigen Leiter der französischen Militärmission in Berlin, sogleich recht selbstbewusst als Vertreter der bayerischen Regierung vor und schlug ihm im Namen Kahrs und Heims vor, in politischen und ökonomischen Fragen direkte Verhandlungen zwischen Bayern und Frankreich anzubahnen; aus Gründen der Diskretion solle eine solche Zusammenkunft jedoch am besten in Norditalien stattfinden.²⁰⁹⁹ Die Neigung Naumanns, die eigene Rolle in allzu hellem Licht darzustellen, lässt sich somit bereits an dieser Stelle erstmals greifen: Denn war gleichzeitig gegenüber Georg Heim nur von „privatwirtschaftlichen Verhandlungen“ über „drei Rohmaterialien“ die Rede²¹⁰⁰, wurde daraus im Bericht Duponts²¹⁰¹ die schwer vorstellbare Bereitschaft Kahrs, für ein Gespräch mit „qualifizierten“ Vertretern der französischen Seite die Ministerialbeamten

²⁰⁹⁶ Die Kontaktaufnahme mit Kahr erfolgte dabei über Landeskommandant Möhl, den Rechberg in einem Schreiben vom 16.4.1920 (Bundesarchiv Koblenz, NL Rechberg N 1049/44) über seine Unterredungen mit dem britischen Botschafter Kilmarnock und dem britischen Mitglied der Militärkontrollkommission Neill Malcolm informierte. Das erste Gespräch zwischen Kahr und Rechberg fand am 28. April statt, vgl. Rechberg an Möhl vom 29.4.1920 (ebd.).

²⁰⁹⁷ Kahr versuchte auch, den bekannten Pädagogen Friedrich Wilhelm Foerster, bis 1917 Professor an der Universität München und Pazifist mit guten Auslandskontakten, als Vermittler in Sachen Einwohnerwehr einzusetzen; Foerster plädierte jedoch spätestens nach dem Pariser Ultimatum vom 29.1.1921 dafür, den alliierten Auflösungsforderungen nachzukommen. Vgl. Speckner, Ordnungszelle, 165, die Korrespondenz mit Foerster in MA 102 380, 102 382 und 102 383 sowie im Privatnachlass Kahr.

²⁰⁹⁸ *Viktor Naumann* (1865-1927) war Publizist und Journalist sowie 1919 kurzzeitig Direktor der Nachrichtenabteilung im Auswärtigen Amt, vgl. seine autobiographische Schrift: Naumann, Profile. *Arnold Rechberg* (1879-1947) war bereits seit dem Weltkrieg für seine eigenmächtigen Aktionen im außenpolitischen Umfeld bekannt, seine Rolle und Vertrauenswürdigkeit wurde daher in Politik und Industrie sehr kritisch eingeschätzt, Otto Geßler bezeichnet ihn im Rückblick als „Wichtigtuier“ (Geßler, Reichswehrpolitik, 211). Vgl. auch die deutlichen Aussagen im Schreiben Reusch an Cossmann vom 17.2.1923 (Rheinisch-Westfälisches Wirtschaftsarchiv, NL Reusch 4001012007/2); zur Person: Eberhard von Vietsch, Arnold Rechberg und das Problem der politischen Westorientierung Deutschlands nach dem 1. Weltkrieg (Schriften des Bundesarchivs 4), Koblenz 1958.

²⁰⁹⁹ Vgl. Martens, Diplomatenberichte, Dok. 187, Anm. 2.

²¹⁰⁰ Naumann an Heim vom 21.4.1920 (NL Heim 2513).

²¹⁰¹ General Dupont berichtete dem französischen Chargé d’Affaires de Marcilly am 26. April 1920 von seinem Gespräch mit Viktor Naumann; nur drei Tage später meldete de Marcilly dem Quai d’Orsay die bevorstehende Entsendung Meinels und Lindners nach Norditalien, während Heim angeblich bereit war, zu Verhandlungen ins Elsass zu fahren (beide Dokumente bei Martens, Diplomatenberichte, Dok. 187; das Schreiben de Marcillys findet sich außerdem in der Edition Documents Diplomatiques Françaises 1920 - Tome I, Doc. 418). Paléologue vermerkte auf dem Dokument: „Der Präsident ist einverstanden“.

Wilhelm von Meinel und Friedrich Lindner zu entsenden. Trotz des Fehlens eines vollgültigen Belegs spricht außerdem alles²¹⁰² dafür, dass Naumann bereits einige Tage zuvor das Gespräch mit Émile Haguenin, einem Sondergesandten im Dienste französischen Regierung²¹⁰³, gesucht und ihm eine Kompromissformel für den Erhalt der Einwohnerwehr vorgeschlagen hatte – demnach bliebe das Gesicht beider Seiten gewahrt, wenn Frankreich seine bisherige Position prinzipiell aufrecht erhalten könne, dabei jedoch ein Moratorium für von bolschewistischen Unruhen bedrohte Gebiete zugestehe und Verbände unter rein ziviler Führung von der Pflicht zur Entwaffnung ausnehme.²¹⁰⁴ Wirkt der Vorschlag in der vorgebrachten Form tatsächlich von Kahr inspiriert, versah der „conseiller de Heim“²¹⁰⁵ seinen dreistündigen Vortrag jedoch auch wieder mit einigen offenbar weit hergeholtten Übertreibungen: Denn mochte die partikularistische Bewegung auch weiter zunehmen, war Kahr höchstwahrscheinlich nicht so unvorsichtig, Haguenin durch einen Mittelsmann über mögliche Szenarien für eine Abspaltung Bayerns vom Reich in Kenntnis zu setzen.²¹⁰⁶ Schenkte die andere Seite diesen vermeintlich vertraulichen Informationen freilich dennoch nur zu gerne Glauben, fiel die Enttäuschung der französischen Vertreter dann umso größer aus, als Bayern in den kommenden Monaten keine Anstalten machte, einen entsprechenden Weg zu beschreiten²¹⁰⁷ und sich scheinbar stattdessen wieder mit der Reichsregierung versöhnte.

²¹⁰² Zwar erwähnt Haguenin seinen Gesprächspartner in einem Bericht vom 16.4.1920 (siehe Anm. 2104) nicht namentlich, bezeichnet ihn jedoch als „allié et conseiller de Heim“, was bereits auf Naumann hindeutet (vgl. die wechselseitige Korrespondenz in NL Heim 2513; Bayerische Staatsbibliothek, Naumanniana B. IV, Georg Heim). Naumann hatte Kahr am 13. April außerdem schriftlich informiert, dass er am nächsten Tag mit Heim über eine „Intervention bei den Franzosen“ sprechen wolle (siehe Anm. 2095) und stand auch wenige Tage später brieflich mit Haguenin in Kontakt, der ihn über die Ankunft General Duponts (siehe Anm. 2099) informierte, vgl. Haguenin an Naumann vom 21.4.1920 (BSB, Naumanniana B. IV, Haguenin). Am 17. April berichtete Kahr im Ministerrat (TOP II, Protokoll in MA 99 515) schließlich über ein „vor einigen Tagen“ geführtes Gespräch mit Naumann über die Einwohnerwehrfrage, Naumann kannte Kahrs Position also tatsächlich aus erster Hand.

²¹⁰³ Zur „Mission Haguenin“ vgl. Marion Aballéa, Une diplomatie de professeurs au coeur de l'Allemagne vaincue: La mission Haguenin à Berlin (mars 1919 - juin 1920), in: *Relations internationales* 150 (2012), 23-36.

²¹⁰⁴ Vgl. Haguenin an nicht ersichtlichen Adressaten (Barthelot / Laroche?) vom 16.4.1920 (Martens, *Diplomatenberichte*, Dok. 169): „M. von Kahr, le ministre président, me charge, inofficiellement, de proposer au Gouvernement français une formule transactionnelle à cet effet: on peut dissoudre les Einwohnerwehren, sauf dans les contrées où elles ne sont pas organisées militairement – comme en Bavière – et dans les pays éprouvés ou menacés par le bolchevisme – et c'est encore le cas dans la Bavière.“

²¹⁰⁵ Ebd.

²¹⁰⁶ Demnach sei eine Separation Bayerns nur denkbar, wenn sich der Linksradikalismus in Norddeutschland durchsetze, eine völlige Zentralisation verfolgt werde oder wenn Süddeutschland mit Unterstützung Frankreichs wirtschaftliche Unabhängigkeit erreichen könne, vgl. ebd. sowie de Marcilly an Millerand vom 17.4.1920 (Martens, *Diplomatenberichte*, Dok. 172) über eine entsprechende Mitteilung Haguenins.

²¹⁰⁷ Martens, *Diplomatenberichte*, 141.

Hatte Naumann im Nachhinein also durchaus gute Gründe, nicht näher auf seine Nachkriegskontakte am Münchener Promenadeplatz einzugehen²¹⁰⁸, konnte sich Arnold Rechberg hingegen zunächst als deutlich zuverlässigerer Verbindungsmann bewähren. Von General Möhl bei Kahr eingeführt²¹⁰⁹, eröffnete er dem Ministerpräsidenten bei dessen ersten offiziellen Besuch in Berlin²¹¹⁰ sogleich die Möglichkeit, dem britischen Gesandten Lord Kilmarnock die bayerischen Argumente für den Erhalt der Einwohnerwehr persönlich vorzutragen und stellte für diesen Zweck sogar sein Privathaus zur Verfügung. blieb bei dem Briten freilich auch nach dem Treffen noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten, war es Kahr immerhin gelungen, bei Kilmarnock den Eindruck eines „hard bitten little man“ zu hinterlassen, der alle Hebel in Bewegung setzen würde, um sein Ziel eines Erhalts der Einwohnerwehren zu verwirklichen.²¹¹¹

An der Bandbreite der Reaktionen auf das erste Entwaffnungsultimatum gemessen, war genau dies allerdings schon geschehen: Neben der Unterstützung des öffentlichen Protestes hatte Kahr zunächst Verhandlungen auf offizieller Ebene in Berlin und Stuttgart gepflogen, dann jedoch auch rasch das Gespräch mit den in München akkreditierten diplomatischen Vertretern gesucht und dabei stets auf die von linksradikaler Seite drohenden Gefahren hingewiesen; der Ruhraufstand und das vermeintliche Niederschönenfelder Komplott dienten im diesem Zusammenhang vorerst als konkrete Belege. Eine zusätzliche Säule im verfügbaren Instrumentarium bildete schließlich die Anbahnung informeller Kontakte, die einerseits die Möglichkeit zum vertraulichen Gedanken- und Informationsaustausch boten, andererseits jedoch ebenso das Risiko einer allzu einseitigen oder gar unzuverlässigen Orientierung in sich trugen.

4.2.3 Neue Kooperation mit Berlin und Umgehung des ersten Entwaffnungsgesetzes: Die Folgen der Konferenz von Spa

Mag die Ausführlichkeit der vorherigen Abschnitte auch einen anderen Eindruck erwecken, legte Kahr dennoch vorerst das größte Gewicht auf direkte Verhandlungen mit

²¹⁰⁸ Naumann, Profile, 103: „Von den anderen Männern, die ich am Promenadeplatz kennengelernt habe, will ich hier nicht ausführlich sprechen.“

²¹⁰⁹ Siehe Anm. 2096.

²¹¹⁰ Siehe Anm. 2112.

²¹¹¹ Vgl. den Bericht des britischen Vertreters über das Gespräch im Privathaus Rechbergs, Kilmarnock an Curzon vom 20.5.1920 (DBFP IX, 487-489): „Personally Herr von Kahr impressed me as a hard-bitten little man with a great power of concentration on a single idea, possessed of remarkable tenacity of purpose and considerable intelligence, if not of first class ability – a man, moreover, who has been through the mill and does not intend to repeat the experience if it is in his power to avoid it. Should occasion arise, he will not, I am convinced, be afraid to act and backed as he is by a people largely of peasant proprietors, who have learnt at first hand what mob rule means, he may well come to play a highly important part in the events of the near future.“

der Reichsregierung: Im Kontext der angekündigten und dann unmittelbar bevorstehenden Konferenz von Spa besuchte er Mitte Mai und Anfang Juli die Reichshauptstadt, um dort Einfluss auf die Entwicklung der Verhandlungsstrategie zu nehmen und ähnlich wie in Brest-Litowsk die Aufnahme eines besonderen bayerischen Vertreters in der deutschen Delegation zu erreichen. Insgesamt entsprach das Auftreten Kahrs jedoch in keiner Weise dem späteren Image als natürlicher Antipode der Berliner Politik: Denn verliefen bereits die Unterredungen mit Reichspräsident Ebert, Reichskanzler Müller, Außenminister Köster und dem preußischen Ministerpräsidenten Braun (alle SPD) zumindest nach außen hin harmonisch²¹¹² – bei einem Antrittsbesuch sind derartige Versicherungen indes auch nicht zu hoch zu bewerten – gewann Kahr eineinhalb Monate später insbesondere vom neu bestellten Außenminister Walter Simons einen sehr vorteilhaften Eindruck.

Tatsächlich ist die Annahme wohl nicht übertrieben, dass es Simons schon bei dieser ersten Begegnung gelang, sich das Vertrauen des Ministerpräsidenten zu erwerben²¹¹³: Denn war es Kahr sicherlich schon sympathisch, dass das Auswärtige Amt nun wieder unter der Leitung eines parteilosen Fachministers alter Prägung stand²¹¹⁴, demonstrierte Simons außerdem sogleich seine Bereitschaft, auf bayerische Wünsche und Vorschläge einzugehen und verzichtete nach der Zusicherung loyalen Verhaltens auf weitere Proteste gegen die Wiedereröffnung der französischen Gesandtschaft in München.²¹¹⁵ Die Beziehungen Bayerns zum Reich, seit der Revolution ständig von schweren Konflikten getrübt, standen somit ausgerechnet am Ende der ersten Amtsperiode Kahrs erstmals wieder unter etwas positiveren Vorzeichen – einem kollegialen Zusammenarbeiten mit

²¹¹² Vgl. den sehr positiven Bericht des preußischen Gesandten Zech vom 26.5.1920 (Bundesarchiv Berlin, R 707/1: „Ich hoffe, die Erfahrungen, die Herr von Kahr in Berlin gemacht hat, werden ihn veranlassen, die einem jeden Alt-Bayern innewohnende Scheu gegen Reisen nach Berlin zu überwinden, um öfter hinaufzufahren“), etwas skeptischer die Einschätzung auf französischer Seite (de Marcilly an Millerand vom 1.6.1920; Martens, Diplomatenberichte, Dok. 236).

²¹¹³ Vgl. den Bericht Kahrs in der Ministerratssitzung vom 5.7.1920, TOP I („außerordentlich sympathischen Eindruck auf mich gemacht hat“; Protokoll in MA 99 51) oder seine Rede beim BVP-Parteitag in Bamberg, bei der er betonte, dass Simons und er sich in puncto Föderalismus einig seien (Bericht Zech vom 22.9.1920; PAAA, R 98 348).

Vgl. noch die Einschätzung Kahrs 1925: „Dagegen begrüßten der stellvertretende Reichspräsident Dr. Simons und ich uns sehr herzlich, war er doch in meiner Ministerzeit der einzige unter den regierenden Häuptern in Berlin mit dem man über die bayerischen Verhältnisse überparteilich und vernünftig reden konnte.“ (Tagebuch Kahr 1925-27, pag. 14).

²¹¹⁴ Zur Biographie von *Walter Simons* (1861-1937) vgl. Horst Gründer, *Walter Simons als Staatsmann, Jurist und Kirchenpolitiker* (Bergische Forschungen 13), Neustadt an der Aisch 1975.

²¹¹⁵ Siehe Anm. 2051.

dem neu konstituierten, rein bürgerlichen Kabinett Fehrenbach schien zunächst kein prinzipielles Hindernis entgegenzustehen.²¹¹⁶

Daran konnte selbst die große Enttäuschung über die Zurückweisung aller deutschen Einwände gegen die Entwaffnung und die Annahme entsprechender Bedingungen durch Simons in Spa vorläufig nichts ändern. Das Gesamtministerium veröffentlichte zwar noch am Tag der Unterzeichnung des sog. Protokolls von Spa²¹¹⁷ einen Aufruf, der abermals in deutlichen Worten das Festhalten an der Einwohnerwehr als „unverrückbaren Standpunkt“ Bayerns unterstrich.²¹¹⁸ Entsprechend dieser verbalen Demonstration der Stärke sah Kahr die Verhandlungsoptionen auch keineswegs erschöpft und versuchte nun, die Durchführung der Entwaffnung bzw. die Auslegung der entsprechenden Bestimmungen im bayerischen Sinne zu beeinflussen. Als Zeichen des guten Willens stimmte Bayern im Reichsrat aber dennoch für den Entwurf des in Spa zugesagten Entwaffnungsgesetzes²¹¹⁹, das in seiner ersten Fassung freilich noch die Möglichkeit enthielt, bestimmte Verbände von der Pflicht zur Waffenabgabe auszunehmen. Ohne diesen Passus bot die am 5. August im Reichstag verabschiedete Vorlage²¹²⁰ dann jedoch kaum noch Spielraum für entsprechende Ausweichmanöver: Sie brachte bereits im ersten Satz die Einziehung „alle[r] Militärwaffen“ in Händen der Zivilbevölkerung als Absicht des Gesetzgebers klar zum Ausdruck und unterstellte die allgemeine Umsetzung dieses ambitionierten Vorhabens der Aufsicht eines Reichskommissars: Dieser wurde vom Reichspräsidenten ernannt und war befugt, unter genereller Aufsicht der Reichsregierung „alle ihm notwendig erscheinenden Anordnungen“ – etwa zur Ermöglichung von Durchsuchungen – zu erlassen. Bei etwaigen Widerstandshandlungen hatte er außerdem das Recht, die Unterstützung von Sicherheitspolizei oder gar Reichswehr anzufordern, bedurfte dazu allerdings der Zustimmung der Landes- bzw. Reichsregierung. Stand die Durchsetzungsfähigkeit des Sonderbeauftragten also unter einem gewissen Vorbehalt, stellte der Besitz unangemeldeter Militärwaffen oder das Verheimlichen entsprechender

²¹¹⁶ So auch die Einschätzung des Mittelpartei-Abgeordneten Luitpold Weilnböck in einem Schreiben an Escherich vom 27.6.1920 (Bestand Einwohnerwehr 5).

²¹¹⁷ Zur Konferenz von Spa vgl. Salewski, *Entwaffnung*, 133-137. Abdruck des Protokolls – mit den Punkten sofortige Auflösung von Sicherheitspolizei und Einwohnerwehr sowie Entwaffnung der Zivilbevölkerung – bei *Documents Diplomatiques Français 1920 - Tome II*, Doc. 187.

²¹¹⁸ Vgl. das Protokoll der Ministerratssitzung vom 9.7.1920 mit ausführlicher Debatte und Abdruck des Aufrufs in MA 99 515. Veröffentlichung u. a. bei: ‚Bayern für Erhaltung der Einwohnerwehr‘, in: MNN Nr. 277 vom 10.7.1920.

²¹¹⁹ Vgl. die Beratung des Entwurfs im Ministerrat vom 28.7.1920 (Protokoll in MA 99 515) sowie die Instruktion Neubert an die Gesandtschaft Berlin vom gleichen Tag (MA 100 477).

²¹²⁰ *Verh. Reichstag*, Bd. 345, 695-704; *Gesetz über die Entwaffnung der Bevölkerung vom 7.8.1920* (RGBl. 1920, 1553-1557); vgl. die Erklärung Bayerns im Reichsrat am 5.8.1920 mit Begründung der nunmehrigen Ablehnung in MA 100 477.

Depots gleichwohl ein beträchtliches Risiko dar: Die Aufdeckung derartiger Verstöße zog fortan im Regelfall eine Gefängnisstrafe von mindestens drei Monaten nach sich, wobei sich das Strafmaß je nach der Schwere des Vergehens auch auf fünf oder gar zehn Jahre Zuchthaus ausdehnen konnte. Neben dieser repressiven Komponente erweckten jedoch ebenso der Inhalt der §§ 3 und 4 den Argwohn von Einwohnerwehr und bayerischer Staatsregierung²¹²¹: Die darin enthaltenen Bestimmungen appellierten nämlich auch an das Gewissen und das Gewinnstreben jedes Wehrmannes, indem sie für die fristgerechte Abgabe von Militärwaffen Straffreiheit und Prämien in Aussicht stellten. Angesichts solcher Anreize stand durchaus zu befürchten, dass sich zumindest eine relevante Minderheit der Wehrmänner zu einer unkoordinierten Ablieferung ihrer Gewehre, d. h. zu einer Schwächung der Verbände auf lokaler Ebene, bewegen lassen könnten.

Da das Gesetz nun also noch weniger mit den bayerischen Vorstellungen in Einklang zu bringen war, reisten Kahr und Hamm vor der Abstimmung im Reichstag Anfang August ein weiteres Mal nach Berlin²¹²², um nach Möglichkeit noch einige inhaltliche Änderungen zu erwirken. Ein solcher Versuch erwies sich angesichts der Mehrheitsverhältnisse indes schnell als aussichtslos, weshalb den Ländern jetzt nur noch die Möglichkeit blieb, durch Nominierung eines Landesentwaffnungskommissars den Vollzug in ihrem Sinne zu beeinflussen; der von Bayern Ende August für diese heikle Aufgabe vorgeschlagene Ministerialrat Eduard Nortz trat nach seiner Ernennung durch Reichskommissar Peters offiziell am 11. September sein Amt an.²¹²³

Eröffnete sich damit für die Wehrhaftigkeit der bayerischen Selbstschutzverbände eine durchaus bedenkliche Zukunftsperspektive, stießen die bayerischen Vertreter hingegen bei den Reichsministern zumindest verbal auf mehr Entgegenkommen. Sagte Erich Koch-Weser Handelsminister Hamm etwa bei der Ausführung Konzessionen zu²¹²⁴, gab sich

²¹²¹ Vgl. den Kommentar Kahrs zu den daran geknüpften Ausführungsbestimmungen, die für ihn „die größte Unmoral dar[stellten], weil alles auf das Geld abgestellt werde“ (Menges, Schmelzle, 204).

²¹²² Kahr führte hierbei u. a. Gespräche mit Außenminister Simons, dem französischen Vertreter Émile Haguenin (siehe Anm. 2103) oder dem amerikanischen Bevollmächtigten Ellis Loring Dresel und hielt die wesentlichen Inhalte in einem Stenogramm fest (NL Kahr 43).

Vgl. auch die Aufzeichnungen des gleichzeitig in Berlin anwesenden Georg Escherich: Terminkalender Escherich, Einträge 3.-5.8.1920 (NL Escherich 6).

²¹²³ Christoph Hübner, Landeskommissar für die Entwaffnung der Zivilbevölkerung, 1920/21, in: Historisches Lexikon Bayerns [URL: https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Landeskommissar_für_die_Entwaffnung_der_Zivilbevölkerung,_1920/21]; zuletzt eingesehen am 3.3.2021].

²¹²⁴ Vgl. den Bericht des Gesandten Preger (MInn 72 433) zu einer Besprechung zwischen Hamm, Koch-Weser und dem Staatssekretär der Reichskanzlei, Heinrich Albert: „Reichsminister Koch erklärte darauf unter Zustimmung von Staatssekretär Albert namens der Reichsregierung, daß sie bereit sei, für Bayern einen besonderen Landeskommissar einzusetzen, dem die nach dem Entwaffnungsgesetz zulässigen

Walter Simons im direkten Gespräch abermals besonders kompromissbereit. Schenkt man den kurzschriftlichen Aufzeichnungen des Ministerpräsidenten²¹²⁵ Glauben, äußerte er nicht nur „volles Verständnis“ für die Unmöglichkeit, die Polizei- und Einwohnerwehr in Bayern effektiv zu entwaffnen, er erhob sogar gegen die unverhüllte Ankündigung eines faktischen Unterlaufens der Bestimmungen keine Einwände und brachte seine Absicht zum Ausdruck, die Umsetzung der eingegangenen Verpflichtungen möglichst zu verzögern.

Mag dies dahingestellt bleiben, fühlte sich Kahr nach diesem Gespräch jedenfalls von maßgeblicher Stelle ermächtigt, die neuen Vorschriften im Sinne seiner vertraulichen Ankündigung zu interpretieren: Bereits am 13. August berief sich das Innenministerium daher in Abstimmung mit der Landesleitung auf eine konstruierte, vom Gesetz so nicht gedeckte Unterscheidung von unrechtmäßigen und staatlich genehmigten Waffenbesitz, die jeweils unterschiedlich zu bewerten seien: Denn ziele das Gesetz „in erster Linie“ darauf ab, „schwarze“ Bestände in „wilden“ Lagern zu erfassen und zu konfiszieren, könnten die zu Selbstschutzzwecken, d. h. zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung ausgegebenen Waffen vorerst in den Händen der damit beauftragten Organisationen und Personen verbleiben.²¹²⁶ Die am 22. August veröffentlichten gesetzlichen Ausführungsbestimmungen²¹²⁷, die nach Verhandlungen zwischen Staatssekretär Schweyer und Peters offenbar bewusst vage formuliert worden waren, schienen diese Sicht der Dinge dann noch zu bestätigen: „Vereinigungen, die Militärwaffen oder Munition in Besitz haben“ – also im Klartext Selbstschutzverbände bzw. Einwohnerwehren – blieben nämlich hierin von der allgemeinen Abgabefrist am 1.

Befugnisse übertragen würden, daß er im übrigen die in dem Schriftstück niedergelegte Anschauung insbesondere hinsichtlich der Anmeldung der Waffen durch die Einwohnerwehr teile und sich bei künftigen Verhandlungen mit dem Reichskommissar und dem Kabinett dafür einsetzen würde.“

Mit „Schriftstück“ ist eine Protokollerklärung in diesem Sinne gemeint, die der Niederschrift der Reichsratssitzung vom 5.8.1920 eigens beigelegt, aber nicht veröffentlicht wurde. Die Erklärung ist als Anlage zum Bericht Pregers überliefert.

²¹²⁵ Gesprächsniederschrift im Stenogramm Kahrs (NL Kahr 43): „Ich sagte Simons, was die bayerische PW und EW anlangt, so wird die bayerische Regierung zwar so tun als ob sie was täte, sie wird aber sicher im Wesentlichen gar nichts ändern und keine Entwaffnung vornehmen. Ich warnte auch vor einem allenfallsigen Versuch, gegen Bayern zwangsweise vorzugehen, das würde zum Bürgerkrieg und zu einer Verfeindung zwischen Norden und Süden führen, die unbedingt vermieden werden müsse. Simons [hat] volles Verständnis für diese Sachlage.“ Dies wird auch bei Menges, Schmelzle, 203 f. bestätigt.

²¹²⁶ Schreiben Pirner an Landesleitung vom 13.8.1920 (Schober, Geschichte, B X, pag. 21 - HS 923). Am gleichen Tag fand auf Wunsch Kahrs außerdem eine außerordentliche Tagung des Landesausschusses der Einwohnerwehr statt, bei der u. a. die Verfügungen für die Entwaffnung besprochen wurden (Niederschrift in Bestand Einwohnerwehr 3, Akt 7).

Vgl. auch das Rundschreiben von Landesentwaffnungskommissar Eduard Nortz an die Bezirksverwaltungsbehörden vom 13.11.1920 (MInn 72 433) zur Durchführung der Waffenabgabe, das sich explizit nur auf Waffen bezieht, die nicht von der Einwohnerwehr „angemeldet“ sind.

²¹²⁷ Vgl. Salewski, Entwaffnung, 141 sowie RGBl. 1920, 1595-1597.

November ausgenommen und waren vorerst lediglich verpflichtet, ihre Bestände bis 1. Oktober beim Reichskommissar anzumelden. Trotz ihrer faktischen Obstruktionshaltung erhielt die Landesleitung damit die Gelegenheit, Kooperationsbereitschaft zu demonstrieren und ordnete deshalb die zügige Erfassung aller vorhandenen Waffen an, wobei jedoch darauf zu achten war, dass die bisher gemeldeten Angaben wenigstens näherungsweise mit dem Endresultat der Aktion übereinstimmten. Sieht man von den Besitzern bzw. Verwaltern solcher „überzähliger“ Bestände ab, waren nun also alle Wehrmänner aufgerufen, ihre Waffen möglichst rasch eigens zusammengestellten Kommissionen²¹²⁸ vorzulegen, die alle entsprechenden Meldungen entgegennahmen und die Gewehre etc. per Brandzeichen als Bestand der Einwohnerwehr kennzeichneten. Der in dieses Verfahren investierte Aufwand war beträchtlich, zeitigte jedoch immerhin einen ohne Zweifel erwünschten Nebeneffekt: Die Rückgabe der Waffe nach Abschluss der Registrierung führte nämlich dazu, dass sich bei diesem Termin jedermann ganz unmittelbar von der Fähigkeit der Regierung Kahr überzeugen konnte, den Wehrmännern trotz allen Drängens der Entente und der Reichsregierung ihr Selbstverteidigungsrecht zu sichern – möchte man den symbolischen Gehalt eines solchen Aktes noch besonders hervorheben, führt es vielleicht auch nicht zu weit, die Stempelung der Gewehre als eine Art zweites Aufnahme-ritual in die Einwohnerwehr anzusehen.²¹²⁹

Die offiziell zur Gewährleistung einer möglichst genauen Erfassung angeordnete Markierung verfolgte indes noch einen dritten Hintergedanken: Denn um einer unkoordinierten Ablieferung einzelner Waffen einen zusätzlichen Riegel vorzuschieben, deklarierte das Innenministerium die eigentlich aus verschiedensten Quellen stammenden Bestände nun kurzerhand als Staatseigentum, die mit dem eingebrannten Kürzel „E.W.B.“ auch direkt als solches registriert und kenntlich gemacht wurden.²¹³⁰ Dieser zweifelhafte Schachzug kehrte die eigentliche Stoßrichtung des Entwaffnungsgesetzes zugleich endgültig um: Die aufwendige Registrierung verschaffte der Einwohnerwehr nämlich nicht nur ein weiteres willkommenes Zeitfenster, die eigenmächtige Abgabe einer mit „E.W.B.“ beschrifteten Waffe galt fortan sogar als Unterschlagung von Staatseigentum, auf deren strafrechtliche Konsequenzen öffentliche Anschläge und

²¹²⁸ Schober, Geschichte, B X, pag. 21-27a - HS 923.

²¹²⁹ In diesem Sinne konnten Mitglieder, die die Stempelung ihrer Waffe verweigerten oder diese in schlechtem Zustand vorlegten, auch aus der Einwohnerwehr ausgeschlossen werden (so in Erlangen und in Unterfranken, vgl. Schober, Geschichte, B XI, pag. 50 - HS 923).

²¹³⁰ Vgl. die Rundschreiben der Landesleitung vom 31.8.1920 und vom 8.9.1920 zur Durchführung der Kennzeichnung sowie zur Anmeldung der Waffen (Schober, Geschichte, B X, pag. 24 und 27a - HS 923).

Pressemitteilungen²¹³¹ hinwiesen – die bayerische Justiz verfolgte die vom Reichskommissar auch im Freistaat überall beworbene Waffenabgabe also in solchen Fällen ab sofort als strafbares Delikt.²¹³²

Diese kuriose Situation stand, nüchtern betrachtet, freilich sinnbildlich für die kalkulierte Zweckentfremdung des Entwaffnungsgesetzes: Die Art seiner Umsetzung in Bayern war lediglich darauf ausgerichtet, die in unliebsamen Händen befindlichen Waffenlager aufzulösen und sollte ansonsten vor allem dazu beitragen, möglichst viele Einwohnerwehr-Waffen durch das dargestellte Prozedere zu legalisieren und damit de facto dem Zugriff des Reichskommissars zu entziehen. Abstrakt ausgedrückt, war also beabsichtigt, die kriminalisierende Komponente des Gesetzes in einen sanktionierenden Effekt umzukehren – auf diese Weise würde vielleicht sogar die Auffassung schnell an Boden gewinnen, dass zumindest die meisten Waffen, die sich nach dem Erlass so eindeutiger gesetzlicher Bestimmungen noch in zivilen Händen befanden, offenbar keinen Anlass zu einer Beanstandung gegeben hatten.

4.2.4 Bessere Aussichten: Anzeichen für ein Entgegenkommen der Alliierten

Befanden sich das Innenministerium und die Landesleitung der Einwohnerwehren somit auf dem besten Weg, das Entwaffnungsgesetz in eine Art Schutzschirm für Waffenbesitz umzufunktionieren, konnte der Ministerpräsident außerdem erste Anzeichen registrieren, die trotz der eindeutigen Beschlüsse von Spa auf eine wachsende Konzessionsbereitschaft der Alliierten schließen ließen. Spielten hierbei auf Seiten Frankreichs sowohl die weiterhin gehegten Hoffnungen auf ein politisches Entgegenkommen Bayerns als auch der Wunsch, die neue Gesandtschaft in München positiv einzuführen, eine Rolle, hatte sich jedoch in erster Linie die argumentative Ausgangsbasis für die Verfechter der

²¹³¹ Vgl. das Plakat der Landesleitung vom 14.9.1920: „Einwohnerwehr Bayerns! Die Waffen der E.W.B. werden von der L.L. dem Landeskommissar für die Entwaffnung der Bevölkerung angemeldet. Die E.W. Waffen dürfen deshalb von den einzelnen Wehrleuten nicht an den Entwaffnungskommissar abgegeben werden. Die Waffen der E.W. sind Staatseigentum; ihre unberechtigte Ablieferung zum Zwecke der Erlangung der Prämie für freiwillige Waffenabgabe zieht Strafverfolgung wegen Unterschlagung nach sich.“ (Schober, Geschichte, B X, pag. 29)

²¹³² Vgl. das Rundschreiben des stellv. Landesleiters Kanzler vom 27.8.1920 zur Stempelung der Einwohnerwehr-Waffen mit Hinweis auf die Strafbarkeit der „Unterschlagung von Staatseigentum“ (Schober, Geschichte, B X, pag. 23 - HS 923) sowie den Aufruf der Landesleitung „Einwohnerwehr Bayerns!“ in NL Kanzler 2 (Mappe Anlagen, Anlage 45).

Angesichts entsprechender Äußerungen des Verwaltungsbeamten Alexander Kreuter zur Waffenablieferung sah die Staatsanwaltschaft dann auch keinen Grund für Ermittlungen, „weil Dr. Kreuter keineswegs zum Ungehorsam gegen Gesetze oder Anordnungen der Regierung aufforderte, vielmehr im Gegenteil die Regierung in ihrem Bestreben nach Abwendung der Entwaffnung der Einwohnerwehr unterstützen wollte“ (so Justizminister Roth in der Sitzung des Haushaltsausschusses am 3.2.1921; Protokoll in Landtag 14 706).

Einwohnerwehr verbessert: Denn hatten ihre Warnungen vor einem erneuten revolutionären Umsturz im Frühjahr noch kaum verfangen, konnte Kahr nun, etwa gegenüber dem Chef der britischen Militärmission, General Malcolm²¹³³, ganz konkret auf die Gefährdung der Pariser Friedensordnung in Osteuropa verweisen: Tatsächlich war die Initiative im polnisch-sowjetischen Krieg inzwischen vollständig auf die Rote Armee übergegangen, die bereits auf feindliches Territorium vorstieß und sich anschickte, die Offensive gegen Warschau auf breiter Front zu eröffnen.²¹³⁴ Im Juli und August begannen im Deutschen Reich, aber auch bei den Siegermächten sogar schon die ersten Debatten, was zu tun sei, wenn die sowjetischen Truppen die deutschen Grenzen erreicht hätten oder gar überschreiten würden.²¹³⁵ In einem an den neuen französischen Gesandten übergebenen Memorandum²¹³⁶ wies Kahr dann auch darauf hin, dass Bayern bereits erfahren habe, was die sog. Diktatur des Proletariats tatsächlich bedeute und deshalb gerade unter dem Eindruck von „Polens Zusammenbruch“ auf keinen Fall in eine Entwaffnung der antibolschewistischen Kräfte einwilligen könne; mochten allzu drastische Warnungen vor einem „Siegeszug des Asiatismus“²¹³⁷ die Glaubwürdigkeit der Darlegungen gleichzeitig wieder beeinträchtigen, wirkte ein solcher Standpunkt jedoch zumindest aus emotionaler Sicht durchaus nachvollziehbar.

Die Siegermächte begannen derartige Appelle auf jeden Fall ernster zu nehmen und signalisierten vorsichtig Gesprächsbereitschaft: Wollte Dard die von ihm selbst angeregte Denkschrift etwa als ersten Anstoß für einen ergebnisoffenen Verhandlungsprozess verstanden wissen²¹³⁸, ging Premierminister Millerand in seiner Reaktion sogar noch

²¹³³ Kahr konnte Malcolm erstmals Anfang Juli 1920 bei einem Besuch in Berlin sprechen (vgl. den Bericht in der Ministerratssitzung vom 5.7.1920; Protokoll in MA 99 515) und war im Voraus von Arnold Rechberg besonders auf diese Argumentation hingewiesen worden (Rechberg an Kahr vom 28.6 und vom 1.7.1920; Bundesarchiv Koblenz, NL Rechberg N 1049/44).

²¹³⁴ Stephan Lehnstaedt, *Der vergessene Sieg. Der Polnisch-Sowjetische Krieg 1919-1921 und die Entstehung des modernen Osteuropa*, München 2019, 81-95.

²¹³⁵ Gerhard Wagner, *Deutschland und der polnisch-sowjetische Krieg 1920* (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz 93), Wiesbaden 1979, 172-196. Vgl. dazu auch die (abgelehnte) Bitte der Reichsregierung an die Siegermächte, im Grenzgebiet eine „Sicherheitswehr“ aufstellen zu dürfen (Schreiben Millerand an die Botschaften in Berlin, London und Rom vom 21.7.1920; Jacques Bariéty (Bearb.), *Documents Diplomatiques Françaises 1920 - Tome II*, Paris 1999, Doc. 223) sowie die Denkschrift des Oberkommandos der französischen Armee vom 11. Juli 1920 (*Documents Diplomatiques Françaises 1920 - Tome II*, Doc. 193, 249 f.), die u. a. der Befürchtung Ausdruck verlieh, Deutschland könnte den Krieg als Alibi benutzen, um die Reichswehr zu verstärken oder zumindest die im Versailler Vertrag vorgesehene Heeresreduzierung auszusetzen.

²¹³⁶ Martens, *Diplomatenberichte*, Dok. 358 (Memorandum im Anhang), vgl. Müller, *Gesandtschaft*, 145-147.

²¹³⁷ Zitat bei: Martens, *Diplomatenberichte*, Dok. 358 (Memorandum im Anhang).

²¹³⁸ Vgl. der letzte Absatz der Note Dards vom 16.8.1920 (ebd.): „Je me permets, en conséquence, de suggérer à Votre Excellence qu' Elle veuille bien me charger de faire savoir officieusement au Gouvernement Bavarois que le Gouvernement de la République, sans se départir de la rigueur de ses droits, donnera, à ses représentants, dans les Commissions interalliées, les instructions nécessaires pour répondre aux vœux justifiés du Gouvernement Bavarois.“

einen Schritt weiter und autorisierte den Gesandten, Kahr inoffiziell darauf hinzuweisen, dass Frankreich unter bestimmten Bedingungen durchaus bereit sei, den bayerischen Einwohnerwehren in den weiteren Gesprächen eine „privilegierte Behandlung“ zuzugestehen.²¹³⁹

Vor diesem Hintergrund weckte es auch die Hoffnungen der Staatsregierung, dass die militärischen Kontrollbehörden jetzt plötzlich ein Verhalten an den Tag legten, das auf eine gewisse Zurückhaltung schließen ließ: Verzichtete der ansonsten sehr energische Leiter der Interalliierten Kommission, General Nollet, etwa im Nachgang zu Spa immerhin volle drei Monate auf jede weitere Stellungnahme zur bayerischen Einwohnerwehr, verlief auch eine Inspektion der Landesleitung durch Entente-Offiziere am 7. September²¹⁴⁰ bemerkenswert reibungslos; die von Außenminister Simons bereits formulierte Annahme, Frankreich werde bei entsprechendem Zeitgewinn vielleicht doch nicht auf eine vollständige Entwaffnung bestehen²¹⁴¹, schien sich somit schneller als vermutet zu bestätigen. Zwar kann rückblickend natürlich nur spekuliert werden, ob die Alliierten, etwa für den Fall eines sowjetischen Sieges²¹⁴², tatsächlich erwogen, einem längerem Fortbestand des Status quo stillschweigend zuzustimmen. Angesichts der jüngsten Signale durfte Kahr jedenfalls mit einiger Berechtigung davon ausgehen, dass die kritischste Phase in den Entwaffnungsverhandlungen nun vorerst überwunden sei. Nach Abwägung aller Argumente sah er daher keinen Grund, das seit März mit viel Aufwand vorbereitete Landesschießen abzusagen und stimmte am 4. September der Durchführung der zu Beginn dieses Abschnittes geschilderten Veranstaltung zu.²¹⁴³ Wie das folgende Kapitel zeigen wird, sollte sich freilich rasch erweisen, dass die u. a. von Handelsminister Hamm vorgebrachten Bedenken²¹⁴⁴ gegenüber einer solchen Demonstration der Stärke nur zu berechtigt waren.

²¹³⁹ So Millerand in einem Telegramm an Dard vom 22.8.1920, zitiert in der Rückantwort Dards vom 31.8.1920 (Martens, Diplomatenberichte, Dok. 379).

²¹⁴⁰ So beschränken sich die Inspektoren, Oberst Moreigne und Oberst Pallieri, bei dieser Gelegenheit offenbar im Wesentlichen auf Unterredungen mit dem Führungspersonal der Landesleitung, vgl. Schober, Geschichte, B X, pag. 26 f. - HS 923.

Hierzu passt auch die wenige Tage später in mündlicher Besprechung zwischen Oberst Pallieri und Landesentwaffnungskommissar Eduard Nortz übermittelte Zustimmung General Nolllets, die Entwaffnung im „Münchener Distrikt“ probeweise nach den bayerischen Vorschlägen durchführen zu lassen (Besprechungsprotokoll vom 18.9.1920 in Minn 72 433).

²¹⁴¹ So im Gespräch mit Kahr Anfang August, vgl. das Stenogramm in NL Kahr 43.

²¹⁴² Entgegen den Erwartungen der meisten Beobachter gelang es der polnischen Armee jedoch, die Rote Armee Mitte August in der Schlacht vor Warschau („Wunder an der Weichsel“) zurückzuschlagen und so eine Kriegswende herbeizuführen, vgl. Lehnstaedt, Vergessene Siege, 115-126.

²¹⁴³ Siehe den Bericht des Arbeitsausschusses zur Vorbereitung des Einwohnerwehr-Schießens am 8.9.1920 in Anm. 2510.

²¹⁴⁴ Ministerratssitzung vom 21.9.1920, TOP IV (Protokoll in MA 99 515).

VIII. Kahr-Bayern

A. Gerüste der Ordnungszelle: Die Konstituierung der Netzwerke im „System Kahr“

Bevor die Studie diesen Handlungsstrang weiter verfolgt, ist es nun jedoch höchste Zeit, zunächst wieder einen Blick auf die Veränderungen im politischen und sozialen Umfeld Kahrs zu richten: Denn sowohl der abermalige biographische Umbruch, also der Aufstieg des Protagonisten in eine politische Spitzenposition, wie auch die angedeuteten Veränderungen zwischen Kapp-Putsch und Landesschießen sollten sich als prädestiniert dafür erweisen, die Beziehungsstrukturen um Gustav von Kahr ein weiteres Mal tiefgreifend umzugestalten. In einer ersten schematischen Annäherung könnte man etwa davon sprechen, dass sich die von Kahr bespielten Kontaktebenen jetzt noch weiter auffächerten, wobei die im neuen Amt geknüpften Beziehungen neben die seit 1918/19 gewachsenen Interaktionsfelder und die seit längerer Zeit stabilen Netzwerke aus der (Vor-)Kriegszeit traten. Deuten die bereits erwähnten Präzedenzfälle – wie etwa die Zusammenarbeit mit den Mittelsmännern Arnold Rechberg und Viktor Naumann – schon auf eine entsprechende Neuorientierung hin, sind valide Aussagen über Art und Ausmaß dieser Veränderungen jedoch erst nach einer allgemeinen Bestandsaufnahme des neuen Aktionsradius des nunmehrigen Ministerpräsidenten möglich.

1. Deutungsebenen der „Ordnungszelle“

Die primären Ziele eines solchen Unterfangens lassen sich dabei abermals sehr anschaulich aus der zu Beginn des letzten Kapitels eingeführten Unterscheidung zwischen dem programmatischen und dem analytischen Bedeutungsgehalt des Konzeptes der „Ordnungszelle“ herleiten.²¹⁴⁵

So fällt in diesem Zusammenhang wohl als erstes auf, dass die im Raum stehende Prämisse schon an sich starke Parallelen zu einem Denken in Beziehungen aufweist. Denn allein vom Prinzip her erscheint die sehr ambitionierte Vorstellung einer aus Bayern initiierten und gestützten Stabilisierung des Reiches nur dann umsetzbar, wenn Kahr und seine politischen Weggefährten auch in anderen Teilen Deutschlands auf

²¹⁴⁵ Siehe Kapitel VII A 2.

Ansprechpartner und Kooperationsstrukturen zurückgreifen konnten. Dieses Argument erfährt eine weitere Stärkung, wenn man bedenkt, dass die auch von Kahr ausgesprochene Vorstellung Bayerns als neuer deutschen Ordnungsmacht²¹⁴⁶ gleichzeitig einem versteckten Misstrauensvotum gegenüber der Reichsregierung gleichkam, der auf diese Weise zumindest implizit unterstellt wurde, sie selbst sei mit dieser Aufgabe entweder überfordert oder schrecke letzten Endes vor einem energischen Durchgreifen zurück. Führt man die im Begriff Ordnungszelle begründete Logik konsequent fort, waren Gustav von Kahr und die Staatsregierung also schon grundsätzlich darauf angewiesen, nicht allein auf die eigentlich zuständigen Reichsbehörden zu vertrauen, sondern auch jenseits der Grenzen des Freistaates andere bzw. zusätzliche Verbündete zu suchen. An diesem konkreten Maßstab gemessen, ist deshalb zunächst zu klären, ob das im Sommer 1920 schnell um sich greifende Schlagwort vorerst nur einer noch einzulösenden Ankündigung Ausdruck verlieh oder ob zu diesem Zeitpunkt tatsächlich schon politische Kontakte geknüpft worden waren, die eine Entwicklung im angestrebten Sinne als realistische Möglichkeit erscheinen ließen.

Sollte eher letzteres zutreffen, lässt das bloße Vorhandensein entsprechender Beziehungen freilich noch keineswegs automatisch den weitergehenden Rückschluss zu, dass alle beteiligten Partner tatsächlich bewusst die Absicht verfolgten, Bayern zur „Ordnungszelle“ des Reiches auszubauen. Neben anderen, im zeitgenössischen Kontext plausiblen Überlegungen stellte eine solche Zielsetzung vielmehr nur ein denkbares Motiv für die Herstellung oder Intensivierung etwaiger Kontakte dar: Mochten sich „vaterländische“ Gruppierungen in der nach dem Kapp-Putsch entstehenden „demokratischen Ordnungszelle“ Preußen etwa um bevorstehende Maßnahmen der sehr wohl wachsamen Sicherheitsbehörden sorgen und deshalb ihren „Blick auf Bayern“²¹⁴⁷ richten, ist es ebenso vorstellbar, dass sich die Vertreter der bayerischen Seite dem immer wieder propagierten Ideal einer sog. Einheitsfront der „aufbauenden“ Kräfte verpflichtet fühlten und vor allem aus diesem Grund eine engere Kooperation mit Gesinnungsgenossen außerhalb des Freistaates eingingen. Im Rahmen einer näheren

²¹⁴⁶ So bereits die Einschätzung Kahrs im April 1920, also wenige Wochen nach dem Kapp-Putsch: „Bayern ist gegenwärtig der stärkste Staat im Reich, auf Bayern schaut alles.“ (Ministerratssitzung vom 8.4.1920; Protokoll in MA 99 515). Siehe im gleichen Sinne die sog. Ordnungszellen-Rede in Anm. 2503.

²¹⁴⁷ Kahr-Erinnerungen, pag. 287; dort auch: „So geschah es auch nach der Revolution von 1918 als sich Bayern unter meiner Führung als erster Bundesstaat wieder zu einem und damals einzigen nationalen Machtfaktor im Reiche entwickelt hatte und tatsächlich die ganze Welt auf Bayern schaute, wie nie zuvor. Auch damals war ein Gelaufe vom Norden nach Bayern und viele Norddeutsche siedelten sich in Bayern, dem Lande der Zukunft, an. ‚Ihr Bayern müßt es schaffen, ihr müßt das deutsche Reich wieder aufrichten, ihr müßt den Saustall ausräumen‘, solches mußte ich fast täglich anhören.“

Analyse genügt es daher nicht, bestehende Kontakte zu ermitteln und ihre Intensität zu beschreiben, eine Klärung der jeweiligen Motivlage erfordert außerdem, ein besonderes Augenmerk auf die Umstände des gegenseitigen Austauschs sowie auf die Frage zu legen, inwieweit die Interaktionspartner tatsächlich mit dem Gedanken einer Ordnungszelle identifizieren konnten.

Als dritter Prüfstein für das tatsächliche Gewicht Bayerns in der „vaterländischen“ Bewegung zeichnet sich schließlich ab, wie weit die Kooperation innerhalb der vermuteten Bündnissysteme tatsächlich reichte bzw. welche Vereinbarungen zwischen den Protagonisten beider Seiten jeweils zustande kamen: Beschränkte sich Gustav von Kahr und sein Umfeld etwa zunächst im Wesentlichen darauf, gesinnungsverwandte Kräfte an sich zu binden bzw. diese auf eigenen Wunsch zu protegieren oder verfolgte man bereits 1920 konkrete Pläne, die Zusammenarbeit kurz- oder mittelfristig auf die Verwirklichung gemeinsamer politischer Projekte auszuweiten? Entwickelte sich der Freistaat also zunächst zu einem bloßem „Refugium“²¹⁴⁸ für Gesinnungsgenossen oder entpuppt er sich in dieser Perspektive tatsächlich als die häufig beschriebene „Schutzborg aller Kräfte, die darauf aus waren, die verhaßte Republik so rasch und so gründlich wie möglich zu beseitigen“²¹⁴⁹?

Verleihen manche, in der Forschung kursierende und auf den ersten Blick scheinbar deckungsgleiche Charakterisierungen der sog. Ordnungszelle bei genauerer Betrachtung also doch sehr unterschiedlichen Diagnosen Ausdruck, fällt die davon ausgehende Bewertung der inneren Machtverhältnisse in Bayern hingegen weitgehend einhellig aus: Demnach habe vor allem die Begünstigung der Einwohnerwehren und vergleichbarer Organe mittelfristig zu einer weiteren Informalisierung des politischen Prozesses geführt und somit das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Entscheidungshoheit und Lösungskompetenz der Behörden zusätzlich unterminiert.²¹⁵⁰ Sollte dies zutreffen, wäre die Regierung Kahr nicht nur an ihrem eigenem Anspruch gescheitert, der in Weltkrieg und Revolution vorangeschrittenen Erosion des staatlichen Gewaltmonopols Einhalt zu gebieten, die in diesem Sinne unternommene Politik hätte die kritisierte Entwicklung vielmehr noch beschleunigt. Welchen Einfluss hatte es also tatsächlich auf das politische Gewicht der regulären und komplementären Sicherheitsorgane, dass einer ihrer engagiertesten Förderer relativ überraschend an die Spitze der Regierung gerückt war und

²¹⁴⁸ Kershaw, Hitler, 219.

²¹⁴⁹ Winkler, Weimar, 131.

²¹⁵⁰ Vgl. die Analyse bei Heinz Hürten, Revolution und Zeit der Weimarer Republik, in: Alois Schmid (Hg.), Handbuch der Bayerischen Geschichte, Bd. 4: Das neue Bayern von 1800 bis zur Gegenwart. Erster Teilband: Staat und Politik, München 2003, 439-498, hier: 471-475.

das Credo der Wiederherstellung von „Ruhe und Ordnung“²¹⁵¹ sogleich zur offiziellen politischen Doktrin erhob? Diente die von Innenminister Kahr in die Wege geleitete Politik überhaupt in erster Linie einer Wiederherstellung der beschädigten „Staatsautorität“ oder stand hinter den immer wieder verkündeten Programmsätzen nicht eher die Priorität, die selbst mit aufgebauten Selbstschutzorganisationen als vermeintliche Garanten der öffentlichen Sicherheit zu erhalten und zu stärken? Wie war es schließlich generell um die politische Kontrolle der Aktivitäten der parallelen und gelegentlich miteinander konkurrierenden Machtinstanzen bestellt: Legt der Zuzug gesuchter Kapp-Putschisten oder die Verübung sog. Fememorde im diesem Zusammenhang vor allem einen zunehmenden Kontrollverlust der politisch Verantwortlichen offen oder sind belastbare Hinweise dafür vorhanden, dass etwa der Ministerpräsident bzw. seine Kollegen von derlei Vorkommnissen Kenntnis hatten?

Je nach Sichtweise gehen die Urteile in Bezug auf die persönliche Machtstellung Gustav von Kahrs in der entstehenden „Ordnungszelle Bayern“ dann auch weit auseinander: Wie schon in der Einleitung angedeutet, stehen sich hier die Klischeebilder des „starken Mannes“²¹⁵² und eines nur mit der politischen Umsetzung gefasster Beschlüsse beauftragten „Instrument[s] fremder Gewalten“²¹⁵³ diametral gegenüber. Agierte der neue Ministerpräsident, wie Hermann Esser rückblickend meint, also nur als „Testamentsvollstrecker“²¹⁵⁴ der wahren Taktgeber im Hintergrund oder ist es eher berechtigt, auch de facto von einem „System Kahr“²¹⁵⁵ zu sprechen, d. h. rückte er zunehmend ins operative Zentrum der sich nach der Revolution formierenden vaterländischen Koalition in Bayern? Wie fand sich Gustav von Kahr generell in seinen unterschiedlichen Rollen auf der politischen Bühne, etwa im Verhältnis zu den Kabinettskollegen, den Koalitionsparteien und dem Landtag, zurecht und welche Akzente setzte er bei der Ausgestaltung und Interpretation seines neuen Amtes, das – formalrechtlich betrachtet – erst wenige Monate zuvor geschaffen worden war? Ergeben sich mit Blick hierauf vielleicht auch weitere Anhaltspunkte, um das schnell wachsende

²¹⁵¹ Kahr betonte dies in der Erklärung zur Annahme seiner Wiederwahl am 16. Juli: Verh. Landtag 1920/21, Bd. I, 6.

²¹⁵² Kraus, Geschichte Bayerns, 674.

²¹⁵³ So der Titel eines Artikels zu Kahr in MP Nr. 41 vom 19./20.2.1921.

²¹⁵⁴ Mitschrift des Zeitzeugeninterviews mit Hermann Esser (IfZ, ED 561/2, Abschnitt 2, pag. 20)

²¹⁵⁵ Die Bezeichnung war zeitgenössisch verbreitet, vgl. etwa das Schreiben Hans von Raumers zur Abgrenzung vom „System Kahr“ in Süddeutschland (Ludwig Richter, Die Deutsche Volkspartei 1918-1933 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 134), Düsseldorf 2002, 245) oder aber die Eingabe von Bayerischen Ordnungsblock, Mittelpartei und nationalen Studentenverbänden vom 7.2.1921 (MInn 66 307), die sich für den Verbleib Ernst Pöhners aussprach, da er „für die gesamte öffentliche Meinung innerhalb und außerhalb Bayerns unlösbar zum System Kahr“ gehöre.

Prestige Kahrs in der bürgerlichen Öffentlichkeit zu erklären? Inwieweit diene Kahr seine neue Stellung schließlich als Türöffner, um politische Kontakte – auch außerhalb des bisherigen Gesichtsfeldes – zu knüpfen oder beschränkte er sich im Wesentlichen darauf, weiterhin mit den Protagonisten der gegenrevolutionären Aktionsgemeinschaft des Jahres 1919 zusammenzuarbeiten?

Bei allem berechtigten Zuschnitt des Erkenntnisinteresses auf die Person des Ministerpräsidenten erscheint es, auch im Lichte bereits vorliegender Ergebnisse betrachtet, schließlich auch angezeigt, schon an dieser Stelle davor zu warnen, den Karrieresprung Gustav von Kahrs ohne weiteres als zentrale Initialzündung für die Veränderung der Machtbalance und die weitere Entwicklung der politischen Gesamtsituation in Bayern einzustufen. So sei etwa nochmals daran erinnert, dass viele strukturelle und personelle Weichenstellungen für den Aufbau „Kahr-Bayerns“ bereits unter der Regierung Hoffmann erfolgt waren: Hatte sie etwa mit der Einführung des Ausnahmezustandes oder der Konstituierung der Volksgerichte wichtige Entscheidungen getroffen, bekleideten im März 1920 auch schon zahlreiche Schlüsselfiguren – wie Ernst Pöhner, Georg Escherich, Hermann Kriebel, Franz Ritter von Epp, Ernst Röhm – ihre jeweiligen Funktionen.²¹⁵⁶ Dagegen befanden sich andere, später gewissermaßen zum Inventar der „Ordnungszelle“ zählende Akteure und Gruppierungen, wie etwa die von einem anonymen Debattierklub zum Veranstalter weithin beachteter Kundgebungen aufsteigende NSDAP²¹⁵⁷, noch auf der Suche nach ihrem Platz im Machtgefüge und konnten 1920 noch keine näheren Beziehungen zu den politischen Entscheidungsträgern aufbauen – die erste Begegnung Kahrs mit Adolf Hitler kam etwa erst im Mai 1921 zustande.²¹⁵⁸

Mit anderen Worten ausgedrückt, stand der Ministerpräsident also schon bei seiner Amtsübernahme einer durchaus komplexen Kräftekonstellation gegenüber, die sich nun keineswegs automatisch in jeder Hinsicht sofort auf ihn als neuen Fix- und

²¹⁵⁶ Siehe hierzu Kapitel VI B 4.3.

²¹⁵⁷ Vgl. hierzu etwa Sven Felix Kellerhoff, *Die NSDAP. Eine Partei und ihre Mitglieder*, Stuttgart 2017, 9-76; Kurt Pätzold - Manfred Weißbecker, *Geschichte der NSDAP 1920-1945*, Köln ³2009, 26-75; einen Überblick über die Veranstaltungen der NSDAP bietet: Reginald H. Phelps, *Hitler als Parteiredner im Jahre 1920*, in: *Vierteljahrshefte für Zeigschichte* 11 (1963), 274-330.

²¹⁵⁸ In diesem Zusammenhang ist der von Rudolf Heß nach dem Empfang im Außenministerium verfasste Brief bekannt, in dem Hitler als verlässlicher Charakter, Patriot, Katholik und auch für Gegner überzeugenden Redner beschrieben wird (Heß an Kahr vom 17.5.1921; MA 102 384), vgl. auch die Schilderung des Empfangs am 14.5.1921 im Zeitzeugeninterview mit Hermann Esser (IfZ, ED 561/2, Abschnitt 3, pag. 1). Im Tagebuch Kahrs wird das Gespräch mit einem Satz erwähnt, vgl. Tagebuch Kahr 1921-A, pag. 225.

Zur Zeit der Ministerpräsidentenschaft Kahrs bestanden noch keine weitergehenden Kontakte zwischen Kahr und der NSDAP bzw. Hitler, hierzu kam es erst nach den 1921 eingetretenen Zäsuren.

Orientierungspunkt ausrichtete: Das für die „Ordnungszelle“ vermeintlich typische politische Panorama hatte sich vielmehr z. T. noch unter anderen Vorzeichen herausgebildet oder sollte sich – gelegentlich auch ohne das direkte Zutun Kahrs – erst mit einiger Zeitverzögerung herauskristallisieren.

2. Ganz neue Möglichkeiten: Der Aktionsradius des „nationalen“ Bayern

2.1 Im Überblick: Sicherheitsorgane als Kooperationspartner

Es erscheint daher nicht nur aus Gründen der Komplexitätsreduktion durchaus angemessen, die von Kahr und seinem Umfeld unterhaltenen Beziehungen schrittweise in mehreren Stufen zu präsentieren; es empfiehlt sich auch sachlich, die erkennbaren Beziehungssysteme in ihrer jeweils unterschiedlichen Struktur hervorzuheben. Dabei sprechen mehrere Gründe dafür, den Fokus zunächst auf die weitere Entwicklung und Expansion der postrevolutionären Sicherheitsarchitektur aus Einwohnerwehren, Polizei oder Zeitfreiwilligenverbänden zu legen und erst im Anschluss daran den institutionellen und politischen Wirkungsbereich Kahrs als neuer Ministerpräsident näher zu rekonstruieren.

Denn wie im vorherigen Kapitel bereits gezeigt, erfüllte der ab Mai 1919 stetig ausgebauten Sicherheitsapparat keineswegs nur seine offizielle Aufgabe als neutrales, rein technisches Instrument zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung, sondern hatte sich inzwischen auch als Widerlager gegen eine kritisch beäugte Regierungsgewalt sowie als flexibler Schutzschirm für von der Auflösung bedrohte (para-)militärische Verbände bewährt: Die Gründung der Zeitfreiwilligeneinheiten, der Technischen Nothilfe und der auch als berufliches Auffangbecken dienenden Polizeiwahlwehren können hierbei als entsprechende Präzedenzfälle gelten. In Übereinstimmung mit diesen Tendenzen hatten sich vor allem die Gremien der Einwohnerwehr außerdem zu einer stark frequentierten Kontakt- und Kooperationsbörse für mit dem Selbstschutzgedanken sympathisierende Kreise aus Verwaltung, Politik und Wirtschaft entwickelt, die in diesem Umfeld die Gelegenheit wahrnehmen konnten, sich außerhalb des formellen parteipolitischen Kontextes einzubringen und zu vernetzen – die Sicherheitsarchitektur im Freistaat Bayern steht also wie gehabt weniger aufgrund ihrer expliziten Zweckbestimmung, sondern vor allem wegen ihrer politischen Bedeutung im Fokus.

Zusätzlich ist zu bedenken, dass es kaum zu den Prioritäten eines Übergangs-Regierungschef gehört haben dürfte, sich durch die Konsolidierung einer institutionellen Hausmacht, etwa in seinen Ressorts oder im Kabinett, im Amt zu etablieren. Hingegen

gehörte der nach der Räterepublik aufgebaute Sicherheitsapparat von Anfang an zum genuinen Kompetenzbereich des neuen Ministerpräsidenten und Innenministers, der seine tragende Rolle beim Aufbau dieser Organe zudem als besonderes politisches Startkapital verbuchen und somit möglicherweise auch seinen sonstigen Status als Quereinsteiger in ein Regierungsamt bis zu einem gewissen Grad kompensieren konnte. Angesichts der wachsenden Bedeutung der Einwohnerwehren markierte das Politikfeld gleichzeitig die wohl offensichtlichste Schnittstelle zwischen dem Wirken staatlicher Behörden und privater Verbände und markiert daher auch den zentralen Prüfstein für das möglicherweise allzu selbständige Agieren nicht legitimierter Nebenregierungen. Um die nachfolgenden Darlegungen in ihrer Bedeutung angemessen einordnen und auch in ihrer Ausführlichkeit legitimieren zu können, ist an dieser Stelle – wenn auch auf Kosten der vorzeitigen Beantwortung einer soeben gestellten Frage – schließlich noch vorwegzunehmen, dass sich der Beziehungshorizont Kahrs im Jahr 1920 gerade dank seiner Rolle als oberster Schutzherr der verschiedenen Sicherheitsorgane entscheidend weitete: Perspektivisch betrachtet, umfasste das in diesem Kontext erschlossene Kontaktumfeld dann auch einen wichtigen Teil der Gruppierungen, mit denen Gustav von Kahr in den Folgejahren zusammenarbeiten oder auch in Konflikt geraten sollte.

Um nun die häufig parallel ablaufenden Veränderungen im Umfeld der vielschichtigen Sicherheitsarchitektur im Überblick nachvollziehen zu können, gliedert sich die nachfolgende Darstellung in vier Abschnitte, die sich in erster Linie mit dem weiteren Ausbau ihrer Funktionen als strategischer Rückzugsraum sowie als alternative Plattform zur Anbahnung politischer Beziehungen beschäftigen werden. Denn hatte sich mit der Regierungsübernahme Gustav von Kahrs das Bedürfnis nach einer effektiven politischen Gegenkraft – zumindest nach außen hin – vorerst erübrigt, verstärkte sich hingegen der Auflösungsdruck auf die nicht regulären Sicherheitsorgane 1920 weiter und zwang die politischen Verantwortlichen, ihr Improvisationsgeschick bei der Verfolgung entsprechender Ausweichmanöver abermals unter Beweis zu stellen. Weiterhin kristallisierte sich gleichzeitig als neues Phänomen heraus, dass auch mehrere außerbayerische Gruppen die von Gustav von Kahr protegierten Institutionen als potenzielle Schutzmächte bzw. Bündnispartner für sich entdeckten: Sie traten daher mit der Orgesch, einer gerade neu entstehenden, weit ausgreifenden Selbstschutzallianz unter bayerischer Führung, in Verbindung oder entschieden sich aus verschiedenen Gründen sogar dazu, persönlich in den Freistaat überzusiedeln – die Voraussetzungen für eine Zusammenarbeit der politischen Kräfte, die sich mit der Programmatik des

Antibolschewismus und des „nationalen“ Wiederaufbaus identifizieren konnten, verbesserten sich in den fraglichen Monaten also nachhaltig.

Die folgenden vier Abschnitte stellen sich nun die Aufgabe, das entsprechende, auch für Gustav von Kahr relevante Interaktionsspektrum schrittweise zu erschließen. Um im Zuge dessen eine leichtere Orientierung zu ermöglichen, erscheint es sinnvoll, den zu diesem Zweck entworfenen argumentativen und inhaltlichen Aufbau kurz im Überblick zu präsentieren:

Ein vergleichsweise knappes Resümee befasst sich hierbei zunächst mit der fortschreitenden Transformation des maßgebenden institutionellen Rahmens, d. h. mit der weiteren Entwicklung der staatlichen Organe und komplementären Einrichtungen, die seit Sommer 1919 mit der Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit in Bayern betraut waren: Denn wurde die Geschichte von Einwohnerwehr, Polizei(direktion), staatlicher Polizeiwehr oder der Reichswehr in dieser Hinsicht z. T. schon mehrfach aufgearbeitet²¹⁵⁹, verfestigten und bestätigten sich im Wesentlichen auch die im vorherigen Kapitel beobachteten Tendenzen der formellen Demilitarisierung und internen Professionalisierung. Hervorstechende Merkmale der betrachteten Zeitspanne waren somit nicht mehr die Gründung neuer Kreisverbände oder zusätzlicher Sicherheitsorgane, sondern die Erschließung neue Tätigkeitsbereiche, etwa auf dem Gebiet der Propaganda, sowie die Übernahme weiterer Zuständigkeiten durch die bestehenden Institutionen – dies galt vor allem für die Polizeidirektion München und die Landesleitung der Einwohnerwehr.

Gerade die Ausweitung der Wirkungsmöglichkeiten der Einwohnerwehr-Führung über die Grenzen Bayerns markierte in diesem Kontext sowohl im institutionellen wie auch im netzwerkorientierten Sinne einen bedeutenden Entwicklungssprung im Sinne des Ordnungszellen-Ideals: Die Gründung der Organisation Escherich sowie die Förderung der österreichischen Heimwehren durch die sog. Orka machte den Freistaat nämlich innerhalb weniger Monate zu einer halboffiziellen Koordinationszentrale der bürgerlichen Selbstschutzbewegung und sollte deshalb ausführlicher gewürdigt werden, zumal vor allem der Aufbau und die Struktur der Orgesch²¹⁶⁰ bisher nur punktuell erschlossen wurde. Sei hier nochmals daran erinnert, dass die bayerische Einwohnerwehr im Reichsmaßstab eigentlich als Nachzügler auf der Bildfläche erschienen war²¹⁶¹, trat

²¹⁵⁹ Hier sei noch einmal auf die zentralen Titel verwiesen: Large, Einwohnerwehr; Nußer, Wehrverbände; Koepf, Conservative Radicals; Tapken, Reichswehr in Bayern; Steger, Berufssoldaten oder Prätorianer; McGee, Political Police; Schröder, Münchner Polizei.

²¹⁶⁰ Siehe hierzu Anm. 2262.

²¹⁶¹ Siehe Anm. 1530.

die Organisation nun eine Art Schirmherrschaft über die meisten deutschen und österreichischen Volks-, Heim- oder Einwohnerwehren an und avancierte somit, vor allem aus Sicht politischer Verbündeter, zu einem zentralen Fundament des entstehenden „Ordnungsstaates“; Symbol dieser Entwicklung war nicht zuletzt auch der Export des bayerischen Modells des privaten Selbstschutzes nach Nord und Süd. Eine intensivere Beschäftigung mit diesen Vorgängen ist jedoch auch deshalb angemessen, da der Landesleitung – und damit auch ihrem Verbündeten an der Spitze der Regierung, Gustav von Kahr – als neue Avantgarde der bürgerlichen Abwehr gegen den sog. Bolschewismus jetzt viele Türen offen standen, um Beziehungen zu agrarischen und industriellen Kreisen im ganzen Reich und darüber hinaus aufzubauen – etwa zur Akquise neuer finanzieller Mittel. Ein Gutteil des zwischen März und Oktober 1920 gewachsenen Panoramas an Kontakten verdankte sich also der Expansion der bayerischen Selbstschutzbewegung nach außen.

Einen besonders weitreichenden Ausbau erlebte sodann im Frühjahr 1920, den politischen Umständen entsprechend, die Rolle der bayerischen Sicherheitsarchitektur als Auffangbecken für Verbände, die der Bekämpfung innerer Unruhen dienen sollten bzw. sich hierbei bereits bewährt hatten: Denn war das Jahr 1919 noch ganz im Zeichen der z. T. präventiven Umwandlung militärischer in zivile Strukturen gestanden, forderten nun in erster Linie die Siegermächte eine drastische Reduzierung der bewaffneten Kräfte im deutschen Reich und dementsprechend die Auflösung aller komplementären Verbände, die sich seit der Revolution zur Unterstützung von Reichswehr und Polizei gebildet hatten. Die studentischen Zeitfreiwilligen-Einheiten folgten deshalb zwar im Grunde den schon von Polizeiwehr und Technischer Nothilfe vorgezeichneten Weg, verkündeten jedoch zusätzlich offiziell ihre Auflösung und traten dann nach einigen Monaten als scheinbar neu formierte Abteilungen der Einwohnerwehrwieder in Erscheinung.

Eine völlig neue Qualität hatte hingegen, dass das Angebot des Schutzschirmes nunmehr auch von ausgewählten, d. h. im Kampf um die Eindämmung der Revolution besonders verdienten außerbayerischen Kräften in Anspruch genommen werden konnte: Aus Sicht der Einwohnerwehr und des Ministerpräsidenten zählte hierzu offenbar insbesondere die Marinebrigade Ehrhardt, die an den meisten Brennpunkten des innerdeutschen Bürgerkrieges hervorgetreten war, sich jedoch auch am Kapp-Putsch beteiligt hatte und deshalb im April bzw. Mai 1920 der unmittelbar bevorstehenden Demobilisierung entgegensah. In dieser Lage erklärte sich die von Mittelsmännern kontaktierte Staatsregierung bereit, Angehörige des inzwischen wohl bekanntesten Freikorps

Deutschlands in Bayern aufzunehmen. Die Vorkehrungen zur Tarnung wurden in diesem Fall allerdings nochmals deutlich erhöht und dienten dem Zweck, möglichst überhaupt nichts von der Unterbringung in nach außen hin unverdächtigen Arbeitskommandos verlauten zu lassen. Eine weitere Grenzüberschreitung im praktischen, aber auch rechtlichen Sinne bedeutete es schließlich, dass neben der Brigade-Führung auch andere Protagonisten des Umsturzversuches im Freistaat Unterstützung und z. T. verdeckt Aufenthalt fanden und damit die Möglichkeit erhielten, erneut – wenn auch zunächst verdeckt – politisch tätig zu werden. Die bayerische Seite nahm also das durchaus gegebene Risiko auf sich, von den eigenen Gästen kompromittiert zu werden, profitierte jedoch auch von ihren weitreichenden Kontakten und konnte darüber hinausberechtigten Anspruch auf dankbare Loyalität erheben.

Ein vierter Abschnitt beschäftigt sich zuletzt mit den ersten, freilich noch kaum aufeinander abgestimmten Ansätzen, das Potenzial der neuen Allianzen auch praktisch zu aktivieren und für die Umsetzung politischer Projekte nutzbar zu machen; konkret sind im diesem Kontext Versuche zu thematisieren, unter Einbezug der österreichischen Heimwehr eine Zusammenarbeit mit Horthy-Ungarn anzubahnen, das ebenfalls eine Revision seiner Nachkriegsgrenzen anstrebte und deshalb bei der Unterminierung der Versailler Friedensordnung als natürlicher Bündnispartner erschien. Zwar kam dieses vom Ludendorff-Kreis angestoßene Projekt einer „weißen“, vermeintlich antibolschewistisch orientierten Internationale nie über entsprechende Sondierungen hinaus, es diene allen Beteiligten – nicht zuletzt den weitgehend in einer abwartenden Position verharrenden bayerischen Partnern – allerdings auf jeden Fall zur weiteren Profilierung bei potenziellen Gesinnungsgenossen: Greifbares Ergebnis dieser auf den ersten Blick sehr weit hergeholten Gedankenspiele war deshalb ein intensiverer wirtschaftlicher und politischer Austausch Bayerns mit Ungarn sowie eine direkte Kontaktaufnahme Kahrs mit Angehörigen der russischen Emigration.

Vor der Auseinandersetzung mit derartigen Entwicklungen nimmt der folgende Abschnitt aber zunächst den Faden des vorherigen Kapitels wieder auf und thematisiert in Übereinstimmung mit dem skizzierten Vorgehen die Rolle der Sicherheitsorgane bzw. ihrer Führungsriegen unter der Regierung Kahr. Wie bei verschiedenen Gelegenheiten bereits angedeutet, bildeten diese eine wichtige Stütze für das politische Prestige des Ministerpräsidenten: Denn hatte Kahr schon als Regierungspräsident den Aufbau der Einwohnerwehr ganz entscheidend mit befördert und gleichzeitig eng mit Polizei und Reichswehr kooperiert, war er als Innenminister nun auch politisch für den Erhalt der

öffentlichen Sicherheit verantwortlich und amtierte als oberster Dienstherr aller Ordnungskräfte des Landes. Nicht zu vergessen bleibt freilich auch, dass Kahr soeben gemeinsam mit Reichs- und Einwohnerwehr den Sturz des Vorgängerkabinetts provoziert hatte und darüber hinaus als Kandidat eben dieser Verbündeten in sein neues Amt gelangt war; besonders Arnold Ritter von Möhl und Georg Escherich hatten hierbei eng mit dem neuen Ministerpräsidenten zusammengearbeitet und können deshalb – neben Georg Heim – durchaus als Königsmacher gelten.

Das Verhältnis der politischen Spitze zu den Sicherheitsorganen, zuletzt unter Johannes Hoffmann und Fritz Endres immer deutlicher von Spannungen geprägt, erfuhr damit innerhalb weniger Tage einen grundlegenden Wandel und einer engeren Kooperation, freilich mit recht selbstbewussten Partnern, stand aus politischer Sicht nichts mehr im Wege. Dieser Umschwung der Verhältnisse änderte allerdings nichts an der Tatsache, dass die meisten Grundsatzentscheidungen zur institutionellen und organisatorischen Neuaufstellung von Polizei, Armee und sog. Selbstschutz zu diesem Zeitpunkt schon gefallen waren: Sie brachten in manchen Bereichen vor allem eine Beschneidung des Handlungsspielraumes der bayerischen Regierung mit sich und gaben allen Akteuren auch ab März 1920 – zumindest formell – einen bestimmten Handlungsspielraum vor:

2.1.1 Reichswehr

So hatte sich die noch eineinhalb Jahre zuvor mit weitgehenden exekutiven Vollmachten ausgestattete bayerische Armee inzwischen weitgehend aufgelöst und im bayerischen Reichswehrkontingent einen Nachfolgeverband gefunden, der nach der sog. Befreiung Münchens vor allem aus zuverlässigen Mitgliedern der Freikorps gebildet worden war und Ende 1919 knapp 23.000 Soldaten²¹⁶² umfasste. Die neue Truppe unterstand jetzt wie in allen anderen Ländern ausschließlich der Kommandogewalt des Reichswehrministers bzw. des Reichspräsidenten und war damit in operativer Hinsicht – von Notfallsituationen abgesehen – jedem Einfluss der Landesregierung entzogen²¹⁶³; als Symbole dieses Umbruchs fallen bereits auf den ersten Blick die Auflösung des bayerischen Kriegsministeriums²¹⁶⁴ oder die Besetzung der obersten Kommandostellen mit

²¹⁶² Vgl. hierzu den Stärkenachweis vom 20. November 1919, die Tabelle ist bei Tapken, Reichswehr in Bayern, 232 abgedruckt.

²¹⁶³ Art. 47 Weimarer Reichsverfassung.

²¹⁶⁴ Das Staatsministerium für militärische Angelegenheiten wurde Ende August 1919 aufgehoben, das Heeresabwicklungsamt Bayern bestand als Nachfolgebehörde noch bis März 1921. Vgl. Rainer Braun, Bayerisches Kriegsministerium, in: Historisches Lexikon Bayerns [URL: <https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Bayerisches_Kriegsministerium>; zuletzt eingesehen am 4.3.2021].

Offizieren, die im Krieg noch nicht entsprechende Posten bekleidet hatten²¹⁶⁵, ins Auge. Zwar war Bayern diesem faktischen Entzug seines bisherigen Militärreservats im Sommer 1919 weitgehend machtlos gegenübergestanden, das abgetretene Kabinett hatte sich als eine Art Kompensation jedoch immerhin gewisse Mitspracherechte und Garantien ausbedungen, die allerdings lediglich in nicht rechtsverbindlicher Form in den sog. Weimarer Vereinbarungen²¹⁶⁶ vorlagen. Demnach stand an der Spitze des bayerischen Teils der Reichswehr ein auf Vorschlag der Staatsregierung berufener Landeskommandant, der neben seiner Eigenschaft als Befehlshaber des Wehrkreises auch „die Wahrung der Landesinteressen“²¹⁶⁷ beachten sollte und bei der Auswahl der Truppenstandorte die Zustimmung des Kabinetts einholen musste; er war außerdem angehalten, eine möglichst große Anzahl von Planstellen mit bayerischen „Landeskindern“²¹⁶⁸ zu besetzen.

In Übereinstimmung mit den Bestimmungen des am 10. Januar 1920 in Kraft getretenen Versailler Friedensvertrags, der dem Reich nur noch eine Armee von insgesamt 100.000 Mann zugestand²¹⁶⁹, lag der personalpolitische Fokus allerdings bis auf weiteres weniger auf der Aushebung neuer Soldaten, sondern auf einer zumindest einigermaßen sozialverträglichen Bewältigung der unmittelbar bevorstehenden Heeresreduktion. So durften im rechtsrheinischen Bayern bis zum festgelegten Stichtag am 1. Januar 1921 nur noch 11.000 Mann unter Waffen stehen²¹⁷⁰, etwa die Hälfte des sog. Übergangsheeres war also in den nächsten Monaten zu entlassen und einige Truppengattungen – wie etwa die Luftstreitkräfte²¹⁷¹ – verfielen der vollständigen Auflösung. Trotz der zugesicherten Mitspracherechte konnte die Regierung Kahr deshalb zunächst kaum etwas für die besonderen Interessen der bayerischen „Landeskinder“ in der Reichswehr tun und musste stattdessen die Schließung zahlreicher Standorte und die Belastung des heimischen Arbeitsmarktes mit weiteren verabschiedeten Soldaten zur Kenntnis nehmen.

Aus Sicht des Ministerpräsidenten und des Landeskommandanten empfahl sich in dieser unerfreulichen Situation freilich erst recht ein Schulterschluss zur gegenseitigen

²¹⁶⁵ Siehe hierzu S. 388 f.

²¹⁶⁶ „Weimarer Vereinbarungen über die Organisation der deutschen Wehrmacht vom 29.7.1919“, kommentierter Abdruck bei: Ehberger, Kabinett Hoffmann II, Teil 1, 322-327 (Dok. 10).

²¹⁶⁷ Ebd., 323.

²¹⁶⁸ Ebd.

²¹⁶⁹ Versailler Vertrag Art. 160.

²¹⁷⁰ Tapken, Reichswehr in Bayern, 246 f.

²¹⁷¹ Harald Potempa, Bayerische Fliegertruppe, in: Historisches Lexikon Bayerns [URL: <https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Bayerische_Fliegertruppe>; zuletzt eingesehen am 4.3.2021]; der Friedensvertrag (Art. 198) untersagte Deutschland den Unterhalt von Luftstreitkräften, der Versuch, einige Staffeln in die Polizeizeihr zu überführen (siehe Anm. 1623) wurde von den Alliierten nicht geduldet.

Unterstützung bei der Vertretung bayerischer Belange, zumal nun alle potenziell militärkritischen Minister aus dem Kabinett ausgeschieden waren. Das Auftreten General von Möhls gegenüber der Landesregierung änderte sich dementsprechend prompt: Hatte er es nämlich noch im Januar 1920 „aus grundsätzlichen Erwägungen“²¹⁷² abgelehnt, dem Gesamtministerium der Bamberger Koalition einen dienstlichen Bericht über die Arco-Demonstrationen zu erstatten, wurde Gustav von Kahr im Mai 1920 sofort ins Vertrauen gezogen, als die bayerische Kavallerie dem Wehrkreiskommando in Kassel unterstellt²¹⁷³ oder Soldaten aus dem Freistaat in einer besonderen Schutztruppe für die Reichshauptstadt²¹⁷⁴ verwendet werden sollten. Wie von Möhl erhofft, setzte sich der Ministerpräsident dann auch sofort mit Reichswehrminister Geßler in Verbindung und erklärte sich erst nach ausführlicher Begründung und beruhigenden Versicherungen mit den beabsichtigten Maßnahmen unter Vorbehalt einverstanden.²¹⁷⁵ Der Landeskommandant stieß bei von Kahr außerdem auf uneingeschränkte Zustimmung, als er ihn bat, im Zuge der Beratung des Reichswehrgesetzes auf die vollständige Übernahme des Weimarer Abkommen zu drängen²¹⁷⁶ und in keine Abstriche an den darin zugesagten landmannschaftlichen Bestimmungen einzuwilligen: Kahr intervenierte dementsprechend energisch²¹⁷⁷, als das neue Kabinett Fehrenbach diese Vereinbarungen zunächst nicht als bindende Richtlinie für die Gesetzesvorlage anerkennen wollte und machte darauf aufmerksam, dass Bayern im Falle eines solchen Verstoßes gegen „Treu und Glauben“²¹⁷⁸ jedes Vertrauen in die Zusagen des Reiches verlieren müsse. Gewissermaßen im Gegenzug stand die bayerische Reichswehr dann auch stets bei der Aufbewahrung, Wartung oder Tarnung der regulären und nicht angemeldeten Waffen der Einwohnerwehr zur Verfügung²¹⁷⁹ und diente dem Selbstschutzverband auch als bevorzugtes Personalreservoir: Viele überzählige und deshalb verabschiedete Offiziere

²¹⁷² Siehe Anm. 1682.

²¹⁷³ Protokoll des Ministerrats vom 3.5.1920, TOP V (MA 99 515); Tapken, Reichswehr in Bayern, 175 f.

²¹⁷⁴ Vgl. hierzu BayHStA, Abt. IV, RwGrKdo IV Nr. 58 sowie Protokoll des Ministerrats vom 28.4.1920, TOP XII (MA 99 515).

²¹⁷⁵ Geßler schildert den Besuch Kahrs in ironischem Ton: „Zwar durften ein Jahr vorher preußische Truppen die bayerische Landeshauptstadt befreien, aber nun wollte er keine bayerischen Truppen für die Brigade zum Schutz der Reichshauptstadt abstellen lassen. Seine Hauptsorge war allerdings, daß die bayerischen Truppen in Berlin bolschewisiert werden könnten. Er kam eigens nach Berlin und legte mir diese bedrückende Sorge dar. Ich konnte sie ihm nehmen.“ Vgl. Geßler, Reichswehrpolitik, 145.

²¹⁷⁶ Schreiben Möhl an Kahr vom 17.5.1920 (Privatnachlass Kahr, Politische Korrespondenz).

²¹⁷⁷ Staatsministerium des Äußeren (i. V. Matt) an Reichskanzler Fehrenbach vom 14.12.1920 (AdR Fehrenbach, Dok. 137).

²¹⁷⁸ So Kahr in der Ministerratssitzung vom 29.1.1921 (TOP II), Niederschrift in MA 99 516.

²¹⁷⁹ Siehe hierzu die Aktivitäten Hauptmann Röhms in Anm. 1637.

wechselten deshalb 1920 den militärischen Arbeitgeber und stellten ihre Expertise ab sofort den Landes- und Kreisleitungen zur Verfügung.²¹⁸⁰

2.1.2 Einwohnerwehr

Da es bei realistischer Betrachtung der Lage freilich beinahe mit Sicherheit zu erwarten war, dass die Reichswehr und die kasernierte Polizeiwehr früher oder später die Aufmerksamkeit der Siegermächte auf sich ziehen würden, erschien es den Initiatoren der Einwohnerwehr umso wichtiger, den sog. Selbstschutz als zusätzlichen Garanten der inneren Sicherheit zu etablieren und gegenüber äußeren Eingriffen wirksam abzuschirmen. Wie im vorhergehenden Kapitel²¹⁸¹ dargestellt, fußte die maßgeblich von Georg Escherich und Gustav von Kahr inspirierte Neuschöpfung deshalb auf einem institutionellen Konstrukt, das den Fortbestand und die Unabhängigkeit des Verbandes sowohl bei einer Veränderung der innenpolitischen Lage wie auch im Falle alliierter Gravamina sichern sollte:

So war die bayerische Einwohnerwehr einerseits in der Lage, sich unliebsamer staatlicher Einflussnahme bzw. Kontrolle zu entziehen, da sie sich im Unterschied zu den norddeutschen Verbänden²¹⁸² als privater Verein konstituiert hatte, der rechtlich nicht weisungsgebunden und nur seinen Vereinszwecken verpflichtet war. Sollten sich also Ereignisse wie im November 1918 wiederholen oder die Regierung auf andere Weise in radikale Hände geraten, konnte der Wehrverband deshalb als unabhängiger Machtfaktor auftreten und selbst den Schutz der Bürgerschaft und der staatlichen Ordnung in die Hand nehmen. Die Wehrmänner, im Gegensatz zu Freikorpsmitgliedern zur Selbstverwaltung des eigenen Verbandes berufen, mussten zu diesem Zweck jedoch nicht ihren bürgerlichen Beruf aufgeben, sondern traten als freiwillige und ehrenamtliche Ordnungshüter nur im Alarmierungsfall in Aktion und hielten ihre Einsatzbereitschaft ansonsten bei regelmäßigen, aber nicht zu zeitraubenden Übungen aufrecht; der Selbstschutz konstituierte also keine stehende Truppe und setzte sich aus Zivilisten zusammen, auch dem Versailler Vertrag²¹⁸³ schien also äußerlich Genüge getan.

²¹⁸⁰ Neben Hermann Kriebel und Alexander Siry (siehe Anm. 1691) waren in der Landesleitung der Einwohnerwehr etwa auch Hauptmann Stümpfig (Referat Nachrichten), Walter Schenk und Hauptmann Wilhelm Weiß (Pressereferat) tätig. Vgl. die „Stabseinteilungen“ in Schober, Geschichte - HS 921.

²¹⁸¹ Siehe Kapitel VI B. 3.4 und 5.3.

²¹⁸² Bucher, Einwohnerwehren.

²¹⁸³ Versailler Vertrag, Art. 177: „Les établissements d'enseignement, les universités, les sociétés d'anciens militaires, les associations de tir, sportives ou de tourisme et, d'une manière générale, les associations de toute nature, quel que soit l'âge de leurs membres, ne devront s'occuper d'aucune question militaire. [...] Ces sociétés, associations, établissements d'enseignement et universités ne devront avoir aucun lien avec les ministères de la guerre, ni avec aucune autre autorité militaire.“

Gleichzeitig war die Einwohnerwehr auch darauf zugeschnitten, die regulären Sicherheitskräfte bei Bedarf in ihrer Tätigkeit zu unterstützen, da der hierarchische und territoriale Binnenstruktur des Verbandes weitgehend den staatlichen Behördenaufbau kopierte und sich die Kooperation mit Reichswehr und Polizei – etwa was die Materialbeschaffung anlangte – inzwischen eingespielt hatte. Das Staatsministerium des Innern stellte der Organisation deshalb auch beträchtliche Haushaltsmittel²¹⁸⁴ zur Verfügung und gewährleistete auf diese Weise die Einsatzbereitschaft und den weiteren Ausbau des Selbstschutzes. Zu ihrem eigenen Vorteil hatte sich die Einwohnerwehr außerdem gut mit dem Münchener (Wirtschafts-)Bürgertum vernetzt, das aufgerufen war, die Sammelaktionen des Landesfinanzausschusses zu unterstützen und dafür die Möglichkeit erhielt, repräsentative Funktionen im Verwaltungsapparat zu bekleiden.²¹⁸⁵ Als Adressat und Verwalter eines Großteils dieser insgesamt doch sehr beträchtlichen Zuwendungen fiel es der ursprünglich vor allem als oberste Koordinationsinstanz konzipierten Landesleitung dann jedoch nicht schwer, den äußeren Charakter der Einwohnerwehr als bottom-up-Organisation de facto zu konterkarieren und sich Schritt für Schritt neue Tätigkeitsbereiche und Kompetenzen zu erschließen. Bei Erhalt der partizipativen Foren und des formellen Wahlprinzips gelang es ihr deshalb weitgehend reibungslos, die faktische Entscheidungshoheit zunehmend in der Zentrale zu konzentrieren und den Ausbau des eigenen Apparats voranzutreiben.²¹⁸⁶ Diese Tendenz kam schließlich vollständig zum Tragen, als mit der zunehmenden Schwächung bzw. dem Rücktritt des Kabinetts Hoffmann auch die notwendige Rücksichtnahme auf den sozialdemokratischen Innenminister wegfiel; bekanntlich ging sein Nachfolger Gustav von Kahr nicht nur „vollständig einig mit den Intensionen aus den Kreisen der Einwohnerwehr“²¹⁸⁷, aus seiner Sicht war es auch prinzipiell zu begrüßen, wenn die Organisation auch innerlich erstarkte und immer mehr die Fähigkeit entwickelte, auf eigenen Füßen zu stehen.

Allerdings wirft es auch ein bezeichnendes Licht auf den bereits unter der alten Regierung einsetzenden Kontrollverlust, dass die Landesleitung schon Anfang März keine Bedenken mehr getragen hatte, sich zur Förderung der eigenen Interessen in rechtliche Grauzonen

²¹⁸⁴ Vgl. die Haushaltsvorlage: Verh. Landtag 1920/21, Beil. Bd. I, Etat des Staatsministeriums des Innern.

²¹⁸⁵ Zur Landessammlung der Einwohnerwehr siehe S. 442-444.

²¹⁸⁶ Vgl. in diesem Zusammenhang etwa (der auch von Kahr zur Kenntnis genommene) kritische Leitartikel in der Vossischen Zeitung: ‚Landeshauptmann Escherich‘, in: Vossische Zeitung Nr. 387 vom 6.8.1920. Vgl. stenographische Niederschrift zum Berlin-Besuch Anfang August 1920 in NL Kahr 43.

²¹⁸⁷ So die Einschätzung von Verkehrsminister Frauendorfer in Abwesenheit Kahrs: Protokoll der Ministerratssitzung vom 9.4.1920 (ohne TOP) in MA 99 515.

zu begeben: Denn immerhin zählte die Gründung einer gewinnorientierten Beschaffungs- und Verwertungsgesellschaft schon aus programmatischer Sicht kaum zu den genuinen Aufgaben einer Selbstschutzorganisation. Die am 7. März 1920 in das Handelsregister eingetragene Wirtschaftsstelle der Einwohnerwehr²¹⁸⁸ war aus der Stabsabteilung III „Material und Beschaffung“ hervorgegangen und stand wie diese unter der Leitung Dr. Joseph Kerns²¹⁸⁹, der nun offiziell als Geschäftsführer einer GmbH in Erscheinung trat. Als zweifellos wohlwollende Mitglieder im Aufsichtsrat stellten sich außerdem Dr. Anton Mößmer, Mitbegründer des Bürgerrats und bisher ehrenamtlicher Rechtsreferent der Landesleitung, sowie Eugen Zentz, Angehöriger des Vorstands des Hilfsbundes der Münchener Einwohnerschaft und Leiter des Heimatdienstes Bayern, zur Verfügung.²¹⁹⁰ Die Landesleitung hatte einen Zweig ihrer Verwaltung also kurzerhand in formal selbständiges Unternehmen umgewandelt, wobei für diesen ungewöhnlichen Schritt drei z. T. wenig einwandfreie Motive maßgeblich waren. Grundsätzlich ging es darum, das wirtschaftliche Gewicht der Einwohnerwehr als Massenorganisation auf dem freien Markt besser auszunützen, d. h. etwa bei der Beschaffung von Ausrüstungsgegenständen Vorkaufsrechte und Mengenrabatte zu erzielen, um das so erworbene Material dann zu günstigen Konditionen an die Wehrmänner abzugeben.²¹⁹¹ War hiergegen im Prinzip nichts einzuwenden, führte die Auslagerung dieser Aufgabe auf eine formal unabhängige GmbH jedoch dazu, dass die auf diesem Weg getätigten Geschäfte fortan nicht mehr im allgemeinen Haushalt der Einwohnerwehr erschienen und somit auch die dabei erzielten Erträge nicht mehr auf der Einnahmeseite verbucht wurden. Während die staatlichen und privaten Geldgeber somit weiterhin für alle unmittelbaren Kosten des Selbstschutzes aufkommen mussten, lagerte die Einwohnerwehr hier anfallende Gewinne in einen Sonderetat aus²¹⁹² und schraubte mit dieser parallelen Buchführung indirekt auch das ausgewiesene Defizit, d. h. den eigenen Finanzbedarf, künstlich in die Höhe.

²¹⁸⁸ Hierzu nur bei Nußer, Wehrverbände, 151 einige knappe Hinweise. Vgl. Kanzler, Bolschewismus, 178-182 und Schober, Geschichte, B XI, pag. 66 - HS 923: „Für die anwachsenden Bestände der Wirtschaftsstelle wurden in der Luftschifferkaserne einige geeignete Lagerräume gewonnen. Am 7.3.20 wurde, wie bereits in A. XIII. eingehend behandelt, die Wirtschaftsabteilung als selbständige GmbH von der L.L. abgetrennt. [...] Am 10.3. wurde diese Neugründung auch von der Landesausschuss-Sitzung genehmigt. Am 5.3.20 wurde von der LL mit ihr ein ‚Vertrag‘ eingegangen, demzufolge ihr alle Beschaffungen des Landesverbands übertragen wurden.“

²¹⁸⁹ Zu Joseph Kern siehe Anm. 1691.

²¹⁹⁰ Vgl. Schober, Geschichte, B XI, pag. 77 (HS 923). Als Vertreter der Kreisleitung Oberbayern amtierte im Aufsichtsrat außerdem der persönliche Freund Kahrs, Bankdirektor Wilhelm Seitz, siehe Anm. 1105.

²¹⁹¹ Vgl. die Mitteilungen der Landesleitung vom 24.3.1920 in: Schober, Geschichte, B XI, pag. 67 - HS 923.

²¹⁹² Landesschatzmeister Roeckl bezeichnete sowohl im Landesfinanzausschuss (Niederschrift vom 19.2.1920; Bestand Einwohnerwehr 3, Akt) wie auch später im Landesausschuss (Schober, Geschichte, A XV, pag. 344 - HS 920, Niederschrift vom 2.6.1920, pag. 33) die staatlichen Zuschüsse, die privaten

Ähnlich bedenklich wirkt es schließlich, dass die Einwohnerwehr die privatwirtschaftliche Fassade der Wirtschaftsstelle zudem zur Tätigkeit von Geschäften ausnutzte, die so unter staatlicher Aufsicht kaum vorstellbar waren; neben Waffenverkäufen ins Ausland²¹⁹³ fiel unter diese Kategorie vor allem der Erwerb des Ring-Hotels am Sendlinger-Tor-Platz. Hierbei handelte es sich um ein fünfstöckiges Gebäude in zentraler Münchener Lage²¹⁹⁴, das die Landesleitung am 1. Juli 1920 als neue Geschäftszentrale mietweise bezog. Dabei lief die beinahe skurril anmutende Geschäftsstruktur letztlich darauf hinaus, dass die Wirtschaftsstelle der Einwohnerwehr gegenüber ihrem eigenen Landesverband als Vermieter auftrat und die aus öffentlichen Mitteln aufbrachten Mietzahlungen als Gewinne einstreichen konnte. Doch nicht nur das finanzielle Kalkül ging letztlich auf: Denn hätte der Finanzausschuss des Landtages sicherlich weder einer solchen Vereinbarung noch einer derart komfortablen Unterbringung zugestimmt, konnte die Einwohnerwehr-Führung den Kauf des Ring-Hotels jetzt sogar in der Presse als externen Vorgang darstellen und – offenbar ohne größeres Aufsehen zu erregen – ihn als unabhängige geschäftliche Aktivität der Wirtschaftsstelle bezeichnen.²¹⁹⁵

Überrascht es daher auch kaum, dass Gustav von Kahr gegenüber solchen zweifelhaften Praktiken stets die Distanz wahrte, stand er hingegen allen Bestrebungen, die Öffentlichkeitsarbeit der Einwohnerwehr auszuweiten und effizienter zu gestalten, sehr wohlwollend gegenüber. Der Innenminister zeigte daher auch Präsenz, als am 25. März

Spenden und die „Einnahmen der Wirtschaftsabteilung“ als die drei Finanzquellen der Einwohnerwehr; vgl. außerdem das Rundschreiben der Landesleitung vom 31.5.1920 zur Tätigkeit der Wirtschaftsstelle (Schober, Geschichte, B XI, pag. 70 - HS 923): „Um Käufe im freien Handel abzuschließen, musste rasch dispensiert werden können, ja selbst bei Übernahme aus der Heeresverwertung war Bargeld notwendig. Die Landesleitung erhielt aber nur so viel aus Staatsmitteln überwiesen, als für Bezahlung der Gehälter und des nötigsten Sachbedarfes für Bürozwwecke notwendig war. Auch hätte das Ministerium es abgelehnt, Geld vorzuschießen, um den Mitgliedern der Einwohnerwehr-Organisationen wirtschaftliche Vorteile verschaffen zu können. [...] So entwickelte sich durch obige Gründe veranlaßt aus der Abteilung des Landeszeugwarts die Wirtschaftsabteilung der EWB.“

²¹⁹³ Vgl. hierzu die detaillierten Übersichten mit Zahlenangaben bei Rape, Heimwehren, 100-115; Nußer, Wehrverbände, 166-170.

²¹⁹⁴ Vgl. die sieben Planskizzen (Erdgeschoss, Keller, Stockwerk 1-4, Dachgeschoss) zum Gebäude Sendlingertorplatz 1 (Ring-Hotel) mit Funktionsbeschriftung der einzelnen Zimmer in Schober, Geschichte - HS 921 (keine Paginierung).

²¹⁹⁵ Vgl. den Bericht Kerns über den Ankauf des Ringhotels bei der Tagung des Landesausschusses am 1. Juni 1920 (Schober, Geschichte, A XV, pag. 344 - HS 920, Niederschrift vom 2.6.1920, pag. 28 und 31), den „Mietvertrag zwischen der Wirtschaftsstelle der E.W. Bayern und dem Landesverband der E.W. Bayerns e.V. vom 18.12.1920“ (Schober, Geschichte, pag. 35a - HS 921; demnach war eine Jahresmiete von 45 000 Mark zu entrichten) und die Presseerklärung in der Münchener Zeitung vom 25.5.1920: „Die Wirtschaftsstelle der EWB teilt mit, daß die Landesleitung der EWB mit dem Ankaufe des Ringhotels nichts zu tun habe. Die Wirtschaftsstelle hat das Ringhotel erworben, um Arbeitsräume sowohl für die Wirtschaftsstelle selbst, als auch für die Landesleitung der EWB zu schaffen. Die bereits verbreiteten Gerüchte von einer Umwandlung in ein Warenhaus oder auch nur in Geschäftsräume sind unrichtig.“ Vgl. auch die Darstellung bei Kanzler, Bolschewismus, 181.

1920 das bisherige Stabsreferat IX offiziell in die Presse- und Propagandaabteilung der Einwohnerwehr umgewandelt wurde²¹⁹⁶: Die weiterhin von Hauptmann Walter Schenk geführte Stelle unterstand von nun an direkt der Landesleitung und erhielt mit dem Industriellen Ernst L. Eppner außerdem einen ehrenamtlichen Vorstand²¹⁹⁷, dessen Aufgabe gewiss primär darin bestand, in seinen Kreisen Mittel für den genannten Zweck zu werben. Unter solch günstigen Voraussetzungen stieg die Presse- und Propagandaabteilung in den folgenden Monaten dann auch zur am schnellsten wachsenden Sektion der gesamten Einwohnerwehr-Verwaltung auf und untergliederte sich im Oktober 1920 bereits in acht Spezialreferate – neben der Chefredaktion des weiter ausgebauten „Heimatland“ wurden inzwischen etwa auch die Bereiche Streikabwehr oder Mundpropaganda von eigens zuständigen Mitarbeitern betreut.²¹⁹⁸

Bei einer in diesem Tempo fortschreitenden Spezialisierung stellte es natürlich keine Schwierigkeit da, die neuen Büros am Sendlinger Tor rasch einer Nutzung zuzuführen²¹⁹⁹, zumal auch die anderen Stabsabteilungen weiterhin großzügig Personal einstellten. Die von Nußer ermittelte Zahl von zuletzt insgesamt 467 hauptamtlich Beschäftigten²²⁰⁰ belegt schließlich eindrucksvoll, dass sich die Geschäftsleitung der Einwohnerwehr inzwischen auf dem besten Weg befand, zur Größe eines eigenständigen Ministeriums anzuwachsen und damit den Rahmen einer von ehrenamtlichem Mitgliedern verwalteten Selbstschutzorganisation endgültig überschritten hatte.

2.1.3 Polizeidirektion München

Eine derartige Entwicklung konnte auf die Dauer freilich auch den interalliierten Kontrollkommissionen nicht verborgen bleiben und die Einwohnerwehr wurde – wie noch ausführlich beleuchtet – schließlich Opfer ihres eigenen Erfolgs. Immerhin passte aus der Sicht der Inspektoren eine so großzügig ausgestattete Zentrale nur allzu gut in das Bild pompös inszenierter Paraden oder aufwendig gestalteter Werbekampagnen und diente schließlich als weiteres Argument, den rein defensiven Charakter des Verbandes in Zweifel zu ziehen; im Mai 1921 stieß Reichskanzler Wirth deshalb sogar in Teilen der

²¹⁹⁶ Schober, Geschichte, B VIII, pag. 21-24 - HS 923.

²¹⁹⁷ Die Landesleitung hatte es also doch noch geschafft, Eppner, der zunächst die Übernahme des Postens eines stellv. Landesschatzmeisters abgelehnt hatte (siehe Anm. 1702), zu einem Engagement zu überreden, vgl. die Gliederung der Abteilung IX vom Oktober 1920 in Schober, Geschichte, pag. 8 - HS 921.

²¹⁹⁸ Ebd.

²¹⁹⁹ Auch der Bayerische Ordnungsblock und die Organisation Escherich erhielten im Ringhotel eigene Büros zugewiesen, siehe Anm. 2194.

²²⁰⁰ Nußer, Wehrverbände, 107 und 210. Vgl. die „Übersicht über das besoldete Personal der Landesleitung“ (mit Zeitraum der Anstellungen) in Schober, Geschichte, pag. 25-30 - HS 921.

BVP mit seinem Vorschlag, das Hauptquartier am Sendlinger Tor als unnötigen Stein des Anstoßes aufzugeben, auf Zustimmung.²²⁰¹

Verglichen mit den anderen staatlich anerkannten Sicherheitsorganen genoss die – zumindest in München – noch komfortabler untergebrachte Polizei²²⁰² also bereits deshalb eine privilegierte Stellung, da sie als einzige der betroffenen Institutionen nicht im Fokus der Entente stand und allgemein als unverzichtbares Instrument der Kriminalitätsbekämpfung anerkannt wurde. Abgesehen davon fungierten Gendarmerie und Polizei jedoch auch sonst weiterhin als die wichtigste Instanzen zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung im Freistaat, da die Polizeihöhe unverändert in die alleinige Kompetenz der Länder fiel²²⁰³ und die Behörden auch auf einen reichen Erfahrungsschatz sowie professionelle Mitarbeiter zurückgreifen konnten. Eine besondere, über ihren territorialen Wirkungskreis hinausreichende Bedeutung kam hierbei schon traditionell der inzwischen von Ernst Pöhner geleiteten Polizeidirektion München zu, die in einigen Feldern der Sicherheitspolitik seit längerer Zeit zu einer Art bayernweiten Koordinationsbehörde ausgebaut worden war und unter der Regierung Hoffmann noch zusätzliche Kompetenzen erhalten hatte. Eine knappe Rekapitulation dieser Entwicklung macht die sehr eigenständige Stellung der Institution – die in der formalen Behördenhierarchie eigentlich auf einer Stufe mit einem kleinem Bezirksamt stand²²⁰⁴ – zu Beginn des Jahres 1920 deutlich:

Im Zuge ihres Ausbaus zur obersten Polizeibehörde einer Großstadt hatte sich die bereits 1898 verstaatlichte Polizeidirektion²²⁰⁵ einerseits schrittweise von der praktischen Dienstaufsicht der Regierung von Oberbayern emanzipiert: Von der Personalausstattung weiterhin in erster Linie auf die Bewältigung des von der Land-Gendarmerie erzeugten Geschäftsaufkommens zugeschnitten, war die dortige Kammer des Innern schlichtweg immer weniger in der Lage, die Tätigkeit der inzwischen oft hoch spezialisierten Referate der Hauptstadt-Polizei sachgerecht zu kontrollieren; in einer Art stillschweigenden Übereinkommen überließ sie es deshalb zunehmend dem Innenministerium, einschlägige

²²⁰¹ Siehe hierzu Anm. 2807.

²²⁰² Wie in Kapitel IV 3.3.1 erläutert, hatte die Polizei seit 1914 ihren Sitz im auf Initiative der Künstlerkoalition um Kahr umgestalteten Augustinerstock.

²²⁰³ Das Polizeiwesen ist in Art. 6 und 7 der Weimarer Reichsverfassung (Bereiche der Gesetzgebungshoheit des Reiches) nicht aufgeführt, demnach galt hier Art. 12: „Solange und soweit das Reich von seinem Gesetzgebungsrechte keinen Gebrauch macht, behalten die Länder das Recht der Gesetzgebung.“

²²⁰⁴ Zur formalen und tatsächlichen Stellung der Polizeidirektion in der Verwaltungspraxis vgl. die Denkschrift der Polizeidirektion vom 4.12.1926 (MInn 71 880).

²²⁰⁵ Die Schutzmannschaft in München wurde 1898 aus der Gendarmerie ausgegliedert und direkt der Polizeidirektion unterstellt, vgl. Volkert, Handbuch, 51.

Fragen auch direkt mit der Eттstraße abzustimmen und beschränkte sich weitgehend darauf, den Haushalt der Behörde zu genehmigen.²²⁰⁶ Der Polizeipräsident galt daher auch längst als Hauptverantwortlicher für den Erhalt der öffentlichen Sicherheit in München, weshalb auch der Ausbruch der Revolution in erster Linie Rudolf Beckh und weniger seinem formellen Dienstvorgesetzten Gustav von Kahr angelastet worden war.²²⁰⁷

Andererseits fungierte die Polizeidirektion ab ca. 1900 in einer steigenden Anzahl von Verwaltungsfeldern als eine Koordinierungs- bzw. Datensammelstelle für das gesamte Königreich, wobei in dieser Hinsicht wohl in erster Linie das Wirken der sog. Zigeunerzentrale und das Register des daktylographischen Erkennungsdienstes anzuführen sind²²⁰⁸; so betrachtet, bedeutete der Wiederaufbau der Behörde nach den Verwüstungen der Räteherrschaft deshalb auch für die Kollegen im übrigen Bayern eine wichtige Arbeitserleichterung. Mit der unbefristeten Inkraftsetzung des zivilen Ausnahmezustandes am 1. Dezember 1919 und der damit verbundenen Bestellung Ernst Pöhners zum Staatskommissar gingen schließlich bis auf weiteres zusätzliche Vollmachten an die Hauptstadt-Polizei über: Wie die Präsidenten der Kreisregierungen – und ihnen damit auch erstmals formal z. T. gleichgestellt – war der Polizeipräsident in den Bezirken München-Stadt und -Land ab sofort befugt, Schutzhaft oder Aufenthaltsbeschränkungen zu verfügen, Maßnahmen zum Jugendschutz oder zur „Zigeunerbekämpfung“ einzuleiten oder eigenverantwortlich die Kontrolle über den öffentlichen Verkehr an sich zu ziehen.²²⁰⁹

Genoss Ernst Pöhner als Präsident einer polizeilichen Vollzugsbehörde also bereits eine bemerkenswert unabhängige Stellung, erhielt er jedoch erst nach Umbildung der Regierung im März 1920 die Gelegenheit, die in dieser Konstellation enthaltenen

²²⁰⁶ Polizeipräsident Pöhner beantragte deshalb auch im Dezember 1919 die Aufhebung der formalen Dienstaufsicht durch die Kreisregierung: „Über die jetzige Stellung und Bedeutung der Polizeidirektion brauche ich dem mit den Verhältnissen wohl vertrauten Staatsministerium keinen Vortrag zu erstatten; auch brauche ich darüber nicht viel zu reden, dass in örtlicher Beziehung die zentrale Bedeutung der Polizeidirektion im steten Wachsen ist. Die dienstlichen Beziehungen zur Regierung sind keine nennenswerten mehr. Die Unterstellung unter sie ist bei der (schriftlich und mündlich) äußerst regen Wechselbeziehung zwischen Polizeidirektion und Staatsministerium alles andere als Geschäftsvereinfachung.“ (Pöhner an Innenministerium vom 14.12.1919; MInn 71 880).

²²⁰⁷ Die MNN fügten der Proklamation des Freistaats Bayern durch den Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat deshalb auch eine die Autorität dieses Gremiums anerkennende „Erklärung des Münchner Polizeipräsidenten“ bei, die die Zusage einer vorläufigen Kooperation der staatlichen Sicherheitskräfte mit den Revolutionären beinhaltete (MNN Nr. 564 vom 8.11.1918).

²²⁰⁸ Vgl. Albrecht, Zigeuner, 112-131.

²²⁰⁹ Entsprechend der Verordnung vom 4.11.1919 wurde der Münchner Polizeipräsident neben den sieben rechtsrheinischen Regierungspräsidenten Staatskommissar des Ausnahmezustandes und verfügte damit auch über die gleichen Sondervollmachten, siehe S. 432 f.

Potenziale zum selbständigen Agieren voll auszuschöpfen: Denn hatte SPD-Innenminister Endres spätestens nach den Arco-Krawallen die Polizeidirektion unter strengere Kuratel genommen und offenbar sogar mit dem Gedanken gespielt, ihren Präsidenten ganz abzulösen²²¹⁰, befreite ihn dessen Amtsnachfolger Kahr schnell von allen Sorgen um seine unabhängige Position und gewährte auch sonst einen beträchtlichen Vertrauensvorschuss. Zwar hat die Forschung den großen Einfluss des Polizeipräsidenten²²¹¹ bei der Formierung der „Ordnungszelle Bayern“ längst erkannt, die dafür angeführten Belege lassen jedoch – für sich genommen – keine näheren Rückschlüsse auf das Verhältnis zwischen Polizei- und Ministerpräsident zu. Denn dienten die späteren Lobreden Hitlers auf Pöhner und seinen Vertrauten Frick²²¹² natürlich auch dazu, die politische Rolle der beiden Gesinnungsgenossen zu überhöhen, wird auch bei der Unterstützung der Kapp-Putschisten nicht deutlich, ob Pöhner aus eigener Initiative oder in Einvernehmen mit seinem Vorgesetzten, Innenminister Kahr, handelte.²²¹³ Da für 1920 außerdem kaum aussagekräftige Ego-Dokumente vorliegen, ist die Basis an Quellen, die Aussagen zum Verhältnis Kahr-Pöhner enthalten, zwar relativ schmal, aber doch ausreichend belastbar: Neben der bereits geschilderten energischen Protektion im Kontext der Plakataffäre spricht vor allem die Tatsache, dass sich Kahr

²²¹⁰ Vgl. die Äußerung Endres im Ministerrat vom 15.3.1920 (Vormittag; Protokoll in MA 99 514): „Der Polizeipräsident ist für mich erledigt. Sein Verhalten ist mit daran Schuld an dem jetzigen Durcheinander.“ sowie seine Ausführungen im Landtag am 12. November 1920 (Verh. Landtag 1920/21, Bd. I, 718): „So ist zu einem gewissen Zeitpunkt im Jahre 1920 diese Wandlung [gemeint: äußerer politischer Gesinnungswandel, M.B.] auch beim Herrn Polizeipräsidenten Pöhner, den ich lange Zeit als einen sehr tüchtigen Beamten geschätzt habe, eingetreten, und zwar eine Wandlung derart, daß ich mich veranlaßt gesehen habe, an der geeigneten Stelle Mitteilung davon zu machen und bereits den Nachfolger in Aussicht zu stellen. [...] Es ist kein Fehler, wenn man einmal einen Mißgriff macht, aber ein Fehler ist es, wenn man diesen Mißgriff erkennt und bleibt darauf bestehen.“

Mit Regierungsrat Alfred Staehler, zu diesem Zeitpunkt zweiter Vorsitzender des Direktoriums der Reichsgetreidestelle, war außerdem offenbar bereits ein Nachfolger im Gespräch, vgl. Helmut Gembries, *Verwaltung und Politik in der besetzten Pfalz zur Zeit der Weimarer Republik* (Beiträge zur pfälzischen Geschichte 4), Kaiserslautern 1992, 212.

²²¹¹ Dies schon bei Speckner, *Ordnungszelle*, 190 sowie im Überblick Schröder, *Münchener Polizei*, 19-22; Walther Hemmeter bezeichnete den Polizeipräsidenten im Hitler-Ludendorff-Prozess 1924 dann auch als „getreue[n] Eckhardt“ Kahrs (Lothar Gruchmann - Reinhard Weber (Hg.), *Der Hitler-Prozess 1924*. Wortlaut der Hauptverhandlung vor dem Volksgericht München I, Teil 4, München 1999, 1380), während Esser im Nachhinein davon spricht, dass Pöhner damals die „rechte Hand“ Kahrs gewesen sei, die „alles Machtpolitische“ geregelt habe (Zeitzeugeninterview mit Hermann Esser, *IFZ*, ED 561/2, Abschnitt 2, pag. 25).

²²¹² Bekannt ist die Passage aus „*Mein Kampf*“, in der Hitler Pöhner und Frick attestiert, sie seien die einzigen höheren Staatsbeamten gewesen, „die schon damals den Mut besaßen, erst Deutsche und dann Beamte zu sein.“ (Christian Hartmann u. a. (Hg.), *Hitler, Mein Kampf. Eine kritische Edition*, Bd. I, München / Berlin 2016, [389]) Ein ähnliches Lob findet sich in den Memoiren Alfred Rosenbergs (zitiert nach Michael Kellog, *The Russian Roots of Nazism. White Émigrés and the Making of National Socialism*, Cambridge 2005, 110), der hervorhebt, wie Pöhner seine „schützende Hand“ über die junge NS-Bewegung gehalten habe.

²²¹³ Zur Unterstützung der Kapp-Putschisten durch die Polizeidirektion vgl. Martin Sabrow, *Die verdrängte Verschwörung. Der Rathenau-Mord und die deutsche Gegenrevolution*, Frankfurt am Main 1999, 35; Thoß, *Ludendorff-Kreis*, 119 f.

entschloss, den Polizeipräsidenten in seine vertraulichen Verhandlungen mit Rechberg und Naumann einzubeziehen, für eine enge, über das dienstliche oder sachliche Gebiet hinausreichende Kooperation beider Protagonisten. So war es Naumann und Rechberg, aber auch dem Horthy-Unterstützer Gyula Gömbös offenbar bekannt, dass Pöhner ständigen Zugang zum Ministerpräsidenten hatte und ersuchten ihn daher mehrfach bei dringenden oder wichtigen Mitteilungen um seine Vermittlung oder Fürsprache²²¹⁴; so konnte es etwa auch vorkommen, dass der Polizeipräsident und sein Stellvertreter, Wilhelm Frick, bei Abwesenheit Kahrs die Prüfung einer eingehenden Nachricht übernahmen und sie dem Minister dann persönlich in sein Urlaubsdomizil überbrachten.²²¹⁵ Pöhner, selbst Mitglied des Alldeutschen Verbandes, legte außerdem darauf Wert, Kahr in engeren Kontakt mit Vertretern seines politischen Lagers zu bringen und fand dabei bei seinem Vorgesetzten meist ein offenes Ohr; so ist etwa auch davon auszugehen, dass die erste Unterredung Kahrs mit Hitler am 14. Mai 1921 auf seine Vermittlung erfolgte.²²¹⁶

Es überrascht daher kaum, dass die Polizeidirektion unter Innenminister Kahr auch weiterhin zusätzliche Kompetenzen übertragen erhielt: So wurde etwa, wie schon dargestellt, die Umsetzung der neuen Fremden gesetzgebung – inklusive des Betriebs des Lagers Ingolstadt – fortan offiziell durch die Münchener Polizei koordiniert²²¹⁷, die damit in einem weiteren wichtigen Verwaltungsbereich als zentrale Steuerungsbehörde für Bayern fungierte. Im April 1920, d. h. inmitten der Aufregung um die Plakataffäre, erhielt Staatskommissar Pöhner über eine kleine Modifikation der Ausnahmezustandsbestimmungen außerdem die Vollmacht, von sich aus Zeitungsverbote auszusprechen²²¹⁸ – gerade in der Pressestadt München war eine solche Eingriffsmöglichkeit ein wichtiges politisches Instrument. Hier eher von sekundärer Bedeutung, aber in die gleiche Richtung weisend, sind in diesem Zusammenhang dann noch die mit einer beträchtlichen Stellenvermehrung verbundene direkte Unterstellung der Kriminalschutzpolizei unter die

²²¹⁴ Vgl. der Brief Prof. Ottos an Pöhner (o. D.) mit der Bitte um Übermittlung eines Schreibens von Gyula Gömbös an Kahr (Privatnachlass Kahr, Politische Korrespondenz) oder auch der nach einer Rücksprache mit Pöhner übermittelte Vorschlag Naumanns, zum Erhalt der Einwohnerwehr Kontakte nach Amerika zu knüpfen (Naumann an Kahr vom 4.2.1921, MA 102 383).

²²¹⁵ Vgl. Pöhner an Naumann vom 15.9.1920 (BSB, Naumannia B. IV, Ernst Pöhner).

²²¹⁶ So die Andeutung im Zeitzeugeninterview mit Hermann Esser (IfZ, ED 561/2, Abschnitt 3, pag. 1), der davon spricht, dass Pöhner zuerst als behördlicher Ansprechpartner für Hitler gedient habe, ehe es dann zum Empfang bei Kahr gekommen sei.

²²¹⁷ Siehe Anm. 1945.

²²¹⁸ Vgl. Verordnung über einstweilige Maßnahmen nach Art. 48 Abs. 4 der Reichsverfassung vom 8.4.1920 (GVBl. 1920, 109 f.) sowie die Beschlussfassung in der Ministerratssitzung vom 8.4.1920, TOP II (Protokoll in MA 99 515).

Polizeidirektion²²¹⁹, die Verlegung des Münchener Kommandos der Landespolizei in die Ettstraße²²²⁰ oder die Gründung weiterer Zentralstellen²²²¹ unter dem Dach der Behörde anzuführen.

Soweit es die Polizeidirektion München betrifft, setzte sich die aus dem Krieg und der Revolution bekannte Auslagerung einzelner Elemente der staatlichen Vollzugsgewalt an parallele oder untergeordnete Instanzen also nahtlos fort. Werden im klassischen Bild der „Ordnungszelle Bayern“ vor allem Wehrverbände oder einzelne politische Gruppierungen als Hauptprofiteure dieser Entwicklung eingestuft, ist diese Deutung damit bereits an dieser Stelle insoweit zu ergänzen bzw. zu korrigieren, dass unter der Regierung Kahr auch staatliche Vollzugsbehörden z. T. über einen beträchtlichen Handlungsspielraum verfügten – die Beteiligung der Polizeidirektion an der Protektion des Ludendorff-Kreises und der entstehenden OC ist sonach auch vor diesem Hintergrund zu bewerten.

2.2 Über die Grenzen des Freistaats hinaus: Die Expansion der Selbstschutzbewegung

Da solche Formen der Kooperation freilich schon sehr weitreichenden Charakter annahmen und daher auf fest definierte Kollektive beschränkt blieben, versucht die Darstellung zunächst den Blick zu weiten: Sie geht erst einmal darauf ein, wie sich Bayern zu einem Kristallisationspunkt der deutschen und österreichischen Selbstschutzbewegung entwickelte und damit aus Sicht vieler einflussreicher Gesinnungsgenossen Kahrs eine erfolgreiche Transformation vom Land der Räterepublik zum begehrten Bündnispartner vollzog.²²²² Zwar trat der Ministerpräsident hierbei kaum aktiv in Erscheinung und überließ die Gestaltung dieses Umbruchs im Wesentlichen den Führungsfiguren der Landesleitung: Die grenzüberschreitenden Aktivitäten der Einwohnerwehr verdienen

²²¹⁹ Vgl. die Erläuterungen im Stellenausweis der Gehaltsordnung (Verh. Landtag 1919/20, Beil. Bd. IV, Beilage 1548, 40) und die Darstellung der damit gegebenen Zuständigkeiten in einer Note von Staatssekretär Schweyer an das Wehrkreiskommando VII vom 22.12.1920 (MInn 66 253): „Hier laufen die Fäden des Sicherungsdienstes bei der Polizeidirektion zusammen. Sie verfügt in dem ‚Kommando der Landespolizei‘ über eine starke, vollkommen eingearbeitete und mit den Verhältnissen verwachsene wehrtechnische Abteilung, die demnächst auch räumlich mit der Polizeidirektion vereinigt wird. Dieses Kommando trifft nach den Weisungen des Polizeipräsidenten alle Vorbereitungen für den Fall von Unruhen im Benehmen mit der Kreisleitung Münchens der EWB. und der TNB.“

²²²⁰ Vgl. Schweyer an Polizeidirektion vom 12.2.1921 (MInn 71 880).

²²²¹ So wurde der Polizeidirektion München ab 1919 auch eine Zentralstelle für Grenzpolizeidienst, eine Sammelstelle für Glücksspiele oder eine Nachrichtensammelstelle für Vermisste und unbekannt Tote angegliedert; auch offizielle Mitteilungen im Rundfunk fielen ab 1924 in ihren Zuständigkeitsbereich, vgl. Denkschrift der Polizeidirektion vom 4.12.1926 in MInn 71 880.

²²²² Lebenserinnerungen von Heinrich Claß (1915-1933), pag. 636 (Bundesarchiv Berlin, NL Claß N 2368/3): „So war Bayern, gestern noch der Sitz und das Betätigungsgebiet wüster Mordgesellen und Phantasten, nun der sicherste Teil, ja geradezu die ‚Ordnungszelle‘ des Vaterlandes geworden.“

gleichwohl auch in dieser Studie Beachtung, da Kahr als enger Vertrauter der Orgesch- und Orka-Führung nun aus privilegierter Warte mit verfolgen konnte, wie sich die Struktur des rechtsnationalen Milieus in- und sogar außerhalb des Reiches im Laufe des Jahres 1920 veränderte und als Ergebnis dieses Prozesses zugleich eine Reihe wertvoller Kontakte gewissermaßen auf dem Silbertablett serviert erhielt. Escherich und seine Mitstreiter hielten den Ministerpräsidenten außerdem regelmäßig über alle Entwicklungen auf dem Laufenden²²²³ und führten damit die seit den Anfangszeiten der Einwohnerwehren geübte Praxis fort.

2.2.1 Heimwehren im Ausland: Die Organisation Kanzler und ihr Engagement in Österreich

Diese klare Hierarchie wurde etwa spürbar, als sich die Einwohnerwehr im Frühjahr 1920 erstmals anschickte, den 1919 etablierten territorialen und organisatorischen Rahmen zu überschreiten und begann, den Aufbau der Heimatwehren in Österreich zu fördern und mitzugestalten.²²²⁴ Dabei erschloss sich in erster Linie für Rudolf Kanzler, der seine Nachordnung gegenüber Landeshauptmann Escherich weiterhin nicht völlig verwinden konnte²²²⁵, das ersehnte eigenständige Betätigungsfeld. Bei aller Freude über diese Gelegenheit versäumte er es jedoch nicht, sich vor Einleitung jeglicher Schritte der Zustimmung Gustav von Kahrs zu versichern: Nach einem Vorbereitungstreffen in Rosenheim begab sich Kanzler daher nach München und ließ sich in einer Besprechung am 21. Februar den Auftrag des Regierungspräsidenten und der Landesleitung erteilen, in Salzburg einen Wehrverband nach bayerischen Vorbild aufzubauen.²²²⁶

Glaubt man den nachträglichen Darstellungen von Seiten der Einwohnerwehr, hatten die erst rudimentär ausgebildeten Selbstschutzverbände dieses österreichischen Bundeslandes ihre bayerischen Kollegen um entsprechende Unterstützung ersucht, da es der österreichischen Sozialdemokratie weitgehend gelungen war, ihr Konzept zum

²²²³ Allein für das Jahr 1920 verzeichnet das Terminkalender Escherichs so insgesamt 31 persönliche Treffen mit Kahr nach seiner Wahl zum Ministerpräsident im März (NL Escherich 6).

²²²⁴ Eine detaillierte Aufarbeitung dieses Themenkomplexes bietet: Rape, Heimwehren; auch Thoß, Ludendorff-Kreis und Nußer, Wehrverbände gehen hierauf ausführlicher ein. Eine allgemeine Darstellung der Frühgeschichte der Heimwehr findet sich bei: Clifton E. Edmondson, *The Heimwehr and Austrian Politics 1918-1936*, Athens 1978; Walter Wiltschegg, *Die Heimwehr: Eine unwiderstehliche Volksbewegung? (Studien und Quellen zur österreichischen Zeitgeschichte 7)*, München 1985.

²²²⁵ Vgl. etwa die offenbar genervte Bemerkung Escherichs nach einem persönlichen Gespräch im September 1920, Kanzler fühle sich „immer zurückgesetzt“ (Terminkalender Escherich, Eintrag 25.9.1920; NL Escherich 6), zu den Hintergründen des gespannten Verhältnisses siehe Anm. 1601.

²²²⁶ Diese Besprechung, bei der die Grundsatzentscheidung fiel, die Aktivitäten nach Österreich auszudehnen, ist mehrfach belegt: Kanzler, *Bolschewismus*, 86; Tagebuch Escherich, Eintrag 21.2.1920 (NL Escherich 6), Reisetagebuch Stempfle (NL Stempfle 4).

Aufbau des jungen Bundesheeres durchzusetzen und zudem Revolten in einigen Großstädten erwartet wurden²²²⁷; allerdings liegen auch Hinweise dafür vor, dass nicht zuletzt das Umfeld Kanzlers die vorgebrachten Befürchtungen auch vor dem Hintergrund weiterhin kursierender Anschlusspläne gezielt schürte und die Gesinnungsgenossen jenseits der Grenze so gewissermaßen zu einem Hilfeersuchen einluden.²²²⁸

Wie dem auch sei, stand der nun in Aktion tretende Mitarbeiterstab des Obergeometers, der auf dem ersten Blick vielleicht etwas willkürlich zusammengesetzt erscheint, auf jeden Fall schon längere Zeit für entsprechende Unternehmungen bereit: So vertrat Franz Xaver Zahnbrecher (BVP) im Landtag nicht nur den örtlichen Wahlkreis Traunstein, sondern hatte bereits im April 1919 seinen Beitrag zur „Aufklärung“ der Landbevölkerung über die Schreckensherrschaft der Räte geleistet²²²⁹ und Bernhard Stempfle bei dessen Propagandareisen im Dienste des Freikorps Chiemgau in Südbayern begleitet. Der ehem. Hieronymitenpater, der bereits im Krieg als öffentlicher Redner und Verfasser anonymisierter Zeitungsartikel in Erscheinung getreten war, versah seinerseits inzwischen das Pressereferat beim sog. Grenzschutz Süd²²³⁰, der ebenfalls unter der Leitung Kanzlers agierte. Stabsleiter, d. h. militärischer Koordinator dieser an den Einwohnerwehr-Gau Chiemgau angeschlossenen Abteilung war wiederum Oberleutnant Karl Krazer, der im April 1919 ebenfalls zum Chiemgauer Freikorps gefunden hatte.²²³¹ Komplettiert wurde der innere Zirkel Kanzlers schließlich durch Gottfried Schindlbeck²²³², der als Offiziant beim Messungsamt Rosenheim arbeitete und sich seinem dienstlichen Vorgesetzten offenbar auch in politischer Hinsicht empfohlen hatte.²²³³

²²²⁷ So die Darstellung in einem Memorandum Zahnbrechers vom 20.3.1920 (NL Kanzler 2).

²²²⁸ Vgl. das Rundschreiben Zahnbrechers vom 16.2.1920 (kein Adressat ersichtlich) mit der Aufforderung, Bauernwehen in jeder Landgemeinde zu bilden und der abschließenden Bemerkung: „Ich ersuche, die Gedanken in Ihren Kreisen vertraulich zu besprechen und mir baldigst Nachricht zugehen zu lassen, ob Sie gegebenenfalls dieser Lösung im Augenblicke der Gefahr zustimmen würden. Gegebenenfalls wäre ich bereit zu einer Konferenz nach Salzburg mit maßgebenden Herrn zu kommen, um alle diese Fragen zu besprechen und hernach in München in einer Aussprache dahin zu wirken, daß auch hier im gegebenen Augenblicke das nötige veranlaßt wird.“ (PAAA, R 73 323) Vgl. Robert Gerwarth, *Fighting the Red Beast. Counter Revolutionary Violence in the Defeated States of Central Europe*, in: Jochen Böhrer u. a. (Hg.), *Legacies of Violence: Eastern Europe's First World War (Europas Osten im 20. Jahrhundert 3)*, München 2014, 209-234, hier: 219.

²²²⁹ So der Eintrag im „Reisetagebuch 1919/20“ von Bernhard Stempfle in NL Stempfle 4.

²²³⁰ Zu Bernhard Stempfle vgl. Othmar Plöckinger, *Geschichte eines Buches: Adolf Hitlers „Mein Kampf“ 1922-1945*, München 2011, 133-141; Stempfle war vom 1.2.1920 bis 30.6.1921 Pressereferent bei der Orka (Urkunde in NL Stempfle 10).

²²³¹ Zu Karl Krazer (vgl. Nußer, *Wehrverbände*, 160) waren keine weitergehenden Informationen zu ermitteln.

²²³² Vorname durch Namensregister in NL Kanzler 2 ermittelt.

²²³³ Vgl. auch das Schreiben Kanzlers an Escherich vom 23.11.1929 (NL Kanzler 2) zum Unterstützerkreis bei der Gründung der „Orka“.

Der Obergeometer und seine Mitarbeiter waren also durchaus aufeinander eingespielt, der Aufbau eines Selbstschutzverbandes auf fremden Staatsgebiet stellte freilich eine besondere Herausforderung dar: Im Vergleich zu späteren Initiativen ging Kanzler deshalb in Salzburg besonders akribisch vor und beteiligte sich erst nach mehreren Sondierungsgesprächen²²³⁴ an einer Vertreterversammlung aller Gauverbände des Bundeslandes. Die erste Bewährungsprobe verlief dann auch erfolgreich: Die am 7. März tagende Konferenz stimmte trotz durchaus kontroverser Diskussion den Vorschlägen Kanzlers zu und rief den Verbund der „Feld- und Flurschutzwachen“ ins Leben, der in den folgenden Monaten sowohl personell als auch materiell auf Unterstützung aus dem Freistaat zählen durfte.²²³⁵

Konnte sich die Einwohnerwehr in Salzburg also noch in der Rolle des uneigennütigen Helfers inszenieren, wurde bei den wenige Tage später beginnenden Verhandlungen mit Tirol hingegen schnell deutlich, dass Bayern auch bereit war, mit einer gewissen Hartnäckigkeit auf die Gründung verbündeter Wehrverbände zu hinarbeiten. Man bewertete einen Erfolg in dieser Angelegenheit offenbar sowohl als Prestigefrage wie auch als Voraussetzung zur Stabilisierung von Ruhe und Ordnung an den Grenzen. Nach einer zurückhaltenden Reaktion der Tiroler Verhandlungspartner²²³⁶ verliehen die Vertreter der Einwohnerwehr ihrem Angebot nämlich bald Nachdruck, indem sie für den Fall einer Kooperation den vergünstigten Bezug von Kohlen und Getreide in Aussicht stellten; unter dem neuen Ministerium Kahr begegneten entsprechende Zusagen der staatlichen Bergwerksverwaltung und der Bayerischen Lebensmittelstelle offenbar keinen Schwierigkeiten.²²³⁷ Nach drei nachweisbaren Treffen²²³⁸ hatte man schließlich genügend Verbündete gefunden: Dem weiterhin skeptischen Landeshauptmann Schraffl blieb daher am 13. Mai nichts mehr anderes übrig, als in die Formierung einer Tiroler Heimwehr²²³⁹ nach bayerischen Muster einzuwilligen: Die formal erst am 4. Mai aus dem

²²³⁴ Rape, Heimwehren, 116.

²²³⁵ Ein Protokoll der Sitzung ist in Bundesarchiv Berlin, NS 26/649 überliefert, vgl. Large, Einwohnerwehr, 56.

²²³⁶ Rape, Heimwehren, 140.

²²³⁷ Vgl. den Hinweis auf das Angebot der Bayerischen Lebensmittelstelle im Bericht des Konsulats Innsbruck vom 28.4.1920 (PAAA, R 73 323); Tirol erhielt außerdem eine gesonderte Kohlenlieferung aus Bayern (Rape, Heimwehren, 65).

²²³⁸ Vgl. den Überblick bei Rape, Heimwehren 142-144 (auf Grundlage der Akten der Orka im NSPAP-Hauptarchiv) sowie die Berichte des deutschen Konsulats Innsbruck vom 30.3. und 10.4.1920 (PAAA, R 73 323): Demnach sollte am 8.4.1920 eine weitere Konferenz in Mittenwald stattfinden, sie wurde jedoch abgesagt.

²²³⁹ Rape, Heimwehren, 145 f.; Wolfgang Rebitsch, Tirol - Land in Waffen. Soldaten und bewaffnete Verbände 1918 bis 1938 (Veröffentlichungen des Tiroler Landesarchivs 15), Innsbruck 2009, 117-132.

Grenzschutz Süd hervorgegangene Organisation Kanzler (Orka)²²⁴⁰ hatte ihre Agenda somit am Tiroler Regierungschef vorbei durchgesetzt.

Von derlei Erfolgen ermutigt, bereisten Kanzler, Zahnbrecher, Stempfle, Krazer und Schindlbeck in den folgenden Monaten in wechselnder Zusammensetzung die anderen österreichischen Bundesländer, um dort ebenfalls für den Aufbau einer Heimwehr bzw. deren Anschluss an die Orka zu werben; hier würde es freilich zu weit führen, auf die einzelnen Besuche konkret einzugehen, die zudem bei Rape im Detail aufgearbeitet sind.²²⁴¹ Immerhin verdient in diesem Zusammenhang noch gesonderte Erwähnung, dass der Bayerische Ordnungsblock in seiner ersten stürmischen Phase²²⁴² auch dieses Forum als geeignetes Betätigungsfeld einschätzte, um für die eigene Agenda zu werben: So nahm Walther Hemmeter als Vertreter der soeben aus der Taufe gehobenen Organisation an zwei der erwähnten Zusammenkünfte im April teil²²⁴³ und erhielt dabei die Gelegenheit, den Gedanken der bürgerlichen Einheitsfront als notwendige Grundlage jeder effizienten Selbstschutzbewegung zu propagieren. Tatsächlich formierten sich daraufhin in Tirol und auch in Voralberg sog. Ordnungsböcke²²⁴⁴, die jedoch mit ihrem Programm einer bürgerlichen Sammlungspolitik gerade in Österreich von vorneherein auf verlorenem Posten standen. Die Orka-Delegationen mussten auf ihren Reisen vielmehr rasch zur Kenntnis nehmen, dass die Gräben zwischen katholischen Christlich-Sozialen, nationalliberalen Deutschnationalen und schwarz-gelben Legitimisten vor allem in Oberösterreich und in der Steiermark, aber auch in Kärnten z. T. noch tiefer waren als zwischen den bürgerlichen Parteien Bayerns²²⁴⁵; im sozialdemokratisch dominierten Wien befand sich das – zumindest vorerst – einflusslose rechte Lager²²⁴⁶ sogar in beinahe sektiererisch anmutenden Grabenkämpfen, während in Voralberg²²⁴⁷ die

²²⁴⁰ Das genaue Gründungsdatum der Organisation Kanzler ist nicht ganz klar, wird jedoch meist mit dem 4. Mai 1920 (vgl. etwa Christoph Hübner, Organisation Kanzler (Orka), 1920/21, in: Historisches Lexikon Bayerns [URL: <[https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Organisation_Kanzler_\(Orka\),_1920/21](https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Organisation_Kanzler_(Orka),_1920/21)>, zuletzt eingesehen am 4.3.2021] angegeben; Anlass war eine Tagung in Rosenheim: Kanzler, Bolschewismus, 103 f.; der für Tirol teilnehmende stellv. Landeshauptmann Dr. Stumpf berichtete nach seiner Rückkehr dem deutschen Konsul Kuelmer vom Verlauf der Besprechungen (Bericht Kuelmer vom 11.5.1920; PAAA, R 73 324).

²²⁴¹ Rape, Heimwehren, 157-227.

²²⁴² Zum Bayerischen Ordnungsblock siehe Kapitel VIII A 2.3.2.

²²⁴³ Vgl. Konsulatsbericht Innsbruck vom 14.4.1920 (PAAA, R 73 323) und Rape, Heimwehren, 142 f.

²²⁴⁴ Rape, Heimwehren, 142 f. sowie 161; Rape stellt dazu in Anm. 38 lapidar fest: „Über die Tätigkeit des Ordnungsblockes ist jedoch weiter nichts bekannt.“

²²⁴⁵ Vgl. den Überblick bei Lothar Höbelt, Die Erste Republik Österreich (1918-1938): Das Provisorium (Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für Politisch-Historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek, Salzburg 64), Wien / Köln / Weimar 2018, 59-103.

²²⁴⁶ Janek Wassermann, Black Vienna. The Radical Right in the Red City, 1918-1938, Ithaca 2014.

²²⁴⁷ Ludger Rape, Die Voralberger Heimwehr und die bayerische Rechte 1920-1923, in: Meinrad Pichler (Hg.), Nachträge zur neueren Voralberger Landesgeschichte (Beiträge zu Geschichte und Gesellschaft Voralbergs 1), Bregenz ²1983, 74-95.

Sondersituation bestand, dass ein wesentlicher Teil der Christlich-Sozialen eine Angliederung des Bundeslandes an die Schweiz befürwortete.

Erwiesen sich Ober- und Niederösterreich vor allem aufgrund dieser Konflikte für die Einwohnerwehr als unerwartet schwieriges Terrain²²⁴⁸, blieb die bayerische Position in Kärnten und in der Steiermark wiederum relativ schwach, da die Heimwehren dort bereits auf eigenen Füßen standen und sich im „Volkstumkampf“ mit dem SHS-Staat bewähren mussten.²²⁴⁹ Als zusätzlicher Distanzierungsfaktor gegenüber den östlichen Bundesländern kamen außerdem die latenten Zweifel an den tatsächlichen Motiven für das Handeln Bayerns hinzu: So hegten Wiener Alldeutsche etwa den Verdacht, der Freistaat wolle mit der Nachbarschaftshilfe auch die Chancen auf eine Vereinigung mit Teilen Westösterreichs erhöhen und ließen sich hiervon auch nicht von gegenteiligen Versicherungen abbringen.²²⁵⁰

Angesichts solcher Schwierigkeiten erachtete es Kahr dann offenbar auch als wenig opportun, sich selbst in diese unübersichtliche Gemengelage zu verstricken²²⁵¹ und überließ es vorerst Kanzler, auf eine weitere Klärung der Lage im Sinne der Orka hinzuarbeiten. Er trat hingegen sehr wohl auf den Plan, wenn es darum ging, den bayerischen Einfluss in den direkt angrenzenden Bundesländern Tirol, Salzburg und – mit Abstrichen – Voralberg zu sichern: Trotz der geographischen Nähe stellte es sich für die Einwohnerwehr nämlich rasch als ziemlich heikel heraus, Waffen und Ausrüstungsgegenstände in größeren Mengen über die Grenze zu befördern, zumal sie anfänglich die bestehenden Risiken unterschätzt und die Lieferungen per Lastkraftwagen oder über vermeintlich sichere Eisenbahnverbindungen abgewickelt hatte. Zwar kam die große Mehrzahl des Materials auf diese Weise stets intakt beim jeweiligen Empfänger an, schon die Aufdeckung einzelner Transporte²²⁵² durch aufmerksame Grenzbeamte oder

²²⁴⁸ Large, Einwohnerwehr, 61 f.

²²⁴⁹ Vgl. Andreas Fraydenegg-Monzello, Volksstaat und Ständeordnung: Die Wirtschaftspolitik der steirischen Heimwehren 1927-1933 (Forschungen zur geschichtlichen Landeskunde der Steiermark 65), Wien 2015, 15-30.

²²⁵⁰ Rape, Heimwehren,

²²⁵¹ So die Aussage Kahrs gegenüber dem ungarischen Verbindungsmann Janky: „Die [Länder?] Österreichs [müssen] sich zunächst zu einer Selbsthilfe ermannen, damit sie auch die Kraft besitzen, die Regierung ihres Staates kräftig in die Hand zu nehmen und auf die Dauer zu führen. Es sei zu hoffen, daß dieser Geist aus der Orka herauswachse. Zunächst bestünden noch so viele Sonderbestrebungen und Vorbehalte bei politischen Führern und Gruppen Österreichs, daß solche Zerfahrenheit wenig hoffen lasse.“ (stenographische Vormerkung Kahrs auf der Rückseite „Memorandum, 28.9.1920“; NL Kahr 40-neu).

²²⁵² Vgl. den Bericht des Konsulats Innsbruck vom 13.7.1920 (PAAA, R 73 235) mit mehreren Beispielen sowie die Ausschnitte entsprechender Presseberichte sozialdemokratischer Zeitungen (Innsbrucker Volkszeitung vom 15.6.1920; „Die Alldeutschen gegen Großdeutschland, in: Wiener Arbeiterzeitung vom 22.6.1920) in Bundesarchiv Berlin, R 707/4 und R 707/6. Auch der britische Konsul Smallbones machte das Foreign Office bereits am 26.7.1920 auf die Waffenschiebungen nach Tirol aufmerksam (DBFP X, 362 f.).

politische Gegner hatten indes zur Folge, dass die Wiener Behörden und auch die Siegermächte zunehmend auf die aus Rosenheim gesteuerten Aktivitäten aufmerksam wurden. Bereits im Juni 1920 sah sich die österreichische Bundesregierung dann auch veranlasst, gegen die verdeckten Lieferungen, die später auch im Nationalrat eine Interpellation nach sich ziehen sollten²²⁵³, in Berlin nachdrücklich zu protestieren und unter Anführung konkreter Fälle und Adressaten der Erwartung Ausdruck zu geben, dass „die kompetenten Stellen“ fortan jeden weiteren Versuch des Waffenschmuggels „mit allen Mitteln“ unterbinden würden.²²⁵⁴

Vom Auswärtigen Amt daraufhin sowohl schriftlich wie auch mündlich mehrmals um Aufklärung ersucht²²⁵⁵, stellte Gustav von Kahr im Namen der bayerischen Regierung jedoch jede amtliche Kenntnis über derartige Zwischenfälle in Abrede²²⁵⁶ und ging nach einer Anfrage im Reichstag dazu über, den Verdacht auf „Anhänger der karlistischen Bewegung“ und „linksradikale Elemente“²²⁵⁷ zu lenken; er hatte sich also entschieden, die Transporte der Orka zu decken und war zu diesem Zweck auch bereit, die Reichsregierung über die tatsächlichen Vorgänge an der Grenze im Unklaren zu lassen. Diese Schlussfolgerung erscheint nicht zu gewagt, da es in der Gesamtabwägung faktisch auszuschließen ist, dass der Ministerpräsident von Rudolf Kanzler hintergangen wurde und von den fraglichen Vorgängen tatsächlich keine Kenntnis hatte: Findet sich eine entsprechende Bestätigung nämlich schon in späteren Tagebuchnotizen²²⁵⁸, hatte selbst der württembergische Gesandte Moser von Filseck inzwischen „streng vertraulich

²²⁵³ Vgl. die Beratung der „Dringliche[n] Anfrage der Abgeordneten Scheibein, Deutsch, Witternig und Genossen an die Bundesregierung, betreffend die bewaffneten Heimwehren in einigen Bundesländern“ in der Sitzung vom 19.11.1920, in: Stenographische Protokolle über die Sitzungen des Nationalrates der Republik Österreich 1920/21, Bd. I, Wien 1923, 47-54.

²²⁵⁴ Vgl. Verbalnote der österreichischen Gesandtschaft in Berlin vom 16.6.1920 (PAAA, R 73 324): Demnach waren Transporte mit drei Militärautos am 3. Juni und mit einem Auto am 5. Juni „zur Kenntnis der österreichischen Regierung gekommen“; die Autos hatten offenbar Maschinengewehre, Gewehre, Pistolen und Munition nach Tirol gebracht.

²²⁵⁵ Vgl. die wiederholten Verbalnoten der preußischen Gesandtschaft in München vom 16. und 17.6.1919 (Bundesarchiv Berlin, R 707/9).

²²⁵⁶ Die Staatsregierung teilte dem Gesandten Zech auf seine Anfrage mit, dass weder das RwGrKdo IV noch die Landesleitung der Einwohnerwehr von solchen Lieferungen Kenntnis hätten, vgl. Bericht Zech vom 26.6.1920 (Bundesarchiv Berlin, R 707/9).

²²⁵⁷ Anfrage Vogel und Gen. vom 2.7.1920 (Verh. Reichstag, Bd. 363, Anlagen, Aktenstück Nr. 94), vgl. die Zitate in der Note Kahrs an das Auswärtige Amt vom 11.10.1920 (Bundesarchiv Berlin, R 707/10; PAAA, R 73 326).

²²⁵⁸ Kahr führte demnach Ende Oktober 1922 gegenüber einem Wiener Gast aus: „Ich wieß darauf hin, daß Wien sich seit Jahren um die Sicherstellung der österreichischen Länder gegen die rote Gefahr nicht gekümmert habe, ja solchen Bestrebungen sogar feindselig gegenübergestanden sei. Darum sei die bayer. Organisation von den österreichischen Ländern bittend angegangen worden, diese in die Hand zu nehmen. Das sei auch geschehen, Bayern hätte die Organisation geschaffen, aus Bayern seien die Waffen u. Material in großer Menge und auch Geldmittel zur Verfügung gestellt worden. Dabei habe sich auch die damalige Bayer. Regierung und ich, der ich als Minister den Vorgang zu decken hatte, manchen politischen Fährnissen ausgesetzt.“ (Tagebuch Kahr 1922-B, pag. 135 f.)

erfahren“²²⁵⁹, dass derartige Gerüchte zutrafen und seine Regierung davon in Kenntnis gesetzt. Die Sonderaufträge zur Unterstützung der Heimwehr waren, mit anderen Worten ausgedrückt, in eingeweihten Münchner Kreisen also bereits Tagesgespräch.

Durch die manchmal stockenden, aber insgesamt doch relativ kontinuierliche Lieferungen entsprechend ausgerüstet, fühlten sich die Tiroler Heimwehren im November schließlich stark genug, ihre Tarnung als Standschützen oder Flurschutz aufzugeben und ein Landesschießen nach bayerischen Vorbild in Innsbruck zu organisieren.²²⁶⁰ Diese politische Demonstration bestätigte gleichzeitig nur noch längst vollzogene Tatsachen: Die beiden Landesverbände hatten ihre Organisation nämlich inzwischen nicht nur stark ausgebaut, sie waren am 25. Juli zusammen mit allen anderen Landesverbänden der Heimwehr auch bereits der sog. Orgesch beigetreten und hatten sich damit auch pro forma der Münchener Oberleitung unterstellt.²²⁶¹

2.2.2 München als Zentrum des deutschen Selbstschutzes: Die Organisation Escherich

Die Organisation Escherich, die den Namen des Landeshauptmanns der Einwohnerwehr Bayerns gewissermaßen zum Programm erhob, war ihrerseits am 8. und 9. Mai 1920 auf einer Tagung in Regensburg als Verband gegründet worden²²⁶² und vertrat den durchaus ambitionierten Anspruch, alle deutschen Schutzwehren, Zeitfreiwilligeneinheiten, Heimatbünde usw. unter einem Dach zu vereinigen. Sie trat damit in gewisser Weise die

²²⁵⁹ Vgl. den Gesandtschaftsbericht Mosers vom 7.6.1920, vgl. Benz, Moser, 63.

²²⁶⁰ Rape, Heimwehren, 154. Dabei plante die Einwohnerwehr Bayern wohl zunächst, sich an diesem Landesschießen zu beteiligen, nahm dann jedoch u. a. angesichts eines Eisenbahnerstreiks in Tirol davon Abstand, vgl. Kanzler, Bolschewismus, 247.

²²⁶¹ Vgl. Thoß, Ludendorff-Kreis, 134 f. sowie das ausführliche Protokoll der „Heimwehr-Konferenz in München am [25.] Juli 1920, mitstenographiert von A. Kellner, Schriftleiter des „Alpenland“ [in Innsbruck erscheinende Zeitung, M.B.] in München“ mit Ansprachen Krazers, Escherichs, Zahnbechers u. a.; vgl. auch den Eintrag vom 25.7.1925 im Terminkalender Escherichs: „Tagung endet mit Bekenntnis der österreichischen Verbände zur Orgesch.“ (NL Escherich 6). Aus der Sicht Kanzlers entbehrte der Vorgang nicht einer gewissen Ironie, da er somit auch in diesem Fall wieder Escherich unterstellt war.

²²⁶² Vgl. die Niederschrift in Bestand Einwohnerwehr 5.

Eine Gesamtdarstellung zur – häufig mit der bayerischen Einwohnerwehr verwechselten oder gleichgesetzten – Orgesch fehlt bislang. Schon folgende Studien zur Situation in verschiedenen Regionen des Reiches verdeutlichen jedoch die Dimension des Phänomens: Helmut Neumaier, Zur Orgesch in Baden 1920/21: Ein Beitrag zum Erscheinungsbild des politischen Radikalismus in der Frühphase der Weimarer Republik, in: Württembergisch Franken 74 (1990), 405-490; Gerd Krüger, Von den Einwohnerwehren zum Stahlhelm. Der nationale Kampfverband „Westfalenbund e.V.“ (1921-1924), in: Westfälische Zeitschrift 147 (1997), 405-432; Rudolf Rietzler, „Kampf in der Nordmark“. Das Aufkommen des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein (1919-1928) (Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schleswig-Holsteins 4), Neumünster 1982, 133-136 und 256-258; zeitgenössisch: Günther Axhausen, Organisation Escherich. Die Bewegung der nationalen Einheitsfront, Leipzig / Berlin 1921; Rosen, Orgesch, Berlin 1921. Vgl. bisherige Überblicke bei: Large, Einwohnerwehr, 45-53, Nußer, Wehrverbände, 173-195; Thoß, Ludendorff-Kreis, 123-130; Christoph Hübner, Organisation Escherich (Orgesch), 1920/21, in: Historisches Lexikon Bayerns [URL: <[https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Organisation_Escherich_\(Orgesch\),_1920/21](https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Organisation_Escherich_(Orgesch),_1920/21)>; zuletzt eingesehen am 4.3.2021].

Nachfolge der ehem. Zentralstelle für Einwohnerwehren an, die im Auftrag des Reiches seit Oktober 1919 die gemeinsamen Belange der Selbstschutzverbände betreut und einen Austausch zwischen den verschiedenen Regionen angestrebt hatte.²²⁶³ Der Leiter des Forstamtes Isen konnte sich also rühmen, innerhalb eines Jahres vom Organisator einer lokalen Einwohnerwehr zum „Reichshauptmann“²²⁶⁴ einer der größten Netzwerke der bürgerlichen Rechte in der frühen Weimarer Republik aufgestiegen zu sein. Die Übernahme dieses so hochtrabend betitelten Postens war letztlich jedoch weder auf eigene Initiative noch auf das persönliche Prestige des Forstrates zurückzuführen. Zwar besteht kein Zweifel, dass Escherich schon vor der Überhöhung seines Namens in ein Symbol unter den Anhängern der Selbstschutzbewegung einen guten Ruf genoss: So waren z. B. die Ausführungen des Landeshauptmanns bei der zweiten Konferenz der deutschen Einwohnerwehren in Berlin von den Anwesenden besonders häufig mit Zustimmung und Beifall bedacht worden²²⁶⁵, was er sowohl als Anerkennung seiner Leistung als auch seiner Person verbuchen durfte. Nüchtern betrachtet war die bis 1918 kaum vorstellbare Unterstellung norddeutscher Paramilitärs unter bayerische Führung jedoch eher aus der Not geboren: Konkreter Auslöser der Orientierung der Verbände nach Bayern war nämlich die vom Reichskabinett veranlasste Entscheidung des preußischen Staatsministeriums, nach den Erfahrungen des Kapp-Putsches einen Schlussstrich unter die Tätigkeit der unberechenbaren Selbstschutzorganisationen zu ziehen. Die Umsetzung des entsprechenden Ultimatums der Entente zog deshalb nicht nur die Abwicklung der Zentralstelle nach sich, sondern auch die Aufforderung an jeden Verband, sich vollständig zu entwaffnen und alle Aktivitäten zur subsidiären Gewährleistung der öffentlichen Ordnung einzustellen.²²⁶⁶

Die Adressaten dieser unerwarteten Order standen somit unter unmittelbarem Handlungsdruck: Franz Seldte, der Magdeburger Gründer des Stahlhelms²²⁶⁷, und wohl

²²⁶³ Bucher, Einwohnerwehren, 32-34, 38-40 und 45-49.

²²⁶⁴ Dabei betonte Escherich, dass er selbst von sich aus nicht die Führungsposition beansprucht habe, vgl. die Vorbemerkung zum Protokoll der Regensburger Gründungstagung (Bestand Einwohnerwehr 5): „Einberufung erfolgte auf Grund gehabter Vorbesprechungen in Berlin durch mich. Zweck Vereinigung sämtlicher deutscher bewaffneter Selbstschutzverbände gegen den Bolschewismus. Erste Anregung war ausgegangen vom Stahlhelm (Franz Seldte, Magdeburg). Auf einer Ende April 20 in Hamburg stattgehabten Versammlung des Stahlhelm, Jung-Deutschland-Ordens u. der Zeitfreiwilligen Verbände wurde dem Forstrat Dr. G. Escherich der Vorsitz angetragen. E. war weder selbst auf der Versammlung noch war er dort vertreten.“

²²⁶⁵ Siehe Anm. 1708.

²²⁶⁶ Freilich wollte Reichsinnenminister Koch auch „mit Augenzwinkern“ das (Fort-)Bestehen lokaler Schutzwehren dulden, vgl. Bucher, Einwohnerwehren, 55 f.

²²⁶⁷ Zwar liegen inzwischen eine Reihe regionaler Studien vor, eine neuere Arbeit zur Geschichte des „Stahlhelm“ als Gesamtorganisation fehlt jedoch; bis dahin: Volker R. Berghahn, Der Stahlhelm. Bund der

auch die Leitung des Pommerschen Landbundes²²⁶⁸ wandten sich deshalb kurzentschlossen an die Kollegen im noch sicheren Bayern und schlugen ihnen die Bildung eines „Kartells von Mittel- und Norddeutschland mit den bayerischen Einwohnerwehren“²²⁶⁹ vor. Die Idee stieß bei der Landesleitung – wohl in Bewusstsein der tatsächlich maßgebenden Hintergründe – sogleich auf offene Ohren²²⁷⁰, woraufhin Escherich bereits zwei Wochen später die Aufforderung in Händen hielt, doch auch gleich die Führung in einem solchen Zusammenschluss zu übernehmen. Wie ein Gewährsmann der sog. Schober-Chronik später richtig bemerkte, konnte sich der so Geehrte diesem Appell dann auch nicht mehr verweigern, „ohne damit eine Angelegenheit von hoher nationaler Bedeutung zu gefährden“²²⁷¹. Denn trotz aller hehren Absichtserklärungen verfolgten Seldte und Co. natürlich primär das Kalkül, sich dem Zugriff der preußischen Behörden zu entziehen: Die Eingliederung ihrer Verbände in eine vom Freistaat Bayern anerkannte Organisation, die außerdem ihren Hauptsitz in München hatte, gab ihnen nämlich vor allem die Möglichkeit, die Zuständigkeit der Berliner Regierung fortan in Abrede zu stellen und verfolgte auf jeden Fall das Ziel, Kompetenzkonflikte im föderalen Staat heraufzubeschwören – der zunächst vom Stahlhelm ins Gespräch gebrachte Name „Deutscher Hort“²²⁷² wirkt somit zumindest im Nachhinein wie ein unfreiwilliges Eingeständnis der tatsächlich leitenden Motive.

Nicht zuletzt aus taktischen Erwägungen kam es für die Gründer der Orgesch deshalb auch überhaupt nicht in Frage, wenigstens vorerst nur einen losen Dachverband ins Leben zu rufen, sie beabsichtigten vielmehr von Anfang an, ihre Neuschöpfung als straff institutionalisierte Vereinigung aufzuziehen – je enger der Zusammenschluss innerhalb der Orgesch ausfiel, desto glaubwürdiger war schließlich auch die Fiktion aufrecht zu

Frontsoldaten 1918-1935 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 33), Düsseldorf 1966.

²²⁶⁸ Siehe die übernächste Anm.

²²⁶⁹ So Franz Seldte an Escherich vom 8.4.1920 in: Bestand Einwohnerwehr 5. Zur Biographie von *Franz Seldte* (1882-1947) vgl. die Angaben im Biogramm von Rüdiger Hachtmann [URL: <<https://www.deutsche-biographie.de/gnd117473847.html#ndbcontent>>; zuletzt eingesehen am 7.3.2021].

²²⁷⁰ Kriebel teilte Hermann Dewitz, den Vorsitzenden des Pommerschen Landbundes, am 3.5.1920 (Bestand Einwohnerwehr 5) den Stand der Vorbereitungen mit: Die Landesleitung hatte die Planungen zur Bildung einer gemeinsamen Organisation, die im Ernstfall auch eine Zentrale mit Befehlsgewalt vorsah, weitgehend abgeschlossen; der Regensburger Tagung stand also nichts mehr im Weg.

²²⁷¹ So die Mitteilung des ehem. zweiten Stabsleiters der Einwohnerwehr, Oberstleutnant von Riedel, an Schober (Schober, Geschichte, B IX, pag. 16 - HS 923).

²²⁷² Large, Einwohnerwehr, 49. Bereits in den 1970er Jahren kam der Hamburger Doktorand Conny Stamm zu einem ähnlichen Ergebnis und betrachtete die Orgesch als „Auffangorganisation für die im April 1920 per Reichserlaß aufgelösten, realiter aber noch bis 1921 als Notschutzverbände weiterexistierenden Einwohnerwehren“ (vgl. die Angaben bei Heidrun Holzbach, Das „System Hugenberg“. Die Organisation bürgerlicher Sammlungspolitik vor dem Aufstieg der NSDAP (Studien zur Zeitgeschichte 18), Stuttgart 1981, 148 - Anm. 598); das Promotionsvorhaben zum Thema „Einwohnerwehren in Norddeutschland 1918-1921“ wurde damals offenbar nicht abgeschlossen.

erhalten, dass z. B. die früheren Einwohnerwehren Schlesiens nun als regionale Sektion einer in Bayern ansässigen Organisation firmierten. Erscheint es angebracht, diesen funktionalen Aspekt hier besonders hervorzuheben, wäre es jedoch gleichzeitig verfehlt, die Orgesch deshalb als reinen Papiertiger ohne größere praktische Bedeutung²²⁷³ einzustufen. Denn sollte sich die kalkulierte Tarnung auch bald als nutzlos erweisen – die meisten Länder, allen voran Preußen, ließen sich hiervon nicht beirren und stellten die Mitgliedschaft in der Orgesch rasch unter Strafe²²⁷⁴ – setzte sich das als Mittel zum Zweck erdachte Institutionenkonstrukt dennoch in vielen Köpfen fest und blieb als verhaltensorientierende Mental Map auch über die Verbote hinaus von nicht zu unterschätzender Bedeutung.²²⁷⁵ Auch wenn sie nie tatsächlich in Aktion trat, wies die Orgesch als Bezugsgröße somit gleichwohl alle Merkmale einer Kontaktbörse der bürgerlichen Rechte auf, d. h. vermittelte ihren Mitgliedern und Sympathisanten das Gefühl einer festgefügtten Gemeinschaft, etablierte ein Netzwerk politischer Ansprechpartner und erzeugte den Eindruck einer klaren Verteilung geregelter Zuständigkeiten. Dabei bestand offenbar von Anfang an Konsens, dass sich die Kriterien zur konkreten Ausgestaltung des Selbstschutzverbandes so weit wie möglich am bewährten bayerischen Modell orientieren sollten²²⁷⁶: Die Orgesch würde also nicht nur versuchen, sich der Öffentlichkeit im Gewande einer rein privaten, von engagierten Bürgern getragenen Vereinigung zu präsentieren, sondern auch alles daran setzen, ihre Verankerung in der Breite des Landes durch die Gründung möglichst vieler regionaler Mitgliedsverbände zu dokumentieren, die es zudem erleichtern sollten, sensibler auf die jeweils herrschenden Verhältnisse einzugehen und den örtlichen Honoratioren ein Betätigungsfeld zu erschließen.

²²⁷³ So betonte selbst Rosen, dass die Orgesch zwar auf dem Papier eine beeindruckende Größe aufgewiesen, es aber in der Praxis an Einheit und Koordination gemangelt habe (Rosen, Orgesch, 62). Vgl. auch die analoge Einschätzung bei Large, Einwohnerwehr, 53. Dies trifft insoweit sicher zu, als die Orgesch nie in der Lage war, zentral gesteuert zu handeln oder gar einen aktiven „Einsatz“ zu bestreiten; sie erlangte allerdings in ihrem Charakter als überregionale Austauschplattform Bedeutung.

²²⁷⁴ Siehe Anm. 2310.

²²⁷⁵ So wurde die Orgesch zwar 1921 aufgelöst und wiederholt verboten, sowohl Kahr wie auch Escherich sprechen jedoch noch 1922 und sogar 1923 ganz selbstverständlich von Treffen und Aktivitäten der Organisation (Tagebuch Kahr 1923-A, pag. 176; Terminkalender Escherich, Eintrag 26.4.1922 - NL Escherich 8).

²²⁷⁶ So spricht etwa Axhausen davon, dass geplant gewesen sei, das Organisationsmuster der bayerischen Einwohnerwehr auf das ganze Reich auszudehnen (Axhausen, Orgesch, 13). In diesem Sinne auch das Schreiben des Vorsitzenden des Bürgerrats Hannover, Dr. Arning, an Escherich vom 5.5.1920 (Bestand Einwohnerwehr 5).

Möchte man den entsprechenden Überblick deshalb an der Basis der Pyramide beginnen, stand der ebenfalls im Münchener Ring-Hotel ansässigen Zentrale²²⁷⁷ somit im ganzen Reich ein Raster von Orgesch-Distrikten gegenüber, deren Zuschnitt in aller Regel den Verlauf der politischen und militärischen Verwaltungsgrenzen widerspiegelten: Bildeten die meisten Länder und jede preußische Provinz somit einen eigenständigen Bezirk der Orgesch, waren vor Ort eine gleiche Anzahl von Landes- und Provinzleitungen zu besetzen, die wie gehabt jeweils in einen zivilen und einen (para-)militärischen Bereich zerfielen und bei Bedarf in Kooperation mit den Behörden den Selbstschutz mobilisieren sollten. Im Überblick betrachtet hatte die Organisation in ihrem durchaus imposanten Apparat also eine Menge Posten zu vergeben, die in ihrer Gesamtheit – zumindest dem eigenen Anspruch nach – ein flächendeckendes Netz des institutionellen Selbstschutzes widerspiegeln sollten.

Um die beträchtliche Anzahl von insgesamt ca. 20 Landes- und Provinzleitungen²²⁷⁸ besser miteinander zu koordinieren und die Rolle der drei großen Trägerorganisationen zu betonen, entschloss man sich außerdem, die einzelnen Verbände in drei sogenannte Gruppenleitungen²²⁷⁹ zusammenzufassen, die somit eine Art mittlere Führungsebene bildeten. Dabei ist durchaus auffällig, dass die Abgrenzung der beiden norddeutschen Gruppen nicht nur die Haupteinflussgebiete des „Jungdeutschen Orden“ und des „Stahlhelm“ voneinander schied, sondern auch ziemlich genau die bekannte symbolisch-kulturelle Unterscheidung in einen west- und einen ostelbischen Raum widerspiegelte. Gehörten der vom deutschnationalen Landtagsabgeordneten Oskar von der Osten präsidierten Gruppenleitung Nord-Ost²²⁸⁰ somit die Bezirke Ostpreußen, Pommern, Schleswig-Holstein/Mecklenburg, Brandenburg, Sachsen, Anhalt/Sachsen und Schlesien

²²⁷⁷ Zwei „Mietkommissionen“ der Einwohnerwehr Bayern und der Orgesch vereinbarten am 29.1.1921 die Untervermietung von insgesamt 16 Räumen an die Reichsleitung der Orgesch (vgl. Schober, Geschichte, pag. 37 - HS 921); so viel Platz war aber dann offenbar doch nicht nötig, da der Belegungsplan des Gebäudes nur einzelne Büros der Orgesch zuordnet, siehe Anm. 2194.

²²⁷⁸ Auch wenn Rosen davon spricht, es habe eine „ganz klare Gliederung in Gruppenleitungen, Landesleitungen, Provinzleitungen, Kreisleitungen, Gauleitungen, Lokalverbänden“ (Rosen, Orgesch, 115) bestanden, sind die Abgrenzungen hier nicht immer ganz deutlich: Sind „starke“ Orgesch-Regionen klar zu erkennen und blieben auch stabil, ist es an anderen Fällen (v.a. Nordwestdeutschland) häufig schwierig, klare Führungspersönlichkeiten und territoriale Abgrenzungen auszumachen. Vgl. die Tabelle auf der übernächsten Seite.

²²⁷⁹ Dies geht etwa aus einem Rundschreiben Kriebels zu Kennungen im Schriftverkehr vom 2.3.1921 (Schober, Geschichte, IX, pag. 8 - HS 923) hervor, vgl. auch das Programm für die Arbeitstagung in Regensburg Mitte August 1920, in dem Ansprachen der Gruppenleitungen Nord-Ost, Nord-West, Süd und Österreich (Orka) angekündigt werden.

²²⁸⁰ Oskar von der Osten-Warnitz (1862-1942) war Gutsbesitzer in Pommern und von 1908 bis 1928 Mitglied des preußischen Landtags (DNVP). Vgl. Bernhard Mann (Bearb.), Biographisches Handbuch für das Preußische Abgeordnetenhaus 1867-1918 (Handbücher zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 3), Düsseldorf 1988, 290.

an, stand der Bremer Reeder und (bayerische) Honorarkonsul Adolf Vinnen der Gruppenleitung Nord-West²²⁸¹ vor, die Bremen, Oldenburg, Ostfriesland, Westfalen, Osnabrück, Hannover, Rheinland Süd und Nord sowie Hessen in sich vereinte; Franz Seldte und Admiral Paul Heinrich amtierten hierbei jeweils als militärische Stabsleiter der beiden Gruppen.²²⁸² Die Gruppenleitung Süd verband schließlich Bayern, Württemberg und Baden in einem Oberbezirk, blieb angesichts des Übergewichts der Münchener Zentrale jedoch eher ein formales Konstrukt, zumal die Orgesch im Südwesten nie wirklich über ein eher rudimentäres Entwicklungsstadium hinauskam.²²⁸³ Die Aufgabe des im Juli 1920 errichteten „Berliner Büros“ Escherichs bestand schließlich darin, die Kontakte zu den bürgerlichen Fraktionen im Reichstag zu pflegen und von der Reichshauptstadt aus Öffentlichkeit und Presse im Sinne der Organisation zu beeinflussen; Repräsentant der Orgesch in dieser wichtigen Funktion war der ehemalige Korvettenkapitän Harald Graf von Yorck, dessen Mitarbeiterstab unter anderem der Kaufmann Walter Beumelburg und der Redakteur Dr. Klein angehörten.²²⁸⁴

Die nominelle Orgesch-Führung nahm sich demgegenüber hingegen schon fast bescheiden aus: Neben dem Reichshauptmann und seinem Stellvertreter Rudolf Kanzler bestand offiziell nur noch das Amt des Reichsschatzmeisters, das ab 4. Juli 1920 von General Oskar von Watter²²⁸⁵, der bei der Niederschlagung des Ruhraufstands zu

²²⁸¹ *Adolf Vinnen* (1868-1926) war ein bremischer Schifffahrtsunternehmer, Vorstandsmitglied des Bremer Rhedervereins, Mitglied der Bremischen Bürgerschaft (1900-1920) und bayerischer Konsul in Bremen. Vinnen war 1918 auch bereits als Vorstand des Bürgerrats Bremen in Erscheinung getreten, vgl. Biber, Bürgerräte, 63.

²²⁸² *Paul Heinrich* (1871-1927) war Offizier der Kaiserlichen Marine und wurde 1919 zum Konteradmiral befördert. Vgl. die Angaben in der Online-Version der Akten der Reichskanzlei [URL: <https://www.bundesarchiv.de/aktenreichskanzlei/1919-1933/0000/adr/adrhl/kap1_1/para2_165.html>; zuletzt eingesehen am 4.3.2021]. Zur Biographie von Franz Seldte siehe Anm. 2269.

²²⁸³ Neumaier, Orgesch; Karen Strobel - Brigitte Zwerger, Betrachtungen und Quellenstudien zur frühen völkischen Bewegung in Mannheim, Mannheim 2020, 106-118; vgl. die Memoiren eines württembergischen Orgesch-Führers: Paul Hahn, Der „Rote Hahn“, eine Revolutionserscheinung. Erinnerungen aus der Revolution in Württemberg, Stuttgart 1922.

²²⁸⁴ Die Stelle wird im Rundschreiben Kriebels vom 2.3.1921 (siehe Anm. 2279) als „Büro Berlin“ aufgeführt, Yorck bezeichnete sich dabei selbst als „Direktor des Berliner Büros der Organisation“ bzw. „Berliner Sekretär“ (Yorck an Escherich vom 15.6.1920; Bestand Einwohnerwehr 5); vgl. auch Rechberg an Kahr vom 5.1.1921 (Bundesarchiv Koblenz, NL Rechberg N 1049/44). Zu *Walter Beumelburg* (1899-1963) vgl. die Angaben und Literaturhinweise in der Rheinland-Pfälzischen Personendatenbank [URL: <<https://rpb.lbz-rlp.de/cgi-bin/wwwalleg/srchrnam.pl?db=rnam&recnums=0011113>>; zuletzt eingesehen am 4.8.2021].

²²⁸⁵ *Oskar Freiherr von Watter* (1861-1939) war preußischer Offizier, nahm als General am Ersten Weltkrieg teil und war 1919/20 Kommandeur des Wehrkreises Münster; in dieser Funktion leitete er das Unternehmen zur Niederschlagung des Ruhraufstands und wurde daraufhin aus der Reichswehr verabschiedet. Vgl. die Angaben in der Online-Version der Akten der Reichskanzlei [URL: <https://www.bundesarchiv.de/aktenreichskanzlei/1919-1933/0000/adr/adrsz/kap1_5/para2_46.html>; zuletzt eingesehen am 15.3.2021].

zweifelhafter Berühmtheit gelangt war, ausgeübt wurde.²²⁸⁶ Wie Feldman richtig bemerkt, sollte diese Personalentscheidung wohl vor allem die Werbekraft der Orgesch auf die rheinische Schwerindustrie erhöhen²²⁸⁷, während die operative Verwaltung der Finanzen hauptsächlich in den Händen des Erbprinzen von Ysenburg lag, der auch die Verfügungsgewalt über das verbandseigene Konto „Wald“ inne hatte.²²⁸⁸

²²⁸⁶ Escherich verzeichnet an diesem Tag die Wahl Watters als Reichsschatzmeister (Terminkalender Escherich, Eintrag vom 4.7.1920, NL Escherich 6); vgl. Nußer, Wehrverbände, 176.

²²⁸⁷ Gerald D. Feldman, Hugo Stinnes. Biographie eines Industriellen 1870-1924, München 1998, 652: „Die Ernennung des in Kreisen der Ruhrindustriellen beliebten Generals von Watter zum Schatzmeister der Orgesch förderte die Spendenbereitschaft.“

²²⁸⁸ Vgl. das Schreiben Ysenburgs an Escherich vom 4.6.1920 (Bestand Einwohnerwehr 5), der Escherich außerdem davon in Kenntnis setzte, dass sein in München wohnender Vetter Graf Ludwig Ysenburg als ständige Kontaktperson zur Verfügung stehe; auch die Unterstützungsgelder des Vereins der Standesherrn gingen auf das Konto „Wald“ (Watter an Escherich vom 26.7.1920; Bestand Einwohnerwehr 5).

Organisation Escherich (Orgesch)²²⁸⁹

Reichshauptmann: Georg Escherich

Stellvertreter: Rudolf Kanzler

Reichsschatzmeister: General Oskar von Watter

Mitarbeiter: Erbprinz von Ysenburg-Birstein, Ludwig Kannengießer

Verbindungsbüro Berlin: Harald Graf Yorck von Wartenburg

Mitarbeiter: Walther Beumelburg, Dr. Klein, Dr. von Stegmann und Stein

Gruppenleitung Nord-Ost		
Gruppenleiter: Oskar von der Osten-Warnitz		Stabsleiter: Franz Seldte
Ostpreußen	Ernst Brandes	Gerhard Graf von Kanitz, Deutsch, Preu, Engelmann
Pommern	Hermann von Dewitz	Vameilich
Schleswig-Holstein / Mecklenburg	Hermann Carl Vering	Direktor Eduard Müller, von Plessen
Brandenburg	(Eberhard Graf von) Kalckreuth	Schulenburg, von Voß, Arnim, Major von Hagemann
Prov. Sachsen		(Bruno Fromme), Landrat a.D. Busso Bartels
Freistaat Sachsen	Geheimer Justizrat Georg Wildhagen	Max Luyken
Schlesien	Oberamtmann Ernst Rohnstock	Dr. Krüger, Prätorius von Richthofen-Boguslawitz, von Hepke
Oberschlesien	Adamayer	Renner
Gruppenleitung Nord-West		
Gruppenleiter: Adolf Vinnen		Stabsleiter: Admiral Paul Heinrich
Bremen	Hinsch	Adolf Vinnen
Oldenburg	Dr. Paul	
Ostfriesland		
Hannover	Dr. (Wilhelm?) Arning Präsident von Alten	(Brinkmann)
Osnabrück	Frömling	
Westfalen	Vallet de Barres	Hans Markamp
Rheinland Nord		
Rheinland Süd	(Dr. Karl?) Pesch	
Hessen	Artur Mahraun	Bogislaw von Selchow Hans von Passavant Scheller-Steinwartz
Gruppenleitung Süd		
Gruppenleitung: Otto Pittinger		
Bayern	(keine eigenständige Orgesch)	
Württemberg	Paul Hahn	Blezinger Oberstleutnant Goetz-Stuttgart
Baden	(Otto Wagner) (Major Krauße d'Avis)	Hauptmann a.D. Damm Dirlewanger

²²⁸⁹ Als grundlegende Informationsbasis der folgenden Tabelle dienen die Angaben im Kapitel „OE und andere Landesorganisationen und das Verhältnis der EW zu ihnen“ (Schober, Geschichte, B IX - HS 923; darin auch das Rundschreiben Kriebels vom 2.3.1921 mit Aufschlüsselung der Provinzeinteilung), der Bestand Einwohnerwehr 5 (v.a. eine dort enthaltene „Adressliste der norddeutschen Herren“) sowie das Terminkalender Escherichs (NL Escherich 6 und 7) mit den darin verzeichneten Besuchen und Kontakten. Hinzu kommt für einzelne Regionen die in Anm. 2262 genannte Literatur.

Vergleicht man nun die einzelnen Landes- und Provinzialverbände, schwankte die Anzahl und Güte der jeweils zur Verfügung stehenden Kräfte freilich enorm, da die Orgesch alle Schwächen eines schnell installierten Top-Down-Gebildes aufwies; hatten die Selbstschutzeinheiten in starken Orgesch-Regionen nämlich im Wesentlichen schon bisher bestanden und einfach eine Umetikettierung erfahren, operierten die neu ernannten Provinzial- bzw. Landesleitungen in anderen Gebieten noch eher im luftleeren Raum und standen nun vor der Herausforderung, ihrer nominelle Funktion durch die Werbung einer größeren Anhängerschaft auch realen Gehalt zu verleihen. Blieben diese Bezirke also zumindest vorerst auf Unterstützung angewiesen, ging der Aufbau jedoch auch in sog. Hochburgen keineswegs reibungslos vonstatten: So bekannten sich Verbände wie der Jungdeutsche Orden oder der Pommersche Landbund, die bereits ein gewachsenes Eigenbewusstsein ausgebildet hatten, zwar nominell zur Orgesch, waren jedoch nur schwer dazu bewegen, Direktiven aus München entgegenzunehmen oder alle Provinzialleitungen als gleichberechtigt anzuerkennen.²²⁹⁰

Die Orgesch-Führung musste in dieser Situation deshalb sowohl ihre Autorität durch persönliche Präsenz vor Ort festigen als auch das Interesse finanzieller Unterstützer wecken, um die Organisation im Inneren tatsächlich zum Leben erwecken und die Mitarbeit auch für bereits gefestigte Verbände attraktiv zu machen. Beide Aufgaben ließen sich allerdings gut miteinander verbinden: Bei seinen bis Ende 1920 absolvierten Besuchen in Ostpreußen, Pommern, Hamburg, Schleswig, Mecklenburg, Sachsen und Schlesien²²⁹¹ nahm Escherich einfach auch Kontakt zu den ihm nahestehenden Interessensvertretungen der deutschen Standesherrn sowie der Wald- und Forstbesitzer auf und konnte sie tatsächlich dazu bewegen, ein Unterstützungskomitee zu begründen.²²⁹² Wies der Sponsorenkreis der Orgesch somit von Anfang an eine gewisse agrarische Schlagseite auf – in Pommern, Brandenburg und Schlesien blieben die Übergänge zu den Landbünden ohnehin fließend²²⁹³ –, waren hingegen offenbar mehrere Anläufe nötig, um eine entsprechende Vertrauensbasis zu Vertretern der Industrie

²²⁹⁰ So in einer Vormerkung vom 9.6.1920 (Bestand Einwohnerwehr 5), nach der Dewitz eine prinzipielle Unterordnung unter die Orgesch-Zentrale ablehnte, vgl. die entsprechenden Klagen Escherichs: Terminkalender Escherich, Einträge 27.7. (Mahraun) und 16.9.1920 (Dewitz).

²²⁹¹ Vgl. Terminkalender Escherich (NL Escherich 6), Einträge vom 28.8.1920, 17.9.1920, 25./26.10.1920, 9.-12.11.1920, 24./25.11.1920.

²²⁹² Vgl. das Ergebnisprotokoll einer diesbezüglichen Besprechung vom 1.12.1920 in Bestand Einwohnerwehr 5.

²²⁹³ Vgl. Rainer Pomp, Bauern und Großgrundbesitzer auf ihrem Weg ins Dritte Reich. Der Brandenburgische Landbund 1919-1933, Berlin 2011, 72-85.

aufzubauen. Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang z. B. eine gemeinsam von Ludwig Kannengießer, Walter Schenk und Heinrich Schneider unternommene Werbereise nach West- und Norddeutschland, in deren Verlauf auch Unterredungen mit Emil Kirdorf und Alfred Hugenberg zustande kamen, die sich jedoch bei aller Sympathie vorerst nicht dazu bewegen ließen, der nicht sehr prominent besetzten Delegation bindende Unterstützungszusagen zu machen.²²⁹⁴ Trotz dieses, u. a. von der Bestellung Watters indes bald aufgewogenen Rückschlags²²⁹⁵ waren die Bemühungen der Orgesch aber auf jeden Fall erfolgreich genug, um den Unmut des Alldeutschen Verbandes zu erregen, der von seinen traditionellen Geldgebern zunehmend mit dem Hinweis abgewiesen wurde, dass sich die Escherich-Bewegung – im Gegensatz zur alldeutschen Pläneschmiederei – auch in der Praxis um den Schutz von Eigentum, Arbeit und Ordnung verdient mache.²²⁹⁶ Heinrich Claß und seine Vertrauten unternahmen daher zunächst den Versuch, den bayerischen Forstrat als Verbündeten zu gewinnen, dieser durchschaute das Kalkül jedoch sofort und pochte in den Gesprächen offenbar freundlich, aber bestimmt auf die Eigenständigkeit und politische Ungebundenheit seiner Organisation.²²⁹⁷ In den Erinnerungen des AV-Vorsitzenden fiel das Urteil über den bayerischen Forstrat dann auch entsprechend negativ aus: Zwar konnte sich Claß immerhin noch dazu durchringen, die persönliche Redlichkeit und Volksnähe Escherichs anzuerkennen, er attestierte ihm jedoch ansonsten eine „wahrhaft verhängnisvolle“ Rolle in der nationalen Bewegung, die sich unter seinem Einfluss vorerst auf das „doch nur kleinbürgerliche Ziel von Ruhe und Ordnung“ zurückgezogen habe.²²⁹⁸

Das Mitleid der traditionellen „vaterländischen“ Organisationen hielt sich dann wohl auch durchaus in Grenzen, als sich bereits bei der Konferenz von Spa, d. h. zwei Monate nach der Regensburger Gründungstagung, abzeichnete, dass die Siegermächte gegenüber der Orgesch keine Nachsicht zeigen und den Fortbestand der Selbstschutzverbände auch im veränderten Gewand nicht dulden würden.²²⁹⁹ Wie bereits erläutert, blieben die Apelle

²²⁹⁴ Kannengießer, Schenk und Schneider besuchten vom 25. Mai bis 6. Juni u. a. Düsseldorf, Münster und Hamburg, vgl. den Reisebericht Kannengießers in Bestand Einwohnerwehr 5.

²²⁹⁵ So erhielt die Orgesch 1920 offenbar zwei Millionen Mark aus dem Stinnes-Konzern (vgl. Erwin Könnemann, Orgesch; in: Die bürgerlichen Parteien Deutschlands, Band II, Berlin (Ost) 1968, 459-463, hier 460); dies wird bei Feldman, Stinnes, 652 bestätigt.

²²⁹⁶ Vgl. Lebenserinnerungen von Heinrich Claß (1915-1933), pag. 499 (Bundesarchiv Berlin, NL Claß N 2368/3).

²²⁹⁷ Vgl. die Einträge im Terminkalender Escherich (NL Escherich 6) vom 5.7.1920 (abendliches Gespräch mit Claß und Bang): „Ich soll gekapert werden“ sowie vom 23.8.1920: „6 h kommt der Alldeutsche Dr. Claß auf die LL. Er versucht mit Unterstützung von Dr. Tafel (Ordnungsblock) mich in seine Netze zu ziehen, um seine polit. Pläne durch reale Macht stützen zu können.“

²²⁹⁸ So die Zitate in den Lebenserinnerungen von Heinrich Claß (1915-1933), pag. 503 (Bundesarchiv Berlin, NL Claß N 2368/3).

²²⁹⁹ Siehe Kapitel VII B 4.2.3.

Kahrs und Escherichs an die deutsche Verhandlungsdelegation, gegen eine Auflösung von Orgesch und Einwohnerwehr „äußersten Widerstand“²³⁰⁰ zu leisten, tatsächlich ohne Wirkung, da die alliierten Regierungen schon nach wenigen Tagen mit dem Abbruch der Konferenz und einem Einmarsch ins Ruhrgebiet drohten: Vor diese Alternative gestellt, sahen Simons, Geßler und Seeckt schließlich keine andere Möglichkeit, als ihre Taktik, den erwarteten Forderungen mit Vorschlägen zu Einzelfragen zuvorzukommen, aufzugeben und das vorgelegte Ultimatum, das auch die Vorlage eines Entwaffnungsgesetzes beinhaltete, zu unterzeichnen.²³⁰¹

Der Forstrat reiste daraufhin sofort nach Berlin und versuchte in zahlreichen Gesprächen, einige Reichsminister sowie die versammelten Kommandeure aller Wehrkreise für einen reichsweiten Selbstschutz zu gewinnen²³⁰² und bot Kanzler Fehrenbach sogar an, die Orgesch an der Ostgrenze des Reiches gegen eindringende polnische bzw. russische Truppen anzubieten.²³⁰³ Aus seiner Sicht war es daher umso enttäuschender, dass die Mehrzahl seiner Vorstöße auf vorsichtige Zurückhaltung und z. T. offene Skepsis trafen und auch die einigermaßen gutgewillten Mitglieder der Reichsregierung offenkundig überhaupt kein Durchsetzungsvermögen besaßen, um die Interessen der Orgesch nachdrücklich zu vertreten.²³⁰⁴ Anfang August von den Verhandlungen um die Ausgestaltung des Entwaffnungsgesetzes mit den gleichen Eindrücken zurückgekehrt, entschloss sich Escherich deshalb, wenigstens von sich aus nichts unversucht lassen und die Orgesch am 8. August 1920 offiziell im Münchener Vereinsregister anzumelden²³⁰⁵ – wie schon zuvor die bayerische Einwohnerwehr begab sich die Vereinigung damit formell unter dem Schutz von Art. 124 der Weimarer Verfassung, der allen Deutschen das Recht zur freien Vereinsbildung gewährte.²³⁰⁶ Von der sozialdemokratischen Presse zur gleichen Zeit noch dazu als Drahtzieher hinter der soeben aufgedeckten

²³⁰⁰ So das Schreiben Escherichs an Trimborn, Hergt, Stresemann und Geßler vom 26.6.1920 (Bestand Einwohnerwehr 5).

²³⁰¹ Salewski, Entwaffnung, 133-137.

²³⁰² Terminkalender Escherich (NL Escherich 6), Einträge 3.-5.8.1920.

²³⁰³ Vgl. die Abschrift des Schreibens Escherichs an Fehrenbach vom 27.7.1920 in Stadtarchiv Regensburg, NL Heim 2516.

²³⁰⁴ Vgl. die Einschätzung im Terminkalender Escherich, Eintrag 4.8.1920: „Alles in allem das Gefühl: Die Herren werden uns nicht stützen, sind wohl selbst froh wenn Entente Auflösung erzwingt.“ (NL Escherich 6)

²³⁰⁵ Vgl. Kanzler, Bolschewismus, 254; Axhausen, Orgesch, 55.

²³⁰⁶ Nur drei Tage später berief sich Escherich in einem Beschwerdeschreiben an die preußische Staatsregierung dann auch explizit auf das in der Reichsverfassung garantierte Recht zur Vereinsbildung, die der Oberpräsident von Ostpreußen (siehe Anm. 2309) mit seinem Vorgehen verletze (Escherich an Preußisches Staatsministerium vom 12.8.1920; Bundesarchiv Berlin, R 1501/113 460).

„Magdeburger Spitzelzentrale“ verdächtigt²³⁰⁷, ging die Orgesch ab August außerdem in die publizistische Offensive und schrieb sich in Grundsatzprogrammen und Leitsätzen²³⁰⁸ u. a. den Schutz der Verfassung als oberstes Ziel auf die Fahne.

Die preußische Landesregierung, auch durch Klagen der eigenen Behörden über die Verselbständigung der Wehren unter fremder Führung beunruhigt²³⁰⁹, ließ sich von solchen Manövern jedoch nicht beeindrucken und Innenminister Severing untersagte am 15. August die Tätigkeit der Orgesch im gesamten Freistaat Preußen.²³¹⁰ Von diesem rigorosen Schritt zweifellos überrascht, blieb den zufällig wenige Tage später in Regensburg versammelten Landes- und Provinzdelegierten – die offenbar auch untereinander in Streit gerieten²³¹¹ – dann nur die trotzig angekündigte, ungeachtet aller Widrigkeiten weiterhin offen zur gemeinsamen Organisation zu stehen und die ergangene Verfügung mit allen gebotenen Mitteln anzufechten.²³¹² In den folgenden Monaten ergoss sich deshalb über das Büro des Reichspräsidenten und verschiedene Behörden ein Schwall von Protesten aus den meisten Orgesch-Provinzen²³¹³, während Staatssekretär Schweyer die Münchener Reichsvertretung im Auftrag Kahrs darauf hinwies, dass Bayern das Vorgehen Preußens als „unfreundliche[n] Akt“ betrachten müsse, der auch die Verhandlungsposition des Freistaates im Hinblick auf den Fortbestand der Einwohnerwehr schwäche.²³¹⁴ Nüchtern betrachtet, bot sich freilich weder Kahr noch

²³⁰⁷ Zur Affäre um die sog. Magdeburger Spitzelzentrale vgl. Large, Einwohnerwehr, 50; Schumann, Gewalt, 102 f. sowie der Bericht Kilmarnocks an Curzon vom 13.8.1920 (DBFP X, 373-375).

²³⁰⁸ Vgl. das in 10 Leitsätzen verfasste Arbeitsprogramm der Orgesch bei Axhausen, Orgesch, 24 f. sowie Kanzler, Bolschewismus, 243-245 (Anlage 14).

²³⁰⁹ So der Oberpräsident von Ostpreußen in Berichten vom 22.7., 26.7. und 31.7.1920, die in einer weiteren Note vom 17.8.1920 (Bundesarchiv Berlin, R 1501/113 460) noch einmal zusammengefasst sind; das Schreiben schließt mit folgender Bemerkung: „Für Ostpreußen bitte ich jedenfalls darum, das Angebot des Herrn Escherich auf das Entschiedenste zurückzuweisen und sich seine Einmischung in Dinge, die ihn nichts angehen, auf Energischste zu verbitten.“

²³¹⁰ Bucher, Einwohnerwehren, 57; in einem Schreiben an Reichsinnenminister Koch-Weser vom 24.8.1920 (R 1501/113 460) unterstrich Severing abermals, dass die Orgesch nur eine „Umgehung der Einwohnerwehr“ darstelle.

²³¹¹ Vgl. Terminkalender Escherich, Eintrag 17.8.1920 (NL Escherich 6), ein Grund für den Streit wird nicht genannt.

²³¹² So die Vormerkung zum Ergebnis der Tagung vom 18.8.1920 in Bestand Einwohnerwehr 5; vgl. Rosen, Orgesch, 64 und Wolfgang Ferner, Das Deuxième Bureau der französischen Armee. Subsidiäres Überwachungsorgan der Reichswehr 1919-1923 (Europäische Hochschulschriften 177), Frankfurt am Main u. a. 1982, 352.

²³¹³ Vgl. die Beschwerdeschreiben in Bundesarchiv Berlin, R 1501/113 460 (etwa durch die Landbünde Pommern und Brandenburg oder des „Heimatschutzverbands verfassungstreuer Schlesier“), die in der Regel den eigenen Charakter als reine Selbstschutzorganisation versicherten und die Verletzung von Grundrechten beklagten.

²³¹⁴ Zitat aus dem „ganz vertraulichen“ Schreiben Frerich (preußische Gesandtschaft München) an Prittwitz (Auswärtiges Amt) vom 26.8.1920 in PAAA, R 98 387.

Vgl. Niederschrift der Ministerratssitzung vom 18.8.1920 (MA 99 515): „Der Ministerpräsident macht Mitteilungen über Organisation und Ziele der Orgesch. Er erklärt insbesondere, die Orgesch habe mit der Entwaffnungsfrage nichts zu tun, und ersucht den Herrn Staatssekretär Dr. Schweyer, sie auch bei der

Escherich eine realistische Möglichkeit, gegen das Verbot, dem sich u. a. auch Sachsen und Hessen anschlossen, praktisch vorzugehen, da es eben nicht nur Bayern, sondern auch Preußen offenstand, privaten Vereinigungen nach den Bestimmungen des Reichsvereinsgesetzes die Anerkennung zu erteilen oder zu versagen; das ursprüngliche Kalkül des Stahlhelm, etwaige Vollzugsmaßnahmen des Reiches unter Berufung auf die Kompetenzen der Länder zu umgehen, wandte sich nun also gegen seine Urheber.²³¹⁵

Ungerührt von den eingegangenen Beschwerden legte Carl Severing am 1. November 1920 in einem Erlass sogar nochmals nach und machte es allen preußischen Mittel- und Unterbehörden zur Pflicht, jedes öffentliche Auftreten der Organisation Escherich, die sich polizeiliche Hoheitsrechte anmaße und deshalb „eine immer wachsende Gefahr für die öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung“ darstelle, zu unterbinden und auch alle ihre Neben- und Ersatzorganisationen aufzulösen.²³¹⁶

2.3 Fokus auf Bayern: Der Freistaat als neuer Kristallisationspunkt „nationaler“ Netzwerke

Die Hoffnungen der norddeutschen Orgesch-Führer, die legale Fortexistenz ihrer Verbände mit Hilfe Escherichs zu sichern, hatte sich damit schneller als gedacht zerschlagen, was viele jedoch keineswegs dazu veranlasste, sich enttäuscht von Bayern abzuwenden – ganz im Gegenteil: Nun noch mehr in Bedrängnis geraten, bemühten sich vor allem die kleineren Organisationen vielmehr darum, die Kontakte in den Süden weiter zu intensivieren, zumal die Tätigkeit der Orgesch-Zentrale in München scheinbar ungerührt weiterging und die wohlwollende Kahr-Regierung jetzt auch dauerhaft ihr Amt angetreten hatte. Das konsequente Vorgehen Preußens bei der Entwaffnung und Auflösung der Selbstschutzorganisationen – von den Betroffenen natürlich als Repression wahrgenommen –, verstärkte deshalb im Grunde noch den Impuls, der bereits im April den Stahlhelm und den Jungdo veranlasst hatte, in Bayern Anschluss und Unterstützung zu suchen. Die neuen Kooperationspartner hatten, im Lichte ihrer handlungsleitenden Motive betrachtet, also durchaus gute Gründe, den Diskurs der „Ordnungszelle Bayern“ aufzugreifen: Legt man ihren Maßstab an, symbolisierte das Schlagwort wohl in erster

Reichsregierung in Schutz zu nehmen und darauf aufmerksam zu machen, daß die Orgesch keine bayerische Einrichtung sei, daß sie aber dasselbe Ziel verfolge wie die bayerische Einwohnerwehr.“

²³¹⁵ Vgl. der Beratung der Frage im Reichskabinett am 23./24.8.1920 (AdR Fehrenbach, Dok. 54, TOP 2; Dok. 56, TOP 2) und das daraufhin an Escherich übermittelte Schreiben, das die Orgesch unter Hinweis auf den „föderalistischen Charakter des Reiches“ auf den Rechtsweg verwies (Abdruck bei AdR Fehrenbach, Dok. 56, Anm. 2).

²³¹⁶ So das Rundschreiben des preußischen Innenministers an alle Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und Polizeipräsidenten vom 1.11.1920 (Bundesarchiv Berlin, R 1501/113 461).

Linie den Kontrast zur politischen Situation in Preußen und verlieh der Hoffnung Ausdruck, dass die Selbstschutzverbände auch unter widrigen Umständen weiterbestehen würden – auch als verbotene Vereinigung hatte sich die Orgesch so zu einem bedeutenden politischen Faktor entwickelt.

2.3.1 Potente Unterstützer: Landbünde und Industrie

Musste der AV deshalb trotz der wiederholten Auflösungsorder weiterhin mit der unliebsamen Konkurrenz zurechtkommen und sogar teilweise mit ihr kooperieren²³¹⁷, konnten die förderungswillige Großindustrie und die Landwirtschaftsverbände, die der Orgesch z. T. beigetreten waren, hingegen durchaus zufrieden sein: Denn ermöglichte die von ihnen mitgetragene Organisation Escherich einerseits die faktischen Fortexistenz des Selbstschutzes, bot der um sie entstandene Konflikt im beginnenden preußischen Wahlkampf andererseits eine willkommenen Ansatzpunkt für eine offene Polemik gegen die ungeliebte, von Otto Braun geleitete Staatsregierung.²³¹⁸

Aus umfassenderer Perspektive betrachtet, mochte die nunmehrige Zusammensetzung des Unterstützerumfeldes der Orgesch hingegen wie eine Neuauflage des sog. Bündnis von Roggen und Eisen wirken, zumal Kahr Industrie und Landwirtschaft auch selbst als „die beiden Großmächte im Lande“²³¹⁹ einstuft. Im Kontrast zu solchen Gedankenspielen zeigt die stets nur punktuelle Ausweitung der eigenen Netzwerke allerdings klar auf, dass der Ministerpräsident keineswegs von Anfang an eine Allianz der wirtschaftlichen Großmächte im Reich schmieden wollte, sondern sich vor allem im Kielwasser der Expansion seines eigenen Prestiges sowie der Orgesch bewegte und im Zuge dessen einfach bei passender Gelegenheit vielversprechende Bekanntschaften anbahnte. Die Hinweise für entsprechende Kontaktaufnahmen im Jahr 1920 – für das auch kein Tagebuch vorliegt – fallen daher noch recht spärlich aus, vor dem Hintergrund späterer Kooperationen ergeben die wenigen vorhandenen Indizien freilich ein durchaus belastbares Bild.

Wohl ausschließlich auf das Konto der Vermittlungstätigkeit Escherichs gingen hierbei die sich anbahnenden Beziehungen Kahrs zu den Repräsentanten der norddeutschen Landwirtschaft. Denn wie bereits erwähnt, fiel es dem Isener Forstrat relativ leicht, die

²³¹⁷ Siehe das folgende Kapitel VIII A 2.3.2.

²³¹⁸ Zum Wahlkampf in Preußen: Mark Ohnezeit, Zwischen „schärfster Opposition“ und dem „Willen zur Macht“. Die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) in der Weimarer Republik 1918-1928 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 158), Düsseldorf 2011, 222-232; Schulze, Braun, 324-337.

²³¹⁹ Kahr-Erinnerungen, pag. 1069.

Agrarier als Verbündete und Unterstützer des Selbstschutzes zu gewinnen, da er sich in den einschlägigen Kreisen als Verwalter des ausgedehnten Waldgebietes Bialowies im Krieg einen Namen gemacht hatte und außerdem dank seiner engen Beziehungen zum Verein deutscher Standesherrn sowie zu den Verbänden von Forstwirtschaft und Waldbesitz²³²⁰ einen Vertrauensvorschuss genoss. Es war daher sicherlich kein Zufall, dass Escherich schon 1920 alle drei Hochburgen der sog. Landbundbewegung besuchte und den Ministerpräsidenten nach seiner Rückkehr aus Pommern, Schlesien und Brandenburg auf die Verdienste der Landbünde als wichtige Ordnungsmacht hinweisen konnte.²³²¹ Letztere waren zwar v. a. in den ostelbischen Provinzen in den Monaten nach der Novemberrevolution entstanden, gehörten allerdings nicht zu den Anhängern der entstehenden Weimarer Republik, sondern kanalisiert in erster Linie den Unmut der Bauern und Großgrundbesitzer gegen die Beschränkungen der staatlich gelenkten Zwangswirtschaft. Als Initiatoren der Bewegung traten deshalb auch meist Großlandwirte auf, die die Zeichen der Zeit erkannt hatten und mit den Landbünden zuallererst verhindern wollten, dass die politische Linke das ländliche Protestpotential für ihre Zwecke nutzen würde.²³²² Die Landbünde fallen somit eindeutig unter die Kategorie einer konservativen Reformgründung und grenzten sich als solche sehr deutlich vom alten Bund der Landwirte ab²³²³, der in den Augen vieler längst zum Komplizen der Berliner Planwirtschaftsbürokratie geworden war und sich vor Ort meist auf die immer gleichen Honoratioren stützte, die zudem oft ein eher feudales Verständnis von Gefolgschaft und Loyalität zur Schau trugen. Die neue Interessensvertretung des flachen Landes hatte dann auch keinerlei Schwierigkeiten, demokratische Organisationsprinzipien aus Opportunitätsgründen selektiv zu übernehmen: Sie verschrieb sich dabei vor allem dem Gedanken der regionalen und paritätischen Selbstverwaltung, d. h. verankerte in den Statuten die Wählbarkeit aller Ämter durch die Mitgliederversammlung sowie ihre proportionale Besetzung durch Vertreter kleinerer, mittlerer und großer Betriebe und verzichtete außerdem vorerst darauf, die Provinziallandbünde in einem engeren

²³²⁰ Siehe Anm. 2288 und 2292. Vgl. auch die Besuche Escherichs beim Verein der Standesherrn und beim Reichsverband der Walbesitzer Ende April 1920 in Berlin (Terminkalender Escherich, Eintrag 2./23.4.1920; NL Escherich 6).

²³²¹ Siehe zu den Besuchsreisen Escherichs Anm. 2291.

²³²² Vgl. hierzu Stephanie Merkenich, Grüne Front gegen Weimar. Reichs-Landbund und agrarischer Lobbyismus 1918-1933 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 113) Düsseldorf 1998; Pomp, Brandenburgische Landbund; Guido Dressel, Der Thüringer Landbund: Agrarischer Berufsverband als politische Partei in Thüringen 1919-1933 (Schriften zur Geschichte des Parlamentarismus in Thüringen 12), Weimar 1998.

²³²³ Merkenich, Grüne Front, 52 f. und 57.

Dachverband zusammenzuschließen.²³²⁴ Die Attraktivität der neuen Bewegung verdankte sich außerdem der geschickten Selbstinszenierung als parteipolitisch ungebundene Stimme der Bauernschaft, die durch keine taktischen Rücksichtnahmen davon abgehalten wurde, in einigen Fragen radikaler und kämpferischer als der Bund der Landwirte aufzutreten. Mit anderen Worten ausgedrückt, präsentierten sich die Landbünde insgesamt als unpolitische Selbsthilfeorganisationen und boten sich deshalb der Orgesch, die im Wesentlichen mit dem gleichen Anspruch auftrat, als gewissermaßen logischer Bündnispartner geradezu an. Fiel es Escherich darum auch leicht, ein kooperatives Arbeitsverhältnis zu den Protagonisten der Landbünde in Schlesien und Brandenburg aufzubauen²³²⁵, blieb seine Beziehung zur Führung des Pommerschen Landbundes, die den Reichshauptmann mit ihrem wiederholten Pochen auf eine weitgehende Eigenständigkeit innerhalb der Orgesch irritierte, hingegen eher distanziert und von latenten Misstrauen geprägt.²³²⁶

Es zeugt daher umso mehr von der eigenständigen Prioritätensetzung Kahrs, dass er seinerseits gerade mit Hermann von Dewitz²³²⁷, dessen Provinzverband innerhalb der Landbundbewegung außerdem zweifellos die radikalsten Positionen vertrat, näheren Kontakt aufnahm. So imponierte es Kahr offenbar, dass der Landbund in Pommern schon 1919 die Maxime des Wirtschaftsfriedens zum Kernpunkt seines Programmes erhob und sich bei den Ernten 1919 und 1920 erfolgreich der Landarbeitergewerkschaft als Streikbrecher entgegengestellt hatte.²³²⁸ Im Gegensatz zu mehreren Landbünden in anderen Provinzen verwehrte das Direktorium in Stettin außerdem von Anfang an jüdischen Bauern die Mitgliedschaft und fungierte als treibende Kraft bei der Durchsetzung dieses Prinzips in allen Partnerorganisationen bis 1921.²³²⁹ Als aktiver Unterstützer des Kapp-Putsches²³³⁰ war die Vereinigung schließlich auch ins Visier des

²³²⁴ Ebd., 54 f.

²³²⁵ Siehe die Besuche Escherichs in Anm. 2291.

²³²⁶ Siehe die Klagen Escherichs über fehlende Bereitschaft des Vorsitzenden Dewitz, die Hierarchien in der Orgesch anzuerkennen in Anm. 2290.

²³²⁷ *Hermann von Dewitz* (1854-1939) war Rittergutsbesitzer in Schönhagen/Pommern, MdR (1893-1907), Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses (1895-1918) und ab 1919 Vorsitzender des Pommerschen Landbundes. Vgl. Mann (Bearb.), *Biographisches Handbuch*, 105.

²³²⁸ Der Landbund griff dabei auch auf Freikorps-Truppen aus dem Baltikum zurück, vgl. Winkler, Weimar, 115. Vgl. die Gegenschrift des Deutschen Landarbeiterversbands: *Der Pommersche Landbund eine Gefahr für die Deutsche Volksernährung: Material zur Beurteilung der Unternehmerhandlungen in der pommerschen Landwirtschaft* (Schriften des Deutschen Landarbeiter-Verbandes 6), Berlin 1920 sowie auch Friedrich von Schulzen, *Die Waffen der Arbeitgeber im Kampf gegen die Gewerkschaftsbewegung in der Landwirtschaft*, Stettin 1920.

²³²⁹ Merkenich, *Grüne Front*, 66 f.

²³³⁰ Schulze, Braun, 291 f. In der einer frühen Studie, die die Organisation ausschließlich positiv darstellt, wird die Beteiligung am Kapp-Putsch explizit gerechtfertigt: Maximilian Geist, *Der Pommersche Landbund*. Diss. Würzburg 1921, 26 f. Vgl. die Rede von Reichskanzler Bauer am 18.3.1920 in der

Reichsarbeitsministeriums geraten, das daraufhin versuchte, dem Landbund den Status einer anerkannten Tarifpartei zu entziehen, damit jedoch vor den Gerichten scheiterte²³³¹; ähnlich wie in Bayern fanden schließlich auch – quasi als Retourkutsche – Teile der Brigade Ehrhardt und der sog. Schwarzen Reichswehr auf Gütern in Pommern Unterschlupf und tarnten sich vorläufig als landwirtschaftliche Arbeitsgemeinschaften.²³³² Bei einer ersten persönlichen Unterredung im August 1921 versicherte Dewitz Gustav von Kahr dann auch, dass inzwischen alle Vorbereitungen getroffen seien, um Berlin im Falle einer Regierungsbeteiligung der USPD oder bei Unruhen von der Lebensmittelzufuhr abzuschneiden.²³³³

Der gegenseitigen Annäherung tat es deshalb auch keinen Abbruch, dass es dem fortschrittlichen Teil der sog. Junkerschaft Mitte 1920 schon wieder gelungen war, die Machtbalance in den Landbünden zu verschieben und dank ihrer Stellung als wichtigste Geldgeber die faktische Entscheidungshoheit in ihren Händen zu konzentrieren. Der neue Kurs der Verbände stand daher im Zeichen der Losung „bäuerliche Einheitsfront“ und strebte dementsprechend eine Fusion mit dem Bund der Landwirte zu Bedingungen an, die es beiden Seiten erlauben würden, ihr Gesicht zu wahren. Resultat dieser Verhandlungen war die Gründung des Reichslandbundes zum 1. Januar 1921, der das Erbe beider Vorgängerorganisationen antrat und dank des erreichten Zusammenschlusses auch gegenüber der Reichsregierung wieder als starke Interessensgruppe auftreten konnte.²³³⁴

Hatte die Orgesch somit maßgeblich dazu beigetragen, die Verbindungen der bayerischen Politik zu einer wieder erstarkenden ostelbischen Agrarlobby herzustellen, kam ihr in Bezug auf die sich verdichteten Kontakte zur deutschen Großindustrie eher eine assistierende Rolle zu. Zwar fühlte sich vor allem die rheinische Montanindustrie von den Werbebesuchen General Watters durchaus angesprochen²³³⁵, einige ihrer führenden Vertreter verfolgten zur gleichen Zeit freilich auch eigene Interessen im Süden des Reiches und waren deshalb nicht allein auf die Vermittlungsstrukturen der Orgesch

Nationalversammlung: „Insbesondere wird die Rolle zu prüfen sein, die der Pommersche Landbund bei der Meuterei gespielt hat. Um solchen feudalen Hochverrätern die Freude am Putsch ein für allemal auszutreiben, wird die Reichsregierung den gesetzlichen Bestimmungen gemäß das Vermögen jener Leute beschlagnahmen.“ (Verh. Nationalversammlung, Bd. 332, 4904).

²³³¹ Geist vermerkt dann auch stolz, dass das Ministerium die Berechtigung des Landbundes zum Abschluss von Tarifverträgen anerkennen musste (Geist, Landbund, 72-76). Bieber spricht in diesem Zusammenhang von einer „Pervertierung des Gewerkschaftsgedankens“ durch den Landbund (Bieber, Bürgertum in der Revolution, 272 f.). Vgl. auch ‚Landarbeiterkündigungen in Pommern‘, in: BStZ Nr. 27 vom 3.2.1920.

²³³² Vgl. Krüger, Brigade Ehrhardt, 64 und Ferner, Deuxième Bureau, 411 f.

²³³³ Vgl. die Schilderung der Unterredung in Tagebuch Kahr 1921-B, pag 117-120.

²³³⁴ Merkenich, Grüne Front, 66-68.

²³³⁵ Siehe Anm. 2295.

angewiesen. Während die meisten Industriellen das Selbstschutzbündnis deshalb sowohl als förderungswürdiges Projekt wie auch als zusätzlichen Kommunikationskanal betrachteten, hatten einige von ihnen, allen voran der Vorstandsvorsitzende der Gutehoffnungshütte Oberhausen (GHH), Paul Reusch, schon vor Gründung der Orgesch den Entschluss gefasst, sich fortan stärker in Bayern zu engagieren. Immerhin luden die unternehmerischen Aussichten in der (schwer-)industriellen Branche damals geradezu zu einem solchen Schritt ein:

Denn waren viele süddeutsche Firmen durch die plötzliche Einstellung der Rüstungsaufträge und den Wegfall der Rohstofflieferungen aus den abgetretenen Gebieten in Schieflage geraten, eröffnete die Inflation der rheinischen Schwerindustrie die Gelegenheit, durch Übernahmen und Kartellbildungen Überkapazitäten zu reduzieren und die bestehenden Konzerne vertikal auszubauen, d. h. von den Schwankungen des Marktes unabhängiger zu machen. Zentrales Objekt der Begierde war in diesem Kontext die Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg (MAN), die unter den bayerischen Industrieunternehmen nicht nur von der Größe her eine „unangefochtene Spitzenstellung“²³³⁶ einnahm, sondern auch aufgrund ihrer großen Produktpalette sowie als Entwicklungszentrum und Lizenzgeber des Dieselmotors beinahe jede Investition lohnte.²³³⁷ Es herrschte daher kein Mangel an Interessenten, als die MAN 1920 den Beschluss fasste, sich für eine umfangreichere Minderheitenbeteiligung zu öffnen und Verhandlungen mit verschiedenen Bietern aufnahm: Schien sich im Zuge dessen bereits eine Kooperation mit dem Stinnes-Konzern und Siemens-Schuckert anzubahnen²³³⁸, nahmen die Gespräche jedoch eine überraschende Wende, als der ansonsten eher zurückhaltende Aufsichtsratsvorsitzende Theodor von Cramer-Klett jun.²³³⁹ – nebenbei auch ein überzeugter Förderer von Einwohnerwehr und Orgesch – plötzlich die Initiative ergriff und ohne Wissen des Vorstandes einen Kurswechsel betrieb. Profiteur dieses Alleinganges war schließlich die von Paul Reusch²³⁴⁰ geführte GHH, die 1919 bereits die

²³³⁶ Götschmann, Wirtschaftsgeschichte, 205.

²³³⁷ Johannes Bähr - Ralf Banken - Thomas Flemming (Hg.), Die MAN. Eine deutsche Industriegeschichte, München 2008.

²³³⁸ Ebd., 240-244.

²³³⁹ Zur Biographie von *Theodor von Cramer-Klett jun.* (1874-1938) vgl. Zuber, Im Netz; Marc Sigl, Die Cramer-Klett, eine Industriellen-Familie und ihre Bedeutung für das Priental. Das Bürgertum als Nachfolger des Adels im 19. und 20. Jahrhundert, Aschau im Chiemgau ²2008, 104-260.

Der württembergische Gesandte bezeichnet Cramer-Klett im Oktober 1921 als finanziellen Unterstützer der Mittelpartei (Benz, Moser, 89).

²³⁴⁰ Zur Biographie von *Paul Reusch* (1868-1956) vgl. Christian Marx, Paul Reusch und die Gutehoffnungshütte. Leitung eines deutschen Großunternehmens, Göttingen 2013; Peter Langer, Macht und Verantwortung: Der Ruhrbaron Paul Reusch, Essen 2012. Langer geht in seiner Studie allerdings kaum auf die Presseaktivitäten Reuschs zu dieser Zeit ein.

Eisenwerk Nürnberg AG übernommen hatte und nun zunächst ein Paket von 18% der MAN-Aktien erwarb.²³⁴¹ Mit diesem unerwarteten Coup befand sich die GHH nun auf dem besten Wege, eine einflussreiche Stellung in der bayerischen Wirtschaft zu gewinnen, zumal der Konzern die MAN schon 1921 verabredungswidrig ganz unter seine Kontrolle bringen konnte²³⁴² und sich darüber hinaus die Fritz Neumayer AG, ein Kabel- und Metallwerk in Nürnberg, einverleibte.²³⁴³

Das DVP-Mitglied Reusch gab sich jedoch auch mit diesem Erfolg nicht zufrieden, sondern sicherte sich mit dem Erwerb der faktischen Mehrheitsbeteiligung bei den Münchner Neuesten Nachrichten (MNN), der größten Zeitung Süddeutschlands²³⁴⁴, gleichzeitig auch eine politische Hausmacht im Freistaat: Der bedeutende und bemerkenswert lange Zeit unter Verschluss gehaltene Deal war ausgerechnet von Wilhelm Seitz, dem Mitinitiator des „Volksausschusses für die rasche Niederkämpfung Englands“ und persönlichen Freund Kahrs, eingefädelt worden²³⁴⁵ und legte den Grundstein für den später aus Oberhausen geführten Pressekonzern mit großen bürgerlichen Blättern in Hamburg und Köln. Der GHH-Manager folgte mit diesem Engagement dem Vorbild anderer Ruhrindustrieller²³⁴⁶, die ähnlich wie der Staat nun ihre Schlussfolgerungen aus der empfundenen propagandistischen Hegemonie der britischen Presse im Krieg zu ziehen suchten: Entsprechend ihrem Beispiel ging das von Paul Reusch geführte Konsortium erst einmal daran, die operative Leitung des angekauften Blattes auszutauschen und berief Paul Nikolaus Cossmann, den Herausgeber der in der Heimatfrontpropaganda sehr aktiven Süddeutschen Monatshefte, zum Leiter des

²³⁴¹ Christian Marx, Die Mischung macht's. Zur Bedeutung von kulturellem, ökonomischen und sozialen Kapital bei Paul Reusch während des Konzernaufbaus der Gutehoffnungshütte (1918-1924), in: Markus Gamper - Linda Reschke (Hg.), Knoten und Kanten. Soziale Netzwerkanalyse in Wirtschafts- und Migrationsforschung, Bielefeld 2010, 159-194, hier: 168-170 und 174 f. Vgl. auch allgemein zum Konzern und seinen Aktivitäten in Bayern: Gerhard Hetzer, Gutehoffnungshütte (GHH), in: Historisches Lexikon Bayerns [URL: <[https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Gutehoffnungshütte_\(GHH\)>](https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Gutehoffnungshütte_(GHH)>); zuletzt eingesehen am 4.3.2021].

²³⁴² Vgl. Marx, Paul Reusch, 252-260; Reusch begründete diesen Schritt als Präventivmaßnahme, um Anteilsankäufen durch Stinnes zuvorzukommen, vgl. Reusch an Haniel vom 16.1.1921 (Rheinisch-Westfälisches Wirtschaftsarchiv, NL Reusch 300193000/11); der bisherige Generaldirektor Anton von Rieppel trat daraufhin zurück, da die MAN damit „vollkommen in die Hände der Gutehoffnungshütte gekommen“ sei (Cramer-Klett an Reusch vom 30.12.1920; Rheinisch-Westfälisches Wirtschaftsarchiv, NL Reusch 300193010/16).

²³⁴³ Marx, Mischung, 174 f.

²³⁴⁴ Paul Hoser, Münchner Neueste Nachrichten, in: Historisches Lexikon Bayerns [URL: <[>](https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Münchner_Neueste_Nachrichten); zuletzt eingesehen am 4.3.2021].

²³⁴⁵ Hoser, Tagespresse, 72-74; zur Freundschaft zwischen Kahr und Seitz siehe Anm. 1105.

²³⁴⁶ Holzbach, System Hugenberg; Friedrich Wilhelm Henning, Hugenberg als politischer Medienunternehmer, in: Günther Schulz (Hg.), Geschäft mit Wort und Meinung. Medienunternehmer seit dem 18. Jahrhundert (Deutsche Führungsschichten der Neuzeit 22), München 1999, 101-127; Peter Wulf, „Die Stimme ihres Herrn“: Hugo Stinnes und die Deutsche Allgemeine Zeitung, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 29 (1984), 153-179.

Zeitungsverlages und Fritz Michael Gerlich, Mitarbeiter des Heimatdienstes Bayerns sowie Führungsfigur des Bürgerrates, zum MNN-Chefredakteur, d. h. zu politischen Sachwaltern in der bayerischen Landeshauptstadt.²³⁴⁷ Da beide wie Theodor von Cramer-Klett der Regierung Kahr aufgeschlossen gegenüber standen und den Erhalt der Einwohnerwehr nachdrücklich befürworteten²³⁴⁸, war es schließlich nur eine Frage der Zeit, bis Gustav von Kahr und Paul Reusch auch persönlich in Kontakt kamen. Nach einem ersten Treffen im Dezember 1920, das auf Vermittlung von Seitz zustande gekommen²³⁴⁹ und offenbar sehr positiv verlaufen war, entschlossen sich Cramer-Klett und Reusch deshalb, dem bayerischen Ministerpräsidenten in seinem Beharren auf den Fortbestand des Selbstschutzes Rückhalt zu signalisieren und stellten ihm in diesem Sinne Anfang Februar 1921 eine Million Mark für „vaterländische Zwecke“ zur Verfügung.²³⁵⁰

2.3.2 Widerwillige Kooperation etablierter Nationalisten: Der Bayerische Ordnungsblock als Vehikel des Alldeutschen Verbandes

Waren diese Multiplikationseffekte allen beteiligten Seiten willkommen, löste das Vordringen der Orgesch jedoch auch nicht kalkulierte Nebenwirkungen aus, indem sie als Dachverband der vermeintlich unpolitischen Heimat-, Not- und Selbstschutzverbände der (Nach-)Revolutionsphase erhebliches Mobilisierungspotenzial entwickelte und damit in direkte Konkurrenz mit den etablierten nationalistischen Agitationsvereinen der Kaiserzeit trat; aus deren Warte betrachtet, erzeugte das Bündnis der bayerischen Einwohnerwehr mit dem Stahlhelm und dem Jungdeutschen Orden, später zwei wichtige Vertreter der sog. nationalen Opposition, in erster Linie erhöhten Handlungsdruck, sich bei den gesinnungsverwandten Vertretern aus Politik und Wirtschaft als angestammte Sachwalter der vaterländischen Belange in Erinnerung zu bringen.²³⁵¹ Zeigten sich einige ohnehin in schwere Sinnkrisen geratene Organisationen – wie etwa die Deutsche Kolonialgesellschaft²³⁵² oder der Deutsche Flottenverband – dieser neuen Situation

²³⁴⁷ Siehe hierzu Kapitel VIII A 3.1.5.

²³⁴⁸ Hoser, Tagespresse, 715-719.

²³⁴⁹ Reusch hielt sich am 14.12.1920 in München auf (vgl. Direktion Gutehoffnungshütte an Haniel vom 15.12.1920; Rheinisch-Westfälisches Wirtschaftsarchiv, NL Reusch 300193000/11) und traf dabei auch Kahr, vgl. Haniel an Cossmann vom 1.2.1920 (NL Cossmann 7): „Herr Kommerzienrat Seitz wird dann wohl die Liebenswürdigkeit haben, auch eine Besprechung mit Herrn von Kahr und Herrn Reusch, die mir sehr wichtig erscheint, zu vermitteln.“

²³⁵⁰ Cramer-Klett überbrachte Kahr die Spende im Auftrag Reuschs, vgl. Tagebuch Kahr 1921-A, pag. 69 und 77-79 (Abschrift des Dankschreibens).

²³⁵¹ Siehe hierzu die Stellungnahme Claß in Anm. 2298.

²³⁵² Bezeichnenderweise hielt die Berliner Orgesch ihre Tagungen dann auch im „Afrika-Haus“ der Deutschen Kolonialgesellschaft ab, vgl. Reichsinnenministerium an Kuenzer vom 3.11.1922 (Bundesarchiv Berlin, R 1501/113 460) sowie Kuenzer an Reichsinnenministerium vom 11.5.1923 (Bundesarchiv Berlin, R 1501/113 462).

allerdings kaum gewachsen, verfügte der Alldeutsche Verband als traditionelle Steuerungszentrale des kämpferischen Nationalismus²³⁵³ hingegen über die Ressourcen, der Herausforderung in mehrerer Hinsicht offensiv zu begegnen. War die Spitze des AV deshalb schon im Februar 1919 im Stande, mit einer programmatischen und organisatorischen Neuaufstellung auf die veränderten Verhältnisse zu reagieren, gelang es dem Verband dank seiner bereits im Weltkrieg höchst umtriebigen Münchener Ortsgruppe außerdem, sich in der bayerischen Hauptstadt, also gewissermaßen im Zentrum der neuen Konkurrenzbewegung, als relevante und gut vernetzte politische Kraft zu behaupten.

Die entscheidenden Weichen im prinzipiellen Sinne stellte hierbei eine vom bayerischen General a.D. Konstantin Freiherr von Gebtsattel als Gastgeber ausgerichtete Tagung, die zwischen dem 15. und 18. Februar 1919 in Bamberg stattfand²³⁵⁴: Die versammelten Chefstrategen einigten sich bei dieser Gelegenheit zunächst darauf, den im Krieg immer stärker betonten Antisemitismus jetzt zur offiziellen Verbandsdoktrin zu erheben und entwickelten gleichzeitig eine von Uta Jungcurt als „Dezentralisierungs-Methode“²³⁵⁵ bezeichnete Taktik, die dem Verband als Instrument zur Rückgewinnung seiner öffentlicher Breitenwirkung dienen sollte. Diesem Ansatz lag die realistische Einschätzung zugrunde, dass der elitäre und zudem weithin diskreditierte Alldeutsche Verband auf absehbare Zeit kaum die Erwartung hegen durfte, sich auf dem demokratischen Massenmarkt der Meinungen ausreichend Gehör zu verschaffen und folglich darauf angewiesen war, das eigene Programm in massentauglichem Gewand zu verbreiten. Gemeinsam mit Vertretern anderer marginalisierten Gruppen der extremen Rechten gründeten Claß, Gebtsattel und Alfred Roth daher in Bamberg den „Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund“ (DvSTB)²³⁵⁶, der ohne äußeren Bezug zu

²³⁵³ Die Geschichte des Alldeutschen Verbandes als Organisation ist inzwischen gut dokumentiert: Uta Jungcurt, *Alldeutscher Extremismus in der Weimarer Republik: Denken und Handeln einer einflussreichen bürgerlichen Minderheit*, Berlin / Boston 2016; Björn Hofmeister, *Realms of Leadership and Residues of Social Mobilization: The Pan-German League, 1918-33*, in: Larry Eugene Jones (Hg.), *The German Right in the Weimar Republic. Studies in the History of German Conservatism, Nationalism, and Antisemitism*, New York 2014, 134-165; Barry A. Jakisch, *Not a large, but a strong Right. The Pan-German League, Radical Nationalism, and Rightist Party Politics in Weimar, Germany, 1918-1939*, Diss. Buffalo 2000; vgl. auch die Biographie des Vorsitzenden: Johannes Leicht, *Heinrich Claß 1868-1953. Die politische Biographie eines Alldeutschen*, Paderborn 2012.

²³⁵⁴ Vgl. die Überblicksdarstellung bei: Jungcurt, *Alldeutscher Extremismus*, 288-292; Leicht, Claß, 261-269.

²³⁵⁵ Jungcurt, *Alldeutscher Extremismus*, 291.

²³⁵⁶ Allgemein zur Organisation und ihrer Gründung: Uwe Lohalm, *Völkischer Radikalismus. Die Geschichte des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes 1919-1923* (Hamburger Beiträge zur Zeitgeschichte VI), Hamburg 1970, 15-26; Stefan Breuer, *Die Völkischen in Deutschland. Kaiserreich und Weimarer Republik*, Darmstadt 2008, 150-161.

seinem institutionellen Hintergrund eine judenfeindlich ausgerichtete Volksbewegung entfachen sollte. Tatsächlich stieg der fortan aus Hamburg geleitete DvSTB innerhalb weniger Monate zur mit Abstand schlagkräftigsten antisemitischen Vereinigung der frühen Weimarer Republik auf, die ihre regelmäßig mit dem Hakenkreuz versehenen Flugblätter und Handzettel bald in Millionenaufgabe verbreitete und bei ihrem Verbot im Sommer 1922 etwa 170 000 Mitglieder²³⁵⁷ umfasste; neben der Hansestadt hatten innerhalb des Verbandes vor allem die Ortsgruppen Berlin, Hannover und Stettin sowie die von Willibald von Zezschwitz geführte Münchener Dependance Gewicht. Sind diese Zusammenhänge indes schon bekannt, wurde bisher jedoch nicht registriert, dass der namhafteste Agitationsverband der „Ordnungszelle Bayern“ - wenn auch nicht so unmittelbar wie der DvSTB - ebenfalls in die Kategorie der alldeutschen Tarnorganisationen einzuordnen ist.

Die ausbleibende Bestätigung dieser Umstands überrascht insofern, als der Bayerische Ordnungsblock (BOB) schon häufiger als wichtige Stütze des „System Kahr“ Beachtung fand und in einigen Publikationen sogar als Dachvereinigung aller nationalen Verbände in München firmiert²³⁵⁸; trotz dieser z. T. konstatierten Rolle wurde bisher jedoch nie ernsthaft in Zweifel gezogen, dass der Bildhauer Fritz Behn²³⁵⁹ und Erwin Pixis²³⁶⁰, der Geschäftsführer des Münchener Kunstvereins, den Ordnungsblock aus eigener Initiative als völlig eigenständige Organisation begründeten. Trifft dies äußerlich betrachtet natürlich auch zu, kristallisiert sich bei einer näheren Analyse jedoch bald heraus, dass ein großer Teil des engeren Entscheidungs- und Führungszirkels des BOB eng mit dem Alldeutschen Verband verflochten war – in Übereinstimmung mit der „Dezentralisierungs-Methode“ setzten die Initiatoren gleichzeitig alles daran, diese Tatsache zumindest vorerst vor der Öffentlichkeit zu verbergen.

Angesichts der politischen Profillosigkeit fast aller achtzehn Unterzeichner des Gründungsaufrufs²³⁶¹ und der nichtsdestotrotz sofort lancierten Propagandakampagne

²³⁵⁷ Lohalm, *Völkischer Radikalismus*, 88-91.

²³⁵⁸ Diese Einschätzung stammt ursprünglich offenbar von Georg Franz, der den Ordnungsblock, aber auch den Bürgerrat und dem Heimatdienst Bayern als „Dachorganisationen des Bürgertums“ bezeichnet (Georg Franz, *Entstehung und Frühgeschichte des NSDAP Münchens*, pag. 52; IfZ, MS 5/1); so dann auch Fenske, *Konservatismus*, 166 oder *Stadtmuseum München* (Hg.), München - „Hauptstadt der Bewegung“, München 1993, 60 f.

²³⁵⁹ Zur Biographie von *Fritz Behn* (1878-1970) vgl. Joachim Zeller, *Wilde Moderne. Der Bildhauer Fritz Behn*, Berlin 2016, hier besonders 65-69.

²³⁶⁰ Zur Tätigkeit von *Ernst Pixis* (geb. 1872) vgl. die Angaben bei: Jenny Mues, *Kunstvereine als Vermittlungsinstanzen der Moderne in der Zeit der Weimarer Republik*, Diss. München 2018, 29.

²³⁶¹ „Der bayerische Ordnungsblock - Ein Aufruf“, in: MAAZ Nr. 124 vom 30.3.1920. Mit Blick auf die Unterzeichnerliste (darunter auffälligerweise vier Professoren der medizinischen Fakultät der Universität München: Leo von Zumbusch, Hermann Dürck, Wilhelm Kattwinkel und Karl Schlösser) vermutete der sächsische Gesandte dann auch schon am gleichen Tag, dass es sich hierbei offenbar nur um Strohmänner

standen deshalb auch die meisten Zeitgenossen zunächst vor einem Rätsel und ergingen sich in Vermutungen über die wahren Hintermänner der Initiative bzw. die Herkunft der offenbar beträchtlichen Finanzmittel.²³⁶² Aufmerksame Beobachter der politischen Szenerie beschlich jedoch wohl schon eine erste Ahnung über die wahren Impulsgeber des BOB, als die vom AV gesteuerte „Deutsche Zeitung“²³⁶³ sofort für den Ordnungsblock in die Bresche sprang und Otto Helmut Hopfen²³⁶⁴, ein in Starnberg ansässiger Vertrauter von Heinrich Claß, bereits am 10. April 1920 genügend Anhaltspunkte für eine „Hoffnung aus Bayern“ zu erkennen glaubte, in seinem Artikel jedoch einstweilen nicht näher darauf eingehen wollte, „wer [hier] die Zügel führt oder in welchem Geiste gesteuert werden soll“²³⁶⁵. In die gleiche Richtung wies außerdem die Tatsache, dass Polizeipräsident Ernst Pöhner, der dem AV auch als Mitglied angehörte, die ausfälligen Plakate der neuen Gruppierung zumindest tolerierte, wenn nicht gar persönlich inspirierte²³⁶⁶ sowie der vom AV geförderte Versuch, das bayerische Modell mit der Gründung eines Norddeutschen Ordnungsblocks²³⁶⁷ zu kopieren. Endgültige Klarheit über die im Verband herrschenden Loyalitätsverhältnisse brachte schließlich eine im Sommer 1920 vorgenommene Neuaufstellung des BOB-Vorstandes, aus dem Fritz Behn, offenbar von beruflichen Verpflichtungen zu sehr beansprucht, und der Fabrikant Dieminger schon wieder ausschieden²³⁶⁸: Neuer Vorstandskollege des verbleibenden Erwin Pixis wurde nun der ehemalige MAN-Betriebsdirektor Dr. Paul

handele, zumal offenbar finanzielle Mittel vorhanden seien (Dziembowski an sächsisches Ministerium des Äußern vom 30.3.1920; NL Dziembowski 13). Nach Einschätzung der offiziösen Deutschen Allgemeinen Zeitung sprach angesichts der Namen hingegen viel dafür, den BOB als einen der vielen „Eintagsbünde dieser aufgeregten Zeit“ einzuordnen („Partei-gruppierungen in Bayern“, in: Deutsche Allgemeine Zeitung vom 2.4.1920).

²³⁶² Der preußische Gesandte Zech bezeichnete den BOB schon am 10. April (Zech an Auswärtiges Amt vom 10.4.1920; PAAA, R 98 347) als „Enfant Terrible“ der politischen Szenerie Münchens, der ständig hetzerische Aufrufe gegen die Reichsregierung lanciere, dessen Führungsfiguren aber nicht aus Bayern stammten und jedenfalls über beste Beziehungen zu Polizeipräsident Pöhner verfügten; die Gesandtschaft gab sich dann auch erleichtert, als die Propagandakampagne nach einigen Wochen spürbar abflaute (Frerichs an Auswärtiges Amt vom 22.4.1920; Bundesarchiv Berlin, R 707/2).

²³⁶³ Zur „Deutschen Zeitung“: Karsten Schilling, Das zerstörte Erbe: Berliner Zeitungen der Weimarer Republik im Portrait, Norderstedt 2011, 295-304.

²³⁶⁴ Grundlegende Informationen zur Person bei Hoser, Tagespresse, 29.

²³⁶⁵ Vgl. Otto Helmut Hopfen, Hoffnung aus Bayern, in: Deutsche Zeitung Nr. 150 vom 10.4.1920.

²³⁶⁶ So berichtet Heinrich Claß, er habe Pöhner „ursprünglich durch Vermittlung von Herren des Bayerischen Ordnungsblocks kennengelernt“ (Lebenserinnerungen von Heinrich Claß (1915-1933), pag. 634; Bundesarchiv Berlin, NL Claß N 2368/3); vgl. ebenso den Folgeartikel Hopfens („Laßt Euch nicht verwirren!“, in: Deutsche Zeitung vom 5.5.1920), nach dem der BOB bereits 206 Ortsgruppen in Bayern aufwies und nun auch die explizite Feststellung enthielt: „Gönner wie Pöhner, Leiter wie Bildhauer Behn, Mitarbeiter wie der Rechtsanwalt Hemmeter in München bedeuten neue Namen“.

²³⁶⁷ Leicht, Claß, 283 f.; siehe auch die analogen Gründungsversuche in Tirol und Voralberg in Anm. 2244.

²³⁶⁸ Kanzler, Bolschewismus, 73; Hans Fenske, Bayerischer Ordnungsblock (BOB), 1920-1923, in: Historisches Lexikon Bayerns [URL: <[https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Bayerischer_Ordnungsblock_\(BOB\),_1920-1923](https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Bayerischer_Ordnungsblock_(BOB),_1920-1923)>; zuletzt eingesehen am 4.3.2021].

Tafel²³⁶⁹, einer der aktivsten Mitglieder des AV und der Thule-Gesellschaft, der u. a. bereits als Berater des DAP-Gründers Anton Drexler in Erscheinung getreten war und zudem den alldeutschen Patriarchen Julius Friedrich Lehmann zum Schwiegervater hatte. Bestanden angesichts des Rückhalts von so gut vernetzter Seite also eigentlich gute Aussichten, dem erklärten Ziel eines „Zusammenschlusses aller vaterländisch gesinnten Elemente“²³⁷⁰ näher zu kommen, gelang es dem BOB jedoch aus verschiedenen Gründen nicht, die Erfolgsgeschichte des DvSTB zu wiederholen: Zwar präsentierte sich der Ordnungsblock schon bei seinem öffentlichen Debüt mit gebührenden Selbstbewusstsein als entstehende Sammlungsplattform des Bürgertums, die als „Anfangsorganisation“²³⁷¹ einer reichsweiten Allianz den Kampf gegen den Bolschewismus aufnehmen, die Aufklärung der Bevölkerung fördern und die Nothilfe gegen Streiks ausbauen wollte. Der zur Umsetzung dieses Programmes eingeschlagene Weg erwies jedoch als viel zu forsch und zeugte eher von einer gehörigen Portion Selbstüberschätzung, deren Folgen die soeben konstituierte Vereinigung dann auch schon nach wenigen Wochen in eine erste schwere Krise stürzte. Denn brachten die sofort verbreiteten hetzerischen Plakate innerhalb kurzer Zeit sowohl Ernst Pöhner als auch Gustav von Kahr in ernste Bedrängnis und ließen ihnen keine andere Wahl, als die Zensur gegen derartige Erzeugnisse merklich zu verschärfen²³⁷², wog wahrscheinlich ebenso schwer, dass der BOB zunächst keinerlei Rücksicht auf die gewachsenen Strukturen des bürgerlichen Verbändespektrums nahm und sich offenbar als einzig legitime Vertretung der „ordnungsliebenden“ Bevölkerung betrachtete. So wies der Block etwa Anfang April alle Versuche des Bürgerrates, untereinander einen gemeinsamen Modus Vivendi zu definieren, brüsk zurück, als sich dieser nicht vorbehaltlos der eigenen Agenda anschließen wollte und auf seiner Aktionsfreiheit beharrte. Die im Anschluss daran unvermeidbare Pressefehde²³⁷³ trug wiederum dazu bei, das Erscheinungsbild beider Organisationen zu beschädigen und konterkarierte außerdem das erklärte Ziel der bürgerlichen Einheitsfront.

²³⁶⁹ Dr. Paul Tafel (1872-1953) war Ingenieur und völkischer Schriftsteller; er kandidierte 1920 erfolglos um ein Reichstagsmandat für die Mittelpartei. Vgl. Kiiskinen, Deutschnationale Volkspartei, 179.

²³⁷⁰ Zitiert nach Fenske, Ordnungsblock (dort offenbar falsche Datumsangabe).

²³⁷¹ „Der bayerische Ordnungsblock - Ein Aufruf“, in: MAAZ Nr. 124 vom 30.3.1920.

²³⁷² Zur sog. Plakataffäre siehe Kapitel VII B 1.2.

²³⁷³ Vgl. die Erklärung des Bürgerrates gegen den Ordnungsblock in: MZ Nr. 99/100 vom 10./11.4.1920 sowie ‚Bürgerrat und Ordnungsblock‘, in: MNN Nr. 144 vom 10.4.1920; ‚Der Bayerische Ordnungsblock auf bedenklichen Abwegen‘, in: MNN Nr. 148 vom 13.4.1920. Der Konflikt wurde zudem intern ausgetragen, als der Bürgerrat auch der Landesleitung der Einwohnerwehr eine zu große Nähe zum Ordnungsblock vorwarf und sich über mangelnde Unterstützung gegen dessen Angriffe beklagte (Kriebel an Bürgerrat vom 18.5.1920; Mayer-Absberg an Landesleitung vom 28.5.1920; Bestand Einwohnerwehr 3, Akt 1d).

Unter diesen Umständen musste sich der äußerlich fulminante Start des BOB letztlich als Strohhalm erweisen: Zwar ging die Vereinigung sofort daran, Ortsgruppen außerhalb Münchens aufzubauen²³⁷⁴, die selbst herbeigeführte Isolation und das langsame Schwinden des Startkapitals zwangen den Block jedoch schon Ende April, die aufsehenerregende Propagandakampagne vorläufig weitgehend einzustellen²³⁷⁵ und – wohl recht kleinlaut – die Verhandlungen mit dem verprellten Bürgerrat wieder aufzunehmen. Die in den neuerlichen Gesprächen verabredete Zusammenarbeit im „Bayerischen Bürgerblock“²³⁷⁶ bot jedoch auch keine stabile Stütze, da der Bürgerrat kurze Zeit später selbst nachhaltig in Verruf geriet, nachdem er in einer unzutreffenden Pressemeldung²³⁷⁷ ein Listenbündnis aller bürgerlichen Parteien für die Landtagswahl angekündigt hatte. Das Ergebnis dieses Urnengangs, konkret die schwere Niederlage und der folgende Richtungsstreit in der befreundeten DDP²³⁷⁸, senkte den Bündniswert des Bürgerrats dann noch weiter und zwang den BOB dazu, nach anderen Wegen aus der eigenen Krise zu suchen.

Wie verfahren die Lage inzwischen war, wurde schließlich deutlich, als sich der Wirtschaftsfachmann des AV, der sächsische Oberfinanzrat Paul Bang²³⁷⁹ und Paul Tafel am 12. Juli ausgerechnet an Georg Escherich, d. h. den Leiter der misstrauisch beäugten Orgesch, wandten und ihn um finanzielle Unterstützung für ihre Organisation baten.²³⁸⁰ Das mit großen Ankündigungen begonnene Projekt war also ernsthaft entgleist und bedurfte offenbar Hilfe von dritter Seite, um von Neuem auf einen stabilen Kurs zu gelangen. Escherich erklärte sich hierzu bereit, nutzte die Gelegenheit freilich auch, um den BOB näher an sich zu binden und stellte dem Block deshalb in taktisch kluger Großzügigkeit fünf neue Geschäftsräume in einem noch nicht belegten Bürotrakt im 4. Stock des Ring-Hotels mietweise zur Verfügung.²³⁸¹ Eine zumindest implizite Bedingung

²³⁷⁴ Siehe Anm. 2382.

²³⁷⁵ So merkte Zech bereits Ende Mai ironisch an, dass der Ordnungsblock bisher nur durch „Plakate“ und „Sensationsmeldungen“ aufgefallen sei, die offenbar je nach Kassenlage verbreitet würden (Zech an Auswärtiges Amt vom 27.5.1920; PAAA, R 98 347).

²³⁷⁶ Die beiden Organisationen wollten zu diesem Zweck einen „Zentralausschuss“ bilden, vgl. „Einigung zwischen Bürgerblock und Ordnungsblock“, in: BStZ Nr. 92 vom 21.4.1920.

²³⁷⁷ Hierzu der Kommentar bei: Zech an Auswärtiges Amt vom 27.5.1920; PAAA, R 98 347.

²³⁷⁸ Die DDP hatte bei der Landtagswahl fast die Hälfte ihres Stimmanteils (8,1 % statt 14,1 %) eingebüßt, in der Partei wurden daher kritische Stimmen aus dem nationalliberalen Flügel (Fritz Michael Gerlich, Eugen Zentz) lauter, die eine stärkere Ausrichtung nach rechts anmahnten. Siehe Anm. 2601.

²³⁷⁹ Vgl. zur Person die „Sächsische Biographie“ mit Literatur und weiterführenden Angaben [URL: <[https://saebi.isgv.de/biografie/Paul%20Bang%20\(1879-1945\)>](https://saebi.isgv.de/biografie/Paul%20Bang%20(1879-1945)>); zuletzt eingesehen am 4.3.2021].

²³⁸⁰ Vgl. Terminkalender Escherich, Eintrag 12.7.1920 (NL Escherich 6): „Dort Sitzung mit Ordnungsblock (Dr. Tafel, Pixis, etc.) über die Möglichkeit engeren Zusammenarbeitens. Sie brauchen natürlich Geld u. ich bin so dumm ihnen 20 000 M anzuweisen. Auch Oberfinanzrat Bang ist bei der Sitzung.“ sowie auch die Belege in Anm. 2297.

²³⁸¹ So die Funktionsbeschriftungen im Gebäudeplan Sendlingertorplatz 1 (Ring-Hotel), siehe Anm. 2194.

der nunmehrigen Zusammenarbeit bestand offenbar des Weiteren darin, dass sich der BOB fortan auf seine Kernaufgaben „nationale“ Aufklärung und Propaganda konzentrieren würde, d. h. eine dem AV und seinem Sympathisantenkreis mehr angepasste politische Arbeit leisten sollte:

Denn zwar zählte der BOB, möchte man Rudolf Kanzler Glauben schenken, in seinen Hochzeiten bis zu 50.000 Mitglieder²³⁸², sowohl die Unterzeichner des Gründungsaufrufes²³⁸³ wie auch die später im Namen des Blocks auftretenden Persönlichkeiten entstammten jedoch weitgehend denselben Milieus wie die honorigen Unterstützer des Vereins Deutsche Wacht²³⁸⁴ oder des bayerischen Ablegers der Vaterlandspartei. Bei aller neuartigen Aufmachung hatte der AV München – dem außer Tafel wohl vor allem Hermann Lemberg, der Dekan von Kahrs Kirchengemeinde St. Markus, direkt zuzuordnen ist – somit letztlich wieder aus dem gewohnten Sympathisantenkreis geschöpft: Neben den beiden Vorsitzenden und einigen nicht näher identifizierten Kleinunternehmern bzw. Handwerkern hatten sich in erster Linie Persönlichkeiten aus der Münchener Wirtschaft und Bankenwelt sowie Angehörige des Lehrkörpers der Universität zu einer Sammlungsbewegung zusammengefunden, wobei aus dem akademischen Umfeld mit den Professoren Wilhelm Kattwinkel, Leo von Zumbusch, Hermann Dürck und Karl Schlösser abermals eindeutig die medizinische Fakultät dominierte.

Im Gegensatz zum AV schätzte Escherich die Aussichten des neuen Bündnisses damit viel realistischer ein und sah im Grunde voraus, dass sich das praktische Wirken des BOB bald wieder weitgehend in den von den genannten Honoratiorenverbänden vorgezeichneten Bahnen zurückkehren musste: Wie von früher gewohnt konzentrierten sich die Initiatoren deshalb fortan auch auf die Verbreitung von Pressemeldungen²³⁸⁵ und Broschüren sowie die Organisation nationaler Kundgebungen, wobei die meisten Veranstaltungen des Blocks offenbar im Odeon, einem der größten und zugleich exklusivsten Konzertsäle Münchens²³⁸⁶, stattfanden; von einer aktiven Unterstützung der Technischen Nothilfe oder der zunächst anvisierten Ausdehnung über Bayern hinaus, die sowohl in Norddeutschland als auch in Tirol scheiterte, war hingegen schon bald keine

²³⁸² Kanzler, Bolschewismus, 72-75.

²³⁸³ Siehe Anm. 2361.

²³⁸⁴ Siehe Anm. 1118.

²³⁸⁵ Vgl. die „Nachrichtenblätter des Bayerischen Ordnungsblocks“ 1920/21 in Bundesarchiv Berlin, R 8048/244 sowie die im August 1920 gehegten Pläne zur Organisation eines „Presse-Auslandsdienstes“ in MA 102 743.

²³⁸⁶ So etwa die „Deutsche Feier“ des Ordnungsblocks zur Reichsgründungsjubiläum: ‚Deutsche Feier‘, in: MNN Nr. 43 vom 31.1.1920; vgl. auch die Einladungen in NL Müller 16.

Rede mehr. Als eher klassische, politisch orientierte Vernetzungsplattform der Eliten, die über keine relevante Massenbasis verfügte²³⁸⁷ und punktuell auch mit der „Gesellschaft für neue deutsche Politik“ kooperierte²³⁸⁸, übte der Ordnungsblock daher auch in erster Linie Anziehungskraft auf das entsprechende Milieu aus; so nahm beispielsweise Karl Alexander von Müller bald regelmäßig an den „Deutschen Feiern“ und Vortragsabenden des BOB teil und rückte im Februar 1921 auch in den „Engeren Ausschuss“ der Organisation auf.²³⁸⁹

2.3.3 Der Selbstschutz als Auffangbecken: Studentische Zeitfreiwillige

Im ersten halben Jahr der Ministerpräsidentschaft Gustav von Kahrs entwickelte sich die Landesleitung der Einwohnerwehr Bayern also nicht nur zum inoffiziellen Führungsstab der Orgesch und der Heimatwehren, im Ring-Hotel befand sich mit dem BOB ab sofort auch die Koordinationszentrale in Sachen Streikabwehr und nationale Propaganda. Konnten angesichts dieses imposanten Konglomerats von einem rein defensiven Selbstschutz eigentlich nicht mehr die Rede sein, war das Ende der Fahnenstange jedoch auch mit diesen z. T. unerwarteten Zuwächsen noch keineswegs erreicht. Denn wie bereits angedeutet, legten Kahr und die Einwohnerwehr-Führung ebenfalls größten Wert darauf, möglichst alle Säulen der 1919 etablierten Sicherheitsarchitektur intakt zu erhalten, d. h. auch die im Grunde eindeutig militärisch aufgezogenen Verbände – wie die Zeitfreiwilligen und das Freikorps Oberland²³⁹⁰ – in äußerlich veränderter Form

²³⁸⁷ So bemerkte auch Kahr angesichts der Konflikte in den vaterländischen Verbänden Anfang 1923, der Ordnungsblock habe „wenig Soldaten hinter sich“ und sei letztlich abhängig von Heinrich Claß, dem Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes (Tagebuch Kahr 1923-A, pag. 22); der Ordnungsblock mische sich deshalb vor allem in die Streitigkeiten ein, um einen Weg zu finden, diese „Soldaten“ zu gewinnen (Tagebuch Kahr 1923-A, Eintrag 23.1.1923, ohne Paginierung).

²³⁸⁸ So etwa bei einem Vortragsabend im Bayerischen Hof am 4.5.1921 (NL Müller 16).

²³⁸⁹ Vgl. die Sitzungsmitschrift des „Engeren Ausschusses“ vom 16.2.1921 in NL Müller 16.

²³⁹⁰ Das ehem. Freikorps Oberland nahm eine ähnliche Entwicklung wie die studentischen Zeitfreiwilligeneinheiten, die in diesem Rahmen jedoch nur skizziert werden kann. Der von Hauptmann Ernst Horadam (1883-1956) und von Hauptmann Josef Römer (1892-1944) geführte Verband löste sich formal im August 1919 auf, wobei die nicht direkt in die Reichswehr übernommenen Mitglieder im November 1919 ein eigenes Zeitfreiwilligenbataillon bildeten und in dieser Formation auch an der Niederschlagung des Ruhraufstandes teilnahmen. Vgl. Kuron, Oberland, 48-56.

Nach der von den Siegermächten veranlassten Auflösung aller Zeitfreiwilligeneinheiten unterstellte sich ein Großteil der „Oberländer“ im Juli 1920 schließlich direkt Landeshauptmann Georg Escherich und wollte als „Reichsfahne“, d. h. als im ganzen Reich verwendbare Truppe, einen eigenständigen Verband neben der Einwohnerwehr bilden (Landesleitung an StMI vom 14.7.1920; Schober, Geschichte, B I, pag. 7 - HS 922). Dies war aufgrund der Statuten so nicht möglich, Escherich willigte jedoch ein, dem ehem. Freikorps – wie den anderen Zeitfreiwilligen – als „Landfahne der Landesleitung“ (L.L.L.) einen besonderen Status zu gewähren (Veröffentlichung der Landesleitung vom 15.10.1920; Schober, Geschichte, B I, pag. 9 f. - HS 922; Kuron, Oberland, 63-71 ordnet die Einheit in dieser Phase irrtümlich der Orgesch zu).

Wegen zahlreicher Eigenmächtigkeiten der nunmehrigen „L.L.L. X-XV (Oberland)“ rissen die Konflikte innerhalb der Einwohnerwehr jedoch auch danach nicht ab, erst die Bestellung von Generalmajor Wilhelm

fortzuführen. Auf diesem Weg waren sie deshalb auch bereit, äußere und innere Hindernisse in Kauf zu nehmen: Neben dem misstrauisch wachenden Auge der Siegermächte verkomplizierte nämlich gleichermaßen die ausgeprägte Fokussierung der Studentenwehren auf die Bewahrung ihrer partikularen Identität den Umwandlungsprozess und hatte zur Folge, dass sich die neuen Hierarchien erst nach und nach einspielten. Gustav von Kahr konnte daher erst am 23. Mai 1921 die Loyalitätserklärung der neuen Zeitfreiwilligen-Führung entgegennehmen und notierte daraufhin voller Zuversicht, aber wohl auch erleichtert in sein Tagebuch: „Das sind 8000 waffenkundige, entschlossene junge Männer, deren Reihen alle Verbindungen, farbentragende und nichtfarbentragende, schlagende und nichtschlagende angehören.“²³⁹¹

Wirkt diese Angabe freilich schon numerisch sehr hoch gegriffen – 1920/21 waren an den bayerischen Universitäten (inklusive Technische Hochschule und Akademien) insgesamt 18 305 männliche Studenten immatrikuliert²³⁹² – scheinen zunächst jedoch vor allem die traditionellen Friktionen innerhalb der Studentenschaft gegen die recht vollmundige Behauptung Kahrs zu sprechen. Bekanntlich war auch die Mehrheit der im Grundsatz „nationalen“ Studenten in mehrere Lager gespalten²³⁹³, die einerseits unterschiedliche ideologische und konfessionelle Standpunkte vertraten, sich aber auch durch Kriterien wie soziale Exklusivität, Haltung zum Farbentragen oder ihren partikularen Ehrenkodex voneinander unterschieden: So vertraten beispielsweise sowohl die akademischen Corps als auch die Burschenschaften das Prinzip der Pflichtmensur, sahen im studentischen Fechtkampf also gleichermaßen ein wichtiges Element der Charakterbildung wie auch ein legitimes Mittel zur Beilegung von Ehrenangelegenheiten, standen sich freilich trotzdem eher distanziert gegenüber. Betrachteten sich die z. T. aristokratisch geprägten Corps nämlich traditionell als Elite und privilegierte Vertretung der Studentenschaft²³⁹⁴,

Kaiser (1869-1945) zum Stabsleiter der Organisation verbesserte die Lage (vgl. Sitzung des Landesausschusses vom 14./15.1.1921 mit Kritik an nicht abgestimmten Werbungen und „romantischen Spielereien“ des Verbandes; Schober, Geschichte, B I, pag. 16 f., 19 f. - HS 922). Im Mai und Juni 1921 – d.h. zur Zeit der Auflösung der Einwohnerwehr – kämpfte das vormalige Freikorps schließlich gegen den dritten polnischen Aufstand in Oberschlesien. Kahr stimmte hierbei dem „Abgang einzelner Freiwilliger“, aber nicht des ganzen Verbandes zu (Schober, Geschichte, B I, pag. 31 - HS 922).

²³⁹¹ Tagebuch Kahr 1921-A, pag. 251.

²³⁹² Statistisches Jahrbuch für den Freistaat Bayern 1924, hg. vom Bayerischen Statistischen Landesamt, München 1924, 369. Die Schober-Chronik kommt in einer Aufschlüsselung der Mitgliederzahlen der einzelnen Formationen auf insgesamt 4690 Zeitfreiwillige, was deutlich realistischer erscheint (Schober, Geschichte, B I, pag. 21 - HS 922).

²³⁹³ Vgl. Brandt, Geschichte und Gegenwart.

²³⁹⁴ Siehe Anm. 249.

waren die im frühen 19. Jahrhundert entstandenen Burschenschaften²³⁹⁵ dem Ideal einer von Standesschranken nicht mehr berührten akademischen Kommunität verpflichtet und kritisierten den elitären Dünkel der Korps. In diesem Zusammenhang sei auch nochmal daran erinnert, dass der Beitritt Kahrs zu einem akademischen Gesangverein – die als nicht-farben tragende und nichtschlagende Verbindungen den Corps und Bruderschaften in ihrem Patriotismus keinesfalls nachstehen wollten – als selbstbewusstes Bekenntnis des Erstsemesters zu einer noch vergleichsweise jungen, außerhalb der klassischen Verbindungen stehenden studentischen Gemeinschaft eingeordnet werden kann.²³⁹⁶

Musste eine engere Kooperation zwischen Corps, Deutscher Burschenschaft, Turner- und Sängerschaften, dem völkisch-antisemitischen Verein Deutscher Studenten, den katholischen Vereinigungen CV, KV und Unitas sowie dem protestantischen Wingolf, die ihrerseits wiederum den sog. Freistudenten oder Finken gegenüber standen, vor 1914 daher Utopie bleiben, führte das gemeinsame Fronterlebnis, der Kampf gegen die Räterepublik wie auch die neue Konkurrenz durch sozialistische Hochschulgruppen dann jedoch zu einem großflächigen Umdenken: Denn bei unverändertem Stolz auf das Selbstverständnis der eigenen Korporationen erhob die große Mehrheit der Verbindungsmitglieder nun die Aktionseinheit der Studenten zum neuen Ideal²³⁹⁷ und begrüßten die Bildung von Zeitfreiwilligeneinheiten als einen ersten, militärisch orientierten Schritt zu ihrer Verwirklichung. Nicht nur aus Sicht der angehenden Akademiker stellte daher die von der Entente verordnete Auflösung dieser Einheiten nach nur einem halben Jahr²³⁹⁸ eine erhebliche Belastung für die soeben in die Wege geleitete studentische Sammlungspolitik dar und mochte bei einigen vielleicht sogar die Befürchtung eines Rückfalls in die alten Grabenkämpfe wecken. Da die Unvermeidbarkeit der Maßnahme jedoch bald absehbar war, trafen sich bereits im Februar 1920 der Studentenfürher Walther Hemmeter mit Gustav von Kahr und Georg Escherich, um Möglichkeiten zum Erhalt bzw. zur Fortführung der Zeitfreiwilligenverbände in veränderter Gestalt zu beraten.²³⁹⁹ Fasten die drei

²³⁹⁵ Helma Brunck, Die Deutsche Burschenschaft in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus, München 1999.

²³⁹⁶ Siehe Kapitel II 2.5.

²³⁹⁷ Hierzu Ulrich Herbert, „Generation der Sachlichkeit“. Die völkische Studentenbewegung der frühen zwanziger Jahre in Deutschland, in: Frank Bajohr (Hg.), Zivilisation und Barbarei. Die widersprüchlichen Potenziale der Moderne. Detlef Peukert zum Gedenken, Hamburg 1991, 115-144, hier: 119; Konrad Jarausch, Deutsche Studenten 1800-1970, Frankfurt am Main 1984, 124 f.

²³⁹⁸ Dies infolge einer Note Clemenceaus vom 1.12.1919: Salewski, Entwaffnung, 85-89.

²³⁹⁹ Vgl. Terminkalender Escherich, Eintrag 12.2.1920 (NL Escherich 6) sowie das Schreiben von der Tanns an die Schützenbrigade 21 vom 13.2.1920: „Die Besprechung basierte auf der Grundlage: Zeitfreiwilligen Organisationen dürfen nicht weiter bestehen, Einwohnerwehren dürfen weiterbestehen. Überführung des Zeitfreiwilligen-Korps in die Münchner Einwohnerwehr wird glatt vor sich gehen. Die bisherigen

Gesprächspartner dabei schon zu diesem Zeitpunkt eine Eingliederung der Verbände in die zivile Einwohnerwehr ins Auge, sollte sich die Umsetzung dieses Vorhabens dann jedoch bis Anfang 1921 hinziehen und erst nach Ablösung des militärischen Führers der ehemaligen Zeitfreiwilligen weitgehend gelingen. Maßgebende Ursache für die wiederholte Verschleppung der geplanten Integration in die Einwohnerwehr war dabei ohne Zweifel das ausgeprägte Selbstbewusstsein der studentischen Wehrmänner, das im März und April 1920 außerdem nochmals eine beträchtliche Steigerung erfuhr: Denn hatte bereits das aktivistische, freilich auch in konservativen Kreisen durchaus kritisch eingeschätzte Auftreten der Zeitfreiwilligen beim Kapp-Putsch²⁴⁰⁰ zumindest deren inneren Zusammenhalt gestärkt, konnten sich die studentischen Wehrmänner mit der Niederschlagung des Ruhraufstandes im April eindrucksvoll als wirksames Bollwerk gegen Aufstand und Bolschewismus profilieren. Denn wenn auch pro forma eigentlich bereits aufgelöst, hatten sich die meisten Zeitfreiwilligen bei dieser Gelegenheit nochmals dem „Korps Epp“ angeschlossen²⁴⁰¹ und sich unter den aufgebotenen Truppen durch besondere Gnadenlosigkeit gegenüber den „Bolschewisten“ ausgezeichnet: Als bezeichnendes Fanal gilt bis heute der Mord an Sanitäterinnen und Verwundeten der Roten Ruhrarmee am 2. April in Pelkum.²⁴⁰² In der bürgerlichen Presse dennoch mit Lob hervorgehoben²⁴⁰³, bedeutete der Abschluss des Einsatzes dann jedoch das unausweichliche Ende für die Verbände in ihrer bisherigen Form: Generalmajor Möhl nahm daher am 28. April noch einmal eine Parade der Zeitfreiwilligenkompanie in der Münchener Ludwigstraße ab und verabschiedete die jungen Männer beim folgenden Apell in der Türkenkaserne mit der vielsagenden Losung „Und wenn das Vaterland Sie ruft, Sie werden sicher kommen!“²⁴⁰⁴.

Der Versuch, diese Ankündigung in die Tat umzusetzen bzw. dafür die organisatorischen Voraussetzungen zu schaffen, stellte die innere Homogenität der Einwohnerwehr dann

Zeitfreiwilligen-Komp. werden bei der EWW Landeschützen-Komp. Die bisherigen Formationen werden nicht zerrissen werden.“ (BayHStA, Abt. IV, Bestand Schützenbrigade 21 Nr. 24).

²⁴⁰⁰ Hier sei insbesondere an die Rolle der Zeitfreiwilligen in der Nacht vom 13./14. März 1920 erinnert, siehe S. 466 f.

²⁴⁰¹ Vgl. den Bericht des Allgemeinen Studentenausschusses der Universität München in Münchner Studentendienst (Halbmonatsschrift) Nr. 4, nach dem fast alle Mitglieder im März / April 1920 „zu den Waffen geeilt“ seien.

²⁴⁰² Rainer Pöppinghege, Republik im Bürgerkrieg: Kapp-Putsch und Gegenbewegung an Ruhr und Lippe 1919/20 (Regionalgeschichte kompakt 2), Münster 2019, 96-99.

²⁴⁰³ ‚Die Brigade Epp im Ruhrgebiet‘, in: MNN Nr. 164 vom 23.4.1920 (Einordnung der Berichte als Verleumdungsfeldzug gegen die Brigade). Vgl. auch die Einladung der Ruhr-Zeitfreiwilligen zu einer Empfangsfeier im Münchner Bürgerbräukeller durch den Hilfsbund der Münchener Einwohnerschaft (Humar an Schützenbrigade 21 vom 27.4.1920; BayHStA, Abt. IV, Bestand Schützenbrigade 21 Nr. 24).

²⁴⁰⁴ Vgl. ‚Der Abschied der Zeitfreiwilligen‘, in: BStZ Nr. 98 vom 28.4.1920 (mit Tagesbefehl Möhls), vgl. auch Baumgärtner, Zehn Jahre, 155 f.

jedoch auf eine harte Probe: Die auf ihren scharfen militärischen Drill und ihren Korpsgeist besonders stolzen Studenten verspürten nämlich bei der Aussicht, ab sofort als einfache Wehrmänner an den volkstümlichen Zusammenkünften und den doch eher behäbigen Übungen der örtlichen Einwohnerwehr teilnehmen zu müssen, wenig Begeisterung und wurden in dieser Haltung von ihrem offenbar äußerst selbstbewussten Führer, Major Emmerich Freiherr von Godin, noch bestärkt.²⁴⁰⁵ Gegen alle Regularien versuchten die Zeitfreiwilligen deshalb einen Eintritt in die jeweilige Ortswehr überhaupt zu umgehen und erklärten eigenmächtig ihre korporative Unterstellung unter das direkte Oberkommando Escherichs, dem sie fortan als sog. Reichsflaggen, d. h. im ganzen Reich verwendbare mobile Eingreiftruppen, zur Verfügung stehen wollten.²⁴⁰⁶

Dieses wenig kameradschaftliche Verhalten erregte natürlich das Misstrauen und den Unmut der Einwohnerwehr-Basis und brachte die Landesleitung in eine Zwickmühle: Immerhin war eine so eindeutige Verletzung der eigenen Statuten nicht nur geeignet, innere Gräben im Verband aufzureißen²⁴⁰⁷, sondern konterkarierte auch das öffentlich immer wieder bemühte Bild einer rein zivilen und deshalb harmlosen Bürgerwehr. Da Escherich und Kahr freilich auch nicht auf die Mitarbeit der militärisch erfahrenen Studenten verzichten wollten, saßen die Zeitfreiwilligen letztlich am längeren Hebel und setzten sich im Herbst 1920 beim schließlich erzielten Kompromiss weitgehend durch: Zwar musste der ehemalige, in den Erinnerungen Karl Alexander von Müllers lobend erwähnte Freiherr von Godin von der Leitung des Verbandes zurücktreten²⁴⁰⁸, die studentischen Wehrmänner erhielten als Neumitglieder der Einwohnerwehr jedoch sogleich einen Sonderstatus zuerkannt und waren als Angehörige der sog. Landfahnen der Landesleitung etwa von der Teilnahme an den Übungen der Ortsverbände befreit.²⁴⁰⁹

²⁴⁰⁵ *Emmerich Freiherr von Godin* (1881-1934) war Offizier der Bayerischen Armee; vgl. Plöckinger, *Unter Soldaten*, 15-17.

Godin und Escherich besprachen trafen sich 1920 insgesamt sieben Mal, um die Eingliederung der Zeitfreiwilligen in die Einwohnerwehr zu besprechen, konnten sich aber trotz gemeinsamen Besuchen bei Kahr und Staatssekretär Schwyer nicht auf eine Regelung einigen (Terminplan Escherich, Eintragungen 15.6., 11.7., 24.7., 22.9., 27.9., 1.10.1920; NL Escherich 6); im Dezember spricht Escherich dann sogar von einem „Fall Godin“, der offenbar mit dessen Rücktritt als Leiter der Zeitfreiwilligen zusammenhing: „5 h die Führer der L.L.L. (Godin Verein). Wollen mit mir nächsten Tag zu v. Kahr. Betone zunächst, daß Unterstellungsverhältnis unter mich klar sein müsse, ferner daß Untersuchungsausschuß eingesetzt werden müsse um Material zu klären.“ (Terminplan Escherich, Eintrag 15.12.1920; NL Escherich 6). Vgl. Schober, *Geschichte*, B I, pag. 19 - HS 922.

²⁴⁰⁶ Vgl. Schober, *Geschichte*, B I, pag. 7-9 - HS 922.

²⁴⁰⁷ Vgl. die Beschwerden in der Landesausschusssitzung am 14./15.1.1921 in ebd., pag. 13-15; Kanzler, *Bolschewismus*, 167.

²⁴⁰⁸ Vgl. Müller, *Im Wandel einer Welt*, 294; Schober, *Geschichte*, B I, pag. 19 - HS 922.

²⁴⁰⁹ Rudolf Kanzler schildert im Manuskript-Entwurf für sein Buch das Aufnahme-prozedere: Demnach mussten sich Zeitfreiwillige zunächst als Einzelmitglied in der Einwohnerwehr anmelden, ehe sie einer Landfahne zugeteilt wurden, die von örtlichen Übungen befreit war und zugleich für Einsätze im ganzen Reich Verwendung finden konnte, vgl. Manuskript Kanzler, Kapitel VI, pag. 4 f. (NL Kanzler 2).

Die Einwohnerwehr-Führung erklärte sich außerdem einverstanden, die neuen Landfahnen ggf. für Einsätze im ganzen Reich zur Verfügung zu stellen und willigte somit ein, den Charakter der Zeitfreiwilligeneinheiten als mobile Eingreiftruppe in neuem Gewand de facto zu erhalten. Angesichts der bestehenden Sensibilitäten und des in mehreren Sitzungen²⁴¹⁰ mühsam austarierten Modus Vivendi erwies es sich dann auch als schwierig, den letzten Schritt der Umstrukturierung zu vollziehen und für die studentischen Verbände einen neuen Kommandant zu finden, der von beiden Seiten als vertrauenswürdig anerkannt wurde: Nach einem Übergangsstadium erklärte sich schließlich der soeben aus dem Dienst verabschiedete Oberst Hermann Ritter von Lenz, der sich 1919 auch an der Kampagne gegen Minister Schneppenhorst aktiv beteiligt hatte²⁴¹¹, zur Übernahme dieser Aufgabe bereit²⁴¹², die neben der rein militärischen Sachkenntnis auch ein gewisses Maß von diplomatischem Fingerspitzengefühl voraussetzte.

Vor dem Hintergrund dieses länger anhaltenden Schwebezustandes war es im Sinne der Herstellung einer Aktionseinheit der „akademischen Jugend“²⁴¹³ deshalb von besonderer Bedeutung, dass die Vereinigungsbestrebungen der Studentenschaft auch im eigentlichen Hochschulleben entscheidende Fortschritte verzeichnen konnten: Denn waren die meisten der 1919 an ihre Alma Mater zurückgekehrten Studenten verständlicherweise zunächst einmal damit beschäftigt, wieder Anschluss an ihr früheres akademisches und soziales Umfeld zu finden, schlossen sich schon im zweiten bzw. dritten regulären Semester nach Kriegsende fast alle Verbindungen, die den zuvor aufgezählten Fraktionen der korporierten Studentenschaft angehörten, aber auch zahlreiche Finken einer völlig neuartigen Sammlungsbewegung an, den sog. Hochschulringen Deutscher Art, an. Diese, bereits im Sommer 1920 zum Reichsverband des Deutschen Hochschulringes (DHR) vereinigten Allianzen²⁴¹⁴ verfolgten dabei nach eigener Diktion das Ziel, als „völkisches Gewissen“ der Studentenschaft die „Wiedererstarkung unseres Volkes und Vaterlandes“

²⁴¹⁰ Siehe Anm. 2405.

²⁴¹¹ *Hermann Ritter von Lenz* (1872-1959) war Offizier der Bayerischen Armee und wurde im Mai 1921 als Oberst aus der Armee verabschiedet; er leitete später den Landesverband Bayern des „Stahlhelm“ (1929-1933). Vgl. Hackl, *Kriegsakademie*, 508 f.; zur Positionierung im Fall Schneppenhorst: Lenz an Köberle vom 28.6.1919 (BayHStA, Abt. IV; RvGrKdo IV Nr. 24).

²⁴¹² Schober, *Geschichte*, B I, pag. 19 - HS 922.

²⁴¹³ Tagebuch Kahr 1921-A, pag. 251.

²⁴¹⁴ Herbert, *Studentenbewegung*; Jürgen Schwarz, *Studenten in der Weimarer Republik. Die deutsche Studentenschaft in der Zeit von 1918 bis 1923 und ihre Stellung zur Politik* (Ordo Politicus 12), Berlin 1971, 168-174 sowie den Überblick: Uwe Rohwedder, *Deutscher Hochschulring (DHR)*, in: *Historisches Lexikon Bayerns* [URL: <[https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Deutscher_Hochschulring_\(DHR\)](https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Deutscher_Hochschulring_(DHR))>; zuletzt eingesehen am 4.3.2021].

zu fördern²⁴¹⁵, hatten ihre Entstehung jedoch vor allem der im Gefolge der Novemberrevolution durchgesetzten studentischen Selbstverwaltung, konkret der Konstituierung der Allgemeinen Studentenausschüsse (AStA)²⁴¹⁶, zu verdanken. Denn trifft es auch zu, dass 1919 der erste Hochschulring Deutscher Art in Berlin aus der rein „idealen“ Kooperation zwischen der neugegründeten freistudentischen „Fichte-Hochschulgemeinde“ und einigen Verbindungen hervorgegangen war²⁴¹⁷, ahmten die national gesinnten Kommilitonen an den meisten Universitäten dieses Beispiel jedoch zunächst vor allem nach, um mit einer Einheitsliste bei den AStA-Wahlen antreten und auf diese Weise eine sichere Mehrheit für das „vaterländische“ Lager erzielen zu können.²⁴¹⁸ Vielerorts trat die bald breit institutionalisierte studentische Ring-Bewegung also zunächst als eine von mehreren Hochschulparteien in Erscheinung; der große Erfolg der Initiative sprach dann allerdings eine deutliche Sprache und überraschte in seiner Schnelligkeit wohl selbst die Protagonisten vor Ort. Wie in fast allen deutschen und österreichischen Studentenausschüssen konnte der Hochschulring Deutscher Art nämlich auch in München, Erlangen und Würzburg ab Herbst 1920 mit komfortablen Mehrheiten in den AStAs operieren, sah sich an der LMU und der JMU jedoch immerhin noch mit einer relevanten Opposition bzw. mit dem starken Einfluss der katholischen Verbindungen konfrontiert²⁴¹⁹: Gerade an der FAU Erlangen und an der TH München gelang es dem Hochschulring, der in den betreffenden Ausschüssen z. T. über 90 % der Sitze erobern konnte²⁴²⁰, jedoch tatsächlich, den Anspruch einer Einheitsliste auch de facto in die Tat umzusetzen: Als eine der Hochburgen der Ring-Bewegung übernahm die Ortsgruppe Erlangen deshalb auch die Redaktion der bald reichsweit vertriebenen „Deutschen Akademischen Stimmen“²⁴²¹.

²⁴¹⁵ So im Programm des Hochschulrings, vgl. Rohwedder, Hochschulring.

²⁴¹⁶ Uwe Rohwedder, Allgemeiner Studentenausschuss (AStA), in: Historisches Lexikon Bayerns [URL: <[https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Allgemeiner_Studentenausschuss_\(AStA\)](https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Allgemeiner_Studentenausschuss_(AStA))>; zuletzt eingesehen am 4.3.2021].

²⁴¹⁷ Ulrich Herbert, Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903-1989, München 2016, 65.

²⁴¹⁸ Wolfgang Kreuzberger, Studenten und Politik 1918-1933. Der Fall Freiburg im Breisgau, Göttingen 1972, 97-101; Jaraus, Studenten, 120-126; Brunck, Burschenschaft, 191; Jaraus und Brunck bezeichnen den Deutschen Hochschulring als „stärkste Hochschulpartei“.

²⁴¹⁹ Die Ergebnisse in Würzburg und an der LMU: Bayerische Hochschulzeitung. Wochenschrift für akademisches Leben und studentische Selbstverwaltung 2 (1920/21), 35 und 44.

²⁴²⁰ Hans Peter Hümmer, Erlangen - Ein frühes Zentrum des NS-Studentenbundes, in: Einst und Jetzt 45 (2000), 177-214 (darin die Ergebnisse der AStA-Wahlen ab 1919); ‚Studentenausschuß an der Technischen Hochschule‘, in: BStZ Nr. 281 vom 20.11.1919; Bayerische Hochschulzeitung. Wochenschrift für akademisches Leben und studentische Selbstverwaltung 2 (1920/21), 51.

²⁴²¹ Siehe Anm. 2428.

Konnte die Bewegung somit innerhalb kurzer Zeit aus einem ungewöhnlich breiten Reservoir von Anhängern und Sympathisanten schöpfen, bauten engagierte Unterstützer die Hochschulringe dann rasch zu einer Plattform für studentische Angelegenheiten und Anliegen aller Art aus: Die ab Herbst 1920 mit eigenen Geschäftszimmern und spezialisierten Referaten ausgestattete Organisation stand ihren Mitgliedern daher nun mit Bildungsangeboten und sozialer Beratung zur Verfügung²⁴²², koordinierte in eigenen Ausschüssen aber auch „vaterländische“ Aktivitäten wie etwa sog. Aufklärungsarbeit bei Bauern und Arbeitern oder Reisen in vermeintlich bedrohte Gebiete des Grenz- und Auslandsdeutschtums²⁴²³. Sog. Wanderämter machten es sich schließlich zur Aufgabe, die wehrsportliche Ertüchtigung zu fördern und auf diese Weise den regulären Wehrverbänden zuzuarbeiten.²⁴²⁴

Der Kreis der Kooperation zwischen traditionellen Korporationen, dem örtlichen HdA und den Zeitfreiwilligenverbänden war also geschlossen: Alle sozialen und politischen Aktivitäten der nationalen Studentenschaft fielen damit in den Zuständigkeitsbereich eigens gebildeter Organisationen, die überdies eng miteinander zusammenarbeiteten und in der Praxis meist mit einer Stimme sprachen: Für Außenstehende waren die Aktivitäten von Studentenverbindungen, Hochschulring und Landfahnen daher oft kaum mehr zu voneinander zu trennen. Gustav von Kahr konnte diese Entwicklung natürlich nur gutheißen: Denn entsprach so sein Eindruck einer studentischen Einheitsfront tatsächlich weitgehend den Tatsachen, vereinfachte die Konstituierung zentraler Führungsgremien gleichzeitig die Kommunikation mit der vormals zersplitterten Studentenschaft erheblich. Die Verzahnung der studentischen Tätigkeitsbereiche kam außerdem beinahe einer Garantie gleich, dass die bewährten Mitglieder der ehemaligen Zeitfreiwilligenverbände auch weiterhin das Vertrauen ihrer Kommilitonen genießen und die große Mehrzahl der HdA-Funktionäre stellen würden. Auch nach dem ausbildungsbedingten Ausscheiden Walther Hemmeters²⁴²⁵ setzte sich die Führung des Hochschulringes Deutscher Art deshalb im Wesentlichen aus früheren Angehörigen des Freikorps Epp zusammen, die

²⁴²² So verfügte die Geschäftsstelle des Hochschulringes in München etwa auch über ein „Soziales Amt“, vgl. Bayerische Hochschulzeitung. Wochenschrift für akademisches Leben und studentische Selbstverwaltung 2 (1920/21), 138.

²⁴²³ Vgl. Rohwedder, Deutscher Hochschulring.

²⁴²⁴ Hieran beteiligte sich u. a. der Zeitfreiwillige Ernst Adolf Mueller: Oliver Stein, Nachrichtendienstoffizier im Osmanischen Reich. Ernst Adolf Muellers Kriegseinsatz und Gefangenschaft im Vorderen Orient 1915-1919. Mit einer kritischen Edition seiner Erinnerungen (Istanbuler Texte und Studien 41), Baden-Baden 2018, 36

²⁴²⁵ Zu Walther Hemmeter siehe Anm. 1659. Es konnte nicht ermittelt werden, wann Hemmeter sein Studium beendete, allerdings wird er ab Mitte 1920 in den konsultierten Quellen zu Hochschulen und Zeitfreiwilligen nicht mehr genannt.

sowohl bei der „Befreiung“ Münchens als auch bei den Kämpfen im Ruhrgebiet teilgenommen hatten. In diesem Sinne rückte an der LMU Edmund Stoeckle, der als Sohn des Präsidenten des Obersten Rechnungshofes nicht nur aus angesehener Familie stammte, sondern auch alle genannten Kriterien erfüllte, an die Spitze des AStA: Er spielte als Mitglied der prestigeträchtigen katholischen Verbindung Aenania freilich auch deshalb eine wichtige Rolle, da er seinen zunächst zögerlichen Münchener CV dazu bewegen konnte, der Einheitskoalition des Hochschulringes beizutreten.²⁴²⁶ Den größten Einfluss im bayerischen HdA übte wohl jedoch der Erlanger Burschenschaftler Edgar Stelzner aus, der bereits im Krieg als Mitarbeiter der politischen Abteilung des I. Generalkommandos für die Vaterlandspartei geworben und danach beim Freikorps Epp das Werbe- und Studentenreferat betreut hatte. An die Friedrich-Alexander-Universität zurückgekehrt, wurde der Jurastudent dann auch sofort zum 1. Vorsitzenden des AStA gewählt und widmete sich fortan dem Aufbau der Deutschen Studentenschaft, in deren Führungsausschuss er ab 1920 national-völkische Positionen vertrat.²⁴²⁷ Ein weiteres ehem. Mitglied des Freikorps Epp, Walter Stang, übernahm wiederum die Chefredaktion der „Deutschen Akademischen Stimmen“, die mit ihm auch nach München umzog.²⁴²⁸ Kahr hatte also allen Anlass, die Studentenschaft unverändert als ideologische sowie politische Verbündete zu betrachten und nutzte daher jede geeignete Gelegenheit, der „akademischen Jugend“ sein Wohlwollen zu beweisen: Schon am 13. Mai empfing er daher im Beisein von Kultusminister Matt eine von Stelzner angeführte Abordnung der bayerischen AStAs, die sich soeben zu einem außerordentlichen Studententag nach Dresden aufmachte und die Staatsregierung um Rückendeckung für die dortigen Beratungen ersuchte.²⁴²⁹ Konkreter Anlass für die Bitte um eine derartige Solidaritätsadresse bildete ein kürzlich vom preußischen Unterrichtsministerium zur

²⁴²⁶ *Edmund Stoeckle* (1899-1986) war 1919 Mitglied des Freikorps Epp, studierte danach als Mitglied der CV-Verbindung Aenania Jura in München, später war der NSDAP-Politiker kurzzeitig Augsburger Oberbürgermeister (1933/34). Vgl. Hastings, *Roots of Nazism*, 91 f. sowie Michael Cramer-Fürtig - Bernhard Gotto (Hg.), „Machtergreifung“ in Augsburg. Anfänge der NS-Diktatur 1933-1937 (Beiträge zur Geschichte der Stadt Augsburg 4), Augsburg 2008, 318.

²⁴²⁷ Zu *Edgar Stelzner* (1892-1959), später Abgeordneter im Bayerischen Landtag (Völkischer Block) und Bürgermeister von Neustadt bei Coburg (1929-1934) vgl. Helge Dvorak, *Biographisches Lexikon der Deutschen Burschenschaft*, Bd. I, Teilband 5, Heidelberg 2002, 511 f. sowie auch Brunck, *Burschenschaft*, 191-194.

²⁴²⁸ *Walter Stang* (1895-1945) studierte nach seinem freiwilligen Kriegsdienst und der Mitgliedschaft im Freikorps Epp Germanistik in Erlangen und München (1919-1926), später war er Mitarbeiter im „Amt Rosenberg“. Vgl. Reinhard Bollmus, *Das Amt Rosenberg und seine Gegner. Studien zum Machtkampf im nationalsozialistischen Herrschaftssystem* (Studien zur Zeitgeschichte 1), München 2006, 32.

Stang lud Ministerpräsident Kahr am 17.1.1921 (MA 102 383) ein, den ‚Deutschen Akademischen Stimmen‘ „deutsche Gedanken“ als Grußwort zu übermitteln; Kahr kam dieser Einladung jedoch nicht nach (Kahr an Stang vom 25.1.1921, ebd.).

²⁴²⁹ Vgl. den Bericht von F. Brandl im *Münchener Studentendienst* (Halbmonatsschrift) Nr. 4 (1920).

Diskussion gestellter Verordnungstext, mit dem die staatliche Anerkennung der 1919 konstituierten Deutschen Studentenschaft ausgesprochen werden sollte. Die Vorlage koppelte diesen Schritt allerdings an die Bildung eines paritätisch besetzten Verwaltungsrates sowie die Garantie bestimmter Grundprinzipien wie dem politischen Neutralitätsgebot oder der unterschiedslosen Aufnahme aller deutschen Studenten als Mitglieder.²⁴³⁰ Die bayerischen Hochschulausschüsse wollten in genau diesen Klauseln – nicht zuletzt vor dem Hintergrund des aufkommenden studentischen Verfassungskonflikts um die Einführung eines völkischen Arierparagraphen – freilich einen Angriff auf die Grundsätze der akademischen Freiheit erkennen und wurden in dieser Auffassung auch von Walter Otto und Friedrich Lent bestärkt, die die Delegation als Vertreter der Professorenschaft begleiteten. Die Studenten stellten den beiden Ministern deshalb einen inzwischen ausgearbeiteten Alternativentwurf vor, mit dem der Erlanger AStA eine eher schwammig formulierte Kombination aus Staatsbürger- und Abstammungsprinzip durchsetzen wollte. Kahr dankte den erschienenen Gästen zunächst mit freundlichen Worten für ihr Engagement in der vorliegenden Frage und erklärte sich dann gemeinsam mit Matt im Grundsatz damit einverstanden, das Erlanger Papier als primäre Richtschnur für die Ausarbeitung einer entsprechenden bayerischen Verordnung zu verwenden.²⁴³¹ Die Politiker versetzten die Abordnung damit in die vorteilhafte Lage, sich beim Studententag als einzige Landesvertretung bereits auf eine Zusage der eigenen Staatsregierung berufen zu können und verschaffte den bayerischen AStAs so einen wichtigen Verhandlungsbonus; der in Göttingen erzielte Kompromiss trug dann auch in wesentlichen Teilen die Handschrift der bayerischen Vorlage und sicherte ihr auf diese Weise einen wichtigen Prestigeerfolg.²⁴³²

Ab Herbst 1920 machte es sich der Ministerpräsident außerdem zur festen Gewohnheit, nach Möglichkeit als Ehrengast bei den Kommersen der Münchener Studentenverbindungen zu erscheinen, wobei er besonders viel Wert darauf legte, an den jährlichen Reichsgründungsfeiern Mitte Januar, den Stiftungsfesten im Juni und Juli sowie den großen Semesterabschlusskneipen teilzunehmen.²⁴³³ Auf Wunsch der Gastgeber trat Gustav von Kahr dabei auch immer häufiger ans Rednerpodium, um mit grundsätzlichen Ausführungen zu den Pflichten der Studentenschaft oder den

²⁴³⁰ Zum sog. Verfassungskonflikt in der Deutschen Studentenschaft vgl. Herbert, Best, 76-80; Franze, Erlanger Studentenschaft, 41-47.

²⁴³¹ Vgl. den Bericht von F. Brandl im Münchner Studentendienst (Halbmonatsschrift) Nr. 4 (1920).

²⁴³² Vgl. Herbert, Best, 76-80.

²⁴³³ Vgl. etwa die Besuche Kahrs bei den Stiftungsfesten der Aenania, Isaria und Gothia im Juli 1921 (Tagebuch Kahr 1921-B, pag. 45, 64).

Erfordernissen der Zeit den inhaltlichen Part der Veranstaltungen zu bestreiten. Bald dehnte er diese ihm – trotz regelmäßiger Klagen über zeitliche Überlastung – offenbar zusagenden Auftritte auch auf die angehende Studentenschaft aus und hielt auf Einladung verschiedener Münchener Gymnasialrektoren mehrere Festansprachen bei den Absolviafeiern der frisch gebackenen Abiturienten.²⁴³⁴

2.3.4 Bayern als Rückzugsraum und Aktionsbasis: Ludendorff-Kreis, Brigade Ehrhardt

Angesichts dieser demonstrativ zur Schau gestellten engen Verbundenheit mit der bei der Wiederherstellung der inneren Ordnung engagierten „akademischen Jugend“ bedeutete es aus der Sicht Gustav von Kahrs dann sicherlich auch keinen besonders ungewöhnlichen Schritt, diese Solidarität auch auf Gruppierungen auszudehnen, die sich nicht zuletzt als Kameraden der bayerischen Zeitfreiwilligen ebenfalls Verdienste um die Niederschlagung revolutionärer Unruhen erworben hatten. Dabei traf dieses Kriterium aus Sicht des Ministerpräsidenten offenbar in besonderem Maße auf die Marinebrigade Ehrhardt zu – immerhin hatte sich dieses Freikorps im Laufe des Jahres 1919 als eine Art Allzweckwaffe im Kampf gegen „Spartakus“ profiliert und in dieser Rolle auch an der sog. Befreiung Münchens mitgewirkt.²⁴³⁵ Wegen ihrer führenden Beteiligung am Kapp-Putsch sah die inzwischen im sog. Munsterlager stationierte Brigade nun jedoch ihrer unmittelbar bevorstehenden Auflösung entgegen und zählte damit ebenfalls zu den Truppenverbänden, die im Frühjahr 1920 von der Bildfläche verschwinden mussten.²⁴³⁶ Zwar kam es dabei nicht in Frage, die Angehörigen der Marine-Brigade wie die Zeitfreiwilligen in irgendeiner Form in die Einwohnerwehr einzugliedern: Mit Zustimmung des Ministerrates bemühte sich Gustav von Kahr indes persönlich darum, den Mitgliedern des bekannten Freikorps Beschäftigung und Unterkunft bei größeren Kulturbauprojekten zu vermitteln und entsprach damit der Bitte, die Abgesandte Ehrhardts schon vergeblich bei der Reichsregierung vorgebracht hatten.²⁴³⁷ Ähnlich wie in Pommern traten kleinere Einheiten der früheren Brigade deshalb schon im Sommer 1920 als sog. Arbeitsgemeinschaften, wie etwa beim Torfstechen in der Umgebung Weilheims oder bei Holzfällarbeiten am Spitzingsee, auf dem flachen Land in

²⁴³⁴ Siehe hierzu S. 718.

²⁴³⁵ Zum Einsatz der Brigade Ehrhardt gegen die Räterepublik siehe Anm. 1461.

²⁴³⁶ Zur Auflösung der Brigade: Krüger, Brigade Ehrhardt, 62–67.

²⁴³⁷ Vgl. die Beratung des Ministerrats zur „Unterbringung der Angehörigen der Marinebrigade“ (Sitzung vom 26.5.1920, TOP II; Protokoll in MA 99 515), bei der alle Minister dem Antrag Kahrs zustimmten. Zu den Delegationen Ehrhardts bei der Reichsregierung: ‚Die Brigade Ehrhardt‘, in: BStZ Nr. 96 vom 25.4.1920.

Erscheinung²⁴³⁸: Solche Tätigkeiten stellten zwar hohe Anforderungen an die körperliche Arbeitskraft der ehem. Soldaten, eigneten sich angesichts ihres hohen Personalbedarfs jedoch hervorragend dazu, die verbliebene Truppe an wenigen Orten zu konzentrieren und auf diese Weise deren innere Geschlossenheit im Wesentlichen zu erhalten. So weit ersichtlich, befanden sich die meisten Arbeitsstätten außerdem im südbayerischen Voralpenraum und konnten damit auch von Kapitän Ehrhardt persönlich ohne besonderes Risiko aufgesucht werden: Der seit 15. Mai per Haftbefehl gesuchte Unterstützer des Kapp-Putsches hatte nämlich am 5. Mai das Munsterlager verlassen und hielt sich seitdem bevorzugt im bayerisch-österreichischen Grenzgebiet vor den norddeutschen Ermittlungsbehörden verborgen.²⁴³⁹

Nun ist sicherlich als bekannt vorauszusetzen, welche Rolle der Ehrhardt-Verband darauf aufbauend in der frühen Weimarer Republik spielte: Hunderte Angehörige der früheren Marinebrigade sammelten sich unter den geschilderten Voraussetzungen in (Süd-)Bayern und z. T. auch in Pommern, um dann von München aus gesteuert den „Bund der ehem. Ehrhardt-Offiziere“ zur sog. Organisation Consul (OC) umzubauen, die nicht nur als eine Art Elitetruppe im Untergrund konzipiert war, sondern unter einigen Mitgliedern auch dazu überging, Attentate auf prominente Repräsentanten der jungen Demokratie vorzubereiten. 1921 und 1922 fielen den tatsächlich ausgeführten Anschlägen der heftig angefeindete Matthias Erzberger und der amtierende Reichsaußenminister Walther Rathenau zum Opfer. In der bayerischen Landeshauptstadt hatte sich also unter der Regierung Kahr ein terroristisches Netzwerk ausgebildet, das direkt darauf abzielte, politische Morde zu verüben, um die Republik zu destabilisieren und vielleicht auch die Linke zu einem dann niederschlagenden Aufstand zu provozieren. Es liegt deshalb nahe, zu fragen, ob und inwieweit mit Gustav von Kahr der politisch verantwortliche Innenminister und Ministerpräsident von diesen Tatsachen und Aktivitäten Kenntnis hatte.

Wie wohl schon deutlich wurde, ist die Frage in dieser Form allerdings noch zu unspezifisch gestellt: Um sie mit der nötigen Differenzierung beantworten zu können, muss man sich stets vor Augen halten, dass die möglichen Antworten – auch zeitlich – immer mindestens zwei Entwicklungsphasen betrachten und bei der Bewertung

²⁴³⁸ Krüger, Brigade Ehrhardt, 64 sowie die Erwähnung einer Arbeitsgemeinschaft in Pähl bei Weilheim: Neumaier, Orgesch, 376. Zur Biographie von *Hermann Ehrhardt* (1881-1971) vgl. John Koster, *Hermann Ehrhardt: The Man that Hitler Wasn't*, Portland 2018, hier besonders 212-263.

²⁴³⁹ Claß spricht von einem „Unterschlupf an der Tiroler Grenze“, vgl. *Lebenserinnerungen von Heinrich Claß* (1915-1933), pag. 505, 507 (Bundesarchiv Berlin, NL Claß N 2368/3); zum Datum des Haftbefehls vgl. *Verh. Landtag 1921/22*, Beil. Bd. VI, Beilage 1811, 135).

berücksichtigen müssen. Denn im Herbst 1920, d. h. zum Zeitpunkt dieses Überblicks, war die aufgelöste Marinebrigade noch keine Terrororganisation, sondern ein bei einem gescheiterten Putsch beteiligter Truppenkörper, der zum großen Teil aus politisierten und republikfeindlich orientierten Soldaten bestand, für die es häufig keine Option darstellte, ins zivile Leben zurückzukehren – viele Ehrhardt-Leute wollten stattdessen im Verband sowie als jederzeit aktivierbare Kampftruppe zusammenbleiben und bildeten daher die bereits erwähnten Arbeitsgemeinschaften. Etwa zum Jahreswechsel 1920/21 begann dann der Um- bzw. Ausbau der Organisation in München, die sich nun auf verschiedene Büroadressen aufteilte und zur besseren Tarnung auch eine nur auf dem Papier tätige „Bayerische Holzverwertungsgesellschaft GmbH“ gründete.²⁴⁴⁰ Es ist nicht ganz klar, ob schon damit die Wandlung zur heute bekannten „OC“ vollzogen war, spätestens mit der partiellen Reaktivierung als Kampfeinheit im Oberschlesien-Konflikt erhielt der Verband jedoch neuen Zulauf und ging dazu über, politische Attentate mit Blick auf den anstehenden „Kampf im Inneren“ vorzubereiten; die Ermittler der Offenburger Staatsanwaltschaft hoben schließlich im September 1921 eine hierarchisch gegliederte Kommandostruktur aus.²⁴⁴¹

Das mögliche Wissen um die Aktivitäten der Ehrhardt-Truppe konnte sich im Zeitraum zwischen Herbst 1920 und Sommer 1921 also erheblich verändern, der Blick auf Kahr muss daher differenzieren und die skizzierten Entwicklungsphasen abgestuft betrachten. Dabei besteht zunächst keinerlei Zweifel, dass der Ministerpräsident über das Anfangsstadium und die ursprüngliche Zweckbestimmung der in Bayern aufgebauten Nachfolgeorganisationen der ehem. Marinebrigade im Bilde war: Er hatte im Ministerrat nicht nur die geplante Übersiedlung in ländliche Arbeitskommandos befürwortet, Kahr traf den zur Fahndung ausgeschriebenen Hermann Ehrhardt Anfang August 1920 auch persönlich²⁴⁴² und wusste dementsprechend – mit einem kleinen Kreis von Vertrauten – ebenfalls über die „Zusammenhänge“ Bescheid, die „zwischen den sog. Geheimorganisationen und der staatlichen Fürsorge bestehen.“²⁴⁴³ Dies kann, im Kontext betrachtet, freilich kaum überraschen, da selbst der USPD-Reichstagsabgeordnete Hans Unterleitner bereits im Januar 1921 die tatsächliche Tätigkeit der „Bayerischen

²⁴⁴⁰ Sabrow, Rathenaumord, 30 f.

²⁴⁴¹ Ebd., 22 f.

²⁴⁴² Siehe Anm. 2482.

²⁴⁴³ Tagebuch Kahr 1921-B, Eintrag 1.10.1921 (keine Paginierung). Kahr nennt hierbei neben Polizeipräsident Pöhner Kultusminister Matt und Staatsrat Meyer aus dem Justizministerium – einen ehem. Kommilitonen – als Mitwisser.

Holzverwertungsgesellschaft“ aufdecken konnte²⁴⁴⁴, nachdem die sozialistische Presse schon zuvor die neuen Arbeitsgemeinschaften im Moor bei Weilheim oder am Spitzingsee näher unter die Lupe genommen hatte.²⁴⁴⁵ Doch selbst die versammelte BVP-Fraktion war spätestens ab März 1921 über die Anwesenheit der Ehrhardt-Brigadisten informiert, als Georg Heim ihnen dort auf Nachfrage politische Unbedenklichkeit bescheinigte.²⁴⁴⁶

Unklar muss hingegen bleiben, ob Kahr darüber hinaus auch Kenntnis vom schrittweisen Umbau der vermeintlichen Holzverwerter in die Organisation Consul erhielt: So wusste der Ministerpräsident zwar von Einsatz des Ehrhardt-Freikorps in Oberschlesien²⁴⁴⁷, allerdings hat sich bisher kein eindeutiger Hinweis²⁴⁴⁸ gefunden, dass etwa der in die Vertuschung der OC-Aktivitäten involvierte Ernst Pöhner seinen Vorgesetzten auch in dieser Hinsicht auf dem Laufenden hielt; gerade im gegenteiligen Fall wird freilich auch das Nichtwissen Kahrs kaum zu belegen sein. Es ist daher letztlich nicht zu entscheiden, ob die wiederholte Blockadehaltung des Ministerpräsidenten in Bezug auf die geforderten Ermittlungen gegen sog. Geheimorganisationen²⁴⁴⁹ mit zu großer Gutgläubigkeit bzw. Unkenntnis zu erklären sind oder ob Kahr damit tatsächlich gezielt dem Aufbau der OC Vorschub leistete.

Wie in dieser Hinsicht jedoch auch die richtige Antwort lauten mag, das gezielte Abschirmen der ehem. Marinebrigade in ihrem Rückzugsort und die gegenüber Eduard Hamm offen ausgesprochene Ablehnung einer nachdrücklichen Fahndung nach Ehrhardt²⁴⁵⁰ machen auf jeden Fall deutlich, dass Kahr es für angebracht hielt, „nationale“

²⁴⁴⁴ Vgl. die Ausführungen Unterleitners im Reichstag am 20.1.1921 (Verh. Reichstag, Bd. 346, 1947): „Es ist der bayerischen Regierung so gut wie mir bekannt, daß sich unter dem Namen ‚Torfgesellschaft Alpenland‘ in der Kaulbachstraße, wenn sie nicht wieder ausgezogen sind, früher in der Galeriestraße, der Stab einer militärischen Organisation befindet. Es ist der Regierung so gut wie mir bekannt, daß die Ehrhardt-Brigade in Bayern ihre Leute untergebracht hat, daß sie einem Holzhändler ihr Geschäft abgekauft hat, um ihre Leute dort arbeiten zu lassen, angeblich in friedlicher Arbeit, in Wirklichkeit, um die Formation aufrecht zu erhalten, die man wahrhaftig nicht zum Schutze der Republik, sondern zu ganz anderen Zwecken braucht.“

²⁴⁴⁵ ‚Kahrs Hätschelkinder in Not‘, in: MP Nr. 158 vom 10.7.1920 (über ein Beschwerdeschreiben der Arbeitsgemeinschaft Weilheim); Krüger, Brigade Ehrhardt, 74.

²⁴⁴⁶ So Georg Heim in der Sitzung vom 17.3.1921: Kraupa, BVP-Fraktion, 81.

²⁴⁴⁷ Vgl. die entsprechende Äußerung Kahrs gegenüber Schweyer: Tagebuch Kahr 1921-B, pag. 171.

²⁴⁴⁸ Eine diesbezügliche Stelle in den Kahr-Tagebüchern eröffnet zwar Spielraum für Interpretationen, lässt sich aber in beiderlei Sinne lesen: So beklagte sich Pöhner Ende September 1921 bei Kahr, dass im Zuge der Ermittlungen gegen die Erzberger-Attentäter „Geheimorganisationen, die vaterländischen Zwecken dienen, an die Öffentlichkeit gezerrt“ worden seien (Tagebuch 1921-B, Eintrag 24.9.1921 - keine Paginierung). Auf dieser Grundlage bleibt jedoch offen, ob das Gespräch im vollen Wissen um die Zusammenhänge stattfand oder ob Kahr diese Äußerung „nur“ auf die klandestin organisierten Freikorps-Arbeitsgemeinschaften bezog.

²⁴⁴⁹ So im Ministerrat vom 28.2.1921, TOP VIII und vom 7.3.1921, TOP X (MA 99 516).

²⁴⁵⁰ Der Ministerrat beriet am 21.3.1921 über die endgültige Einreihung Pöhners in die für einen Präsidenten der Polizeidirektion München vorgesehene Besoldungsgruppe; dabei wollte Handelsminister Hamm nur zustimmen, wenn zuerst festgestellt sei, dass Pöhner die Strafverfolgung Ehrhardts pflichtgemäß betrieben

Kräfte, die sich aus vielleicht falsch verstandenen Idealismus dem Kapp-Putsch angeschlossen hatten, vor Strafverfolgung zu schützen und ihnen so die Möglichkeit zu geben, sich in Bayern neu aufzustellen.

2.3.5 Der Ludendorff-Kreis und die „weiße Allianz“: Kontakte nach Ungarn und zur russischen Emigration

Diese Aussage lässt sich auch deshalb so klar treffen, da Hermann Ehrhardt nicht der einzige Hauptbeteiligte des Umsturzversuchs im März 1920 war, der mit Wissen Kahrs im Freistaat ein – zumindest vorübergehendes – Refugium fand: So setzten sich Max Bauer, Waldemar Pabst oder Franz von Stephani zwar unter z. T. abenteuerlichen Umständen aus der Reichshauptstadt ab, konnten in München aber ebenfalls auf die Unterstützung der örtlichen Polizeidirektion zählen, die etwa auswärtige Ermittler behinderte, während die Flüchtlinge zunächst in Garmisch und dann am Starnberger See geeignete Verstecke fanden²⁴⁵¹; zumindest Oberst Max Bauer, ein früherer Berater Ludendorffs bei der OHL, traf in dieser Zeit auch mehrfach Ministerpräsident Kahr.²⁴⁵² So gab es dann erst recht kein Zögern, als sich sein berühmter Vorgesetzter, der die Brigade Ehrhardt am 13. März Unter den Linden begrüßt hatte, in Berlin ebenfalls nicht mehr sicher fühlte und deshalb nach einem abgeschirmten Rückzugsort für die nächste Zeit Ausschau hielt.

Dem ehemaligen Generalquartiermeister blieb es freilich erspart, in wenig ruhmvoller Weise bei der Polizeidirektion München als Bittsteller um gesinnungspolitisches Asyl vorzusprechen: Mit Unterstützung Hans Wolfgang Herwarths von Bittenfeld, Besitzer des Schlosses Neubeuern und ehem. Offizier des Großen Generalstabs²⁴⁵³, nahm sich stattdessen der zuverlässige Gauverband Chiemgau dieses Falles an und vermittelte dem

habe, vgl. Ministerratsprotokoll vom 21.3.1921, TOP VII (MA 99 516). Kahr antwortete auf dieses Verlangen offenbar wie folgt: „Ich erwiderte, daß ich letzteres von P. gar nicht verlangen möchte. Erhard [!] sei ein ganz hervorragender Mann, der sich im Felde in den allerschwersten Situationen glänzend bewährt habe, der erfüllt von vaterländischer Begeisterung und jederzeit bereit sei, für sein Vaterland zu sterben. Ein Mann von absolut lauterer, aufopferungsfähiger Gesinnung, der nur aus dieser Gesinnung heraus die Unbesonnenheit begangen hat, sich an der Kapp-Affaire zu beteiligen.“ (Tagebuch Kahr 1921-B, pag. 123 f.)

²⁴⁵¹ Adolf Vogt, Oberst Max Bauer. Generalstabsoffizier im Zwielficht 1869-1929 (Studien zur Militärgeschichte, Militärwissenschaft und Konfliktforschung 6), Osnabrück 1974, 290 f.; Thoß, Ludendorff-Kreis, 117-119.

²⁴⁵² Vgl. Luise Engeler, Meine Erinnerungen an die Jahre 1919-1929, pag. 68 (Manuskript im Bundesarchiv Koblenz, NL Bauer N 1022/69) sowie der Hinweis auf das Wissen um den Aufenthalt Bauers in Bayern bei Tagebuch Kahr 1921-A, pag. 13.

²⁴⁵³ Hans Wolfgang Herwarth von Bittenfeld (1871-1942) war preußischer Offizier, 1910-1914 Militärattaché in Washington, im Weltkrieg Leiter der Auslandsstelle des Kriegspresseamts sowie (ab 1916) Leiter der Militärstelle des Auswärtigen Amts. Vgl. den Nachlass Herwarths im Bundesarchiv Berlin (N 2113) sowie Genealogisches Handbuch des in Bayern immatrikulierten Adels XXXI, hg. von der Vereinigung des Adels in Bayern e.V., Stegaurach 2016, 787.

als Kölner Kaufmann auftretenden Reisenden Aufenthalte im südlich von Rosenheim gelegenen Schloss²⁴⁵⁴ sowie in der Stephanskirchener Villa des Baron von Halkett²⁴⁵⁵, seines Zeichens verabschiedeter Oberst der sächsischen Armee und 1919 Referent für Agitation des von Rudolf Kanzler aufgebauten Freikorps. Dabei spricht viel dafür, dass auch Georg Escherich, früher Gastgeber Ludendorffs in Bialowies und Gustav von Kahr, wenige Monate später ebenfalls Gast in Neubeuern²⁴⁵⁶, von der Aktion Bescheid wussten. Nach einer bemerkenswert kurzen Übergangsphase kamen alle Beteiligten jedoch bereits im Sommer zu dem Schluss, dass weitere Tarnungsmaßnahmen nicht mehr vonnöten seien und dem Wunsch des Gastes, seinen Wohnsitz fortan in München aufzuschlagen, keine Bedenken im Wege stünden. Schon im August 1920 bezog Erich Ludendorff deshalb, immerhin von den ironischen bis empörten Kommentaren der sozialdemokratischen und unabhängigen Presse begleitet²⁴⁵⁷, im mondänen Stadtteil Ludwigshöhe eine Villa mit idyllischen Ausblick auf das Isartal, die ihm ein Unternehmer zur Verfügung gestellt hatte.²⁴⁵⁸

Der auch international weitgehend diskreditierte Militär wollte sich dementsprechend für die gewährte Hilfe erkenntlich zeigen und versicherte unter anderem Gustav von Kahr, dass er nicht beabsichtige, in Bayern politisch hervorzutreten²⁴⁵⁹ oder die „Ordnungszelle“ in irgendeiner Form ins Zwielicht zu rücken. Trotz Warnungen Ferdinands von Bulgarien, der auf die Unberechenbarkeit und Sprunghaftigkeit Ludendorffs hinwies²⁴⁶⁰, betrachtete es der Ministerpräsident deshalb auch als Ehre, den „von weiten Volkskreisen geradezu Ausgestoßenen“²⁴⁶¹ im Sommer 1920 als Gast in seinem Hause zu begrüßen und ihn so in gewisser Weise auch in die Münchener

²⁴⁵⁴ Vgl. den auf April 1920 datierten Eintrag Erich Ludendorffs in das Gästebuch des Schlosses Neubeuern: „Nach schweren Tagen fand ich hier Frieden. Das danke ich dem Schloß und seiner Herrin“, [URL: <http://www.gaestebuecher-schloss-neubeuern.de/biografien/Ludendorff_Erich_General.pdf>; zuletzt eingesehen am 4.3.2021].

²⁴⁵⁵ Thoß, Ludendorff-Kreis, 118.

²⁴⁵⁶ Kahr übernachtete am 5.9.1920 als Ehrengast des Chiemgauer-Einwohnerwehrschießens im Schloss: [URL: <http://www.gaestebuecher-schloss-neubeuern.de/biografien/Kahr_Dr._Gustav_von_Ministerpraesident_Bayern.pdf>; zuletzt eingesehen am 4.3.2021].

²⁴⁵⁷ Vgl. den Bericht Zech an Auswärtiges Amt vom 8.7.1920 (Bundesarchiv Berlin, R 707/1) mit Presseecho.

²⁴⁵⁸ Thoß, Ludendorff-Kreis, 128.

²⁴⁵⁹ In diesem Sinne hielt Kahr Ende 1920 dann auch die Meldung, Ludendorff habe versucht, mit dem französischen Gesandten und anderen Entente-Vertretern Kontakt aufzunehmen, für unglaublich – Ludendorff „vermeide es ängstlich, irgendwie politisch hervorzutreten“ (Kahr an Rechberg vom 28.11.1920; Bundesarchiv Koblenz, NL Rechberg N 1049/44).

²⁴⁶⁰ Vgl. den rückblickenden Hinweis nach dem Hitler-Putsch: „Nun müssen Euere Exzellenz leider selbst feststellen, daß ich mich in meinem Urtheil über L. nicht getäuscht hatte, und wieviel Unheil von dieser Seite noch zu erwarten ist!“ (Ferdinand von Bulgarien an Kahr vom 29.12.1923; Privatnachlass Kahr, Politische Korrespondenz).

²⁴⁶¹ Kahr-Erinnerungen, pag. 622.

Gesellschaft einzuführen.²⁴⁶² Der äußerst zuvorkommenden Aufnahme entsprechend wurde der General a. D. dann auch in der Folgezeit wie ein inoffizieller Ehrengast der bayerischen (Sicherheits-)Behörden behandelt und konnte in Zeiten allgemeiner Rohstoffknappheit etwa ständig über ein von der Landespolizei unterhaltenes, mit Chauffeur eigener Wahl ausgestattetes Auto verfügen.²⁴⁶³

Umso bitterer sich Kahr daher auch später über die politischen Eskapaden Ludendorffs beklagen sollte²⁴⁶⁴, konnte er freilich nicht ernsthaft behaupten, dass ihn dessen politischen Alleingänge völlig unerwartet getroffen hätten: Schon in den ersten persönlichen Gesprächen²⁴⁶⁵ ließ der gefallene Kriegsheld stattdessen kaum Zweifel aufkommen, dass er und seine Vertrauten sich weiterhin berufen fühlten, jede passende Gelegenheit zu ergreifen, um das Fundament der demokratischen Republik zu unterminieren und – vorerst noch wichtiger – auf dem internationalen Parkett ein Wende zugunsten des Reiches herbeizuführen.

Dabei waren, wie von Thoß²⁴⁶⁶ anschaulich erläutert, der Berliner Nationalen Vereinigung bisher vor allem zwei konkurrierende Denkmodelle zur Verwirklichung dieses prioritären Ziels vorgeschwebt: Dem ersten Szenario, das vielleicht mit der Überschrift „Antibolschewistische Allianz“ versehen werden könnte, lag hierbei die Hoffnung zugrunde, die Westmächte mit dem Argument der stetig wachsenden Bedrohung durch den Kommunismus von einem gemeinsamen Feldzug gegen Russland überzeugen zu können und auf diese Weise eine Revision des Friedensvertrages zu erreichen. Die alternative Taktik „Umsturz in Osteuropa“ basierte hingegen auf dem Kalkül, reaktionäre bzw. oppositionelle Kräfte in Russland, der Ukraine und im Baltikum bei der Machtübernahme zu unterstützen, mit diesen Verbündeten daraufhin den Versailler Cordon Sanitaire aufzubrechen und dann vielleicht sogar eine gemeinsame

²⁴⁶² Ebd., vgl. auch Tagebuch Kahr 1925-27, pag. 16: „Ich erzählte dann meinem Begleiter [Gustav Jahn, Präsident des Reichsfinanzhofs und Schwager Ludendorffs; M.B.], wie ich Ludendorff hoch geschätzt und in Bayern förmlich eingeführt hätte, wie ich mich in für ihn kritischen Zeiten aus Pflicht der Dankbarkeit vor dem großen Heerführer in der Öffentlichkeit hingestellt habe und wie überaus schmerzlich es mir war, bei dem räuberischen Überfall Hitlers auch Ludendorff mit List und Waffengewalt entgegentreten zu müssen.“

²⁴⁶³ Thoß, Ludendorff-Kreis, 122.

²⁴⁶⁴ Kahr-Erinnerungen, pag. 202 f., 1009-1012, 1044 f., 1210 f., 1423-1425; Tagebuch Kahr 1923-A, pag. 156 f.

²⁴⁶⁵ Ein persönliches Gespräch zwischen Kahr und Ludendorff lässt sich erstmals für den 17. August 1920 belegen, als sich beide just über die Anknüpfung von Beziehungen nach Ungarn austauschten, vgl. Ludendorff an Horthy vom 19.8.1920 (Abbildung des Briefes bei Lajos Kerekes, Die „Weiße Allianz“. Bayerisch-österreichisch-ungarische Projekte gegen die Regierung Renner im Jahre 1920, in: Österreichische Osthefte 7 (1965), 353-366, hier: 359) sowie den Eintrag Ludendorffs ins Gästebuch Kahrs (Privatnachlass Kahr).

²⁴⁶⁶ Thoß, Ludendorff-Kreis, 362-380.

Revanche im Westen zu suchen. Da sich inzwischen jedoch sowohl der Plan einer von den Baltikum-Freikorps im Verein mit russischen Verbänden vorgetragenen Offensive als Illusion erwiesen²⁴⁶⁷ als auch die Avancen gegenüber Vertretern der Entente stets in eine Sackgasse geführt hatten, konnte Ludendorff Kahr im Sommer 1920 berichten, dass sich die Erwartungen seines Stabes nunmehr hauptsächlich auf Ungarn und – Bayern fokussierten.

In aller Kürze skizziert, zielte die neue, von bisherigen Fehlschlägen erstaunlich unbeeindruckte Strategie auf ein Bündnis dieser beiden Staaten ab, die sich nicht nur durch das „Diktat“ der Entente gedemütigt fühlten, sondern auch beinahe gleichzeitig eine Räteherrschaft erlebt hatten, inzwischen aber dank militärischer Gegenschläge und der Präsenz starker Selbstschutzverbände zu innerer Stabilität zurückgeführt hatten. Weniger beschönigend formuliert, schreckte gerade das Regime des kaiserlichen Admirals Horthy, das nach dem Sturz Béla Kuns an die Macht gekommen war und am 4. Juni 1920 im Vertrag von Trianon auch formell auf ca. zwei Drittel des eigenen Staatsgebietes²⁴⁶⁸ verzichten musste, nicht davor zurück, die eigene Stellung durch politische Repression sowie das weitgehend ungestörte Agieren z. T. extrem gewaltbereiter paramilitärischer Gruppierungen zu befestigen.²⁴⁶⁹ Der engste Berater Ludendorff, Oberst Max Bauer, wollte in einer Kooperation des vermeintlich wieder erstarkenden Ungarn mit dem Freistaat sogar den neuen Schlüssel zur Überwindung der Versailler Friedensordnung²⁴⁷⁰ ausgemacht haben: Denn da es einer aus Bayern gelenkten Heimwehr mit finanzieller und ggf. militärischer Unterstützung Ungarns nicht schwer fallen sollte, die Kontrolle über Österreich zu gewinnen, sähe sich die Tschechoslowakei dann plötzlich von mehreren Seiten eingekreist und müsste bei einer Koalition des neuen Machtblocks mit den sudetendeutschen und slowakischen Minderheiten um ihre Existenz fürchten – Frankreich, das eine solche Entwicklung im Grunde mit einer Intervention beantworten musste, sollte in diesem Stadium des Unternehmens ggf. mit einer

²⁴⁶⁷ Wilhelm Lenz, Die Bermond-Affaire 1919, in: *Journal of Baltic Studies* 15 (1984), 17-26 sowie Anm. 1640.

²⁴⁶⁸ Kartographische Darstellung der Gebietsverluste in: Wolfgang Jahn u. a. (Hg.), *Bayern - Ungarn. Tausend Jahre. Katalog zur bayerischen Landesausstellung 2001 (Veröffentlichungen zur Bayerischen Geschichte und Kultur 43)*, Augsburg 2001, 357 sowie (Propagandaplakate) 362. Vgl. ausführlich dazu: Ignác Romsics, *Dismantling of historic Hungary: The Peace Treaty of Trianon 1920 (CHSP Hungarian authors series 3)*, Boulder 2002.

²⁴⁶⁹ Béla Bodó, Paramilitary Violence in Hungary After the First World War, in: *East European Quarterly* 38 (2004), 129-172.

²⁴⁷⁰ Max Bauer und Ignanz Trebitsch-Lincoln reisten Mitte Mai 1920 erstmals nach Budapest und legten ihren dortigen Gesprächspartnern – Gyula Gömbös, Pal Pronay und Tibor Eckhardt, schließlich auch Reichsverweser Horthy – ihrem mit dem Titel „Beseitigung aller Umsturzelemente“ versehenen Großplan vor, vgl. Vogt, Bauer, 298 f.; Thoß, Ludendorff-Kreis, 396-399.

Scheinseparation Bayerns vom Reich zufriedengestellt werden.²⁴⁷¹ Würde es der Orgesch mit bayerischer Unterstützung nach einiger Zeit schließlich gelingen, die Macht im Reich zu übernehmen, stünde einer in Kooperation mit den weißrussischen Emigranten durchzuführenden Zerschlagung Polens sowie ggf. einem Generalangriff auf die Rote Armee nichts mehr im Wege.

Hätte Kahr nach solchen utopischen Darlegungen eigentlich nichts daran gehindert, jede politische Zusammenarbeit mit dem Ludendorff-Kreis sofort abubrechen, machte ihm bei aller Verwunderung über ein derartiges Maß an Realitätsferne wohl jedoch vor allem das Stichwort Ungarn hellhörig: Die bayerische Staatsregierung dachte in diesen Monaten nämlich auch selbst über eine engere wirtschaftliche und politische Kooperation mit diesem Land nach, wobei angesichts der eigenen Versorgungsschwierigkeiten vor allem eine Belieferung mit Lebensmitteln angestrebt wurde; im April 1920 hatte die inzwischen in die Reichstreuhandgesellschaft überführte Bayerische Verwertungsstelle für Heeresgut sogar bereits entsprechende Verhandlungen aufgenommen.²⁴⁷² Aus Sicht der Orka sprach wiederum nichts dagegen, im Umfeld solcher Gespräche Kontakt zu den ungarischen Freikorpsführern aufzunehmen und mit ihnen Möglichkeiten einer näheren Zusammenarbeit auszuloten. Von diesen praktischen Gründen abgesehen, hielt es Kahr allerdings auch mit Blick auf die politische Großwetterlage im Frühsommer 1920 offensichtlich nicht für opportun, Ludendorff und Ehrhardt sofort eine brüske Absage zu erteilen – immerhin schienen die Aussichten für eine Verwirklichung der ersten Stufen des Bauer-Plans für kurze Zeit gar nicht so schlecht zu stehen: Denn hatten die Kärntner und steirische Heimwehr schon Ende 1919 Verbindungen mit Ungarn²⁴⁷³ aufgenommen, war der französische Alliierte Polen im selbst entfachten Krieg gegen Russland nicht nur vorerst gebunden, sondern schien inzwischen auch einer bereits unvermeidlichen Niederlage entgegenzueilen²⁴⁷⁴; gleichzeitig rafften sich in Russland selbst die zurückgedrängten weißen Truppen von der Krim aus zu einer neuen Offensive auf und konnten unter General Wrangel erste Anfangserfolge verzeichnen.²⁴⁷⁵ Kurz gesagt,

²⁴⁷¹ Dieser Gedanke traf bei den Wiener Alleutschen freilich auf erhebliche Skepsis: Thoß, Ludendorff-Kreis, 393 f.; Rape, Heimwehren, 250, 253.

²⁴⁷² Der Vorsitzende der Verwertungsstelle, Dr. Hergt und der bei der Organisation Kanzler beteiligte Landtagsabgeordnete Franz Xaver Zahnbrecher (siehe Anm. 2229) hielten sich zu diesem Zweck am 21.4.1920 in Budapest auf, vgl. die Berichte der Zweigstelle Bayern über Verhandlungen mit der ungarischen Regierung vom 15.4. und 28.4.1920 in: Bundesarchiv Berlin, R 2202/59 (dort auch weitere Dokumente). Vgl. auch ‚Bayerisch-ungarische Wirtschaftsbeziehungen‘, in: BStZ Nr. 99 vom 29.4.1920.

²⁴⁷³ Kerekes, Weiße Allianz, 356.

²⁴⁷⁴ Siehe Anm. 2134 und 2135.

²⁴⁷⁵ Vgl. den Überblick bei: Nikolaus Katzer, Die weiße Bewegung in Russland: Herrschaftsbildung, praktische Politik und politische Programmatik im Bürgerkrieg (Beiträge zur Geschichte Osteuropas 28), Köln u. a. 1999, 123-150.

mehrten sich also gerade sowohl die Anzeichen für eine reale bolschewistische Bedrohung aus dem Osten wie auch für eine willkommene Schwächung des feindlichen Bündnissystems.

Wenige Tage vor der Vertragsunterzeichnung in Trianon war es den von Ernst Pöhner mit falschen Pässen ausgestatteten Max Bauer und Ignaz Trebitsch-Lincoln dann auch gelungen, in Budapest Interesse für die skizzierten Pläne zu wecken: Auf Anraten des einflussreichen Trios Tibor Eckhardt, Gyula Gömbös und Pal Pronay hatte sich Reichsverweser Horthy sogar mit dem entworfenen Szenario im Grundsatz einverstanden erklärt²⁴⁷⁶ und erwartete nun die Ankunft bevollmächtigter Vertreter Bayerns, der Weiß-Russen sowie General Ludendorffs zum Abschluss konkreter Vereinbarungen. Die Sondierungsdelegation hatte ihre Rechnung freilich ohne die bayerische Gegenseite gemacht: Gustav von Kahr und die Orka dachten nämlich gar nicht daran, sich ohne vorherige Verständigung zu willfährigen Schachfiguren in den Manöverplänen anderer degradieren zu lassen und setzten ihre eigenen Vorstellungen über den Gegenstand von Verhandlungen – angesichts der bestehenden Kräfteverhältnisse wenig überraschend – auch durch. Aus eigener Einsicht oder aber auf entsprechend nachdrückliche Bitte seiner Gastgeber verzichtete Ludendorff dementsprechend darauf, mit einer Reise ins Ausland für unerwünschtes Aufsehen zu sorgen²⁴⁷⁷ und überlies diesen Part abermals seinem Vertrauten Max Bauer. Als Abgesandter Kahrs begleitete ihn Rudolf Kanzler, jedoch mit dem deutlich bescheideneren Auftrag, ein gemeinsames Vorgehen in Österreich zu verabreden sowie die dringend benötigten Lebensmittelimporte in die Wege zu leiten. In dem am 11. Juli 1920 zwischen Horthy, Kanzler, Bauer und dem russischen General Biskupskij geschlossenen Abkommen²⁴⁷⁸ war dann von militärischen Vorstößen in die CŠR und vergleichbaren Utopien auch keine Rede mehr: Abgesehen von einem allgemeinen Bekenntnis zur engeren Zusammenarbeit verständigten sich die Anwesenden vielmehr darauf, mit Hilfe der Heimwehr eine „gemeinsame bayerisch-ungarische Grenze“²⁴⁷⁹ zu schaffen – d. h. den sog. Selbstschutz bei Aktionen gegen die österreichische Regierung zu unterstützen – sowie einen Teil der Brigade Ehrhardt als

²⁴⁷⁶ Siehe Anm. 2470.

²⁴⁷⁷ Rape, Heimwehren, 251.

²⁴⁷⁸ Der Inhalt wurde in einem „Kommuniqué“ festgehalten, in weiten Strecken zitiert bei: Vogt, Bauer, 314 f.

²⁴⁷⁹ So die Formulierung im Punkt 1) des Abkommens. Gemeint war damit: „Österreich muß also in einer der Konstitution der österreichischen Länder entsprechenden Form zum Anschluß an Deutschland bzw. Bayern gebracht werden und eine neue starke bürgerliche Regierung erhalten.“

militärisches Bindeglied im Nachbarstaat²⁴⁸⁰ zu stationieren. Neben solch militärpolitischen Komponenten enthielt das Dokument, wie von Kanzler gewünscht, außerdem wirtschaftliche Vereinbarungen: Ungarn sagte darin grundsätzlich zu, seinen gesamten Jahresüberschuss an Getreide im Austausch für Landmaschinen und Waffen nach Bayern zu liefern und erklärte sich zu diesem Zweck bereit, möglichst bald den bayerischen Landwirtschaftsminister in Budapest zu empfangen, um weitere Details zu klären und die Abmachung zu besiegeln.²⁴⁸¹

Hatte es die bayerische Seite somit als einzige verstanden, aus der geplanten Zusammenarbeit sofort Profit zu schlagen und sich ansonsten alle Optionen de facto offen gelassen, begann sich im August 1920 das vermeintlich verheißungsvolle Gelegenheitsfenster für die Ludendorff-Strategen schon wieder zu schließen: Zwar hielt Hermann Ehrhardt dem bayerischen Ministerpräsidenten am 8. August noch ein ausführliches Referat²⁴⁸² über die nun bevorstehenden Schritte sowie die innenpolitische Konstellation in Ungarn, der überraschende Sieg der polnischen Armee bei Warschau²⁴⁸³, die Entlarvung der Wrangel-Offensive als Strohfeuer²⁴⁸⁴, aber auch das Zögern Horthys, nur auf die deutsche Karte zu setzen, machten alle Spekulationen auf die Bildung einer „Weißen Allianz“ schnell zunichte. Unsanft auf den Boden der Tatsachen zurückgeholt, zerschlug sich dann sogar noch der von der Orka mitgetragene Plan eines putschartigen Regierungswechsels in Wien, da die österreichische Rechte inzwischen von ihrem Sieg bei den vorgezogenen Neuwahlen zum Nationalrat überzeugt war und es natürlich vorzog, auf reibungslosen Weg am Ballhausplatz die Macht zu übernehmen.²⁴⁸⁵

Stand der Ludendorff-Kreis mit seinen Gedankenspielen also wieder am Anfang, waren Gustav von Kahr und die bayerische Einwohnerwehr – die schließlich auch mit dem Wahlsieg von christlich-sozialer und großdeutscher Volkspartei im Oktober²⁴⁸⁶ gut leben konnten – bei vergleichsweise geringen Einsatz weitgehend auf ihre Kosten gekommen: Denn konnte Landwirtschaftsminister Wutzlhofer, der Ende September in Budapest wie

²⁴⁸⁰ Hierbei handelte es sich um die in der Folge aufgestellte sog. Brigade Wandersleben, vgl. Thoß-Ludendorff-Kreis, 145, 206-210.

²⁴⁸¹ So die Abschnitte 2) und 3) der Vereinbarung (ebd.). Vgl. auch die Bestätigung der Reise nach Budapest bei Kanzler, Bolschewismus, 105 f.

²⁴⁸² Auch Hermann Ehrhardt besuchte im Zuge der Planungen Budapest (Bestätigung bei Engeler, Erinnerungen, pag. 32 f. - Bundesarchiv Koblenz, NL Bauer N 1022/69) und berichtete Kahr am 8. August über seine Eindrücke und die politische Konstellation in Ungarn, vgl. die stenographische Niederschrift in NL Kahr 43.

²⁴⁸³ Siehe Anm. 2134.

²⁴⁸⁴ Siehe Anm. 2475.

²⁴⁸⁵ So das Ergebnis eines Treffens zwischen Vertretern des Ludendorff-Kreises, der Orka, den Heimwehren und aus Ungarn am 7. September 1920 in München, vgl. Thoß, Ludendorff-Kreis, 427; Vogt, Bauer, 323 f.

²⁴⁸⁶ Höbelt, Erste Republik, 155-164.

ein bedeutender Staatsmann empfangen wurde, tatsächlich bald die anvisierten Geschäftsabschlüsse – freilich in unbekannter Höhe – tätigen²⁴⁸⁷, empfing Gustav von Kahr im Oktober und Dezember Gegenbesuche von ungarischen Ministern²⁴⁸⁸ sowie die Aufwartung des Oberst Adalbert (Béla) Janky von Bulcs, einem Verwandten Horthys und des Stabschefs der ungarischen Armee, der ab sofort als inoffizieller Vertreter des Reichsverwesers in München residierte.²⁴⁸⁹

Darüber hinaus hatten sich der Ministerpräsident und die Orka in der monarchistisch orientierten russischen Emigration einen guten Namen als gesinnungsverwandte Verhandlungspartner gemacht und auf diese Weise Bayern als Sammlungsplattform für „weiße“ Russen empfohlen: Gemeinsam mit dem Deutschbalten Max-Erwin von Scheubner-Richter, der den Sommer 1920 als Verbindungsmann zur Wrangel-Armee verbracht hatte²⁴⁹⁰, ließ sich General Vasilij Biskupskij deshalb jetzt in München nieder und erneuerte seine Bemühungen, Kontakte zur deutschen Rechte zu knüpfen.²⁴⁹¹ Diese Arbeit zeitigte tatsächlich relativ schnell greifbare Erfolge: So erklärte sich etwa der schon genannte Aufsichtsratsvorsitzende der MAN, Theodor von Cramer-Klett, Ende des Jahres bereit, den Vorsitz in einer von Scheubner-Richter gegründeten Wirtschaftlichen Aufbau-Vereinigung (WAV) zu übernehmen, die sich als Austauschforum für gleichgesinnte deutsche und osteuropäische Kreise verstand und bald eine eigene Zeitschrift herausgab.²⁴⁹² Weiteren Auftrieb erhielt die Münchener Emigrantenkolonie

²⁴⁸⁷ Kahr kündigte Horthy in einem Dankschreiben für den Empfang Kanzlers den Besuch Wutzlhofers an, vgl. Kahr an Horthy (o.Dat.) in NL Kahr 33. Vgl. den Bericht Zechs über die anstehende Reise des Landwirtschaftsministers vom 15.9.1920 (Bundesarchiv Berlin, R 707/1) und die Schilderung des Besuchs durch die deutsche Botschaft in Budapest (Stephany an Auswärtiges Amt vom 29.9.1929; PAAA, R 98 242).

²⁴⁸⁸ Im Oktober 1920 besuchte Finanzminister Frigyes Koranyi München (vgl. die Notiz zum Ablauf des Besuchs vom 9.10.1920 in NL Kahr 32), im Dezember folgte der Minister für nationale Minderheiten Bleyer (Thoß, Ludendorff-Kreis, 422).

Koranyi wählte am 13.10.1920 folgendes Motto für seinen Eintrag ins Gästebuch Kahrs (Privatnachlass Kahr): „Die Gekreuzigten, wenn sie ihren festen Glauben an die Auferstehung nicht verlieren, werden auferstehen!“

²⁴⁸⁹ Janky wurde im September 1920 nach München entsandt (Rape, Heimwehren, 255) und besuchte Kahr erstmals am 30.9.1920, vgl. die stenographische Niederschrift der Unterhaltung – zu Wirtschaftsbeziehungen und den Verhältnissen in Österreich – in NL Kahr 40-neu (Rückseite von „Memorandum, 28.9.1920“).

²⁴⁹⁰ Kellog, *Russian Roots*, 118-121.

²⁴⁹¹ Johannes Baur, *Die russische Kolonie in München 1900-1945. Deutsch-russische Beziehungen im 20. Jahrhundert* (Veröffentlichungen des Osteuropa-Instituts München, Reihe Geschichte 65), Wiesbaden 1998, 214-239; Kellog, *Russian Roots*, 110-113.

Zur Biographie von *Vasilij Biskupskij* (1878-1945) vgl. Bettina Dodenhoeft, *Vasilij von Biskupskij - Eine Emigrantenkarriere in Deutschland*, in: Karl Schlögel (Hg.), *Russische Emigration in Deutschland 1918 bis 1941. Leben im europäischen Bürgerkrieg*, Berlin 1995, 219-228.

²⁴⁹² Johannes Baur, *Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung, 1920/21-1924*, in: *Historisches Lexikon Bayerns* [URL: <https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Wirtschaftliche_Aufbau-Vereinigung,_1920/21-1924>; zuletzt eingesehen am 4.3.2021]; Kellog, *Russian Roots*, 122-133 (mit

schließlich, als sich mit Großfürst Kyrill ein präsumtiver Kronprätendent der Romanov-Familie in Coburg, der Heimat seiner Ehefrau, niederließ²⁴⁹³ und damit die sog. germanophile Fraktion unter den „weißen“ Russen stärkte: Viktoria Romanova, die aus dem Haus Sachsen-Coburg-Gotha gebürtige Großfürstin, übernahm unter Zustimmung ihres Gatten dann sogar den Ehrenvorsitz der WAV.²⁴⁹⁴ Ministerpräsident Kahr wusste von all diesen Vorgängen zumindest im groben Zügen Bescheid²⁴⁹⁵, war sich allerdings auch bewusst, dass gegenüber politisch aktiven Emigrantenkreisen, die sowohl realitätsferne Projektmacher als auch gegnerische Spitzel umfassen konnten, eine gewisse Vorsicht angebracht war: Er ließ daher auch von mehreren Seiten Erkundigungen über die Persönlichkeit, den Charakter und die Zuverlässigkeit Biskupskijs einziehen²⁴⁹⁶, stand seinen Initiativen trotz des uneinheitlichen Bildes in den Berichten dann jedoch insgesamt aufgeschlossen gegenüber und gestattete der Vereinigung „Aufbau“ im Mai / Juni 1921 sogar die Ausrichtung eines Emigrantenkongresses in Bad Reichenhall.²⁴⁹⁷

2.4 „Starker Mann“ oder „Testamentsvollstrecker“? Die Rolle Kahrs in der Ordnungszelle Bayern

Fielen solche vertrauensbildenden Maßnahmen im Falle der weiß-russischen Kolonie freilich eher unter die Kategorie eines spekulativen Wechsels auf die Zukunft, war es Kahr in den ersten Monaten seiner Ministerpräsidentschaft jedoch insgesamt sehr gut gelungen, sich außerhalb der formalen Institutionen eine solide Kooperationsbasis aufzubauen. Die große Bedeutung dieser relativ kurzen Zeitspanne für die nachhaltige Erweiterung des Aktionsradius des neuen Regierungschefs wird damit unmittelbar deutlich: Denn hatte Gustav von Kahr im März sein Amt angetreten, ohne auf eine gezielte Kontaktpflege für einen solchen Fall aufbauen zu können, war der bayerische Ministerpräsident nun für zahlreiche Kreise der bürgerlichen Rechte in Bayern und Reich

Überblick zu prominenten Mitgliedern – etwa Max Bauer, Alfred Rosenberg, Max Amann – und Beziehungsnetzwerken). Vgl. auch Weber, *Wie Adolf Hitler*, 336-338.

²⁴⁹³ Kellog, *Russian Roots*, 133.

²⁴⁹⁴ Ebd.

²⁴⁹⁵ Vgl. Viktor Naumann an Simons vom 3.10.1920 (Datum undeutlich) in Bayerische Staatsbibliothek, Naumanniana, B. II. Simons, Walter. Naumann berichtet dem Reichsaußenminister darin über ein Gespräch mit Kahr: „[...] es ist völlig richtig, daß gerade aus diesen Kreisen sehr viele Delegierte sich in München befinden, wo sie entweder mit der bayerischen Regierung oder durch diese mit der deutschen Regierung verhandeln möchten. Weißruthenen, Österreicher, Ungarn, Ukrainer usw. sind dort in den verschiedensten Spielarten vertreten, wie mir Herr von Kahr sagte.“

²⁴⁹⁶ Vgl. Naumann an Kahr vom 30.9.1920 (NL Kahr 40 - neu) mit positivem Urteil; dagegen „Landgesellschaft Kurland“ an Kahr vom 20.10.1920 (NL Kahr 40 - neu) mit negativer Bewertung.

²⁴⁹⁷ Vgl. hierzu Baur, *Russische Kolonie*, 102-118 sowie das Dankschreiben der Vereinigung Aufbau an Kahr vom 20.8.1921 in MA 102 384a. Im Landtag hatte der Kongress eine Anfrage der USPD zur Folge: *Verh. Landtag 1921*, Bd. III, 210 f. (Sitzung 21.6.1921)

zu einer festen politischen Größe aufgestiegen. Wie an einzelnen Passagen der Darstellung betont, wäre es jedoch zu kurz gedacht, diese durchschlagenden Erfolge allein dem gewinnenden Wesen des Protagonisten zuzuschreiben. Ohne darüber ein Urteil fällen zu wollen, spielte zumindest eine wichtige Rolle, dass die aktuelle politische Konjunktur dem neuen Ministerpräsidenten stark in die Karten spielte, da er als Protektor der bayerischen Einwohnerwehren für ein auf dem politischen Markt gerade sehr begehrtes Gut – öffentliche Sicherheit – zu bürgen schien.

So gewissermaßen zur rechten Zeit ins Rampenlicht getreten, brauchte Gustav von Kahr deshalb überhaupt nicht in hektischen Aktionismus verfallen, um als politisch unbeschriebenes Blatt auf sich aufmerksam zu machen, allein die mit seiner Person verbundene Botschaft traf einen Nerv der öffentlichen Debatte. Ausdruck dieses Umstandes war einerseits, dass Kahr wichtige Kontakte manchmal überhaupt nicht persönlich anbahnen musste, sondern sich ebenso gut auf die vermittelnde Tätigkeit Georg Escherichs und seines Stabes verlassen konnte, der ja u. a. damit beschäftigt war, die Orgesch aufzubauen – unter diese Kategorie neuer Bündnispartner fielen in erster Linie die ostelbischen Landbünde oder die österreichische Heimwehr. Aus der Rekonstruktion der Netzwerke lässt sich somit der eindeutige Schluss ziehen, dass der Landeshauptmann der Einwohnerwehr sowie seine Mitarbeiter Rudolf Kanzler und Hermann Kriebel auch 1920/21 weiterhin zu den engsten politischen Vertrauten Kahrs zählten. Wie belegt werden konnte, erweiterte bzw. vervollständigte sich dieser ausgewählte Kreis nun noch um den Münchener Polizeipräsidenten Ernst Pöhner, der ab 1920 ebenfalls in der politischen Kontaktpflege für Kahr tätig wurde und außerdem die Rolle eines Koordinators der regulären zivilen Sicherheitskräfte einnahm.

Andererseits wurde auch bei mehreren Gelegenheiten deutlich, dass die wachsende Allianz auch zunehmend Anziehungskraft auf Gruppierungen entwickelte, die sich in politischer Bedrängnis sahen und deshalb aus eigenem Antrieb Anschluss zu gewinnen suchten – hierzu gehörten in erster Linie die ehem. Brigade Ehrhardt, der sog. Ludendorff-Kreis, aber auch die studentischen Zeitfreiwilligen. Solche eher unvermuteten Kooperationspartner waren im Grunde gleichermaßen herzlich willkommen, ihr Zulauf beschleunigte das ohnehin rasche Wachstum der bayerischen Sicherheitsarchitektur indes weiter und erhöhte damit auch die Wahrscheinlichkeit des Aufkeimens innerer Unstimmigkeiten – sowohl was eine zunehmende Belastung des Binnenklimas im Bündnis betraf als auch in Hinblick auf nicht abgestimmte Alleingänge einzelner Gruppierungen. In diesem latenten Ziel- und Interessenskonflikt entschied sich

Gustav von Kahr jedoch meistens dafür, den vorgetragenen Bitten um Unterstützung zu entsprechen, da er es nicht verantworten wollte, „national“ gesinnte Kräfte einer ungewissen Zukunft zu überlassen und auf diese Weise auch das eigene Kontaktfeld erweitern konnte. Absehbares Resultat dieser meist bewusst in Kauf genommenen Diversifizierung war dann freilich, dass das 1919 geschmiedete Selbstschutzbündnis langsam an innerer Homogenität einbüßte und in seinen wachsenden Verästelungen ein Eigenleben entwickelte, das sich einer geordneten Steuerung zunehmend entzog.

Vor diesem Hintergrund betrachtet, wird nun also deutlich, dass sich die politische Rolle Kahrs im Kontext der neuen Sicherheitsarchitektur nicht auf die in den Leitfragen des Abschnittes formulierten Alternativen reduzieren lässt: So ist dem Ministerpräsident weder ein unbemerkter Kontrollverlust im Sinne einer eigenmächtigen Verselbständigung der alten oder neuen Verbündeten noch eine gezielt getroffene Entscheidung für einen informellen Verbändestaat, d. h. für die Zersplitterung des öffentlichen Gewaltmonopols und die implizite Etablierung eines doppelten rechtlichen Maßstabes, zu attestieren.

Beide Deutungen wirken nun viel zu pauschal und apodiktisch, da Kahr ja einerseits keineswegs die Absicht verfolgte, den Staat als Ordnungsrahmen zu unterminieren, sondern den Aufbau z. T. getarnter Ersatzorganisationen vor allem begünstigte, um einer Schwächung der inneren Wehrkraft durch weitere Demobilmachung und Entwaffnung zuvorzukommen. Die Unterstützung halb- oder irregulärer Verbände war also im Grundsatz nicht als Förderung rechtsextremer Umsturzkkräfte gedacht: Kahr sah diese Gruppierungen jedoch viel zu einseitig als vermeintlich zuverlässige Ordnungskräfte und wollte offenbar nicht recht zur Kenntnis nehmen, dass sie auch zahlreichen Vertretern politisch radikaler Strömungen als Betätigungsfeld dienten. In seinem Bestreben ließ er sich außerdem schon 1920 zu einigen schwerwiegenden Missgriffen sowie zu problematischen Entscheidungen von erheblicher Tragweite verleiten: So bewahrte er in Kooperation mit Ernst Pöhner nicht nur Hermann Ehrhardt als Führer eines schlagkräftigen Freikorps vor strafrechtlicher Verfolgung, sondern nahm in falsch verstandener Solidarität außerdem weitere Beteiligte des Kapp-Putsches in Bayern auf und legte deshalb auch mit den Grundstein für den Ruf Bayerns als Refugium militanter Republikgegner. Der Ministerpräsident und Innenminister, d. h. der höchste Vertreter der ausführenden Staatsgewalt, begab sich außerdem auf die abschüssige Bahn der Verletzung geltenden Rechts, indem er Haftbefehle nicht vollziehen ließ,

Waffenlieferungen nach Österreich deckte oder die durch Reichsgesetz vorgeschriebenen Anzeigen „schwarzer“ Waffenbestände sogar unter Strafe stellte.

Es wäre daher auch verfehlt, die weitere Gefährdung der Staatsautorität im sicherheitspolitisch-exekutiven Bereich – gewissermaßen im entlastenden Sinne – als schleichenden Kontrollverlust Gustav von Kahrs zu interpretieren. Denn der neue Regierungschef willigte, wie gesagt, sehr wohl in die weitere Informalisierung des ihm zur Verfügung stehenden Sicherheitsapparats ein und sah diese Entwicklung in Bezug auf die Einwohnerwehr wahrscheinlich sogar als Fortschritt – als entschiedener Förderer der Selbstschutzbewegung konnte er es schließlich nur begrüßen, wenn die Bürgerwehren zunehmend auf eigenen Füßen standen, also professionelle Strukturen ausbildeten und sich selbständig verwalteten. Im Falle der Freikorps oder der Zeitfreiwilligen betrachtete er diesen Prozess sicherlich differenzierter, sah jedoch vorerst keine sinnvolle Alternative zur halb-offiziellen oder auch versteckten Fortexistenz der betreffenden Formationen. Mit dieser Prioritätensetzung nahm Kahr mithin auch das Risiko in Kauf, dass die irregulären Verbände nach dem Ausscheiden eher moderater, d. h. mit dem Aufbau versteckter Strukturen nicht einverständener Mitglieder noch einmal stärker internen Radikalisierungstendenzen ausgesetzt sein würden und vielleicht gerade deshalb dazu neigen könnten, eine eigene Agenda zu verfolgen – das klarste Beispiel in diesem Zusammenhang ist die Organisation Consul, die innerhalb weniger Monate im Zentrum der Landeshauptstadt, mithin vor den Augen der leitenden Sicherheitsbehörden, ihren verdeckten Apparat aufbauen konnte.

Die sich häufig diametral gegenüberstehenden politischen Bewertungen Kahrs als „starker Mann“ der Ordnungszelle bzw. als reiner „Testamentsvollstrecker“ einflussreicher Mächte im Hintergrund – um nochmal die zur Akzentuierung der Fragestellung gewählten Zitate anzuführen – erweisen sich damit letztlich auch als Verallgemeinerungen, die einer näheren Überprüfung nicht standhalten. Denn lassen sich gegen eine uneingeschränkte Übernahme der ersten Sichtweise inzwischen doch einige begründete Vorbehalte – nicht zuletzt die soeben erläuterten latenten Gefährdungen der Stellung Kahrs – ins Feld führen, wäre es andererseits völlig verfehlt, ihn nur als äußeren Exponenten oder Marionette mächtiger Kräfte im Hintergrund einzustufen. Denn gegen den Willen oder ohne das Einverständnis Gustav von Kahrs wäre weder der Aufbau von Orka und Orgesch noch der Fortbestand der nunmehrigen Landesfahnen der Landesleitung möglich gewesen, von der Umwandlung der Brigade Ehrhardt in unverdächtige Arbeitsgemeinschaften ganz zu schweigen. Die Vertreter von Agrarlobby

und Industrie pflegten deshalb aus gutem Grund nicht nur mit dem formellen Oberhaupt des Selbstschutzes, Georg Escherich, Kontakte, sondern legten darüber hinaus großen Wert darauf, einen direkten Draht zum bayerischen Ministerpräsidenten aufzubauen – trotz bester persönlicher Beziehungen übergab Freiherr von Cramer-Klett beispielsweise die von Paul Reusch aufgebrachte Millionenspende dann auch nicht direkt der Landesleitung, sondern stellte sie dem Regierungschef für „vaterländische Zwecke“²⁴⁹⁸ frei zur Verfügung.

Dabei ließ es Gustav von Kahr allerdings zu, dass die Leitfiguren des eigenen Sicherheitsapparats eine zunehmend selbständige Position erlangten. Seiner Einschätzung nach hatten sich Georg Escherich, Hermann Ehrhardt und andere in den Revolutionsmonaten eben bewährt und mit ihrem häufig unaufgeforderten Einsatz gegen den „Bolschewismus“ Mut und Einsatzwillen im kritischen Moment bewiesen.²⁴⁹⁹ Solche Bewertungen unterstreichen dann auch abermals die beinahe verklärte Sicht Kahrs auf all diejenigen, die nach der Proklamation der Republik nicht schnell demokratisch „umgelernt“ hatten²⁵⁰⁰ und es im – vermeintlichen – Gegensatz zu vielen Zeitgenossen als selbstverständlich ansahen, ihre Ideale auch unter widrigen Umständen zu vertreten. In dieser Form bewertet, konnten solch charakterfeste Persönlichkeiten einen Anspruch auf einen weitgehenden Vertrauensbonus erheben und hatten sich außerdem für höhere Aufgaben empfohlen – geht man die Führungsriege von Reichswehr, Polizei, Einwohnerwehr, Zeitfreiwilligen oder Freikorps mit dem entsprechenden Raster durch, waren 1920 tatsächlich alle entscheidenden Positionen mit Akteuren besetzt, die im Laufe der Revolution diesem Bewertungsmaßstab erfüllt hatten.

So überzeugend es zunächst scheinen mag, ist es also letztlich zu kurz gedacht, den weitgehenden Verzicht Kahrs auf eindeutige Direktiven oder Machtworte gegenüber den Paramilitärs als Zeichen der persönlichen Abhängigkeit oder als Verzicht auf praktische politische Führung auszulegen: Der Ministerpräsident gefiel sich vielmehr in der Rolle eines obersten Koordinators des selbst geschaffenen Sicherheitsapparats, der als solcher im Grunde doch nur zu profitieren schien, wenn das bewährte Spitzenpersonal selbst die Initiative ergriff und weiter an einer Festigung der öffentlichen Ordnung im kleinen und größeren Rahmen arbeitete. Er gewährte den handelnden Führungskräften deshalb in vielen Situationen aus voller Überzeugung einen z. T. weitreichenden Aktionsspielraum

²⁴⁹⁸ So Kahr im Dankschreiben an Reusch, Abschrift in: Tagebuch Kahr 1921-A, pag. 77.

²⁴⁹⁹ Siehe die Reaktion Kahrs auf die Aufforderung Hamms, die Strafverfolgung gegen Ehrhardt nachdrücklich zu betreiben in Anm. 2450.

²⁵⁰⁰ Siehe Anm. 1332.

und nahm dann in regelmäßigen Abständen mit Befriedigung die erstatteten Berichte über erzielte Fortschritte entgegen – oder sah sich, etwa im Falle der Technischen Nothilfe, zum korrigierenden Eingreifen veranlasst, wenn offenbar Missstände oder Unregelmäßigkeiten vorgefallen waren.²⁵⁰¹ Zumindest in der eigenen Wahrnehmung behielt Kahr somit die Zügel weiterhin fest in der Hand, was sich etwa auch heute noch in der Tatsache widerspiegelt, dass 1920 kein Vorgang erkennbar ist, bei dem sich der Ministerpräsident seine politischen Entscheidungen von dritter Seite hätte diktieren lassen.

Das Vertrauen in gewachsene Strukturen und bewährte Mitstreiter macht schließlich auch deutlich, dass das politische „System Kahr“ bzw. die „Ordnungszelle Bayern“ nicht das Resultat eines gezielt umgesetzten Plans darstellte, sondern als Produkt einer sich z. T. selbst verstärkenden Entwicklung eingestuft werden muss, das dann im Frühjahr 1920 eher zufällig mit diesem Etikett belegt wurde. In dieser Feststellung sind bereits mehrere Schlussfolgerungen enthalten: Einerseits steht nach den vorherigen Darlegungen außer Zweifel, dass ein Grundgedanke der sog. Ordnungszelle, die substanzielle Ausweitung der Selbstschutznetzwerke über den Freistaat hinaus, tatsächlich praktisch verfolgt wurde. Dies geschah allerdings weniger aus vorgefassten Kalkül, sondern als Reaktion auf politischen Druck durch die Entente und die Reichsregierung, der in Bayern als direkter Angriff auf den eigenen Selbstschutz empfunden wurde. Die neu geknüpften Verbindungen mit Freikorps, Zeitfreiwilligen oder Organisationen wie dem Stahlhelm und den Landbünden, die auf der Skala zwischen losen Kooperationsvereinbarungen bis zur faktischen Integration in die Einwohnerwehr ganz unterschiedliche Formen annehmen konnten, waren also zumindest bis auf weiteres primär defensiven Charakters. Dies schloss freilich nicht aus, dass die politischen Exilanten der ehem. Nationalen Vereinigung schon wieder begannen, weitergehende Projekte zu entwickeln: Pläne vom Schlage der „Weißen Internationale“ fielen dabei jedoch eher in die Kategorie utopischer Gedankenspiele und wurden auch von bayerischer Seite vor allem für die eigenen Zwecke instrumentalisiert.

Für die konkrete Bewertung des Konzepts der Ordnungszelle mindestens ebenso bedeutend ist gleichzeitig, dass die Metapher zu einem Zeitpunkt geprägt und verbreitet wurde, als die damit porträtierte Entwicklung bereits konkrete Formen anzunehmen begann: Denn als Gustav von Kahr am 2. Mai 1920 das Rednerpult bestieg und wohl zum

²⁵⁰¹ Tagebuch Kahr 1921-A, pag. 345; siehe auch Kahrs Reaktion auf finanzielle Unregelmäßigkeiten bei der Organisation Kanzler in Anm. 2886.

ersten Male die beiden Begriffe Ordnung und Zelle miteinander in Beziehung setzte²⁵⁰², waren schon alle Vorbereitungen für einen Zusammenschluss der deutschen Selbstschutzverbände getroffen, die Entscheidung über die Umwandlung der Brigade Ehrhardt in bayerische Arbeitsgemeinschaften gefallen oder wichtige Mitglieder des Ludendorff-Kreises in Rosenheim oder Garmisch vorerst untergebracht worden. Vor diesem Hintergrund betrachtet, klingt das Zitat Kahrs, das hier nochmals im Zusammenhang aufgeführt werden soll, fast wie eine pointiert ausgedrückte Situationsbeschreibung, die ohne weitreichende Hintergedanken eben die aktuelle Lagebewertung des Redners in Worte kleidete: „Der Blick ist von auswärts deshalb vielfach auf Bayern gerichtet, weil man weit über die Grenzen des Reiches hinaus hier in Bayern die Zelle erblickt, von der aus die Ruhe und Ordnung ihren Weg sich bahnen werden über weite Teile des deutschen Reiches, der Weg zur Ordnung und zur Ruhe, die nicht bloß dem deutschen Volke Lebenssache sind, sondern auch in manchen fremdländischen Kreisen erhofft werden.“²⁵⁰³ Ohne Zweifel erscheint die damit ausgesprochene Proklamation einer besonderen Führungsrolle Bayerns weiterhin recht anmaßend: Doch wurden mit der Gründung von Orgesch und Orka wenige Tage später nicht wichtige Schritte in genau diese Richtung getan?

Andererseits ist gleichzeitig auffällig, dass Kahr in diesem Zusammenhang schon wieder an das nach der Revolution fast zum politischen Axiom erklärte Prinzip der Ordnung appellierte, das er bereits bei seiner Antrittsrede in den Mittelpunkt gestellt hatte und das inzwischen vom BOB endgültig zu einer Art Fetisch erhoben worden war.²⁵⁰⁴ Auf zweifellos geschickte Weise untermauerte er also sogar seine bloßen Feststellungen mit dem Symbolgehalt eines vielfach erstrebten politischen Ideals und trieb auf diese Weise die begonnene Selbststilisierung zum berufenen Sachwalter des Prinzips Ordnung konsequent voran: Der Terminus Ordnungszelle Bayern begann seine erstaunliche Karriere dementsprechend sowohl als durchaus ernst gemeinte Charakterisierung der aktuellen Geschehnisse wie auch als bereits symbolisch aufgeladene Parole. Dabei ist jedoch nicht ersichtlich, ob Kahr von vorneherein auf eine weitergehende Verbreitung der Begriffskombination spekuliert hatte oder aber letztlich selbst von der intensiven Rezeption der in die Welt gesetzten Metapher überrascht war: Auf jeden Fall avancierte die „Ordnungszelle Bayern“ schon im Sommer 1920 zu einem feststehenden Schlagwort des politischen Diskurses auf Reichsebene, das von Angehörigen aller politischer Lager

²⁵⁰² Siehe Anm. 1734.

²⁵⁰³ ‚Eine Rede des Ministerpräsidenten‘, in: MZ Nr. 123 vom 4.5.1920.

²⁵⁰⁴ Siehe Anm. 1911.

in ihrem Sinne als Projektionsfläche genutzt wurde. Wenn also etwa der DNVP-Vorsitzende Oskar Hergt einem Hannoveraner Publikum zurief „Schauen Sie nach Bayern – dort haben Sie den Ordnungsstaat“²⁵⁰⁵, sollte damit weniger Loyalität zu Kahr oder zur BVP ausgedrückt, sondern vor allem die vermeintlichen Zustände im übrigen Deutschland als Skandal präsentiert werden. Oder präziser formuliert: Die plötzliche Idealisierung der politischen Wende im Freistaat diente hier in erster Linie dazu, den Regierungen im Reich und in Preußen ein Misstrauensvotum auszusprechen und das eigene Plädoyer für eine Abkehr von der seit der Revolution verfolgten Politik zu untermauern. Im Umkehrschluss bestand die beliebteste Retourkutsche der Kritiker dann fast erwartungsgemäß darin, die neue Losung zur Persiflage umzumünzen, mit der sich bei jeder passenden Gelegenheit die Verhältnisse im Freistaat ironisch kommentieren ließen.²⁵⁰⁶ Aus propagandistischer Sicht beurteilt, förderte jedoch auch solch negative Werbung den Bekanntheitsgrad des Schlagwortes und trug dazu bei, die Existenz einer – wie auch immer beurteilten – „Ordnungszelle Bayern“ in der allgemeinen Wahrnehmung als feststehende Tatsache zu verankern.²⁵⁰⁷ Spätestens angesichts solcher Rückkopplungseffekte wurde so auch Kahr die Zugkraft des von ihm persönlich inspirierten Slogans bewusst und er legte deshalb ab Sommer 1920 auch selbst großen Wert darauf, dieses willkommene, als Ehrentitel²⁵⁰⁸ verstandene Image zu bekräftigen und aktiv zu pflegen.

3. Gerüstet für die Konfrontation? Die Abwägung der Kräfteverhältnisse nach dem Einwohnerwehrschießen

Wie später die Begräbnisfeier für das Königspaar²⁵⁰⁹ oder der Empfang Hindenburgs kann das Ende September 1920 abgehaltene Einwohnerwehrschießen deshalb auch als bewusste Inszenierung des neuen bayerischen Renommées verstanden werden: Immerhin bot der Aufmarsch von ca. 50 000 bewaffneten, z. T. in Tracht gekleideten Wehrmännern

²⁵⁰⁵ Ohnezeit, Deutschnationale Volkspartei, 222.

²⁵⁰⁶ Vgl. etwa ‚Zur kommenden Kaiserfeier in der „Ordnungszelle“‘ in: MP Nr. 2 vom 3.1.1921 oder die Formulierung ‚Kahr’sche Ordnungsbanden‘ in der Neuen Zeitung (‚Der weiße Schrecken in Bayern‘, in: Neue Zeitung Nr. 650 vom 16.2.1921).

²⁵⁰⁷ Dieses Klischee erwies sich auch in der Folgezeit erstaunlich stabil, vgl. etwa die Verwendung der Bezeichnung ‚Ordnungszelle Bayern‘ in einer bekannten Publikation der 1990er Jahre: R.W.B. McCormack, Tief in Bayern. Eine Ethnographie, Frankfurt am Main 1991, 132.

²⁵⁰⁸ Siehe Anm. 1735.

²⁵⁰⁹ Nach seinem Rücktritt als Ministerpräsident koordinierte Kahr die Organisation der Begräbnisfeierlichkeiten, vgl. Dieter J. Weiß, Zwischen Revolution und Restauration. Zum Tod und den Beisetzungsfeierlichkeiten für König Ludwig III. von Bayern, in: Petronilla Gietl (Hg.), Vom Wiener Kongreß bis zur Wiedervereinigung Deutschlands: Betrachtungen zu Deutschland und Österreich im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Herbert Rumpel zum 75. Geburtstag, Stamsried 1997, 183-205.

eine ideale Gelegenheit, das Narrativ vom Ordnungsstaat mit Gesten und Bildern nachdrücklich zu untermauern. Gustav von Kahr setzte sich wohl auch deswegen über mehrere Warnungen, die seit Juli weitgehend schweigsamen Alliierten könnten eine solche Demonstration der Stärke keinesfalls unbeantwortet lassen, hinweg und gab am 4. September endgültig grünes Licht für die Durchführung der Veranstaltung.²⁵¹⁰

Kahrs zusätzliche Versuche, der ersten pompösen Manifestation des nationalen Bayern möglichst große Breitenwirkung zu verleihen, stützen diese Annahme: So erhielten nicht nur die in München akkreditierten Gesandten bzw. Konsuln Ehrenkarten für die Tribüne am Königsplatz²⁵¹¹, auch alle Landes- und Provinzleiter der Orgesch waren nach München geladen und versammelten sich unter dem Eindruck der Großkundgebung außerdem zu einer Verbandstagung im Künstlerhaus²⁵¹². Manche der geladenen Besucher bedankten sich nach ihrer Heimkehr dann auch schriftlich für die „erhabene Feier“²⁵¹³ und selbst der Berliner Gesandte konnte sich trotz Zweifel am „gesunden Menschenverstand der Veranstalter“ letztlich „dem tiefen Eindruck nicht entziehen, den die Kundgebung der vieltausendköpfigen Schar hervorrief“²⁵¹⁴.

Mochte die beabsichtigte Inszenierung damit auch vollauf gelungen sein, mussten die Siegermächte einen solchen Akt allerdings geradezu als Provokation empfinden, zumal eine vermeintlich rein defensive, nur mit dem Nötigsten bewaffnete Selbstschutzorganisation dafür verantwortlich zeichnete. Selbst eine möglicherweise konzessionswillige Kontrollkommission konnte sich eine solche Zurschaustellung ihres eigenen Versagens einfach nicht bieten lassen: Die Reichsregierung hielt daher bereits am 12. Oktober ein neues Ultimatum²⁵¹⁵ in Händen, in dem General Nollet nochmals energisch die Entwaffnung und Auflösung der irregulären Verbände einforderte und dabei auch explizit auf die besonders unbefriedigende Situation in Bayern hinwies. Die Bezugnahme auf das Protokoll von Spa machte außerdem deutlich, dass bei einer fortgesetzten Missachtung der gestellten Fristen auch die Besetzung weiterer deutscher

²⁵¹⁰ So in der Niederschrift der 11. Sitzung des Arbeitsausschusses für das Einwohnerwehrschießen am 8.9.1920 (Bestand Einwohnerwehr 13): „Herr stellv. Stadthauptmann Schick berichtet über die Audienz bei Seiner Exzellenz, dem Herrn Ministerpräsidenten am Samstag, 4.ds.: Die Regierung begrüßt es sehr, wenn das Landesschießen stattfindet. Der Festakt soll eine imposante Kundgebung der E.W. werden. Doch soll alles Militärische vermieden werden (Aufzüge mit Stahlhelmen, M.G. und dergl.).“

²⁵¹¹ Vgl. Ehrenkarte in NL Dziembowski 1.

²⁵¹² Terminkalender Escherich, Eintrag 25.9.1920 (NL Escherich 6).

²⁵¹³ Vgl. etwa Vinnen an Escherich vom 28.9.1920 (Bestand Einwohnerwehr 5); Dziembowski an Escherich vom 28.9.1920 (NL Dziembowski 1).

²⁵¹⁴ Gesandtschaftsbericht Zech an Auswärtiges Amt vom 29.9.1920 (R 98 391); noch positiver der württembergische Gesandte (Bericht vom 27.9.1920; Benz, Moser, Dok. 41).

²⁵¹⁵ Abdruck bei: ‚Entente und Selbstschutzorganisationen. Die Note des Generals Nollet‘, in: Berliner Tageblatt Nr. 245 vom 6.11.1920.

Territorien – etwa des Ruhrgebietes – als Sanktion in Frage kommen könne. So aufgeschreckt, blieb dem Kabinett Fehrenbach schließlich keine andere Wahl, als das Anfang August mit Bayern geschlossene Stillhalteabkommen mit Verweis auf die entstandene Zwangslage de facto als hinfällig zu betrachten. Schon kurz nach Eingang des Ultimatums forderte Reichsentwaffnungskommissar Peters daher die ihm unterstellten Landeskommissare abermals schriftlich auf, alle schweren Waffen bis zum gesetzlich festgelegten Stichtag am 1. November – also unverzüglich – abzuliefern und Vorbereitungen für die baldige Abgabe der Gewehre und sonstigen leichten Waffen einzuleiten.²⁵¹⁶

Kahr und seine Kollegen standen damit schneller als erwartet – und teilweise auch selbst verschuldet – vor einer kritischen Grundsatzentscheidung: Sollte man dem gestellten Ultimatum letztendlich doch nachgeben oder der Argumentation einer scharf formulierten Denkschrift der Landesleitung²⁵¹⁷ folgen und jetzt auch in aller Öffentlichkeit auf Konfrontationskurs gehen? Die Klärung dieser Frage mündete in eine durchaus turbulente Beratung im Ministerrat²⁵¹⁸, die jedoch sowohl im Abstimmungsergebnis als auch in der Sache mit einem klaren Resultat endete: Außer Handelsminister Hamm, dem Vertreter der DDP, stimmten alle Ressortleiter der Auffassung zu, Bayern könne aus reinem Selbsterhaltungswillen keiner weiteren Entwaffnung zustimmen, da die Einwohnerwehr ohnehin nur über das Mindestmaß an Ausrüstung verfüge, um gegen innere Unruhen gewappnet zu bleiben. Der Alternativvorschlag Hamms, mit der Einleitung von Verhandlungen über eine teilweise Ablieferung der schweren Waffen zumindest guten Willen zu zeigen, wurde hingegen abgelehnt, da ein solches Signal nur als Beginn eines Rückzugsgefechtes ohne erkennbare Grenzlinie gedeutet werden könne.

In der wenige Tage später mit der Haushaltsrede des Ministerpräsidenten eingeläuteten Generaldebatte betonte Kahr dann auch „rückhaltlos“, dass die Staatsregierung weiterhin auf dem ungeschmälernten Erhalt der Einwohnerwehr beharren müsse, da jedem Gemeinwesen ein „Notwehrrecht“ gegen seine „inneren Feinde“ zustehe, das auch von Seiten der Siegermächte nicht bestritten werden könne.²⁵¹⁹ Trotz eines kurz zuvor

²⁵¹⁶ Peters hatte Kahr am 20.9.1920 besucht, dabei hatte der Ministerpräsident jedoch keinerlei Bereitschaft zu einer Waffenabgabe erkennen lassen, vgl. Aufzeichnung des Ministerialrates Bourwieg (ADAP III, 585 f.), Dard an Millerand vom 23.9.1920 (Martens, Diplomatenberichte, Dok. 414) sowie AdR Fehrenbach, Dok. 76 (Aufzeichnung Peters über seine Unterredung mit Kahr vom 27.9.1920) und Dok. 99 (Peters an Nortz vom 27.10.1920).

²⁵¹⁷ Erwähnt in der Ministerratssitzung vom 30.10.1920, TOP III (Protokoll in MA 99 515).

²⁵¹⁸ Ministerratssitzung vom 30.10.1920, TOP III; Niederschrift in MA 99 515.

²⁵¹⁹ Verh. Landtag 1920/21, Bd. I, 618.

eingegangenem persönlichen Schreiben des Reichsaußenministers, in dem Walter Simons sehr eindringlich um ein gewisses Entgegenkommen zur Stärkung der Verhandlungsposition des Reiches ersuchte²⁵²⁰, hielt Kahr damit explizit an dem Standpunkt des „Non possumus“²⁵²¹ fest und nahm dafür auch eine offene Nichtbefolgung des Ultimatums in Kauf. Dieses klare Bekenntnis zur faktischen Ablehnung einer auch reichsgesetzlich festgeschriebenen Bestimmung schlug erwartungsgemäß sogleich hohe Wellen: Zeigte sich der Reichsgesandte etwa „sehr erregt“ über die „Halsstarrigkeit“ Bayerns, das auf diese Weise leichtfertig den Fortbestand des Reiches gefährde²⁵²², warf die Landtagsopposition der Regierung eine bewusste „Auflehnung gegen die Reichsgewalt“ vor, die zu allem Überfluss auch noch mit einem peinlichen „Auftrumpfen“ einhergehe.²⁵²³

Nun ist man möglicherweise geneigt, solchen kritischen bis empörten Einschätzungen – auch in Kenntnis des letztendlichen Schicksals der Einwohnerwehr – intuitiv beizupflichten und Gustav von Kahr wegen seiner inflexiblen Haltung fehlendes politisches Geschick zu bescheinigen. Gleichwohl kommen solche eindeutigen Schlussfolgerungen zumindest an dieser Stelle verfrüht, da bislang noch nicht ausreichend geklärt wurde, aus welcher politischen Position die Staatsregierung im Herbst 1920 ihre Entscheidung fällte. Denn für eine angemessene Bewertung der vorgenommenen Weichenstellung ist in erster Linie maßgeblich, ob zum fraglichen Zeitpunkt eine politische Konstellation vorlag, die zumindest aus der Perspektive des Ministerpräsidenten eine realistische Hoffnung begründen konnte, die Fortexistenz der Einwohnerwehr doch noch durchsetzen zu können. Mag es dafür im Rückblick auch wenig Anhaltspunkte geben, hing das Kalkül Kahrs indes vor allem von drei Faktoren ab, deren jeweilige Ausprägung nur vor dem Hintergrund der herrschenden politischen Gegebenheiten beurteilt werden kann: Konkret handelt es sich hierbei um die inzwischen erlangte Stabilität der Machtstellung des Ministerpräsidenten im landespolitischen Kontext, das bestehende Verhältnis zwischen Staats- und Reichsregierung sowie die selbst gewonnenen Eindrücke über die tatsächliche Entschlossenheit der Entente, auf ihrer Forderung ohne Wenn und Aber zu beharren. In Verbindung damit ist außerdem

²⁵²⁰ Simons an Kahr vom 2.11.1920 (ADAP IV, 54-56); der Reichsaußenminister bezog sich hierbei auf frühere Unterredungen und bezeichnete außerdem das Orgesch-Verbot in Preußen als Fehler, warnte aber auch, dass bei einem Bruch mit Frankreich die Besetzung des Ruhrgebietes drohe.

²⁵²¹ So die Formulierung Schweyers in der Ministerratssitzung vom 30.10.1920, TOP III; Niederschrift in MA 99 515.

²⁵²² So Zech gegenüber dem württembergischen Gesandten, vgl. dessen Bericht vom 1.11.1920 (Benz, Moser, Dok. 43, 69).

²⁵²³ Verh. Landtag 1920/21, Bd. I, 642.

davor zu warnen, das Verhalten Kahrs an Maßstäben zu messen, die den üblichen Umgangsformen im politischen Leben nicht gerecht werden: So wird von Politikern im Widerstreit der Interessen häufig sogar erwartet, dass sie die eigenen Überzeugungen und Anliegen nachdrücklich vertreten und gelegentlich auch mit demonstrativer Hartnäckigkeit oder in kontrollierter Eskalation auf die Durchsetzung ihres Standpunktes hinwirken.

Aus solch nüchternen Perspektive beurteilt, hängt die Einschätzung der bayerischen Einwohnerwehr-Politik Anfang November 1920 somit in erster Linie von folgender, klassisch realpolitischen Erwägung ab: Handelte Kahr zu diesem Zeitpunkt aus einer wohl kalkulierten Position der Stärke oder begab er sich in Verkennung der tatsächlichen Lage in einen absehbar aussichtslosen Konflikt mit dem Reich und der Entente?

3.1 Die Position Kahrs als Regierungschef: Institutionelle und politische Spielräume im Herbst 1920

Nach dem Überblick über die (in-)formellen Säulen der sog. Ordnungszelle Bayern gibt eine Befassung mit dieser (Schlüssel-)Frage nun also die Gelegenheit, den Prozess der politischen Etablierung des Ministerpräsidenten nachzuvollziehen und dessen vorläufiges Ergebnis – wie es sich im Herbst 1920 darstellte – zu bewerten. Die drei zentralen Elemente eines solchen Vorhabens, die Analyse der Machtstellung des Ministerpräsidenten im landespolitischen Kontext, die Bewertung des momentanen Kräfteverhältnisses zwischen Bayern und Reich sowie die Rekonstruktion der direkten Beziehungen zwischen der Staatsregierung und Vertretern der Siegermächte, wurden soeben bereits aufgeführt.

Nun ließe sich, um mit dem ersten Schritt zu beginnen, natürlich allein der Themenkomplex der praktischen Ausgestaltung und Interpretation eines politischen Amtes durch seinen Inhaber zu einer eigenständigen Studie ausbauen und es ist nicht pauschal zu bestimmen, welche Gesichtspunkte dafür im weiteren Sinne maßgeblich sind. Da es im vorliegenden Zusammenhang freilich in erster Linie um die Einschätzung des Handlungsspielraums Kahr gehen soll, dürfte es jedoch genügen, hier den Kernbestandteil einer solchen Analyse, die Einbettung des Akteurs in sein institutionelles und politisches Umfeld vorzunehmen. Die folgenden Seiten nehmen daher die Politik Kahrs innerhalb der ihm anvertrauten Ressorts, sein Verhältnis zu den Kabinettskollegen, zu den Koalitionsparteien sowie zum Landtag näher unter die Lupe und untersuchen außerdem seine Position gegenüber dem Leitmedium der Zeit, der Presse. Dabei weist,

im Überblick betrachtet, die Entwicklung in allen fünf genannten Bereichen eine bemerkenswert synchrone Staffelung in zwei Phasen auf, die recht eindeutig zum Zeitpunkt des Amtsantrittes der Regierung Kahr II ineinander übergingen: Hatte Kahr als Leiter eines Übergangskabinettes nämlich weitgehend darauf verzichtet, größere Veränderungen an den im März vorgefundenen Gegebenheiten vorzunehmen, ging er nun doch erkennbar daran, die Stellung des Ministerpräsidenten als Ressortleiter, Regierungschef und Beauftragten des Parlaments nach seinen Vorstellungen zu gestalten.

3.1.1 Zwei Ressorts, wechselndes Amtsverständnis: Der Minister des Inneren und des Äußeren

Dieser Kontrast wird bereits sehr deutlich, wenn man die Ressortpolitik des Ministerpräsidenten vor und nach seiner Wiederwahl vergleicht. In diesem Zusammenhang sei nochmals daran erinnert, dass Kahr in seinen neuen Funktionen als Innen- und Außenminister zunächst mit sehr verschiedenen Ausgangslagen konfrontiert war: Zum einen hatte er, was das erstgenannte Amt angeht, einen Großteil seiner Laufbahn im Haus an der Theatinerstraße absolviert und es dort bis zum Staatsrat und Ministerstellvertreter gebracht. Er war deshalb in jeder Hinsicht mit der Tätigkeit und den internen Abläufen der Lenkungsbehörde der inneren Verwaltung – neben dem Kultusministerium zweifellos der gewichtigste Bestandteil der Staatsregierung²⁵²⁴ – vertraut und wurde nun oberster Dienstvorgesetzter vieler früherer Referentenkollegen, zu denen z. T. auch ein freundschaftliches Verhältnis bestand. Zum anderen übernahm Kahr ein deutlich kleineres Ressort, das in der Revolution die meisten seiner Kompetenzen abgegeben hatte und inzwischen mit deutlich ausgedünntem Personalbestand seiner möglichen Aufhebung entgegensah: Der neue Außenminister, dem dieser Zweig der Verwaltung relativ fremd war, musste deshalb sogar ohne einen Staatsrat auskommen²⁵²⁵, neben der Koordination des Gesamtministeriums und der Kommunikation mit den Reichsbehörden hielt das Portefeuille allerdings auch kaum unmittelbar anstehende politische Aufgaben bereit.²⁵²⁶ Ungeachtet dessen zog es Kahr

²⁵²⁴ Held bezeichnete das Innenministerium 1919 sogar als „Mittelpunkt der Staatsregierung“, vgl. Protokoll des Finanzausschusses vom 8.8.1919 (Etatberatung Innenministerium) in Landtag 11 840.

²⁵²⁵ Der letzte Staatsrat, Siegmund von Lössl, war unter der Ministerium Eisner Ende 1918 ausgeschieden, die Stelle wurde seitdem nicht besetzt. Vgl. Lilla, Verwaltungshandbuch [URL: <[https://verwaltungshandbuch.bavariikon.de/VWH/Loessl_\(L%C3%B6ssl_Siegmund_Ritter_und_Edler_v.#lang-de\)](https://verwaltungshandbuch.bavariikon.de/VWH/Loessl_(L%C3%B6ssl_Siegmund_Ritter_und_Edler_v.#lang-de))>; zuletzt eingesehen am 4.8.2021].

²⁵²⁶ Das Ministerium hatte mit der Revolution nicht nur die Angelegenheiten des Königlichen Hauses verloren, die bisherige Handelsabteilung wurde mit der Gründung des Staatsministeriums für Handel, Industrie und Gewerbe am 1.4.1919 auch selbständig; mit der Übernahme der alleinigen Hoheit in

dennoch vor, den aktuell ranghöchsten Beamten des Ministeriums, Ministerialrat Adolf Freiherr von Lutz, bei den allermeisten Ministerratssitzungen beizuziehen, offenbar um jederzeit einen Ansprechpartner für ihm weniger vertraute Aufgabenbereiche seines neuen Hauses in der Runde zu haben.²⁵²⁷

Es verwundert daher auch keineswegs, dass sich Kahr im Übergangskabinett in erster Linie über sein Amt als Innenminister definierte, zumal in diesen Wochen mit dem neuen Wahlgesetz und der Reform der Gehaltsordnung zwei wichtige Projekte beraten und beschlossen wurden, die das Innenministerium als federführendes Ressort mit zu vertreten hatte.²⁵²⁸ In Übereinstimmung mit seinem Selbstverständnis als „Treuhand der souveränen Volkes“ vertagte er hingegen die Entscheidung über die Umwandlung des Außenministeriums in eine Staatskanzlei mit der Begründung, erst einer neuen, durch die anstehenden Wahlen legitimierte Regierung komme das Mandat zu, über so weitreichende Umbauten im Staatapparat zu bestimmen.²⁵²⁹

Wie nach dieser Ankündigung bereits zu vermuten, verschob sich die Prioritätensetzung Kahrs dann auch spürbar, als ihm der Wahlsieger das erwähnte Mandat wider Erwarten selbst erteilte und er sich auf Bitten der BVP schließlich bereit erklärte, an der Regierungsspitze zu verbleiben. Tatsächlich liegen zahlreiche Hinweise dafür vor, dass Kahr ab diesem Zeitpunkt großen Wert darauf legte, das Amt des Ministerpräsidenten, dem laut Verfassung auch weiterhin im Grunde nur die Stellung des *Primus inter pares* im Kabinett zukam²⁵³⁰, politisch aufzuwerten. So definierte er sich in merklichem Gegensatz zur bisher verfolgten Praxis nun in erster Linie über seine Funktion als Außenminister und meldete mit dieser Schwerpunktverlagerung auch den eigenen Anspruch auf die Rolle des obersten Repräsentanten der „selbständigen Staatspersönlichkeit“²⁵³¹ Bayerns an.

außenpolitischen Fragen durch das Reich musste Bayern außerdem alle bisherigen Gesandtschaften im Ausland schließen. Vgl. Unger, Staatsministerium sowie Benz, Bayerische Auslandsbeziehungen.

²⁵²⁷ Ministerialrat Lutz war in 35 von 48 Sitzungen des Kabinetts Kahr I (MA 99 515) anwesend; zu *Adolf Freiherr von Lutz* (1868-1952), der Kahr 1895 als Bezirksamtsassessor in Erding nachgefolgt war, vgl. Lilla, *Verwaltungshandbuch* [URL: <https://verwaltungshandbuch.bavarikon.de/VWH/Lutz,_Adolf_Frhr._v.#lang-de>; zuletzt eingesehen am 4.8.2021].

²⁵²⁸ Siehe hierzu S. 509-511.

²⁵²⁹ Ministerpräsident Hoffmann hatte dem Landtag am 5.3.1920 den „Entwurf einer Verordnung über die Aufhebung des Staatsministeriums des Äußern und die Errichtung einer Staatskanzlei“ (Verh. Landtag, Beil. Bd.) übermittelt, die bereits am 1.4.1920 an dem Ministerium gebildet werden sollte, das der Ministerpräsident inne hatte. Vgl. Ministerratssitzung vom 19.4.1920, TOP IV (Protokoll in MA 99 515).

²⁵³⁰ Vgl. §§ 58 und 62 BV, der Ministerpräsident übte also keine Richtlinienkompetenz aus.

²⁵³¹ So Kahr in der Sitzung des Haushaltsausschusses vom 14.10.1920 (Etatberatung Außenministerium, pag. 56 f.) in Landtag 14 701.

Die Ernsthaftigkeit dieses Unterfangens zeichnete sich bereits ab, als Kahr auch sofort die Konsequenz aus jener Entscheidung zog und gerade in „seinem“ Innenministerium das operative Alltagsgeschäft in andere Hände übergab, d. h. mit Zustimmung des Landtages einen hierfür zuständigen Staatssekretär ernannte²⁵³²: Seine Wahl fiel hierbei mit Franz Xaver Schweyer auf einen früheren Kollegen, der das Ministerium aus siebenjähriger Erfahrung ebenfalls sehr gut kannte und 1917 wohl nicht zufällig die Nachfolge Kahrs als Referent für Kriegswohlfahrtspflege angetreten hatte. Der neue Staatssekretär, den Erhard Auer sowohl als „klugen, umsichtigen Mann“ als auch „ganz auf der äußersten Rechten stehend“²⁵³³ einschätzte, war als BVP-Mitglied auch vom Parteistandpunkt bestens für seine neue Vertrauensstellung qualifiziert, zumal er sich offenbar auch in der Revolution klar zu seinem Standpunkt bekannt und eine Vereidigung der Beamtenschaft auf die neue Regierung abgelehnt hatte.²⁵³⁴ Wohl auch deshalb zeigte sich Kahr von dieser Personalentscheidung so überzeugt, dass er selbst Warnungen seines Schwiegersohnes, der Schweyer im abgelaufenen Jahr als vorgesetzten Ministerialdirektor im Reichsarbeitsministerium kennengelernt hatte und seiner Einschätzung mit den Worten „Vater wird es noch einmal bereuen, das ist kein Mann für ihn“²⁵³⁵ Ausdruck verlieh, in den Wind schlug und an der getroffenen Wahl festhielt. Mindestens symbolische Bedeutung kam des Weiteren der Tatsache zu, dass der Ministerpräsident jetzt seinen regulären Arbeitsplatz ins Außenministerium verlegte: Zwar nahm Kahr – auch aus Gründen der Raumnot – weiterhin nicht die ihm im Palais Montgelas zustehende Dienstwohnung in Anspruch, er ließ sich dort im August jedoch ein festes Büro einrichten und legte dabei wie üblich ebenfalls darauf Wert, das fragliche Zimmer nach seinen ästhetischen Maßstäben einzurichten.²⁵³⁶

Eine Aufhebung des Ressorts, wie noch von Johannes Hoffmann betrieben, kam unter diesen Umständen selbstverständlich nicht mehr in Frage: Kahr plädierte deshalb in den

²⁵³² Verh. Landtag 1920/21, Bd. I. 9. Vgl. die entsprechende Einschätzung Zechs: „Während seiner ersten Präsidentschaft führte Herr von Kahr neben dem Ministerium des Äußern auch das Ministerium des Innern und es zeigte sich, daß er durch Ressortarbeiten dermaßen überlastet war, daß für die Oberleitung der Staatsgeschäfte kaum Zeit blieb.“ (Bericht Zech an Auswärtiges Amt vom 16.10.1920; PAAA, R 98 349).

²⁵³³ So Auer gegenüber dem württembergischen Gesandten, vgl. Bericht Moser vom 9.11.1920 (Benz, Moser, Dok. 44, 70). Auer stand mit dieser Einschätzung auch nicht allein, auch der französische Gesandte Dard bezeichnete Schweyer als „Freund Kahrs und Frankreich-Hasser“ (Müller, Gesandtschaft, 171). Zur Biographie von *Franz Xaver Schweyer* (1868-1935) vgl. den Überblick bei Düren, Schweyer; zur Tätigkeit als Referent für Kriegswohlfahrtspflege: Franz Xaver Schweyer, Über deutsche Kriegsfürsorge. Vortrag, München 1917; ders., Deutsche Kriegsfürsorge. Gemeinverständliche Darstellung der für die Versorgung der Kriegsteilnehmer und ihrer Familien geltenden Vorschriften und Grundsätze, Berlin 1918.

²⁵³⁴ Jolas, Berufliche Erlebnisse II, pag. 48 (NL Jolas 2).

²⁵³⁵ So die Erinnerung Ella Kahrs nach dem Rücktritt ihres Gatten von der Ministerpräsidentschaft: Ella Kahr an Ella und Anton Kerscheneister vom 23.9.1921 (Privatnachlass Kahr, Familienkorrespondenz).

²⁵³⁶ Vgl. Kahr an Staatsministerium der Finanzen vom 12.8.1920 in MA 102 658.

Haushaltsberatungen – unterstützt von der Koalition – für ein Fortbestehen des Ministeriums, konnte diesen Antrag jedoch vorläufig nur mit einer „unerwartet“²⁵³⁷ gewachsenen Geschäftstätigkeit des Hauses begründen. So verwies er in seinen Ausführungen²⁵³⁸ etwa darauf, dass eine adäquate Vertretung der bayerischen Interessen bei den zahlreichen in Aussicht stehenden Gesetzgebungsvorhaben auf Reichsebene doch auch viele Kräfte binde und der Freistaat außerdem weiterhin in der Lage sein müsse, sich selbständig ein Bild von der Entwicklung der internationalen Politik zu machen; es sei außerdem wenig ratsam, die schwierigen Verhandlungen um ein neues Konkordat ohne eine außenpolitische Lenkungsbehörde zu führen.

Zur weiteren Stützung dieser sachlich doch angreifbaren Argumentation traf es sich deshalb gut, dass schon die Regierungen Eisner und Hoffmann die Gründung einer zentralen Pressestelle²⁵³⁹ ins Auge gefasst hatten: Im Einklang mit seinen eigenen Vorstellungen von einer professionellen Öffentlichkeitsarbeit trieb Kahr dieses Projekt nun auch vor diesem Hintergrund energisch voran und ernannte nach Genehmigung des entsprechenden Etats den katholisch-konservativen Redakteur Hans Eisele zum Leiter der neuen Behörde.²⁵⁴⁰ Das Außenministerium konnte damit den ersten wichtigen Kompetenzzuwachs seit der Revolution verzeichnen, da die Pressestelle fortan nicht nur alle überregionalen Organe auswertete, die Staatszeitung beaufsichtigte sowie offizielle bzw. offiziöse Pressemitteilungen erstattete, sondern auch die Öffentlichkeitsarbeit aller anderen Ministerien koordinierte und sie dazu anhielt, in dieser Hinsicht nicht eigenmächtig vorzugehen.²⁵⁴¹

Die Einberufung von Hans Schmelzle, einem früheren Protegé Kahrs aus der ehemaligen Landwirtschaftsabteilung des Innenministeriums²⁵⁴², verfolgte kurze Zeit später hingegen andere Zwecke. Schon die ungewöhnlichen Umstände seiner Aufnahme ins Außenministerium weisen auf die grundsätzliche Bedeutung dieser Personalentscheidung hin: Denn als der spätere Finanzminister am 1. Dezember 1920 seinen Dienst im Range

²⁵³⁷ Zitat Kahrs in der Sitzung des Haushaltsausschusses vom 14.10.1920 (Etatberatung Außenministerium, pag. 56 f.) in Landtag 14 701.

²⁵³⁸ Ebd.

²⁵³⁹ Vgl. die Beratung zur „Errichtung einer Pressezentrale“ in der Ministerratssitzung vom 1.7.1919 (Ehberger, Kabinett Hoffmann II, Teil 1, 97-101).

²⁵⁴⁰ *Hans Eisele* (1876-1957) hatte vor dem Krieg als Redakteur der Kölnischen Volkszeitung in Berlin gewirkt und war dort als dezidiert katholisch-konservativer Journalist aufgefallen. Vgl. (mit literarischem Fokus) Susanne Lange-Greve, *Schreiblandschaften: Hans Eisele 1876-1957. Journalist, Diplomat, Schriftsteller* (Unterm Stein 7), Schwäbisch-Gmünd 2007 sowie die sehr kritische Einschätzung Eiseles durch den preußischen Gesandten (Zech an Auswärtiges Amt vom 15.2.1921; PAAA, R 98 350).

²⁵⁴¹ Vgl. der Beschluss zur Bestellung Eiseles zum Leiter der neu gegründeten Pressestelle in der Ministerratssitzung vom 5.1.1921 sowie die Dokumentation in MA 102 569.

²⁵⁴² Zur Biographie von *Hans Schmelzle* (1874-1955) vgl. Menges, *Schmelzle*, hier 23.

eines Ministerialrates antrat, war nach dem verabschiedeten Etat weder eine Stelle dieses Ranges offen, noch sahen die angestammten Beamten eine Möglichkeit, dem neuen Kollegen ein eigenes Büro im bereits überbelegten Palais zur Verfügung zu stellen.²⁵⁴³ Wurde das letztere Problem sicherlich rasch behoben, sollte sich die reservierte Skepsis der anderen Referenten indes schnell als begründet erweisen: Der Ministerpräsident räumte dem außer der Reihe berufenen Schmelzle nämlich sofort eine Sonderstellung als persönlicher Berater ein und betraute ihn unter anderem mit der verantwortungsvollen Aufgabe, seine Reden im Parlament und bei sonstigen offiziellen Anlässen – nicht jedoch für Auftritte bei der Einwohnerwehr – zu verfassen²⁵⁴⁴; folgt man der Darstellung Schmelzles, übernahm Kahr die vorgelegten Manuskripte dann auch meist im Wortlaut und sah sich nur selten zu einigen unwesentlichen Korrekturen veranlasst. Zu Schmelzles Aufgabenbereich gehörte außerdem die wirtschaftspolitische Beratung des Ministerpräsidenten: Denn fühlte sich Kahr in diesem Feld wohl mit Recht nicht ausreichend kompetent²⁵⁴⁵, verfügte der neue Assistent als bewährter Wirtschaftsstatistiker, früherer Hilfsreferent für Kriegsernährungswesen und vorübergehender Direktor der Bayerischen Landwirtschaftsbank ohne Zweifel über das hierfür notwendige Fachwissen. Als persönlicher Freund von Handelsminister Hamm, dessen Büro sich überdies im gleichen Gebäude befand, war es für Ministerialrat Schmelzle überdies ein Leichtes, stets Informationen aus erster Hand zu erhalten.²⁵⁴⁶ Es spricht deshalb auch viel für die Vermutung, dass Schmelzle spätestens nach seiner überraschend schnellen Beförderung zum Staatsrat²⁵⁴⁷ auch die Leitung der offenbar neu geschaffenen Abteilung „Ministerpräsidium“ übernahm, die ab Frühjahr 1921 dafür zuständig sein sollte, die speziell dem Regierungschef obliegenden Aufgaben „schärfer zusammenzufassen“ und effizienter zu koordinieren. Kahr hatte seine Kabinettskollegen hiervon in einer gesonderten Denkschrift in Kenntnis gesetzt, die entsprechend ihres Titels „Die Geschäfte des Gesamtministeriums und des Ministerpräsidenten“ als prinzipielle Stellungnahme zu seinen Vorstellungen über angemessene Amtsführung

²⁵⁴³ Ebd., 45.

²⁵⁴⁴ Ebd., 48; dies wird auch vom Fraktionsvorsitzenden der DDP, Pius Dirr, bestätigt (Dirr an Thoms vom 16.4.1921; NL Dirr 306): „Ich verrate Ihnen auch kein Geheimnis, wenn ich Ihnen sage, daß die Reden, die Herr von Kahr verliest, von einem seiner Ministerialräte verfaßt werden, der keine Gelegenheit und keinen Berliner Fehler vorüber gehen läßt ohne die Schneide gegen das Reich herauszukehren.“

²⁵⁴⁵ Menges, Schmelzle, 202.

²⁵⁴⁶ Ebd., 176.

²⁵⁴⁷ Schmelzle wurde am 1. Juni 1921 zum Staatsrat ernannt, vgl. Lilla, Verwaltungshandbuch [URL: <https://verwaltungshandbuch.bavarikon.de/VWH/Schmelzle_Hans#lang-de>; zuletzt eingesehen am 4.8.2021]. Dabei hatte Kahr noch am 15.10.1920 im Haushaltsausschuss versichert, dass die Ernennung eines Staatsrates „nicht beabsichtigt“ sei (Etatberatung Außenministerium, Sitzung vom 15.10.1920, pag. 3; Landtag 14 702).

konzipiert war.²⁵⁴⁸ Dabei ist durchaus bemerkenswert, dass die kontaktierten Ressortminister auch der angekündigten Zentralisierung der Geschäftsführung ohne viel Aufhebens zustimmten und wie erbeten eine Entschließung erließen, gemäß derer die neue Abteilung ab sofort von „allen wichtigen Verhandlungen“ automatisch per Abschrift zu informieren war.²⁵⁴⁹

3.1.2 Vom „ehrlichen Makler“ zur politischen Führungsfigur: Der Ministerpräsident im Kabinett

Das Bedürfnis für eine bessere und schnellere Abstimmung zwischen den einzelnen Ministerien wurde also offenbar nicht nur im Außenministerium in dieser Form wahrgenommen, der Vorgang weist indes gleichermaßen darauf hin, wie gefestigt die Stellung Kahrs inzwischen auch im Kabinett war. Dabei erschien eine derartige Entwicklung auch in diesem Fall keineswegs von Anfang an vorgezeichnet: Vielmehr sei daran erinnert, dass Kahr am 16. März 1920 nicht einmal die Gelegenheit erhalten hatte, sein Votum zu den Kandidaten der Parteien abzugeben²⁵⁵⁰ und deshalb mit einem Kollegenkreis vorlieb nehmen musste, dessen glückliche Zusammenstellung sich erst erweisen würde.

In den ersten Monaten zog Kahr aus dieser Konstellation dann auch die naheliegende Folgerung, seinen Vorsitz im Ministerrat primär im vermittelnden und moderierenden Sinne auszulegen und bevorzugte es vorerst vor allem bei bedeutenden Fragen, zunächst eine offene Diskussion anzuregen und danach die zentralen Ergebnisse der Aussprache in einer Art Schlussvotum zusammenzufassen.²⁵⁵¹ Kahr führte außerdem die Praxis ein, alle wichtigen Erklärungen des Ministerpräsidenten im Landtag zunächst mit dem Kabinett abzustimmen und somit die Mitsprachemöglichkeiten der Kollegen im Dienste eines koordinierten Auftretens in der Öffentlichkeit zu erweitern²⁵⁵²; mit diesem

²⁵⁴⁸ Die von Kahr gezeichnete Denkschrift ist auf den 28.1.1921 datiert und in MA 102 061 sowie MA 102 068 überliefert, vgl. daraus etwa die Passage: „Bisher wurden die Geschäfte des Gesamtministeriums und des Ministerpräsidenten im Ministerium des Äußern ohne eine besondere Ausscheidung miterledigt. Ich halte es aber nunmehr für notwendig, diese Geschäfte schärfer zusammenzufassen. Ich beabsichtige daher, beim Ministerium des Äußern eine besondere Abteilung: Ministerpräsidium einzurichten. Dort sollen künftig die sämtlichen für das Gesamtministerium und den Ministerpräsidenten bestimmten Einläufe und Mitteilungen zusammenlaufen.“

²⁵⁴⁹ Ebd., vgl. die zustimmenden Stellungnahmen der Minister Matt, Hamm und Wutzlhofer in ML 3000.

²⁵⁵⁰ Siehe die Beschlussfassung zur Kabinettsbildung im März 1920 auf S. 481 f.

²⁵⁵¹ So etwa in der Debatte zum „Fall Pöhner“ in der Ministerratssitzung vom 12.4.1920 (Protokoll in MA 99 515), TOP III („Alle Herren haben sich nun ausgesprochen.“).

²⁵⁵² Vgl. die Vorbesprechung der Regierungserklärung Kahrs im Ministerrat vom 24.3.1920, TOP V: „Der Ministerpräsident erklärt, er werde eine kurze Darstellung der Tatsachen geben, die zur Krisis geführt haben, er werde seine Ausführungen schriftlich festlegen und sie vorher den Herren Ministern bekannt geben.“ (Protokoll in MA 99 515).

Verfahren konnte er sich fortan jedoch auch auf die erteilte Zustimmung berufen, ohne damit die Hoheit über die inhaltliche Gestaltung der Reden – Einwände bezogen sich ja immer nur auf einzelne Aspekte des präsentierten Entwurfs – wirklich aus der Hand zu geben.

Sah sich Kahr wohl auch deshalb veranlasst, das „kollegiale und materiell ausgezeichnete Zusammenarbeiten“²⁵⁵³ im Kabinett zu loben, konnte er aus seiner Sicht die nach den Neuwahlen anstehende Kabinettsumbildung dennoch im Grunde nur begrüßen. Denn aufgrund des schlechten Abschneidens der DDP sowie der Verreichlichung der Verkehrsverwaltung schieden nun einerseits zwei Minister aus, zu denen Kahr sicherlich ein professionelles Arbeitsverhältnis pflegte, die aber kaum seine persönliche oder politische Sympathie wecken konnten: Trug der Ministerpräsident dem ohnehin recht gewerkschaftsfreundlichen Heinrich von Frauendorfer den Eintritt in die Regierung Eisner nämlich weiterhin im Stillen nach²⁵⁵⁴, erschien ihm wohl auch sein bisheriger Stellvertreter Ernst Müller-Meinigen als früherer Wortführer des Linksliberalismus im Reichstag nicht über alle Zweifel erhaben. Mag diese letzte Annahme angesichts fehlender eindeutiger Belege jedoch dahingestellt bleiben, konnte Kahr freilich auf jeden Fall sehr gut mit dem Nachfolger Müller-Meinigen im Justizministerium, dem DNVP-Vertreter Christian Roth, leben: Es geht wohl nicht zu weit, den neuen Kollegen, den Kahr als arbeitsamen und energischen Referenten beim Stellvertretenden Generalkommando bzw. bei der Stadtkommandantur in Erinnerung hatte²⁵⁵⁵, als eine Art Wunschkandidaten des Ministerpräsidenten einzustufen. Und auch die Rochade im Amt des stellvertretenden Regierungschefs, das jetzt mit Franz Matt ein weiteres BVP-Kabinettsmitglied übernahm, fand ohne Zweifel die nachdrückliche Zustimmung Kahrs, da es der Kultusminister mit seiner „ruhigen“²⁵⁵⁶ Art rasch verstanden hatte, sich das freundschaftliche Vertrauen des Außen- und Innenministers zu erwerben; nach einiger Zeit gingen die beiden Kollegen dann auch zum verbindlichen „Du“ über.²⁵⁵⁷

²⁵⁵³ So Kahr bei der Verabschiedung der Minister Müller und Frauendorfer nach der Ministerratssitzung vom 15.7.1920, vgl. Pressemitteilung in BStZ vom 16.7.1920.

²⁵⁵⁴ Zur Einschätzung Kahrs zu Frauendorfer siehe Anm. 1561.

²⁵⁵⁵ Siehe Anm. 1034 und 1493.

²⁵⁵⁶ So klagte Kahr angesichts einer krankheitsbedingten Abwesenheit Matts Anfang Februar 1921: „Dieser ruhige, kluge Mann geht mir jetzt in den äußerst kritischen Tagen sehr ab.“ (Tagebuch Kahr 1921-A, pag. 33).

²⁵⁵⁷ Noch im Januar 1924 bezeichnete Kahr Matt als „einzige[n] im Ministerkollegium, an dem man eine Freude haben kann“ (Tagebuch Kahr 1923/24, pag. 71), der Kultusminister führte dann auch im Auftrag des Ministerrats die Verhandlungen mit Kahr in Bezug auf seinen Rücktritt als Generalstaatskommissar, vgl. Ministerratssitzung vom 11.2.1924, TOP III (MA 99 518).

Bezieht man Staatssekretär Schweyer noch in diesen Überblick mit ein, waren nun also fast alle Schlüsselressorts – Äußeres, Inneres, Kultus und Justiz – in den Händen der engsten Vertrauten des Ministerpräsidenten im Kabinett oder wurden von ihm selbst geführt. Heinrich Oswald und Heinrich Wutzlhofer zeigten hingegen, wie offenbar auch Finanzminister Wilhelm Krausneck, vergleichsweise wenig allgemeinpolitisches Engagement und konzentrierten sich weitgehend auf ihren fachlichen Zuständigkeitsbereich im Sozial- bzw. Landwirtschaftsministerium.²⁵⁵⁸ Dieses bemerkenswerte Übergewicht der in der Regel hinter Kahr stehenden Kollegen führte daher auch zu einer langsamen Veränderung des Verhandlungsstils in den Sitzungen: Wie im Gefühl der sicheren Wortführerschaft beinahe zu erwarten, trug der Ministerpräsident sein Votum nun immer häufiger direkt zu Beginn der Aussprache vor und lenkte die Debatten gezielt in die von ihm gewünschte Richtung; dementsprechend wuchs auch die Anzahl von Tagesordnungspunkten, bei denen die Vorschläge oder Beschlussvorlagen Kahrs – zumindest laut Protokoll – ohne weitere Diskussion unmittelbar angenommen wurden.²⁵⁵⁹

Wohl nicht zuletzt diese Entwicklung veranlasste dann freilich ausgerechnet Eduard Hamm, den früheren Hilfsreferenten Kahrs und jetzigen Handelsminister, zunehmend dazu, gegen die ansonsten weitgehend unangefochtene Mehrheitslinie – insbesondere bei brisanten Themen wie der Einwohnerwehr, der Tätigkeit des Polizeipräsidenten oder den sog. Geheimorganisationen – mündlich und schriftlich Stellung zu beziehen.²⁵⁶⁰ Der verbliebene Vertreter der DDP manövrierte sich mit solchen Plädoyers jedoch nach und nach geradezu in eine Art Außenseiterstellung im Kollegenkreis und fand sich deshalb immer öfter in der Rolle des kleinlichen Bedenkenträgers oder des unangenehmen Besserwissers wieder. Die beharrliche Kritik an der nachlässigen Strafverfolgung Hermann Ehrhardts²⁵⁶¹ oder der einseitigen Handhabung der politischen Zensur in

²⁵⁵⁸ Auch dies barg freilich z. T. Konfliktpotenzial: Hinterberger, Unpolitische Politiker, 194.

²⁵⁵⁹ Neben den Beratungen über die Einwohnerwehrfrage, in denen Kahr klar den Ton angab, galt das etwa auch für Tagesordnungspunkte wie das Reichswehrgesetz (Sitzung 29.1.1921, TOP II) Vgl. MA 99 516.

²⁵⁶⁰ Vgl. etwa die Stellungnahmen Hamms gegen eine Politik des „Non possumus“ in der Ministerratssitzung vom 30.10.1920 oder die Einwände des Handelsministers gegen den Entwurf der Landtagsrede Kahrs in der Ministerratssitzung vom 9.11.1920 (Protokolle in MA 99 515). Nach dem Beschluss vom 30.10.1920 übersandte Hamm Kahr als Ministerratsvorsitzenden sogar eine 15seitige Denkschrift (Stadtarchiv München, NL Dirr 284), in der er sein abweichendes Stimmverhalten begründete und vor den „innerpolitische[n] und außenpolitische[n] Folgen“ einer Verweigerungshaltung Bayerns warnte.

²⁵⁶¹ Hamm mahnte im Ministerrat zwei Mal die Besprechung der Thematik „Geheimorganisationen“ an (Sitzung vom 28.2.1921; TOP VIII und Sitzung vom 7.3.1921, TOP X; MA 99 516), hierzu kam es allerdings nicht.

München²⁵⁶² erregte dann auch den wachsenden Unmut Gustav von Kahrs, der seinem früheren Schützling zwar nicht die ehrenwerten Motive absprechen wollte, ihn gleichwohl zunehmend als Anhänger einer schwächlichen Kompromiss- und Erfüllungspolitik identifizierte.²⁵⁶³ Auf dem Höhepunkt des Einwohnerwehrkonfliktes stellte Justizminister Roth an Hamm, der sein Mandat im Reichstag einem Sitz im Landtag vorgezogen hatte, in laufender Kabinettsitzung sogar die Frage, ob er auch wirklich gegen das Entwaffnungsgesetz gestimmt habe, während Kahr seinen Kollegen verdächtigte, vertrauliche Informationen nach Berlin weiterzugeben.²⁵⁶⁴

Es erscheint deshalb fast bemerkenswert, dass der Handelsminister trotz einiger Rücktrittsgedanken unter diesen Umständen weiterhin im Amt blieb und seine abweichenden Auffassungen trotz mehrerer 1:6 Abstimmungsniederlagen stets von Neuem vorbrachte. Der bestehende Riss ließ sich zudem nicht mehr völlig vor der Öffentlichkeit verbergen, wenn etwa Georg Heim dem Kabinett Kahr im BVP-Landesausschuss für seine harte Haltung in Sachen Einwohnerwehr dankte, davon jedoch „einen“ Minister explizit ausnahm.²⁵⁶⁵ Die bald gewohnten Gegenreden Hamms vermochten die politische Deutungshoheit des Ministerpräsidenten deshalb auch kaum zu erschüttern; man kann sogar den Eindruck gewinnen, dass sie indirekt vielmehr noch dazu beitrugen, seine Stellung zusätzlich zu festigen, da kritische Interventionen die Kollegen oft erst recht veranlassten, sich mit Kahr zu solidarisieren und damit seiner Haltung auch explizit beizupflichten.

²⁵⁶² Nach der Affäre um die nachlässige Plakatzensur der Polizeidirektion in den Tagen des Kapp-Putsches und gegenüber dem Bayerischen Ordnungsblock (siehe Kapitel VII B 1.2) sprach Hamm dieses Thema auch im Kabinett Kahr II mehrfach an (Sitzung vom 3.9.1920, TOP VIII; Sitzung vom 8.2.1921, TOP II; MA 99 515 und MA 99 516).

²⁵⁶³ Vgl. die Kommentare zu Hamms Verhalten im Tagebuch Kahr 1921-A, pag. 66 f., 157 f., 272 f. sowie die bezeichnende Anekdote, pag. 227: „In diesen kritischen Tagen kostete mich auch Handelsminister Hamm nach seiner Rückkehr aus Berlin wieder über eine Stunde Zeit. Er bat mich – wie so oft – um eine kurze Unterredung, die aber erfahrungsgemäß immer sehr lange dauert. Ich begab mich deshalb zu ihm ins Büro, da man dort leichter abrechen kann, als in seinem Arbeitszimmer. [...] Während der Unterhaltung beobachtete ich im Arbeitszimmer des Herrn Ministers ein kleines Mäuslein, das ängstlich von der Ostseite des Zimmers zur Westseite irrte, rastlos hin und her. Ich dachte dabei an die Gestaltung eines Hauswappens für Hamm.“

²⁵⁶⁴ Ministerratssitzung vom 21.3.1921, TOP II (Protokoll in MA 99 516) sowie Tagebuch Kahr 1921-A, pag. 274.

Hamm dachte angesichts seiner weitgehenden Isolierung dann auch darüber nach, ob es nicht besser sei, als Minister zurückzutreten: „Minister Hamm erklärt ferner, daß ihm das Verweilen in der Regierung auf die Dauer unerträglich sei, daß er je eher, desto lieber sein Amt als Minister niederlege.“ (so die Niederschrift der Sitzung des DDP-Landesvorstands vom 1.9.1921; Stadtarchiv München, NL Dirr 306).

²⁵⁶⁵ So die Niederschrift der BVP-Landesausschusssitzung vom 10.2.1921 in NL Dziembowski 1.

3.1.3 Zwischen Kooperationsbereitschaft und innerer Distanz: Beamtenminister Kahr und der Landtag

Konnte der Ministerpräsident deshalb sowohl in seinen Ressorts als auch im Kabinett bald auf eine verlässliche Unterstützung und Zustimmung zählen, stand sein Verhältnis zum Landtag und den Koalitionsparteien unter etwas komplexeren Vorzeichen. Denn befand sich Kahr im Umfeld der Regierungs- und Verwaltungstätigkeit ohnehin auf seinem ureigensten Terrain, waren die Beziehungen zwischen Exekutive und Legislative im Rahmen der neuen Verfassungsordnung hingegen erst neu einzuspielen und auszutarieren. Gustav von Kahr und der hinter ihm stehenden bürgerlichen Koalition, die gemeinsam den ersten Regierungswechsel unter der Bamberger Verfassung herbeigeführt hatten, kam deshalb die besondere Verantwortung zu, den vorgegebenen rechtlichen Spielraum jetzt konkret mit Leben zu erfüllen und so einen prägenden Einfluss auf die zukünftige politische Praxis zu nehmen.

Dabei ist, um zunächst die strukturellen Beziehungen zwischen Kabinett und Parlament zu thematisieren, schon oft darauf hingewiesen worden, dass vor allem die BVP ihrer Verantwortung als parlamentarisch stärksten Partei – zumindest aus demokratietheoretischer Sicht – nicht in angemessener Form gerecht wurde.²⁵⁶⁶ Denn anstatt die offenen Ministerposten mit ihren führenden Köpfen zu besetzen und damit auch personell die politische Verantwortung zu übernehmen, hatte sie es vorgezogen, das Prinzip der Beamtenministerien²⁵⁶⁷ zu neuem Leben zu erwecken und hohe Ministerialbeamte mit der Leitung der Ressorts betraut; dabei verfügten jetzt vor allem zentrumsnahe Funktionäre über die besten Aufstiegschancen, wohingegen bis 1918 meist

²⁵⁶⁶ So bei Kraus, *Geschichte Bayerns*, 674; Schönhoven, *Bayerische Volkspartei*, 99.

²⁵⁶⁷ Vgl. die Charakterisierung des Prinzips des „überparteilichen“ Beamtenkabinetts bei Hubert, Schober; 87-89: Demnach entsprach die Führung der Ministerien durch sog. Fachleute einer älteren Auffassung staatlicher Machtausübung, stellte aus Sicht der beteiligten Parteien aber auch eine pragmatische Lösung dar, weil auf diese Weise sowohl die tatsächliche Zersplitterung innerhalb des bürgerlichen Lagers kaschiert, aber auch die äußere Verantwortung – gerade in schwierigen Zeiten – auf die erklärten Technokraten abgeschoben werden konnte. Die Parteien vermieden somit eine allzu starke Kompromittierung mit unpopulären Maßnahmen und konnten stattdessen wieder zu ihrer gewohnten „Wählerpolitik“ (ebd., 99) zurückkehren, was ggf. auch den Sturz der einstmals beauftragten Minister einschließen konnte.

Kahr kritisierte dieses Kalkül später selbst: „Ich begreife das, denn es ist viel bequemer, im Parlament unter dem verantwortungslosen Schutz des Mehrheitsbeschlusses tapfere Reden zu halten u. zu kritisieren, als selbst die Verantwortung zu übernehmen und vor Volk u. Parlament zu tragen. Dabei hat es auch die Partei recht schön. Solange die Dinge vorwärts gehen, ist das natürlich das Verdienst der Partei und Koalition, da ja der Minister nur der Funktionär der souveränen Parlamentsmehrheit ist. Ergeben sich aber große Schwierigkeiten u. Unbequemlichkeiten, dann bekommt der leitende Minister als der Verantwortliche das concilium abundi, der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen.“ (Tagebuch Kahr 1922-B, pag. 137)

(national-)liberal gesinnte Staatsdiener in die engere Auswahl gekommen waren. Die Besetzung des Kabinetttisches mit „unpolitischen“ Staatsbeamten, die wie Gustav von Kahr bisher nie als Anhänger einer bestimmten Partei in Erscheinung getreten waren, implizierte jedoch nicht nur personell eine freiwillige Rückkehr zu den Verhältnissen der konstitutionellen Monarchie. Die Landtagsmehrheit hatte sich mit diesem Schritt vielmehr auch dafür entschieden, die Regierungsverantwortung einem Kollegium vermeintlich unabhängiger Fachmänner zu übertragen und damit aus freien Stücken den eigenen Primat auf die Formulierung der politischen Agenda zu eingeschränkt. Im Gegensatz zu Regierungsmitgliedern, die auf eine längere Karriere in Partei und Fraktion zurückblicken konnten, gehörte es nämlich geradezu zum Selbstverständnis solcher Fachminister, über den politischen Kalkül einzelner Interessensgruppen zu stehen und als ausschließlich dem Allgemeinwohl verpflichtete Staatsdiener nur aus objektiven Beweggründen zu handeln.²⁵⁶⁸ Das in parlamentarischen Demokratien eigentlich selbstverständliche Loyalitätsverhältnis zwischen der Mehrheitskoalition und der von ihr bestellten Regierung war dann auch eher schwach ausgeprägt, die Minister rechneten es sich sogar als Verdienst an, gelegentlich vom absehbaren Willen der eigenen parlamentarischen Unterstützer abzuweichen.²⁵⁶⁹

Hatten sich die Väter der Bamberger Verfassung noch Gedanken gemacht, wie verhindert werden könne, die Regierung vollständig zu einem „Ausschuss des Landtags“ zu degradieren²⁵⁷⁰, deutete sich also nicht einmal ein Jahr später die teilweise Rückkehr zum früheren System der weitgehend getrennten Aktionssphären zwischen Exekutive und Legislative an. Dabei ist es, nachträglich bewertet, gar nicht so eindeutig zu entscheiden, ob dieses Arrangement die Position der Regierung Kahr in der aktuellen Situation eher stärkte oder schwächte; auf jeden Fall ist davon auszugehen, dass beide Seiten vor allem die augenblicklichen Vorteile dieser Rollenverteilung sahen oder sehen wollten: Denn erlaubte sie zum einen den Führern der BVP, ab sofort die Regierung zu stellen, ohne sich in politisch und ökonomisch schwierigen Zeiten allzu sehr mit unmittelbarer exekutiver Verantwortung zu belasten, hatten Kahr und seine Kollegen sicherlich nichts dagegen einzuwenden, dass sich der Landtag jetzt wieder in erster Linie als wachende

²⁵⁶⁸ So etwa bei der Personalauswahl oder gegenüber dem Landtag: Kahr-Erinnerungen, pag. 205 und 241 f.

²⁵⁶⁹ Vgl. die rückblickende Einschätzung Kahrs: „Freilich führte ich damals in Bayern eine Regierung, die ich bei Übernahme des Ministeramtes im Landtag als *Staatsregierung* und über den Parteien stehend bezeichnete und durchsetzte.“ (Kahr an Stegemann vom 17.12.1919; Bundesarchiv Koblenz, NL Stegemann N 1353/12).

²⁵⁷⁰ So Robert Piloty im Verfassungsausschuss, vgl. Ehberger, Bamberger Verfassung, 239.

Kontrollinstanz verstand und weitgehend darauf verzichtete, eigenständig die Leitlinien der Regierungspolitik zu definieren. Wie kaum zur Kenntnis genommen wird, galt das entsprechende Prinzip der Nicht-Einmischung freilich auch umgekehrt und die Parteien trugen die tagespolitischen Auseinandersetzungen im Landtag weitgehend unter sich aus. Die Minister konnten hierzu zwar ganz nach ihrem Ermessen jederzeit Stellung beziehen, sie waren aber – zweifellos zu ihrer Erleichterung – prinzipiell davon befreit, sich an den häufig kontroversen Debatten im Parlament zu beteiligen.²⁵⁷¹ Konsequenter Ausdruck der relativen klaren Abgrenzung der Domänen von Exekutive und Legislative war es dann auch, dass sich Kahr zu keinem Zeitpunkt als politischer Führer der bestehenden Regierungskoalition betrachtete, sondern diese Funktion wie selbstverständlich dem Vorsitzenden der größten Fraktion überließ.²⁵⁷² Heinrich Held und nicht dem Ministerpräsidenten kam deshalb die Aufgabe zu, die Koalitionssitzungen einzuberufen bzw. zu leiten sowie ihren Ablauf mit den Regierungsvertretern im Voraus abzustimmen – immerhin stellten die je nach Bedarf stattfindenden Konferenzen das einzige Forum dar, in dem Minister und Parteiführer in informeller Atmosphäre untereinander Aussprache halten konnten. Auf den Punkt gebracht, lautete die stillschweigende Übereinkunft zwischen beiden Seiten also wie folgt: Stand es den um ihre Wiederwahl besorgten Volksvertretern im Falle heikler oder unpopulärer Maßnahmen der Regierung meist frei, sich auf ihre vornehme Zurückhaltung bei der Leitung der Staatsgeschäfte zu berufen, blieb es den von ihnen beauftragten Ministern weitgehend erspart, sich in den vermeintlichen Niederungen des alltäglichen Parteienstreits zu verschleißen.

Die Nachteile und Gefahren eines solchen Modus Vivendi liegen ebenfalls recht klar auf der Hand, kamen jedoch zumindest 1920 noch nicht unmittelbar zum Tragen: Zumindest im Nachhinein ist freilich festzuhalten, dass das vermeintlich bewährte System der Beamtenministerien eine zentrale Voraussetzung für die Konsolidierung von Demokratien, die Gewährleistung eines integrativen und für den Bürger im Grundsatz nachvollziehbaren politischen Prozesses, in keiner Weise befriedigend erfüllte: War es nämlich schon höchst problematisch, dass die Mehrheit der Kabinettsposten an Personen vergeben wurden, die sich bei Wahlen nie als Kandidaten zu erkennen gegeben hatten, blieb außerdem meist im Ungewissen, wer die politische Verantwortung für getroffene Entscheidungen trug – die von den Parteien weitgehend abgekoppelte Regierung oder

²⁵⁷¹ So nahm Kahr 1920/21 nicht einmal regelmäßig an der Haushaltsdebatte zum Innenministerium teil, sondern verzichtete am Ende der Beratungen auf eine Erwiderung auf die Ausführungen der Abgeordneten, vgl. Verh. Landtag 1920/21, Bd. II, 693-739 (Sitzung 18.3.1921).

²⁵⁷² Tagebuch Kahr 1921-B, pag. 136.

doch das Parlament, das den Maßnahmen und Haushaltsbewilligungen ja immerhin zustimmen musste? Die mangelnde personelle und inhaltliche Transparenz des politischen Prozesses beförderte daher mittelfristig den Vertrauensverlust in die Koalitionsparteien und stärkte gleichzeitig die radikalen Kräfte, die mit klar identifizierbaren Gesichtern und Programmen auftraten. Auf der anderen Seite lag die politische Achillesferse der vermeintlich überparteilichen Staatsminister wiederum darin, dass sie als Mitglieder einer technokratischen Beamtenregierung kaum über eigene Hausmacht in den Koalitionsfraktionen²⁵⁷³ verfügten: Die Kabinettsmitglieder mochten diesen Umstand als besonderen Ausweis ihrer Unabhängigkeit und Ungebundenheit verbuchen, den Parteien fiel es im Falle politischer Krisen oder Unstimmigkeiten unter diesen Bedingungen indes relativ leicht, sich ohne beträchtlichen Gesichtsverlust von der eigenen Regierung zu distanzieren und ihr als schwächstes Glied in der Kette der Verantwortungsträger ggf. auch das Vertrauen zu entziehen.

Im Herbst 1920 erschien ein solches Szenario jedoch auf absehbare Zeit nicht in Sicht zu sein: Dem Ministerpräsidenten war es – um sein Verhältnis zum Landtag und den Koalitionsparteien nun auch ereignisorientiert auszuleuchten – vielmehr gelungen, eine solide Kooperationsbasis zu den Vertretern der Legislative aufzubauen und somit auch gegenüber dem hohen Haus in die Rolle eines in seiner Position anerkannten Regierungschefs hineinzuwachsen. Dies hatte, gerade angesichts eher unsicherer Auspizien im März 1920, mehrere Gründe:

Zwar besteht einerseits kein Zweifel, dass Kahr dem – überdies in der Revolution verankerten – parlamentarischen Prinzip mit großer Skepsis gegenüberstand²⁵⁷⁴ und deshalb das soeben skizzierte System der Beamtenkabinette neuen Stils in gewisser Weise auch persönlich verkörperte. Gerade im Lichte dessen bleibt freilich besonders

²⁵⁷³ So stellten sich Kahr, Matt und Krausneck nach ihrer Wahl im März 1920 noch einmal eigens in der BVP-Fraktion vor und versicherten dabei – in den Worten Krausnecks – explizit: „Als Mettener Student steht er voll auf dem Boden des Parteiprogramms. Er bittet um Unterstützung in seiner Arbeit u. verspricht Fühlung mit der Fraktion zu halten.“ (Kraupa, BVP-Fraktion, 32 f. - Sitzung vom 18.3.1920). Der vierte neu ernannte Minister der BVP im Kabinett Kahr I, Heinrich Oswald hatte als langjähriger Parlamentarier hingegen eine solche Vorstellung nicht nötig.

²⁵⁷⁴ In den Tagebüchern und Erinnerungen Kahrs finden sich eine Vielzahl z. T. äußerst kritischer Äußerungen zum „jetzigen deutschen Parlamentarismus“ (Kahr-Erinnerungen, pag. 1048): So fallen etwa Formulierungen wie „Krebsschaden am deutschen Volke“ (ebd.), „Grundübel aller Übel“ (ebd., pag. 1054), „Quasselbude der Gemeinplätze“ (Tagebuch Kahr 1921-A, pag. 101) oder „widerliche Gesellschaft“ (so gegenüber General Seeckt; Tagebuch Kahr 1922-B, pag. 112). Der Autor befand sich dabei indes in guter Gesellschaft, vgl. die Einschätzungen in konservativen Zeitschriften bei Menekes, Republik als Herausforderung, u.a. 136 f.

Dabei scheint es, dass Kahr die Parlamente nicht erst seit der Revolution in diesem Licht sah, vgl. sein Brief aus dem Urlaub 1914: „Wenn man auf dem Lande mit den Leuten in Fühlung tritt, hört man, wie ‘das Volk’ die langwierigen Landtagsverhandlungen satt hat u. mit welcher Geringschätzung die Gebildeten aller Parteirichtung davon sprechen.“ (Kahr an Soden vom 23.7.1914, NL Soden-Fraunhofen 538).

hervorzuheben, dass er vor allem als Ministerpräsident des Übergangs nicht sofort auf eine entsprechende Modifikation der Beziehungen hinarbeitete, sondern stattdessen durchaus guten Willen zeigte, sich den neuen Gegebenheiten anzupassen und der Rolle eines parlamentarischen Ministers gerecht zu werden. Aus Sicht der Abgeordneten markierte es deshalb auch einen verheißungsvollen Auftakt, dass der versammelte Ministerrat schon am 17. März die Fraktionsführer aller Parteien empfing und Kahr in einer allgemeinen Aussprache auch die Bitte Georg Hohmanns, die Regierung „möge ständig mehr Fühlung nehmen mit den Parteien“, positiv aufnahm und versicherte, er werde die „Anregungen [...] im Auge behalten“.²⁵⁷⁵ Die gleiche Zusage erhielt auch die BVP-Fraktion, die der neugewählte Ministerpräsident wieder am 18. März aufsuchte: Mit Verweis auf sein Arbeitspensum bat er hierbei zwar um Verständnis, dass es ihm fortan wohl nicht möglich sein werde, regelmäßig an den Besprechungen teilzunehmen, schlug jedoch gleichzeitig vor, einen Vertrauensmann zu bestimmen, um bei allen wichtigen Fragen ständig in Verbindung zu bleiben.²⁵⁷⁶ Zwar sahen dann in der Praxis wohl weder die Fraktion noch der Regierungschef ein tatsächliches Bedürfnis für eine derartige Maßnahme, ungeachtet dessen ist jedoch deutlich erkennbar, dass Kahr die Ankündigungen zu Beginn seiner Amtszeit nicht nur als Höflichkeitsfloskeln gebrauchte. Vielmehr zeigte er im Landtag bei allen Aussprachen von allgemeiner Bedeutung und besonders bei Beratungen, die seine Ressorts betrafen, stets persönlich Präsenz und wohnte deshalb bis zu den Wahlen im Juni bereits einer beträchtlichen Anzahl von Plenar- und Ausschusssitzungen an; in der Fraktion seiner eigenen Partei sind im gleichen Zeitraum immerhin drei weitere Sitzungsteilnahmen nachweisbar.²⁵⁷⁷

Diese erkennbare Priorität kam auch dadurch zum Ausdruck, dass er es für selbstverständlich erachtete, Anfang Mai seinen schon geplanten Antrittsbesuch in Berlin angesichts bevorstehender Verhandlungen über das Wahlgesetz nochmals zu verschieben und es im Gegensatz zu späteren Vorfällen offenbar überhaupt nicht in Erwägung zog, sich durch einen Kollegen oder den eigenen Staatsrat vertreten zu lassen.²⁵⁷⁸ Ganz im Sinne einer konstruktiven Zusammenarbeit mit allen im Parlament vertretenen Gruppierungen legte der Ministerpräsident außerdem darauf Wert, den Gesprächsfaden zur sozialdemokratischen Opposition nicht abreißen zu lassen: So bezeichnete Kahr es

²⁵⁷⁵ Ministerratssitzung vom 17.3.1920 (Nachmittag), nach TOP VI; Niederschrift in MA 99 515.

²⁵⁷⁶ Kraupa, BVP-Fraktion, Sitzung vom 18.3.1920, 32.

²⁵⁷⁷ Ebd., 34, 40, 41.

²⁵⁷⁸ Vgl. die entsprechende Mitteilung durch den Gesandten Zech an Albert (Reichskanzlei) vom 9.5.1920 in Bundesarchiv Berlin, R 707/1.

im Ministerrat als einen Akt der „Artigkeit“²⁵⁷⁹, auch die Parteien außerhalb der Koalition vorab über Beschlüsse grundsätzlicher Bedeutung zu informieren bzw. ihnen die Möglichkeit zu geben, hierzu aus ihrer Sicht Stellung zu nehmen. Dabei setzte er diesen Vorsatz trotz der wiederholten und massiven Kritik der SPD an seinem Verhalten in den Kapp-Tagen auch gleich in die Tat um und lud den Vertreter der größten Oppositionspartei – gleichermaßen in Hinblick auf die Beratung des Wahlgesetzentwurfs – zu einem entsprechenden Meinungsaustausch ein.²⁵⁸⁰

Nicht zuletzt solche Gesten der Kooperations- und Kompromissbereitschaft trugen dann wohl auch dazu bei, dass alle vom Gesamtministerium eingebrachten Beschlussvorlagen trotz relativ knapper Mehrheitsverhältnisse, Konflikten in der eigenen Koalition und großem Zeitdruck im Plenum verabschiedet wurden und das Kabinett alle wichtigen Abstimmungen für sich entschied. In der letzten Sitzung des alten Landtags sah sich Gustav von Kahr deshalb auch veranlasst, den Volksvertretern in eher ungewöhnlichen Schlussworten explizit den Dank der Staatsregierung auszusprechen und so im Rückblick das gute Einvernehmen zwischen Ministerium und Parlament nochmals öffentlich zu betonen.²⁵⁸¹

War diese Geste zum fraglichen Zeitpunkt freilich auch als Abschiedsbotschaft gedacht, erklärte sich Kahr auf Bitten der Wahlsieger dann jedoch doch bereit, das Amt weiterzuführen und wurde am 16. Juli im Landtag wiedergewählt. Die Kooperationsgrundlage hatte sich mit diesem Schritt indes nachhaltig verändert: Der Ministerpräsident verfügte fortan nicht nur über eine komfortable parlamentarische Mehrheit, auch die Phase des politischen Interims war nun beendet. Als vierter Regierungschef in drei Jahren knüpfte sich an Kahr außerdem ohne Zweifel die Hoffnung, mit ihm werde endlich wieder die eigentlich gewohnte personelle Konstanz in die Landespolitik einkehren – immerhin hatten es die vier vor 1917 amtierenden Vorsitzenden des Ministerrats auf insgesamt 37 Jahre an der Spitze des Kabinetts gebracht.²⁵⁸²

Wohl auch angesichts dessen fühlte sich der erklärte Wunschkandidat in der entscheidenden interfraktionellen Besprechung ohne weiteres berechtigt, seine

²⁵⁷⁹ Ministerratssitzung vom 28.4.1920, TOP VIII; Niederschrift in MA 99 515.

²⁵⁸⁰ Ebd.

²⁵⁸¹ Verh. Landtag 1919/20, Bd. III, 432; bei diesen Worten spendeten allerdings nur die Koalitionsfraktionen Beifall.

²⁵⁸² Vor 1917 hatten Georg von Hertling (1912-1917), Clemens von Podewils-Dürnitz (1903-1912), Friedrich Krafft von Crailsheim (1890-1903) und Johann von Lutz (1880-1890) den Vorsitz im Ministerrat geführt, seitdem hatten Otto von Dandl (1917/18), Kurt Eisner (1918/19) und Johannes Hoffmann (1919/20) dieses Amt inne. Vgl. Schärl, Beamtenschaft, 86-120.

abermalige Kandidatur an die Zusage der Parteien zu knüpfen, den von ihm für notwendig befundenen Kurs in der Einwohnerwehrfrage vorbehaltlos mitzutragen. Kahr erklärte diesen Punkt sogar zur „Gewissensfrage“²⁵⁸³ und deutete mit dieser Zuspitzung bereits an, dass er fortan beabsichtigte, das wieder übernommene Amt nun in größerer Unabhängigkeit vom Landtag – d. h. stärker am Stil der alten Beamtenminister orientiert – zu führen. Als Regierungschef mit der eingeforderten Zusage bestätigt, setzte Kahr die kaum fehlzudeutende Andeutung dann auch rasch in die Tat um, indem er die Häufigkeit seiner Auftritte im Landtag spürbar reduzierte und diese Verpflichtung nun in erster Linie an den neu bestellten Staatssekretär Schweyer oder speziell in eine bestimmte Materie eingearbeitete Ministerialbeamte delegierte; selbst bei den Ausschussberatungen zum Etat des Innenministeriums ließ sich Kahr – bei persönlicher Anwesenheit in München – meist von Schweyer vertreten und beschränkte sich weitgehend darauf, die Haushaltsreden im Plenum zu halten.²⁵⁸⁴ In analoger Weise sah der Ministerpräsident offenbar auch keine Veranlassung mehr, ab und zu an den Sitzungen der BVP-Fraktion teilzunehmen und ließ nach seiner Wiederwahl nicht weniger als knapp sieben Monate verstreichen, ehe er in diesem Gremium wieder Stellung zu aktuellen Fragen nahm. So betrachtet, fühlte sich Gustav von Kahr nun also in erster Linie berufen, die umfassenden Leitlinien der Regierungspolitik im Landtag zu präsentieren, zog sich jedoch ansonsten weitgehend aus der parlamentarischen Detailarbeit zurück und profilierte somit wieder spürbar die Trennungslinie zwischen Administration und Volksvertretung.²⁵⁸⁵ Ganz dazu passend war nach einer enttäuschenden Unterredung mit dem Gewerkschaftsführer Reuter²⁵⁸⁶ und der sozialdemokratischen Kritik an der Einwohnerwehr auch die anfängliche Verständigungsbereitschaft des Ministerpräsidenten gegenüber der Opposition längst einer vorsichtigen, auf unsaubere politische Manöver gefasste Reserviertheit gewichen. Auch der Austausch mit gemäßigten Sozialdemokraten reduzierte sich deshalb zusehends und selbst vorsichtige Annäherungsversuche Erhard

²⁵⁸³ So der rückblickende Hinweis: Tagebuch Kahr 1921-A, pag. 48.

²⁵⁸⁴ Siehe Anm. 2571.

²⁵⁸⁵ Vgl. etwa die einleitenden Bemerkungen Kahrs zur Haushaltsdebatte am 10.11.1920: „Gestatten Sie mir, daß ich gleich einleitend gewisse Linien der bayerischen Politik zeichne; es dürfte das für den Gang der Beratungen vielleicht zweckmäßig sein. Dabei sehe ich vorläufig von Einzelheiten ab.“ (Verh. Landtag 1920/21, Bd. I, 613).

²⁵⁸⁶ Diese Unterredung wenige Tage nach der Wiederwahl zum Ministerpräsident ist offenbar als Versuch zu bewerten, auch einmal mit einem Vertreter der USPD ins Gespräch zu kommen, Kahr zeigte sich allerdings vom Verlauf der Unterredung sehr enttäuscht und sah sich in seinem bisherigen Urteil bestätigt, vgl. die Gesprächsniederschrift vom 20.7.1920 in NL Kahr 32.

Auers, der im Januar 1921 gegenüber Heim die Möglichkeit einer politischen Zusammenarbeit andeutete, wurden von Kahr jetzt recht kühl abgewiesen.²⁵⁸⁷

Im umfassenderer Perspektive betrachtet, ging eine solche Distanzierung freilich mit einer schleichenden Entwertung des regulären Prozesses der demokratischen Willensbildung einher und Kahr begann die getroffenen politischen Entscheidungen dann auch zunehmend als souveräne, von rein sachlichen Erwägungen getragene Akte der Exekutive zu inszenieren, die der Landtag im Wesentlichen nur noch zur Kenntnis nehmen und bestätigen sollte²⁵⁸⁸; abgesehen von Klagen der DDP²⁵⁸⁹ ließ die Koalition jedoch zunächst kaum Unmut über diese selbstherrliche Praxis erkennen.

3.1.4 Regierung der Einheitsfront: Gustav von Kahr und die Parteien der bürgerlichen Koalition

Möglicherweise vereinzelt dennoch keimender Missstimmung fiel allerdings auch deshalb nicht auf fruchtbaren Boden, da es Kahr außerdem verstanden hatte, sich bei den aktuell maßgebenden Sektoren innerhalb der Koalitionsparteien Ansehen und Anhängerschaft zu erwerben.

Dabei scheint, vielleicht wider eigenes Erwarten, dieses Unterfangen zuallererst bei der Mittelpartei, aber auch beim Bauernbund besonders erfolgreich verlaufen zu sein: Die vor allem im protestantischen Franken stark vertretenen Deutschnationalen, aber auch die in erster Linie in Niederbayern verankerten Bauernbündler hatten nach anfänglicher Skepsis²⁵⁹⁰ nämlich längst erkannt, dass Kahr den agrarischen Interessen mit großer Sympathie gegenüber stand und außerdem entschlossen war, die besonders auf dem flachen Land präsenten Einwohnerwehren ungeschmälert zu erhalten. Führte Hans Hilpert deshalb inzwischen regelmäßig Delegationen der Mittelpartei an, die dem Ministerpräsidenten in direkten Gesprächen die eigene Unterstützung zusagten und versuchten, ihm in Bezug auf den eingeschlagenen Kurs den Rücken zu stärken²⁵⁹¹,

²⁵⁸⁷ Schmalzl, Auer, 420; Tagebuch Kahr 1921-A, pag. 12. Nach dem Kommentar im Tagebuch zu urteilen, interpretierte Kahr dieses Gesprächsangebot eher als Anzeichen für die Schwäche der SPD.

²⁵⁸⁸ So erklärte Kahr in einer persönlichen Unterredung mit Landtagspräsident Heinrich Königbauer auch offen, dass er im Falle größerer Unruhen „keine Zeit“ habe, um im Parlament Erklärungen abzugeben (Tagebuch Kahr 1921-B, 121 f.). Vgl. auch bereits die Einschätzung von Speckner, Ordnungszelle, IV, der davon spricht, dass im Landtag keine „Entscheidungen grundsätzlicher Art“ gefallen seien.

²⁵⁸⁹ Vgl. die Klage Dirrs über die fehlende Beteiligung des Landtags in Tagebuch Kahr 1921-A, pag. 338.

²⁵⁹⁰ So bemerkte der ehem. Vorsitzende der bayerischen Konservativen, Friedrich Beckh, nach der Wahl Kahrs: „Daß Ministerpräsident v. Kahr der bayerischen Volkspartei beigetreten ist, macht ihn für uns unmöglich. Sonst hätte man erwarten können, daß wir ihn stützen.“ (Beckh an Weilnböck vom 20.3.1920; Bundesarchiv Koblenz, NL Weilnböck N 1327/33b), siehe auch Anm. 1834. Vgl. Hinterberger, Unpolitische Politiker, 192-195.

²⁵⁹¹ Direkt nachzuvollziehen sind hier der Besuch einer Delegation Anfang August 1920 (Korrespondenz in: Bundesarchiv Koblenz, NL Weilnböck N 1327/14a) sowie Anfang Januar 1921 (Tagebuch Kahr 1921-

verflüchtigten sich im Lauf des Jahres 1920 auch weitgehend die durchaus tief sitzenden Vorbehalte zwischen Kahr und dem politisch schwer berechenbaren Bauernbund. Hatte sich der BBB nämlich erst vor Kurzem unter dem Einfluss Karl Gandorfers, Wolfgang Hofmanns oder Konrad Küblers auf die Seite der Revolution gestellt, verfügte dieser Kreis ab Herbst 1919 kaum noch über nennenswerten Einfluss, während mit Anton Staedele oder auch Georg Eisenberger längst wieder Exponenten des „konservativen Flügels“²⁵⁹² innerparteilich den Ton angaben. Unter dieser Leitung setzte sich der Bauernbund nun wieder vor allem für die schnellstmögliche Aufhebung der Zwangswirtschaft, die Eindämmung der Emanzipationsbestrebungen der Landarbeiter und auch gegen weitere Zentralisierungsbestrebungen aus Berlin ein²⁵⁹³ – Forderungen, mit denen sich auch Kahr ohne weiteres identifizieren konnte.

Konnten die Stimmen dieser beiden Koalitionspartner deshalb auch in Sachen Einwohnerwehr als gesichert gelten, war bis auf weiteres ebenfalls kein nennenswerter Gegenwind aus der traditionell stärksten Partei, der BVP, zu erwarten. Zwar blieb es auch Kahr letztendlich verwehrt, alle unterschiedlichen Gruppierungen innerhalb des „Kompositionskörpers“²⁵⁹⁴ BVP bruchlos hinter sich zu vereinigen: Evtl. weiter bestehenden Vorbehalte des christlichen Arbeitnehmerflügels oder verbliebener Sympathisanten einer Kooperation mit dem Zentrum fielen allerdings angesichts der geschlossenen und insgesamt viel stärkeren Unterstützerfront aus Bauernvereinsflügel, Wirtschaftsvereinigung, der Geistlichkeit sowie der BVP-Beamtengruppe kaum ins Gewicht.²⁵⁹⁵ Hinzu kam außerdem, dass die Nominierung des amtierenden Ministerpräsidenten ja immerhin auf die Initiative Georg Heims, des heimlichen

A, pag. 11). Der Ton der Mittelpartei gegenüber Kahr hatte sich dementsprechend schon im Herbst 1920 gewandelt: „Wegen der Einwohner-Wehr können Sie sich beruhigen, ich denke, daß die Sache von Kahr richtig behandelt wird, wir haben uns wiederholt deshalb mit ihm beraten.“ (Prieger an Weilnböck vom 19.11.1920, Bundesarchiv Koblenz, NL Weilnböck N 1327/14a).

Zur Biographie und politischer Tätigkeit von DNVP-Fraktionsführer *Hans Hilpert* (1878-1946) vgl. Manfred Kittel, Zwischen völkischem Fundamentalismus und gouvernementaler Taktik: DNVP-Vorsitzender Hans Hilpert und die bayerischen Deutschnationalen, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 59 (1996), 849-901.

²⁵⁹² Bergmann, Bauernbund, 63.

²⁵⁹³ Ebd., 63-69, 118 f., 166.

²⁵⁹⁴ So die Formulierung im Bericht Frerichs an Reichskanzlei vom 30.10.1922 (PAAA, R 98 352).

²⁵⁹⁵ Hinzu kam wohl auch eine gewisse generationelle Lagerbildung in der Partei, so waren laut Altendorfer vor allem jüngere Abgeordnete wie Michael Horlacher, Alfons Probst oder Fritz Schäffer dem rechten Flügel zuzurechnen (Altendorfer, Schäffer, 171); demgegenüber nahm der Einfluss moderater, z. T. zentrumsnaher Vertreter wie Konrad Beyerle oder Wilhelm Mayer, aber auch der Protagonisten des Arbeitnehmerflügels (Linus Funke, Adolf Konrad) ab 1920 eher ab, vgl. Krenn, Gewerkschaften, 245-248. Dies führte auch zu Spannungen in der Partei, so bezeichnete Georg Heim Beyerle, Funke und Konrad etwa im Herbst 1921 als Nicht-Bayern, die de facto gegen Bayern Politik machten (Heim an Klaus Eck vom 20.10.1921; Stadtarchiv Regensburg, NL Heim 2525).

Zur Einteilung dieser Gruppierungen in der BVP vgl. u. a. Schönhoven, Bayerische Volkspartei, 66-70 (Wirtschaftsbeirat), 73-82 (Fraktionen in Reichs- und Landtag).

Parteivorsitzenden, zurückging und Kahr mit dem Fraktionsvorsitzenden im Landtag, Heinrich Held, innerhalb kurzer Zeit ein vertrauensvolles Kooperationsverhältnis begründen konnte – aus seiner Sicht garantierte etwa allein das Votum des allerdings häufig kränkelnden Held, dass bei brisanten Debatten in der Fraktion alles „glatt“ ging.²⁵⁹⁶ Machtstrategisch gedacht, war die Loyalität der BVP zu ihrem Ministerpräsidenten also sowohl durch die Autorität der beiden prominentesten Parteimitglieder wie auch durch die stabile Unterstützung von Seiten der aktuell maßgeblichen Parteiströmungen auf absehbare Zeit gesichert.

Innerhalb des Regierungsbündnisses war somit vorläufig nur vom zweitkleinsten Koalitionspartner, der liberalen und stärker unitarisch ausgerichteten DDP, grundsätzlichere Kritik am politischen Kurs zu erwarten, zumal der zu ihr gehörende Handelsminister Hamm im Kabinett zunehmend ins Abseits geriet. Es stellte daher keineswegs eine Überraschung dar, dass die Proteste gegen das dezidiert föderalistische Bamberger Programm besonders entschlossen vom Fraktionsvorsitzenden der Demokraten, Pius Dirr, vorgebracht wurden, der den Ministerpräsidenten wie schon gesehen sogar über die Presse zu einer persönlichen Stellungnahme aufforderte.²⁵⁹⁷ Erwarben sich die Demokraten daher auch schnell den Ruf eines unbequemen Störfaktors in der Koalition²⁵⁹⁸, war jedoch gleichzeitig offensichtlich, dass ihre Beschwerden nicht allzu ernst genommen werden mussten – der DDP fehlte einfach das politische Gewicht, um ihre Anliegen mit entsprechendem Nachdruck vertreten zu können. Denn hatte die Partei im ersten Landtag nach der Revolution noch die drittstärkste Fraktion gestellt und wesentlichen Anteil an der Entstehung der neuen Verfassung²⁵⁹⁹ genommen, brachten ihr die Wahlen im Juni 1920 eine schwere Niederlage und damit auch den Verlust der erstrebten Position eines Züngleins an der Waage: Die personell erheblich geschwächte Fraktion – einflussreiche Abgeordnete wie Robert Piloty, Rosa Kempf oder Georg Hohmann waren nicht mehr vertreten – war schlicht zu klein geworden, um angesichts des Zugewinns der Deutschnationalen noch die bisherige Rolle als potenzieller Mehrheitsbeschaffer weiter ausfüllen zu können; sollte es notwendig werden, verfügte eine bürgerliche Koalition in Bayern fortan auch ohne die Demokraten über eine sichere

²⁵⁹⁶ Tagebuch Kahr 1921-A, pag. 39. Zur Biographie von *Heinrich Held* (1868-1938) vgl. Becker, Held.

²⁵⁹⁷ Siehe Anm. 2031.

²⁵⁹⁸ Hierzu auch im Überblick: Hinterberger, Unpolitische Politiker, 188-192.

²⁵⁹⁹ Die beiden Autoren des Verfassungsentwurfs, Robert Piloty und Josef von Graßmann, gehörten entweder der DDP an oder standen ihr nahe; Piloty war außerdem Referent im Verfassungsausschuss, siehe Anm. 1914.

Mehrheit.²⁶⁰⁰ Eine Annäherung an die ebenfalls stark geschwächte SPD kam als Alternative freilich auch nicht in Frage, da ein solcher Schritt unweigerlich die Spaltung der DDP zur Folge gehabt hätte: Angesichts des Misserfolgs an der Wahlurne machte sich nämlich der bisher weitgehend marginalisierte und nur lokal einflussreiche nationalliberale Flügel der Partei zunehmend bemerkbar und stellte den bisherigen Kurs als zu stark sozialdemokratisch und „erfüllungspolitisch“ orientiert vernehmbar in Frage. Führende Köpfe dieser internen Kritiker, denen sich auch der bisherige Justizminister Müller-Meinigen anschloss, waren unter anderem die schon mehrfach genannten Fritz M. Gerlich und Eugen Zentz, d. h. Persönlichkeiten, die sich im Krieg noch als eifrige Propagandisten an der Heimatfront einen Namen gemacht hatten und nun ihre demokratische Orientierung vor allem als Bekenntnis gegen den Bolschewismus auffassten.²⁶⁰¹

3.1.5 Die Kahr-Regierung und die Presse

Verringerten solche internen, nie wirklich geklärten Querelen das politische Gewicht der DDP deshalb noch weiter, ist außerdem auffällig, dass gerade die beiden zuletzt genannten Akteure zum gleichen Zeitpunkt auch maßgeblich für eine politische Neuorientierung der bayerischen Presse verantwortlich zeichneten, die den Demokraten ihr wichtigstes Sprachrohr beraubte und Gustav von Kahr sehr entgegen kam. Der wichtigste Meilenstein in diesem Sinne wurde bereits an anderer Stelle hervorgehoben, verdient jedoch gleichwohl eine abermalige Erwähnung im umfassenden thematischen Kontext: So scheiterte Eugen Zentz zwar mit seinem Versuch, mit einem eigenen Konsortium die Mehrheitsanteile am Verlag der Münchner Neuesten Nachrichten zu übernehmen, befeuerte mit diesem Angebot den im Frühjahr 1920 ausgebrochenen Bieterwettstreit freilich noch weiter, aus dem mit Hilfe von Kahrs Freund Wilhelm Seitz schließlich der kapitalkräftige GHH-Konzern als Sieger hervorging.²⁶⁰² Neuer

²⁶⁰⁰ Held bezeichnete die DDP dementsprechend auch als „Minimaxpartei“ (Tagebuch Kahr 1921-A, pag. 177). Allgemein zum Niedergang der Partei: Larry E. Jones, Nationalism, Particularism, and the Collapse of the Bavarian Liberal Parties in the Early Weimar Republic, 1918-1924, in: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 14 (2000), 105-142.

²⁶⁰¹ Vgl. den Bericht der preußischen Gesandtschaft zum „rechten Flügel der bayerischen Demokraten“, der hier von Gerlich angeführt wird (Frerichs an Auswärtiges Amt vom 23.6.1920; Bundesarchiv Berlin, R 707/6); Müller-Meinigen, immerhin einer der bekanntesten Exponenten des bayerischen Liberalismus, äußerte sich im Mai 1921 dann auch schon distanziert: „Im Übrigen ist es für mich sehr schwer, Ihnen meine Seelenstimmung und meine ganze Fremdheit in dieser Partei richtig und objektiv kurz zu schildern. [...] Vom 1. Tage der Gründung dieser Partei war Taktlosigkeit gegenüber denjenigen, die sich nicht so rasch wie gewisse politische Verwandlungskünstler in die neue Welt einschicken konnten, Trumpf“ (Müller an Dirr vom 29.5.1921; Stadtarchiv München NL Dirr 305).

²⁶⁰² Hoser, Tagespresse, 79-83. Vgl. der gut informierte Kommentar des preußischen Gesandten Zech: „Die Verkaufsangelegenheit der MNN nimmt den denkbar schlechtesten Verlauf. An die Spitze des kaufenden

Chefredakteur des traditionell liberaldemokratisch orientierten Blattes, das bisher stets ausführlich über die politischen Aktivitäten der DDP berichtet hatte, wurde daraufhin just Fritz M. Gerlich, der somit ohne nennenswerte journalistische Erfahrung sogleich an die Spitze der am weitesten verbreiteten bayerischen Zeitung rückte²⁶⁰³; wohl auch deshalb stand Gerlich fortan unter der Aufsicht des als Herausgeber berufenen Paul N. Cossmann, der sein Talent zur Führung der öffentlichen Meinung schon mit den Kriegsausgaben der Süddeutschen Monatshefte unter Beweis gestellt hatte.²⁶⁰⁴ Beide erhielten nun den Auftrag, die politische Ausrichtung der MNN nicht abrupt, aber doch schrittweise nach rechts zu verschieben, um auf diese Weise die angestammten Abonnenten nicht zu verschrecken und gleichzeitig das öffentliche Diskursklima subtil in die gewünschte Richtung zu lenken.²⁶⁰⁵ Sieht man von positiven Stellungnahmen zur Einwohnerwehr²⁶⁰⁶ ab, äußerte sich dieser Kurswechsel dann auch in der schrittweisen Neuvergabe wichtiger Posten in der Redaktion; beispielsweise setzte es im September 1920 ein sehr klares Zeichen, dass mit Waldemar Vollerthun ein enger Vertrauter von Alfred Tirpitz das Ressort Außenpolitik zugeteilt erhielt.²⁶⁰⁷

Der folgenreiche Besitzerwechsel bei den MNN stellte indes keinen Einzelfall dar, nur wenige Wochen zuvor war vielmehr ebenfalls der Verkauf der renommierten München-Augsburger Abendzeitung an den einflussreichen Hugenberg-Medienkonzern besiegelt worden. Das ehemals als „Beamtenevangelium“²⁶⁰⁸ bekannte Blatt hatte zwar schon seit dem Krieg immer deutlicher rechtskonservative Positionen vertreten, die neue, unter der Schirmherrschaft Hugenbergs zusammen gekommene Eigentümergemeinschaft – die unter anderem Julius F. Lehmann, Alexander Glaser oder Christian Roth umfasste²⁶⁰⁹ – garantierte jetzt freilich endgültig eine dezidiert deutschnational-völkische Linie der in

Konsortiums hat sich der hiesige Filial-Leiter der Dresdner Bank gestellt, ein waschechter Alldeutscher und Deutschnationaler. Daß ein erheblicher Teil des Geldes von Stinnes gegeben ist, ist ziemlich sicher. [...] Als Chefredakteur soll in erster Linie der Herausgeber der süddeutschen Monatshefte, Cossmann, in Frage kommen. Zerschlägt sich seine Wahl, so würde wohl Dr. Gerlich, einer der Begründer des Bundes zur raschen Niederzwingung Englands, zum Hauptschriftleiter gemacht werden.“ (Zech an Auswärtiges Amt vom 4.6.1920; Bundesarchiv Berlin, R 707/6).

²⁶⁰³ Vgl. Morsey, Gerlich, 81-89; Schäfer, Gerlich, 19-21.

²⁶⁰⁴ Zur Biographie und Tätigkeit von *Paul Nikolaus Cossmann* (1869-1942) vgl. Wolfram Selig, Paul Nikolaus Cossmann und die Süddeutschen Monatshefte von 1914-1918: Ein Beitrag zur Geschichte der nationalen Publizistik im Ersten Weltkrieg. Osnabrück 1967; vgl. auch Kraus, Monatshefte.

²⁶⁰⁵ Allerdings wurde schon 1921 von Seiten der Gesellschafter Kritik laut, dass der Richtungswechsel der MNN unter Gerlich, dessen „Lehrjahr“ (Seitz) bald vorbei sei, zu langsam voranschreite, vgl. Wilhelm Seitz an Cossmann vom 19.1.1921 sowie Mann an Cossmann vom 21.9.1921 (NL Cossmann 7).

²⁶⁰⁶ Siehe Anm. 1909.

²⁶⁰⁷ Cossmann an Mann vom 17.8.1920 (NL Cossmann 7) sowie Schäfer, Gerlich, 22.

²⁶⁰⁸ Hoser, Tagespresse, 50 f. Josef Mančal, München-Augsburger Abendzeitung, in: Historisches Lexikon Bayerns [URL: <https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/München-Augsburger_Abendzeitung>; zuletzt eingesehen am 4.3.2021].

²⁶⁰⁹ Hoser, Tagespresse, 72-78.

einer täglichen Auflage von ca. 48 000 Exemplaren²⁶¹⁰ erscheinenden Abendzeitung. Die MAAZ fungierte deshalb fortan als bevorzugtes Sprachrohr der in München noch nicht sonderlich starken Mittelpartei und oberstes Verkündungsorgan der von der Telegraphen-Union verbreiteten Meldungen, die auch viele Lokalzeitungen als günstige Quelle überregionaler Berichterstattung abonnierten. Chefredakteur des Blattes wurde bald ausgerechnet der als Kulturminister im Kabinett Kapp vorgesehene Gottfried Traub, ein aus Württemberg stammender Pastor, der wie andere Putschisten erst einmal in Bayern untergetaucht war und danach seinen Wohnsitz im Stadtteil Solln, d. h. in der Nachbarschaft Ludendorffs, aufschlug.²⁶¹¹

Nahmen Traub und Cossmann in der Presselandschaft Münchens jetzt also führende Positionen ein, standen sie mit den Süddeutschen Monatsheften und den ab sofort ebenfalls vor Ort entstehenden „Eisernen Blättern“ des Pastors zugleich für eine spürbare Stärkung rechtsnationaler Stimmen auf dem politischen Zeitschriftenmarkt Bayerns; weitere bekannte Beispiele bieten unter anderem das bereits etablierte Magazin „Deutschlands Erneuerung“ oder das von Dietrich Eckart begründete Organ „Auf gut deutsch“.²⁶¹²

Einen beträchtlichen Einfluss auf das politische Klima hatte paradoxerweise außerdem die Umstellung des Miesbacher Anzeigers²⁶¹³, eines kleinen Provinzblattes aus dem oberbayerischen (Vor-)Alpenraum, zu einem radauantisemitischen und betont „antibolschewistischen“ Kampforgan: Dabei rührte die plötzliche Prominenz des überregional bisher völlig unbekanntem Organs ausschließlich daher, dass es mit seinem neuen, höchst aggressiven und z. T. gezielt vulgären Sprachduktus auch viele

²⁶¹⁰ Siehe Anm. 2621.

²⁶¹¹ Vgl. Holzbach, System Hugenberg, 85 und 122. Zur Biographie von *Gottfried Traub* (1869-1956) vgl. Willi Henrichs, *Gottfried Traub (1869-1956). Liberaler Theologe und extremer Nationalprotestant*, Waltrop 2001.

²⁶¹² Zur im J.F. Lehmanns-Verlag erscheinenden Zeitschrift „Deutschlands Erneuerung“ und ihrem Herausgeberkreis: Jungcurt, *Alldeutscher Extremismus*, 151-183; zur Publikation „Auf gut deutsch“ (1918-1921) vgl. Margarete Plewnia, *Auf dem Weg zu Hitler. Der „völkische“ Publizist Dietrich Eckart* (Studien zur Publizistik 14), Bremen 1970, 27-60.

Reusch unterstützte die Süddeutschen Monatshefte außerdem 1921 mit dem Ankauf von Anteilen im Wert von 200 000 Mark (Bayer. Hypotheken- und Wechselbank an Reusch vom 20.3.1921; Rheinisch-Westfälisches Wirtschaftsarchiv, NL Reusch 300193000/6).

²⁶¹³ Emma Mages, *Miesbacher Anzeiger*, in: *Historisches Lexikon Bayerns* [URL: <https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Miesbacher_Anzeiger>; zuletzt eingesehen am 12.3.2021]. Der *Miesbacher Anzeiger* galt in den frühen 1920er Jahren als reichsweit rezipiertes Organ des völkischen Nationalismus in Bayern, vgl. die rückblickenden Kommentare bei Victor Klemperer und Lion Feuchtwanger: „im bayerischen Miesbach erschien zur Weimarer Zeit ein Tageblatt, das Ton und Inhalt des ‚Stürmers‘ mehr vorwegnahm als nur vorbereitete“ (Victor Klemperer, *LTI. Notizbuch eines Philologen*, Stuttgart 2020, 182), „Diese Zeitung ist in zwei Exemplaren erhalten; das eine befindet sich im Britischen Museum, das andere im Institut zur Erforschung primitiver Kulturformen in Brüssel“ (Lion Feuchtwanger, *Erfolg. Drei Jahre Geschichte einer Provinz*, Berlin ⁸2011, 867).

sensationsgierige Leser ansprach und auf diese Weise innerhalb kurzer Zeit im ganzen Land zum Tagesgespräch avancierte; auch Ministerpräsident Kahr ließ sich offenbar gerne mit dem Blatt in der Öffentlichkeit sehen.²⁶¹⁴ Ein besonderes Verdienst kam im diesem Zusammenhang einem Mitglied der alten Arbeitsgemeinschaft Heimatfront, Ludwig Thoma, zu, der ab 18. Juli 1920 – interessanterweise zwei Tage nach der Wiederwahl Kahrs – im Miesbacher Anzeiger anonymisierte Leitartikel veröffentlichte, die in wortgewaltigem und zugleich aggressivem Duktus gegen „die“ Juden, den Bolschewismus und die Berliner Regierung wetterten.²⁶¹⁵ Die Kommentare des bekannten Heimatschriftstellers waren dabei offenkundig so unverwechselbar, dass die Spekulationen über den Verfasser bald auf die richtige Fährte gelangten und die Autorenschaft Thomas selbst im Reichstag als offenes Geheimnis kolportiert wurde²⁶¹⁶; die Verkaufszahlen stiegen mit solchen Enthüllungen wohl allerdings nur weiter. Im zeitgenössischen Umfeld weniger beachtet, aber als mittelfristig ebenfalls sehr bedeutend erwies sich außerdem der Erwerb des für seine antisemitische Hetze bereits bekannten Völkischen Beobachters durch die langsam Fuß fassende NSDAP, wobei ein großer Teil der Mittel offenbar vorläufig aus Fonds stammten, die Oberst von Epp bei der Reichswehr zur Verfügung standen.²⁶¹⁷

Sind die genannten radikalen Erzeugnisse freilich nur bedingt als publizistische Unterstützer der Regierung Kahr einzustufen, verdiente die einflussreiche Parteipresse der BVP dieses Etikett hingegen umso mehr: Sieht man von der Augsburger Postzeitung ab, die eher dem christlichen Arbeitnehmerflügel der Partei nahe stand²⁶¹⁸, war im Bayerischen Kurier, im Regensburger Anzeiger oder in vergleichbaren Blättern so gut wie nie ein kritisches Wort über den Ministerpräsidenten zu lesen, dessen politische Linie somit auch in den führenden Kreisen des katholischen Preßvereins eine beherrschende Stellung einnahm.²⁶¹⁹ Bedenkt man schließlich auch noch, dass sich die Redaktion der am weitesten verbreiteten bürgerlichen Zeitung Nordbayerns, des Fränkischen Kuriers,

²⁶¹⁴ So die Beobachtung des USPD-Abgeordneten Erwin Neumann: „Ich will Ihnen ja gar nicht die vielen schönen Dinge erzählen, Sie lesen ja den ‚Miesbacher Anzeiger‘, auch Sie kennen ihn ja. Man will ihn zu einem Witzblatte stempeln. Wenn er hier als Witzblatt gelten soll, dann begreife ich nicht, wo der Herr Ministerpräsident die viele Zeit hernimmt, auch mit dem ‚Miesbacher Anzeiger‘ spazierenzugehen und ihn ostentativ im Landtagsgebäude herumzutragen.“ (Verh. Landtag 1920/21, Bd. III, 217).

²⁶¹⁵ Wilhelm Volkert (Bearb.), Ludwig Thoma. Sämtliche Beiträge aus dem „Miesbacher Anzeiger“ 1920/21, München ²1990.

²⁶¹⁶ Vgl. der entsprechende Zwischenruf in der Reichstagssitzung vom 17.6.1921 (Verhandlungen Reichstag, Bd. 350, 3956).

²⁶¹⁷ Hoser, Tagespresse, 122-126.

²⁶¹⁸ Paul Hoser, Die „Augsburger Postzeitung“ und der „Bayerische Kurier“ als leitende Zeitungen des politischen Katholizismus in Bayern und ihre Position während des Ersten Weltkriegs, in: Zeitschrift für Bayerische Landesgeschichte 80 (2017), 179-212.

²⁶¹⁹ Hoser, Tagespresse, 434-438.

aus freien Stücken mit der innerparteilichen DDP-Opposition solidarisierte²⁶²⁰, wird – in Verbindung mit den Berechnungen Hosers zur Auflagenstärke²⁶²¹ – erst nachhaltig deutlich, welche beträchtliche Pressemacht sich hinter dem Ministerium Kahr versammelte und die Agenda der öffentlichen Debatte in diesem Sinne zu beeinflussen suchte.

Zwar sind in einem solchen Überblick auch die kritischen Stimmen nicht außer Acht zu lassen, dabei ist allerdings kaum zu verkennen, dass es der oppositionelle Presse zunehmend schwer fiel, sich auch weiterhin ausreichend Gehör zu verschaffen: Dies galt insbesondere für die in ihrem Leserkreis weitgehend auf ohnehin überzeugte Anhänger beschränkte Zeitungen der radikalen Linken, die außerdem häufig unter zeitlich befristeten Erscheinungsverboten zu leiden hatten und sich kaum einmal größere Aufmerksamkeit im breiteren Publikum erobern konnten.²⁶²² Doch auch die viel weiter verbreitete sozialdemokratische Presse hatte inzwischen spürbar an Einfluss eingebüßt: Denn litt die Münchener Post oder die Fränkische Tagespost zum einem z. T. immer noch unter dem Ruf einer aus Prinzip oppositionellen Plattform²⁶²³, um außerhalb der eigenen Stammlerschaft tatsächlich als berufene Instanz der Kritik volle Anerkennung zu finden, erwies es sich in dem u. a. von Thoma geschürten, ideologisch aufgeladenen Klima, zudem als immer schwieriger, noch mit Argumenten bei der Gegenseite Gehör zu finden. Darüber hinaus hatte das Prestige der MP nach zwei groß aufgemachten Enthüllungsgeschichten – den „Dokumenten der Gegenrevolution“ und der „Mörderzentrale“ – im Laufe des Jahres 1920 enormen Schaden genommen, da beide nach kurzer Zeit als widerlegt galten²⁶²⁴; zwar befand sich die Zeitung tatsächlich jeweils auf der richtigen Spur, vermochte die offiziellen Dementis jedoch nicht mit weiteren zwingenden Beweisen zu kontern und musste deshalb den kaum verhüllten Spott der journalistischen Konkurrenz²⁶²⁵ zähneknirschend hinnehmen.

²⁶²⁰ Vgl. das bemerkenswert offene Schreiben des Fränkischer Kurier-Redakteurs Pfeiffer an Hamm vom 16.7.1920 (NL Dirr 304), in dem dieser betont, dass bei der Zeitung der Verbleib Müller-Meiningsens bevorzugt worden wäre, da dieser „unserer politischen Auffassung unvergleichlich näher steht als Sie“.

²⁶²¹ Hoser, Tagespresse, 981.

²⁶²² Zu den Zeitungsverboten vgl. die Übersicht bei Lange, Ausnahmezustand, 12, 15 f. (Seiten im Anhang)

²⁶²³ Vgl. (auch) den spöttischen Kommentar Kahrs zur Situation der Münchener Post nach der Revolution: „Die vorher wegen ihres polemischen Charakters so viel gelesene sozialdemokratische ‚Münchener Post‘ ist mit dem politischen Wandel der Dinge auf einmal ein ganz langweiliges Blatt geworden. Kritisieren und regieren ist eben zweierlei.“ (Kahr-Erinnerungen, pag. 606).

²⁶²⁴ Vgl. Zech an Auswärtiges Amt vom 25.11.1920 und vom 17.12.1920 (PAAA, R 98 349). Zu den Enthüllungen in Bezug auf „Dokumente der Gegenrevolution“ siehe Anm. 1757; bei der „Mörderzentrale“ handelte es sich um eine Aufdeckung im Kontext der sog. Fememorde, die jedoch nicht belegt werden konnte. Vgl. Hofmann, Feme, 371-389.

²⁶²⁵ So der Kommentar des Bayerischen Kurier zu den „Dokumenten der Gegenrevolution“: „Ein Leutnant und zehn Mann!“, in: Bayerischer Kurier Nr. 335 vom 30.11.1920.

Stellt man die damit offensichtliche Dominanz der Regierung über die öffentliche Debatte²⁶²⁶ den bereits gewonnenen Erkenntnissen zur Seite, ist kaum zu bestreiten, dass Kahr im Herbst 1920 – sowohl in institutioneller, parteipolitischer und publizistischer Hinsicht – aus einer eindeutigen Position der Stärke agierte: Teils dank eigenen Geschicks, teils auch von vorteilhaften Entwicklungen begünstigt, hatte es der Ministerpräsident somit innerhalb eines halben Jahres vermocht, sich in seinem zunächst nur provisorisch übernommenen Amt zu etablieren und eine formidable Machtposition aufzubauen. Von der eigenen Ausgangsbasis im landespolitischen Kontext beurteilt, konnte der Ministerpräsident deshalb mit begründetem Selbstbewusstsein die Interessen Bayerns vertreten und durchaus eine schärfere politische Konfrontation mit dem Reich und der Entente riskieren.

3.2 Durchsetzungswille und neue Stärke: Reichspolitik unter veränderten Voraussetzungen

Entspricht diese Schlussfolgerung also weitgehend dem Bild eines sich seiner eigenen Stärke bewussten „Kahr-Bayern“ – die These eines eher schwachen Beamtenministerpräsidenten lässt sich demgegenüber zum fraglichen Zeitpunkt nicht erhärten –, findet hingegen weniger Beachtung, dass die Staatsregierung ebenfalls von einer spürbaren Verschiebung der 1919 noch so eindeutigen Kräfteverhältnisse zwischen Bayern und Reich profitierte. War die politische Führung des Freistaats im Laufe der Revolution nämlich in eine so manifeste Abhängigkeit von der Reichsgewalt geraten, dass sie dem Verlust aller Reservatrechte und dem Aufbau eines unitarischen Bundesstaates im Wesentlichen machtlos gegenüber stand²⁶²⁷, begann sich 1920 das Blatt langsam wieder zu wenden.

Dies hatte zum einen von den gewohnten Unwägbarkeiten des politischen Lebens abhängige, in dieser Form nicht außergewöhnliche Gründe: So ließ der Ausgang der parallel am 6. Juni 1920 abgehaltenen Reichs- und Landtagswahlen²⁶²⁸ bereits erahnen,

²⁶²⁶ Kahr spricht dann auch mehrfach – etwa im Kontext des Einwohnerwehrkonflikts – von „Direktionen“ oder „Richtlinien“ an die Koalitionspresse, vgl. Tagebuch Kahr 1921-A, pag. 99, 106, 207, 278, 311; vgl. auch die Einschätzung Zechs (Bericht vom 31.3.1921; PAAA, R 98 391).

²⁶²⁷ Überblick bei: Menges, Reichsreform und Finanzpolitik, 163-228.

²⁶²⁸ Nach den Reichstagswahlen war im Parlament keine stabile Mehrheit ersichtlich, da die bisherige Weimarer Koalition (SPD, Zentrum, DDP) nach starken Verlusten auf ein Bündnis mit DVP oder USPD angewiesen war, das jedoch jeweils von den „Flügelparteien“ abgelehnt wurde. Vgl. AdR Fehrenbach, VIII-XX. Im Bayerischen Landtag hatte sich hingegen eine stabile „bürgerliche“ Mehrheit ergeben, siehe Anm. 1849.

dass die Zeit der stabilen parlamentarischen Mehrheiten in Berlin – im Gegensatz zur breiten bürgerlichen Basis in München – bis auf weiteres der Vergangenheit angehören würde. Stand die Wiederwahl und Erweiterung des Kabinetts Kahr deshalb schon nach wenigen Tagen in Aussicht, schleppte sich der Prozess der Regierungsbildung auf Reichsebene nach der klaren Abwahl der Weimarer Koalition sehr mühsam dahin und zeitigte dann auch das absehbare Ergebnis. Das im Anschluss an drei fehlgeschlagene Versuche – darunter auch die auf Drängen Kahrs abgelehnte Nominierung des BVP-Politikers Wilhelm Mayer²⁶²⁹ – gebildete Kabinett Fehrenbach²⁶³⁰ konnte sich nur auf eine parlamentarische Minderheit aus Zentrum, DVP und DDP stützen und stand als klassische Kompromisslösung auch unter der Leitung eines Politikers, dem seine bisherige Rolle als ausgleichender und vermittelnder Reichstagspräsident eigentlich auf den Leib geschneidert war: In der Position des Reichskanzlers galt der 68jährige Constantin Fehrenbach hingegen als führungsschwach und den vielfältigen Belastungen des Amtes auch gesundheitlich nicht immer gewachsen.²⁶³¹ Verfügte die neue Reichsregierung deshalb von Anfang an nur über geringen politischen Spielraum, erweiterte sich dieser für den bayerischen Ministerpräsidenten umso mehr, da er einige Reichsminister persönlich kannte und wie erwähnt mit Walter Simons, dem neuen Leiter des Auswärtigen Amtes, zunächst sogar ein Vertrauensverhältnis begründen konnte.²⁶³² Bei politischen Anliegen, etwa in Hinblick auf die Verhinderung der Entwaffnung, verfügte Gustav von Kahr nun also über mehrere Ansprechpartner in Berlin und stand keineswegs einem fest gefügten, mit einer Stimme sprechenden Block gegenüber. Neben solchen, eher dem politischen Zufall geschuldeten Entwicklungen war die insgesamt vorteilhafte Verhandlungsposition Bayerns jedoch auch weitergehenden Veränderungen der politischen Grundkonstellation zuzuschreiben, denen spürbar der Charakter struktureller Weichenstellungen anhaftete. Am markantesten fiel in diesem Zusammenhang sicherlich ins Gewicht, dass die Reichsregierung mit Inkrafttreten des Versailler Vertrags selbst viel Gestaltungsfreiheit eingebüßt hatte und nun in einigen Politikfeldern eine ähnliche Situation wie die Länder vorfand, die mit der Gründung der Weimarer Republik ebenso die Erfahrung der substanziellen Beschränkung ihres

²⁶²⁹ Kahr schlug in einem Telefonat mit dem bayerischen Gesandten Preger stattdessen den liberalen – und jüdischen – Politiker Eugen Schiffer als Reichskanzler vor (Niederschrift des Telefongesprächs vom 10.6.1920 in NL Kahr 32), die Gründe hierfür sind unklar.

²⁶³⁰ AdR Fehrenbach, VIII-XX.

²⁶³¹ Ebd., XXI f. Vgl. auch Astrid Luise Mannes, Reichskanzler Constantin Fehrenbach. Eine Biographie (Subsidia Academica 7), Berlin 2006.

²⁶³² So insbesondere den ehem. Nürnberger Oberbürgermeister Otto Geßler, siehe S. 275; zum Verhältnis zu Simons siehe Anm. 2113.

politischen Spielraums gemacht hatten.²⁶³³ Die widerwillige Anerkennung einer übergeordneten Instanz stürzte das Reich freilich in ein viel größeres Dilemma als die ehemaligen deutschen Einzelstaaten: Abgesehen von dem Prestigeverlust hatte die Ratifikation nämlich zur Folge, dass sich die Reichsregierung einem inflexiblen und gezielt gegen ihre Interessen entworfenen Erfüllungs- und Sanktionsregime unterwerfen musste, wobei kaum Hoffnung bestand, in absehbarer Zeit auf dem Verhandlungsweg Modifikationen des Regelwerks erreichen zu können. Im Gegensatz dazu lässt sich die praktische Ausgestaltung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern – bei aller rechtlichen Kodifizierung – eher als ständig fortlaufender, dynamischer Aushandlungsprozess beschreiben, dessen jeweils vorherrschenden Entwicklungstendenzen in erster Linie von der aktuellen politischen Lage und dem taktischen Geschick beider Seiten abhing²⁶³⁴; von einem starren, auf einseitigem Zwang aufgebauten System konnte hier also keine Rede sein.

Beinahe noch brisanter erscheint allerdings, dass die konkrete Umsetzung bestimmter Komponenten des Friedensvertrags überhaupt nicht allein vom Reich gewährleistet werden konnte, sondern auch die prinzipielle Kooperationsbereitschaft der in einigen Bereichen zuständigen Länder voraussetzte. Angesichts der föderal aufgeteilten Polizeihohheit²⁶³⁵ galt dies nicht zuletzt für die nachdrücklich eingeforderte Entwaffnung der Zivilbevölkerung, die zugleich einen der zentralen Streitpunkte im sich anbahnenden Konflikt um die Auflösung der Einwohnerwehren darstellte. Ohne eigenes Zutun fand sich die Reichsregierung deshalb hier in einem strategischen Dilemma wieder: Als einziger Adressat der von den Siegermächten gestellten Bedingungen musste sie nämlich einerseits aller Hebel in Bewegung setzen, um öffentlich und bei der misstrauischen Entente für Konzessionen zu werben, andererseits blieb ihr zur Bewahrung ihrer internationalen Glaubwürdigkeit keine andere Wahl, als die deutschen Länder zur loyalen Durchführung der selbst nur widerstrebend eingegangenen Verpflichtungen anzuhalten. Unter diesen Umständen war es dann nur eine Frage der Zeit, bis sich die Länder – allen voran Bayern – dieser Zwangslage bewusst wurden und daraus in ihrem Sinne Profit zu ziehen suchten: Immerhin war es sehr leicht absehbar, dass nicht etwa die z. T.

²⁶³³ So waren einige Länderkompetenzen 1919/20 – insbesondere die eigenständige Finanzverwaltung – einfach durch Mehrheitsbeschluss in der Nationalversammlung zentralisiert worden, in anderen Feldern argumentierte das Reich außerdem mit den anlaufenden Betriebsdefiziten, die die Länder bei einer Verweigerungshaltung ganz allein tragen müssten, siehe Anm. 2639.

²⁶³⁴ Vgl. hierzu den Überblick bei Anke John, *Der Weimarer Bundesstaat. Perspektiven einer föderalen Ordnung (1918-1933)*, Köln / Weimar / Wien 2012.

²⁶³⁵ Siehe Anm. 2203.

unmittelbar zuständigen Länder, sondern in erster Linie die Reichsregierung als alleiniger Vertragspartner für jede passive oder aktive Obstruktion gegen alliierte Vorgaben schlussendlich in der Verantwortung stand.²⁶³⁶ Mit anderen Worten ausgedrückt, lag das Risiko etwaiger Kraftproben mit der Entente – etwa im Fall der Einwohnerwehr – weniger auf Seiten der Länder als vielmehr ganz überwiegend in Berlin. Trug bereits diese Aussicht nicht gerade dazu bei, die Anreize für eine freiwillige Kooperation zu steigern, fiel es den Freistaaten darüber hinaus recht leicht, die Reichsregierung auch in der öffentlichen Wahrnehmung bei jedem denkbaren Szenario in die Defensive zu drängen: Denn ließ sich jede schleppende Umsetzung der aus Berlin erteilten Aufträge grundsätzlich mit dem Hinweis rechtfertigen, das Reich handle ja selbst nur unter Zwang und müsse ein solches Verhalten eigentlich hinter vorgehaltener Hand gutheißen, konnte man der Zentralregierung bei zu nachdrücklichem Pochen auf die ergangenen Anordnungen wiederum das allzu willfährige Vertreten feindlicher Interessen – d. h. „Erfüllungspolitik“ – vorwerfen.²⁶³⁷ Die Selbststilisierung zur Ordnungszelle funktionierte, nebenbei bemerkt, also auch nach dem System einer selbsterfüllenden Prophezeiung – eine vermeintlich entschlossene nationale Politik ließ sich natürlich viel bedenkenloser umsetzen, wenn man die negativen Folgen nicht unmittelbar zu spüren bekam und evtl. sogar noch zum eigenen Vorteil nutzen konnte. Denn zu allem Überfluss spielte auch noch die Zeit tendenziell gegen die Reichsregierung: Als Reaktion auf mögliche Vollzugblockaden von der Entente mit Ultimaten und Sanktionsdrohungen weiter unter Druck gesetzt, blieb ihr nämlich mittelfristig überhaupt keine andere Wahl, als ggf. den Ton gegenüber den dafür verantwortlichen Ländern zu verschärfen und damit dem Vorwurf der Komplizenschaft weitere Nahrung zu geben.²⁶³⁸

²⁶³⁶ Die Reichsregierung war Adressat der alliierten Ultimaten und musste Verzögerungen in der Entwaffnung, die sie in der Praxis nicht zu verantworten hatte, gegenüber den Siegermächten rechtfertigen. Ende März 1921, d. h. angesichts des bereits eskalierten Konflikts um die Einwohnerwehr, wies Reichskanzler Fehrenbach Kahr direkt auf diesen Umstand hin: „Die Reichsregierung trägt die Verantwortung nicht länger, wenn Bayern sie hindert, ihre Politik durchzuführen“ (Fehrenbach an Kahr vom 23.3.1921, AdR Fehrenbach, Dok. 216).

²⁶³⁷ Zur Kritik an der sog. Erfüllungspolitik vgl. Gottfried Niedhart, Die Außenpolitik der Weimarer Republik (Enzyklopädie deutscher Geschichte 53), Oldenbourg ³2013, 13. Diesen Vorwurf äußerte Kahr auch explizit gegenüber Held, vgl. dessen Bericht in der Fraktionssitzung am 31. [!] November 1920: „Die Lage bz. der Einwohnerwehren ist günstig. Mehr in Berlin <d. Reichsregierung> als die Entente ist für Auflösung. Wenn wir standhaft bleiben u. nicht zurückweichen, wird es gelingen, daß wir auch über diese Krise hinwegkommen.“ (Kraupa, BVP-Fraktion, 56).

²⁶³⁸ So die Klage des preußischen Gesandten Zech: „Das Bedauerlichste an der Entwaffnungsfrage ist, daß sie der Mißstimmung Bayerns gegen das Reich erneute Nahrung zuführt. Man ist hierzulande leicht geneigt, zu vergessen, daß die Forderung nach der Waffenablieferung ja ursprünglich gar nicht vom Reich ausgegangen ist und beschuldigt Berlin, aus radikalen Sympathien der Entwaffnung Vorschub zu leisten.“ (Zech an Auswärtiges Amt vom 22.9.1920; PAAA 98 391).

Gab es für die Reichsregierung aus dieser strukturell bedingten Spirale dementsprechend kaum ein Entkommen, lag es deshalb aus ihrer Sicht eigentlich nahe, unkooperative Freistaaten mit Verweis auf verfügbare Druckmittel in anderen Bereichen an ihre Pflichten zu erinnern: Diese Taktik hatte z. B. 1919 gut funktioniert, als Bayern relativ zügig den Kampf um seine bisherigen Reservatrechte aufgab, als das Reich die Möglichkeit einer Nicht-Übernahme der kriegsbedingt angehäuften Betriebsdefizite bei Eisenbahn und Militär in den Raum stellte.²⁶³⁹ Doch auch in dieser Hinsicht hatte das Reich aktuell wenig Trümpfe in der Hand: So erwies es sich in der vorliegenden Situation als wenig günstig, dass die Weimarer Republik von Anfang an konsequent die Gestalt eines unitarischen Bundesstaates erhalten hatte. Hiermit soll kein Werturteil abgegeben, sondern lediglich darauf aufmerksam gemacht werden, dass Berlin die in vielen Bereichen angekündigten Zentralisierungsschritte bereits 1919/1920 weitgehend vollzogen, d. h. den selbst definierten Handlungsrahmen inzwischen im Wesentlichen ausgeschöpft hatte.²⁶⁴⁰ Die potenzielle Drohung mit weiteren Kompetenzübernahmen verlor deshalb zunehmend an Überzeugungskraft, zumal es auch im Interesse der Zentralregierung liegen musste, nach den z. T. abrupten Umbaumaßnahmen im Reich-Länder-Verhältnis ein neues Gleichgewicht im föderalen Staatsgefüge zu erreichen. Das Gelegenheitsfenster für weitere, die Rechte der Länder schmälernde Reformen hatte sich damit vorerst wieder geschlossen.²⁶⁴¹

In diesem Zusammenhang ist außerdem zu beachten, dass sich im Reich ab 1920 eine spürbare Renaissance der föderalistischen Bewegung anbahnte: Konnte man das weitreichende BVP-Programm²⁶⁴² dabei vielleicht noch als absehbares Plädoyer einer in dieser Hinsicht unentwegten Partei verbuchen, wog jedoch viel schwerer, dass jetzt plötzlich auch das rechtsbürgerliche Lager den föderalen Gedanken als oppositionelle Strategie entdeckte und begann, die bundestaatliche Ordnung der „Bismarck’schen

²⁶³⁹ So stellte die Reichsregierung im August 1919 in Aussicht, dass Bayern bei Nichtübertragung seiner Heeresbetriebe auf das Reich fortan alle Defizite, die sich seit Kriegsende bereits auf 50 Millionen Mark beliefen, selbst zu tragen hätte, vgl. Erzberger an Speck vom 19.8.1919 sowie Niederschrift der Besprechung mit Reichsschatzminister Mayer vom 21.8.1919 in MHIG 4389.

²⁶⁴⁰ Dies galt vor allem für die sog. Erzbergersche Reichsfinanzreform, vgl. Menges, Reichsreform und Finanzpolitik, 184-228; Manfred Heimers, Unitarismus und süddeutsches Selbstbewusstsein. Weimarer Koalition und SPD in Baden in der Reichsreformdiskussion (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 98), Düsseldorf 1992, 81-98.

²⁶⁴¹ So berichtete auch der Münchner Generalkonsul Seeds und der britische Botschafter in Berlin, d’Abernon, nach London, dass die Reichsregierung in diesem Fall kaum über Mittel verfüge, um Bayern zu einer Entwaffnung zu zwingen, vgl. Seeds an Curzon vom 19.10.1920 sowie d’Abernon an Curzon vom 21.10.1920 (DBFP X, 401 f.).

²⁶⁴² Siehe Kapitel VII B 3.1.

Reichsverfassung“ zum Ideal zu erklären.²⁶⁴³ Vor allem die im politischen Aufschwung begriffenen Deutschnationalen, traditionell eher Vertreter des zentralstaatlichen Machtstaatsgedankens, schwenkten nun auf diese Linie ein und rückten somit in den Status eines logischen Bündnispartners für die traditionell bundestaatlich orientierten Länder auf. Zwar blieb die DNVP auch mit diesem Schachzug noch weit von einer Regierungsbeteiligung im Reich oder in Preußen entfernt, allein die lautstarken Stellungnahmen einer immer selbstbewussteren Oppositionspartei genügten freilich, um die in der Revolution weitgehend marginalisierten Befürworter eines stärker ausgeprägten Föderalismus mit neuem Selbstbewusstsein auszustatten.²⁶⁴⁴

Vor diesem Hintergrund betrachtet, wird dann auch das schon mehrfach festgestellte, auffällig bereitwillige Eingehen des Reiches auf bayerische Vorstöße und Wünsche verständlich. So sei hier nochmals an die Übernahme der sog. Weimarer Vereinbarungen in das neue Reichswehrgesetz, die merkwürdig nachgiebige Reaktion auf das bayerische Vorpreschen in der Wucherbekämpfung oder die weitreichenden Konzessionen in Hinblick auf das im August erlassene Gesetz zur Entwaffnung der Zivilbevölkerung erinnert.²⁶⁴⁵ Die Liste lässt sich indes noch fortsetzen: In vergleichbarer Weise setzte sich der Freistaat etwa mit seinem Bestreben durch, der eigenen Vertretung bei der Reichsregierung, die eigentlich nur noch die politische und behördliche Kommunikation mit dem Reich erleichtern sollte, den angestammten Status einer bei Preußen beglaubigten Gesandtschaft zu erhalten.²⁶⁴⁶ Handelte es sich dabei auf den ersten Blick vielleicht lediglich um eine Prestigefrage, konnte Bayern auf diese Weise jedoch das aktive Gesandtschaftsrecht der Länder im innerdeutschen Rahmen, das die Reichsregierung allein aufgrund der Auslegung des Friedensvertrags durch die Alliierten im Grunde beseitigen wollte, behaupten und sich so auch die Wiederrichtung weiterer entsprechender Vertretungen vorbehalten; die 1922 vollzogene, abermalige Bestellung

²⁶⁴³ Geyer spricht hierbei von einer „merkwürdigen Verklärung des Bismarckschen Föderalismus“ (Geyer, *Verkehrte Welt*, 349). Vgl. hierzu allgemein: Wolfgang Hardtwig, *Der Bismarck-Mythos. Gestalt und Funktionen zwischen politischer Öffentlichkeit und Wissenschaft*, in: ders. (Hg.), *Politische Kulturgeschichte*, 61-90; Robert Gerwarth, *Der Bismarck-Mythos. Die Deutschen und der Eiserne Kanzler*, München 2007.

²⁶⁴⁴ Zum föderalistischen Diskurs der Deutschnationalen im Überblick Kiiskinen, *Deutschnationale Volkspartei*, 111-116; in der BVP wurde dieser Schwenk freilich auch argwöhnisch registriert, vgl. die kritische Bemerkung Helds gegenüber Hans Hilpert in der Koalitionssitzung vom 20.9.1921: „Die Deutschnationalen haben doch den Föderalismus in Erbpacht genommen.“ (Protokoll in NL Dirr 284) sowie Schwend, *Bayern*, 136 f.

²⁶⁴⁵ Siehe Kapitel VII B 4.2.3.

²⁶⁴⁶ Vgl. Heimers, *Süddeutsches Selbstbewusstsein*, 139-149; Benz, *Süddeutschland*, 215-222; Sabine Schlögl, *Die bayerische Gesandtschaft in Berlin im 20. Jahrhundert*, in: Hermann Rumschöttel - Walter Ziegler (Hg.), *Franz Sperr und der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Bayern (Zeitschrift für Bayerische Landesgeschichte, Beiheft 20)*, München 2001, 223-265.

eines bayerischen Gesandten in Stuttgart war hiermit also bereits vorgezeichnet.²⁶⁴⁷ Merkwürdig zurückhaltender zeigte sich die Reichsregierung außerdem in Bezug auf die von Bayern immer wieder separat getätigten Lebensmittelimporte aus dem Ausland: Hatte Berlin nämlich noch im Frühjahr 1919 Protest gegen die „Alleingänge“ Bayerns auf diesem Gebiet, die eine Gesamtkoordination der Aufkäufe erschwerten, eingelegt²⁶⁴⁸, tolerierte man nun sogar die zu diesem Zweck unternommenen Reisen von Landwirtschaftsminister Wutzelhofer nach Belgrad und Budapest ohne vernehmbaren Einspruch und begnügte sich damit, durch Berichte eigener Diplomaten und Vertrauensleute auf dem Laufenden zu bleiben.²⁶⁴⁹

Spiegeln solche Episoden damit unverkennbar den bereits diagnostizierten Wandel der Kräfteverhältnisse wider, ging jedoch spätestens das ausbleibende Eingreifen gegenüber dem in Bayern fortgeltenden Ausnahmezustand eindeutig über das Niveau punktueller Zugeständnisse hinaus: Denn wurde schon mehrfach auf die damit verbundenen, weitreichenden Sondervollmachten der Behörden – Schutzhaft, Versammlungspolizei, Pressezensur – hingewiesen²⁶⁵⁰, fällt im gegebenen Kontext noch besonders ins Gewicht, dass die längerfristige Aufrechterhaltung des bayerischen Ausnahmezustandes eindeutig gegen die Bestimmungen der Weimarer Verfassung verstieß. Gewährten diese den Ländern nämlich lediglich das Recht, bei „Gefahr in Verzug“²⁶⁵¹ entsprechende Maßnahmen eigenständig zu treffen, begründete die Staatsregierung den Ausnahmezustand stets mit dem allgemeinen Hinweis auf die Umsturzabsichten linksradikaler Gruppierungen, die vermuteten Waffenbestände in deren Händen oder mit den traumatischen Erfahrungen der Bevölkerung zur Zeit der Räteherrschaft.²⁶⁵² Spätestens nach der Außerkraftsetzung entsprechender Sondermaßnahmen des Reichspräsidenten im Mai 1920²⁶⁵³ hätte für die Reichsregierung somit aller Anlass

²⁶⁴⁷ Benz, Süddeutschland, 233-249.

²⁶⁴⁸ Vgl. Preger an Hoffmann vom 13.5.1919 (MA 100 666) mit Hinweis auf die vom Reichsernährungsministerium mitgeteilte Position.

²⁶⁴⁹ Vgl. den Bericht des deutschen Gesandten in Budapest vom 29.10.1920 mit beigefügtem Zeitungsbericht (PAAA, RA 98 242) sowie Zech an Auswärtiges Amt vom 15.9.1920 (Bundesarchiv Berlin, R 707/1).

²⁶⁵⁰ Siehe S. 433.

²⁶⁵¹ Art. 48 Abs. IV Weimarer Reichsverfassung.

²⁶⁵² Vgl. die Zusammenfassung der Verhandlungen mit dem Reich in der offenbar von Polizeireferent Josef Zetlmeier verfassten Denkschrift „Aufhebung des sog. Ausnahmezustandes in Bayern“ (Stand November 1920) (MInn 66 253).

²⁶⁵³ Der Reichspräsident hatte nach den schweren Ausschreitungen vor dem Reichstag am 13.1.1920 für große Teile des Reiches den Ausnahmezustand verhängt (in: Verordnung des Reichspräsidenten auf Grund des Artikel 48 Abs. 2 der Reichsverfassung, betreffend die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Reichsgebiete mit Ausnahme von Bayern, Sachsen, Württemberg und Baden und der von ihnen umschlossenen Gebiete nötigen Maßnahmen vom 13.1.1920, in: RGBI. 1920, 207 f.), diese Bestimmungen (nach einer Änderung) aber vor den Wahlen im Juni wieder aufgehoben (Bek.

bestanden, auf eine baldige Aufhebung der bayerischen Bestimmungen hinzuwirken, zumal sich die Klagen über eine einseitige Handhabung der Vollmachten häuften.²⁶⁵⁴ Die Priorität der Reichsregierung bestand jedoch offenbar auch in diesem Punkt vor allem darin, offene Konflikte mit dem Freistaat zu vermeiden, weshalb man weiterhin versuchte, die bayerische Staatsregierung auf der Ebene des internen Schriftwechsels von ihrer zu weitgehenden Auslegung des Art. 48 zu überzeugen.²⁶⁵⁵ War mit einem solchem zurückhaltenden Vorgehen sicherlich auch die Hoffnung verbunden, das Problem würde sich auf mittlere Sicht vielleicht von selbst erübrigen, wurde die mangelnde Durchsetzungsfähigkeit der Reichsleitung jedoch in aller Nachdrücklichkeit deutlich, als nicht nur die unabhängige Opposition²⁶⁵⁶ im Reichstag, sondern auch der Nürnberger Stadtrat in Resolutionen²⁶⁵⁷ die Aufhebung der als schikanös empfundenen Ausnahmeanordnungen verlangten. Als Konsequenz des eigenen Entgegenkommens musste das Kabinett Fehrenbach jetzt nämlich nicht nur zum eigentlichen Sachverhalt Stellung nehmen, sondern auch die eigene Politik gegen den absehbaren Vorwurf der Tolerierung eines offenen Verfassungsbruchs verteidigen. Innenminister Koch-Weser stand damit – wollte er Angriffe dieser Art nicht einfach im Raum stehen lassen – vor der unangenehmen Situation, nun sogar im Parlament gegen die eigene Überzeugung Verständnis für die Entscheidungen der bayerischen Staatsregierung signalisieren und dabei Vertrauen in eine gütliche Lösung des Konflikts ausstrahlen zu müssen. So offensichtlich zwischen die Stühle geraten, hatte Koch-Weser den empörten bis ironischen Zwischenrufen aus der linken Hälfte des Hauses – im Stile des „Kahr regiert, nicht Sie!“²⁶⁵⁸ – dann auch kaum etwas entgegen zu setzen und war nach einer

betreffen die Außerkraftsetzung der zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf Grund des Artikel 48 Abs. 2 der Reichsverfassung erlassenen Vorschriften vom 11. April 1920 für die nachstehend aufgeführten Bezirke vom 28.5.192, in: RGBL. 1920, 1094).

²⁶⁵⁴ Lange, Ausnahmezustand, 94-101.

²⁶⁵⁵ Vgl. etwa die Bitte von Reichsinnenminister Koch-Weser, „Milderungen des Ausnahmezustandes“ vorzunehmen und diese vor den Etatberatungen im Reichstagsausschuss mitzuteilen: Koch an StMI vom 3.2.1921 sowie das Erinnerungsschreiben Koch an StMI vom 18.2.1921; in der Antwortnote führte Staatssekretär Schweyer (Schweyer an Koch vom 2.3.1921) kleinere Erleichterungen auf (Dokumente in MInn 66 253).

²⁶⁵⁶ Vgl. den Beschlussantrag der USPD-Fraktion vom 18.11.1920 (Verh. Reichstag, Bd. 364, Anlage 885): „Der Reichstag verlangt, daß die von der bayerischen Regierung auf Grund des Artikel 48 Absatz 4 für Bayern getroffenen Maßnahmen außer Kraft gesetzt werden.“

²⁶⁵⁷ Der Stadtrat von Nürnberg hatte mit Blick auf die Einschränkungen des Versammlungsrechts durch den Ausnahmezustand am 29.12.1920 einstimmig beschlossen, bei der Landesregierung und beim Reichspräsidenten die Aufhebung der bayerischen Ausnahmeverordnung zu fordern und dies mit der längst wiederhergestellten Sicherheit sowie der unverhältnismäßigen Einschränkung von Grundrechten begründet, vgl. Oberbürgermeister Luppe an Ebert vom 30.12.1920; Ebert schloss sich dieser Argumentation an und bat die Reichskanzlei wenige Tage später um eine Stellungnahme (Meißner an Reichskanzlei vom 3.1.1921). Beide Dokumente in Bundesarchiv Berlin, R 1501/113 339.

²⁶⁵⁸ Dies schon wenige Minuten nach Beginn der Debatte in der Sitzung vom 19.1.1921: Verh. Reichstag, Bd. 346, 1896.

bemerkenswert kurzen Erklärung²⁶⁵⁹ wohl selbst erleichtert, dass der ebenfalls anwesende Staatssekretär Schweyer den bayerischen Standpunkt noch in längeren Ausführungen selbst darlegte.²⁶⁶⁰ Diese massive Bloßstellung in aller Öffentlichkeit – schließlich verhinderte nur das Votum der oppositionellen DNVP den beantragten Aufhebungsbeschluss des Parlaments²⁶⁶¹ – führte dann freilich auch langsam zu einem Umdenken in Berlin, sie unterstreicht allerdings gleichzeitig nochmals deutlich, wie viel Wert die Reichsregierung bisher darauf gelegt hatte, den Wünschen Bayerns entgegenzukommen.

Aus Sicht Gustav von Kahrs lag es indes nahe, dieses Verhalten weniger als Konsequenz der strategisch misslichen Lage der Reichsregierung, sondern vielmehr als Ergebnis der eigenen Politik der Stärke und damit als Erfolg des eingeschlagenen Kurses zu bewerten. Unter diesen Umständen musste deshalb auch eine offene Verweigerung der geforderten Waffenabgabe als vergleichsweise geringes Risiko erscheinen: Immerhin verfügte das Reich auch weiterhin über keine effektiven Mittel, um die erteilte Anweisung auch gegen Widerstand durchzusetzen; nicht zuletzt Reichswehrminister Otto Geßler versicherte Kahr sogar explizit, dass ein Vorgehen der Reichswehr gegen Bayern überhaupt nicht in Frage komme.²⁶⁶² Führt man sich vor diesem Hintergrund außerdem nochmals vor Augen, wer gegenüber den Siegermächten jegliche Verstöße gegen gestellte Bedingungen und Fristen zu vertreten hatte, wird endgültig klar, dass die Reichsregierung in der vorliegenden Konstellation kaum über Mittel verfügte, Bayern gegen seinen Willen zu einer konstruktiven Politik anzuhalten.

3.3 Spekulation auf Konzessionen: Die Beziehungen zur Entente

Die Erfolgsaussichten des im Verbund der deutschen Länder singulären Konfrontationskurses hingen somit in erster Linie davon ab, ob die Entente auch gegenüber Bayern entschlossen war, mit allem Nachdruck die Auflösung der Selbstschutzorganisationen durchzusetzen oder ob sich evtl. doch die Möglichkeit abzeichnete, Frankreich und Großbritannien zu einer stillschweigenden oder vorläufigen Duldung des Status quo im Freistaat zu bewegen. Dabei fiel die Beurteilung der Lage

²⁶⁵⁹ Ebd. Der Reichsinnenminister stimmte die Erklärung im Voraus auch mit dem bayerischen Gesandten Preger und Staatssekretär Schweyer ab (Koch an Simons vom 18.1.1921; PAAA, R 98 350).

²⁶⁶⁰ Verh. Reichstag, Bd. 346, 1896-1900.

²⁶⁶¹ Vgl. die namentliche Abstimmung nach Abschluss der Debatte am Folgetag mit 123 Ja- und 177 Nein-Stimmen: Verh. Reichstag, Bd. 346, 1964-1966.

²⁶⁶² Kahr-Tagebuch 1921-A, pag. 72 f.

eindeutig aus, wenn man allein die offiziellen Verlautbarungen der ehemaligen Kriegsgegner zu Grunde legte:

Bekanntlich hatte General Nollet schon vor der Konferenz von Spa mehrfach die Auflösung aller paramilitärischen Verbände in Deutschland eingefordert und in seinem jüngsten Ultimatum von 12. Oktober sogar ausdrücklich die ausbleibende Umsetzung der Entwaffnungsbestimmungen in Bayern moniert²⁶⁶³; bei seinem Drängen auf eine Einhaltung der Fristen konnte sich Reichskommissar Peters also durchaus auf die Stellungnahmen der Militär-Kontrollkommission berufen. Im Zusammenhang mit der Intervention im Maingau im April 1920²⁶⁶⁴ hatte Frankreich außerdem schon seine Bereitschaft und Fähigkeit demonstriert, auch bayerisches Territorium rechts des Rheines zu besetzen. Der als Sanktion gegen die Präsenz von Reichswehr und Freikorps in entmilitarisierten Ruhrgebiet deklarierte Vormarsch hatte die Besatzungsarmee dabei über Frankfurt und Darmstadt bis vor die Tore Aschaffenburgs geführt, Frankreich ließ also auch nach der Wiederherstellung des Friedens keinen Zweifel an seiner Entschlossenheit, die eigenen Interessen und Wünsche – wenn nötig mit Gewalt – durchzusetzen; die nun ausgesprochene Drohung, bei Verweigerung der Entwaffnung ggf. das Ruhrgebiet zu besetzen, war deshalb in jedem Fall ernst zu nehmen.

Gustav von Kahr musste deshalb wissen, welches Risiko mit einer Nichterfüllung der Forderungen verbunden waren, seine im Herbst 1920 ausgesprochene Hoffnung auf eine „stillschweigende, wohlwollende Haltung“²⁶⁶⁵ erscheint freilich dennoch keineswegs völlig aus der Luft gegriffen. Tatsächlich hatte die Staatsregierung durchaus Grund zu der Annahme, dass die Entente trotz aller Ankündigungen letztlich nicht auf eine vollständige Auflösung der Einwohnerwehr bestehen würde: So legte Frankreich erwartungsgemäß darauf Wert, die bundesstaatlichen und tendenziell anti-preußischen Kräfte im nun deutlich zentralistischer aufgebauten Reich zu stärken und war insofern schon prinzipiell nicht gut beraten, potenzielle Verbündete nachhaltig vor den Kopf zu stoßen. Dabei waren sich die politischen Verantwortlichen natürlich bewusst, dass das Quai d'Orsay den Freistaat nach wie vor als wichtigsten Motor des Föderalismus im Reich einstufte und immer noch mit dem Gedanken spielte, Bayern könne unter bestimmten Voraussetzungen

²⁶⁶³ Siehe Anm. 2515. Auch die britische Seite machte das Auswärtige Amt in diesem Zusammenhang abermals darauf aufmerksam, dass die Nichtentwaffnung der Einwohnerwehr dem Abkommen von Spa widerspreche und wies dabei auf das Einwohnerwehrschießen hin, vgl. Sthamer (deutscher Botschafter in London) an Auswärtiges Amt vom 14.10.1920 in PAAA, RA 98 391.

²⁶⁶⁴ Ministerratssitzung vom 17.4.1920, TOPI (Protokoll in MA 99 515) sowie die Dokumente bei Martens, Diplomatenberichte, 160 f.

²⁶⁶⁵ Ministerratssitzung vom 30.10.1920, TOP III (Protokoll in MA 99 515).

sogar zu einem Bruch mit Berlin bereit sein. Wie schon ausgeführt, hatte die Siegermacht nicht zuletzt deshalb darauf bestanden, in Bayern auch weiterhin eine mit allen diplomatischen Vollmachten ausgestattete Vertretung zu unterhalten.²⁶⁶⁶

Wohl als Zeichen des Entgegenkommens forderte Émile Dard den Ministerpräsidenten dann auch im bereits im August 1920 auf, der eigenen Regierung seine Position zur Einwohnerwehrfrage in einer Denkschrift darzulegen und gab somit der Hoffnung Nahrung, dass Frankreich Verhandlungen über die Zukunft des Selbstschutzes nicht prinzipiell ablehnend gegenüber stehe.²⁶⁶⁷ Tatsächlich hatte der Ministerpräsident seinem Gegenüber diese Sicht der Dinge bereits so nahe gebracht, dass Dard dem Außenministerium auch schriftlich empfahl, die Einwohnerwehr aus taktischen Erwägungen vorläufig weiter zu tolerieren: Neben den schon genannten Gründen gab er in seiner Stellungnahme außerdem zu bedenken, dass sich gerade die im Selbstschutz aktive, konservativ und monarchisch gesinnte Landbevölkerung am nachdrücklichsten gegen eine Unitarisierung des Reiches ausspreche.²⁶⁶⁸

Hatte Gustav von Kahr den französischen Vertreter vor Ort also bereits in bemerkenswertem Maße auf seine Seite gezogen, spekulierte er außerdem auf die leicht erkennbaren Interessensgegensätze zwischen den ehemaligen Alliierten, die insbesondere zwischen den Großmächten Frankreich und Großbritannien immer stärker zu Tage traten; nicht ohne Grund kamen die Regierungsvertreter beider Länder u. a. vor den Konferenzen von Spa oder London zu ebenso aufwendig gestalteten Vorbereitungssitzungen zusammen, um sich in komplizierten Gesprächen auf eine Verhandlungsstrategie gegenüber Deutschland zu einigen.²⁶⁶⁹ Nicht nur der bayerische Ministerpräsident setzte deshalb vor allem Hoffnungen in eine langsame Normalisierung des von vermeintlichen Erbfeindschaften unbelasteten Verhältnisses zum Vereinigten Königreich, das schon aus rein machtstrategischen Gründen kein Interesse an einem dauerhaften politischen Übergewicht Frankreichs auf dem Kontinent haben konnte. Er hielt es deshalb in der konkreten Situation für wahrscheinlich, dass Großbritannien in diesem Sinne alles unternehmen würde, um eine Besetzung des Ruhrgebietes unter Hinweis auf die ausbleibende Entwaffnung in Bayern zu verhindern.²⁶⁷⁰

²⁶⁶⁶ Siehe Kapitel VII B 3.3.

²⁶⁶⁷ Martens, Diplomatenberichte, Dok. 352 und 358.

²⁶⁶⁸ Vgl. Martens, Diplomatenberichte, 139 f.; Müller, Gesandtschaft, 220 f.

²⁶⁶⁹ So trafen sich die Alliierten nach San Remo zu drei Vorkonferenzen, um die Konferenz von Spa vorzubereiten, vgl. Salewski, Entwaffnung, 129.

²⁶⁷⁰ So Kahr etwa gegenüber dem württembergischen Gesandten: „Als ich auf die Gefahr der Besetzung des Ruhrgebiets im Falle der Weigerung hinwies, sagte Herr von Kahr, das sei das Gespenst, mit dem immer gedroht werde. Er halte es nicht für so sehr gefährlich, weil die Engländer zur Zeit jedenfalls das

Um diesbezüglich mehr Gewissheit zu erhalten, erschien es freilich ratsam, die eigenen Informationsquellen weiter zu diversifizieren, d. h. den Kreis der Ansprechpartner auf alliierter Seite nochmals zu erweitern: Kahr ersuchte deshalb einerseits erfahrene Diplomaten wie Casimir Graf von Leyden²⁶⁷¹ oder Alfred Graf von Oberndorff²⁶⁷², von ihren Verwandten und Vertrauensleuten im Ausland Stimmungsbilder einzuholen und sie zugleich zu ermuntern, im Rahmen ihrer Möglichkeiten – etwa durch Fürsprache an einflussreicher Stelle – das Anliegen der Einwohnerwehr zu unterstützen. Den gleichen Auftrag, allerdings mit besonderem Fokus auf Großbritannien, erhielt ebenfalls der frühere Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha, Carl Eduard, der als Verwandter des Königshauses über besonders wertvolle Kontakte verfügte und die Frage auch über die gewöhnliche Familienkorrespondenz anschnneiden konnte; so gelang es ihm beispielsweise im Oktober, bei einigen Mitgliedern der Berliner Militärkommission Stimmung für den Erhalt des bayerischen Selbstschutzes zu machen.²⁶⁷³ Als weiterer Mittelsmann zur Insel tritt außerdem Hans Wolfgang Herwarth von Bittenfeld in Erscheinung, der im Auftrag Kahrs im ihm vertrauten militärdiplomatischen Umfeld

größte Interesse hätten, daß die Besetzung nicht erfolge“ (Bericht Moser vom 31.10.1920; Benz, Moser, Dok. 42, 69); vgl. auch den Bericht Dard an Leygues vom 11.11.1920 (Martens, Diplomatenberichte, Dok. 469) mit der gleichen Einschätzung.

Eine andere Argumentation der Staatsregierung lautete, dass Frankreich ohnehin früher oder später das Ruhrgebiet besetzten wolle und dafür immer einen Vorwand finden werde; jetzt werde diese Drohung eben mit Hinweis auf die Nichtentwaffnung der Einwohnerwehr vorgebracht, eine Konzession in dieser Frage sei daher ganz nutzlos. Vgl. Zech an Auswärtiges Amt vom 22.9.1920 (PAAA, R 98 391) sowie die Ausführungen Kahrs im Ministerrat vom 30.10.1920 (Protokoll in MA 99 515) sowie Smallbones an Curzon vom 10.7.1920 (DBFP X, 359 f.).

²⁶⁷¹ Vgl. die Niederschrift Schelhorns zur Unterredung Kahrs mit Graf Leyden am 25.10.1920 über dessen Sondierungen in England und Frankreich (NL Kahr 31).

Zur Biographie von *Casimir Graf von Leyden* (1852-1938) vgl. den Überblick bei Gerhard Keiper - Martin Kröger (Bearb.), *Biographisches Handbuch des deutschen Auswärtigen Dienstes 1871-1945*, Bd. 3 L-R, Paderborn u.a. 2008, 68 f.

²⁶⁷² So bei Rudolf Morsey - Karsten Ruppert, *Die Protokolle der Reichstagsfraktion der deutschen Zentrumspartei* (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte 33), Mainz 1981, 209 (Sitzung vom 31.5.1921).

Zur Biographie von *Alfred Graf von Oberndorff* (1870-1963) – 1920/21 deutscher Gesandter in Warschau – vgl. Dirk Hecht, *Diplomatie, Krieg und Waffenstillstand. Das Leben des Diplomaten Alfred Graf von Oberndorff*, in: *Jahrbuch der Hambach-Gesellschaft* 26 (2019), 175-192.

²⁶⁷³ Vgl. die Mitteilungen Graf Sodens über die Nachrichten des Herzogs von Coburg (Stenogramm vom 27.10.1920 in NL Kahr 31), in denen Stuart Roddie (siehe Anm. 2677) als Mittelsmann Carl Eduards bezeichnet wird, sowie die Ankündigung eines Besuchs in München (Oberstallmeister Schack an Kahr vom 10.10.1920; MA 102 382); bei ihrem Besuch in Tegernsee am 14.11.1920 trafen sich Escherich und Kahr außerdem mit der Gattin Carl Eduards, Herzogin Viktoria Adelheid, vgl. Terminkalender Escherich, Eintrag 14.11.1920 (NL Escherich 6).

Zur Biographie von *Carl Eduard von Sachsen-Coburg-Gotha* (1884-1954) vgl. u. a. Hubertus Büschel, *Hitlers adliger Diplomat. Der Herzog von Coburg und das Dritte Reich*, Frankfurt am Main 2016.

Parallel dazu unterhielt Kahr regelmäßigen Kontakt mit einem weiteren Mitglied der Familie Sachsen-Coburg-Gotha, dem 1918 abgedankten Zaren von Bulgarien, Ferdinand. Thema der gemeinsamen Gespräche und Korrespondenzen waren hierbei u. a. Einschätzungen zum Verhalten alliierter Politiker, die Ferdinand persönlich kannte (Privatnachlass Kahr, Politische Korrespondenz).

sondierte.²⁶⁷⁴ Wohl eher mit Blick auf das katholisch geprägte Frankreich veranlasste der Ministerpräsident hingegen Eugenio Pacelli, in Rom immer wieder auf die Bedeutung der Einwohnerwehren für den Erhalt der inneren Ordnung hinzuweisen und den Heiligen Stuhl dementsprechend zu ersuchen, bei jeder passenden Gelegenheit auf internationaler Bühne in diesem Sinne zu wirken. Der Nuntius war freilich auch selbst von der Notwendigkeit der Einwohnerwehr überzeugt und fasste seine Berichte in dieser Angelegenheit deshalb meist in einem sehr nachdrücklichen Ton ab.²⁶⁷⁵

Stand dieser – allerdings mit schwer abschätzbaren Einfluss ausgestattete – Verbündete also fest auf der Seite Bayerns, profitierte Kahr schließlich auch weiterhin von den bereits bewährten und zugleich mit gewisser Vorsicht zu bewertenden Vermittlerdiensten Viktor Naumanns und Arnold Rechbergs. Meldete der frühere Pressechef des Auswärtigen Amtes etwa Anfang November, General Walch von der alliierten Kontrollkommission empfehle Bayern, die Entwaffnungsfrage möglichst lange dilatorisch zu behandeln²⁶⁷⁶, lief Rechberg Naumann in der Gunst des Ministerpräsidenten jedoch insgesamt langsam den Rang ab: Dem selbst erklärten Großindustriellen gelang es nämlich sogar, mit Oberst Stuart Roddie und Major Beddoes zwei Offiziere von eben dieser Kommission nach München einzuladen und mit ihnen für den 5. November eine gemeinsame Aussprache in einem Zimmer des Hotels Vier Jahreszeiten zu vereinbaren. Ergebnis des sehr langen und durchaus üppig gestalteten Abends, an dem auch Landeshauptmann Escherich und Stabschef Kriebel teilnahmen, war dann ein Bericht Roddies ans Foreign Office, der – nach anderen Hinweisen zu urteilen – offenbar ein sehr positives Bild des Ministerpräsidenten zeichnete und eine insgesamt günstige Stellungnahme für die Einwohnerwehr enthielt.²⁶⁷⁷

²⁶⁷⁴ Tagebuch Kahr 1921-A, pag. 245 und 263. Zu Herwarth siehe Anm. 2453.

²⁶⁷⁵ Vgl. Pacelli an Gasparri vom 18.8.1920 [URL: <<http://pacelli-edition.de/dokument.html?idno=1053>>; zuletzt eingesehen am 7.3.2021]; Pacelli an Tedeschini vom 23.10.1920 [URL: <<http://pacelli-edition.de/dokument.html?idno=341>>; zuletzt eingesehen am 7.3.2021]; zu den früheren Initiativen Pacellis siehe Anm. 2092.

²⁶⁷⁶ Demnach sei es am besten, die Frage auf „einen Tag nach dem jüngsten Tag“ zu verschieben, vgl. Naumann an Kahr vom 2.11.1920 (Bayerische Staatsbibliothek, Naumannia B. II, Gustav von Kahr).

²⁶⁷⁷ Vgl. der Bericht von der Unterredung bei Stewart Roddie, Peace Patrol, London 1932, 273-277 sowie die Erwähnung in: Rechberg an Kahr vom 7.2.1921 (Bundesarchiv Koblenz, NL Rechberg N 1049/44), Terminkalender Escherich, Eintrag 5.11.1920 (NL Escherich 6).

B. Ein Konflikt überlagert alles: Der Kampf um den Erhalt der Einwohnerwehr

Alle diese kleinen Teilerfolge und ermutigende Zeichen boten natürlich in keiner Weise eine Garantie, dass Gustav von Kahr mit seinem Anliegen bei der Entente letzten Endes durchdringen würde, berechtigten ihn jedoch insgesamt auf jeden Fall zu der Hoffnung, dass das Ultimatum aus der Feder General Nollets nicht das letzte Wort in der Entwaffnungsfrage bedeuten würde. Lässt man gleichzeitig das in Verhältnis zum Ministerpräsidenten und zur Staatsregierung gesetzte institutionelle Panorama Revue passieren, bestand für beide – strategisch betrachtet – also noch kein zwingender Anlass, sich primär darüber Gedanken zu machen, wie man die eigene Position unter Wahrung des eigenen Gesichts am geräuschlosesten räumen könnte. Denn standen, wie soeben gesehen, die Gesprächskanäle zur Entente weiterhin offen, konnte Kahr das Vorhandensein einer breiten und geschlossenen Unterstützerbasis in Bayern glaubhaft vermitteln, während der Reichsregierung aktuell weitgehend die Instrumente fehlten, um sich gegenüber dem Freistaat in dieser Frage allein durchzusetzen.

Die insgesamt vorteilhafte Position der Einwohnerwehr-Befürworter ergibt sich außerdem aus einer weiteren, in der Studie bisher nicht angestellten Erwägung: Immerhin sollte man jedoch nicht außer Acht lassen, dass Bayern bis Anfang November 1920 noch keineswegs alle Register gezogen hatte, um in der laufenden Auseinandersetzung die eigenen Interessen geltend zu machen. So hatte man es, nicht zuletzt aufgrund der warnenden Plädoyers Eduard Hamms²⁶⁷⁸, bisher weitgehend vermieden, auch gegenüber dem Reich auf klaren Konfrontationskurs zu gehen und dessen Entwaffnungsersuchen mit einem deutlich vernehmbaren Nein zu beantworten. Holte die Staatsregierung diese trotzig anmutende Geste – vorläufig in noch relativ konzilianter Form – nun also nach²⁶⁷⁹, gilt eine solche Reaktion in politischen Verhandlungen freilich nicht als definitive Absage, sondern vielmehr als weiteres taktisches Mittel, um die eigenen Reihen zu schließen und den Druck auf die andere Seite, d. h. ihre Kompromissbereitschaft, zu erhöhen. Ob so durchdacht oder nicht, bewegte sich der Ministerpräsident somit weiterhin im Rahmen einer in sich begründbaren Vorgehensweise, die im Fall einer taktisch klugen,

²⁶⁷⁸ Siehe Anm. 2560.

²⁶⁷⁹ Vgl. die – auf den prinzipiellen Beschluss im Ministerrat vom 30.10.1920 folgenden – Ausführungen Kahrs zur Einwohnerwehr in der Generaldebatte des Landtags am 10.11.1920 (Verh. Landtag 1920/21, Bd. I, 618-620).

d. h. im rechten Augenblick auch entgegenkommenden Fortführung der Gespräche durchaus realistische Aussichten auf einen bayerischen Prestigeerfolg eröffnete – dabei hätte bereits der Erhalt einer verkleinerten Einwohnerwehr völlig zu Recht eine solche Bewertung verdient gehabt.

Hierzu kam es indes bekanntlich nicht: Trotz der eigenen, offenkundig passablen Ausgangslage musste Kahr vielmehr nach einem monatelangen, die übrige Regierungsarbeit spürbar überlagernden Konflikt Ende Mai 1921 doch in die formale Auflösung der Einwohnerwehr einwilligen und damit abermals den raschen Wandel vom fest etablierten zum politisch angeschlagenen Regierungschef hinnehmen. Zentrales Anliegen des soeben begonnenen Kapitels ist es deshalb, so weit wie möglich zu klären, aus welchen Gründen der Ministerpräsident die ihm gebotene Gelegenheit schließlich nicht nutzen konnte und sich im Zuge dessen auch selbst immer stärker angreifbar machte. Dabei unterteilt die Darstellung die komplizierte und manchmal auch verwirrende Abfolge der Ereignisse in insgesamt vier Phasen, wobei von vorneherein betont werden soll, dass die letztlich entscheidenden Weichenstellungen jetzt sehr schnell, d. h. spätestens bis Februar 1921, erfolgten. Die teils erbittert geführten Auseinandersetzungen der verbleibenden Monate konnten dann an der im Grunde bereits gefallenen Entscheidung gegen die Einwohnerwehr nichts mehr ändern, trugen freilich dazu bei, dass alle Beteiligten nachhaltigen politischen Schaden erlitten: Während die Reichsregierung, auch von Streit mit Bayern zermürbt, Anfang Mai 1921 schließlich zurücktrat, verspielte Gustav von Kahr, der die Aussichtslosigkeit einer weiteren Verteidigung „seiner“ Einwohnerwehr lange Zeit nicht wahrhaben wollte, wiederum viel Vertrauen in seinen Unterstützerkreisen und bis zu einem gewissen Grad auch den Nimbus des unbeugsamen Staatsmanns. Im Nachhinein betrachtet, verdienen die z. T. irrational anmutenden Rückzuggefechte Bayerns also vielleicht gar nicht so sehr wegen ihres Verlaufs, sondern mindestens ebenso im Hinblick auf ihre Sprengkraft im landespolitischen Kontext – von den schwerwiegenden Folgen für die Kahr'sche Sicherheitsarchitektur ganz abgesehen – rückblickend Aufmerksamkeit.

1. Die verpasste Chance auf einen Kompromiss: Blockade statt Lösungsvorschläge

Die letztlich entscheidenden Regiefehler unterliefen Kahr und seinen Ratgebern, wie soeben angedeutet, bereits in den Konsultationen mit Vertretern der Entente und der Reichsregierung, die auf die explizite Weigerung Bayerns folgten, die vom Entwaffnungskommissar Peters angemahnten Fristen einzuhalten. Die erste der

genannten Phasen, die sich von November 1920 bis Februar 1921 erstreckte, trägt deshalb die Überschrift „Die verpasste Chance auf einen Kompromiss“: Denn agierte Ministerpräsident Kahr im Herbst 1920 auch in mehrerer Hinsicht aus einer Position der Stärke, war er sich offenbar nicht darüber im Klaren, dass diese Tatsache nicht mit der Fähigkeit gleichzusetzen war, die eigenen Forderungen ohne Abstriche durchzusetzen, sondern ihm lediglich eine vergleichsweise aussichtsreiche Verhandlungsposition verschaffte, die Konzessionen von Seiten der eigentlich auf Erfüllung pochenden Siegermächte zumindest nicht von vorneherein ausschloss.

In Übereinstimmung mit dieser Einschätzung fiel die Reaktion auf den Protest Bayerns dann auch nicht sofort schroff ablehnend aus, sondern Kahr erhielt eine Einladung nach Berlin²⁶⁸⁰, um dort im direkten Gespräch mit den zuständigen Ressortministern und den Repräsentanten der Entente Lösungen für den entstandenen Konflikt zu suchen. Der Ministerpräsident kam dieser Einladung in der letzten Novemberwoche nach und hatte nun also die Möglichkeit, konstruktive Überzeugungsarbeit im Sinne der Einwohnerwehr zu leisten.²⁶⁸¹ Sowohl in den Unterredungen mit dem britischen Botschafter d'Abernon als auch im Austausch mit General Nollet vertrat Kahr jedoch weiterhin einen völlig intransigenten Standpunkt, konkret die Ansicht, dass Bayern auf keinen Fall in eine wie auch immer geartete Schwächung gegenüber den staatsfeindlichen Kräften im Inneren einwilligen könne. War d'Abernon gegenüber solchen Argumenten offenbar durchaus empfänglich²⁶⁸² und wies Kahr dann auch nicht direkt ab, sah hingegen Charles Nollet nach solchen Darlegungen hin überhaupt keinen Anlass mehr, das Gespräch fortzusetzen und geleitete den bayerischen Gast ohne sachliche Erwiderung direkt aus dem

²⁶⁸⁰ Kahr war auf den Vorschlag, in Berlin mit der Reichsregierung und den Vertretern der Entente persönlich über die Einwohnerwehrfrage zu verhandeln, offenbar zunächst nicht eingegangen und hatte auf Terminprobleme verwiesen, vgl. D'Abernon an Curzon vom 21.10.1920 (DBFP X, 402) sowie Haniel an Zech vom 14.11.1920 (Bundesarchiv Berlin, R 707/1).

²⁶⁸¹ Der Aufenthalt Kahrs in Berlin Ende November 1920 fand erhebliche öffentliche Beachtung: ‚Die Besprechungen Herrn v. Kahrs in Berlin‘, in: Berliner Tageblatt Nr. 344 vom 27.11.1920; ‚Kahr in Berlin‘, in: MZ Nr. 327 vom 26.11.1920; ‚Herr von Kahr in Berlin‘, in: MZ Nr. 328 vom 27.11.1920; ‚Herr von Kahr in Berlin‘, in: MZ Nr. 329 vom 28.11.1920.

Vgl. auch Edgar Vincent Lord d'Abernon, *An Ambassador of Peace. Lord Abernons Diary. Vol. I. From Spa (1920) to Rapallo (1922)*, London 1929, 94 f.; Charles Nollet, *Une expérience de désarmement. Cinq ans de contrôle militaire en Allemagne*. Paris 1932, 219-222; Karl J. Mayer, *Die Weimarer Republik und das Problem der Sicherheit in den deutsch-französischen Beziehungen, 1918-1925* (Europäische Hochschulschriften, Reihe III - Geschichte und ihre Hilfswissenschaften 440), Frankfurt am Main 1990, 54-56.

²⁶⁸² So schätzte der britische Botschafter die Einwohnerwehr in einem Bericht nach London als Instrument ein, um Unruhen von links einzudämmen, vgl. D'Abernon an Curzon vom 23.11.1920 (DBFP X, 448-450); dementsprechend auch die französische Bewertung der Haltung d'Abernons: Laurent an Leygues vom 13.11.1920, Saint-Quentin an Leygues (Martens, *Diplomatenberichte*, Dok. 473 und 534; Jacques Bariéty (Bearb.), *Documents Diplomatiques Françaises 1920 - Tome III*, Paris 2002, Dok. 301) sowie auch Rechberg an Kahr vom 22.11.1920 (Bundesarchiv Koblenz, NL Rechberg 1049/44).

Zimmer.²⁶⁸³ Kahr ließ sich jedoch auch von dieser nur schlecht verhüllten Abfuhr – zumindest nach außen hin – nicht entmutigen und signalisierte der Reichsregierung vor der Abreise seine unverminderte Entschlossenheit, auf seiner Position zu beharren.²⁶⁸⁴ In eine Handlungsaufforderung übersetzt, rief er die Berliner Minister also abermals auf, gegen alle eintreffenden Entwaffnungsnoten mit Gegendarstellungen zu antworten und ansonsten auf eine dilatorische Behandlung der Angelegenheit, d. h. auf Zeitgewinn, zu setzen.

Die Reichsregierung sah ein solches Vorgehen inzwischen skeptisch²⁶⁸⁵, nach Abstimmung mit Kahr richtete Simons dennoch eine weitere Note an Nollet, die alle bayerischen Argumente für den Beibehalt der Einwohnerwehr noch einmal zusammenfasste, musste sich allerdings in seinen Befürchtungen bestätigt sehen, als der Adressat nur zwei Tage später die Darlegungen des deutschen Außenministers klar zurückwies und erneut auf seinen bekannten Standpunkt, d. h. einer unverzüglichen Durchführung der Entwaffnung, beharrte.²⁶⁸⁶ Die Sachlage war damit kaum mehr zu verkennen und ließ ein gewisses Entgegenkommen im Sinne der eher kompromissbereiten Vertreter der Entente geraten erscheinen, zumal Ende Januar eine erneute Konferenz der Siegermächte in Aussicht stand, die sich allgemein mit dem Vollzug des Friedensvertrags – inklusive der Reparationsfrage – beschäftigen sollte. Die Ausformulierung und Übergabe eines konstruktiven Verhandlungsangebots, das die deutsche Position eigentlich nur stärken konnte, stand also ohnehin auf der Tagesordnung und konnte von der Gegenseite auch nicht einfach als anlasslose Wiederholung bereits vorgebrachter Wünsche abgetan werden.

Um Neujahr 1921 von britischen und sogar belgischen Diplomaten noch besonders auf dieses günstige Zeitfenster aufmerksam gemacht²⁶⁸⁷, drängte das Auswärtige Amt Gustav

²⁶⁸³ So Laurent an Leygues vom 27.11.1920 (Martens, Diplomatenberichte, Dok. 501). Vgl. die analoge Darstellung bei Geßler, Reichswehrpolitik, 210 f. sowie auch bei Ferner, Deuxième Bureau, 338.

²⁶⁸⁴ Vgl. die Ausführungen Kahrs nach seinem Besuch: Bericht Moser vom 29.11.1920 (Benz, Moser, Dok. 45, 71) sowie Ministerratssitzung vom 29.11.1920 (Protokoll in MA 99 515).

²⁶⁸⁵ Der preußische Gesandte Zech bezeichnete das Vorhaben, Nollet in einer Note abermals auf die besonderen Verhältnisse in Bayern hinzuweisen, sogar als „lächerlich“ (Benz, Moser, Dok. 46, 72). Kahr hatte den Entwurf der Note zuvor noch als „flau und matt“ bezeichnet und dem Auswärtigen Amt Abänderungsvorschläge übermittelt (Ministerratssitzung vom 6.12.1920; Protokoll in MA 99 515).

²⁶⁸⁶ Salewski, Entwaffnung, 158 f. Vgl. Nollet an Auswärtiges Amt vom 11.12.1920 (Bundesarchiv Berlin, R 707/10).

²⁶⁸⁷ Vgl. die Aufzeichnung Schubert (Auswärtiges Amt) über seine Unterredung mit dem britischen Mitglied der Militärkontrollkommission, Neil Malcolm: Demnach stimmte Malcolm der Einschätzung zu, dass die Einwohnerwehr aktuell nicht aufgelöst werden könne, „bedauerte [aber], daß in unserer Antwortnote nicht ein stufenweiser Abbau der Einwohnerwehr vorgeschlagen worden sei. Er riet dringend, dies, wenn möglich, noch zu tun.“ (Aufzeichnung Schubert vom 28.12.1920; Bundesarchiv Berlin, R 707/10) sowie den Bericht Frerichs vom 2.1.1921 (Bundesarchiv Berlin, R 707/5).

von Kahr deshalb nun auch ganz massiv, die bisherige Verweigerungshaltung aufzugeben und gerade jetzt mit eigenen Vorschlägen zum partiellen Abbau der Einwohnerwehr einen besonders effektvollen Kurswechsel zu vollziehen – immerhin warteten einige Pariser Konferenzteilnehmer nur darauf, die Gespräche mit Hilfe einer entsprechenden Vorlage aus Bayern in eine günstige Richtung zu lenken. Neben Legationsrat Frerichs und Reichsaußenminister Simons versuchten deshalb auch Eugen Schiffer oder Vizekanzler Rudolf Heinze Kahr bei persönlichen Gesprächen von der Gebotenheit eines solchen Schrittes zu überzeugen und führten ihm u. a. vor Augen, dass schon mit einer Kontingentierung oder Dezentralisierung der Strukturen viel gewonnen sei.²⁶⁸⁸ Die Enttäuschung und Frustration auf Berliner Seite fiel deshalb umso größer aus, als der bayerische Ministerpräsident auch diese Darlegungen mit Nachdruck von sich wies und sich kategorisch weigerte, dem vorgetragenen Wunsch zu entsprechen.²⁶⁸⁹

Wohl nicht nur zu ihrer eigenen Überraschung trafen die genannten Mittelsmänner nämlich auf einen Ministerpräsidenten, der sowohl verhandlungstaktisch als auch sachlich zu einer völlig anderen Einschätzung der Gesamtsituation kam: Denn Kahr verwies in diesen Wochen wiederholt darauf, dass er von „maßgebenden englischen Persönlichkeiten“²⁶⁹⁰ Winke erhalten habe, die eher auf eine Isolation Frankreichs unter seinen Verbündeten oder zumindest auf eine Vertagung der Angelegenheit schließen ließen. Unter diesen Umständen würde deshalb ein voreiliges Angebot auf der Gegenseite keineswegs als selbstsichere Geste des Entgegenkommens, sondern vielmehr als kleinmütiges Signal des Zurückweichens und Nachgebens eingestuft werden.²⁶⁹¹ Im Ministerrat fand Kahr sogar noch deutlichere Worte und bezeichnete das empfohlene Vorgehen als „Waffenstrecken am Beginne des Erfolgs“²⁶⁹², das die bisherigen

²⁶⁸⁸ Vgl. den Bericht von Legationsrat Frerichs vom 2.1.1921 (Bundesarchiv Berlin, R 707/5): „Ich habe Herrn v. Kahr unverzüglich mitgeteilt, daß bestimmte Vorschläge über den Abbau der Einwohnerwehr dringend erwünscht seien, weil dadurch die Stellung der entgegenkommenden Persönlichkeiten innerhalb der alliierten Regierungen gestärkt würde und sie ihren Einfluß gegenüber den intransigenten Elementen mit größerem Nachdruck geltend machen könnten.“

Zu den Unterredungen mit Schiffer und Heinze vgl. Tagebuch 1921-A, pag. 9 und 20. Walter Simons richtete noch einmal ein persönliches und ein offizielles Schreiben an Kahr, in denen er betonte, dass Deutschland angesichts der zu erwartenden alliierten Beschlüsse mit eigenen Vorschlägen zur Entwaffnung auftreten müsse und auch darauf verwies, dass sich das Reich sehr für die bayerischen Interessen eingesetzt habe, vgl. Simons an Kahr vom 6.1.1921 und vom 7.1.1921 (ADAP IV, 223-225, 230 f.)

²⁶⁸⁹ Nach Scheitern aller Überzeugungsversuche teilte Simons Botschafter Mayer deshalb mit, dass keine Abbau-Vorschläge der bayerischen Regierung mehr zu erwarten seien und deshalb darauf verzichtet werden müsse, auf diese Weise Einfluss auf die alliierten Beratungen zu nehmen (Simons an Mayer vom 15.1.1921; Bundesarchiv Berlin, R 707/5). Zur strikt ablehnenden Reaktion Kahrs siehe v.a. Anm. 2702.

²⁶⁹⁰ Zitat aus Tagebuch Kahr 1921-A, pag. 9 (Unterredung mit Eugen Schiffer); fast wortgleich: Bericht Frerichs an Auswärtiges Amt vom 6.1.1921 (Bundesarchiv Berlin, R 707/5).

²⁶⁹¹ So auch die Argumentation Kahrs in seinem Antwortschreiben an das Auswärtige Amt vom 10.1.1921 (ADAP IV, 239-244).

²⁶⁹² Ministerratssitzung vom 10.1.1921, TOP VIII, Protokoll in MA 99 516.

Bemühungen zunichtemache und allen denjenigen in den Rücken falle, die v.a. in England Überzeugungsarbeit für die Einwohnerwehr leisteten – die demonstrativ gezeigte Zuversicht deckte sich also ohne Zweifel mit seiner tatsächlichen Überzeugung. Bei allem zweifellos mitschwingenden Zweckoptimismus drängt sich deshalb auch die Schlussfolgerung auf, dass Kahr inzwischen begann, die kritische Lage prinzipiell zu verkennen und zunehmend dazu neigte, ihm genehme Informationen in ihrer Bedeutung zu überschätzen. Ein wichtiger Grund könnte hierfür etwa sein, dass er in seinem politischen Umfeld inzwischen eine zu hegemoniale Stellung erlangt hatte und deshalb – von den ohnehin gewohnten Ausnahmen abgesehen – kaum noch mit nachhaltiger Kritik oder zweifelnden Rückfragen aus den eigenen Reihen konfrontiert wurde. In Kombination mit zahlreichen, auf eine harte Linie pochenden Delegationen²⁶⁹³ sprechen in dieser Hinsicht auch die wiederholt ausgesprochenen, fast einhelligen Unterstützungskundgebungen in Koalition, Fraktion und Ministerrat unverkennbar Bände.²⁶⁹⁴ Mindestens ebenso gut fundierte, aber unbequeme Mitteilungen aus Berlin liefen in dieser Atmosphäre hingegen vermehrt Gefahr, als störende Misstöne in einem ansonsten harmonischen Chor wahrgenommen zu werden, die interessierte Kreise vielleicht auch aus eigenem Kalkül lancierten.²⁶⁹⁵

Von der konkreten Bewertung bestehender Erfolgsaussichten abgesehen, wollte Kahr in der Pariser Konferenz jedoch auch deshalb keine Gelegenheit für eine diplomatische Initiative erkennen, da er sich von einem mit Konzessionen herbeigeführten Kompromiss auch prinzipiell keine erstrebenswerten Vorteile versprach. Eine politisch möglicherweise noch so opportune Reduktion des Selbstschutzes kam aus seiner Sicht nämlich immer noch einem unverantwortlichen Akt des Leichtsinns nahe, wenn sie gleichzeitig mit der Preisgabe zentraler Interessen Bayerns erkaufte werden musste und das Land unkalkulierbarer Bedrohungen auslieferte.²⁶⁹⁶ Konkret führte Kahr in diesem

²⁶⁹³ Siehe Anm. 2591; vgl. auch die Einschätzung Dandls bei den Verhandlungen Ende Mai 1921: „Die öffentliche Meinung ist zweifellos dafür, daß Kahr nachgeben soll; er selbst aber bezieht seine Informationen nur aus den der E.W. nahestehenden Kreisen und sonstigen streng partikularistischen Zirkeln.“ (Dandl an Wirth vom 25.5.1921; Bundesarchiv Koblenz, NL Wirth 1342/69).

²⁶⁹⁴ Vgl. den Beschluss der BVP-Fraktion vom 19.1.1921 (Kraupa, BVP-Fraktion, 61): „Nach vertraulichen Mitteilungen kam einmütig zum Ausdruck, daß die Fraktion in dieser Frage einmütig hinter der Regg. Kahr steht.“

²⁶⁹⁵ Ein derartiges, auch in der Presse lanciertes Gerücht lautete etwa, dass der ehem. Reichsfinanzminister Erzberger versuche, in der BVP Stimmung gegen Kahr zu machen, um so die Aussichten auf ein politisches Comeback zu verbessern, vgl. den Leitartikel des Chefredakteurs der Münchener Zeitung, Adolf Schiedt: Der Kampf gegen Kahr, in: MZ Nr. 321 / 322 vom 20./21.11.1920 sowie Rheinisch-Westfälisches Wirtschaftsarchiv, NL Reusch 30019390/6 (Zeitungsausschnitte).

²⁶⁹⁶ Tagebuch 1921-A, pag. 25: „Ohne Ordnung gibt es keine Arbeit, ist jeder Verdienst, jeder Besitz wertlos. Ordnung aber kann nur erzwungen werden mit Waffen, darum behält die E.W. ihre Waffen, solange das notwendig ist.“

Sinne zum einen an, dass eine in ihrem Bestand ungeschmälerte Einwohnerwehr schon als repressives Instrument unverzichtbar sei, da die radikale Linke weiterhin auf eine Unterminierung der staatlichen Ordnung hinarbeite und in diesem Bestreben von verschiedenen Entwicklungen im In- und Ausland begünstigt werde; die Abwehr des Bolschewismus stand somit weiterhin auf der Tagesordnung.²⁶⁹⁷ Daneben betonte er jedoch auch immer wieder, dass der Einwohnerwehr darüber hinaus gleichermaßen eine wichtige gesellschaftliche Funktion zukomme, da sie dazu beitrage, das Grundvertrauen der Bevölkerung in ein stabiles Gemeinwesen wiederherzustellen und deshalb inzwischen so weite Anerkennung erworben habe, dass ein plötzlicher Abbau als fatales Signal aufgefasst werden würde.²⁶⁹⁸ Vor allem auf dem Land stehe daher zu erwarten, dass ein großer Teil der Wehrmänner solche Anweisungen einfach ignorieren und versuchen würden, ihre Waffen unter der Hand zu behalten. Eine entsprechende Order sei deshalb in der Praxis nur gegen großen Widerstand oder überhaupt nicht zu vollziehen, und jede Regierung, die sie dennoch erlasse, setze sich sehenden Auges der Gefahr aus, die eigene politische Autorität nachhaltig zu beschädigen²⁶⁹⁹ – gegen den Strich gelesen, bedeutete dies freilich auch, dass der Ministerpräsident keine Handhabe gegen den massenhaften Waffenbesitz in den Händen von Zivilisten sah und damit indirekt bestehende Grenzen der Kontrolle über die Einwohnerwehr einräumte.

Andererseits machte Kahr mehrfach darauf aufmerksam, dass er eine freiwillige Selbstreduktion der Einwohnerwehr als weiteren Schritt auf dem Weg der sog. Erfüllungspolitik betrachten müsse, in die man jedoch längst kein Vertrauen mehr setzen könne, da sie sich wiederholt als Sackgasse erwiesen habe: Trotz aller geleisteten Unterschriften gebe die die Entente nämlich bisher in keiner Weise die Bereitschaft zu einer mildereren Behandlung des unterlegenen Kriegsgegners zu erkennen, die erhoffte Belohnung für die gezeigte Kooperationsbereitschaft sei also ausgeblieben.²⁷⁰⁰ Doch nicht nur das: Mit dem wiederholten Eingehen auf offenkundig unerfüllbare Forderungen

²⁶⁹⁷ So der wiederholte Hinweis Kahrs in der Ministerratssitzung vom 10.1.1921, Protokoll in MA 99 516.

²⁶⁹⁸ Kahr betonte in diesem Sinne wiederholt die soziale Funktion der Einwohnerwehr, deren Bedeutung somit über den reinen Selbstschutz hinausgehe, vgl. Smallbones an Curzon vom 13.10.1920 (DBFP X, 399); Ministerratssitzung vom 22.10.1920, Protokoll in MA 99 515.

²⁶⁹⁹ So die Argumentation Kahrs in der Ministerratssitzung vom 24.3.1921 (Protokoll in MA 99 516) sowie gegenüber dem Gesandten Dard (Tagebuch Kahr 1921-A, pag. 141).

²⁷⁰⁰ Vgl. den Bericht des württembergischen Gesandten nach einer Unterredung mit Kahr am 31.1.1921 (Benz, Moser, Dok. 49) sowie den Hinweis Kahrs im Gespräch mit Vizekanzler Heinze: „Ich erwiderte, ich bitte, es mir nicht zu verübeln, wenn ich der Anschauung Ausdruck gebe, daß diese Politik falsch sei., Eine solche Politik verfolge nun die Reichsregierung seit Jahr und Tag und habe dabei nur Mißerfolge erzielt. Es sei nicht verlockend, dieser Spur noch weiterhin zu folgen.“ (Tagebuch Kahr 1921-A, pag. 130). Gerade in diesem Zusammenhang entbehrte das Argument freilich einer gewissen Logik, da die Vorlage eines Verhandlungsangebots in Sachen Entwaffnung der Zivilbevölkerung eben der deutschen Seite Spielraum in Bezug auf die zumindest langfristig viel bedeutendere Reparationsfrage verschaffen sollte.

befinde sich das Reich außerdem auf dem beste Wege, die eigene Glaubwürdigkeit dauerhaft zu untergraben, da über kurz oder lang unweigerlich der Moment der beschämenden Selbstoffenbarung ins Haus stehe und die vermeintlich gewonnene Zeit nur dazu führe, Deutschland in weitere Abhängigkeiten und Widersprüche zu verstricken.²⁷⁰¹ Das Credo des Ministerpräsidenten lautete deshalb, dass er auch gegenüber der Entente stets bei der Wahrheit bleiben, d. h. in diesem Fall die Unverzichtbarkeit des Selbstschutzes betonen müsse und – wenn nötig – lieber die angedrohten Sanktionen in Kauf nehmen wolle, als aus eigenem Entschluss den kurz- und mittelfristigen Interessen Bayerns zu schaden.

Die wiederholten Apelle aus Berlin mussten angesichts einer solchen, von festgefügtten Überzeugungen getragenen Haltung fast zwangsläufig ins Leere laufen: Von den trotz allem fortgesetzten Vorstößen wohl selbst zunehmend verstimmt, ließ sich Kahr in einer Aussprache mit Legationsrat Frerichs deshalb sogar zu der Bemerkung hinreißen, ihm sei, wenn er nur gegen seine Überzeugung Zugeständnisse erreichen könne, im Zweifel auch „ein Diktat lieber“.²⁷⁰² Das Auswärtige Amt musste sich letzten Endes also eingestehen, dass es in diesem Fall vor einer unüberwindbaren Mauer der Ablehnung stand. Am 15. Januar klang Außenminister Simons deshalb fast schon etwas resigniert, als er den Pariser Botschafter Mayer in Kenntnis setzte, dass man nun leider doch nicht in der Lage sei, der Konferenz im Vorfeld eigene Vorschläge zu übermitteln²⁷⁰³ – ganz gegen die eigenen Absichten musste man nun so wiederum untätig die Ergebnisse der interalliierten Beratungen abwarten.

2. Wendepunkt des Konflikts: Die Isolation Bayerns nach dem Pariser Ultimatum

2.1 Am Scheideweg: Die Forderungen der Alliierten

Wie von Berlin befürchtet, wick diese Ungewissheit dann am 29. Januar – nach dem Vorbild von Versailles oder auch Spa – abermals einer massiven Ernüchterung und alle bei Kahr aufgetretenen Warner sahen sich wohl unliebsam bestätigt: Neben erstmaligen „Vorschlägen“ zur Bezifferung eines Gesamtbetrages der deutschen Reparationsschuld, die sich demnach auf die astronomische Summe von 226 Millionen Goldmark belaufen sollte, enthielten die sog. Pariser Beschlüsse nämlich auch Festlegungen zur

²⁷⁰¹ Tagebuch Kahr 1921-A, pag. 183 f., 202, 232.

²⁷⁰² So als Zitat im Bericht Frerichs vom 13.1.1921 (Bundesarchiv Berlin, R 707/5).

²⁷⁰³ Simons an Mayer vom 15.1.1921 (Bundesarchiv Berlin, R 707/5); so dann auch die Bemerkung des britischen Außenministers Curzon gegenüber dem deutschen Botschafter in London nach der Konferenz, dass es angesichts fehlender Abbau-Vorschläge schwierig gewesen sei, Konzessionen zu erreichen (Haniel an preußische Gesandtschaft München vom 31.1.1921; ebd.).

Entwaffnungsfrage, bei denen es sich unverkennbar im Stile definitiver Vorgaben abgefasst waren. Konkret enthielt die schnell als „Pariser Diktat“ bezeichnete Note ein neuerliches Ultimatum, das die Reichsregierung nun verpflichtete, bis 15. März ein weiteres Gesetz zum Verbot aller Selbstschutzorganisationen verabschieden zu lassen und bis Mitte des Jahres alle bestehenden Einwohnerwehren, Orgesch-Verbände usw. vollständig aufzulösen.²⁷⁰⁴ Zur Begründung verwiesen die alliierten Regierungen darauf, dass nicht nur die eigentlich längst fällige Entwaffnung der Zivilbevölkerung erst begonnen habe, Deutschland weigere sich bisher darüber hinaus, gegen die Fortexistenz zahlreicher irregulärer paramilitärischer Gruppen einzuschreiten und verstoße damit eindeutig und fortgesetzt gegen den Friedensvertrag. Eine weitere Nichterfüllung oder Sabotage werde deshalb dieses Mal unweigerlich die Besetzung zusätzlicher deutscher Gebiete und die Errichtung einer Zollgrenze zum besetzten Rheinland nach sich ziehen. Die übermittelte Botschaft fiel also völlig eindeutig aus und ließ auch der bayerischen Staatsregierung keinen Interpretationsspielraum mehr: Prägnant ausgedrückt, hatte man es letztlich über zweieinhalb Monate versäumt, gegenüber Paris und London in irgendeiner Form Verhandlungsbereitschaft zu signalisieren und stand deshalb jetzt vor der Wahl, die präsentierten Forderungen als Paket anzunehmen oder aber sie pauschal abzulehnen. Wie zur Bekräftigung dieser Tatsache hielt Gustav von Kahr dann bereits am 2. Februar ein Telegramm in Händen, in dem Walter Simons den Ministerpräsidenten darauf hinwies, dass jetzt in der Entwaffnungsfrage nachgegeben werden müsse, um wenigstens noch bei den Reparationen günstigere Bedingungen erreichen zu können.²⁷⁰⁵ Reichskanzler Fehrenbach bat Kahr deshalb, an einer kurzfristig anberaumten Konferenz mit allen Ministerpräsidenten in Berlin teilzunehmen, bei der bereits am 5. Februar das weitere Vorgehen abgestimmt und festgelegt werden sollte.²⁷⁰⁶

Gleichzeitig schuf Berlin schon im Vorfeld des Treffens von sich aus erste Fakten: So unterbreitete die Reichsregierung das „Pariser Diktat“ – wahrscheinlich in erster Linie wegen seines Charakters als formeller Beschluss der alliierten Regierungen, aber sicherlich auch angesichts des herrschenden Zeitdrucks – unverzüglich dem Reichstag sowie der Presse²⁷⁰⁷ und stellte damit die Debatte sogleich auf eine neue Ebene. Waren

²⁷⁰⁴ Leonhard Gomes, *German Reparations. A Historical Survey*, Basingstoke 2010, 47-65; Salewski, *Entwaffnung*, 160 f.

²⁷⁰⁵ Telegramm Simons an Kahr vom 2.2.1921 in Bundesarchiv Berlin, R 707/5; vgl. die Ausschnitte bei Salewski, *Entwaffnung*, 161.

²⁷⁰⁶ Tagebuch Kahr 1921-A, pag. 45.

²⁷⁰⁷ Verh. Reichstag, Bd. 366, Anlage 1640; ‚Das Diktat von Paris‘, in: MZ Nr. 29 vom 31.1.1921; ‚Die Entwaffnungsnote‘, in: MZ Nr. 30 vom 1.2.1921.

die Mehrzahl der bisherigen Ultimaten nämlich erst mit Zeitverzögerung bekannt geworden, konnte jetzt auch die bayerische Staatsregierung den Ernst der Lage nicht mehr durch beruhigende oder verschleierte Stellungnahmen beschönigen und sah sich ihrerseits gezwungen, den eigenen Standpunkt in einer zeitnahen Reaktion in gleicher Weise öffentlich klarzustellen. Ihr blieb also kaum eine andere Wahl, als ebenfalls direkt die beunruhigte Koalition mit der neuen Sachlage zu befassen und sich damit schneller als gewohnt vor einem größerem Forum in nachprüfbarer Weise festzulegen; dagegen bestand dieses Mal keine Möglichkeit zu einer vorherigen Abstimmung zwischen Gustav von Kahr und Reichsminister Simons, die es bisher zumindest in der Regel erlaubt hatten, nach außen hin mit gemeinsam definierten Sprachregelungen aufzutreten.²⁷⁰⁸

Freilich war inzwischen ohnehin kaum mehr zu erwarten, dass sich die Reichsregierung wiederum bereitfinden würde, so viel Rücksicht auf die Befindlichkeiten Bayerns zu nehmen oder gar abermals gegenüber den Alliierten die eindeutig gescheiterte Strategie des passiven Beharrens auf einem ablehnenden Standpunkt zu verfolgen. Angesichts der Kombination mit der Reparationsfrage, dem steigenden öffentlichen Druck auf den Freistaat²⁷⁰⁹, aber auch vor dem Hintergrund der Enttäuschung über das Verhalten Bayerns in den vergangenen Monaten musste sich Kahr vielmehr darauf einstellen, mit jeder weiteren Verteidigung der Einwohnerwehr ab sofort auf massiven Widerstand des Reiches und der anderen Länder zu stoßen. Stattdessen stand spätestens jetzt die bisher noch unausgesprochene Forderung im Raum, nun eindeutig Farbe zu bekennen und im Interesse des Ganzen den im Simons-Telegramm angekündigten Kurs zu unterstützen. In Verbindung mit den genannten Faktoren tat schließlich auch die knappen Fristen ein Übriges, um den politischen Druck spürbar zu erhöhen und eine zeitnahe Entscheidung auf Reichsebene in greifbare Nähe zu rücken – bei ausbleibender Einigung möglicherweise auch gegen den Willen Bayerns. Kahr reagierte auf diese Situation auf seine eigene Weise: Er nahm sich am 3. Februar, d. h. an einem ganz gewöhnlichen Donnerstag, spontan frei und fuhr ohne Vorankündigung im Ministerium für ein paar Stunden ins Münchener Umland, um kurz Abstand von den Geschehnissen zu gewinnen und sich in ruhiger Umgebung persönlich auf die nun angebrachten Schritte besinnen zu können; am Abend empfing der Ministerpräsident außerdem Ernst Pöhner zu einem Gedankenaustausch unter vier Augen, der erst um 1 Uhr morgens zu Ende ging und

²⁷⁰⁸ So etwa bei den Vereinbarungen zur Gestaltung und Anwendung des ersten Entwaffnungsgesetzes im Juli / August 1920, siehe Anm. 2125.

²⁷⁰⁹ So hatten Zentrum, DDP und SPD im Württembergischen Landtag bereits Ende November 1920 einen Antrag in Bezug auf die bayerische Einwohnerwehr eingereicht, vgl. Ministerratssitzung vom 29.11.1920, TOP I (Protokoll in MA 99 515).

nochmals die Vertrauensstellung des Polizeipräsidenten unterstreicht.²⁷¹⁰ Das intensive Abwägen des Für und Wider der denkbaren Optionen bestärkte ihn dabei in seiner bisherigen Haltung und ließ die Entscheidung reifen, auch weiterhin jedes substanzielle Zugeständnis in der Entwaffnungsfrage zu verweigern. Mochte hierfür möglicherweise auch das Gespräch mit Ernst Pöhner, der wohl eine eindeutige Meinung zum Ausdruck brachte, den letzten Ausschlag gegeben haben, konnte der Polizeipräsident freilich gleichzeitig in überzeugender Weise auf Umstände verweisen, die auch nur den Gedanken an ein Nachgeben letztlich illusorisch machten.

2.2 Der Ruf nach Ablehnung: Die Regierung Kahr und die öffentliche Stimmung

Etwas salopp ausgedrückt, begann die Kahr'sche Politik der nationalen Mobilisierung der Massen nämlich just bei dieser Gelegenheit, d. h. in einer Situation von höchster Brisanz, erstmals nachhaltige Dividende abzuwerfen. So löste das Bekanntwerden der Bedingungen des „Pariser Diktats“ gerade in Bayern massive öffentliche Empörung aus und die Proteste von verschiedenen Seiten führten dazu, dass sich die Aufrufe zum Widerstand geradezu überschlugen: Denn erregte in diesem Kontext bereits die nur schwer vorstellbare Gesamtforderung von 256 Millionen Goldmark bzw. die Aussicht auf jahrzehntelange Reparationszahlungen die Gemüter, taten in gleicher Weise auch die empfundenen Parallelen zur Präsentation der Friedensbedingungen ein Übriges, um die Emotionen hoch kochen zu lassen. Immerhin war man auch damals, d. h. vor nicht einmal zwei Jahren, vermeintlich aus heiterem Himmel mit schon fertig ausformulierten Bedingungen konfrontiert worden, die nach fast einhelligem Dafürhalten darauf abzielten, Deutschland politisch zu demütigen und wirtschaftlich auf die Dauer handlungsunfähig zu machen. Dieses Szenario schien sich nun in gleicher Weise zu wiederholen, wobei dieses Mal erschwerend hinzukam, dass die Folgen einer Unterschrift auch zahlenmäßig klar vor Augen standen und gleichzeitig den unvermeidlichen Abbau der Einwohnerwehr mit sich brachte. Vor allem die größeren Städte Bayerns befanden sich daher – zumindest nach den veröffentlichten Meldungen zu urteilen – in der ersten Februarwoche 1921 in patriotischem Aufruhr: Nur wenige Tage nach ihren opulenten Feiern zum 50. Jubiläum der Reichsgründung²⁷¹¹ mobilisierten die Studentenschaft,

²⁷¹⁰ Tagebuch Kahr 1921-A, pag. 45 f.

²⁷¹¹ Auch Kahr hatte aus diesem Anlass an zahlreichen Festveranstaltungen teilgenommen und dort meist auch eine Rede gehalten: ‚Reichsgründungsfeier‘, in: MZ Nr. 15 vom 17.1.1920 (Kahr im Hofbräuhaus und im Bayerischen Hof); ‚Reichsgründungsfeiern‘, in: MZ Nr. 16 vom 18.1.1920 (Kahr bei den kath. Akademikern im Löwenbräukeller und bei der DNVP im Mathäusersaal); ‚Reichsgründungsfeiern‘, in: MZ Nr. 17 vom 19.1.1920 (Kahr an der Universität, beim Weinheimer S.C. im Hofbräuhaus, bei den

politische Parteien sowie zahlreiche Berufsverbände jetzt zu großen Protestaktionen gegen das „Pariser Diktat“, wobei u. a. ein Kundgebung im Lichthof der Universität oder eine Protestversammlung der Künstlerschaft im Glaspalast aus dem Reigen der Veranstaltungen herausstachen.²⁷¹²

Trotz unverändert bestehenden Ausnahmezustand kam es dann in München am ersten Wochenende des Monats sogar zu mehreren Straßendemonstrationen, die an der Feldherrnhalle solche Ausmaße annahmen, dass z. B. Adolf Hitler kaum mehr zu Wort kam und auch der Trambahnverkehr eingestellt werden musste.²⁷¹³ Am späteren Nachmittag folgten schließlich noch kleinere Ausschreitungen vor dem Hotel Vier Jahreszeiten, die den dort dauerhaft untergebrachten Offizieren der Entente-Kommissionen galten und vor ihrer polizeilichen Zerstreung durch die wiederholte Intonierung der „Wacht am Rhein“ oder des Deutschlandliedes untermalt wurden.²⁷¹⁴ Doch nicht nur die üblichen Verdächtigten aus dem politisch rechtem Spektrum machten lautstark auf sich aufmerksam, auch der Stadtrat München oder SPD-Ortsvereine organisierten eigenständige Protestversammlungen und bekannten dort explizit ihre Bereitschaft, sich in eine „Einheitsfront“ der Ablehnung einordnen zu wollen. Die politische Bandbreite der aktiven Redner reichte in diesen Tagen deshalb von dem völkischen Offizier Rudolf von Xylander über den von der Stadt München engagierten Karl Alexander von Müller bis zu den SPD-Abgeordneten Erhard Auer und Antonie Pfülf, die ihre Zuhörer im Hackerkeller auf einen gemeinsamen Widerstand einstimmten.²⁷¹⁵

schlagenden Verbindungen im Löwenbräukeller); ‚Burschenschaftsfeier in München‘, in: MZ Nr. 18 vom 20.1.1920 (mit Kahr); ‚Reichsgründungsfeiern‘, in: MZ Nr. 20 vom 22.1.1920 (Kahr bei der BVP im Odeon); ‚Reichsgründungsfeiern‘, in: MZ Nr. 21 vom 23.1.1920 (Kahr beim deutschnationalen Jugendbund im Mathildensaal). Vgl. Tagebuch Kahr 1921-A, pag. 21-24.

²⁷¹² In einer Sitzung im Kaufmannskasino gründeten Bürgerrat, Heimatdienst Bayern, nationale Studentenverbände sowie Vertreter der Landespolizei und Reichswehr sogar einen „Ausschuss zur Durchführung von Protestkundgebungen gegen das Pariser Diktat“, vgl. Terminkalender Escherich, Eintrag 1.2.1921 sowie das Flugblatt des Ausschusses (Landtagsrede Kahrs) in Bestand Einwohnerwehr 13.

Vgl. die Berichte zu den Protestaktionen in München: ‚Proteste gegen die Pariser Beschlüsse‘, in: MNN Nr. 47 vom 2.2.1921; MNN Nr. 48 vom 3.2.1921 (Kundgebung im Lichthof der Universität); ‚Proteste gegen das Pariser Diktat‘, in: MNN Nr. 51 vom 4.2.1921 (Hansabund, Kundgebung der NSDAP im Zirkus Krone, Protestversammlung im Glaspalast).

²⁷¹³ Kershaw, Hitler, 204. Die Münchener Post (MP Nr. 30 vom 7.2.1921) gibt die Teilnehmerzahl vor der Feldherrnhalle mit 10-15.000 Personen an.

²⁷¹⁴ Der britische Botschafter betonte dementsprechend, dass sich die Haltung der Bevölkerung gegenüber den alliierten Kommissionen inzwischen stark ins Negative gewandelt habe und berichtete von tätlichen Angriffen in München und Nürnberg, vgl. D´Abernon an Curzon vom 15.2.1921 (DBFP XVI, 631).

²⁷¹⁵ Die Rede Müllers bei der Kundgebung im Kindl-Keller am 7.2.1921 wurde veröffentlicht: Karl Alexander von Müller, Volk in Not! München 1921; Überblick über die Veranstaltungen am Wochenende des 5./6. Februar: ‚Gegen das Pariser Diktat‘, in: MNN Nr. 53 vom 5./6.2.1921 (Protestkundgebung des Münchner Stadtrats); ‚Proteste gegen das Pariser Diktat‘, in: MNN Nr. 54 vom 7.2.1921 (Kundgebung im Glaspalast, Demonstration vor der Feldherrnhalle, Kundgebung der SPD im Hackerkeller).

Abgesehen von dem öffentlichen Rückenwind durfte sich Kahr jedoch auch im konkreten Sinne gestärkt fühlen, da die seit 1919 entstandenen Gruppierungen auf Seiten der sog. Ordnungszelle zunehmend dem eigenen Anspruch auf Meinungsführerschaft gerecht wurden und gerade bei der aktuellen Bewährungsprobe unter Beweis stellen konnten, wie schlagfertig sie inzwischen waren. Neben der ohnehin ständig aktiven Einwohnerwehr-Landesleitung hatten sich inzwischen nämlich auch die nationale Studentenschaft – im Hochschulring Deutscher Art und in den Landfahnen – sowie der unglücklich gestartete Bayerische Ordnungsblock reorganisiert und waren soeben damit beschäftigt, die Kampagne für ein „unbedingtes Nein“ zu forcieren.²⁷¹⁶ So betrachtet, bedeutete es vielleicht auch keinen Zufall, dass die von Paul Reusch aus Mitteln der GHH aufgebrachte Millionenspende gerade in diesen Tagen einging: Die Investition schien aus Sicht der Geldgeber wohl gut angelegt und kam überdies zu einem entscheidenden Augenblick.²⁷¹⁷ Nicht zu vergessen bleibt schließlich, dass Kahr spätestens zu diesem Zeitpunkt auf die Aktivitäten einer „nationalsozialen“²⁷¹⁸ Partei aufmerksam wurde, deren Starredner Adolf Hitler just in diesen Tagen erstmals im Zirkus Krone auftrat, um ebenfalls seine Stimme gegen das „Pariser Diktat“ zu erheben.²⁷¹⁹

Zwar setzen die Plädoyers der genannten Gruppierungen insgesamt stark voneinander abweichenden Akzente, der plakative Eindruck eines einstimmigen Chors der Ablehnung nahm dadurch freilich kaum Schaden. Realistisch eingeschätzt, konnte sich die Staatsregierung – selbst bei bestehenden Willen – deshalb ein Einlenken auf die Linie des Reiches überhaupt nicht leisten, wenn sie nicht die selbst auf direktem und indirektem Wege geschürte Stimmung vollständig konterkarieren und damit alle ihre überzeugten Anhänger verlieren wollte. Durchdenkt man auf dieser Basis alle vorhandenen Alternativen, hatte Gustav von Kahr somit längst einen Großteil seines Entscheidungsspielraums eingebüßt, war sich als Befürworter der ohnehin herrschenden Meinung dieses Umstandes aber vielleicht gar nicht in vollem Umfang bewusst, als er am 4. Februar in die Lagebesprechungen im Ministerrat sowie im Koalitionsausschuss kam. Auf jeden Fall erhoben auch die beiden, natürlich ebenfalls von der öffentlichen Stimmung beeinflussten Gremien kaum Einwände gegen die harte Linie Kahrs²⁷²⁰ und

²⁷¹⁶ Zur Bildung des gemeinsamen Arbeitsausschusses siehe Anm. 2712.

²⁷¹⁷ Siehe Anm. 2350.

²⁷¹⁸ Tagebuch Kahr 1921-A, pag. 269.

²⁷¹⁹ Kershaw, Hitler, 204.

²⁷²⁰ Vgl. die Ministerratssitzung vom 4.2.1921 (hier stimmten wie gewohnt alle Minister außer Hamm den Ausführungen Kahrs zu; Protokoll in MA 99 51) und die Koalitionsbesprechung vom gleichen Tag (steno-graphisches Protokoll Stadtarchiv München, NL Dirr 317) mit einem nachdrücklichen Plädoyer Kahrs gegen jegliche Konzessionen.

die Marschroute für die Beratungen in Berlin stand relativ schnell fest: Der Ministerpräsident erhielt sowohl von seinen Kollegen als auch von den Fraktionsvorsitzenden den klaren Auftrag, eine Auflösung oder Reduzierung der Einwohnerwehr strikt abzulehnen und darüber hinaus sein Unverständnis darüber auszudrücken, dass die Reichsregierung offenbar bereit war, sich für ein erhofftes Entgegenkommen bei den Reparationen auf ein vorheriges Entgegenkommen in der Entwaffnungsfrage einzulassen. Heinrich Held und der DNVP-Abgeordnete Prieger gingen dabei sogar noch weiter und stellten den Vorschlag zur Debatte, ob es nicht überhaupt klüger sei, die erhaltene Einladung ganz auszuschlagen und die eigene Entschlossenheit stattdessen mit einem brüskten telegraphischen Nein²⁷²¹ zu untermauern – immerhin stehe die Haltung Bayerns ja ohnehin bereits fest.

2.3 Gegenwind für Kahr: Die Konferenz der Ministerpräsidenten

Diese radikale Idee fand zwar keine Annahme, beide Seiten waren sich der insgesamt schwierigen Lage allerdings durchaus bewusst, denn sowohl der bayerische Ministerpräsident als auch die Vertreter der Reichsregierung legten darauf Wert, vor Beginn der eigentlichen Konferenz in kleiner Runde die Möglichkeiten für einen einigermaßen konfliktfreien Verlauf der Beratungen auszuloten. Das magere Ergebnis dieser Sondierungen²⁷²² – Verlegung des Themas an das Ende der Tagesordnung und Zusage einer möglichst knappen Erörterung – lässt freilich bereits erahnen, dass sich beide abermals nicht näher kamen und auch diese letzte Chance auf eine Entschärfung der jeweiligen Positionen ungenutzt verstrich. Die Konfrontation in der Sitzung mit den anderen, über Bayern z. T. stark verärgerten Ministerpräsidenten war somit absehbar und markierte – auf ein einzelnes Ereignis reduziert – den eigentlichen Wendepunkt in der

²⁷²¹ Vgl. die Aussage Prieigers in der Koalitionssitzung (Stadtarchiv München, NL Dirr 317): „Es genügt, wenn das Nein telegraphisch nach Berlin versandt wird. Warum soll der Ministerpräsident sich persönlich in eine wenig angenehme Lage hineinbringen?“

Tatsächlich zog auch Kahr ernsthaft in Erwägung, der Einladung nach Berlin nicht Folge zu leisten, vgl. bereits die Reaktion Kahrs auf die ersten diesbezüglichen Vorschläge gegenüber Moser von Filseck (Bericht Moser vom 1.2.1921; Benz, Moser, Dok. 49, 75) sowie die klare Aussage im Ministerrat am 4.2.1921: „Ob es unter diesen Umständen überhaupt einen Zweck hat nach Berlin zu fahren, darüber müssen wir uns noch unterhalten. [...] Je nachdem es gewünscht wird, fahre ich nach Berlin oder bleibe weg. Ich habe nichts zu fürchten. Ich handle nach besten Wissen und Gewissen. Nützen wird meine Reise dorthin nichts.“ (Protokoll in MA 99 516); in der Koalitionsbesprechung vom 4.2.1921 (Stadtarchiv München, NL Dirr 317) räumte der Ministerpräsident dann freilich auch ein, daß es „außerordentlich schwierig“ sei, von der Konferenz fernzubleiben.

²⁷²² Vgl. die Schilderung des Vorgesprächs mit Reichskanzler Fehrenbach und den Ministern Koch und Simons in Tagebuch 1921-A, pag. 53-55 sowie den damit übereinstimmenden Bericht Kahrs in der Koalitionssitzung vom 8.2.1921, Niederschrift in Stadtarchiv München, NL Dirr 317; vgl. auch die Aufzeichnungen Kochs in AdR Fehrenbach, Dok. 171, Anm. 2.

verwickelten Chronologie des Konflikts. Daran konnte dann auch ein offenbar reibungsloser Verlauf der vormittäglichen Beratungen²⁷²³ über die Reparationsforderungen nichts mehr ändern; als das Gespräch am Nachmittag schließlich auf die Entwaffnungsfrage kam, musste vielmehr auch Reichsaußenminister Simons schnell einsehen, dass sein Versuch, die Erörterungen auf allgemeine Prinzipien zu beschränken, zum Scheitern verurteilt war.

Stattdessen gaben nun die beiden SPD-Ministerpräsidenten von Sachsen und Hessen sogleich den Ton vor und richteten an Kahr die direkte Frage, ob Bayern bereit sei, die Auflösung der politisch verdächtigen Einwohnerwehr im Reichsinteresse zu veranlassen. Solcherart herausgefordert und über die ausbleibende Intervention des Reichskanzlers als Sitzungsleiter enttäuscht, bekräftigte Kahr wohl auf sehr nachdrückliche Weise seine bekannte Position, d. h. erklärte den Selbstschutz zu einem unverzichtbaren Instrument für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und bestritt, dass die Existenz dieser Verbände im Widerspruch zu den Bestimmungen des Friedensvertrages stehe.²⁷²⁴ Er hatte dabei offenbar zumindest auf Verständnis aus Teilen der Runde gehofft, sah sich in dieser stillen Erwartung jedoch erheblich getäuscht und völlig isoliert, da sich auch die bürgerlichen und die süddeutschen Regierungen ohne Umschweife auf die Seite der Fragesteller schlugen, also demonstrative Konzessionen an die Entente befürworteten. Doch damit nicht genug: Entweder von diesem klaren Stimmungsbild ermutigt oder aber selbst über die zu Tage getretene Halsstarrigkeit ungehalten, gab sich nun auch Fehrenbach offen als Verfechter der Mehrheitsmeinung zu erkennen und machte die Vertreter Bayerns darauf aufmerksam, dass es auch die Reichsregierung für unbedingt notwendig erachte, die geforderte Gesetzesvorlage innerhalb der gestellten Frist einzubringen und die Entwaffnung durchzuführen. Im Anschluss daran richtete er an diese Adresse außerdem eine Art Plädoyer und gab dabei in eindringlicher Weise seiner Erwartung Ausdruck, dass doch auch Bayern den Ernst der Lage einsehen müsse, was Kahr als direkte Provokation empfand.²⁷²⁵ Wie unter solchen Umständen leicht möglich,

²⁷²³ Zum Verlauf der Ministerpräsidentenkonferenz am 5. Februar 1921 liegen eine knappe, nachträglich in der Reichskanzlei erstellte Niederschrift (AdR Fehrenbach, Dok. 171), ein ausführlicheres Protokoll in MA 100 477 sowie die Aufzeichnungen Kahrs (Tagebuch 1921-A, pag. 55-59) vor.

²⁷²⁴ Tagebuch Kahr 1921-A, pag. 56 f.

²⁷²⁵ So warnte Fehrenbach Kahr, dass Bayern bei einer Ablehnung der Entwaffnung „eine furchtbare Verantwortung“ auf sich lade und ersuchte den Ministerpräsidenten daher nachdrücklich, auf eine entsprechende Erklärung in der Öffentlichkeit zu verzichten (Protokoll in MA 100 477), vgl. Tagebuch Kahr 1921-A, pag. 57 f.: „Als er davon sprach, er appelliere an die Vernunft in Bayern, war ich nahe daran, den Saal zu verlassen. Ich unterdrückte meinen Grimm und ließ die Rede über mich ergehen.“ sowie den Bericht Kahrs in der Koalitionssitzung vom 8.2.1921 (Stadtarchiv München, NL Dirr 317): „Durch Schlussbemerkungen des Reichskanzlers ist die Situation sehr verschärft worden. Man hat an sich halten müssen, um nicht aufzustehen und hinauszugehen.“

mündete die Sitzung schließlich beinahe in einen Eklat, als es Kahr zuletzt direkt ablehnte, die tatsächlich wenig diplomatische Frage, ob er im Falle einer dauerhaften Unvereinbarkeit der bestehenden Positionen auch einen Rücktritt in Erwägung ziehe, zu beantworten.²⁷²⁶ Das Auseinandergehen der Versammlung im Dissens war somit unvermeidlich und gleichzeitig wohl noch als die sinnvollste Lösung zu erachten, zumal der Abgeordnete Burlage zwei Wochen später in der Reichstagsfraktion des Zentrums berichtete, Fehrenbach habe seiner Frustration gegen Ende der Sitzung kurz freien Lauf gelassen und Kahr ungewöhnlich „scharf angefahren“²⁷²⁷. Von dieser Wendung der Dinge selbst peinlich berührt, verließ dann auch Walter Simons, bisher stets Ansprechpartner des bayerischen Ministerpräsidenten, zügig und grußlos den Sitzungssaal und dokumentierte damit die verfahrenere Situation, die sich nach Ansicht Erich Koch-Wesers nun auch nicht mehr vor der Öffentlichkeit verhehlen ließ.²⁷²⁸

So im Kreise der Kollegen aus den Ländern bloßgestellt, trat der Ministerpräsident schließlich schwer enttäuscht die Heimreise an und hatte dabei ein vier Punkte umfassendes Positionspapier der Reichsregierung im Gepäck, das seine Laune sicherlich noch weiter eintrübte: Entsprechend dieser „Propositionen“²⁷²⁹, die pro forma als Ergebnis der gemeinsamen Aussprache figurierten, sollte die Staatsregierung nun nämlich definitiv Stellung beziehen, ob sie zu einer „loyalen Durchführung“ der Entente-Forderungen bereit sei und in diesem Sinne dem angekündigten Gesetz zum Verbot der Selbstschutzorganisationen und der Waffenablieferung zustimmen würde. Eine kleine Hintertür bot lediglich ein kleiner Abschnitt des Dokuments, der alle gestellten Bedingungen in etwas verklausulierter Form unter den Vorbehalt des Ausbleibens „schwerer außenpolitischer Komplikationen“ stellte; gemeint war damit wohl in erster Linie die Möglichkeit eines vollständigen Scheiterns der anstehenden Reparationsverhandlungen.

²⁷²⁶ Kahr-Tagebuch 1921-A, pag. 57.

²⁷²⁷ Morsey - Ruppert (Hg.), Reichstagsfraktion, 141; der bayerische Gesandte Preger wies Reichskanzler Fehrenbach dann auch explizit auf die Unangemessenheit dieses Verhaltens hin, vgl. Sitzung des Reichskabinetts vom 7.2.1921, TOP 1 (AdR Fehrenbach, Dok. 172): „Herr v. Preger habe außerdem seinem Bedauern über den Schluß der Sitzung vom 5. Februar Ausdruck gegeben.“

²⁷²⁸ Tagebuch Kahr 1921-A, pag. 59; auffälligerweise verzichtete Außenminister Simons wenige Tage später bei einer Besuchsreise nach Süddeutschland dann auch auf eine Station in Bayern: ‚Warum kam Simons nicht nach München?‘, in: MNN Nr. 76 vom 21.2.1921; zur Einschätzung Koch-Wesers vgl. die Niederschrift in MA 100 477.

²⁷²⁹ Vgl. die Propositionen in AdR Fehrenbach, Dok. 171 sowie das Ministerratsprotokoll vom 8.2.1921 (MA 99 516).

2.4 Volle Konfrontation: Die bayerische Antwortnote vom 11. Februar

Schenkt man dem Reichsgesandten in München Glauben, reagierte Kahr auf die erlittene Abfuhr dann zunächst auch sehr niedergeschlagen, die Rücksprache mit Vertrauten – das Tagebuch nennt etwa Heim, Held, Matt und Pacelli²⁷³⁰ – weckte jedoch schnell wieder den alten Widerstandsgeist des Ministerpräsidenten.²⁷³¹ Ohne die Hoffnung auf politische Unterstützung von anderer Seite nahm diese kämpferische Haltung nun jedoch zunehmend Formen einer trotzigsten Wagenburgmentalität an, die den Freistaat als einsamen, von missgünstigen Kontrahenten umringten Streiter um sein gutes Recht sehen wollte. So brachte der Ministerpräsident, in diesem Sinne u. a. von Staatssekretär Schweyer bestärkt²⁷³², aus Berlin die Überzeugung nach Hause, die – bisher doch sehr entgegenkommende – Reichsregierung lege es inzwischen darauf an, Bayern demonstrativ zu einer „Kapitulation“ zu zwingen; die vermeintlich bewusst herbeigeführte Isolation im Kreise der Ländervertreter oder die Streuung gezielter Indiskretionen sprächen in diesem Sinne eine zu deutliche Sprache.²⁷³³ Mehrere Zeitungen, möglicherweise auch von der neuen Presseabteilung im Außenministerium inspiriert, stießen außerdem sofort ins gleiche Horn und beeilten sich, die diplomatische Niederlage Kahrs in ein politisches Komplott umzudeuten, an dem sicherlich auch die politische Reizfigur Matthias Erzberger nicht ganz unbeteiligt war – immerhin würde ein solcher Schachzug zu den kolportierten Plänen des ehemaligen Finanzministers passen, demnächst wieder auf die politische Bühne zurückzukehren.²⁷³⁴

²⁷³⁰ Tagebuch Kahr 1921-A, pag. 62-64.

²⁷³¹ Zech an Auswärtiges Amt vom 16.2.1921 (PAAA, R 98 350): „Herr von Kahr stand am Tage nach seiner Rückkehr noch stark unter dem Eindruck der Isolierung, in der er sich in Berlin befunden hatte. Den Unentwegten gelang es aber schnell, ihn wieder davon zu überzeugen, daß das ganze übrige Reich im Unrecht und Bayern allein im Recht sei.“ Vgl. die Ausführungen Kahrs in der Ergebnisbesprechung bei der Landesleitung der Einwohnerwehren: Kanzler, Bolschewismus, 112 f.

²⁷³² So die Formulierung Schweyers in der Sitzung der BVP-Fraktion vom 8.2.1921 (Kraupa, BVP-Fraktion, 70); das Kalkül der Reichsregierung bestehe in diesem Fall auch darin, sich bei den Linksparteien beliebt zu machen und so eine stabile Mehrheit im Reichstag zu erlangen (vgl. Schweyer in der Koalitionsbesprechung vom 8.2.1921; NL Dirr 317).

²⁷³³ Tagebuch Kahr 1921-A, pag. 61 f. Vgl. den Kommentar Kahrs zu den Presseberichten: „Es ist sehr bezeichnend und bestätigt meine Annahme: Diese Sitzung ist als streng vertraulich bezeichnet worden, am anderen Tage war ein ganz genauer Bericht auch über die Nachmittagsberatung in der Zeitung.“ (Niederschrift der Koalitionssitzung vom 8.2.1921, NL Dirr 317).

²⁷³⁴ Vgl. Zech an Auswärtiges Amt vom 16.2.1921 (PAAA, R 93 350): „Dem gleichen Zweck und mit dem gleichen Erfolg diente die Behauptung, die man von allen Seiten immer wieder hier zu hören bekommt und die auch in die Presse übergegangen ist, der arme Herr von Kahr sei in Berlin von der Reichsregierung sowohl wie auch von übrigen Landesregierungen so schlecht behandelt worden. Ebenfalls war es vom Standpunkt der Bayerischen Regierung zweifellos ein sehr geschickter Schachzug, daß erklärt wurde, Herr Erzberger sei der Vater der unfreundlichen Haltung des Reiches gegenüber Bayern“.

Vgl. ‚Klare Bahn! Die Besprechung der Ministerpräsidenten‘, in: MNN Nr. 8.2.1921 (Vorwürfe gegen Reichskanzler Fehrenbach); ‚Bayern und die Lage‘, in: MZ Nr. 37 vom 8.2.1921 (Pläne Erzbergers);

Nach ersten Ansätzen in den vergangenen Monaten schwankte das politische Klima jetzt also spürbar um und schien ab sofort in stärkerem Maße von einer Argumentation über Feindbilder sowie der Bereitschaft, in jedem Misserfolg das Ergebnis einer gezielten Strategie der anderen Seite sehen zu wollen, geprägt. Auch Gustav von Kahr und sein Umfeld hatten damit wieder auf das in der Revolution geschulte Schwarz-Weiß-Denken in Loyalitäten umgeschaltet, bei dem in erster Linie das unbestechliche Festhalten an der eigenen Überzeugung und der Erhalt der inneren Geschlossenheit als zentrale Tugenden in der politischen Auseinandersetzung galten.

Ganz in diesem Sinne versuchte der Ministerpräsident deshalb, keinerlei Zweifel an seinem Einwohnerwehr-Kurs aufkommen zu lassen und legte gleichzeitig großen Wert darauf, auch die gesamte Koalition auf diese Linie zu verpflichten. Nach ausführlichen Beratungen im Ministerrat²⁷³⁵ präsentierte Kahr deshalb dem Koalitionsausschuss bereits am 8. Februar den Entwurf einer Antwort zu den „Propositionen“ der Reichsregierung, die unter anderem den Vorwurf einer nutzlosen „Preisgabe der in den Einwohnerwehren liegenden staaterhaltenden Volkskräfte und Strebungen“ enthielt und in der expliziten Ankündigung gipfelte, dass sich die bayerische Regierung nicht in der Lage sehe, unter diesen Umständen am Vollzug der Entwaffnung mitzuwirken.²⁷³⁶ Kam die vorgeschlagene Note somit de facto einer offenen Obstruktionsdrohung gleich, ist es für die inzwischen herrschende Stimmung umso bezeichnender, dass die meisten Vertreter der Koalitionsparteien selbst gegenüber einer solchen Brüskierung keine Einwände erhoben und lediglich die DDP darauf Wert legte, zumindest den letzten Abschnitt des Entwurfs zu streichen oder abzuändern.²⁷³⁷ Zwar erklärten sich die Parteien nach einigem Hin- und Her im Interesse des Koalitionsfriedens dazu bereit, gerade Kahr hakete als Reaktion darauf jedoch nochmals nach und setzte schließlich mit einem effektvoll-unangekündigten Erscheinen in einer Fraktionssitzung energisch durch, dass BVP und BMP doch wieder auf eine schärfere, kaum abgeschwächte Version des Schreibens bestanden.²⁷³⁸ Zwar fiel die offene Ablehnung jeder behördlichen Kooperation jetzt in der neuen Vorlage weg, mit einem unverkennbaren Seitenhieb auf den absehbaren Widerstand der Einwohnerwehr – insbesondere gegenüber einem aus Berlin gesteuerten Vollzug – sprach der kritische Passus nun jedoch die beinahe scheinheilige Erwartung

„Grundsätzliches“, in: MZ Nr. 38 vom 9.2.1921 (antibayerische Politik in Berlin). Zur Verdächtigung Erzbergers siehe auch Anm. 2695.

²⁷³⁵ Ministerratssitzung vom 8.2.1921, Protokoll in MA 99 516.

²⁷³⁶ Vgl. die Entwürfe der Note in NL Dirr 284.

²⁷³⁷ Vgl. die Koalitionssitzungen vom 8. und 9.2.1921, Niederschriften in NL Dirr 317.

²⁷³⁸ Vgl. Sitzung der BVP-Fraktion von 9.2.1921 in Kraupa, BVP-Fraktion, 71-73.

aus, dass die Reichsregierung nicht nur die Verantwortung für alle Folgen der Entwaffnung auf sich nehmen, sondern sicherlich auch die hierzu erforderlichen Maßnahmen selbst „zur Ausführung bringen“ würde.²⁷³⁹ So vor die Alternative eines Koalitionsbruches gestellt, stimmten schließlich auch die Demokraten der neuen Formulierung unter Vorbehalt zu²⁷⁴⁰, freilich konnte den Vertretern der DDP gleichzeitig nicht entgehen, dass Gustav von Kahr den schwelenden Konflikt immer stärker symbolisch auflud und es inzwischen nicht mehr allein darum ging, auf welche Weise Bayern den eigenen Selbstschutz unter den gegebenen Umständen erhalten könnte. Der Stil der am 11. Februar nach Berlin übermittelten Antwortnote²⁷⁴¹ oder die entschiedene Rede Kahrs vor dem BVP-Landesausschuss²⁷⁴² einen Tag zuvor wiesen vielmehr darauf hin, dass der Kampf *für* die Einwohnerwehr inzwischen auch zu einem Kampf *gegen* die unbequemen Bedenkenträger im Freistaat sowie die vermeintlich feindselige Reichsregierung geworden war, wobei das abermals verschärfte Eskalationsniveau die Suche nach einer konstruktiven Lösung immer schwieriger machte. Auch die neuerlichen Vermittlungsbemühungen der Reichsregierung, die das frostige Auseinandergehen nicht auf die Dauer so stehen lassen wollte, liefen deshalb ins Leere: Denn fand sich Kahr nicht einmal bereit, den eigens angereisten Staatspräsidenten Württembergs sowie einen „geheimen Oberregierungsrat der Reichskanzlei“²⁷⁴³ überhaupt zu empfangen, ließ sich der mit Bedacht für diese Mission ausgewählte General Lettow-Vorbeck wiederum vom Ministerpräsidenten überzeugen, dass Bayern bei diesem Streit im Recht sei.²⁷⁴⁴

3. Abnutzungskampf statt Politik: Die Stilisierung zur symbolischen Machtprobe

3.1 In der Wagenburg: Die Reaktion auf Kritik und Enthüllungen

Wie bei einer solchen Versteifung auf die eigene Sicht der Dinge zu befürchten, nahm das Verhalten Kahrs allerdings auch langsam selbstzerstörerische Züge an, insbesondere, weil er auf Kritik zunehmend gereizt oder abweisend reagierte und so bewusst oder

²⁷³⁹ Vgl. den Text der Note in AdR Fehrenbach, Dok. Nr. 174.

²⁷⁴⁰ Die DDP erklärte, sie gehe davon aus, dass Bayern bei aller vorgebrachten Kritik und trotz der fraglichen Passage stets seinen verfassungsgemäßen und gesetzlichen Verpflichtungen nachkommen werde (vgl. die Erklärung vom 10.2.1921 in NL Dirr 284).

²⁷⁴¹ Siehe Anm. 2739.

²⁷⁴² ‚Eine Rede Kahrs‘, in: MZ Nr. 40 vom 11.2.1921.

²⁷⁴³ Tagebuch Kahr 1921-A, pag. 73 f.

²⁷⁴⁴ Erwähnung des Besuchs bei: Schulte-Varendorff, Lettow, 94; Tagebuch Kahr 1921-A, pag. 73; etwas ausführlicher: Kahr-Erinnerungen, pag. 835. Vgl. auch das Schreiben Lettow-Vorbecks an die Reichskanzlei über den Verlauf seines Besuchs (Lettow an Kempner vom 10.2.1921; Bundesarchiv Freiburg, NL Lettow N 103/51).

unbewusst begann, das eigene in den letzten Monaten erworbene politische Prestige wieder aufs Spiel zu setzen.

Dabei kam es nicht sehr überraschend, dass der Landtag, also die wichtigste Bühne für die geschwächte Opposition und von Kahr ohnehin gering geschätzte „Quasselbude“²⁷⁴⁵, zuerst die Folgen der veränderten Grundhaltung des Ministerpräsidenten zu spüren bekam. Den ersten Anlass für Aufregung im Parlament gab hierbei eine knappe Anfrage der USPD-Fraktion²⁷⁴⁶ ab, die die Regierung schlicht aufforderte, im Parlament über den Verlauf der Berliner Konferenz zu berichten und bei dieser Gelegenheit auch allgemein zu den Pariser Forderungen Stellung zu nehmen. Von den tagelangen Verhandlungen um die bayerische Antwortnote in Anspruch genommen, war Kahr jedoch nicht bereit, nun auch noch eine Kontroverse im Plenum auszufechten und hatte nach den Ereignissen der letzten Tage wohl auch keine vorbereitete und abgestimmte Erklärung zur Hand. Obwohl die an ihn gerichtete Interpellation auf der Tagesordnung stand, blieb Kahr deshalb am 11. Februar der Prannerstraße²⁷⁴⁷ fern, was in diesem Fall besonders schwer wog, da auch ein großer Teil der Opposition inzwischen von den gesonderten Beratungen innerhalb der Koalition erfahren hatte. Der USPD-Abgeordnete Neumann, der die Anfrage im Auftrag seiner Fraktion verlas, konnte deshalb mit guten Gründen das Recht aller Volksvertreter auf gleichwertige Aufklärung einfordern und war deshalb sicherlich selbst verwundert, als er auf der Regierungsbank nur einen Vertreter des Außenministeriums ausmachte, der Stuhl des Regierungschefs hingegen leer blieb. Der Eklat war schließlich perfekt, als Ministerialdirektor von Lutz das Fernbleiben Kahrs mit dienstlichen Verpflichtungen zu begründen suchte und nach ersten entrüsteten Zwischenrufen noch hinzufügte, dass sich der Ministerpräsident aktuell ohnehin nicht in der Lage sehe, inhaltliche Aufschlüsse zu geben, da er weiterhin an die Vertraulichkeit der Berliner Beratungen gebunden sei. Angesichts der gerade bei diesem Hinweis aufkommenden Erregung hatte Lutz indes große Mühe, mit seinen Ausführungen überhaupt zum Ende zu kommen, da auf den Referenten nun eine Reihe von Vorwürfen niederprasselte, die eigentlich an die Adresse Kahrs gerichtet waren; nach einer Unterbrechung verließ die Opposition schließlich aus Protest den Sitzungssaal und kündigte an, erst wieder an den Beratungen teilnehmen zu

²⁷⁴⁵ Siehe Anm. 2574.

²⁷⁴⁶ Verh. Landtag 1920/21, Beil. Bd. III, Beilage 965 (Anfrage vom 11.2.1921).

²⁷⁴⁷ Dabei ist auffällig, dass Kahr in seinem Tagebuch von krankheitsbedingter Abwesenheit spricht (Tagebuch Kahr 1921-A, pag. 38), sich im Landtag (Verh. Landtag 1920/21, Bd. II, 383) aber mit Hinweis auf Termenschwierigkeiten entschuldigen ließ.

wollen, wenn der Ministerpräsident die gestellte Interpellation beantworte.²⁷⁴⁸ Erschien das Verhältnis zur sozialdemokratischen Minderheit deshalb spätestens ab diesem Zeitpunkt nachhaltig gestört, ist jedoch auch nicht außer Acht zu lassen, dass Gustav von Kahr so ebenfalls die Loyalität des eigenen Lagers auf die Probe stellte: Immerhin sahen sich die Koalitionsfraktionen damit erstmals in die Lage versetzt, einen offensichtlichen Fehltritt des von ihnen gewählten Ministerpräsidenten mit dem Gestus des scheinbaren Unverständnisses über die entstandene Aufregung rechtfertigen zu müssen²⁷⁴⁹, d. h. sich in einen nicht sehr glaubwürdigen Verteidigungsmodus zu begeben.

Ähnlich wie die Verhandlungen mit der Reichsregierung verließ der politische Schlagabtausch im Parlament somit langsam die Ebene einer sachorientierten Auseinandersetzung und entwickelte sich zu einem prinzipiellen Kräfterennen zwischen Regierung und Opposition, was den Weg zu einer Verständigung natürlich weiter erschwerte. Unbeeindruckt vom Auszug der Opposition führte Kahr den eingeschlagenen Konfrontationskurs dann auch nahtlos fort und setzte kurze Zeit später mit Hilfe der eigenen Mehrheit durch, dass die eigentlich anstehende Beratung des Einwohnerwehr-Etats im Haushaltsausschuss auf unbestimmte Zeit verschoben wurde.²⁷⁵⁰ Als offizielle Begründung diente dieses Mal das Bestreben, im Vorfeld der Anfang März beginnenden Konferenz in London Querschüsse zu vermeiden, der Staatsregierung kam es freilich auch gelegen, dass sie sich dank dieser zweifelhaften Argumentation vorerst keiner unliebsamen Kritik stellen musste.

Gerade angesichts solcher Versuche, sich einer offenen Debatte zu entziehen, erscheint es dann auch angebracht, nochmals an die Beobachtung zu erinnern, dass Kahr in diesem Konflikt längst keine völlig selbstbestimmte Agenda mehr verfolgen konnte, sondern vielmehr nur noch über einen eingeschränkten Handlungsspielraum verfügte. Wurde dieser Umstand bereits in Hinblick auf die nachdrückliche Forderung der eigenen Anhängerschaft nach einem unbedingten Nein greifbar²⁷⁵¹, verdient gleichfalls

²⁷⁴⁸ Vgl. der rekonstruierte Sitzungsverlauf in Verh. Landtag 1920/21, Bd. II, 383-388), die sozialdemokratische Presse reagierte dementsprechend deutlich: ‚Die Kapitulation der Unfähigen‘, in: MP Nr. 35 vom 12./13.2.1921; vgl. Schmalzl, Auer, 420.

²⁷⁴⁹ Georg Stang (BVP) hatte die Vorwürfe der Opposition in der Landtagssitzung zurückgewiesen (Verh. Landtag 1920/21, Bd. II, 383-388), in der Fraktion wurden danach aber auch Bedenken laut, so etwa die Bemerkung von Landtagspräsident Königbauer: „Der heutige Zwischenfall war vorauszusehen. Besser wäre es vielleicht gewesen, der Min. Präsident wäre erschienen. Soll nicht um sein Erscheinen ersucht werden?“ (Kraupa, BVP-Fraktion, 73).

²⁷⁵⁰ So der Beschluss in der Sitzung des Haushaltsausschusses des Landtags vom 4.3.1921 (Protokoll in Landtag 14 708). Eine eigens angesetzte Aussprache mit den SPD-Parlamentariern Timm und Dill zu dieser Frage war ohne Ergebnis geblieben (Tagebuch Kahr 1921-A, pag. 94-96; vgl. den Bericht über den Verlauf dieser Besprechung in der Fraktionssitzung der DDP vom 3.3.1921; NL Dirr 317).

²⁷⁵¹ Siehe Kapitel VIII B 2.2.

Beachtung, dass andererseits auch die Kritiker des Einwohnerwehr-Kurses einen spürbaren Beitrag zu dieser Entwicklung leisteten, indem sie unliebsame Vorgänge im Umfeld der Selbstschutzverbände ans Licht brachten, d. h. mit Enthüllungen von sich reden machten.

Dabei geriet die Einwohnerwehr und der Ministerpräsident als ihr Protektor von mehreren Seiten in Bedrängnis: Neben dem klassischen, aber inzwischen vielleicht abgenutzten Weg über die sozialistische Presse, die etwa am 11. Februar die martialischen Satzungen der „Reichsflagge“ Oberland veröffentlichte²⁷⁵², ließ es sich auf Dauer auch nicht verhindern, dass die Gerüchte über Putschabsichten und auffällige Morde an mutmaßlichen Meldern von Waffenbeständen Kreise zogen und der Begriff Feme allmählich die Runde machte; immerhin fiel im Oberland-Dokument auch der ominöse Satz „Verräter verfallen der Feme“.²⁷⁵³ Ebenso unbequem machten sich außerdem Enthüllungen im Parlament oder sogar von Seiten eingeweihter Privatpersonen bemerkbar: Sie waren allerdings häufig noch schwieriger in Abrede zu stellen, da die fraglichen Abgeordneten vor versammelten Haus z. T. mit kompromittierenden Original-Dokumenten auftraten, die ihnen zugespielt worden waren. Dieses Phänomen betraf außerdem nicht nur Debatten im Bayerischen Landtag, bei denen vor allem der USPD-Abgeordnete Karl Gareis entsprechende Informationen öffentlich machte²⁷⁵⁴, sondern auch Sitzungen im Reichstag oder sogar im österreichischen Nationalrat: So gab etwa der frühere bayerische Revolutionsminister Hans Unterleitner vor der Berliner Plenum den Münchener Tarnnahmen der weiterhin aktiven Brigade Ehrhardt bzw. der nunmehrigen Organisation Consul bekannt²⁷⁵⁵, während der bisherige SPÖ-Militärminister Dr. Deutsch im Wiener Parlament das Protokoll einer Orgesch-Konferenz sowie einschlägige Korrespondenz zum Waffenschmuggel der Orka verlas.²⁷⁵⁶

Fiel das Schweigen der Einwohnerwehr und des Ministerpräsidenten in solchen Fällen deshalb durchaus beredt aus, ließen sich dann jedoch gerade im Februar 1921 die Enthüllungen eines wegen offener Kritik abgesetzten Gauführers nicht mehr einfach

²⁷⁵² „Kann der Wahnsinn noch gesteigert werden?“, in: MP Nr. 34 vom 11.2.1921. Dieser „Verpflichtungsschein“ der Landfahne Oberland (siehe Anm. 2390) stieß auch innerhalb der Einwohnerwehr auf Kritik, vgl. die Sitzung des Landesausschusses vom 14./15.1.1921 (Schober, Geschichte, B I, pag. 16 f.).

²⁷⁵³ Siehe den in der vorherigen Anm. zitierten Artikel. Selbst Georg Heim und Georg Escherich traten Anfang Januar 1921 an Kahr heran und teilten ihm mit, es gebe „Anhaltspunkte“ für evtl. Putschabsichten im Ludendorff-Kreis, etwa entsprechende Äußerungen in Briefen; Kahr hielt dies jedoch für völlig unglaubwürdig (Tagebuch Kahr 1921-A, pag. 13).

²⁷⁵⁴ So in der Haushaltsdebatte vom 16.3.1921 (Verh. Landtag 1920/21, Bd. II, 620-624) und in der Sitzung des Haushaltsausschusses vom 12.4.1921, siehe Anm. 2794.

²⁷⁵⁵ Verh. Reichstag, Bd. 346, 1947.

²⁷⁵⁶ Siehe Anm. 2253.

ignorieren und machten die offene Angriffsfläche der bayerischen Selbstschutzorganisationen allgemein sichtbar: Josef Mayer-Koy, gleichzeitig erster Vorsitzender der Bayerischen Königspartei und bisher dem Rosenheimer Kommandos Rudolf Kanzlers unterstellt, reagierte auf seine Abservierung nämlich mit einem formellen Beschwerdeschreiben²⁷⁵⁷ an den Landtag, das nicht nur seine Klagen über die enge Verflechtung der Einwohnerwehr mit Orgesch und Orka wiederholte, sondern auch Gedankenspiele um eine Kooperation mit Hermann Ehrhardt erwähnte und näher auf die Aktivitäten Kanzlers in Österreich einging. Kurz darauf legte Mayer-Koy in einem weiteren Schreiben²⁷⁵⁸ außerdem nochmals massiv nach und beschuldigte Rudolf Kanzler nun direkt der Anstiftung zum Mord an sog. Verrätern sowie finanzieller Manipulationen bei seinem Chiemgauer Verband.

Der stellvertretende Landeshauptmann stellte daraufhin sofort Klage gegen Mayer-Koy²⁷⁵⁹, die Affäre schlug freilich dennoch hohe Wellen und selbst in der BVP-Fraktion regte sich plötzlich deutliche Kritik an der großen politischen Selbständigkeit Escherichs und Kanzlers sowie dem lautstarken Auftreten der Einwohnerwehr unter ihrer Führung. Die Indiskretionen zeigten also Wirkung und der Ministerpräsident sah sich genötigt, gegenüber dieser „Miesmacherei“ in den eigenen Reihen einzuschreiten und die Fraktion mit deutlichen Worten wieder auf Linie zu bringen.²⁷⁶⁰ Zeugt ein solcher Schritt freilich nicht gerade von innerer Geschlossenheit, bietet er außerdem ein zusätzliches Erklärungsmuster für die apodiktische Haltung Kahrs: Denn wäre es der Regierung schon sehr schwer gefallen, ein (partielles) Einlenken in der Entwaffnungsfrage als

²⁷⁵⁷ Exemplar der gedruckten, mit Beilagen ergänzten „Beschwerde des bayerischen Staatsbürgers Josef Mayer-Koy über seine Absetzung als Fahnenhauptmann der Fahne Inntal-Süd durch den stellvertretenden Landeshauptmann Obergemeister Rudolf Kanzler in München“ vom 8.2.1921 in MInn 73 675; Mayer-Koy sandte Kahr auch persönlich ein Exemplar (ebd.).

²⁷⁵⁸ Mayer-Koy an den Redakteur der Augsburger Postzeitung Linhart vom 22.2.1921 (Abschrift in NL Dirr 284), etwa: „Ich war entsetzt, als derselbe Kanzler, der sich so oft als gläubigen Christen im privaten Gespräch und in der Öffentlichkeit als Vorsitzender des Bezirksvereins Rosenheim der Bayerischen Volkspartei bekannt hatte, in meiner Gegenwart im Büro der Landesleitung der bayerischen E.W. Anweisung gab, die Verräter [von Waffenbeständen; M.B.] unter irgendeinem Vorwand aufzusuchen und beiseite zu schaffen, umzubringen und zwar unter Hinterlassung eines Merkmals, das die Motive der Tat zweifelsfrei erkennen ließe!“ [...] Wiederholt hat Herr Kanzler in Stabssitzungen der Chiemgauer Einwohnerwehren – also vor etwa 50 Zeugen – den Führern nahegelegt, in ähnlichen Fällen die Angeber zu verprügeln. [...] Die Führer bräuchten bei der Ausführung seines Auftrags nicht ängstlich zu sein, hinter ihm stünde der Ministerpräsident, er werde im Falle von Anzeigen schon dafür sorgen, daß die Angeklagten frei kommen.“ Mayer-Koy sandte eine Abschrift dieses Briefs an die Fraktionsvorsitzenden der BVP, BMP, DDP, des Bauernbunds und der SPD.

²⁷⁵⁹ Vgl. die Feststellung in der Koalitionssitzung vom 1.3.1921 (Niederschrift in NL Dirr 317): „Kahr hat Kanzler kommen lassen. Kanzler hat Klage gegen Mayer-Koy gestellt“ sowie auch die Niederschrift einer Sitzung in Regensburg zu Mayer-Koy und den Vorwürfen gegen Kanzler vom 23.3.1921 in MInn 73 675.

²⁷⁶⁰ Tagebuch Kahr 1921-A, pag. 90-92 („Ich benützte daher eine Fraktionssitzung, um mit den Dingen gründlich aufzuräumen.“); das Fraktionsprotokoll vom 2.3.1921 (Kraupa, BVP-Fraktion, 76 f.) verzeichnet hier nur die Äußerung Kahrs, „der Vorstoß von Mayer-Koy habe ihn nicht überrascht. Er halte ihn für nicht gerechtfertigt, er hoffe, daß der Staatsanwalt die Sache in die Hand nehme.“

notgedrungenes Zugeständnis gegenüber den ultimativen Forderungen der Entente zu präsentieren, erschien ein solcher – auch gegen die eigene Überzeugung unternommener – Schritt natürlich erst recht nicht tragbar, wenn er darüber hinaus als Nachgeben oder Zurückweichen vor dem politischen Gegner interpretiert werden konnte. So in die Bredouille geraten, lag es deshalb nahe, die Solidarität der eigenen Anhängerschaft durch eine Verschärfung des ohnehin schon markanten Konfrontationskurses gegenüber dem Reich bzw. der Entente zu befestigen und auf dieser Basis langsam ein Narrativ des „Wir gegen die“ aufzubauen, das es moderaten Unterstützern der Einwohnerwehr zunehmend unmöglich machte, ihre begründeten Zweifel zu artikulieren.

Alle diese an sich nachvollziehbaren Erwägungen standen jedoch nur noch sehr bedingt mit der eigentlich auf der Tagesordnung stehenden Problematik, dem ungünstigen Verlauf der Verhandlungen um das weitere Schicksal des bewaffneten Selbstschutzes, in Beziehung: Nicht zuletzt aus eigenem Verschulden hatte sich der Ministerpräsident inzwischen vielmehr in eine Art parallele Konfliktlogik verstrickt, deren eigenständige Maximen sich gleichzeitig immer weniger mit den Erfordernissen eines konstruktiven Krisenmanagements gegenüber der Reichsregierung bzw. der Entente vereinbaren ließen und Kahr vermehrt dazu zwangen, zwischen beiden Optionen Prioritäten zu setzen. Dabei legte er offenbar größeren Wert darauf, im selbst befeuerten Prinzipienstreit die Oberhand zu behalten, also gewissermaßen als moralischer Sieger zu erscheinen, zumal er die Chancen auf einen tragfähigen, das eigene Gesicht wahrenen Kompromiss in der Sache wohl ohnehin schwinden sah.

Unter diesen Vorzeichen betrachtet, erscheint die für den vorherigen Abschnitt vergebene Überschrift „Wendepunkt“ deshalb sogar in zweierlei Hinsicht angemessen: Immerhin besiegelte die mit der bayerischen Note vom 11. Februar ausgesprochene schroffe Absage an weitere Verhandlungen nicht nur das Ende aller Einigungsbemühungen – die Reichsregierung hielt es deshalb auch für klüger, das Schreiben erst gar nicht zu beantworten²⁷⁶¹ –, sondern symbolisierte gleichzeitig die nicht so leicht erkennbare Tatsache, dass sich in diesen Wochen auch der Modus der Auseinandersetzung in entscheidender Weise geändert hatte: Zwar hatte jedes Signal in Sachen Einwohnerwehr schon bisher auch der „ordnungsliebenden“ Bevölkerung im Freistaat gegolten, Kahr hatte sich nun jedoch entschieden, im Zweifelsfall den Erwartungen der eigenen

²⁷⁶¹ So auch die Empfehlung Zechs, der ansonsten eine endgültige Festlegung der bayerischen Regierung befürchtete (Zech an Auswärtiges Amt vom 16.2.1921; PAAA, R 98 350); vgl. auch Papius (bayer. Gesandtschaft Berlin) an Außenministerium vom 15.2.1921 (MA 100 477) mit der Feststellung, das Reichskabinett habe sich offenbar mit der Note abgefunden und werde wahrscheinlich nicht antworten.

Unterstützer den Vorzug zu geben, wobei er für sich in Anspruch nahm, lediglich die Interessen Bayerns an erste Stelle setzen zu wollen.²⁷⁶² Diese einseitige Fixierung gab eine klare Linie vor, verurteilte den Regierungschef ab sofort freilich auch zu einer Immobilität, die in jeder neuen Botschaft in Sachen Einwohnerwehr nur noch den Anlass zur Festigung der eigenen Reihen, d. h. zur innenpolitischen Agitation, sehen konnte, während entgegenkommende Signale in Richtung Reichsregierung oder Entente praktisch völlig ausblieben.

3.2 Empörung und Kurzschlussreaktionen: Die Vorlage des zweiten Entwaffnungsgesetzes

Als deutlicher Ausdruck dieses Sinneswandels kann deshalb gelten, dass es Kahr auch nach der Antwortnote vom 11. Februar nicht für notwendig hielt, in neue Verhandlungen mit dem Reich einzutreten, sondern es vorzog, ohne vorherige Abstimmung nach seiner Überzeugung zu handeln und damit die politische Lage noch weiter verkomplizierte. So erscheint es bezeichnend, dass im Vorfeld der (ersten) Londoner Konferenz²⁷⁶³, die ja immerhin die Modalitäten zur Erfüllung des Pariser Ultimatums festlegen sollte, weitgehende Funkstille zwischen München und Berlin herrschte, der Ministerpräsident aber auch keine ersichtlichen Vorbereitungen für das bis zum 15. März zu erwartende Reichsgesetz gegen den Fortbestand ziviler Selbstschutzorganisationen²⁷⁶⁴ traf, also z. B. keine demonstrative Satzungsänderungen oder symbolische Dezentralisierungen vornehmen ließ. Stattdessen stellte Gustav von Kahr im Anschluss an die Berliner Konferenz und den Koalitionsstreit um die Beantwortung der mitgebrachten „Proportionen“ scheinbar unbeeindruckt die Normalität der Situation zur Schau, während die Einwohnerwehr weiterhin ebenso stoisch ihre Gau- und Kreisfeste abhielt.

Ein Blick auf die Sitzungen des Ministerrats und das eigene Tagebuch machen freilich deutlich, dass Kahr bei aller äußeren Gelassenheit die Verhandlungen in London sehr wohl aufmerksam verfolgte und sich stets vom Fortgang der Beratungen berichten ließ, wobei er allerdings befürchtete, die Reichsregierung werde wie in Versailles und Spa klein begeben und schließlich alle vorgelegten Forderungen im Wissen um ihre

²⁷⁶² Tagebuch Kahr 1921-A, pag. 59 f.

²⁷⁶³ Niedhart, Außenpolitik, 11-13.

²⁷⁶⁴ Nach den Pariser Beschlüssen war die Reichsregierung aufgefordert, ein entsprechendes Gesetz verabschieden zu lassen (siehe Anm. 2704), die Geltungsdauer des Entwaffnungsgesetzes vom 7.8.1920 endete außerdem am 1. März 1921 (RGBl. 1920, 1557). Allein deshalb war Kahr die Bedeutung der Konferenz ohne Zweifel bewusst, er begründete mit Hinweis auf die anstehenden Verhandlungen sogar die Verschiebung der Beratung des Einwohnerwehr-Etats im Haushaltsausschuss des Landtags, vgl. Sitzung vom 4.3.1921 (Protokoll in Landtag 14 708).

Unerfüllbarkeit unterzeichnen.²⁷⁶⁵ Umso euphorischer fiel deshalb seine Reaktion aus, als Reichsaußenminister Simons am 8. März tatsächlich die Reißleine zog und nach einem letzten Reparationsangebot mit der deutschen Delegation aus London abreiste, was direkt die Besetzung weiterer Reichsgebiete als sog. Sanktionsmaßnahme zur Folge hatte.²⁷⁶⁶ Die in Teilen der bürgerlichen Öffentlichkeit lange erhoffte Definition einer roten Linie von deutscher Seite, d. h. die zumindest symbolische Selbstbehauptung als ernst zu nehmender Verhandlungspartner, war somit erfolgt. Wohl in seiner Begeisterung zog Kahr hieraus jedoch den sehr gewagten Schluss, dass sich die Reichsregierung mit diesem Schritt entschlossen hätte, den Alliierten von nun an generell die Stirn zu bieten, d. h. dass sich sowohl weitere Verhandlungen auf unveränderter Basis als auch das Entwaffnungsultimatum vorerst erledigt hätten.²⁷⁶⁷ Ohne vorher in Berlin nach den weiteren Absichten zu fragen, ging der Ministerpräsident deshalb sofort zu einer propagandistischen Gegenoffensive über und initiierte eine groß angelegte Kampagne gegen den Friedensvertrag sowie die vermeintliche Kriegsschuldfrage in ganz Bayern: Im Zuge dessen ließ er es sich vor allem nicht nehmen, als Hauptredner der zentralen Protestkundgebung in Münchner Kindlkeller am 10. März aufzutreten und dabei u. a. „den geschlossenen Willen unseres Volkes“ zu betonen.²⁷⁶⁸ Über die öffentliche Resonanz der Aktion insgesamt befriedigt, fiel eine erste Zwischenbilanz der Aktion dann auch positiv aus, weshalb sich Kahr in seinem Eindruck bestätigt sah, dass die ganze Bevölkerung zum ersten Mal geschlossen den vermeintlichen Kurs der Reichsregierung unterstütze.²⁷⁶⁹ Er reagierte deshalb umso geschockter, als sich das eigene Kalkül abermals als Illusion erwies und der Gesetzentwurf zur Auflösung der Selbstschutzorganisationen am 13. März fristgerecht im Außenministerium einlief – zu allem Überfluss enthielt die Post aus Berlin aus Versehen sogar einen verschärften Entwurf, der inzwischen gar nicht mehr dem Stand der Beratungen entsprach.²⁷⁷⁰

²⁷⁶⁵ Ministerratssitzung vom 7.3.1921, TOP I (Protokoll in MA 99 516).

²⁷⁶⁶ ‚Keine Einigung - die Sanktionen beginnen!‘, in: Berliner Tageblatt Nr. 111 vom 8.3.1921.

²⁷⁶⁷ Vgl. die unmittelbare Reaktion Kahrs: ‚Die Würfel in London sind gefallen. Die deutschen Delegierten sind abgereist. Diese Nachricht wirkte wie eine Erlösung.‘ (Tagebuch 1921-A, pag. 97).

²⁷⁶⁸ Ausschnitte der Rede in: ‚Kahr über das Londoner Ergebnis‘ in: MZ Nr. 68 vom 11.3.1921; vgl. die Eindrücke von Kahrs Tochter Gertraud: ‚Geschrien hat alles vor Jubel als Vater kam u. ein brausendes Hoch u. ein Jubel war, ein Klatschen das kein Ende nehmen wollte.‘ (Gertraud Kahr an ihre Mutter Ella Kahr vom 11.3.1921; Privatnachlass Kahr, Familienkorrespondenz).

²⁷⁶⁹ Tagebuch Kahr 1921-A, pag. 107.

²⁷⁷⁰ Die Übermittlung des – nicht mehr aktuellen – Gesetzentwurfes erfolgte mit einer auf den 8.3.1921 datierten Note des Reichsinnenministers (MInn 73 675), die jedoch erst am 11. März in München eintraf (vgl. Präsentatums-Vermerk); der Fehler wird im Bericht Frerichs vom 14.3.1921 (Bundesarchiv Berlin, R 707/5) erwähnt.

Nach einer Philippika im Ministerrat²⁷⁷¹ zögerte Kahr deshalb auch nicht, eine von Rudolf von Xylander²⁷⁷² angeführte Protestdemonstration persönlich vor seiner Dienstwohnung zu empfangen, d. h. als amtierender Ministerpräsident an einer unangemeldeten Kundgebung auf offener Straße – und das am Sonntag Mittag – teilzunehmen. In einer spontanen Ansprache versicherte er der erregten Menge dann auch seine feste Entschlossenheit, die Einwohnerwehr in der bestehenden Form zu erhalten und bekräftigte dies noch, indem er auf den sprichwörtlichen Zuruf „Landgraf werde hart“ mit einem trockenen „Bleibt er auch“ reagierte.²⁷⁷³ In dieser Stimmung befangen, überraschte der Ministerpräsident zwei Tage später außerdem den Landtag und die Koalitionsparteien, als er im Plenum, konkret in der anstehenden Haushaltsdebatte des Innenministeriums, plötzlich auf die Einwohnerwehr-Frage zu sprechen kam. Denn fielen seine Äußerungen nicht nur ohne vorherige Rücksprache mit den eigenen politischen Verbündeten, kamen sie de facto außerdem einer Brüskierung des ganzen Hauses gleich, da es die Staatsregierung ja bisher abgelehnt hatte, das Thema im Haushaltsausschuss zu diskutieren²⁷⁷⁴, der Ministerpräsident nun aber doch darauf einging – und das in ungewohnter Deutlichkeit: Nach scharfer Kritik am Inhalt und am Zustandekommen des Reichsgesetzentwurfes versicherte er nämlich auch vor diesem offiziellen Forum nochmals ausdrücklich, dass die Regierung auf keinen Fall in eine Entwaffnung einwilligen werde und schloss seine Ausführungen mit einigen rhetorischen Fragen, deren Stil am besten im direkten Zitat nachzuvollziehen ist. Charakteristische Ausschnitte lauteten etwa wie folgt: „Ich frage Sie nun nicht als Politiker, ich frage Sie als Männer [...] Wie würde die Geschichte über ein Geschlecht von deutschen Männern urteilen, die ihren Willen, sich staatlich und national zu behaupten, ihr deutsches Vaterland und ihre bayerische Heimat in Ehren auf ihre Kinder zu vererben, dem Diktat eines feindlichen Vernichtungswillens unterwerfen sollte? Wen würde sie mehr verurteilen, die aufrechten Männer, die sich ihre Mannhaftigkeit nicht nehmen lassen oder die Regierung, die sich

²⁷⁷¹ Vgl. Ministerratssitzung vom 11.3.1921, etwa: „Mit allen diesen Erklärungen stehe der Entwurf im Gegensatz; man verliere alles Vertrauen; wir müßten mit aller Entschiedenheit dagegen protestieren“ (Protokoll in MA 99 516); in seinen Aufzeichnungen bezeichnet Kahr den Gesetzentwurf als „Dieb in der Nacht“ (Tagebuch Kahr 1921-A, pag. 107; Kahr-Erinnerungen, pag. 844).

²⁷⁷² Der Offizier *Rudolf von Xylander* (1872-1946) war Vorsitzender der BMP-Ortsgruppe München und gehörte dem völkischen Flügel der Partei an; er verließ die BMP 1922 im Streit um eine angeblich zu moderate Ausrichtung und schloss sich der Deutschvölkischen Freiheitspartei an. Vgl. Kiiskinen, *Deutschnationale Volkspartei*, 181-189. Zur Biographie vgl. die Angaben bei Hackl, *Kriegsakademie*, 606.

²⁷⁷³ Die Reichsvertretung übermittelte an diesem Tag dann auch direkt einen zweiten Bericht nach Berlin, der den Vorgang schildert (Frerichs an Auswärtiges Amt vom 14.3.1921; Bundesarchiv Berlin, R 707/5). Kahr kam dabei direkt von der Gedenkfeier zum 100. Geburtstag von Prinzregent Luitpold, die in der Theatinerkirche stattfand. Das von Frerichs genannte Zitat wird von Kahr selbst bestätigt, Tagebuch Kahr 1921-A, pag. 113-116.

²⁷⁷⁴ Siehe Anm. 2750.

zum Schergen eines solchen feindlichen Willens machen wollte?“²⁷⁷⁵ Auf ein solches Plädoyer erübrigte sich im Grunde jede Antwort, wobei vor allem die aufgestellten Bewertungsmaßstäbe bedenklich erscheinen, die die Beschränkungen einer praktischen Politik beinahe ausblendeten und jeden, der sich nicht der Maxime der unbedingten Ablehnung verschrieb – also auch die Reichsregierung – in die Nähe einer feigen und ehrlosen Gesinnung rückte. Gegen die zitierten Äußerungen, die eine neue Stufe der verbalen Eskalation markierten, regte sich jedoch selbst in der BVP spürbarer Unmut²⁷⁷⁶, weshalb sich der Ministerpräsident gezwungen sah, drei Tage später nochmals das Wort im Landtag zu nehmen und mit gemäßigten Ausführungen den entstandenen Eindruck etwas zu relativieren.²⁷⁷⁷ Ungeachtet dessen konnte sich freilich jeder denken, dass die erste Rede zweifellos die tatsächliche Gemütslage und Gesinnung Kahrs widerspiegelte, wie auch ein Brief an seine in Berlin weilende Gattin, der einige drastische Bemerkungen und Spott über die „Berliner Regierungsmänner“ sowie den „moderne[n] Parlamentarismus“ enthielt, deutlich macht.²⁷⁷⁸

3.3 Offener Bruch: Brüskierung des Vizekanzlers

War jede Aussicht auf eine gütliche Verständigung unter solchen Voraussetzungen in weite Ferne gerückt, kam es aus Sicht der Reichsregierung jedoch noch schlimmer, als am 17. März in Mitteldeutschland ein vom linken Flügel der KPD initiiertes Generalstreik ausbrach, der schnell Züge eines Aufstandes annahm und erst am Anfang April sein Ende fand²⁷⁷⁹ – Kahr konnte nun sogar darauf verweisen, dass seine Warnungen vor der bolschewistischen Gefahr sehr wohl zuträfen und er deshalb auch die Pflicht habe, die

²⁷⁷⁵ Verh. Landtag 1920/21, Bd. II, 600; die Münchener Post kommentierte die Ausführungen Kahrs am nächsten Tag mit sprechendem Titel: ‚Kahr - eine nationale Gefahr‘, in: MP Nr. 62 vom 16.3.1921.

²⁷⁷⁶ Nach einer Ereignischronologie Hamms (NL Dirr 284) rechtfertigte sich Kahr am nächsten Morgen auf Vorhalt damit, dass zu einer vorherigen Besprechung im Ministerrat keine Zeit gewesen sei und er beim letzten Teil seiner Ausführungen (Zitate im Text) nur persönlich gesprochen habe; so äußerte sich Kahr auch gegenüber seiner Gattin, siehe den Brief in der übernächsten Anm. Am Nachmittag fand dann ein Ministerrat (Sitzung vom 16.3.1921; Protokoll in MA 99 516) statt, in der Hamm Kahr direkt mit den fraglichen Passagen konfrontierte und ihn darauf hinwies, dass solche Bemerkungen nicht von den Koalitionsvereinbarungen gedeckt seien.

Vgl. auch den Bericht Zechs vom 31.3.1921 (PAAA, R 98 391): Der Gesandte betonte darin, dass Kahr für seine Rede auch unter Anhängern Kritik geerntet habe, weshalb auch bereits die Behauptung gestreut worden sei, der Ministerpräsident habe versehentlich ein falsches Konzept verlesen.

²⁷⁷⁷ Verh. Landtag 1920/21, Bd. II, 655-657.

²⁷⁷⁸ Gustav von Kahr an Ella Kahr vom 18.3.1921 (Privatnachlass Kahr, Privatkorrespondenz): „Meine Rede vom vorigen Dienstag im Landtag bot mir die Gelegenheit einmal recht deutlich zu sagen, was ich in der E.W. Frage zu tun, bezw. nicht zu tun gedenke.“

²⁷⁷⁹ Sigrid Koch-Baumgarten, Der Aufstand der Avantgarde. Die Märzaktion der KPD 1921 (Quellen und Studien zur Sozialgeschichte 6), Frankfurt 1986.

bayerische Bevölkerung auf bewährte Art vor solchen Ausschreitungen zu schützen.²⁷⁸⁰ Der Versuch des Kabinetts Fehrenbach, gerade in dieser Situation – die entsprechende Frist²⁷⁸¹ lief Ende März ab – ein weiteres Mal auf die Abgabe der schweren Waffen zu drängen, schien daher beinahe aussichtslos: Nach Verabschiedung des wesentlich abgeschwächten Gesetzes zur Auflösung der Selbstschutzorganisationen²⁷⁸² entsandte sie deshalb Vizekanzler Rudolf Heinze (DVP) am 24. März persönlich nach München, um Kahr nochmals um ein Entgegenkommen zu ersuchen und ihm den Ernst der Lage mit allem Nachdruck vor Augen zu führen. Er übergab dem Ministerpräsidenten deshalb einerseits ein persönliches Schreiben Fehrenbachs²⁷⁸³, in dem der Reichskanzler in ungewöhnlich eindringlicher und fast beschwörender Form an die Kooperationsbereitschaft Kahrs appellierte, und äußerte andererseits selbst die Bitte, sein Anliegen auch vor versammeltem Ministerrat vortragen zu dürfen.²⁷⁸⁴ Bleibt es natürlich Spekulation, ob sich Kahr angesichts dieser prominenten Aufwartung vielleicht doch noch zu gewissen Zugeständnissen bereitgefunden hätte, beraubte sich Heinze mit seinem ungeschickten, offenbar vom Reichskabinett gedeckten Vorschlag freilich selbst jeglicher Erfolgsaussichten: Denn mochte der Gast eine Aussprache im Ministerrat auch als eine weitere Möglichkeit zur Verständigung anpreisen, spürte Kahr natürlich trotzdem die versteckte Absicht, ihn vor den eigenen Kollegen unter Druck zu setzen und zeigte sich daher entschlossen, eine solche Situation auf keinen Fall zuzulassen – allein die Vorstellung eines vor den Augen des Vizekanzlers möglicherweise in Streit geratenden Kabinetts verbot Kahr jedes Eingehen auf diese Anregung. Er berief sich deshalb, um die Form zu wahren, auf verfassungsrechtliche Bedenken, sagte Heinze

²⁷⁸⁰ Vgl. den Bericht des englischen Konsuls Seeds (Seeds an Curzon vom 9.4.1921; DBFP XVI, 645-647) über eine Unterredung mit Kahr: Der Ministerpräsident fühlte sich demnach in seinen Warnungen völlig bestätigt und betone dies auch bei jeder Gelegenheit. Vgl. auch Ministerrat vom 4.4.1921, TOP I (Protokoll in MA 99 516) sowie die Argumentation in der Note Kahrs an die Reichsregierung vom 4.4.1921 (AdR Fehrenbach, Dok. 228).

Staatssekretär Schweyer richtete dann auch direkt ein Schreiben an den Reichskommissar für die öffentliche Ordnung, Kuenzer, in dem er die Ereignisse als Bestätigung früherer Warnungen Kuenzers wertete und betonte, dass in Bayern entsprechende Vorbereitungen getroffen seien (Schweyer an Kuenzer vom 23.3.1921; MA 100 412).

²⁷⁸¹ Siehe Anm. 2704.

²⁷⁸² Verh. Reichstag, Bd. 348, 3292-3303 (Sitzung vom 19.3.1921)

²⁷⁸³ Abdruck bei AdR Fehrenbach, Dok. Nr. 216.

²⁷⁸⁴ Der Besuch Heinzes erregte erhebliche Aufmerksamkeit, von den direkten Gesprächen liegt allerdings nur die Schilderung Kahrs vor: Tagebuch Kahr 1921-A, pag. 129-134.

Gleichzeitig besuchte auch Reichsentwaffnungskommissar Peters den bayerischen Staatskommissar Eduard Nortz und wies ihn an, zumindest die schweren Waffen der Einwohnerwehr (Geschütze und Maschinengewehre) „unverzüglich“ zu beschlagnahmen. Am 29.3.1921 meldete Nortz jedoch, dass dieser Auftrag wegen „unüberwindlichen Schwierigkeiten“ nicht vollzogen werden könne, da der Widerstand der Bevölkerung sonst zu „schweren inneren Unruhen“ führen müsse. Vgl. den Bericht Peters vom 3.4.1921 (Bundesarchiv Berlin, R 707/5).

jedoch zu, das Gesamtministerium möglichst bald einzuberufen²⁷⁸⁵ und dort über die neue Sachlage sowie das gemeinsame Gespräch zu berichten. Heinze verblieb derweil im Hotel, bekam danach jedoch stundenlang keine weitere Nachricht, obwohl er zweifellos zumindest damit rechnete, die Gelegenheit zu einem informellen Austausch mit einigen Ministern zu erhalten. Nach mehreren Stunden Wartezeit, die ihm wohl wie eine gezielte Verschleppung erschienen, reiste er schließlich verärgert aus München ab und erklärte damit von sich aus den unternommenen Vermittlungsversuch für gescheitert.²⁷⁸⁶

Nach diesem erneuten Eklat versuchten beide Seiten dann auch überhaupt nicht mehr, ihren Frust zu verbergen oder in diplomatische Formeln zu kleiden: Veröffentlichte die Reichsregierung deshalb „ab irato“²⁷⁸⁷ das von Heinze übergebene Schreiben²⁷⁸⁸ und wies damit Bayern öffentlich die Schuld an der Nicht-Erfüllung des Entwaffnungsultimatums zu, konterte Kahr wenige Tage später in entsprechender Weise, indem er in seiner schriftlichen Antwort die vorgebrachten Bitten ablehnte und dabei auch die dafür ins Felde geführten Argumente relativ schroff zurückwies.²⁷⁸⁹

3.4 Wachsende Skepsis: Erste Absetzbewegungen in den eigenen Reihen

Die aus Berlin und München längst nur noch mit Widerwillen geführten Verhandlungen waren somit de facto gescheitert, der Ministerpräsident hatte sich in den vergangenen Wochen jedoch auch innenpolitisch in Bedrängnis gebracht: Neben der beinahe irreparablen Eintrübung der Beziehungen zur Reichsregierung musste Kahr nämlich auch eine erhebliche Schwächung seiner Stellung in Bayern verzeichnen, wobei vor allem das politische Verhältnis zum Landtag Schaden genommen hatte. Diese Schlussfolgerung kann deshalb so eindeutig ausfallen, da der Ministerpräsident innerhalb eines Monats nicht weniger als drei Mal die parlamentarischen Umgangsformen verletzt hatte: Lässt man die Ereignisse nochmals Revue passieren, folgte auf die zunächst verweigerte Beantwortung einer Interpellation sogleich die Nichtbefassung des Haushaltsausschusses

²⁷⁸⁵ Der Ministerrat wurde tatsächlich direkt an diesem Gründonnerstag abend einberufen, beriet aber im Wesentlichen nur die formelle Frage, ob ein Reichsminister auf eigenen Wunsch an einer Sitzung des bayerischen Kabinetts teilnehmen könne, was alle Anwesenden verneinten (Protokoll in MA 99 516).

²⁷⁸⁶ Vgl. die Ereignischronologie Hamms (NL Dirr 284): „Nachm. 1/4 3 Ankündigung des Min.Rats für 1/4 5. 5-6 1/4 Min. Rat über Zuziehung Heinzes zum Min.Rat. Über vorherige Anmeldung Heinzes wurde keine Mitteilung gemacht, ebensowenig davon, daß Heinze auch von Besprechung außerhalb Min.Rat sprach. Vorschlag einer solchen Besprechung von mir. 1/2 7 Anruf bei Graf Zech, Heinze nicht mehr erreicht. 9.05 Abreise Heinzes. Am Bahnhof durch Diener Brief überreicht, in dem vom Versuch einer Besprechung außerhalb des MR. wieder nichts stand.“

²⁷⁸⁷ So der Kommentar Koch-Wesers, vgl. AdR Fehrenbach, Dok. 218 Anm. 9.

²⁷⁸⁸ Ebd. Als Reaktion beschloss der Ministerrat am 1.4.1921 eine öffentliche Erwiderung auf die Pressemitteilung der Reichsregierung (Protokoll in MA 99 516); vgl. auch die Presseauschnitte in PAAA, R 98 391.

²⁷⁸⁹ Note Kahr an die Reichsregierung vom 4.4.1921 (AdR Fehrenbach, Dok. 228).

mit dem eigentlich anstehenden Einwohnerwehr-Etat und schließlich die Haushaltsrede Kahrs, die dann sehr wohl auf dieses Thema einging und den Selbstschutzverband mit scharfen Worten gegen Kritik in Schutz nahm. Dieses sprunghafte Verhalten rief erwartungsgemäß die scharfe Kritik der Opposition hervor, zu der in der Folge der Gesprächsfaden beinahe vollständig abriss, strapazierte aber auch die Loyalität der eigenen Basis, die diese Ungeschicklichkeiten rechtfertigen musste und im letztgenannten Fall auch selbst sehr unliebsam vor vollendete Tatsachen gestellt wurde.

Der März 1921 erscheint deshalb im Rückblick nicht gerade als passender Moment, um die Koalition einer weiteren Belastungsprobe auszusetzen: Denn war es um das Binnenverhältnis in der bürgerlichen „Einheitsfront“ ohnehin nicht mehr zum Besten bestellt, weckten die unglücklichen Alleingänge Kahrs nun auch konkrete Zweifel an den Führungsqualitäten des Ministerpräsidenten und stellten den eingeschlagenen politischen Kurs weiter in Frage. So galt es eigentlich bereits als offenes Geheimnis, dass insbesondere die Demokraten wesentliche Elemente der politischen Agenda, etwa auch die Forderung nach einer Föderalisierung des Reiches, nur noch widerwillig mittrugen und nicht zuletzt aus Furcht vor dem Sturz in die Bedeutungslosigkeit den Gang in die Opposition scheuten. Selbst diese rein pragmatische Haltung fiel der Fraktion jedoch zunehmend schwer, nachdem ihre Warnungen vor einer brüsken Zurückweisung der Berliner Propositionen beinahe ungehört verhallt waren und Kahr auch in der Folge keinerlei Bereitschaft erkennen ließ, sich in Sachen Einwohnerwehr auf Kompromisse einzulassen. Gerade nach dem Eklat mit Vizekanzler Heinze mehrten sich deshalb in der DDP die Stimmen, nun endlich Konsequenzen aus den wiederholten Vorfällen zu ziehen und sich nicht länger zum Anhängsel eines offenbar unbelehrbaren Ministerpräsidenten zu machen.²⁷⁹⁰

Wäre ein Austritt der DDP freilich politisch zu verkraften gewesen und in den anderen Parteien vielleicht sogar auf Beifall gestoßen, gab jedoch viel mehr Anlass zu Beunruhigung, dass die Skepsis gegenüber der von Kahr verfolgten Agenda inzwischen auch weitere Kreise zog: So bat nun etwa auch Landwirtschaftsminister Wutzlhofer um

²⁷⁹⁰ Die DDP-Fraktion wies solche Vorwürfe einerseits mit Hinweis auf bisherige Einflussnahmen in der Koalition und klare Stellungnahmen in der „Süddeutschen Demokratischen Korrespondenz“ zurück (Dirr an Rasching vom 31.3.1921; NL Dirr 304), verständigte sich auf einer Zusammenkunft mit dem Landesvorstand am 10.4.1921 aber auch, in Zukunft gegenüber Kahr bestimmter aufzutreten (Dirr an Thoms vom 14.4.1921; NL Dirr 306), vgl. den Pressebericht: ‚Kritisches zur Politik Kahrs‘, in: MZ Nr. 98 vom 11.4.1921.

Als Reaktion darauf warf Kahr Dirr bereits am 22. April in einer „gründliche[n] Aussprache“ die entsprechenden Kommentare der „Süddeutschen Demokratischen Korrespondenz“ vor und forderte eine „respektvolle Behandlung meiner Arbeit“ in der Koalitionspresse ein (Tagebuch Kahr 1921-A, pag. 164-168).

ein persönliches Gespräch und gab in zurückhaltender Form zu bedenken, „ob es nicht doch angezeigt wäre“, eine Reduzierung oder Umgestaltung der Einwohnerwehr ins Auge zu fassen, um auf diese Weise mögliche Sanktionen der Siegermächte zu vermeiden – vor allem „Kreise des Erwerbslebens“ hätten ansonsten die Befürchtung, nachhaltige wirtschaftliche Schäden zu erleiden.²⁷⁹¹ Und selbst innerhalb der BVP machte sich für aufmerksame Beobachter inzwischen eine Kahr-kritische Minderheit bemerkbar, die allerdings noch nicht so weit gehen konnte, die offizielle Parteilinie in größerem Maßstab in Frage zu stellen; vorerst ließen deshalb nur einige Leitartikel in der Augsburger Postzeitung, die dem BVP-Arbeitnehmerflügel nahe stand, den dennoch vorhandenen Unmut erahnen.²⁷⁹² Selbst innerhalb der Koalition standen damit nur noch die Deutschnationalen weiterhin geschlossen und ohne Ausnahme hinter der Politik des Ministerpräsidenten, was auch die Begeisterung auf dem BMP-Parteitag in Nürnberg Ende März dokumentierte, als Hans Hilpert Kahr in seiner Rede gar als „Deutschesten der Deutschen“ titulierte und damit spontanes Händeklatschen erntete.²⁷⁹³

Die Einwohnerwehr, also ausgerechnet eine Organisation, die außerhalb des regulären politischen Spektrums stand, durfte sich deshalb inzwischen als größte und einflussreichste Unterstützungsbasis des Ministerpräsidenten betrachten, ihre Führungsriege hatte indes auch allen Anlass, einem Regierungschef, der so hartnäckig jede Entwaffnung ablehnte, in jeder Form loyal zur Seite zu stehen. Genau vor diesem Hintergrund erscheint es jedoch auch fragwürdig, ob Kahr sich mit seinem vorbehaltlosen Bekenntnis zum bewaffneten Selbstschutz wirklich einen Gefallen tat und so seine Verankerung in diesem Umfeld mittelfristig überhaupt stärkte: Denn war das Prestige des Ministerpräsidenten in der Einwohnerwehr ohnehin kaum mehr zu steigern, nutzte er diese privilegierte Position eben nicht, um die Akzeptanz der Wehrmänner für notwendige Konzessionen zu erhöhen oder auf ein weniger pompöses Auftreten hinzuwirken, d. h. die Chancen für die Fortexistenz eines organisierten Selbstschutzes tatsächlich zu erhöhen. Stattdessen setzte er seinen guten Ruf aufs Spiel, indem er sich selbst im April 1921 noch vorbehaltlos für den sog. Selbstschutz einsetzte²⁷⁹⁴ und damit riskierte, die selbst geschürten Erwartungen in absehbarer Zeit enttäuschen zu müssen.

²⁷⁹¹ Tagebuch Kahr 1921-A, pag. 78.

²⁷⁹² Vgl. die entsprechenden Hinweise im Bericht Mosers vom 7.4.1921 (Benz, Moser, Dok. 54) sowie im Bericht Zech vom 19.1.1921 (PAAA, R 98 391).

²⁷⁹³ ‚3. Parteitag der Bayerischen Mittelpartei‘, in: Blätter der Bayerischen Mittelpartei Nr. 26/27 vom 2.4.1921 - keine Paginierung (zweite Seite rechts unten).

²⁷⁹⁴ So traf sich Kahr Anfang des Monats noch einmal mit britischen Offizieren (Schelhorn an Rechberg vom 5.4.1921; Bundesarchiv Koblenz, NL Rechberg N 1049/44; Tagebuch Kahr 1921-A, pag. 136 f., 144) und sprach abermals bei den offiziellen Vertretern Großbritanniens, Frankreichs und Italiens vor (Bericht

4. Kein Weg aus der Sackgasse: Das schnelle Ende der Einwohnerwehr

4.1 Ergebnis der Blockade: Die Annahme des Londoner Ultimatums

Die Illusion der eigenen Stärke brach dann auch schnell in sich zusammen, als die Alliierten am 5. Mai ein neues, sehr kurzfristig terminiertes Ultimatum vorlegten und das Kabinett Fehrenbach in diesem Zusammenhang zurücktrat, sich also eine grundlegend veränderte politische Konstellation abzuzeichnen begann.²⁷⁹⁵ Denn die Staatsregierung und der Ministerpräsident mussten nun schnell erkennen, dass man zwar eine makellose Bilanz der eigenen Standhaftigkeit und Hartnäckigkeit vorweisen konnte, dieser fragwürdige Triumph jedoch kein effektives politisches Kapital abwerfen würde – ganz im Gegenteil: So stand bereits im Vorfeld der nun drängenden Entscheidungen fest, dass das Ausbleiben glaubwürdiger Signale des Entgegenkommens über lange Monate der Verzögerung und des versuchten Zeitgewinns die Aussicht auf Konzessionen von Seiten der Alliierten in immer weitere Ferne gerückt hatte, d. h. keine neuen Argumente gegen die geforderte Entwaffnung vorlagen. Die Verweigerungshaltung Bayerns hatte die Reichsregierung somit nach und nach jeglichen Verhandlungsspielraums beraubt, weshalb die Entente nun ohne Zögern ihr Ultimatum erneuern und verschärfen konnte. Bei dieser Sachlage verfügten schließlich auch die Kreise in Großbritannien, Frankreich oder Italien, die für eine mildere Behandlung Deutschlands eintraten, über keine effektive Handhabe mehr, um ihren Einfluss wie gewünscht geltend zu machen.

Waren somit die Würfel auf internationaler Ebene gegen Bayern gefallen, gehörte ebenfalls zu einer ungeschminkten Bilanz, dass der Ministerpräsident mit seinem unnachgiebigen Kurs eine im Grunde sehr entgegenkommende Reichsregierung zunächst nachhaltig verprellt und dann mit dazu beigetragen hatte, sie im Tauziehen um die Erfüllung der alliierten Forderungen zu zerreiben. Kannte der letztlich ohne Not eskalierte Konflikt zwischen Bayern und dem Reich deshalb im Grunde nur Verlierer, kehrte sich

Frerichs vom 11.4.1921; Bundesarchiv Berlin, R 707/5; Berichte Seeds an Curzon vom 6. und 8.4.1921; DBFP XVI, 644 f.; Tagebuch Kahr 1921-A, pag. 141-147) vor.

Bei der mehrmals vertagten Debatte zum Einwohnerwehr-Etat im Haushaltsausschuss des Landtags trat Kahr wiederum energisch den Vorwürfen der Opposition, insbesondere den mit zahlreichen vertraulichen Dokumenten (Besprechungsprotokollen, Angaben zu Waffenlagern) gestützten Darlegungen des USPD-Fraktionsvorsitzenden Gareis, entgegen (Sitzungen vom 12., 13. und 14.4.1921; Niederschriften in Landtag 14 709 und 14 710). Dabei warf der Ministerpräsident Gareis implizit Landesverrat im Dienste der Siegermächte vor („Cui bono?“) und hielt dies auch in seinen Aufzeichnungen fest: „Bei dieser 3tägigen Debatte gab sich der U.S.P. Abgeordnete Gareis wieder ganz als der Landesverräter, als welchen er sich seit langem bei den Verhandlungen im Landtage gegenüber der Entente erwiesen hat.“ (Tagebuch Kahr 1921-A, pag. 154) Siehe in diesem Zusammenhang auch die Stellungnahme Kahrs nach dem tödlichen Attentat auf Gareis in Anm. 2903.

²⁷⁹⁵ AdR Fehrenbach, LXVIII-LXX.

das politische Momentum jetzt auch perspektivisch gegen die Regierung Kahr, da sie inzwischen in Berlin kaum noch als konstruktiver Verhandlungspartner wahrgenommen wurde und sich die Entscheidungshoheit über Annahme oder Ablehnung des Ultimatums jetzt ohnehin in den Reichstag verschob – denn faktisch gaben die Abgeordneten mit der Bildung und Bestätigung einer neuen Reichsregierung zugleich ihr Votum über diese Frage ab.²⁷⁹⁶ Nun befanden sich die Befürworter der bayerischen Position im deutschen Parlament – im Wesentlichen die Fraktionen von BVP und DNVP – jedoch eindeutig in der Minderheit, weshalb auch Kahr nach dem Rücktritt des Kabinetts Fehrenbachs sofort erkannte, dass die bisherige Blockadepolitik ausgedient hatte und Entscheidungen ab sofort auch ohne die vorherige Stellungnahme des Freistaats fallen würden.

Er sah sich deshalb ganz gegen seine Gewohnheit genötigt, einen spontanen Versuch zu unternehmen, die Situation doch noch in seinem Sinne zu retten und reiste bereits am 7. Mai, d. h. im Laufe der Koalitionsverhandlungen, nach Berlin, um für eine Ablehnung des Ultimatums zu werben.²⁷⁹⁷ Dies lag aus seiner Sicht im bayerischen Interesse, da die Unterzeichnung der Entente-Vorlage die Forderung einer Entwaffnung der Einwohnerwehr abermals legitimieren würde, während mit der Verhängung neuer Sanktionen im Weigerungsfalle jeder Anlass für Konzessionen wegfallen musste: Eine für Kahr längst überfällige, offene Auseinandersetzung Deutschlands mit seinen anmaßenden Feinden – die Besetzung des Ruhrgebietes stand ja als Drohung im Raum – würde dann jeden Gedanken an eine Fortsetzung der Erfüllungspolitik in weite Ferne rücken. Die hierfür ins Felde geführte Argumentation ging dabei abermals von der Erwägung aus, dass man sich mit immer neuen, de facto unerfüllbaren Versprechungen letztlich nur unglaubwürdig mache und deshalb in Zukunft nur noch in Aussicht stellen dürfe, was auch tatsächlich zu leisten sei.²⁷⁹⁸

Der Versuch, diese Agenda persönlich zu vertreten, zeigte freilich nur noch deutlicher auf, wie gering der Einfluss der Staatsregierung inzwischen auf Reichsebene zu veranschlagen war: Zwar gelang es Kahr ein zweites Mal, die Absicht des Reichspräsidenten, den BVP-Politiker Wilhelm Mayer zum Reichskanzler zu ernennen,

²⁷⁹⁶ AdR Wirth, XIX-XXIII.

²⁷⁹⁷ Tagebuch Kahr 1921-A, pag. 196-201.

²⁷⁹⁸ Siehe S. 673. Kahr betonte in diesem Zusammenhang auch mehrfach, dass Deutschland mit seinen ständigen Zusagen die ohnehin kommenden Zwangsmaßnahmen der Alliierten nur aufschiebe und es besser sei, direkt und mit sehendem Auge dieses „Unglück“ zu durchschreiten, um danach wieder aufbauen zu können. Vgl. Tagebuch Kahr 1921-A, pag. 184, 200 (Gespräch mit Reichsbankdirektor Havenstein) sowie die Äußerung Kahrs in der Koalitionssitzung vom 4.2.1921: „Die Dinge, die da kommen sollen, hängen jeden Tag über uns. Viel lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende.“ (Protokoll in NL Dirr 317).

mit seinem energischen Veto zu durchkreuzen²⁷⁹⁹, wobei Ebert mit dieser Nominierung sicherlich auch die Taktik verfolgte, der Volkspartei und damit Bayern als Ganzes einen verlockenden Weg aus der bisherigen Verweigerungshaltung zu eröffnen – insofern zeigte sich Kahr aus gutem Grund alarmiert. Ansonsten führten die zahlreichen Unterredungen des Ministerpräsidenten mit verschiedenen Parteiführern und amtierenden Ministern²⁸⁰⁰ jedoch zu keinem greifbaren Ergebnis, weshalb er am 7. Mai praktisch unverrichteter Dinge und ohne große Hoffnungen wieder die Heimreise antreten musste. Und tatsächlich sollte der Eindruck einer verlorenen Partie nicht trügen: Der enttäuschte Ministerpräsident musste drei Tage später vielmehr zur Kenntnis nehmen, dass eine neue, von Zentrum, SPD und DDP unterstützte Regierung die Annahme des alliierten Ultimatums verkündete, nachdem der Reichstag dem neuen Kanzler Joseph Wirth hierzu in einer Vertrauensabstimmung die Ermächtigung erteilt hatte.²⁸⁰¹ Die Parteien der Weimarer Koalition – und Teile der USPD und DVP – konnten so die drohende Besetzung des Ruhrgebietes gerade noch abwenden, freilich zum bekannten Preis einer bedingungslosen Annahme des vorgelegten Zahlungsplans sowie der wiederholten Zusage einer unverzüglichen Auflösung der Selbstschutzorganisationen.

4.2 Nachteil Kahr: Strategischer Vorteil und überlegene Taktik des neuen Reichskanzlers
Der politische Spielraum der bayerischen Staatsregierung hatte sich damit innerhalb weniger Tage nochmals deutlich reduziert, was gleichzeitig den Beginn der letzten Phase des seit Oktober 1920 akut virulenten Konfliktes um die Einwohnerwehr markierte. Tatsächlich lag der strategische Vorteil nun ganz offensichtlich auf Seiten der neuen Reichsregierung: Denn einerseits sah sie sich jetzt nicht mehr ständig vor die wenig attraktive Wahl gestellt, sich entweder für den Weg der sog. Erfüllungspolitik oder aber die z. T. lautstark geforderte harte Linie entscheiden und dafür jeweils die Konsequenzen in Kauf nehmen zu müssen.²⁸⁰² Die Annahme des Londoner Ultimatums, d. h. die vom Reichstag sanktionierte Entscheidung für die erste Option, stellte vielmehr die Geschäftsgrundlage des neuen Kabinetts dar und stand deshalb ab sofort – wie etwa der Friedensvertrag – als vollzogene Tatsache fest. Auch Gustav von Kahr war somit nicht mehr in der Lage, die Reichsregierung auf bisher gewohnte Weise politisch vor sich herzutreiben, er stand jetzt eher selbst unter Zugzwang, da er die eigenen Anhänger an

²⁷⁹⁹ Tagebuch Kahr 1921-A, pag. 176, 198 f., 235. Vgl. den gleichlautenden Bericht Schmelzles: Menges, Schmelzle, 205.

²⁸⁰⁰ Vgl. den Bericht Kahrs in der Sitzung des Ministerrats vom 9.5.1921 (Protokoll in MA 99 516).

²⁸⁰¹ Verh. Reichstag, Bd. 349, 3629-3651.

²⁸⁰² Siehe zu diesem Dilemma S. 656 f.

den Gedanken gewöhnen musste, dass die lange geschürten Erwartungen an eine sog. starke Politik offenbar auf einer Fehlkalkulation beruhten.

Neben dieser wichtigen Kräfteverlagerung fiel außerdem ins Gewicht, dass Joseph Wirth bis auf weiteres den nicht zu unterschätzenden Bonus des Neuanfangs ausspielen konnte: Denn nach Monaten des z. T. erbittert geführten Streits um die Entwaffnungsfrage traten der Reichskanzler und seine Kollegen jetzt als von dieser Vorgeschichte weitgehend unbelastete Akteure auf die politische Bühne und konnten viel leichter andere Akzente setzen, um wieder Dynamik in die verfahrenere Situation zu bringen und die entstandene Blockade vielleicht aufzulösen. Die neue Reichsregierung musste deshalb für alle diejenigen, die sich – z. T. auch in Bayern – einen Ausweg aus der Konfrontations-Spirale wünschten, als ersehnter Hoffnungsträger erscheinen, rückte mit dieser Ausstrahlung im Umkehrschluss freilich auch die Starrheit und Inflexibilität des bayerischen Kabinetts in ein besonders ungünstiges Licht. Die Ausgangsposition verbesserte sich schließlich noch weiter, wenn man bedenkt, dass in der neuen Konstellation auch die bereits bewährte Zusammenarbeit zwischen Zentrum, SPD und Liberalen wiederbelebt wurde, die im Grunde seit der Friedensresolution 1917 als Block der staatstragenden Parteien gelten konnten und auch gemeinsam die Weimarer Reichsverfassung ausgearbeitet und beschlossen hatten. Das erneuerte Bündnis verfügte zudem über deutlich mehr Sitze im Reichstag²⁸⁰³ als die bisherige Koalition und konnte zumindest bei Themen wie internationaler Verständigungspolitik mit einer stabilen parlamentarischen Mehrheit rechnen; auch im Verhältnis zur Legislative waren die Voraussetzungen für eine produktive Regierungsarbeit somit im Grundsatz gegeben.

Als wohl entscheidender Faktor für die weiteren Verhandlungen mit Bayern sollte sich jedoch erweisen, dass mit Joseph Wirth ein durchsetzungsstarker und versierter Politiker²⁸⁰⁴ den Platz des mit seiner Aufgabe eher überforderten Constantin Fehrenbach einnahm und damit Führungsstärke und Entschlossenheit an die Spitze der Reichsregierung zurückkehrten. Trotz seines bemerkenswert jungen Alters hatte der badische Zentrumspolitiker nämlich bereits Mandate als Stadtverordneter sowie als Mitglied in Land- bzw. Reichstag ausgeübt und war nach der Revolution in seiner Heimat in Regierungsverantwortung aufgerückt. Dort ebenfalls bewährt, trat er schließlich im März 1920 die schwierige Nachfolge des zurückgetretenen Reichsfinanzministers Erzberger an und erschien als Vertreter des linken Zentrumsflügels nun wie prädestiniert,

²⁸⁰³ So konnte das neue Kabinett immerhin mit der festen Unterstützung von 205 von 459 Abgeordneten zählen, die Parteienkonstellation der Vorgängerregierung war nur auf 168 Parlamentarier gekommen.

²⁸⁰⁴ Zur Biographie von *Joseph Wirth* (1879-1956) vgl. Hörster-Philipps, Wirth.

eine Koalition mit der Sozialdemokratie anzuführen. Sogleich mit der geerbten Entwaffnungsfrage konfrontiert, stellte er dann auch direkt unter Beweis, dass eine effiziente und taktisch kluge Verhandlungsführung von den meisten Zeitgenossen nicht ohne Grund zu seinen besonderen Stärken gerechnet wurde. Denn hatten es Fehrenbach, Simons oder Heinze im Laufe von sechs Monaten nicht vermocht, sich gegen die bayerische Blockadehaltung durchsetzen, gelang es Wirth nun innerhalb weniger Tage, die Verhandlungsposition Kahrs entscheidend zu unterminieren, da er sofort die richtigen Schlüsse aus der eigenen günstigen Lage und den bisherigen Erfahrungen zog. Insbesondere setzte sich der Reichskanzler überhaupt nicht der Gefahr aus, sich vom bayerischen Ministerpräsidenten mit einer formellen Anfrage eine weitere Abfuhr zu holen, sondern stufte es als zielführender ein, zunächst das heterogene Bündnis um Kahr auseinander zu dividieren, wobei er wahrscheinlich bereits mitbekommen hatte, dass es um dessen inneren Zusammenhalt ohnehin nicht mehr zum Besten stand. Mit anderen Worten ausgedrückt, verfolgte Wirth also eine Umfassungsstrategie und versuchte dementsprechend, möglichst viele alternative Kommunikationskanäle in den Freistaat zu erschließen, um auf diese Weise vor allem Teile der größten Regierungspartei auf seine Seite zu ziehen. Dabei ließ sich dieser Schachzug sogar noch als Zeichen des verständnisvollen Entgegenkommens präsentieren, da es die Reichsregierung so vorerst vermied, gleich wieder mit offiziellen Entwaffnungsdekreten die Gemüter in München zu erhitzen: Sollte der verfolgte Plan gelingen, würden es vielmehr die gewonnenen Vermittler selbst übernehmen, dem Ministerpräsidenten die Unvermeidlichkeit des Nachgebens vor Augen zu führen.

Joseph Wirth verlor deshalb keine Zeit und nahm einerseits sofort vertraulichen Kontakt zu Vertretern der BVP, denen er eine pragmatische Sicht der Dinge zutraute oder die er ohnehin insgeheim auf seiner Seite vermutete, auf: In persönlichen Schreiben bat der Reichskanzler deshalb sowohl Georg Heim als auch Johannes Leicht, den Fraktionsvorsitzenden im Reichstag, um ihre Unterstützung in der Sache sowie um Ratschläge, „wie wir in der Entwaffnungsfrage am schonendsten für die beteiligten Gruppen und Kreise vorgehen können.“²⁸⁰⁵ Warteten die so eingebundenen – und vielleicht auch geschmeichelten – Ansprechpartner dann auch gleich mit entsprechenden

²⁸⁰⁵ Vgl. an Wirth an Leicht vom 14.5.1921 (Bundesarchiv Koblenz, NL Wirth N 1342/69) sowie Wirth an Heim vom 11.5.1921 (Bundesarchiv Koblenz, NL Wirth 1342/17); im Schreiben an Heim betonte der Reichskanzler dann auch explizit: „Ich möchte nicht sofort mit einem Amtlichen Schreiben an die Bayerische Regierung oder mit ähnlichen Schritten vorgehen, die leicht neue Mißverständnisse und Schwierigkeiten bringen, sondern mich unter der Hand mit Ihnen und Herrn v. Kahr in Fühlung halten.“

Vorschlägen auf²⁸⁰⁶, ging Wirth andererseits dazu über, weitere potenzielle Verbündete mit attraktiven Angeboten den Abschied von der Einwohnerwehr zu erleichtern. Zumindest ein derartiger Fall, der auf eine gezielte Taktik schließen lässt, geht eindeutig aus den vorhandenen Quellen hervor: So überrascht es natürlich nicht, dass Karl Friedrich Speck, seines Zeichens BVP-Vorsitzender und gleichzeitig Präsident des Landesfinanzamtes München, sofort zu den Unterstützern des Reichskanzlers zählte, als dieser ihm die Idee präsentierte, das bisher von der Landesleitung belegte Ringhotel in einen Wohnkomplex für die Beamten seiner Behörde umzuwandeln.²⁸⁰⁷ Um an diese ersten Erfolge sogleich anknüpfen zu können, d. h. das dadurch entstandene Momentum zu nutzen, entschied sich Wirth einige Tage später außerdem, Otto von Dandl als eine Art persönlichen Vertreter nach München zu entsenden und ihn zu beauftragen, mit möglichst vielen Entscheidungsträgern ins Gespräch zu kommen. Fiel es dem letzten Regierungschef der konstitutionellen Ära so etwa leicht, seinen früheren Ministerkollegen Knilling ins Boot zu holen, zeigte sich mit Georg Stang auch der stellvertretende Vorsitzende der Landtagsfraktion den vorgebrachten Argumenten zugänglich und versprach, mit weiteren „Parteifreunden“ in diesem Sinne zu sprechen.²⁸⁰⁸ Nutzte Wirth die Situation des politischen Neuanfangs somit gekonnt zu seinen Gunsten aus, hatte das Lager Kahrs aufgrund seiner Unbeweglichkeit dagegen stark an Werbekraft eingebüßt und war deshalb nicht im Stande, der Berliner Charmeoffensive etwas Gleichwertiges entgegen zu setzen. Gleichzeitig konnte dem Ministerpräsidenten natürlich nicht entgehen, was gerade vor sich ging, zumal die Initiative des Reichskanzlers bereits nach kurzer Zeit Wirkung zeigte. Neben dem beginnenden Meinungsumschwung in der Partei fiel hierbei insbesondere ins Gewicht, dass Georg Heim in einer viel beachteten Reichstagsrede²⁸⁰⁹ jetzt plötzlich davon sprach, dass es sich bei der Einwohnerwehr nur um eine vorübergehende Einrichtung handle, die dank der

²⁸⁰⁶ Heim an Wirth vom 19.5.1921 (Bundesarchiv Koblenz, NL Wirth 1342/17).

²⁸⁰⁷ Dandl an Wirth vom 23.5.1921 (Bundesarchiv Koblenz, NL Wirth N 1342/69). Speck sprach sich in der Koalitionssitzung am 25. Mai dann auch direkt für die Auflösung der Einwohnerwehr-Zentrale im Ringhotel aus (stenographisches Protokoll in NL Dir 317): „Auflösung des Ringhotels. Es muß geschehen, was geschehen kann. Ringhotel muß weg!“

²⁸⁰⁸ Vgl. den Bericht Dandls über seine Unterredungen mit Heim, Knilling, Stang, Escherich und auch Kahr: Dandl an Wirth vom 21.5.1921 (Bundesarchiv Koblenz, NL Wirth N 1342/69); das Gespräch mit Kahr resümierte Dandl wie folgt: „Ich habe mir viel Mühe gegeben, ihm auseinanderzusetzen, daß er mit seinen alten abgebrauchten Argumentationen nicht mehr durchkommt; ich habe den Eindruck, daß er dies auch eingesehen hat, denn er wurde allmählich sehr kleinlaut; zu einem Entschluß konnte er sich aber vorläufig noch nicht durchringen.“ Vgl. Tagebuch Kahr 1921-A, pag. 279 f.; Terminkalender Escherich, Eintrag 21.5.1921 (NL Escherich 7).

²⁸⁰⁹ Verh. Reichstag, Bd. 349, 3651. Kahr regierte auf die Ausführungen Heims dann auch sehr irritiert und betonte auch in der BVP-Fraktion seine Überraschung, freilich fühle er sich „Dr. Heim gegenüber völlig frei“ (Kraupa, BVP-Fraktion, 86); vgl. Tagebuch-Kahr 1921, pag. 206 f., 217-220.

erkennbaren Verbesserung der Sicherheitslage wohl bald abgebaut werden könne; dies gelte vor allem, wenn die Alliierten ihre Bereitschaft erkennen ließen, dem weiteren Ausbau der Landespolizei keine Steine mehr in den Weg zu legen.

Erschien somit der Boden für das weitere Vorgehen in verschiedener Hinsicht bereitet, trat Dandl nun erstmals auch an Kahr heran und versuchte ihm deutlich zu machen, dass an einer Auflösung der Selbstschutzorganisationen letztlich kein Weg vorbei führe²⁸¹⁰; Wirth bat unterdessen den bayerischen Finanzminister Krausneck bei einem dienstlichen Aufenthalt in Berlin zu sich und deutete ihm die Möglichkeit an, dass er durchaus bereit wäre, die Kosten für den Abbau der Einwohnerwehr – „einige Millionen Mark“ – aus Reichsmitteln zu übernehmen.²⁸¹¹ Von einem solchen Anerbieten wohl doch überrascht, entsandte der Kahr daraufhin Escherich nach Berlin, um zunächst unverbindlich die Modalitäten einer derart großzügigen Abschlagszahlung auszuloten.²⁸¹²

4.3 Zu spät und aussichtslos: Die „Geste“ als letzte Hoffnung

Achtet man auf die Zwischentöne im Tagebuch des Ministerpräsidenten, markierte freilich schon die Tagung des BVP-Landesausschusses am 13. Mai, bei der Georg Heim abermals das Wort ergriff, den Auftakt zum politischen Kurswechsel und sowohl Kahr als auch Escherich mussten nun erkennen, dass sich die Partei nicht mehr länger mit einem starren Nein aus Prinzip abfinden würde.²⁸¹³ Im Unterschied zu den bisherigen Phasen des Konfliktes, die eindeutig im Zeichen der Konfrontation standen, griff Kahr deshalb nun den Gedanken einer Geste auf und setzte darin die Hoffnung einer möglichst weitreichenden Verschonung der Einwohnerwehr; dies entbehrt freilich nicht einer gewissen Ironie, da er ja bisher stets ein solches Entgegenkommen ausgeschlossen hatte²⁸¹⁴ und jetzt – wo es im Grunde nichts mehr zu verhandeln gab – plötzlich seine

²⁸¹⁰ Siehe Anm. 2808.

²⁸¹¹ Vgl. die Erwähnung in der Koalitionssitzung vom 25.5.1921 (NL Dirr 317) sowie Tagebuch Kahr 1921-A, pag. 236 f.

²⁸¹² Terminkalender Escherich, Einträge 19. und 20.5.1921 (NL Escherich 7), Tagebuch Kahr 1921-A, pag. 237-239 sowie der Bericht in der Koalitionssitzung vom 25.5.1921 (Stenogramm in NL Dirr 317): „Wirth wollte Unterredung mit Escherich. Diese hat stattgefunden. Gesamtergebnis: Es wurde Übereinstimmung dahin erzielt, daß die Autoritäten nicht alteriert werden dürfen. Kein mündlicher oder schriftlicher Auftrag, weder an die bayerische Regierung noch an die Landesleitung. Was geschehen kann, soll geschehen durch die beteiligten Bevölkerungskreise selbst. Der Reichsentwaffnungskommissar bleibt in Berlin. Alles wird gemacht mit dem bayerischen Entwaffnungskommissar. Die Kosten werden vom Reich getragen.“

²⁸¹³ Tagebuch Kahr 1921-A, pag. 214-223. Außerdem hatte sich gerade Heim gegenüber Staatssekretär Schweyer schon im März für eine „Geste“ ausgesprochen (Heim an Schweyer vom 19.3.1921, NL Heim 2516).

²⁸¹⁴ So noch die Einschätzung Mitte März 1921: „Das Reden von einer Geste ist nur ein Schwindel, den man sich selbst vormacht, weil man Angst hat nach der Seite der Entwaffnung und Nichtentwaffnung“ (Tagebuch Kahr 1921-A, pag. 118).

Bereitschaft zu einer Kompromisslösung signalisierte. Diese Kehrtwende darf somit als Spiegelbild der Tatsache gelten, dass es Kahr schlicht nicht mehr möglich war, die drei zentralen Maximen effektiver politischer Führung in seinem Handeln zu verbinden. Im Lichte der bisherigen Auseinandersetzungen und der jüngsten Grundsatzentscheidung der Reichsregierung betrachtet, schloss es sich nämlich gegenseitig aus, gleichzeitig den bisher gemachten Ankündigungen treu zu bleiben, gegenüber der Reichsregierung und der Entente angemessen zu reagieren und dabei noch den Erhalt des Selbstschutzes de facto sicherzustellen. Abstrakt formuliert, erschien ein adäquater Umgang mit der entstandenen Zwangslage also ausgeschlossen, wenn Kahr sowohl das eigene politische Prestige erhalten als auch das vorgegebene Ziel, den Fortbestand der Einwohnerwehr, erreichen wollte.

Unter diesen Vorzeichen bewertet, ist die plötzliche Übernahme der Idee einer demonstrativen Geste deshalb eher als Notlösung aus Verlegenheit einzustufen, die aus der Perspektive Kahrs vielleicht doch noch einen Ausweg aus dem skizzierten Dilemma zu versprechen schien. Allerdings war schon bald absehbar, dass dieses improvisierte und auch leicht durchschaubare Manöver so nicht funktionieren konnte: Denn einerseits musste Kahr dem eigenen Lager glaubhaft vermitteln, dass der nun plötzlich signalisierten Bereitschaft zum Entgegenkommen kein tatsächlicher Sinneswandel zugrunde lag und er keineswegs vorhatte, eine substanzielle Entwaffnung durchzuführen. Gustav von Kahr machte deshalb im vertraulichen Kreis von Anfang an keinen Hehl aus seiner Absicht, die Geste im Wesentlichen nur zum Schein durchzuführen, d. h. bei der Ablieferung des Materials die zugesagten Quoten zu unterlaufen. Neben einigen imposanten schweren Waffen und einer bestimmten Anzahl intakter Gewehre, die in den Lieferungen zuoberst zu platzieren waren, sollte deshalb vor allem unbrauchbares Gerät und „Schrott“²⁸¹⁵ den Weg in die Demontagestationen bzw. die Schmelzöfen antreten. Würden die allermeisten Wehrmänner ungeachtet aller öffentlicher Vollzugsmeldungen also schnell zur Kenntnis nehmen, dass sie ihre Waffen in Wirklichkeit behalten durften, nahm sich Kahr außerdem vor, alle Gruppierungen, „deren Vertrauen auf keinen Fall ins Wanken“²⁸¹⁶ geraten durfte, schon vorab über den tatsächlichen Verlauf der Aktion zu informieren und sie zu ersuchen, bei der Ausführung und Geheimhaltung zu kooperieren. Die Zusammensetzung des fraglichen Kreises privilegierter Mitwisser macht indes vor allem deutlich, wo Kahr inzwischen seine Verbündeten sah und in welches Fahrwasser

²⁸¹⁵ So gegenüber Entwaffnungskommissar Eduard Nortz, Tagebuch Kahr 1921-A, pag. 233.

²⁸¹⁶ Ebd., pag. 269.

deshalb auch die Einwohnerwehr geraten war: Er umfasste neben den Koalitionsparteien die Zeitfreiwilligen, Reichswehroffiziere, die Polizeiwehr und auch den für seine Reden inzwischen bekannten „Hittler von der nationalsozialen Arbeiterpartei“.²⁸¹⁷ Schließlich bedarf es fast keiner Erwähnung, dass eine Massenorganisation nicht einfach eine Teilentwaffnung simulieren konnte, zumal gerade die Einwohnerwehr ohnehin dafür bekannt war, in der Öffentlichkeit immer wieder unnötig von sich reden zu machen. Einige Angehörige der Landesleitung zogen deshalb auch bereits in Erwägung, aus dieser Sachlage die Konsequenzen zu ziehen und die nicht mehr zu rettende Einwohnerwehr durch einen verdeckt fortbestehenden Verband zu ersetzen.²⁸¹⁸

Der Wunsch nach einem Ausweg aus dem Dilemma musste andererseits auch aus einem weiteren Grund Vater des Gedankens bleiben: Denn zwar hinderte Kahr nichts daran, eine partielle Entwaffnungsaktion als politische Geste des guten Willens zu präsentieren, allerdings blieb hierbei zu bedenken, dass der bayerische Ministerpräsident längst nicht mehr in der Position war, einen solchen Schachzug von sich aus in die Wege zu leiten. Vielmehr hatte Kahr bekanntlich schon vor Monaten den Zeitpunkt verpasst, in dem er zumindest davon ausgehen konnte, dass die Siegermächte ein solches Angebot prüfen würden. Es erschien deshalb jetzt höchst zweifelhaft, ob die Adressaten überhaupt noch gewillt waren, ein entsprechendes Angebot entgegenzunehmen. Tatsächlich zeichnete sich dann auch innerhalb kurzer Zeit ab, dass sowohl die Entente als auch die Reichsregierung das vermeintliche Einlenken Bayerns nur noch als aussichtslosen Revisionsversuch vollendeter Tatsachen bewerteten und in keiner Weise bereit waren, wieder von Neuem in Verhandlungen einzutreten. Die abermaligen Bemühungen des Ministerpräsidenten, über diplomatische Sondierungen den Boden für die angestrebte Geste zu bereiten, mussten deshalb ins Leere laufen: Ließen die offiziellen Vertreter der Alliierten im München, Gesandter Dard sowie die Konsuln Seeds und Majoni deshalb auch keine Zweifel an der Haltung ihrer Regierungen²⁸¹⁹, war die Situation inzwischen so eindeutig, dass selbst die von Kahr beauftragten Mittelsmänner dieses Mal keine ermutigenden Nachrichten vermelden konnten: Der bereits wiederholt eingeschaltete Stuart Roddie teilte stattdessen schriftlich mit, dass keine Bereitschaft zu erneuten

²⁸¹⁷ Ebd.

²⁸¹⁸ Vgl. die auf den 17.5.1921 datierte Denkschrift des Kreisleiters der Oberpfalz, Otto Pittinger, der für eine verdeckte Neugründung „auf ganz anderer Grundlage und mit ganz anderen Zielen“ plädierte und in einer solchen Organisation „die besten Elemente der bisherigen Einwohnerwehr“ zusammenfassen wollte (Bestand Einwohnerwehr 3, Akt 11); in ähnlichen Sinne auch die Darlegungen Kriebels gegenüber Kahr am 27. Mai (Tagebuch Kahr 1921-A, pag. 288).

²⁸¹⁹ Tagebuch Kahr 1921-A, pag. 212.

Gesprächen oder stillschweigendem Entgegenkommen zu erkennen sei und empfahl deshalb dem Ministerpräsidenten, die vom Reich angenommenen Bedingungen so weit als möglich zu erfüllen. Denn erst wenn Deutschland bzw. Bayern entsprechend in Vorleistung gehe und seinen guten Willen beweise, sei Großbritannien in der Lage, Partei zu ergreifen und den übertriebenen Forderungen und Drohungen Frankreichs entgegenzutreten.²⁸²⁰ Andere vergleichbare Annäherungsversuche blieben, wenn die Darstellung in den Kahr'schen Tagebüchern nicht trügt, offenbar sogar völlig ohne greifbares Ergebnis: Denn berichten die Aufzeichnungen zwar über die Pläne des Ministerpräsidenten, mit Hilfe eines ungarischen Unternehmers Kontakt zum französischen Minister Locheur aufzunehmen oder Graf Oberndorff zu Verhandlungen in westliche Nachbarland zu entsenden, verlautet in der Folge nichts mehr über den (Miss-)Erfolg dieser Initiativen.²⁸²¹ Von derartigen Rückschlägen abgeschreckt, nahm Kahr schließlich sogar von dem Gedanken Abstand, Hans Wolfgang von Herwarth als zusätzlichen Unterhändler nach London zu entsenden; mit seinen eigenen Worten ausgedrückt, sollte Bayern immerhin die Verlegenheit einer weiteren diplomatischen Bloßstellung erspart bleiben.²⁸²²

War daraufhin eigentlich schon abzusehen, wie es tatsächlich um die Erfolgsaussichten der sog. Geste stand, zog Kahr jedoch keine politischen Folgerungen aus dieser Erkenntnis, sondern begann nun, alle entscheidenden Gremien auf eben diesen Kurs einzustimmen – eine völlige und bruske Abkehr von den bisher hochgehaltenen Überzeugungen hätte er politisch freilich auch kaum überstanden. Über den Tag hinausgedacht, bedeutete dies indes auch, dass Kahr abermals viel persönliche Überzeugungskraft und politische Energie in ein Projekt investierte, dessen Scheitern schon absehbar oder zumindest sehr wahrscheinlich war. Der Ministerpräsident ging also sehenden Auges die Gefahr ein, seine Autorität und sein politisches Prestige weiter zu beschädigen, zumal er mehrfach durchblicken ließ, dass er nicht bereit sein würde, abermals über dieses „außerordentlich schwere Opfer meiner persönlichen Gesinnung“²⁸²³ hinauszugehen – Kahr stellte für den Fall weitergehender Forderungen mithin die Möglichkeit seines Rücktrittes in den Raum. Doch selbst unter diesen Voraussetzungen erwies es sich bereits als schwer genug, die betroffene Einwohnerwehr von der notwendigen Kooperation zu überzeugen: Nach der Rückkehr Escherichs aus

²⁸²⁰ Vgl. das Telegramm Stuart Roddies vom 23.5.1921 in NL Kahr 34; Tagebuch Kahr 1921-A, pag. 275.

²⁸²¹ Tagebuch-Kahr 1921-A, pag. 211; vgl. auch den Hinweis bei: Morsey - Ruppert (Hg.), Reichstagsfraktion, 209.

²⁸²² Tagebuch Kahr 1921-A, pag. 245.

²⁸²³ So Kahr in der Koalitionssitzung vom 25.5.1921 (Protokoll in NL Dirr 317).

Berlin, bei der der Landeshauptmann u. a. finanzielle Zusagen des Reichskanzlers vorweisen konnte²⁸²⁴, folgte daher zunächst die Einberufung der Kreis- und Gauführer nach München, um ihnen bei zwei getrennten Versammlungen am 23. Mai²⁸²⁵ den Gedanken einer Geste näher zu bringen.

Trotz der Diskussionsleitung durch Georg Escherich reagierten dabei gerade die höherrangigen Kreisleiter skeptisch bis ablehnend auf das vorgeschlagene Modell und machten ernsthafte Anstalten, sich quer zu stellen, d. h. auf eine brüske Zurückweisung aller Forderungen zu beharren. Um weitere Überzeugungsarbeit zu leisten, erwies es sich deshalb als notwendig, auf Gustav von Kahr persönlich zurückzugreifen. Mit Verweis auf sein eigenes Empfinden zeigte dieser dann auch durchaus Verständnis für den zum Ausdruck gekommenen Unwillen, ersuchte die Vertreter der Regierungsbezirke aber auch in Erwägung zu ziehen, dass „das Volk“ wohl kaum die Widerstandskraft aufbringen werde, die Folgen einer möglichen Ruhrbesetzung, etwa die drohende Kohlennot, zu tragen²⁸²⁶ – das Plädoyer des Ministerpräsidenten adaptierte insofern in auffällender Weise den Diskurs der schwankenden Heimatfront und entließ die Einwohnerwehr selbst aus jeder politischen Verantwortung. So entgegenkommend von maßgeblicher Seite auf die Notwendigkeit des Einlenkens aufmerksam gemacht, konnte sich die Runde dann immerhin zu einer bedingten Zustimmung durchringen, wobei die Kreisleiter ihr Placet nur für den Fall erteilten, dass belastbare Hinweise für einen Verzicht der Alliierten auf weitere Entwaffnungsforderungen vorlägen.²⁸²⁷ Mit diesem lauen Einverständnis ausgestattet, versicherte sich Kahr dann der Zustimmung der BVP-Ministerkollegen und des Vorsitzenden der Mittelpartei, ehe er dem Rechtsreferenten der Landesleitung, Dr. Adolf Müller, den Auftrag erteilte, nach Berlin zu fahren und mit Reichskanzler Wirth die Vereinbarung zur Geste abzuschließen.²⁸²⁸

Nachdem alle diese Gremien und Entscheidungsträger – man beachte die Reihenfolge – in die Vorbereitung der Entwaffnungsaktion mit eingebunden worden waren, folgte schließlich eine Sitzung des Koalitionsausschusses am 25. Mai²⁸²⁹: Kahr informierte die

²⁸²⁴ Siehe Anm. 2812.

²⁸²⁵ Protokolle dieser Tagungen liegen offenbar nicht vor, vgl. die knappen Angaben bei Kanzler, Bolschewismus, 115 f. sowie die Hinweise zu den Ausführungen Kahrs in der folgenden Anm.

²⁸²⁶ Kahr berief sich nicht nur gegenüber den Einwohnerwehrführern, sondern auch in der BVP-Fraktion, im Ministerrat und in einer Koalitionssitzung auf dieses Argument (Tagebuch Kahr 1921-A, 221, 270, 272, 278, 299).

²⁸²⁷ Vgl. Tagebuch Kahr 1921-A, pag. 253-258, den Terminkalender Escherich, Eintrag 23.5.1921 (NL Escherich 7), Schober, Geschichte, A XIII, pag. 405-409 - HS 920 sowie den Bericht Kahrs in der Koalitionssitzung vom 25.5.1921 (Protokoll in NL Dirr 317).

²⁸²⁸ Tagebuch Kahr 1921-A, pag. 258 f.

²⁸²⁹ Sitzung des Koalitionsausschusses vom 25.5.1921, Protokoll in NL Dirr 317.

Fraktionsvertreter bei dieser Zusammenkunft über die unternommenen Schritte und stellte abermals klar, dass er keinesfalls bereit sei, eine völlige Auflösung der Einwohnerwehr zu verfügen. Der Ministerpräsident konnte allerdings auch bei dieser Gelegenheit keine belastbaren Zusagen von Seite der Entente vorlegen, der Ausschuss gab sich mit den Darlegungen jedoch dennoch zufrieden, sei es aus Mangel an Alternativen oder aus Erleichterung, dass nun zumindest neue Bewegung in die Sache kam. Lässt man den Verlauf der Beratungen Revue passieren, war damit allein die institutionelle Vertretung des Volkes, der Landtag, bisher ohne Aufklärung geblieben und hatte folglich auch nicht die Gelegenheit erhalten, über die nun angestrebte Lösung zu diskutieren oder dazu Stellung zu nehmen. Wie nach der Berliner Konferenz im Februar schon erlebt, lehnte es Gustav von Kahr nämlich auch dieses Mal ab, das Parlament über laufende Verhandlungen in Kenntnis zu setzen, da er es nicht verantworten könne, sich in der Öffentlichkeit über vertrauliche Gespräche zu äußern²⁸³⁰; eine solche Argumentation wirkte zumindest etwas vorgeschoben, wenn man bedenkt, dass die Presse im Haushaltsausschuss jederzeit ausgeschlossen werden konnte. Kahr bestätigte diese Vermutung dann auch indirekt, indem er das Prinzip ausgab, dass eine Erklärung im Landtag für ihn erst in Frage komme, nachdem die Reichsregierung explizit grünes Licht für die Geste gegeben habe²⁸³¹; der Auftritt im Parlament war also erst zur Verkündung des erfolgreichen Abschlusses der Verhandlungen vorgesehen.

4.4 (Selbst-)Auflösung der Einwohnerwehr: Kahr zwischen Rücktrittsgedanken und Prestigeeinbuße

Dazu sollte es jedoch nicht mehr kommen: Vielmehr begann der selbst ins Spiel gebrachte Rücktritt greifbare Gestalt anzunehmen, als Dr. Müller zwar zunächst Zustimmung aus Berlin meldete²⁸³², ein am Mittag des 29. Mai eingelaufenes Telegramm diese Einigung jedoch wieder dementierte und die von Bayern vorgeschlagenen Ablieferungsquantitäten als nicht ausreichend einstufte – konkret stellte sich die Reichsregierung damit

²⁸³⁰ So bereits die Begründung des stellv. Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, Ludwig Giehrl, in der Sitzung vom 23.5.1921: „Der Ministerpräsident habe damals erklärt, er sei, nachdem er von Berlin noch keine weitere Nachricht habe, nicht in der Lage, jetzt Aufschluß zu geben, werde aber mit dem Landtagspräsidenten in Fühlung bleiben und ihm den Zeitpunkt mitteilen.“ Am 25. Mai teilte Giehrl dem Gremium sodann mit, Kahr wolle „am Freitag oder Samstag“ [27./28.5.1921; M.B.] im Ausschuss berichten. Niederschriften der Sitzungen in Landtag 14 712.

²⁸³¹ Kahr-Erinnerungen, pag. 879.

²⁸³² Müller kehrte am Mittag des 28. Mai nach München zurück und berichtete Kahr und Hermann Kriebel vom Ergebnis der Verhandlungen, vgl. Tagebuch Kahr 1921-A, pag. 293 f. Kahr teilte der Reichskanzlei dann am Abend des 28. Mai telefonisch die Bereitschaft zur Durchführung der Teilentwaffnung mit und bezifferte die Anzahl des abzuliefernden Materials, vgl. die Vormerkung zu diesem Telefonat in AdR Wirth I, Dok. 17 Anm. 2.

„einstimmig auf den Standpunkt, daß Deutschland nach dem Ultimatum vom 5. Mai verpflichtet ist, die Einwohnerwehren in Anwendung des Gesetzes vom 22. März aufzulösen“.²⁸³³ Der als letzter Ausweg verfochtene Gedanke einer Geste des guten Willens hatte sich also noch vor einer gesonderten Stellungnahme der Siegermächte zerschlagen und Gustav von Kahr zeigte sich am Morgen des 30. Mai tatsächlich entschlossen, seiner impliziten Ankündigung Taten folgen zu lassen und sein Amt niederzulegen.²⁸³⁴ Ein solcher Schritt erschien auch durchaus konsequent, da der Ministerpräsident nun endgültig über keine Möglichkeit mehr verfügte, sein Scheitern im Konflikt um die Einwohnerwehr in irgend einer Form zu kaschieren oder in einem milderen Licht erscheinen zu lassen. Der politische Protektor der Selbstschutzorganisationen konnte diese Rolle schlicht nicht mehr ausfüllen und stand zudem unmittelbar vor dem unangenehmen Eingeständnis, dass die zuletzt geschürte Hoffnung auf eine Geste wiederum getrogen hatte – am gleichen Tag kamen nämlich nicht nur die Kreis- und Gauleiter ein weiteres Mal zusammen²⁸³⁵ und sollten der vorgesehenen Teilentwaffnung zustimmen; gleichzeitig war der Haushaltsausschuss des Landtages zum wiederholten Male einberufen, um nun endlich die Stellungnahme des Ministerpräsidenten entgegen zu nehmen.²⁸³⁶ Die Geschäftsgrundlage für beide Termine war nun freilich entfallen und Kahr stellte am Mittag in der Sitzung des Koalitionsausschusses mit den deutlichen Worten „Ich bin überhaupt nicht in der Lage, eine Erklärung abzugeben“²⁸³⁷ klar, dass er unter den gegebenen Umständen keine Möglichkeit mehr sehe, sein Amt auszuüben; der Ministerrat hatte sich zu diesem Zeitpunkt bereits mit einem möglichen Rücktritt beschäftigt und der Lagebewertung seines Vorsitzenden zugestimmt.²⁸³⁸

²⁸³³ Abdruck des Telegramms bei AdR Wirth I, Dok. 17.

²⁸³⁴ Eine – in der amtlichen Protokollserie (MA 99 516) nicht dokumentierte – Ministerratssitzung hatte vor Bekanntwerden des neuen Berliner Telegramms (siehe vorherige Anm.) am Mittag des 29. Mai (12-13.30 Uhr) noch dem anvisierten Vorgehen bei der Teilentwaffnung zugestimmt, wobei Kahr klar betonte, dass weitere Konzessionen nicht in Frage kämen. Vgl. den Bericht Kahrs in der Koalitionssitzung vom 30.5.1921 (NL Dirr 317), die Ausführungen Hamms in der Fraktionssitzung der DDP (NL Dirr 316), das Schreiben Dandls an Wirth vom 29.5.1921 (Bundesarchiv Koblenz, NL Wirth N 1362/69) sowie Tagebuch Kahr 1921-A, pag. 298. Zur Rücktrittsankündigung am Morgen des 30. Mai vgl. ebd. sowie Tagebuch Kahr 1921-A, pag. 302.

²⁸³⁵ Wie eine Woche zuvor (siehe Anm. 2827) wurden auch diese Sitzungen offenbar nicht protokolliert, zum Ergebnis siehe Anm. 2844.

²⁸³⁶ Siehe Anm. 2830.

²⁸³⁷ Sitzung des Koalitionsausschusses vom 30.5.1921, pag. 9 (Niederschrift in NL Dirr 317).

²⁸³⁸ Dabei ist nicht ganz klar, ob hierzu am Vormittag des 30.5.1921 noch einmal ein Ministerrat stattfand – so dargestellt in Tagebuch Kahr 1921-A, pag. 303-305 –, da die anderen verfügbaren Quellen hierzu keinen Hinweis geben, vgl. die Sitzung der BVP-Fraktion vom 30.5.1921 (Kraupa, BVP-Fraktion, 87) sowie Koalitionsbesprechung am 30.5.1920 (mit Bericht Kahr; Niederschrift in NL Dirr 317). In der DDP-Fraktionssitzung am Nachmittag des 30. Mai berichtete Minister Hamm außerdem explizit vom Verlauf

Schien der 30. Mai somit das im Grunde logische Ende des inzwischen erkennbar in die Krise geratenen Kabinetts zu markieren, verstärkte sich dieser Eindruck noch, als Heinrich Held plötzlich seinen Kuraufenthalt abbrach und die politische Initiative ergriff – er war ggf. dafür zuständig, die Koalitionsverhandlungen über die Neubesetzung von Kabinettsposten zu führen. Der eigens angereiste BVP-Fraktionsvorsitzende dachte jedoch offenbar gar nicht daran, nun etwa in Vorgespräche über die Umbildung der Regierung einzutreten, sondern gab sofort die Maßgabe aus, dass alles geschehen müsse, um dem Ministerpräsidenten die Fortführung seines Amtes zu ermöglichen.²⁸³⁹ Ein solch auffälliges und im Grunde ungeniertes Überspielen der klaren Willensäußerung Kahrs mag zunächst verwundern, bei näheren Eingehen auf die Perspektive der Volkspartei leuchtet die Entscheidung, nun ausgerechnet das Verbleiben des angeschlagenen und offenbar amtsmüden Kahr zur politischen Priorität zu erklären, jedoch durchaus ein: Denn neben den bisher immer wieder bekräftigten, nicht einfach von einem Tag auf den anderen aufzukündigenden Treueschwüren spielte hierbei wohl insbesondere die große Popularität des Ministerpräsidenten eine Rolle, die auch die BVP immer gefördert hatte. Unter diesen Umständen musste es deshalb ohne Zweifel ein beträchtliches Risiko darstellen, den stets hoch gelobten Gustav von Kahr ganz plötzlich als Gescheiterten ziehen zu lassen und damit große Teile der eigenen Wählerschaft nachhaltig zu irritieren. Würde man diese Befindlichkeiten unterschätzen, erschien es etwa keineswegs ausgeschlossen, dass Teile der Volkspartei- und BMP-Anhänger die bisherige Identifikationsfigur in einer Trotzreaktion plötzlich zu einem Symbol des Widerstandes gegen Entente und die Berliner Übergriffe stilisieren würden oder Kahr gar selbst der Versuchung erliegen könnte, sich explizit zur politischen Opposition zu bekennen. Heinrich Held war sich außerdem wohl auch nicht ganz sicher, wie die Einwohnerwehr auf einen Rücktritt des Ministerpräsidenten reagieren würde, der zugleich die unmittelbar bevorstehende Auflösung aller Selbstschutzverbände und damit die Erfüllung des Londoner Ultimatums ankündigen musste: So war es etwa nur schwer vorstellbar, dass insbesondere die studentischen Einheiten oder die zahlreichen Ortswehren auf dem flachen Land ohne weiteres bei der Abgabe ihrer Waffen kooperieren und darauf verzichten würden, die Ablieferung zu unterlaufen oder sich gegen etwaige Zwangsmaßnahmen zur Wehr zu setzen. Schließlich konnte die BVP auch kein Interesse daran haben, nach einem abruptem Abgang Kahrs in höchst kritischer und instabiler Lage

der „gestrigen Ministerratssitzung“ (Sitzung der DDP-Fraktion vom 30.5.1921; Niederschrift in NL Dirr 316). Möglicherweise handelte es sich also auch um ein informelles Gespräch unter den Ministern.

²⁸³⁹ Keßler, Held, 426 (mit entsprechender Meldung der Bayerischen Staatszeitung).

eine neue Regierung bilden zu müssen, die als erste Maßnahme die Auflösung der Einwohnerwehr zu vollziehen haben würde und dabei evtl. mit aktivem Widerstand rechnen musste. Die Partei hätte es angesichts dessen kaum vermeiden können, sich – wenn auch unter Berufung auf äußeren Zwang – zur Entwaffnung zu bekennen und dabei möglicherweise in den Verdacht zu geraten, die sog. Erfüllungspolitik der Reichsregierung insgeheim gutzuheißen oder nur als Handlanger der Siegermächte zu agieren.

Welche Erwägung letztlich auch im Vordergrund gestanden haben mag, erschien es also auf jeden Fall sicherer, die Krise mit Kahr durchzustehen und auf diese Weise zumindest nicht allein das schwierige Erbe der politischen Fehlschläge der vergangenen Monate antreten zu müssen. Standen diese Erwägungen allen Teilnehmern der sogleich anberaumten Koalitionssitzung sicherlich vor Augen, erschien guter Rat angesichts des entstandenen Dilemmas jedoch teuer und ein Ausgleich aller Interessen kaum vorstellbar. In dieser Situation überraschte Heinrich Held deshalb wohl zumindest einen großen Teil der unschlüssigen Runde, als er offenbar aus dem Stand die zunächst gewagt klingende Idee vortrug, die Vertreter der Einwohnerwehr jetzt am besten selbst in die Pflicht zu nehmen und sie aufzufordern, den entscheidenden Beitrag zur Lösung des gordischen Knotens nun von ihrer Seite zu leisten.²⁸⁴⁰ Denn immerhin bestehe ihr Kernauftrag weiterhin darin, die Ruhe und Ordnung im Lande aufrecht zu erhalten, was nun jedoch bedeuten müsse, einer Auflösung des Selbstschutzes keinen Widerstand mehr entgegen zu setzen und sich diesem Gebot der Stunde auch ohne explizite Direktiven der Regierung zu fügen. Mit anderen Worten ausgedrückt, sollte die Landesleitung jetzt also von sich aus die Disziplin aufbringen, den ohnehin unausweichlichen Schritt zu vollziehen und auf Grundlage eines Beschlusses der Kreis- und Gauführer die eigene Demobilisierung aus freien Stücken einleiten. Held wollte deshalb möglichst rasch mit Landeshauptmann Escherich sprechen, um ihn über die entstandene Lage ins Bild setzen und an ihn die Bitte zu richten, aus politischen Verantwortungsbewusstsein diesen Weg zu beschreiten.

Die ins Spiel gebrachte Lösung lief also bezeichnenderweise darauf hinaus, das Kapitel Einwohnerwehr möglichst rasch und geräuschlos zu schließen, indem man den Ministerpräsidenten von jeder politischen Verantwortung für das weitere Vorgehen entband und ihn auf diese Weise auch nicht in die Verlegenheit brachte, die Liquidation der von ihm selbst mit aufgebauten Einwohnerwehr veranlassen zu müssen bzw. dies mit

²⁸⁴⁰ Vgl. Protokoll der Koalitionssitzung vom 30.5.1921 (NL Dirr 317), den Bericht Dirrs in der Fraktionssitzung der DDP (Protokoll in NL Dirr 316) sowie Tagebuch Kahr 1921-A, pag. 305.

allen Konsequenzen zu verweigern. Reichte man Kahr auf diese Weise symbolisch die Hand, hatte der eingebrachte Vorschlag jedoch auch generell etwas für sich, da er nicht nur Kahr, sondern ebenso den anderen Beteiligten die Aussicht eröffnete, nach außen das Gesicht zu wahren: Denn sollte zwar nun den Koalitionsführern die undankbare Aufgabe zufallen, die Leitung der Einwohnerwehren mehr oder weniger dezent auf den gewünschten Weg zu führen, blieb ihnen gleichwohl ein offenes Bekenntnis zur offiziell ja freiwillig eingeleiteten Entwaffnung erspart. Andererseits schlug auf der Seite des Selbstschutzes die Ablieferung der Waffen und die Zerschlagung der aufgebauten Organisationsstrukturen schwer zu Buche, die Wehrmänner erhielten dafür aber zumindest die Gelegenheit, sich als selbstlose Bewahrer der Staatsautorität zu inszenieren. Und sicherlich noch wichtiger: Die Einwohnerwehr beugte mit ihrem großzügigen Nachgeben zudem einem möglichen Eingreifen des Reichsentwaffnungskommissars vor und konnte deshalb viel ungestörter dafür Sorge tragen, dass – wie schon bei der Geste geplant – ein Teil des vorhandenen Materials letztlich doch in den „richtigen“ Händen bleiben würde.

Der Einfall Helds zeugte also durchaus von politischem Gespür, freilich mochte – wenn das Sitzungsprotokoll nicht trügt – dennoch keine rechte Begeisterung aufkommen, da natürlich jedem klar war, dass letzten Endes auch die geschickte Sprachregelung der Selbstauflösung nichts an den Tatsachen ändern würde; möchte man härter urteilen, hinterlässt der vorgeschlagene Formelkompromiss eher den Eindruck eines politischen Versteckspiels. Andererseits wollte jedoch auch niemand mit der im Raum stehenden Alternative eines Rücktritts der Regierung vorlieb nehmen, weshalb die Koalition schließlich den Antrag Helds zum Beschluss erhob und ihm den Auftrag erteilte, mit Escherich im beabsichtigten Sinne in Kontakt zu treten.²⁸⁴¹

Streng genommen brach damit am 30. Mai nochmals eine neue Phase in der Auseinandersetzung um die bayerische Einwohnerwehr an, die es angesichts der bereits gefallenen politischen Entscheidungen jedoch eher verdient, als Epilog des Konfliktes²⁸⁴² eingestuft zu werden: Die Tatsache bleibt freilich bestehen, dass die Koalitionssitzung an diesem Tag einen abrupten Stabwechsel in der politischen Führungsrolle besiegelte, indem sich die Vertreter des Parlaments einfach für zuständig erklärten, die Verhandlungen mit der Einwohnerwehr in Eigenregie fortzuführen und dabei nicht

²⁸⁴¹ Ebd.

²⁸⁴² In einem letzten Bericht an Reichskanzler Wirth (Dandl an Wirth vom 31.5.1921; Bundesarchiv Koblenz, NL Wirth N 1342/69) sprach Dandl dann auch davon, dass er es sich ersparen wolle, die letzten „unerfreulichen Einzelheiten“ im Detail zu beschreiben. Kahr habe schließlich eingelenkt, wofür vor allem Heinrich Held, Georg Heim und Eduard Hamm zu danken sei.

zögerten, den ausbleibenden Widerspruch Kahrs direkt als Zustimmung zu werten. Einen stillschweigenden Teil der geschlossenen Übereinkunft konstituierte hierbei zweifellos die Erwartung an Kahr, seine Rücktrittsankündigung nicht umzusetzen, um so den Ausbruch einer parallelen Krise zu verhindern und gleichzeitig das geplante Manöver mit seinem Namen zu decken. Dieser wichtige Umstand versetzte die Parteiführer nämlich immerhin die Lage, die widerstrebenden Einwohnerwehr-Granden darauf aufmerksam zu machen, dass so zumindest die Stabilität an der Spitze der Regierung gesichert sei und Kahr ja gewiss auch in Zukunft alle Bestrebungen begünstigen werde, die im Sinne des Selbstschutzgedankens geboten sein würden. Während sich Held deshalb sofort auf den Weg zu Escherich begab und ihn im vereinbarten Sinne instruierte²⁸⁴³, zog sich der Ministerpräsident nun beinahe folgerichtig in die Position eines Zuschauers der Ereignisse zurück und blieb sowohl der Gauführerversammlung als auch der Sitzung des Landtagsausschusses fern.²⁸⁴⁴ Zwar hatte von keiner Seite die Absicht bestanden, Kahr von diesen Zusammenkünften auszuschließen, die selbstgewählte Absenz spiegelte aber wohl die Stimmung des Ministerpräsidenten sehr deutlich wieder und symbolisierte darüber hinaus sehr anschaulich die veränderte Situation.

Kahr erschwerte die Verhandlungen dann allerdings noch einmal, als er am Abend dieses ereignisreichen Tages ein weiteres Telefonat aus Berlin erhielt und – ohne zuvor die Parteiführer oder auch nur Held persönlich zu benachrichtigen – dessen Inhalt direkt an Escherich weiterleitete: Demnach sollte laut dem Gesandten Preger nun wieder eine vollumfängliche Umsetzung der von Bayern angeregten Entwaffnungsaktion genügen, freilich nur unter dem Vorbehalt, dass „nicht die Entente weitergehende Forderungen“ stellen werde und sich mit der gefundenen Lösung zufrieden gebe.²⁸⁴⁵ Die Verhandlungen

²⁸⁴³ Vgl. Terminkalender Escherich, Eintrag 30.5.1921: „Beschluss von Held überbracht“ (NL Escherich 7).

²⁸⁴⁴ Ludwig Giehl teilte im Haushaltsausschuss unter Protest der Opposition mit, dass Kahr auch an diesem Tag noch keine Erklärung abgeben könne; der Antrag zur Fortsetzung der Tagesordnung wurde daraufhin „unter großer Unruhe links angenommen.“ (Sitzung des Haushaltsausschusses vom 30.5.1921; Protokoll in Landtag 14 712).

Die Beratungen der versammelten Einwohnerwehr-Gauführer lassen sich mangels eines Protokolls nur indirekt nachvollziehen: So weit ersichtlich, hatte die Runde am Nachmittag des 30. Mai bereits die von Held vorgeschlagene Selbstaflösung diskutiert, nach den telefonischen Mitteilungen des Gesandten Preger (siehe folgende Anm.) davon aber wieder Abstand genommen und in einer Resolution weitere Konzessionen abgelehnt. Vgl. Tagebuch Kahr 1921-A, pag. 306-308; „Beschluß der Einwohnerwehr“ (Vormerkung in NL Dirr 317); Terminkalender Escherich, Eintrag 30.5.1921 (NL Escherich 7). Vgl. die knappe Zusammenfassung bei Kanzler, Bolschewismus, 116 f.

²⁸⁴⁵ Zum Inhalt der telefonischen Mitteilungen Pregers (30. Mai, 18 Uhr) vgl. Tagebuch Kahr 1921-A, pag. 307 f. sowie die Aufzeichnung Pius Dirrs nach dem Bericht in der Koalitionssitzung am nächsten Tag („Gestrige Mitteilungen der Reichsregierung. Telefonat 6 Uhr abends“) in NL Dirr 317. Vgl. auch die Erwähnung des Telefonats im Schreiben Schmelzle an Escherich vom 31.5.1921 (Bestand Einwohnerwehr 3, Akt 11).

der schwer mit der Selbstauflösung ringenden Gauführer nahmen deshalb nochmals eine weitere Volte, eine beinahe zeitgleiche Warnung Dards vor weiteren Verzögerungen²⁸⁴⁶ machten dem verwirrenden Hin- und Her dann jedoch endgültig ein Ende. Heinrich Held sah sich dabei auch genötigt, mit einem Machtwort über die nun einzuschlagende Marschroute deutlich zu unterstreichen, wie stark sich die Kräfteverhältnisse zwischen Ministerpräsident und der BVP-Führung im Laufe des Tages verschoben hatten: Denn noch am gleichen Abend betonte der gegenüber Escherich desavouierte Fraktionsvorsitzende, dass es nun bei dem Koalitionsbeschluss sein Bewenden habe²⁸⁴⁷, weshalb Staatsrat Schmelzle schließlich zu vorgerückter Stunde die endgültige Stellungnahme der Regierung im Beisein des Ministerpräsidenten ausarbeitete.²⁸⁴⁸ Der nächste Tag, der für Kahr nach eigener Aussage auf eine „unruhige, harte Nacht“²⁸⁴⁹ folgte, war deshalb de facto nur noch der offiziellen Bekanntgabe des Einlenkens der bayerischen Regierung vorbehalten, die in einer Sitzung des seit Tagen auf eine Erklärung wartenden Haushaltsausschusses erfolgen sollte. In der davor angesetzten Koalitionsbesprechung musste der Ministerpräsident jedoch zunächst eine Rüge wegen der nicht abgestimmten Störung der letzten Verhandlungen über sich ergehen lassen, die nach den Ausführungen von Pius Dirr in der Runde auch unwidersprochen blieb²⁸⁵⁰ – ein kurz zuvor noch undenkbarer Vorgang. So unsanft auf die unangenehmen Ereignisse des Tages eingestimmt, gaben einige Koalitionspolitiker dann auch noch ihrer dunklen Vorahnung Ausdruck, man müsse sich nun im Landtagsausschuss „auf das Äußerste gefasst machen“.²⁸⁵¹ Mit dieser Warnung im Hinterkopf versuchte Kahr die erregte Stimmung der Parlamentarier deshalb auch zunächst mit längeren Ausführungen zur Reparationsfrage²⁸⁵² etwas zu dämpfen, musste dann aber natürlich doch auf den Kern der Sache eingehen und eingestehen, dass die bayerische Regierung gegen „übermächtige Gewalt“²⁸⁵³ letzten Endes wehrlos sei; es bleibe daher jetzt nichts mehr anderes mehr übrig, als die Entwaffnung im Sinne des Ultimatums durchzuführen. Zwar versicherte er

²⁸⁴⁶ Vgl. Schmelzle an Escherich vom 31.5.1921 (Bestand Einwohnerwehr 3, Akt 11) sowie den Bericht des britischen Generalkonsuls Seeds, der Kultusminister Matt am 31. Mai eine analoge Stellungnahme seiner Regierung überbrachte: Seeds an Curzon vom 1.6.1921 (DBFP XVI, 893), Ministerratssitzung vom 4.6.1921 (Protokoll in MA 99 516) mit entsprechendem Bericht Matts.

²⁸⁴⁷ Tagebuch Kahr 1921-A, pag. 309 f.

²⁸⁴⁸ Ebd., pag. 309.

²⁸⁴⁹ Ebd.

²⁸⁵⁰ Vgl. den Bericht Pius Dirrs in der DDP-Fraktionssitzung vom 31.5.1921 (NL Dirr 316): „Er habe dieses Vorgehen des Ministerpräsidenten in der heutigen Koalitionssitzung aufs schärfste gerügt, ohne irgendwelchen Widerspruch zu finden, auch nicht auf Seite der Bay. Volkspartei.“

²⁸⁵¹ Tagebuch Kahr 1921-A, pag. 310.

²⁸⁵² Sitzung des Haushaltsausschusses des Landtags vom 31.5.1921 (Protokoll in Landtag 14 712).

²⁸⁵³ Ebd.

im gleichem Atemzug, es handle sich keineswegs darum, die eigenen Grundsätze aufzugeben, der tatsächliche Sachverhalt ließ sich mit einem solch demonstrativen Bekenntnis freilich nicht verschleiern. Die Opposition hatte nun leichtes Spiel: Zog Johannes Timm dann auch ein pointiertes und für Kahr schmerzhaftes Resümee – viele Turbulenzen der letzten Monate hätten vermieden werden können, wenn sich der Ministerpräsident von Anfang an der Position der SPD angeschlossen hätte –, ging der stets angriffslustige Karl Gareis noch einen Schritt weiter und sprach dem Regierungschef mit leicht ironischen Unterton das persönliche Mitleid über seine nunmehrige Lage aus, die „so hilflos und kläglich sei“²⁸⁵⁴; freilich habe das Verschieben der Waffen in neue Verstecke bereits begonnen, weshalb sich auch niemand von der angeblichen Erfüllungsbereitschaft der Einwohnerwehr täuschen lassen solle. Der Kommunist Aenderl spottete schließlich über die „großen Töne“ der letzten Monate, die sich nun als leeres Gerede erwiesen hätten, und karikierte den Ministerpräsidenten als „süddeutschen Hamlet“, der nun mit schönen Worten seine Niederlage zu verschleiern suche.²⁸⁵⁵

Ohne über ein wirksames oder glaubwürdiges Gegenargument zu verfügen, musste Kahr all diese Vorwürfe und den damit z. T. gepaarten Sarkasmus weitgehend kommentarlos über sich ergehen lassen und trat nach dieser peinlichen Bloßstellung auch möglichst rasch und „tiefbetrübt“²⁸⁵⁶ den Heimweg an. Neben der momentanen Frustration über die erlittene Demütigung kreisten die Gedanken Kahrs dabei jedoch zweifellos auch um die Frage, welche Auswirkungen es haben könnte, wenn nun dem Kabinett der Makel der erlittenen Niederlage anhaften und die Einwohnerwehr als Institution innerhalb weniger Wochen von der Bildfläche verschwinden würde. Die Niedergeschlagenheit beim Gang durch die Straßen war deshalb sicherlich ebenso den großen Unwägbarkeiten, denen einerseits die Regierung, aber vor allem die nachrevolutionäre Sicherheitsarchitektur als Kooperationsnetzwerk entgegensahen. In Kombination mit den persönlichen Prestigeeinbußen des Ministerpräsidenten führt daher kaum ein Weg daran vorbei, das Ende des monatelangen Konflikts um die Einwohnerwehr gleichzeitig als historische Zäsur in politischer und struktureller Hinsicht einzustufen. Anstatt der gewohnten historisch-formalen Chronologie zu folgen, erscheint es deshalb geboten, nach diesem Ereignis auch den Übergang zu einem neuen Kapitel zu vollziehen und den in aller Regel mit seinem Rücktritt als Ministerpräsidenten assoziierten Einschnitt in der Karriere Kahrs schon drei Monate früher anzusetzen – denn rückblickend lässt sich nicht nur die Agonie

²⁸⁵⁴ Ebd.

²⁸⁵⁵ Ebd.

²⁸⁵⁶ Tagebuch Kahr 1921-A, pag. 311.

des Kabinetts Kahr II, sondern auch die grundlegende Neuaufstellung der vaterländischen Netzwerke und der (politische) Rollenwechsel Kahrs in den folgenden eineinhalb Jahren auf die Nachwirkungen dieses Ereignisses zurückführen.

Dabei hatte der Ministerpräsident offenbar auch selbst ein feines Gespür für die soeben erfolgten und die möglicherweise bevorstehenden Weichenstellungen und empfand deshalb erst einmal das Bedürfnis, Abstand von den Geschehnissen zu gewinnen: Trotz bereits übermittelter Absage folgte er daher kurzfristig einer Einladung der Hamburg-Amerika-Linie, der Taufe des ersten seit Kriegsende fertiggestellten Hapag-Schiffes auf den Namen „Bayern“ beizuwohnen und reiste zu diesem repräsentativen Anlass vom 1. bis 4. Juni nach Bremen.²⁸⁵⁷ Konnte Kahr auf diese Weise erst einmal die Münchner Atmosphäre auf elegante Weise hinter sich lassen, verabschiedete er sich nach seiner Rückkehr auch gleich offiziell in den Urlaub und verbrachte diesen in der privaten Abgeschiedenheit „seines“ Künstlerschlusses Neuburg am Inn.²⁸⁵⁸

C. Neustart? Die letzten hundert Tage als Ministerpräsident

Ist der Impuls, die Eindrücke und Strapazen der vergangenen Wochen schnell hinter sich zu lassen also unverkennbar und natürlich auch verständlich, kann dieses Verhalten jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass der vehemente Kampf um die Einwohnerwehr enorme öffentliche Aufmerksamkeit auf sich gezogen hatte und sein negativer Ausgang deshalb sowohl den Ministerpräsidenten wie auch sein Kabinett beschädigt zurückließ. Doch nicht nur das: In Kenntnis der weiteren Entwicklung wird man diese politische Niederlage auch als einschneidende Zäsur einstufen müssen, da sie einerseits die Regierung in einen Krisenmodus versetzte, den sie bis zu ihrem Rücktritt im September nicht mehr überwinden konnte. Andererseits schmälerte die Auflösung der Einwohnerwehr auch das Prestige des Ministerpräsidenten selbst, während sie gleichzeitig einen tiefgreifenden und nachhaltigen Umbruch in den Netzwerken um Gustav von Kahr auslöste.

²⁸⁵⁷ Ein Kollege aus der Mitgliedervertretung der Gothaer, Dr. Hasselmann (Syndikus der Hapag), hatte Kahr am 6.5.1921 zum Stapellauf des Schiffes „Bayern“ in die Bremer Vulkanwerft eingeladen (MA 102 383); Kahr sagte nach Ende des Einwohnerwehrkonflikts kurzfristig zu. Vgl. Tagebuch Kahr 1921-A, pag. 312-315.

²⁸⁵⁸ Tagebuch Kahr 1921-A, pag. 327. Kahr empfing bei diesem Besuch Franz Ritter von Epp und Dr. Adolf Müller (Rechtsreferent der Landesleitung der Einwohnerwehr, siehe Anm. 2884) als Gäste, vgl. Gästebuch Schloss Neuburg am Inn (Privatnachlass Kahr).

1. Nach der Niederlage: Die Situation Anfang Juni 1921

Hielt die politische Hochspannung also auch nach dem 31. Mai sogleich wieder Einzug, erscheint es an dieser Stelle jedoch angemessen, vor der Rekonstruktion der nun folgenden Ereignisse zunächst eine generelle Bestandsaufnahme der Nachwirkungen der Einwohnerwehr-Krise einzuschalten, d. h. eine nähere Einschätzung abzugeben, vor welchen Herausforderungen Gustav von Kahr selbst, das Gesamtministerium und die politischen Verbündeten des Ministerpräsidenten jetzt standen. Dabei sei allerdings sogleich betont, dass es in diesem Rahmen nicht darum gehen kann, längerfristige Folgeerscheinungen der postulierten Zäsur darzustellen, sondern lediglich eine Bewertung der neu geschaffenen politischen Ausgangslage – Stand Anfang Juni 1921 – erfolgen soll.

In diesem Sinne erscheint es insbesondere ratsam, sich bereits im Vorfeld den allzu naheliegenden Impuls vor Augen zu führen, Kahr bzw. seine Regierung jetzt pauschal zum Auslöser und damit auch alleinigen Verantwortlichen für alle Verwerfungen der vergangenen Wochen und Monate zu erklären. Das wäre allerdings zu kurz gedacht, da es wohl niemanden verwundern kann, dass größere politische Misserfolge stets ihre Folgekosten nach sich ziehen und dazu beitragen, den Spielraum der handelnden Akteure zu verringern – und selbstverständlich ist bei ambitionierten politischen Projekten auch ein erhöhter Einsatz bzw. ein bestimmtes Risiko von vorneherein mit einzukalkulieren. Erfolgreiche Rechtfertigungsversuche für entsprechende Fehlschläge verweisen häufig auf genau diesen Umstand. Gerade damit hat es – und das ist letztlich entscheidend – im vorliegenden Fall jedoch nicht sein Bewenden: Denn mit einer solchen Warnung vor einer eindimensionalen Fixierung auf klassische Verursacher-Narrative erübrigt sich keineswegs die Frage nach der besonderen Rolle politischer Verantwortungsträger. Es ist vielmehr erst ein fester Boden gewonnen, um zu erkennen, ob Protagonisten wie Kahr im Verlauf des Konfliktes darauf geachtet hatten, die Risiken eines potenziellen Misserfolgs zu minimieren oder aber sich im Nachhinein noch weitergehende Fehlgriffe ankreiden lassen mussten, die nun als zusätzliche Hypothek auf der Regierungsarbeit lasteten.

Bei einer kritischen Bilanz fällt deshalb auch besonders ins Gewicht, dass das Vorgehen Kahrs im Zuge der Einwohnerwehr-Affäre keineswegs zu einer perspektivischen Verringerung der politischen Kosten geführt, sondern stattdessen in allen genannten Bereichen einen zusätzlichen, im Grunde vermeidbaren Flurschaden verursacht hatte und damit ein bezeichnendes Licht auf die misslungene Einhegung des Konflikts warf. Die

Rekonstruktion der politischen Auswirkungen der Einwohnerwehr-Auflösung versucht dementsprechend, analytische Tiefe zu gewinnen, indem sie eine Unterscheidung zwischen absehbaren Rückschlägen und vermeidbaren Kollateralschäden, die zudem den Handlungs- und Rechtfertigungsdruck oft besonders erhöhten, vornimmt.

1.1 Sorgen um das eigene Image

So war es in Hinblick auf Gustav von Kahr selbst sicherlich nicht zu verhindern, dass die letztlich doch vollzogene Auflösung der Einwohnerwehren als persönliche Niederlage eben gerade des Ministerpräsidenten wahrgenommen wurde, der sich selbst zum unbeugsamen Garanten der inneren Wehrhaftigkeit stilisiert hatte, jetzt aber doch klein beigeben musste. Dabei wirkten unter anderem die Erinnerungen an die vollmundigen Auftritte im März²⁸⁵⁹, die das Bekenntnis gegen die vermeintlich schwächliche Erfüllungspolitik abermals bekräftigt hatten, noch stark nach und bildeten einen recht unangenehmen Kontrast zu den wirkungslosen Rückzugsgefechten nur zweieinhalb Monate später. Unter diesen Umständen konnte es dann auch nicht ausbleiben, dass die eigentlich längst verstummten Zweifel an der politischen Befähigung des betont „unpolitischen“ Staatsmannes Kahr – zumindest hinter vorgehaltener Hand – wieder auflebten und selbst in den eigenen Reihen an Boden gewannen. Gleichzeitig verlor das in der Zwischenzeit als Garantie der Überparteilichkeit und Objektivität gefeierte System der Beamtenministerien²⁸⁶⁰ mit seinem wichtigsten Repräsentanten merklich an Glanz, was wohl viele politische Beobachter veranlasste, auch wieder einen skeptischeren Blick auf die Amtsführung Kahrs zu werfen.²⁸⁶¹ So gesehen agierte der angeschlagene Regierungschef fortan durchaus unter kritischer Beobachtung.

Die Auflösung der Einwohnerwehr als Organisation beraubte Kahr darüber hinaus eines bedeutenden Forums der Selbstpräsentation: Denn mit dem plötzlichen Ende der Gaufeiern und Schützenfeste fielen auch die zahlreichen Auftritte bei den einfachen Wehrmännern in Stadt und Land weg, die dem Ministerpräsidenten bisher eine ideale Plattform zur Inszenierung von Bürgernähe und Volkstümlichkeit geboten hatten.²⁸⁶² Es

²⁸⁵⁹ Gemeint sind hier vor allem die Landtagsrede vom 15. März und der Auftritt bei der Demonstration vom 13. März, siehe S. 692-694.

²⁸⁶⁰ Siehe Anm. 2567.

²⁸⁶¹ Vgl. etwa die Vormerkung Siegmund Knochs über ein Gespräch mit dem BVP-Abgeordneten Hildenbrand vom 21.7.1921 (Vertreter beim Reichskommissar für die besetzte Pfalz 19), nach der Eugen Knilling offenbar bereits auf die Nachfolge Kahrs spekuliere und in diesem Sinne mit dem Arbeitnehmerflügel der Partei zusammenarbeiten wolle.

²⁸⁶² Angesichts der uneinheitlichen Quellenlage ist es hier nicht möglich, einen vollständigen Überblick über die von Kahr besuchten Einwohnerwehrfesten zu geben, neben den „großen“ Auftritten beim Landesschießen (siehe S. 490 f.), bei der sog. Weihe der Landesfahne in Tegernsee – für den Sieger des

trifft daher sicherlich zu, solche Gastspiele auf lokaler Ebene als wichtige Quelle der bemerkenswerten Popularität Kahrs einzustufen. Gerade deshalb war sich Kahr freilich durchaus bewusst, was es im Umkehrschluss bedeuten konnte, die bei diesen Veranstaltungen geschürten Erwartungen und Hoffnungen jetzt schwer enttäuschen zu müssen. Geht man vom ungünstigsten Fall aus, erschien es nicht einmal ausgeschlossen, dass sich die Frustration über das Ende der Einwohnerwehr nun einfach ebenfalls auf das bisherige Idol projizieren und der Ministerpräsident fortan mit dem Makel des gefallenen Sympathieträgers behaftet sein würde. Dazu kam es dann zwar nicht, Kahr konnte sich jedoch nicht verhehlen, dass die Zeit als medienwirksamer Protektor der Bürgerwehren jetzt vorbei war²⁸⁶³ und damit auch viele Berührungspunkte mit den (klein-)bürgerlichen Schichten verloren gingen, die er über den sog. Selbstschutz vielleicht sogar erstmalig zu einem bedeutenden Faktor im politischen Leben des Landes erhoben hatte.

Hätten die Folgen der Einwohnerwehr-Auflösung somit an sich schon genügt, um das Prestige des Ministerpräsidenten in Mitleidenschaft zu ziehen, erwiesen sich allerdings jetzt auch konkrete Facetten des bisher verfolgten politischen Kurses als Fehleinschätzungen, die den entstandenen Schaden noch vergrößerten:

In diesem Sinne fiel es nun auf Kahr zurück, dass er seit Ende 1920 immer mehr der Versuchung nachgegeben hatte, die ausbleibende Resonanz der eigenen Bemühungen bei der Entente zu kaschieren, indem er die Reichsregierung, d. h. den Adressaten und Überbringer schlechter Botschaften, zum Mitverursacher alles Übels erklärte und somit eine Fehde mit einem greifbaren politischen Kontrahenten vom Zaun brach. Ist es – auch angesichts der zeitlichen Koinzidenz mit den alliierten Ultimaten – deshalb wohl berechtigt, von einem politischen Entlastungsmanöver zu sprechen, beabsichtigte Kahr bei diesem Schachzug auch, die in Bayern verbreitete Anti-Berlin-Stimmung für das eigene Anliegen zu instrumentalisieren. Mochte diese konfrontative Mobilisierungsstrategie als kurzfristiges Kalkül zunächst auch aufgegangen sein, zahlte sie sich jedoch weder politisch noch propagandistisch auf längere Sicht aus. Denn hatte Kahr damit bereits einen wichtigen Verbündeten – das Kabinett Fehrenbach – nachhaltig

Landesschießens – oder bei den Gaufesten in Rosenheim (siehe Anm. 1608 und 2062) lässt sich jedoch auch die Teilnahme an zahlreichen kleineren Veranstaltungen nachvollziehen, etwa beim Einwohnerwehrschießen in Endorf (Heim an Kahr vom 23.8.1920; NL Heim 2516) oder in Dörfen (Zeitungsausschnitt Bestand Einwohnerwehr 4) bei Absagen übermittelte Kahr wiederum zumindest Grußworte (vgl. die Privatkorrespondenz des Ministerpräsidenten MA 102 380-102 384). Auffällig ist hierbei allerdings, dass schon in den letzten Monaten des Einwohnerwehr-Konflikts – auch im nun verfügbaren Tagebuch – keine Teilnahme an derartigen Veranstaltungen mehr ersichtlich ist.

²⁸⁶³ Tagebuch Kahr 1921-A, pag. 219, 339; Tagebuch Kahr 1921-B, pag. 4: „Die Zeit für Veranstaltungen von Festlichkeiten, wie das Landesschießen im Herbst 1920 war, ist vorerst vorbei.“

verprellt, musste sich Bayern nun nicht nur dem „Diktat“ der Entente beugen, sondern auch gegenüber der neuen Reichsregierung Wirth klein begeben, der zu allem Überfluss auch noch die Sozialdemokratie angehörte. Die von Anfang an riskante Taktik, den Einwohnerwehr-Konflikt zu einer Art Machtprobe mit dem Reich zu überhöhen, kehrte sich damit gegen ihren Urheber: So populär es nämlich auch sein mochte, den eigenen Kurs zu einem Akt des Ungehorsams gegen die Vorgaben aus Berlin zu stilisieren, desto schwerer wog es natürlich auch, ausgerechnet bei einem solchen Unterfangen den Kürzeren zu ziehen, d. h. gegenüber dem selbst geschürten Feindbild eine symbolische Niederlage einzustecken.

Der Ministerpräsident hatte jedoch nicht nur die Ebenen des Konflikts ohne Not vermehrt, sondern auch bis fast zuletzt keinerlei Anstalten gemacht, von den einmal erhobenen Maximalforderungen abzurücken und sich an der Suche nach konstruktiven Lösungen zu beteiligen: Die auffällig vehemente Verteidigung der Einwohnerwehr in bereits hoffnungsloser Lage schürte deshalb auch von Neuem den Verdacht einer zu großen Nähe Kahrs zu den Befürwortern und Profiteuren einer solchen Haltung. Ließ das uneinsichtige Beharren auf eine im Grunde schon verlorene Sache nicht zum wiederholten Male darauf schließen, dass der Ministerpräsident in Wirklichkeit nur den Willen der tatsächlichen Machtfaktoren im Land – u. a. Einwohnerwehr oder Polizeipräsidium München – erfüllte und im Zweifelsfall stets den Direktiven dieser „Nebenregierungen“²⁸⁶⁴ um Escherich und Pöhner folgte? Vor allem Zeitungen der Opposition erinnerten deshalb im Frühjahr 1921 wieder verstärkt an alle Episoden, die in eine ähnliche Richtung deuteten, und betonten wiederholt, dass der Ministerpräsident doch eigentlich nur ein Erfüllungsgehilfe anderer Kräfte sei.²⁸⁶⁵ Vertreter der Regierungskoalition verwiesen solche Anschuldigungen zwar weiterhin in das Reich der tendenziösen Stimmungsmache: Wenn sie mit sich selbst ehrlich waren, mussten jedoch auch sie sich eingestehen, dass ihr Bild Kahrs als ausgleichender Staatsmann bzw. „ehrlicher Makler“ inzwischen Schaden genommen hatte.

Blieben die Unterstützer Kahrs aus dem aktivistischen bzw. völkischen Lager von solchen Bedenken zwar unberührt, bot sich jedoch auch ihnen durchaus ein Anlass, Kritik am

²⁸⁶⁴ Dieser Vorwurf wurde im Frühjahr 1921 immer stärker laut, Kahr und auch Escherich sahen sich deshalb veranlasst, solche Gerüchte wiederholt zu dementieren, vgl. Verh. Landtag 1920/21, Bd. II, 597 oder Kraupa, BVP-Fraktion, 80 f.

²⁸⁶⁵ ‚Ein Instrument fremder Gewalten‘, in: MP Nr. 41 vom 19./20.2.1921 („Herr von Kahr denkt, aber die Herren Kanzler und Pöhner lenken.“). Die Neue Zeitung bezeichnete Kahr als biedereren Beamten ohne Kenntnis des modernen Zeitgeistes, der selbst nur als Symbol für eine von dritter Seite verfolgte Politik diene: ‚Herr von Kahr, der Volkstümler‘, in: Neue Zeitung Nr. 684 vom 25.3.1921.

Verhalten des Ministerpräsidenten zu üben: Immerhin hatte Kahr den eigenen Erklärungen über einen möglichen Rücktritt nicht sogleich Taten folgen lassen und damit der in radikalen politischen Kreisen stets beliebten Maxime „Ein Mann – Ein Wort“ nicht genüge getan.²⁸⁶⁶ Sollte hierüber Unmut entstanden sein, war davon allerdings vorerst kaum etwas zu spüren, da die ehemaligen Zeitfreiwilligen, Freikorps etc. nun bis auf weiteres genug damit zu tun hatten, die sog. Entwaffnung nach ihren Vorstellungen durchzuführen.

1.2 Das Ende einer Kooperationsplattform: Die ungewisse Zukunft der vaterländischen Allianzen

Was die Stabilität der politischen Allianzen um Kahr angeht, wäre es jedenfalls verfehlt, dieses taktisch bzw. situativ bedingte Stillhalten als Anzeichen für ein im Großen und Ganzen intakt gebliebenes Kooperationssystem zu deuten. Vielmehr traf eher das Gegenteil zu und die durch das Ende der Einwohnerwehr bedingte Zäsur machte sich nirgendwo so deutlich und so unmittelbar bemerkbar wie im Umfeld der vom Ministerpräsidenten protegierten oder selbst unterhaltenen Bündnisse. Diese unverblünte Feststellung mag zunächst allzu eindeutig klingen, leuchtet aber wohl doch unmittelbar ein, wenn man bedenkt, dass die erlittene politische Niederlage hier nicht nur eine erhebliche Belastungsprobe im allgemeinen Sinn darstellte, sondern direkt das innere Gerüst der heterogenen Koalitionen der „Ordnungszelle“ ins Wanken brachte – immerhin hatte die Einwohnerwehr bisher als gemeinsame Aktionsplattform und zentrales Bindeglied der allermeisten „vaterländischen“ Netzwerke gedient.

Mochte Kahr deshalb sicherlich die Hoffnung hegen, die erlittenen Imageeinbußen auf persönlicher Ebene bald wieder kompensieren zu können, war es auch für Optimisten nur schwer vorstellbar, wie die Netzwerke um den Ministerpräsidenten diese Erschütterung auf mittlere Sicht einigermaßen unbeschadet überstehen sollten. Denn ruft man sich auch nur schlaglichtartig den inneren Aufbau der Einwohnerwehr ins Gedächtnis zurück, wird abermals schnell deutlich, welche wichtige Funktionen sie in den vergangenen zwei Jahren für den Zusammenhalt aller „ordnungsliebenden“ Kräfte erfüllt hatte.²⁸⁶⁷ Kurz gesagt, eröffnete sie als freiwillige und primär vom ehrenamtlichen Engagement getragene Organisation bisher Akteuren jeglicher Couleur die Möglichkeit, sich auf ganz eigene

²⁸⁶⁶ Allerdings liegen nur wenige Hinweise auf ein offenes Abrücken vor, so erwähnt Dandl eine kritische Resolution des Bayerischen Ordnungsblocks (Dandl an Wirth vom 23.5.1921; Bundesarchiv Koblenz, NL Wirth 1342/69).

²⁸⁶⁷ So insbesondere im Hinblick auf den Einbezug des Wirtschaftsbürgertums, der Zeitfreiwilligenverbände oder verabschiedeter Reichswehroffiziere, siehe Kapitel VI B 3.4. und 5.3.

Weise verdient zu machen und vermittelte somit jedem das Gefühl, einen geachteten Beitrag für die gemeinsame Sache zu leisten. Konnten sich vermögende Honoratioren, Unternehmer oder Fabrikanten etwa durch materielle Unterstützung einbringen und wurden dafür mit repräsentativen Stellungen belohnt, lockte die Einwohnerwehr außerdem viele junge, z. T. stark politisierte Frontkämpfer oder Freikorpsmitglieder mit einem Platz in den Landfahnen und lenkte somit ihren Tatendrang in weniger riskante Bahnen; der einfache Wehrmann auf der Straße beschützte hingegen in erster Linie Haus und Familie und verlieh der Einwohnerwehr gleichzeitig den Charakter einer Massenorganisation. Dabei standen sich die genannten Gruppierungen zwar auch innerhalb des Verbandes meistens eher fern, die gemeinsame Zugehörigkeit kanalisierte jedoch immerhin viele Konflikte zwischen dem national-patriotischen Bürger- bzw. Unternehmertum, den völkisch-nationalistisch orientierten Aktivisten sowie den zahlreichen (klein-)bürgerlichen Mitgliedern.²⁸⁶⁸ Im Überblick betrachtet, könnte man die Einwohnerwehr deshalb durchaus als eine Art informellen Dachverband der meisten republikскеptischen Kräfte einstufen, der mit seinen hierarchischen Strukturen jedoch zugleich die Koordination dieses politischen Milieus ermöglichte und die Führungsfrage zumindest auf absehbare Zeit eindeutig klärte. Dabei konnten der Landeshauptmann und sein Stab sowohl auf ihre Verdienste im Kampf gegen die Räteherrschaft verweisen und sich zugleich darauf berufen, in engem Einvernehmen mit den höchsten Repräsentanten der Staatsmacht²⁸⁶⁹ zu agieren – etwaige Versuche zur eigenständigen Profilierung gegen den offiziellen Kurs der Landesleitung hatten insgesamt also wenig Aussicht auf Erfolg. Erscheint es deshalb in der Tat berechtigt, die Einwohnerwehr als wichtigen Garanten für den Zusammenhalt eines politischen Lagers zu einzustufen, birgt eine solche Bewertung allerdings auch die Gefahr, die historische Rolle des organisierten Selbstschutzes im Nachhinein unangemessen zu verklären oder zu beschönigen: Nicht ohne Grund wurde das Argument, mit der Einwohnerwehr sei ausgerechnet das zuverlässigste Instrument zur Mäßigung der angeblich erst später radikalisierten „vaterländischen“ Bewegung zerschlagen worden, von beteiligten Zeitgenossen später immer wieder angeführt und auch von der älteren Forschung weitgehend kritiklos übernommen.²⁸⁷⁰ Ein solch

²⁸⁶⁸ Hier sei etwa noch einmal an die Problematik der von den Studenten beanspruchten Sonderrolle in den sog. Landfahnen erinnert, siehe Kapitel VIII A 2.3.3.

²⁸⁶⁹ Kahr war z. B. auch als Ministerpräsident weiterhin Ehrenmitglied des Landesausschusses der Einwohnerwehr und nahm auch an dessen Tagungen teil, vgl. etwa das Sitzungsprotokoll vom 13.8.1920 in Bestand Einwohnerwehr 3, Akt 7; siehe auch die regelmäßigen Treffen mit Escherich in Anm. 2223.

²⁸⁷⁰ So etwa Schwend, Bayern, 70; Speckner, Ordnungszelle, 196-200; Fenske, Konservatismus, 77 oder Georg Franz, Entstehung und Frühgeschichte der NSDAP Münchens, pag. 44 (IfZ, MA 5/1).

harmonisches Bild verrät allerdings im besten Fall die Fixierung auf eine beschränkte Binnenperspektive, wenn man sich vor Augen führt, dass der Wehrverband ganz wesentlich dazu beigetragen hatte, dass die Anhänger der sog. Ordnungszelle inzwischen die politische Szenerie im Freistaat weitgehend beherrschten. Denn mochte die Einwohnerwehr ohne Zweifel den Ausgleich von internen Gegensätzen erleichtert haben, trat sie nach außen hin vor allem als schlagkräftige Massenorganisation in Erscheinung, die sich in erster Linie so allgemeinen Zielen wie der Stärkung der Staatsautorität oder dem Schutz der Bürger verpflichtet sah; dabei zeigten sich nur wenig Hemmungen, die eigene Interpretation dieser propagierten Ideale – unabhängig von aktuellen politischen Mehrheiten – als allgemein verbindlich vorauszusetzen. Als institutionalisierte Demonstration der Stärke hatte die Einwohnerwehr deshalb nicht gerade zur Mäßigung oder ihre Mitglieder zu politischer Bescheidenheit erzogen, sondern vielmehr einen entscheidenden Anteil daran, die vermeintlich gezähmte „vaterländische“ Bewegung nach den Monaten der Revolution überhaupt erst neu aufzubauen und innerhalb kurzer Zeit zu ungeahnter Stärke zu führen. In dieser Rolle umgab sie deshalb bis 1921 hinein auch eine anziehende Aura des Erfolges, die das Bündnissystem um Kahr stetig anwachsen, aber auch bereits unübersehbare Anzeichen einer Konzentration aktivistischer Kreise erkennen ließ.

Der plötzliche Wegfall eines so bedeutenden Machtinstruments musste daher zwangsläufig ein klaffendes Vakuum in der postrevolutionären Sicherheitsarchitektur sowie in den inzwischen eingespielten Kooperationsstrukturen der politischen Rechte hinterlassen: So war es im Grunde nur logisch, dass sich die meisten Verbände und Organisationen innerhalb der ehemaligen Einwohnerwehr in dieser Situation auf sich allein gestellt fühlten und zuallererst dafür Sorge tragen wollten, wie sie sich in Zukunft in Eigenregie neu aufstellen könnten. Die „Landfahne“ Oberland oder die früheren Zeitfreiwilligen mussten also erst einmal intern klären, welchen Weg sie jetzt einschlagen sollten, während die einzelnen Kreis- und Gauverbände vor der Frage standen, ob sie in irgendeiner Form zusammenbleiben würden. Im Zuge einer solchen Besinnung auf sich selbst, die man wohl als logischen Reflex auf einen ruckartig eingeleiteten Prozess der Desintegration einstufen darf, erschien jedoch nicht nur die häufig beschworene innere Einheit des „nationalen“ Lagers in Gefahr. Mit dem Ende des staatlich anerkannten

Demgegenüber betonten jedoch schon Thoß und Large in überzeugender Weise, dass der spätere Radikalisierungsprozess bereits innerhalb der Einwohnerwehr in Gang gekommen sei und dass der institutionelle Schutzschirm bzw. die Respektabilität einer solchen Organisation noch dazu beigetragen habe, solche Entwicklungen zu begünstigen und zugleich zu kaschieren (Thoß, Ludendorff-Kreis, 174; Large, Einwohnerwehr, 77 f.).

Selbstschutzes deutete darüber hinaus auch einiges darauf hin, dass sich die Gewichte zwischen dem patriotisch-bürgerlichen und dem nationalistisch-paramilitärischen Flügel der früheren Einwohnerwehr in einem kritischen Ausmaß verschieben könnten.

Denn würde das moderatere Lager sicherlich viel eher bereit sein, die Auflösung der Einwohnerwehr auch tatsächlich hinzunehmen und seine Interessen wieder stärker im Rahmen der regulären politischen Institutionen verfolgen, drohte die sog. Selbstschutzbewegung dann umso leichter in die Hände von Kräften zu fallen, die sich berufen fühlten, den Weg der paramilitärischen Politik auch unter erschwerten Bedingungen weiter zu gehen. Hatten die stark politisierten und häufig durch den Krieg entwurzelten Aktivisten die Wehrverbände nämlich schon länger als Betätigungsfeld oder neuen Daseinszweck für sich entdeckt, konnten sie nun außerdem das Erbe der vermeintlich unpolitischen Wehrbewegung antreten und damit direkt von der Aufwertung „defensiver“ Gewaltanwendung zu einem anerkannten Mittel der Politik profitieren.²⁸⁷¹

Die nach der Revolution geschmiedete Einheitsfront aller Gegner des sog. Bolschewismus hatte also nicht nur die allgemeinen Hemmungen vor einer Radikalisierung der politischen Auseinandersetzung abgeschwächt, sondern auch dazu beigetragen, den Handlungsspielraum der extremen Rechten zu erweitern und ihr einen von vielen durchaus respektierten Platz im politischen Spektrum erschlossen. Die aus rechtstaatlicher und demokratietheoretischer Sicht problematische Spaltung des politischen Raumes in einen formellen und einen informellen Bereich drohte sich also weiter zu befestigen und zu vertiefen, wobei die Zugehörigkeit zu einer Seite nun auch stärker auf die jeweilige politische Haltung schließen ließ. Prägnant auf den Punkt gebracht, stand im Juni 1921 deshalb das auch für die Netzwerke Kahrs charakteristische Bündnis zwischen eher traditionell orientierten Patrioten und der neuen Rechte spürbar auf der Kippe, da die ohnehin bestehenden Gegensätze nicht mehr länger durch einen gemeinsamen organisatorischen Rahmen eingehegt werden konnten.

Gerade in dieser Situation blieben allerdings von Seiten des Ministerpräsidenten weitgehend substanzielle Beiträge aus, um diese im Grunde absehbare Spannungen zu mildern. Stattdessen hatte er sich in den letzten Monaten viel zu einseitig auf die Seite der Befürworter eines Unbedingten Nein geschlagen und damit zu einer kontraproduktiven Verschärfung der Gegensätze beigetragen: So betrachteten es auch viele Unterstützer mit wachsender Sorge, dass sich Kahr nach der Berliner

²⁸⁷¹ Vgl. die Überblicke zur Kräftekonstellation bei den „vaterländischen Verbänden“ ab Mitte 1921 bei: Thoß, Ludendorff-Kreis, 171-221; Koepp, Conservative Radicals, 169-200, Fenske, Konservativismus, 143-171.

Regierungskonferenz im Februar zunehmend von der Koalition oder Bedenkträgern in den eigenen Reihen abkapselte und immer stärker dazu neigte, Entscheidungen in exklusiven Zirkeln zu fällen bzw. sich auf nicht greifbare Berater und Sachverständige zu berufen. Denn häuften sich nun etwa im Ministerrat die unangekündigten Berichte über persönlichen Lagebesprechungen mit unabhängigen, aber stets beipflichtenden Ratgebern wie Paul Reusch oder Oskar von Watter²⁸⁷², kam auch die scharfe, nicht abgestimmte Landtagsrede vom 15. März völlig überraschend und ließ erstmals auch öffentlich durchblicken, auf welcher Seite der Ministerpräsident inzwischen stand.

Die Dialogbereitschaft des einmal als „ehrlichen Makler“ zwischen den Parteien angetretenen Regierungschefs hatte dagegen signifikant abgenommen und einer bedenklichen Neigung Platz gemacht, bei geäußerten oder vermuteten Widerspruch sofort belastende Nebenkriegsschauplätze zu eröffnen. Wie bei verschiedenen Gelegenheiten beobachtet, bekam diesen Stimmungsumschwung nicht zuletzt wiederum der Landtag zu spüren, als Kahr mit mehreren Fällen von Auskunftsverweigerung im Plenum bzw. in Finanzausschuss Aufsehen erregte und dadurch vor allem die Konfrontation mit der Opposition nochmals deutlich verschärfte.²⁸⁷³ Doch auch in den eigenen Reihen regte sich zunehmend Kritik an diesen im Grunde unnötigen Brüskierungen und die Bereitschaft, den Ministerpräsidenten weiter bedingungslos zu unterstützen, begann zu bröckeln. Einige Protagonisten der Koalition und Teile der Einwohnerwehr waren im Mai sogar schon bereit, ohne größeres Zögern auf die Annäherungsversuche des neuen Reichskanzlers einzugehen, während Kahr in den letzten Monaten kaum eine Gelegenheit verpasst hatte, um sich in Berlin zur *Persona non grata* zu machen sowie seine Regierung ins Abseits zu manövrieren.

Im Umfeld der beginnenden Auflösung der Einwohnerwehr lief der Ministerpräsident also angesichts seines zunehmend unberechenbaren und impulsiven Verhaltens durchaus Gefahr, viele moderate Verbündete und Anhänger langsam von sich zu entfremden, zumal offenbar die radikaleren Verfechter einer wehrhaften Ordnungszelle Bayern weiterhin mit nachsichtiger Toleranz rechnen durften. So war es etwa nur schwer nachvollziehbar, dass trotz des herrschenden Ausnahmezustandes Demonstrationen mit nationalistischer und revanchistischer Stoßrichtung ohne Weiteres stattfinden konnten und hetzerische Redner wie Rudolf von Xylander in den Straßen ihre Parolen verbreiteten. Den Verdacht einer politischen Komplizenschaft weckten außerdem die

²⁸⁷² Vgl. Ministerratssitzung vom 21.3.1921, TOP I; Ministerratssitzung vom 18.4.1921, TOP IV; Ministerratssitzung vom 26.4.1921, TOP I (Protokolle in MA 99 516).

²⁸⁷³ Siehe S. 685-687.

erwähnten Enthüllungen über die inzwischen zum politischen Tagesgespräch avancierten Fememorde; sie vermittelten das Gefühl eines bedenklichen Kontrollverlusts über die Aktivitäten sog. Geheimorganisationen und gewaltbereiter Gruppen. Unter solchen Voraussetzungen waren einer Vielzahl von Gerüchten über begangene Verbrechen oder kolportierte Verbindungen zu staatlichen Stellen dann auch Tür und Tor geöffnet, während die offiziellen Dementis²⁸⁷⁴ angesichts der Häufung der Vorwürfe bald auffallend ähnlich klangen: In diesem Zusammenhang trug es auch nicht zur Beruhigung bei, dass die drei bisher unter diesem Verdacht bekannt gewordenen Fälle noch keine befriedigende Aufklärung gefunden hatten.²⁸⁷⁵

Und schließlich warf auch das Scheitern der bisherigen Einwohnerwehr-Leitung die Führungsfrage im rechts orientierten Lager von Neuem auf und ein Wettbewerb um die politische Initiative der Zukunft kündigte sich an, der allerdings nicht durch klare institutionelle Strukturen oder Hierarchien abgesichert sein würde. Spielte eine solche Konkurrenz ohne fest definierte Regeln deshalb abermals den Gruppierungen in die Hände, die in der politischen Auseinandersetzung weniger Skrupel an den Tag legten, war es zumindest fraglich, ob gemäßigte Mitbewerber unter diesen Vorzeichen überhaupt noch die Mühen eines Machtkampfes auf sich nehmen würden.

1.3 Rückkehr der alten Probleme: Der Blick auf die Regierung

Weitet man auf Basis dieser Feststellungen nun den Blick auf die politische Situation der Regierung als Ganzes, lässt sich auch hier der gleiche Kontrast zwischen logischen und im Grunde unnötigen Folgeerscheinungen der Einwohnerwehr-Auflösung feststellen, der den politischen Verantwortlichen zu denken geben musste. Denn war es schon problematisch genug, wenn sich ein über längere Zeit mit großem Beharrlichkeit verfolgter politischer Kurs relativ plötzlich als politische Sackgasse entpuppte, erhöhte sich unter diesem Eindruck auch die Sensibilität für weitere tatsächliche oder vermeintliche Fehlritte der Regierung, während die öffentliche Toleranz für rechtfertigende Erklärungen abnahm. Die entstandene Krise barg also zweifellos das Potenzial, eine negative Dynamik auszulösen, zumal bereits die unabweisbaren Begleiterscheinungen der soeben erlittenen politischen Niederlage die vermeintliche Kernkompetenz der Regierung Kahr, die Garantie von Ruhe und Ordnung, unverkennbar in Frage stellten. So bedarf es keiner ausführlichen Erläuterungen, dass die gegen alle

²⁸⁷⁴ So etwa im Fall Mayer-Koy (siehe S. 688 f.) oder bei der Affäre „Mörderzentrale“ (Anm. 2624).

²⁸⁷⁵ Hierbei handelte es sich um die Fälle Sandmayer, Dobner und Hartung, vgl. Hofmann, Feme, 50-61.

Ankündigungen nun doch vollzogene Auflösung aller Selbstschutzorganisationen das Renommee Bayerns als sog. Ordnungszelle in Zweifel zog und zugleich das Vertrauen in die politischen Verantwortlichen auf eine schwere Belastungsprobe stellte.

Schmälerte das Ende des staatlich protegierten Selbstschutzes somit ganz offensichtlich das Prestige der Staatsregierung, wäre es allerdings zu kurz gedacht, den damit verbundenen Verlust an politischen Spielraum allein diesem Umstand zuzuschreiben. Das absehbare Verschwinden der Einwohnerwehr von den Titelseiten und aus den Alltagsgesprächen wog in dieser Hinsicht nämlich fast ebenso schwer, da damit gleichzeitig eine neue Runde im Kampf um die öffentliche Meinungsführerschaft eingeläutet wurde. Denn gerade das plötzliche Ende der lautstarken Kundgebungen auf Schützenfesten, das Verstummen der schon gewohnten Proteste oder der Verlust der Möglichkeit, im Konflikt mit dem Reich bzw. der Entente effektiv eine neue Eskalationsstufe einzuläuten, zeigte zumindest im Nachhinein, wie nachhaltig der Themenkomplex Einwohnerwehr die öffentliche Debatte in den vergangenen Monaten in Beschlag genommen hatte. Im Konkurrenzkampf um das knappe Gut der öffentlichen Aufmerksamkeit stellten solche publikumswirksame Kontroversen eben schon für sich eine kommunikative Leitwährung dar, weil sie aufgrund ihrer Brisanz und ihrer symbolischen Bedeutung fast immer ohne Weiteres das allgemeine Interesse auf sich zogen – waren erst einmal diese Voraussetzungen erfüllt, fiel es viel leichter, immer wieder neue Akzente im politischen Tagesgespräch zu setzen, den Takt der Debatte vorzugeben und auch entkoppelt vom tatsächlichen Nachrichtenwert die Klaviatur der öffentlichen Erregung zu bespielen.²⁸⁷⁶ Befand sich die Staatsregierung deshalb bisher – vielleicht ohne es selbst wahrzunehmen – aus diskursiver Sicht in einer durchaus privilegierten Position, musste sie nun umso mehr die Erfahrung machen, dass ihr kommunikativer Einfluss zurückging und sie selbst ab sofort stärker den unberechenbaren Konjunkturen des politischen Tagesgesprächs ausgesetzt sein würde.

War dies aus Sicht der Regierung natürlich schon unerfreulich genug, musste eine solche Perspektive allerdings noch weniger verlockend erscheinen, wenn man bedenkt, dass die einseitige Bündelung der öffentlichen Aufmerksamkeit auf ein dominantes Thema bisher auch sehr gute Dienste geleistet hatte, um nicht überwundene Blockaden oder eigene Versäumnisse in anderen Politikfeldern zu kaschieren. Nun war zwar nicht zu erwarten, dass sich die Kritik der Öffentlichkeit von einem Tag auf den anderen ausgerechnet auf

²⁸⁷⁶ In der politik- und kommunikationswissenschaftlichen Fachdebatte wurde hierfür das Konzept des „Agenda Setting“ entwickelt. Vgl. Marcus Maurer, *Agenda-Setting*, Baden-Baden 2017.

die bisher nicht zuletzt von der Presse sehr wohlwollend behandelte Regierung einschließen würde: Auf jeden Fall nahm jedoch die Wahrscheinlichkeit zu, dass die meist ausbleibenden Fortschritte bei selbst gesetzten Zielen wie der Eindämmung von Wucher- und Schiebertum oder auch der Verbesserung der Ernährungslage²⁸⁷⁷ in absehbarer Zeit in den Fokus rücken könnten.

Und tatsächlich liegt es wohl nicht nur an der Schwerpunktsetzung der vorliegenden Darstellung, dass inzwischen der Eindruck einer gewissen Vernachlässigung anderer politischer Aufgaben durch das Kabinett entstanden sein könnte. Vielmehr hatte die Mission Einwohnerwehr offenbar auch in der Praxis eine politisch so beherrschende Stellung eingenommen und so viele Ressourcen beansprucht, dass sich Kahr und seine Kollegen ansonsten weitgehend auf die Bewältigung des anfallenden Tagesgeschäfts beschränkt und insgesamt wenig eigene Initiativen ergriffen hatten. Spricht in diesem Sinne bereits das beachtliche Übergewicht des Einwohnerwehr-Konflikts in den überlieferten Ministerratsprotokollen Bände, weist auch die wiederholte Zufluchtnahme zu demonstrativen und symbolischen Maßnahmen – wie etwa dem Verbot öffentlicher Faschingsveranstaltungen²⁸⁷⁸ im Zuge der Bekämpfung von Wucher und Schlemmerei – darauf hin, dass das Kabinett nur wenig greifbare Erfolge präsentieren konnte. Gerade einer vermeintlich tatkräftigen Regierung stand eine solche Bilanz freilich nicht sehr gut zu Gesicht. Die langsame Rückkehr des nüchternen politischen Alltags barg deshalb nicht nur das Risiko, in Zukunft auf die bisher genossene Meinungsführerschaft verzichten zu müssen, die Regierung musste darüber hinaus außerdem befürchten, nun auch selbst in den Fokus des öffentlichen Interesses zu rücken, d. h. einen unerwünschten Rollentausch vom Stichwortgeber zur Zielscheibe der öffentlichen Debatte zu vollziehen.

2. Vor einem neuen Aufbau: Kahr und seine Verbündeten

Fasst man alle diese Beobachtungen zusammen, herrschte damit in allen politischen Handlungsfeldern Kahrs nicht nur akuter Handlungsbedarf, es stand in mehrfacher Hinsicht geradezu eine grundsätzliche Neuorientierung bzw. ein grundlegender Neubeginn an, der jetzt mit durchaus ungewissem Ausgang in die Wege zu leiten war: Das Kabinett musste Wege aus seiner latenten Krise suchen, die Selbstschutzbewegung

²⁸⁷⁷ In diesem Zusammenhang wurde im Kabinett dann auch offenbar mehrfach erwogen, ein grundsätzliches Ausfuhrverbot für Getreide aus Bayern zu verhängen, vgl. die Erklärung Hamms in der Sitzung des Landesvorstands der DDP vom 1.9.1921 (Protokoll in NL Dirr 306).

²⁸⁷⁸ Das Verbot von Faschingsveranstaltungen wurde außerdem damit begründet, dass angesichts der Pariser Bedingungen keine öffentlichen Lustbarkeiten angebracht seien: Ministerratssitzung vom 2./3.2.1921, TOP IV (Protokoll in MA 99 516).

sowie die sie tragenden Allianzen neuen festen Boden gewinnen und der Ministerpräsident selbst neue Möglichkeiten finden, das eigene, etwas ins Wanken geratene Prestige wieder zu festigen. In diesem Zusammenhang sollen, wie schon angedeutet, zunächst die Weichenstellungen kurz beleuchtet werden, die sich als mittel- und längerfristig bedeutende Grundsatzentscheidungen herausstellten und deshalb noch vor dem Scheitern der Regierung im September 1921 eine neue Etappe der sog. Ordnungszellenpolitik einläuteten.

2.1 Charmeoffensive: Ein Sommer als Festredner

So war Kahr in Hinblick auf sein persönliches Standing offenbar unmittelbar bewusst, dass ihm mit dem Ende der zahlreichen Einwohnerwehr-Veranstaltungen eine zentrale Bühne der politischen (Selbst-)Inszenierung abhandengekommen war und er begann deshalb ohne Verzögerung, neue Plattformen der öffentlichen Kommunikation zu erschließen und zu bespielen. Der Ministerpräsident war deshalb fortan nicht mehr nur im Landtag, bei Wehrkundgebungen oder als Gast in Katastrophengebieten zu sehen, bereits Ende Juni trat er nun auch als Festredner bei einer Versammlung der Christlichen Gewerkschaften im Münchner Mathäuserbräu auf, bei der er sowohl die große Bedeutung der Arbeiterschaft für den Staat wie auch die Gefahr der Klassenverhetzung betonte²⁸⁷⁹; in seiner amtlichen Funktion ließ er es sich außerdem nicht nehmen, die im Sommer 1921 in München stattfindenden Wirtschafts- und Verbandskongresse persönlich zu eröffnen, wobei die lobenden Worte ausländischer Teilnehmer für die geordneten Verhältnisse in Bayern eine willkommene Bestätigung darstellten.²⁸⁸⁰

Regelrecht zum neuen Markenzeichen Kahrs wurden jedoch ab sofort seine häufigen Auftritte bei Schulabschlussfeiern sowie bei Stiftungsfesten der örtlichen Studentenverbindungen²⁸⁸¹, die er offenbar als willkommene Gelegenheit sah, nun neue Brücken zur „akademischen Jugend“ aufzubauen, nachdem die ehem. Zeitfreiwilligen bzw. Landfahnen vor einer ungewissen Zukunft standen und jedenfalls keine formellen Veranstaltungen mehr ausrichten konnten. Daneben dienten gerade die Absolvial-Bälle

²⁸⁷⁹ ‚Kahr und die Arbeiter‘, in: MNN Nr. 260 vom 24.6.1921, vgl. das Redemanuskript in NL Kahr 43.

²⁸⁸⁰ So etwa beim „Kongress für Heizung und Lüftung“ am 6. Juli 1921, vgl. Tagebuch Kahr 1921-B, pag. 7-13 (mit Speisekarte und Zeitungsausschnitt) oder bei der Eröffnung der staatlichen Ausstellung für Wasserstraßen und Wasserkraft am 16. Juni 1921 (Tagebuch Kahr 1921-A, pag. 352 f.).

²⁸⁸¹ Siehe Anm. 2433 und Tagebuch 1921-B, pag. 19: „In der jetzigen Sommerszeit drängen sich die Feste, vor allem der Studentenschaft, die ich nicht gerne umgehe, weil der Kontakt mit der akademischen Jugend zu wichtig ist.“ In diesen Zusammenhang besuchte Kahr am 18. Juli 1921 auch erstmals das Jahresfest der Studiengenossenschaft seines ehem. Gymnasiums Landshut, vgl. Tagebuch Kahr 1921-B, pag. 43 f - Zeitungsausschnitt pag. 51 f. sowie NL Kahr 43 (Text der Ansprache).

der Gymnasien und Oberrealschulen ebenfalls als ideales Forum, um die Bande zum Münchner Bürgertum zu stärken, da vor allem die stolzen, ebenfalls anwesenden Eltern die Ausführungen des prominenten Gastes als würdigen Rahmen für den Festtag ihrer Kinder empfanden. Manche Schulrektoren luden Kahr dann auch bald persönlich zu den Veranstaltungen ein²⁸⁸², was dazu führte, dass der begehrte Redner an manchen Abenden sogar zu mehreren Feiern eilte und erst tief in der Nacht nach Hause kam. Der Ministerpräsident machte also, kurz gesagt, aus der Verlegenheit des Augenblicks eine Tugend und trat im Sommer 1921 so häufig bei öffentlichen Veranstaltungen auf wie wohl nie zuvor.

2.2 Im Hintergrund: Die beginnende Neuaufstellung der Wehrbewegung

War es jedoch noch relativ leicht, in persönlicher Hinsicht neue Wege zu beschreiten, bedeutete es eine ungleich größere Herausforderung, den sog. Selbstschutz auf die nun erheblich veränderten Verhältnisse einzustellen und trotz der offiziellen Auflösung Möglichkeiten zu finden, das paramilitärische Bündnissystem zumindest im Kern zu erhalten. Sollte, wie es die München-Augsburger Abendzeitung vieldeutig ausdrückte, zwar die Form zerbrechen, aber der damit verbundene Geist bestehen bleiben²⁸⁸³, galt es deshalb – ganz allgemein gesagt –, neue Voraussetzungen sowie Strukturen der Kooperation zu schaffen und sich im Gegensatz zur bisherigen, ins Rampenlicht der Öffentlichkeit drängenden Praxis auf ein Wirken jenseits der allgemeinen Aufmerksamkeit, ja wahrscheinlich teilweise gar im Verborgenen, einzustellen. In konkrete Handlungsanweisungen übersetzt, bedeutete das, neu ausgerichtete Nachfolgeorganisationen der Einwohnerwehr aufzubauen und – trotz Verbot – möglichst viel der eigentlich abzuliefernden Ausrüstung zurück zu behalten²⁸⁸⁴ sowie gleichzeitig auch einen personellen Neuanfang einzuleiten, d. h. bisher nicht in der ersten Reihe

²⁸⁸² Vgl. Schumacher (Rektor des Wittelsbacher Gymnasiums) an Kahr vom 8.4.1922 (Brief in Tagebuch Kahr 1921-B) mit Einladung zur Schuljahres-Schlussfeier.

²⁸⁸³ ‚Der Dank der Staatsregierung an die Einwohnerwehr‘, in: MAAZ Nr. 268 vom 30.6.1921.

²⁸⁸⁴ Die vermeintliche Entwaffnung war dabei mit Wissen und Billigung Kahrs von Anfang an als Scheinaktion konzipiert, bei der nach außen hin erhebliche Mengen an Material abgeliefert und auch in Demontageanlagen verbracht, tatsächlich jedoch beim Transport so weit wie möglich gegen andere Güter ausgetauscht werden sollte; zahlreiche der wirklich eingelieferten Waffen und Ausrüstungsgegenstände waren außerdem kaum noch brauchbar. Vgl. die entsprechenden Andeutungen Kahrs gegenüber dem bayerischen Gesandten im Vatikan (Kahr an Ritter vom 6.7.1921; NL Ritter 62), die wiederholten Bemerkungen im Tagebuch (Tagebuch Kahr 1921-A, pag. 347, 363; Tagebuch Kahr 1921-B, pag. 17 und 71-77 - dort mit präzisen Angaben über Mengen und dem Ablauf von Versteckaktionen) sowie die rückblickende Schilderung in den Kahr-Erinnerungen, pag. 894-986.

Beauftragter für die Organisation der Entwaffnung wurde der Rechtsreferent der Landesleitung, Dr. Adolf Müller, vgl. dessen Rundschreiben zur Durchführung der Aktion vom 31.5.1921 in Bestand Einwohnerwehr 13.

hervorgetretene Protagonisten ab sofort mit Führungsaufgaben zu betrauen. Der Wunsch, die seit 1919 bestehenden Netzwerke möglichst weitgehend zu erhalten, bildete hierzu nur scheinbar einen Widerspruch: Wollte man ihn in die Tat umsetzen, war ein Führungswechsel sogar unumgänglich, da es natürlich völlig ausgeschlossen erscheinen musste, nun ausgerechnet mit den über Bayern hinaus bekannten Anführern Georg Escherich und Rudolf Kanzler einen neuen, abgeschirmt von neugierigen Blicken tätigen Wehrverband aufzubauen. In letzter Zeit hatte sich außerdem gerade in den aktivistischen Kreisen der Einwohnerwehr ein wachsender Unmut über den bisherigen Landeshauptmann angesammelt, da Escherich von dieser Seite vorgeworfen wurde, die Einwohnerwehr zwar mit markigen Worten, im entscheidenden Augenblick aber nur mit halbherzigen Taten verteidigt zu haben.²⁸⁸⁵ Dabei muss offen bleiben, wie viel wohlweislich nicht ausgesprochene Enttäuschung über den vermeintlichen Rückzieher Kahrs sich nun ersatzweise auf den Forstrat ergoss. Rudolf Kanzler geriet wiederum in zusätzliche Schwierigkeiten, als wirtschaftliche Unregelmäßigkeiten bei den Osthandelsaktivitäten seiner Orka, etwa in puncto Waffenlieferungen, deutlich wurden, die der Chiemgau-Führer auch gegenüber dem Ministerpräsidenten nicht ausräumen konnte und deshalb dessen Vorhaltungen über sich ergehen lassen musste.²⁸⁸⁶

Eine Ablösung Escherichs und Kanzlers war somit unumgänglich, Kahr traf sich deshalb bereits am 4. Juni, d. h. noch vor seiner Abreise nach Schloss Neuburg, mit öffentlich bisher kaum hervorgetretenen Mitgliedern der aufzulösenden Landesleitung sowie mit Polizeipräsident Pöhner und vereinbarte in dieser Runde die Gründung einer Organisation „Blau-Weiß“, die in unterschiedlichen Zweigen sowohl das paramilitärische Potenzial als auch den kulturellen Bezugswert der alten Einwohnerwehr weiter verkörpern sollte; als zukünftiger Leiter wurde der von den Gästen als besonders bewährt empfohlene Regensburger Arzt Dr. Otto Pittinger in Aussicht genommen.²⁸⁸⁷ Man hatte sich mithin entschieden, auch weiterhin auf die Karte Selbstschutz zu setzen und dafür auch die

²⁸⁸⁵ Vgl. die Ausführungen Adolf Müllers gegenüber Kahr in der Besprechung am 4. Juni 1921 (siehe Anm. 2887): „Dr. Müller sagte mir dann auch noch vertraulich, zu seinem größten Leidwesen habe Escherich in der schweren Situation die Nerven verloren und in den besten Kreisen der E.W.-Führer den Eindruck hinterlassen, daß er durch Unschlüssigkeit u. häufigem Wechsel in der Anschauung die Situation erschwert und an Vertrauen schwere Einbußen erlitten habe. E. sei nervenkrank und könne nicht mehr Führer sein.“ (Tagebuch Kahr 1921-A, pag. 323).

²⁸⁸⁶ Kanzler hatte sich noch am 11.6.1921 in einem Schreiben an Escherich (Bestand Einwohnerwehr 3, Akt 11) beschwert, dass er immer stärker aus der Organisation hinausgedrängt und auf die Orka beschränkt werde, musste sich dann aber bereits Anfang August 1921 gegenüber Kahr für die bei einer internen Rechnungsprüfung ermittelten Unregelmäßigkeiten verantworten (Tagebuch Kahr 1921-B, pag. 79-82) und dann auch als Leiter der Orka zurücktreten (Thoß, Ludendorff-Kreis, 178 f.).

²⁸⁸⁷ An dem Gespräch nahmen der bisherige Stabsleiter Hermann Kriebel sowie der Rechtsreferent der Landesleitung, Dr. Adolf Müller, teil. Vgl. Tagebuch Kahr 1921-A, pag. 321-326.

Unwägbarkeiten einer mindestens im rechtlichen Graubereich agierenden Organisation auf sich zu nehmen. Die Wachablösungen an der Spitze setzen sich daher auch im regionalen Rahmen fort und brachten eine weitgehend erneuerte Führungsriege hervor, die die neue Marschrichtung voll unterstützte und dementsprechend auch politisch einen meist schärferen Ton anschlug. So verlagerte sich etwa die Leitung des Kreisverbandes Niederbayern von Landshut nach Passau, wo der aktive Reichswehr-Major Hans Georg Hofmann, ein ehem. Kommandeur des Freikorps Epp, sowie der völkische Heimatschriftsteller Franz Schrönghamer-Heimdal den Aufbau der umzugestaltenden Wehrorganisation in die Hand nahmen.²⁸⁸⁸ In Oberfranken rückte wiederum der verabschiedete Offizier und Gutsbesitzer Franz Freiherr von Gagern, der bei der Eroberung des räterepublikanischen München sogar als Zeuge der Ermordung des Schriftstellers Gustav Landauer aufgefallen war, an die Spitze.²⁸⁸⁹ Dabei machte der neue Kreisführer sogleich mit einem Aufruf gegen die Entwaffnung²⁸⁹⁰ von sich reden, auch diese allzu forschen Worte konnten das Vertrauen der Kameraden jedoch nicht erschüttern. Moderate Einwohnerwehr-Sektionen wie z. B. die Kreisleitung Allgäu, die intern deutliche Kritik an der Neuausrichtung des Selbstschutzes übten²⁸⁹¹, wurden hingegen nicht in die neue Organisation übernommen respektive durch „zuverlässige“ Personen ersetzt bzw. in andere Kreisverbände eingegliedert.²⁸⁹²

Dies war aus der Sicht der Initiatoren auch nötig, da die neuen Führungskräfte vor Ort nun zunächst dafür verantwortlich waren, möglichst viele Waffenbestände und brauchbare Ausrüstung vor der eigentlich angeordneten Ablieferung zu verstecken und damit eine Grundlage für die klandestine Fortexistenz der offiziell aufgelösten Einwohnerwehr zu schaffen. In der Münchener Zentrale schlossen Kahr, Pittinger und Pöhner deshalb auch eine vertrauliche Vereinbarung mit der Reichswehr unter Landeskommandant General von Möhl, die zur Aufbewahrung nicht deklarerter Waffenbestände eine sog. Feldzeugmeisterei gründete und sie der Leitung des inzwischen bewährten Einwohnerwehr-Vertrauten Ernst Röhm unterstellte.²⁸⁹³ Um schließlich die finanzielle Basis der Organisation „Weiß-Blau“ – die rasch unter dem Titel „Organisation

²⁸⁸⁸ Vgl. BayHStA, Abt. IV, Bund Bayern und Reich 5 und 40.

²⁸⁸⁹ Vgl. hierzu Matthias Bischel, Der Bund „Bayern und Reich“ in Oberfranken. Ein Motor politischer Radikalisierung und Militarisation (Beitrag zu Sammelband; im Druck).

²⁸⁹⁰ Vgl. die Abschrift dieser „Entschließung“ in NL Dirr 284 und ihre Verlesung im Landtag durch den USPD-Abgeordneten Neumann: Verh. Landtag 1920/21, Bd. III, 218.

²⁸⁹¹ BayHStA, Abt. IV, Bund Bayern und Reich 41.

²⁸⁹² BayHStA, Abt. IV, Bund Bayern und Reich 37 und 38.

²⁸⁹³ Hancock, Röhm, 43 f.; Mües-Baron, Himmler, 145 f. sowie Achim Fuchs, Geheime Feldzeugmeisterei, in: Historisches Lexikon Bayerns [URL: <https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Geheime_Feldzeugmeisterei>; zuletzt eingesehen am 7.3.2021].

Pittinger²⁸⁹⁴ firmierte – zu sichern, erklärte sich Kahr ebenfalls einverstanden, die eigentlich an den Staat fallenden, noch beträchtlichen Geldmittel der Einwohnerwehr auf ein Sonderkonto beim Bankhaus Schneider & Münzinger zu transferieren, das fortan unter der Verantwortung Pittingers verwaltet wurde.²⁸⁹⁵ Ebenso wurde mit einem Großteil der von Reichskanzler Wirth zugesagten und dann tatsächlich ausgezahlten 28 Millionen Mark verfahren, die offiziell die Unkosten der Einwohnerwehr-Auflösung decken sollten, tatsächlich aber als weitere Finanzreserve für den neu ausgerichteten Selbstschutz Verwendung fanden.²⁸⁹⁶ Die ersten Voraussetzungen für eine erfolgreiche Transformation der Einwohnerwehr in einen eigenständig agierenden Wehrverband waren also geschaffen, gleichzeitig waren am 28. Juni 1921, dem Datum der offiziellen Auflösung des bayerischen Selbstschutzes²⁸⁹⁷, noch zentrale Fragen ungeklärt: Würden die Siegermächte und vielleicht auch die Reichsregierung früher oder später nicht merken, was vor sich ging und war es überhaupt realistisch, Wehrverbandsstrukturen ohne größeres Aufsehen zu erhalten bzw. neu aufzubauen? Welchen Weg würden in Zukunft die bisher als Landfahnen firmierenden Studentenwehren und ehem. Freikorps, aber auch die Bündnispartner in der Orgesch gehen, wenn ab sofort keine staatlich anerkannte Selbstschutzorganisation mehr existierte, die unter ihrem Dach Deckung und Ressourcen bot? Würde sich die alte Führungsriege um Escherich und Kanzler so einfach mit ihrer Entmachtung abfinden oder den neuen Protagonisten nicht doch aus Enttäuschung und Verärgerung Steine in den Weg legen? Und welche Haltung würden die jetzt völlig auf sich gestellten Pittinger, Kriebel, Hofmann oder Röhm gegenüber möglicherweise unliebsame politische Entscheidungen an den Tag legen?

²⁸⁹⁴ Vgl. hierzu den Überblick bei Koepp, *Conservative Radicals*, 171-200.

²⁸⁹⁵ Vgl. die Angaben Nußer, *Wehrverbände*, 247 und die Bestätigung im Tagebuch Kahr 1921-A, pag. 365.

²⁸⁹⁶ Vgl. die Korrespondenz Wirth-Kahr in Bundesarchiv Koblenz, NL Wirth 1342/69 – mit Hinweisen zum Ablauf der Entwaffnung – sowie die in zwei Tranchen erteilten Zahlungsanweisungen an die Reichshauptkasse vom 13.6. und 29.6.1921 (ebd.). Vgl. Hörster-Philipps, *Wirth*, 125.

Dabei war sich Reichskanzler Wirth der tatsächlichen Zweckbestimmung der übermittelten Summe offenbar vollkommen bewusst, vgl. die Aufzeichnung Wirths „für ein aufzunehmendes und vor einem Notar zu beglaubigendes Protokoll“ vom 27.11.1934 (Bundesarchiv Koblenz, NL Wirth N 1342/47): „Die Enttäuschung bei Herrn von Kahr war außerordentlich groß. Wir fanden aber mit ihm ein Arrangement, das beide Seiten befriedigen konnte. [...] Ich überwies Herrn von Kahr beträchtliche Reichsmittel, um die von Herrn von Kahr gepflegten bayrischen und nationalen Zwecken kräftigst zu fördern. Herr von Kahr war durch mein Entgegenkommen und durch die Art und Weise, wie wir die Entwaffnung durchführten so halbwegs von einem Saulus zu einem Paulus geworden.“

Wirth ließ diese Aufzeichnung 1934 in Paris anfertigen, um durch Alfred Rosenberg geäußerte Vorwürfe einer „reichsfeindlichen“ Tätigkeit zu entkräften.

²⁸⁹⁷ Siehe Anm. 2883.

3. Die unmögliche Rückkehr zur Normalität

3.1 Ein Landesverräter? Das Attentat auf Karl Gareis

Alle diese Unwägbarkeiten wären in einer etwaigen Folgestudie weiter zu beobachten, hingegen stehen die nun anbrechenden letzten drei Monate der Ministerpräsidentenschaft Kahrs noch im unmittelbaren Zusammenhang mit den bisher geschilderten Entwicklungen, sie sollen deshalb den Ereignisbogen dieser Studie schließen.

Dabei wollte das Kabinett, wie schon angedeutet, natürlich zunächst versuchen, mit einem politischen Neuanfang sowohl die zuletzt eingefahrenen Misserfolge vergessen zu machen als auch zur Beruhigung der Lage beizutragen, nur knapp zwei Wochen nach dem turbulenten Ende der Einwohnerwehr folgte indes der nächste, abermals im ganzen Reich Aufsehen erregende Nackenschlag: Der Fraktionsvorsitzende der USPD im Landtag, Karl Gareis, befand sich am Abend des 9. Juni auf dem Nachhauseweg, als Unbekannte plötzlich aus der Dunkelheit das Feuer eröffneten und den Politiker mit mindestens einem Schuss schwer trafen; Gareis, der sich in Begleitung eines Freundes befand, wurde sofort ins Krankenhaus gebracht, erlag dort jedoch wenige Stunden später seinen Verletzungen.²⁸⁹⁸ Die Mörder konnten nie ermittelt werden, gerade bei Gareis, der wegen seinen hartnäckigen Enthüllungen zu Geheimorganisationen und Paramilitärs auch von Kahr als Landesverräter betrachtet wurde²⁸⁹⁹, lag freilich die Vermutung einer sog. Femeaktion nur allzu nahe, auch der Zeitpunkt direkt nach dem erzwungenen Ende der Einwohnerwehr sprach für einen gezielten Racheakt. Trotz – oder gerade wegen – der ausstehenden und schließlich ausbleibenden Aufklärung schlug dieses Attentat deshalb hohe Wellen und veranlasste die Sozialdemokratie mit den freien Gewerkschaften, als Zeichen des Protestes direkt einen dreitägigen Generalstreik²⁹⁰⁰ zu proklamieren; der politische Hintergrund der Tat schien einfach zu eindeutig. Zwar entpuppte sich dieser Streik aufgrund einer relativ geringen Beteiligung der Arbeiterschaft letztlich als Misserfolg, die der Regierung unliebsamen Debatten über die unhaltbaren Zustände in der sog. Ordnungszelle Bayern nahmen allerdings trotzdem abermals Fahrt auf und machten vorerst jeden Versuch illusorisch, dieses Thema hinter sich zu lassen. Bei der

²⁸⁹⁸ Überblick bei: Ulrike Hofmann, Der Tod von Karl Gareis: Fememorde in Bayern in den zwanziger Jahren, in: Oberbayerisches Archiv 126 (2002), 229-247.

²⁸⁹⁹ Siehe Anm. 2794.

²⁹⁰⁰ Hofmann, Feme, 423-433; Hoser, Tagespresse, 423-333. Vgl. die Berichte über die relativ schwache Resonanz des Generalstreiks: Frerichs an Reichskanzlei vom 14.6.1921 (PAAA, R 98 351) sowie Bericht Moser vom 11.6.1921 (Benz, Moser, Dok. 58).

Besprechung zweier sofort eingereicherter Landtags-Interpellationen²⁹⁰¹ musste sich Kahr auf der Regierungsbank dann auch massive Vorwürfe wegen der allgemeinen Verrohung des politischen Klimas, der mangelnden Aufklärung bisheriger Fememorde, dem Dulden von Geheimorganisationen sowie von Pressehetze und der einseitigen Anwendung des immer noch bestehenden Ausnahmezustands gegen links anhören, die Abgeordneten Neumann und Saenger versahen ihre Darlegungen zusätzlich mit zahlreichen Beispielen und Rückfragen.²⁹⁰² Die darauf folgenden Ausführungen Kahrs muteten deshalb auch fast peinlich an, da der Ministerpräsident mit praktisch keinem Wort auf die konkret erhobenen Vorwürfe einging und stattdessen den zu Tode gebrachten Gareis „vaterlandslosen Kosmopolitismus [...] Rousseau'scher Gedankenrichtung“ attestierte sowie den politischen Streik und den politischen Mord im gleichen Satz als „Akte rohe(r) Gewalt“ bezeichnete²⁹⁰³ – klarer konnte man im parlamentarischen Rahmen die Geringschätzung eines Opfers eigentlich nicht zum Ausdruck bringen. Die Empörung war in den Oppositionsbänken entsprechend groß, doch auch die Koalitionsfraktionen beschränkten sich auffälliger Weise auf eine recht knapp gehaltene gemeinsame Erklärung²⁹⁰⁴ und vermieden so den offenen Austrag etwaiger Meinungsunterschiede.

3.2 Schulaufsicht, Lebensmittelunruhen: Schwelende Krisen

Die Bilanz der Affäre fiel für die Regierung – ganz im Gegensatz zur bemerkenswerten Einschätzung Kahrs²⁹⁰⁵ – mithin äußerst durchwachsen aus, als sich am Horizont schon wieder ein neuer Streit im Viererbündnis BVP-DNVP-BBB-DDP ankündigte. Dieses Mal ging es um einen Verordnungsentwurf des Kultusministeriums zur Schulpflege und Schulaufsicht²⁹⁰⁶, ein klassischer Zankapfel der bayerischen Politik. Kultusminister Matt, der nach kontroversen Äußerungen über die Lehrerschaft erst im Mai ein Misstrauensvotum von SPD und USPD²⁹⁰⁷ überstanden hatte, wollte darin formal die Wählbarkeit der Vorstände der örtlichen Schulpflegschaften festschreiben, auch die Kritiker aus den Reihen der Koalition sahen darin jedoch tatsächlich den Versuch, die geistliche Schulaufsicht durch die Hintertür wieder einzuführen, da die Pfarrer gerade auf dem Land genügend Autorität besäßen, um solche Wahlen in ihrem Sinne zu

²⁹⁰¹ Verh. Landtag 1920/21, Beil. Bd. IV, Beilagen 1423 und 1426.

²⁹⁰² Verh. Landtag 1920/21, Bd. III, 214-232.

²⁹⁰³ Ebd., 237 f.

²⁹⁰⁴ Ebd., 239 f.

²⁹⁰⁵ So wiederholt: Tagebuch Kahr 1921-A, pag. 361-363; Kahr an Ritter vom 6.7.1921 (NL Ritter 62).

²⁹⁰⁶ Verh. Landtag 1920/21, Beil. Bd. IV, Beilage 1408.

²⁹⁰⁷ Verh. Landtag 1920/21, Bd. III, 126-128.

beeinflussen.²⁹⁰⁸ Die BVP stand deshalb in dieser Frage alleine, Matt machte die Situation jedoch noch kritischer, als er angesichts der absehbaren Ablehnung versuchte, den fraglichen Passus aus der Vorlage auszugliedern und in Form einer zweiten Verordnung zu erlassen, die für sich allein nicht zustimmungspflichtig sein würde, d. h. seinen Willen mit einem formaljuristischen Manöver durchzusetzen.²⁹⁰⁹ Der Streit wurde dadurch natürlich erst recht auf eine prinzipielle Ebene gehoben, die Landtagsmehrheit stimmte deshalb am 27. Juli 1921 zwei von DDP und DNVP eingebrachten Anträgen zu, die das Recht des Parlaments auf Annahme oder Ablehnung des gesamten materiellen Gehalts genehmigungspflichtiger Verordnungen feststellte und zudem eine gesetzliche Regelung der Thematik einforderten.²⁹¹⁰ Der Ministerrat behielt sich daraufhin eine Klage vor dem Staatsgerichtshof vor, verfolgte diesen Plan jedoch nicht weiter, als ein in Auftrag gegebenes Rechtsgutachten²⁹¹¹ die Position des Landtags im Wesentlichen bestätigte. Ministerpräsident Kahr zeigte sich in der letzten Kabinettsitzung vor der Sommerpause dann auch recht frustriert und beklagte, dass das Parlament damit in der Lage sei, die Regierung faktisch als reines „Vollzugsorgan des Landtags“²⁹¹² zu behandeln.

Der Regierung gelang es also einfach nicht, sich aus dem beinahe schon gewohnten Krisenmodus zu befreien, zumal vor der Einbringung der Ernte auch wieder Lebensmittel- und Wucherproteste einsetzten, bei denen in Memmingen²⁹¹³ sogar ein jüdischer Milchhändler von einer wütenden Menge durch die Straßen getrieben wurde, während Polizeipräsident Pöhner in München einen friedliche Großdemonstration auseinandertreiben ließ, um das von ihm erlassene Versammlungsverbot durchzusetzen; ein beteiligter Stadtrat wurde dabei auch festgenommen.²⁹¹⁴

²⁹⁰⁸ Vgl. die Beratung der Verordnung in den Ministerratssitzungen vom 4.6.1921 und 25.6.1921 (Protokoll in MA 99 516), die – trotz einer entsprechenden Bitte Hamms – in Abwesenheit des Handelsministers durchgeführt wurde (Hamm an Kahr und Matt vom 5.6.1921 - NL Hamm 20). Kahr teilte die vorgebrachten Bedenken nicht und sah einen möglichen Einflussgewinn der Kirche auf die Schule positiv, vgl. Tagebuch Kahr 1921-B, pag. 20 f., 88-92.

Selbst die Bayerische Mittelpartei stellte sich in dieser Frage allerdings gegen das Kabinett: „Belastungsprobe der bayerischen Koalition?“, in: Blätter der Bayerischen Mittelpartei Nr. 62 vom 3.8.1921 (keine Paginierung).

²⁹⁰⁹ Vgl. die Sitzung des Ausschusses für Verfassungsfragen vom 27.6.1921, Niederschrift in: Verh. Landtag 1920/21, Beil. Bd. IV, Beilage 1483.

²⁹¹⁰ Der Landtag stimmte hierüber namentlich ab: Verh. Landtag 1920/21, Bd. III, 523.

²⁹¹¹ Das Rechtsgutachten ist im Sachakt zu Schulpflege und Volksschulwesen (MA 100 267) überliefert.

²⁹¹² Ministerratssitzung vom 15.8.1921, TOP II (Protokoll in MA 99 516).

²⁹¹³ Paul Hoser, Die Rosenbaumkrawalle von 1921 in Memmingen, in: Peter Fassl (Hg.), Geschichte und Kultur der Juden in Schwaben, Bd. III: Zwischen Nähe, Distanz und Fremdheit (Irseer Schriften X), Augsburg 2007, 95-109; vgl. auch die Vormerkung zum Empfang einer jüdischen Deputation im „Ministerpräsidium“ zu diesem Vorfall in MA 100 403.

²⁹¹⁴ Vgl. die Thematisierung der Proteste und der Reaktion der Münchener Polizei in der Sitzung des Ständigen Ausschusses vom 14.9.1921 (Verh. Landtag 1921/22, Beil. Bd. VI, Beilage 1810, 93-105) sowie den Bericht Frerichs vom 27.8.1921 (PAAA, R 98 351).

4. Ein Kompromiss als Rücktrittsgrund: Das Ende des Kabinetts Kahr II

Die Lage hatte sich somit immer noch nicht entspannt, als mit der Ermordung des in rechten Kreisen zur Hassfigur stilisierten Matthias Erzberger²⁹¹⁵ und der darauf folgenden Verkündung einer Republikerschutzverordnung²⁹¹⁶ durch den Reichspräsidenten der Konflikt ausbrach, der schließlich zum Rücktritt des Kabinetts Kahr führte. Die drei Tage nach dem Mord beschlossene Ausnahmeverordnung ermächtigte den Reichsinnenminister, von sich aus per direkter Weisung an die Ortspolizeibehörden Zeitungen, Vereinigungen und Versammlungen zu verbieten, die nach seiner Einschätzung eine Gefahr für die staatliche Ordnung darstellten, weil sie etwa zur Gewalt aufriefen oder Demokratie und Rechtsstaat verächtlich machten. Ziel der Maßnahme war es also, Hetzkampagnen einzudämmen, die das politische Klima vergifteten und – so die Interpretation – zumindest mittelbar auch das Attentat auf Erzberger begünstigt hatten.²⁹¹⁷ Die Reichsregierung zeigte sich mithin entschlossen, den politischen Extremismus in die Schranken zu verweisen, ihr Vorgehen machte jedoch gleichzeitig einen Streit mit Bayern unvermeidlich, da die neuen Vollmachten des Reichsinnenministers in die Polizeihohheit der Länder eingriffen und zentrale Bestimmungen des im Freistaat immer noch gültigen Ausnahmezustands²⁹¹⁸ faktisch außer Kraft setzte – die schon lange erhobenen Forderungen nach seiner vollständigen Aufhebung gewannen angesichts dessen nochmals an Vehemenz. Große Teile der bayerischen Öffentlichkeit zeigten sich außerdem irritiert, dass ausgerechnet der Mord an dem hier besonders unbeliebten Zentrumspolitiker Erzberger eine so scharfe Reaktion nach sich zog, während die Staatsregierung ihrerseits zusätzlich ungehalten war, da sie im Voraus nicht einmal von der anstehenden Maßnahme benachrichtigt worden war.²⁹¹⁹

Ministerpräsident Kahr unterbrach deshalb auch sofort seinen Urlaub in Berchtesgaden²⁹²⁰, um die Lage im Kabinett zu beraten und sich auf eine gemeinsame

²⁹¹⁵ Vgl. die Darstellung der Ereignisse bei Sabrow, Rathenaumord, 17-27.

²⁹¹⁶ Verordnung des Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung vom 29.8.1921, in: RGBL. 1921, 1239 f. Vgl. Christoph Gusy, Weimar – die wehrlose Republik? Verfassungsschutzrecht und Verfassungsschutz in der Weimarer Republik (Beiträge zur Rechtsgeschichte des 20. Jahrhunderts 6), Tübingen 1991, 128-132.

²⁹¹⁷ Sabrow, Rathenaumord, 20.

²⁹¹⁸ Siehe Anm. 1662.

²⁹¹⁹ Vgl. die Darlegungen Kahrs im Ministerrat vom 31.8.1921 (Protokoll in MA 99 516), zu den öffentlichen Reaktionen: Bericht Frerichs an Reichskanzlei vom 1.9.1921 (PAAA, R 98 351): „Die Presse und die gesamte öffentliche Meinung sind wieder einmal in Siedehitze geraten über die angeblichen Angriffe in die Rechte des Landes Bayern. Form und Inhalt der Zeitungsartikel, welche sich mit der Angelegenheit befassen, erinnern an die Produkte der Blütezeit des Separatismus.“

²⁹²⁰ Kahr verbrachte den Sommerurlaub 1921 – um die Sicherheit des Ministerpräsidenten zu gewährleisten – als Gast im Königlichen Schloss Berchtesgaden und hatte dafür die Zustimmung Ludwigs III. eingeholt,

Stellungnahme zu verständigen. Das Gremium war sich dann auch rasch einig, dass das Vorgehen der Reichsregierung nicht einfach hingenommen werden könne und es deshalb angezeigt sei, energischen Protest in Berlin einzulegen bzw. die Abänderung der Ausnahmeverordnung zu fordern.²⁹²¹ Die Reaktion fiel also im Prinzip wie erwartet aus, der springende Punkt war nun jedoch, dass offenbar schon zu diesem Zeitpunkt unterschiedliche Auffassungen vorherrschten, in welcher Form der vereinbarte Protest in Berlin nun konkret vorzubringen sei. Plädierten Kahr und auch Justizminister Roth nämlich dafür, ohne Abstriche die Außerkraftsetzung der Verordnung für Bayern zu verlangen und gleichzeitig keinerlei Konzessionen in Hinblick auf den Ausnahmezustand in Aussicht zu stellen²⁹²², war ein Großteil der Koalition nicht mehr bereit, sich ein weiteres Mal wie beim Einwohnerwehr-Konflikt auf eine apodiktische Alles-oder-Nichts-Position zurückzuziehen und so abermals jede Aussicht auf einen zumindest denkbaren Kompromiss zu verspielen; der sog. Überwachungsausschuss des Reichstags wollte sich außerdem schon am 2. September mit dem Thema „Ausnahmezustand in Bayern“ befassen.²⁹²³

Zu seiner eigenen Überraschung erfuhr der schnell wieder nach Berchtesgaden zurückgekehrte Kahr deshalb erst am Telefon, dass sich die Koalition in seiner Abwesenheit geeinigt habe, mit Staatssekretär Schweyer und dem DDP-Fraktionsvorsitzenden Pius Dirr eine Sondierungsdelegation nach Berlin²⁹²⁴ zu entsenden, um unverbindlich die Chancen auf eine nachträgliche Verständigung auszuloten – die Autorität des seit Monaten glücklosen Ministerpräsidenten hatte offensichtlich Risse bekommen. Dies zeigte sich erst recht, als Schweyer und Dirr nach ihrer Rückkehr zwar von schwierigen Gesprächen und mangelnden Verständnis für Bayern berichteten, aber dennoch eine Fortführung der Verhandlungen ins Auge fassten, d. h. im Grunde eine Verständigung auf einen Kompromiss für möglich hielten.²⁹²⁵ Das wollte Kahr jedoch aus grundsätzlichen Erwägungen verhindern und lehnte deshalb im Ministerrat am 5. September die abermals die ins Spiel gebrachten Konzessionen ab, da

vgl. Kahr-Erinnerungen, pag. 904. Vgl. auch den Rückblick auf diesen Urlaub bei: Ella Kerschensteiner, Erinnerungen (1996), pag. 44 (Privatnachlass Kahr, Manuskripte).

²⁹²¹ Vgl. Ministerrat vom 31.8.1921 (Protokoll MA 99 516) sowie Tagebuch Kahr 1921-B, pag. 131 f.

²⁹²² Lange, Ausnahmezustand, 130-134; Kiiskinen, Deutschnationale Volkspartei, 144 f.

²⁹²³ Vgl. den Sitzungsbericht mit einer Zusammenfassung der Ausführungen des Reichskanzlers und des bayerischen Gesandten Preger: ‚Deutsche Volkspartei und Republik. Die Verhandlungen des Reichstagsausschusses‘, in: Berliner Tageblatt Nr. 414 vom 3.9.1921.

²⁹²⁴ Vgl. die Zusammenfassung der Koalitionssitzung in der Landesvorstandssitzung der DDP vom 1.9.1921 (NL Dirr 284), Tagebuch Kahr 1921-B, pag. 131 f. sowie das Telegramm Held an Wirth vom 1.9.1921 (Bundesarchiv Koblenz, NL Wirth N 1342), in dem der BVP-Fraktionsvorsitzende vor einem „Diktat der Aufhebung des Ausnahmezustands“ warnte und auf Verhandlungen drängte.

²⁹²⁵ Ministerratssitzung vom 5.9.1921, Protokoll in MA 99 516.

jedes Nachgeben die „ethischen Rechte des bayerischen Volkes“ verletzte und den Auftakt zur vollständigen Unitarisierung des Reiches markiere.²⁹²⁶ Der Ministerpräsident hatte sich damit eindeutig festgelegt, umso größere Beachtung verdient daher, dass sich der Koalitionsausschuss auch jetzt nicht auf diesen Standpunkt stellte, sondern am Tag darauf eine große Verhandlungsabordnung in die Reichshauptstadt entsandte, wobei einige Fraktionsvertreter sogar ganz offen über die Aufgabe einiger Elemente des Ausnahmezustandes sprachen.²⁹²⁷ Kahr war bei dieser Sitzung anwesend, nahm in seiner Verärgerung jedoch offenbar kaum an der Debatte teil, zumal ihm schon zuvor Mitteilungen von einem Abrücken Helds und Specks überbracht worden waren, da sie den Ministerpräsidenten inzwischen zu sehr „im Banne der Deutschnationalen“ sähen.²⁹²⁸ Mit einer solchen „parteipolitischen Vereinsamung“²⁹²⁹ konfrontiert, deutete Kahr nach der Koalitionssitzung dann auch erstmals die Möglichkeit eines Rücktritts an.

Einstweilen stand jedoch erst einmal die Reise der prominent besetzten Delegation nach Berlin an, wo Heinrich Held, Pius Dirr, Franz Xaver Schweyer und Hans Hilpert intensiv mit Reichskanzler Wirth und Reichsinnenminister Gradnauer verhandelten und nach kontroversen Gesprächen tatsächlich einige Zugeständnisse erzielten: Neben einigen textlichen Anpassungen sollten nun wieder die Landeszentralbehörden mit der Ausführung der vom Reich für nötig befundenen Maßnahmen betraut werden und zudem die Möglichkeit erhalten, dem Reichsminister des Innern bei abweichender Einschätzung entsprechende Gegen Gründe vorzulegen und ihn so zu einer nochmaligen Prüfung auffordern können; sogar eine Entscheidung im Reichsrat bei nicht zu behebenden Differenzen schien als Konzession realistisch.²⁹³⁰ Eine angepasste Republikschutzverordnung versprach insofern, die Mitwirkungsrechte der Länder zu stärken, eine solche Vereinbarung kam für das Reich freilich nur in Frage, wenn Bayern

²⁹²⁶ Ebd.

²⁹²⁷ Tagebuch Kahr 1921-B, 142-145, vgl. die „Grundlage für meinen Vortrag in der Koalitionssitzung vom 6.9.1921“ (Tagebuch 1921-B, nicht paginiert; nach Eintrag 24.9.1921) sowie die Pressemitteilung nach der Koalitionssitzung (mit „nicht-öffentlichen“ Abschnitten) in NL Dirr 285.

²⁹²⁸ Tagebuch Kahr 1921-B, pag. 138-144. Konkreter Anlass des Vorwurfes einer zu großen Nähe des Ministerpräsidenten zu den Deutschnationalen war aktuell der soeben stattfindende Reichsparteitag der DNVP in München: Von den Veranstaltern zu der dabei abgehaltenen Sedansfeier eingeladen, hatte Kahr ein Grußwort übermittelt, das bei der Kundgebung öffentlich verlesen wurde („Der Reichsparteitag der Deutschnat. Volkspartei in München“, in: Blätter der Bayerischen Mittelpartei Nr. 73 vom 10.9.1921 - keine Paginierung), vgl. die Kritik in der Sitzung des Ständigen Ausschusses vom 10.9.1921 (Verh. Landtag 1921/22, Beil. Bd. VI, Beilage 1800, 50 f.).

²⁹²⁹ Tagebuch Kahr 1921-B, pag. 140.

²⁹³⁰ Die am 7. und 8.9.1921 geführten Verhandlungen der Delegation in Berlin sind mehrfach dokumentiert: AdR Wirth I, Dok. 81 und 83 (Protokolle der Sitzungen) sowie die stenographischen Mitschriften in NL Dirr 285, vgl. auch den ausführlichen Bericht Helds im Ständigen Ausschuss am 10.9.1921 (Verh. Landtag 1921/22, Beil. Bd. VI, Beilage 1800, 35-42).

im Gegenzug einwilligte, seinen Ausnahmezustand ohne weitere Verzögerung zu beenden.

Es galt jetzt also Farbe zu bekennen, Kahr und der Ministerrat hatten in dieser Angelegenheit jedoch schon längst die Initiative eingeübt: Denn während es das Kabinett unverändert – gegen die Stimmen der Minister Hamm und Wutzelhofer – ablehnte, eine feste Zusage zur Aufhebung des Ausnahmezustandes abzugeben²⁹³¹, wollte Heinrich Held das mühsam errungene Verhandlungsergebnis nicht einfach aufgeben und widersprach deshalb Kahr in der sogleich einberufenen BVP-Fraktionssitzung, wobei er die Zustimmungformel in einer für den Ministerrat gesichtswahrenden Formulierung vorschlug: Demnach werde die Staatsregierung der Aufhebung des Ausnahmezustandes „näher treten“, wenn das Reich die Republikschutzverordnung in der neu vereinbarten Form – inklusive Einbezug des Reichsrats – erlasse.²⁹³² Sowohl die Fraktion als auch der Koalitionsausschuss erklärten sich mit dieser Lösung einverstanden²⁹³³, Kahr zog mit seiner kompromisslosen Haltung hingegen den Kürzeren und war deshalb auch nicht bereit, die Beschlussvorlage vor dem Ständigen Ausschuss des Landtags zu vertreten. Am Abend des 10. September kam es damit zu der im Grunde absurden Situation, dass der Landtagsausschuss²⁹³⁴ über die im Namen der Staatsregierung abzugebende Stellungnahme beriet, der Ministerpräsident jedoch nicht an der Sitzung teilnahm und sich trotz wiederholter Versuche auch nicht von einem Einlenken im Dienst der Sache überzeugen ließ; der leer bleibende Stuhl kündigte damit im Grunde bereits das Ende der Regierung an.²⁹³⁵

²⁹³¹ Ministerratssitzung vom 9.9.1921, Protokoll in MA 99 516.

²⁹³² Vgl. Kraupa, BVP-Fraktion, 98 f., Kiiskinen, Deutschnationale Volkspartei, 145 f. sowie „Meine Ausführungen in der Fraktionssitzung der Bayer. Volkspartei am 10. Sept. 1921“ (Tagebuch 1921-B, nicht paginiert; nach Eintrag 24.9.1921).

²⁹³³ So der Bericht Helds über die Verhandlungen im Koalitionsausschuss: Kraupa, BVP-Fraktion, 100.

²⁹³⁴ Der Ständige Ausschuss hatte sich nach einer Nachmittagssitzung (Beginn 16.20 Uhr, Ende 18.50 Uhr) noch einmal vertagt, um die Situation in den Fraktionen noch einmal zu beraten. Der Wiederezusammentritt war eigentlich für 20:30 Uhr angesetzt, wohl vor allem wegen der schwierigen Verhandlungen mit dem Ministerpräsidenten (siehe nächste Anm.) kam es allerdings zu einer Verschiebung bis 23 Uhr. Vgl. Verh. Landtag 1921/22, Beil. Bd. VI, Beilage 1800.

²⁹³⁵ Vor Wiederaufnahme der Sitzung des Ständigen Ausschusses wurde offenbar von verschiedenen Seiten der Versuch unternommen, den Ministerpräsidenten in seinem persönlichen Entscheidungsprozess zu beeinflussen: Folgt man den Schilderungen Helds in den Folgetagen, hatte sich Kahr trotz erheblicher Zweifel eigentlich schon bereit erklärt, den in Berlin erzielten Kompromiss zu vertreten, war dann aber auf deutschnationalen Druck hin wieder umgeschwenkt, vgl. die Berichte Helds in der Fraktionssitzung vom 11.9.1921 (Kraupa, BVP-Fraktion, 100) und in der Koalitionssitzung vom 20.9.1920 (Stenogramm in NL Dirr 285). Vgl. auch die entsprechenden Äußerungen der Minister Matt und Krausneck (Kraupa, BVP-Fraktion, 100 f.), Thoß, Ludendorff-Kreis, 166 (mit Hinweisen auf Drohungen von deutschnationaler Seite) sowie – rückblickend – Schwend, Bayern, 175-178.

Kahr selbst hingegen betont, er sei trotz nachdrücklichem Drängen Helds und anderer bei seiner Überzeugung geblieben und habe es deshalb abgelehnt, an der Sitzung teilzunehmen; er wartete stattdessen offenbar im Ministerzimmer des Landtags auf ihr Ergebnis (Tagebuch Kahr 1921-B, pag. 152-155).

Um kurz nach Mitternacht stimmte der Ständige Ausschuss schließlich dem Textentwurf der Koalition zu²⁹³⁶, nach einem Gespräch mit seinem in der Revolutionsnacht bewährten Freund Ferdinand Englert²⁹³⁷ entschloss sich Kahr deshalb am nächsten Morgen zum Rücktritt, wollte Held jedoch noch eine letzte Möglichkeit zur Behebung der Krise geben: Er forderte ihn deshalb nach Benachrichtigung des Ministerrates²⁹³⁸ auf, die Erklärung noch einmal zur Abstimmung zu stellen, daran jedoch einen kleinen Zusatz anzufügen, der die Aufhebung des Ausnahmezustandes ankündigte, „wenn die Verhältnisse es gestatten“, d. h. den Entscheidungsvorbehalt der Staatsregierung explizit hervorhob.²⁹³⁹ Dies widersprach freilich der Logik der beabsichtigten Vereinbarung, der Ständige Ausschuss lehnte daher diesen Passus mit großer Mehrheit ab²⁹⁴⁰, woraufhin Kahr sein bereits vorbereitetes Demissionsschreiben an den Landtagspräsidenten übermittelte und damit das Ende der Regierung besiegelte. Der nach der herrschenden Interpretation der Verfassung nun unvermeidliche Rücktritt des gesamten Kabinetts erfolgte einen Tag später.²⁹⁴¹

Nach knapp zwei Wochen frustrierender Verhandlungen zog Kahr damit die Konsequenzen und reiste daraufhin als nur noch geschäftsführender Ministerpräsident wieder in sein Urlaubsdomizil Berchtesgaden ab.²⁹⁴² Die Krise war damit freilich nicht abgeschlossen, da es jetzt galt, die Nachfolgefrage zu klären und der bisherige Regierungschef auch nach den Vorkommnissen der letzten Zeit bei einem beträchtlichen Teil der Bevölkerung immer noch erhebliche Popularität genoss. Auch inzwischen skeptische Kreise innerhalb der BVP-Fraktion wollten es deshalb nicht riskieren, Kahr einfach ohne Weiteres ziehen zu lassen und stattdessen zumindest den Versuch unternehmen, die Möglichkeiten einer erneuten Kandidatur auszuloten – vielleicht würde sich ja doch noch ein gangbarer Weg finden, andernfalls könnte man wenigstens auf eine erteilte Absage verweisen.²⁹⁴³ Ob auch der Fraktionsvorsitzende solche Gedanken hegte,

²⁹³⁶ Verh. Landtag 1921/22, Beil. Bd. VI, Beilage 1800, 59.

²⁹³⁷ Tagebuch Kahr 1921-B, pag. 156 f.

²⁹³⁸ Ministerratssitzung vom 11.9.1921 (10 Uhr), Protokoll in MA 99 516.

²⁹³⁹ Vgl. Kahr an Held vom 11.9.1921 (Vormittag) in NL Kahr 32 sowie MA 102 379.

²⁹⁴⁰ Bei 28 anwesenden Abgeordneten stimmten nur fünf für die Änderung der Fassung. Vgl. Sitzung des Ständigen Ausschusses vom 11.9.1921 (Mittag), Beschlussfassung: Verh. Landtag 1921/22, Beil. Bd. VI, Beilage 1800, 68 f.

²⁹⁴¹ Vgl. die Verlesung des Rücktrittsschreibens im Ständigen Ausschuss: Verh. Landtag 1921/22, Beil. Bd. VI, Beilage 18010, 85). Vgl. zur herrschenden Rechtsauffassung die Debatte im Ältestenrat des Landtags über die Folgen des Rücktritts von Ministerpräsident Hoffmann im März 1920 (Sitzung des Ältestenrats vom 15. März 1920; Protokoll in Landtag 11 900 und Landtag 12 224) sowie Hans Nawiasky, Bayerisches Verfassungsrecht, München u. a. 1923, 230 f.

²⁹⁴² Tagebuch Kahr 1921-B, pag. 159 f.

²⁹⁴³ Die Wiederwahl-Angebote der BVP hatten also offenbar auch eine strategische Komponente, vgl. die Äußerung Helds in der BVP-Fraktion (Kraupa, BVP-Fraktion, 100: „Held betont aus taktischen Gründen

bleibt unklar, auf jeden Fall reiste Heinrich Held angesichts dieser Situation nun eigens nach Berchtesgaden und fragte Kahr, unter welchen Voraussetzungen er bereit wäre, sich wieder als Ministerpräsident zur Verfügung zu stellen. Der so Umworbene brachte daraufhin die Möglichkeit einer Landtagsneuwahl mit plebiszitären Charakter ins Spiel, über den weiteren Verlauf des Gesprächs existieren allerdings unterschiedliche Versionen: Denn betonte Kahr immer mit allem Nachdruck, Held sei zunächst auf diesen Gedanken eingegangen und habe sogar eine schriftlichen Benachrichtigung wichtiger Parteivertreter zugestimmt²⁹⁴⁴, stellte dies sein Gegenüber wiederum in Abrede und zeigte sich im Nachhinein über das Ausbleiben konstruktiver Vorschläge enttäuscht.²⁹⁴⁵ Dieser Widerspruch lässt sich also nicht auflösen, unabhängig vom tatsächlichen Verlauf der Unterredung kehrte Held jedoch offenbar mit dem Eindruck nach München zurück, dass unter den bisherigen Vorzeichen keine effektive Politik mehr möglich sei, zumal Reichskanzler Wirth inzwischen einen brisanten Bericht des preußischen Staatskommissars für öffentliche Ordnung veröffentlicht hatte, der den bayerischen Sicherheitsbehörden – nicht zuletzt Polizeipräsident Pöhner und Justizminister Roth – schwere Versäumnisse bei und sogar Komplizenschaft mit republikfeindlichen Aktionen vorwarf.²⁹⁴⁶

Abgesehen von den Deutschnationalen lagen daher aus Sicht der Koalitionsparteien immer mehr Gründe vor, sich von Kahr zu distanzieren, wobei auch weitere Abstimmungsversuche der BVP²⁹⁴⁷ keine Fortschritte brachten. Die unterschiedliche Einschätzung der Lage und das Hindernis des vom Ministerpräsidenten abgelehnten Landtagsbeschlusses blieben vielmehr bestehen, die Partei stellte dementsprechend schon Überlegungen für die Bildung einer neuen Regierung an und Kahr kehrte erst am Abend

sei es unbedingt nötig, daß die Koalition dem Herrn v. Kahr die Wiederwahl anbiete. Dadurch werde die Aktion der Mittelpartei ausgeglichen.“) sowie die entsprechende Vermutung Hamms (Hamm an Erkelenz vom 19.9.1921; NL Hamm 20).

²⁹⁴⁴ Tagebuch Kahr 1921-B, pag. 165-168; Kahr-Erinnerungen, pag. 944-946.

²⁹⁴⁵ Vgl. die Schilderung Helds in der Koalitionssitzung vom 20.9.1921 (Stenogramm in NL Dirr 285).

Im Mai 1922 kam es angesichts dieser Unstimmigkeiten auch zu einer Pressefehde zwischen Kahr und Held, vgl. den Hintergrund und den Hinweis auf die Artikel bei Keßler, Held, 438-443.

²⁹⁴⁶ Vgl. Krüger, Brigade Ehrhardt, 102; Sabrow, Rathenaumord, 21; vgl. den Nachweis des Berichts des preußischen Staatskommissars Weismann bei AdR Wirth I, Dok. 87 Anm. 4. Ein Protokoll der Sitzung des sog. Überwachungsausschusses des Reichstags liegt offenbar nicht vor.

Die öffentlichen Reaktionen fielen entsprechend heftig aus: ‚Bayern - Ein Schlupfwinkel für Hochverräter und Meuchelmörder? Enthüllungen‘, in: MP Nr. 215 vom 16.9.1921.

²⁹⁴⁷ Staatssekretär Schweyer und Landtagspräsident Königbauer besuchten Kahr am 18. September in Berchtesgaden und besprachen mit ihm abermals, unter welchen Voraussetzungen er bereit wäre, sich wieder als Ministerpräsident zur Wahl zu stellen. Die Unterredung brachte jedoch keine neuen Ergebnisse, Kahr war weiterhin nicht bereit, den Beschluss des Ständigen Ausschusses zu übernehmen. Vgl. Tagebuch Kahr 1921-B, pag. 171-175 sowie den Bericht Held in der Koalitionssitzung vom 20.9.1921 (Stenogramm in NL Dirr 317).

des 20. September nach München zurück, um nach der für den nächsten Tag angesetzten Wahl eines neuen Ministerpräsidenten sein Amt zu übergeben.²⁹⁴⁸ Dabei kam es schließlich noch einmal zu erheblicher Konfusion, als sich Meldungen verdichteten, nach denen Teile der ehem. Einwohnerwehr und Freikorps eine Aktion gegen den Landtag vorbereiteten, um die Wiederwahl Kahrs zu erzwingen²⁹⁴⁹ und unabhängig davon auch die Mittelpartei dafür plädierte, dem scheidenden Ministerpräsidenten doch noch einmal eine neuerliche Kandidatur vorzuschlagen.²⁹⁵⁰ Die Koalitionspartner reagierten darauf erwartungsgemäß sehr reserviert, gerade Kahr zeigte sich hingegen tatsächlich abermals gesprächsbereit, als ihm u. a. Otto Pittinger – d. h. eine politisch überhaupt nicht involvierte Person – andeutete, Held bestehe vielleicht doch nicht mehr auf der bisherigen Auslegung der gegenüber der Reichsregierung abzugebenden Stellungnahme.²⁹⁵¹ Das traf allerdings gar nicht zu, Kahr fühlte sich nach Aufklärung deshalb erst recht hingehalten bzw. für parteipolitische Zwecke ausgenutzt und teilte den am Mittag des 21. September eingetroffenen Vertretern der Mittelpartei den definitiven Abbruch aller Verhandlungen mit; ein eigentlich in Aussicht genommenes Gespräch mit Held kam danach gar nicht mehr zustande.²⁹⁵²

Unter dem Eindruck all dieser Vorkommnisse schied Kahr also durchaus mit Groll²⁹⁵³ aus seinem Amt, hinzu kam, dass der am Nachmittag des 21. September 1921 zum neuen Ministerpräsident gewählte Graf von Lerchenfeld sogleich eine politische Kurskorrektur

²⁹⁴⁸ Tagebuch Kahr, pag. 177.

²⁹⁴⁹ Entsprechende Bestrebungen waren offenbar tatsächlich im Gange, kamen aber nicht zur Ausführung. Vgl. bereits die Mitteilung Helds in der Koalitionssitzung vom 20.9.1921 (Stenogramm in NL Dirr 317: „Der Landtag soll gesprengt werden, wenn wir morgen Herrn von Kahr nicht wählen. Das sind nicht nur Vermutungen, sondern das Material dafür liegt vor. Und zwar gesprengt werden von nationalsozialistischen Kreisen. Vielleicht auch von der Einwohnerwehr.“), die Belege bei Thoß, Ludendorff-Kreis, 168, der Zeitzeugenbericht Essers (Mitschrift: IfZ, ED 561/2, Abschnitt 2, pag. 5 f.) sowie den Brief Ella Kahrs in Anm. 2953. Möglicherweise ist die kurzfristige Verhaftung Hitlers am 21.9.1921 auch in diesem Zusammenhang zu sehen, vgl. Sandner, Itinerar, 278.

Kahr wollte den Meldungen wohl zunächst keinen Glauben schenken, veröffentlichte auf Drängen der Koalition dann jedoch eine Presseerklärung, die vor einem „gewaltsamen Eingreifen in den verfassungsmäßigen Gang der politischen Ereignisse“ warnte (BStZ Nr. 220 vom 21.9.1921), vgl. die Darstellung im Tagebuch Kahr 1921-B, pag. 179-184, 193 f., 197-200.

²⁹⁵⁰ Vgl. die Aufzeichnung Dirrs über die nochmalige Kontaktaufnahme der Mittelpartei (Hilpert) mit Kahr, vgl. Stenogramm „Hilpert nochmal bei Kahr“ (NL Dirr 285).

²⁹⁵¹ Vgl. die stenographische Niederschrift Pittingers vom 21.9.1921 (BayHStA, Abt. IV, HS 2432) über seine Unterredungen mit Held und Kahr sowie Tagebuch Kahr 1921-B, pag. 196-200.

²⁹⁵² Tagebuch Kahr 1921-B, pag. 202-204.

²⁹⁵³ Ein guter Spiegel der Stimmung Kahrs wenige Tage nach Amtsübergabe ist wohl ein Brief seiner Gattin an Tochter und Schwiegersohn vom 23.9.1921 (Privatnachlass Kahr, Familienkorrespondenz): Darin schildert Ella Kahr zunächst die Verhinderung einer gewaltsamen Aktion gegen den Landtag durch die „Chiemgauer“ und fährt dann fort: „Immer mehr schauen wir jetzt hinein in die Vorgänge, Vaters treue Freunde haben es uns berichtet, es war ein jämmerliches Intriguenspiel. [...] Unser wahrer offener Vater, dem sie gerade diese Eigenschaft als Fehler anrechnen, will's noch immer nicht glauben. [...] Nun ist's vorbei, nun ist die Hauptsache, daß Vater es innerlich verwindet, bei seinem Charakter wird's schwer gehen.“

einleitete, indem er die Deutschnationalen nicht mehr in die Koalition aufnahm²⁹⁵⁴ und stattdessen die vorgeschlagene Vereinbarung mit der Reichsregierung direkt abschloss, d. h. auch den Ausnahmezustand in Bayern aufhob.²⁹⁵⁵ Im Einverständnis mit dem neuen Innenminister Schweyer, von dem sich Kahr wegen dessen Verbleiben in der Regierung zusätzlich hintergangen fühlte²⁹⁵⁶, veranlasste Lerchenfeld außerdem den Rücktritt des ohnehin nicht mehr zu haltenden Polizeipräsidenten Pöhner²⁹⁵⁷ und setzte damit auch dem Sonderstatus der Polizeidirektion München ein Ende – die Zeit der sog. Ordnungszelle Bayern schien zumindest vorerst abgelaufen.

²⁹⁵⁴ Verh. Landtag 1921/22, Bd. IV, 4. Vgl. Heinz Hürten, Kabinett Lerchenfeld, 1921/22, in: Historisches Lexikon Bayerns

[URL: <https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Kabinett_Lerchenfeld,_1921/22>].

²⁹⁵⁵ Lange, Ausnahmezustand, 138.

²⁹⁵⁶ So fand nach den Ereignissen offenbar auch eine „ungnädige Aussprache“ zwischen Kahr und dem neuen Innenminister Schweyer statt, bei der Kahr seinem Nachfolger sowohl das Abrücken von der unbedingten Aufrechterhaltung des Ausnahmezustands als auch den Eintritt ins Kabinett Lerchenfeld vorwarf, vgl. die Aussage Wilhelm Fricks vor dem Untersuchungsausschuss des Landtags zum Hitlerputsch (Sitzung vom 1.12.1927. pag. 62; Niederschrift in MA 103 476). In diesem Sinne auch der Kommentar Kahrs im Rahmen des Konflikts um seine Ablösung als Regierungspräsident von Oberbayern nach dem Hitler-Prozess: „Schw. hat Englert dabei versichert, daß er, dessen Abgang erwartet wird, meine Stelle nicht anstrebe. Das hat Herr Schw. auch im Sept. 1921 bei meinem Abgang gesagt.“ (Kahr an Anton und Ella Kerschensteiner vom 22.4.1924; Privatnachlass Kahr, Familienkorrespondenz).

²⁹⁵⁷ Pöhner verstand es dabei, auch mit seinem Rücktritt am 28.9.1921 besonderes Aufsehen zu erregen, indem er diesen Schritt in einer veröffentlichten Erklärung mit der verfehlten Aufhebung des Ausnahmezustands begründete, d. h. die neue Regierung offen kritisierte, vgl. McGee, Political Police, 51 f.

IX. Resümee

Kahr ist gegangen.

**Kahr muß wieder
kommen!**

Warum muß Kahr zurückgeholt werden?

1. Er ist der Vertreter der christlich nationalen Weltanschauung, die allein uns herausreißen kann aus dem Sumpfe des Mammonismus.
2. Er ist der Hüter der bayerischen Selbständigkeit, die der letzte Fels ist gegen die Wogen des bolschewistischen Unitarismus.

Ohne Kahr ist ein Wiederhochkommen Deutschlands nicht denkbar!

Die Rückkehr Kahr's

ist nicht Sache der Parteien, sie ist Sache des gesamten christlichen, bayerischen und deutschen Volkes.

**Christliches Bayernvolk,
rühr dich für Kahr, für Bayern, für Deutschland.**

Hol' Kahr zurück!

Max Schmidt & Söhne, München, Dandlstraße 50

Hermann Hesse

Führt man sich angesichts dieser Eindrücke nun noch einmal die Bilanz des Jahres 1921 vor Augen, wird man nicht umhin können, Kahr zumindest im historischen Rückblick als gescheiterten Politiker und seine Ministerpräsidentschaft als letztlich nicht gelungenen Versuch einer politischen Kehrtwende einzustufen: Der Protagonist dieser Studie war im März 1920 als angesehener und mit beachtlichen Erfolgen geschmückter Spitzenbeamter an die Regierung gekommen, vermochte es dort jedoch nicht, seine Agenda einer Wiederherstellung geordneter Verhältnisse – sowohl in Bezug auf die Sicherheitslage, aber auch in Hinblick auf die Beruhigung des wirtschaftlichen und politischen Lebens – dauerhaft umzusetzen. Der von den Kabinetten Kahr eingeschlagene Kurs hatte bei aller schnell erworbenen Popularität eben gerade nicht zur Normalisierung der Lage geführt, sondern vielmehr die Konflikte und Gräben auf fast allen Ebenen nochmals spürbar vertieft, wobei die ständigen Auseinandersetzungen mit der Reichsregierung und den Siegermächten, aber auch die unübersehbare Verschärfung der innenpolitischen Lagerkonfrontation besonders hervorstechen. Angesichts der häufig schwierigen Umstände wäre es dabei natürlich verfehlt, Kahr zum alleinigen Verantwortlichen für die mannigfach auftretenden Probleme zu stempeln, seine zunehmend einseitige Parteinahme für eigene Gesinnungsgenossen und vor allem das vermeintlich konsequente Vorgehen nach dem Prinzip „Alles oder nichts“ trugen jedoch ohne Zweifel wesentlich zur immer auswegloseren Verstrickung in blockierten Konfliktkonstellationen bei.

Im Frühjahr 1921 kehrte sich diese Dynamik schließlich massiv gegen ihren Mitverursacher, als Kahr sich zunächst im Reich politisch isolierte, dann im Streit um die Einwohnerwehr gegen eine Berliner Mitte-Links-Regierung den Kürzeren zog und sich gleichzeitig immer lauterem Vorwürfen der Duldung oder gar Förderung rechtsgerichteter Aktivitäten trotz eines hartnäckig aufrecht erhaltenen Ausnahmezustandes ausgesetzt sah. Am Ende dieser Kette von Fehlschlägen stand schließlich der Vertrauensverlust innerhalb der eigenen Koalition, die dem Ministerpräsidenten in der Reaktion auf die Republikschutz-Verordnung nach dem Erzberger-Mord nicht mehr folgte und gegen dessen Willen einen Kompromiss mit der Reichsregierung aushandelte. Der daraus resultierende Rücktritt schien deshalb nicht nur den vorläufigen Abschluss der sog. Ordnungszellen-Politik, sondern auch das logische Ende der kurzen politischen Laufbahn Kahrs zu markieren.

So formuliert, wirkt die Diagnose in sich schlüssig und vielleicht auch eindeutig, die historische Entwicklung ließ sich freilich nicht von nachträglichen Schlussfolgerungen leiten, sondern hing vielmehr in erheblichem Maße von der Einschätzung der Zeitgenossen selbst ab, die sich auch in Bezug auf das „System Kahr-Roth-Pöhner“²⁹⁵⁸ tief gespalten zeigten und auf dessen Scheitern sowohl mit wenig schmeichelhaften Nachrufen²⁹⁵⁹, aber auch mit einer Vielzahl trotziger Loyalitätsbekundungen reagierten. Hierfür steht nicht nur das eingangs abgebildete, in seiner Aussage geradezu programmatische Plakat des lose mit dem Arbeitskreis Heimatfrontpropaganda verbundenen Hermann Hesse, der Aufruf des später völlig anders orientierten Schriftstellers fügt sich nahtlos in eine von der DNVP und dem BOB initiierten Unterschriftenkampagne ein, die landesweit im großen Stil durchgeführt wurde und innerhalb weniger Tage tausende Unterstützungserklärungen²⁹⁶⁰ für die Wiederwahl Kahrs sammeln konnte; im Landtagsamt liefen außerdem zahlreiche Protestschreiben aus ganz Bayern ein, die eine Rücknahme der Beschlüsse des Ständigen Ausschusses sowie den Verbleib des Ministerpräsidenten forderten.²⁹⁶¹ Diese Stimmenvielfalt macht eine Bewertung bis heute schwierig: War Kahr nun ein Wegbereiter der Radikalisierung, ein letztlich überforderter Beamtenpolitiker, der Architekt einer konservativen Alternative unter widrigen Umständen, ein Populist neuen Typs oder ein an sich begabter Netzwerker, der langsam die Kontrolle über das eigene Bündnissystem verlor? Natürlich ist es weiterhin nicht sinnvoll, diese Fragen ohne Schattierungen klar und eindeutig zu beantworten, mit ihrer Reichweite bis in den Herbst 1921 konnte die nun abgeschlossene Studie aber vielleicht Grundlagen zum besseren Verständnis dieser Gemengelage legen – sowohl was die Person Kahr selbst, aber auch ihr Umfeld sowie die Bedeutung manch kulturell geformter Vorstellungen und Denkansätze betrifft.

So hat der zuletzt gewonnene Erkenntnisfortschritt, die Betonung der in mehrfacher Hinsicht einschneidenden Wirkung der Auflösung der Einwohnerwehr, nicht nur die

²⁹⁵⁸ Vgl. etwa die Münchener Post: ‚Deutschland und das Kahr-Roth-Pöhner-System‘, in: MP Nr. 156 vom 8.7.1921.

²⁹⁵⁹ (Anonym), Von Kahr zu Lerchenfeld. Der zweite bayerische Rechtsputsch mißlungen, München 1922 (Verlag des Bayerischen Wochenblatts; SPD-Zeitung).

²⁹⁶⁰ Die Unterschriftenlisten und Protestschreiben füllen zwei Landtagsakten (Landtag 12 296 und 12 297).

²⁹⁶¹ Vgl. die Verlesung der Eingaben zu Beginn der Sitzungen des Ständigen Ausschusses am 14. und 16.9.1921 (Verh. Landtag 1921/22, Beil. Bd. VI, Beilagen 1810 und 1811, 86 und 112). Hierzu auch der Kommentar Kahrs in seinem Tagebuch (1921-B, pag. 193): „Die den Herren aus Kreisen der Einwohnerwehr und des Ordnungsblocks zugegangenen Mitteilungen gingen übereinstimmend dahin, daß die große Mehrheit des bayer. Volkes stürmisch meine Wiederwahl fordert. Das ergibt sich auch aus den zahlreichen Telegrammen u. Briefen, die mir wie dem Landtage – wo sie ausgerechnet der Abgeordnete Segitz als Vorsitzender verlesen mußte – aus allen Teilen Bayerns zugegangen sind, aus Beschlüssen, die in Versammlungen gefaßt wurden, aus der bürgerlichen Presse Bayerns, aus den Gesprächen in der Eisenbahn und den [!] Elektrischen, auf der Straße und in den Wirtshäusern.“

Auswahl der Zielperspektive dieser Arbeit bestätigt, sondern mindestens ebenso sehr noch einmal die zeitliche Gebundenheit aller denkbaren Aussagen zur Person Kahr, ihrem Handeln und den dafür maßgeblichen Triebkräften unterstrichen. Zwar mochte der Protagonist das Selbstbild des in allen Situationen seinen Grundsätzen und Idealen treu bleibenden Zeitgenossen²⁹⁶² pflegen, vor allem der Blick auf die drei Jahre nach der Revolution von 1918 hat allerdings gezeigt, dass die Antworten auf die gestellte Frage einem so raschen Wandel unterliegen, dass es bisweilen schwerfällt, noch den Überblick zu behalten: Die Perspektiven reichen hier im Halbjahresrhythmus von dem in die Defensive gedrängten Regierungspräsidenten über den neue Allianzen schmiedenden Protektor der Einwohnerwehr, den unerwartet ins Amt gekommenen Übergangsministerpräsidenten, den populären Regierungschef der sog. Ordnungszelle Bayern bis zu dem die eigene Koalition vermehrt vor den Kopf stoßenden Alles-oder-Nichts-Politiker. Gerade mit Blick darauf erscheint es deshalb sinnvoll, hier in aller Knappheit die Kontinuitäten und Brüche der Kahr'schen Biographie noch einmal zu benennen, ehe dann auf dieser Basis versucht werden soll, die im Verlauf der Studie gemachten Beobachtungen zu Handlungs- und (Selbst-)Inszenierungsmustern Kahrs sowie zu den darin verkörperten politischen Prämissen zusammenzufassen und in ihrem Bedeutungsgehalt einzustufen.

Versucht man also zunächst nochmals den dargestellten Lebenslauf in seinen großen biographischen Leitlinien zu erfassen, führt wohl weiterhin kein Weg daran vorbei, auf das Drei-Phasen-Modell zurückzugreifen, das Kahr selbst entwickelt hatte, um seinen Werdegang in übergreifende Sinnabschnitte zu gliedern. Die Memoiren setzen die dafür nötigen Zäsuren 1914 und 1918 an, d. h. sie betrachten die mit der wilhelminischen Epoche zusammenfallenden Jahre des Aufstiegs vom Bezirksamtsassessor zum Staatsrat ganz anders als die für einen Spitzenbeamten enorm belastende Kriegszeit und kontrastieren diese wiederum mit der neuen Rolle des nach der Revolution rasch in politische Führungsverantwortung gelangten Protagonisten.

Man wird dieser Einteilung im Grundsatz zustimmen können, wenn man sich zunächst vor Augen führt, dass die Biographie Kahrs bis 1914 tatsächlich den Eindruck einer im Grunde vorgezeichneten Musterkarriere erweckt und von zwei Gymnasien in Landshut und München bis in den Staatsrat, also dem höchsten Beratergremium des Königs, führte.

²⁹⁶² So etwa nach der entscheidenden Sitzung des Ständigen Landtagsausschusses gegenüber seiner Tochter Gertraud: Tagebuch Kahr 1921-B, pag. 156.

Wie in den entsprechenden Kapiteln erläutert, meisterte Kahr alle dafür notwendigen Zwischenstufen – Militärdienst, Studium, Vorbereitungsdienst und Akzeß, die Assessorenzeit in Erding und München, die Bewährung als eigenverantwortlich agierender Bezirksamtmann und die Tätigkeit als Ministerialreferent – mit Bravour und etablierte sich parallel dazu Schritt für Schritt in der großbürgerlichen Elite Münchens, worauf auch die in wachsender Zahl erworbenen Ehrungen und Auszeichnungen hindeuten. In der Lebensplanung des einzigen Sohnes des Verwaltungsgerichtshofpräsidenten schien mithin alles auf Stabilität und beruflichen Erfolg ausgerichtet zu sein, so sehr dies auch zutrifft, gab Kahr jedoch keineswegs das Bild eines trockenen Kanzleijuristen ab, der nur für Vorgänge Interesse zeigte, die mit den Akten auf seinem Schreibtisch landeten. Der auf der Karriereleiter aufsteigende Staatsbeamte machte vielmehr schon früh auch mit darüber hinausreichendem Tatendrang von sich reden, wobei sein ehrenamtliches Engagement in der Heimatschutzbewegung in dieser Hinsicht einen besonderen Stellenwert einnimmt. Mit der eigenständig durchgeführten Ausstellung in Kaufbeuren legte Kahr hierfür nicht nur eine wichtige Grundlage, er wirkte danach auch ganz maßgeblich am Aufbau des späteren Landesvereins für Heimatpflege mit und versammelte um diese Kooperationsplattform ein immer dichteres, interdisziplinär ausgerichtetes Netzwerk, dem vor allem bildende Künstler und Architekten angehörten. Die Zusammenarbeit mit diesen oft schon als Koryphäen anerkannten Persönlichkeiten ermöglichte es dann auch, einige aufsehen erregende Projekte im Dienste des Erhalts bzw. der Restaurierung bekannter Bauwerke anzugehen, die unter Beachtung der Öffentlichkeit meist schon vor 1914 abgeschlossen werden konnten. Wenige Wochen vor seinem 50. Geburtstag durfte sich der zum Staatsrat ernannte Kahr schließlich über seine Beförderung zum ranghöchsten Beamten im Ministerium des Innern freuen, die gleichzeitig die Dienstaufsicht über das gesamte Personal der inneren Verwaltung bedingte und entweder einen späteren Aufstieg zum Minister oder einen krönenden Karriereabschluss als Regierungspräsident, beim Verwaltungsgerichtshof bzw. in ähnlich angesehener Position in Aussicht stellte.

Es bestand somit aller Anlass, mit Zuversicht und auch Befriedigung über das Erreichte in die Zukunft zu blicken, als der plötzlich ausbrechende, von Anfang an weltweit geführte Krieg den abrupten Übergang zu einer patriotisch legitimierten Ausnahmesituation markierte, die Kahr und mit ihm die ganze Gesellschaft Schritt für Schritt aus den vorgezeichneten Bahnen warf und sich dann bald zum leidigen Dauerzustand entwickelte. Nun galt es sowohl dienstlich wie auch im privaten Leben

ganz neue Aufgaben zu bewältigen, wobei sich die erste Sorge stets auf die Stärkung bzw. den Erhalt der militärischen, wirtschaftlichen und moralischen Kräfte richtete, was unter anderem mit Liebesgaben für die Front, die Organisation des Ernährungswesens oder dem Aufbau der Kriegsinvalidenfürsorge gewährleistet werden konnte; alles Bereiche, in denen Kahr federführend tätig war. Mit Fortdauer des Krieges und seiner Umwälzungen erlebten dann auch die um den Protagonisten gewachsenen Netzwerke innere Veränderungen, indem sie neue Funktionen übernahmen und sich dabei auch z. T. neu aufstellten; gerade der sog. Arbeitskreis Heimatfrontpropaganda hatte gegenüber den Heimatschutzzirkeln der Vorkriegszeit sowohl Zu- wie auch Abgänge zu verzeichnen. Allen Anstrengungen zum Trotz mündete der scheinbar endlose Krieg dann jedoch in die zuletzt schon absehbare Niederlage sowie in die umso plötzlicher hereinbrechende Revolution, die mit dem Sturz des bisherigen politischen Systems auch die Umgestaltung der gesellschaftlichen Ordnung als Ziel verkündete. Als geradezu mustergültiger Repräsentant des etablierten Bürgertums und der obrigkeitsstaatlichen Beamtenschaft musste sich Kahr damit zum ersten Mal in seinem Leben mit der ungewohnten Rolle des Gegners der herrschenden Verhältnisse bzw. der Regierung arrangieren und nach Möglichkeiten suchen, dieser oppositionellen Haltung Geltung zu verschaffen – all das als weiterhin amtierender Regierungspräsident von Oberbayern. Nach Überwindung der ersten Ratlosigkeit begann daher die Anbahnung von Kontakten mit potenziell Gleichgesinnten, um zunächst ein weiteres Fortschreiten der Revolution zu verhindern sowie die Rückkehr zu geregelten Verfahren den Weg zu bereiten, d. h. dem vermuteten Willen der Bevölkerungsmehrheit Nachdruck zu verleihen. Dieses Vorhaben blieb zunächst freilich im Ansatz stecken, da die Folgen der Ermordung Eisners Kahr abermals zu einer auch von Befürchtungen um die eigene Sicherheit geprägten Untätigkeit verdammten, es zeitigte nach Niederschlagung der Räteherrschaft indes umso größere Erfolge, da der öffentliche Ruf nach einem effektiven Schutz vor weiteren Unruhen nun genau in diese Richtung zielte. Unter diesen Voraussetzungen gelang der Aufbau der Einwohnerwehr Bayern innerhalb eines halben Jahres, mit wachsender politischer Bedeutung kam allerdings zunehmend die Frage auf, wie man sich jetzt konkret zum neuen republikanischen Staat und seinen Institutionen stellen sollte. Persönlich lehnte Kahr die Weimarer Republik als Ergebnis der Revolution, Verkörperung der Parliamentsherrschaft und vermeintliche Vorstufe zur vollständigen Unitarisierung deutlich ab, eine von vorneherein kompromisslose Verweigerungshaltung schien allerdings nicht ratsam, weshalb sich auch die Einwohnerwehr als Instrument zur

Unterstützung und Stärkung der herrschenden Staatsmacht präsentierte – allerdings nur in Form eines „unpolitischen“ Bekenntnisses zu Ruhe und Ordnung.

Als überraschend ins Amt gekommener Ministerpräsident unterstrich Kahr in seiner Antrittsrede dann das „Festhalten an der Reichs- und Landesverfassung“²⁹⁶³ und zeigte zunächst auch durchaus sein Bemühen, bei allen persönlichen Bedenken zu einem konstruktiven Modus Vivendi mit Landtag, Parteien und Reichsregierung zu finden: Der von einer bürgerlichen Koalition unterstützte Regierungschef führte die begonnenen staatsrechtlichen Reformen fort, band das Parlament in die Beratungen mit ein und legte Wert darauf, ein gutes Arbeitsverhältnis zum neuen Reichskabinett Fehrenbach – insbesondere zu dessen Außenminister Walther Simons – aufzubauen. Sowohl das eigene Selbstverständnis als über den Parteien stehender Staatsminister wie auch die kategorische Ablehnung einer Auflösung der Einwohnerwehr zeigten jedoch bald die Grenzen einer einvernehmlich gestalteten Politik auf; Kahr machte aus seiner Enttäuschung darüber auch keinen Hehl und neigte ab Herbst 1920 immer mehr zu kompromisslosen Machtdemonstrationen und nicht abgestimmten Alleingängen. Hatten die ohnehin wenig geliebten Vertreter der (Partei-)Politik seinen guten Willen zur Zusammenarbeit nicht mit immer neuen Zumutungen beantwortet? Der Ministerpräsident neigte deshalb immer stärker dazu, sich seinen natürlichen Verbündeten in der Einwohnerwehr und in den „nationalen“ Organisationen anzunähern, konnte so die schweren Niederlagen des Jahres 1921 freilich erst recht nicht verhindern und trat schließlich zurück, als die eigene Koalition den eingeschlagenen Kurs nicht mehr vorbehaltlos mittragen wollte; gleichzeitig stand zu diesem Zeitpunkt auch schon der Aufbau einer neuen „vaterländischen“ Allianz in Nachfolge der nicht mehr bestehenden Einwohnerwehr auf der Agenda.

Dabei hatte Kahr schon bei der Konstituierung des alten Bündnisses 1919 eine Schlüsselrolle eingenommen und als eine Art Protektor der lokalen Wehrvereinigungen und revolutionskritischer Gruppierungen wesentlich dazu beigetragen, diese zunächst stark zersplitterten Einheiten in eine übergreifende Organisation einzubinden und so eine beachtliche Machtbasis neben den staatlichen Institutionen zu errichten. Die Neuverteilung der politischen Gewichte nach Ende der Revolution war damit nicht nur auf das zu erwartende Umschlagen der Stimmung, sondern auch auf das bewusste und gezielte Handeln von Staatsbeamten und Militärs zurückzuführen, die es verstanden, ein immer weiter verzweigtes Netzwerk von Gleichgesinnten um sich aufzubauen. Die größte

²⁹⁶³ Verh. Landtag 1919/20, Bd. II, 558.

Bedeutung gewann diese Selbstschutzallianz, als es ihr gelang, die zunächst informellen Kontakte auf Kreis- und Landesebene in eine institutionalisierte Struktur zu überführen, d. h. sich offen als Einwohnerwehr Bayern mit weiteren angeschlossenen Organisationen zu konstituieren; die Prämisse, auch formalisierte Institutionen in die Netzwerk Betrachtung mit einzubeziehen, wurde damit bestätigt. Das Ende der häufig als Nebenregierung kritisierten Einwohnerwehr markierte daher auch aus Sicht Kahrs einen tiefen Einschnitt, der die ganze inzwischen weitgehend eingespielte Kräftekonstellation aus regulären Wehren, Paramilitärs und nationalen Organisationen wieder völlig aus dem Gleichgewicht brachte.

Nimmt man diese kompakte Rekapitulation nun als Ausgangspunkt für weitergehende Schlussfolgerungen, ist es wohl schon dem rein biographischen Resümee gelungen, noch einmal auf zentrale Verhaltensmuster und Standpunkte Kahrs aufmerksam zu machen bzw. sie abermals ins Gedächtnis zurückzurufen:

So ist zunächst wohl ganz eindeutig, dass sich Kahr seit den Kaufbeurer Zeiten nie darauf beschränkte, berufliche Aufgaben und dienstliche Obliegenheiten zu erfüllen, sondern es offenbar gleichzeitig zu seinem Selbstverständnis gehörte, eigenständig und ehrenamtlich Vorhaben anzugehen, die aus seiner Sicht nur darauf warteten, im Sinn des Gemeinwohls mit bürgerschaftlichen Engagement in die Tat umgesetzt zu werden – sei es die Popularisierung des Heimatschutzes, die moralische Stärkung der Kriegsgesellschaft oder der Aufbau des Selbstschutzes nach den Erschütterungen der Revolution. All diese Initiativen stehen natürlich erst einmal für sich und hingen in ihrer Durchführung von jeweils ganz eigenen Umständen ab, gerade angesichts dieser Unterschiede fallen jedoch auch einige Muster auf, die Kahr bei seinem Handeln in solchen Situationen immer wieder befolgte und die deshalb auch auf ganz bestimmte Positionierungen schließen lassen.

Beispielsweise gelang es dem Protagonisten dieser Studie immer wieder, als Wegbereiter einer neuen Idee aufzutreten, indem er entweder selbst ein symbolträchtiges Projekt auf die Beine stellte oder schon vorhandene Gleichgesinnte an einem Tisch zusammenführte und sie z. T. maßgeblich bei der Verwirklichung ihrer ersten Vorhaben unterstützte. Führten diese Anstrengungen zu greifbaren Erfolgen, legte Kahr im nächsten Schritt darauf Wert, rasch eine organisatorische oder institutionelle Basis zu schaffen, die der neu ins Leben gerufenen Bewegung sowohl als Aushängeschild wie auch als Kooperationsplattform dienen sollte. War auch das geschafft, neigte Kahr wiederum

dazu, in der weiteren Entwicklung langsam in den Hintergrund zu treten, d. h. die nach außen hin sichtbaren Führungspositionen weitgehend anderen zu überlassen und sich selbst auf die Rolle eines Koordinators zurückzuziehen, der etwa zu Arbeitstreffen in privatem Ambiente einlud oder die Redaktion der Vereinszeitschrift innehatte, also gewissermaßen als Chronist des gemeinsamen Wirkens tätig war. Das war für einen Staatsbeamten wohl auch angemessen, wenn nicht alle Eindrücke täuschen, gefiel sich Kahr jedoch auch selbst in der Position des geachteten Schirmherrn und gesuchten Ansprechpartners, die es ihm erlaubte, intern mit großer Autorität aufzutreten und wesentliche Entscheidungen in seinem Sinne zu lenken. Man wird Kahr also durchaus als Vertreter der Sichtweise einstufen dürfen, dass effektive Einflussnahme eigentlich erst dort beginne, wo sie nicht für jedermann auf der Hand liegt.

Was nun die weltanschauliche Verortung dieser Einflussnahme betrifft, agierte Kahr im Grunde stets aus der Position eines sozial-konservativen Reformers, er versuchte also, Erhaltungs- und Gestaltungsanspruch auf produktive Weise miteinander zu verbinden und erteilte deshalb sowohl einem naiven Fortschrittsoptimismus als auch einem an der Unwandelbarkeit der Gegenwart festhaltenden Immobilismus eine klare Absage. Die meisten unter seiner Ägide ergriffenen Projekte zogen deshalb ihre Energie aus einem Diskurs des Natürlichen und Erhaltenswerten, der jedoch oft nicht von den bestehenden Verhältnissen ausging, sondern meistens auf einen der Gesellschaft „eigentlich“ gemäßen Zustand abzielte, der jedoch erst herbeigeführt werden musste, um dann „erhalten“ zu werden. Der Konservatismus Kahrs erkannte insoweit die veränderten Voraussetzungen der Moderne an, wollte unter diesen Bedingungen jedoch erneut ein in sich ruhendes und sinnerfülltes Lebensumfeld gestalten, d. h. im Dienste des zeitlos Gültigen wirken und den propagierten Weg zu einem kulturell stabilisierten Dasein mit attraktiven Integrationsangeboten ebnen – sei es mit einem harmonischen Ortsbild, einer von der Gemeinschaft getragenen Kriegswohlfahrtspflege oder einer im Dienste der Ordnung tätigen Bürgermiliz.

Ein solches Gedankengebäude ergab freilich nur Sinn, wenn seine Vertreter gleichzeitig überzeugt waren, das Wesen und die tatsächlichen Bedürfnisse des Volkes auch richtig einschätzen zu können, also sich selbst die Fähigkeit und das Einfühlungsvermögen zuschrieben, die Lebenswelt der breiten Bevölkerung auch wirklich verstehen zu können, obwohl sie sich mit ihrer Erkenntnis außerhalb dieses postulierten Sinnkosmos verorteten. Kahr legte deshalb stets viel Wert darauf, etwa im Urlaub, im Zug oder auf dem Markt mit der „bodenständigen“ Bevölkerung ins Gespräch zu kommen und die

daraus abzuleitenden Stimmungsbilder für die eigene dienstliche oder politische Arbeit zu verwenden. Dabei ging es freilich nicht darum, verbreitete Meinungen unbesehen zur Richtschnur des weiteren Handelns zu machen, Ziel war vielmehr, daraus die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen, um dann als wahrhaft volkstümlicher Staatsdiener das mit den Leidenschaften des Tages oft eben nicht identische Gemeinwohl zu fördern. Diesem eindeutig patriarchalischen Selbstverständnis entsprachen deshalb auch die zahlreichen Bemühungen, die so begründete Maximen und Programme zu popularisieren, d. h. im einfachen Volk das Verständnis für die zum allgemeinen Besten ergriffenen Maßnahmen zu wecken und es zu freudiger Mitarbeit bei der Verwirklichung dieser „gemeinsamen“ Anliegen zu gewinnen; in diesem Zusammenhang sei nur an die zahlreichen Ausstellungen, Zeitschriften, Veranstaltungsabende oder Kundgebungen erinnert.

Hinter all dieser reformkonservativen Volksnähe steckte natürlich viel bildungsbürgerliches Wunschdenken, unabhängig davon bleibt allerdings auch die Tatsache bestehen, dass es Kahr gerade als Ministerpräsident gelang, echte Popularität bei einem maßgeblichen Teil der Bevölkerung zu gewinnen und sich damit noch in seiner Selbstwahrnehmung bestätigt fühlen durfte – wobei Beliebtheit als Politiker anders zu bewerten ist wie die von Kahr imaginierte Volkstümlichkeit mit ihren weitergehenden, im Grunde sozial-moralischen Implikationen. Sucht man deshalb vor allem nach Erklärungen für Popularität im ersteren Sinne, dürfte es nach dem bisher Gesagten wohl recht naheliegen, weshalb gerade ein Akteur wie Kahr einen Nerv traf, d. h. zentrale Voraussetzungen erfüllte, um innerhalb kurzer Zeit zur politischen Projektionsfläche für einen Teil der Öffentlichkeit aufzusteigen.

Einerseits vermittelte der Ministerpräsident, wie schon von mehreren Autoren²⁹⁶⁴ betont, von Anfang an das Bild eines bodenständigen, an Recht, Ordnung und Autorität orientierten Staatsdieners der alten Schule und stand damit für den größtmöglichen Kontrast zu den Protagonisten der Revolution, die aus Sicht vieler nur ihren Illusionen oder aber den Stimmungen des Augenblicks nachgelaufen waren und so beinahe das Land in den Abgrund geführt hatten. Schon das Erscheinungsbild eines eher untersetzten, gewöhnlich mit Frack, Stehkragen und Halsbinde gekleideten Herren, der zudem eine resolute Körpersprache an den Tag legte²⁹⁶⁵, hob sich in dieser Wahrnehmung wohltuend vom Habitus der vermeintlich unsoliden, z. T. unkonventionell auftretenden

²⁹⁶⁴ Schwend, Bayern, 151 f.; Zorn, Bayerns Geschichte, 233.

²⁹⁶⁵ Vgl. die vorhandenen Photos im Privatnachlass Kahr oder Bilder von Kahrs als Redner, z. B. Schwirzer, Kahr, 35.

Revolutionäre und Parlamentarier ab. Kahr eignete sich mithin als hervorragende Identifikationsfigur für all diejenigen, die einer guten alten Zeit in überschaubaren und geordneten Verhältnissen nachtrauerten und in den vor allem seit 1914 eingetretenen Veränderungen nur Krisenerscheinungen erkennen wollten.

Diese bekannte Interpretationslinie genügt aber nicht, um das öffentliche Prestige Kahrs wirklich überzeugend zu erklären, da ja auch andere Politiker im Grunde diese Voraussetzungen erfüllten und trotzdem oft als biedere Funktionäre oder allzu blasse Verwalter galten. Nach den gewonnenen Erkenntnissen ist die Diagnose deshalb wohl nicht zu weit hergeholt, dass Kahr hier gerade die Positionierung als konservativer Reformers zugutekam, da er neben dem bloßen Stabilitätsversprechen eben auch neuartige Lösungen und Instrumente anzubieten hatte, die offensichtlich eine realistische Perspektive eröffneten, um tatsächlich wieder zu sicheren und geregelten Zuständen zu kommen – ja das Alte „wieder“ so herzustellen, wie es eigentlich hätte sein sollen und in der Vorstellung mancher Zeitgenossen präsent war. Der bewaffnete Selbstschutz in Wehrverbänden, eine aktive Traditionsstiftung sowie öffentliche Feiern und Kundgebungen – bisher eher eine Domäne der Linke – standen auch gerade deshalb für ein innovatives Vorgehen, da sie den eigenen Anhängern sowohl das Gefühl vermittelten, neues Terrain zu beschreiten und sich gegenüber anderen abzuheben, aber gleichzeitig auch versprachen, dem vermeintlich Bewährten zu neuer Geltung und Achtung zu verhelfen.

Das Kahr'sche Politikangebot wies außerdem weitere attraktive Identifikationsmomente auf, wenn es z. B. mit einem ganz minimalistischen Programm, das um das allgemein verständliche Motto „Ruhe und Ordnung“ kreiste, symbolisch Bedeutung erzeugte oder sogar ein greifbares Partizipationsversprechen abgab, da jeder eingeladen war, in die Einwohnerwehr einzutreten oder an einem Heimatfest teilzunehmen. Kahr hatte es also geschafft, eine politische Formensprache der – wie man sagen könnte – affirmativen Mobilisierung zu etablieren, die auch demonstrativen Charakter hatte und allen Beteiligten den Eindruck vermittelte, wieder selbstbewusst auftreten zu können; die Zahl der Anhänger und Sympathisanten nahm dementsprechend zu.

Es war insoweit zweifellos gelungen, aus der Krise heraus eine neue politische Dynamik in Gang zu setzen und die sog. Ordnungszelle Bayern auf diese Weise zu einem genuin modernen Projekt zu machen, die Analyse in den einzelnen Kapiteln konnte freilich auch sehr deutlich die Schattenseiten dieses viel beachteten Erfolgs aufzeigen. So schürte die

ständige Betonung der durch die bürgerliche Einheitsfront und den ausgebauten Selbstschutz wiederhergestellten Autorität auch die Erwartungen im eigenen Lager und leistete dem Eindruck Vorschub, im Namen des „ordnungsliebenden“ Volkes zu handeln oder einer Art Avantgarde anzugehören – sowohl innerhalb Bayerns wie auch mit Blick auf die Lage im Reich. Das aus dem Krieg bekannte Erwartungsdilemma war damit zurück: Wie schon zwischen 1914 und 1918 konnte es sich die politische Führung deshalb im Grunde gar nicht mehr erlauben, das selbst erzeugte Bild von Stärke und Machtfülle zu trüben und zog es deshalb vor, auch dann Durchsetzungswillen und Stärke zu demonstrieren, wenn eigentlich Flexibilität und Kompromissbereitschaft gefragt waren. Sie wurde also zur Geisel ihres eigenen Narratives, die schließlich erzwungene Auflösung der Einwohnerwehr bedeutete deshalb für alle Beteiligten eine umso härtere Konfrontation mit der Realität.

In ähnlicher Weise bestätigte und vertiefte sich der ebenfalls bereits aus dem Krieg geläufige Trend zur fortschreitenden Zersplitterung der öffentlichen Gewalt in Krisensituationen, wobei das Ausmaß dieser Entwicklung im Freistaat Bayern ab 1919 sogar noch zunahm und eine neue Qualität erreichte. Denn war es ab 1915 vor allem darum gegangen, auftretende Probleme durch Sonderbehörden oder eigens ernannte Beauftragte konsequent und publikumswirksam anzugehen, wurden nach Ende der Revolution nicht nur Ausnahmegerichte für politische oder wirtschaftliche Vergehen konstituiert oder Staatskommissare für den nun zivilen Ausnahmezustand bestellt, sondern gleichzeitig eine öffentlich anerkannte Wehrorganisation aufgebaut, die quasi befugt war, in Ergänzung und Vertretung der regulären Sicherheitskräfte zu handeln. Das staatliche Gewaltmonopol wurde also gerade im Namen der Wiederherstellung von „Recht und Ordnung“ aufgeweicht, es erscheint deshalb durchaus verständlich, wo die Ursachen der schon im Überblickswerk von Andreas Kraus diagnostizierten „Verwirrung aller Begriffe“²⁹⁶⁶ unter der Regierung Kahr zu suchen sind.

Besonders zu unterstreichen ist in diesem Zusammenhang schließlich noch das Vorherrschen eines weitgehend destruktiven Konsenses in der politischen Positionsbestimmung, die sog. bürgerliche Einheitsfront konnte sich insoweit vor allem über gemeinsame Feindbilder wie den „Bolschewismus“, das „rote Berlin“ oder den „Materialismus“ verständigen, brachte außer dem bekannten Ordo-Diskurs aber kaum positive Leitbilder hervor. Diese auffällige Dominanz von Anti-Haltungen²⁹⁶⁷, entsprach

²⁹⁶⁶ Kraus, Geschichte Bayerns, 673.

²⁹⁶⁷ Ohnezeit, Deutschnationale Volkspartei, 73.

wohl der eigenen Überzeugung, sollte vom Kalkül her aber auch den Weg für ein möglichst breites Bündnis ebnen und es so einer ebenso großen Bevölkerungsmehrheit erleichtern, sich mit der dahinter stehenden politischen Führung zu identifizieren. Und tatsächlich: Wer wollte sich schon gegen die Maximen Ruhe, Ordnung und Sicherheit aussprechen, die den logischen Kontrast zu den aufgerufenen Bedrohungsszenarien bildeten? Vor diese Alternative gestellt, leistete die im Namen der inneren Einheit verfolgte Strategie dann allerdings nicht nur einer schleichend voranschreitenden Spaltung der Gesellschaft Vorschub, sie versäumte es außerdem, klare ideologische Mindeststandards zu definieren, die als Eintrittskarte zur Beteiligung an den neuen politischen Allianzen gelten durften: Denn auch extremen Gruppierungen fiel es so nicht schwer, sich pauschal zu Ordnung und Antibolschewismus zu bekennen, das Potenzial zu einer schleichenden Radikalisierung war damit schon in der Grundkonzeption der sog. Ordnungszelle Bayern angelegt.

Insgesamt betrachtet, drohte eine solche politische Kultur also zunehmend ein nur schwer steuerbares Eigenleben zu entwickeln und das Bewusstsein für die notwendige Suche nach Ausgleich und Konsens zu trüben. In welchem Ausmaß dies zutraf, wird dann auch deutlich, wenn man sich schließlich vor Augen führt, wie stark Kahr selbst in den Bann der propagierten Maximen geriet und offenbar bereitwillig in Kauf nahm, dass sein Denken immer stärker um einzelne Fixpunkte kreiste und damit auch die Preisgabe oder zumindest Relativierung bisher stets hochgehaltener Prämissen verbunden war.

So muss ungeklärt bleiben, ob Kahr wirklich bewusst die eigene Idee eines schrittweisen, „organischen“ Wandels in Frage stellen wollte, faktisch entsprach der Rückzug auf apodiktisch vorgetragene Anti-Positionen freilich einem Bekenntnis zum sozialen und politischen Revisionismus, in dem graduelle, sich langsam entfaltende Veränderungsprozesse eigentlich keinen Platz mehr haben konnten. Hatte der Heimatschutz dementsprechend noch die Versöhnung und produktive Verschmelzung der erhaltenswerten Tradition mit den positiven Aspekten der modernen Welt zum Programm erhoben, standen Ideologien wie der Antibolschewismus oder der paramilitärische Selbstschutz für einen klaren Bruch mit einem als bedrohlich definierten Neuen, der jeden Gedanken an Versöhnung oder Verbindung von vorneherein ausschloss. Gemeinsame Anknüpfungspunkte mit anderen politischen Lagern rückten so zunehmend in die Ferne, als Symptom für diese Entwicklung kann etwa der um sich greifende Diskurs unterschiedlicher „Weltanschauungen“ gelten, die angeblich von völlig anderen

Grundlagen ausgingen und deshalb letztlich unvereinbar seien – auch Kahr brachte dieses bezeichnende Argument immer häufiger vor, etwa gegenüber den Einwohnerwehr-Kritikern im Haushaltsausschuss²⁹⁶⁸. Wie der Begriff dabei suggerierte, handelte es sich mittlerweile eben nicht mehr darum, Fragen oder Probleme anders zu bewerten, man lag vielmehr „Welten“ auseinander und neigte deshalb dazu, sich in Debatten sehr schnell auf prinzipielle Standpunkte zurückzuziehen. Es kann deshalb nicht überraschen, dass die Bereitschaft, sich auf vermeintlich faule Kompromisse einzulassen, zunehmend als Schwäche interpretiert wurde²⁹⁶⁹, in diesem Zusammenhang ist außerdem wohl auch ein Motiv für das auffällige Werben um die Gunst der – im Falle Kahrs vor allem „akademischen“ – Jugend zu suchen: Wenn es schon nicht mehr lohnend erschien, eine gemeinsame Basis mit andersdenkenden Zeitgenossen zu suchen, wollte man wenigstens die neue Generation auf die eigene „Weltanschauung“ verpflichten und so die Voraussetzungen für eine zukünftige Wende zum Besseren schaffen.

Das Vertrauen in die Kraft des Dialogs war also bedenklich gesunken, genauer besehen passte diese Art von Konfliktscheu freilich nur allzu gut zur ganz generell verbreiteten Kritik an Parteienstreit und Parlamentarismus, in denen viele Kommentatoren bekanntlich nur unfruchtbares Gezänke sehen wollten, das doch viel besser durch wirklich ernsthafte Arbeit ersetzt werden könne.²⁹⁷⁰ Wie mehrfach erläutert, stimmten auch Kahr und seine Gesinnungsgenossen in diesen Chor mit ein, gerade der überparteiliche, erst durch die Umbilden der Revolution ins politische Leben getretene Ministerpräsident musste jedoch schon aus eigenem Selbstverständnis „der“ Politik bzw. ihrem „auf plump ehrliche Weise“²⁹⁷¹ missverstandenen Zerrbild den Kampf ansagen und

²⁹⁶⁸ Kahrs protokollierte Stellungnahme in der Sitzung am 14. April 1921 (Sitzung des Haushaltsausschusses des Bayerischen Landtags vom 14.4.1921, Landtag 14 710) lautete: „Die bisherige Debatte habe den Verlauf genommen, der vorauszusehen war. Es beständen in dieser Frage nun einmal zwei grundsätzlich verschiedene Auffassungen, die sich gegenseitig nie würden überzeugen können, auch wenn sich die Einwohnerwehrdebatten noch so oft wiederholen sollten. Das komme daher, daß eben die grundsätzliche Einstellung auf die Frage und die Art, sie zu sehen, eine grundverschiedene sei. [...] Diese Seite sage dies, weil ihre Art, die Dinge zu sehen, ihr diese Auffassung als die richtige erscheinen lasse, wobei er gerne zugebe, daß das ehrliche Streben nach Wahrheit auf beiden Seiten selbstverständlich außer Zweifel stehe. Welche Auffassung, welche Art zu sehen schließlich die richtige sein werde, darüber werde die Geschichte zu urteilen haben.“

Explizit auch in Bezug auf die Regierungskrise: „Letztlich ist der Streit Bayerns mit Berlin ein Kampf zwischen bolschewistischer und christlicher Weltanschauung“ (Tagebuch Kahr, 1921-B, pag. 178). Vgl. auch das Plakat zu Beginn dieses Resümees.

²⁹⁶⁹ Vgl. etwa die Kritik am „nach links etwas weich geworden[en]“ Staatssekretär Schweyer im Kontext der Koalitionskrise (Tagebuch Kahr 1921-B, pag. 171).

²⁹⁷⁰ Vgl. etwa den Überblick zur Weimarer Republik bei Wolfgang Durner, Antiparlamentarismus in Deutschland, Würzburg 1997, 92-127.

²⁹⁷¹ So die Charakterisierung dieser Haltung durch Thomas Mann: „Man hat die Politik die ‚Kunst des Möglichen‘ genannt, und tatsächlich ist sie eine künstliche Sphäre, insofern sie, gleich der Kunst, eine schöpferisch vermittelnde Stellung einnimmt zwischen Geist und Leben, Idee und Wirklichkeit, dem Wünschenswerten und dem Notwendigen, Gewissen und Tat, Sittlichkeit und Macht. [...] Ein solches auf

es zu seinem Ziel erklären, die „rein“ politische Spaltung der Gesellschaft zu überwinden. Gerade ein Anti-Revolutionen-Politiker schien deshalb dafür prädestiniert, die Suche nach sinnstiftender Gemeinschaft und Harmonie jenseits des Politischen zu propagieren und überall dort an charakteristische Einheiten zu appellieren, wo eigentlich legitime Meinungsverschiedenheiten oder in sich logische Interessenskonflikte vorherrschten. Abstrakter formuliert, ging es einem Politiker wie Kahr also letztlich darum, vermeintlich essentialistische Kollektive wie dem Volk, dem Stand oder der Nation neue Kraft zu verleihen und sie auf „natürliche“ oder „patriotische“ – d. h. nicht „politische“ – Ziele zu verpflichten, die dann auch wieder einen wirklich sinnstiftenden Gehalt ausstrahlen sollten. Zwar würde es auch unter solchen Umständen immer noch zu Problemen oder Unstimmigkeiten kommen, im Gegensatz zur aktuellen Lage wären diese dann aber durch den gemeinsamen guten Willen und vor allem durch eine effiziente Organisation, die mit angepassten Lösungen allen gerecht werden könne, zu klären: Nicht ohne Grund spielte etwa beim Aufbau der Einwohnerwehr die Schaffung einer differenzierten institutionellen Struktur eine so große Rolle.

Solche Versuche, das Gemeinwohl gleichsam über eine Art Re-Integration der Gesellschaft zu erzeugen, mussten indes fehlschlagen. Wie schon erläutert, löste das unbestimmte Gefühl einer irgendwie verordneten Harmonie, ja Tabuisierung faktisch vorhandener Konflikte dann auch häufig die gegenteilige Wirkung aus und provozierte nur allzu oft weitere Politisierungsschübe, Kahr sah diesen Zusammenhang jedoch offenbar nicht und neigte im Sinne des Weltanschauungs-Denkens eher dazu, derartige Reaktionen als Verstocktheit oder Unbelehrbarkeit bestimmter Teile der Bevölkerung zu interpretieren. Er setzte sich davon ab, indem er erst recht den Idealismus in der Politik propagierte, d. h. das Agieren im Namen hehrer Ideale als einzig verlässliche Richtschnur politischen Handelns erklärte. Führt man sich diese Konsequenz vor Augen, ist wohl auch leichter zu verstehen, auf welchem Weg Kahr immer wieder dazu kam, im Grunde triviale Symbolbegriffe wie Volk, Nation, Staat, Heimat oder Ordnung zu ideologischen Projektionsflächen mit tieferer Bedeutung zu stilisieren oder dazu tendierte, Kategorien wie Treue und Verrat²⁹⁷² ins Spiel zu bringen, die politisches Handeln primär moralisch

Kompromiß beruhendes Fertigwerden mit dem Leben erscheint dem Deutschen als Heuchelei. Er ist nicht dazu geboren, mit dem Leben fertig zu werden, und er erweist seine Unberufenheit zur Politik, indem er sie auf eine plump ehrliche Weise mißversteht. Von Natur durchaus nicht böse, sondern für das Geistige und Ideelle angelegt, hält er die Politik für nichts als Lüge, Mord, Betrug und Gewalt, für etwas vollkommen und einseitig Dreckhaftes und betreibt sie, wenn er aus weltlichem Ehrgeiz sich ihr verschreibt, nach dieser Philosophie.“ (Thomas Mann, Deutschland und die Deutschen. Rede anlässlich seines 70. Geburtstages (1945), in: Reden, die die Welt bewegten, Essen [1998], 448-465, hier: 458 f.)

²⁹⁷² Vgl. etwa die entsprechende Einschätzung Kahrs bei Sommer, Beiträge, 91.

deuteten und auf individuelle Eigenschaften wie Charakterfestigkeit oder Ehrgefühl zurückführten. Derartige Maßstäbe konnten im öffentlichen Leben, in dem es eben auch darum geht, Allianzen zu schmieden oder Interessen durchzusetzen, natürlich gar nicht erfüllt werden, Kahr wollte sich von dieser Diskrepanz jedoch offenbar nicht irritieren lassen, ja schien darin sogar die Bestätigung zu erblicken, wie viel erhabener und erstrebenswerter die eigene Vorstellung vom selbstlosen Dienst am Vaterland sei; die überlieferten Aufzeichnungen kommen dann auch immer wieder auf solche Gegenüberstellungen zurück.

Liegt es deshalb nahe, das Politikverständnis Kahrs kurzerhand als bezeichnende Fehleinschätzung einzustufen, die in ihrer Weltfremdheit eben scheitern musste, kann eine solche an sich verständliche Bewertung die ganze Doppelbödigkeit des Problems jedoch erst dann voll erfassen, wenn man mit Kurt Sontheimer bedenkt, dass Zeitgenossen wie Kahr nicht nur immer wieder diese Situation beklagten, sondern angesichts der unausbleiblichen Widersprüche auch nicht zögerten, naturrechtliche Argumente zu bemühen, um – falls nötig – ihre reine Idee gegen die „derzeitigen“²⁹⁷³ Verhältnisse in Schutz zu nehmen. Sontheimer hat dieses Phänomen bereits 1962 im großen Kontext der Weimarer Staatsrechtsdebatte²⁹⁷⁴, in der in Hinblick auf die von vielen ungeliebte republikanische Verfassung plötzlich von dem „über den Gesetzen stehende(n) Recht“²⁹⁷⁵ die Rede war, beleuchtet. Es fällt daher nicht allzu schwer, den Idealismus Kahrs der gleichen Denkschule zuzuordnen, zumal der Tagebuch- und Memoirenschreiber auch mehrfach im gleichen Sinne zwischen der „lex scripta“ und

²⁹⁷³ Als Reaktion auf eine Grundsatzrede des Reichsinnenministers Wilhelm Külz (Verh. Reichstag, Bd. 389, 6122-6129), in der dieser am 10. März 1926 u. a. das Verhältnis des Beamten zum Staat und die notwendige Loyalität zur Verfassungsordnung berührt und dabei von der „derzeitigen“ Regierung gesprochen hatte, benutzte Kahr dieses Adjektiv danach immer wieder, um sich in sarkastischem Ton von den „derzeitigen“, d. h. nur vorübergehenden, Verhältnissen zu distanzieren.

So etwa in seinem Tagebuch: „Der derzeitige Minister‘ und der ‚derzeitige Republikaner‘ sind ein wahres Signum unserer derzeitigen Verhältnisse, wo immer nur das ‚Derzeitige‘ maßgebend ist. Wer der ‚derzeitigen‘ Masse zu gefallen versteht und derzeit ihren Beifall findet, der ist obenan. Der Parteimann, der Parlamentarier, der Minister und jeder der heute im politischen Leben etwas werden und erreichen will, gibt sich ‚derzeitig‘ und stellt sich ‚derzeitig‘ ein. Darum bleiben wir in unserem ‚derzeitigen‘ politischen oder wirtschaftlichen Dreck so tief stecken“ (Tagebuch Kahr, 1925-27, pag. 61).

Oder auch gegenüber Hermann Stegemann: „Die Einstellung der ‚derzeitigen‘ Regierung, wie sich kürzlich der Reichsinnenminister in unfreiwilliger Komik aussprach, auf den Beifall dieser schwankenden Mehrheit muß zu Unklarheiten im Ziele, zu Schwankungen und Selbstbetrug führen. Das Wörtlein ‚derzeitig‘ ist so recht bezeichnend für unsere heutigen Zustände. Alles in der deutschen Politik ist heute ‚derzeitig‘. Der alte Fritz würde sich wundern, wenn er sein ‚derzeitiges‘ preußisches Volk sehen müßte.“ (Kahr an Stegemann vom 29.3.1926; Bundesarchiv Koblenz, NL Stegemann N 1353/11).

²⁹⁷⁴ Kurt Sontheimer, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933, München 1962, 79-114.

²⁹⁷⁵ Ebd., 93.

einem unabhängig davon gültigen „ungeschriebe(n) Recht“²⁹⁷⁶ unterschied. All die Losungen von „unpolitischer“ Politik, „Staatsautorität“ neben dem erschütterten Staat, einer wirklichen „Ordnung“ neben der herrschenden Unordnung oder auch dem „echten“ Volk neben der in Parteiengezänk verstrickten Volksvertretung zielten, konsequent zu Ende gedacht, damit auf nichts anderes ab, als den eigenen Überzeugungen die besondere Weihe einer „natürlichen“ und deshalb höherwertigen Legitimation zu erteilen, während Andersdenkende im Grunde zu bedauern waren, da sie bewusst oder unbewusst „mechanistischen“ Konstruktionen und Trugbildern nachhingen.

Gegen einen derart selbstgewissen Idealismus mussten wohl alle Einwände fruchtlos bleiben, eine in diesem Geiste betriebene Politik musste für Kahr deshalb darauf hinauslaufen, den eigenen kommunikativen und politischen Korridor Schritt für Schritt einzuengen, d. h. das Gespräch mit Nicht-Gleichgesinnten zu erschweren und den wechselseitigen Konfrontationsdruck zu erhöhen. Die Symbolfigur der sog. Ordnungszelle Bayern stand damit auch selbst genau für jene Verhärtung der Fronten, die in seiner Regierungszeit 1920/21 allgemein Platz griff. Denn mochte es sich nun um den Aufbau vermeintlich integrativer Bewegungen, die Instrumentalisierung von Bedrohungsszenarien oder individuelle Grenzüberschreitungen Kahrs handeln: Sowohl der faktisch nur für einen Teil der Bevölkerung konzipierte Selbstschutz, die ständige Warnung vor Putschgefahren und „Bolschewismus“ oder auch die kompromittierenden Aktionen im Umfeld des Kapp-Putsches bzw. bei der Protektion paramilitärischer Kräfte schränkten den Interaktionsspielraum aller Beteiligten zunehmend ein und ließ die Distanz zu anderen politischen Gruppen wachsen.

Die vorläufige Bilanz des persönlichen Wirkens Kahrs kann deshalb hier mit der Feststellung schließen, dass das politische Handeln des Regierungs- und Ministerpräsidenten – ganz im Gegensatz zu seinem zivilgesellschaftlichen Engagement vor dem Krieg – das um sich greifende Lagerdenken erheblich verstärkte und deshalb auch die skizzierte Dynamik der langsamen Verdrängung moderater Kräfte begünstigte. Die im Juni 1921 eingetretene Zäsur demonstriert dies besonders eindrucksvoll, wohin

²⁹⁷⁶ Kahr-Memoiren, pag. 469. Im persönlichen Gespräch betonte Kahr offenbar auch häufiger ironisch, dass er die aktuellen Reichs- und Landesverfassungen nicht gelesen habe und lieber auf die nächste warte, die er dann lesen werde. Vgl. Menges, Schmelzle, 203; Mitschrift des Zeitzeugeninterviews mit Hermann Esser (IfZ, ED 561/2, Abschnitt 2, pag. 20).

Vgl. auch seine Antrittsrede als Präsident des Verwaltungsgerichtshofes am 16.10.1924 (NL Kahr 45): „Der Gesetzgeber aber hat die Pflicht, die Rechtsatzung aus dem Wesen, aus der Natur und dem Empfinden des Volkes heraus so zu gestalten, daß in ihr der Staatsbürger diese sittlich gebundene Freiheit erkennt und gerne anerkennt. Die Rechts-Satzung darf, wie uns die Geschichte lehrt, nicht gegen die natürlichen Kräfte eines gesunden Rechtsempfinden im Volke verstoßen, sonst wird Wohltat zur Plage, Recht zu Unrecht. Gerade hier gilt die ewige Wahrheit: Der Buchstabe tötet, der Geist allein macht lebendig.“

der damit beschrittene Weg schließlich führen sollte und ob Kahr, wie von Hesse gewünscht, tatsächlich noch einmal ins politische Rampenlicht zurückkehren würde, war zu diesem Zeitpunkt freilich noch nicht absehbar.

X. Anhang

Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
a. D.	außer Dienst
ADAP	Akten zur deutschen auswärtigen Politik (Editions-Reihe)
AdR	Akten der Reichskanzlei (Editions-Reihe)
AG	Aktiengesellschaft
AGVM	Akademischer Gesangverein München
Anm.	Anmerkung
AStA	Allgemeiner Studentenausschuss
AV	Alldeutscher Verband
BAIV	Bayerischer Architekten- und Ingenieurverein
BayHStA	Bayerisches Hauptstaatsarchiv
BBB	Bayerischer Bauernbund
Bd., Bde.	Band, Bände
Bearb.	Bearbeiter(in)
Bek.	Bekanntmachung
Beil. Bd.	Beilagen-Band
BKGV	Bayerischer Kunstgewerbeverein
BMP	Bayerische Mittelpartei
BSB	Bayerische Staatsbibliothek
BStZ	Bayerische Staatszeitung
BOB	Bayerischer Ordnungsblock
BVP	Bayerische Volkspartei
bzw.	beziehungsweise
DAP	Deutsche Arbeiterpartei
DBFP	Documents on British Foreign Policy (Editions-Reihe)
DDP	Deutsche Demokratische Partei
ders.	derselbe
d. h.	das heißt
dies.	dieselbe / dieselben
Dipl. Ing.	Diplomingenieur
Diss.	Dissertation
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
Dok.	Dokument
Dr.	Doktor
d. R.	der Reserve
dt.	deutsch
DVP	Deutsche Volkspartei
DvSTB	Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund
ebd.	ebenda
ehem.	ehemalig(e/r)
e.V.	eingetragener Verein
etc.	etcetera
f.	und folgende Seite
fol.	Blatt
ggf.	gegebenenfalls

GHH	Gutehoffnungshütte (Konzern)
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GVBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt für das Königreich Bayern / für den Freistaat Bayern
HdA	Hochschulring deutscher Art
Hg.	Herausgeber(in)
HS	BayHStA, Abt. IV, Handschriften
IfZ	Institut für Zeitgeschichte
i. V.	in Vertretung
JMU	Julius-Maximilians-Universität Würzburg
jun.	junior
Koord.	Koordinator(in)
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
k. u. k.	kaiserlich und königlich
Landtag	BayHStA, Abt. II, Akten des Landtags
LMU	Ludwig-Maximilians-Universität München
MA	BayHStA, Abt. II, Akten des Staatsministeriums des Äußern (und des Königlichen Hauses)
MAAZ	München Augsburgener Abendzeitung
MAN	Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg
MdL	Mitglied(er) des Landtags
MF	BayHStA, Abt. II, Akten des Staatsministeriums der Finanzen
MHIG	BayHStA, Abt. II, Akten des Staatsministeriums für Handel, Industrie und Gewerbe
MInn	BayHStA, Abt. II, Akten des Staatsministeriums des Innern
MJu	BayHStA, Abt. II, Akten des Staatsministeriums der Justiz
MK	BayHStA, Abt. II, Akten des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus (Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten)
MKr	BayHStA, Abt. IV, Akten des Kriegsministeriums (Ministerium für militärische Angelegenheiten)
MKG	Münchener Künstlergenossenschaft
ML	BayHStA, Abt. II, Akten des Staatsministeriums für Landwirtschaft
MNN	Münchener Neueste Nachrichten
MP	Münchener Post
MZ	Münchener Zeitung
MS	Institut für Zeitgeschichte, Manuskripte
NL	Nachlass
Nr.	Nummer
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
OC	Organisation Consul
o. D.	ohne Datum
OHL	Oberste Heeresleitung
OP	BayHStA, Abt. IV, Offizierspersonalakten
Opf.	Oberpfalz
PAAA	Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (Berlin)
pag.	paginiert
Prof.	Professor
Red.	Redaktion
RGBl.	Reichsgesetzblatt
RwGrKdo IV	BayHStA, Abt. IV, Akten des Reichswehrgruppenkommandos IV

sen.	senior
sog.	sogenannte/r
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPÖ	Sozialdemokratische Partei Österreichs
Staatsrat	BayHStA, Abt. II, Akten des Königlichen Staatsrats
StAnz	Bayerischer Staatsanzeiger
stellv.	stellvertretend(e/r)
StMA	Staatsministerium des Äußern (und des Königlichen Hauses)
StMF	Staatsministerium der Finanzen
StMH	Staatsministerium für Handel, Industrie und Gewerbe
StMI	Staatsministerium des Innern
StMJu	Staatsministerium der Justiz
StML	Staatsministerium für Landwirtschaft
StMS	Staatsministerium für Soziale Fürsorge
TH	Technische Hochschule
TOP	Tagesordnungspunkt
TN	Technische Nothilfe
TÜV	Technischer Überwachungsverein
u. a.	unter anderem
URL	Uniform Resource Locator (Web-Ressource)
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
usw.	und so weiter
VA	Verwaltungsarchiv (Archiv des Deutschen Museums)
Verh. Landtag	Verhandlungen des Bayerischen Landtags / Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten des Bayerischen Landtags
Verh. Reichsrat	Verhandlungen der Kammer der Reichsräte des Bayerischen Landtags
Verh. Reichstag	Verhandlungen des Deutschen Reichstags
vgl.	vergleiche
VVV	(Bayerischer) Verein für Volkskunst- und Volkskunde
WAV	Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung
ZS	Institut für Zeitgeschichte, Zeugenschrifttum
z. B.	zum Beispiel
z. T.	zum Teil

Ungedruckte Quellen

Privatnachlass Gustav von Kahr

Bayerisches Hauptstaatsarchiv München

Abt. II (Neuere Bestände)

Ministerium des Äußeren (und des Königlichen Hauses) (MA)

Ministerium des Innern (MIInn)

Ministerium für Unterricht und Kultus / Ministeriums des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten (MK)

Ministerium der Finanzen (MF)

Ministerium der Justiz (MJu)

Ministerium für Handel, Industrie und Gewerbe (MHIG)

Ministerium für Landwirtschaft (ML)

Landtag

Staatsrat

Generalstaatskommissar

Vertreter beim Reichskommissar für die besetzte Pfalz

Abt. IV (Kriegsarchiv)

Kriegsministerium / Ministerium für militärische Angelegenheiten (MKr)

Reichswehrgruppenkommando IV (RwGrKdo IV)

Einwohnerwehr

Offiziers-Personalakten (OP)

Handschriften (HS)

Schützenbrigade 21

Landespolizeiamt beim Staatsministerium des Innern

Militärbevollmächtigter Berlin

Bund Bayern und Reich

Abt. V (Nachlässe und Sammlungen)

NL Gustav von Kahr (alte Verzeichnung)

NL Georg Escherich

NL Eduard Hamm

NL Friedrich von Brettreich

NL Maximilian von Soden-Fraunhofen

NL Heinrich Jolas

NL Paul Nikolaus Cossmann

NL Karl Alexander von Müller

NL Rudolf Kanzler

NL Maximilian von Dziembowski

NL Bernhard Stempfle

NL Otto von Ritter zu Groenesteyn

Sammlung Personen

Staatsarchiv München

Regierung von Oberbayern, Regierungsakten

Bezirksamt / Landratsamt Erding

Stadtarchiv München

NL Pius Dirr
NL Hans Grässel
NL Karl Trautmann
NL August Fischer
Familien
Vereine
Stadtverteidigung

Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde

Vertretung der Reichsregierung in München (R 707)
Reichsministerium des Innern (R 1501)
Reichstreuhandgesellschaft AG (R 2202)
Alldeutscher Verband (R 8048)
NL Heinrich Claß

Bundesarchiv Koblenz

NL Max Bauer (N 1022)
NL Otto Geßler (N 1032)
NL Arnold Rechberg (N 1049)
NL Luitpold Weilnböck (N 1327)
NL Joseph Wirth (N 1342)
NL Hermann Stegemann (N 1353)

Bundesarchiv Freiburg

NL Paul von Lettow-Vorbeck (N 103)
Sachthematische und biographische Sammlung zur deutschen Militärgeschichte (MSg 2)

Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes

Bestand R
NL Gustav Stresemann

Münchner Stadtbibliothek, Literaturarchiv der Monacensia

NL Ludwig Englert
NL Georg Kerschensteiner
NL Ludwig Quidde

Institut für Zeitgeschichte

Zeugenschrifttum (ZS)
Manuskripte (MS)
(ED)

Bayerische Staatsbibliothek

Naumanniana
NL Ernst Deuerlein
Akademischer Gesangverein München

Staatsarchiv Augsburg

Bezirksamt/Landratsamt Kaufbeuren

Rheinisch-Westfälisches Wirtschaftsarchiv Köln

NL Paul Reusch

Stadtarchiv Regensburg

NL Georg Heim

Archiv des Deutschen Museums

Verwaltungsarchiv (VA)

Leo Baeck Institute Archives

Memoir Collection (ME)

Archiv der MAN Augsburg

NL Richard Buz

Zentralarchiv der Franziskaner Paderborn

NL Remigius Stadler

Periodika

Allgemeine Zeitung
Altbayerische Monatsschrift
Amtsblatt der Königlichen Staatsministerien des Königlichen Hauses und des Äußern und des Innern
Amtsblatt der Königlichen Staatsministerien des Königlichen Hauses und des Äußern und des Innern: Kriegs-Beilage
Amtsblatt der Staatsministerien des Äußern, des Innern, für Soziale Fürsorge, für Landwirtschaft und für Handel und Gewerbe
Amtsblatt des Königlichen Staatsministeriums des Innern
Basler National-Zeitung
Bayerische Hochschulzeitung. Wochenschrift für akademisches Leben und studentische Selbstverwaltung
Bayerische Staatszeitung (BStZ)
Bayerischer Kurier
Bayerischer Staatsanzeiger (StAnz)
Bayerisches Bauernblatt
Berliner Tageblatt
Blätter der Bayerischen Mittelpartei
Deutsche Gaue
Deutsche Zeitung
Deutsche Allgemeine Zeitung
Fest-Schrift zur landwirtschaftlichen Ausstellung in Kaufbeuren im Jahre 1901
Fest-Zeitung zum landwirtschaftlichen Bezirksfeste mit Gewerbe-Ausstellung in Erding (1904)
Fest-Zeitung zur landwirtschaftlichen und gewerblichen Ausstellung in Erding (1892)
Gesetzes- und Verordnungsblatt des Königreichs Bayern / des Freistaats Bayern
Kaufbeurer Tagblatt
Kreisamtsblatt von Oberbayern
Kunst und Handwerk. Zeitschrift für Kunstgewerbe und Kunsthandwerk
München-Augsburger Abendzeitung (MAAZ)
Münchener Post (MP)
Münchener Zeitung (MZ)
Münchner Neueste Nachrichten (MNN)
Münchner Studentendienst (Halbmonatsschrift)
Neue Zeitung
Reichsgesetzblatt
Regensburger Anzeiger
Rosenheimer Anzeiger
Rote Hand. Führendes Organ für national-anarchistische Gschafthuberei
Süddeutsche Bauzeitung
Süddeutsche Demokratische Korrespondenz
Süddeutsche Zeitung
Volkskunst und Volkskunde / Bayerischer Heimatschutz
Vossische Zeitung
Wasserburger Anzeiger

Gedruckte Quellen und Editionen

Abernon, Edgar Vincent Lord d', An Ambassador of Peace. Lord Abernons Diary. Vol. I. From Spa (1920) to Rapallo (1922), London 1929.

Adreßbuch von München für das Jahr 1878, hg. von der kgl. Polizei-Direktion, München 1878.

Adreßbuch für München 1918, hg. von der kgl. Polizei-Direktion, München 1918.

Akademischer Gesangverein München (Hg.), Gedächtnistafel 1861-1961, Liste der verstorbenen Mitglieder des AGV, München 1961.

Akten der Reichskanzlei, Das Kabinett Fehrenbach: 25. Juni 1920 bis 4. Mai 1921. Bearb. von Peter Wulf, Boppard am Rhein 1972.

Akten der Reichskanzlei, Das Kabinett Müller I: 27. März bis 21. Juni 1920. Bearb. von Martin Vogt, Boppard am Rhein 1971.

Akten der Reichskanzlei, Die Kabinette Wirth I und II: 10. Mai 1921 bis 26. Oktober 1921, 26. Oktober 1921 bis 22. November 1922, 2 Bde. Bearb. von Ingrid Schulze-Bidlingmaier, Boppard am Rhein 1973.

Akten zur deutschen auswärtigen Politik aus dem Archiv des Auswärtigen Amtes, Reihe A, Band III, Göttingen 1985.

Akten zur deutschen auswärtigen Politik aus dem Archiv des Auswärtigen Amtes, Reihe A, Band IV, Göttingen 1986.

Amtliches Verzeichnis des Personals der Lehrer, Beamten und Studierenden an der königlich bayerischen Ludwig-Maximilians-Universität zu München, München 1882-1884 (nach Semestern)

(Anonym), 13. November 1918-1925: Sieben Jahre Bürgerrat. Entwicklung der Bürgerratsbewegung München, in: Der Bürger. Mitteilungsblatt des Bürgerbundes München Nr. 5 (Nov. 1925), 1 f.

(Anonym), An unsere Mitglieder! in: Volkskunst und Volkskunde 6 (1908), 55-58.

(Anonym), Arbeiten des Vereins auf dem Gebiete der Heimischen Bauweise, in: Volkskunst und Volkskunde 5 (1907), 60-62

(Anonym), Arbeiten des Vereins auf dem Gebiete der Denkmalpflege, in: Volkskunst und Volkskunde 5 (1907), 73 f.

(Anonym), Architekt Heinrich Neu †, in: Bayerischer Heimatschutz 12 (1914), 115.

(Anonym), Aus den letzten Leidenswochen, in: Hilmar Schaudig (Hg.), Lebensbild des Oberkonsistorialpräsidenten D. Dr. Hermann v. Bezzel, München 1917, 111-117.

(Anonym), Bericht über die Tätigkeit des Bayerischen Landesvereins für Heimatschutz im Jahre 1916, in: Bayerischer Heimatschutz 15 (1917), 76-86.

(Anonym), Der Geiselmord in München. Ausführliche Darstellung der Schreckenstage im Luitpold-Gymnasium nach amtlichen Quellen, München 1919.

(Anonym), Der Künstler-Unterstützungsverein in München, in: Die Werkstatt der Kunst. Organ für die Interessen der bildenden Künstler 5 (1906), 512.

(Anonym), Der Pommersche Landbund eine Gefahr für die Deutsche Volksernährung: Material zur Beurteilung der Unternehmerhandlungen in der pommerschen Landwirtschaft (Schriften des Deutschen Landarbeiter-Verbandes 6), Berlin 1920.

(Anonym), Der Wettbewerb für den Neubau einer kath. Pfarrkirche in Starnberg, in: *Volkskunst und Volkskunde* 7 (1909), 121-123.

(Anonym), Die Attentate im Bayerischen Landtag. Der Prozeß gegen Alois Lindner und Genossen vor dem Volksgericht München, München 1919.

(Anonym), Die Kommission für staatliche Neubauten in München, in: *Süddeutsche Bauzeitung* 11 (1901), 429 f.

(Anonym), Die Nagelung von Kriegswahrzeichen, in: *Bayerischer Heimatschutz* 13 (1915), 43 f.

(Anonym), Die Tätigkeit des Bayerischen Vereins für Volkskunst und Volkskunde auf dem Gebiete der Pflege der heimischen Bauweise im 1. Quartal 1905, in: *Volkskunst und Volkskunde* 3 (1905), 47.

(Anonym), Geleitwort, in: *Bayerischer Heimatschutz* 14/4-12 (1916), 35 f.

(Anonym), Krippenspiele 1908, in: *Volkskunst und Volkskunde* 7 (1909), 16 f.

(Anonym), Krippenspiele Weihnachten 1907, in: *Volkskunst und Volkskunde* 6 (1908), 10-12.

(Anonym), Noch einmal die Tölzer Gewerbeausstellung, in: *Volkskunst und Volkskunde* 7 (1909), 109-117.

(Anonym), Unsere bewaffnete Macht: Rückblick und Ausblick, von einem bayerischen General, München 1919.

(Anonym), Unser Verein auf der Ausstellung der deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft in München 1905, in: *Volkskunst und Volkskunde* 3 (1905), 85-89.

(Anonym), Von Kahr zu Lerchenfeld. Der zweite bayerische Rechtsputsch mißlungen, München 1922.

(Anonym), Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für einen Zierbrunnen auf dem Bahnhofsplatze in Reichenhall, in: *Volkskunst und Volkskunde* 6 (1908), 8-10.

(Anonym), Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen zu einem Rathaus in Vohenstrauß, in: *Volkskunst und Volkskunde* 6 (1908), 93-95.

(Anonym), Wettbewerb für die Errichtung eines Kriegerdenkmals in Kaufbeuren, in: *Volkskunst und Volkskunde* 8 (1910), 118.

Axhausen, Günther, Organisation Escherich. Die Bewegung der nationalen Einheitsfront, Leipzig / Berlin 1921.

Bariéty, Jacques (Bearb.), *Documents Diplomatiques Françaises 1920 - Tome II*, Paris 1999.

Bariéty, Jacques (Bearb.), *Documents Diplomatiques Françaises 1920 - Tome III*, Paris 2002

Bauer, Franz J. (Bearb.), *Die Regierung Eisner 1918/19. Ministerratsprotokolle und Dokumente (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Erste Reihe, Band 10)*, Düsseldorf 1987.

Baumgärtner, Georg August, *Zehn Jahre Münchner Hilfstätigkeit 1914-1924. Ein Kapitel vaterländischen Opfersinns in Kriegs- und Nachkriegszeit*, München 1924.

Bayerische Gemeindeordnung für die Landesteile diesseits des Rheins, erläutert und mit den Vollzuvorschriften herausgegeben von Gustav von Kahr (sen.), 2 Bde., München 1896.

Bayerische Kriegsinvalidenfürsorge: Einrichtung und Grundsätze der Kriegsinvalidenfürsorge in Bayern. Bekanntmachung des Staatsministeriums des Innern vom 28. Februar 1915, ergangen an die K. Regierungen, Kammern des Innern, die K. Bezirksämter und die Gemeindebehörden, hg. vom K.b. Staatsministerium des Innern, München 1915.

Bayerische Kriegsnöte in früherer Zeit, 2 Bde., München 1917.

Bayerischer Heimgarten 1918/19, hg. vom Bayerischen Landesverein für Heimatschutz (Hg.), München 1919.

Benz, Wolfgang (Hg.), Politik in Bayern 1919-1933. Berichte des württembergischen Gesandten Carl Moser von Filseck (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 22/23), München 1971.

Bernstein, Martin, Ehre, wem Schande gebührt, in: Süddeutsche Zeitung Online vom 8.11.2019 [URL: <<https://www.sueddeutsche.de/muenchen/muenchen-gustav-von-kahr-strasse-strassennamen-1.4673935>>; zuletzt eingesehen am 5.3.2021].

Beßner, Christiane (Bearb.), Dr. h.c. Eduard Hamm 16.10.1879-23.09.1944, Bd. IV, Hamburg²2017.

Blößner, August, Über Heimatschutz und elektrische Leitungsanlagen, in: Bayerischer Heimatschutz 12 (1914), 61-76.

Brettreich, Friedrich von (Hg.), Die Bestimmungen über die Anlegung und den Betrieb von Dampfkesseln und Dampfgefäßen in Bayern, München 1894.

Bretzfeld, Friedrich, Die Verordnung über Sondergerichte gegen Schleichhandel und Preistreiberei (Wuchergerichte) vom 27. November 1919, Stuttgart 1920.

Buchert, Hermann, Volkskunst und heimische Bauweise. Architektur-Ausstellung des Vereins für Volkskunst und Volkskunde auf der Münchener Jahresausstellung im Glaspalast, in: Volkskunst und Volkskunde 6 (1908), 67-84.

Bunk, Anton, Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenfürsorge in München während der letzten zehn Jahre, Diss. München 1921.

Butler, Rohan - Bury, J.P.T. (Hg.), Documents on British Foreign Policy 1919-1939. First Series. Volume IX: German Affairs 1920, London 1960.

Butler, Rohan - Bury, J.P.T. (Hg.), Documents on British Foreign Policy 1919-1939. First Series. Volume X: German Affairs and Plebiscite Problems 1920, London 1960.

Chamberlain, Houston Stewart, Die Grundlagen des Neunzehnten Jahrhunderts, 2 Bde., München 1899.

Christ, Lena, Die Rumplhanni, München 2008.

Deuerlein, Ernst (Hg.), Der Hitler-Putsch. Bayerische Dokumente zum 8./9. November 1923, Stuttgart 1962.

Die Niederwerfung der Räteherrschaft in Bayern 1919 (Darstellungen aus den Nachkriegskämpfen deutscher Truppen und Freikorps 4), Berlin 1939.

Die Protokolle des Bayerischen Ministerrats 1919-1945. Das Kabinett Hoffmann I. 17. März - 31. Mai 1919. Bearb. von Wolfgang Ehberger und Johannes Merz, München 2010.

Die Protokolle des Bayerischen Ministerrats 1919-1945. Das Kabinett Hoffmann II, Teil 1. 31. Mai - 1. September 1919. Bearb. von Wolfgang Ehberger unter Mitarbeit von Matthias Bischel, München 2017.

Ein halbes Jahrhundert Münchner Kulturgeschichte, erlebt mit der Künstlergesellschaft Allotria, München 1959.

Eisenberger, Georg, Mein Leben für die Bauern. Erinnerungen eines Bauernführers, eingeleitet und kommentiert von Johann Kirchinger (Quellentexte zur bayerischen Geschichte 5), München 2011.

Englert, Ferdinand von, Die Bauordnung vom 17. Februar 1901 für das Königreich Bayern mit Ausnahme der Haupt- und Residenzstadt München. Mit Erläuterungen und einem Anhang, München 1901.

Eggersdorfer, Franz Xaver, Die Schulpolitik in Bayern. Von der Revolution bis zum Abgang des Ministeriums Hoffmann. Grundsätzliches, Texte, Erläuterungen, München 1920.

Escherich, Georg, Zur Aufforstungsfrage, in: Fest-Schrift zur landwirtschaftlichen Ausstellung in Kaufbeuren im Jahre 1901 Nr. 3 vom 17.7.1901.

Fest-Programm zur 50jährigen Jubelfeier des Künstler-Unterstützungsvereines (zugleich 25. Habenschadenfeier Pullach-Schwaneck), München 1894.

Feuchtwanger, Lion, Erfolg. Drei Jahre Geschichte einer Provinz, Berlin ⁸2011.

Fischer, Theodor, Vornehm? in: Fest-Schrift zur landwirtschaftlichen Ausstellung in Kaufbeuren im Jahre 1901 Nr. 9 vom 4.9.1901.

Geist, Maximilian, Der Pommersche Landbund, Diss. Würzburg 1921.

Geßler, Otto, Reichswehrpolitik in der Weimarer Zeit, hg. von Kurt Sendtner. Mit einer Vorbemerkung von Theodor Heuss, Stuttgart 1958.

Gmelin, Leopold, Zum fünfzigjährigen Bestehen des Bayerischen Kunstgewerbevereins, in: Kunst und Handwerk. Zeitschrift für Kunstgewerbe und Kunsthandwerk 51 (1900/1901), 14-22, 49-58, 82-92.

Grässel, Hans, Die Gewerbeausstellung in Erding (4.-11. September 1904), in: Volkskunst und Volkskunde 3 (1905), 31-33, 51-55.

Grässel, Hans, Die verunstaltende Reklame, in: Bayerischer Heimatschutz 10 (1912), 110-112.

Graf, Oskar Maria, Wir sind Gefangene. Ein Bekenntnis, Berlin 2012.

Groeschel, Julius Maria, Veste Neuburg am Inn. Denkschrift, in: Bayerischer Heimatschutz 20 (1924), 3-144.

Groeschel, Julius Maria, Schwindegg, in: Bayerischer Heimatschutz 11 (1913), 135-143.

Groeschel, Julius Maria, Was wir wollen! In: Volkskunst und Volkskunde 6 (1908), 13-16.

Gruchmann, Lothar - Weber, Reinhard (Hg.), Der Hitler-Prozess 1924. Wortlaut der Hauptverhandlung vor dem Volksgericht München I, 4 Teile, München 1999.

Gumbel, Emil Julius, Verschwörer. Zur Geschichte und Soziologie der deutschen nationalistischen Geheimbünde 1918-1924, Frankfurt am Main 1984 (Erstausgabe Wien 1924).

Handbuch für den bayerischen Landes-Feuerwehr-Verband, hg. vom Landesfeuerwehrverband Bayern (Ludwig Jung), München 1898.

Henninger, Wilhelm, Die Religionsgliederung der Bevölkerung in Bayern, nach der Volkszählung vom 17. Mai 1939 und dem Gebietsstand vom 1. Oktober 1940, München 1941.

Hof- und Staatshandbuch des Königreichs Bayern 1886, hg. vom Kgl. Bayerischen Statistischen Landesamt, München 1886.

Hof- und Staatshandbuch des Königreichs Bayern 1902, hg. vom Kgl. Bayerischen Statistischen Landesamt, München 1902.

Hahn, Paul, Der „Rote Hahn“, eine Revolutionserscheinung. Erinnerungen aus der Revolution in Württemberg, Stuttgart 1922.

Hamm, Eduard, Volksernährung im Kriege, Dießen vor München 1917.

Hansen, Peter Andreas, Baulinienplan für den Vorort Pfersee bei Augsburg, in: Volkskunst und Volkskunde 2 (1904), 79-83 / Der Städtebau 1 (1904), 113-115.

Hartmann, Christian u. a. (Hg.), Hitler, Mein Kampf. Eine kritische Edition, Bd. I, München / Berlin 2016.

Hausenstein, Wilhelm, Die Politisierung des Unpolitischen, in: Der neue Merkur. Monatsschrift für geistiges Leben 2 (1915), 174-188.

Heim, Georg, Die nachträgliche Erhöhung für Brotgetreide, Hafer und Gerste, in: Bayerisches Bauernblatt Nr. 6 vom 8.2.1916.

Heim, Georg, Bayern und die Kapp-Wende, in: Münchner Neueste Nachrichten Nr. 307/308 vom 10./11.11.1928.

Hofmiller, Josef, Revolutionstagebuch 1918/19. Aus den Tagen der Münchner Revolution, Leipzig 1938.

Hürten, Heinz (Hg.), Die Anfänge der Ära Seeckt. Militär und Innenpolitik 1920-1922 (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Düsseldorf 1979.

Hürten, Heinz (Bearb.), Zwischen Revolution und Kapp-Putsch. Militär und Innenpolitik 1918-1920 (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Zweite Reihe 2), Düsseldorf 1977.

Hugenberg, Alfred, Rückblick und Ausblick. Denkschrift aus dem Jahre 1917, in: ders., Streiflichter aus Vergangenheit und Gegenwart, Berlin 1927.

Hutzemann, August, Die Kohlenversorgung Bayerns vom Anfang des Krieges bis zur Gegenwart, Diss. Erlangen 1922.

Jahres-Bericht über das Kgl. Maximilians-Gymnasium in München im Jahre 1877/78, hg. vom Maximiliansgymnasium München, München 1878.

Jahresbericht über das K. Maximilians-Gymnasium in München im Jahre 1880/81, hg. vom Maximiliansgymnasium München, München 1881.

Jahres-Bericht über die Königliche Studien-Anstalt Landshut für das Schuljahr 1873/74, Landshut 1874.

Jahres-Bericht über die Königliche Studien-Anstalt Landshut für das Schuljahr 1874/75, Landshut 1875.

Kahr, Gustav, Das Vagabundenwesen im Amtsbezirke Erding, in: Fest-Zeitung zur landwirtschaftlichen und gewerblichen Ausstellung in Erding Nr. 2 vom 8.8.1892.

Kahr, Gustav, Der landwirtschaftliche Bezirk in der Geschichte, in: Fest-Zeitung zur landwirtschaftlichen und gewerblichen Ausstellung in Erding Nr. 8 vom 17.9.1892.

[Kahr, Gustav], Über Denkmalpflege und Baupolizei in Bayern, in: Adolf von Oechelhäuser (Hg.) Denkmalpflege. Auszug aus den stenographischen Berichten des Tages für Denkmalpflege in Dresden 1900, Freiburg i.B 1901, Düsseldorf 1902, Erfurt 1903, Mainz 1904, Bamberg 1905, Braunschweig 1906, Mannheim 1907, Lübeck 1908, Trier 1909, Bd. I, Leipzig 1910, 293-307, hier: 298-307.

Kahr, Gustav von, Den Manen unseres lieben Dr. Julius Maria Groeschel, in: Bayerischer Heimatschutz 20 (1924), I-VIII.

Kahr, Gustav von, Regierungsrat August Fischer-Tölz †, in: Bayerischer Heimatschutz 13 (1915), 128 f.

Kahr, Gustav von, Unser Verein und seine Geschichte, in: Bayerischer Heimatschutz 10 (1912), 67-79.

Kaiserliches Statistisches Amt (Hg.), Berufsstatistik der kleineren Verwaltungsbezirke: Berufs- und Gewerbebeziehung vom 14. Juni 1895 (Statistik des Deutschen Reiches 109), Berlin 1897.

Kaiserliches Statistisches Amt (Hg.), Gewerbe-Statistik der Verwaltungsbezirke: Berufs- und Gewerbebeziehung vom 14. Juni 1895, Bd. 2 (Statistik des Deutschen Reiches 118), Berlin 1898.

Kanzler, Rudolf, Bayerns Kampf gegen den Bolschewismus. Geschichte der bayerischen Einwohnerwehren, München 1931.

Klemperer, Victor, LTI. Notizbuch eines Philologen, Stuttgart 2020.

Klemperer, Victor, Man möchte immer weinen und lachen in einem. Revolutionstagebuch 1919. Mit einem Vorwort von Christopher Clark und einem historischen Essay von Wolfram Wette, Berlin 2015.

Königsberger, Kurt, Die wirtschaftliche Demobilmachung in Bayern während der Zeit vom November 1918 bis Mai 1919, in: Zeitschrift des Bayerischen Statistischen Landesamts 52 (1920), 193-226.

Könnemann, Erwin (Hg.), Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsch. Dokumente, München 2002.

Kolb, Annette, Daphne Herbst, Frankfurt am Main 1982.

Kracauer, Siegfried, Die Biographie als neubürgerliche Kunstform, in: Frankfurter Zeitung vom 29.6.1930.

Kraupa, Michael, Die BVP-Fraktion im Bayerischen Landtag unter der Regierung Gustav von Kahrs. Edition der BVP-Protokolle und geschichtliche Entwicklung, unveröffentl. Magisterarbeit München 1995.

Kronheimer, W., Rechtliche Behandlung der Schutzhaft in Bayern, in: Zeitschrift für Rechtspflege in Bayern 15 (1919), 447 f.

Laforet, Wilhelm, Die wohlerworbenen Rechte der bayerischen Beamten (Schriftenreihe des Landesverbandes der Bayerischen Staatsbeamten 13), München 1930.

Landau, Peter - Riess, Rolf (Hg.), Recht und Politik in Bayern zwischen Prinzregentenzeit und Nationalsozialismus. Die Erinnerungen von Philipp Loewenfeld (Münchner Universitätsschriften, Juristische Fakultät: Abhandlungen zur rechtswissenschaftlichen Grundlagenforschung 91), Ebelsbach 2004.

[Langbehn, Julius], Rembrandt als Erzieher, von einem Deutschen, Leipzig 1890.

Leidinger, Georg, Geschichte des Akademischen Gesangvereins München 1861-1911, München 1911.

Löhner, Otto, Bauarbeiterschutz und Baupolizei in Bayern (Münchener volkswirtschaftliche Studien 84), Stuttgart 1907.

Löhner, [Otto], Elektrizitätsversorgung und Heimatschutz, in: Bayerischer Heimatschutz 10 (1912), 223-228.

Löhner, Otto, Kleinbürgerliche Baukunst, in: Volkskunst und Volkskunde 5 (1907), 28-33.

- Luther, Hans, Politiker ohne Partei. Erinnerungen, Stuttgart 1960.
- Mann, Thomas, Deutschland und die Deutschen. Rede anlässlich seines 70. Geburtstages (1945), in: Reden, die die Welt bewegten, Essen [1998], 448-465.
- Martens, Stefan (Hg.), Documents Diplomatiques Français sur l'Allemagne 1920 - Französische Diplomatenberichte aus Deutschland 1920, 2 Bde. (Pariser Historische Studien 33), Bonn / Berlin 1992/1993.
- Medlicott, W.N. - Dakin, Douglas (Hg.), Documents on British Foreign Policy 1919-1939. First Series. Volume XVI: Upper Silesia, March 22, 1921 - November 2, 1922. Germany 1921, London 1968.
- Memorandum des Vereines bildender Künstler Münchens, o.O. 1892.
- Messerer, Die Gewerbeausstellung in Bad Tölz, in: Volkskunst und Volkskunde 7 (1909), 101-103.
- Morsey, Rudolf - Ruppert, Karsten, Die Protokolle der Reichstagsfraktion der deutschen Zentrumspartei (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte 33), Mainz 1981.
- Müller, Carl Theodor - Zwehl, Theodor von, Handbuch für den Einjährig-Freiwilligen, den Unterofficier, Officiers-Adspiranten und Officier des Beurlaubtenstandes der kgl. bayerischen Infanterie, München 1879.
- Müller, Karl Alexander von, Mars und Venus. Erinnerungen 1914-1919 (Erinnerungen 2), Stuttgart 1954.
- Müller, Karl Alexander von, Volk in Not! München 1921.
- Müller-Meinigen, Ernst, Aus Bayerns schwersten Tagen. Erinnerungen und Betrachtungen aus der Revolutionszeit, Berlin 1924.
- Naumann, Victor, Profile. 30 Porträt-Skizzen aus den Jahren des Weltkrieges nach persönlichen Begegnungen, München u. a. 1925.
- Nawiasky, Hans, Bayerisches Verfassungsrecht, München u. a. 1923.
- Niekisch, Ernst, Gewagtes Leben. Begegnungen und Begebnisse, Köln / Berlin 1958.
- Nollet, Charles, Une expérience de désarmement. Cinq ans de contrôle militaire en Allemagne. Paris 1932.
- Nordau, Max, Entartung, 2 Bde., Berlin 1892/93.
- Nürnberger, Wilhelm, Die allgemeine Bauordnung und sonstige Vorschriften bezüglich der Baupolizei. Eine vollständige Sammlung der im Königreich Bayern geltenden baupolizeilichen Vorschriften nebst dem Reichsgesetz über die Sicherung der Bauforderungen und den Vorschriften über die Bauschulen (Prögel's Verwaltungspraxis 48), Ansbach 1913.
- Nürnberger, Wilhelm, Feuerpolizei: Eine vollständige Sammlung der im Königreich Bayern geltenden feuerpolizeilichen Vorschriften nebst verschiedenen Bestimmungen für die Feuerwehren. Mit zahlreichen Musterbeispielen (Prögel's Verwaltungspraxis 49), Ansbach 1913.
- Oertzen, Friedrich Wilhelm von, Die deutschen Freikorps 1918-1923, München 1936.
- Pagel, Julius Leopold, Biographisches Lexikon hervorragender Ärzte des neunzehnten Jahrhunderts. Mit einer historischen Einleitung, Berlin / Wien 1901.
- Pechmann, Johann Nepomuk von, Wirkungskreis der bayerischen Distrikts-Verwaltungsbehörden, zunächst der Bezirksämter (rechts des Rheines), auf Grund der

mittlerweile im Verwaltungsgebiete eingetretenen Änderungen und der neuesten Gesetzgebung bearb. von Friedrich Brettreich, 2 Bde., Bamberg ⁵1890/1892.

Piloty, Robert, Das Friedensangebot der Mittelmächte. Eine Zusammenstellung des Wortlautes der auf den Frieden bezüglichen Noten und Kundgebungen der Kriegführenden und Neutralen vom Dezember 1916 und Januar und Februar 1917 nebst Betrachtungen über den Geist und die Folgen dieser Kundgebungen, Tübingen 1917.

Pöschl, Walter (Hg.), Kindheit und Jugend in Landshut. Autobiographische Zeugnisse, Straubing 2006.

Pointner, Andy, Das Ergebnis des Wettbewerbs zur Bebauung des Augustinerstocks in München, in: Architektonische Rundschau 26 (1910), 4-10.

Rank, Frank, Die Schützendult. Veranstaltet vom bayerischen Verein für Volkskunst und Volkskunde anlässlich des 15. deutschen Bundesschießens in München, in: Volkskunst und Volkskunde 4 (1906), 85-92.

Rascher, Georg, Veteranen- und Krieger-Erholungsheim Wülzburg bei Weißenburg i.B., Weißenburg 1914.

Recht und Verwaltung des Heimatschutzes in Bayern, hg. vom Bayerischen Verein für Volkskunst und Volkskunde in München, München 1912.

Riehl, Wilhelm Heinrich, Die bürgerliche Gesellschaft, Stuttgart / Augsburg ⁴1856.

Riehl, Wilhelm Heinrich, Land und Leute, Stuttgart ⁵1861.

Roddie, Stewart, Peace Patrol, London 1932.

Röhm, Ernst, Die Geschichte eines Hochverrätters, München ⁷1934.

Rolfs, Wilhelm, Alte Geleise - Neue Pfade, in: Kunst und Handwerk. Zeitschrift für Kunstgewerbe und Kunsthandwerk 47 (1897/98), 5-16.

Rosen, Erwin, Orgesch, Berlin 1921.

S., J., Allotria: Marginalia, in: Die Kunst für alle. Malerei, Plastik, Graphik, Architektur 27 (1911/12), 26-36.

Samwer, Karl, Ein Überblick über die Geschichte der Gothaer Lebensversicherungsbank, in: ders. (Hg.), Hundert Jahre Gothaer Lebensversicherungsbank auf Gegenseitigkeit 1827-1927. Eine Festschrift, Gotha 1927.

Schanz, Georg, Die Ausbildung zum höheren Verwaltungsdienst in Bayern, in: Verein für Socialpolitik (Hg.), Die Vorbildung zum höheren Verwaltungsdienste in den deutschen Staaten, Österreich und Frankreich. Berichte und Gutachten (Schriften des Vereins für Socialpolitik 34), Leipzig 1887, 91-113.

Scheidemann, Philipp, Der Zusammenbruch, Berlin 1921.

Schulzen, Friedrich von, Die Waffen der Arbeitgeber im Kampf gegen die Gewerkschaftsbewegung in der Landwirtschaft, Stettin 1920.

Schweder, Paul, Der Münchner Geiselmord vor Gericht. Vorgeschichte, ausführlicher Verhandlungsbericht und Urteil (Deutsche Kriminalbücherei 1), München 1920.

Schwend, Karl, Bayern zwischen Monarchie und Diktatur. Beiträge zur bayerischen Frage in der Zeit von 1918 bis 1933, München 1954.

Schweyer, Franz Xaver, Deutsche Kriegsfürsorge. Gemeinverständliche Darstellung der für die Versorgung der Kriegsteilnehmer und ihrer Familien geltenden Vorschriften und Grundsätze, Berlin 1918.

- Schweyer, Franz Xaver, Über deutsche Kriegsfürsorge. Vortrag, München 1917.
- Seidl, Gabriel von, Denkschrift über die Erhaltung und künftige Verwendung der alten Augustinerkirche, nun Mauthalle in München, München 1906.
- Seidl, Gabriel von, Zum Streit der kunstgewerblichen Anschauungen, in: Kunst und Handwerk. Zeitschrift für Kunstgewerbe und Kunsthandwerk 47 (1897/98), 77-79.
- Seydel, Max von - Piloty, Robert, Bayerisches Staatsrecht, Bd. 1: Die Staatsverfassung, Tübingen ²1913.
- Seydel, Max von - Graßmann, Josef von, Bayerisches Staatsrecht, Bd. 2: Die Staatsverwaltung, Tübingen ²1913.
- Sommer, Karl, Beiträge zur bayerischen und deutschen Geschichte in der Zeit von 1910-1933, [München] 1981.
- Statistisches Jahrbuch für den Freistaat Bayern 1924, hg. vom Bayerischen Statistischen Landesamt, München 1924.
- Staudinger, Julius von, Das Polizeistrafgesetzbuch für das Königreich Bayern nach dem Stande der Gesetzgebung ab 1. Januar 1900, München ⁴1900.
- Staudinger, Karl, Das Königlich-Bayerische 2. Infanterieregiment „Kronprinz“ 1682 bis 1882, 2 Bde., München 1885 / 1887.
- Stegerwald, Adam, Zusammenbruch und Wiederaufbau, Berlin 1922.
- Stempel, Ludwig von, Die Ziele des Münchener Architekten- und Ingenieurvereins, in: Süddeutsche Bauzeitung 12 (1902), 385-387.
- Stenographische Protokolle über die Sitzungen des Nationalrates der Republik Österreich 1920/21, Bd. I, Wien 1923.
- Stenographischer Bericht über die Verhandlungen des Kongresses der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte vom 25. Februar bis 8. März 1919, München 1919.
- Stockmann, Hermann, Unsere Vereinssammlung, in: Bayerischer Heimatschutz 17 (1918), 34-41.
- Stois, Max, Reklame und Heimatschutz in Bayern, in: Bayerische Gemeindezeitung 29 (1919), Sp. 206-209, 228-234.
- Thiersch, August, Pflege der heimischen Bauweise, in: Volkskunst und Volkskunde 3 (1905), 18 f.
- Thiersch, Friedrich von, Die ehemalige Augustinerkirche zu München. Ein Beitrag zur Lösung der Münchener Museumsfragen. Vortrag gehalten am 2. März 1909 im Kunstgewerbehaus zu München, München 1909.
- Treitschke, Heinrich von, Unsere Aussichten, in: Preußische Jahrbücher 44 (1879), 559-576.
- Verhandlungen des Provisorischen Nationalrates des Volksstaates Bayern 1918/19, Stenographische Berichte, München 1919.
- Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten des bayerischen Landtags, Stenographische Berichte / Beilagenbände, München 1897-1918.
- Verhandlungen der Kammer der Reichsräte des bayerischen Landtags, Stenographische Berichte, München 1902-1918.
- Verhandlungen des Bayerischen Landtags, Stenographische Berichte / Beilagenbände, München 1919-1921.

Verhandlungen des Reichstags, Stenographische Berichte, Berlin 1920/21.

Verhandlungen des Salzburger Landtages der II. Session der I. Wahlperiode, Salzburg 1921.

Verzeichnis der Vorlesungen an der Königlichen Ludwig-Maximilians-Universität zu München im Winter-Semester 1882/83, München 1882.

Volkert, Wilhelm (Bearb.), Ludwig Thoma. Sämtliche Beiträge aus dem „Miesbacher Anzeiger“ 1920/21, München ²1990.

Wassermann, Rudolf, Die Verordnung gegen Wucher, Preistreiberei und Schleichhandel in der Fassung der Wuchergerichtsverordnung vom 27. November 1919, München 1920.

Weber, Karl (Hg.), Neue Gesetz- und Verordnungsammlung für das Königreich Bayern mit Einschluß der Reichsgesetzgebung, Bd. II, Nördlingen 1882.

Will, Karl, Am 7. November 1918, in: Das Bayerland. Illustrierte Halbmonatsschrift für Bayerns Land und Volk 45 (1934), 102-104.

Woerner, Otto, Rechtliche Natur und Verfassung der Kommunalverbände Bayerns, in: Bayerische Gemeindezeitung Nr. 2 vom 10.1.1918.

Wolf, Hubert (wiss. Leitung), Eugenio Pacelli, Kritische Online-Edition der Nuntiaturberichte von 1917 bis 1929 [URL: <<http://www.pacelli-edition.de/index.html>>; zuletzt eingesehen am 14.03.2021].

Wulz, Gustav, Die Familie Kahr, in: Archiv für Rassen- und Gesellschaftsbiologie 18 (1926), 249-269.

Zell, Franz, Bauern-Häuser und volkstümliche Hausmalereien im bayerischen Hochland, Frankfurt am Main 1900.

Zell, Franz, Bauern-Möbel aus dem Bayerischen Hochland, Frankfurt am Main 1899.

Zell, Franz, Volkskunst im Allgäu. Original-Aufnahmen aus der Ausstellung für „Volkskunst und Volkskunde“ in Kaufbeuren, Kaufbeuren 1902.

Zell, Franz, Unseren geehrten Mitarbeitern und Abonnenten, in: Süddeutsche Bauzeitung 12 (1902), 101.

Zimmermann, Waldemar, Der Streik in gemeinnötigen Betrieben und die Technische Nothilfe, in: Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt 29 (1919), 145.

Zink, Adolf von, Gustav Ritter von Kahr, Dr. med. h.c., in: Festschrift zur Feier des fünfzigjährigen Bestehens des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs, hg. vom Bayerischen Verwaltungsgerichtshof, München / Berlin / Leipzig 1929, 55-65.

Literaturverzeichnis

Albrecht, Angelika, Zigeuner in Altbayern 1871-1914. Eine sozial-, wirtschafts- und verwaltungsgeschichtliche Untersuchung der bayerischen Zigeunerpolitik (Materialien zur bayerischen Landesgeschichte 15), München 2002.

Albrecht, Willy, Landtag und Regierung in Bayern am Vorabend der Revolution von 1918. Studien zur gesellschaftlichen und staatlichen Entwicklung Deutschlands von 1912-1918 (Beiträge zu einer historischen Strukturanalyse Bayerns im Industriezeitalter 2), Berlin 1968.

Almond, Gabriel - Verba, Sidney, The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations, Princeton 1963.

Almond, Gabriel - Verba, Sidney, The Civic Culture Revisited, Boston / Toronto 1980.

Altenbockum, Jasper von, Wilhelm Heinrich Riehl 1823-1897. Sozialwissenschaft zwischen Kulturgeschichte und Ethnographie (Münstersche historische Forschungen 6), Köln u. a. 1994.

Altendorfer, Otto, Fritz Schäffer als Politiker der Bayerischen Volkspartei 1888-1845 (Untersuchungen und Quellen zur Zeitgeschichte 2), 2 Bde., München 1993.

Aly, Götz, Warum die Deutschen? Warum die Juden? Gleichheit, Neid und Rassenhass 1800-1933, Frankfurt am Main 2011.

Andersen, Arne, „Lebensreform“ und „Heimatschutz“, in: Friedrich Prinz - Marita Krauss (Hg.), München - Musenstadt mit Hinterhöfen, München 1988, 295-300.

Angermair, Elisabeth, „Brüder! Die Soldaten und Arbeiter Münchens haben heute nacht die Zeitungen besetzt.“ Information und Manipulation durch die Medien in der Revolutions- und Rätezeit, in: dies. - Andreas Heusler (Hg.), Machtwechsel. München zwischen Oktober 1918 und Juni 1919, München 2020, 57-78.

Angermair, Elisabeth - Heusler, Andreas, Nach Eisner... Ein Ausblick, in: dies. (Hg.), Machtwechsel. München zwischen Oktober 1918 und Juni 1919, München 2020, 229-234.

Anker, Josef, Das bayerische Staatsministerium für Soziale Fürsorge, seine Geschäftsbereiche in der Ministerialstruktur seit 1918 und seine archivalische Überlieferung im Bayerischen Hauptstaatsarchiv, in: Archivalische Zeitschrift 85 (2003), 221-257.

Appel, Michael, Die letzte Nacht der Monarchie. Wie Revolution und Räterepublik in München Adolf Hitler hervorbrachten, München 2018.

Arnold, Ludwig - Bindl, Thomas - Drexler, Christoph (Hg.), 125 Jahre Münchener Secession 1892-2017: Verein bildender Künstler Münchens Secession e.V. Ausstellungskatalog, München 2017.

Arps, Ludwig, Bayerische Versicherungsbank AG (1835-1960). Vom Preysing-Palais zur Ludwigstraße, München 1960.

Aschenbeck, Nils, Reformarchitektur. Die Konstituierung der Ästhetik der Moderne, Basel 2016.

Ashley, Kathleen - Plesch, Véronique, The Cultural Processes of „Appropriation“, in: Journal of Medieval and Early Modern Studies 32 (2002), 1-15.

Auerbach, Hellmuth, Hitlers politische Lehrjahre und die Münchener Gesellschaft 1919-1923. Versuch einer Bilanz anhand der neueren Forschung, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 25 (1977), 1-45.

Aulke, Julian, Räume der Revolution. Kulturelle Verräumlichung in Politisierungsprozessen während der Revolution 1918-1920 (Studien zur Geschichte des Alltags 31), Stuttgart 2015.

Ay, Karl-Ludwig (Hg.), Appelle einer Revolution. Das Ende der Monarchie - Das revolutionäre Interregnum - Die Rätezeit, München 1968.

Ay, Karl-Ludwig, Die Entstehung einer Revolution. Die Volksstimmung in Bayern während des Ersten Weltkrieges (Beiträge zu einer historischen Strukturanalyse Bayerns im Industriezeitalter 1), Berlin 1968.

Bähr, Johannes - Banken, Ralf - Flemming, Thomas (Hg.), Die MAN. Eine deutsche Industriegeschichte, München 2008.

Bäuml, Maria Magdalena, Kulturpolitik gegen die Krise der Demokratie. Das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus zwischen 1926 und 1933 (Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte 168), München 2018.

Bäumler, Klaus, Glaspalast, München, in: Historisches Lexikon Bayerns [URL: https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Glaspalast,_München; zuletzt eingesehen am 2.3.2021].

Bair, Deidre, Die Biografie ist akademischer Selbstmord, in: Literaturen 7/8 (2001), 38 f.

Bamler, Albrecht, Der Publizist und Schriftsteller Hermann Stegemann (1870-1945). Seine Wandlung vom linksliberalen Journalisten zum deutschnationalen Publizisten (Europäische Hochschulschriften 388), Frankfurt am Main 1989.

Bammer, Stephan (Red.), Zurück in die Zukunft - Gabriel von Seidl in Tölz. Begleitband zur Ausstellung im Stadtmuseum Bad Tölz, Lenggries²2013.

Barth, Boris, Dolchstoßlegenden und politische Desintegration. Das Trauma der deutschen Niederlage im Ersten Weltkrieg 1914-1933 (Schriften des Bundesarchivs 61), Düsseldorf 2003.

Barth-Scalmani, Gunda, Tourismus und Krieg: ein neues Themenfeld der Weltkriegshistoriographie? in: Patrick Gasser - Andrea Leonardi - dies. (Hg.), Krieg und Tourismus im Spannungsfeld des Ersten Weltkrieges (Tourism & Museum 5), Innsbruck / Wien / Bozen 2014, 27-54.

Bauer, Franz J., Bürgerwehrraffäre, 1918, in: Historisches Lexikon Bayerns [URL: https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Bürgerwehrraffäre,_1918]; zuletzt eingesehen am 9.3.2021].

Bauer, Franz J. - Schmidt, Eduard, Die Bayerischen Volksgerichte 1918-1924. Das Problem ihrer Vereinbarkeit mit der Weimarer Verfassung, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 48 (1985), 449-478.

Bauer, Ingolf, Von „Tölzer Art“ zur „Volkskunst“, in: Zeitschrift für Bayerische Landesgeschichte 60 (1997), 803-818.

Bauer, Winfried (Hg.), Chronik. 150 Jahre Maximiliansgymnasium 1849-1999, München 1999.

Baumgarten, Britta - Lahusen, Christian, Politiknetzwerke - Vorteile und Grundzüge einer qualitativen Analysestrategie, in: Betina Holstein - Florian Straus (Hg.), Qualitative Netzwerkanalyse. Konzepte, Methoden, Anwendungen, Wiesbaden 2006.

Baur, Johannes, Die russische Kolonie in München 1900-1945. Deutsch-russische Beziehungen im 20. Jahrhundert (Veröffentlichungen des Osteuropa-Instituts München, Reihe Geschichte 65), Wiesbaden 1998.

Baur, Johannes, Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung, 1920/21-1924, in: Historisches Lexikon Bayerns [URL: https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Wirtschaftliche_Aufbau-Vereinigung,_1920_21-1924]; zuletzt eingesehen am 2.3.2021].

bayerns.de/Lexikon/Wirtschaftliche_Aufbau-Vereinigung,_1920/21-1924>; zuletzt eingesehen am 4.3.2021].

Bauerkämper, Arnd - Julien, Elise, Einleitung: Durchhalten! Kriegskulturen und Handlungspraktiken im Ersten Weltkrieg, in: dies. (Hg.), Durchhalten! Krieg und Gesellschaft im Vergleich, 1914-1918, Göttingen 2010, 7-28.

Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege (Hg.), Denkmäler in Bayern: Landeshauptstadt München Mitte, bearb. von Heinrich Habel, Johannes Hallinger und Timm Weski, Bd. 1 und 2, München 2009.

Beckenbauer, Alfons, Wie Adolf Hitler durch einen niederbayerischen Grafen zu einem Wutausbruch gebracht wurde. Aus den unveröffentlichten Memoiren des Joseph Maria Graf von Soden-Frauenhofen - zugleich ein Beitrag zur Geschichte des monarchischen Gedankens in Bayern während der Weimarer Zeit, in: Verhandlungen des Historischen Vereins für Niederbayern 103 (1977), 5-29.

Becker, Frank - Reinhardt-Becker, Elke, Systemtheorie. Eine Einführung für die Geschichts- und Kulturwissenschaften, Frankfurt am Main 2001.

Becker, Nikola, Bürgerliche Lebenswelt und Politik in München. Autobiographien über das Fin de Siècle, den Ersten Weltkrieg und die Weimarer Republik (Münchener historische Studien 22), Kallmünz 2014.

Becker, Winfried, Heinrich Held (1868-1938). Aufstieg und Sturz des bayerischen Parlamentariers und Ministerpräsidenten, in: Zeitschrift für Bayerische Landesgeschichte 72 (2009), 807-891.

Bendl, Eva, Inszenierte Geschichtsbilder. Museale Sinnbildung in Bayerisch-Schwaben vom 19. Jahrhundert bis in die Nachkriegszeit (Bayerische Studien zur Museumsgeschichte 2), Berlin 2016.

Benz, Wolfgang, Bayerische Auslandsbeziehungen im 20. Jahrhundert. Das Ende der auswärtigen Gesandtschaften Bayerns nach dem I. Weltkrieg, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 32 (1969), 962-994.

Benz, Wolfgang, Süddeutschland in der Weimarer Republik. Ein Beitrag zur deutschen Innenpolitik 1918-1923 (Beiträge zu einer historischen Strukturanalyse Bayerns im Industriezeitalter 4), Berlin 1970.

Berg, Matthias, Karl Alexander von Müller: Historiker für den Nationalsozialismus (Schriftenreihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften 88), Göttingen 2014.

Berg-Schlosser, Dirk, Politikwissenschaft. Eine grundlegende Einführung, Baden-Baden 2013.

Berghahn, Volker R., Der Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten 1918-1935 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 33), Düsseldorf 1966.

Bergien, Rüdiger, Die bellizistische Republik. Wehrkonsens und „Wehrhaftmachung“ in Deutschland 1918-1933, München 2012.

Bergmann, Klaus, Agrarromantik und Großstadtfeindschaft (Marburger Abhandlungen zur politischen Wissenschaft 20), Meisenheim an der Glan 1970.

Bergmann, Hannsjörg, Der Bayerische Bauernbund und der Bayerische Christliche Bauernverein 1919-1928 (Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte 81), München 1986.

Bessel, Richard, *Germany after the First World War*, Oxford 1993.

Bessel, Richard, „Eine nicht allzu große Beunruhigung des Arbeitsmarktes“: Frauenarbeit und Demobilmachung in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg, in: *Geschichte und Gesellschaft* 9 (1983), 211-229.

Bessel, Richard, *Unemployment and Demobilisation in Germany after the First World War*, in: Richard J. Evans (Hg.), *The German unemployed: Experiences and consequences of mass unemployment from the Weimar Republic to the Third Reich*. London / Sydney 1987, 23-43.

Bieber, Hans-Joachim, *Bürgertum in der Revolution. Bürgerräte und Bürgerstreiks in Deutschland 1918-1920*, Hamburg 1992.

Bischel, Matthias, *Der Bund „Bayern und Reich“ in Oberfranken. Ein Motor politischer Radikalisierung und Militarisierung* (Beitrag zu Sammelband; im Druck)

Bischel, Matthias, *Räterepublik Baiern (1919)*, in: *Historisches Lexikon Bayerns* [URL: <[https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Räterepublik_Baiern_\(1919\)](https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Räterepublik_Baiern_(1919)>)>; zuletzt eingesehen am 9.3.2021].

Blessing, Werner K., *Bayerns Verwaltung im 20. Jahrhundert. Bemerkungen zu Leitenden, Forschungsstand und Perspektiven*, in: *Zeitschrift für Bayerische Landesgeschichte* 61 (1998), 59-95.

Blessing, Werner K., *Konfession und Nation. Zur politischen Identität in Bayern vor der Reichsgründung*, in: Josef Schröder - Günter Christ (Hg.), *Beiträge zu Kirche, Staat und Geistesleben: Festschrift für Günter Christ zum 65. Geburtstag am 20. März 1994*, Stuttgart 1994, 208-226.

Blessing, Werner K., *Politik und Kirche (bis 1914)*, in: Gerhard Müller - Horst Weigelt - Wolfgang Zorn (Hg.), *Handbuch der Geschichte der evangelischen Kirche in Bayern, Bd. II: 1800-2000*, St. Ottilien 2000, 69-96.

Bock, Irmgard, *Gesamtdarstellung*, in: Max Liedtke (Hg.), *Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Bd. II: Geschichte der Schule in Bayern von 1800 bis 1918*, Bad Heilbrunn 1993, 395-463.

Bodó, Béla, *Paramilitary Violence in Hungary After the First World War*, in: *East European Quarterly* 38 (2004), 129-172.

Boehm, Laetitia, *München 1826-1918. Die Universität in der Königlichen Residenzstadt*, in: Luise Dirscherl (Red.), *Die Ludwig-Maximilians-Universität München in Geschichte und Gegenwart*, Haar bei München ³2010, 66-118.

Böke, Karin - Liedtke, Frank - Wengeler, Martin (Hg.), *Politische Leitvokabeln in der Adenauer-Ära (Sprache - Politik - Öffentlichkeit 8)*, Berlin / New York 1996.

Boldt, Werner, *Der Januarstreik 1918 in Bayern mit besonderer Berücksichtigung Nürnbergs*, in: *Jahrbuch für fränkische Landesforschung* 25 (1965), 5-42.

Bollmus, Reinhard, *Das Amt Rosenberg und seine Gegner. Studien zum Machtkampf im nationalsozialistischen Herrschaftssystem (Studien zur Zeitgeschichte 1)*, München ²2006.

Bommersbach, Irmgard, *Ein kraftvoller Aufbruch. Die Bauberatung des Vereins 1902 bis 1914*, in: Bayerischer Verein für Landespflege (Hg.), *Heimat erleben - bewahren - neu schaffen. Kultur als Erbe und Auftrag. 100 Jahre Bayerischer Landesverein für Heimatpflege e.V.*, München 2002, 109-158.

Boser, Elisabeth (Hg.), *Künstlerkolonie Dachau. Blütezeit von 1880-1920*, Fischerhude 2013.

Bosl, Karl (Hg.), Bayern im Umbruch. Die Revolution von 1918, ihre Voraussetzungen, ihr Verlauf und ihre Folgen, München u. a. 1969.

Bosl, Karl, Die Revolution 1918 in Bayern. Umbruch - Neuanfang - Frustration - Modell, in: ders. (Hg.), Die Revolution von 1918, ihre Voraussetzungen, ihr Verlauf und ihre Folgen, München u. a. 1969, 1-4.

Bosl, Karl, Gesellschaft und Politik in Bayern vor dem Ende der Monarchie. Beiträge zu einer sozialen und politischen Strukturanalyse, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 28 (1965), 1-31.

Bourdieu, Pierre, L'illusion biographique, in: Actes de la recherche en sciences sociales 62/63 (1986), 69-72.

Boyer, John W., Die Gründung der Republik (1918), in: Heinz Fischer - Andreas Huber - Stephan Neuhäuser (Hg.), 100 Jahre Republik: Meilensteine und Wendepunkte in Österreich 1918-2018, 17-29.

Braun, Hannelore, Evangelisches Vereinswesen und Anfänge der Inneren Mission, in: Gerhard Müller - Horst Weigelt - Wolfgang Zorn (Hg.), Handbuch der Geschichte der evangelischen Kirche in Bayern, Bd. II: 1800-2000, St. Ottilien 2000, 163-176.

Braun, Helmut, Kriegs- und Zwangswirtschaftsstellen 1915-1924, in: Historisches Lexikon Bayerns [URL: <https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Kriegs-_und_Zwangswirtschaftsstellen,_1915-1924>; zuletzt eingesehen am 8.3.2021].

Braun, Oliver (Hg.), Revolution in München 1800-1848-1918-1933-1945-1968, Regensburg 2014.

Braun, Rainer, Bayerisches Kriegsministerium, in: Historisches Lexikon Bayerns [URL: https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Bayerisches_Kriegsministerium; zuletzt eingesehen am 4.3.2021].

Brechtken, Magnus, Einleitung. Politische Memoiren: Prolegomena zum Potential eines vernachlässigten Forschungsgebietes, in: Franz Bosbach - ders. (Hg.), Politische Memoiren in deutscher und britischer Perspektive. München 2005, 9-42.

Brenner, Anton, Neubau der Landwirtschaftsschule, Architekt Thomas Wechs - Augsburg, in: Kaufbeurer Geschichtsblätter 14 (1996), 82-86.

Brenner, Arthur D., Emil J. Gumbel: Weimar German pacifist and professor (Studies in Central European histories), Boston u. a. 2001.

Brenner, Michael, Der lange Schatten der Revolution. Juden und Antisemiten in Hitlers München 1918-1923, Berlin 2019.

Breuer, Stefan, Anatomie der Konservativen Revolution, Darmstadt ²2005.

Breuer, Stefan, Konservatismus oder Existenzialismus? Anmerkungen zu Rembrandt als Erzieher, in: Jan Andres - Wolfgang Braungart - Kai Kauffmann (Hg.), „Nichts als die Schönheit“. Ästhetischer Konservatismus um 1900 (Historische Politikforschung 10), Frankfurt am Main 2010, 127-146.

Breuer, Stefan, Nietzsche-Translationen. Typen der Nietzsche-Rezeption in der deutschen Rechten, in: Andreas Schirmer (Hg.), Widersprüche. Zur frühen Nietzsche-Rezeption, Weimar 2000, 271-290.

Breuer, Stefan, Die Völkischen in Deutschland. Kaiserreich und Weimarer Republik, Darmstadt 2008.

Brinkmann, Brigitte, *Konfliktstrukturbildende Elemente in der Entwicklung des arabisch-israelischen Konflikts: 1915/16-1948* (Europäische Hochschulschriften 315), Frankfurt am Main 1996.

Bruch, Rüdiger vom, *Gesellschaftliche Funktionen und politische Rollen des Bildungsbürgertums im Wilhelminischen Reich*, in: ders., *Bürgerlichkeit, Staat und Kultur im Kaiserreich*, hg. von Hans-Christoph Liess, Stuttgart 2005, 52-83.

Brückner, Florian, *In der Literatur unbesiegt: Werner Beumelburg (1899-1963). Kriegsdichter in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus* (Zeit und Text 23), Berlin / Münster 2017.

Bruendel, Steffen, *Solidaritätsformel oder politisches Ordnungsmodell? Vom Burgfrieden zur Volksgemeinschaft in Deutschland 1914-1918*, in: Wolfram Pyta (Hg.), *Burgfrieden und Union sacrée. Literarische Deutungen und politische Ordnungsvorstellungen in Deutschland und Frankreich 1914-1933* (Historische Zeitschrift, Beiheft 54), München 2011, 33-50.

Bruendel, Steffen, *Volksgemeinschaft oder Volksstaat. Die „Ideen von 1914“ und die Neuordnung Deutschlands im Ersten Weltkrieg*, Berlin 2003.

Brunck, Helma, *Die Deutsche Burschenschaft in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus*, München 1999.

Bublies-Godau, Birgit, *Biographien im Aufschwung? Zum Verhältnis von Revolutionsbiographik und Revolutionshistoriographie im Lichte der 160. Wiederkehr der Revolution von 1848/49 in Deutschland*, in: *Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung* 20 (2008), 285-299.

Bucher, Peter, *Zur Geschichte der Einwohnerwehren in Preußen*, in: *Militärgeschichtliche Zeitschrift* 9 (1971), 15-59.

Buchholz, Kai - Latocha, Rita - Peckmann, Hilke (Hg.), *Die Lebensreform. Entwürfe zur Neugestaltung von Leben und Kunst um 1900*, 2 Bde., Darmstadt 2001.

Buchinger, Hubert, *Gesamtdarstellung*, in: Max Liedtke (Hg.), *Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens*, Bd. III: *Geschichte der Schule in Bayern von 1918 bis 1990*, Bad Heilbrunn 1997, 15-75.

Budde, Gunilla, *Auf dem Weg ins Bürgerleben. Kindheit und Erziehung in deutschen und englischen Bürgerfamilien 1840-1914* (Bürgertum 6), Göttingen 1994.

Budde, Gunilla, *Blütezeit des Bürgertums. Bürgerlichkeit im 19. Jahrhundert*, Darmstadt 2009.

Büschel, Hubertus, *Hitlers adliger Diplomat. Der Herzog von Coburg und das Dritte Reich*, Frankfurt am Main 2016.

Büttner, Ursula, *Weimar: Die überforderte Republik 1918-1933. Leistung und Versagen in Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur*, Stuttgart 2008.

Bumiller, Casimir, *Zur Biographik der „kleinen Leute“*, in: Gisela Wilbertz (Hg.), *Biographieforschung und Stadtgeschichte. Lemgo in der Spätphase der Hexenverfolgung* (Studien zur Regionalgeschichte 13), Bielefeld 2000, 29-43.

Burns Coleman, Elizabeth, *Aboriginal Art, Identity, and Appropriation*, Aldershot / Burlington 2008.

Bussche, Raimund von dem, *Konservatismus in der Weimarer Republik. Die Politisierung des Unpolitischen* (Heidelberger Abhandlungen zur mittleren und neueren Geschichte 11), Heidelberg 1998.

Bussemer, Thymian, *Propaganda. Konzepte und Theorien*, Wiesbaden ²2008.

- Buttgereit, Michael (Hg.), Lebenslauf und Biographie (Werkstattberichte 18), Kassel 1987.
- Carstensen, Thorsten - Schmid, Marcel (Hg.), Die Literatur der Lebensreform. Kulturkritik und Aufbruchstimmung um 1900, Bielefeld 2016.
- Castells, Manuel, Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft (Das Informationszeitalter 1), Opladen 2001.
- Challard-Fillaudeau, Anne, Die Lebensreform und Julius Langbehn, der Herold der deutschen Reformer, in: Marc Cluet - Catherine Repussard (Hg.), „Lebensreform“. Die soziale Dynamik der politischen Ohnmacht, Tübingen 2013, 75-84.
- Chickering, Roger, Das Deutsche Reich und der Erste Weltkrieg, München ²2005.
- Cramer-Fürtig, Michael - Gotto, Bernhard (Hg.), „Machtergreifung“ in Augsburg. Anfänge der NS-Diktatur 1933-1937 (Beiträge zur Geschichte der Stadt Augsburg 4), Augsburg 2008.
- Daniel, Ute, Frauen, in: Gerhard Hirschfeld - Gerd Krumeich - Irina Renz (Hg.), Enzyklopädie Erster Weltkrieg, München u. a. 2009, 116-134.
- Daum, Andreas W., Wissenschaftspopularisierung im 19. Jahrhundert. Bürgerliche Kultur, naturwissenschaftliche Bildung und die deutsche Öffentlichkeit, 1848–1914, München ²2002.
- Davis, Belinda, Konsumgesellschaft und Politik im Ersten Weltkrieg, in: Heinz-Gerhard Haupt - Cornelius Torp (Hg.), Die Konsumgesellschaft in Deutschland 1890-1990. Ein Handbuch, Frankfurt am Main u. a. 2009, 232-249.
- Deist, Wilhelm, Verdeckter Militärstreik im Kriegsjahr 1918? in: Wolfram Wette (Hg.), Der Krieg des kleinen Mannes, München 1992, 146–167.
- Depkat, Volker, Zum Stand und zu den Perspektiven der Autobiographieforschung in der Geschichtswissenschaft, in: BIOS 23 (2010), 170-189.
- Deuerlein, Ernst (Hg.), Der Hitler-Putsch. Bayerische Dokumente zum 8./9. November 1923, Stuttgart 1962.
- Deutinger, Stephan, Anton von Halder, Regierungspräsident von Oberbayern 1906-1917, in: ders. - Gelberg - Stephan (Hg.), Die Regierungspräsidenten von Oberbayern im 19. und 20. Jahrhundert, München 2010, 210-216.
- Deutinger, Stephan, Gustav von Kahr. Regierungspräsident von Oberbayern 1917-1924, in: ders. - Karl-Ulrich Gelberg - Michael Stephan (Hg.), Die Regierungspräsidenten von Oberbayern im 19. und 20. Jahrhundert, München ²2010, 218-231.
- Deutinger, Stephan, Mittlere Isar AG, in: Historisches Lexikon Bayerns [URL: <https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Mittlere_Isar_AG>; zuletzt eingesehen am 9.3.2021]
- Diehl, James M., Paramilitary Politics in Weimar Germany, London 1977.
- Diener, Hans Oskar, Geschichte der Besiedelung und Kultivierung des Erdinger Moores (Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte 7), München 1932.
- Dierl, Florian, Adolf von Bomhard - `Generalstabschef` der Ordnungspolizei, in: Klaus-Michael Mallmann - Gerhard Paul (Hg.): Karrieren der Gewalt. Nationalsozialistische Täterbiographien, Darmstadt 2004, 56-65.
- Dinger, Ludwig, Königliche Waldbauschule Kaufbeuren 1888-1916, in: Kaufbeurer Geschichtsblätter 13 (1993), 18-25.

- Dodenhoeft, Bettina, Vasilij von Biskupskij - Eine Emigrantenkarriere in Deutschland, in: Karl Schlögel (Hg.), Russische Emigration in Deutschland 1918 bis 1941. Leben im europäischen Bürgerkrieg, Berlin 1995, 219-228.
- Dörner, Andreas - Rohe, Karl, Politikbegriffe, in: Everhard Holtmann (Hg.), Politik-Lexikon, München / Wien 2000, 484-488.
- Doerry, Martin, Übergangsmenschen. Die Mentalität der Wilhelminer und die Krise des Kaiserreichs, Weinheim / München 1986.
- Dollinger, Hans, Die Münchner Straßennamen, München ⁵2004.
- Domeier, Norman, Der Sensationsprozess Erzberger-Helfferich. Die Verquickung politischer und wirtschaftlicher Interessen in der Weimarer Republik, in: Boris Barth - Christopher Dowe (Hg.), Matthias Erzberger. Ein Demokrat in Zeiten des Hasses (Stuttgarter Symposion 15), Karlsruhe 2013, 158-183.
- Drescher, Katharina, Nagelbilder - Hilfe für die Hinterbliebenen oder Propagandamittel? Die Funktion von Nagelbildern im Ersten Weltkrieg, in: Beiträge zur Geschichte im Landkreis Cham 32 (2015), 187-196.
- Dressel, Guido, Der Thüringer Landbund: Agrarischer Berufsverband als politische Partei in Thüringen 1919-1933 (Schriften zur Geschichte des Parlamentarismus in Thüringen 12), Weimar 1998.
- Dreyer, Michael, Hugo Preuß. Biographie eines Demokraten (Weimarer Schriften zur Republik 4), Stuttgart 2018.
- Dröge, Martin, Die biographische Methode in der Regionalgeschichte (Forum Regionalgeschichte 17), Münster 2011.
- Düren, Franz Xaver, Minister und Märtyrer. Der bayerische Innenminister Franz Xaver Schweyer (1868-1935), Augsburg 2015.
- Düring, Marten u. a. (Hg.), Handbuch Historische Netzwerkforschung. Grundlagen und Anwendungen (Schriften des Kulturwissenschaftlichen Instituts Essen zur Methodenforschung 1), Berlin 2016.
- Düring, Marten - Eumann, Ulrich, Historische Netzwerkforschung. Ein neuer Ansatz in den Geschichtswissenschaften, in: Geschichte und Gesellschaft 39 (2013), 369-390.
- Düring, Marten, Verdeckte soziale Netzwerke im Nationalsozialismus. Die Entstehung und Arbeitsweise von Berliner Hilfsnetzwerken für verfolgte Juden, Berlin u. a. 2015.
- Durner, Wolfgang, Antiparlamentarismus in Deutschland, Würzburg 1997.
- Dussel, Konrad, Pressebilder in der Weimarer Republik. Entgrenzung der Information (Kommunikationsgeschichte 29), Berlin u. a. 2012.
- Dvorak, Helge, Biographisches Lexikon der Deutschen Burschenschaft, Bd. I, Teilband 5, Heidelberg 2002.
- Eckardt, Günther, Industrie und Politik in Bayern 1900-1919. Der Bayerische Industriellenverband als Modell des Einflusses von Wirtschaftsverbänden (Beiträge zu einer historischen Strukturanalyse Bayerns im Industriezeitalter 15), Berlin 1976.
- Eckart, Wolfgang U., „Schweinemord“ und „Kohlrübenwinter“. Hungererfahrungen und Lebensmitteldiktatur, 1914-1918, in: Medizin, Gesellschaft und Geschichte 31 (2013), 9-31.
- Ecke, Ralf, Franken 1866: Versuch eines politischen Psychogramms (Nürnberger Werkstücke zur Stadt- und Landesgeschichte 9), Nürnberg 1972.

- Edmondson, Clifton E., *The Heimwehr and Austrian Politics 1918-1936*, Athens 1978.
- Ehberger, Wolfgang, *Bayerns Weg zur parlamentarischen Demokratie: Die Entstehung der Bamberger Verfassung vom 14. August 1919 (Studien zur bayerischen Verfassungs- und Sozialgeschichte 29)*, München 2013.
- Ehberger, Wolfgang, *Die Bayerische Staatsregierung und der Bau des Walchenseekraftwerks*, in: Hans-Georg Hermann - Hans-Joachim Hecker (Hg.), *Recht und Infrastruktur in der Geschichte des bayerischen Oberlands (Rechtskultur Wissenschaft 26)*, Regensburg 2020, 75-97.
- Eliasberg, George, *Der Ruhrkrieg von 1920*, Bonn 1974.
- Epkenhans, Michael, *Der Erste Weltkrieg 1914-1918*, Paderborn 2015.
- Erger, Johannes, *Der Kapp-Lüttwitz-Putsch. Ein Beitrag zur deutschen Innenpolitik 1919/20 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 35)*, Düsseldorf 1967.
- Eriksen, Trond Berg - Harket, Hakon - Lorenz, Einhart, *Judenhass. Die Geschichte des Antisemitismus von der Antike bis zur Gegenwart*, Göttingen 2019.
- Evans, Richard J., *Das Dritte Reich, Bd. 1: Aufstieg*, München 2005.
- Faatz, Martin, *Vom Staatsschutz zum Gestapo-Terror. Politische Polizei in Bayern in der Endphase der Weimarer Republik und der Anfangsphase der nationalsozialistischen Diktatur (Studien zur Kirchengeschichte der neuesten Zeit 5)*, Würzburg 1995.
- Fattmann, Rainer, *Bildungsbürger in der Defensive. Die akademische Beamenschaft und der „Reichsbund der höheren Beamten“ in der Weimarer Republik (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 145)*, Göttingen 2001.
- Faust, Anselm, *Arbeitsmarktpolitik im Deutschen Kaiserreich. Arbeitsvermittlung, Arbeitsbeschaffung und Arbeitslosenunterstützung 1890-1918 (Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Beihefte 79)*, Stuttgart 1986.
- Fechter, Sabine, *Heimatschutzbauten in Mainfranken: Entwicklungen und Wandlungen von Baupflege (1900-1975) (Quellen und Materialien zur Hausforschung in Bayern 13)*, Petersberg 2006.
- Feldman, Gerald D., *Hugo Stinnes. Biographie eines Industriellen 1870-1924*, München 1998.
- Feldman, Gerald D., *Wirtschafts- und sozialpolitische Probleme der deutschen Demobilmachung 1918/19*, in: Hans Mommsen u. a. (Hg.), *Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik, Bd. 2*, Düsseldorf 1977, 618-636.
- Feldman, Gerald D., *The Great Disorder. Politics, Economics and Society in the German Inflation 1914-1924*, New York 1993.
- Fenske, Hans, *Bayerischer Ordnungsblock (BOB), 1920-1923*, in: *Historisches Lexikon Bayerns* [URL: [https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Bayerischer_Ordnungsblock_\(BOB\),_1920-1923](https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Bayerischer_Ordnungsblock_(BOB),_1920-1923)]; zuletzt eingesehen am 4.3.2021].
- Fenske, Hans, *Konservatismus und Rechtsradikalismus in Bayern nach 1918*, Bad Homburg 1969.
- Ferner, Wolfgang, *Das Deuxième Bureau der französischen Armee. Subsidiäres Überwachungsorgan der Reichswehr 1919-1923 (Europäische Hochschulschriften 177)*, Frankfurt am Main u. a. 1982.

- Fingerle-Trischler, Brigitte, Freimann im Münchner Norden. Vom Dorf zum Stadtviertel der Gegenwart, München 2018.
- Fingernagel-Grüll, Martha, Zur Geschichte der österreichischen Denkmalpflege, Die Ära Helfert, Teil 2: 1892 bis 1910, Wien 2020.
- Fischer, Doris, Die Münchner Zensurstelle während des Ersten Weltkrieges. Alfons Falkner von Sonnenburg als Pressereferent im Bayerischen Kriegsministerium in den Jahren 1914 bis 1918/19, München 1973.
- Fischer, Norbert, Vom Gottesacker zum Krematorium. Eine Sozialgeschichte der Friedhöfe in Deutschland seit dem 18. Jahrhundert (Kulturstudien 17), Köln u. a. 1996.
- Flatscher, Sandra, Der bayerische Industrie- und Handelskammertag 1909-1936. Entstehung - Entwicklung - Tätigkeit (Europäische Hochschulschriften - Reihe III: Geschichte und ihre Hilfswissenschaften 1037), Frankfurt am Main 2007.
- Flemming, Thomas - Ulrich, Bernd, Heimatfront. Zwischen Kriegsbegeisterung und Hungersnot - wie die Deutschen den Ersten Weltkrieg erlebten, München 2014.
- Franz-Willing, Georg, Ursprung der Hitlerbewegung, Preußisch Oldendorf ²1974.
- Franze, Manfred, Die Erlanger Studentenschaft 1918-1945 (Veröffentlichungen der Gesellschaft für Fränkische Geschichte, Reihe IX, Band 30), Würzburg 1972.
- Fraydenegg-Monzello, Andreas, Volksstaat und Ständeordnung: Die Wirtschaftspolitik der steirischen Heimwehren 1927-1933 (Forschungen zur geschichtlichen Landeskunde der Steiermark 65), Wien 2015.
- Frevert, Ute, Die kasernierte Nation. Militärdienst und Zivilgesellschaft in Deutschland, München 2001.
- Friemberger, Claudia, Sebastian Schlittenbauer und die Anfänge der Bayerischen Volkspartei (Forschungen zur Landes- und Regionalgeschichte 5), St. Ottilien 1998.
- Fritzsche, Peter, Rehearsals for Fascism. Populism and Political Mobilization in Weimar Germany, New York / Oxford 1990.
- Fuchs, Achim, Einführung in die Geschichte der Bayerischen Armee, München 2014.
- Fuchs, Achim, Geheime Feldzeugmeisterei, in: Historisches Lexikon Bayerns [URL: <https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Geheime_Feldzeugmeisterei>; zuletzt eingesehen am 7.3.2021].
- Fürst, Thomas, Karl Stützel. Ein Lebensweg in Umbrüchen. Vom Königlichen Beamten zum Bayerischen Innenminister der Weimarer Zeit (1924-1933) (Mainzer Studien zur neueren Geschichte 19), Frankfurt am Main 2007.
- Füssel, Marian, Die Kunst der Schwachen. Zum Begriff der ‚Aneignung‘ in der Geschichtswissenschaft, in: Sozial.Geschichte N.F. 21/3 (2006), 7-28.
- Füßl, Wilhelm, Oskar von Miller 1855-1934. Eine Biographie, München 2005.
- Füßl, Wilhelm, Gründung und Aufbau 1903-1925, in: ders. - Trischler (Hg.), Geschichte des Deutschen Museums. Akteure, Artefakte, Ausstellungen, München u. a. 2003, 59-101.
- Füßl, Wilhelm - Trischler, Helmuth (Hg.), Geschichte des Deutschen Museums. Akteure, Artefakte, Ausstellungen, München u. a. 2003.
- Fuhrmann, Manfred, Latein und Europa: Geschichte des gelehrten Unterrichts in Deutschland. Von Karl dem Großen bis Wilhelm II., Köln 2001.
- Fuhse, Jan, Soziale Netzwerke. Konzepte und Forschungsmethoden, Konstanz 2016.

- Funk, Roland, Bayern im Ersten Weltkrieg. Zwischen Reichstreue und Reichsverdrossenheit, Berlin 2016.
- Garnett, Robert S., Lion, Eagle and Swastika. Bavarian Monarchism in Weimar Germany, 1918-1933, New York / London 1991.
- Gassert, Philipp, Raum und Leben. Überlegungen zum Verhältnis von Biographik und Landesgeschichte aus Anlass des Abschlusses der „Badischen Biographien“, in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins 160 (2012), 601-614.
- Gelberg, Karl-Ulrich - Latzin, Ellen, Ordnungszelle Bayern, in: Historisches Lexikon Bayerns [URL: <https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Ordnungszelle_Bayern>; zuletzt eingesehen am 7.3.2021].
- Gembries, Helmut, Verwaltung und Politik in der besetzten Pfalz zur Zeit der Weimarer Republik (Beiträge zur pfälzischen Geschichte 4), Kaiserslautern 1992.
- Genealogisches Handbuch des in Bayern immatrikulierten Adels, Bd. VIII, hg. von der Vereinigung des Adels in Bayern, Neustadt an der Aisch 1964.
- Genealogisches Handbuch des in Bayern immatrikulierten Adels XXXI, hg. von der Vereinigung des Adels in Bayern e.V., Stegaurach 2016.
- Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns (Hg.), Krieg! Bayern im Sommer 1914, München 2014.
- Gerwarth, Robert, Der Bismarck-Mythos. Die Deutschen und der Eiserne Kanzler, München 2007.
- Gerwarth, Robert, Die größte aller Revolutionen. November 1918 und der Aufbruch in eine neue Zeit, übers. von Alexander Weber, München 2018.
- Gerwarth, Robert, Fighting the Red Beast. Counter Revolutionary Violence in the Defeated States of Central Europe, in: Jochen Böhler u. a. (Hg.), Legacies of Violence: Eastern Europe's First World War (Europas Osten im 20. Jahrhundert 3), München 2014, 209-234.
- Gerwarth, Robert, The Central-European Counter Revolution: Paramilitary Violence in Germany, Austria and Hungary after the Great War, in: Past and Present 200 (2008), 175-209.
- Geyer, Martin H., Formen der Radikalisierung in der Münchener Revolution 1918/19, in: Helmut Konrad - Karin M. Schmidlechner (Hg.), Revolutionäres Potential in Europa am Ende des ersten Weltkrieges. Die Rolle von Strukturen, Konjunkturen und Massenbewegungen (Böhlhaus zeitgeschichtliche Bibliothek 16), Wien / Köln 1991, 63-88.
- Geyer, Martin H., Hindenburgprogramm, in: Gerhard Hirschfeld - Gerd Krumeich - Irina Renz (Hg.), Enzyklopädie Erster Weltkrieg, München u. a. 2009, 557 f.
- Geyer, Martin H., Grenzüberschreitungen: Vom Belagerungszustand zum Ausnahmezustand, in: Niels Werber - Stefan Kaufmann - Lars Koch (Hg.), Erster Weltkrieg. Kulturwissenschaftliches Handbuch, Stuttgart u. a. 2014, 341-384.
- Geyer, Martin H., Verkehrte Welt. Revolution, Inflation und Moderne: München 1914-1924 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 128), Göttingen 1998.
- Geyer, Michael, Insurrectionary Warfare: The German Debate about a Levée en Masse in October 1918, in: The Journal of Modern History 73 (2001), 459-527.
- Gilbhard, Hermann, Die Thule-Gesellschaft. Vom okkulten Mummenschanz zum Hakenkreuz, München 2015.

Götschmann, Dirk, Das bayerische Innenministerium 1825-1864. Organisation und Funktion, Beamtenschaft und politischer Einfluss einer Zentralbehörde in der konstitutionellen Monarchie (Schriftenreihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften 48), Göttingen 1993.

Götschmann, Dirk (Hg.), „Jahrtausendwerk“ oder „dümmstes Bauwerk seit dem Turmbau von Babel“? Die Großschifffahrtsstraße Rhein-Main-Donau, Regensburg 2020.

Götschmann, Dirk, Wirtschaftsgeschichte Bayerns. 19. und 20. Jahrhundert, Regensburg 2010.

Götz, Norbert, „...der Münchner ist nicht zu packen“, in: Christoph Hölz (Red.), Form - vollendet. Der Bayerische Kunstgewerbeverein 1851-2001, München 2000, 38-63.

Gollwitzer, Heinz, Bayern 1918-1933, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 3 (1955), 191-236.

Gomes, Leonhard, German Reparations. A Historical Survey, Basingstoke 2010.

Gordon, Harold J., Hitlerputsch 1923. Machtkampf in Bayern 1923-1924, München 1978.

Gräfe, Thomas, Rembrandt als Erzieher (August Julius Langbehn, 1890), in: Wolfgang Benz (Hg.), Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart, Bd. 6, Berlin 2013, 595–598.

Granovetter, Mark S., The Strength of Weak Ties, in: American Journal of Sociology 78 (1973), 1360–1380.

Grasberger, Thomas, Die Revolution 1918/19 in München, in: Oliver Braun (Hg.), Revolution in München 1800 - 1848 - 1818 - 1933 - 1968, Regensburg 2014, 67-95.

Grau, Bernhard, Bayerische Dokumente zum Kriegsausbruch und zum Versailler Schuldspruch, 1922, in: Historisches Lexikon Bayerns [URL: <https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Bayerische_Dokumente_zum_Kriegsausbruch_und_zum_Versailler_Schuldspruch,_1922>; zuletzt eingesehen am 9.3.2021].

Grau, Bernhard, Beisetzung Kurt Eisners, München, 26. Februar 1919, in: Historisches Lexikon Bayerns [URL: <https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Beisetzung_Kurt_Eisners,_München,_26._Februar_1919>; zuletzt eingesehen am 9.3.2021].

Grau, Bernhard, Der Januarstreik 1918 in München, in: Georg Jenal (Hg.), Gegenwart in Vergangenheit. Beiträge zur Kultur und Geschichte der Neueren und Neuesten Zeit, München 1993, 277-300.

Grau, Bernhard, Krieg in Sicht? Politik und Öffentlichkeit während der Julikrise, in: Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns (Hg.), Krieg! Bayern im Sommer 1914, München 2014, 21-38.

Grau, Bernhard, Kurt Eisner 1867-1919. Eine Biographie, München 2001.

Grau, Bernhard, Rote Armee, in: Historisches Lexikon Bayerns [URL: <https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Rote_Armee,_1919>; zuletzt eingesehen am 9.3.2021].

Grau, Bernhard, Roter Terror, 1919, in: Historisches Lexikon Bayerns [URL: <https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Roter_Terror,_1919>; zuletzt eingesehen am 9.3.2021].

Grau, Bernhard, Studien zur Entstehung der Linken. Die Münchner USP zwischen 1917 und 1920, unveröffentl. Magisterarbeit München 1989.

Gritschneder, Otto, Der Hitler-Prozeß und sein Richter Georg Neithardt. Skandalurteil von 1924 ebnet Hitler den Weg, München 2001.

Groppe, Carola, Im deutschen Kaiserreich. Eine Bildungsgeschichte des Bürgertums 1871-1918, Wien / Köln / Weimar 2018.

Groß, Andrea, Heimatstil zwischen Tradition und Moderne - eine Analyse im deutschsprachigen Raum, in: Wolfgang Wüst (Hg.), Aufbruch in die Moderne? Bayern, das alte Reich und Europa an der Zeitenwende um 1800 (Franconia 2), Erlangen 2010, 227-250.

Gründer, Horst, Walter Simons als Staatsmann, Jurist und Kirchenpolitiker (Bergische Forschungen 13), Neustadt an der Aisch 1975.

Grypa, Dietmar, Alzwerke, in: Historisches Lexikon Bayerns [URL: <<https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Alzwerke>>; zuletzt eingesehen am 9.3.2021].

Günther, Dagmar, „And now for something completely different“. Prolegomena zur Autobiographie als Quelle der Geschichtswissenschaft, in: Historische Zeitschrift 272 (2001), 25-61.

Günther, Hansjörg, Umwege in eine achtsame Moderne. Die Großstadt im Fokus von Soziologie, Stadtkritik und deutschem Katholizismus, Paderborn 2015.

Gusy, Christoph, Weimar - die wehrlose Republik? Verfassungsschutzrecht und Verfassungsschutz in der Weimarer Republik (Beiträge zur Rechtsgeschichte des 20. Jahrhunderts 6), Tübingen 1991.

Gutsche, Verena, „Niedergang“. Variationen eines kulturkritischen Diskurselements zwischen 1900 und 1930. Großbritannien und Deutschland im Vergleich, Würzburg 2015.

Hackl, Othmar, Die Bayerische Kriegsakademie 1867-1914 (Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte 89), München 1989.

Hadry, Sarah, Das Bild vom Gegner, in: Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns (Hg.), Krieg! Bayern im Sommer 1914, München 2014, 116-127.

Hadry, Sarah, Ernährungskrise, Revolution und der Bauernbund - Zur Geschichte des ersten bayerischen Staatsministeriums für Landwirtschaft (1919-1932), in: Archivalische Zeitschrift 92 (2011), 209-275.

Häußer, Ursula, Politik als Naturlehre. Zur Organologiemetapher in den politischen Philosophien des Vormärz. Eine historische Diskursanalyse, Diss. Berlin 2005.

Hagenlücke, Heinz, Deutsche Vaterlandspartei. Die nationale Rechte am Ende des Kaiserreiches (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 108), Düsseldorf 1997.

Hagenlücke, Heinz, Formverwandlungen der Politik in Deutschland im Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik, in: Hans Mommsen (Hg.), Der Erste Weltkrieg und die europäische Nachkriegsordnung. Sozialer Wandel und Formveränderung der Politik (Industrielle Welt 60), Köln 2000, 107-124.

Halling, Thorsten - Fangerau, Heiner, Netzwerke - Eine allgemeine Theorie oder die Anwendung einer Universalmetapher in den Wissenschaften? In: dies. (Hg.), Netzwerke - Eine allgemeine Theorie oder die Anwendung einer Universalmetapher in den Wissenschaften? Ein transdisziplinärer Überblick. Bielefeld 2009, 267-285.

- Hamerow, Theodore S., Die Kunst der historischen Biographik in Deutschland von 1871 bis zur Gegenwart, in: Reinhold Grimm - Jost Hermand (Hg.), Vom Anderen und vom Selbst. Beiträge zu Fragen der Biographie und Autobiographie, Königstein/Taunus 1982, 30-44.
- Hamilton, Nigel, Biography as Corrective, in: Hans Renders - Binne de Haan - Janne Harsma (Hg.), The Biographical Turn. Lives in History, London / New York 2017, 15-30.
- Hammerstein, Notker, Aufbruch in Reformen. Tradition und Innovation zu Beginn des 19. Jahrhunderts: Die Universität in Staat und Gesellschaft, in: Rüdiger vom Bruch (Hg.), Die Berliner Universität im Kontext der deutschen Universitätslandschaft nach 1800, um 1860 und um 1910 (Schriften des Historischen Kollegs), Berlin / Boston 2016, 3-20.
- Hancock, Eleanor, Ernst Röhm. Hitler's SA Chief of Staff, New York 2008.
- Hardtwig, Wolfgang, Der Bismarck-Mythos. Gestalt und Funktionen zwischen politischer Öffentlichkeit und Wissenschaft, in: ders. (Hg.), Politische Kulturgeschichte der Zwischenkriegszeit 1918-1939 (Geschichte und Gesellschaft 21), Göttingen 2005, 61-90.
- Hardtwig, Wolfgang, Freiheitliches Bürgertum in Deutschland. Der Weimarer Demokrat Eduard Hamm zwischen Kaiserreich und Widerstand, Stuttgart 2018.
- Hardtwig, Wolfgang (Hg.), Ordnungen in der Krise. Zur politischen Kulturgeschichte Deutschlands 1900-1933 (Ordnungssysteme 22), München 2007.
- Hardtwig, Wolfgang (Hg.), Politische Kulturgeschichte der Zwischenkriegszeit 1918-1939 (Geschichte und Gesellschaft 21), Göttingen 2005.
- Hardtwig, Wolfgang, Volksgemeinschaft im Übergang. Von der Demokratie zum rassistischen Führerstaat, in: Detlef Lehnert (Hg.), Gemeinschaftsdenken in Europa. Das Gesellschaftskonzept „Volksheim“ im Vergleich 1900-1938 (Historische Demokratieforschung 5), Köln u. a. 2013, 227-255.
- Harrecker, Stefanie, Der Landwirtschaftliche Verein in Bayern 1810-1870/71 (Schriftenreihe zur Bayerischen Landesgeschichte 148), München 2006.
- Hartleb, Wilfried, Neuburg am Inn. Burg, Gartenschloss, Ruine, Künstlerschloss. Die Geschichte einer Verwandlung, Salzweg 2012.
- Hartmann, Peter Claus, Bayerns Weg in die Gegenwart. Vom Stammesherzogtum zum Freistaat heute, Regensburg³2012.
- Hartmann, Peter Claus, Die bayerischen Innenminister Franz Schweyer und Karl Stützel und ihre Auseinandersetzungen mit dem Nationalsozialismus, in: Matthias Stickler (Hg.), Portraits zur Geschichte des deutschen Widerstands (Historische Studien der Universität Würzburg 6), Rahden/Westfalen 2005, 41-55.
- Hastings, Derek, Catholicism and the Roots of Nazism. Religious Identity and National Socialism, New York 2010.
- Hecht, Dirk, Diplomatie, Krieg und Waffenstillstand. Das Leben des Diplomaten Alfred Graf von Oberdorff, in: Jahrbuch der Hambach-Gesellschaft 26 (2019), 175-192.
- Heidler, Richard, Zur Evolution sozialer Netzwerke. Theoretische Implikationen einer aktorsbasierten Methode, in: Christian Stegbauer (Hg.), Netzwerkanalyse und Netzwerktheorie. Ein neues Paradigma in den Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2010, 359-372.
- Heimers, Manfred, Unitarismus und süddeutsches Selbstbewusstsein. Weimarer Koalition und SPD in Baden in der Reichsreformdiskussion (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 98), Düsseldorf 1992.

Heimers, Manfred Peter, "Majestät, schaug'n'S daß hoamkomma" - München und die Geburtsstunde einer neuen Staatsordnung im November 1918, in: Elisabeth Angermair - Andreas Heusler (Hg.), Machtwechsel. München zwischen Oktober 1918 und Juni 1919, München 2020, 27-56.

Heinsohn, Kirsten, Zusammenbruch und Kontinuitäten. Konservative Reaktionen auf die Revolution 1918/19, in: Andreas Braune - Michael Dreyer (Hg.), Zusammenbruch, Aufbruch, Abbruch? Die Novemberrevolution als Ereignis und Erinnerungsort (Weimarer Schriften zur Republik 6), Stuttgart 2019, 85-99.

Heinßen, Johannes, Kulturkritik zwischen Historismus und Moderne: Julius Langbehn's „Rembrandt als Erzieher“, in: Werner Bergmann (Hg.), Antisemitische Geschichtsbilder (Antisemitismus 5), Essen 2009, 121-138.

Heinze, Carsten, Autobiographie und zeitgeschichtliche Erfahrung. Über autobiographisches Schreiben und Erinnern in sozialkommunikativen Kontexten, in: Geschichte und Gesellschaft 36 (2010), 93-128.

Hennig, Diethard, Johannes Hoffmann. Sozialdemokrat und Bayerischer Ministerpräsident (Schriftenreihe der Georg-von-Vollmar-Akademie 3), München u. a. 1990.

Henning, Friedrich Wilhelm, Hugenberg als politischer Medienunternehmer, in: Günther Schulz (Hg.), Geschäft mit Wort und Meinung. Medienunternehmer seit dem 18. Jahrhundert (Deutsche Führungsschichten der Neuzeit 22), München 1999, 101-127.

Henrichs, Willi, Gottfried Traub (1869-1956). Liberaler Theologe und extremer Nationalprotestant, Waltrop 2001.

Herbert, Ulrich, Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903-1989, München 2016.

Herbert, Ulrich, „Generation der Sachlichkeit“. Die völkische Studentenbewegung der frühen zwanziger Jahre in Deutschland, in: Frank Bajohr (Hg.), Zivilisation und Barbarei. Die widersprüchlichen Potenziale der Moderne. Detlef Peukert zum Gedenken, Hamburg 1991, 115-144.

Herbert, Ulrich, Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, München ²2017.

Hering, Rainer, Die Ideologie der Überparteilichkeit als wichtiges Element der politischen Kultur im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, in: Walter Schmitz - Clemens Vollnhals (Hg.), Völkische Bewegung, Konservative Revolution, Nationalsozialismus. Aspekte einer politisierten Kultur, Dresden 2005, 33-43.

Herleth-Krentz, Susanne - Mayr, Gottfried, Das Landgericht Erding (Historischer Atlas von Bayern, Reihe Altbayern 58), München 1997.

Hettling, Manfred, Die persönliche Selbständigkeit. Der archimedische Punkt bürgerlicher Lebensführung, in: ders. - Stefan-Ludwig Hoffmann (Hg.), Der bürgerliche Wertehimmel. Innenansichten des 19. Jahrhunderts, Göttingen 2000, 57-78.

Hettling, Manfred - Hoffmann, Stefan Ludwig, Der bürgerliche Wertehimmel. Zum Problem individueller Lebensführung im 19. Jahrhundert, in: Geschichte und Gesellschaft 23 (1997), 333-359.

Hetzer, Gerhard, Erinnern und Vergessen. Die bayerischen Kommunalverbände und ihr Schriftgut, in: Archive in Bayern 4 (2008), 13-40.

Hetzer, Gerhard, Gutehoffnungshütte (GHH), in: Historisches Lexikon Bayerns [URL: <[https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Gutehoffnungshütte_\(GHH\)](https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Gutehoffnungshütte_(GHH))>; zuletzt eingesehen am 4.3.2021].

Hildebrandt, Gunther, Biographien konservativer Österreicher aus dem Regierungslager Felix v. Schwarzenberg und ihre Bedeutung für das Revolutionsverständnis, in: Birgit Bublies-Godau (Hg.), Die Revolution 1848/49 als Gegenstand der historischen Biographik. Kolloquium anlässlich des 160. Jahrestages der Revolution von 1848/49, Berlin 2008, 16-25.

Hillerbrand, Hans J., Bürgertum und Religion, in: Zeitschrift für Religions- und Geistesgeschichte 59 (2007), 212-225.

Hillmayr, Heinrich, Roter und Weißer Terror in Bayern nach 1918: Ursachen, Erscheinungsformen und Folgen der Gewalttätigkeiten im Verlauf der revolutionären Ereignisse nach dem Ende des Ersten Weltkrieges (Moderne Geschichte 2), München 1974.

Hinterberger, Hans, Unpolitische Politiker? Die bayerischen „Beamtenministerpräsidenten“ 1920-1924 und ihre Mitverantwortung am Hitlerputsch, Diss. Regensburg 2016.

Hirschfeld, Gerhard - Krumeich, Gerd - Renz, Irina (Hg.), Enzyklopädie Erster Weltkrieg, München u. a. 2009.

Hirschfeld, Gerhard - Krumeich, Gerd, Deutschland im Ersten Weltkrieg, Frankfurt am Main 2013.

Hitzer, Friedrich, Anton Graf Arco. Das Attentat auf Kurt Eisner und die Schüsse im Landtag, München 1988.

Hockerts, Hans Günther, Warum München? Wie Bayerns Metropole die ‚Hauptstadt der Bewegung‘ wurde, in: Winfried Nerdinger (Hg.), München und der Nationalsozialismus. Katalog des NS-Dokuzentrums München, München 2015, 387-397.

Höbelt, Lothar, Die Erste Republik Österreich (1918-1938): Das Provisorium (Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für Politisch-Historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek, Salzburg 64), Wien / Köln / Weimar 2018.

Hölz, Christoph (Red.), Form - vollendet. Der Bayerische Kunstgewerbeverein 1851 bis 2001, München 2000.

Hölzl, Richard, Naturschutz in Bayern 1905-1945: Der Landesausschuss für Naturpflege und der Bund Naturschutz zwischen privater und staatlicher Initiative, Regensburg 2005.

Hörster-Philipps, Ulrike, Joseph Wirth 1879-1956. Eine politische Biographie (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, B 82), Paderborn u. a. 1998.

Hofer, Sigrid, Denkmalpflege und Heimatbaukunst, in: Diethart Kerbs - Jürgen Reulecke (Hg.), Handbuch der deutschen Reformbewegungen 1880-1933, Wuppertal 1998, 59-71.

Hofer, Sigrid, Reformarchitektur 1900-1918. Deutsche Baukünstler auf der Suche nach dem nationalen Stil, Stuttgart u. a. 2005.

Hofer, Veronika, Gabriel von Seidl. Architekt und Naturschützer, Kreuzlingen / München 2002.

Hofmann, Ulrike, Der Tod von Karl Gareis: Fememorde in Bayern in den zwanziger Jahren, in: Oberbayerisches Archiv 126 (2002), 229-247.

Hofmann, Ulrike, „Verräter verfallen der Feme!“ Fememorde in Bayern in den zwanziger Jahren, Köln u. a. 2000.

Hofmeister, Björn, Realms of Leadership and Residues of Social Mobilization: The Pan-German League, 1918-33, in: Larry Eugene Jones (Hg.), The German Right in the Weimar Republic. Studies in the History of German Conservatism, Nationalism, and Antisemitism, New York 2014, 134-165.

Hohorst, Gerd - Kocka, Jürgen - Ritter, Gerhard A., Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, Bd. II: Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1870-1914 (Statistische Arbeitsbücher zur neueren deutschen Geschichte), München ²1978.

Hollstein, Betina, Qualitative Methoden und Netzwerkanalyse - ein Widerspruch? in: dies. - Florian Straus (Hg.), Qualitative Netzwerkanalyse. Konzepte, Methoden, Anwendungen, Wiesbaden 2006, 11-35.

Holzbach, Heidrun, Das „System Hugenberg“. Die Organisation bürgerlicher Sammlungspolitik vor dem Aufstieg der NSDAP (Studien zur Zeitgeschichte 18), Stuttgart 1981.

Holzmann, Katrin Louise, Sammler und Museen. Kooperationsformen der Einbindung von privaten zeitgenössischen Kunstsammlungen in die deutsche Museumslandschaft (Kunst- und Kulturmanagement), Wiesbaden 2016.

Hoser, Paul, Die „Augsburger Postzeitung“ und der „Bayerische Kurier“ als leitende Zeitungen des politischen Katholizismus in Bayern und ihre Position während des Ersten Weltkriegs, in: Zeitschrift für Bayerische Landesgeschichte 80 (2017), 179-212.

Hoser, Paul, Die Rosenbaumkrawalle von 1921 in Memmingen, in: Peter Fassl (Hg.), Geschichte und Kultur der Juden in Schwaben, Bd. III: Zwischen Nähe, Distanz und Fremdheit (Irseer Schriften X), Augsburg 2007, 95-109.

Hoser, Paul, Münchner Neueste Nachrichten, in: Historisches Lexikon Bayerns [URL: <https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Münchner_Neueste_Nachrichten>; zuletzt eingesehen am 4.3.2021].

Hoser, Paul, Die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Hintergründe der Münchner Tagespresse zwischen 1914 und 1934. Methoden der Pressebeeinflussung, 2 Bde., Frankfurt am Main 1990.

Huber, Brigitte, Feiertage für den „wichtigsten Gegenstand einer Nation“. Anmerkungen zur Geschichte des Bayerischen Zentral-Landwirtschaftsfestes, in: Bier & Oktoberfestmuseum München (Hg.), „Öffentliche Einladung zu einem neuen und ständigen Nationalfeste“. Die Zentral-Landwirtschaftsfeste 1811-2012, München 2012, 15-48.

Huber, Brigitte, Stadt im Krieg - München August 1914, in: Oberbayerisches Archiv 138 (2014), 9-64.

Huber, Ernst Rudolf, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789. Bd. V: Weltkrieg, Revolution und Reichserneuerung 1914-1919, Stuttgart u.a. 1978.

Hubert, Rainer, Schober. „Arbeitermörder“ und „Hort der Republik“. Biographie eines Gestrigen, Wien / Köln 1990.

Hübner, Christoph, Erstes Landesschießen der bayerischen Einwohnerwehren, in: Historisches Lexikon Bayerns [URL: <https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Erstes_Landesschießen_der_bayerischen_Einwohnerwehren,_1920>; zuletzt eingesehen am 3.3.1921].

Hübner, Christoph, Landeskommissar für die Entwaffnung der Zivilbevölkerung, 1920/21, in: Historisches Lexikon Bayerns [URL: <https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Landeskommissar_für_die_Entwaffnung_der_Zivilbevölkerung,_1920/21>; zuletzt eingesehen am 3.3.2021].

Hübner, Christoph, Landesverband der Einwohnerwehren Bayerns, 1920/21, in: Historisches Lexikon Bayerns [URL: <https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Landesverband_der_Einwohnerwehren_Bayerns,_1920/21>; zuletzt eingesehen am 3.3.2021].

- bayerns.de/Lexikon/Landesverband_der_Einwohnerwehren_Bayerns,_1920/21>; zuletzt eingesehen am 9.3.2021].
- Hübner, Christoph, Organisation Escherich (Orgesch), 1920/21, in: Historisches Lexikon Bayerns [URL: [https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Organisation_Escherich_\(Orgesch\),_1920/21](https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Organisation_Escherich_(Orgesch),_1920/21); zuletzt eingesehen am 4.3.2021].
- Hübner, Christoph, Organisation Kanzler (Orka), 1920/21, in: Historisches Lexikon Bayerns [URL: [https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Organisation_Kanzler_\(Orka\),_1920/21](https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Organisation_Kanzler_(Orka),_1920/21)], zuletzt eingesehen am 4.3.2021].
- Huegel, Arnulf, Kriegsernährungswirtschaft Deutschlands während des Ersten und Zweiten Weltkriegs im Vergleich, Konstanz 2003.
- Hümmer, Hans Peter, Erlangen - Ein frühes Zentrum des NS-Studentenbundes, in: Einst und Jetzt 45 (2000), 177-214.
- Hürten, Heinz, Der Kapp-Putsch als Wende. Über Rahmenbedingungen der Weimarer Republik seit dem Frühjahr 1920 (Vorträge 298, Sitzung 329), Opladen 1989.
- Hürten, Heinz, Kabinett Lerchenfeld, 1921/22, in: Historisches Lexikon Bayerns [URL: https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Kabinett_Lerchenfeld,_1921/22], zuletzt eingesehen am 7.3.2021].
- Hürten, Heinz, Revolution und Zeit der Weimarer Republik, in: Alois Schmid (Hg.), Handbuch der Bayerischen Geschichte, Bd. 4: Das neue Bayern von 1800 bis zur Gegenwart. Erster Teilband: Staat und Politik, München 2003, 439-498.
- Jahn, Wolfgang u. a. (Hg.), Bayern - Ungarn. Tausend Jahre. Katalog zur bayerischen Landesausstellung 2001 (Veröffentlichungen zur Bayerischen Geschichte und Kultur 43), Augsburg 2001.
- Jakisch, Barry A., Not a large, but a strong Right. The Pan-German League, Radical Nationalism, and Rightist Party Politics in Weimar, Germany, 1918-1939, Diss. Buffalo 2000.
- Janku, Andrea - Schenk, Gerrit Jasper - Mauelshagen, Franz, Introduction, in: dies. (Hg.), Historical Disasters in Context. Science, Religion and Politics, New York / London 2012, 1-14.
- Janz, Oliver, Das evangelische Pfarrhaus als deutscher Erinnerungsort, in: Jahrbuch für Berlin-Brandenburgische Kirchengeschichte 64 (2003), 86-103.
- Jaraus, Konrad, Deutsche Studenten 1800-1970, Frankfurt am Main 1984.
- Jefferies, Matthew, Back to the Future? The 'Heimatschutz' Movement in Wilhelmine Germany, in: History 77 (1992), 411-420.
- Jeismann, Michael, Propaganda, in: Gerhard Hirschfeld - Gerd Krumeich - Irina Renz (Hg.), Enzyklopädie Erster Weltkrieg, München u. a. 2009, 198-209.
- Joeres, Ruth Ellen B., Selbstbewußte Geschichte. Biographien deutscher Frauen im 19. Jahrhundert, in: Ilse Brehmer (Hg.), „Wissen heißt leben“. Beiträge zur Bildungsgeschichte von Frauen im 18. und 19. Jahrhundert (Frauen in der Geschichte 4), 320-346.
- John, Anke, Der Weimarer Bundesstaat. Perspektiven einer föderalen Ordnung (1918-1933), Köln / Weimar / Wien 2012.
- Jones, Larry E., German Liberalism and the Dissolution of the Weimar Party System 1918-1933, Chapel Hill / London 1988.

Jones, Larry E., Nationalism, Particularism, and the Collapse of the Bavarian Liberal Parties in the Early Weimar Republic, 1918-1924, in: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 14 (2000), 105-142.

Jones, Mark, Founding Weimar. Violence and the German Revolution of 1918-1919, Cambridge 2016.

Jordan, Alexander, Krieg um die Alpen. Der Erste Weltkrieg im Alpenraum und der bayerische Grenzschutz in Tirol (Zeitgeschichtliche Forschungen 35), Berlin 2008.

Jureit, Ulrike, Generation, Generationalität, Generationenforschung, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 3.8.2017 [URL: <https://docupedia.de/zg/Jureit_generation_v2_de_2017>, zuletzt eingesehen am 7.3.2021].

Jungcurt, Uta, Alldeutscher Extremismus in der Weimarer Republik: Denken und Handeln einer einflussreichen bürgerlichen Minderheit, Berlin / Boston 2016.

Kalmer, Georg, Beamtenschaft und Revolution. Eine sozialgeschichtliche Studie über Voraussetzungen und Wirklichkeit des Problems, in: Karl Bosl (Hg.), Bayern im Umbruch. Die Revolution von 1918, ihre Voraussetzungen, ihr Verlauf und ihre Folgen, München u. a. 1969, 201-263.

Kaschuba, Wolfgang, Einführung in die Europäische Ethnologie, München ²2003, 42-45.

Kater, Michael H., Die „Technische Nothilfe“ im Spannungsfeld von Arbeiterunruhen, Unternehmerinteressen und Parteipolitik, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 27 (1979), 30-78.

Katzer, Nikolaus, Die weiße Bewegung in Russland: Herrschaftsbildung, praktische Politik und politische Programmatik im Bürgerkrieg (Beiträge zur Geschichte Osteuropas 28), Köln u. a. 1999.

Kedar, Benjamin Z. - Herde, Peter, Karl Bosl im Dritten Reich, Berlin / Boston 2016.

Keiper, Gerhard - Kröger, Martin (Bearb.), Biographisches Handbuch des deutschen Auswärtigen Dienstes 1871-1945, Bd. 3 L-R, Paderborn u.a. 2008.

Keller, Katrin, Landesgeschichte Sachsen, Stuttgart 2002.

Keller, Peter, Epochenende. Die bayerische Armee und der militärische Umbruch von 1918/19, in: Günther Kronenbitter - Markus Pöhlmann (Koord.), Bayern und der Erste Weltkrieg, München [2017], 219-229.

Kellerhoff, Sven Felix, Die NSDAP. Eine Partei und ihre Mitglieder, Stuttgart 2017.

Kellog, Michael, The Russian Roots of Nazism. White Émigrés and the Making of National Socialism, Cambridge 2005.

Kerbs, Diethart - Reulecke, Jürgen (Hg.), Handbuch der deutschen Reformbewegungen 1880-1933, Wuppertal 1998.

Kerekes, Lajos, Die „Weiße Allianz“. Bayerisch-österreichisch-ungarische Projekte gegen die Regierung Renner im Jahre 1920, in: Österreichische Osthefte 7 (1965), 353-366.

Kershaw, Ian, Hitler 1889-1936, Stuttgart ²1998.

Keßler, Richard, Heinrich Held als Parlamentarier. Eine Teilbiographie 1868-1924 (Beiträge zu einer historischen Strukturanalyse Bayerns im Industriezeitalter, Berlin 1971.

Kießling, Rolf, Jüdische Geschichte in Bayern. Von den Anfängen bis zur Gegenwart (Studien zur jüdischen Geschichte und Kultur in Bayern 11), Berlin 2019.

- Kießling, Rolf - Schmid, Anton (Bearb.), Die Bayerische Staatlichkeit (Dokumente zur Geschichte von Staat und Gesellschaft in Bayern III/2), München 1976.
- Kiiskinen, Elina, Die Deutschnationale Volkspartei in Bayern (Bayerische Mittelpartei) in der Regierungspolitik des Freistaats während der Weimarer Zeit (Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte 145), München 2005.
- Kilian, Jette, Propaganda für die deutschen Kriegsanleihen im Ersten Weltkrieg, in: Jürgen Wilke (Hg.), Massenmedien und Spendenkampagnen. Vom 17. Jahrhundert bis in die Gegenwart (Medien in Geschichte und Gegenwart 26), Köln u. a. 2008, 73-160.
- Kirchinger, Johann, Michael Horlacher. Ein Agrarfunktionär in der Weimarer Republik (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 159), Düsseldorf 2011.
- Kittel, Manfred, Zwischen völkischem Fundamentalismus und gouvernementaler Taktik: DNVP-Vorsitzender Hans Hilpert und die bayerischen Deutschnationalen, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 59 (1996), 849-901.
- Kitzmann, Armin Rudi, Das offene Tor. Aus der Geschichte der Protestanten in München, München 1990.
- Klein, Christian (Hg.), Handbuch Biographie. Methoden, Traditionen, Theorien, Stuttgart / Weimar 2009.
- Kleindorfer-Marx, Bärbel, Volkskunst als Stil: Entwürfe von Franz Zell für die Chamer Möbelfabrik Schoyerer (Regensburger Schriften zur Volkskunde 12), Regensburg 1996.
- Klemm, Susanne, Der Verein für Volkskunst und Volkskunde in Feuchtwangen und seine Sammlungen, in: Schöner Heimat 91 (2002), 5-10.
- Klenke, Dietmar, Der singende „deutsche Mann“. Gesangvereine und deutsches Nationalbewußtsein von Napoleon bis Hitler, Münster u. a. 1998.
- Klotz, Alexander, Gustav von Kahr (1862-1934). Nicht nur der Verantwortung seines Amtes nicht gewachsen. In: Bayerns Spiegel 1998, Nr. 6, 2-9.
- Klueting, Edeltraud (Hg.), Antimodernismus und Reform. Zur Geschichte der deutschen Heimatbewegung, Darmstadt 1991.
- Klueting, Edeltraud, Heimatschutz, in: Diethart Krebs - Jürgen Reulecke (Hg.), Handbuch der deutschen Reformbewegungen 1880-1933, Wuppertal 1998, 47-57.
- Kluge, Ulrich, Soldatenräte und Revolution. Studien zur Militärpolitik in Deutschland (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 14), Göttingen 1975.
- Knaut, Andreas, „Diese unselige Nachahmung städtischen Wesens“. Aspekte des Heimatschutzes in Bayern bis 1918, in: Katharina Weigand (Hg.), Heimat. Konstanten und Wandel im 19./20. Jahrhundert. Vorstellungen und Wirklichkeiten (Schriftenreihe des Alpinen Museums des Deutschen Alpenvereins 2), München 1997, 245-261.
- Knaut, Andreas, Ernst Rudorff und die Anfänge der deutschen Heimatschutzbewegung, in: Edeltraud Klueting, (Hg.), Antimodernismus und Reform. Zur Geschichte der deutschen Heimatbewegung, Darmstadt 1991, 20-49.
- Knaut, Andreas, Zurück zur Natur! Die Wurzeln der Ökologiebewegung (Jahrbuch für Naturschutz und Landschaftspflege, Supplement 1), Greven 1993.
- Koch, Hannsjoachim, Der deutsche Bürgerkrieg. Eine Geschichte der deutschen und österreichischen Freikorps 1918-1923, Berlin 1978.

Koch, Michael, „Unserer Väter Werke“. Der Bayerische Kunstgewerbeverein im Zeitalter des Historismus, in: Christoph Hölz (Red.), Form - vollendet. Der Bayerische Kunstgewerbeverein 1851-2001, München 2000, 18-38.

Koch, Peter, 200 Jahre Bayerisches Staatsministerium des Innern. Eine Behörde für Bayern. Festschrift zum 200-jährigen Bestehen des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, München 2006.

Koch-Baumgarten, Sigrid, Der Aufstand der Avantgarde. Die Märzaktion der KPD 1921 (Quellen und Studien zur Sozialgeschichte 6), Frankfurt 1986.

Kocka, Jürgen, Weltkrieg und Mittelstand. Handwerker und Angestellte in Deutschland 1914-1918, in: Journal of Contemporary History 8 (1973), 101-123.

Köglmeier, Georg, Die zentralen Rätegremien in Bayern 1918/19. Legitimation - Organisation - Funktion (Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte 135), München 2001.

Köglmeier, Georg, Kongress der bayerischen Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte, 1919, in: Historisches Lexikon Bayerns [URL: <https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Kongress_der_bayerischen_Arbeiter-,_Soldaten-_und_Bauernräte,_1919>; zuletzt eingesehen am 9.3.2021].

Köhle-Hezinger, Christel, Pfarrhaus, Pfarrfamilie und Dorf. Das Pfarrhaus im 18. und 19. Jahrhundert, in: Thomas A. Seidel - Christopher Spehr (Hg.), Das evangelische Pfarrhaus. Mythos und Wirklichkeit, Leipzig 2013, 81-104.

König, Marcus, Agitation - Zensur - Propaganda. Der U-Boot-Krieg und die deutsche Öffentlichkeit im Ersten Weltkrieg, Stuttgart 2014.

Könnemann, Erwin, Einwohnerwehren und Zeitfreiwilligenverbände. Ihre Funktion beim Aufbau eines neuen imperialistischen Militärsystems (November 1918 bis 1920), Berlin (Ost) 1971.

Könnemann, Erwin, Orgesch; in: Die bürgerlichen Parteien Deutschlands, Band II, Berlin (Ost) 1968, 459-463.

Koepf, Roy G., Conservative Radicals: The Einwohnerwehr, Bund Bayern und Reich, and the Limits of Paramilitary Politics in Bavaria, 1918-1928, Diss. Lincoln/Nebraska 2010.

Koepf, Roy G., Gustav von Kahr and the Emergence of the Radical Right in Bavaria, in: The Historian 77 (2015), 740-763.

Köttnitz-Porsch, Bettina, Novemberrevolution und Räteherrschaft 1918/19 in Würzburg (Mainfränkische Studien 35), Würzburg 1985.

Kolb, Eberhard, Die Weimarer Republik, München ⁷2009.

Kondylis, Panajotis, Der Niedergang der bürgerlichen Denk- und Lebensform. Die liberale Moderne und die massendemokratische Postmoderne, Berlin 2010 (Erstausgabe 1991).

Korff, Gottfried, Volkskunst als ideologisches Konstrukt? Fragen und Beobachtungen zum politischen Einsatz der „Volkskunst“ im 20. Jh., in: Jahrbuch für Volkskunde N.F. 15 (1992), 23-49.

Korzetz, Ingo, Die Freikorps in der Weimarer Republik: Freiheitskämpfer oder Landsknechthaufen? Aufstellung, Einsatz und Wesen bayerischer Freikorps 1918-1920, Marburg 2009.

Koster, John, Hermann Ehrhardt: The Man that Hitler Wasn't, Portland 2018.

- Krafft, Sybille, „An der Heimatfront“. Frauenleben im Ersten Weltkrieg 1914-1918, in: dies. (Hg.), Frauenleben in Bayern. Von der Jahrhundertwende bis zur Trümmerzeit, München 1993, 119-170.
- Kraftzick, Anna-Maria, Das Sammellager Fort Prinz Karl bei Ingolstadt 1920-1924, in: Sammelblatt des Historischen Vereins Ingolstadt 124 (2015), 329-342.
- Kramer, Ferdinand, Kirchen und Religion in den „Lebenserinnerungen“ von Gustav von Kahr, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 80 (2017), 213-244.
- Kramer, Ferdinand (Hg.), Orte der Demokratie in Bayern (Themenhefte der Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 81/1 und 81/2 (2018)).
- Kratzsch, Gerhard, Kunstwart und Dürerbund. Ein Beitrag zur Geschichte der Gebildeten im Zeitalter des Imperialismus, Göttingen 1969.
- Kraus, Andreas, Erding. Stadt mit vielen Gesichtern (Bayerische Städtebilder), Erding 1997.
- Kraus, Andreas, Geschichte Bayerns. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, München 2013.
- Kraus, Elisabeth, Repräsentation - Renommee - Rekrutierung. Mäzenatentum für das Deutsche Museum (Preprint 9), München 2013.
- Kraus, Hans Christof, Kulturkonservatismus und Dolchstoßlegende. Die „Süddeutschen Monatshefte“ 1904-1936, in: ders. (Hg.), Konservative Zeitschriften zwischen Kaiserreich und Diktatur, Berlin 2003, 13-43.
- Kraus, Jürgen - Fischer, Stefan (Hg.), Die Stadt Kaufbeuren, Bd. I-III, Thalhofen 1999-2006.
- Kraus, Hans-Christof, Kultur, Bildung und Wissenschaft im 19. Jahrhundert (Enzyklopädie deutscher Geschichte 82), München 2008.
- Krauss, Marita (Hg.), Die bayerischen Kommerzienräte. Eine deutsche Wirtschaftselite von 1880 bis 1928, München 2016.
- Krauss, Sylvia (Bearb.), Verzeichnis der Nachlässe im Bayerischen Hauptstaatsarchiv (Bayerische Archivinventare 58), München 2019.
- Krawarik, Hans, Exul Austriacus: Konfessionelle Migrationen aus Österreich in der Frühen Neuzeit (Austria: Forschung und Wissenschaft 4), Wien / Berlin / Münster 2010.
- Krenn, Dorit-Maria, Die christliche Arbeiterbewegung in Bayern vom Ersten Weltkrieg bis 1933 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B, 57), Mainz 1991.
- Kreutzberger, Wolfgang, Studenten und Politik 1918-1933. Der Fall Freiburg im Breisgau, Göttingen 1972.
- Kritzer, Peter, Bayern ist fortan ein Freistaat, Rosenheim 1992.
- Kritzer, Peter, Die bayerische Sozialdemokratie und die bayerische Politik in den Jahren 1918-1923 (Miscellanea Bavarica Monacensia 20), München 1969.
- Kritzer, Peter, Die SPD in der bayerischen Revolution von 1918, in: Karl Bosl (Hg.), Bayern im Umbruch. Die Revolution von 1918, ihre Voraussetzungen, ihr Verlauf und ihre Folgen, München u. a. 1969, 427-452.
- Kronenbitter, Günther, Planmäßig vom Frieden zum Krieg - Bayern macht mobil, in: Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns (Hg.), Krieg! Bayern im Sommer 1914, München 2014, 39-51.
- Krüger, Gabriele, Die Brigade Ehrhardt (Hamburger Beiträge zur Zeitgeschichte 7), Hamburg 1971.

- Krüger, Gerd, Von den Einwohnerwehren zum Stahlhelm. Der nationale Kampfverband „Westfalenbund e.V.“ (1921-1924), in: Westfälische Zeitschrift 147 (1997), 405-432.
- Krumeich, Gerd, Die unbewältigte Niederlage. Das Trauma des Ersten Weltkriegs und die Weimarer Republik, Freiburg / Basel / Wien 2018.
- Kuhlemann, Frank-Michael, Bürgertum und Religion, in: Peter Lundgreen (Hg.), Sozial- und Kulturgeschichte des Bürgertums. Eine Bilanz des Bielefelder Sonderforschungsbereichs (1986-1997), Göttingen 2000, 293-318.
- Kunz, Andreas, Civil Servants and the Politics of Inflation in Germany (Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin 66), Berlin / New York 1986.
- Kuron, Hans Jürgen, Freikorps und Bund Oberland, Diss. Erlangen 1960.
- Lamberty, Christiane, Reklame in Deutschland 1890-1914. Wahrnehmung, Professionalisierung und Kritik der Wirtschaftswerbung (Beiträge zur Verhaltensforschung 38), Berlin 2000.
- Landau, Peter, Max v. Seydel - Bayerns Staatsrechtslehrer im Bismarckreich, in: Joachim Bohnert - Alexander Hollerbach (Hg.), Verfassung - Philosophie - Kirche: Festschrift für Alexander Hollerbach zum 70. Geburtstag, Berlin 2001, 59-79.
- Lang, Florian, Die Verwaltungselite in Deutschland und Frankreich 1871-2000. Regimewechsel und Pfadabhängigkeiten, Baden-Baden 2005.
- Lange, Thomas, Bayern im Ausnahmezustand 1919-1923. Zur politischen Funktion des bayerischen Ausnahmerechts in den ersten Jahren der Weimarer Republik, München 1989.
- Lange-Greve, Susanne, Schreiblandschaften: Hans Eisele 1876-1957. Journalist, Diplomat, Schriftsteller (Unterm Stein 7), Schwäbisch-Gmünd 2007.
- Langer, Peter, Macht und Verantwortung: Der Ruhrbaron Paul Reusch, Essen 2012.
- Langewiesche, Dieter, Liberalismus in Deutschland, Frankfurt am Main 1988.
- Large, David Clay, Politics of Law and Order. A History of the Bavarian Einwohnerwehr 1918-1921, Philadelphia 1980.
- Large, David Clay, Where Ghosts Walked: Munich's Road to the Third Reich, New York 1997 (dt.: Hitlers München: Aufstieg und Fall der Hauptstadt der Bewegung, aktual. Auflage München 2018).
- Latour, Bruno, Eine neue Soziologie für eine neue Gesellschaft. Einführung in die Akteur-Netzwerk-Theorie, übers. von Gustav Roßler, Frankfurt am Main 2007.
- Lechner, Manfred - Wilding, Peter (Hg.), „Andere“ Biographien und ihre Quellen. Biographische Zugänge zur Geschichte der Arbeiterbewegung. Ein Tagungsbericht, Wien u. a. 1992.
- Lehnert, Detlef (Hg.), Politische Teilkulturen zwischen Integration und Polarisierung. Zur politischen Kultur in der Weimarer Republik, Opladen 1990.
- Lehnstaedt, Stephan, Der vergessene Sieg. Der Polnisch-Sowjetische Krieg 1919-1921 und die Entstehung des modernen Osteuropa, München 2019.
- Leicht, Johannes, Heinrich Claß 1868-1953. Die politische Biographie eines Alldeutschen, Paderborn 2012.
- Lenger, Friedrich, Netzwerkanalyse und Biographieforschung - einige Überlegungen, in: BIOS 18 (2005), 180-185.
- Lenz, Wilhelm, Die Bermond-Affaire 1919, in: Journal of Baltic Studies 15 (1984), 17-26.

- Leonhard, Jörn, Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkriegs, München⁶2015.
- Leonhard, Jörn, Semantische Deplazierung und Entwertung. Deutsche Deutungen von liberal und Liberalismus nach 1850 im europäischen Vergleich, in: Geschichte und Gesellschaft 29 (2003), 5-39.
- Leßmann-Faust, Peter, Die preußische Schutzpolizei in der Weimarer Republik: Streifendienst und Straßenkampf (Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Polizeigeschichte e.V. 12), Frankfurt am Main 2012.
- Lieb, Peter, Bayern als Besatzer - Die Ukraine 1918, in: Günther Kronenbitter - Markus Pöhlmann (Koord.), Bayern und der Erste Weltkrieg, München [2017], 84-95.
- Liebersohn, Harry, „Gemeinschaft und Gesellschaft“ und die Kritik der Gebildeten am deutschen Kaiserreich, in: Lars Clausen (Hg.), Hundert Jahre „Gemeinschaft und Gesellschaft“. Ferdinand Tönnies in der internationalen Diskussion, Opladen 1991, 17-30.
- Liedtke, Max, Gesamtdarstellung, in: ders. (Hg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Bd. II: Geschichte der Schule in Bayern von 1800 bis 1918, Bad Heilbrunn 1993, 11-133.
- Lilla, Joachim (Bearb.), Der Bayerische Landtag 1918 bis 1933. Wahlvorschläge – Zusammensetzung – Biographien (Materialien zur Bayerischen Landesgeschichte 21), München 2008.
- Lilla, Joachim, Staatsminister, leitende Verwaltungsbeamte und (NS-) Funktionsträger in Bayern 1918 bis 1945 („Verwaltungshandbuch“) [URL: <<https://verwaltungshandbuch.bavarikon.de/VWH/Hauptseite#lang-de>>; zuletzt eingesehen am 4.8.2021].
- Lin, Nan, Social Capital. A Theory of Social Structure and Action (Structural Analysis in the Social Sciences 19), Cambridge u. a. 2001.
- Linhardt, Andreas, Die Technische Nothilfe in der Weimarer Republik, Norderstedt 2006.
- Linhardt, Andreas, Technische Nothilfe, in: Historisches Lexikon Bayerns [URL: <https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Technische_Nothilfe>; zuletzt eingesehen am 9.3.2021].
- Lipset, Seymour Martin - Rokkan, Stein, Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments, in: Peter Mair (Hg.), The West European Party System, Oxford 1990, 91-111.
- Löffler, Bernhard, Die bayerische Kammer der Reichsräte 1848 bis 1918. Grundlagen, Zusammensetzung, Politik (Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte 108), München 1996.
- Löffler, Bernhard, Stationen parlamentarischen Wandels in Bayern, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 58 (1995), 959-989.
- Löhnig, Martin - Preißner, Ulrike, Zwei Geschichten über die Bayerischen Volksgerichte (1918-1924), in: Zeitschrift für neuere Rechtsgeschichte 34 (2012), 43-68.
- Lövenich, Friedhelm, Verstaatlichte Sittlichkeit. Die konservative Konstruktion der Lebenswelt in Wilhelm Heinrich Riehls „Naturgeschichte des Volkes“, Opladen 1992.
- Lohalm, Uwe, Völkischer Radikalismus. Die Geschichte des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes 1919-1923 (Hamburger Beiträge zur Zeitgeschichte VI), Hamburg 1970.
- Longerich, Peter, Deutschland 1918-1933. Die Weimarer Republik. Handbuch zur Geschichte, Hannover 1995.

Longerich, Peter, Geschichte der SA, München 2003.

Lübbren, Nina, Künstlerkolonien in Europa. Kreative Geselligkeit im Grünen, in: Thomas Andratschke (Hg.), Mythos Heimat: Worpsswede und die europäischen Künstlerkolonien, Dresden 2016, 57-65.

Lülf, Stefan, London-Regensburg-Indien. Die Einbindung bayerischer Städte in den Luftverkehr 1919-1933 (Münchener Historische Studien, Abt. Bayerische Geschichte XXVI), Kallmünz/Opf. 2017.

Lutz, Helma - Schiebel, Martina - Tuidier, Elisabeth (Hg.), Handbuch Biographieforschung, Wiesbaden 2018.

Lutz, Joseph Maria - Stummer, Heinrich, 125 Jahre Bayerische Hypotheken- und Wechselbank, München 1960.

Machtan, Lothar, Der Endzeitkanzler: Prinz Max von Baden und der Untergang des Kaiserreichs, Darmstadt 2018.

Machtan, Lothar, Die Abdankung. Wie Deutschlands gekrönte Häupter aus der Geschichte fielen, München 2016.

Machtan, Lothar, Liberaler deutscher Ersatzkaiser? Zu den politischen Möglichkeiten des Prinzen und Reichskanzlers Max von Baden im Herbst 1918, in: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 28 (2016), 229-262.

März, Stefan, Das Haus Wittelsbach im Ersten Weltkrieg. Chance und Zusammenbruch monarchischer Herrschaft, Regensburg 2013.

Mages, Emma, Miesbacher Anzeiger, in: Historisches Lexikon Bayerns [URL: <https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Miesbacher_Anzeiger>; zuletzt eingesehen am 12.3.2021].

Mai, Gunther, 1. August 1914: Gab es ein Augusterlebnis? in: Eckart Conze (Hg.), Tage deutscher Geschichte. Von der Reformation zur Wiedervereinigung, München 2004, 177-192.

Mai, Gunther, „Aufklärung der Bevölkerung“ und „Vaterländischer Unterricht“ in Württemberg 1914-1918. Struktur, Durchführung und Inhalte der deutschen Inlandspropaganda im Ersten Weltkrieg, in: Zeitschrift für württembergische Landesgeschichte 36 (1977), 199-235.

Maier, Rachel Maria, Vom Metallarbeiter zum Bayerischen Sozialminister: Heinrich Oswald 1866-1945. Kämpferischer Sozialpolitiker der Weimarer Republik, in: Sammelblatt des Historischen Vereins Ingolstadt 114 (2005), 358-387.

Mančal, Josef, München-Augsburger Abendzeitung, in: Historisches Lexikon Bayerns [URL: <https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/München-Augsburger_Abendzeitung>; zuletzt eingesehen am 4.3.2021].

Mann, Bernhard (Bearb.), Biographisches Handbuch für das Preußische Abgeordnetenhaus 1867-1918 (Handbücher zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 3), Düsseldorf 1988.

Mannes, Astrid Luise, Reichskanzler Constantin Fehrenbach. Eine Biographie (Subsidia Academica 7), Berlin 2006.

Markov, Georgi, „Waffenbrüder“. Bulgarien und Deutschland im Ersten Weltkrieg, in: Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns (Hg.), Verbündet. Bayern und Bulgarien im Ersten Weltkrieg, München 2017, 30-39.

Marquardt, Sabine, *Polis contra Polemos: Politik als Kampfbegriff der Weimarer Republik* (Münstersche historische Forschungen 11), Köln u. a. 1997.

Marx, Christian, *Die Mischung macht´s. Zur Bedeutung von kulturellem, ökonomischen und sozialen Kapital bei Paul Reusch während des Konzernaufbaus der Gutehoffnungshütte (1918-1924)*, in: Markus Gamper - Linda Reschke (Hg.), *Knoten und Kanten. Soziale Netzwerkanalyse in Wirtschafts- und Migrationsforschung*, Bielefeld 2010, 159-194.

Marx, Christian, *Paul Reusch und die Gutehoffnungshütte. Leitung eines deutschen Großunternehmens*, Göttingen 2013.

Mauch, Hans Joachim, *Nationalistische Wehrorganisationen in der Weimarer Republik. Zur Entwicklung und Ideologie des „Paramilitarismus“*, Frankfurt am Main 1982.

Mauri, Martin, *Das Ende des Kaiserreiches in der Weimarer Republik. Polarisierende Wahrnehmungen und intentionalisierte Deutungen der Kriegsniederlage in Erinnerungsschriften während der Zeit der ersten deutschen Demokratie (Schriften zur Geschichtsforschung des 20. Jahrhunderts 2)*, Hamburg 2011.

Mayer, Karl J., *Die Weimarer Republik und das Problem der Sicherheit in den deutsch-französischen Beziehungen, 1918-1925 (Europäische Hochschulschriften, Reihe III - Geschichte und ihre Hilfswissenschaften 440)*, Frankfurt am Main 1990.

McGee, James Heard, *The Political Police in Bavaria 1919-1936*, Ann Arbor / London 1981.

Menges, Franz, Hans Schmelzle. *Bayerischer Staatsrat im Ministerium des Äußeren und Finanzminister. Eine politische Biographie mit Quellenanhang (Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 1)*, München 1972.

Menges, Franz, *Reichsreform und Finanzpolitik. Die Aushöhlung der Eigenstaatlichkeit auf finanzpolitischem Wege in der Zeit der Weimarer Republik (Beiträge zu einer historischen Strukturanalyse Bayerns im Industriezeitalter 7)*, Berlin 1971.

Mennekes, Friedhelm, *Die Republik als Herausforderung. Konservatives Denken in Bayern zwischen Weimarer Republik und antidemokratischer Reaktion (1918-1925) (Beiträge zu einer historischen Strukturanalyse Bayerns im Industriezeitalter 8)*, Berlin 1972.

Mensing, Björn, *Pfarrer und Nationalsozialismus. Geschichte einer Verstrickung am Beispiel der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern (Arbeiten zur Kirchlichen Zeitgeschichte, Reihe B 26)*, Göttingen 1998.

Mergel, Thomas, *High Expectations - Deep Disappointment: Structures of the Public Perception of Politics in the Weimar Republic*, in: Kathleen Cunnings (Hg.), *Weimar Publics, Weimar Subjects. Rethinking the Political Culture of Germany in the 1920s*, New York u. a. 2010, 192-210.

Mergel, Thomas, *Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der Politik*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 28 (2002), 574-606.

Merkel, Wolfgang, *Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung*, Wiesbaden 2010.

Merkel, Wolfgang - Kollmorgen, Raj - Wagener, Hans-Jürgen, *The Handbook of Political, Social, and Economic Transformation*, Oxford 2019.

Merkenich, Stephanie, *Grüne Front gegen Weimar. Reichs-Landbund und agrarischer Lobbyismus 1918-1933 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 113)* Düsseldorf 1998.

- Mertens, Lothar, Das Einjährig-Freiwilligen-Privileg. Der Militärdienst im Zeitgeist des deutschen Kaiserreiches, in: Zeitschrift für Religions- und Geistesgeschichte 42 (1990), 316-329.
- Merz, Johannes, Auf dem Weg zur Räterepublik. Staatskrise und Regierungsbildung nach dem Tode Eisners (Februar/März 1919); in: Zeitschrift für Bayerische Landesgeschichte 66 (2003), 541-564.
- Merz, Johannes, Kabinett Segitz, 1919, in: Historisches Lexikon Bayerns [URL: <https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Kabinett_Segitz,_1919>; zuletzt eingesehen am 9.3.2021].
- Miller, Susanne, Die Bürde der Macht. Die deutsche Sozialdemokratie 1918-1920 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 63), Düsseldorf 1978.
- Mitchell, Allan, Revolution in Bayern 1918-1919. Die Eisner-Regierung und die Räte-Republik, München 1967.
- Mitchell, Otis C., The Bavarian paramilitary scene (1919-1923), in: ders. (Hg.), Hitler's Stormtroopers and the Attack on the German Republic, Jefferson/NC 2008, 57-71.
- Möller, Horst, Franz Josef Strauß. Herrscher und Rebell, München / Berlin 2015.
- Moeller, Robert G., Dimensions of Social Conflict in the Great War: The View from the German Countryside, in: Central European History 14 (1981), 142-168.
- Möller, Silke, Studienzeit als prägende Lebensphase. Organisierte und nicht organisierte Studenten im Kaiserreich, in: Harm-Hinrich Brandt (Hg.), „Der Burschen Herrlichkeit“. Geschichte und Gegenwart des studentischen Korporationswesens (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Würzburgs 8), Würzburg 1998, 405-420.
- Möller, Silke, Zwischen Wissenschaft und „Burschenherrlichkeit“. Studentische Sozialisation im deutschen Kaiserreich 1871-1914 (Pallas Athene 4), Stuttgart 2001.
- Mößmer, Anton, Gustav von Kahr. Ein Lebensbild, in: Freunde des Hans-Carossa-Gymnasiums 28 (1988), 34-68.
- Mollenhauer, Daniel, „Den Volksgeist beschwören“. Wilhelm Heinrich Riehls „Wissenschaft vom Volke“ und die Konstruktion eines deutschen 'Nationalcharakters', in: Michael Einfalt u. a. (Hg.), Konstrukte nationaler Identität. Deutschland, Frankreich und Großbritannien, 19. und 20. Jahrhundert (Identitäten und Alteritäten 11), Würzburg 2002, 155-169.
- Mommsen, Wolfgang J., Bürgerliche Kultur und künstlerische Avantgarde. Kultur und Politik im deutschen Kaiserreich 1870 bis 1918, Frankfurt am Main / Berlin 1994.
- Morris, Douglas G., Justice Imperiled: The Anti-Nazi Lawyer Max Hirschberg in Weimar Germany (Social history, popular culture, and politics in Germany), Ann Arbor 2005.
- Morsey, Rudolf, Fritz Gerlich (1883-1934). Ein früherer Gegner Hitlers und des Nationalsozialismus, Paderborn 2016.
- Mosebach, Charlotte, Geschichte der Münchener Künstlergenossenschaft Königlich Privilegiert 1868, München 2014.
- Mruck, Tanja, Propaganda und Öffentlichkeit im Ersten Weltkrieg (Essener Studien zur Semiotik und Kommunikationsforschung 12), Aachen 2004.
- Müller, Andrea M., Die französische Gesandtschaft in München in den Jahren der Weimarer Republik. Französische Politik im Spiegel diplomatischer Berichterstattung (Miscellanea Bavarica Monacensia 184), München 2010.

- Müller, Maria Christina, Der Wehrverband als Bürgerpflicht? Mobilisierung und Militarisierung in der bayerischen Wirtschaftselite nach dem Ersten Weltkrieg (Augsburger historische Studien 2), Augsburg 2015.
- Müller, Ulrich, Buchloe - Eine Stadt mit Geschichte, in: Stadt Buchloe (Hg.), 50 Jahre Stadt Buchloe 1954-2004, Buchloe 2004, 6-21.
- Müller-Aenis, Martin, Sozialdemokratie und Rätebewegung in der Provinz. Schwaben und Mittelfranken in der bayerischen Revolution 1918-1919, München 1986.
- Müller-Dreier, Armin, Konfession in Politik, Gesellschaft und Kultur des Kaiserreichs: Der Evangelische Bund 1886-1914 (Religiöse Kulturen der Moderne 7), Gütersloh 1998.
- Münch, Friedrich, Die agitatorische Tätigkeit des Bauernführers Heim. Zur Volksernährungsfrage aus der Sicht des Pressereferates des bayerischen Kriegsministeriums während des Ersten Weltkrieges, in: Karl Bosl (Hg.), Bayern im Umbruch. Die Revolution von 1918, ihre Voraussetzungen, ihr Verlauf und ihre Folgen, München u. a. 1969, 301-344.
- Münnich, Sascha, Interessen und Ideen. Die Entstehung der Arbeitslosenversicherung in Deutschland und den USA (Schriften aus dem Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung 70), Frankfurt am Main u. a. 2010.
- Mues, Jenny, Kunstvereine als Vermittlungsinstanzen der Moderne in der Zeit der Weimarer Republik, Diss. München 2018.
- Mües-Baron, Klaus, Heinrich Himmler - Aufstieg des Reichsführers SS (1900-1933), Göttingen 2011.
- Nauderer, Ursula Katharina, Hermann Stockmann. Das heimatpflegerische Wirken des Künstlers, Dachau 1987.
- Naumann, Petra, Volkskultur - das Andere im Eigenen. Entwürfe ländlicher Kultur um 1900 (Schriftenreihe der Marburger Arbeitsgruppe für Tiefenhermeneutik und Kulturanalyse 3), Marburg 2011.
- Nebelin, Manfred, Ludendorff. Diktator im Ersten Weltkrieg, München 2010.
- Negendanck, Ruth, Künstlerlandschaft Chiemsee, Fischerhude 2008.
- Neliba, Günter, Wilhelm Frick: Der Legalist des Unrechtsstaates. Eine politische Biographie, Paderborn u. a. 1992.
- Nerdinger, Winfried, Neue Strömungen und Reformen zwischen Jugendstil und Neuem Bauen, in: Landesamt für Denkmalpflege (Hg.), Bauen in München 1890-1950 (Arbeitshefte 7), München 1980, 41-61.
- Nerdinger, Winfried, Theodor Fischer. Architekt und Städtebauer 1862–1938, Berlin 1988.
- Nerdinger, Winfried - Blohm, Katharina, Architekturschule München 1868-1993. 125 Jahre Technische Universität München, München 1993.
- Neumaier, Helmut, Zur Orgesch in Baden 1920/21: Ein Beitrag zum Erscheinungsbild des politischen Radikalismus in der Frühphase der Weimarer Republik, in: Württembergisch Franken 74 (1990), 405-490.
- Neuner, Stephanie, Demobilmachung, 1918-1923 (ökonomisch, gesellschaftlich, kulturell), in: Historisches Lexikon Bayerns [URL: <[https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Demobilmachung,_1918-1923_\(ökonomisch,_gesellschaftlich,_kulturell\)](https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Demobilmachung,_1918-1923_(ökonomisch,_gesellschaftlich,_kulturell))>; zuletzt eingesehen am 9.3.2021].

Niedhart, Gottfried, Die Außenpolitik der Weimarer Republik (Enzyklopädie deutscher Geschichte 53), Oldenbourg ³2013.

Niehuss, Merith, Arbeiterschaft in Krieg und Inflation. Soziale Schichtung und Lage der Arbeiter in Augsburg und Linz 1910 bis 1925 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin 59), Berlin u. a. 1985.

Niethammer, Lutz, Die letzte Gemeinschaft. Über die Konstruierbarkeit von Generationen und ihre Grenzen, in: Bernd Weisbrod - Till Manning (Hg.), Historische Beiträge zur Generationenforschung (Göttinger Studien zur Generationsforschung 2), Göttingen 2009, 13-38.

Nipperdey, Thomas, Deutsche Geschichte 1866-1918, Band 2: Machtstaat vor der Demokratie, München 1992.

Nitschke, Peter, Einführung in die Politikwissenschaft, Darmstadt ²2020.

Nußner, Horst G. W., Konservative Wehrverbände in Bayern, Preußen und Österreich 1918-1933 mit einer Biographie von Forstrat Georg Escherich 1870-1941, München 1973

Nußner, Horst G. W., Militärischer Druck auf die Landesregierung Johannes Hoffmann von Mai 1919 bis zum Kapp-Putsch, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 33 (1970), 818-850.

Obenaus, Herbert, Zur Migrationsproblematik der Ostjuden in Deutschland, in: Przemysław Matusik (Hg.), Migrationsprozesse und gesellschaftlicher Wandel in der Geschichte. Vorträge einer gemeinsamen Konferenz des Instituts für Geschichte der Adam Mickiewicz-Universität Poznań und des Historischen Seminars der Leibniz Universität Hannover, Poznań 7 - 8 Februar 2006, Poznań 2011, 165-188.

Oberkrome, Willi, „Deutsche Heimat“. Nationale Konzeption und regionale Praxis von Naturschutz, Landschaftsgestaltung und Kulturpolitik in Westfalen-Lippe und Thüringen (1900-1960) (Forschungen zur Regionalgeschichte 47), Paderborn u. a. 2004.

O'Donnell, Guillermo - Schmitter, Philippe C. (Hg.), Transitions from Authoritarian Rule, 4 Bde., Baltimore u. a. 1986.

Oelkers, Jürgen, Biographik. Überlegungen zu einer unschuldigen Gattung, in: Neue politische Literatur 19 (1974), 296-309.

Oelwein, Cornelia, Feldkirchen: Chronik, München 2017.

Östling, Johan, Humboldt and the Modern German University. An Intellectual History, Lund 2018.

Ohnezeit, Mark, Zwischen „schärfster Opposition“ und dem „Willen zur Macht“. Die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) in der Weimarer Republik 1918-1928 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 158), Düsseldorf 2011.

Osietzki, Maria, Die Gründungsgeschichte des Deutschen Museums von Meisterwerken der Naturwissenschaften und Technik in München 1903-1906, in: Technikgeschichte 52 (1985), 49-75.

Pabst, Martin, Zwischen Verein und Korporation: Die nicht farbentragenden Gesangs- und Turnverbindungen im SV bzw. ATB, in: Harm-Hinrich Brandt - Matthias Stickler (Hg.), „Der Burschen Herrlichkeit“. Geschichte und Gegenwart des studentischen Korporationswesens, Würzburg 1998 (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Würzburg 8), 321-336.

Pätzold, Kurt - Weißbecker, Manfred, Geschichte der NSDAP 1920-1945, Köln ³2009.

- Paulus, Helmut, Volks- und Wuchergerichte: Die ersten Bayreuther Sondergerichte in der Notzeit nach dem Ersten Weltkrieg, in: Archiv für Geschichte von Oberfranken 79 (1999), 369-416
- Paulus, Helmut Eberhard, Die Münchner Secession. Zu den Hintergründen ihrer Entstehung, in: Oberbayerisches Archiv 144 (2020), 229-256.
- Peitsch, Helmut, Autobiographical Writing als Vergangenheitsbewältigung (Mastering the Past), in: German History 7 (1989), 47-70.
- Permooser, Irmtraud, Der Dolchstoßprozeß in München 1925, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 59 (1996), 903-926.
- Pfeiffer, Anna-Livia, Das Ewige im Flüchtigen. Eine Bau- und Zivilisationsgeschichte der Feuerbestattung in der Moderne, Würzburg 2015.
- Pfeiffer, Gerhard, Samuel Wilhelm Oetter, in: Jahrbuch für fränkische Landesforschung 21 (1961), 79-108.
- Phelps, Reginald H., Hitler als Parteiredner im Jahre 1920, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 11 (1963), 274-330.
- Plewnia, Margarete, Auf dem Weg zu Hitler. Der „völkische“ Publizist Dietrich Eckart (Studien zur Publizistik 14), Bremen 1970.
- Plöckinger, Othmar, Adolf Hitler als Hörer an der Universität München im Jahr 1919. Zum Verhältnis zwischen Reichswehr und Politik, in: Elisabeth Kraus (Hg.), Die Universität München im Dritten Reich. Aufsätze: Teil II (Beiträge zur Geschichte der Ludwig-Maximilians-Universität München 4), München 2008, 13-48.
- Plöckinger, Othmar, Geschichte eines Buches: Adolf Hitlers „Mein Kampf“ 1922-1945, München 2011.
- Plöckinger, Othmar, Unter Soldaten und Agitatoren: Hitlers prägende Jahre im deutschen Militär 1918-1920, Paderborn / München 2013.
- Pöhlmann, Markus, Aktenkrieg und Dolchstoßprozess: Gab es eine partikuläre Erinnerungspolitik in Bayern? in: Günther Kronenbitter - Markus Pöhlmann (Hg.), Bayern und der Erste Weltkrieg, München 2017, 230-241.
- Pöppinghege, Rainer, Republik im Bürgerkrieg: Kapp-Putsch und Gegenbewegung an Ruhr und Lippe 1919/20 (Regionalgeschichte kompakt 2), Münster 2019.
- Pohl, Manfred, Das Bayernwerk 1921 bis 1996, München u. a. 1996.
- Pollmann, Karl Erich, Das Unbehagen an den Parteien in der Gründungsphase des Deutschen Kaiserreichs, in: Adolf M. Birke - Magnus Brechtken (Hg.), Politikverdrossenheit. Der Parteienstaat in der historischen und gegenwärtigen Diskussion. Ein deutsch-britischer Vergleich (Prinz-Albert-Studien 12), München u.a. 1995, 41-52.
- Pommerin, Rainer, Die Ausweisung der „Ostjuden“ aus Bayern 1923. Ein Beitrag zum Krisenjahr der Weimarer Republik, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 34 (1986), 311-340.
- Pomp, Rainer, Bauern und Großgrundbesitzer auf ihrem Weg ins Dritte Reich. Der Brandenburgische Landbund 1919-1933, Berlin 2011.
- Potempa, Harald, Bayerische Fliegertruppe, in: Historisches Lexikon Bayerns [URL: <https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Bayerische_Fliegertruppe>; zuletzt eingesehen am 4.3.2021].

- Pröve, Ralf, Militär, Staat, Gesellschaft im 19. Jahrhundert (Enzyklopädie deutscher Geschichte 77), München 2006.
- Pyta, Wolfram, Hindenburg. Herrschaft zwischen Hohenzollern und Hitler, München 2007.
- Pyta, Wolfram, Geschichtswissenschaft, in: Christian Klein (Hg.), Handbuch Biographie. Methoden, Traditionen, Theorien, Stuttgart / Weimar 2009, 331-338.
- Radkau, Joachim, Das Zeitalter der Nervosität. Deutschland zwischen Bismarck und Hitler, Darmstadt 1998.
- Raithel, Thomas, Das „Wunder“ der inneren Einheit: Studien zur deutschen und französischen Öffentlichkeit bei Beginn des Ersten Weltkrieges (Pariser historische Studien 45), Bonn 1996.
- Rambeck, Brigitta - Grassinger, Peter, 100 Jahre Münchner Künstlerhaus, München 2000.
- Rammert, Michaela, Richard Riemerschmid. Möbel und Innenräume 1895-1900 (Schriften aus dem Institut für Kunstgeschichte der Universität München 22), München 1987.
- Rape, Ludger, Die Vorarlberger Heimwehr und die bayerische Rechte 1920-1923, in: Meinrad Pichler (Hg.), Nachträge zur neueren Vorarlberger Landesgeschichte (Beiträge zu Geschichte und Gesellschaft Vorarlbergs 1), Bregenz ²1983, 74-95.
- Rape, Ludger, Die österreichischen Heimwehren und die bayerische Rechte 1920-1923 (Veröffentlichungen des Ludwig Boltzmann Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung), Wien 1977.
- Rattelmüller, Paul Ernst, Das Bayerische Bürgermilitär, München 1969.
- Rau, Friedrich, Personalpolitik und Organisation in der vorläufigen Reichswehr. Die Verhältnisse im Bereich des Gruppenkommandos 4 bis zur Bildung des Übergangsheeres (200 000 Mann-Heer), Diss München 1970.
- Rauh, Manfred, Die Parlamentarisierung des Deutschen Reiches (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 60), Düsseldorf 1977.
- Raz, Samuel, Die Künstlerkolonie Dachau. Eine historische Perspektive, Saarbrücken 2016.
- Rebitsch, Wolfgang, Tirol - Land in Waffen. Soldaten und bewaffnete Verbände 1918 bis 1938 (Veröffentlichungen des Tiroler Landesarchivs 15), Innsbruck 2009.
- Redder, Ute, Die Entwicklung von der Armenpflege zur Fürsorge in dem Zeitraum von 1871 bis 1933. Eine Analyse unter Aufgaben-, Ausgaben und Finanzierungsaspekten am Beispiel der Länder Preußen und Bayern (Bochumer wirtschaftswissenschaftliche Studien 133), Bochum 1993.
- Rehm-Deutinger, Sabine, Die Gebäude der Regierung von Oberbayern, in: Stephan Deutinger - Karl-Ulrich Gelberg - Michael Stephan (Hg.), Die Regierungspräsidenten von Oberbayern im 19. und 20. Jahrhundert, München ²2010, 51-70.
- Reinhard, Wolfgang, Kommentar. Mikrogeschichte und Makrogeschichte, in: Hillard von Thiessen - Christian Windler (Hg.), Nähe in der Ferne. Personale Verflechtungen in den Außenbeziehungen der Frühen Neuzeit (Zeitschrift für Historische Forschung, Beihefte 36), Berlin 2005, 135-144.
- Reimann, Joachim, Ernst Müller-Meinigen senior und der Linksliberalismus in seiner Zeit. Zur Biographie eines bayerischen und deutschen Politikers (1866-1944) (Miscellanea Bavarica Monacensia 11), München 1969.
- Reinicke, David (Hg.), Gemeinschaft als Erfahrung. Kulturelle Inszenierungen und soziale Praxis 1930-1960 (Nationalsozialistische Volksgemeinschaft 5), Paderborn 2014.

Renn, Heinz, Lebenslauf-Lebenszeit-Kohortenanalyse, in: Wolfgang Voges (Hg.), Methoden der Biographie- und Lebenslaufforschung, Opladen 1987, 261-298.

Retterath, Jörn, „Parteihader“ versus „Volksgemeinschaft“. Kritik an Parteien und Parlamentarismus seitens der politischen Mitte in den Anfangsjahren der Weimarer Republik, in: Sebastian Elsbach - Ronny Noak - Andreas Braune (Hg.), Konsens und Konflikt: demokratische Transformation in der Weimarer und Bonner Republik, Stuttgart 2019, 153-170.

Reulecke, Jürgen, Fortschrittseuphorie und Fortschrittskritik um 1900: Die Ambivalenz der Moderne, in: Hans-Walter Herrmann (Hg.), Forschungsaufgabe Industriekultur. Die Saarregion im Vergleich (Veröffentlichungen der Kommission für Saarländische Landesgeschichte und Volksforschung 37), Saarbrücken 2004, 57-70.

Reulecke, Jürgen, Die Stadt als Moloch? Zivilisations- und Großstadtkritik im frühen 20. Jahrhundert, in: Katharina Grebe (Hg.): „Sorge und Gerechtigkeit, Werkleute im sozialen Feld ...“. Festschrift zum 60. Geburtstag von Prof. Dr. Norbert Schwarte, Frankfurt am Main 2004, 247-256.

Richter, Ludwig, Die Deutsche Volkspartei 1918-1933 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 134), Düsseldorf 2002.

Riedel, Luise - Engelschalk, Willi, Der Neubau einer Distriktssparkassa in Kaufbeuren 1902/03, in: Kaufbeurer Geschichtsblätter 15 (2000), 208-224.

Rietzler, Rudolf, „Kampf in der Nordmark“. Das Aufkommen des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein (1919-1928) (Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schleswig-Holsteins 4), Neumünster 1982.

Riss, Karl, Der Schalk in der Richterrobe. Eine Lebensbeschreibung des Erdinger Oberamtsrichters Johann Baptist Cantler (1822-1919), Erding 1969.

Rodenberg, Markus, „Wir Bauern müssen alles abgeben, erhalten aber nichts“: Lebensmittelversorgung und Kriegswirtschaft im ländlichen Mittelfranken 1914-1918, in: Herbert May - ders. (Hg.), „... der Schwere der Zeit bewußt ...“ Der Erste Weltkrieg im ländlichen Franken (Schriften und Kataloge des Fränkischen Freilandmuseums in Bad Windsheim 71), Bad Windsheim 2014, 159-205.

Rohe, Karl, Politische Kultur und ihre Analyse. Probleme und Perspektiven der politischen Kulturforschung, in: Historische Zeitschrift 250 (1990), 321-346.

Rohe, Karl, Politische Kultur - politische Milieus. Zur Anwendung neuerer theoretischer Konzepte in einer modernen Landesgeschichte, in: Simone Lässig - Karl Heinrich Pohl (Hg.), Sachsen im Kaiserreich. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft im Umbruch, Weimar u. a. 1997, 177-190.

Rohkrämer, Thomas, Eine andere Moderne? Zivilisationskritik, Natur und Technik in Deutschland 1880-1933, Paderborn u. a. 1999.

Rohkrämer, Thomas, Ideenkrieg: Sinnstiftungen des Sinnlosen, in: Niels Werber - Stefan Kaufmann - Lars Koch (Hg.), Erster Weltkrieg. Kulturwissenschaftliches Handbuch, Stuttgart u. a. 2014, 385-409.

Rohlack, Momme, Kriegsgesellschaften (1914-1918). Arten, Rechtsformen und Funktionen in der Kriegswirtschaft des Ersten Weltkrieges (Rechtshistorische Reihe 241), Frankfurt am Main u. a. 2001.

Rohwedder, Uwe, Allgemeiner Studentenausschuss (AStA), in: Historisches Lexikon Bayerns [URL: <https://www.historisches-lexikon->

bayerns.de/Lexikon/Allgemeiner_Studentenausschuss_(AStA)>; zuletzt eingesehen am 4.3.2021].

Rohwedder, Uwe, Deutscher Hochschulring (DHR), in: Historisches Lexikon Bayerns [URL: <[https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Deutscher_Hochschulring_\(DHR\)>](https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Deutscher_Hochschulring_(DHR)>); zuletzt eingesehen am 4.3.2021].

Rollins, William H., Heimat, Modernity, and Nation in the Early 'Heimatschutz' Movement, in: Jost Hermand (Hg.), Heimat, Nation, Fatherland. The German Sense of Belonging (German life and civilization 22), New York u. a. 1996, 87-112.

Romsics, Ignác, Dismantling of historic Hungary: The Peace Treaty of Trianon 1920 (CHSP Hungarian authors series 3), Boulder 2002.

Rosenthal, Jacob, „Die Ehre des jüdischen Soldaten“. Die Judenzählung im Ersten Weltkrieg und ihre Folgen (Campus Judaica 24), Frankfurt am Main u. a. 2007.

Roth, Hans, Die Rettung der Neuburg vor dem Verfall: Die erste Instandsetzung der Burg. Ein Werk der Heimatschutzbewegung in Bayern, in: Schönere Heimat 80 (1991), 44-54.

Roth, Hans, Erbe und Auftrag. Heimatschutz und Heimatpflege in Bayern im Wandel der Zeit, in: Bayerischer Verein für Landespflege (Hg.), Heimat erleben - bewahren - neu schaffen. Kultur als Erbe und Auftrag. 100 Jahre Bayerischer Landesverein für Heimatpflege e.V., München 2002, 9-108.

Roth, Hans, Franz Zell und Gustav von Kahr. Zwei Wegbereiter der Heimatpflege in Bayern, in: Schönere Heimat 71 (1982), 520-527.

Roth, Regina, Staat und Wirtschaft im Ersten Weltkrieg. Kriegsgesellschaften als kriegswirtschaftliche Steuerungsinstrumente. Berlin 1997.

Rother, Bernd, Der Freistaat Braunschweig in der Weimarer Republik (1919-1933), in: Horst-Rüdiger Jarck - Gerhard Schildt (Hg.), Die Braunschweigische Landesgeschichte. Jahrtausendrückblick einer Region, Braunschweig 2000, 945-980.

Rudloff, Wilfried, Die Wohlfahrtsstadt. Kommunale Ernährungs-, Fürsorge- und Wohnungspolitik am Beispiel Münchens 1910-1933. 2 Bde. (Schriftenreihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften 63), München 1998.

Rüb, Friedbert W., Das Jahrhundert der Politik. Eine Geschichte des 20. Jahrhunderts im Licht ihrer Politikbegriffe, Baden-Baden 2020.

Rumschöttel, Hermann, Bayerische Innen- und Verfassungspolitik 1912-1918. Chancen und Scheitern, in: Günther Kronenbitter - Markus Pöhlmann (Koord.), Bayern und der Erste Weltkrieg, München [2017], 189-200.

Rumschöttel, Hermann, Das bayerische Offizierskorps 1866-1914 (Beiträge zu einer historischen Strukturanalyse Bayerns im Industriezeitalter 9), Berlin 1973.

Rupprecht, Johannes (Hg.), Hermann von Bezzel. Ein Seelsorger von Gottes Gnaden, Halle an der Saale ²1925.

Sabrow, Martin, Die verdrängte Verschwörung. Der Rathenau-Mord und die deutsche Gegenrevolution, Frankfurt am Main 1999.

Sailer, Anton, Das Münchener Künstlerhaus und der Künstlerhausverein. Festschrift, München 1961.

Salewski, Michael, Das Weimarer Revisionssyndrom, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 1980/2, 14-25.

Salewski, Michael, Entwaffnung und Militärkontrolle in Deutschland 1919-1927 (Schriften des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für auswärtige Politik 24), München 1966.

Salewski, Michael, Der Erste Weltkrieg, Paderborn u. a. ²2004.

Sammet, Rainer, „Dolchstoß“. Deutschland und die Auseinandersetzung mit der Niederlage im Ersten Weltkrieg (1918-1933) (Reihe Hochschulschriften 2), Berlin 2003.

Sandner, Harald, Hitler. Das Itinerar. Aufenthaltsorte und Reisen von 1889 bis 1945, Bd. I: 1889-1927, Berlin ²2016.

Sauer, Bernhard, Vom 'Mythos des ewigen Soldatentums'. Der Feldzug deutscher Freikorps im Baltikum im Jahre 1919, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 43 (1995), 869-890.

Schäfer, Michael, Fritz Gerlich 1883-1934. Publizistik als Auseinandersetzung mit den „politischen Religionen“ des 20. Jahrhunderts, München 1998.

Schäfer, Michael, Geschichte des Bürgertums, Köln / Weimar / Wien 2009.

Schärl, Walter, Die Zusammensetzung der bayerischen Beamtenschaft von 1806 bis 1918 (Münchener Historische Studien 1), Kallmünz 1955.

Scharf, Rainer, Staatsdiener auf Außenposten. Die höheren Beamten der inneren Verwaltung in der bayerischen Pfalz 1870-1918 (Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte 129), München 2001.

Schenk, Gerrit Jasper, Historical Disaster Research. State of Research, Concepts, Methods and Case Studies, in.: ders. - Jens Ivo Engels (Hg.), Disaster. HSR-Sonderheft 32 (2007), 9-34.

Schildt, Axel, Konservatismus in Deutschland. Von den Anfängen im 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart, München 1998.

Schilling, Karsten, Das zerstörte Erbe: Berliner Zeitungen der Weimarer Republik im Portrait, Norderstedt 2011.

Schlögl, Sabine, Die bayerische Gesandtschaft in Berlin im 20. Jahrhundert, in: Hermann Rumschöttel - Walter Ziegler (Hg.), Franz Sperr und der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Bayern (Zeitschrift für Bayerische Landesgeschichte, Beiheft 20), München 2001, 223-265.

Schmalhofer, Claudia, Die Kgl. Kunstgewerbeschule München (1868-1918). Ihr Einfluss auf die Ausbildung der Zeichenlehrerinnen (Kunstwissenschaften 13), München 2005.

Schmidt, Anne, Belehrung, Propaganda, Vertrauensarbeit. Zum Wandel amtlicher Kommunikationspolitik in Deutschland 1914-1918, Essen 2006.

Schmalzl, Markus, Der Kongress der bayerischen Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte vom 13.02.-08.03.1919, unveröff. Magisterarbeit Regensburg 2006.

Schmalzl, Markus, Erhard Auer. Wegbereiter der Parlamentarischen Demokratie in Bayern (Münchener Historische Studien, Abt. Bayerische Geschichte XX), Kallmünz/Opf. 2013.

Schmalzl, Markus, Parlamentarische Reformversuche, in: Historisches Lexikon Bayerns [URL: <https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Parlamentarische_Reformversuche>; zuletzt eingesehen am 9.3.2021].

Schmidt, Lydia, Kultusminister Franz Matt (1920-1926). Schul-, Kirchen und Kunstpolitik in Bayern nach dem Umbruch von 1918 (Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte 126), München 2000.

Schnack, Ingeborg, Rainer Maria Rilke. Chronik seines Lebens und seines Werkes 1875-1926. Erw. Neuausgabe hg. von Renate Schraffenberg, Frankfurt am Main / Leipzig 2009.

- Schneider, Gerhard, Zur Mobilisierung der „Heimatfront“: Das Nageln sogenannter Kriegswahrzeichen im Ersten Weltkrieg, in: Zeitschrift für Volkskunde 95 (1999), 32-62.
- Schneider, Ludwig, Die russische Studentenkolonie und das Echo des revolutionären Rußland in München vor 1914, in: Karl Bosl (Hg.), Bayern im Umbruch. Die Revolution von 1918, ihre Voraussetzungen, ihr Verlauf und ihre Folgen, München u. a. 1969, 75-96.
- Schröder, Joachim, Die Münchner Polizei und der Nationalsozialismus (Veröffentlichungen des Bayerischen Polizeimuseums 1), Essen 2013.
- Schröder, Joachim, Max Weber in Munich (1919/20). Science and Politics in the Last Year of his Life, in: Max Weber Studies 13 (2013), 15-37.
- Schröder, Wilhelm Heinz (Hg.), Lebenslauf und Gesellschaft. Zum Einsatz von kollektiven Biographien in der historischen Sozialforschung (Historisch-Sozialwissenschaftliche Forschung 18), Stuttgart 1985.
- Schölzel, Christian, Walther Rathenau. Eine Biographie, Paderborn 2006.
- Schönhoven, Klaus, Die Bayerische Volkspartei 1924-1932 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 46), Düsseldorf 1972.
- Schulte-Varendorff, Uwe, Kolonialheld für Kaiser und Führer. General Lettow-Vorbeck - Mythos und Wahrheit (Schlaglichter der Kolonialgeschichte 5), Berlin 2006.
- Schwabe, Klaus, Deutsche Revolution und Wilson-Frieden. Die amerikanische und deutsche Friedensstrategie zwischen Ideologie und Machtpolitik 1918/19, Düsseldorf 1971.
- Schulze, Hagen, Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung. Eine Biographie, Frankfurt am Main 1977.
- Schumann, Dirk, Politische Gewalt in der Weimarer Republik 1918-1933. Kampf um die Straße und Furcht vor dem Bürgerkrieg (Veröffentlichungen des Instituts für soziale Bewegungen, Schriftenreihe A 17), Essen 2001.
- Schwarz, Albert, Die Zeit von 1918 bis 1933. Zweiter Teil: Der vom Bürgertum geführte Freistaat in der Weimarer Republik (1920-1933), in: Spindler, Max (Hg.), Handbuch der bayerischen Geschichte. Vierter Band: Das Neue Bayern 1800-1970, München 1974, 454-517.
- Schwarz, Andrea, Sigmund Freiherr von Pfeufer, Regierungspräsident von Oberbayern 1881-1894, in: Stephan Deutinger - Karl-Ulrich Gelberg - Michael Stephan (Hg.), Die Regierungspräsidenten von Oberbayern im 19. und 20. Jahrhundert, München ²2010, 177-183.
- Schwarz, Jürgen, Studenten in der Weimarer Republik. Die deutsche Studentenschaft in der Zeit von 1918 bis 1923 und ihre Stellung zur Politik (Ordo Politicus 12), Berlin 1971.
- Schwarz, Klaus-Dieter, Weltkrieg und Revolution in Nürnberg. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (Kieler historische Studien 13), Stuttgart 1971.
- Schwirzer, Reinhard, Gustav Ritter von Kahr (1862-1934), seine Familie und Weißenburg, in: Villa Nostra. Weißenburger Blätter für Geschichte, Heimatkunde und Kultur von Stadt und Weißenburger Land, Heft 2/2004, 30-43.
- Seipp, Adam R., The Ordeal of Peace. Demobilization and the Urban Experience in Britain and Germany, 1917-1921 (Birmingham Studies in First World War History), Farnham / Burlington 2009.
- Selig, Wolfram, Einwohnerwehren, in: Wolfgang Benz (Hg.), Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Vergangenheit und Gegenwart, Bd. 5, München 2012, 228-230.

Selig, Wolfram, Paul Nikolaus Cossmann und die Süddeutschen Monatshefte von 1914-1918: Ein Beitrag zur Geschichte der nationalen Publizistik im Ersten Weltkrieg. Osnabrück 1967.

Seligmann, Michael, Aufstand der Räte. Die erste bayerische Räterepublik vom 7. April 1919 (Reihe Libertäre Wissenschaft 8), Grafenau-Döffingen 1989.

Sellin, Volker, Politik, in: Otto Brunner - Werner Conze - Reinhart Koselleck (Hg.), Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 4, Stuttgart 1978, 789-874.

Sepp, Florian, Anifer Erklärung, 12./13. November 1918, in: Historisches Lexikon Bayerns [URL: https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Anifer_Erklärung,_12./13._November_1918]; zuletzt eingesehen am 11.3.2021].

Sepp, Florian - Bischel, Matthias, Palmsonntagputsch, 13. April 1919, in: Historisches Lexikon Bayerns [URL: https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Palmsonntagputsch,_13._April_1919]; zuletzt eingesehen am 9.3.2021].

Sieferle, Rolf Peter, Fortschrittsfeinde? Opposition gegen Technik und Industrie von der Romantik bis zur Gegenwart (Die Sozialverträglichkeit von Energiesystemen 5), München 1984.

Siemann, Wolfram, „Stets bemüht, meine neue Heimat hochzuhalten“. Der Kulturhistoriker Wilhelm Heinrich Riehl (1823-1897), in: Ulrike Leutheusser - Heinrich Nöth (Hg.), „Dem Geist alle Tore öffnen“. König Maximilian II. von Bayern und die Wissenschaft, München 2009, 117-129.

Sikora, Michael, Militarisierung und Zivilisierung. Die preußischen Heeresreformen und ihre Ambivalenzen, in: Peter Baumgart - Bernhard R. Kroener - ders. (Hg.), Die Preußische Armee zwischen Ancien Régime und Reichsgründung, Paderborn / München 2008, 164-195.

Siklós, András, Revolution in Hungary and the dissolution of the multinational state 1918 (Studia historica Academiae Scientiarum Hungaricae 189), Budapest 1988.

Sigl, Marc, Die Cramer-Klett, eine Industriellen-Familie und ihre Bedeutung für das Priental. Das Bürgertum als Nachfolger des Adels im 19. und 20. Jahrhundert, Aschau im Chiemgau ²2008.

Simhart, Florian, Bürgerliche Gesellschaft und Revolution. Eine ideologiekritische Untersuchung des politischen und sozialen Bewußtseins in der Mitte des 19. Jahrhunderts, dargestellt an einer Gruppe des Münchner Bildungsbürgertums (Studien zur Bayerischen Verfassungs- und Sozialgeschichte IX), München 1978.

Sontheimer, Kurt, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933, München 1962.

Speckner, Herbert, Die Ordnungszelle Bayern. Studien zur Politik des bayerischen Bürgertums, insbesondere der Bayerischen Volkspartei, von der Revolution bis zum Ende des Kabinetts Dr. von Kahr, Diss. Erlangen 1955.

Speitkamp, Winfried, Jugend in der Neuzeit. Deutschland vom 16. bis zum 20. Jahrhundert, Göttingen 1998.

Sperl, Gabriela, Wirtschaft und Staat in Bayern 1914-1924 (Schriften der Historischen Kommission zu Berlin 6), Berlin 1996.

Spiekermann, Uwe, Elitenkampf um die Werbung. Staat, Heimatschutz und Reklameindustrie im frühen 20. Jahrhundert, in: Peter Borscheid (Hg.), Bilderwelt des Alltags. Werbung in der

Konsumgesellschaft des 19. und 20. Jahrhunderts. Festschrift für Hans Jürgen Teuteberg (Studien zur Geschichte des Alltags 13), Stuttgart 1995, 126-149.

Stadt Kempten (Hg.), Adolf Hengeler. Münchener Kunst zwischen Lenbach und Stuck. Lindenberg im Allgäu 2013.

Stadtmuseum München (Hg.), München - „Hauptstadt der Bewegung“, München 1993.

Stäbler, Wolfgang, Freikorps Werdenfels, 1919, in: Historisches Lexikon Bayerns [URL: <https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Freikorps_Werdenfels,_1919>; zuletzt eingesehen am 9.3.2021].

Steber, Martina, Ethnische Gewissheiten. Die Ordnung des Regionalen im bayerischen Schwaben vom Kaiserreich bis zum NS-Regime (Bürgertum - Neue Folge 9), Göttingen 2010.

Steber, Martina, Gustav von Kahr, Christian Frank und die Abgründe des Heimatschutzes, in: Stefan Dieter - Peter Keller (Hg.), Kaufbeuren unterm Hakenkreuz, Bd. 2, Thalhofen 2019, 144-169.

Steger, Bernd, Berufssoldaten oder Prätorianer. Die Einflussnahme des bayerischen Offizierskorps auf die Innenpolitik in Bayern und Reich 1918-1924, Frankfurt a.M. 1980.

Stein, Oliver, Nachrichtendienstoffizier im Osmanischen Reich. Ernst Adolf Muellers Kriegeinsatz und Gefangenschaft im Vorderen Orient 1915-1919. Mit einer kritischen Edition seiner Erinnerungen (Istanbuler Texte und Studien 41), Baden-Baden 2018.

Steiner, Herbert, Die Feuerwehren Bayerns 1868-1996, München 1996.

Stephan, Michael, Zur Geschichte der Regierung von Oberbayern seit 1808, in: Stephan Deutinger - Karl-Ulrich Gelberg - ders. (Hg.), Die Regierungspräsidenten von Oberbayern im 19. und 20. Jahrhundert, München 2010, 31-50

Stern, Fritz, Kulturpessimismus als politische Gefahr. Eine Analyse nationaler Ideologie in Deutschland, Stuttgart 2005 (Berkeley 1961).

Stöber, Rudolf, Vom „Augusterlebnis“ zur „Novemberrevolution“. Öffentlichkeit zwischen Kriegsbegeisterung (?) und Herbstdepression, in: Jahrbuch für Kommunikationsgeschichte 15 (2013), 89-122.

Stollberg-Rilinger, Barbara, Vorwort, in: dies. (Hg.), Was heißt Kulturgeschichte des Politischen? Berlin 2005, 9-24.

Storz, Dieter, Einwohnerwehren, in: ders. - Frank Wernitz (Hg.), Friedensbeginn? Bayern 1918-1923 (Kataloge des Bayerischen Armeemuseums 18), Ingolstadt / Darmstadt 2018, 117-130.

Strahl, Antje, „Die Tische in Pensionen und Restaurants aber sind gedeckt“: Mecklenburgischer Bädertourismus im Ersten Weltkrieg, in: Florian Ostrop (Hg.), Der Erste Weltkrieg und Mecklenburg. Dokumentation einer gemeinsamen Konferenz des Volksbunds Deutsche Kriegsgräberfürsorge Mecklenburg-Vorpommern, der Stiftung Mecklenburg und der Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern am 25. Mai 2018, Schwerin 2019, 15-25.

Strelow, Heinz-Siegfried, Wilhelm Heinrich Riehl (1823-1897), in: Bernd Heidenreich (Hg.), Politische Theorien des 19. Jahrhunderts, Berlin 2014, 193-206.

Strobel, Karen - Zwerger, Brigitte, Betrachtungen und Quellenstudien zur frühen völkischen Bewegung in Mannheim, Mannheim 2020.

Studier, Manfred, Der Corpsstudent als Idealbild der Wilhelminischen Ära. Untersuchungen zum Zeitgeist 1888 bis 1914 (Abhandlungen zum Studenten- und Hochschulwesen 3), Schernfeld 1990.

Sühl, Klaus, SPD und öffentlicher Dienst in der Weimarer Republik. Die öffentlich Bediensteten in der SPD und ihre Bedeutung für die sozialdemokratische Politik 1918-1933 (Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der FU Berlin 53), Opladen 1988.

Szöllösi-Janze, Margit, Fritz Haber. Eine Biographie 1868-1934, München 1998.

Szöllösi-Janze, Margit, Lebens-Geschichte - Wissenschafts-Geschichte. Vom Nutzen der Biographie für Geschichtswissenschaft und Wissenschaftsgeschichte, in: Berichte zur Wissenschaftsgeschichte 23 (2000), 17-35.

Tapken, Kai Uwe, Die Reichswehr in Bayern von 1919 bis 1924 (Schriftenreihe Studien zur Zeitgeschichte 26), Hamburg 2002.

Tamme, Mario, Ein Beispiel für NS-Resistenz: Studienprofessor Ludwig Renner. NS-Gegner, Lehrer, Künstler, Bürgermeister und Freund Fritz Koenigs, in: Alexander Langkals u. a. (Hg.), Landshut 1939-1945. Ein Zeitspiegel in Bild und Wort, Landshut [2020], 151-159.

Tenfelde, Klaus, Stadt und Land in Krisenzeiten. München und das Münchener Umland zwischen Revolution und Inflation 1918-1923, in: Wolfgang Hardtwig - ders. (Hg.), Soziale Räume in der Urbanisierung, München 1990, 37-57.

Theurer, Winfried - Zink, Robert, Bamberg 1918/19 - Regierungshauptstadt auf Zeit, in: Werner Wagenhöfer - Robert Zink (Hg.), Räterepublik oder parlamentarische Demokratie. Die „Bamberger“ Verfassung 1919 (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Bamberg 10), Bamberg 1999, 33-65.

Thoß, Bruno, Der Ludendorff-Kreis 1919-1923. München als Zentrum der mitteleuropäischen Gegenrevolution zwischen Revolution und Hitler-Putsch (Miscellanea Bavarica Monacensia 78), München 1978.

Thoß, Bruno, Freikorps Epp, in: Historisches Lexikon Bayerns [URL: <https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Freikorps_Epp>; zuletzt eingesehen am 9.3.2021].

Thoß, Bruno, Freikorps Oberland, 1919-1921, in: Historisches Lexikon Bayerns [URL: <https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Freikorps_Oberland,_1919-1921>; zuletzt eingesehen am 9.3.2021].

Thoß, Bruno, Landeskommandant, 1919-1933, in: Historisches Lexikon Bayerns [URL: <https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Landeskommandant,_1919-1933>; zuletzt eingesehen am 9.3.2021].

Thoß, Bruno, Weißer Terror, 1919, in: Historisches Lexikon Bayerns [URL: <https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Weißer_Terror,_1919>; zuletzt eingesehen am 9.3.2021].

Ulrich, Bernd, Die Augenzeugen. Deutsche Feldpostbriefe in Kriegs- und Nachkriegszeit 1914-1933 (Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte 8), Essen 1997.

Ulrich, Bernd, Krieg der Nerven, Krieg des Willens, in: Niels Werber - Stefan Kaufmann - Lars Koch (Hg.), Erster Weltkrieg. Kulturwissenschaftliches Handbuch, Stuttgart u. a. 2014, 232-258.

Ullmann, Hans-Peter, Das Deutsche Kaiserreich 1871-1918, Frankfurt am Main 1995.

Ullmann, Hans-Peter, Politik im Deutschen Kaiserreich 1871-1918 (Enzyklopädie deutscher Geschichte 52), München ²2005.

Ullrich, Volker, Die nervöse Großmacht 1871-1918. Aufstieg und Untergang des deutschen Kaiserreichs, Frankfurt am Main 2013.

Unger, Michael, Das bayerische Staatsministerium für Handel, Industrie und Gewerbe. Organisation, Personal und Mittelstandspolitik des Wirtschaftsressorts 1919-1933 (Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte 137), München 2009.

Unger, Michael, Zu den Anfängen der Kriegswirtschaft in Bayern 1914, in: Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns (Hg.), Krieg! Bayern im Sommer 1914, München 2014, 53-72.

Ungruhe, Niels, Revolutionäre Kadertruppe oder Söldner mit „ehrloser Gesinnung“? Zur Sozialgeschichte der „Roten Armee“ von München 1919, in: Dieter Storz - Frank Wernitz (Hg.), Friedensbeginn? Bayern 1918-1923 (Kataloge des Bayerischen Armeemuseums 18), Ingolstadt / Darmstadt 2018, 63-71.

Verhey, Jeffrey, Der „Geist von 1914“ und die Erfindung der Volksgemeinschaft, Hamburg 2000.

Viehhauser, Martin, Reformierung des Menschen durch Stadtraumgestaltung. Eine Studie zur moralerzieherischen Strategie in Städtebau und Architektur um 1900, Weilerswist 2016.

Vierhaus, Rudolf, Fortschrittsidee, Fortschrittskepsis, Fortschrittskritik. Das Erbe der Aufklärung, in: Martin Kintzinger - Wolfgang Stürmer - Johannes Zahlten (Hg.), Das andere Wahrnehmen: Beiträge zur europäischen Geschichte. August Nitschke zum 65. Geburtstag gewidmet, Köln u. a. 1991, 533-545.

Vietsch, Eberhard von, Arnold Rechberg und das Problem der politischen Westorientierung Deutschlands nach dem 1. Weltkrieg (Schriften des Bundesarchivs 4), Koblenz 1958.

Vincent, Charles P., The Politics of Hunger. The Allied Blockade of Germany, 1915-1919, Athens/Ohio 1985.

Vits, Gisela - Schleich, Erwin, Das Preysing-Palais. Joseph Effners spätbarockes Meisterwerk in München, München 1998.

Vötter, Bettina u. a. (Hg.), Biographieforschung im Diskurs, Wiesbaden 2005.

Vogt, Adolf, Oberst Max Bauer. Generalstabsoffizier im Zwielficht 1869-1929 (Studien zur Militärgeschichte, Militärwissenschaft und Konfliktforschung 6), Osnabrück 1974.

Volkert, Wilhelm (Hg.), Handbuch der bayerischen Ämter, Gemeinden und Gerichte 1799-1980, München 1983.

Volkov, Shulamit, Die Juden in Deutschland 1780-1918 (Enzyklopädie Deutscher Geschichte 16), München ²2000.

Wächter, Katja-Maria, Die Macht der Ohnmacht. Leben und Politik des Franz Xaver Ritter von Epp (1868-1946) (Europäische Hochschulschriften 824), Frankfurt am Main u. a. 1999.

Wagner, Gerhard, Deutschland und der polnisch-sowjetische Krieg 1920 (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz 93), Wiesbaden 1979.

Walter, Dirk, Antisemitische Kriminalität und Gewalt: Judenfeindschaft in der Weimarer Republik, Bonn 1999.

Walter, Uli, Der Umbau der Münchener Altstadt (1871-1914), Magisterarbeit München 2013 [verfügbar unter URL: < <https://epub.ub.uni-muenchen.de/14340/>>; zuletzt eingesehen am 2.3.2021].

Wambsganz, Ludwig, Münchener Architekten- und Ingenieur-Verein 1833-1973, München [1973].

Wanninger, Susanne, „Herr Hitler, ich erkläre meine Bereitwilligkeit zur Mitarbeit“. Rudolf Buttmann (1885-1947): Politiker und Bibliothekar zwischen bürgerlicher Tradition und Nationalsozialismus (Beiträge zum Buch und Bibliothekswesen 59), Wiesbaden 2014.

Wassermann, Janek, Black Vienna. The Radical Right in the Red City, 1918-1938, Ithaca 2014.

Weber, Reinhard, „Ein tüchtiger Beamter von makelloser Vergangenheit.“ Das Disziplinarverfahren gegen den Hochverräter Wilhelm Frick 1924, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 42 (1994), 129-150.

Weber, Thomas, Wie Adolf Hitler zum Nazi wurde. Vom unpolitischen Soldaten zum Autor von „Mein Kampf“, übers. von Heike Schlatterer und Karl Heinz Siber, Berlin 2016.

Weber, Wolfgang E., Pikante Verhältnisse. Verflechtung und Netzwerke in der jüngeren historisch-kulturwissenschaftlichen Forschung, in: Regina Dauser u. a. (Hg.), Wissen im Netz. Botanik und Pflanzentransfers in europäischen Korrespondenzen des 18. Jahrhunderts, Berlin 2008, 289-300.

Weber-Kellermann, Ingeborg - Bimmer, Andreas C. - Becker, Siegfried, Einführung in die Volkskunde / Europäische Ethnologie (Sammlung Metzler 79), Stuttgart u. a. ³2003.

Weggel, Renate, Pfersee: Dorf - Industrieort - Vorort. Die Industrialisierung und ihre Auswirkungen auf eine Gemeinde vor den Toren Augsburgs (Materialien zur Geschichte des bayerischen Schwaben 22), Augsburg 1995.

Weigand, Katharina, 100 Jahre Befreiungskriege oder 50 Jahre Einweihung der Kelheimer Befreiungshalle? Die Kelheimer Festlichkeiten des Jahres 1913, in: Christoph Wagner - Gerald Dagit (Hg.), Die Befreiungshalle Kelheim: Geschichte, Mythos, Gegenwart, Regensburg 2012, 293-314.

Weigand, Katharina, Der vielfach Vergessene. Die Rolle Georg von Hertlings in der deutschen und bayerischen Politik, in: Ulrike Leutheusser - Hermann Rumschöttel (Hg.), König Ludwig III. und das Ende der Monarchie in Bayern, München 2014, 145-156.

Weigl, Michael, Das Bayernbild der Repräsentanten Österreichs in München 1918-1938. Die diplomatische und konsularische Berichterstattung vor dem Hintergrund der bayerisch-österreichischen Beziehungen (Europäische Hochschulschriften - Reihe III, Geschichte und ihre Hilfswissenschaften 1013), Frankfurt a.M. 2005.

Weikmann, Meinrad, Christian Frank. Zu seinem 100. Geburtstag und 25. Todestag, in: Deutsche Gaue 57/58 (1970/71), 6 f.

Weisbrod, Bernd, Die Politik der Repräsentation. Das Erbe des Ersten Weltkrieges und der Formenwandel der Politik in Europa, in: Hans Mommsen (Hg.), Der Erste Weltkrieg und die europäische Nachkriegsordnung. Sozialer Wandel und Formveränderung der Politik (Industrielle Welt 60), Köln 2000, 13-41.

Weisbrod, Bernd, Gewalt in der Politik. Zur politischen Kultur in Deutschland zwischen den beiden Weltkriegen, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 43 (1992), 391-404.

Weiß, Dieter J., Kronprinz Rupprecht von Bayern (1869-1955). Eine politische Biographie, Regensburg 2007.

- Weiß, Dieter J., Zwischen Revolution und Restauration. Zum Tod und den Beisetzungsfeierlichkeiten für König Ludwig III. von Bayern, in: Petronilla Gietl (Hg.), Vom Wiener Kongreß bis zur Wiedervereinigung Deutschlands: Betrachtungen zu Deutschland und Österreich im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Herbert Rumpel zum 75. Geburtstag, Stamsried 1997, 183-205.
- Weißfloch, L., Geschichte des Kreiskrankenhauses Kaufbeuren, in: Kaufbeurer Geschichtsblätter 5 (1966), 9-14.
- Welch, David, Germany and Propaganda in World War I. Pacifism, Mobilization and Total War, London u. a. 2014.
- Werkbundarchiv e.V. - Volkers, Imke (Hg.), Böse Dinge. Eine Enzyklopädie des Ungeschmacks (Schaukasten 3), Berlin 2013.
- Wieder, S., Gustav Hofmann zum Gedenken 1900-1982, in: Bibliotheksforum Bayern 10 (1982), 243-252.
- Wienfort, Monika, Recht und Bürgertum, in: Peter Lundgreen (Hg.), Sozial- und Kulturgeschichte des Bürgertums. Eine Bilanz des Bielefelder Sonderforschungsbereichs (1986-1997) (Bürgertum 18), Göttingen 2000, 272-291.
- Wilhelm, Hermann, Dichter, Denker, Fememörder. Rechtsradikalismus und Antisemitismus in München von der Jahrhundertwende bis 1921, Berlin 1989.
- Wiltschegg, Walter, Die Heimwehr: Eine unwiderstehliche Volksbewegung? (Studien und Quellen zur österreichischen Zeitgeschichte 7), München 1985.
- Winkler, Heinrich August, 1866 und 1878: Der Liberalismus in der Krise, in: Carola Stern - ders. (Hg.), Wendepunkte deutscher Geschichte, Frankfurt am Main 1994, 43-70.
- Winkler, Heinrich August, Weimar 1918-1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, München 1993.
- Winkelbauer, Thomas (Hg.), Vom Lebenslauf zur Biographie. Geschichte, Quellen und Probleme der historischen Biographik und Autobiographik. Referate der Tagung „Vom Lebenslauf zur Biographie“ am 26. Oktober 1997 in Horn (Schriftenreihe des Waldviertler Heimatbundes 40), Horn 2000.
- Wirsching, Andreas, Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg? Politischer Extremismus in Deutschland und Frankreich 1918-1933/39. Berlin und Paris im Vergleich (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 40), München 1999.
- Wolfsteiner, Alfred, Georg Heim. Bauerngeneral und Genossenschaftler, Regensburg 2014.
- Wüllenkemper, Maria, Richard Riemerschmid 1868-1957: „Nicht die Kunst schafft den Stil, das Leben schafft ihn“ (Regensburger Studien zur Kunstgeschichte 6), Regensburg 2009.
- Wulf, Peter, „Die Stimme ihres Herrn“: Hugo Stinnes und die Deutsche Allgemeine Zeitung, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 29 (1984), 153-179.
- Wunder, Anke, Pflichten statt Rechte? Die Mobilisierung und Demobilisierung von Frauenarbeit im Kontext des Ersten und Zweiten Weltkrieges (Siegener Studien zur Frauenforschung), Wiesbaden 2004.
- Young, James O., Cultural Appropriation and the Arts, Malden/MA 2008.
- Zech-Kleber, Bernhard von, Eine Sommerfrische ersten Ranges: Geschichte des Tourismus in Berchtesgaden, Oberstaufer und Schliersee (1890-1970) (Miscellanea Bavarica Monacensia 190), München 2020.

Zedler, Jörg, Bayern und der Vatikan. Eine politische Biographie des letzten bayerischen Gesandten am Heiligen Stuhl Otto von Ritter (1909-1934) (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B 125), Paderborn u. a. 2013.

Zedler, Jörg, Zwischen Neugierde und Verunsicherung, Angst und aggressivem Patriotismus: Das Augusterlebnis 1914 in Regensburg, in: Bernhard Lübbbers - Stefan Reichmann (Hg.), Regensburg im Ersten Weltkrieg (Kataloge und Schriften der Staatlichen Bibliothek Regensburg 10), Regensburg 2014, 37-86.

Zeller, Joachim, Wilde Moderne. Der Bildhauer Fritz Behn, Berlin 2016.

Ziemann, Benjamin, Front und Heimat. Ländliche Kriegserfahrungen im südlichen Bayern 1914-1923 (Veröffentlichungen des Instituts zur Erforschung der Europäischen Arbeiterbewegung - Schriftenreihe A, Darstellungen 8), Essen 1997.

Zittel, Bernhard, Gustav von Kahr, in: Gerhard Pfeiffer (Hg.), Fränkische Lebensbilder. Bd. 3, Würzburg 1969, 327-346.

Zorn, Wolfgang, Bayerns Geschichte im 20. Jahrhundert. Von der Monarchie zum Bundesland, München 1986.

Zuber, Brigitte, Im Netz bayerischer Eliten: Schaltstellen zwischen Wirtschaft, Staat, Kirche und Paramilitär 1916 bis 1933. Mit biographischen Skizzen von Georg Escherich, Karl von Stengel und Theodor von Cramer-Klett, in: Daniel Schmidt - Michael Sturm - Massimiliano Livi (Hg.), Wegbereiter des Nationalsozialismus. Personen, Organisationen und Netzwerke der extremen Rechten zwischen 1918 und 1933, Essen 2015, 143-160.

Zull, Gertraud, Ein Museum entsteht. Das Verleger Lang'sche kunst- und kulturgeschichtliche Oberammergauer Museum und die Entdeckung der Volkskunst um 1900 (Bayerische Schriften zur Volkskunde 6), München 1998.